

E. HELLER  
GOTENHAFFEN  
—Golenstr. 17 W. 7—



Allgemeine  
Weltgeschichte.

Von

Theodor Flathe, G. F. Herkberg, Ferd. Justi,  
J. v. Pflugk-Harttung, W. Philippson, Hans Pruh.

Mit kulturhistorischen Abbildungen, Porträts, Beilagen  
und Karten.

XII. Band.

Die Neueste Zeit.

Von Dr. Theodor Flathe.

Dritter Teil.

---

Berlin,

G. Grote'sche Verlagsbuchhandlung.

1892.



# Geschichte

der

0098-342

# Neuesten Zeit.

Von

Dr. Theodor Flathe,

Professor zu St. Afra in Meissen.

Mit Porträts, Illustrationen und Karten.

Dritter Teil.

**E. HELLER**  
GOTENHAFEN  
—Gotenstr. 17 W. 7—

Berlin,

G. Grote'sche Verlagsbuchhandlung.

1892.





137637/12/3

13



Uebersetzungsrecht wie alle anderen Rechte vorbehalten.



**Biblioteka Główna**  
Uniwersytetu Gdańskiego



1100049620

Druck von Fischer & Wittig in Leipzig

D 66/36/81

300,1



# Siebentes Buch.

---

Das zweite Kaiserreich.

---





## Erstes Kapitel.

### Die Blütezeit der Reaktion in Deutschland seit 1851.

Von gleicher Heftigkeit wie die Erschütterung, welche Deutschland durch die Revolution von 1848 erlitten hatte, war auch der Rückschlag, der nach ihrer Bewältigung eintrat. Überall hatte die Reaktion freien Spielraum, überall entwickelte sie einen leidenschaftlichen Eifer, die Spuren der verabscheuungswürdigen demokratischen Tendenzen auszutilgen, die vormärzlichen Zustände wieder herzustellen und gegen jede etwaige Wiederkehr revolutionärer Anwandlungen sichere Schutzwehren aufzuwerfen. Unter Führung der beiden in dieser Beziehung vollkommen einträchtigen Vormächte ging darin der wiederhergestellte Bundestag den Einzelregierungen mit gutem Beispiele voran. In Gemäßheit des zwischen ihnen getroffenen Übereinkommens sollte derselbe seine Thätigkeit in erster Linie einestheils auf die Beseitigung der mit den Grundgesetzen des Bundes nicht in Einklang stehenden Verfassungen und Landesgesetze, anderntheils auf die Einschränkung der atheïstischen, antimonarchischen, sozialistischen und kommunistischen Presse erstrecken. Ein sogenannter politischer Ausschuß wurde mit der Vorbereitung der erforderlichen Maßregeln beauftragt und auf Grund des von ihm erstatteten Berichtes stellte die Bundesversammlung am 6. und 13. Juli 1851 allgemeine Normen für die Behandlung der Presse und die Regelung des Vereinswesens auf, den Einzelregierungen anheimstellend, nach Bedürfnis noch eingreifendere Anordnungen zu treffen. Die Aufhebung der Grundrechte begleitete sie am 23. August mit dem ausdrücklichen Vorbehalte, bei mangelnder Willfährigkeit der Einzelregierungen nötigenfalls selbst die dazu erforderlichen Maßregeln zu ergreifen.

Nur wenige Bundesregierungen, und zwar nur von den kleineren, hatten den Willen und den Mut, sich von dieser Hochflut der Reaktion nicht mit fortreißen zu lassen. Am treuesten blieb auch jetzt Herzog Ernst II. von Sachsen-Koburg den Grundsätzen, die er bereits vor 1848 bekannt und seitdem in seinem Ländchen verwirklicht hatte; nächst ihm zeigten auch die Regierungen von Sachsen-Weimar, Braunschweig, Meiningen, Oldenburg redliches Bestreben, durch Verständigung mit ihren Landesvertretungen das an den neuen Verfassungen Brauchbare zu bewahren. Um so größer war der entgegengesetzte Eifer in den übrigen Bundesstaaten und das Ruhebedürfnis,



der Widerwille gegen allen politischen Lärm, der nach dem Fehlschlag der Bewegung um sich gegriffen hatte, lähmten die Widerstandskraft der Bevölkerungen. In Bayern bedurfte das Ministerium v. d. Pfordten keines Verfassungsbruches, um in die Bahnen der Reaktion einzulenken. Die sächsische Regierung ließ sich ganz gern gefallen, daß die reaktivierten alten Stände die ihnen vorgelegte Verfassungsreform verwarfen, und setzte dieselben darauf, dank einer seltsamen Rechtsfiktion, wieder in dauernde Wirksamkeit. Die Entsetzung der deutschgesinnten Professoren M. Haupt, D. Zahn und Th. Mommsen beraubte die Universität Leipzig ihrer besten wissenschaftlichen Kräfte und bald war es so weit, daß die Regierung selbst sich genötigt sah, dem Übereifer der ritterschaftlichen Abgeordneten nach Wiederherstellung ihrer Feudalrechte einigen Zügel anzulegen. Auch in Württemberg trat die alte Verfassung von 1819 wieder in Kraft. In Hannover stießen die Zurückforderungen der Ritterschaft bei König Ernst August selbst auf Widerstand, der die sonst so gehähten Demokraten, soweit sie ihn von den großen Vorrechten des Adels befreiten, gar nicht so übel zu finden gelernt hatte. Als ihm aber 18. November 1851 sein blinder Sohn Georg V. gefolgt war, wurde der Andrang der Feudalaristokratie unwiderstehlich. Der Bundestag erklärte die Beschwerde der Ritterschaft gegen die Verfassung von 1848 für begründet und nach einigen vergeblichen Anläufen fand sich auch ein Ministerium v. Borries, welches sich der Wiederherstellung der Verfassung von 1840 und der Ausmerzung der vom Bundestag angefochtenen Bestimmungen unterzog (4. August 1855). Die Staatsbeamten wurden königliche Diener, den Ständen verblieb statt der Bewilligung des Ausgabebudgets nur das Recht der Prüfung, der Eid auf die Verfassung wurde beseitigt. Im übrigen wurde Hannover wiederum, was es vor 1848 gewesen, das gelobte Land des Junkertums. In Hessen-Darmstadt vernichtete von Dalwigk, der hoshafte unter den mittelstaatlichen Ministern, die Gemeindeautonomie, konnte aber doch nicht hindern, daß die zweite Kammer, obgleich durch das oktroyierte Wahlgesetz vom 6. September 1856 gezähmt, sich schließlich in heftiger Opposition gegen die von ihm verübte Preisgabe staatlicher Rechte an die katholische Kirche erhob. Für Kurhessen setzte der Bundestagsbeschluß vom 27. März 1852 die Verfassung von 1831 nebst ihren späteren Abänderungen außer Wirksamkeit, worauf Hassenpflug am 13. April eine provisorische Verfassung oktroyierte. Trotzdem aber gelang es ihm nicht, sich eine gefügige Kammer zu schaffen und am 16. Oktober 1856 mußte er, ein Gegenstand des allgemeinen Hasses, zurücktreten, ohne sein Ziel erreicht zu haben. Einen vollständigen Triumph feierte dagegen die mecklenburgische Ritterschaft. Nachdem sie die Intervention des Frankfurter Interims angerufen, mußte sich der Großherzog, obgleich er das neue Staatsgrundgesetz vom 11. Oktober 1849 feierlich beschworen, dem aus dem Preußen Göthe, dem Hannoveraner von Scheele und dem Sachsen von Langenn gebildeten Freienwalder Schiedsgerichte unterwerfen. Der Spruch desselben fiel zu gunsten der Ritterschaft aus (11. September 1850), die Verfassung wurde aufgehoben

und das alte krause Feudalwesen mit der Dreigetheiltheit in Landesherrschaft, Ritterschaft und Städte blühte wieder wie zuvor in Gemäßheit des Erbvergleichs von 1765, unbekümmert darum, daß die dem städtischen Gewerbe bereiteten Hemmnisse, sowie der auf dem Bauern- und Tagelöhnerstande lastende gutherrliche Druck eine erschreckend starke Auswanderung und Rückgang der Bevölkerungsziffer zur Folge hatte.

Auch in Preußen eröffnete die reaktionäre Partei einen zähen und hartnäckigen Kampf gegen die junge Verfassung. Bis Ende 1851 hatte sie bereits nicht weniger als siebzehn Veränderungen derselben beantragt und für die Mehrzahl die Zustimmung der Regierung erlangt. Aus Wien fehlte es nicht an Aufmunterung an den König, es zu machen wie Kaiser Franz Josef, und die ganze Verfassung über den Haufen zu werfen, und die Feudalen bauten auf den durch die Sturmjahre nicht verminderten Abscheu des Königs gegen allen Konstitutionalismus die Hoffnung, ihn wirklich zum Verfassungsbruche treiben zu können; es kam nur darauf an, ihn seinem Gewissen mundgerecht zu machen, und dazu wurde mit boshafter Schlaueit ein förmlicher Feldzugsplan in tiefstem Geheimnis entworfen. Man sprach von einer ungeschriebenen Verfassung, die älter sei als die geschriebene und darum über dieser stehe. Zuvörderst sollten die Kammern zu einer Reihe einschneidender Verfassungsänderungen vermocht werden; seien diese erreicht, so würde sich die Nothwendigkeit einer neuen Redaktion der Verfassung herausstellen, und dies sei die Gelegenheit, sie in einen königlichen Freibrief umzuwandeln, kraft dessen dann der König befugt sein würde, alle mißliebigen Einrichtungen und Gesetze zu beseitigen, alle Begehren der Feudalen zu erfüllen. So sehr aber den König die in diesen Plan geschickt eingeflochtene Rückbildung in seine altständischen Ideen ansprach, so war ihm doch angesichts seines auf die Verfassung geleisteten Eides dabei nicht recht geheuer. Sehr gegen die Absicht der Urheber schickte er den Entwurf durch den Kabinettsrat M. Niebuhr an Bunsen nach London, um dessen Rat zu vernehmen. Sein Gewissen, versicherte er dem alten Freunde, lasse keine Deutung seines Gelöbnisses zu; dessenungeachtet und seine Treue nicht antastend stehe in ihm die volle und feste Überzeugung, daß der Ausdruck des modernen Konstitutionalismus in der Verfassungsurkunde Preußens Tod werden müsse. Bunsen war tief erschrocken, zu sehen, in welche Wege den König seine Umgebung hineinzuziehen suche, den teuren König mit vollen Bügen aus einem Becher trinken zu sehen, der schon so vielen Fürsten gefährlich geworden und den keiner ungestraft trinke. Doch täuschte ihn seine Zuversicht, daß diese Pläne an der Gewissenhaftigkeit des Königs selbst und dem treuen Rate des Prinzen von Preußen scheitern würden, nicht. Friedrich Wilhelm lehnte diese Hinterrücksaufhebung der Verfassung ab. Aber was unter Beibehaltung derselben geschehen konnte, um das konstitutionelle System wieder dem altständischen zu nähern, das geschah; das kleine Häuflein der Liberalen war bei aller Tapferkeit unvermögend, den übermächtigen Ansturm aufzuhalten. Von ihren Führern gab einer nach

dem anderen den aussichtslosen Kampf auf. Wie wenig es den Feudalen um die Stärkung der Krone, sondern nur um die ihres eigenen Einflusses zu thun war, erfuhr der König, als man Hand an die Umgestaltung der ersten Kammer legte, für die ihm nach dem noch geltenden Gesetze von 1848 nur die Ernennung von höchstens zehn Mitgliedern auf Lebenszeit zustand. Als der König auf Wegfall dieser Bestimmung drang, spieen die Junker Feuer und Flamme, weil sie fürchteten, dabei zu kurz zu kommen; aber der König blieb standhaft und drang schließlich durch. Durch das Gesetz vom 7. Mai 1853 wurde unter Aufhebung des die Bildung der ersten Kammer betreffenden Artikels der revidierten Verfassung die künftige Zusammensetzung derselben aus erbberechtigten und lebenslänglichen Mitgliedern der Krone überlassen. An Stelle der ersten Kammer rief hierauf die Verordnung vom 12. Oktober 1854 ein Herrenhaus ins Leben, in welchem drei Klassen von Mitgliedern zu unterscheiden waren: 1) die großjährigen Prinzen des königlichen Hauses, 2) die erblichen Mitglieder, nämlich die Häupter der fürstlichen Häuser Hohenzollern-Hechingen und Sigmaringen, sowie die der mediatisierten Häuser und die übrigen durch die Verordnung vom 3. Februar 1847 zur Herrenkurie des Vereinigten Landtags berufenen Fürsten, Grafen und Herren oder später zu berufende, 3) die vom Könige auf Lebenszeit berufenen, nämlich die Inhaber der vier großen Landesämter im Königreich Preußen, andere aus besonderem Vertrauen berufene, aus denen auch die Kronsyndici bestellt werden sollten, und die dem Könige von gewissen Körperschaften, z. B. von dem alten und befestigten Grundbesitz oder von den größeren Städten präsentierten.

Dennoch hatte der Adel keine Ursache sich zu beklagen, er erfuhr in allen Stücken ausgiebige Vergünstigung. Gegen den ausdrücklichen Wortlaut der Verfassung wurde (durch Gesetz vom 5. Januar 1852) die Errichtung von Fideikommissen gestattet, die auf dem Grundsätze der Selbstverwaltung ruhende Gemeindeordnung von 1850 wiederaufgehoben, die gutsherrliche Polizei auf dem Lande, die Kreis- und die Provinziallandtage, auf denen der Adel das unbedingte Übergewicht besaß, wieder hergestellt. Innerhalb des Ministeriums hatte das Restaurationsbestreben des grundbesitzenden Adels seine Hauptstütze an dem Minister des Inneren von Westphalen, das kirchlich strenggläubige Element an dem Kultusminister von Raumer, die Bürokratie verkörperte der Ministerpräsident von Manteuffel. Wo ihre Ziele zusammenfielen, verbanden sich alle drei zur strengsten Überwachung jeder oppositionellen Regung. Nicht bloß die Verwaltung, auch die Rechtspflege wurde in den Parteidienst der Reaktion gestellt. Der Prozeß Ladendorf, ein Seitenstück zu dem gegen Waldeck, lieferte den beschämenden Beweis, daß die niedrigste Spionage, Augeberei und falsches Zeugnis von der herrschenden Partei nicht verschmäht würden als Waffen gegen die verhassten Liberalen. Und doch hinderte diese Enthüllung nicht, daß derselbe Mensch, der hier zugleich den Anstifter und Denunzianten der angeblichen Verschwörung gespielt hatte, nachher in Mecklenburg wieder als Werkzeug diente, um in einem langjährigen Hochverrats-



prozesse die Führer der Bewegung von 1848, darunter den Präsidenten des Landtags M. Wiggers, ins Zuchthaus zu bringen. Nicht lange, und selbst die eigenen Parteigenossen waren vor solchen Nachstellungen nicht mehr sicher. Im Jahre 1855 wurde ein ehemaliger Geheimpolizist Namens Tschén überführt, längere Zeit in Manteuffels Dienst den Kabinettsrat Niebuhr und die Gebrüder von Gerlach, des Königs persönliche Vertraute, überwacht und durch deren Bediente wichtige Papiere derselben haben entwenden oder abschreiben zu lassen.

Gern ließ sich die Feudalpartei die Allgewalt der Polizei gefallen, solange sie jede unbequeme politische Regung niederhielt; aber über sich selbst gestand sie ihr keine Macht zu. Als der Polizeipräsident von Sinfeldey, der sich trotz mannigfacher Eigenmächtigkeiten doch um die Reorganisation des hauptstädtischen Polizeiwesens große Verdienste erworben hatte, es wagte, gegen das wilde Hazardspiel im adligen Jockeiklub einzuschreiten, wurde er vor die Pistole des besten Schützen aus diesem Kreise, des Leutnants Hans von Kochow-Blessow, gefordert und von diesem erschossen. „Die Kreuzzeitungs-partei,“ schreibt der Prinz von Preußen, „hatte ihm den Tod geschworen, weil er es wagte, dem Könige über dieselbe offen zu sprechen,“ und die Begnadigung des Duellanten zeigte, was adliger Übermut sich ungestraft erlauben durfte. Der Evangelischen Kirchenzeitung, welche bei diesem Anlaß das Duell als absolut unchristlich verworfen hatte, erteilten die Militärischen Blätter wegen ihres sentimental, falschen Christentums einen Verweis.

Solche Extreme mußten sich notwendig schnell abnutzen. Kein einsichtiger und besonnener Patriot auch unter den Strengkonservativen konnte den Feudalen auf dieser Bahn weiter folgen. Es trennte sich von diesen die altpreussische Partei, die hochangesehene Namen wie von Uedom, von Pourtalès, von der Goltz, von Bethmann-Hollweg an ihrer Spitze zählte. Es waren die Männer, die bei der Unberechenbarkeit des Königs ihre Hoffnungen für eine bessere Zukunft auf den Prinzen von Preußen setzten. Ihr Preßorgan war das Preussische Wochenblatt.

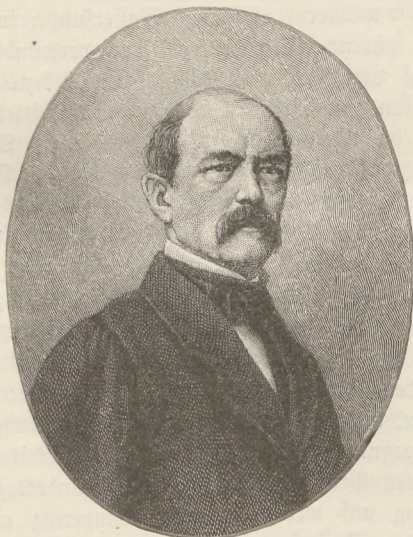
Mit der Reaktion im Innern der Einzelstaaten hob zugleich wieder die Blütezeit des Partikularismus an. Es war, als ob die 1848 bewiesene Verzagttheit durch doppelt eifrige Verleugnung jedes nationalen Gedankens abgebußt werden sollte. Diesen zu bekennen, galt als untrügliches Zeichen schlechter Gesinnung; statt seiner wurde in allen Tonarten das Dogma gepredigt, daß die deutsche Geschichte auf die Entwicklung der Stämme, nicht auf die der Einheit hinweise. Selbst die von einigen Kleinstaaten mit Preußen abgeschlossenen Militärkonventionen sollten jetzt mit der Bundestagsverfassung in Widerspruch stehen. Von den nationalen Schöpfungen der Revolutionsjahre war nur noch eine, die aus sechs Fregatten, fünf Korvetten, zwei Segelschiffen und sechs Kanonenbooten bestehende deutsche Flotte, übrig. Die Notwendigkeit einer deutschen Seemacht hatte der dänische Krieg mit beschämender Unwiderleglichkeit dargethan; aber wer sollte jetzt ihr Eigentümer sein? Preußen

machte den einzigen verständigen Vorschlag, die deutsche Nordseeflotte mit den Anfängen seiner Ostseeflotte zu vereinigen. Dem aber traten sogleich die Mittelstaaten unter Führung Hannovers, welches wieder in dem Traume eines mächtigen Welfenreiches zu schwelgen begann, mit der Forderung entgegen, wie Österreichs Mitwirkung auf die Adria, so solle die Preußens auf die Ostsee beschränkt, die Nordsee den übrigen Bundesstaaten vorbehalten bleiben. Auch damit erklärte sich Preußen einverstanden, vorausgesetzt, daß es selbst Mitglied des zu bildenden Nordseeflottenvereins werde. Gegen diese Bedingung erhob jedoch Österreich Einspruch. Die Unvereinbarkeit dieser Standpunkte zog die Verhandlungen, obgleich schon die Frage der Erhaltung und Kostentragung zu raschem Abschluß drängte, unter widerwärtigem Gezänk mehrere Monate in die Länge, bis endlich der Bundestag am 2. April 1852 die Auflösung der deutschen Flotte beschloß. Dem oldenburgischen Staatsrat Hannibal Fischer wurde der wenig beneidenswerte Auftrag, das herrenlose Nationaleigentum unter den Hammer zu bringen. Die brauchbarsten Schiffe, wie namentlich die *Gefion*, erstand Preußen. Das war der Akt, mit welchem der Bundestag unter dem Hohngelächter des deutschen Volkes seine Wiedereinsetzung feierte.

Bereits bei dieser Gelegenheit hatte die eben erst neugeknüpfte Eintracht zwischen den beiden Vormächten die Probe schlecht bestanden. Als Preußen unter dem Drucke einer ihm ungünstigen Gesamtlage der europäischen Politik sich entschloß, die Union aufzugeben und wieder in den Bundestag einzutreten, hatte es dies in der für selbstverständlich gehaltenen Voraussetzung gethan, daß damit auch das vor 1848 in der Bundesversammlung bestandene Verhältnis wiederhergestellt sei, wonach die beiden Vormächte keine Angelegenheit ohne vorhergängige gegenseitige Verständigung einbrachten und durch diese Eintracht die Unterwerfung der übrigen unter ihren Willen durchsetzten. Unter dieser Voraussetzung hatte Manteuffel die Leitung der preußischen Politik mit dem Programm Verbrüderung und Bündnis mit Österreich übernommen. Im Vertrauen auf die Erneuerung der alten Eintracht hatte Preußen am 3. Mai 1851, kurz ehe es sich zum Eintritt entschloß, in einen geheimen Vertrag gewilligt, durch welchen es Österreich alle seine Besitzungen auf drei Jahre verbürgte. Ganz anders jedoch dachte Fürst Schwarzenberg. Nicht zufrieden, die Stellung, welche die Bundesverfassung früher dem Bundestage verliehen, wieder einzunehmen, gedachte er vielmehr den Umschwung, durch welchen Österreich dem Untergange nahe gebracht worden war, als Grundlage für die Verwirklichung weitausehender Pläne zu benutzen, ähnlich dem zu Anfang des Dreißigjährigen Krieges, welcher den Kaiser, kurz nachdem er in seiner Hofburg nicht sicher gewesen war, zum Gebieter Deutschlands machte.<sup>1)</sup> Preußen sollte dem Machtgebote aus Wien nicht weniger unterworfen werden,

1) Worte Bismarcks in den von Poschinger, Preußen im Bundestag 1851 bis 1859, 4 Bde. veröffentlichten Berichten desselben, wie auch mehreres im folgenden.

als früher die Kleinere den gemeinsamen Beschlüssen der beiden Großmächte, und füge es sich nicht, mit Hilfe der letzteren majorisirt werden. Denn so drohend stand diesen, und vor allen den Mittelstaaten, noch das Schreckbild der preußischen Hegemonie vor Augen, daß sie sich willfährig unter die schützenden Fittiche des Doppeladlers schmiegeten. Daß der mittelstaatliche Hofadel, wenig angezogen von der preußischen Straffheit und Arbeitsamkeit, fast durchweg österreichisch gesinnt war, daß zahlreiche Angehörige desselben den kaiserlichen Dienst aussuchten, kam diesen Plänen nicht wenig zu statten. Ihren Ausdruck fanden dieselben schon in der Ungeniertheit, mit der der Präsidialgesandte sich seinen Kollegen gegenüber selbst über die einfachsten



Otto von Bismarck-Schönhausen.

Regeln der gesellschaftlichen Schicklichkeit hinwegsetzte, und in jeder Weise der Fiktion Vorschub leistete, als ob Österreichs bevorzugte Stellung im Bunde ihren Grund nicht bloß im Vorrechte des Präsidiums, sondern in anderweiten und rechtlichen Verhältnissen habe, als sei die Bundesversammlung eine österreichische Institution.

Solange der Gesandte am Petersburger Hofe von Rochow Preußen interimistisch in Frankfurt vertrat, gab sich derselbe ohne Widerrede unter diese österreichische Suprematie. Die Sachlage änderte sich jedoch, als von Bismarck, der ihm schon als Legationsrat zur Seite gestanden, sein Nachfolger wurde. So wenig derselbe als ein prinzipieller Gegner Österreichs nach Frankfurt gekommen war, so gebliffentlich er, statt auf Streit mit diesem, darauf ausging, unbedeutendere Meinungsverschiedenheiten vor den Augen der



Kleinere zu verbergen, um nicht den gemeinsamen Einfluß auf sie zu gefährden, so sah er sich doch sehr bald durch die Wahrnehmung, daß das Bestreben der übrigen, von Osterreich geleiteten Staaten darauf gerichtet war, Preußen zu überstimmen oder ihm wenigstens Schwierigkeiten zu bereiten, zu Kampf und energischer Abwehr gezwungen, obgleich er dafür bei seiner Regierung nicht immer auf ausreichende Unterstützung zu rechnen hatte. Eine richtige Würdigung der gemeinsamen Interessen der deutschen Regierungen und der dadurch bedingten Notwendigkeit des Anschlusses an und der Unterordnung untereinander fand er so wenig vor, daß der Bundestag ihm eher das Bild eines bellum omnium contra omnes bot, als das einer Verbindung zu anerkannt gemeinsamen Zwecken. Den Verdruß über die „Herren Kleinigkeitskrämer“, über „die nüchterne einfältige Wassertsuppe, in der auch nicht ein einziges Fettauge zu spüren“, hätte er wohl noch verwunden; wo es sich aber um die Verteidigung von Preußens Würde und Lebensinteressen gegen die Herabdrückung desselben zum Vasallen des mit den Mittelstaaten verbündeten Osterreich handelte, da wick er keinen Finger breit. Wie vollständig auch Preußen für den Augenblick allem Emporstreben aus den Fesseln der Bundesverfassung entsagt hatte, fester wollte er sie ihm wenigstens keinesfalls anlegen lassen. Indem er gegen den Beschluß, statt für die Erhaltung der Flotte die rückständigen Matrikularbeiträge einzufordern, eine neue Vorschußumlage zu erheben und einstweilen bei Rothschild ein Anlehen aufzunehmen, Verwahrung einlegte, da die Flotte keine organische Einrichtung, folglich für die sie betreffenden Beschlüsse Einstimmigkeit nötig sei, verwandelte er das Feilschen um eine unbedeutende Geldsumme in einen Streit über die fundamentalen Fragen des Bundesrechts, über die Kompetenz der Bundesversammlung, den die hochfahrende Entgegnung des durch die Kümmerlichkeit der mittelstaatlichen Diplomatie verwöhnten Präsidialgesandten, der Bundestag sei kompetent für alle Fragen, in Bezug auf welche er seine Kompetenz ausspreche, nur noch mehr verschärfte. Dem Versuche, aus dem zur Redaktion und Publikation der Bundestagsprotokolle niedergesetzten Ausschusse ein einseitiges, im österreichischen Sinne gegen Preußen wirkendes Organ zu machen, trat Bismarck so energisch entgegen, daß er alsbald eingestellt werden mußte. Am liebsten hätte die Majorität Preußen sogar den Wiederaustritt seiner östlichen Provinzen aus dem Deutschen Bunde verwehrt, eben weil es dessen bedurfte, um seine Stellung als selbständige Großmacht zu wahren.

Solange Graf Thun das Präsidium führte, blieb das Verhältnis noch leidlich; schlimmer wurde es unter dessen Nachfolger, dem „pomphaften und unzuverlässigen“ von Prokesch-Osten. Seitdem trat auch Bismarck fester auf. Schon jetzt begann ihm die Überzeugung zu dämmern, daß schließlich nur die Waffen diesen Streit entscheiden könnten. Dringend empfahl er seiner Regierung einen Wechsel in ihrer bisherigen Haltung, größere Zurückhaltung im Zusammenwirken mit den übrigen deutschen Höfen, bis sich denselben die Überzeugung entwickelt haben werde, daß sie um die Geneigtheit Preußens durch Ent-

gegenkommen von ihrer Seite zu werben hätten. Eine Änderung in dem für Preußen ungünstigen Majoritätsverhältnisse versprach er sich nur von der konsequenten Befolgung des Grundsatzes, daß es lediglich denjenigen deutschen Regierungen Rücksichtnahme gewähre, welche solche zu verdienen bemüht seien. Denn während die kleinen Bundesstaaten daran gewöhnt seien, daß Österreich für seine Unterstützung wie für seine Anfeindung genau den Maßstab der Gegenseitigkeit nehme, und daher dessen Rache fürchteten, verfielen sie sich zu Preußen unter allen Umständen einer versöhnlichen und wohlwollenden Behandlung. Sätze, die für die Zukunft Deutschlands entscheidend geworden sind; sie jetzt schon in Anwendung zu bringen, hatte Manteuffel weder den Mut noch die Kraft. Nur mit großer Mühe setzte der junge Bundestagsgesandte durch, daß der Hessen-Darmstädter von Dalwigk für die Angebühr, die er sich gegen den preußischen Gesandten herausgenommen, wenigstens mit zeitweiligem Abbruch des diplomatischen Verkehrs bestraft wurde.

Diese Erfahrungen stellten Bismarcks Anschauungen von den deutschen Verhältnissen unwiderruflich fest. Nach wie vor hielt er zwar an der Überzeugung fest, daß das Segensreichste eine enge und aufrichtige Verbindung Österreichs und Preußens sei, die aber die Gleichberechtigung beider zur unerläßlichen Voraussetzung habe, aber überzeugte sich bald, daß diese Voraussetzung vollständig fehle, für Preußen also die Notwendigkeit gegeben sei, im Kampfe gegen die österreichischen Tendenzen seine Stellung im Bunde zu behaupten und zu verbessern. „Ich habe“, sprach er am 13. September 1867, „in Frankfurt erkannt, daß viele der Größen, mit denen meine Erfurter Politik gerechnet hatte, nicht existierten, daß das Zusammengehen mit Österreich, wie es mir aus den Erinnerungen der Heiligen Allianz, die durch die Tradition der früheren Generation mir überkommen waren, vorschwebte, daß dieses nicht möglich war, weil das Österreich, mit dem wir rechneten, überhaupt nicht existierte.“

Wie wenig hatte aber doch dieser oft mit kleinlichen Mitteln geführte Krieg zu bedeuten im Vergleich mit dem weiteren Unternehmen Schwarzenbergs, die große nationale Schöpfung Preußens, den deutschen Zollverein, ebenfalls in die österreichische Machtphäre zu ziehen. Die wirtschaftliche Einheit der Nation gehörte zu dem Programm der Paulskirche, aber die darüber in Frankfurt angestellten Erörterungen hatten nur die zur Zeit noch unüberwindlichen Hindernisse, die sich einer Aufnahme Österreichs in dieselbe entgegenstellten, zum Bewußtsein gebracht. Unverkennbar war die frühere Zollabspernung des Kaiserstaates gegenüber der freieren Verkehrsentwicklung nicht mehr haltbar. Der Augenblick, zu einem anderen System überzugehen, war günstig, denn Ende 1853 liefen die Zollvereinsverträge ab. Das Haupthindernis einer Zolleinigung mit Deutschland hielt Schwarzenberg durch die Aufhebung der ungarischen Zolllinie vom 1. Oktober 1849 an und einen neuen Zolltarif, durch welchen Österreich vom Prohibitivsystem zum Schutzzoll überging, für beseitigt. Ein Handelsvertrag und eine stufenweis fortschreitende

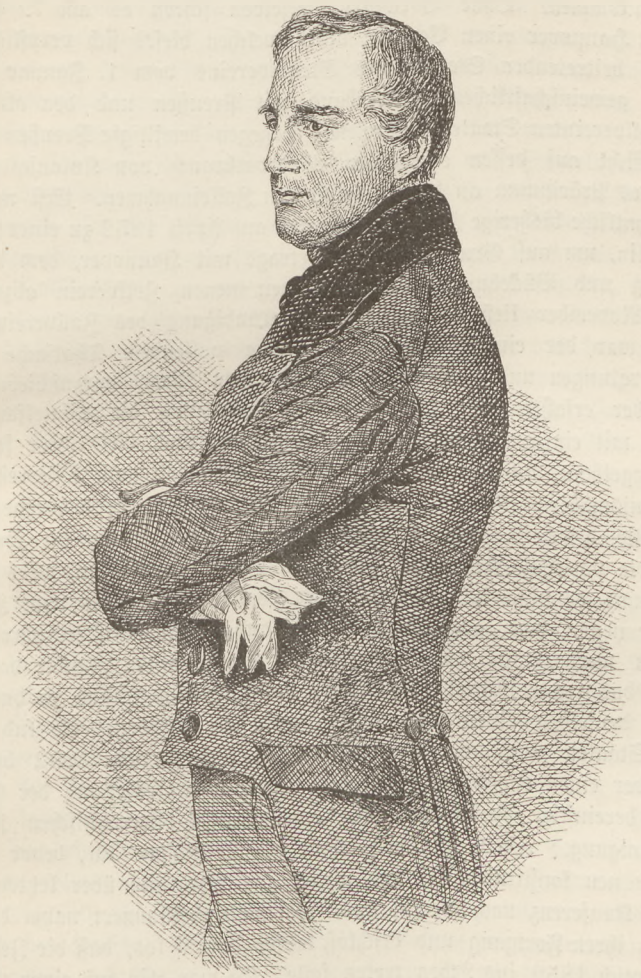
Annäherung der beiden Zollsysteme sollten als Übergang zum vollständigen Zollanschluß dienen. In einer Denkschrift vom 30. Mai 1850 entrollte der Handelsminister von Bruck das verführerische Bild eines einheitlich geleiteten mitteleuropäischen Handelskörpers mit 70 Millionen Seelen, der die Zukunft der verbündeten Staaten auf dem Grunde ihrer politisch-materiellen Solidarität in einer Weise sichern würde, wie die bisherigen Einrichtungen dies nicht vermocht hätten. Die Hauptsache dabei war jedoch der politische Hintergedanke. Was Metternich ehemals nur in gelegentlichen und vorübergehenden Anläufen versucht hatte, das nahm jetzt Schwarzenberg mit ganz anderer Kraft auf, um Preußens Selbständigkeit auch auf dem materiellen Felde ein Ende zu machen, es auch auf diesem dem von Oesterreich geleiteten Bundestage zu unterwerfen.

In Berlin durchschaute man diese Absicht vollkommen; aber die augenblickliche Bedrängnis Preußens zwang behutsam aufzutreten. Es wurden Unterhandlungen eingeleitet, die zu keinem Ziele führten. Als Abschlagszahlung, nur um Zeit zu gewinnen, wurde am 5. April ein deutsch-österreichischer Postverein abgeschlossen. Aber in Wien wurde man ungeduldig. Schwarzenberg verlangte, daß auf der bevorstehenden Zollkonferenz zu Kassel die österreichischen Vorschläge zur Verhandlung gestellt würden, und schon da würde der Angriff der Mittelstaaten gegen Preußen begonnen haben, wenn sie im Stande gewesen wären, sich untereinander zu verständigen. Man kam nur zu dem Beschlusse, Preußen im Verein mit Bayern und Sachsen die Einleitung von Vorverhandlungen mit Oesterreich zu übertragen. Einen zweiten Angriff schlug Preußen auf den Dresdner Konferenzen ab, jedoch ohne dadurch seine Gegner von der Wiederholung desselben abzuschrecken. Kaum wieder in Thätigkeit gesetzt, wählte die Bundesversammlung am 10. Juli 1851 einen handelspolitischen Ausschuß, der die auf jenen Konferenzen unerledigt gebliebenen einschlagenden Fragen prüfen, thatsächlich aber das Werkzeug werden sollte, die Leitung des Zollvereins Preußen aus den Händen zu winden und zur Bundesangelegenheit zu machen. Kaum ein Jahr nach Olmütz standen sich die alten Tendenzen des österreichischen Großdeutschlands, der preußischen Union und der mittelstaatlichen Trias, nur in etwas veränderter Form, wieder gegenüber.

Die Gefahr für Preußen war im Steigen. Zu dem politischen Gegensatz gesellte sich der wirtschaftliche des schutzzöllnerischen Südens gegen den freihändlerischen Norden. Auf der Zollkonferenz zu Wiesbaden im Juni 1851 erklärten sich Bayern, Württemberg, Sachsen, beide Hessen u. a. für die österreichischen Anerbietungen und für den Eintritt dieses Staates in den Zollverein vom 1. Januar 1859 an. Zum Glück für Preußen erlosch mit Brucks Rücktritt, 23. Mai, der eigentlich treibende Geist in der Verfolgung des österreichischen Planes. Trotzdem galt es rasch und kräftig zu handeln. Der Gedanke lag nahe, den bisher noch nicht zum Zollverein gehörigen Norden, vor allem Hannover zu gewinnen, keineswegs bloß um die zu bewachende



Grenze um ein Bedeutendes zu verkürzen, sondern vornehmlich um den territorialen Zusammenhang zwischen den beiden Hälften des eigenen Staates herzustellen und dadurch für den äußersten Fall unabhängig vom Süden zu



Freiherr von Bruck.

Nach dem Stahlstiche von A. Weger.

werden. Der Versuch gelang über Erwarten. Die Regierung von Hannover verschloß sich nicht der Einsicht, daß der schon durch den Abfall Braunschweigs erheblich geschwächte Steuerverein mit seinen niedrigen Zoll- und Steuersätzen sich den gesteigerten Staatsbedürfnissen gegenüber nicht aufrecht erhalten lasse,

der Anschluß an den Zollverein dagegen sehr bedeutende Vorteile in Aussicht stelle. Aber gewizigt durch die früheren Erfahrungen, bedeckte Preußen die Verhandlungen mit dem tiefsten Geheimnis, ja es bedachte sich sogar nicht, eine schroffe und seine Bundesgenossen verletzende Form zu wählen, um zum Ziele zu kommen. Ohne Vorwissen derselben schloß es am 7. September 1851 mit Hannover einen Vertrag, durch welchen dieses sich verpflichtete, mit den noch beitretenden Staaten des Steuervereins vom 1. Januar 1854 an in einen gemeinschaftlichen Zollverband mit Preußen und den alsdann mit diesem zollvereinten Staaten zu treten. Dagegen bewilligte Preußen Hannover mit Rücksicht auf dessen erheblichen Mehrverbrauch von Kolonialwaren ein bedeutendes Präcipuum an den gemeinsamen Zolleinnahmen. Erst nachträglich lud es sämtliche bisherige Zollvereinsstaaten auf April 1852 zu einer Konferenz nach Berlin, um auf Grundlage des Vertrags mit Hannover, dem dann noch Oldenburg und Bückeburg beitraten, einen neuen Zollverein abzuschließen. Am 11. November ließ es die formelle Kündigung des Zollvereins folgen.

Es war der einzige Weg, durch eine vollendete Thatsache endlosen Spezialberatungen und gefährlichen Ränken einen Kiegel vorzuschieben. Eben darum aber erfaßte eine unbeschreibliche Bestürzung die Mittelstaaten über diesen sie mit einemmale mattsetzenden Gegenzug, über diese ihrer souveränen Würde angethane Rücksichtslosigkeit. Gleich ihnen sah auch Oesterreich in den unverhältnismäßigen Opfern, welche Preußen in dem Septembervertrage gebracht hatte, den besten Beweis, daß es sich dabei weniger um die kommerzielle als um die politische Bedeutung handle, und war entschlossen, alles daran zu setzen, damit es nicht in noch schrofferer Weise, als früher vom Zollverein, von einer neuen, das ganze übrige Deutschland umfassenden Korporation ausgeschlossen werde. In dem Schrecken der Mittelstaaten glaubte das Wiener Kabinett das rechte Mittel zu besitzen, um Preußens Pläne zu durchkreuzen und mit denselben einen eigenen Zollverein zu gründen. Es lud sämtliche deutsche Staaten zu Konferenzen nach Wien auf Januar 1852 behufs Beratung über einen engen Handelsvertrag sowie über Festsetzung der Garantien für das dereinstige Zustandekommen einer deutsch-österreichischen Zoll- und Handelseinigung. Allein Preußen lehnte die Teilnahme ab, bevor nicht der Zollverein neu konstituiert sei und schrieb zur Beratung über letzteres seinerseits eine Konferenz nach Berlin aus. Darum unbekümmert nahm die Wiener Konferenz ihren Fortgang und beschloß tapfer darauf los, daß die Zolleinigung mit Oesterreich 1859 ins Leben treten solle. Es war also auf einen Zollverein mit Oesterreich ohne Preußen, falls dieses, wie vorauszusehen, ablehnen würde, abgesehen. Weiter aber rückten die Wiener Besprechungen so wenig von der Stelle, wie die von Oesterreich nebenher eingeleiteten geheimen Verhandlungen. Was die mittelstaatlichen Politiker ersehnten, war im Grunde gar nicht ein Zollverein mit Oesterreich ohne Preußen, der sie nur in den Fall gebracht hätte, den Herrn zu wechseln, sondern eine Zolleinigung mit beiden Mächten, die ihnen gestattet hätte, das im Bundestag geübte Schaukelsystem auch auf



jene zu übertragen. Die schweren Nachteile, die durch eine solche Wendung den materiellen Interessen ihrer Bevölkerungen zugefügt wurden, wogen bei ihnen leichter als der politische Gewinn, den sie sich davon versprachen. In einer Konferenz zu Darmstadt kamen die sechs Mittelstaaten (außer Baden) am 5. April zu einer Verständigung darüber, daß sie in Wien das Schlußprotokoll über den Handelsvertrag und die künftige Zolleinigung mit Österreich unterzeichnen und sofort bei Eröffnung der Berliner Konferenz auf die Zuziehung Österreichs dringen, solange aber diese nicht stattgefunden, den Zollverein nicht erneuern wollten. Sie verpflichteten sich zweitens, nur unter allseitiger Zustimmung mit andern Staaten Zoll- und Handelsverträge einzugehen, sofern aber vor Ablauf des Jahres 1853 kein solcher zu stande käme, den Zollverein für sich allein fortzusetzen, endlich eine Modifikation des in Wien entworfenen Vertrags dahin anzustreben, daß Österreich ihnen ihre bisherigen Zolleinkünfte garantiere, wogegen sie sich verpflichteten, keine Verlängerung des Zollvereins mit Preußen vor dem 1. Januar 1853 einzugehen, sofern nicht früher eine Verständigung zwischen Österreich und dem Zollverein zu stande gekommen wäre. Der Stein des Anstoßes bei der Sache war nur die Wertlosigkeit jener Garantie für ihre vollen zeitherigen Zolleinnahmen von seiten Österreichs, solange dessen eigene Finanzen und Valuta sich in trostlosester Zerrüttung befanden. Diese schloß jede Verwirklichung der aufgestellten Idee aus; dieselbe erschien also nur als eine Demonstration, ein Schreckschuß, als eine Kraftprobe auf Preußens Geduld, und wirkten daher auf letzteres eher als eine Aufforderung zur Standhaftigkeit.

Die Darmstädter, in Stuttgart weiter gesponnenen Abmachungen, welche vorläufig geheim bleiben sollten, wurden durch eine wohl absichtliche Indiskretion vorzeitig in Berlin bekannt und verschärften dort die gereizte Stimmung. Preußen lehnte dieselben rundweg ab und erklärte die Annahme des Septembervertrages sowie die Zustimmung dazu, daß die Unterhandlungen mit Österreich erst nach erfolgter Rekonstruktion des Zollvereins eröffnet würden, als Vorbedingung für die Wiederaufnahme der Verhandlungen. Als jene nicht darauf eingingen, brach es, 17. September, die Konferenzen ab, erklärte fortan nur noch mit den einzelnen Staaten auf Grund seines letzten Anerbietens unterhandeln zu wollen und erneuerte, 16. November, den Zollverein nur mit Braunschweig, den thüringischen Staaten und dem Steuerverein. Es war der Höhepunkt der Krisis. Wenngleich die in München versammelten mittelstaatlichen Minister auf Betrieb des Sachsen von Beust den Mund abermals möglichst voll nahmen, machte sich doch das Bedürfnis des Einlenkens auf allen Seiten fühlbar. Angesichts der großen Gefahr einer Zerreißung des seit zwanzig Jahren in großartiger Entwicklung stehenden Zollvereins bemächtigte sich eine stetig wachsende Beunruhigung der Bevölkerung; am unbegreiflichsten mußte die Stellungnahme des industriell hochentwickelten, seinen ganzen wirtschaftlichen Interessen nach mit dem Zollverein aufs engste verknüpften Sachsens jedem erscheinen, der nicht durchschaute, daß es Beust nur darauf ankam, sich



Österreich gefällig zu zeigen, um sich dafür der Unterstützung desselben gegen Preußen zu versichern. In Wien ließ jetzt die europäische Gesamtlage die Freundschaft Preußens doch wertvoller erscheinen als die der Darmstädter Verbündeten, mit denen ohne jenes doch kein Zollverein zu erreichen war. Aber auch Preußen wurde inne, daß dem Fundament seines neuen Systems, dem Septembervertrage, nicht allzusehr zu trauen sei, da sich in Hannover bedenkliche Symptome eines Gefinnungswechsels zeigten. Es that den ersten Schritt der Annäherung, indem es sich erbot, sich direkt, unter Ausschluß der Darmstädter, mit Österreich zu verständigen, und unbedenklich gab dieses sofort den Verbündeten den Laufpaß mit der Eröffnung, sie möchten nur ganz frei nach ihren Interessen handeln. Am 17. Februar 1853 fand in Berlin die Unterzeichnung des Handelsvertrags mit Österreich statt, durch welchen einer Anzahl Waren im beiderseitigen Verkehr besondere Erleichterungen gewährt wurden. Am 4. April erfolgte die Erneuerung des erweiterten Zollvereins auf zwölf Jahre. Wenn trotzdem zu Wien am 22. Februar ein auf den 17. zurückdatirter eventueller österreichisch-mittelstaatlicher Zollverein abgeschlossen wurde, so war das nichts als eine dürftige Verhüllung der erlittenen Niederlage.

Denn der Sieg war voll und ganz auf Seite Preußens; es hatte die anderen gezwungen, sich auf die von ihm gestellten Bedingungen wieder zu einigen. Wenn es auch darauf verzichtete, nach Bismarcks Rat als eigentliches Siegeszeichen einen oder den anderen der feindlichen Koalitionsminister, Dalwigk oder Beust, zu beseitigen, zumal es doch nicht unbedenklich scheine, diese in den Zollverein zu übernehmen wie Angeziefere in das Haus, so hatte es doch jetzt in dem 9046 □ Meilen mit fast 33 Millionen Bewohnern umfassenden Zollvereine die materielle Verkörperung der deutschen Einheit geschaffen. Die mittelstaatlichen Regierungen dagegen hatten durch ihr frevelhaft leichtsinniges Spiel vor den Augen der ganzen Nation dargethan, daß die dynastischen Interessen ihnen höher stünden als die Wohlfahrt des Volkes, und zum Dank dafür von Österreich die beschämende Lehre empfangen, daß sie ganz unvermögend seien, für sich allein irgend etwas zu stande zu bringen.

Um die nämliche Zeit that Preußen noch einen anderen, durch dieses Zusammentreffen doppelt bedeutenden Schritt vorwärts. Es setzte den Fuß wieder auf die Nordseeküste, von der es durch die Preisgabe Ostfrieslands verdrängt worden war; freilich nur auf eine winzige Scholle, indem es, 20. Juli 1853, von Oldenburg einen kleinen, später noch etwas erweiterten Streifen Landes am Jadebusen zur Anlegung eines Kriegshafens erwarb, nicht ohne Protest Hannovers.

Schwarzenberg hatte diesen Ausgang nicht mehr erlebt; ein Schlagfluß hatte ihn am 4. April 1852 plötzlich hinweggerafft.

## Zweites Kapitel.

### Die Errichtung des zweiten Kaiserreichs und der Krimkrieg.

Die Besorgnisse, welche in Wien die Beilegung des Handelsstreites mit Preußen wünschenswert erscheinen ließen, waren nicht ohne Grund gewesen. Eben hatte die Welt einen schönen Friedenstraum geträumt. Die am 1. Mai 1851 eröffnete erste Weltausstellung<sup>1)</sup> zu London, durch den Prinzgemahl als Präsidenten der Society of arts mit ebensoviel Begeisterung als Verständnis erdacht und in Paxtons 30 000 Menschen fassendem Wunderbau aus Glas und Eisen zur Ausführung gebracht, hatte soeben die Kulturvölker des Erdballes nicht bloß zu einer glänzenden Schaustellung, sondern auch zu friedlichem Wettstreit auf dem Gebiete menschlicher Arbeit, dem einzigen, so schien es, den eine glücklichere Zukunft anstatt der blutigen Schlachtfelder der Vergangenheit kennen werde, versammelt; die englische Aristokratie hatte ihren Stolz drein gesetzt, die Pflichten der Gastfreundschaft durch Entfaltung eines großartigen Luxus zu erfüllen. Der Traum war schön aber kurz. Von Westen und von Osten zugleich stieg fast unmittelbar darauf Gewölk auf, welches die friedliche Bläue des Horizontes verfinsterte.

Der Staatsstreich vom 2. Dezember wurde der Ausgangspunkt für einen neuen Abschnitt im Leben der Völker. Daß seit demselben in Frankreich ein neues Kaiserreich in raschem Anzuge sei, war auch einem blöden Auge sichtbar. Der Prinzpräsident nahm seinen Sitz in den Tuileries, auf den Fahnen mußte der gallische Hahn dem kaiserlichen Adler weichen. Dauernd waren in Frankreich seit zwei Menschenaltern nur die Schöpfungen des Kaiserreichs gewesen; der französische Staat war, worauf der Prinz bei Veröffentlichung der Verfassung am 14. Januar 1852 ausdrücklich hinwies, nichts als das durch die Revolution verjüngte und durch den Kaiser organisierte Frankreich; für dieses Land war die Monarchie eine Notwendigkeit. Es war also nur folgerichtig, wenn der Sache die Form nachfolgte. Die Februarrevolution

1) Die erste Idee einer Industrieausstellung, und zwar einer französischen, ist unter dem Direktorium von François de Neufchateau ausgegangen. Sie wurde 1798 auf dem Marsfelde gehalten und war von 111 Ausstellern besetzt; die von 1840 von 4532.



hatte einen Beweis großer Naivität gegeben, indem sie eine Republik schaffen zu können meinte unter Beibehaltung der aus dem ersten Kaiserreich stammenden strengen Zentralisation. Die vier Monate bis zum Zusammentritt des Gesetzgebenden Körpers, während deren der Präsident die Diktatur führte, wurden benutzt, um von den Einrichtungen, welche als Bürgschaften der Freiheit gegolten, eine nach der anderen zu beseitigen. Die Nationalgarde wurde vermindert und unter den Befehl der Zivilbehörden gestellt, das Recht der Offizierswahl ihr entzogen. Die Professoren verloren die Unabhängigkeit, die Präfekten, von oben durch Mitglieder des Staatsrats inspiziert, was als eine Erneuerung der Einrichtung Karls des Großen gerühmt wurde, schalteten unbeschränkt, die Presse war der Willkür der Verwaltung überliefert. In Bezug auf die Wahlen zum Gesetzgebenden Körper wies ein Rundschreiben des Ministers des Inneren Persigny die von den vorhergehenden Regierungen angewendeten geheimen Beeinflussungen, welche den Charakter des Menschen erniedrigten und sein Gewissen abstumpften, weit von sich. Die Zeit der Intrigen und der politischen Korruption sei vorbei; um die Harmonie zwischen den verschiedenen Staatskörperschaften zu sichern, hätten sie die Wähler öffentlich über die Kandidaten aufzuklären, welche das Vertrauen der Regierung besäßen.

Diese Aufklärung erfolgte so gründlich, sie unterstützte den Widerwillen des Volkes gegen die Republik so kräftig, daß die Wahlen nur eine Bestätigung des Plebiszits vom 20. Dezember ergaben. Die offiziellen Kandidaten waren fast einstimmig durchgegangen. Die einzigen drei gewählten Republikaner, Cavaignac, Carnot und Henon, nahmen ihre Plätze nicht ein, weil sie nicht den Eid auf die Verfassung leisten mochten. In seiner Begrüßungsrede an den Gesetzgebenden Körper versicherte der Präsident, wenn er die ihm beigemessene Absicht, das Kaiserreich wiederherzustellen, wirklich hätte, so würde sich ihm wiederholt Gelegenheit dazu geboten haben, zugleich aber warf er zum voraus auf die ihm feindlichen Parteien die Verantwortung, wenn er durch ihre Ränke, ihre Verblendung und Opposition sich dennoch zu einer Änderung der Staatsform genötigt sehen sollte. „Erhalten wir,“ schloß er, „die Republik, sie bedroht niemanden und kann alle Welt beruhigen.“ Dieser Gesetzgebende Körper war freilich nur eine Gliederpuppe ohne eigene Bewegungsfähigkeit. Weder das Recht der Initiative oder der Interpellation noch das der Beschwerde oder Bitte noch die Prüfung des Staatshaushaltes stand ihm zu, über seine Verhandlungen durfte nichts weiter als das Protokoll veröffentlicht werden, die Rednerbühne war beseitigt, mit den Ministern verkehrte er nie unmittelbar sondern nur durch Regierungskommissare. Die Sitzungen des Senats bedeckte die Verfassung mit undurchdringlichem Schleier; man wußte wohl, daß diese Körperschaft berufen sei, über jede Verfassungsverletzung zu wachen, aber niemand erfuhr, ob sie auch Gelegenheit gehabt habe, dieses Recht auszuüben. Am 28. Juni schloß der Prinz die Sitzungen mit der Versicherung, die mit einer Konstitution echt französischen Ursprungs





Comte de Persigny. Nach Photographie.

gemachte Probe beweise, daß Frankreich alle Bedingungen zu einer starken und freien Regierung besitze.

So wurde der neuen Herrschaft von Anfang an der Stempel der Unwahrhaftigkeit aufgedrückt, den sie nie los geworden ist. Zwischen der demokratischen Gleichheit und der unumschränkten Gewalt des Staatsoberhauptes, zwischen der eine Volksvertretung schaffenden Verfassung und deren zu einem bloßen Blendwerk herabgedrückten Machtlosigkeit, zwischen der der Form nach aus der Volksstimme hervorgegangenen Herrschaft und dem das ganze neue Regiment beherrschenden Mißtrauen gegen das Volk bestand ein innerer, das System selbst aufreibender Widerspruch. Die Handlungen des neuen Machthabers mußten seine Worte Lügen strafen. So geschah es bereits durch die Dekrete vom 22. Januar, welche die Glieder der Familie Orleans für unfähig erklärten, bewegliche oder unbewegliche Güter in Frankreich zu besitzen und ihnen infolgedessen aufgab, ihren sämtlichen Grundbesitz im Gebiete der Republik binnen Jahresfrist zu verkaufen, die Übertragung von Ludwig Philipps Vermögen auf seine Kinder (7. August 1830) annullierten, dasselbe für Staatsgut erklärten, je zehn Millionen davon den Gesellschaften zu gegenseitiger Hilfe, der Verbesserung von Arbeiterwohnungen und zu Errichtung von Bodenkreditbanken, fünf Millionen einer Altersversorgungskasse für Arme, den Rest der Kasse der Ehrenlegion zuwiesen. Die Maßregel, hervorgegangen aus der Furcht vor der Anziehungskraft, die der Reichtum der Orleans selbst auf seine treuesten Anhänger haben könnte, machte den übelsten Eindruck. Dupin gab seine Entlassung als Generalprokurator des Kassationshofes, Morny, Magne, Fould, Rouher traten aus dem Ministerium. Viele, die bereit gewesen waren, bei dem Kaisertum gegen Republikaner und Sozialisten Schutz zu suchen, wandten sich von ihm ab und die verspätete Gerechtigkeit, welche 1856 Ludwig Philipps Töchtern eine Rente anwies, diente nur dazu, die begangene Ungerechtigkeit von neuem ins Gedächtnis zu rufen.

Die Jagd nach der Kaiserkrone wurde jedoch dadurch nicht aufgehalten. Die zahlreichen Helfershelfer des 2. Dezember warteten auf ihren Lohn und nur ein Monarch konnte ihnen den geben. Schon bei der Verteilung der Adler an die Armee am 10. Mai war man auf die Proklamierung des Kaiserreiches gefaßt; aber Ludwig Napoleon war der Volksstimme zu sicher, um die Krone aus der Hand von Prätorianern nehmen zu wollen. Er wußte, daß der Bürger- und Bauernstand in dem Despotismus die Zuflucht vor den Gewittern der republikanischen Freiheit sah, daß sie von ihm nicht kriegerischen Ruhm, sondern Frieden und Ruhe verlangten. Und diese zu versprechen wurde der Prinz nicht müde, wo immer er auf seinen, wahren Triumphzügen gleichenden Reisen eine größere Stadt berührte. Bei dem ihm am 9. Oktober in Bordeaux gegebenen Festmahle geschah es zum erstenmale, daß er offen den Entschluß ankündigte, dem an ihn ergangenen Rufe Frankreichs Folge zu leisten. „Es besteht,“ sprach er, „eine Furcht, welche ich



zerstreuen muß. Mißtrauische sagen zu sich selbst: das Kaiserreich ist der Krieg; ich sage, das Kaiserreich ist der Friede, weil Frankreich ihn wünscht, und wenn Frankreich zufrieden ist, so ist die Welt ruhig.“ Bei der Rückkehr nach Paris wartete seiner schon ein kaiserliches Ceremoniell, alles bestürmte ihn mit Kundgebungen so unzweideutiger Art, daß er ihnen wohl nachgeben mußte. Senat und Gesetzgebender Körper, auf den 4. November einberufen, beschloßen dem Volke das Plebiszit vorzulegen, ob es die Wiederherstellung der kaiserlichen Würde in der Person Ludwig Napoleon Bonapartes mit Erblichkeit in seiner direkten legitimen oder Adoptivdescendenz wolle. Die Abstimmung ergab 7 824 129 Ja gegen 253 149 Nein.

Das Kaiserreich, dem seit dreißig Jahren die Litteratur, die Kunst und die Politik vorgearbeitet hatten, war wieder erstanden, der Traum von Arenenberg und Ham zur Wirklichkeit geworden. Mit Bezug darauf, daß der König von Rom im Jahre 1815 rechtmäßig von den Kammern als Throninhaber anerkannt worden war, nannte sich der neue Kaiser Napoleon III. „Helfen Sie mir,“ redete er den Senat bei Überbringung des Abstimmungsergebnisses an, „in diesem durch so viele Revolutionen erschütterten Lande eine dauerhafte, auf Religion, Gerechtigkeit, Rechtschaffenheit und Fürsorge für die leidenden Klassen gegründete Regierung aufrichten. Empfangen Sie hier von mir den Schwur, daß ich keine Mühe sparen werde, die Wohlfahrt des Landes zu sichern, und daß ich in nichts nachgeben werde, was die Ehre oder die Würde Frankreichs angeht.“ Die Zivilliste wurde ungerichtet drei Millionen aus dem Ertrag der Staatswäldungen wie für den ersten Napoleon auf fünf- undzwanzig Millionen festgesetzt. Die kaiserlichen Prinzen erhielten nur 1½ Million Apanage, die der Kaiser nach Gutdünken unter sie verteilte. Für jedes Mitglied des Gesetzgebenden Körpers wurden 2500 Frank, für jeden Senator jährlich 30 000 Frank ausgeworfen, die Generale Saint Arnaud, Magnan und Castellane in Anerkennung der außerordentlichen Ansprüche auf die öffentliche Dankbarkeit, die sie sich durch die im Dezember 1851 geleisteten Dienste erworben hatten, zu Marschällen ernannt. Die Verfassung erfuhr zwei wichtige Einschränkungen: erstens sollte der Gesetzgebende Körper in Zukunft das Budget jedes Ministeriums en bloc votieren, ohne das Recht, einzelne Posten daraus zu verwerfen; zweitens erhielt der Kaiser Vollmacht Handelsverträge abzuschließen, ohne daß dieselben der Zustimmung des Gesetzgebenden Körpers bedurften. Bei den Wahlen trieben die Präfekten die Wähler zur Urne, um nach dem Ausdrücke des Ministers Billaud „in einer ungeheuern populären Manifestation die unmerkliche Minderheit der feindlichen Parteien zu ertränken,“ und das System der offiziellen Kandidaturen ließ von dem allgemeinen Stimmrechte nur noch eine Parodie bestehen. Ein neues Municipalgesetz setzte, die vorhandene Centralisation noch weiter verstärkend, auch die Gemeindeverwaltung in noch strengere Abhängigkeit von der Regierung als zuvor. Danach wurden in den Gemeinden von mehr als 3000 Einwohnern der Maire und dessen Adjunkt vom Kaiser ernannt, in den übrigen



vom Präfekten, hatten die Municipalversammlungen viermal im Jahre je zehn Tage nicht öffentlich zu tagen, befaß der Präfekt in den Städten mit mehr als 40 000 Einwohnern auch die Polizeiverwaltung. Diejenigen, die etwa bedauern sollten, daß der Freiheit kein größerer Spielraum gegönnt worden sei, verwies der Kaiser darauf, daß die Freiheit noch niemals ein dauerndes politisches Gebäude zu gründen geholfen habe, sie kröne es nur, wenn die Zeit es befestigt habe. Um auch Europa einen thatsächlichen Beweis von der Friedlichkeit des neuen Kaiserreichs zu geben, kündigte er die Verminderung des bereits um 30 000 Mann herabgesetzten Heeresbestandes um weitere 20 000 an.

Ob Europa demselben eine ebenso unzweideutige Zustimmung geben werde wie Frankreich, war allerdings die Frage. Den Staatsstreich hatten die auswärtigen Regierungen fast allgemein als die Besiegelung der Niederlage der Revolution, den Urheber desselben als den Retter der bürgerlichen Gesellschaft gepriesen. Papst Pius IX. war der erste Monarch, der ihn deswegen beglückwünschte. Nur mischte sich in diese Befriedigung bald die Sorge, ob nicht der Verfasser der Idées napoléoniennes auch nach außen in die Bahnen des Oheims einlenken, ob nicht selbst wider seinen Willen die Unterdrückung der Freiheit im Inneren einen Ersatz durch Ruhm nach außen verlangen werde. Die Einziehung der orleansschen Güter machte an den auswärtigen Höfen einen sehr ungünstigen Eindruck, während von der entgegengesetzten Seite das Revolutionskomitee zu London unter Ledru-Rollin und L. Blanc und die auf Jersey um V. Hugo gescharten Socialdemokraten den „kleinen Neffen des großen Oheims“ mit den giftigsten Beschimpfungen überschütteten. In England war der erste Eindruck des Staatsstreichs besonders stark gewesen. Entrüstung und Abscheu begleiteten die Vernichtung des parlamentarischen Systems in Frankreich. In Übereinstimmung mit dem von der Königin ausgedrückten Wunsche wies das Ministerium Russell den Gesandten in Paris an, sich durchaus passiv zu verhalten und kein Wort zu sagen, das als Billigung des Geschehenen gedeutet werden könne. Wie groß war daher das Erstaunen, als sich ergab, daß Palmerston, wohl schon damals von dem Gedanken eines englisch-französischen Bündnisses beherrscht, dem französischen Gesandten seine volle Billigung des Staatsstreichs ausgedrückt hatte. Dieser neue Beweis einer Unbotmäßigkeit, die der Königin bereits wiederholten Anlaß zu begründeten Beschwerden gegeben hatte, führte den Rücktritt des eigenwilligen Ministers herbei. Auch in England machte jedoch der Abscheu vor dem Staatsstreiche bald dem Mißtrauen gegen die jenseits des Kanals immer geflüstelter werdende Anknüpfung an die Traditionen des ersten Kaiserreichs Platz. Die Erinnerung an dieses rief das dort gelegentlich immer einmal krampfhaft auftretende Bewußtsein von der Unzulänglichkeit der nationalen Verteidigungsmittel hervor, nachdem das Parlament aus Sparsamkeitsrücksichten das Heerwesen hatte verfallen lassen. Die Furcht vor einer französischen Invasion bemächtigte sich der Nation. „Sollten,“ hatte Wellington gesagt, „die Au-



Kaiser Napoleon III.

Nach dem Kupferstiche, 1859, von Metzger.





strenungen der Flotte zu unserer Verteidigung nicht ausreichen, so möchte ich nicht eine Woche nach Erklärung des Kriegs für die Sicherheit Englands eintreten.“ Die Regierung folgte dem allgemeinen Zuge, indem sie eine Vorlage wegen Reorganisation der ganz in Verfall geratenen Miliz einbrachte, allein die höchst ungeschickte Beschaffenheit derselben gab Palmerston Gelegenheit, durch Einbringung eines Amendements dazu an seinen gewesenen Kollegen Rache zu nehmen und das Kabinett zu Falle zu bringen. In der von Lord Derby gebildeten neuen Regierung übernahm ein persönlicher Freund Ludwigs Napoleons, Lord Malmesbury, das Auswärtige. Die Milizbill ging durch und die Kriegsbesürchtungen beschwichtigten sich.

Die kleineren Höfe des Festlandes richteten sich mit der Anerkennung des Kaiserreichs nach dem Maße der Furcht, welche es ihnen einflößte, am meisten beeilten sich damit der bourbonische Hof zu Neapel und der Coburg-orleansche zu Brüssel. Von den deutschen Bundesstaaten drängten sich Nassau und die freie Stadt Frankfurt mit fast unanständiger Hast dazu. Eingehende Erwägungen hatten über diese Frage zwischen den großmächtlichen Kabinetten stattgefunden. Nicht ohne lebhaftes Mißbehagen sah das Wiener Kabinett einen Napoleoniden auferstehen, aber der Verwundbarkeit Oesterreichs in Italien sich wohl bewußt und von Widerwillen gegen das konstitutionelle System der Julidynastie beeinflusst, neigte sich Schwarzenbergs Stolz doch der Nachgiebigkeit zu. Man dürfe, stellte er in Petersburg vor, wohl ein wenig von dem Buchstaben der Verträge von 1815 abweichen, wenn man nur ihrem Geiste treu bleibe. Das war jedoch keineswegs nach dem Sinne des Kaisers Nikolaus, der sich jetzt zum drittenmale seit 1830 zum Hüter des göttlichen Rechts der Souveräne berufen fühlte. Unbeschadet der Anerkennung des von Ludwig Napoleon Geleisteten durften seiner Auffassung nach die konservativen Mächte um keinen Preis dadurch, daß sie die Verletzung der Verträge zugäben, sich einer Verleugnung ihrer Grundsätze schuldig machen. Da aber doch gewisse nicht zu übersehende Umstände kleine Abweichungen rechtfertigten, so schlug er vor, zwar Ludwig Napoleon als Kaiser anzuerkennen, aber nur gegen die formelle Zusage, den vertragsmäßigen Besitzstand achten zu wollen; auch solle diese eine Ausnahme in keiner Weise die Ausschließung der Familie Bonaparte außer Kraft setzen, vielmehr von einer ausdrücklichen Verwahrung gegen Aufrichtung einer neuen Dynastie begleitet sein. Das Berliner Kabinett schloß sich dieser Ansicht an und die Amtsgelungung der Tories in England verstärkte die Täuschung, als werde auch dieses für den Bund der Ostmächte zu gewinnen sein, als sei ein neuer Bund von Chaumont im Anzuge. Doch hielt derselbe nur so lange an, bis Lord Granville unumwunden Englands Bereitwilligkeit, Ludwig Napoleon unter jedem beliebigen Titel anzuerkennen, erklärte. Für einen Augenblick dämpfte zwar der Staatsstreich diese Bereitwilligkeit; auf eine Anfrage Lord Derbys, was er eventuell für Belgien thun würde, antwortete Kaiser Nikolaus, beim ersten kriegerischen Anzeichen werde er in Gemäßheit des Vertrags von Chaumont 60 000 Mann und nöthigenfalls seine ganze



Streitmacht marschieren lassen. Indes die Spannung zwischen Wien und London, genährt durch die enthusiastische Aufnahme, welche Rossuth und andere ungarische Flüchtlinge in England gefunden hatten, sowie die Schwäche der drei einander rasch ablösenden englischen Ministerien, bereiteten auch die erneuten Bemühungen Rußlands.

Dafür bot aber ein Besuch in Wien und Berlin, Mai 1852, dem Zaren Gelegenheit, sich der prinzipiellen Übereinstimmung zwischen den drei Ostmächten zu vergewissern. An letzterem Orte fand sich auch ein Abgesandter Ludwigs Napoleons, Baron von Heckeren, ein, um die Gesinnung desselben zu sondieren und ihn namentlich für die Berufung eines Kongresses zur Revision der Verträge von 1815 zu gewinnen. Nikolaus antwortete freundlich aber zurückhaltend. Die Proklamirung des Kaiserreichs änderte jedoch die Sachlage. Danach handelte es sich nicht mehr um einen bloßen Titel, um die persönliche Regierung für ein einzelnes Leben, jetzt erschien ein erblicher Kaiser mit einer dynastischen Ziffer, welche die Erblichkeit auch für die Vergangenheit ausdrückte. Hatte doch Napoleon in seiner Botschaft an den Senat ausdrücklich ausgesprochen, Frankreich stelle in seiner Person wieder her, was Europa 1815 umgestürzt habe, und nehme so eine friedliche Revanche für die Vergangenheit. Das war ein dem Auslande hingeworfener Handschuh. Die darauf von den Ostmächten in Paris abgegebenen Erklärungen bewogen ihn aber doch, die beschwichtigende Versicherung folgen zu lassen, die Ziffer III. schliesse keineswegs die Inanspruchnahme der kaiserlichen Legitimität in sich, er datiere nicht vom Tode seines Vorgängers, sondern vom Jahre 1852 und verdanke seine Gewalt dem allgemeinen Stimmrechte.

Auf die Anzeige von seiner Erhebung auf den Kaiserthron erwiderte das russische Kabinett, es sei bereit, den neuen Kaiser anzuerkennen unter der Bedingung, daß er die Verträge und den bestehenden Zustand von Europa achte; was die dynastische Frage, für Zukunft und Vergangenheit, betreffe, so mache es alle Vorbehalte und lasse dieselbe offen. Diese Antwort entsprach nicht den ursprünglichen Ansichten des Zaren, denn sie setzte an die Stelle der unbeugsamen Aufrechterhaltung des Rechts einen diplomatischen Kompromiß, welcher unglücklicherweise neben dem Übelwillen Ohnmacht verriet. Eine Halbheit, welche dem Zaren durch die Zurückhaltung seiner Verbündeten entgegengelegt wurde. Zwar hatten die vier Mächte am 3. Dezember zu London eine Übereinkunft über ihr Verhalten in Bezug auf die Anerkennung des neuen Kaisers unterzeichnet, aber genau genommen sprach diese das gerade Gegenteil von dem aus, was Nikolaus gewollt hatte. Sie bildete schon den ersten Schritt zur künftigen Isolirung Rußlands. Den zweiten that Nikolaus mit dem Verlangen, Napoleon die zwischen Souveränen übliche Anrede *Cousin et Frère* zu versagen, um den Abstand zwischen den kraft göttlichen Rechts souveränen Machthabern und dem nur aus dem allgemeinen Stimmrecht hervorgegangenen zu bezeichnen. Allein die beiden anderen Höfe hatten mit der näheren Nachbarschaft Frankreichs zu rechnen. Der König von Preußen sagte,



Kaiserin Eugenie.

Nach dem Gemälde von Franz Xaver Winterhalter (1806—1873).





da sein Vater dem Zulkönige diese Anrede zugestanden habe, so könne er sie dem neuen Erwählten des französischen Volkes auch nicht vorenthalten, und Osterreich schloß sich dieser Auffassung an. Aber Nikolaus beharrte auf seiner Meinung und so trug sein Antwortschreiben allein die Anrede Cher Ami. Tief verletzt würde sich Napoleon ohne die Ratschläge Mornys und Persignys und die Vorstellungen der englischen Minister schwerlich enthalten haben es zurückzuweisen. So tröstete er sich scherzend, ein guter Freund sei besser als ein schlechter Bruder.

Aber die Aufwerfung dieser „archäologischen Frage,“ wie der russische Gesandte den Streit um die Ziffer beschönigend genannt hatte, der fehlgeschlagene Versuch, die Koalition von 1813 wenn auch nicht unmittelbar, so doch eventuell zu erneuern, hatte Napoleon III. den Beweis geliefert, daß die Einigkeit der übrigen Mächte, denen er sich gegenüber befand, nicht fest genug sei, um sie nicht mit einigem Geschick zerbrechen zu können. Darin lag der große von Kaiser Nikolaus begangene Fehler.

Noch schärfer trat die Scheidewand, welche den neuen Kaiser von den alten Herrscherhäusern trennte, hervor, als er zur Befestigung seiner Dynastie Umschau nach einer Gattin hielt. Seine Cousine, die Großherzogin Stephanie von Baden, wünschte ihn mit ihrer Enkelin, der anmutigen Karola von Wasa, zu verheiraten; aber sofort wurde diese mit dem Kronprinzen von Sachsen verlobt. Dann warf man die Augen auf eine zweite Enkelin Stephaniens, die ihr gleichnamige Prinzess von Hohenzollern-Sigmaringen, aber deren Vater verschanzte sich hinter die Zustimmung des Königs von Preußen. Als ihm auch die Prinzess Adelheid von Hohenlohe verweigert wurde, machte der kaiserliche Brautwerber vor diesem dreifachen Korbe Halt. Am 22. Januar kündigte er plötzlich dem Senat seine bevorstehende Vermählung mit einer jungen Spanierin an, welche die Königin der vom Präsidenten im Elysée gegebenen Feste gewesen war, Eugenie de Montijo, Gräfin von Teba, Schwester der Herzogin von Alba und mütterlicherseits aus dem schottischen Hause der Kirkpatrick abstammend. „Wenn im Angesicht des alten Europas,“ sagte er, „ein Mann durch die Gewalt eines neuen Prinzips zu der gleichen Stufe mit den alten Dynastien erhoben worden ist, so erzwingt er seine Anerkennung nicht, indem er eine alte Herkunft affektiert und um jeden Preis in die Familie der Könige einzubringen sucht. Vielmehr wird er seines Ursprungs eingedenk seinen eigenen Charakter bewahren und offen gegen Europa die Stellung eines Emporkömmlings annehmen, ein ruhmreicher Titel, wenn er es ist durch die Stimme eines großen Volkes.“ Diese Heirat wurde in und außerhalb Frankreich als ein Friedenspfand aufgenommen und zum Beweise, daß in der That der Friede die Grundlage seiner Politik sei, verfügte der Kaiser, daß am 1. Mai 1853 eine neue Weltausstellung für Ackerbau und Industrie in Paris eröffnet werden solle.

Das waren die Flitterwochen nicht bloß des Kaisers, sondern auch des Kaiserreiches. Aber beide gingen schnell vorüber. Gewiß war Napoleon



aufrichtig gewesen, als er das Wort sprach „das Kaiserreich ist der Friede,“ aber weder sein Charakter noch seine Lage ließen ihm freien Willen. So wenig Temperament, Erziehung und bisherige Beschäftigung des Kaisers mit der Prädestination, die er an seinen Namen knüpfte, in Einklang standen, so betrachtete er doch das seiner Ansicht nach ihm überkommene Vermächtnis, die Revanche für 1814 und 1815, als ein heiliges, gebieterisches. Unfähig — nach dem Ausspruche eines seiner Vertrauten — zwischen Denken und Träumen zu unterscheiden, hielt er sich für den von einer höheren Macht Berufenen, um die Karte Europas umzugestalten, und sagte sich nicht, daß dies ohne Waffengewalt unmöglich sei. Von Saint-Simonistischen Ideen beeinflusst, malte er sich die europäische Staatenfamilie aus, verbunden durch Handelsverträge und Gemeinsamkeit der Interessen, sich der Entwicklung des öffentlichen Reichthums und der Wohlfahrt der Individuen widmend, ruhend auf dem allgemeinen Wahlrecht und der Organisation der Nationalitäten, und über ihnen einen großen periodischen Gerichtshof in Gestalt eines Kongresses unter dem Vorsitz Frankreichs, und dieses gewaltige Resultat meinte er erreichen zu können, ohne Europa übermäßigen Erschütterungen auszusetzen. Schärfer blickend gab ihm Thiers im Gespräche mit einem Freunde zwei, allerhöchstens drei Jahre bis zum Ausbruch eines Kriegs. Aber den tieferen Grund sah der genaue Kenner seiner Landsleute in dem Charakter der diabolischen Nation selbst, die derselbe im Rücken oder vielmehr unter den Füßen habe, der unruhigsten, rastlosesten, ehrgeizigsten, verwegensten und gewissenlosesten, welche die Welt je gefürchtet und bewundert habe, die, nachdem ihr das Bühnenspiel der parlamentarischen Kämpfe plötzlich genommen worden, ihren wahren Leidenschaften, Eitelkeit, Neid und Ehrgeiz, auf dem Schlachtfelde Luft gemacht haben wolle. „Sieg oder Niederlage muß er gleichmäßig fürchten, aber die Strömung, die ihn fortreißt, ist unwiderstehlich. Wahrscheinlich ist sein Untergang durch Krieg, aber gewiß wäre sein Untergang im Frieden.“ Jedenfalls suchte Napoleon nicht von Anfang an Krieg mit Rußland; was er zu thun wünschte, hätte er sogar am liebsten im Bunde mit Rußland gethan. Bereits zur Zeit von Olmütz hatte er dieser Macht den Vorschlag zu einer gemeinsamen Intervention in den deutschen Angelegenheiten gemacht, überzeugt, daß der Eintritt Gesamtösterreichs in den Deutschen Bund und die deutsche Einheit sich mit den Traditionen der russischen Politik so wenig vertrügen wie mit denen der französischen. Obgleich vom Zaren abgewiesen, hatte er doch in Wien zu wissen gethan, Frankreich könne seine Zustimmung zu Schwarzenbergs Pläne nicht geben, ohne vorher zu wissen, welche Kompensationen Oesterreich ihm zu bieten habe, hatte sich dann an England gewandt und dort jenen in Frankfurt, Wien und Berlin übergebenen gemeinschaftlichen Protest erreicht. Jrgend eine Entwicklung brauchte er jetzt, um den von Rußland gegen ihn betriebenen Bund aufzulösen. Eine solche am Rhein oder in Belgien wäre ungeeignet gewesen, um, worauf es ihm ganzbesonders ankam, England auf seine Seite herüber-

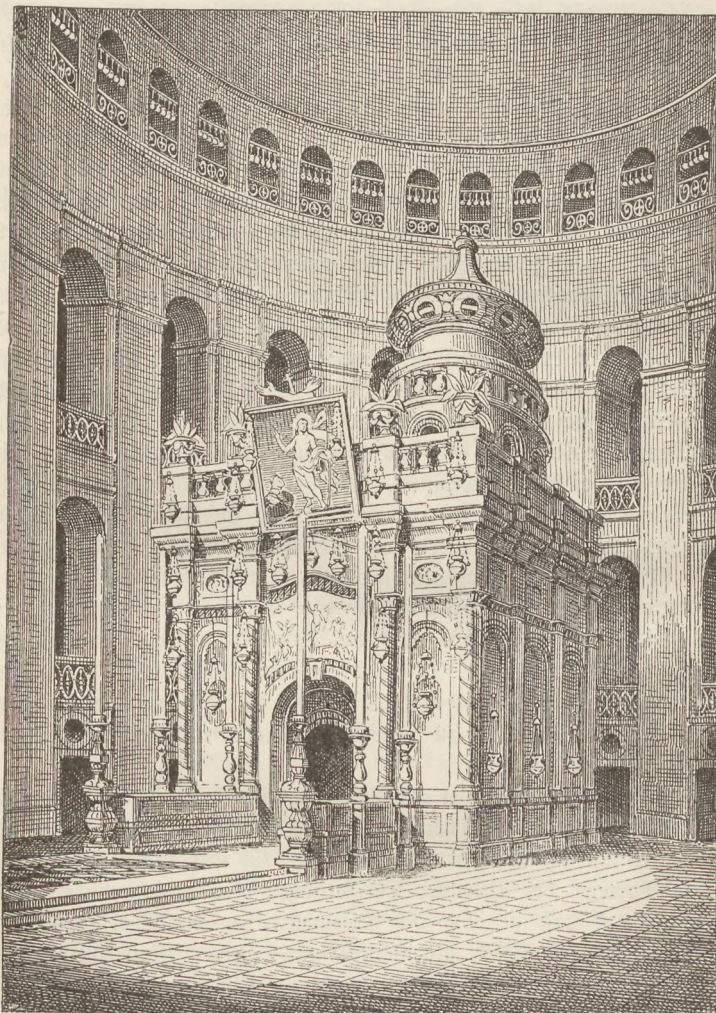
zuziehen. Um so besser taugte dazu eine Verwickelung im Orient, und diese herbeizuführen und auszunutzen, arbeitete ihm Kaiser Nikolaus selbst in die Hände.

Seit jenem Besuche in London im Jahre 1844 hatte diesen der Gedanke, der türkischen Herrschaft in Europa im Einverständnis mit England ein Ende zu machen, obgleich er damit bei den britischen Staatsmännern keinen Anklang gefunden, nicht wieder verlassen. Kaum nach Petersburg zurückgekehrt, hatte er denselben durch Kesselrode nochmals dem britischen Kabinett in einem geheimen Memorandum vorlegen lassen, ohne damit einen besseren Erfolg zu erzielen. Seitdem hatten die Erfahrungen der Jahre 1848 und 1849 sein Selbstgefühl ins Unermeßliche gesteigert. Machtlos war der Sturm der Revolution, der das Festland erzittern machte, vor seinen Füßen zu Boden gefallen, nicht einmal Polen hatte unter seinem eisernen Griffe sich zu rühren gewagt, inmitten wankender oder umgestürzter Throne war das heilige Rußland allein aufrecht geblieben. Fortan fühlte sich der Selbstherrscher aller Neuzen als das Oberhaupt der bestehenden europäischen Gesellschaftsordnung und sah es als selbstverständlich an, daß alles, was auf seine Gunst und Freundschaft Anspruch erhob, sich ihm unterordnete. Oesterreich und Preußen galten ihm als Vasallen, Napoleon III. als ein abenteuernder Emporkömmling, mit dem sich ernstlich zu befassen unnötig sei. Warum also noch länger mit der Ausführung seines großen Planes zaudern? Schon im Jahre 1848 hatten Unruhen in den Donaufürstentümern ihm als Vorwand zur Besetzung derselben gebient. Als die Pforte dagegen protestierte und ebenfalls Truppen dahin schickte, war damals der Zwist durch den Vertrag von Baltaliman 1. Mai 1849 dahin geschlichtet worden, daß bis zur vollständigen Wiederherstellung der Ordnung die Fürstentümer von Russen und Türken gemeinschaftlich besetzt werden sollten und Dimitri Stirbey zum Hospodar der Moldau, Gregor Ghika zu dem der Walachei auf sieben Jahre ernannt wurde.

Neuerdings aber drohte der alte Streit zwischen lateinischen und griechischen Christen in Palästina um die heiligen Stätten eine solche Wendung zu nehmen, daß er den Anlaß zu neuer Einmischung bot. Es ist traurig genug zu sagen: die beiden Parteien der Bekenner Christi lagen hier in so erbittertem unaufhörlichem Hader, daß sie ohne die Gegenwart der türkischen Kawassen selbst das Grab des Heilandes gegenseitig mit ihrem Blute besudelt haben würden. Gegenstand ihres Streites waren gewisse Anrechte an die heiligen Stätten von an sich sehr untergeordneter Bedeutung, wer von beiden den Schlüssel zur großen Pforte der Grabeskirche in Verwahrung haben sollte und ähnliches; aber die viel größere Wichtigkeit, die der Orientale dergleichen Außerlichkeiten beilegt, machte aus denselben einen Kampf um den politischen Einfluß zwischen Frankreich als Schutzmacht der Lateiner und Rußland als der der Griechen. Das von ersterem beanspruchte Protektorat geht bis auf die Kreuzzüge zurück, demnächst auf die dem Sultan von Ludwig XIV.



abgetrohten Kapitulationen, welche 1740 zusammengestellt und erweitert worden waren, sowie auf das in einem German von 1757 aufgestellte Verzeichnis der den Lateinern zustehenden Heiligtümer, Zugeständnisse, welche der Pariser



Das heilige Grab unter der Kuppel der Grabeskirche zu Jerusalem.

Vertrag vom 25. Juni 1802 bestätigt hatte; Rußland verwahrte die Rechte der Griechen auf Grund des Friedens von Rainsdorf von 1774. Zur Vermehrung der Verwirrung trug im Jahre 1808 die Vernichtung der Grabeskirche durch eine Feuersbrunst und die Wiederherstellung derselben ausschließlich



durch die Griechen bei. Der Besitzstand der Lateiner verschlechterte sich in demselben Maße, als der Einfluß Rußlands im Orient stieg: Versuche Guizots, demselben Gehalt zu thun, wurden durch die Februarrevolution unterbrochen. Der eigentliche Kampf brach 1850 aus, angeregt durch Eug. Boré's Schrift *La question des lieux saints*, welche ernstliche Verwickelungen anzukündigen schien. Die französische Regierung erhob bei der Pforte nachdrückliche Vorstellungen zu gunsten der Lateiner, denen auch andere katholische Mächte, wie Oesterreich, sich angeschlossen. Die Geneigtheit der Pforte, auf dieselben einzugehen, bewog das Petersburger Kabinett, in Konstantinopel auf die Erhaltung des bestehenden Zustandes zu dringen, im Gegenfalle drohte es mit Abbruch der diplomatischen Beziehungen. So durch Drohungen bald von der einen, bald von der anderen Seite eingeschüchtert, ließ sich die Pforte widersprechende Entscheidungen abdringen. Kaum hatte sie Rußland einen alle Zusagen bestätigenden Ferman und sogar die feierliche Verlesung desselben vor der ganzen orthodoxen Gemeinde versprochen, so mußte sie den heftigen Protest des französischen Gesandten Lavalette durch die geheime Versicherung beschwichtigen, der Ferman solle weder verlesen noch ausgeführt werden. Dadurch steigerte sich die Verwirrung immer mehr.

Inzwischen bestimmte die drohende Erneuerung des Bundes von Chaumont den Kaiser Napoleon, die Angelegenheit der heiligen Stätten mit vermehrter Energie zu betreiben. Die Wirkung machte sich alsbald in Konstantinopel fühlbar. Reschid Pascha machte im Ministerium des Auswärtigen einem entschiedenen Anhänger Frankreichs, Fuad Effendi, Platz und Lavalette setzte zur großen Entrüstung der Griechen neben anderen Zugeständnissen die Auslieferung des Schlüssels zum Hauptportale an die Lateiner durch.

Napoleons Minister des Auswärtigen, Drouyn de L'Huys, hatte ganz richtig durchschaut, daß es dem Kaiser Nikolaus bei der Sache auf etwas sehr anderes als auf einen Schlüssel oder einen silbernen Stern, nämlich auf die Vernichtung des Osmanenreiches in Europa ankomme. Um ihm den Vorwand der Verletzung orthodoxer Interessen zu nehmen und seine wahre Absicht an den Tag zu bringen, that er in Petersburg zu wissen, Frankreich halte an seinen bisher geltend gemachten Ansprüchen nicht fest. Seine Voraussicht erfüllte sich. Der Eintritt des Koalitionsministeriums Aberdeen im Dezember 1852, welcher als ein Zeichen der Erkaltung zwischen den Westmächten angesehen wurde, ermutigte den Zaren, die Maske zu lüften. Brachte er England dahin, sich ihm anzuschließen, so war es um die Türkei geschehen. Aber er wollte das Spiel keiner anderen Hand als seiner eigenen anvertrauen. Um seinen Eröffnungen desto leichter den Charakter einer Privatunterhaltung geben zu können, veranlaßte er die Großfürstin Helene, den englischen Gesandten Sir Hamilton Seymour mit Gemahlin zu sich einzuladen, wo er sich ebenfalls einfand. Nie, ließ er sich in zwanglosem Gesprächston heraus, sei enge Freundschaft zwischen England und Rußland notwendiger gewesen als im gegenwärtigen Augenblick; seien diese einig, so sei er über den Westen

Europas ohne Sorge. Freilich, was die Türkei betreffe, so sei dies eine andere Sache, sie befinde sich in einem kritischen Zustande und könne viel Verlegenheiten bereiten. Er wollte hier abbrechen, aber der schlaue Diplomat mußte ihm die Zunge noch weiter zu lösen. Die Türkei, fuhr der Kaiser fort, drohe zusammenzustürzen; das würde ein großes Unglück sein und es wäre von Wichtigkeit, daß England und Rußland vorher zu einem vollen Einverständnis gelangten. „Wir haben es da mit einem kranken Mann zu thun,



Drouyn de Lhuys.

Nach der Lithographie von Coebes.

es wäre ein großes Unglück, wenn er uns eines Tages stürbe, bevor alle nötigen Vorkehrungen getroffen sind.“ Andeutungen ähnlicher Art machte der Kaiser auch dem österreichischen Gesandten.

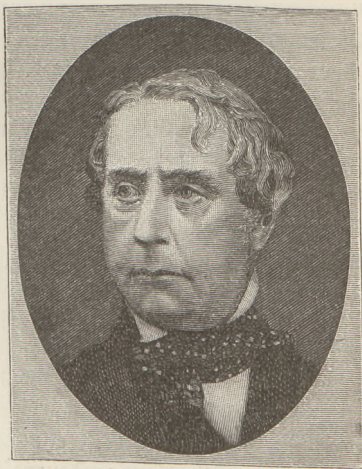
Am 14. Januar 1853 wurde Seymour zum zweitenmale vor denselben beschieden. Der Kaiser verwahrte sich, als ob er die Pläne Katharinas II. verfolge; das russische Reich sei schon so ungeheuer genug. Aber in der Türkei befänden sich mehrere Millionen Christen, über deren Sicherheit er zu wachen habe, dieser Pflicht könne er sich nicht entziehen. Nun sei die Türkei in einen solchen Zustand von Hinfälligkeit geraten, daß der Patient, wie sehr man auch sein Leben zu verlängern wünschen möge, ihnen plötzlich unter den



Händen sterben könne. Sei es nicht besser, sich gegen ein solches Ereignis vorzusehen, als sich dem Chaos, der Gewißheit eines europäischen Krieges, auszusetzen, wenn es unvorbereitet eintrete? Er wüßte sich als Freund und Gentleman zu eröffnen. Gelänge ihm die Verständigung mit England, so sei ihm, was die anderen thäten oder darüber dächten, gleichgültig. Sollte England sich Konstantinopels bemächtigen wollen, so würde er das nicht dulden, umgekehrt sei auch er bereit, sich zu dem Gleichen zu verpflichten, nämlich als Besitzer, als Depositär, das wolle er nicht verreden; würden keine Vorsichtsmaßregeln getroffen, alles dem Zufalle überlassen, so könne er sich genötigt sehen, Konstantinopel zu besetzen. Er meinte, England werde sich durch die Aussicht auf einen Anteil an der Beute, etwa Ägypten und Kandia, verlocken lassen.

Seltamerweise war man sich in London über die Tragweite dieser Absichten keineswegs sofort klar. Lord J. Russell begnügte sich, in seiner Antwort dem Zaren zu seiner weisen, uneigennütigen, für Europa so wohlthätigen Politik zu gratulieren unter dem Ausdruck des Wunsches, daß die Streitigkeiten mit der Pforte durch ein Einverständnis der Großmächte geschlichtet werden möchten. Erst in einem dritten Gespräche überzeugte sich Seymour vollständig, daß ein Herrscher, der mit solcher Hartnäckigkeit auf dem nahen Falle eines Nachbarreiches bestehe, bei sich entschieden habe, daß die Stunde gekommen sei, nicht um dessen Auflösung abzuwarten, sondern um sie herbeizuführen. Er verlegte sich nun darauf, aus dem Kaiser heraus-

zulocken, was er eigentlich im Schilde führe. Er wolle, setzte ihm dieser mit täppischer Arglosigkeit auseinander, keine dauernde Besetzung Konstantinopels durch die Russen, ebensowenig aber durch eine andere Macht; nie werde er ferner zugeben weder die Wiederaufrichtung eines byzantinischen Reiches noch die Vergrößerung Griechenlands zu einem mächtigen Staate noch auch die Teilung der Türkei in kleine Republiken, die nur Zufluchtsstätten für die Revolutionäre sein würden; eher würde er Krieg führen, solange ihm noch ein Mann und eine Muskete blieben. Frankreich scheine nur die Angelegenheiten im Orient verwirren zu wollen, um etwa dabei Tunis zu erschnappen. Worauf es ihm ankomme, wiederholte er immer aufs neue, sei,



*S. H. Seymour.*

Sir George Hamilton Seymour.  
Nach Photographie.



sich mit England zu verständigen, nicht über das was, sondern was nicht geschehen solle. „Aber Ew. Majestät vergessen Österreich,“ warf Seymour ein. „O, Sie müssen wissen,“ erwiderte der Kaiser, „wenn ich von Rußland spreche, spreche ich auch von Österreich, was dem einen paßt, paßt auch dem anderen, in Bezug auf die Türkei sind unsere Interessen identisch.“ Er entrollte bereits einen fertigen Teilungsplan. Ein am 7. März dem britischen Gesandten übergebenes Memorandum des Grafen Kesselrode wiederholte zwar an England die Einladung, sich Rußland anzuschließen, statt sich dessen gerechtesten Reklamationen im Verein mit Frankreich zu widersetzen, hatte aber doch offenbar den Zweck, die Auslassungen des Zaren, der damit weiter gegangen war, als er eigentlich gewollt, auf die Bedeutung eines einfachen Meinungs austausches zurückzuführen und den Wunsch auszudrücken, daß das Geheimnis zwischen den beiden Souveränen bleiben möge. Auch Lord Clarendon jedoch, der am 21. Februar das Auswärtige übernommen hatte, beharrte in der ablehnenden Haltung seines Vorgängers. „England,“ erklärte er, „wünscht keine Gebietsvergrößerung, es kann auch an keinem vorläufigen Abkommen, aus dem es einen Vorteil dieser Art ziehen würde, teilnehmen, noch sich einer vor den übrigen Mächten geheim zu haltenden Kombination anschließen.“ Dennoch brachte Nikolaus am 18. April gegen Seymour das Gespräch abermals auf den Streit über die heiligen Stätten, in welchem er, wie er behauptete, geradezu vom Sultan beleidigt worden sei; noch habe er kein Schiff und kein Bataillon in Bewegung gesetzt, aber er lasse nicht mit sich spielen, und wenn die Türken nicht Vernunft annähmen, würden sie unter der Drohung einer nahen Gefahr nachgeben müssen.

So endigte diese merkwürdige Verhandlung, deren Geheimnis vorläufig streng gewahrt blieb. Erst ein Jahr später, herausgefordert durch eine Behauptung des Petersburger Journals, veröffentlichte das englische Kabinett die betreffenden Aktenstücke, aus denen nebenbei die Höfe von Wien und Berlin ersehen konnten, mit welchem Maß von Achtung der Zar sich über sie ausgesprochen hatte.

Bereits aber zogen sich unheilsschwere Gewitter über der Türkei zusammen. Das erste und schwächere entlud sich von Montenegro aus. Dort setzte, nachdem der Vladika, d. h. das zugleich weltliche und geistliche Oberhaupt des kleinen Bergvolkes, Petrowitsch Negosch, 1851 gestorben war, sein Neffe und Nachfolger Danilo Petrowitsch unter Zustimmung Rußlands eine Verfassungsänderung ins Werk, durch welche die weltliche Gewalt von der geistlichen getrennt und für erblich in seiner Familie erklärt wurde. Seine Unterthanen feierten diese Neuerung sogleich durch Einfälle in das Grenzgebiet, wobei sie sich der Feste Spuz bemächtigten, deren Besitz ihnen den schmerzlich entbehrten Zugang zum Meere öffnete. Um so mehr sah die Pforte in dieser ohne ihre Einwilligung geschehenen Änderung eine Verletzung ihrer Oberhoheitsrechte. Sie entsandte den kroatischen Renegaten Michael Rattas, jetzt Omer Pascha, um durch eine nachdrückliche Exekution diesen



Fürst Wentschikow.

fortwährenden Ruhestörungen ein Ende zu machen; die von Rußland angebotene Vermittelung lehnte sie ab. Wärmer nahm sich Österreich, theils noch gereizt



durch die verweigerte Auslieferung der ungarischen Flüchtlinge, theils und vornehmlich voll Sorge, daß eine Erhebung der christlichen Bevölkerungen jenseits seiner Grenze für die ganze Südslawenwelt ansteckend werden könne, der Montenegriner an. Am 30. Januar 1853 erschien plötzlich General Graf Leiningen in Konstantinopel und verlangte in peremptorischer Weise die unverzügliche Zurückziehung der gegen Montenegro geschickten Truppen und bessere Behandlung der bosnischen Christen. Auf Englands und Frankreichs Rat erfüllte die über diese unerwartete Energie bestürzte Pforte die Forderung und rief Omer Pascha zurück.

Nirgends fand dieses kräftige Auftreten Oesterreichs lauterer Beifall als in Petersburg, wo man sich eben auch zu energischerem Handeln anschickte; es bestärkte dort in der Täuschung, daß Oesterreichs und Rußlands Interessen gegen die Türkei die nämlichen seien. Zu derselben Zeit, wo Kaiser Nikolaus gegen den englischen Gesandten jede feindliche Absicht auf die Türkei in Abrede stellte, rüstete sich bereits die russische Vorhut unter General Dannenberg zum Einmarsch in die Moldau und die Pontusflotte zum Auslaufen aus dem Hafen von Sebastopol. Nachdem Fürst Mentischikow über diese Streitkräfte in möglichst auffälliger Weise Musterung gehalten, schiffte er sich als außerordentlicher Gesandter mit großem Gefolge nach Konstantinopel ein. Den Vertretern der Westmächte hatte Nesselrode seine Sendung als eine versöhnliche bezeichnet; in Wahrheit sollte sie den Zaren den stamm- und religionsverwandten Unterthanen des Sultans als ihren wahren Schirmherrn darstellen. Der Fürst war durch seine Instruktion angewiesen, folgende Forderungen zu stellen: Formelle Verkündung des Fermans vom 30. Mai 1852, Entlassung des Reissendi Fuad und Erlaß eines Fermans, der das Besitzrecht der Griechen auf den Schlüssel zur Kirche von Bethlehem ausspreche, Widerruf aller KonzeSSIONen an die Lateiner, Garantie für die Zukunft wegen Aufrechthaltung der Rechte der orthodoxen Kirche, und zu diesem Zwecke Abschluß eines Separatvertrags. Gegen die französischen Diplomaten habe er zwar nicht herausfordernd, aber fest und entsprechend dem Ziele der kaiserlichen Politik aufzutreten, dieses aber sei, den Zauber der Furcht und der Macht zu brechen, welchen die neue französische Regierung auf schwache Staaten und unter diesen auf die Türkei übe. Falls der Sultan gegen Drohungen der Westmächte und besonders Frankreichs Beistand bedürfe, solle er ihm ein geheimes Verteidigungsbündnis anbieten. Würden diese Forderungen verworfen oder würde ihnen nur ausgewichen, so solle er der Pforte drei Tage Bedenkzeit geben und dann mitsamt der ganzen Gesandtschaft Konstantinopel verlassen.

Es war also auf eine verbesserte Auflage von Leiningens Sendung abgesehen. Aber der Verlauf war ein anderer.

Am 2. März begab sich Fürst Mentischikow nach der Hohen Pforte, um dem Großwesir Mehemet Ali seinen Besuch zu machen. Den Reissendi, der in seinen Gemächern zum Empfange des Gesandten bereit stand,





Mehemet Ali Pascha.

würdigte er keiner Beachtung, vielmehr schrieb er am folgenden Morgen dem Großwesir, es sei ihm unmöglich, mit einem betrügerischen Minister zu unterhandeln. Kein Zweifel, es war darauf abgesehen, die einer jüngeren Generation angehörigen, in London und Paris oder wenigstens unter dem Einflusse west-

europäischer Ideen erzogenen und darum Rußland feindlich gesinnten Staatsmänner zu stürzen und durch Anhänger Rußlands zu ersetzen. Angesichts der tödlichen Gefahr, welche die Türkei bedrohte, opferte sich Fuad und Misaat Pascha übernahm statt seiner das Auswärtige. Das war schon ein Erfolg, aber doch erst ein kleiner; Mentschikow rechnete darauf, daß die Pforte sich ihm auf Gnade und Ungnade ergeben müsse. Der Zeitpunkt war



Fuad Pascha. Nach Photographie.

gut gewählt, beide Westmächte waren hier augenblicklich nur durch Geschäftsträger vertreten; Napoleon hatte seinen Gesandten Lavalette abberufen, weil er sich in der Frage der heiligen Stätten doch zu weit vorgewagt hatte; der von Palmerston zum Pfortner des Bosphorus bestellte Sir Strafford Canning, der Diplomat, der durch lange Erfahrung und Festigkeit des Charakters einen Einfluß besaß wie kein anderer, war auf Urlaub, um dadurch die Absicht seiner Regierung, sich jeder Einmischung in die schwebende Streitfrage zu enthalten, zum Ausdruck zu bringen. In dieser Bedrängnis nahm



es der englische Geschäftsträger Oberst Rose auf sich, das vor Malta liegende Geschwader in den Archipel herbeizurufen. Aber das britische Ministerium, noch immer in gutem Glauben an Kaiser Nikolaus' friedliche Beteuerungen, gab dem Vizeadmiral Dundas Gegenbefehl; es erklärte am 22. März dem französischen Gesandten, bis zur Probe des Gegenteils halte es sich verpflichtet zu glauben, daß die Sendung Mentschikows nichts Bedrohliches für die Unabhängigkeit und Integrität der Türkei habe, und beschränkte sich darauf, die Rückkehr Straffords, jetzt Lord Redcliffes, auf seinen Posten zu beschleunigen. Auch die französische Regierung schickte in der Person Lacours einen neuen Gesandten nach Konstantinopel, zugleich aber gab sie ihrem Mittelmeergeschwader Befehl, nach Salamis zu segeln.

Vierzehn Tage lang hatte sich Mentschikow in vollständiges Schweigen gehüllt. Endlich am 16. März eröffnete er Rifaat Pascha den Zweck seiner Sendung. Der türkische Minister war bei Anhörung dieser Forderungen starr vor Entsetzen. Aber das verlangte unbedingte Stillschweigen über dieselben lehnte er schlechtthin ab. Die Ankunft der beiden westmächtlchen Gesandten stärkte seinen Mut; um aber doch etwas zur Begütigung des Furchtbaren zu thun, erließ die Pforte zwei Ferman's, welche den Ansprüchen Rußlands in betreff der heiligen Stätten Genüge leisteten. Diese Sache war jedoch weder der einzige noch der hauptsächlichste Gegenstand von Mentschikows Sendung. Den legte er erst am 19. April vor: als zuverlässige Garantie für die Zukunft einen formellen aber geheimen Vertrag, durch welchen der Zar als Schutzherr der christlichen Unterthanen des Sultans anerkannt worden sein würde. Unmittelbar darauf produzierte er den fertigen Entwurf des Vertrags; sei derselbe bis zum 10. Mai nicht angenommen, so werde er abreisen. Jedoch auch dieses Ansinnen lehnte die Pforte ab, lud aber den Fürsten unter Versicherungen ihrer wohlwollendsten Gesinnung für ihre christlichen Unterthanen noch zu einer persönlichen Zusammenkunft mit Rifaat ein. Allein statt sich zu diesem zu begeben, drang Mentschikow zum Sultan selbst, wurde aber von diesem kühl an die Minister verwiesen. Diese neue Beleidigung erreichte den Zweck, auch den nachgiebigen Rifaat und seine Kollegen zu beseitigen, und Reischid Pascha, der Nebenbuhler Mehemet Mis, wurde die Seele des neuen Ministeriums. Ihm gewährte Mentschikow eine fünftägige Verlängerung der gesteckten Frist; nachdem sich jedoch ein einberufener großer Diwan fast einstimmig für Zurückweisung aller weitergehenderen Forderungen ausgesprochen, auch die Vertreter der vier Großmächte, von Strafford aufgefordert, ausdrücklich das bisherige Verhalten der Pforte gebilligt hatten, lehnte diese selbst die Note, mit der der Russe sich schließlich anstatt des Vertrags zufrieden geben wollte, ab. Am 20. erklärte hierauf Mentschikow seine Mission für beendet, Tags darauf schiffte er sich samt dem Gesandtschaftsperzonale ein, Groll im Herzen über seine Niederlage und begierig sie zu rächen.

In London hatte das russische Ultimatum vom 5. Mai die Wirkung,



Marmor-Standbild des Lord Stratford de Redcliffe.  
 Von J. E. Boehm. London, Westminster-Abtei.

einen gänzlichen Um-  
 schwingung der öffentlichen  
 Meinung hervorzubringen.  
 Die Befürchtungen vor  
 einem französischen Angriffe,  
 beschwichtigt durch Napo-  
 leons unablässig an den  
 Tag gelegte Sehnsucht nach  
 Freundschaft und Bündnis  
 mit England, nahmen eine  
 andere Richtung. Das  
 große nationale Interesse an  
 der Freihaltung der Straße  
 nach Indien und der da-  
 raus fließende Glaubens-  
 sasz, daß die Erhaltung der  
 Integrität der Türkei eine  
 nationale Pflicht Englands  
 sei, weckte die Regierung  
 aus ihrem Optimismus.  
 Die Lords Clarendon  
 und Russell kündigten  
 am 28. Mai im Parla-  
 mente den Entschluß der  
 Regierung an, der Pforte  
 nötigenfalls bewaffneten  
 Beistand zu leisten. In  
 richtiger Voraussicht des  
 Kommenden wurden auf  
 Betrieb des Prinzen Al-  
 bert die Truppen im Lager  
 zu Aldershot vereinigt; bei  
 Spithead fand eine große  
 Flottenschau statt. Um  
 jedoch Rußland jeden Vor-  
 wand zu nehmen, gab die  
 Pforte auf den Rat der  
 Westmächte durch einen  
 German vom 4. Juni eine  
 feierliche Bestätigung aller  
 den griechischen wie den  
 lateinischen Christen zuge-  
 sprochenen Rechte.



Dieser ganz unerwartete Mißerfolg seiner diplomatischen Aktion schien den Kaiser Nikolaus doch betroffen zu machen. Die besonnensten unter seinen Ratgebern, namentlich Nesselrode, stimmten für Mäßigung. So entschloß er sich, statt zur unmittelbaren Kriegserklärung zu einer Maßregel, die ihm ein Mittelglied zwischen Krieg und Frieden schien. Er ließ in Konstantinopel die pfandweise Besetzung der Donaufürstentümer ankündigen und verband damit die Forderung, Reschid solle unverzüglich die von Mentischikow aufgesetzte Note ohne jede Änderung unterzeichnen und sie demselben nach Odeffa nachschicken. Er erreichte damit nur, daß Admiral Dundas von seiner Regierung Befehl erhielt, die Anker zu lichten. Am 13. und 14. Juni warfen die vereinigten Flotten in der Besitabai am Eingange der Dardanellen Anker. Dieses Einverständnis der Westmächte, welches Kaiser Nikolaus niemals für möglich gehalten hatte, war nicht seine einzige Täuschung. Auch Oesterreich lehnte die verlockende Einladung, sich durch Besetzung von Serbien und der Herzegowina an den Zwangsmaßregeln gegen die Pforte zu beteiligen, wofür er eintretenden Falls seine Waffenhilfe zur Behauptung Italiens und seine Vermittelung in Berlin wegen der Garantie des Deutschen Bundes für die außerdeutschen Besitzungen Oesterreichs verhiess, ab mit dem Hinweis, daß dies nur den sofortigen engeren Zusammenschluß jener nach sich ziehen würde. Hatte es doch nichts mehr zu fürchten, als daß die unteren Donauländer in russische Hand fielen. Schwarzenbergs Nachfolger, Graf Buol, schloß sich vielmehr der Anschauung der Westmächte an, daß die Angelegenheit nicht durch einzelne, sondern durch die fünf Großmächte gemeinschaftlich geschlichtet werden müsse, und suchte den Zaren durch die Sendung des Grafen Giulay nach Petersburg zur Umkehr zu bestimmen. Vergebens. Am 26. Juni kündigte derselbe in einem Manifeste seinen Völkern die bevorstehende Besetzung der Fürstentümer an; würde diese nicht hinreichen, die Hartnäckigkeit der Türken zu brechen, so werde er Gott zu seinem Beistande anrufen und ihm die Entscheidung anheim stellen. Auf einen von ihm unmittelbar und ohne Nesselrodes Vorwissen erteilten Befehl überschritten die Russen am 3. Juli den Pruth. Der Höchstkommandierende Fürst Gortschakow bemächtigte sich, nachdem beide Hospodare außer Landes gegangen, uneingeschränkt der Regierungsgewalt in den Fürstentümern.

Selbst diese Gewaltthat faßte die von Strafford beratene Pforte, um ihre Mäßigung ins hellste Licht zu setzen, nicht als Kriegserklärung auf. Dies und die noch nicht genügend geklärte Parteistellung der einzelnen Mächte zog eine Reihe emsiger aber verworrener Verhandlungen nach sich. Wurde Napoleons Unschlüssigkeit einerseits vermehrt durch die unverhohlene Abneigung des englischen Hofes gegen seine Person, so widerstand er doch andererseits den Versuchen des russischen Kaisers, ihn zu sich herüberzuziehen. In Wien bildete sich wie von selbst eine Art Konferenz der vier Mächte und in dem allseitigen aufrichtigen Bemühen, den Frieden zu erhalten, kam dieselbe dem Zaren durch weitgehende Zugeständnisse entgegen, welche in einer Note vom

31. Juli zusammengefaßt waren. Nikolaus erklärte sich damit einverstanden, jedoch unter der einen unerläßlichen Bedingung, daß auch die Pforte sie ohne irgend welche Veränderung annehme. Schon frohlockte die Diplomatie über ihr gelungenes Werk, der Friede schien gesichert, die Kurse stiegen. Aber in Konstantinopel fand die Note diese beifällige Aufnahme mit nichten. Schäferblickend als seine Regierung erwog Lord Redcliffe, daß eine solche dem Zaren erteilte europäische Anerkennung seines Schutzrechtes über zwölf Millionen Unterthanen des Sultans ihn eigentlich zum Gebieter der Türkei mache, und eine aus dem russischen Ministerium des Auswärtigen stammende Auslegung der Note, welche an die Öffentlichkeit gelangte, bewies die Richtigkeit seiner Auffassung. Auch unter den Türken erwachte mit den Fortschritten ihrer eifrig betriebenen Rüstungen der kriegerische Geist und der schlaue Reschid berechnete, daß Europa die Hohe Pforte, es komme was da wolle, doch nicht im Stich lassen könne. Der Divan wies die unveränderte Annahme der Note zurück. Die Westmächte stellten ihr Vermittelungswert ein. In England wurde die Stimmung kriegerischer. Mochte auch die Deputation, welche die Friedensfreunde nach Petersburg geschickt hatten, um an des Zaren besseres Gefühl zu appellieren, entzückt über den ihnen gewordenen Empfang zurückkehren, es war, als ströme neues Blut in die durch so langen Friedensgenuß eingetrockneten Adern. Prinz Albert hatte schwer unter den Ausstreunungen zu leiden, als benutze er seine Stellung zu gunsten fremder Dynastien und zum Nachtheile Englands. Und doch war er es, der den Dingen am unbefangenen auf den Grund schaute. „Wir werden,“ schrieb er im Januar 1854, „dem Kriege nicht entgehen können und finden dabei unsern Nachbar und einzigen Verbündeten gar nicht zum Kriege aufgelegt. Das Schlimmste dabei ist, daß dieser sich gar nicht gut führen läßt. Rußland ist eine ungeheure schwere Masse, auf die Püffe von außen an den wenigen Stellen, wo sie angebracht werden könnten, keinen tiefen Eindruck machen werden.“ Ein Handschreiben des Kaisers Nikolaus an die Königin, welches taktloserweise von der falschen Politik ihrer Minister an ihre persönliche Weisheit appellierte, erfuhr eine gemessene Zurückweisung. Nicht glücklicher war derselbe mit der Beantwortung eines im friedlichsten Tone gehaltenen Schreibens des Kaisers Napoleon, indem er darin die Anspielung einsperrte, die Franzosen würden 1854 die Russen so patriotisch finden, wie 1812 in Moskau. Napoleon, in dessen Charakter es lag, sich möglichst lange zwei Wege offen zu halten, und der wohl wußte, wie unpopulär die Aussicht auf einen schweren Krieg im fernem Osten in Frankreich war, begann ebenfalls mehr und mehr sich mit dem Gedanken an denselben vertraut zu machen.

Trotz alledem wurde auf Drouyns Vorschlag die Bildung einer bindenden Konferenz in Wien beschlossen, welche den Kriegführenden die Bedingungen Europas übermitteln könnte, und am 5. Dezember gaben dort die Vertreter der vier Mächte die Erklärung zu Protokoll, daß der Bestand der Türkei innerhalb ihrer vertragsmäßigen Grenzen eine der notwendigsten Bedingungen



des europäischen Gleichgewichtes sei und daß daher der gegenwärtige Krieg an demselben keinerlei Veränderung herbeiführen dürfe.

Weniger in der Verwahrung des türkischen Besitztandes, den ja auch



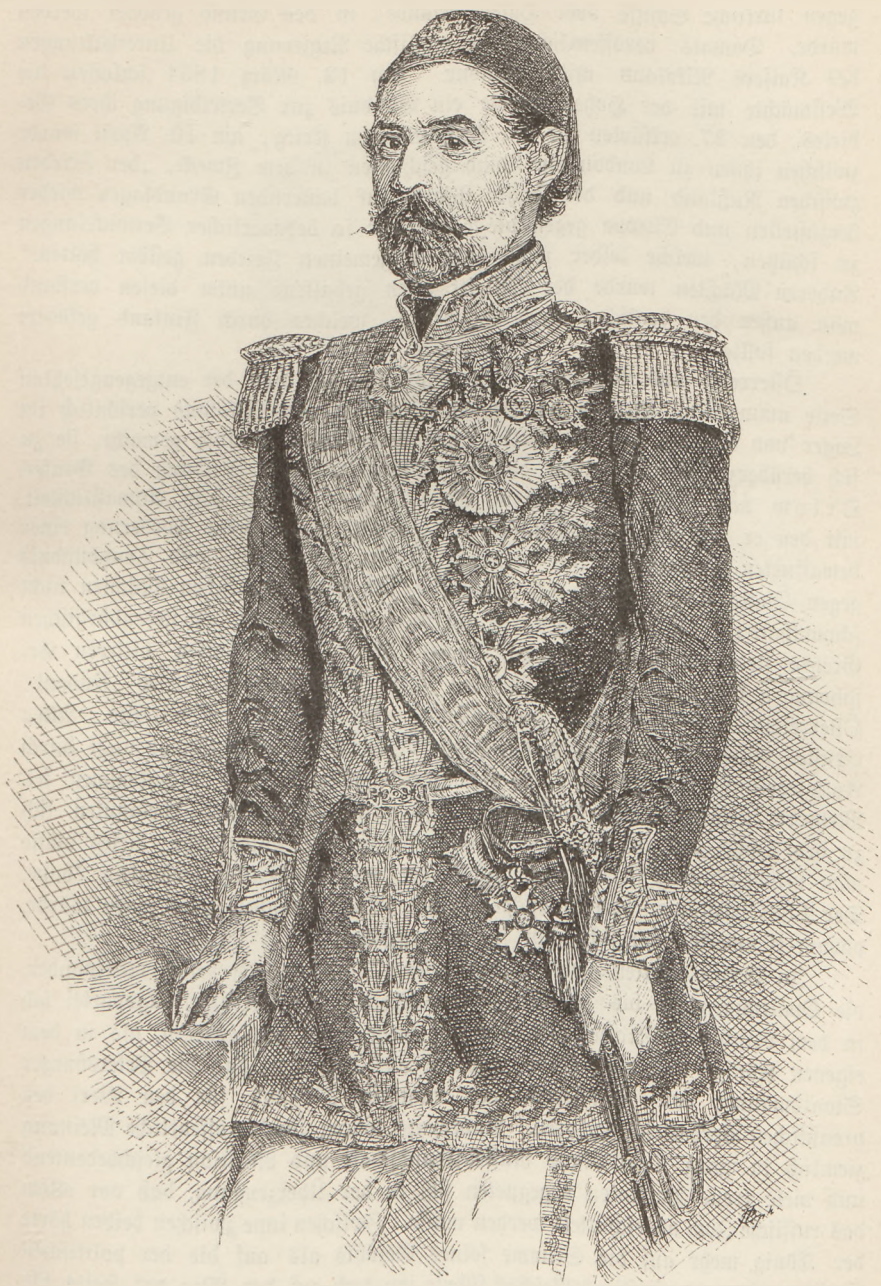
Reshid Pascha.

Nikolaus nicht antasten zu wollen wiederholt und feierlich erklärt hatte, lag das Schwergewicht dieses Protokolls, als vielmehr in der Unterschrift Österreichs und Preußens, welche es neben der der Westmächte trug. Darin lag der Keim einer Quadrupelallianz, welche Rußland vereinzelt. Napoleon hatte damit eine glänzende Revanche erzielt.

Mittlerweise hatten sich die Ereignisse in Konstantinopel überstürzt. Eine Sturmpetition der Softas, d. i. Studenten des Koran, verlangte den Krieg im Namen des Propheten, und in diesem Sinne entschied der große Divan am 25. September. Am 8. Oktober stellte der Muschir Dmer Pascha dem Fürsten Gortschakow die Aufforderung zu, binnen vierzehn Tagen den türkischen Boden zu räumen. Auf den Ruf des Sultans fuhr die englisch-französische Flotte durch die Dardanellen und warf im Bosphorus Anker. Am 25. fielen die ersten Feindseligkeiten vor, indem eine russische Flotille bei Galacz durch das Feuer türkischer Batterien einige Leute verlor. Am 4. November erfolgte die Kriegserklärung der Pforte. Dmer Pascha bewies die entschlossene Geschicklichkeit des tüchtigen Kriegsmannes. Er besetzte mit seinen 90—100 000 Mann die Donau in gut gewählten Stellungen und beschäftigte den Gegner, obgleich sich im allgemeinen auf der Defensiv haltend, durch zeitweilige Demonstrationen von Widdin gegen Kalafat, von Turtukai gegen Olteniza, und die Russen bezahlten den Versuch, ihn von dort zu vertreiben, mit dem Verluste von 1200 Mann, worauf Dmer die Stellung freiwillig räumte. Dagegen verlegte er, zugleich als geschickter Politiker handelnd, sein Angriffsfeld auf seine äußerste Linke, dicht an die österreichische Grenze bei Kalafat, zwar ohne entscheidenden Erfolg, aber daß die Türken stets der angreifende, nie der angegriffene Teil waren, brachte doch eine bedeutende Wirkung zu ihren Gunsten hervor. Es zeigte sich, daß der russische Koloss, genötigt Polen und die Dstsee zu bewachen und gleichzeitig in Asien Krieg zu führen, für die lange Linie an der Donau vom Schwarzen Meere bis an die Karpathen nur unzureichende Streitkräfte zur Verwendung hatte.

Unter den englischen Ministern war Palmerston am meisten von der Unvermeidlichkeit des Krieges durchdrungen und darum überzeugt, je eher desto besser sei es, ihn zu beginnen. Lord Aberdeen dagegen klammerte sich noch immer an die Hoffnung, den Frieden zu erhalten. Da aber trat ein Ereignis ein, welches dieser Täuschung ein jähes Ende bereitete. Am 30. November wurde ein türkisches Geschwader von sieben Fregatten, zwei Dampfbooten und drei Korvetten, welches in das Schwarze Meer eingelaufen war, um den Korps von Batum sowie den zum Aufstand bereiten Kaukasusstämmen Kriegsbedürfnisse zuzuführen, auf der Rhebe von Sinope vom Admiral Nakhimow angegriffen und nach wenigen Stunden ungleichen Kampfes war davon nichts mehr übrig als Trümmer. Indem der russische Admiral so handelte, war er vollkommen in seinem Rechte, aber diese fast unter den Augen der englischen und französischen Admirale vollbrachte Zerstörung glich einer Herausforderung; in England zumal weckte sie einen Aufschrei des Zornes und der Scham. Die von Bright und Cobden gepflegte Friedensstimmung, auf welche der Zar stark gerechnet hatte, wurde übertönt durch die Beschuldigungen der Feigheit, ja des Verrats gegen die Minister. Am 3. Januar 1854 liefen die westmächtlichen Flotten ins Schwarze Meer ein, der russische Admiral wurde bedeutet, daß jedes russische Kriegsschiff, welches sich ferner eine Feindseligkeit





Omer Pasha.

gegen türkische Schiffe oder Häfen erlaube, in den Grund gebohrt werden würde. Damals veröffentlichte die englische Regierung die Unterhaltungen des Kaisers Nikolaus mit Seymour. Am 12. März 1854 schlossen die Westmächte mit der Hohen Pforte ein Bündnis zur Verteidigung ihres Gebietes, den 27. erklärten sie an Rußland den Krieg, am 10. April wurde zwischen ihnen zu London ein Bund geschlossen zu dem Zwecke, „den Frieden zwischen Rußland und der Hohen Pforte auf dauernden Grundlagen wieder herzustellen und Europa gegen die Wiederkehr so bedauerlicher Verwickelungen zu schützen, welche leider selbst den allgemeinen Frieden gestört hätten.“ Anderen Mächten wurde der Beitritt offen gehalten; unter diesen verstand man außer den deutschen auch Schweden, welches durch Finland gefördert werden sollte.

Österreich und Preußen sahen sich aber auch von der entgegengesetzten Seite umworben. Bereits im September 1853 hatte Nikolaus persönlich im Lager von Olmütz und in Berlin einen vergeblichen Versuch gemacht, sie zu sich herüberzuziehen. Keinen besseren Erfolg hatte die Sendung des Grafen Orlov nach Wien und Berlin Ende Januar 1854. Die Anmaßlichkeit, mit der er fast im Stile Mentschikows auftrat, machte seine Forderung einer bewaffneten Neutralität, die in Wahrheit auf ein Schutz- und Trutzbündnis gegen England und Frankreich hinauslief, den beiden deutschen Mächten nicht schmachhafter. Österreich verstärkte im Gegenteil sein an der siebenbürgischen Grenze stehendes Armeekorps auf 30 000 Mann. Von allen bitteren Erfahrungen dieser Monate war für den stolzen Selbstherrscher dieser „Undank“ Österreichs, das er für ganz unterthänig gehalten hatte, die bitterste. Allen Ernstes wurde in Petersburg die Frage erörtert, ob dieser Macht nicht durch Aufwiegelung der den Russen stammverwandten Slawen beizukommen sei. Mehrere Generale wie Paskeiwitsch, Jomini, Sumarokow, bekannten sich zu dem Satze, daß der Weg nach Konstantinopel über Wien gehe; dieses müsse man nehmen und Österreich zerstückeln, ehe man die Türkei zerstückeln könne. Der Plan dazu war bereits ausgearbeitet. Was Preußen dazu sagen würde, darum kümmerte man sich nicht im entferntesten.

In Berlin stritten zwei entgegengesetzte Anschauungen heftig miteinander, die Spaltung ging bis in die höchsten Kreise. Die Kreuzzeitungspartei sah in dem vergötterten Kaiser Nikolaus fast mehr ihren Landesheerrn, als in dem eigenen Könige und trug gerade dadurch viel dazu bei, daß die Petersburger Staatsmänner von vornherein den richtigen Maßstab für den Wert des preußischen Verhaltens verloren. Andererseits waren für die öffentliche Meinung ziemlich in ganz Deutschland Ruffenfreundschaft und Reaktion gleichbedeutend und viele treue Patrioten begegneten sich in der Überzeugung, daß vor allem das russische Joch abgeschüttelt werden müsse. Zwischen inne zwischen beiden hörte der König mehr auf die Stimme seines Gefühls als auf die der politischen Einsicht, aber ein günstiges Geschick führte ihn doch auf den Weg des Heils für Preußen und Deutschland. Im Mai 1852 hatte er auf den Kaiser Nikolaus





Kaiser Nikolaus I. von Russland.



getrauert, Gott wolle diesen noch lange dem Welttheile erhalten, den Er ihm zum Erbtheile gegeben; lange hielt er an dem guten Glauben fest, es sei seinem frommen Schwager wirklich nur um den Schutz der Christen gegen die türkische Regierung zu thun; das neueste Vorgehen desselben machte ihn aber doch einigermaßen bedenklich, und ihm willenlos Heeresfolge zu leisten, das war ein Gedanke, der ihm nie in den Sinn kam. Noch viel fremder fühlte er sich aber den Westmächten. Vor einer Verbindung mit Napoleon scheute sein legitimistisches Gewissen zurück. Durch die Versicherung, Deutschland bedürfe großer Reformen, und zumal Preußen einer Abrundung seines Gebietes, wurde ihm derselbe nur noch verdächtiger, in dem Bunde christlicher Mächte mit dem Halbmond sah er einen Incest. Jede Hilfe, die England in Waffen, Mannschaften und Schiffen in unchristlicher Thorheit dem Islam gegen Christen leihe, könne, meinte er, außer Gottes Strafgericht keinen anderen Erfolg haben, als etwas späteres Überliefern der türkischen Länder unter russische Domination. Die beste Lösung schien ihm ein die Rechte der Christen, gleichviel welches Bekenntnisses, verbürgender Vertrag sämtlicher Mächte mit der Pforte, in diesem Sinne ließ er durch seinen Gesandten von Wildenbruch in Konstantinopel unterhandeln, aber vergeblich. Nach London schickte er, Dezember 1853, den Grafen Pourtalès; die erste Forderung, die er durch diesen stellen ließ, Zustimmung Englands zur Wiederaufnahme von Preußens Unionspolitik, namentlich für den Fall, daß Österreich auf Rußlands Seite träte, wurde zugestanden, an die weiteren dagegen, daß die Westmächte die Unantastbarkeit des Deutschen Bodens verbürgen und, sonderbar genug, ihm Neuenburg wieder verschaffen sollten, zerschlug sich die Verhandlung. Umgekehrt verlagte sich der König der Übereinkunft zum Zwecke gemeinsamer Friedensstiftung, zu welcher die Westmächte Österreich und Preußen einluden, obgleich Manteuffel, der Kriegsminister Bonin und der Prinz von Preußen dieselbe befürworteten und das Wiener Kabinett sich dazu geneigt zeigte, und ebenso dem Neutralitätsbunde mit Österreich, welches ihm Nikolaus anempfahl.

Es ergab sich daraus für Preußen eine vollständig passive Haltung, die freilich dem Orange feurigeren Patrioten so wenig Genüge that wie den Interessen der westlichen Kabinette. Der politischen Auffassung Friedrich Wilhelms entsprach es, daß er durch persönliche Einwirkung auf die Souveräne die Verwirrung lösen zu können meinte. General von der Gröben, den er zu diesem Zwecke nach London schickte, fand dort eine sehr bittere Stimmung vor. „Ich würde,“ schrieb die Königin Viktoria auf die Ankündigung von Preußens unbedingter Neutralität, „eine solche Sprache vom Könige von Hannover oder von Sachsen verstehen, ich habe aber geglaubt, daß Preußen eine der fünf Großmächte sei, welche die Verträge gewährleisten und die Zivilisation beschützen.“ Keines besseren Erfolges konnte sich der Fürst R. V. von Hohenzollern in Paris rühmen. Kaiser Napoleon war der Meinung, Preußens Neutralität verlängere nur den



Krieg, indem sie die Mittel zur Aktion vermindere, sie könne nur das unfehlbare Resultat haben, neue Verwickelungen herbeiführen, aus denen die Notwendigkeit eines Angriffs auf die neutrale Macht hervorgehen könnte. Für alle Fälle bedürfe er thatsächlicher Garantien, um sein Heer ohne Besorgnis in die Ferne schicken zu können, daher müsse noch vor Einschiffung seiner Truppen die Frage entschieden sein, ob Preußen Verbündeter der Westmächte sei oder nicht.

Je drangvoller die Lage, desto gespannter wurden auch die Gegensätze am Berliner Hofe. Bunsen hatte Anfang März seinem königlichen Freunde aus London eine geheime Denkschrift gesandt, in welcher er in Übereinstimmung mit den Ansichten des Prinzgemahls auseinandersetzte: nachdem Rußland seine wahren Absichten enthüllt habe, dürfe der Zweck des Krieges sich nicht darauf beschränken, daß diese Macht gezwungen werde, ihre Pläne gegen die Türkei auf gelegenerer Zeit zu verschieben, sondern ihre Übermacht müsse gebrochen, Rußland auf seine natürlichen Grenzen in Europa zurückgewiesen werden. Dieses Schriftstück gelangte, ohne Zweifel durch eine Intrige aus der nächsten Umgebung des Königs, in die russische Gesandtschaft; es erregte in Petersburg eine furchtbare Erbitterung, in Berlin erlangte dadurch die russische Partei das Übergewicht. Bunsen wurde abberufen, der Kriegsminister Bonin, der im Ausschusse des Abgeordnetenhauses bei Beratung über den verlangten Kredit von 30 Millionen Thalern sich in den stärksten Ausdrücken gegen ein Bündnis mit Rußland ausgesprochen hatte, erhielt seine Entlassung, sogar der Prinz von Preußen, der mit ungewohntem Nachdrucke für den in der Armee hochgeschätzten General eingetreten war, einen ungesuchten vierwöchentlichen Urlaub nach Baden-Baden. Dennoch war des Kaisers Nikolaus Spott, sein Schwager sei abends als Engländer zu Bett gegangen und morgens als Russe aufgestanden, voreilig. Eben um nicht der Parteigänger Rußlands werden zu müssen, erschien dem Könige der Anschluß an Oesterreich um so gebotener, zumal seine Loyalität vor einer Trennung beider deutscher Großmächte zurückschrak. Bismarck, der in diesen Monaten wiederholt nach Berlin berufen wurde, warnte zwar dringend davor, sich durch Oesterreich in den Krieg hegen zu lassen; „es würde mich ängstigen,“ schrieb er, „wenn wir vor dem möglichen Sturm dadurch Schutz suchten, daß wir unsere schmucke und seefeste Fregatte an das wurmstichige alte Drlogschiff von Oesterreich koppelten.“ Dennoch schickte der König den Obersten von Manteuffel nach Wien mit der Eröffnung, er sei bereit, die im Vertrage vom 3. Mai 1851 enthaltene Garantie des gegenseitigen Besitzstandes, einschließlich des außerdeutschen, zu erneuern. Mit Freuden ging Kaiser Franz Josef auf das Anerbieten ein. Aber er wollte noch mehr. Er sendete den General von Heß nach Berlin und dieser vermochte Preußen zum Beitritt zu dem am 9. April in Wien mit den Westmächten unterzeichneten Protokoll, welches folgende vier Sätze aufstellte: Integrität der Türkei und Räumung der Fürstentümer, Sicherung der bürgerlichen und religiösen Rechte der Christen durch alle Mittel, die mit der Un-

abhängigkeit und Souveränität des Sultans verträglich sind, Auffindung von Garantien, um die Existenz der Türkei noch fester an das europäische Gleichgewicht zu knüpfen, Verpflichtung der vier, sich ohne vorherige gemeinschaftliche Beratung in keine Friedensunterhandlung mit Rußland einzulassen. Ja durch den Hinweis, daß sonst Österreich die Vorschläge annehmen müsse, welche Frankreich schon seit längerer Zeit ihm entgegenbringe, gelang es Hefß, Preußen am 20. April zur Unterzeichnung eines förmlichen Schutz- und Truppbündnisses zu drängen. Durch dieses garantierten sich beide Mächte gegenseitig ihre deutschen und außerdeutschen Besitzungen gegen jeden Angriff; sie verpflichteten sich, die Rechte und Interessen Deutschlands gegen alle und jede Beeinträchtigung zu schützen, zu welchem Zwecke eine teilweise Mobilisierung ihrer Truppen ins Auge gefaßt wurde. Alle Bundesstaaten sollen zum Beitritt eingeladen werden, beide versprechen, mit keiner Macht ein Bündnis einzugehen, das mit diesen Grundsätzen nicht übereinstimmt. Österreich wird die Räumung der Fürstentümer fordern, Preußen diese Forderung unterstützen. Offensiv werden beide vorgehen, wenn Rußland die Fürstentümer einverleiben oder den Balkan überschreiten sollte.

Voll froher Zuversicht, daß Österreich nunmehr der Mitwirkung Preußens und des Deutschen Bundes sicher sei, trat man in Wien schon in Beratung über die Truppenaufstellung. Indes, so schnell gingen die Dinge doch nicht. Raum war der Vertrag unterzeichnet, so that es auch schon dem König leid, daß er sich hatte überrumpeln lassen. Er schickte einen neuen Abgesandten, den General von Alvensleben, nach Wien mit der Bitte um Aufschub, da er vorher noch dem Zaren persönliche Vorstellungen machen wolle. Aufs neue ertönte Bismarck's Warnungsstimme: „Wir müssen durch alle Mittel uns einem kriegerischen Vorgehen gegen Rußland entziehen, weil wir mit dem ersten preußischen Kanonenschuß gegen die Russen abhängig werden von den Chancen einer Verständigung zwischen Paris und Petersburg.“ Als der französische Gesandte Moustier sich gegen ihn des Ausrufs erdreistete: „Aber diese Politik wird Preußen nach Jena führen!“ erwiderte er ihm trocken: „Warum nicht nach Waterloo?“ Das Ziel, welches ihm schon damals vor Augen stand, war die Einigung Deutschlands unter Preußens Führung mit dem nötigen Maße von Kraft, um nach allen Seiten hin die nationale Unabhängigkeit zu behaupten. Darum mißbilligte er den Aprilvertrag, welcher der Vorherrschaft Österreichs ein neues Siegel aufdrückte. „Unsere deutschen Bundesgenossen,“ schrieb er, „erwarten mit einer unruhigen und etwas gereizten Spannung die Mitteilungen Österreichs und Preußens über den Stand der orientalischen Frage, und diesem Gefühle liegt vorzugsweise das Bedürfnis zu Grunde, ihre Souveränität wenigstens am Bunde durch eine Meinungsäußerung über europäische Politik zu konstatieren. Durch den langen Frieden hat sich die Theorie der Gleichheit der Souveräne unter sich bei den Mittelstaaten in einer krankhaften Weise ausgebildet.“ Der Anschluß der letzteren an den Vertrag ging auch nicht so glatt von statten, wie man erwartet hatte. Wie bei jeder großen Krise brachen



die im Inneren des Deutschen Bundes vorhandenen Keime der Zwietracht hervor. Die ganze Sinnlosigkeit, wenn bei Übereinstimmung der Vormächte die Kleineren ihren eigenen Weg gehen wollten, um in die größten und wichtigsten Sachen eine Politik der kleinsten Erwägungen und Vorwände hineinzutragen, trat hierbei zu Tage. Voll Unmut, nicht befragt worden zu sein, und noch unter der Nachwirkung des Verdrusses, daß Österreich in der Zollvereinsache sie erst vorwärts getrieben und dann im Stiche gelassen hatte, zum Teil auch von russischen Sympathien geleitet, veranstalteten auf Betrieb *Beust's* die vier Königreiche, Baden, beide Hessen und Nassau, eine Konferenz zu *Bamberg*. Das Ergebnis ihrer Beratungen war eine identische Note an die beiden Vormächte: die Entschließungen derselben entsprächen nicht vollständig den Interessen des Bundes, solange die gegen eine der kriegführenden Parteien zu ergreifenden Maßregeln nicht begleitet seien von einer Suspension der Feindseligkeiten und einem gleichwertigen Verfahren gegen die andere zu dem Zweck, die Zurückziehung ihrer Flotten zu erlangen. Damit verbanden sie den Anspruch, auf Grund von Art. 49 der Wiener Schlußakte an den Friedensverhandlungen teil zu nehmen. Betroffen über diese Anmaßung der Mittelstaaten, den Vormächten ihr Verfahren vorschreiben zu wollen, kam Kaiser *Franz Josef* mit dem Könige *Friedrich Wilhelm* in *Teichen* zusammen, wobei er besonders auf die Gefahr einer Annäherung der Mittelstaaten an Frankreich hinwies, und, dem gemeinschaftlichen Drucke beider Mächte weichend, trat am 24. Juli der Bund dem Aprilvertrage bei, ohne daß die Mittelstaaten ihren Willen durchgesetzt hätten. *Beust* genoß wenigstens die Gemüthung, eine recht grobe Note, welche *Lord Clarendon* wegen der „übelberatenen Einmischung“ der *Bamberger* nach *Dresden* zu richten sich bemüht gefunden hatte, gehörig abzufertigen.

So stand also der Westen Europas in offenem Kampfe gegen Rußland; die Mitte, an mehreren der aufgeworfenen Streitfragen wenig oder gar nicht beteiligt, schwankte zwischen Neutralität und Vermittelungsversuchen, zwischen Kriegslust und Friedensbedürfnis. An ein festes Zusammenhalten der konservativen Mächte gegen die Pläne des Napoleoniden war nicht mehr zu denken. König *Leopold* eilte, sich mit diesem in ein besseres persönliches Verhältnis zu setzen.

Der Krieg war da, aber merkwürdigerweise war keine der kriegführenden Mächte darauf vorbereitet. Rußland hatte mit den ungeheueren Entfernungen und dem Mangel an Verkehrsmitteln, besonders an Eisenbahnen zu kämpfen. Die Westmächte hatten sich darauf verlassen, daß ihre Flotten ausreichen würden; noch im Januar 1854 setzten sie die zu verwendende Truppenzahl auf nicht mehr als 6000 Franzosen und 3000 Engländer an. Ein ausreichendes Landheer besaß England überhaupt nicht, aber auch in Frankreich war nichts fertig, als man die Notwendigkeit einsah, das Expeditionsheer auf 30 000 Franzosen und 18 000 Engländer zu erhöhen. Die Transportmittel waren ungenügend, bei der Einschiffung ging alles drüber und drunter. Am 31. März landeten die

ersten Franzosen auf der Halbinsel Gallipoli, aber noch am 26. Mai schrieb von dort Marschall St. Arnaud, der, obgleich schon körperlich gebrochen, zum Oberbefehlshaber ernannt worden war, an den Kaiser: „Wir haben nur 24 Geschütze bespannt, noch trauriger steht es um den Feldbedarf; man kann nicht Krieg führen ohne Brot, Schuhe, Kochkessel und Feldflaschen. Das kommt von der Eile, mit der alles hat gethan werden müssen; man hat die Mann-



Lord Raglan.

schaften auf Dampfsbooten eingeschifft und die Provisionen, die Pferde und das Material auf Segelschiffen.“ Den Oberbefehl über die Engländer führte Lord Raglan, dessen fehlender einer Arm daran erinnerte, daß er als Lord Somerset bei Waterloo dem ersten Napoleon gegenüber gestanden. In Konstantinopel hatte sich unterdes der französische Gesandte Baraguay d'Hilliers mit Lord Redcliffe überworfen und beim Sultan auf die Entlassung der dem britischen Einfluß allzu zugänglichen Minister gedrungen, und kaum hatte St. Arnauds Ankunft diesen Zwist geschlichtet, als er selbst durch den Anspruch auf den Oberbefehl nicht bloß über das türkische, sondern auch über das englische Heer neuen Bank stiftete. Mit weiteren Ver-



wickelungen drohte der in Albanien unter zweifelloser Guttheißung Rußlands ausgebrochene Aufstand, der von Griechenland offen unterstützt wurde; und wenn auch nach wiederholten vergeblichen Warnungen die Besetzung des Piräeus durch die Division Jorey den König Otto davon abzustehen nöthigte, so blieb doch dadurch dieser Truppenteil der Verwendung auf dem Kriegsschauplatze entzogen.

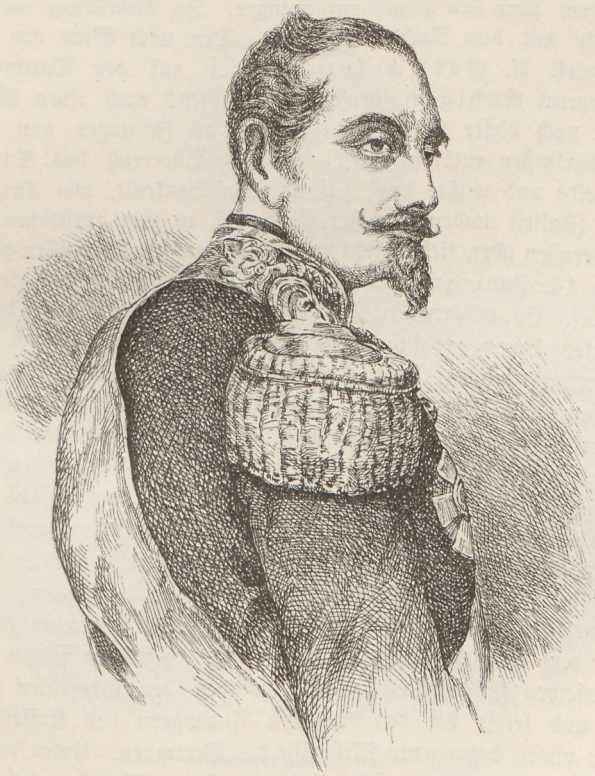
Eingeleitet wurden die Feindseligkeiten durch die wohl nur aus einem Mißverständnis entsprungene Beschickung Odeffas von Seiten der Engländer, die außer der Verstärkung verschiedenen Kaufmannsgutes nichts ausrichtete. Zu Barna hielten die drei Oberbefehlshaber Kriegsrat. Da Paszkiewitsch, der nunmehrige Oberbefehlshaber der Donauarmee, sich durch die Einnahme der kleinen Festungen Matchin, Tsafscha und Tultscha in den Besitz des Nordtheiles der Dobrudscha gesetzt und Omer Pascha dadurch veranlaßt hatte, sich nach Schumla zurückzuziehen, so kamen sie zu dem Zwecke, Paszkiewitschs vorläufiglichen Vormarsch auf Konstantinopel aufzuhalten, überein, sich mit Omer zu vereinigen und eine Schlacht zu liefern. Freilich überzeugte sich St. Arnaud unmittelbar darauf, daß sein Heer noch gar nicht in der Verfassung sei, einen Feldzug zu unternehmen; aber auf die Ankündigung des bevorstehenden Eintreffens von Verstärkungen bis auf 60 000 Mann beschloß man trotzdem die Basis der Operationen immer nach Barna zu verlegen, wo im Juli 30 000 Franzosen und 20 000 Engländer vereinigt standen.

Daß die Westmächte zur Ansammlung ihrer Streitkräfte an diesem Punkte Zeit gewannen, verdankten sie dem ganz unerwarteten Widerstande, welchen die dürftigen Erdwerke von Silistria unter Leitung des Preußen Grach und dreier englischer Offiziere den russischen Belagerern entgegensetzten. Paszkiewitsch selbst wurde verwundet, General Schilder, ebenso wie der tapferere Kommandant der Festung, Mosa Pascha, getödtet. Im letzten Augenblicke vor dem entscheidenden Sturme kam 22. Juni plötzlich der Befehl zur Aufhebung der Belagerung und zum Rückzug über die Donau, zum großen Verdruß St. Arnauds, dem dadurch die Gelegenheit zur Schlacht diesseits des Stromes entging.

Der Grund, welcher die Russen über die Donau zurücktrieb, war kein militärischer, sondern ein politischer: die drohender werdende Haltung Osterreichs. Am 3. Juni war aus Wien, von Berlin her unterstützt, die Aufforderung zur Räumung der Fürstentümer nach Petersburg gegangen, am 14. schloß Osterreich, und zwar ohne Preußen darum zu fragen, mit der Pforte einen Vertrag, laut welchem es sich verpflichtete, diese Räumung nöthigenfalls mit Waffengewalt zu bewirken, auch sich mit Rußland in keinen Vergleich einzulassen, welcher nicht die souveränen Rechte des Sultans und die Integrität seines Reiches zum Ausgangspunkt hätte. Zugleich nahm es eine Nationalanleihe von 400 Millionen Gulden auf. Rußland ließ sich zwar nunmehr zu der Erklärung herbei, daß es von den im Wiener Protokoll vom 9. April aufgestellten Punkten die drei ersten annehme, da es aber den vierten, die

Garantien, um die Türkei noch fester an das europäische Gleichgewicht zu knüpfen, mit Stillschweigen übergang, so wiesen die Westmächte dieses lückenhafte Zugeständnis schroff zurück. Trotzdem that Oesterreich noch einen weiteren Schritt zur Annäherung an sie, indem es sich die zwischen ihnen als unerlässlich vereinbarten Grundlagen der Ausöhnung aneignete. Diese waren:

1) Beseitigung des russischen Protektorats über die Donaufürstentümer und



Marſchall St. Arnaud.

Erſetzung deſſelben durch eine gemeinſchaftliche Garantie der Großmächte, 2) Befreiung der Schifffahrt in den Donaumündungen von jedem Hindernis, 3) Reviſion des Meerengenvertrags von 1841, 4) Verzicht Rußlands auf jedes Protektorat über Unterthanen der Pforte, wogegen die vier übrigen Mächte ihre Anſtrengungen vereinigen würden, um von derſelben die Beſtätigung der Rechte der Chriſten zu erreichen, ohne daß daraus eine Verletzung der Würde und Unabhängigkeit des Sultans entſtehe.

Dieſe vier Punkte wurden fortan das Banner, um welches die europäiſche



Diplomatie, ab und zu auseinandergehend, sich doch immer wieder zusammenfand. Oesterreich legte dieselben in Petersburg vor, Kesselrode erwiderte, nicht einmal einer Prüfung könne er sie unterwerfen; sollte Rußland sich jemals gezwungen sehen, sich in eine solche Vernichtung aller Verträge zu ergeben, so würde das, weit entfernt einen dauernden Frieden zu sichern, Europa nur endlosen Verwickelungen preisgeben. Am 20. August rückten die Oesterreicher in den Fürstenthümern ein, während die Russen, ohne Widerstand zu leisten über den Pruth zurückgingen. In Petersburg sah man dem offenen Bruche mit dem Nachbar entgegen. Den nach Wien neu ernannten Gesandten Fürst A. Gortschakow beschwor auf der Durchreise durch Warschau General Rüdiger, denselben wenigstens noch einen Monat hinauszuhalten, da nach dieser Seite nichts fertig, die Festungen von den allerndrigsten Bedürfnissen entblößt seien. So zog Oesterreich das Schwert halb aus der Scheide und wußte doch, daß es, von Bankrott, von Revolution in Ungarn und Italien umdroht, außer stande sei, es zum ernstlichen Stoße zu entblößen. Preußen aber, tief verletzt durch den ohne sein Vorwissen geschlossenen Vertrag vom 14. Juni, gab sein Bemühen, mit Oesterreich auf gleicher Linie zu bleiben, auf. Es erklärte den Aprilvertrag durch die Räumung der Fürstenthümer für erledigt und zog sich aus der Wiener Konferenz zurück.

Der Vertrag vom 14. Juni, obgleich ein gegen Rußland geführter Schlag, gewährte diesem doch den Vorteil, seine Kraft ungeteilt gegen den Angriff von Süden richten zu können. Denn auch der Polenaufstand, den Napoleon durchaus erregen wollte, unterblieb infolge von Palmerstons unüberwindlichem Widerstande, da England den Endzweck des Krieges auf die Brechung des russischen Einflusses auf die Türkei und die Vernichtung der Pontusflotte zu beschränken entschlossen war. Es war aber hohe Zeit, daß überhaupt etwas geschah. Zu dem Verdruß des Kaisers über die Schwierigkeiten, auf die er stieß, zu seiner Ungeduld gesellte sich jetzt das erste Auftreten des Körperleidens, von dem er nicht wieder genesen sollte. Zwischen seinen Ratgebern herrschten dieselben Eifersüchteleien wie zwischen den Generalen im Lager, beim Volke und selbst bei den treuesten Anhängern des Kaisers schwand angesichts der vielen begangenen Mißgriffe das Vertrauen. Unter verschiedenen erwogenen Plänen einigte man sich endlich zu Barna über den besonders von englischer Seite lebhaft betriebenen einer Landung auf der Krim, um Sebastopol zu erobern. Aber ein neuer Feind, schrecklicher als die Russen, erstand plötzlich im Lager daselbst. Die Cholera brach aus. Um ihr zu entgehen, theils auch um die Russen zu täuschen, um die Baschi-Bozuks, d. h. die durch französische Offiziere zu disziplinierenden asiatischen Irregulären zu versuchen, und endlich um zum Napoleonstage einen Sieg nach Hause melden zu können, ordnete St. Arnaud eine Expedition in die Dobrudscha unter dem Befehle des Generals Gaspinasse an; aber sie nahm ein elendes Ende. In der unwirklichen Sumpfwüste arbeiteten Hitze, Wassermangel und Erschöpfung der Seuche vor. Von 10 600 Mann erreichten nur 4500 Barna wieder. Auch die Flotte

wurde angesteckt. Es fehlte am Notwendigsten, an Medikamenten und Hospital-einrichtungen. „Die Wegnahme Sebastopols durch eine Art Handstreich,“ schrieb St. Arnaud an den Kriegsminister, „ist das einzige Mittel für uns, um aus einer für alle Welt so peinlichen Lage herauszukommen.“ Ein neues Unglück traf das Heer am 10. August durch eine Feuersbrunst, welche die in Varna aufgehäuften Vorräte vernichtete, kaum daß die Pulvermagazine zu



Admiral Charles Napier.

retten waren. Sehr hinderlich wurde ferner die gerade unmittelbar vor Ausbruch des Krieges von Napoleon angeordnete Umgestaltung der Artillerie.

Ehe man noch in Varna fertig war, eröffnete die englische Flotte in Verbindung mit einem französischen Geschwader ihre Operationen in der Ostsee. Aber die Großthaten, welche Admiral Ch. Napier, ein alter Seebär ohne höhere Intelligenz, prahlerisch angekündigt hatte, wollten sich nicht einstellen. Die russische Flotte versagte sich dem Kampfe hinter den unnahbaren Feuerflüchten von Kronstadt und die Engländer mußten sich auf das Vergnügen beschränken, aus ihren Mastkörben die in der Ferne glänzenden Kuppeln von Petersburg zu betrachten. Um wenigstens etwas zu thun, zwangen die



beiden Admirale das den Eingang zum Bottnischen Meerbusen beherrschende Bomarsund nach vierzehntägiger Belagerung am 16. August zur Ergebung, eine geringe Entschädigung für die getäuschte Hoffnung, Petersburg in Grund und Boden zu schießen. Auch die Küste des Weißen Meeres wurde blockiert und Kola, die Hauptstadt von Russisch-Lappland, durch ein englisches Geschwader verbrannt; dagegen richteten die Admirale Price und Febvrier-Despointes vor Petropaulowsk in Kamtschatka nichts aus; erst April 1855 räumten die Russen diesen Platz noch rechtzeitig, bevor ein zweiter Angriff begann.

Endlich war das verbündete Heer, 24 250 Franzosen, 21 500 Engländer und 6000 Türken nebst einem gewaltigen Kriegsmaterial, zum Ausbruch von Warna fertig. Am 14. September landete es auf der Krim bei einem alten genuesischen Fort unfern Eupatoria, am 18. war die Ausschiffung beendet, tags darauf begann der Vormarsch auf Sebastopol, die 1784 von Katharina II. zur Beherrschung des Pontus erbaute Seefeste, an deren baldigem Falle niemand zweifelte. Dann, so war die Absicht, sollte der genommene Platz von der Landseite möglichst befestigt, eine tüchtige Besatzung hineingelegt werden, die Flotte im Hafen überwintern, das Landheer ein verschanztes Lager beziehen und in dieser Stellung den, wie man sich sagte, unausbleiblichen Angriff der Russen erwarten.

Die gesamte Streitkraft Rußlands belief sich auf 700 000 Mann, aber dieser lag die Verteidigung einer ungeheuern Grenzlinie, vom Weißen Meer und dem Bottnischen Busen bis zum Kaspiischen ob. In der Krim standen nur 51 000, davon hatte Fürst Mentshikow zur Verteidigung Sebastopols und der Umgegend höchstens 38 000, zu denen noch 18—19 000 Seesoldaten und Matrosen kamen. Die Landung an einer offenen, unter dem Feuer der feindlichen Schiffe liegenden Küste zu hindern, war er unvermögend. Er erwartete daher die Angreifer auf den Höhen hinter dem Flüsschen Alma. In dieser für unangreifbar gehaltenen Stellung dachte er sich bis zum Eintreffen seiner Verstärkungen zu behaupten und dann die Feinde ins Meer zu werfen. Nur hatte er versäumt, die Zugänge zu seinem linken Flügel unpassierbar zu machen, da er diesen durch das Meer und die Steilküste für genügend geschützt hielt. Diesen Fehler benutzte St. Arnaud. Bosquets Zuaven erkletterten den Abhang, sie brachten sogar unter unsäglichlicher Anstrengung Kanonen hinauf, auch die schweren Geschütze der Flotte griffen ein. Die Russen fochten mit großer Tapferkeit, aber unter schlechter Führung. Mentshikow manövierte noch ganz nach der schwerfälligen Taktik Suwarows und Kutusows. Die von Napoleon eingeführten gezogenen Kanonen bewährten sich vortrefflich; zwölf von ihnen hielten vierzig russische in Schach. Nun rückte auch das Zentrum unter Canrobert vor, etwas später entschloß sich Lord Raglan auf dem linken Flügel gleichfalls vorzugehen. Seine dicht geschlossenen Kolonnen erlitten schwere Verluste, dennoch drangen sie unaufhaltsam vor und behaupteten sich, bis die im Zentrum siegreichen Franzosen ihnen Luft machten. Um nicht von der Festung abgeschnitten zu werden, trat Mentshikow den Rückzug an, in

Kamāhi  
Hinter Flügel des englischen Lagers



Stabes gelieferten Materials ausgeführten Gemälde.





Landungsstelle  
des englischen Heeres

Englisches Hauptquartier

Landungsstelle des französischen Heeres

Sandhügel  
hinter Flügel des englischen Lagers



Französisches Hauptquartier

Ausführung der französischen und englischen Truppen in der Krim; 14. September 1854. Nach dem von Gobaut auf Grund des von den Offizieren des französischen Generalstabes gelieferten Materials ausgeführten Gemälde.





guter Ordnung. Er erwartete die Sieger ihm auf den Fersen folgen und den Sturm auf die Nordseite von Sebastopol unternehmen zu sehen, das verbot aber diesen ihre Erschöpfung und der Mangel an Reiterei. Erfolg versprach der Angriff auch nur unter Mitwirkung der Flotte, aber die Admirale wollten nichts davon wissen, ihre hölzernen Batterien mit der Aussicht auf



General Bodquet.

sichere Vernichtung gegen die Steinbollwerke dran zu setzen. Am 23. an der Ratscha angelangt, vernahmen die Verbündeten gewaltige Detonationen; sie verkündeten, daß die Russen einen Teil ihrer Flotte, fünf Linienschiffe und zwei Fregatten, am Hafeneingange in den Grund gebohrt hatten, um Sebastopol von der Seeseite unverwundbar zu machen. Mit ihnen versanken die Berechnungen der Verbündeten. Auf der Landseite hatte zwar Nikolaus bereits 1837 die Anlegung von Befestigungen angeordnet, gebaut war aber nur ein einziges Fort worden; erst im Frühjahr hatte man die Arbeiten wieder auf-



genommen, um sich wenigstens gegen einen Handstreich zu sichern. Jetzt wurde unter der Leitung des Oberstleutnants Totleben Tag und Nacht an den Erdwerken gearbeitet. Um nicht von seinen rückwärtigen Verbindungen abgeschnitten zu werden, entschloß sich Mentischikow, das südliche Plateau zu räumen und sein Heer nach Baktischiserai zu führen; die Verteidigung der Nordseite von Sebastopol übertrug er dem General Kornilow, die der Südseite dem Admiral Nachimow. Auf die Thatkraft der Verbündeten wirkte lähmend, daß St. Arnaud, durch zunehmende Krankheit genötigt wurde, am 26. den Oberbefehl an Canrobert abzugeben, drei Tage darauf starb er. Während Europa durch die angeblich von einem Tataren nach Bukarest gebrachte Nachricht vom Falle Sebastopols getäuscht wurde, zogen die Verbündeten um die Festung herum nach Balaklawa, wo sie die Verbindung mit den Flotten hatten. Beide Heere kreuzten sich demnach durch einen doppelten Flankenmarsch; die Engländer stießen dabei auf Mentischikows Nachtrab und nahmen ihm seine Bagage ab.

Für einen sofortigen Angriff, den später Sachkundige wie Niel und Totleben nicht für aussichtslos erklärt haben, erschienen die Festungswerke zu stark. Man entschloß sich daher zum regelrechten Angriff. In der Nacht zum 10. Oktober begann die Aushebung der Laufgräben und damit eine der denkwürdigsten Belagerungen, von denen die Geschichte weiß. Als die Russen am Morgen diese Arbeiten entdeckten, war ihre Freude groß. Nun blieb ihnen Zeit, die Werke, die unter Totlebens Leitung wie durch Zauber aus der Erde wuchsen, zu vollenden und mit schweren Schiffsgeschützen zu bewaffnen. Auf diese Weise gelang es ihnen, die allgemeine Beschießung, welche die Verbündeten, von ihren Flotten unterstützt, vom 17.—19. Oktober aus mehr als 1100 Feuereschüden unternahmen, mit überlegenen Kräften zurückzuweisen. Kornilow fand dabei den Heldentod. Die Hoffnung auf eine rasche Überwältigung der Festung mußte aufgegeben werden, es blieb nichts übrig, als zu der bei der felsigen Beschaffenheit des Bodens doppelt mühsamen Arbeit der Parallelen zurückzukehren. Von da an schickte Rußland ein ganzes Jahr lang, was es an Streitkräften irgend welcher Art besaß, an diesen Punkt im äußersten Süden. Tausende von Erschöpften besäeten den langen Weg mit Toten und Kranken und die, welche in zerfetzten Kleidern, geschwächt, an Zahl und Lebenskraft ihr Ziel erreichten, fanden statt der Erholung einen unter einem höllischen Feuer liegenden Platz, der besser mit Kugeln als mit Brot versehen war.

Plötzlich wurde die Aufmerksamkeit der Belagerer auf ihre eigene Verteidigung abgelenkt. Nach dem Eintreffen der durch die Räumung der Donaufürstentümer freigewordenen Verstärkungen ließ Mentischikow von General Liprandi am 25. Oktober einen Überfall gegen das verschanzte Lager bei Balaklawa unternehmen, das, nur von 4350 Engländern und Türken besetzt, für eine so geringe Zahl viel zu ausgedehnt und zu weit vorgeschoben war. Der erste über die Tschernaja kommende Stoß entriß den Türken ihre



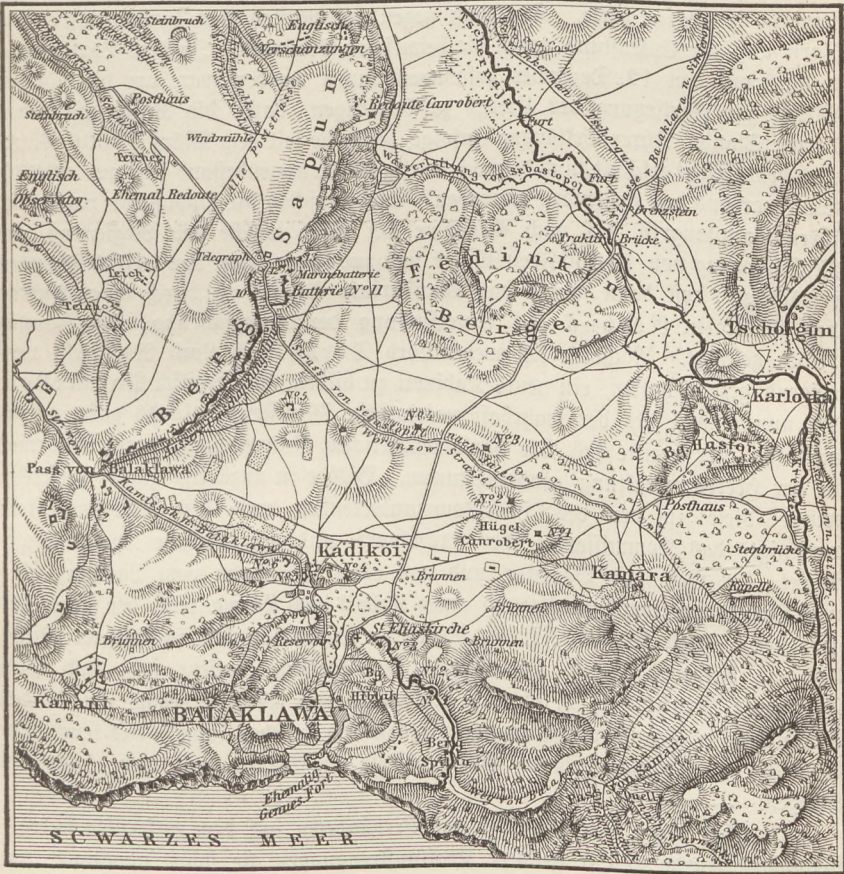
General Canrobert.



Schanzen bei dem Dorfe Radikoi, dagegen wurde ein Angriff der 3000 Mann starken, aber schlecht geführten, russischen Reiterei von Lord Lucan mit nur 300 schweren Reitern in wenigen Minuten glänzend zurückgewiesen. Nun erhielt auch die leichte Brigade unter Lord Cardigan, um die Wegführung der von den Russen genommenen Geschütze zu verhindern, Befehl vorzugehen. Blindlings stürmte diese in die Feinde hinein; von den 607 Mann, die sie zählte, kamen nur 198 zurück. „Es war magnifique,“ sagte General Bosquet, „aber es war kein Krieg.“ Der Vorteil blieb schließlich auf Seiten der Russen, denn sie behaupteten sich im Besitz der eroberten Schanzen und des Tschernajathales und somit auch der das englische Lager mit dem Belagerungsheer verbindenden Woronzowstraße. Bei diesem war nach Aushebung der dritten Parallele der Sturm auf den 7. November festgesetzt worden. Um so größere Eile hatte Mentischikow mit einem neuen Entsatzversuche. Der Angriff galt abermals den Engländern auf dem linken Flügel; mit Hilfe eines gleichzeitigen Ausfalls aus der Festung sollten sie ins Meer geworfen werden. Die Großfürsten Nikolaus und Michael waren eingetroffen, um Zeugen des großen Schaupiels zu sein. Ein dichter Nebel begünstigte am 5. November den Überfall der auf dem Plateau von Inkerman stehenden Engländer. Aber rasch sammelte Lord Cardington seine Leute, sie wehrten sich heldenmütig, ohne einheitliche Führung, in einzelnen Abteilungen, bis Bosquet zu ihrem Beistande herbeikam. Der überaus blutige Kampf endigte mit dem Rückzuge der Russen; diese hatten von ihren 36 000 Mann 10 730 Kampfunfähige, die Engländer von 14 600 deren 2600, die Franzosen von 8200 nur 800. Auch diesmal verdankten die Verbündeten ihre Rettung vornehmlich der äußerst mangelhaften Führung ihrer Gegner und namentlich der Unthätigkeit des Fürsten Gortschakow.

Die Stimmung unter den Verbündeten wurde ernst; die Schlacht hatte ihnen die furchtbare Gefahr gezeigt, in der sie schwebten. Von dem beschlossenen Sturm konnte jetzt nicht mehr die Rede sein, es handelte sich nur noch darum, die Stellungen bis zum Eintreffen von Verstärkungen zu behaupten. Ohne Bedauern sah die Armee den Prinzen Napoleon nach Frankreich zurückkehren, aber einen übeln Eindruck machte seine Abreise doch in dem Augenblicke, wo man einem entbehrungsreichen Winter entgegenging. Regen verwandelte das Lager in ein Rotmeer, eine neue Krankheit, die Laufgrabenkrankheit, trat auf. Am 14. November richtete ein furchtbarer Wirbelsturm große Verwüstungen an, eine Menge Schiffe scheiterten an der Küste. Den Regengüssen folgten dann Frost und eisige Nordstürme, ein dreißigstündiges Schneewetter bedeckte Tote und Lebende mit demselben Leichentuche; das dürstige Brennmaterial ließ sich nur von weither beschaffen. Alle Wege verschwanden. Während des ganzen Winters gelang es nicht, das französische Korps auf länger als zehn Tage zum voraus zu versorgen, 9000 Mann von demselben lagen in den Hospitälern. Die Pferde fielen massenweise. Das Verpflegungswesen erwies sich als ganz unzureichend. Noch viel schlimmer stand es bei den Engländern,

deren Verwaltung an einer ganz unglaublichen Schwerfälligkeit litt. Die Truppen darben und verkamen, während ungeheure Vorräte in den Hafensmagazinen oder sonstwo, wo man sie weder brauchte noch suchte, verderben. Das System der Bekleidung, des Transports, der Ernährung, alles brach



Karte des Schlachtfeldes von Balaklava.

zusammen. Große Stiefelsendungen kamen zwar an, aber sie waren alle für den linken Fuß. Schiffe mit Winterkleidern beladen gingen unter. Ein sehr geringer Trost war es, daß auch die Russen bis Ende November 23 000 Mann verloren, daß auch sie die nämlichen Leiden zu erdulden hatten. Und dazu schrieb der Kaiser an Mentschikow: „Ich nehme an, daß Fürst Gortschakow kein Hindernis finden wird, Dir die Streitkräfte zu schicken, über die er ver-



fügt. Beachte wohl, daß nach ihrer Ankunft es nichts mehr zu schicken giebt.“ So furchtbar rechtfertigte Tauris den alten Ruf, daß sie alle ihr Gestade betretende Fremde dahinnorde.

Die erste Kunde von diesen heillosen Zuständen drang nach England durch eine Einrichtung, die damals zum erstenmale auffam, durch die Schilderungen der Spezialkorrespondenten, deren jedes der großen Londoner Blätter den seinigen im Lager hatte. Der Haß gegen die Russen trat zurück hinter dem Borne und der Entrüstung gegen die heimischen Behörden. In dem Parlamente, welches auf den 12. Dezember zusammenberufen worden war, um die nötigen Mittel zur Fortsetzung des Kriegs zu bewilligen, hatte die Regierung einen harten Stand. Ihrer Erklärung zufolge hatte sie seit dem März 53 000 Mann nach dem Orient geschickt, und dennoch betrug der Truppenbestand jetzt nur 16 000. Was war aus den Fehlenden geworden? Doch verschob die Opposition patriotisch ihren Hauptangriff bis nach Annahme der Bill, welche die Regierung zur Mobilisierung von 15 000 Freiwilligen und zur Anwerbung von 10 000 Fremden ermächtigte; erst dann wurde das Ministerium Aberdeen durch einen Antrag des Radikalen Roebuck auf Untersuchung der Kriegführung, 30. Januar 1855, gestürzt. Nachdem sich weder Lord Derby noch Lord Russell vermögend gezeigt hatten, ein neues Kabinett zu bilden, war freilich Palmerston, der nun einmal als der wahrhaft patriotische Minister Englands galt, unvermeidlich. Er beeilte sich, der parlamentarischen Untersuchung durch Reformen in der Heeresverwaltung zuvorzukommen. Bisher in unzählige Hände zerstreut, wurde diese in der des Höchstkommmandierenden und des Kriegsministers vereinigt, das Kommissariat, der Transport- und der ärztliche Dienst umgestaltet, der Bau von Baracken und von einer Eisenbahn vom Landungsplatz nach Balaklava, sowie die Legung eines Kabels von Varna nach der Krim angeordnet. Zugleich regte sich die freiwillige Liebesthätigkeit in solchem Maße, daß die darbenende Armee sich plötzlich in Überfluß versetzt sah, und Miß Florence Nightingale, die sich persönlich nach Skutari begab, um in den Spitälern die Krankenpflege zu organisieren und zu üben, wurde das leuchtende Vorbild für Frauen höherer Bildungsstufe in diesem und den folgenden Kriegen. —

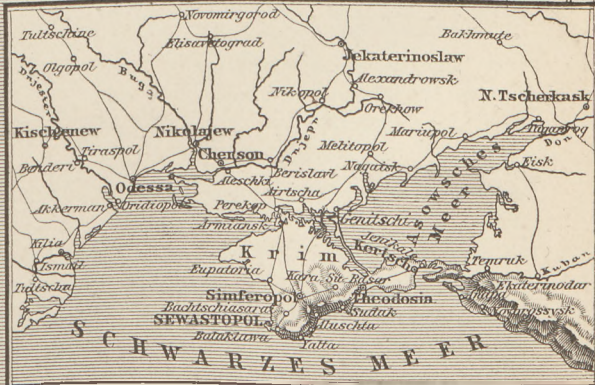
Je schwieriger aber die Lage der Verbündeten auf dem entfernten Kriegsschauplatz wurde und je größere Kraftanstrengungen sie ihnen abnötigte, um so dringender wurden auch ihre Bemühungen, die beiden anderen Mächte doch noch in den Krieg hineinzuziehen. In der That schien es, als ob sie sich diesem Ziele mehr und mehr näherten.

Außerstand, die schwere Last seiner Rüstung lange zu ertragen, hatte man in Wien gehofft, der Winter werde den Feindseligkeiten Einhalt thun und die Wiederaufnahme der Unterhandlungen herbeiführen. Inzwischen wurde eifrig daran weiter gearbeitet, die eigene Stellung durch den Anschluß Preußens und des Deutschen Bundes zu stärken. Noch blieb ersteres dabei, daß Österreich, wenn es zum Angriff auf Rußland übergehe, auf seinen Beistand nicht zählen





KARTE  
der  
**HALBINSEL KRIM.**  
Maßstab 1:1.500.000.  
0 5 10 20 30 40 50 60  
Kilometer.



**DIE HALBINSEL KRIM UND UMGEBUNG.**  
Maßstab 1:12.000.000. 0 50 100 200 300 400  
Kilometer.





dürfe, und mit dieser Haltung hatte es die Mehrzahl der Bundesstaaten auf seiner Seite. Aber die wachsende Gefahr einer Spaltung zwischen den beiden Vormächten und einer Verfeindung mit England bewirkte doch, daß Österreich und die westmächtlige Politik in Berlin etwas Boden gewannen. Am 26. November 1854 willigte Preußen in einen Zusatzartikel zum Aprilvertrag, durch welchen es sich verpflichtete, Österreich bei einem Angriffe nicht allein auf sein Gebiet, sondern auch auf seine Stellung in den Donaufürstentümern Hilfe zu leisten, und am 9. Dezember nahm auch der Bund diesen wichtigen Zusatz an. Es war die beste Hoffnung vorhanden, daß es dazu nicht kommen werde. Denn das durch seine Niederlagen erschütterte Rußland ließ am 28. November in Wien seine Bereitwilligkeit erklären, die vier Punkte als Friedensbasis anzunehmen. Aber es war zu spät. Österreich hatte bereits die Bundestreue Preußens damit vergolten, daß es hinter dessen Rücken ein Schutz- und Trutzbündnis mit den Westmächten abschloß (2. Dezember) mit der drohenden Klausel: Komme der Friede nicht noch in diesem Jahre zustande, so würden die drei Teilnehmer sich unverzüglich über die Mittel zur Erreichung dieses Zieles beraten, d. h. also, dann würde auch Österreich aktiven Teil am Kriege nehmen. Dieses verließ sich darauf, der Bund und Preußen würden ihm schließlich doch folgen. An letzteres stellte es bei der Einladung zum Beitritt das Verlangen, 200 000 Mann aufzustellen.

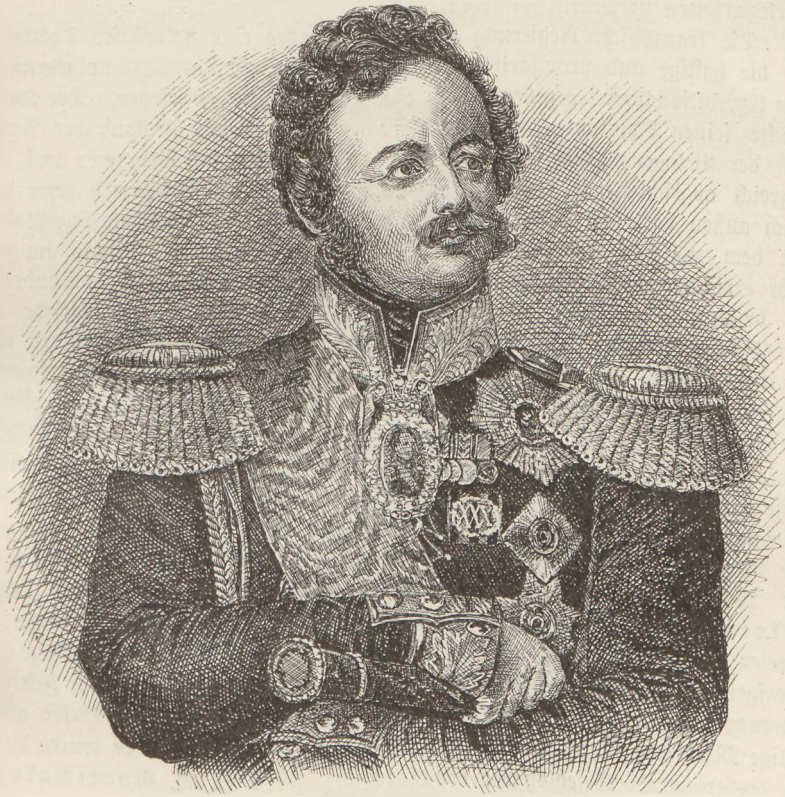
Dieses Verfahren war aber dem Könige Friedrich Wilhelm doch zu stark, er war empört. Dem Herzoge von Koburg schrieb er: „Ich halte es für ehrloset, mich durch Androhen von Prügeln bewegen zu lassen, einen Dritten zu prügeln, sondern weise lieber Dem, der mir droht, recht ordentlich die Zähne. Ich wünsche dringendst, daß man sich zu London und Paris über diese unumstößliche Wahrheit keine Illusion mache. Jede Rechnung auf anderer Basis würde ohne den Wirt gemacht sein. Und der Wirt questionis ist weder der Bückeburger noch der Baduzer Herr. Nach dem frechen Hintergehen durch Österreich unterhandle ich mit der Macht nicht mehr. Die Lehre war zu stark! . . . In der auf dem Bundestage schwebenden Mobilisierungsfrage gebe ich gar nicht nach. Ich bin fest entschlossen, wenn die Majorität sich schauderhafterweise dafür erklärt, dennoch unererschütterlich festzubleiben und nicht mobil zu machen, auch allein und entschieden zu protestieren, komme heraus, was da wolle. Daß die Bundesexekution im Grunde des Buol-Österreichischen Herzens liegt, weiß ich seit dem Oktober. E. S. werden sagen, daß meine Haltung dem möglichen Bundesbeschlusse gegenüber den Deutschen Bund zersprengt. Ich weiß das, ich weiß auch, was ich thue. Aber lieber das, als beitragen, die beschlossene Usurpation des alten Kaisertums und der Souveränität über Deutschland mit Hilfe französischer Truppen zur Ausführung bringen zu helfen. Mit solchem Weine ist der junge Kaiser trunken gemacht worden!! Ich kenne die ganze Gefahr meiner Lage. Ich sehe ihr aber scharf in die Augen und mit Gott und Recht im Bunde fürchte ich mich nicht.“ Es war die unsichere, unstete, oft erhitzte und dann klein beigebende Sprache

und Haltung, welche der Prinz von Preußen befeuzte. In seiner Verlegenheit griff der König wieder zu dem Auskunftsmittel der Spezialgesandtschaften: Ufedom ging nach London, Wedell nach Paris mit der Forderung, daß im Kriegsfall kein Durchmarsch für fremde Truppen durch Deutschland und daß keine Wiederherstellung Polens verlangt werde. Beide kehrten unverrichteter Dinge zurück. Bismarck aber urteilte vorschauend, es sei ein großer Gewinn, daß Preußen nach dem Frieden in besseren, Österreich und die Bamberger in schlechteren Beziehungen zu Rußland stehen würden, als vor dem Kriege. Der Tag der Abrechnung bleibe nicht aus. „Jede den Russen durch Österreich abgezwungene Konzeßion“, setzte er hinzu, „wird Rußland nur nötigen, den Moment abzuwarten, wo es als Verbündeter eines Feindes Österreich sich revanchieren kann und letzteres hat in Deutschland gegen uns, in Mailand, Rom, Neapel gegen Frankreich und zu Hause gegen seine eigenen Unterthanen zu viele streitbringende Interessen, als daß dieser Augenblick nicht kommen sollte.“ Der Antrag Österreichs auf Mobilmachung des Bundesheeres und Wahl eines Bundesfeldherrn wurde 30. Januar von dem Ausschusse mit einer Einmütigkeit abgewiesen, wie dies noch keinem Antrage der Präsidialmacht widerfahren war, und dagegen am 8. Februar der Preußens auf Bereitstellung der Bundeskontingente zum Schutz der Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit Deutschlands, aber nicht in Ausführung des Aprilvertrags, angenommen. Es war der erste Erfolg, den Preußen am Bunde über Österreich davontrug. Das Vertrauen der Kleineren auf seine Festigkeit wuchs. „Ergreifen wir,“ schrieb Bismarck am 2. Februar „jetzt nicht das Ruder der deutschen Politik, so treibt das Schiff mit dem Winde österreichischer Einschüchterung und westmächtllicher Steuerung in den französischen Hafen ein und wir in der Rolle eines widerhaarigen Schiffsjungen auf ihm!“ „Ich war“, setzt er am 28. hinzu, „gewiß kein prinzipieller Gegner Österreichs, als ich herkam vor vier Jahren, aber ich hätte jeden Tropfen preußischen Bluts verleugnen müssen, wenn ich mir eine auch nur mäßige Vorliebe für das Österreich, wie seine gegenwärtigen Machthaber es verstehen, hätte bewahren wollen.“

Diese Haltung Preußens war es, die Österreichs Hand lähmte. „Nicht die heldenmütige Verteidigung Sebastopols“, hat später kein Geringerer als Fürst Paskeiwitsch selbst bekannt, „hat Österreich zurückgehalten, sondern die edle Festigkeit des Königs von Preußen, der großmütig genug die unverantwortlichen Verhöhnungen, ja die Frechheiten vergessen hat, welche wir ihm 1848 und während der folgenden Jahre zugefügt haben.“ Doch aber wirkte noch eine zweite Ursache mit, Österreichs Anschluß an die Westmächte aufzuhalten. Seit November unterhandelte England, welches bitter empfand, daß die Schwäche seiner Landmacht ihm nicht erlaubte, auf dem Kriegsschauplatz neben Frankreich eine einigermaßen ebenbürtige Rolle zu spielen, mit Sardinien. Mit Geld in der Hand glaubte es die sardinische Armee leicht kaufen zu können, aber verkäuflich war diese nicht. Der Staatsmann in Turin, der bereits voraussah, daß diese orientalische Verwicklung Italiens Befreiung



nach sich ziehen werde, der Graf Cavour, weigerte sich, mit England anders als auf gleichem Fuße zu verhandeln; sollten die Sarden am Kriege teilnehmen, so als Verbündete, nicht als Söldner. Das, worauf es ihm dabei zunächst ankam, war, durch den Anschluß Sardinien an die Westmächte dem Oesterreichs zuvorzukommen, der jenes den Zettelungen des Wiener Kabinetts mit der Kurie



Fürst Paskeiwitsch.

gänzlich preis gegeben haben würde. Obgleich er wußte, daß Kaiser Napoleon schon am 12. Dezember 1854 Oesterreich für den Fall, wo es seine Truppen aus Italien ziehen würde, um sie gegen Rußland zu verwenden, Lombardo-Venetien verbürgt hatte, obgleich das geforderte Versprechen, daß bei den Friedensverhandlungen der Zustand Italiens in Betracht gezogen werden solle, ihm, um nicht Oesterreichs Empfindlichkeit zu reizen, abgeschlagen worden war, schloß er doch am 26. Januar 1855 mit den Westmächten einen Bündnisvertrag, kraft welchem 15 000 Sarden in kürzester Frist bereit sein sollten,

um nach dem Kriegsschauplatz abzugehen. Dafür leistete England einen Vorschuß von einer Million Pfund und verbürgte in geheimen Artikeln Sardinien die konstitutionelle Monarchie und die Unverletzlichkeit seines Gebietes. „Das ist ein auf Schutzweite gegen die Ohren Oesterreichs abgebrannter Pistolenschuß!“ rief ein Wiener Staatsmann bei der Nachricht von diesem Bündnis. Cavour aber genoß die Schadenfreude, das gehaßte Oesterreich sich immer tiefer in Verlegenheiten verwickeln zu sehen.

Die französische Regierung entfaltete unterdes eine fieberhafte Thätigkeit, um die hastige und provisorische Organisation, die man anfangs notgedrungen dem Expeditionskorps gegeben, durch eine sorgfältigere zu ersetzen. Der Kaiser schickte seinen Adjutanten, General Niel, damit er den Zustand der Armee und der Belagerungsarbeiten inspiziere. Dort waren die Belagerer trotz des siegreich abgeschlagenen Angriffs auf Inkerman fast zu Belagerten geworden. Nach außen hatte die Festung ihre Verbindungen frei und verkehrte ungehindert mit dem zwischen Tschernaja und Belbeck stehenden Heere. Rings um dieselbe errichtete Totleben unermülich ein Verteidigungswerk nach dem anderen. In besonderen gedeckten Gruben nistete er Scharfschützen ein, welche die französischen Arbeiter aus möglichster Nähe belästigten; zwischen ihnen und den französischen Bedeckungsmannschaften kam es zu häufigen Nachtgefechten, zahlreiche Ausfälle ließen die Belagerer nicht zu Atem kommen. Mit offener Gewalt die Feinde von dem Plateau der Halbinsel zu vertreiben, daran dachten weder Mentschikow noch Totleben mehr, aber sie suchten durch eine angriffsweise geführte Verteidigung allmählich ihre Kräfte aufzureiben, ihre moralische Energie abzunutzen und sie so zur Aufhebung der Belagerung zu zwingen. Die besondere Erbitterung der Russen erregte die Ankunft Omer Paschas mit 20 000 Mann in Eupatoria, Februar 1855. Sogleich befahl Kaiser Nikolaus, auf diesem ersten Punkte russischen Bodens, den die Türken zu betreten wagten, an Omer für die ihnen an der Donau zugefügten Schläge ein Strafgericht zu vollziehen. Aber der von General Krulew am 17. Februar unternommene Angriff wurde gleich den früheren abgeschlagen. Dieser abermalige Mißerfolg hatte den Rücktritt Mentschikows zur Folge; er wurde durch den bisherigen Oberbefehlshaber der Südararmee, Fürst Mich. Gortschakow, ersetzt.

Da erscholl plötzlich durch Europa die Kunde, daß Kaiser Nikolaus am 2. März, noch nicht sechzigjährig, gestorben sei, medizinisch ausgedrückt, am Lungenschlage, moralisch, an gebrochenem Herzen. Er hatte die thöbnernen Füße unter dem russischen Koloß erzittern gefühlt. Sein Nachfolger auf dem Throne war sein 37 jähriger Sohn Alexander II. Man glaubte zu wissen, daß er weder die ehrgeizigen Ideen noch die abenteuerliche Politik seines Vaters teile. Konnte er auch unmöglich sofort dessen Bahnen verlassen, so war doch das persönliche Hindernis des Friedens nicht mehr vorhanden.

In Wien hatte sich unterdes M. Gortschakow die erdenkliche Mühe gegeben, wenigstens den offenen Bruch mit Oesterreich hintanzuhalten; es



wurde auch ausgemacht, daß trotz des Vertrags vom 2. Dezember daselbst neue Verhandlungen eröffnet werden sollten. Die Zwischenzeit bis zur wirklichen Eröffnung der Konferenzen benutzte Rußland, um womöglich die Zuziehung Preußens zu denselben durchzusetzen. Man hatte nachgerade in Petersburg den Wert der preussischen Freundschaft würdigen gelernt. „Sage Friedrich, daß er immer derselbe für Rußland bleibt und die letzten Worte Papas nicht vergißt“, hatte der sterbende Kaiser seiner Gemahlin aufgetragen. Sein Recht



General Totleben.

der Teilnahme als Großmacht, sofern Verträge, bei denen es beteiligt sei und allgemeine europäische Verhältnisse in Frage kämen, hatte Preußen schon im Dezember verwahrt. Der König schwankte zwischen dem Wunsche, in das Konzert einzutreten, und dem Widerstreben, sich zu etwas zu verpflichten, was ihn über die festgesetzte Linie hinaustreiben könne, daher ihn Drouyn nicht ohne Grund daran erinnerte, der Charakter einer Großmacht sei ein dauernder, der sich nicht bald annehmen, bald ablegen lasse. Preußen zuzulassen waren aber die Westmächte nur unter der Bedingung bereit, wenn es sich für den Fall eines abermaligen Scheiterns der Verhandlungen zur Teilnahme am Kriege verpflichtete. Das war aber gerade das, was der König unbedingt ablehnte.

So wurde die Wiener Konferenz am 15. März ohne Preußen von neuem eröffnet, um nach kurzer Zeit gleich der ersten unverrichteter Dinge auseinander zu gehen. Die Klippe, an der sie scheiterte, war der dritte Artikel des an Rußland zu erlassenden Ultimatums, welcher die Neutralisierung des Schwarzen Meeres betraf. Die Bestimmung eines Maximums für seine maritimen Streitkräfte auf demselben, erklärte Gortschakow, werde sich Rußland niemals gefallen lassen. Ebenso entschieden wiesen die Vertreter der Westmächte, von denen sich Österreich in diesem Punkte trennte, seinen Gegenvorschlag, Öffnung der Meerengen für alle Flotten, zurück; sie erklärten damit ihre Vollmachten für erschöpft und am 4. Juni löste sich die Konferenz auf.

Das Bündnis vom 2. Dezember bestand nur noch auf dem Papiere. Die Westmächte mußten darauf verzichten, Österreich das Schwert ziehen zu sehen. Buol hatte es fertig gebracht, deren Unwillen, da sie sich von ihm für hintergangen hielten, fast in demselben Maße sich zuzuziehen wie den Rußlands, und während Österreich seine eingezogenen Reserven der Kosten wegen wieder entließ, betraten die Sarden den Boden der Krim. Zum großen Teile findet die schwankende, inkonsequente Haltung, welche Österreich während dieser ganzen Entwicklung gezeigt hatte, ihre Erklärung in der doppelten Frage, welche sich seine Staatsmänner fortwährend vorlegten, ob Napoleon III. eine genügende Zukunft vor sich habe, um ihn als Bundesgenossen annehmen zu können, und wenn dies, ob dann nicht zu befürchten stehe, daß er sich auf Bahnen begeben, auf die ihnen Österreich nicht folgen könne. Seinerseits hatte der französische Kaiser seit dem Scheitern der Wiener Konferenz innerlich bereits mit der österreichischen Allianz gebrochen, es handelte sich für ihn nur noch um einen ehrenvollen Abschluß des Kriegs. Ohne noch feste Gestalt gewonnen zu haben, beschäftigte schon die Vision der italienischen Einheit seine Phantasie; ein dunkler Instinkt trieb ihn, sich die volle Freiheit seiner Entschließungen zu wahren und Verbindlichkeiten zu meiden, die ihm später unbequem werden konnten. Die Entlassung Drouyn de L'Évy, der den entgegengesetzten Standpunkt vertrat, indem er der engen Verbindung mit einer großen Kontinentalmacht selbst den Vorzug vor der mit England gab, in ihr zugleich einen Hebel und einen Zügel für seinen Gebieter sah, und seine Ersetzung durch Walewski war das Anzeichen einer tiefgehenden Änderung in der auswärtigen Politik Frankreichs. Gleichzeitig mußte auch in England Lord Russell zurücktreten, weil überwiesen, im Parlamente verleugnet zu haben, was er in Wien gebilligt hatte.

Die Mißstimmung gegen Österreich bedingte einen um so engeren Anschluß der Westmächte aneinander. Den Weg dazu hatte bereits im Herbst eine persönliche Begegnung Napoleons mit dem Prinzen Albert zu Boulogne gebahnt, bei welcher beide Fürsten eine langgehegte Antipathie in gegenseitigem Gedankenaustausche ablegten. Die Einnahme von Sebastopol um jeden Preis, welche auch die öffentliche Meinung forderte, war beschlossene Sache. Als den eigentlichen Schlüssel der Festung hatte der Geniegeneral Bizot richtig den Malakowturm erkannt; am 13. Februar begannen die Arbeiten gegen denselben.



Ein Versuch Bosquets, das sogleich auf dem „Grünen Hügel“ errichtete Gegenwerk durch nächtlichen Handstreich wegzunehmen, schlug fehl, gegen die Minen der Belagerer führte Totleben einen wirksamen unterirdischen Krieg. In der Nacht zum 23. März machten die Russen einen besonders heftigen Ausfall, um die Belagerungsarbeiten zu stören. Aber diese nächtlichen Schlächtereien führten zu keiner Entscheidung. Man mußte zum Geschützkampfe zurückkehren. Am 9. April hob eine neue furchtbare Beschießung an, aus 520 Geschützen, denen die Russen mit 998 antworteten. Sie richtete großen Schaden an, aber jeden besserten die Russen mit gewohnter Ausdauer wieder aus. Am folgenden Tage wurde General Bizot in den Laufgräben tödlich verwundet. Am 15. April eröffneten die Franzosen die vierte Parallele, aber der Sturm wurde von einem Termin auf den andern verschoben. Diese Erfolglosigkeit so großer Anstrengungen, deren Hauptursache man in der Eifersucht zwischen den kommandierenden Generalen suchte, brachte den Kaiser Napoleon auf den Gedanken, sich persönlich nach der Krim zu begeben und den Oberbefehl zu übernehmen, zu sehr geringer Erbauung des Londoner Kabinetts, denn dadurch würde die englische Armee zu einer noch untergeordneteren Rolle verurteilt worden sein als bisher. Mit Mühe gelang es seinen Ratgebern, ihm diesen Gedanken auszureden. Statt nach der Krim begab sich der Kaiser in Begleitung seiner Gemahlin nach London; beide fanden hier eine ausgezeichnete Aufnahme und Königin Viktoria erwiderte den Besuch zur Weltausstellung in Paris. War dem Kaiser noch ein Rest des früheren Planes haften geblieben, so schwand auch dieser infolge eines Attentats, welches kurz nach der Rückkehr aus London ein Italiener Namens Pianori in den Champs Elysées am 29. April auf ihn verübte, um die Vernichtung der römischen Republik zu rächen; es brachte ihm zum Bewußtsein, welche Gefahr das Kaiserreich laufe, wenn er sich ins Feld begäbe.

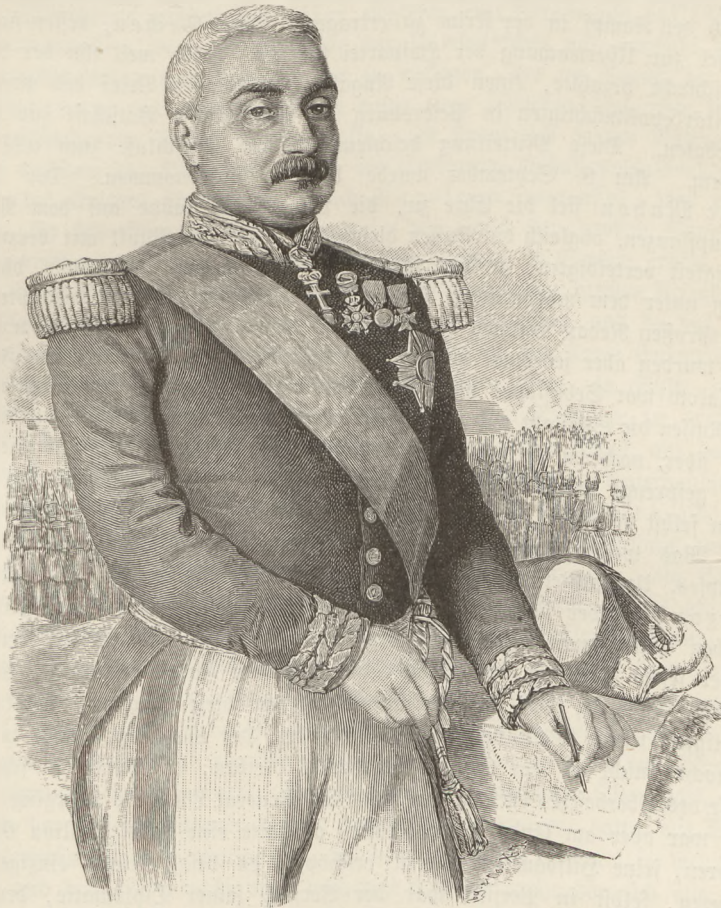
Dort war der Sturm abermals bis zum Eintreffen der angekündigten Reservearmee verschoben, inzwischen eine Expedition gegen Kertsch unternommen worden. In diesem Augenblick trat plötzlich ein neuer Faktor in die Kriegsführung: seit dem 25. April verband der Telegraph die Krim mit Paris und London. Durch diesen erhielt Canrobert am 4. Mai vom Kaiser die Mitteilung: „Der Augenblick ist da, um aus der Lage, in der Sie sich befinden, herauszukommen. Man muß schlechterdings, sobald das Reservekorps eingetroffen ist, die Offensive ergreifen.“ Sogleich rief er die schon nach Kertsch abgegangene Expedition zurück, zum großen Verdruße Lord Raglans, der auch im Verein mit Dmer Pascha gegen den kaiserlichen Plan des angriffsweise Operierens im freien Felde entschiedene Verwahrung einlegte. Da hat der französische Obergeneral im richtigen Gefühl, daß er solchen Schwierigkeiten nicht gewachsen sei, um seine Enthebung. Auf die Empfehlung Riels, der den gefallenen Bizot ersetzte, wurde Péliſſier mit dem Oberbefehl betraut, während Canrobert an die Spitze seines Armeekorps zurückkehrte, bis auch da ein anderer, Mac Mahon, an seine Stelle trat.

Auch der neue Oberbefehlshaber vermochte sich nicht mit dem Operationsplane seines Gebieters zu befreunden. Der seinige ging wie der seines Vorgängers dahin, die Russen aus ihren vorgeschobenen Werken zu vertreiben, sie in die eigentliche Festung hineinzuworfen, diese dann Mann gegen Mann anzugreifen, den südlichen Teil derselben um jeden Preis zu erobern und dadurch auch den Fall des nördlichen herbeizuführen. Weil aber die Engländer so großen Wert auf die Unternehmung gegen Kertsch legten, so beantragte er zur Wiederherstellung der gestörten Harmonie, vorher noch diese ins Werk zu setzen. Seine Vorschläge machten in den Tuilerien einen sehr übeln Eindruck. Der Kaiser bestand darauf, zuerst müßten die Russen in einer Feldschlacht geschlagen werden, welche über das Schicksal der Krim entscheiden würde, namentlich aber mißbilligte er den Zug gegen Kertsch, der gar nichts zur Entscheidung beitrage und nur die Kräfte zersplittere. Dennoch setzte Belissier seinen Willen durch. Der Zug gegen Kertsch gelang über Erwarten, da die unterseeischen Minen, durch welche die Russen den Eingang zum Nowischen Meere gesperrt hatten, versagten. General Wrangel räumte vor der überlegenen Macht der Angreifer den Platz und sprengte die Befestigungen in die Luft, ohne dadurch zu hindern, daß große Vorräte noch unverfehrt ihnen in die Hände fielen. Leider besaßten die Sieger sich durch Plünderung der Stadt. So hatte sich die verbündete Flotte zur Herrin des Nowischen Meeres gemacht und dadurch die Russen für ihre Verpflegung ausschließlich auf die Landenge von Berekop beschränkt. Ähnliche Züge gegen Anapa und Suchum Kale fanden dort nichts zu thun, da die Russen beide Punkte geräumt hatten. Die Jahreszeit wurde jetzt wieder gut, die Truppen schöpften neues Vertrauen, auf der Stätte so schrecklicher Leiden entfaltete sich ein heiteres Lagerleben.

Gleichzeitig kehrte Belissier zum Angriff auf die Festung zurück. In der Nacht zum 23. Mai wurden den Russen nach heißem Kampfe ihre weitest vorgeschobenen Werke entrissen und damit ihren Kontreaproschearbeiten ein Ende gemacht, am 7. Juni die vor der Karabelnaja liegende Westbastion mit Sturm genommen. Ebenso günstigen Erfolg hatte der Angriff der Engländer gegen die Steinbrüche. Dagegen mißglückte der als Revanche für Waterloo auf den 18. Juni angelegte Sturm der Franzosen auf den Malatow, der Engländer auf den Großen Redan vollständig. Dieser Ausgang schien dem Kaiser recht zu geben, aber Belissier drohte mit seinem Abschiede und setzte seinen Kopf durch. Mit der Sommerhitze kehrten Cholera und Storbub in verstärkter Heftigkeit zurück; die Franzosen hatten auf 121000 Mann 21000 Kranke. Am 28. Juni wurde auch Lord Raglan hinweggerafft; General Simpson übernahm den Oberbefehl über die Engländer. Je mehr man sich der Festung näherte, desto schwieriger wurde die Aufgabe, desto wachsammer und thätiger die Verteidigung, desto größer die Verluste. Eine neue Verwicklung entstand dadurch, daß Omer Pascha, der sich in der Krim höchst unbehaglich fühlte, durchaus fort wollte, nach Armenien, um dem schwerbedrängten Karz Hilfe zu bringen. Noch viel trauriger aber sah es drinnen in der Festung aus.



Nachimow war gefallen, Totleben verwundet. Bei der Grundlosigkeit der Wege, auf denen die Lebensmittel aus Entfernungen bis zu 1000 Kilometer herbeigeschafft werden mußten, begann Mangel einzureißen und Gortschakow fühlte sich zu schwach, um der bedrängten Festung von außen zu Hilfe zu



Marſchall Beliffier.

kommen. Von den Belagerten wie aus Petersburg immer dringender beſtürmt, machte er endlich eine verzweifelte Anſtrengung. Aber die Schlacht bei Traktir am 16. Auguſt ging abermals für die Ruſſen verloren. Die Sarden kamen hier zum erſtenmale ins Feuer und hielten ſich unter Lamarmoras Führung vorzüglich. Die Beſchießung wütete Tag und Nacht ununterbrochen und

machte den Belagerten die Ausbesserung des angerichteten Schadens unmöglich, immer näher schoben sich die Laufgräben an die Werke heran.

Da veröffentlichte der *Moniteur* vom 27. August einen Brief des Kaisers an *Belissier*, welcher den tapfern Truppen das nahe bevorstehende Ende ihrer Mühsale durch den Fall von *Sebastopol* verhieß, da auf Grund zuverlässiger Nachrichten die russische Armee außerstande sei, einen zweiten Winter hindurch den Kampf in der *Krim* zu ertragen. Jener *Techen*, dessen sich *Manteuffel* zur Überwachung der Hofpartei bediente, hatte, weil ihn der Minister zu schlecht bezahlte, einen diese Angabe enthaltenden Brief des preussischen Militärbevollmächtigten in *Petersburg* der französischen Botschaft zum Verkauf angeboten. Diese Mitteilung beschleunigte den Entschluß zum allgemeinen Sturm. Am 8. September wurde derselbe unternommen. Der *Division Mac Mahon* fiel die Ehre zu, die französische Fahne auf dem *Malakow* aufzupflanzen, obgleich die Russen diesen beherrschenden Punkt mit verzweifelter Zähigkeit verteidigten; in dem *Kleinen Redan* dagegen vermochten die Franzosen unter dem mörderischen Feuer der Festung sich nicht zu behaupten. In den *Großen Redan* drangen die Engländer unter *Vord Godrington* dreimal ein, wurden aber jedesmal wieder herausgeworfen. Allein nach dem Falle des *Malakow* war *Sebastopol* nicht mehr haltbar. In der folgenden Nacht räumten die Russen die Südstadt und gingen auf einer schwimmenden Brücke auf die Nordseite über, nachdem sie von dem zurückgelassenen Material möglichst viel in die Luft gesprengt hatten. Auch die noch im Hafen liegenden Schiffe wurden von ihnen selbst vernichtet; von der stolzen *Pontusflotte* war nichts mehr vorhanden.

Was weiter geschah, war ein langsames Berglimmen des furchtbaren Kampfes. Ungeachtet des herben Verlustes erklärte *Gortschakow* dem Kaiser *Alexander*, der sich in die Nähe des Kriegsschauplatzes, nach *Nikolajew*, begeben hatte, man müsse die *Krim* um jeden Preis behaupten, den Feind in der festen Stellung von *Simferopol* stehenden Fußes erwarten. Ein verblicher Vorstoß, den die Verbündeten gegen diese machten, bestätigte die Richtigkeit seiner Meinung. Doch konnte der, der *Sebastopol* nicht zu retten vermocht, nicht an der Spitze des Heeres bleiben; er wurde in schonender Weise des Oberbefehls entsetzt, der nun auf *General Lüders* überging. Rußland war aber am Ende seiner Kräfte; es hatte eine Viertelmillion Menschen verloren, seine Hilfsquellen waren erschöpft, es besaß keinen einzigen Verbündeten, selbst in *Persien* war der Versuch seiner Diplomatie, den alten schittischen Haß gegen die Türken sich nutzbar zu machen, durch die Westmächte siegreich abgeschlagen worden. Es mußte Frieden machen und es konnte um so eher die Hand dazu bieten, als es auf dem armenischen Schauplatze einen Erfolg errungen hatte, der in der Wertschätzung der Orientalen den Verlust *Sebastopols* weit überwog. Am 28. November hatte *Murawiew*, nachdem er am 29. September eine empfindliche Niederlage erlitten, das von dem Engländer *Williams* heldenmütig verteidigte *Kars* zur Ergebung gezwungen. *Omer Pascha* war zum Ersatz zu spät gekommen.



Die Verbündeten ihrerseits befanden sich trotz des großen Erfolges, den sie mit so unendlicher Anstrengung errungen, in Verlegenheit, was nun anfangen. Auf Andringen der Engländer wurden die herrlichen Docks von Sebastopol zerstört; eine Expedition gegen Kinburn, an welcher drei französische Panzerschiffe, die ersten ihrer Art, teilnahmen, nötigte diesen Platz am 17. Oktober zu kapitulieren. Aber eine Fortsetzung des Feldzugs in der Krim oder gar in Südrußland erklärte Pelissier, obgleich seine Streitmacht auf 147000 Mann angewachsen war, für ein Ding der Unmöglichkeit und empfahl daher, den Kriegsschauplatz nach dem Norden zu verlegen, wo im August der Fall von Sweaborg der russischen Macht einen zwar schweren, doch aber keineswegs entscheidenden Schlag versetzt hatte. In Frankreich waren Nation und Armee, nachdem der Waffenehre durch die Eroberung Sebastopols Genüge geschehen, des Krieges überdrüssig. Auch Napoleon hatte alles, was er begehrt. Er sah sich als Ebenbürtiger in den Kreis der großen Souveräne aufgenommen, ja zu einer schiedsrichterlichen Stellung in Europa erhöht, seine Gunst wurde umworben, seine Feindschaft gefürchtet, allzu großen Kriegsrühm seiner Feldherren hatte er eher zu scheuen als zu wünschen, und da das, was stets auf dem Grunde seiner Seele lag, die Revision der Karte Europas, sich nicht mit Oesterreich gegen Rußland hatte erreichen lassen, so fühlte er sich getrieben, es gegen Oesterreich nach Ausöhnung mit Rußland zu erreichen. Er rechnete auf dessen Entgegenkommen. Nur um einen Druck auf dasselbe auszuüben, wurden die schon seit längerer Zeit angesponnenen Unterhandlungen mit Schweden mit verstärktem Nachdrucke betrieben; Canrobert ging nach Stockholm und schloß dort, 9. November 1855, ein Defensivbündnis zwischen Schweden und den Westmächten ab. Diejenige Macht dagegen, die sich erst so widerwillig hatte in den Krieg ziehen lassen, war jetzt die, welche auf Fortsetzung desselben bis zur vollständigen Demütigung Rußlands drang. Der britischen Eigenliebe war es äußerst empfindlich, daß jetzt, wo das Heer sich in so trefflicher Verfassung wie während des ganzen Feldzugs und lange vorher nicht befand, plöblich die Feindseligkeiten eingestellt werden sollten, nachdem ihr weder zu Lande noch zur See, weder in der Krim noch in der Ostsee eine Genugthuung zuteil geworden. Darum fand das Auerbieten Oesterreichs, dessen Laune der Fall Sebastopols wieder einigermaßen erwärmt hatte, mit Petersburger Unterhandlungen anzuknüpfen, bei dem englischen Kabinett so wenig Anklang, und daß Walewski ohne vorherige Anfrage in London sich mit Oesterreich über die Rußland vorzulegenden Friedensbedingungen in Einvernehmen gesetzt hatte, verletzte dort so, daß Palmerston drohte, nötigenfalls mit der Türkei allein den Krieg fortzusetzen. Außer über Wien wurde noch auf einem zweiten Wege mit Rußland zu unterhandeln gesucht. Beust, den es kitzelte, eine Rolle in der großen Politik zu spielen, war unter dem Vorwande eines Besuchs der Weltausstellung nach Paris gekommen und schmeichelte sich, zwischen den beiden Kaisern Versöhnung zu stiften. Der sächsische Gesandte in Paris v. Seebach reiste in aller Stille nach Petersburg. Zwischen Rußland und

Frankreich, ließ der leichtsinnige Morny den Fürsten Gortschakow bedeuten, bestehe eigentlich kein Haß, Rußland möge sich nur in die Bedingung wegen des Schwarzen Meeres ergeben, da solche Verträge nur solange dauerten wie die Umstände, welche sie herbeigeführt hätten.

Dorthin ging am 16. November auch der österreichische Gesandte, Graf Val. Esterhazy, als Überbringer des zuerst nur zwischen Oesterreich und Frankreich vereinbarten Ultimatus ab; dasselbe enthielt die vier Punkte, verschärft durch die von Oesterreich ausgegangene Forderung einer Gebietsabtretung in Bessarabien. Erhalte er in der gesetzten Frist keine befriedigende Antwort, so solle er seine Pässe fordern. Der König von Preußen, gegen den in London große Erbitterung, größere als in Paris, herrschte, ließ sich von Wien aus bestimmen, zur Beförderung des Friedens in Petersburg die Annahme des Ultimatus zu befürworten. Dieser Schritt und der am 10. Januar 1856 in Paris abgehaltene große englisch-französische Kriegsrat warfen ein bedeutendes Gewicht in die Waagschale. So hart es den Kaiser Alexander ankam, sich von Wien eine Sprache gefallen zu lassen, als ob die Oesterreicher Sebastopol genommen hätten, so entschied er sich doch für die Annahme des Ultimatus. Um den Frieden zum formellen Abschluß zu bringen, sollte ein Kongreß zusammen treten, und zwar zum Zeichen, daß Frankreich wiederum die Achse der europäischen Politik sei, in Paris.

Am 25. Februar wurde der Kongreß eröffnet. Zu Oesterreichs äußerstem Verdruß war England mit dem Verlangen durchgedrungen, Sardinien auf dem Fuße der Gleichheit zu demselben zuzulassen; England war durch die Lords Clarendon und Cowley, Frankreich durch den Grafen Walewski, der den Vorsitz führte, und den Baron Bourqueney, Oesterreich durch Graf Buol und v. Hübner, die Türkei durch den Großvezier Ali Pascha und Djemil-Bey, Sardinien durch Graf Cavour und den Marquis Villamarina vertreten. Unvertreten war Preußen. England rächte sich jetzt, indem es gegen Rußlands und Oesterreichs Wunsch auf dem Ausschlusse einer Macht bestand, die während des Krieges nicht nur selbst auf ihre Großmachtsstellung verzichtet, sondern auch Oesterreichs Aktion gelähmt hatte, und Napoleon gab in diesem Punkte nach. Da jedoch Preußen zu den Unterzeichnern des Meerengenvertrags von 1841 gehörte, der demnach nicht ohne seine Teilnahme abgeändert werden konnte, so wurde es nachträglich doch noch eingeladen. Am 18. März nahmen v. Manteuffel und v. Sayfeld ihren Sitz in dem Kongresse ein. Auch drang Clarendons gehässiger Versuch, Preußens Teilnahme auf diesen einen Punkt zu beschränken, nicht durch.

Gleich in der ersten Sitzung war ein allgemeiner Waffenstillstand bis zum 31. März geschlossen worden; am Tage vor Ablauf desselben, am 30., wurde der Friede unterzeichnet. Sein erster Artikel sprach die Neutralisierung des Schwarzen Meeres aus; Rußland behielt sich nur die Beibehaltung der zum Küstendienste notwendigen Schiffe vor, deren Stärke und Zahl in einer besonderen Konvention festgesetzt wurden. Ebenso wurde jeder der Vertrags-





Cavour

Cowley

Buol

Orlow

Bourquenez Hübner  
Manteuffel Walewsky

Djemil

Benedetti

Clarendon

Brunnow  
Alfi

Hagfeldt  
Vissamarina

Der Pariser Kongress; 1856. Nach dem Original-Gemälde von Dubufe.





mächte das Recht zugesprochen, zwei leichte Fahrzeuge an die Donaumündungen zu senden, um die Freiheit der Stromschiffahrt zu überwachen. Noch viel größere Erbitterung rief auf russischer Seite der zweite Artikel hervor, der die Rußland auferlegte Gebietsabtretung unter dem Ausdrucke einer Grenzberichtigung zu gunsten der Moldau verhüllte. Bestimmter als alle anderen hatte Oesterreich auf dieser Entfernung Rußlands von den Donaumündungen bestanden. Als es seinen Willen durchgesetzt hatte, flüsterte Graf Dr Low seinem Nachbar Cavour ins Ohr: „Der Vertreter Oesterreichs weiß nicht, wieviel Thränen und Blut diese Grenzberichtigung seinem Lande kosten wird.“ Für die Ausführung der Arbeiten zur Schiffbarmachung der bisher von Rußland absichtlich der Versandung überlassenen Donaumündungen sollte eine besondere Kommission eingesetzt werden. Die Pforte verpflichtete sich, den Donaufürstentümern, deren Vereinigung zu einem Staate an ihrem und Oesterreichs Widerstande gescheitert war, eine unabhängige und nationale Verwaltung zu gewähren; eine in Bukarest zusammentretende Kommission sollte zu diesem Behufe Vorschläge machen; in jedem von beiden versprach der Sultan sofort einen Diwan ad hoc zusammen zu berufen. Beide Fürstentümer wurden ebenso wie die Immunitäten und Rechte Serbiens unter die gemeinschaftliche Bürgschaft der Mächte gestellt. Ferner teilte die Pforte den von ihr auf Englands Wunsch erlassenen Hat-Humayum vom 21. Februar über die ihren christlichen Unterthanen zu gewährenden Rechte und Freiheiten, sowie über weitere in ihrem Staatswesen einzuführende Reformen mit, eine Wiederholung und Erweiterung desjenigen von Gülhane und ebensowenig zur Ausführung gekommen wie dieser, wobei die Mächte ausdrücklich erklärten, aus dieser Mitteilung kein Recht der Einmischung für sich ableiten zu wollen. Auf Frankreichs Antrag konstatierte der Kongreß ausdrücklich den Eintritt der Türkei in das öffentliche Recht Europas und verbürgte die Unverletzlichkeit ihres Gebietes.

Damit endigte dieser merkwürdige Krieg, der Frankreich 80 000 Menschenleben, davon nur 10 240 auf dem Schlachtfelde Getötete, gekostet hatte. England hatte 22 000 Mann verloren, davon 2800 im Kampfe, die Sarden 2200. Der Verlust der Türken wurde auf 35 000 geschätzt. In der Geschichte der Kriegskunst ist der Krimkrieg epochemachend geworden. Er stellte die Ueberlegenheit der Landbefestigungen über selbst die stärksten Holzschiffe heraus und gab dadurch den Anstoß zur Verwandlung der Kriegsflotten aus Holz in eiserne. Im Geschützwesen begannen seitdem die gezogenen Kanonen die glatten zu verdrängen. Die Bewältigung so ungeheurer Seetransporte war nur mit Hilfe des Dampfes möglich geworden. In diesem Kriege wurden ferner zum erstenmale humanere Grundsätze in Bezug auf die Stellung der Neutralen von den kriegführenden Parteien anerkannt, zunächst nur für den vorliegenden Fall. Den Bemühungen der Vereinigten Staaten gelang es jedoch, in einem Vertrage mit Rußland vom 22. Juli 1854 dieselben für alle Zeiten als Norm festzusetzen gegen alle Staaten, welche sie anerkennen würden. Auch verzichteten England und Frankreich auf das Recht Papierbriefe auszustellen.



Seinen Lieblingsgedanken, den Kongreß zu einem allgemeinen europäischen zu erweitern und durch ihn die Revision der Verträge, die Umgestaltung der Karte Europas zu erreichen, vermochte Napoleon gegen den Widerstand Englands nicht durchzusetzen. Denn, sagte Lord Clarendon, das bedeute die Rheingrenze für Frankreich, die Wiederherstellung Polens, die Austreibung der Österreicher aus Italien, die Umgestaltung des Deutschen Bundes und die Austeilung der deutschen Kleinstaaten an Österreich und Preußen. Für Polen hätte allerdings auch Palmerston gern ein Wort eingelegt, um der öffentlichen Meinung seines Landes etwas zu bieten, aber er mußte sich überzeugen, daß Rußland darauf unter keiner Bedingung eingehen würde. Besseren Erfolges hatte sich Cavour zu getrösten, der hier die erste Saat aus dem in der Krim vergoffenen Sardenblut aufgehen sah. Er hatte den Vertretern Frankreichs und Englands eine Denkschrift über die Lage Italiens, besonders über die Mißstände im Kirchenstaate und über den Druck der militärischen und politischen Vorherrschaft Österreichs auf der Halbinsel vorgelegt und von Clarendon das Versprechen erhalten, der Kongreß solle nicht auseinander gehen, bevor er nicht italienisch gesprochen. Auch in Napoleons Programm bildete, wie erwähnt, die Umgestaltung Italiens einen Hauptbestandteil, nur hinderte ihn die französische Besetzung Roms, die Rücksicht auf den Papst und mehr noch die auf seinen eigenen Klerus, offen mit der Sprache herauszugehen. Schließlich genehmigte auch er eine demonstrative Besprechung der italienischen Dinge im Kongreß, und zwar zugleich mit der über Griechenland. Auf Grund dieser Vorbesprechungen schlug Walewski dem Kongreß am 8. April einen Ideenaustausch vor über verschiedene Gegenstände, welche eine Lösung erheischten, und unter diesen nannte er an erster Stelle Griechenland, nächst diesem die schlimmen Zustände im Kirchenstaate und in Neapel. Sogleich erhob Buol leidenschaftlichen Einspruch dagegen, daß der Kongreß sich mit einer Sache befasse, die außerhalb seiner Kompetenz liege; er drohte sogar andernfalls mit Österreichs Austritt. Cavour wußte sehr wohl, daß hier für Sardinien noch nichts Positives zu erreichen sei; aber er tröstete sich: sei er auch nicht erhört worden, so doch gehört. Österreich dagegen, indem es jede Vermittlung zurückwies und statt dessen in einem Rundschreiben an die italienischen Regierungen hervorhob, daß Sardinien gar kein Recht habe, im Namen Italiens zu sprechen, veräumte damit die Gelegenheit, sich mit Ehren aus einer unhaltbaren Lage zu ziehen. Was Griechenland betraf, so meinten die Engländer, da könne nur die Absetzung des unfähigen Königs Otto helfen, und da diese nicht zu erreichen, beschränkte man sich auf eine nichtsagende Erklärung. Eine ebensolche erging gegen die Preßzügelloigkeiten der französischen Flüchtlinge in Belgien. Den Friedensfreunden zuliebe veranlaßte Clarendon die Niederlegung des Wunsches in dem Protokoll des Kongresses, daß die Staaten, bevor sie an die Waffen appellierten, künftighin, soweit die Umstände es gestatteten, die guten Dienste einer befreundeten Macht anrufen möchten. Den Schluß bildete die Erklärung vom 16. April, welche die bereits während

des Krieges zur See befolgte Praxis zum völkerrechtlichen Prinzip erhob in den vier Sähen: die Kaperei ist und bleibt abgeschafft, die neutrale Flagge deckt selbst Feindesgut mit Ausnahme der Kriegskontrebande, neutrales Gut, mit Ausnahme von Kontrebande, unterliegt unter feindlicher Flagge nicht der Wegnahme, eine Blockade muß, um verbindlich zu sein, thatsächlich vorhanden sein. Spanien, Mexiko und — aus formellen Gründen — die Vereinigten Staaten waren die einzigen, welche diesen Bestimmungen nicht beitraten. Der seltsame Versuch des Königs von Preußen, hier auch die neuenburger Sache zur Sprache zu bringen, führte nur zu dem beschämenden Resultate, daß von keiner Seite auch nur mit einem Worte darauf eingegangen wurde.

So vielseitig gestaltete sich die Thätigkeit des Pariser Kongresses. Nur von der Angelegenheit, welche scheinbar den Anlaß zum Kriege gegeben hatte, der der heiligen Stätten, war mit keiner Silbe die Rede. Noch vor Schluß des Kongresses hatten aber England, Frankreich und Oesterreich einen besonderen, vorläufig geheimen Vertrag geschlossen, in welchem sie, zum ferneren Schutze der Türkei, das gemeinschaftliche Verfahren festsetzten, welches jede Verletzung des Pariser Friedens ihrerseits zur Folge haben würde. Eine solche Verbindung, wenn auch nur für einen bestimmten Zweck geschlossen, schien Oesterreich vor dem Verdachte der Vereinsamung zu schützen und ihm einen moralischen Rückhalt zu geben. Denn bedenklich geworden durch Cavour's unterirdische Arbeit, befiel den Grafen Buol nachgerade die Angst, es könne gleichzeitig im Norden und Osten der Rache Rußlands und im Süden der italienischen Revolution ausgesetzt sein. Als dieser Vertrag durch Vorlegung im englischen Parlamente bekannt wurde, diente er nur dazu, die Erbitterung Rußlands zu vermehren.



## Drittes Kapitel.

### Rußland, England und der Orient.

Die erlittene Demütigung wurde in Rußland um so tiefer empfunden, je maßloser die Machtansprüche des Kaisers Nikolaus gewesen waren. Es zeigte sich auch sofort, daß die besiegte Macht durchaus nicht geneigt war, den Frieden ehrlich und treu auszuführen. Nicht nur griff sie, bauend auf die Lockerung des englisch-französischen Bündnisses, alle irgend zweifelhaften Punkte auf, um sich den nachtheiligen Folgen desselben möglichst zu entziehen, sie scheute sich selbst nicht, ihn geradezu zu verletzen. Anstatt Karas einfach zu räumen, hielt Murawiew es besetzt und verließ es erst, nachdem er die Festungswerke zerstört hatte. In dem abzutretenden Bessarabien schleiften die Russen die Festungen Ismail und Keni, verkauften überall die öffentlichen Gebäude und verzögerten die Grenzregulierung. Den Hauptstein des Anstoßes bildete bei dieser der Ort Bolgrad, südlich von welchem die neue von dem Kongreß gezogene Grenze gehen sollte. Die Russen behaupteten, es sei darunter das einige Meilen südlicher gelegene Neu-Bolgrad zu verstehen, durch dessen Besitz ihnen die schiffbare Verbindung mit der Donau erhalten geblieben wäre. Einen weiteren Zankapfel bildete die vor den Donaumündungen liegende Schlangeninsel. Nach langem Streit einigte man sich, November 1856, über eine Wiederberufung des Pariser Kongresses und dieser sprach Bolgrad der Moldau zu, wogegen Rußland durch ein anderes Stück von Bessarabien entschädigt wurde.

In der Hauptsache waltete aber in Petersburg die Erkenntnis vor, daß Rußland fürs erste auf jede energische Politik nach außen zu verzichten habe, um nicht bloß den ungeheuern, durch den letzten Krieg verursachten Kräfteverlust zu ersetzen sondern auch die Entwicklung nachzuholen, welche unter der Gewaltherrschaft des verstorbenen Zaren ein Menschenalter hindurch stillgestanden hatte und künstlich zurückgedrängt worden war. „Rußland schmolzt nicht, es sammelt sich“, mit diesen Worten kündigte Fürst A. Gortschakow, der bisherige Gesandte in Wien, der im April 1856 an Messelrodes Stelle die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten übernommen hatte, den fremden Höfen diese Wendung an. Die Verminderung des Heeres, der Erlaß der Rekrutierung auf vier Jahr bürgten für die Aufrichtigkeit seiner friedlichen

Gefinnung. Die Hebung der materiellen Wohlfahrt lag dem friedliebenden Charakter des Kaisers Alexander näher als die Sucht nach dem Ruhme auswärtiger Machterweiterung. Die Zerrüttung des Staatshaushaltes schrieb sich schon aus der Zeit vor dem Krimkriege her. Nach einem vergeblichen Versuche, die Silberwährung wieder herzustellen, hatte die Regierung 1843 zu dem letzten Rettungsmittel, dem förmlichen Staatsbankrott gegriffen, indem sie die Bankassignaten ganz außer Kurs setzte und die davon vorhandenen  $595\frac{1}{5}$  Millionen gegen neufreierete und mit Zwangskurs versehene Reichsbank-



Fürst Alexander Gortschakow.

billets im Betrage von  $170\frac{1}{4}$  Millionen einlöste. Seitdem aber der Finanzminister im Jahre 1855 ermächtigt worden war, alle außerordentlichen Kriegskosten durch zeitweilige Emissionen von Kreditbillets zu decken, welche der Staat sich verpflichtete, spätestens drei Jahre nach dem Frieden wieder einzulösen, hatte die Geschäftswelt alle Übersicht über die umlaufende Masse des Papiergeldes verloren. Weitere außerordentliche Ausgaben machten sich zur Abhilfe der durch den Krieg herbeigeführten Notstände notwendig. Der Grundbesitz war entwertet, die Hälfte desselben bei den Kreditbanken verpfändet. Die Staatsschuld belief sich auf 1520 Millionen. Im Jahre 1859 wurden die Kapitalien der verschiedenen Kreditanstalten, die Depositen der Behörden, Wohlthätigkeitsanstalten, Kirchen und Stiftungen, selbst die der prozeßierenden



Parteien zur Verfügung des Finanzministers gestellt und die seit 1862 verfügte Veröffentlichung des Staatsbudgets genügte nur denen, die den Glauben an die Wichtigkeit seiner Ziffern besaßen.

Auch auf dem geistigen Leben lagerte seit 1825 ein dumpfer Bann. Die früher übliche Erziehung der jungen Russen von Stande im Auslande, der dauernde Aufenthalt außer Landes wurden eingeschränkt. Der Adel gelangte zu Ehre und Ansehen nur, insofern er in die Beamtenhierarchie eintrat, zu den höchsten Staatsämtern wurden nicht die Fähigsten, sondern diejenigen berufen, die am besten die Kunst verstanden, den Schein unbedingter Unterordnung unter den persönlichen Willen des Zaren zu bewahren. Das Wesen des Dienstes ging auf in der Sorge für kleinliche Außerlichkeiten oder in polizeilichem Überwachungssystem, der mächtigste Beamte war der Chef der dritten Abteilung, von welchem dasselbe ausging. Der Schrecken über die Revolution des Westens gab dem Kaiser im Jahre 1849 den Plan ein, die seit langem als Herde der liberalen Ideen verdächtigen Universitäten seines Reichs außer Dorpat und Helsingfors sämtlich aufzuheben und durch militärisch zugeschnittene, räumlich von einander getrennte Fachschulen zu ersetzen. Die vollständige Durchführung unterblieb zwar, wenigstens aber wurden die Universitäten den strengsten Beschränkungen der Lehr- und Lernfreiheit unterworfen, zu Kuratoren ihnen brutale und unwissende Generale bestellt, das Studium der Philosophie in die Hände orthodoxer Geistlichen gelegt, die Zahl der Studierenden an jeder Universität auf 300 beschränkt, die unteren Stände vom akademischen Studium so gut wie ausgeschlossen. Systematisch schien alles, was zu den wissenschaftlich Gebildeten gehörte, zum Haß gegen das Regierungssystem erzo-gen zu werden. Hand in Hand mit der Russifizierung der übrigen Nationalitäten ging die systematische Bekehrung der Protestanten und Katholiken zur orthodoxen Kirche, mit welcher sich 1840, einfach auf kaiserlichen Befehl, auch die griechisch-unierte vereinigen mußte.

Die Überzeugung von der Unhaltbarkeit dieses Systems, verbunden mit wahrhaft humaner Gesinnung, waren für Kaiser Alexander die Triebfedern, um in dasselbe reformierend einzugreifen. Die Ersetzung des unter der vorigen Regierung als Chef der dritten Abteilung allmächtigen Fürsten A. Orlov, der unzählige Russen, unter ihnen A. Herzen, zu Revolutionären gemacht hatte, durch den als gemäßigt geltenden Dolgoruki nahm wie einen Alp von dem Reiche, die starre Absperrung gegen das Ausland hörte auf, die über die Universitäten verhängten Maßregeln wurden zurückgenommen, die Zensur gestattete der Presse eine seit langem nicht mehr gekannte Freiheit der Meinungsäußerung, zahlreichen nach Sibirien „Verschickten“ wurde die Rückkehr erlaubt, der Bau von Eisenbahnen, dem Nikolaus sich soviel wie möglich widersetzt hatte, gefördert, die städtischen Verwaltungen organisiert, selbst eine neue Gerichtsverfassung mit Geschworenen eingeführt. „Reformen“, hatte der Kaiser bei der Krönung in Moskau seinem Adel zugerufen, „müssen von oben ausgehen, wenn man nicht will, daß sie von unten kommen.“ Diejenige, welche

er bei diesen Worten vornehmlich im Auge hatte, war zugleich die schwierigste und unausweichlichste von allen, die Aufhebung der Leibeigenschaft.

Eine gesetzliche Einrichtung war die Leibeigenschaft in Rußland zuerst unter Peter d. Großen geworden, aber erst Katharina II. erweiterte sie zu einer allgemeinen durch Ausdehnung auch auf diejenigen Gebietsteile, in welchen sie bisher, wie z. B. in Kleinrußland, nur vereinzelt bestanden hatte. Aber die schweren Nachteile derselben machten sich so rasch fühlbar, daß bereits unter Alexander I. Beratungen über Aufhebung der Leibeigenschaft, freilich ohne Erfolg, gepflogen wurden. Auch Nikolaus war nichts weniger als ihr Freund, schon darum nicht, weil sie dem Adel wenigstens eine gewisse Unabhängigkeit von der Krone verlieh. Verschiedene geheime Komitees beschäftigten sich mit der Lage der Bauern. Durch die Bestimmung, daß Leibeigene in Strafsachen eidliches Zeugnis ablegen könnten, wurde ihnen wieder Persönlichkeit zuerkannt, 1842 ihnen das Recht Verträge abzuschließen verliehen, im Jahre 1847 das noch wichtigere, im Falle öffentlicher Versteigerung eines Gutes wegen Schulden des Gutsherrn als Käufer aufzutreten und dadurch frei und Grundeigentümer zu werden. Letzteres wurde jedoch im folgenden Jahre zurückgenommen und die Scheu des Kaisers vor der Öffentlichkeit, in der er etwas revolutionäres sah, und die doch allein den Widerstand des Adels hätte überwinden können, schloß jede durchgreifende Maßregel aus. Im ganzen blieb die Lage der Leibeigenen eine sehr drückende und nur langsam nahm die Zahl der freien Bauern durch Freilassungen zu und der Ausbruch des Krimkrieges brachte die Angelegenheit gänzlich ins Stocken. Und doch sollte gerade dieser den unmittelbaren Anstoß zur endgültigen Aufhebung der Leibeigenschaft geben. Da die Aushebung den leibeigenen Rekruten zum Freien machte, hatte man, um den Adel durch häufigere Aushebungen nicht wirtschaftlich zu tief zu schädigen, die Dienstzeit auf 25 Jahre verlängert, ein System, welches eine Kriegszufuhr unmöglich machte, und diese war in dem letzten Kriege auf das schmerzlichste vermisst worden. Eine der ersten Reformen daher, welche der neue Kriegsminister Miljutin im Heerwesen einführte, bestand in der Herabsetzung der Dienstzeit auf sieben Jahre, und diese machte die Leibeigenschaft unhaltbar. Im Januar 1857 begann ein neues geheimes Komitee unter persönlichem Vorsitz des Kaisers die Beratungen über die zu ergreifenden Maßregeln, aber dank dem Verschleppungssystem, auf welches die Anhänger des Alten sich verlegten, rückten die Arbeiten nur sehr langsam vorwärts. Der Adel der einzelnen Gouvernements, der ebenfalls gehört werden sollte, teilte sich fast überall in eine ablehnende Mehrheit und eine zustimmende Minderheit. Wenigstens verlangte er für das ihm zugemutete materielle Opfer eine Entschädigung in Gestalt von politischen Rechten. Aber der Kaiser ließ sich nicht irre machen. Im Jahre 1858 erfolgte die Freilassung der 800 000 Kron- oder Reichsbauern und die Einschränkung der gutsherrlichen Befugnisse über die herrschaftlichen Leibeigenen. Ihren Abschluß erhielt das große Befreiungswerk durch den Ukas vom 3. März 1861. Derselbe schuf nach einem zweijährigen Über-



gangszustande, in welchem die Bauern „zeitweilig verpflichtet“ hießen, eine Neuordnung der gesamten ländlichen Verhältnisse, darunter auch das Institut der Friedensrichter. Bis zum 1. Juni 1865 war bereits die reichliche Hälfte sämtlicher Leibeigenen, fünf Millionen Männer, zu freien Pächtern oder wirklichen Grundeigentümern geworden. Die Verwaltung der neugebildeten Bauerngemeinden wurde geordnet und jeder derselben zum immerwährenden Nießbrauche ein Stück Bodenfläche verliehen, auf welchem der einzelne Bauer ein bestimmtes Maß Arbeit zu verrichten hatte; für Erfüllung dieser Leistung haftete die Gesamtheit.

Umwälzungen so tiefgreifender Natur konnten sich unmöglich ohne heftige Erschütterungen vollziehen. Die Vermögensverhältnisse des Adels wurden davon schwer betroffen; unter den Bauern riefen Ungeduld oder Überhebung an verschiedenen Orten Unruhen hervor, nicht wenige von ihnen brachte der nachwirkende Fluch der Knechtschaft, die Arbeitscheu, um die zugeachteten Segnungen, andere ergriff eine wilde Lust der Zerstörung, von welcher im Mai 1862 eine Reihe von Feuersbrünsten in Petersburg unheimliches Zeugnis gab. Aber auch in den höheren Ständen, die sich gewöhnt hatten, sich für das Joch der Knechtschaft insgeheim durch das Einsaugen des Giftes radikaler und socialistischer Ideen schadlos zu halten, regte sich ein Geist hastiger und unklarer Begehrlichkeit. Der eben noch argwöhnisch überwachte Student wurde als Träger einer besseren Zukunft das Schoßkind der öffentlichen Meinung, von den Kathedern wurden unbeanstandet Lehren verkündigt, welche alle überkommenen Autoritätsbegriffe umstießen, scharenweis strömten junge Leute aus den mittleren und unteren Schichten den Universitäten zu, die statt der mangelnden Vorbildung eine höchst entschiedene „Gesinnung“ mitbrachten. Der Kaiser erschrak über den bösen Geist, der unter der Jugend um sich griff; er berief, um ihn zu zügeln, den Admiral Putjatin zum Leiter des Unterrichtswesens, aber dessen brutaler und ungeschickter Versuch, alle liberalen Errungenschaften der letzten Jahre mit einem Federstriche zu beseitigen, rief 1861 in Petersburg und Moskau förmliche Studentenaufstände hervor, bei denen das Publikum für die mißhandelte Jugend so leidenschaftlich Partei ergriff, daß Putjatin und seine Werkzeuge weichen mußten. Begierig verschlang selbst die vornehmste Gesellschaft die seit 1851 in London, später in Genf erscheinende „Glocke“ (Kolokol), deren Herausgeber, A. Herzen, sein auf eine Reform des russischen Staates und Lebens gerichtetes Blatt nicht bloß aller Wachsamkeit der Regierung zum Trotz massenweise in Rußland zu verbreiten, sondern auch mit auf ebenso räthselhaften Wegen erlangten Nachrichten aus den höchsten Kreisen und über die verschwiegensten Angelegenheiten zu speisen wußte. Jahrelang stellte dasselbe eine förmliche Macht dar, bis einerseits der Einfluß, welchen der fanatische, aus Sibirien entflohene Bakunin darauf gewann, andererseits die der einheimischen Presse gestattete freiere Bewegung sein Ansehen untergruben. Der Adel und die Gebildeten wiegten sich in dem Traume, der Kaiser werde den Gedanken seines Oheims zur Wahrheit machen und seine „selbstherr-



Kaiser Alexander II. von Rußland.



schende Gewalt“ zu gunsten einer Teilnahme des Volkes an der Gesetzgebung freiwillig einschränken. In dieser Erwartung wurden die von ihm der finnischen Ständeversammlung, dann auch den nationalen Wünschen der Polen gemachten Zugeständnisse als die Vorläufer der großen Reichsreform auch in Rußland von den Liberalen mit Beifall begrüßt.

Mit Nikolaus und Paskeiwitsch waren kurz nacheinander die beiden schlimmsten Feinde der Polen gestorben. Auf dem Pariser Kongreß hatte Graf Orlow die zu ihren Gunsten erhobenen Vorstellungen Clarendons mit dem Bemerkten abgewiesen, sein Gebieter beabsichtige alles das, wovon die Rede gewesen, den Polen aus freien Stücken zu geben. Kaiser Alexander II. bekundete bei seinem Besuche in Warschau, Mai 1856, den aufrichtigen Wunsch einer Ausöhnung. Aber die Warnung, die er ihnen dabei zurief „Keine Träumereien!“ fand kein Gehör bei einem Volke, das niemals verstanden hatte, durch Besonnenheit und Treue den Besitz nationaler Güter zu verdienen. Die ergriffenen Maßregeln der Milde verfehlten ihren Zweck, weil sie nicht genügten. Am 29. November 1860, dem dreißigsten Jahrestage der Schlacht bei Grochowo, kam es in Warschau zu einem blutigen Zusammenstoß mit der Polizei. Tags darauf überreichte eine Deputation, an deren Spitze der Erzbischof stand, dem Statthalter Fürsten Gortschakow eine Adresse an den Zaren, welche um Wiederherstellung der von Kaiser Alexander I. zugesicherten Einrichtungen bat. Die von dem Grafen Andr. Jampolski, einem ehemaligen Minister der letzten Revolution, gegründete Landwirtschaftliche Gesellschaft verwandelte sich mehr und mehr in einen politischen Klub, welcher der Mittelpunkt der Agitation gegen Rußland wurde; zahlreiche Flüchtlinge statteten den Dank für die ihnen durch die Amnestie gewährte Rückkehr durch systematische Aufwiegelung der Massen ab. Noch glaubte der Kaiser den Weg langsamer und vorsichtiger Reform im Einverständnis mit der zwar kleinen aber einflußreichen Adelpartei, welche der Ausöhnungspolitik treu blieb, inne halten zu können; er berief das Haupt derselben, den Marquis Wielopolzki, als Ratgeber nach Petersburg und am 26. März 1861 brachte ein kaiserlicher Ukas eine Anzahl wichtiger Zugeständnisse: die Errichtung eines halb aus Beamten, halb aus freien Mitgliedern bestehenden polnischen Staatsrats, die eines eigenen Unterrichtsrates, an dessen Spitze Wielopolzki gestellt wurde, endlich gewählte Gubernial-, Kreis- und Municipalräte. Aber den nationalen Fanatikern galt der Marquis schon deshalb, weil er sich überhaupt mit den Russen eingelassen, als Verräter, als ein doppelter, weil er den Verzicht auf die früher zu Polen gehörigen Provinzen, Litauen, Weißrußland und Ukraine, als Grundbedingung einer Verständigung mit der russischen Regierung anerkannte. Sie stießen die dargebotene Hand zurück, auch der katholische Klerus stellte sich auf ihre Seite, obgleich sich Kaiser Alexander II. der römischen Kurie genähert und zur Verwirklichung des bis dahin nur auf dem Papiere stehenden Konkordats von 1847 Anstalt gemacht hatte. Nachdem die zur Kosciuszkofeier bestimmte Bernhardinerkirche militärisch besetzt worden war,

verfügte der Administrator der Warschauer Diöcese die Schließung sämtlicher Kirchen der Hauptstadt. Wer nicht der Aufforderung zur allgemeinen Landestrainer nachkam, sah sich der Mißhandlung durch den Pöbel ausgesetzt. Am 14. Oktober wurde der Belagerungszustand über das ganze Königreich verhängt; die Schließung der Landwirtschaftlichen Gesellschaft war bereits vorher erfolgt.

Die Widersprüche zwischen Strenge und Milde, in denen sich die von Petersburg aus ergriffenen Maßregeln bewegten, machten die Verwirrung vollständig, erstickten Wielopolskis Verständigungsversuche und überlieferten das Land vollends den Radikalen, den Roten. Plötzlich wurde dasselbe durch die Ernennung des Großfürsten Konstantin zum Statthalter (8. Juni 1862), Wielopolskis zum Vicepräsidenten des polnischen Staatsrats und damit zum Chef der ganzen Zivilverwaltung überrascht. Gleichzeitig erhielten sämtliche fünf Gouvernements eingeborene Polen zu Gouverneuren. Es wurde die Emanzipation der Juden ausgesprochen, die Erleichterung des Bauernstandes durch ein Ablösungsgesetz unter Aufhebung der Fronnen angebahnt, der katholischen Geistlichkeit die Prüfung ihrer Beschwerden zugesagt, selbst die Universität Warschau hergestellt und mit nationalen Lehrkräften besetzt. Am 1. Oktober eröffnete der Statthalter die Sitzung des Staatsrates mit einer Rede in polnischer Sprache. Aber die einmal angeregte Unerfüllbarkeit der Polen hatte auch damit nicht genug. Eine von Graf Zamowski berufene Adelsversammlung lehnte die Beteiligung an den Reformen einfach ab und erklärte, die Regierung nur dann mit Vertrauen unterstützen zu können, wenn sie eine national-polnische sei und alle Provinzen des polnischen Vaterlandes wieder vereinigt würden. Dieser Erklärung schloß sich der Adel Podoliens und Litauens einstimmig ein. Mordanschläge auf den Großfürsten, den General Lüders und Wielopolski bildeten das Vorbild zu der geheimen Behme, welche ein unsichtbares Nationalkomitee durch seine „Hängegenstärmen“ an den Feinden Polens vollstrecken ließ. Dieser Wahnwitz entschied über die öffentliche Meinung in Rußland. Die dortigen Liberalen, die anfangs ihre Sympathien für die Sache Polens nicht verhehlt hatten, kehrten ihr seitdem den Rücken. Nur die radikalen Jungbrüder sahen in den polnischen Revolutionären auch ferner noch ihre Verbündeten. In London wimmelte es von Vorbereitungen zu einem russisch-polnischen Aufstande. Aber das Schiff, welches Bakunin und seine Mitverschworenen an die litauische Küste bringen sollte, wurde in Malmo von der schwedischen Regierung mit Beschlag belegt.

Aller dieser Enttäuschungen ungeachtet ließen sich Großfürst Konstantin und Wielopolski in dem unternommenen Reformwerk nicht irre machen; nur die Unschädlichmachung der eigentlichen Aufwiegler erachteten sie für unerläßlich, und dies war der geheime Zweck der für das Königreich am 20. September 1862 angeordneten Rekrutierung, der ersten seit Beendigung des letzten Krieges. Am 15. Januar 1863 wurde dieselbe zur Ausführung gebracht. Einer geheimen aber nicht geheim gebliebenen Weisung zufolge sollte sie vornehmlich den revolutionärer Gesinnungen verdächtigen Teil der Bevölkerung



treffen, daher die sonst übliche Befreiung der Studenten und anderer junger Leute gebildeten Standes diesmal in Wegfall kommen. Mit russischer Brutalität wurden in Warschau und den übrigen Städten nachts die willkürlich bestimmten Rekruten durch Soldaten und Polizisten aus den Betten geholt. Allein rechtzeitig gewarnt, retteten sich viele der Bedrohten in die Wälder und wuchsen dort schnell zu bewaffneten Banden an, mit denen es zu blutigen Gefechten kam. Diese Rekrutierung war der Funke, welcher den angehäuften Zündstoff in Brand steckte. Das geheime Nationalkomitee erließ einen Aufruf zu den Waffen; der von der Regierung aus Sparsamkeit angeordnete Verkauf von Kosakenpferden erleichterte die Errichtung einer aufständischen Reiterei. Mieroslawski wurde als Diktator berufen. Um das niedere Volk unter die Fahnen zu locken, verhiess die nationale Geheimregierung jedem Bauern seinen Pachtthof zu freiem Eigentum, jedem mittellosen Vaterlandskämpfer drei Morgen Grundbesitz, fand aber trotzdem bei den Bauern weniger willigen Gehorsam als bei den Städtern, dem Adel und der Geistlichkeit. Ihre wiederholt gegebene Erklärung, daß es allein den Kampf gegen die Moskowiter gelte, die österreichischen und preussischen Landesteile nicht zum Aufstande, sondern nur zur Lieferung von Freiwilligen, Steuern, Waffen und anderer Unterstützung verpflichtet sein sollten, erreichte ihren Zweck nur insoweit, als Osterreich dem Aufstande gegenüber allerdings eine an Wohlwollen grenzende Neutralität beobachtete. Preußen dagegen nahm durch die Aufstellung von vier Armeekorps unter General v. Werder an der Grenze und andere energische Massregeln den Russen die halbe Arbeit ab und veranlaßte dadurch die Aufständischen, ihre Hauptmacht nach Süden und Südosten zu werfen und die galizische Grenze zu ihrer Operationsbasis zu machen. Hier allein erfocht auch der Aufstand einige nennenswerte Erfolge; die Hoffnungen der Polen auf wirksamen Beistand von auswärts erwiesen sich als ganz illusorisch. Mieroslawski sah sich schon nach siebentägigem Aufenthalt durch die Russen zur Flucht über die Grenze genötigt; sein Nebenbuhler Langiewicz, der sich hierauf selbst zum Diktator ausrief, hatte dasselbe Schicksal; im ganzen zeigte dieser Aufstand der Polen dasselbe elende Schauspiel innerer Zwietracht wie alle früheren.

Nach Langiewicz' Flucht übernahm die Nationalregierung selbst den Oberbefehl und erklärte jede Diktatur für Hochverrat, furchtbar nicht durch den offenen Kampf, sondern durch das Geheimnis, mit dem sie sich zu umgeben wußte. Ihre Verbindungen reichten in alle Kreise der Gesellschaft, sie verbot alle Steuerzahlung an russische Behörden, verwarf die von dem Zaren angebotene Amnestie, entwendete aus der Staatskasse eine Summe von 22 Mill. Gulden und vollstreckte an den ihr Ungehorsamen die Strafe meuchlerisch durch ihre Hängegensdarmen, ohne daß es den Behörden trotz unsäglichlicher Anstrengungen gelang, ihren Sitz ausfindig zu machen. Der katholische Klerus fuhr fort, den Widerstand zu schüren; weil ein überwiesener Kapuziner mit dem Strange hingerichtet worden war, verbot der Generalvikar allen Kirchengesang,

Orgelspiel und Glockengeläute. In Petersburg schwankte eine Zeitlang der Kampf zwischen der liberalen, noch immer zu Zugeständnissen geneigten Partei und der altrussischen; die Ernennung Murawiew's zum Generalgouverneur von Litauen und des Grafen Berg zum Vorsitzenden des polnischen Staatsrats an Wielopolskis Stelle bezeichneten den Sieg der letzteren. Beide verfahren nunmehr mit unerbittlicher, der erstere selbst mit grausamer Strenge. Harte Bestrafungen aller Demonstrationen, außerordentliche Kontributionen, Hinrichtungen und Massendeportationen folgten aufeinander in schrecklicher Abwechslung, für jeden eingefangenen Adeltigen wurde den Bauern eine Prämie gezahlt, den letzteren ihre Pachthöfe gegen eine Grundsteuer zu freiem Eigentum verliehen, alle höheren Ämter wieder mit Russen besetzt. Im August 1863 verließ Großfürst Konstantin Warschau. Im folgenden Jahre gelang es endlich auch, des Oberhauptes und mehrerer Mitglieder der Geheimregierung habhaft zu werden. Mit der Hinrichtung von fünf derselben am 18. Juni 1864 und der Verbannung der übrigen nach Sibirien war der letzte Funke des Aufstandes ausgegetreten.

Hart, wenn auch nicht unverdienterweise, büßten die Polen für den begangenen Wahnsinn durch eine schwerere Beeinträchtigung ihrer Nationalität, als sie je vorher erlitten. Was sie davon bisher noch bewahrt hatten, dessen gingen sie jetzt zum größten Teile verlustig. Die Unterordnung aller spezifisch polnischen Einrichtungen und Verwaltungszweige unter die entsprechenden Ministerien in Petersburg, die neue Landeseinteilung in zehn Gouvernements und 58 Kreise vollzog die administrative Verschmelzung des Landes mit Rußland. Das Russische wurde als Gerichtssprache und in allen höheren Lehranstalten eingeführt, die konfiszierten Güter an russische Generale und andere hohe Würdenträger verliehen, wogegen der einheimische Adel durch die Befreiung der Bauern wohl die Hälfte seines Vermögens verlor. Um die Macht, welche der Aufstand aus den Klöstern geschöpft hatte, ein für allemal zu brechen, wurden von den 197 vorhandenen 114 geschlossen. Das Unterrichtswesen wurde der Geistlichkeit entzogen und der Ukas vom 22. Mai 1867 unterstellte die katholische Kirche Polens dem russisch-katholischen geistlichen Kollegium in Petersburg und untersagte dem Klerus jeden direkten Verkehr mit der Kurie.

Seit dem Polenaufstande trat in den russischen Regierungs- und Gesellschaftskreisen ein deutlich wahrnehmbarer Umschwung ein. Hatten bisher die Liberalen, die Jünger und Verehrer der westeuropäischen Kultur, welche im Ministerium besonders Walujew vertrat, das Wort geführt, so gab das Scheitern der liberalen Reform in Polen das Übergewicht den Aksakow und Karkow, den sog. Slawophilen, die, erfüllt von dem Glauben an die welt-historische Mission der Slawen, das Heil in der Abwerfung der westeuropäischen Kultureinflüsse und in der Rückkehr zu dem altrussischen Nationaltypus sahen. Die Bestrebungen dieser Partei setzten sich ein doppeltes Ziel, im Innern und nach Außen. Damit jenes erreicht werde, wollte sie mit allen innerhalb der Reichsgrenzen vorhandenen geschichtlichen Bildungen ausgeräumt und dadurch



der Gefahr vorgebeugt wissen, daß der zarische Absolutismus an den unrussisch geliebten, europäisch gearteten Teilen und Bevölkerungen in der Stunde der Entscheidung einen Rückhalt gegen den russischen Volkswillen gewinne. Darum begannen nach Bezwingung Polens unter Führung Furi Samarin's die Angriffe gegen die Ostseeprovinzen. Die systematische Herabwürdigung der komplizierten Rechts- und Wirtschaftsverhältnisse dieser Länder, die sich trotz zahlreicher von der herrschenden Klasse begangener Mißgriffe eines Grades erfreuten, um welches sie von dem übrigen Rußland beneidet werden konnten, entsprang also nicht bloß dem Haß und der Verbitterung gegen die deutsche Aristokratie an der Dittsee, sondern auch der Meinung, daß diese selbständigen, eigenartig auf geschichtlicher Grundlage entwickelten Ordnungen ein Hemmnis für die Verwirklichung ihres demokratischen Zukunftsideals seien. Um mit diesen möglichst rasch aufzuräumen, war die Partei bereit, der von ihr im übrigen mit Argwohn betrachteten Regierung einstweilen unbedingte Vollmacht zu erteilen. Die offene Ankündigung dieses Systems war der Zensurufas gegen die baltische Presse vom 26. Dezember 1865 in demselben Augenblicke, wo eben den beiden russischen Hauptstädten Zensurfreiheit gegeben worden war. Das andere Ziel war das panflawistische. Erst seit den vierziger Jahren hatte, zunächst innerhalb eines beschränkten Kreises, der Glaube an das Vorhandensein gemeinsam slawischer Interessen, und zwar nicht bloß kirchlicher, sondern auch nationaler und politischer, in Rußland Boden. Der ungarische Feldzug von 1849 hatte die Begierde nach Ausbreitung der russischen Machtsphäre über das West- und Südslawentum angeregt, die Schwärmerei für den Banus Jellachich galt nicht dem getreuen Unterthan seines Kaisers sondern dem Vorkämpfer des slawisch-nationalen Gedankens, und Kaiser Nikolaus sah diese Stimmungen mit unverhohlener Günst. Aber erst seit dem Ende des Krimkrieges wuchsen dieselben zu einer wirklichen Macht heran. Das Fest des tausendjährigen Bestehens des russischen Reiches im Jahre 1862 trug einen ausgesprochen panflawistischen Charakter, das Entgegenkommen Alexander's II. gegen die Polen entsprang zum guten Teile der stillen Hoffnung, an einem versöhnten Polen die Brücke zu gewinnen, welche zu den Westslawen führe, und in noch entfernterem Hintergrunde schwebte die Zertrümmerung Osterreichs und der Anfall seiner slawischen Erbschaft an Rußland.

Wenn der Krimkrieg von der Türkei die Gefahr durch Rußland als dem geborenen Schwirnherrn der griechischen Christen verschlungen zu werden, abgewehrt hatte, so predigte jetzt der Panflawismus die nationale Zusammengehörigkeit der Südslawen mit der großen Mutter um so lauter. Überhaupt aber hatte der Krieg, statt die Türkei zu retten, zu den vorhandenen Ursachen ihres Zerfalls nur noch neue hinzugefügt; der Prozeß ihrer Zerkleinerung nahm seitdem einen beschleunigten Gang an. Durch den Pariser Kongreß war ihr das verhängnisvolle Geschenk der Kreditfähigkeit zuteil geworden und Abdul Medjids (gestorben 25. Juni 1861) Nachfolger und Bruder Abdul Aziz machte davon

einen so übermäßigen Gebrauch, daß er in kurzem die zerrütteten Finanzen seines Reichs der Willkür und Habsucht des abendländischen Börsenspiels überliefert hatte. Daher die Notwendigkeit, die Steuerschraube gegen die christlichen Unterthanen immer stärker anzuziehen und dadurch wachsende Unzufriedenheit. Der Hat-Humayun von 1856 blieb ein totes Stück Papier und der Schutz



Sultan Abdul Mejid.

Nach der Lithographie von F. Jenzen; Originalgemälde von Joh. S. Kretschmer.

Europas, unter welchen der Pariser Friede die christliche Bevölkerung des türkischen Reichs gestellt hatte, kam nur in Gestalt der Eifersucht, mit welcher die Mächte sich gegenseitig, nicht aber die türkische Regierung überwachten, zum Vorschein.

Eben in diesem Zeitpunkt ging eine tiefe Erregung durch die Welt des Islams. Der patriotische und religiöse Stolz der Türken fühlte sich durch die



neuen den Christen gemachten Zugeständnisse doppelt beleidigt, weil sie sich als die Sieger im Krimkriege betrachteten. Aus Mekka kommende Fanatiker predigten insgeheim den heiligen Krieg und ihre Verkündigung, die Stunde für die Ausrottung der Ungläubigen sei da, erregte in Dschidda ein greuliches Christengemetzel, Juni 1858. In Syrien gesellte sich zu dem Glaubenshaß der Stammeshaß zwischen den christlichen Maroniten und den muhammedanischen Drusen des Libanon. Die türkischen Behörden hatten kein Auge für die Vorbereitungen zum Kampfe, welche die letzteren trafen, ja sie entblößten wie absichtlich das Land von Truppen. Als der Angriff auf die maronitischen Dörfer bei Behrut, Mai 1860, erfolgt war, befahl der türkische Befehlshaber den Christen gegen das Versprechen seines Schutzes, die Waffen niederzulegen, dann gab er sie ihren Feinden preis, die alles niedermehelten, seine eigenen Soldaten halfen bei der Schlächtereier. Von dort verbreitete sich der Aufstand nach Damaskus. Sechs Tage lang sah der Gouverneur ruhig dem Mordfeste zu, bei welchem der größte Theil des Christenviertels samt den Konsulaten zerstört wurde, nur Abdulkader, der sich hierher zurückgezogen hatte, warf sich edelmütig zum Beschützer der Christen auf. Die Nachricht von diesen Greueln erregte im Abendlande gerechte Entrüstung; aber die zwischen den Kabinetten herrschende Spannung war einer gemeinschaftlichen Einmischung derselben nicht günstig. Indes den Kaiser Napoleon, der jeden seine Unterthanen beschäftigenden Bühneneffekt willkommen hieß, reizte die Aussicht, die Trikolore auf dem Libanon zu entfalten. Seine Absicht fand jedoch bei den übrigen Mächten nur widerwillige Zustimmung und erst, nachdem das herrschende Mißtrauen durch ein am 3. August zu Paris unterzeichnetes Protokoll beschwichtigt worden war, worin die Mächte sich verpflichteten, bei diesem Anlaß weder eine Gebietserwerbung noch einen ausschließlichen Einfluß noch auch einen Handelsvorteil zu suchen, der nicht auch allen anderen Nationen gewährt würde, schiffte sich ein französisches Korps von 6000 Mann unter General d'Hautpoul-Beaufort, begleitet von einer internationalen Kommission, nach Syrien ein. Binnen vier Tagen vollstreckten die Franzosen in Behrut 158 Todesurtheile. Ihrer Einmischung zuvorzukommen hatte unterdes die Pforte Fuad Pascha an der Spitze von 16000 Mann mit ausgedehnten Vollmachten zur Unterdrückung der Unordnungen ebendahin gesendet. Nach türkischer Sitte hätte dieser die Schuldigen höheren Ranges gern unbehelligt gelassen, aber auf Andringen der Kommission mußte er die Untersuchung gegen die Mitglieder des Großen Rats von Damaskus eröffnen, und um zu verhüten, daß die Ungläubigen bis zu der heiligen Stadt selbst vordrängen, verurtheilte er den Gouverneur und mehrere hohe Beamte zum Tode oder zu anderen schweren Strafen. Der Pforte wurde außer einer Geldentschädigung von 75 Millionen Piastern an die Opfer der Unruhen eine neue Verwaltungseinrichtung für den Libanon mit einem christlichen Statthalter und einer einheimischen Miliz auferlegt. Nachdem dies geschehen, nötigte die Eifersucht Englands die Franzosen, im Juni 1861 wieder abzuziehen.

Diese zwischen den Großmächten andauernde Spannung und Eifersucht war es auch, welche den christlichen Stämmen der Balkanhalbinsel es unter mehr oder weniger verdeckter Billigung Rußlands ermöglichte, ihr soeben erst durch den Pariser Frieden neugeregeltes Verhältnis zur Hohen Pforte eigenmächtig noch weiter zu lockern. Den Anfang machten die beiden Donaufürstentümer. Nachdem dort die siebenjährige Amtszeit der auf Grund des Vertrags von Balta Liman eingesetzten Hospodare im Juli 1856 abgelaufen war, rief die Frage nach der künftigen politischen Gestaltung beider Länder unter der Zwischenverwaltung der von der Pforte eingesetzten Kaimafame eine lebhafte Bewegung hervor. Die Frage war, ob dieselben getrennt bleiben oder sich vereinigen sollten, aber diese prinzipielle Frage erhielt, wie jede andere bei diesen politisch unreifen Völkerschaften, eine starke Beimischung von persönlichen, selbstsüchtigen Interessen. Nach anfänglichem Sträuben der Moldauesen sprachen sich die Divans beider Fürstentümer im Oktober 1857 für die Vereinigung zu einem unter einer erblichen Dynastie neutralen Staate Rumänien aus. Da jedoch die Pforte hiergegen sehr energigisch Einspruch erhob, so erkannten die Mächte diesen Beschluß nicht an, sie suchten es vielmehr beiden Theilen recht zu machen durch die Verfügung, daß Moldau und Walachei zwar jede ihren besonderen Hospodar und Divan, jedoch unbeschadet ihres bisherigen Vasallenverhältnisses zur Pforte unter dem Namen Vereinigte Fürstentümer einen höchsten Gerichtshof und einen aus sechzehn Mitgliedern bestehenden Staatsrat gemeinsam haben sollten. Allein das künstliche Flickwerk zerriß auf der Stelle wieder. Die Wahl des Bojaren Alexander Cusa zum lebenslänglichen Fürsten der Moldau am 29. Januar 1859 und unmittelbar darauf auch zu dem der Walachei stellte thatsächlich den erstrebten Staat Rumänien her und der ohnmächtigen Pforte blieb nichts übrig, als sich in die vollendete Thatsache zu fügen.

Das Beispiel der Rumänen wirkte ansteckend auf die übrigen christlichen Völkerschaften der europäischen Türkei. Die Serben träumten von einem großserbischen Reiche, welches auch Bosnien, die Herzegowina und Montenegro begreifen würde. Weil von Oesterreich der stärkste Widerstand gegen diesen Plan zu erwarten stand, zog sich ihr Fürst Alexander, der Sohn des schwarzen Georg, durch seinen Anschluß an diese Macht während des Krimkrieges, den allgemeinen Haß in solchem Maße zu, daß er 1858 zur Abdankung genötigt und seine Stelle Rußlands ergebenster Anhänger, der alte, 1842 vertriebene Milosch, der noch immer als der Befreier vom Türkenjoch hohe Verehrung genoß, zurückberufen wurde. Nach seinem Tode, 26. September 1860, folgte ihm sein Sohn Michael, unter welchem den Serben, um den unaufhörlichen Reibereien und Zusammenstößen zwischen dem türkischen Militär und der Bevölkerung ein Ziel zu setzen, durch Vereinbarung der Mächte vom 4. September 1862 eine neue wichtige Errungenschaft, die Beschränkung des türkischen Besatzungsrechtes auf vier Bitabellen, darunter die von Belgrad, zuteil wurde. In der Herzegowina griff der Aufstand der Rajah unter Luka



Bukalowitz mit Unterstützung des Fürsten Nikita von Montenegro, der seinem ermordeten Oheim Danilo im August 1860 gefolgt war, so stark um sich, daß die Österreicher von Ragusa aus einschritten; aber erst als Omer Pascha gegen Cetinje heranzog, unterwarf sich der Fürst dem Ultimatum der Pforte, ohne auch diesmal den Besitz des ersehnten Küstengebiets erlangt zu haben. Unter den duldsamen Bulgaren trat die nationale Bewegung zuerst in kirchlichem Gewande auf. Angeregt durch den feindlichen Gegensatz, in welchem der niedere Klerus zu den entweder gräzifizierten oder aus dem Fanar importierten Bischöfen und Äbten stand, forderten sie Gottesdienst in der einheimischen Sprache und die Einsetzung eines eigenen Erarchats und erreichten auch beides mit Unterstützung Rußlands, welches auf seinen Zusammenhang mit dem türkischen Slaventhum größeres Gewicht legte als auf die Sympathien des Griechentums und seiner herrschsüchtigen Kirchenfürsten; wie denn überhaupt dieses Erwachen der slawischen Balkanvölker zu politischem Dasein sich nicht bloß auf Kosten der Osmanenherrschaft, sondern auch auf Kosten des Griechentums vollzog, welchem dadurch der hochfliegende und mit Vorliebe gehegte Plan einer Erweiterung des kleinen Halbinselstaates zu einem neubyzantinischen Reiche für immer zunichte gemacht wurde. In seinem Innern litt das Königreich noch immer schwer an der Unfertigkeit seiner Zustände und an den Nachwehen der durch den Befreiungskrieg angerichteten materiellen und moralischen Verwüstungen. Den König Otto ließ nicht bloß seine Unfähigkeit, sondern auch die Kinderlosigkeit seiner Ehe mit Amalie von Oldenburg niemals auf dem fremden Boden Wurzel fassen, neuerdings machte ihn das Volk auch für die Demütigung verantwortlich, die ihm die dreijährige Besetzung der Hauptstadt durch die Franzosen zugefügt hatte. Im Jahre 1862 machte sich die Unzufriedenheit durch einen Militäraufstand Luft, der von Nauplia aus die Inseln Syra, Santorin und Naxos ergriff, und trotz der Milde, welche der König gegen die Schuldigen walten ließ, erneuerte sich die Verschwörung noch im nämlichen Jahre während einer Reise des Königsaares durch die unzufriedene Morea. Zu Schiff nach dem Piräeus zurückeilend fand Otto bereits die Proklamation seiner Absetzung und die Ernennung einer aus Bulgarien, Kanaris und Rußos bestehenden provisorischen Regierung vor. Ohne den Boden von Hellas wieder betreten zu haben, kehrte er in sein Heimatland zurück. Unbekümmert um den Vertrag von 1832, der alle Prinzen aus den regierenden Häusern von diesem Throne ausschloß, wählten die Griechen fast einstimmig den zweiten Sohn der Königin Viktoria von England, Alfred, Herzog von Edinburgh, in der Hoffnung, daß er ihnen die Vereinigung der der englischen Schutzherrschaft überdrüssigen Ionischen Inseln, sowie anderer noch unter türkischer Herrschaft stehender Stammesgenossen mit dem Königreiche verschaffen werde. Da jedoch dieser und ebenso der von der englischen Regierung empfohlene Herzog Ernst von Sachsen-Koburg bestimmt ablehnten, so fiel die Wahl der Griechen am 30. März 1863 auf den minderjährigen Prinzen Wilhelm von Dänemark, der den Vorzug hatte, der Schwager der Thron-

erben sowohl von England als auch von Rußland zu sein, und als König den Namen Georgios I. annahm. Als Mitgift brachte auch er den Griechen die Ionischen Inseln mit.

Für die Zurückhaltung, welche sich Rußland in den europäischen Angelegenheiten auferlegte, fand es eine Entschädigung in der ununterbrochen fortschreitenden Ausdehnung seines Gebietes und seines Einflusses in Asien. Selbst der Krimkrieg hatte darin keinen Stillstand verursacht. Im Kaukasus, wo der Tschetschenzhauptling Schamyl als Imam und Rabi zugleich eine Art theokratischen Staatswesens gegründet und die tapferen Bergstämme zum Freiheitskampfe begeistert hatte, erlahmte allmählich die Kraft des Widerstandes, zumal seitdem die Russen außer mit den Waffen auch mittelst Straßenbaues das Gebirgsland angriffen. Selbst während des Krimkriegs blieb Schamyl unthätig und die Verbündeten thaten nichts, um sich an ihm einen Bundesgenossen zu schaffen. Nach dem Kriege warfen sich die Russen mit verdoppelter Kraft auf den Kaukasus. Nachdem Schamyl im August 1858 eine schwere Niederlage erlitten, ging ein Stamm nach dem andern zu den Russen über; nach der Erstürmung seiner Feste Weden, April 1859, vermochte er auch in seinem letzten Zufluchtsort Ghunib in Daghestan sich nur noch bis zum September zu halten, wo er nach Petersburg abgeführt wurde. Damit war die Unterwerfung des Kaukasus vom Kaspisee bis zur grusinischen Militärstraße vollendet; unmittelbar darauf folgte die der Abchasen im westlichen Kaukasus. 400 000 auswandernde Tscherkessen siedelte die Pforte thörichterweise in Bulgarien an. Nachdem Japan den Nordamerikanern und Engländern seine Häfen geöffnet hatte, erreichte Admiral Putjatin, der 1853 zur Erforschung der japanischen Gewässer und der Küsten der Mandschurei ausgesandt worden war, einen ähnlichen Vertrag, 7. Februar 1855, durch welchen außerdem die durch ihren Kohlenreichtum wichtige Insel Sachalin nebst den nördlichen Kurilen an Rußland abgetreten wurde. Zu einer weiteren Ausdehnung des russischen Einflusses in Ostasien gaben die Konflikte Englands mit China (s. u.) Veranlassung. Frühere, bis 1689 zurückreichende Versuche der Russen, sich des Amurlandes zu bemächtigen, das ihnen den freien Zugang zum Großen Ozean öffnen sollte, waren von China immer mit Erfolg zurückgewiesen worden; erst nachdem Graf Murawiew dieses wald- und tierreiche Gebiet, sowie den Tatarsund genauer erforscht und die Forts Nikolajewsk, Mariinsk, Alexandrowsk und Konstantinowsk angelegt hatte, faßte die russische Herrschaft hier von 1851—54 dauernd Fuß. Im Jahre 1856 wurde das untere Amurland als „Küstengebiet von Ostsibirien“ einverleibt und Putjatin wußte als Gesandter in Peking die Bedrängnis, in welche das chinesische Reich durch den Krieg mit England geraten war, so geschickt auszunutzen, daß im Vertrag von Aigun, 28. Mai 1858, das ganze Land am linken Ufer des Amur, einschließlich des Küstenstriches auf dem rechten, ein Gebiet von fast 12 000 □ Meilen, Rußland zugesprochen wurde. Über Kiachta entwickelte sich seitdem, allen Gegenbemühungen der chinesischen Regierung zum Trotz, zwischen beiden Nachbarreichen ein leb-



hafter Handelsverkehr. Kurz darauf erkannten auch die Kalkatataren zwischen der Provinz Irkutsk und der großen mongolischen Wüste die russische Herrschaft an. Vom Kaukasus und der Wolga aus bahnte sich Rußland allmählich durch Wüsten und Steppen den Weg in das Herz von Mittelasien. Nachdem drei Millionen Kirgisen nach und nach einverleibt, an der Mündung des Syr Darja das Fort Ural'sk erbaut und auf dem Uralsee eine Flotille errichtet worden war, demütigte Perowski mitten im Krimkriege den räuberischen Khan von Khiva und unterwarf das obere Gebiet des Syr Darja. Der Khan erkannte den Zaren als seinen Oberherrn an. Damit fiel Innerasiens uralte Haupt Handelsstraße in Rußlands Hand; der Kaspische See bedeckte sich mit russischen Schiffen, die räuberischen Turkmenenstämme wurden gezüchtigt. Mit wachsender Sorge sahen die Engländer diese Fortschritte, welche die Russen mehr und mehr zu ihren Nebenbuhlern um die Herrschaft von Asien machten. Zu ihrer Beruhigung bezeichnete ihnen Gortschakow, November 1864, als die natürliche Grenze Rußlands in diesen Gegenden die von Tschikil über Tschekend an den Syr Darja führende Linie, die es in seinem eigenen Interesse nicht überschreiten werde. Kaum jedoch war diese erreicht, als General Tschernajew sie 1865 doch überschritt, Taschkend, den Stapelplatz der mittelasiatischen und chinesischen Handels, einnahm und von dem ganzen Gebiete als Provinz Turkestan Besitz ergriff. Ein Sieg bei Firdschar öffnete den Russen den Weg nach Khodschent und am 14. Mai 1868 hielt General Kaufmann seinen Einzug in Samarkand. Der Khan von Buchara wurde ebenfalls Vasall Rußlands. —

England genoß während dieser Jahre in seinem Inneren größerer Ruhe als die meisten Staaten des Festlandes. Seit dem Fiasko des Chartismus im Jahre 1848 erlebte es keine Volksbewegung wieder, die ihre Ansprüche mit bewaffneter Hand durchzusetzen versucht hätte. Anders in Irland. Dort glühte noch immer etwas von dem Fieber, in welches der große Agitator O'Connell seine Landsleute versetzt hatte. Zwar setzte sich die Partei des „Jungen Irland“ meist nur aus Journalisten, Studenten, Litteraten und angehenden Dichtern zusammen, aber die festländischen Ereignisse von 1848 verwandelten diese litterarische Organisation in eine politische Verschwörung. Smith O'Brien, ein Mann von Reichtum und hohem Stande, dem aber die Huldigungen der Fren den Kopf verdreht hatten, und Meagher wurden ihre Häupter. Unter John Mitchel zweigte sich von ihnen eine extreme Fraktion ab, die für sofortiges Völkermord war. Jede Woche gab dessen Blatt, der „United Irishman“, Anweisungen, wie sich die Fren zum Kampfe vorbereiten sollten, wobei das Vitriol nicht zu vergessen. Da die bestehenden Gesetze keine ausreichende Handhabe zur Unterdrückung dieses Treibens boten, ließ sich die Regierung vom Parlamente mit einem schärferen ausrüsten. Mitchel wurde hierauf zu vierzehn Jahren Deportation verurteilt, da die Jung-Fren trotzdem nur noch lauter lärmten, die Habeas Corpusakte suspendiert, gegen die Räufelkührer Haftbefehle erlassen und nach einem kurzen Zusammen-

stoße mit der Polizei war die Rebellion vorüber. Smith und Meagher wurden ebenfalls verhaftet, zum Tode verurteilt, aber zu lebenslänglicher Deportation begnadigt; letzterem und Mitchel gelang es nach wenigen Jahren zu entfliehen. Die jungirische Bewegung verschwand damit, aber den Übeln, aus denen sie entsprungen war, geschah keine Abhilfe; es war, als ob die Gewöhnung das englische Volk gegen diese abgestumpft habe.

Hestiger war dagegen die Aufregung, als Papst Pius IX., ermutigt durch die in der anglikanischen Kirche um sich greifende Bewegung zu gunsten des Katholizismus, durch eine Bulle, „gegeben zu St. Peter in Rom unter dem Siegel des Fischers“ am 20. September 1850, in England eine Hierarchie von Bischöfen wiederherstellte, welche ihre Titel von den Sätzen führen sollten, „welche wir errichten durch den gegenwärtigen Erlaß, in den verschiedenen apostolischen Sprengeln“. Ganz England wurde in Diöcesen geteilt und unter die Aufsicht von einem Erzbischof und zwölf Bischöfen gestellt. Zum Erzbischof von Westminster war Kardinal Wiseman ernannt, ein gelehrter Priester, ein gewaltiger Prediger und Kontroversialist, aber auch ein Mann von hierarchischem Hochmut. Seit den Zeiten, wo England seine Unabhängigkeit gegen den römischen Stuhl verfocht, hatte es keinen Kardinal wieder dafselbst gegeben. Sogleich erscholl der Ruf No popery! aufs neue durch das Land und der Hirtenbrief des neuen Erzbischofs mit der herausfordernden Ankündigung an das englische Volk, daß sein geliebtes Land wieder seine Stelle unter den Kirchen erhalten habe, welche die glänzende Gesamtheit der katholischen Gemeinschaft bildeten, war nicht geeignet, die Aufregung zu stillen. Lord J. Russell, er, der eifrigste Vorkämpfer für religiöse Toleranz, richtete an den Bischof von Durham einen Brief, worin er in den stärksten Ausdrücken die Annahme des Papstes als unvereinbar mit dem Supremat der Königin, den Rechten der anglikanischen Kirche und der geistlichen Unabhängigkeit der Nation verurteilte. Tag für Tag brandmarkten Massenmeetings das Verfahren des Papstes, Adressen wurden an die Königin und die Regierung erlassen, Pater Gavazzi kam nach London, um eine Reihe von Vorträgen gegen das Papsttum zu halten, Kardinal Wiseman wurde in Liverpool persönlich injuliert, allerorten sein Bild statt des Guy Fawkes verbrannt. Noch nie hatte das lebende Geschlecht einen solchen Ausbruch von Zorn gesehen. Die Regierung brachte eine Bill ein, welche verhüten sollte, daß römischkatholische Priester sich Titel beilegen, die von irgend einem Bezirke oder Orte im Vereinigten Königreiche genommen seien. Da sich die Unanwendbarkeit derselben auf Irland herausstellte, mußte man jedoch gerade ihre wichtigsten Bestimmungen fallen lassen, so daß davon wenig mehr übrig blieb als eine Erklärung gegen die Annahme ungesetzlicher Titel.

Einen schweren Verlust erlitt England durch den Tod Robert Peels, wenn nicht seines größten, so doch seines patriotischsten und rechtschaffensten Staatsmannes. Er starb infolge eines Sturzes mit dem Pferde 2. Juli 1850. Die ganze Nation trauerte um ihn; nur Palmerston äußerte sich sehr kühl



darüber: „Obgleich ich“, schrieb er, „über Peels Tod betrübt bin in persönlicher Hinsicht und weil derselbe zweifellos ein großer Verlust für das Land ist, so bin ich doch, soweit meine eigene politische Stellung in Betracht kommt, nicht der Meinung, daß er je geneigt gewesen sei, mir etwas zu Gefallen zu thun.“ In der That ließ dieser Todesfall Palmerston als den hervorragendsten unter den englischen Staatsmännern zurück. Seine Parteinahme für die Völker und gegen die Regierungen während der Erschütterungen von 1848—49 hatte ihm, obgleich sie von nichts weniger als von Vorliebe für die Demokratie eingegeben war, bei denen des Festlandes den Namen Lord Feuerbrand und den Ruf eines Patrons der Revolution und eines Händelsuchers eingetragen. Ausgestattet mit einer eigenen Begabung für die auswärtige Politik und, einmal auf dem Kampfsplatze, bereit alles dem Siege zu opfern, trat er gegen andere Staaten oft mit einer leichtfertigen Rücksichtslosigkeit auf, die sich besonders brutal da ausnahm, wo sie der Stärkere gegen den Schwächeren verübte. Das erfuhr zumal das kleine Griechenland, als zwei britische Unterthanen den Schutz ihrer Regierung gegen die dortige anriefen, zwei Männer sehr verschiedenen Schlages, ein portugiesischer Jude namens Dom Pacifico, dem der Pöbel von Athen am 4. April 1847 sein Haus geplündert hatte aus Wut über das Verbot der Polizei, Ostern wie herkömmlich durch Verbrennung des Judas Ischariot zu feiern, und Finlay, der Geschichtschreiber Griechenlands, dem ein Teil seines in Athen gelegenen Grundstückes wider seinen Willen zum königlichen Garten gezogen worden war. Überzeugt, daß Frankreich hinter der Sache stecke und eine Intrige gegen England spinne, bestand Palmerston höchst nachdrücklich auf Genugthuung; da die griechische Regierung zögerte, erschien im Januar 1850 ein britisches Geschwader vor dem Piräeus und legte ohne weiteres auf alle im Hafen befindlichen griechischen Schiffe Beschlagnahme. Das so vergewaltigte Griechenland rief wohl die Unterstützung der beiden anderen Schutzmächte an, diese aber erhielten in London den kurzangebundenen Bescheid, das sei eine Sache nur zwischen England und Griechenland, in die sich keine andere Macht zu mischen habe, und der schlaue Jude verstand seinen Vorteil, indem er seine Forderungen ins Ungemessene steigerte. Selbst das Oberhaus faßte eine Resolution gegen die in der That bedenkliche Handlungsweise des Ministers, der aber wußte sehr geschickt den Schein zu geben, als handle es sich darum, daß jeder Engländer im Auslande des Schutzes seiner Regierung sicher sein müsse; nach einer glänzenden Vorteidigungsrede seiner auswärtigen Politik billigte das Unterhaus sein Verfahren, aus Rücksicht auf Rußland und Frankreich fand er es aber doch geraten, einzulenkten und der Handel wurde durch Vergleich beigelegt.

Selbst die Königin verletzte Palmerston oft durch Eigenmächtigkeit und Unbotmäßigkeit; mit dem Prinzgemahl, in dem er den unverantwortlichen Privatminister derselben sah, stand er auf gespanntem Fuße, aber er verließ sich darauf, daß ihm, solange er die öffentliche Meinung für sich habe, niemand etwas anhaben könne. Als die voreilige Billigung des Staatsstreiches

doch seinen Sturz herbeiführte, hielt alle Welt seine politische Laufbahn für endgültig abgeschlossen, aber schon wenige Wochen darauf rächte er sich, indem er auch seine Kollegen durch ein zu der Milizbill gestelltes Amendement zu Falle brachte. Lord Derby bildete ein neues Cabinet, das aber außer ihm selbst und Disraeli nicht eine politische Kapazität besaß und die Schwierigkeiten seiner Stellung selbst noch dadurch vermehrte, daß es aufs neue die Schutzollfrage aufwarf in einem Zeitpunkte, wo eben das Land das **Zusleben-**treten der niedrigsten Stufe der Zölle, des Einschillingtarifs (1. Februar 1849), mit lautem Jubel begrüßt hatte, wo die Aufhebung der Navigationsakte vom 1. Januar 1850 an und der wachsende Wohlstand der Theorie der Manchester-**schule** entschieden recht zu geben und noch ganz neuerdings der Freihandel in der Weltausstellung ein glänzendes Siegesfest gefeiert zu haben schien. Bereits am 16. Dezember 1852 trat das Toryministerium zurück und **Abberdeen**, der Führer der Peeliten, bildete ein neues. Die Seele desselben war der erst 43 jährige **Gladstone**, der sich schon 1838 durch sein Buch über die Beziehungen des Staates zur Kirche einen Namen gemacht, dann als glänzender Debatter, als Meister der parlamentarischen Beredsamkeit unter den Peeliten hervorgeleuchtet hatte. Zur allgemeinen Überraschung trat auch **Palmerston** wieder ein, zu desto größerer, als er nicht das Auswärtige übernahm, mit welchem sein Name unauflöslich verknüpft schien, sondern das Innere, das ihm bisher völlig fremd geblieben war. Der Wunsch, den neuen französischen Machthaber enger an England zu fesseln, bildete wohl den Beweggrund für seine Wiederverwendung. Auch dieses Kabinett lebte jedoch nicht lange. **Russells** Austritt und **Roebucks** Antrag (s. S. 61) brachten es zu Falle und nun war **Palmerston** als Premier unvermeidlich.

Der Krimkrieg war das letzte Beispiel, daß England selbsthandelnd in die Verhältnisse des europäischen Kontinents eingriff. Aus der Ermüdung, welche nach den gewaltigen Anstrengungen desselben über Parlament und Volk gekommen war, entwickelte sich mehr und mehr die Gewohnheit, an auswärtigen Verwickelungen sich nur durch diplomatische Mittel zu beteiligen, im übrigen sich durch das, was in der Fremde geschah, in dem behaglichen Genuß des inneren Wohlstandes so wenig wie möglich stören zu lassen. Die in dem Kriege zu Tage getretene Unwirksamkeit der Flotte gegen Küstenbefestigungen, sowie die seit demselben immer mehr aufkommende Bildung von Massenheeren, mit der Englands Landmacht nicht entfernt Schritt zu halten vermochte, unterstützten diese Abneigung sehr kräftig. Um so ungestörter konnte manche zweckmäßige Reform daheim zur Ausführung gebracht werden. Der Versuch, den Juden die Pforten des Parlaments zu öffnen, hatte zwar mehr als einmal das Schicksal, die Zustimmung des Unterhauses zu finden, um dann von den Lords verworfen zu werden; nachdem jedoch **Russells** Antrag, daß bei Vertheidigung eines Juden die Formel „bei dem wahren Glauben eines Christen“ in Wegfall zu bringen, durchgegangen war, hatte **Disraeli**, selbst ein Jude von Geburt, als Führer des Unterhauses die Genugthuung, am 26. Juli 1858



den Baron Rothschild als einen der Vertreter Londons seinen Sitz in demselben einnehmen und damit die Judenemanzipation ins Leben treten zu sehen. Auch die längst überlebte Vorschrift, wonach jedes Parlamentsmitglied sich als Grundbesitzer auszuweisen hatte, wurde aufgehoben und durch den Nachweis eines Einkommens, in Städten von 600, auf dem Lande von 300 Pfund ersetzt. Das Jahr 1857 sah die Abschaffung der Deportation, die zuerst 1717 gesetzlich eingeführt und mit der 1787 zuerst Botany Bay, später auch Vandiemensland und die Insel Norfolk bedacht worden waren. Schneller als die seit langem vergeblichen Klagen der Kolonisten machte die Entdeckung des australischen Goldes der Sache ein Ende, da es unmöglich war, Scharen von Verbrechern in ein von diesem verführerischen Metall strotzendes Land zu schicken, und an die Stelle der Deportation trat Strafarbeit in einer Kolonie. Im Jahre 1856 kam Cyrus W. Field, ein amerikanischer Kaufmann, nach Liverpool, um die Legung eines unterseeischen Kabels durch den Atlantischen Ozean in Anregung zu bringen. Der Gedanke schien chimärisch; wenigstens aber fand er höflichere Aufnahme als der Franzose F. v. Besséps, der wenige Monate später kam, um das englische Publikum für seinen Plan einer Durchstechung der Landenge von Suez zu gewinnen. Politiker, Kapitalisten und Ingenieure wiesen denselben mit gleicher Bestimmtheit zurück, sein besonderer Widersacher war Palmerston, weil dadurch Agypten noch mehr vom türkischen Reiche getrennt und anderen der Weg nach Ostindien geöffnet würde.

Von Dem, was jenseits der Ozeane, an der Peripherie des britischen Weltreichs sich zutrug, wurde dieses Stillleben nur an der Oberfläche berührt. Fortwährende Zwistigkeiten gab es mit China, das trotz des schrecklichen Bürgerkrieges, welcher seine südlichen Provinzen zersplitterte, sich den Verpflichtungen des Friedens von 1842 zu entziehen strebte. Die bisherigen Versuche, die durch Eroberung auf den Thron gelangte Dynastie der Tjing zu stürzen, waren jedesmal an der Furcht der Bevölkerung vor den Mandschu-  
truppen gescheitert; nachdem aber der Krieg gegen England die Schwäche dieser Krieger enthüllt hatte, gewannen dieselben größere Stärke. Ein Abenteuerer namens Hung-Siutsum ließ sich 1851 in der Provinz Kuangsi zum Kaiser ausrufen. Das am 19. März 1853 eroberte Nanking wurde zum Mittelpunkte des neuen Reiches, des Taiping, d. i. des großen Friedens, bestimmt. Obgleich Kaiser Hung, dem die Lehren der Missionäre den Kopf verdreht hatten, sich für einen jüngeren Bruder Christi ausgab, war der Aufstand doch nur eine nationale Erhebung der Chinesen gegen die mandschurische Fremdherrschaft. Er suchte diese reichangebauten Landstriche mit den entsetzlichsten Greueln heim, aber weiter als bis an den Jantsekiang vermochte er nicht gegen Norden vorzudringen und am 19. Juli 1864 beendete ihn die Wiedereinnahme von Nanking, nachdem er ungefähr zwei Millionen Menschenleben vernichtet hatte. Vor dem Fall der Stadt hatte sich der Taipingkaiser Tienwang samt seinen Weibern selbst verbrannt.

Je ohnmächtiger sich die Pekinger Regierung dieser Revolution gegenüber gezeigt hatte, um so weniger waren die Engländer geneigt, sich von ihr unbecueme Beweise von Kraft gefallen zu lassen, wie einen solchen der Gouverneur von Kanton Jeh gab, indem er auf dem Sikiang die unter britischer Flagge fahrende Dorch (= Kutter) Arrow anhalten und die Besannung wegen Piraterie verhaften ließ, auch die von dem englischen Konsul geforderte Freilassung der Gefangenen verweigerte unter Berufung darauf, daß das Schiff gar kein englisches, sondern ein chinesisches sei, das nur ab und zu widerrechtlich die britische Flagge führe. Die Erbitterung über den von den Engländern schwinghaft betriebenen Kulihandel, der durch angeblich freie Tagelöhner den Mangel an Sklaven in den Kolonien ersetzen sollte, hatte jedenfalls teil an diesem energischen Auftreten des Mandarinen. Sofort aber nahm sich der britische Gouverneur von Hongkong, J. Bowring, der Sache an, verlangte Entschädigung und das Versprechen, ein derartiges Verfahren nie wiederholen zu wollen; würde dieser Forderung nicht binnen 48 Stunden genügt, so drohte er mit Repressalien. Um diese zu vermeiden, erfüllte Jeh die Forderung, aber trotzdem ließ Bowring Kanton durch den Admiral Seymour beschießen und eine große Zahl Dschunken nehmen oder zerstören. Auf diese Brutalität antwortete Jeh damit, daß er einen Preis auf jeden Kopf eines Engländers setzte. Der Vorgang erregte daheim großes Aufsehen. Das Oberhaus verwarf zwar das von Lord Derby gegen die britischen Behörden in China beantragte Tadelsvotum, das Unterhaus aber, wo es Cobden, unterstützt von Gladstone, Disraeli, Roebuck, Dytton und Russell, einbrachte, nahm es mit einer Mehrheit von sechzehn Stimmen an. Allein obgleich es kaum ein zweites Beispiel von so grobem Mißbrauche des Rechtes des Stärkeren gegen den Schwächeren giebt, griff Palmerston zur Berufung an das Land, wohl wissend, daß dieses dem recht geben werde, der die Ehre der britischen Flagge gegen die frechen Barbaren aufrecht erhalten habe. Er trug einen vollständigen Sieg davon. Cobden und andere Häupter der Manchesterpartei verloren ihre Sitze und Palmerston kehrte mit verstärkter Kraft zur Regierungsgewalt zurück.

Blöthlich aber erlitt die Ruhe Englands eine Störung, wie sie schrecklicher kaum gedacht werden konnte. London feierte eben am 23. Juli 1857 das hundertjährige Gedächtnis der Schlacht bei Plassey, welche die britische Herrschaft über Indien begründet hatte, als dort eine Empörung ausbrach, durch welche diese Herrschaft in ihren Grundfesten erschüttert wurde. Unzweifelhaft verdankte Indien derselben zahlreiche Segnungen; namentlich die Verwaltung des Generalgouverneurs Lord Dalhousie (seit 1847) zeichnete sich durch eine Reihe der wohlthätigsten Reformen aus. Er baute Eisenbahnen und elektrische Telegraphen, Straßen, Kanäle und Bewässerungsanlagen, er schuf ein Postwesen und ein Unterrichtssystem für die Eingeborenen, er schritt gegen die Sitte des Kindermordes und der Witwenverbrennung ein. Aber er besaß auch den Geist eines Eroberers. Er fügte den Pendschab dem britischen Besitze hinzu, nachdem Lord Gough die Sikhs besiegt und ihre



Bundesgenossen, die Afghanen, durch die wilden Gebirgspässe zurückgetrieben hatte, er überzog Birma mit Krieg und zwang es 1854 zur Abtretung der Provinz Pegu, jeder Todesfall eines indischen Fürsten wurde benutzt, um sein Gebiet für verfallen zu erklären. So wurden Nagpur, Sattera, Khanfi, Berar der Reihe nach eingeزogen, zuletzt auch das Königreich Andh, das allein einen Zuwachs von 4—5 Millionen Seelen brachte. Als kostbarste Trophäe überreichte Dalhousie der Königin den berühmten Diamanten Kohinur, den der Maharadscha von Lahore ihm ausgeliefert hatte.

Einerseits diese in einen uralten Sittenzustand tief eingreifenden Neuerungen, andernteils der Umsturz, wenn auch durch Tyrannei entehrter, doch für heilig gehaltener Throne in rascher Aufeinanderfolge verletzten die einheimische Bevölkerung in eine heftige Aufregung und erfüllten sie mit doppeltem Widerwillen gegen die Fremdherrschaft. Fanatiker verkündeten eine alte Weissagung, nach welcher dieselbe nur hundert Jahre bestehen werde. Der Afghanenkrieg hatte gelehrt, daß englische Truppen nicht unbefiegbar seien, der Krimkrieg, dessen Unglücksfälle und Leiden von der Phantasie der Orientalen ins Überschwängliche ausgemalt wurden, und besonders die Erfolge der Russen auf asiatischem Boden hatten ihnen den Eindruck hinterlassen, daß Englands Macht im Schwinden sei. Man wußte, daß diese Macht vor einem Kriege mit China stehe zu derselben Zeit, wo der Generalgouverneur dem Schah von Persien den Krieg erklärt hatte, weil derselbe auf Anstiften Rußlands unter Verletzung des 1853 mit England geschlossenen Vertrags Herat angegriffen und am 26. Oktober 1856 zur Ergebung gezwungen hatte, und daß General Dutram mit einer beträchtlichen Truppenmacht gegen diesen Feind ausgezogen sei. So war alles reif zum Ausbruch. Es bedurfte nur noch eines Funken, um den Brennstoff in Flammen zu setzen, und diesen lieferte die Einführung der Enfieldbüchsen, deren beim Gebrauch mit den Zähnen zu öffnende Patronenhülsen angeblich mit einer Mischung von Hinds- und Schweinefett getränkt waren. Dem Hindu ist aber die Kuh ein heiliges Tier und dem Muhamedaner gilt das Schwein als unrein. Obgleich der Generalgouverneur diese Gerüchte für falsch erklären ließ, blieben die eingeborenen Soldaten dabei, daß ein Anschlag gegen ihre Religion im Werke sei, die Hindus zumal fürchteten den Verlust ihrer Kaste und beargwöhnten ihre britischen Herren, daß das nur der Anfang zur gänzlichen Abschaffung des denselben lästigen Kastenwesens sein solle. Ein Geist der Auflehnung griff um sich, ganze Abteilungen weigerten sich, das neue Gewehr in Gebrauch zu nehmen und die strenge Bestrafung der Widersetzlichen steigerte nur die Erbitterung. Es war ein Gemisch von militärischen Beschwerden, nationalem Haß und religiösem Fanatismus, was hier zusammenwirkte. Auch die einheimischen Fürsten waren beteiligt, und, was die Engländer nie für möglich gehalten hatten, Muhamedaner und Hindus vergaßen ihre religiösen Antipathien, um sich gegen die Christen zum Umsturz der englischen Herrschaft über Indien zu verschwören. Im Norden standen 120 000 Mann eingeborener Truppen in englischem Dienste,

europäische nur 22 000. Die eingeborene Armee in sämtlichen drei Präsidentenschaften belief sich auf 300 000 Mann, die europäische nur auf 43 000, und von diesen standen jetzt 5000 gegen Persien im Felde, die übrigen über einen ungeheuern Raum verstreut. Die Aussichten für einen Aufstand waren also so günstig wie möglich.

Am 10. Mai 1857, kurz nachdem Lord Canning Dalhousies Nachfolger geworden, brach die offene Meuterei in Merut aus. Die Sepoys mordeten ihre Offiziere und andere Europäer und befreiten 80 ihrer Kameraden, die wegen Widerseßlichkeit zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt worden waren. Die europäischen Truppen sammelten sich zwar und trieben sie zurück, nun aber warfen sich die Meuterer auf Delhi, riefen dort den alten achtzigjährigen König, den Nachkommen Timur Lamerlans, jetzt aber seit langen Jahren Pensionär der Ostindischen Kompanie, zum Kaiser von Indien aus und pflanzten die Fahne des Aufsturus auf seinem Palaste auf. Große Kriegsvorräte fielen ihnen hier in die Hände. Die Sepoys der Umgegend schlossen sich an; aus der Meuterei war ein National- und Religionskrieg geworden.

Obgleich es seit langer Zeit nicht an Warnungsstimmen gefehlt hatte, trafen doch die Nachrichten von diesen Vorgängen das Mutterland wie ein Donner Schlag, zumal dieselben mit furchtbaren Übertreibungen dahin gelangten. Das ganze Land entsetzte sich bei den Berichten von Massenniedermetzelungen, grausamen Martern und schändlichen Greueln, die an Wehrlosen, an Weibern und Kindern verübt worden sein sollten. Der Gedanke an die Behauptung Indiens wurde verschlungen durch den Durst nach Rache. Wie erst in diesem Lande selbst, wo die Gefahr an die Thür jedes Einzelnen klopfte! Zum Glück ließ sich Lord Canning nicht von derselben Leidenschaft fortreißen, sondern handelte besonnen. Auf eigene Verantwortung hielt er die nach China bestimmten Truppen auf, um sie zur Unterwerfung des Aufstandes zu verwenden. Günstig für ihn war, daß der Krieg gegen Persien nur kurze Zeit dauerte, indem am 4. März 1857 unter französischer Vermittelung zu Paris ein Friede zu stande kam, in welchem der Schah gegen Rückgabe der englischen Eroberungen Herat räumte und bei künftigen Streitigkeiten mit den Afghanen zunächst Englands gute Dienste anzurufen versprach. Es gelang, die Präsidentschaften Madras und Bombay vor der Ansteckung durch den Aufstand zu bewahren, ebenso die bei Lahore stehenden Sepoys zu entwaffnen und dadurch den Besitz dieser wichtigen Provinz zu sichern. Den Pendschab hielt der Oberkommissar John Lawrence im Gehorsam und damit blieb das Nötigste, die Basis für den gegen Delhi zu führenden Schlag, erhalten. Auch bewahrten wenigstens einige der eingeborenen Fürsten den Engländern die Treue, namentlich der Maharadschah Sindia von Gwalior und Rani, die Prinzess von Jhansi, die in der Uniform eines Kavallerieoffiziers die Ihrigen persönlich in der Schlacht befehligte.

Alles dies konnte aber doch nicht hindern, daß der Aufstand, während die Belagerung von Delhi unter vielen Schwierigkeiten nur langsam von der



Stelle rückte, auch an anderen Punkten ausbrach. Der Gouverneur von Audd, Henry Lawrence, mußte sich in Lucknow vor demselben mit sämtlichen Europäern, Männern, Weibern und Kindern in die besetzte Residenz zurückziehen und sich geduldig belagern lassen; er selbst wurde durch eine Kugel getödet. Der Kommandant von Cawnpur, Hugh Wheeler, hatte ihn um Hilfe angerufen, da aber in Lucknow kein Mann zu entbehren war, sich an seinen für treu gehaltenen Nachbar Menah Sahib gewendet, der auch alsbald mit erheuchelter Bereitwilligkeit kam. In Wahrheit dürstete er nach Rache, weil ihm die englische Regierung eine ihm zustehende Pension verweigert hatte. Kaum angelangt, stellte er sich an die Spitze der Empörung. Die in dem Magazin umzingelten Engländer, 465 Männer nebst 280 Frauen und ebensoviele Kindern, wiesen, obgleich durch Hitze und Mangel furchtbare Qualen leidend, heldenmütig alle Angriffe zurück. Da Menah verzweifelte, sie mit Gewalt zu bezwingen, bot er ihnen gegen Niederlegung der Waffen freien Abzug. Einen anderen Ausweg gab es nicht. Aber im Begriff über den Ganges zu setzen, wurden die Abziehenden verräterischerweise überfallen, die Männer auf der Stelle erschossen, die Weiber und Kinder gefangen. Allein schon war General Havelock mit 1000 Engländern und sechs Kanonen im Anmarsch; nachdem er sich den Weg durch verschiedene, an Zahl weit überlegene Scharen der Empörer gebahnt hatte, erschien er vor Cawnpur. Bolls Wut ließ da Menah seine Gefangenen abschlachten, einige noch lebend in einen Brunnen werfen. Vor den Thoren der Stadt wagte er noch einen Kampf; geschlagen floh er in die Sümpfe von Nepal, niemand hat je wieder etwas von ihm gehört. Nur sein Leutnant und Mitschuldiger an dem Morde Tantia Topih wurde später ergriffen und gehangen. Am 20. September wurde Delhi nach langer und hartnäckiger Belagerung durch Archidale Wilson mit Sturm genommen, der König mitsamt seiner Familie gefangen, er selbst zur Deportation verurteilt, drei seiner Prinzen ohne weiteres erschossen, sein Palast geplündert. Der eben aus dem persischen Kriege zurückkehrende General Dutram wurde mit unbeschränkter Vollmacht nach Audd gesandt: er übertrug dem tapfern Havelock die ruhmvolle Aufgabe, Lucknow zu entsetzen und die dort Eingeschlossenen vor dem gleichen Schicksale wie die zu Cawnpur zu retten. Dieser bahnte sich zwar unter schweren Kämpfen den Weg dahin, wurde aber dann selbst in der Stadt eingeschlossen und mußte abwarten, bis der zum Oberbefehlshaber aller indischen Truppen ernannte Sir Colin Campbell ihn entsetzte und die Wehrlosen nach Calcutta in Sicherheit brachte. Von den Anstrengungen erschöpft, starb Havelock am 24. November, Campbell nahm darauf Cawnpur und am 19. März 1858 auch das tapfer verteidigte Lucknow, die beiden Hauptherde der Empörung. Planlos geführt erlosch dieselbe von da an allmählich, der Krieger räumte dem Henker den Platz, der mit entsetzlicher aber unvermeidlicher Strenge seines Amtes waltete, und am 1. Mai 1859 konnte England ein allgemeines Dankfest für die Beendigung des Aufstandes feiern.

Diese Ereignisse machten auch der Regierungsgewalt der Ostindischen Handelskompanie ein Ende. Thatsächlich stand die Verwaltung Indiens schon lange nicht mehr unter deren Kontrolle. Der Board of Director wurde nur zu dem einen Teile von der Kompanie, zum andern von der Regierung ernannt, durch den Board of Control hatte diese das Recht, die Beschlüsse der Kompanie zu prüfen und abzuändern, die Krone ernannte den Generalgouverneur, die Kompanie konnte ihn abberufen. Eine Doppelregierung, deren Unzweckmäßigkeit seit langem einleuchtete und deren Fortdauer durch die Erfahrungen des Aufstandes zur Unmöglichkeit wurde. Nachdem bereits im Jahre 1853 das Privilegium der Kompanie nicht wieder auf eine bestimmte Frist sondern nur bis dahin, wo das Parlament anders bestimmen würde, erneuert worden war, ging nunmehr durch Beschluß des letzteren die volle Regierungsgewalt über Indien vom 1. September 1858 an auf die Krone über. Die Königin Viktoria wurde durch ganz Indien als Herrscherin proklamiert, Lord Canning wurde ihr erster Vizekönig. —

Während des indischen Aufstandes war der Krieg gegen China vertagt worden. Jetzt fand England für denselben auch die Mitwirkung Frankreichs, welches ebenfalls seit langer Zeit wegen Ermordung von Missionaren und dafür verweigerter Genugthuung Beschwerden gegen das Reich der Mitte hatte. Zudem kam es dem Kaiser Napoleon sehr gelegen, seine Waffen abermals mit denen Englands vereinigen zu können, und zwar zu einem Unternehmen, das keine großen Schwierigkeiten bot. Da die Chinesen hartnäckig blieben, wurde Canton am 29. Dezember 1857 durch die verbündete Flotte mit Gewalt eingenommen, wobei der Mandarin Yeh in Gefangenschaft fiel. Aber erst als die Verbündeten sich gegen die Peihomündung wendeten, die dieselben beschützenden Forts einnahmen und den Strom hinauffuhren, beugte sich der Stolz der chinesischen Regierung. Der durch Lord Elgin und Baron Gros am 26—27. Juni 1858 mit ihr geschlossene Friede von Tientsin räumte England und Frankreich das Recht ein, wenigstens bei gewissen besonderen Gelegenheiten Gesandte am Hofe von Peking zu halten, wie umgekehrt dem Kaiser von China in London und Paris. Den Christen wurde in China Duldung zugesichert, den Schiffen der Verbündeten freier Zugang zu den chinesischen Flüssen, ihren Unterthanen zu dem Innern des Landes. China bezahlte die Kriegskosten, die Bezeichnung Barbaren sollte nicht mehr auf Europäer angewendet werden dürfen. Auch Rußland und die Vereinigten Staaten beteiligten sich an diesem Vertrage. Der französische Admiral Rigault de Genouilly benutzte seine Anwesenheit in diesen östlichen Gewässern, um im Verein mit einem spanischen Geschwader auch von dem Könige von Anam für die Ermordung von Missionaren und bekehrten Christen Genugthuung zu fordern. Am 17. Februar 1859 eroberte er Saigun und schlug die zum Entsatz anrückenden Heere. Der König von Anam bat hierauf zwar um Frieden, aber die Unterhandlungen zerschlugen sich; erst 1866 endigten die Feindseligkeiten und Frankreich trat in den freilich noch keineswegs ruhigen Besitz einer neuen Kolonie.



Der Friede von Tientsin hatte jedoch nur sehr kurzen Bestand. Als die Vertreter Englands und Frankreichs sich zur Auswechslung der Ratifikationen nach Peking begeben wollten, sahen sie sich an der Mündung des Peiho durch die wiederhergestellten Takuforts den Weg versperrt, deren Befehlshaber erklärten, ohne Weisung wegen Durchlassung der Gesandten zu sein. Sie erboten sich zwar, dieselbe aus Peking einzuholen, da aber Admiral Hope dies nur für eine der gewöhnlichen chinesischen Ausflüchte hielt, so versuchte er die Einfahrt mit Gewalt zu erzwingen, wurde jedoch zurückgeschlagen. Trotzdem bezeugte die englische Regierung wenig Lust, schon wieder zum Äußersten zu greifen, sie gab aber dem Drängen Kaiser Napoleons nach, der begierig war, sowohl der Welt einen abermaligen Beweis von der Festigkeit seiner Allianz mit England als auch seinem Klerus durch Beschützung der religiösen Interessen eine Genugthuung, dem Sensationsbedürfnisse seines Volkes eine neue Nahrung zu geben. Am 30. August 1860 bemächtigten sich die Verbündeten, ohne einen Schuß zu thun, der Takuforts, nahmen dann nach hartnäckigem Kampfe die auf dem linken Flußufer gelegenen, worauf die übrigen sich ergaben, und fuhren nunmehr ungehindert bis Tientsin hinauf. Ein Mandarin erster Klasse fand sich hier ein, die Friedenspräliminarien wurden festgesetzt, plötzlich aber verschwand der Unterhändler; das Ganze war nur eine List gewesen, um dem Obergeneral San-ko-li-tsin Zeit zur Vorbereitung der Gegenwehr zu verschaffen. Die Nähe des Winters gebot Eile, die verbündeten Generale entschlossen sich auf Peking zu marschieren. Unterwegs kamen ihnen Prinz Tsai und der Kriegsminister Khung entgegen, abermals nur um Zeit zu gewinnen. Von sechs Engländern und zwölf Franzosen, die verräterischerweise in die Hände der Chinesen gefallen waren, wurden die einen ermordet, die anderen unmenschlich gemißhandelt. Den Weitermarsch sahen sich die Verbündeten durch 50 000 Tataren verlegt. Der sich entspinnende Kampf endigte mit der vollständigen Niederlage der Feinde. Aber auch diese entmutigte die Chinesen noch nicht. An der über den Kanal führenden Brücke bei Palikao wurden die Verbündeten nochmals von ungeheuren Massen tatarischer Reiterei angefallen, die nur mit Luntenslinten oder selbst nur mit Bogen bewaffnet waren und ohne jede Kriegskunst kämpften. Auch diese wurden geworfen und nun stand der Weg nach Peking offen. Prinz Kong, des Kaisers jüngerer Bruder, erschien mit der Bitte um Einstellung der Feindseligkeiten, da aber die Chinesen die sofortige Freilassung der Gefangenen verweigerten, ohne Erfolg. Zum erstenmale betrat der Fuß von Europäern die Hauptstadt des Himmlischen Reiches, welche die Phantasie bisher über Gebühr vergrößert hatte. Sie fanden sie ebenso wie den kaiserlichen Palast verlassen. Die von dem französischen Obergeneral Montauban seinen Leuten erteilte Erlaubnis, sich aus letzterem ein Andenken mitzunehmen, artete in die schmachvollste Plünderung der prächtigen, mit Kostbarkeiten aller Art angefüllten Gebäude aus. Den Sommerpalast Yuen-Ming-Yuen mit allen seinen unerseßlichen Schätzen übergab Lord Elgin zur Sühne für die grausame Behandlung der

Gefangenen den Flammen. Trotzdem begann die Lage der Verbündeten, denen der in die Mandschurei geflohene Kaiserhof unerreichbar war, mißlich zu werden, als, dank den Bemühungen des Prinzen K'ong und der Vermittelung des russischen Gesandten Ignatiew, am 25. Oktober 1860 der Friede zu Stande kam. Derselbe sprach den europäischen Mächten das Recht zu, Gesandte in Peking zu halten, öffnete Tientsin und andere Städte dem Handel, gewährte eine Kriegssentschädigung von acht Millionen Taels (= 48 Millionen Mark), gab die Auswanderung aus China frei und trat das Gebiet von Cu-lun an England ab. Da kurze Zeit darauf, August 1861, der Kaiser Hien fong starb, so gab Prinz K'ong, welcher für seinen unmündigen Neffen die Regentschaft führte, durch die jüngsten Erfahrungen belehrt, das altchinesische System der Absperrung auf und schloß auch mit anderen Staaten, mit Preußen im Namen des Zollvereins (14. Januar 1863), mit Spanien, Portugal und Dänemark Handelsverträge ab. Die Westmächte liehen sogar dem Regenten ihre bewaffnete Unterstützung zur Bewältigung des Taipingaufstandes.

So widerwillig im ganzen das Volk und Beamtentum Chinas dieser großen Wandelung folgten, so war doch damit die epochemachende Thatsache der Öffnung Ostasiens, seiner Einbeziehung in den allgemeinen Weltverkehr vollzogen. Bereitwilliger unterwarf sich derselben, nachdem sie einmal unvermeidlich geworden, das benachbarte Inselreich Japan.

Das göttliche, zur Erde herabgestiegene Oberhaupt des Reiches, der Mikado oder Tenno, entstammte einer bis ins siebente vorchristliche Jahrhundert zurückreichenden Dynastie, der ältesten der ganzen Welt, und übte seine Herrschergewalt hauptsächlich durch den Kronfeldherrn, den Shogun oder Taikun, neben welchem sich allmählich die Feudalaristokratie der Daimios ausbildete. Nachdem jedoch im zwölften Jahrhundert mehrere dieser Fürsten einen verunglückten Versuch gemacht hatten, die weltliche Herrschaft an sich zu reißen, wurde die Macht des Mikado von dem mit der Zeit erblich gewordenen Shogun zu einem leeren Schatten herabgedrückt, seine Person in unnahbarer Abgeschlossenheit gehalten. Der Verkehr mit den Nachbarländern und die Einwanderung aus denselben war bis Ende des 16. Jahrhunderts frei; auch die Einführung des Christentums, zuerst durch verschlagene Portugiesen, dann durch die Missionsthätigkeit der Jesuiten, fand kein Hindernis, selbst von den Daimios nahmen mehrere die Taufe. Nachdem jedoch der 1582 durch Adoption zur Würde des Shogun gelangte Bauernsohn Hideyosi, der sich später Taikosama, d. i. unumschränkter Herrscher, nannte, eine Empörung des Daimios, die sich vorzugsweise auf die Christen stützte, zu bekämpfen gehabt hatte, verhing er nicht bloß gegen diese die grausamste Verfolgung, sondern verschloß auch das Reich für immer allen Ausländern mit alleiniger Ausnahme der Chinesen, denen jedoch, wie später auch den Holländern, der Zutritt nur an einigen wenigen Punkten und auch da nur unter den lästigsten Beschränkungen gestattet blieb. Den Eingeborenen war bei Todesstrafe verboten, das Land zu verlassen. Eine Wandlung trat





Montauban, Graf von Palisao. Nach Photographie.

in diesem Zustande vollständiger Absperrung erst ein, als die Vereinigten Staaten durch die Erwerbung Kaliforniens und das rasche Aufblühen von San Franzisko ein unmittelbares Interesse gewannen, westwärts Handelsverbindungen anzuknüpfen und namentlich auch für ihre Walfischfahrer Zufluchts-  
häfen an der japanischen Küste zu finden. Sie waren daher die ersten, welche Breche in denselben legten. Ihr Commodore Perry nötigte dem Shogun den Vertrag vom 31. März 1854 ab, durch welchen die Vereinigten Staaten das Recht erhielten, in den Häfen Hakodade und Simoda Holz, Wasser und Lebensmittel einzunehmen, Handel zu treiben und Konsuln zu halten; Vergünstigungen, die bald erweitert und auch auf die übrigen seefahrenden Nationen ausgedehnt wurden. Eine japanische Gesandtschaft besuchte Paris und London. Auch hier erzeugte jedoch die Plöblichkeit dieses Umschwunges eine heftige Reaktion. Der Fremdenhaß der Daimios machte sich nicht nur in Gewaltthätigkeiten gegen die Ausländer Luft, für welche dann von diesen strenge Repressalien geübt wurden, sie wendeten sich auch gegen den Shogun, dessen Ansehen im Gedränge zwischen den Kanonen der Seemächte und der Unzufriedenheit des Volkes immer mehr verblaßt war. Im Jahre 1866 kam es zum offenen Bürgerkriege und dieser endigte 1868 mit der völligen Aufhebung des Shogunats und der Rückgabe der Regierungsgewalt an den Mikado, der seine Residenz nach Jedo, von nun an Tokio genannt, verlegte. Zugleich aber wurde die Aristokratie der Daimios gebrochen und von da an lenkte Japan, den einzigen Aufstand von Satsuma im Jahre 1877 abgerechnet, stetig und mit einer die Welt in Staunen setzenden Energie in die Bahnen der so lange ferngehaltenen europäischen Kultur ein.



## Viertes Kapitel.

### Napoleon III. und die Begründung der Einheit Italiens.

Der Krimkrieg war der höchste Triumph des zweiten Kaiserreiches. Napoleon III. hatte den Franzosen den so lange schmerzlich entbehrten Waffenruhm zurückgegeben und Europa den Frieden diktiert. Die Geburt eines Sohnes versprach seiner Dynastie Dauer. Das Orakel, welches die politische Welt bisher aus Petersburg geholt hatte, wurde jetzt in Paris befragt; dort liefen die Fäden der europäischen Politik zusammen. Der Besuch des Prinzen Friedrich Wilhelm von Preußen, des Bräutigams der englischen Prinzessin Viktoria, am Kaiserhofe im Dezember 1856 gab das Zeichen zu einer förmlichen Pilgerfahrt regierender und prinzlicher Herren nach den Tuileries und die alten Dynastien wetteiferten in Artigkeiten gegen den neuen Machthaber. Zur Zeit der Weltausstellung entfaltete das Kaiserreich seinen höchsten Glanz; Tag für Tag gab es Revuen auf dem Marsfelde oder Feste in den Tuileries. Die Taufe des kaiserlichen Prinzen wurde mit verschwenderischer Pracht gefeiert; der Legat, der den Papst Pius IX. als Paten vertrat, überbrachte der Kaiserin die geweihte goldene Rose.

Im Innern erschien die neue Herrschaft unerschütterlich fest begründet; eine ihrer stärksten Stützen bildete der Klerus. Wie dieser die Präsidentenwahl Ludwig Napoleons unterstützte, so hatte er auch alle Mittel, über die er verfügte, in den Dienst des Staatsreiches gestellt, den Erwählten als den neuen Konstantin und Karl den Großen gefeiert. Das Fallouysche Unterrichtsgesetz von 1850 hatte dem Bunde beider die Weihe gegeben, und wenn dasselbe auch nachher Abänderungen erlitt, durch welche der Einfluß des Klerus zu gunsten desjenigen der Präfekten Einschränkungen erfuhr, so blieb jenem doch noch immer ein großer Spielraum, um seine Herrschaft über die Geister auszudehnen. Auf der Salette in der Dauphiné erschien die Jungfrau Hirtenkindern, der Ort wurde das Ziel von Wallfahrten. Die am Tage Mariä Geburt gelungene Eroberung des Malakow schrieben ultramontane Bischöfe der besonderen Huld der Mutter Gottes zu und der Kaiser bewilligte einen Teil der in Sebastopol erbeuteten Kanonen zu einem Kolossalstandbilde derselben, welches das Zeugnis von dem Bunde zwischen Kaiserreich und Kirche bis zu den Wolken tragen sollte. Als am 3. Januar 1857 der Erzbischof Sibour von Paris in der Kirche St. Etienne durch einen entlassenen

Priester (Bergès) unter dem Rufe „Nieder mit den Göttingen!“ ermordet wurde, gaben die Ultramontanen zu verstehen, das sei die Strafe des Himmels für Sibours Opposition gegen das Dogma von der unbefleckten Empfängnis. Immerhin war das Gesetz von 1850 von den Merikalen nur als Abschlags-



Eugène Rouher. Nach Photographie.

zahlung hingenommen worden und der Unterrichtsminister Fortoul gab ihnen thatsächlich darin recht, indem er die Art an die dieser Partei so verhasste Universität legte. Von der einst so stolzen und mächtigen Anstalt blieb wenig mehr als der Name übrig. Die berühmtesten Professoren wurden gezwungen, sich vom Lehramte zurückzuziehen oder gaben freiwillig ihre Ent-



lassung. Dann wurde die Université in 27 Akademien geteilt, der oberste Unterrichtsrat umgestürzt, das Collège de France, das Museum der Naturgeschichte und die übrigen wissenschaftlichen Hochschulen reformiert, ihrer Selbstständigkeit und ihres Selbstergänzungsrechtes beraubt, indem man von Staatswegen ernannte Mitglieder in sie einschob. Die philosophischen und literarischen Studien in den Mittelschulen erfuhren eine beträchtliche Einschränkung und im Jahre 1854 konnte sich Fortoul rühmen, das Trivium und Quadrivium wiederhergestellt zu haben.

Um so weniger Gefahr drohte der Regierung von den Legitimisten. Konnten auch die Parteigänger des göttlichen Rechtes nicht anders als den Grundsatz der Volkssouveränität, auf welchem das Kaiserreich zu ruhen behauptete, verdammen, so machten sie doch, mit Ausnahme der versteiften Royalisten, ihren Frieden mit demselben und viele von ihnen ließen sich sogar herbei, Ämter und Würden von ihm anzunehmen. Auch die Orleansisten waren für das Kaiserreich kein Gegenstand der Furcht. Die Mittelklassen, aus denen sie sich hauptsächlich rekrutierten, standen noch so unter dem Eindrucke des Schreckens vor dem Sozialismus und der Angst vor der sie umlauernden Spionage, daß sie kein Lebenszeichen zu geben wagten, und die Prinzen von Orleans, die auf die Nachricht vom 2. Dezember sogleich herbeigeeilt waren, überzeugten sich bald, daß für sie hier nichts zu machen sei. Der Richterstand, unter dem sich Dupin, Portalis und so viele andere hervorragende Orleansisten befanden, schloß sich ohne Widerrede dem Kaiserreich an, das eben die ganze große Partei der Ordnung über sich ergehen ließ, um nur die Republik loszuwerden. Guizot, Salvandy, Duchatel und andere arbeiteten an einer Fusion zwischen Orleansisten und Legitimisten; man dachte an eine Adoption des Grafen von Paris durch den kinderlosen Grafen von Chambord. Nemours machte sich zu letzterem auf den Weg nach Frohsdorf und das Haupt der älteren Linie erwiderte 1854 den Besuch bei der verwitweten Königin Maria Amalie in England; aber der Plan scheiterte an dem unüberwindlichen Widerstande der Herzogin von Orleans, welche seine innere Undurchführbarkeit wohl erkannte. Die Arbeiterpartei und der Socialismus waren mit dem 2. Dezember verschwunden. Zwar schickten sich die an diesem Tage Besiegten an, jenseit der Grenzen Frankreichs neue Herde von Verschwörungen zu errichten; aber aus notwendiger Rücksicht auf den Kaiser wiesen fast sämtliche Regierungen die französischen Flüchtlinge aus, so daß sie nur noch in England eine Zufluchtsstätte fanden. Die Presse wurde durch das von Rouher erfundene System der Verwarnungen gezähmt und unter strengster Aufsicht gehalten. Die Preshvergehen waren den Geschworenen entzogen und dem Zuchtpolizeigerichte überwiesen. Eine zweimalige Verurteilung in einem Jahre, unter Umständen schon eine einzige, genügte, um die Unterdrückung eines Blattes nach sich zu ziehen, eine einfache Ministerialverfügung, um es auf zwei Monate zu suspendieren. Auswärtige Blätter durften nur mit Genehmigung der Regierung zirkulieren.

Bedurfte das Kaiserreich nach so großen Erfolgen noch eines weiteren Nachweises für die Berechtigung seines Daseins, so schien diesen das in ungeahnten Dimensionen fortschreitende Wachstum des materiellen Wohlstandes zu liefern. Binnen Jahresfrist stieg der Ertrag der indirekten Steuer um 61 Millionen, die fünfprozentige Rente von 56 auf 82. Die mit glänzendem Erfolge durchgeführte Umwandlung der letzteren in eine 4 $\frac{1}{2}$  prozentige ent-



Graf von Chambord. Nach Photographie.

lastete nicht nur den Staatschatz, sie warf auch billigeres Kapital auf den Markt, welches den Unternehmungsgeist anreizte. Diesem ließ es Napoleon nicht an Förderung von oben fehlen. Noch die letzten Maßregeln aus der Zeit seiner Diktatur waren die Ermächtigung zur Bildung von Bodenkreditanstalten und zur Errichtung landwirtschaftlicher Kammern in den Departements gewesen. In dem *Crédit mobilier*, einer Erfindung der Gebrüder Pereyre, entstand eine neue Art von Banken, bestimmt, die Masse der kleinen Kapitalien an sich zu ziehen und mit denselben industrielle Unternehmen ins Leben zu rufen und zu betreiben. Das Kanal- und das Eisenbahnwesen nahmen einen kräftigen Aufschwung. Für Paris begann mit der Ernennung *Hausmanns*



zum Seinepräfekten eine neue Ära, die der Umwandlung der alten, engen und winkelförmigen Hauptstadt in eine neue strategisch angelegte mit breiten prächtigen Boulevards und geradlinigen Straßen; zu dem dazu erforderlichen Aufwande von 180 Millionen hatte die Stadt selbst den dritten Teil zuzuschließen. Das Gehölz von Boulogne wurde zu einem reizvollen Park umgeschaffen und mit der Beseitigung der häßlichen Gebäude, welche die Tuilerien



Seinepräfekt Haubmann. Nach Photographie.

vom Louvre trennten, begann der Ausbau dieses Komplexes von Palästen, dessen Vollendung der Kaiser am 13. August 1857 durch die Stiftung der St. Helenamedaille feierte.

Ein Hauptbeweggrund bei der Inangriffnahme dieser großen öffentlichen Arbeiten lag in dem Wunsche, der Arbeiterbevölkerung lohnende Beschäftigung zu verschaffen. Das Problem, wie die materielle Lage der unteren Klassen zu verbessern sei, hatte schon den Verbannten und den Gefangenen von Ham beschäftigt. In diesem Sinne wurde die Einstellung aller öffentlichen Arbeiten an Sonn- und Feiertagen verfügt, die schlecht verwalteten Hospitäler, Heimstätten und Leihhäuser reformiert, die Arbeitsnachweisungsbureaus geregelt.

Die eigentliche Triebfeder jedoch bei allem, was für den vierten Stand geschah, war doch nicht eine humane, sondern eine politische. Durch die Massen zur höchsten Gewalt erhoben, hatte der Kaiser nichts mehr zu fürchten als die Unzufriedenheit der Massen. Die Befriedigung ihrer Bedürfnisse, ihrer Begehrllichkeit wurde die oberste Rücksicht für das System des zweiten Kaiserreiches. Keine Pietät, nur das materielle Interesse band die Massen an dieses und drückte ihm damit den Stempel des nackten Materialismus, der Mißachtung aller idealen Güter auf, und die Empfänglichkeit, mit der auch die höheren Schichten, trotz ihrer Abneigung gegen das Kaiserreich, diesem Zuge folgten, gab den erschreckenden Beweis, daß der glänzenden Wiederherstellung der äußeren Machtstellung Frankreichs im Innern ein tiefer Verfall der politischen wie der sittlichen Volkskräfte zur Seite ging, für welchen die Nation selbst weit mehr verantwortlich war, als das herrschende Regierungssystem. Da sich die Welt der Gebildeten nicht mehr mit den großen politischen Fragen beschäftigen durfte, von denen sie sich früher so gern aufregen ließ, verfiel sie nicht bloß in Schwäche und Lethargie, sondern auch in Verderbnis. Einzig mit müßigem und frivolem Geschwätz beschäftigt, unterhielt sie sich mit der Lästerschönheit der Stadt und des Hofes; es bildete sich eine besondere Spielart der periodischen Presse, die den Skandal geschäftsmäßig betrieb und die verborgensten Geheimnisse des Privatlebens schamlos an die Öffentlichkeit zog. Die Akademie, ohnehin nur noch ein Schatten ihrer früheren Größe, würde gänzlicher Vergessenheit verfallen sein, wenn sie nicht in dem allgemeinen Schweigen, das seit dem Staatsstreich auf Frankreich lag, noch allein das Recht gehabt hätte zu reden. Die Charakterlosigkeit der Tagespresse voll zu machen, gestaltete sich die Zurweisung der amtlichen Bekanntmachungen in der Hand der Präfekten zur förmlichen Subvention an gewisse Blätter, andere standen im Solde von Finanzgrößen und dienten noch dem Börsenspiel. d. h. der Ausbeutung der kleinen Kapitalisten durch den Großkapitalisten.

Denn der von oben her angefeuerte Unternehmungsgeist, jene „Demokratisierung des Kapitals“ durch den Crédit Mobilier und ähnliche Anstalten, mittelst deren die Regierung sich gewissermaßen vermaß, die Vorsehung für das Volksvermögen zu spielen, entfesselte eine wilde Spekulation, einen wahnwitzigen Tanz um das goldene Kalb, die eben darum um so zügelloser tobten, je weniger sie an der Geltung höherer, idealer Interessen ein Gegengewicht fanden. Paris wurde der Mittelpunkt einer univervellen Agiotage und die Stätte eines Luxus, der das Gold mit vollen Händen austreute und im fortwährenden Sinnengenuß dahinlebte. Schien einmal der Goldstrom versiechen zu wollen, so brachte ihn eine neue Aktienemission sofort wieder zum Steigen. In diesem Getriebe bildete sich eine ganz neue Gesellschaft, ein buntes und bizarres Gemisch von Tagesgrößen, dem jeder Zusammenhang mit der Vergangenheit fehlte, von plötzlich zu Reichtum gelangten Spekulanten, Intriganten und denjenigen, welche die Siegesbeute des Staatsstreiches unter sich teilten. Die meisten von der letzteren Art waren ruinierte Menschen,





Kaiserin Eugenie mit den Damen ihres Hofstaates.

Nach dem Gemälde von Franz Xaver Winterhalter (1806—1873).





vor allem bedacht, sich von ihren Gläubigern zu befreien. Vergebens suchte der Kaiser diese Mitschuldigen loszuwerden; einmal ihnen verschrieben, mußte er ihnen folgen. Diese neue Gesellschaft gab auch dem Tuilerienhofe seinen Charakter. Aller Glanz und alle Pracht seiner Außenseite reichten nicht hin, um den darunter lagernden Unrat von Libertinage, Günstlingsunwesen, Skandal und Gemeinheit zu verdecken. Die Entfaltung eines übermäßigen Luxus regte naturgemäß die Frage nach der Quelle dieser großen Vermögen an und bewirkte, daß sich die ärgerlichsten Gerüchte über unsaubere Spekulationen selbst an die höchstgestellten Personen hefteten. Der Prinzgemahl entdeckte in der Umgebung des Kaisers „etwas von dem Geruch der Kantine und Baracke.“ Niemand wäre mehr berufen gewesen, in diesem Kreise einen edleren Geist einzubürgern als die erste Frau des Reiches, aber dazu reichte weder die Bildung ihres Geistes noch die ihres Herzens aus; verstand sie doch trotz ihrer Schönheit nicht einmal die Liebe des Volkes zu gewinnen, dessen Stolz sich schwer in eine Kaiserin fand, die auch nur ein Emporkömmling war. Ebensovienig aber besaß ihr Gemahl die Kraft, seine Umgebung aus dem Sumpfe zu ziehen, nicht bloß, weil er selbst durch seine sinnliche Ausschweifung, seine trotz seiner Verheiratung fortgesetzte Mätressenwirtschaft ihr ein schlechtes Beispiel gab, sondern hauptsächlich, weil er dem Grundsatz seines Oheims huldigte, daß man die Menschen am besten durch ihre Fehler regiere.

So verstrickte sich das Kaiserreich fort und fort in den inneren Widersprüchen seines Wesens. Es rühmte sich, auf der wahren Demokratie zu ruhen und war Knechtschaft, es verhieß dem Volke ein goldenes Zeitalter und tötete die Gedankenfreiheit, es kündigte sich als den Frieden an und begann, lebte und endete mit Krieg, es prahlte mit seiner Macht und bangte um sein Dasein. Unfähig durch sich selbst, sich in einem Lande zu behaupten, dem überhaupt das Vermögen, eine dauernde Staatsform zu ertragen, abhanden gekommen war, brauchte es die Glorie einer gebietenden Stellung nach außen, um seine Herrschaft im Innern zu fristen. Aber auch diese Glorie glich dem Irrlicht, welches den Wanderer in den Sumpf lockt. Der Krimkrieg, der höchste Triumph des Kaiserreiches, trug bereits in seinem Schoße den ersten Keim zu Frankreichs Verhängnis: die Einheit Italiens und die Verschärfung des Gegensatzes zwischen Osterreich und Preußen.

Diesem Drange der Verhältnisse arbeitete die persönliche Neigung des Kaisers in die Hände. Napoleon III. hielt sich für berufen, das Los der Völker zu bestimmen. Er hatte richtig erkannt, welche Macht das Nationalgefühl in der Gegenwart gewonnen, aber das Rationalitätsprinzip, welches er daraus ableitete, sollte ihm dienstbar sein, um, was noch von den Verträgen von 1815 Bestand hatte, zu zerstören. Unter den Entwürfen, die sein Gehirn brütete, nahm seit dem Scheitern der Wiener Konferenz der einer Umgestaltung Italiens in nationalem Sinne immer festere Gestalt an. Dorthin wiesen ihn seine persönlichen Traditionen wie die seiner Familie, dort widersprach die wiederbeseftigte Hegemonie Osterreichs über die Kleinfürsten der Halbinsel



ebenso sehr dem neuen Prinzip wie der französischen Eigenliebe. In je schärferen Gegensatz Napoleon dadurch zu dieser Macht trat, desto mehr suchte er die Annäherung an Rußland. Schon auf dem Pariser Kongreß wurde dieselbe sichtbar. Der Krönungsgesandte Graf Morny wurde in Moskau mit ausgefuchtester Aufmerksamkeit empfangen; am 14. Juli 1857 ein Handelsvertrag zwischen beiden Reichen unterzeichnet; eine persönliche Zusammenkunft, welche die beiden Kaiser am 24. September 1857 in Begleitung ihrer ersten Minister Gortschakow und Walewski in Stuttgart hatten, führte zwar nicht zu einem engeren Bunde, aber doch zu einem freundlichen Einvernehmen.

Die Zustände in den Einzelstaaten Italiens hatten in der That einen Grad von Unleidlichkeit erreicht, der ihre längere Ertragung kaum mehr möglich machte. Auf Lombardo-Venetien lag die Hand des Siegers schwer, der, weit entfernt von jedem Versuche, die Herzen durch Milde zu versöhnen, das Standrecht als das einzige Recht im Lande gelten ließ. Der oberste Gerichtshof wurde von Verona nach Wien verlegt, mit der ganz Oberitalien heimsuchenden Seidenraupenkrankheit arbeitete der Steuerdruck um die Wette an dem Niedergange des Volkswohlstandes; die kurzfristige Brutalität der österreichischen Regierung hatte es dahin gebracht, daß zwischen ihr und ihren italienischen Unterthanen die Kluft der Unversöhnlichkeit gähnte. Der Zollverein, den sie 1851 mit den beiden Boherzogtümern schloß, hatte wesentlich den Zweck, das verhaßte Sardinien von der übrigen Halbinsel abzusperrn. In Modena stellte die Kinderlosigkeit des Herzogs Franz V. den Anfall des Ländchens an Oesterreich in nahe Aussicht. In Parma dachte Herzog Karl III. nur an sein Amusement und die Gewinnung der dazu nötigen Mittel, wozu sich die willkürliche Proskription gegen das Privatvermögen besonders wirksam erwies. Am 26. März 1853 wurde der wollüstige Tyrann durch einen Dolchstoß von unbekannter Hand ermordet; fünf Tage darauf traf den mit der Untersuchung des Mordes beauftragten Richter fast öffentlich dasselbe Los. Die herzogliche Witwe, die Tochter der Herzogin von Berry, nur bedacht, ihrem sechsjährigen Sohne Robert den Thron zu erhalten, berief trotz ihrer klerikalen Gesinnung Männer von liberalen Grundfätzen in ihren Rat, verpfändete, um die vollständige Zerrüttung zu heilen, ihr Privatvermögen für eine Anleihe von 2 $\frac{1}{2}$  Millionen, schränkte die Hofhaltung ein, setzte die Civilliste auf die Hälfte herab, gestattete den Verbannten die Rückkehr und hob die Beschlagnahme ihrer Güter auf. Es war zu spät. Die Erbitterung über die erlittenen Schändlichkeiten brachte eine Verschwörung zum Ausbruch. Sogleich rückten von allen Seiten die Oesterreicher ein; aber die Richter, welche die Rädelsführer zum Tode verurteilt hatten, wurden einer nach dem andern erdolcht. Bald mußte die mutige Herzogin selbst gegen den brutalen General Crenneville für die Würde ihrer Krone und die Rechte ihres Landes eintreten. Sie verlangte und erreichte auch auf dem Pariser Kongreß den Abmarsch der Oesterreicher, die nur Piacenza noch besetzt hielten, erneuerte auch nicht den Zollverein mit Oesterreich.

Nach Toskana blieb bis 1855 von den Österreichern besetzt; obgleich der Großherzog durch das Volk selbst wiederhergestellt worden war, ersparte das Haupt seines Hauses ihm diese Demütigung nicht. Zur Strafe für seine Selbständigkeitsregungen blieb obendrein das Damoklesschwert der Abdankung zu gunsten seines Sohnes über ihm hangen. Die beabsichtigte Wiederaufrichtung der Verfassung wurde ihm untersagt, sie mußte vollständig aufgehoben werden. Die Presse wurde geknebelt, der gewesene Minister, GueraZZi, zu fünfzehn Jahren Zuchthaus verurteilt, jedoch zu Verbannung begnadigt, die auch Montanelli und andere in contumaciam traf. Das Konkordat mit dem päpstlichen Stuhle vom 25. April 1851 hob die in der Verfassung verbürgt gewesene Gleichberechtigung der Konfessionen wieder auf, jüdischen Ärzten wurde nur die Behandlung jüdischer Patienten gestattet, die Familie Madaï zum Ärgernis der ganzen zivilisierten Welt auf mehrere Jahre in den Kerker geworfen, weil sie mit ihrer Magd in der Bibel gelesen hatte. — In Neapel hatte der nicht unbegabte aber bigotte und mangelhaft erzogene König Ferdinand II. nur den einen Gedanken, durch eine wohlberechnete Erniedrigung und Unterjochung des Mittelstandes, zu der er sich mit Vorliebe der ermutigten Zügellosigkeit des Pöbels bediente, die Rückkehr einer Verfassung unmöglich zu machen und durch Abschließung des Landes gegen die ganze übrige Welt der Revolution den Eingang zu verwehren, jeder auswärtigen Einmischung den Vorwand zu nehmen. Die Gemeindebehörden wurden aus den servilsten und unfähigsten Subjekten ausgelesen, den Vätern wurde die Erlaubnis versagt, ihre Söhne zur Vollendung ihrer Ausbildung in die größeren Städte zu schicken, endlich selbst das Lesen der amtlichen Zeitung in den Kaffeehäusern verboten. Zwei Riesenprozesse, gegen die Anstifter des am 15. Mai 1848 und gegen den Bund der *Unità italiana*, besonders gegen das Haupt desselben, Carlo Poerio, wurden mit beispielloser Rechtsverdrehung geführt, von den gefällten Todesurteilen zwar keines vollstreckt, aber eine große Zahl zu lebenslänglichen oder langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt, die in den entsetzlichsten Kerkern abzubüßen waren. Die schamlos bestechliche Polizei schaltete allmächtig, Jammer und Elend brachte die politische Verfolgung über Tausende von Familien. Man schätzte die Zahl der Verhafteten auf 30 000, ebensoviele hielten sich verborgen oder im Auslande. Gladstone, der bei einem Besuche die haarsträubenden Scheußlichkeiten dieser neapolitanischen Justiz und Polizei erforscht hatte und sie in einem an Aberdeen gerichteten, von Palmerston den übrigen Regierungen zugesandten Briefe vor den Richterstuhl der Öffentlichkeit zog, faßt sein Urteil in die Worte zusammen: „Diese Regierung ist die Leugnung Gottes.“ Durch die auch während des Krimkrieges fortgesetzte strenge Abschließung und streng eingehaltene Neutralität zog sich König Ferdinand die Unzufriedenheit der Westmächte zu, die ihm verhängnisvoll werden sollte.

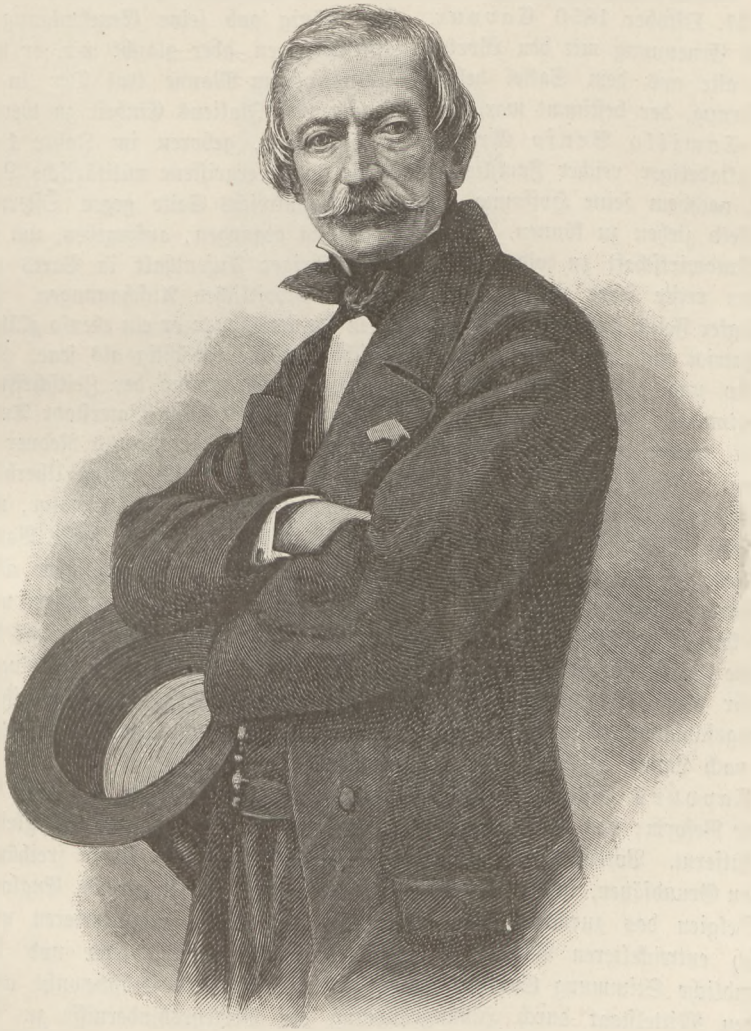
Trostloser stand es aber doch nirgends als im Kirchenstaate, wo der Kardinalsekretär Antonelli die Wiederherstellung der Priesterherrschaft mit



ebenso erbarmungsloser wie geschmeidiger Hand durchgeführt hatte. Hinrichtungen waren an der Tagesordnung. Daß sich in der heiligen Stadt selbst trotz alledem immer wieder Spuren weitangelegter Verschwörungen zeigten, deren Fäden bis zu Mazzini und dem Revolutionskomitee in London reichten, trieb den Papst Pius IX., dessen Herz nach dem Ausspruche des Kardinals Bernetti größer war als sein Kopf, immer tiefer in die Arme der Reaktion. Von seinen einst so bejubelten Reformen schwand auch der letzte Rest. Das Lotto wurde wieder hergestellt, aber Verkehr und Industrie gehemmt; das Beamtentum war unzuverlässig, auf der einen Seite blühte die Angeberei, auf der anderen das Banditenwesen, letzteres so, daß manche Bischöfe Teile ihres Sprengels nicht zu betreten wagten. Von dem Grund und Boden befanden sich sechs Zehntel im Besiz der toten Hand, drei in dem von Fürsten, meist alten Papstnepoten, nur einer in dem von Privaten; während der geistliche Großgrundbesiz trotz des jährlichen Defizits fast steuerfrei war, lastete auf dem Kleingrundbesiz ein unbarmherziger Steuerdruck. Die päpstliche Armee versank wieder in die alte Verachtung. In der Stadt bedurfte es der Franzosen, in den Provinzen der Österreicher, um nicht bloß die Ruhe, sondern die weltliche Herrschaft des Papstes aufrecht zu halten. Letztere ließen dort von 1849—1856 500 Personen standrechtlich hinrichten; nur das Anerbieten des Vatikans, die ganze liberale Jugend in die österreichischen Strafkompanien zu stecken, lehnte Radetzky ab. Nichts hat dem Heiligen Vater die Herzen seiner Unterthanen so gründlich entfremdet wie diese fremde Okkupation, die selbst der Religion schwere Wunden schlug.

So thaten die Reaktion und ihr Schirmherr Österreich selbst alles, um die Augen der Freiheits- und Vaterlandsfreunde auf das Sardinien zu richten, das nach der Niederlage von Novara nicht zu bewegen gewesen war, die Milde des Siegers durch Einlenken in die Bahn des Rückschrittes zu erkaufen. Das auf den Schlachtfeldern trotz des Mißgeschickes seiner Waffen erkämpfte Recht der Selbstbestimmung hatte daheim seine erste Probe gegen die klerikale Anmaßung zu bestehen, welche bis 1848 in Palast, Schule und Familie unumschränkt geherrscht, alle Stellen mit ihren Klienten besetzt, den König durch ihre Werkzeuge überwacht hatte. Nach Beendigung des Krieges versuchten die Minister d'Azeglio und Siccardi auf dem Wege der Verhandlung mit Rom eine Erleichterung dieses Joches durch Einschränkung der Vorrechte des Klerus zu erreichen. Damit rundweg abgewiesen, schritt das Ministerium selbständig vor. Die Siccardischen Gesetze vom 27. Februar 1850 unterstellten die Geistlichen in jeder Beziehung dem bürgerlichen Gesetz; um dem Umsichgreifen der toten Hand vorzubeugen, führten sie die staatliche Genehmigung für die Erwerbung von Grundbesiz oder Annahme von Schenkungen von seiten geistlicher Körperschaften ein. Entsetzt über diesen Frevel am Heiligsten ergriff die klerikale Partei. Der Heilige Vater „hob seine Hände zum Himmel und betete, der Gott der Barmherzigkeit möge von dem Volke Piemonts die durch solche Gottlosigkeit verdiente Strafe abwenden,“

und protestierte gegen die Gesetze, der Nuntius verließ Turin, der dortige Erzbischof Franzoni verbot seinen Priestern, Vorladungen vor das bürger-



Massimo d'Azeglio. Nach Photographie.

liche Gericht Folge zu leisten und verhing über alle an den Siccardischen Gesetzen Beteiligten den Bann; dem todkranken Minister Santa Rosa wurden die Sterbesakramente verweigert, weil er nicht widerrufen wollte. Da



der Erzbischof sich auch selbst weigerte, vor Gericht zu erscheinen, wurde er zu einer Gefängnisstrafe verurteilt; nach Verbüßung derselben auf der Zitadelle wendete er sich nach Lyon. Der Erzbischof von Cagliari teilte sein Schicksal.

Santa Rosas Nachfolger als Minister des Ackerbaues und Handels wurde am 11. Oktober 1850 Cavour. Der König gab seine Genehmigung zu dieser Ernennung mit den Worten: „Meinetwegen, aber glaubt mir, er wird euch alle aus dem Sattel heben.“ Mit diesem Manne trat Der in die Regierung, der bestimmt war, der Schöpfer von Italiens Einheit zu werden.

Camillo Benso Graf von Cavour, geboren im Jahre 1810 aus altadeliger reicher Familie, hatte die zuerst ergriffene militärische Laufbahn, nachdem seine Hoffnung, 1831 an Frankreichs Seite gegen Oesterreich ins Feld ziehen zu können, nicht in Erfüllung gegangen, aufgegeben, um sich der Landwirtschaft zu widmen. Ein zweijähriger Aufenthalt in Paris und London reifte seine politischen und volkswirtschaftlichen Anschauungen. Ein abgessagter Feind Mazzinis und des jungen Italiens, war er ein ebenso glühender Patriot und darum der Regierung nicht minder verdächtig als jene. Mit Balbo und d'Azeglio verband er sich zur Gründung der Zeitschrift *Il Risorgimento*: im Parlamente, in dem er seit 1849 seine Vaterstadt Turin vertrat, wurde er Führer des rechten Zentrums, ohne gerade als Redner zu glänzen. Aber eingehende Detailkenntnis verbunden mit klarem Überblick, praktischem Geschick und Entschlossenheit machten ihn zum Staatsmann, und was seiner Bildung an Vielseitigkeit abging, das ersetzte seine heiße Vaterlandsliebe, seine unverwüßliche Lebensfrische und Arbeitskraft und über alles sein starker Glaube an den Adel menschlicher Natur. Wenn er trotzdem mitunter herzlos erschien, so geschah dies, weil er seine Person so ganz mit der Aufgabe Italien zu machen identifiziert hatte, daß er die Menschen je länger, je mehr bloß als Mittel zu diesem Zwecke betrachtete, sie je nach ihrer Leistungsfähigkeit dafür schätzte und danach auch seine Bundesgenossen wechselte, nicht nach Laune, sondern nach Bedürfnis.

Cavour's Eintritt in das Ministerium bedeutete energische aber besonnene Reform; von den Extremen nach rechts und links hielt er sich gleichweit entfernt. Vorerst diente er ebenso seinen politischen wie seinen freihändlerischen Grundsätzen, indem er durch Handelsverträge mit Frankreich, England und Belgien das zurückgebliebene Sardinien mit diesen civilisierteren und politisch entwickelteren Völkern in unmittelbare Verbindung setzte und die unfreundliche Stimmung Europas gegen den so kühn und selbstbewußt auftretenden Mittelstaat durch Hintwegräumung der Verkehrshindernisse zu beseitigen suchte. Er arbeitete an einem Eisenbahnneze, das den ganzen Staat bedecken und mit der Durchbohrung des Mont Cenis (begonnen August 1857) seinen Anschluß an das französische finden sollte. Schwer empfand er, wie wenig er auf die meisten seiner Amtsgenossen zählen konnte. Auch die Nation erholte sich nur langsam von ihrer Entmutigung. Den Staatsstreich vom 2. Dezember begrüßte er mit Befriedigung; er



Cavour.

Ναχ Photographie.







begriff sogleich, daß sich daraus Folgerungen ergeben würden, aus denen die nationale Sache Italiens Nutzen ziehen könnte. Um aber durch die neue französische Gewaltherrschaft nicht ebenfalls nach rechts gedrängt zu werden, rückte er etwas nach der entgegengesetzten Seite; denn es stand ihm fest, daß es unmöglich sei, eine nationale italienische Politik zu verfolgen, ohne im Innern liberal und reformatorisch zu sein. Gegen eine etwaige Unzufriedenheit Napoleons über diese Schwenkung fühlte er sich durch die Rücksicht, welche dieser auf England zu nehmen hatte, gedeckt. Sein Bündnis (*connubio*) mit dem linken Centrum sprengte freilich das Ministerium, aber Azeglio selbst bezeichnete Cavour als den geeigneten Nachfolger und am 4. November 1852 trat dieser an die Spitze eines neuen Ministeriums. Der Kammerpräsident Rattazzi übernahm in demselben das Innere, später die Justiz, zur großen Betroffenheit der Altpiemontesen, denen eine solche Erhöhung eines Bürgerlichen, eines Advokaten, revolutionär dünkte.

Dem neuen Ministerpräsidenten kam es vor allem darauf an, der Welt zu beweisen, daß das sardinische Volk Ordnung und Freiheit zu verbinden wisse. Um so heftiger entbrannte der Groll Österreichs, und von Rachsucht geblendet glaubte es in einem thörichten Mailänder Aufstande, den Mazzini vom Kanton Tessin aus als republikanisches Vorbild zu der allgemeinen Erhebung gegen die Fremdherrschaft in Szene gesetzt hatte, die beste Gelegenheit, ihn an dem verhassten Nachbar auszulassen, gefunden zu haben. Mochte Cavour allen mazzinistischen Plänen noch so fern stehen, dieses Sardinien, welches sich erdreistete, alle Ermahnungen zum Verzicht auf seine national-konstitutionelle Politik zurückzuweisen, sollte vor ganz Europa als Genosse des europäischen Revolutionskomitees an den Pranger gestellt, durch geringschätzige Behandlung in den Augen Europas erniedrigt werden. Obgleich die Untersuchung trotz der erdenklichsten Mühe nicht den geringsten Zusammenhang zwischen Mazzini und den in Sardinien befindlichen Emigrierten herausfand, erging am 13. Februar 1853 ein Konfiskationsdekret gegen die Güter der letzteren. „Sie haben“, sagte Cavour, „uns etwas Übeles zufügen wollen und sie haben uns den größten Dienst erwiesen; wir werden unsern Vorteil daraus ziehen und den Tessin um so früher überschreiten.“ Er begnügte sich nicht, in einer an die Großmächte gerichteten Denkschrift, die er auch der Öffentlichkeit übergab, den Nachweis zu führen, daß Österreich sich keineswegs im Stande der Nothwehr zur Verteidigung seines Besitzes befinde, er berief auch den Gesandten aus Wien ab, als Unterpfand, daß Sardinien die Ehre Italiens zu verteidigen wisse.

Am besten meinte der Wiener Hof sich dadurch rächen zu können, daß er seine Zettelungen mit der Kurie und den sardinischen Klerikalen, denen der Minister gerade um seiner Mäßigung in kirchlichen Dingen willen doppelt verhaßt war, noch eifriger als zuvor betrieb. Um so deutlicher wurde diesem die Nothwendigkeit einschneidender Maßregeln gegen die in der Kirche vorhandenen Übelstände, die Überzahl der 41 Erzbistümer und Bistümer, das Rechts-



verhältnis der niederen Geistlichkeit zur höheren, die Menge der Klöster, der Hauptherde für die Aufhebung des Landvolkes gegen die Verfassung, vor Augen gestellt. Da die Kurie sich jeder Verhandlung verweigerte, so schritt die Regierung ihrerseits allein vor. Eine drohende Allokution des Papstes wurde mit Sequestration der erzbischöflichen Güter beantwortet. Am 22. Januar 1855 sprach der Papst über die Urheber und Vollstrecker des den Kammern vorgelegten Gesetzes, jedoch ohne sie namentlich zu nennen, die Exkommunikation aus. Und gerade jetzt trafen den König rasch hintereinander drei Todesfälle in seiner Familie, seiner Mutter, seiner Gemahlin und seines Bruders, des Herzogs von Genua; war das nicht der Finger Gottes gegen den Kirchenräuber? Einen Augenblick schwankte Viktor Emanuel, aber er fand seine Standhaftigkeit wieder. Durch das Gesetz Rattazzi vom 29. Mai 1855 wurden diejenigen Klöster, welche sich weder der Predigt noch dem Unterricht oder der Krankenpflege widmeten, 334 an der Zahl mit 4280 Mönchen und 1198 Nonnen, aufgehoben, ihre Güter jedoch nicht, wie die Linke verlangte, für die notleidende Staatskasse eingezogen, sondern eine besondere geistliche Kasse daraus gebildet.

Allerdings waren die Finanzen die schwache Seite des neuen Zustandes. Im Gegensatz zu den trefflich geordneten des früheren absolutistischen Staates, hatte der konstitutionelle mit einem chronischen Defizit zu kämpfen. Die Reform des Volkswirtschaftssystems wollte nicht sofort die gehofften Früchte tragen. Kein Wunder daher, daß Cavour's Plan einer Beteiligung Sardiniens am Krimkriege schon aus diesem Grunde selbst im Kreise seiner Gefinnungsgenossen auf lebhaften Widerstand stieß. Dabormida legte deshalb das Ministerium des Auswärtigen nieder; Cavour übernahm es selbst. Er wußte, was er that. Er unterzeichnete den Vertrag mit den Westmächten, trotzdem daß es ihm nicht gelungen war, darin eine Entschädigung für die von Sardinien zu bringenden Opfer auszubedingen. Diese sollten dennoch seinem Vaterlande einen höheren Gewinn als den eiteln Kriegsrühmes einbringen. „Als ich von diesem Bündnis erfuhr,“ erzählte später Carlo Poerio, „fühlte ich das Gewicht meiner Ketten leichter werden.“ Der Feldzug sollte die Nation mit dem Gedanken vertraut machen, daß sie nur mit fremder Hilfe das Joch Oesterreichs abzuwerfen im Stande sei, ihr als Gegengift gegen die Lehren Mazzini's wieder Selbstvertrauen einflößen. Die erste Frucht seiner kühnen Politik pflückte er in der gleichberechtigten Teilnahme Sardiniens am Pariser Kongreß. Er benutzte seine Anwesenheit auf demselben, um auf den Kaiser Napoleon, den er schon bei einem Besuche in den Tuileries in Begleitung des Königs Viktor Emanuel, im November 1855, studiert hatte, Einfluß zu gewinnen, um sich mit Lord Clarendon zu befreunden, mit Rußland ein gutes Einvernehmen wieder herzustellen. In feurigen Worten schilderte er den Vertretern der drei Großmächte das Elend Italiens, die aller Menschlichkeit hohnsprechenden Zustände in Neapel, im Kirchenstaate, die österreichische Zwingherrschafft. Noch war Napoleon mit sich selbst nicht im

reinen; er zauderte, den Paten seines Sohnes zu verletzen. Er verlangte, Cavour solle zuvörderst nach London gehen, um sich mit Palmerston zu verständigen. Wer war froher als Cavour! Sobald er die anderen englischen Staatsmänner ebenso günstig gestimmt fände, wie sich Clarendon gegen ihn ausgesprochen hatte, gedachte er möglichst heimlich ein Kriegsanlehen von 30 Millionen zu machen und dann Oesterreich durch ein unannehmbares Ultimatum zur Kriegserklärung zu treiben. Aber die Auffassung der Lage war in London eine andere, als worauf er gerechnet hatte. Wie warme Sympathien auch die Sache Italiens in der öffentlichen Meinung Englands besaß, so hatten sich doch die der Regierung erheblich abgekühlt, seitdem Gefahr drohte, daß Napoleon sie benutzen könne, um die bestehenden Verträge aus den Angeln zu heben. Zudem konzentrierte sich jetzt das ganze Interesse jenseit des Kanals auf den indischen Aufstand. Diese Zurückhaltung Englands lähmte auch die Geneigtheit des französischen Kaisers und Cavour erlebte den Schmerz, ohne greifbarere Resultate als Worte von Paris heimkehren zu müssen, wo ihn in der Kammer von beiden Seiten Angriffe erwarteten, daß er Gut und Blut des Volkes ohne irgend welchen Erfolg verschwendet habe.

Unberichtetes kam Cavour deshalb doch nicht zurück. „Wir können uns“, erwiderte er seinen Angreifern „eines großen Erfolges rühmen. Die italienische Frage ist nunmehr zu einer europäischen Frage geworden. Die Sache Italiens ist nicht verfochten worden durch Demagogen, Revolutionäre, Parteimänner, sie ist vor den Kongreß gebracht worden durch die Bevollmächtigten der Großmächte. Von dem Kongreß ist sie übergegangen in die öffentliche Meinung, die Macht, der nach dem Ausdrucke des Kaisers der Franzosen das endgültige Urtheil gehört und die schließlich den Sieg davon tragen wird“. Dieser Eindruck gewann auch bei den Italienern mehr und mehr die Oberhand. „Der Pariser Kongreß“, sagte der Sizilianer Lafarina, der Leiter des Nationalvereins, „hat den italienischen Regierungen den Todesstoß gegeben. Es ist das erste Mal, daß eine Versammlung von Diplomaten öffentlich erklärt, daß die Fürsten unrecht, die Völker recht haben. Diese Thatsache schließt den Samen einer Revolution in sich. Daher muß man sich bereit halten, um jede günstige Gelegenheit zu benutzen.“ Selbst Manin entsagte seinem republikanischen Partikularismus und trat auf die Seite der monarchischen Partei unter Sardinien's Führung. „Wenn das wiedergeborene Italien einen König haben muß“, erklärte er, „so soll es nur Einer sein und dieser Eine kann nur der König von Piemont sein.“ So hatte Cavour der Sache Italiens ihre beiden Grundpfeiler gegeben: das monarchische Prinzip, das sich der Revolution anvertraute, und die Revolution, welche aus Patriotismus der Monarchie die Hand reichte. So entstand die neue nationale Partei, die mit bewundernswerter Selbstbeherrschung allen Sonderbestrebungen entsagte, um mit vereinter Kraft das große Ziel, die Abschüttelung der Fremdherrschaft, zu erreichen.

Diesem folgerichtigen, zielbewußten Streben mußte Oesterreich nichts ent-



gegenzusetzen als ohnmächtigen Groll oder übereiltes Handeln. So unfruchtbar die Politik des Fürsten Schwarzenberg in ihren Endergebnissen gewesen war, hatte sie doch einen gewissen Zug von Kühnheit besessen. Auch nach dieser Beziehung ließ sein Tod eine unausgefüllte Lücke zurück. Sein Nachfolger wurde, jedoch ohne den Titel als Ministerpräsident, Graf Buol, ein Mann von engem Horizonte, der die konservative Gesinnung dahin verstand, daß er Soldaten und Beamte von meistens wenig Bildung und zweifelhafter Moral als Stützen des Staates für ausreichend hielt. Die eigentliche Seele der Regierung war aber der Demokrat von 1848 und jetzige Freiherr Alexander Bach, der sich zum starrsten Absolutisten und Zentralisten bekehrt hatte und in der Durchführung einer geistlosen Bürokratie das sicherste Mittel in der Hand zu haben meinte, um die Widerhaarigkeit der Ungarn und Italiener zu zwingen. Den ersteren wurde eine neue Wunde geschlagen, als man die wiederaufgefundenen, jedem Magharen heiligen Kroninsignien, die Kossuth auf der Flucht vergraben hatte, statt nach Pest nach Wien bringen ließ. Das Versprechen von 1854, den einzelnen Kronländern Landesstatute zu geben, war lediglich zur Unterstützung des Nationalanlehns verpfändet, und als man endlich doch damit Ernst machte, waren es leere Scheingewährungen. Die in den maßgebenden Kreisen herrschende Meinung drückte der dort hochangesehene Graf Hartig in einer Flugschrift aus, welche die Verfassung des kaiserlichen Frankreichs als leuchtendes Vorbild für Österreich pries: „Der Kaiser hört, prüft und befiehlt, die Unterthanen wünschen, reden und gehorchen; das sind für Österreich die einzigen anwendbaren Regierungsmaximen“. Die Aufhebung des Kriegsministeriums im Jahre 1853 und die Übertragung der Militärverwaltung an den Generaladjutanten des Kaisers, jetzt Graf Grüne, entzog die Ausgaben für das Heerwesen gänzlich der Kontrolle des Finanzministers und trug damit wesentlich zu der immer steigenden Zerrüttung des Staatshaushaltes bei. Vergeblich suchte Finanzminister Bruck derselben durch Verkauf von Domänen, sowie der Südbahnen an eine ausländische Gesellschaft Einhalt zu thun; das Geld floß wirkungslos durch die Hände der Militärclique. Zugleich begann auf militärischem Gebiete ein unruhiges Hin- und Herorganisieren und eine übermütige Protektionswirtschaft, die ganz ungeschert schaltete, seitdem mit des greisen Kadežky Enthebung Grüne sich jeder Schranke ledig fühlte. Ein Mordanfall, den am 18. Februar 1853 ein ungarischer Schmiedegeselle namens Libenhi Janos auf den Kaiser machte, wurde als eine neue Mahnung aufgefaßt, den aus den Fugen gegangenen Staat durch die Herrschaft der Kirche wieder zu kitteln. Die von dem Kardinal-Erzbischof Rauscher, dem früheren Erzieher des Kaisers, und dem Kultusminister Graf Leo Thun mit dem päpstlichen Stuhle geführten Verhandlungen, denen ursprünglich eine solche Tragweite gar nicht beigemessen worden war, führten zum Abschlusse des Konkordats vom 18. August 1855, welches dem militärisch-bürokratischen Absolutismus durch Einführung des theokratischen Elementes für ewige Zeiten einen festen Ankergrund bieten sollte. Es wäre zu wünschen,

erklärte Bach, daß alle Regierungen in Beziehung auf das Wechselverhältnis zwischen Staat und Kirche auf derselben Höhe der Erkenntnis ständen wie die kaiserliche. Im Innern war das Konkordat ganz besonders gegen Ungarn gemünzt, wo der Protestantismus als die „geborene Opposition“ galt; nach außen sollte es der Eckstein der Politik werden, durch welche Österreich an der Spitze der Reaktion und als Schirmvogt der dem Jesuitismus verfallenen römischen Kirche seine Hegemonie über Deutschland und Italien neu zu begründen gedachte.

Es war der einzige Bundesgenosse, auf den es rechnen konnte. Durch die ungeheuren Opfer des Krinckrieges hatte es sich nur den Haß Rußlands, die Gereiztheit Frankreichs, die Verstimmung Englands und die Lockerung seines Verhältnisses zu Preußen erkauft. Der Pariser Kongreß hatte die völlige Vereinsamung Österreichs der ganzen Welt vor Augen gestellt und das Bewußtsein seiner Verhaßtheit gegenüber von Cavour's jedem Auftreten, von dem immer heftigeren Aufwogen des Nationalgeistes in Italien begann in Wien doch ernstliche Beunruhigung zu wecken. Zum erstenmale ließ man sich herbei, gegen Lombardo-Venetien den Weg der Versöhnlichkeit zu betreten. Einen besonders günstigen Eindruck auf die Stimmung dieser Provinzen versprach man sich von dem Besuche des Kaisers und seiner schönen jungen Gemahlin Elisabeth von Bayern. Erhalten und verstärkt sollte derselbe werden durch die Ernennung des Erzherzogs Maximilian zum Generalgouverneur. Dieser und seine Gemahlin Charlotte von Belgien widmeten sich ihrer schönen Aufgabe mit einer Art von Schwärmerei, aber selbst wenn sie die Hände frei gehabt hätten, die von der wiederhergestellten Provinzial- und Zentralkongregation erhobenen Forderungen nicht sofort in Wien abgewiesen worden wären, zwischen Österreich und Italien gab es keine Ausöhnung mehr. „Italien will nicht, daß Österreich besser regiere“, rief Manin, „sondern daß es seiner Wege gehe!“ und wo die Patrioten sich einmal zugänglicher zeigten, geschah es nur, um aus den erlangten Zugeständnissen neue Waffen gegen dasselbe zu schmieden.

Und je versöhnlicher Österreich gegen seine italienischen Unterthanen auftrat, um so schärfer wurde die Sprache der Turiner Blätter, um so höher und herausfordernder hielt Cavour die nationale Fahne, desto unermüdlicher wurde seine Thätigkeit. Er schaltete wie ein Diktator, alles dem einen großen Ziele unterordnend. Als Finanzminister sorgte er für Beschaffung von Kriegsbedarf, als Minister des Innern beeinflusste er die öffentliche Meinung, als der des Auswärtigen warb er Verbündete. Er führte laute Beschwerde über die Verstärkung der Werke von Piacenza durch die Österreicher, während er selbst durch die Befestigung von Casale und Valenza in Verbindung mit Alessandria ein Festungsdreieck schuf, in welchem das sardinische Heer sich bis zur Ankunft seiner Verbündeten halten könne, und begann den Bau des Kriegshafens la Spezia. Manin veranstaltete eine Sammlung zur Anschaffung von hundert Kanonen. Nur Mazzini ließ nicht ab von seinen Verschwörungen.



In Livorno und Genua brachte er deren zum Ausbruch, ebenso erfolglos wie bei der Landung einer Freischar von Flüchtlingen unter Pisacane auf Ponza unweit Terracina.

Wer jene Verbündeten sein sollten, konnte nicht zweifelhaft sein. Aber noch immer schwankte Kaiser Napoleon. Was ihm zur Zeit vorschwebte, war ein italienischer Staatenbund, eine zweite Auflage des Deutschen Bundes, dem Einflusse Frankreichs stets offen liegend, Neapel unter einem Murat sollte darin dem vergrößerten subalpinischen Königreiche das Gegengewicht halten. Hier aber schied sich das Programm des Kaisers von dem des turiner Staatsmannes. Zwar faßte auch er, obgleich er nicht aufhörte, den Eifer des Nationalvereins durch die Aussicht auf dem italienischen Einheitsstaat zu beleben, als nächstes Ziel nur den Staatenbund ins Auge, aber dieser sollte nicht auch wieder unter der Vorherrschaft einer fremden Macht, sondern der Sardinien, des vom Mont Genis bis zum Tsonzo erweiterten, stehen und am wenigsten einen Napoleoniden zum Mitgliede zählen. Viel lieber hätte er sich mit den Regierungen von Neapel und Toskana verständigt, aber König Ferdinand stieß voll Abscheu jede Gemeinschaft mit einer Regierung von sich, die sich mit kirchlichen und politischen Reberereien besetzte, und in Florenz glaubten Großherzog und Minister nichts Klügeres thun zu können, als inmitten des Kampfes der Mächte und der Parteien die alte leopoldinische Politik des friedlichen Savierens fortzusetzen.

Vielleicht würde die Entscheidung noch länger haben auf sich warten lassen, wenn nicht der Gang der Ereignisse durch einen plötzlichen Zwischenfall beschleunigt worden wäre. Als Kaiser Napoleon am Abend des 14. Januar 1858 mit seiner Gemahlin zur Oper fuhr, wurde gegen ihn in der Straße Lepelletier ein Bombenattentat verübt. Zehn Getödete und 156 Verwundete fielen demselben zum Opfer, aber das Kaiserpaar blieb wie durch ein Wunder unverfehrt. Die Thäter wurden ergriffen, durch den Verrat seines Genossen Gomez auch der Haupturheber in seinem Verstecke aufgefunden. Dies war der Italiener Felix Orsini. In seiner Jugend samt seinem Vater von einem der schrecklichen römischen Kerker zum anderen geschleppt, dann auf einer seiner abenteuerlichen Fahrten in Siebenbürgen verhaftet, aus Mantua mit Emma Herweghs Unterstützung wunderbar entflohen, war er in London einer der eifrigsten Genossen Mazzinis geworden, hatte sich aber dann mit diesem überworfen und vergebliche Anstrengungen gemacht, die englische Regierung zu einem Einschreiten zu gunsten seines unglücklichen Vaterlandes zu bewegen. Darüber erfüllte sich sein wildes Gemüt namentlich seit dem jüngsten Besuche Napoleons in Osborne mit der fixen Idee, daß die Ursache aller seiner bisherigen Fehlschläge in dem geheimen Einflusse des Kaisers liege, daß die Beseitigung desselben, der allein Italien helfen könne und ihm nicht helfen wolle, die unerläßliche Vorbedingung für die Erlösung seines Vaterlandes sei. Aus dem Gefängnis richtete Orsini einen Brief an den Kaiser, in welchem er ihn beschwor, Italien die Freiheit wiederzugeben, die es im Jahre 1849 durch die Schul



Minister des Auswärtigen Graf Walewski.

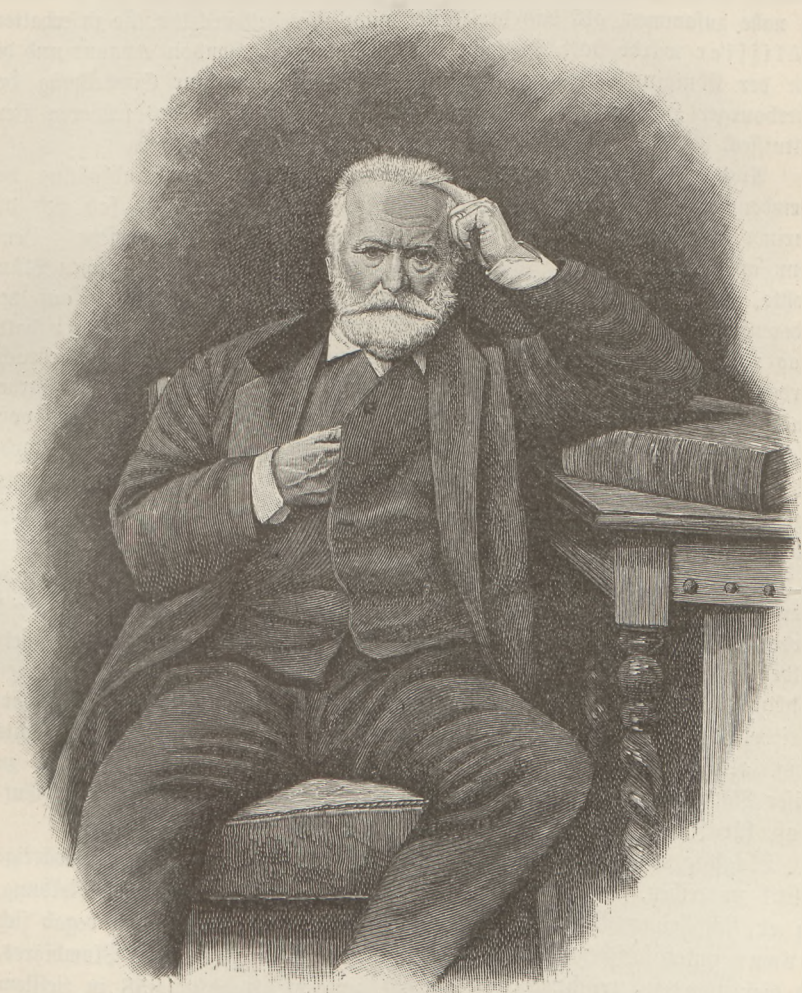


der Franzosen verloren habe; die Ruhe Europas und seine eigene Würden eine Chimäre bleiben, solange Italien nicht unabhängig sei. Die Verlesung dieses Briefes vor Gericht durch seinen Verteidiger J. Favre machte großes Aufsehen, mehr noch seine Veröffentlichung im *Moniteur*. Ob ein zweiter, am 19. März kurz vor der Hinrichtung geschriebener Brief Desjins echt oder auf Verabredung zwischen Cavour und Napoleon zurückzuführen sei, ist zweifelhaft.

Desjins That hatte sowohl nach innen als nach außen die wichtigsten Folgen. Im Innern gab sie das Signal zu einer heftigen Reaktion, deren erste Schläge die Presse trafen. Sodann wurde das ganze Land in fünf große Militärbezirke unter je einem Marschall geteilt. Durch einen offenen Brief vom 1. Februar 1858 übertrug der Kaiser die Regentenschaft im Fall seines Todes der Kaiserin und, falls diese nicht vorhanden, dem nächstberechtigten Prinzen. Den Gesetzgebenden Körper eröffnete er mit einer Rede, in der er nach dem Lob auf den blühenden Zustand des Landes fortfuhr: „Man hat oft gesagt, um Frankreich zu regieren, müsse man unablässig dem öffentlichen Geiste irgend ein großes theatrales Ereignis zur Nahrung geben. Ich glaube im Gegenteil, daß es, um das Vertrauen des Landes zu verdienen, genügt, das Gute zu thun“. Das Ziel des Kaiserreichs sei, die Prinzipien von 1789, von allen abstrakten Theorien abgelöst, über die Welt strahlen zu lassen, ohne deshalb dem Prinzip der Auktorität im mindesten zu nahe zu treten. „Eine unbeschränkte Freiheit ist nicht möglich, solange in einem Lande eine Fraktion existiert, die hartnäckig darauf ausgeht, die ersten Grundlagen jeder Regierung zu verkennen. Ich erkläre Ihnen unumwunden: was man auch sage, die Gefahr liegt heute nicht in der übermäßigen Prärogative der Regierung, sondern vielmehr in dem Mangel an Repressivgesetzen“. Dies war die Begründung für die Vorlage eines drakonischen Sicherheitsgesetzes, welches die Versammlung fast einstimmig annahm. Zu seiner Durchführung wurde General Espinasse, ein Mann von brutaler Energie, Minister des Innern. Das Attentat wurde ausgebeutet, um die Republikaner zu treffen. In jedem Departement mußte der Präfekt eine bestimmte Zahl Verhaftungen, gleichviel welche, vornehmen, deren Opfer, meist unter rohen Mißhandlungen, nach Lambesa deportiert wurden. Zugleich erfolgte ein Zornesausbruch gegen England; hier war das Komplott vorbereitet, hier, in Birmingham, waren die Bomben angefertigt worden. Der *Moniteur* veröffentlichte Adressen der Armee an den Kaiser, die von beleidigenden Anspielungen auf die Mörderhöhle überflossen. Am 20. Januar richtete Walowski die drohende Anfrage nach London, ob England Mördern Gastfreundschaft schuldig zu sein meine. Die Gerechtigkeit dieser Reklamationen anerkennend, legte Palmerston eine Bill vor, betreffend die auf Mord abzielenden Verschwörungen, und wies Viktor Hugo aus Jersey aus.<sup>1)</sup>

1) Hugo begab sich nach Guernsey, wo er die blutigen Pamphlete *Napoléon le petit* und *Les Chatiments* schrieb.

Aber Walewski's drohender Ton hatte in der britischen Nation große Entrüstung hervorgerufen und diese wurde noch verstärkt durch den Verdacht, Frankreich glaube unbefraft beleidigen zu können, solange sie mit dem indischen



Victor Hugo.

Nach der Radierung von B. Rajon; Originalgemälde von L. Bonnat

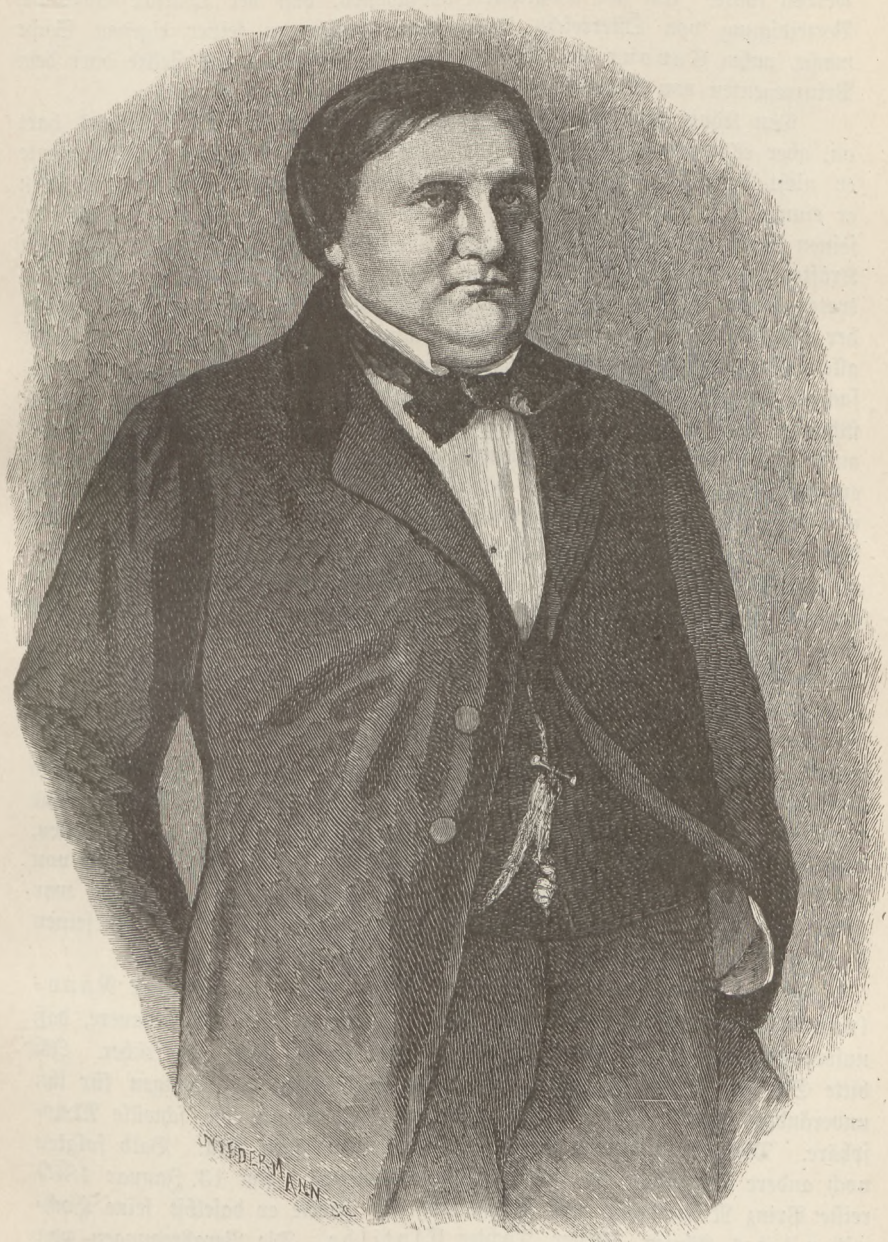
Aufstande zu thun habe. Der als Mitschuldiger angeklagte Sim. Bernard wurde freigesprochen, zahlreiche Meetings protestierten gegen jedes Zugeständnis und gegen jede Beeinträchtigung des Asylrechtes. Das Unterhaus nahm in der zweiten



Lesung der Bill ein Amendement Milner Gibsons an, welches das Bedauern aussprach, daß die Regierung nicht vor Einbringung derselben eine angemessene Antwort auf die Note erteilt habe, und zum zweitenmale kostete Palmerston seine Freundschaft für Napoleon sein Amt. Die englisch-französische Allianz schien gefährdet; allein diese hing doch mit den materiellen Interessen zu nahe zusammen, als daß der Kaiser nicht alles gethan hätte, sie zu erhalten. Bessier wurde statt Persigny zum Gesandten in London ernannt und die von der Königin Viktoria angenommene Einladung zur Einweihung der Cherbourger Hafenarbeiten besiegelte die Wiederherstellung des früheren Verhältnisses.

Auch Belgien und die Schweiz wurden zu strafferer Handhabung der Fremdenpolizei angehalten. In die größte Verlegenheit aber sah sich die Turiner Regierung durch die gleiche Forderung Frankreichs versetzt. Denn wenn auf der einen Seite Napoleon mit Verzicht auf seine italienischen Pläne drohte, falls ihr nicht nachgegangen würde, so handelte es sich auf der anderen um die Aufrechthaltung des liberalen Prinzips und Cavour hatte gesagt: „Wenn Italien nicht durch die Freiheit und mit ihr zu stande gebracht werden kann, so soll es unterbleiben.“ Er war entschlossen, gerechten Forderungen zu entsprechen, aber nur auf verfassungsmäßigem Wege. Das vorgelegte Flüchtlingsgesetz und ein zweites die Aufforderung zum Fürstenmorde betreffendes wurden zwar nicht ohne lebhafte und peinliche Verhandlungen angenommen, aber sie gaben nicht nur dem Kaiser die verlangte Genugthuung, sondern auch Cavour die Gelegenheit zu dem erneuten Hinweise, daß bei dem in Italien durch die Fremdherrschaft erzeugten Mißvergnügen ganz Europa interessiert sei. Eine Zeitlang wiegte er sich noch in der Hoffnung, Oesterreich werde sich durch nachdrückliche Vorstellungen der Westmächte und gegen schwere Geldentschädigung zur freiwilligen Abtretung des ihm ja doch nur lästigen Lombardo-Venetiens bewegen lassen, wodurch Sardinien ein Gebietsopfer erspart geblieben wäre; da aber Clarendon darauf nicht einging, so blieb nichts übrig, als Frankreichs Hilfe zu erkaufen, und Orfinis Bomben redeten zu Kaiser Napoleon eine zu vernehmliche Sprache, als daß sie nicht seinen Entschluß, für Italien zur That zu schreiten, hätten beschleunigen sollen.

Längst gewohnt, hinter dem Rücken seiner Minister persönlich auswärtige Politik zu treiben, schickte er einen geheimen Boten zu Cavour mit der Meldung, daß er sich seinen Bestrebungen anschließe. Auf seine Einladung begab sich Cavour unter falschem Namen zu ihm in das lothringische Bad Plombières, und hier wurden zwischen beiden am 20. und 21. August 1858 in tiefstem Geheimnis — nur der König und der Gesandte Villamarina wußten außer ihnen darum — die Punkte vereinbart, welche Richtschnur und Ziel ihres gemeinschaftlichen Handelns bilden sollten: Schaffung eines bis zur Adria reichenden Königreichs Norditalien gegen Abtretung von Savoyen an Frankreich, ingleichen von Nizza für den Fall, daß auch die Herzogtümer Parma und Modena sowie der Teil des Kirchenstaates jenseit des Apennin mit jenem vereinigt



Prinz Napoleon. Nach Photographie.



werden sollten; französische Hilfe, wenn Sardinien von Österreich angegriffen werden sollte. Um der Möglichkeit vorzubauen, daß der Deutsche Bund die Verteidigung von Österreichs italienischem Besitze zu seiner eigenen Sache mache, nahm Cavour den Rückweg über Baden-Baden und stellte dort dem Prinzregenten von Preußen die Notlage seines Vaterlandes vor.

Den König kam das Opfer Savoyens, der Wiege seines Geschlechtes, hart an, aber es war unvermeidlich, denn ohne einen starken Bundesgenossen konnte er nicht daran denken, Österreich aus Italien hinauszuerwerfen und, nachdem er einmal die Krisis überwunden, brannte der tapfere Soldat vor Ungeduld, seinen Vater zu rächen. Seit Cavour's Rückkehr nach Turin wurde aus allen Kräften an den Vorbereitungen zum Krieg gearbeitet, alle anderen Aufgaben traten hinter dieser zurück. Ebensovohl um Napoleon nicht durch Aufreizung der Merikalen in Frankreich die Hilfsleistung zu erschweren, als um möglichst alle eigene Kräfte zum Kampfe zu vereinigen, beschränkte er sich in Kirchensachen, unter Zurückweisung aller weitergehenden Ansinnen, auf die Durchführung der Siccardischen Geseze. Am schwersten fiel es dem von Natur aufrichtigen, der Verstellung unkundigen Manne, sich zur Doppelzüngigkeit erniedrigen zu müssen, um hier sich den Schein zu geben, als merke er nichts von seines Verbündeten weitergehender Begehrlichkeit, dort vor den italienischen Patrioten die eingegangenen Verpflichtungen zu verbergen. „Mag“, schrieb er, „mein guter Name darüber zu Grunde gehen, gleichviel, wenn nur Italien gemacht wird“. Am 19. Oktober bestätigte er den ihm von den Führern des Nationalvereins vorgelegten Plan zur Insurgierung Italiens, als ob er nur auf sie und sonst niemanden rechne; obgleich mit Napoleons Widerwillen gegen Garibaldi wohl bekannt, berief er den alten Freiheitskämpfer, dessen Popularität und schwärmerisch aufopfernder Patriotismus ihm unschätzbar waren, im tiefsten Geheimnis zu sich, führte ihm zu Gemüte, daß vereinzelte Aufstände nutzlos seien, ja nur Schaden stifteten, daß die Volkskräfte nur organisiert und unter streng einheitlicher Leitung etwas zu leisten vermöchten, und bot ihm den Befehl über die Freiwilligen an, und Garibaldi, damals von radikalen Schmeichlern noch nicht so schmählich mißbraucht wie später, war Feuer und Flamme für die militärische Diktatur des Königs: er gab seinen Anhängern die Weisung, nichts ohne Cavour oder Laforina zu thun.

Beim Neujahrsempfange des diplomatischen Korps redete Kaiser Napoleon den österreichischen Gesandten Baron Hübner an: „Ich bedauere, daß unsere Beziehungen zu Ihrer Regierung nicht so gut sind wie früher. Ich bitte Sie dem Kaiser zu sagen, daß meine persönlichen Gesinnungen für ihn unverändert sind.“ Wie ein Blitz erhellten diese Worte die schwüle Atmosphäre. Die österreichischen Papiere erlitten einen jähen Fall. Bald folgten noch andere Vorzeichen des bevorstehenden Gewitters. Am 13. Januar 1859 reiste Prinz Napoleon nach Turin, am 30. feierte er daselbst seine Hochzeit mit des Königs ältester Tochter Clotilde. Die Verabredungen von Plombières wurden nun Verträge; Cavour bestand darauf, daß der Kaiser sie



König Victor Emanuel von Italien.

Nach Photographie.







eigehändig unterzeichne. Am 3. Februar empfing dieser den Gesetzgebenden Körper zur Eröffnung seiner Session mit den Worten: „Seit einiger Zeit kann der anormale Zustand Italiens nur durch fremde Truppen aufrecht erhalten werden, welche mit Recht die Diplomatie beunruhigen. Dennoch ist dies noch kein ausreichender Grund, um an den Krieg zu glauben. Mögen die einen ihn mit allen ihren Wünschen herbeirufen ohne legitime Gründe, die anderen voll übertriebener Befürchtungen sich darin gefallen, Frankreich die Gefahren einer neuen Koalition zu zeigen, ich werde unerschütterlich in den Wegen des Rechts, der Gerechtigkeit und der nationalen Ehre bleiben und meine Regierung wird sich weder fortziehen noch einschüchtern lassen, weil meine Politik weder kleinmütig noch herausfordernd ist.“ Die Flugschrift *Napoléon et l'Italie* hatte den Zweck, die noch widerstrebende Stimmung des Landes auf den Krieg vorzubereiten. Denn Legitimisten und Klerikale, furchtsame Konservative und Bankiers schrien laut dagegen. Auch König Viktor Emanuel eröffnete am 10. Januar das sardinische Parlament mit der bezeichnenden Äußerung, Piemont, der Vertreter einer großen Idee, befinde sich in einer nicht ungefährlichen Lage; es sei nicht unempfindlich gegen den Schmerzensschrei Italiens.

Österreichs Antwort bestand darin, daß es sogleich weitere 30 000 Mann nach Oberitalien warf. Die Ära der Versöhnlichkeit war zu Ende, die maximalianische Verwaltung mußte ganz der militärischen weichen. Für Cavour ein Vorwand mehr, sich als im Stande der Notwehr befindlich darzustellen. Die Kammern bewilligten die geforderte Anleihe von 50 Millionen und versagten es sich einmütig, durch Interpellationen die Regierung in Verlegenheit zu setzen. „Wir sind,“ schrieb Cavour am 20. März seinem Freunde de la Rive, „allmählich dahin geführt worden, ein Werk voll Ruhm und Gerechtigkeit, aber auch voll außerordentlicher Gefahr zu unternehmen. Wir haben aber den in der modernen Welt durch die materiellen Interessen entwickelten Egoismus nicht genug in Ansatz gebracht. Trotz dieses Hindernisses hoffe ich, daß es uns gelingen wird. Italien ist reif, die 1848 gemachte Erfahrung hat ihre Früchte getragen. Es giebt weder Guelfen noch Ghibellinen mehr; einige unbedeutende Ausnahmen abgerechnet giebt es von den Alpen bis zur Adria nur eine Fahne, die Viktor Emanuels.“ Am 17. März wurde die Errichtung eines Korps der Alpenjäger angeordnet, Garibaldi übernahm den Oberbefehl desselben; mit Unterstützung der Nationalvereine kamen 6—7000 Freiwillige aus dem übrigen Italien; bald wurde auch eine ungarische Legion gebildet. Gerade an dieser revolutionären Kameradschaft stieß sich jedoch Napoleon. Während Sardinien durch die Knappheit seiner Geldmittel und durch die Ungeduld der italienischen Patrioten zu rascher Entzündung des Krieges gestachelt wurde, schwankte er, bald von seiner bigotten Gemahlin, bald von seinem Wetter beeinflusst und von der Furcht, einen Weltbrand zu entfesseln bedrückt, jeden Augenblick in seinen Entschlüssen. Blöthlich erklärte er, vor Juni könne er nicht ins Feld rücken. Darüber große Bestürzung in



Turin. Viktor Emanuel schrieb dem Kaiser, wenn er die Sache Italiens verlasse, so sei das für Piemont empfindlicher als die Niederlage von Novara; dann würde er das Beispiel seines Vaters nachahmen, aber auch der Welt die Ursachen mitteilen müssen, die ihn in eine so schmerzliche Zwangslage versetzt hätten. Cavour eilte persönlich nach Paris und im Verein mit dem Prinzen Napoleon gelang es ihm, den Kaiser umzustimmen.

Dennoch gerieten die Dinge nochmals auf den Weg der Unterhandlung. Graf Buol hatte sich an die Friedensliebe des englischen Toryministeriums gewendet, um es zu Vermittlungsanträgen zu bewegen. Am 23. Februar überbrachte diese Lord Cowley nach Wien: Verzicht Österreichs auf die Schutzverträge mit den Hoherzögen, Räumung des Kirchenstaates sowohl durch die Österreicher als die Franzosen, zeitgemäße Reformen in allen italienischen Staaten. Aber auf Österreichs Gegenfrage, ob diese Zugeständnisse ihm den Besitz seiner italienischen Besitzungen sicherten, gab Cavour die unzweideutige Erklärung: Die Gefahr eines Krieges oder einer Revolution könne nur beschworen werden durch Errichtung einer getrennten nationalen Regierung für Lombardo-Venetien, Abzug der Österreicher aus der Romagna, Anerkennung des Grundsatzes der Nichtintervention, Einführung von Konstitutionen in Parma und Modena und Wiederherstellung der toskanischen. Dieser englischen Friedensbemühung trat ganz unerwarteterweise eine ähnliche Rußlands zur Seite, das sich bisher gänzlich zurückgehalten hatte. Unter Berufung auf die Pariser Abrede, daß vor dem Appell an die Waffen die Vermittlung befreundeter Mächte Platz greifen sollte, schlug Gortschakow einen Kongreß vor. Die Rabinette von Paris, London, Berlin nahmen den Vorschlag an, am 22. März auch Österreich, vorausgesetzt, daß Sardinien vorher entwaffne. Von dieser Bedingung wollte aber Cavour, allen französischen Zuredens ungeachtet, so wenig etwas wissen, wie von dem ganzen Kongreß. Noch einmal suchte sich England ins Mittel zu legen: es schlug vor, sämtliche italienische Staaten, nicht bloß Sardinien, zum Kongreß zuzuziehen, die Abrüstung solle, unter Kontrolle der Großmächte, beiderseitig sein. Um nicht vor Europa als Friedensbrecher dazustehen, nahm Napoleon diese Bedingungen an; am 20. April erteilte er nach Turin die Weisung, sich seinem Schritte anzuschließen. Cavour war wie vom Donner gerührt, alles schien verloren, verzweifeln glaubte er den Schlag nicht überleben zu können. Da wurde das Ungeschied, mit dem Österreich sich selbst ins Unrecht setzte, seine Rettung. Von Anfang an hatte man in Wien Sardinien nur als die Vorhut Frankreichs angesehen. Graf Buol verlangte eine allgemeine Abrüstung, und als Walowski darauf erwiderte, Frankreich habe gar nicht gerüstet, es halte nicht einen Mann über den Friedensstand, ließ er den Rettungsanker des englischen Vorschlags fahren und richtete ein Ultimatum nach Turin, welches Baron Kellersberg am 23. April daselbst übergab. Es forderte eine Erklärung, ob die königliche Regierung einwillige, ohne Verzug ihr Heer auf den Friedensfuß zu setzen und die Freiwilligen zu verabschieden; erhalte der Überbringer nach Ablauf

von drei Tagen keine oder keine befriedigende Antwort, so falle auf sie die Verantwortung für alle Folgen.

Es war aber doch nicht bloß Überstürzung, was Oesterreich zu diesem Schritte trieb, sondern weit mehr der Zwang der Not. Nachdem dieser Staat einmal sein Heil im Innern ganz und ausschließlich auf den Absolutismus



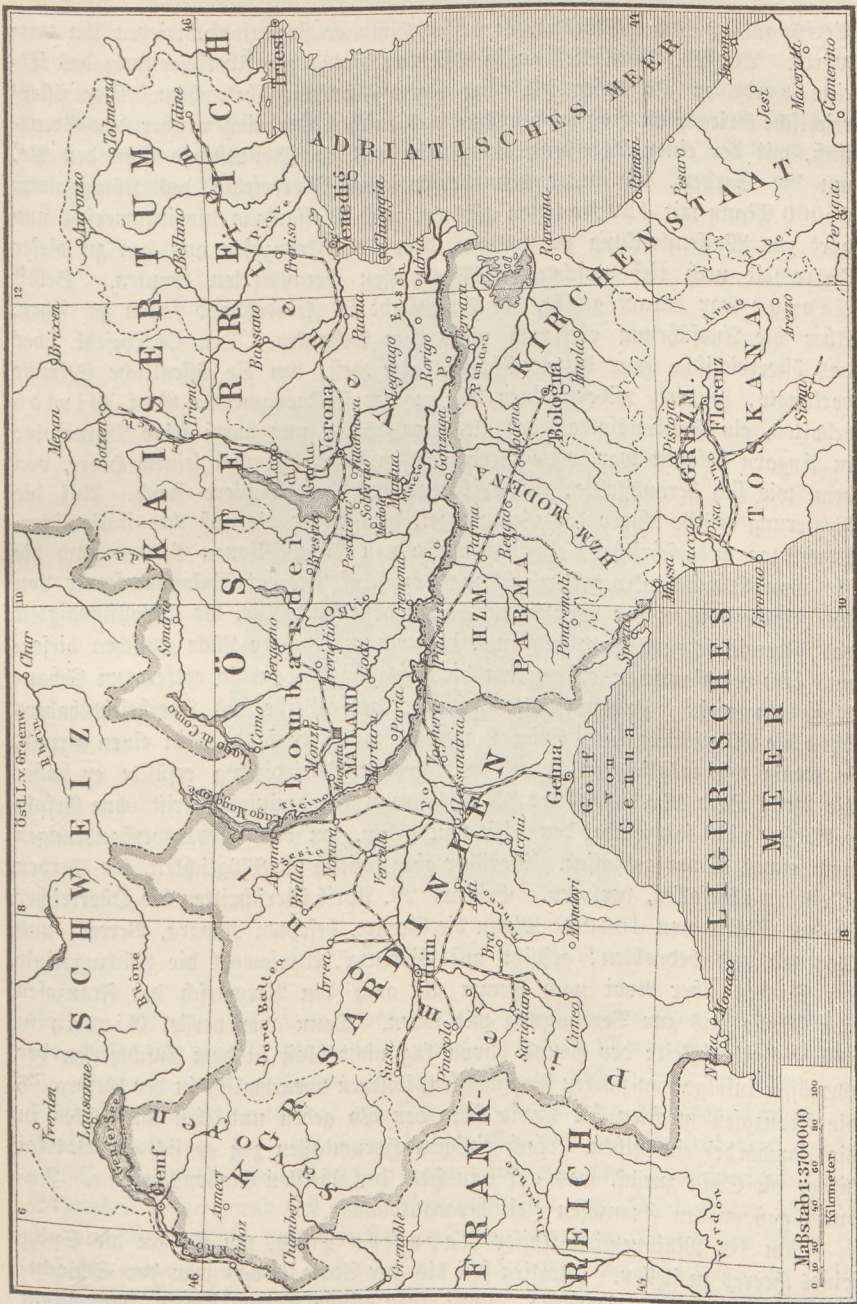
Lord Cowley.

und den mit diesem sich vergesellschaftenden Absolutismus gesetzt hatte, konnte es in Italien einen die Fahne der politischen und kirchlichen Freiheit hochhaltenden Nachbar unmöglich dulden. Es war ein Prinzipienkampf, dem er entgegenhing. Das war auch der nicht mißzuverstehende Sinn des Manifestes an seine Völker, mit welchem Kaiser Franz Josef seine Kriegserklärung begleitete: „Oesterreich verteidige die heiligsten Güter der Menschheit gegen die Umsturzelehren, welche jetzt sogar von Thronen aus geschleudert würden.“



Was konnte Cavour Willkommeneres geschehen? Nachdem Oesterreich die Annahme des Londoner Vorschlages von Seiten Frankreichs ganz ignoriert hatte, war für letzteres der casus foederis eingetreten, Sardinien war jetzt der angegriffene Teil. Seine lakonische Antwort lautete: Sardinien habe gleich den übrigen Großmächten dem englischen Entwaffnungsvorschlage im Geiste der Versöhnung seine Zustimmung gegeben, weiter habe er nichts hinzuzufügen. Seine Thätigkeit schien sich jetzt zu verdoppeln; zum Vorsitz und zu den Departements des Auswärtigen, des Innern und der Marine übernahm er auch noch das des Krieges. Dem Könige gewährten die Kammern die verlangte Diktatur auf die Dauer des Krieges. Sobald dieser gewiß war, griff die Bewegung in die italienischen Nachbarstaaten hinüber. Herzog Franz von Modena floh unter Mitnahme seiner Kostbarkeiten nach Venedig, gefolgt von den ihm treu gebliebenen Truppen, auch die schon einmal geflohene, dann aber zurückgekehrte Herzogin von Parma mußte zum zweitenmale ihr Ländchen verlassen. Viel hing für die künftige Gestaltung Italiens von dem Verhalten Toskanas ab. Behauptete sich der Großherzog durch Verständigung mit Turin, so blieb voraussichtlich der Staatenbund die Form Italiens, im entgegengesetzten Falle trieb es dem Einheitsstaate zu. Noch am 24. April wiederholte Cavour seine Einladung nach Florenz zum Anschluß an das sardinisch-französische Bündnis, denn nach wie vor wünschte er an der vereinten Kraft Italiens ein Gegengewicht gegen den französischen Einfluß zu haben, und er wußte, daß Napoleon gerade auf Toskana spekulierte. Aber der Großherzog fühlte sich vor allem und zunächst als Erzherzog und wollte höchstens bis zur Neutralität gehen. Darüber stieg die Ungebuld der Nationalpartei; eine große Zahl Toskaner, darunter Söhne aus den vornehmsten Familien, ließen sich in Sardinien als Freiwillige einreihen; die Offiziere erklärten, nicht mehr für ihre Soldaten einstehen zu können. Vom Volke bestürmt, versprach endlich der Großherzog Bündnis mit Piemont und Verfassung. Die Partei der sog. Aristonationalen unter Ricasoli hätte ihn und seine Dynastie gern erhalten. Als man ihm aber auch noch die Abdankung zu gunsten seines Sohnes zumutete, zog er vor, sich unter Zurücklassung eines Protestes aus dem Lande zu entfernen. Da Viktor Emanuel die ihm für die Kriegszeit angetragene Diktatur ablehnte und nur den Oberbefehl über die toskanischen Truppen und das diplomatische Protektorat annahm, so legte die provisorische Regierung am 8. Mai ihre Gewalt in die Hand des sardinischen Gesandten Boncampagni nieder. Ähnlich in der Romagna. Nach Abzug der Oesterreicher pflanzte die Bevölkerung die nationale Fahne auf, die päpstlichen Truppen desertierten, die Behörden flohen und eine provisorische Regierung ergriff die Zügel.

Selbst jetzt noch hätte Napoleon gern gezögert. Durch die Unterhandlungen gehemmt, hatte er sich von den Ereignissen überholen lassen; seinem Heere fehlte es, als das österreichische Ultimatum erging, noch am Nötigsten, das Volk war ohne Kriegslust, die Klerikalen beschwichtigte die Versicherung,



C. Opitz geogr. artist. Anstalt Leipzig Verstaat.

C. Opitz geogr. artist. Anstalt Leipzig Verstaat.



der Krieg solle auf Oberitalien lokalisiert werden, nur notdürftig. Aber sein Verhängnis und der Stärkere, in dessen Hand er sich befand, trieben ihn vorwärts. Am 26. April ließ er in Wien erklären, die Überschreitung des Ticino werde er als Kriegserklärung gegen Frankreich betrachten. Der österreichische Kriegsplan ging in der That auf rasches Vordringen über den Grenzfluß, mit der einen Abteilung auf Turin, mit der Hauptstärke über den Po, um die Sarden, die unter dem persönlichen Oberbefehle des Königs nur 65000 Mann mit 120 Kanonen zählten, nach Alessandria hineinzuworfen und dort zur Waffenstreckung zu zwingen, bevor die Franzosen aus den zu dieser Jahreszeit noch tief verschneiten Alpenpässen heraustreten könnten. Selbst Cavour war darauf gefaßt, die Hauptstadt in Feindeshand fallen zu sehen. Aber die Ausführung entsprach nicht dem Gedanken. Den Oberbefehl über das österreichische Heer hatte nicht der alte Heß, den die öffentliche Stimme verlangte, sondern wider seinen Willen der Feldzeugmeister Graf Giulay erhalten, ein Friedenssoldat, der als Korpsführer nur durch seine Mißerfolge in Ungarn bekannt war, ohne Vertrauen zu sich selbst und seinem Heere, von dem, wie sich herausstellte, ein Teil nur auf dem Papiere stand. Auf die Regierung drückte schwer der Geldmangel, dem weder die auf ihre italienischen Provinzen ausgeschriebene Zwangsanleihe von 75 Millionen Gulden noch die Art von Staatsbankrott durch Abzug von fünf Prozent Einkommensteuer von den Zinsleistungen der öffentlichen Schuld abhelfen wollte, die Unvollständigkeit des österreichischen Eisenbahnsystems, die noch vorhandene Lücke zwischen diesem und dem venetianischen erschwerten die Kriegführung auf so entferntem Schauplatze ungemein. Zudem malte sich vor dem Geiste des Oberbefehlshabers schon die Möglichkeit eines Krieges am Rhein und er fand darin einen Grund, so wenig wie möglich zu thun. Mit großer Befriedigung erfüllte er daher die Bitte Lord Malmesburies, auch wenn die dreitägige Frist ohne Erfolg verfließe, nicht sofort über den Ticino zu gehen, um den Friedensverhandlungen noch etwas Raum zu lassen. Darüber ging freilich die Möglichkeit, die Sarden allein zu überfallen, verloren. Erst am 29. April überschritten die Österreicher in der Stärke von 100000 Mann die Grenze, besetzten Novara, VerCELLI und Tortona und bedrohten, gestützt auf Piacenza, ebensowohl die Rückzugslinie der Sarden über Novi nach Genua als auch den Vormarsch der Franzosen von Genua aus zur Vereinigung mit ihnen. Dann aber verfiel Giulay in völlige Anthatigkeit; der Grund davon lag nicht bloß in dem Anschwellen der Gewässer infolge von starken Regengüssen, sondern vornehmlich in der Besorgnis, die Franzosen möchten bei Pavia über den Po gehen und ihm im Rücken in die Bombardei einbrechen. Nach einigem Herumtasten zog er sich am 9. Mai hinter die Sesia zurück, was auf sein Heer den übelsten Eindruck machte. Dadurch gab er den Franzosen Zeit heranzukommen.

Am 10. Mai verließ Kaiser Napoleon Paris, um sich an die Spitze seines Heeres zu stellen. „Italien frei bis zur Adria!“ das war der Schlachtruf, mit dem er es begrüßte. Zwei französische Korps stiegen vom Mont

Genis und dem Mont Genève längs der Dora Riparia auf Turin zu herab, zwei andere nebst der kaiserlichen Garde und dem Material landeten in Genua, überstiegen den Apennin und besetzten das Thal der Scrivia. Das kaiserliche Hauptquartier befand sich zu Alessandria. Da die erlangten Nachrichten den Feldzeugmeister an die Absicht der Franzosen glauben ließen, sich mit beträchtlichen Kräften gegen Piacenza zu wenden, so schickte er, um sich durch eine Refognoszierung Gewißheit darüber zu verschaffen, am 20. Mai den General



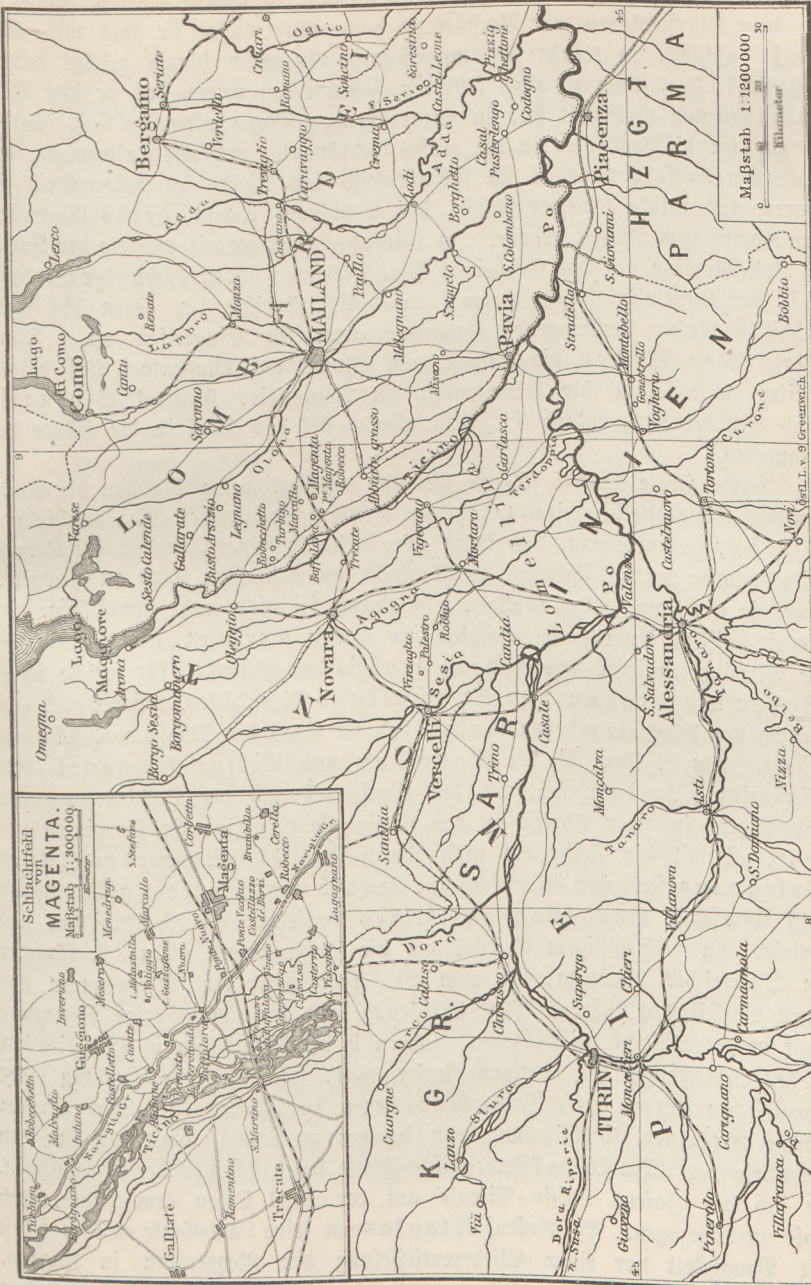
General Cialdini. Nach Photographie.

Stadion mit einer für diesen Zweck ganz überflüssig starken Macht auf Casteggio vor, dessen sich derselbe bemächtigte, worauf er gegen Montebello vorrückte. Da aber eilte General Forey auf der Eisenbahn herbei; von der sardinischen Reiterei unterstützt, entriß er den Ort den Österreichern in einem hartnäckigen Häuserkampfe, zog sich aber dann, da die Stellung zu ausgelegt war, wieder zurück. Während aber Giulay seine Aufmerksamkeit ausschließlich gegen Südwesten richtete und sich durch Scheinanstalten zum Brückenschlag über den Po noch mehr darin bestärken ließ, erleichterte er dem Gegner den Plan, ihn auf der entgegengesetzten, rechten Seite zu fassen. Die Einleitung zu diesem Manöver bildete Garibaldi's und seiner Alpenjäger Übergang über den



Ticino unterhalb des Lago Maggiore, durch den zugleich der Freischärler, der im Jahre 1848 den Franzosen die Einnahme von Rom so sehr erschwert hatte, möglichst weit vom kaiserlichen Hauptquartier entfernt wurde. Kühn gemacht durch einen in Varese glücklich abgeschlagenen Angriff des Generals Urban, ging er selbst zur Offensive über und überfiel Como, doch schlug sein Handstreich auf das Fort Laveno (1. Juni) fehl. Unterdes war das Hauptheer ebenfalls aufgebrochen. Es war ein kühnes und gefährliches, aber wenn es gelang, entscheidendes Unternehmen, dieser Flankenmarsch längs der feindlichen Fronte. Seit dem 26. April zog sich das französische Heer mit Hilfe der Eisenbahn aus der Gegend von Alessandria hinter den Sardinern weg nach Norden, über Casale gegen VerCELLI. Dort gingen die Sarden unter Cialdini über die Sesia und vertrieben die Österreicher aus der starken Stellung, die sie bei Palestro inne hatten. Nun endlich dämmerte dem Feldzeugmeister doch der Gedanke an eine Gefahr, die seine Rechte bedrohe, aber sein Versuch, die verlorene Stellung von Palestro am 31. wiederzunehmen, wurde mit beträchtlichem Verluste zurückgewiesen. Ganz Italien freute sich dieser Waffenthat, der Tapferkeit des Königs; sie machte auf Toskana und die Romagna einen begeisterten Eindruck. Während bei Palestro gekämpft wurde, gingen die Franzosen in Massen bei VerCELLI über die Sesia; am 1. Juni besetzten sie Novara, am 2. das linke Ticinoufer. Das Glück war der Kühnheit des Kaisers hold gewesen, die Umgehung des rechten österreichischen Flügels war vollendet.

Nun endlich überzeugten sich auch Giulay und sein Generalstab von der wahren Lage. Um wenigstens Mailand zu decken, nahmen sie das Heer hinter den Ticino zurück und konzentrierten es bei Rosale. Eben jetzt langten zwei neue Korps unter Clam-Gallas an und gleichzeitig der von dem besorgten Kaiser als Verräter Giulays geschickte Heß. Während jener die Armee am liebsten sofort nach Verona zurückgeführt hätte, fand dieser den Stand der Dinge nicht so verzweifelt; die Hauptsache war nach seiner Ansicht, den Naviglio grande zu halten, einen vom Ticino abgeleiteten Kanal, der auf drei Brücken, bei den Dörfern Buffalora, Magenta und Robecchio, überschreitbar war. Aber das Dreinreden von Dreien machte jede einheitliche Leitung unmöglich. Giulay gedachte seinen durch die rückgängigen Eilmärsche und die Frontveränderung erschöpften Truppen am 4. einen Ruhetag zu gönnen, aber schon am 3. gingen die Franzosen über die nur unvollständig gesprengte Brücke von Buffalora. Im Vertrauen auf die Mitwirkung des etwas nördlicher, bei Turbigo, übergangenen Mac Mahon griff der Kaiser folgenden Tages an. Er fand Clam-Gallas auf den bogenförmigen Höhen, welche die Straßen nach Mailand beherrschen; den Schlüssel seiner Stellung bildete das Dorf Magenta. Der mit Hecken, Maulbeerbäumen, Weinbergen und Reisfeldern bedeckte, von Wasserläufen und tiefen Gräben durchschnittene Raum vor derselben bis an den Kanal erschwerte zwar dem Feinde die Annäherung, machte aber auch den Österreichern die Verwendung ihrer überlegenen Kavallerie



C. Dittler, Geogr.-art. Anst. Leipzig, Verstaub.  
 G. Grotzschke, Verlagsbuchhandlung, Berlin.



und Artillerie unthunlich. Als Clam-Gallas sich angegriffen sah, schickte er zu dem Oberfeldherrn um Verstärkung und hätte dieser sie ihm mit aller Kraft geschickt, so würde der unvorsichtige Angreifer schwer gebüßt haben. Aber Giulay fügte zu allen früheren Fehlern den neuen, daß er ihm Verstärkungen nur vereinzelt und in unzureichendem Maße zukommen ließ. Selbst so gerieten die Franzosen in die größte Bedrängnis, nur mit Anspannung der äußersten Kraft vermochten sie sich diesseits des Ticino zu behaupten. Es waren Augenblicke tödlicher Angst, bis wenigstens Canroberts Eintreffen den Kampf zum Stehen brachte. In peinlicher Verlegenheit wartete der Kaiser in San Martino auf das Erscheinen Mac Mahons; schon tauchte der Verdacht auf, der Legitimist spinne Verrat, da endlich kündigte der gegen die österreichische Rechte vordringende Kanonendonner sein Eingreifen an. Dann führte Mac Mahon die Seinen zum Sturm auf Magenta. Auf beiden Seiten wetteiferten die Kämpfenden an Tapferkeit, General Espinasse fand hier den Tod, endlich 7 $\frac{1}{2}$  Uhr abends fiel das Dorf in die Hände der Franzosen.

Beide Heere hatten schwere Verluste erlitten, beide lagerten die Nacht auf dem Schlachtfelde, keines von beiden konnte sich den vollen Sieg zuschreiben. Giulay, in Anbetracht, daß kaum zwei Dritteile seiner Truppen am Kampfe teilgenommen hatten, gedachte die Schlacht am folgenden Tage zu erneuern; aber die Erklärung Clam-Gallas, sein Korps sei nicht mehr kampffähig, und die eingerissene Unordnung nötigten ihn davon abzustehen, und so war das die Verbündeten selbst überraschende Ergebnis der Schlacht, für welche Mac Mahon und Regnault de St. Angeh zu Marschällen, ersterer auch zum Herzog von Magenta erhoben wurden, daß sie ihnen die Straße nach Mailand öffnete. Am 8. Juni hielten Napoleon und Viktor Emanuel ihren Siegeszug in die Hauptstadt der Lombardei und der Stadtrat erneuerte unverzüglich in einer Adresse an den König die Annexion an Sardinien von 1848. Damit die Festfreude nicht durch den 17 Kilometer entfernt bei Melegnano stehenden österreichischen Nachtrab unter Benedek gestört werde, griff Marschall Baraguay d'Hilliers denselben am 8. Juni an und vertrieb ihn nach hitzigem Gefechte um die Lambrobrücke. Am 10. räumten die Österreicher Piacenza, bis zum 21. stand nicht ein Mann mehr von ihnen diesseit des Mincio. Ihre Erklärung fand diese rückgängige Bewegung nicht in der Schlacht bei Magenta, sondern in den Vorgängen in Mittelitalien, in der Vertreibung der dortigen Regierungen, sowie in der Landung eines französischen Korps unter Prinz Napoleon zu Livorno (23. Mai), in der Furcht vor einer Überflügelung von dorthier zu Lande, sowie zur See von der Adria her. Die kleine österreichische Flotte hatte sich vor der französischen, die sich des Hafens Ruffin-Piccolo auf der Insel Nervo bemächtigte, nach Pola zurückgezogen. Ein Aufruf Klapkas an seine Landsleute erfüllte selbst mit Bangigkeit vor einer Wiederentfesselung der Revolution in Ungarn. Wenigstens ließ die Langsamkeit, mit welcher die Verbündeten folgten, den



General Mac Mahon.

Nach dem Gemälde von René Princeteau.





Österreichern Zeit, sich äußerlich und innerlich wieder zu sammeln. Kaiser Franz Josef traf in Verona ein und übernahm an Stelle des am 16. Juni entlassenen Giulay in Person den Oberbefehl; in Wahrheit führte denselben der greise Heß, ohne daß damit die nötige Einheit in die Führung gebracht worden wäre. Das Heer war an Zahl dem Gegner um 10 000 Mann über-



legen, an Geschütz um das Doppelte. Diesen Vorteil, den Zauber, welchen die Unwundenheit des Kaisers übte, beschloß Heß in einer kräftigen Offensive auszunutzen. Nur eine siegreiche Schlacht konnte Österreichs Suprematie über Italien wiederherstellen und die von den Flügeln und im Rücken drohenden Gefahren beschwören. Am Morgen des 23. begann der Vormarsch nach dem Chiese.

Auf den Kaiser Napoleon hatte die Schlacht bei Magenta einen tiefen Eindruck gemacht; gequält von der Erinnerung an die Gefahr, in der er dort geschwebt hatte, beschloß er, fortan mit vorsichtiger Langsamkeit zu marschieren und sein Heer, so schwierig das auch sein mochte, beständig beisammen zu halten, um jeden Augenblick zur Schlacht bereit zu sein. Nur Garibaldi wurde, einer Umgehung aus Tirol vorzubeugen, nach dem Veltlin geschickt, wo er sich mit den österreichischen Jägern herumschoß. Auch die im Hauptquartier herrschende Ungewißheit über die Absichten des Gegners hemmten den Vormarsch der Verbündeten; selbst Godard in seinem Luftballon vermochte darüber nichts zu entdecken. So kam es, daß die beiden Heere, nachdem die Franko-Sarden den Ghiess überschritten hatten, am 24. einander unvermutet im Vormarsch begegneten. Während die Schlacht sich entspann, eilten beide Heere, ihre entfernter stehenden Truppenteile heranzuziehen. Die Franzosen richteten ihre Hauptanstrengungen gegen das Dorf Solferino, den Mittelpunkt und Schlüssel der feindlichen Stellung, die sich vom Süden des Gardasees in südwestlicher Richtung bis Medole erstreckte. Angriff und Verteidigung leisteten hier das Äußerste. Um sein schwer bedrängtes Zentrum zu entlasten, befahl Kaiser Franz Josef dem Reiterkorps Wimpffen, sich auf den rechten Flügel der Franzosen zu werfen, der bei Guidizzolo unter Niel stand. Allein das Manöver mißlang und entzog nur dem Zentrum die höchst nötige Unterstützung. Nach mehrstündigem Kampfe fiel Solferino in die Hände der Franzosen; die blutenden Trümmer der Österreicher zogen sich nach Cavriana, aber weder dieses noch Cassiano vermochten sie vor Niel und der Garde zu halten. Ein wolkenbruchartiges Gewitter, in das sich die erstickende Schwüle des Tages auflöste, verhüllte den Rückzug der Österreicher gegen den Mincio. Die Sarden unter Lamarmora, welche den linken Flügel der Verbündeten bildeten, waren auf ihrem Vormarsche gegen Peschiera ebenfalls unvermutet auf den Feind gestoßen, auf das 8. österreichische Korps unter Benedek, das auf dem Plateau von San Martino stand. Fünfmal griffen sie an, aber jedesmal wurden sie zurückgeworfen, bis Benedek abends 7 Uhr, weinend vor Zorn, dem Befehl zum Rückzuge gehorchen und seine Stellung den Angreifern überlassen mußte.

Beide Heere, Sieger wie Besiegte, befanden sich in einem Zustande tiefster Erschöpfung. Der Gesamtverlust der Österreicher betrug 22 000, der der Franzosen 14 000, der Sarden 5500 Mann. Der Anblick des Schlachtfeldes war grauenvoll. Er erfüllte den Genfer Heinrich Dunant mit dem Vorsatze, die ganze fühlende Menschheit zu einem Bunde aufzurufen, um die Wunden, welche der Krieg notgedrungen schlägt, mit aufopferndem Mitleiden zu lindern. Seine Schrift „Die Barmherzigkeit auf dem Schlachtfelde“ gab den Anstoß zur Organisation der freiwilligen Krankenpflege im Felde.

Der Sieg war, teuer erkauft, den Franzosen geblieben, aber er war unvollständig; unbehelligt bewerkstelligten die Österreicher ihren Rückzug über die Etzsch und hinter die schützenden Werke des Festungsvierecks. Dieser unleug-



baren Thatfache gesellten sich verschiedene andere Erwägungen bei, welche dem Kaiser Napoleon die Fortsetzung des Krieges verleideten. Die Zänkereien seiner Generale widerten ihn an, rasche, glänzende Entscheidungen standen ihm jenseits des Mincio nicht in Aussicht, sondern langwierige Belagerungen in der heißen Jahreszeit, die sein Heer mit tödlichen Fiebern bedrohte. Die nationale Bewegung Italiens hatte die Grenzen, die er ihr zu ziehen gedacht, weit überschritten, die geheimen Absichten seines Verbündeten erfüllten ihn mit Argwohnen, denn sie durchkreuzten die notwendigen Rücksichten, die er auf die Afrikanen daheim zu nehmen hatte, und seinen eigenen Wunsch, sich nicht mit dem Papst zu überwerfen; selbst zwischen beider Heeren bestand feindselige Spannung. Über dies alles aber wuchs mit jedem Tage die Gefahr, daß an dem lokalisierten Kriege sich ein allgemeiner europäischer entzündete. Denn beunruhigt über die französischen Siege unterhandelten die drei neutralen Mächte, namentlich England und Rußland, über eine Vermittelung, deren Grundlage die Vergrößerung Sardinien's durch die Lombardei und die Pöherzogtümer, Errichtung Venetiens zu einem selbständigen Staate und ein italienischer Bund waren; Preußen drohte sogar die nationale Erregung Deutschlands zum bewaffneten Einschreiten am Rhein fortzureißen. Und gegen alle diese Feinde hatte er nur einen einzigen Verbündeten, die Revolution! War es da nicht geratener, wenn auch ohne das gesteckte Ziel vollständig erreicht zu haben, innezuhalten und sich mit dem bisherigen Erfolge zu begnügen?

Am 6. Juli überbrachte sein Adjutant General Fleury nach Verona das Anerbieten wegen Einstellung der Feindseligkeiten; am 8. wurde der Waffenstillstand zu Villafranca abgeschlossen, am 11. hatten beide Kaiser eine Zusammenkunft daselbst. Es fiel Napoleon nicht schwer, seinem Gegner nachzuweisen, daß seine Vorschläge immer noch günstiger seien, als was Oesterreich von den Neutralen zu erwarten habe. Am 12. fand die Unterzeichnung der Friedenspräliminarien statt: Es soll ein italienischer Bund unter dem Ehrenvorsitz des Papstes errichtet werden; der Kaiser von Oesterreich tritt an den Kaiser der Franzosen die Lombardei mit Ausnahme von Mantua und Peschiera ab und dieses Gebiet wird letzterer dem Könige von Sardinien übergeben; Venetien nimmt an dem italienischen Bunde teil, bleibt aber österreichisch; die vertriebenen Erzherzöge kehren in ihre Staaten zurück und erlassen eine allgemeine Amnestie, beide Kaiser werden vom Papste die Einführung der unerläßlichen Reformen verlangen; sie sichern gegenseitig allen Kompromittierten volle Amnestie zu.

Die Überraschung über diese plötzliche Beendigung des Krieges war allgemein, grenzenlos die Entrüstung der italienischen Patrioten. Cavour flog auf die erste Nachricht davon herbei ins Hauptquartier, er tobte, er hatte mit dem Könige eine heftige Scene, aber das Opfer war bereits vollbracht. Viktor Emanuel fehlte die Macht, den Vertrag geltend zu machen, dessen Buchstaben er für sich hatte. Den Krieg allein, mit eigenen Kräften fortzu-

sehen, wie er wohl in der ersten Aufwallung dachte, war unmöglich; es blieb ihm also nichts übrig, als sich dem Frieden zu unterwerfen. Anders Cavour, er konnte zu einer solchen Lösung nimmermehr die Hand bieten. Der Bund, den Napoleon ihnen auferlegen wollte, war nicht der eines selbständigen Italiens, den auch er als zulässig, ja als das zur Zeit Erreichbare ansah, denn ihm fehlte die erste Bedingung, der völlige Ausschluß Oesterreichs. Mit Oesterreich, das an Mantua und Peschiera die Schlüssel zur Lombardei in der Tasche behielt, mit seinen Vasallen, den Erzherzögen, unter Vorbehalt des Papstes war dieser Bund ein Unding, die Verknüpfung des konstitutionellen Sardinien mit absolutistischen Staaten unter dem getheilten Einflusse zweier absolutistischer Großmächte nicht ein nationales Band, sondern eine fortdauernde Quelle inneren Haders. Ohne sich zu besinnen, trat Cavour (19. Juli) zurück. Verzweiflung herrschte in Venetien, Niedergeschlagenheit und Zorn auch in der Lombardei. Finsternes Schweigen begleitete den Kaiser Napoleon auf seiner Rückreise. Die Stellung des neuen Ministeriums Lamarmora-Rattazzi-Dabormida war unter diesen Verhältnissen eine überaus schwierige. Es durfte sich dem Geschehenen nicht unterwerfen, wenn es nicht die eingetretene Niedergeschlagenheit oder den nationalen Unwillen vermehren wollte, ebenso wenig aber durfte es den Kaiser Napoleon verletzen, der doch immer die Stütze Italiens blieb. Wenigstens erklärte ein Rundschreiben Dabormidas an die sardinischen Gesandten, daß der König zu keiner Konföderation die Hand bieten werde, an welcher Oesterreich teilnehme. Der Bund war tot, ehe er zu leben angefangen. Die Unterzeichnung des Definitivfriedens zu Zürich am 10. November ging fast unbeachtet vorüber, denn er war bereits von den Ereignissen überholt. Oesterreich hatte darin von seinen Forderungen auch nicht die kleinste durchsetzen können. Nur wie Hohn klang der Artikel, der die Rechte der entthronten Erzherzöge vorbehielt, die Anwendung von Gewalt zu ihrer Wiedereinsetzung jedoch ausschloß. Gerade er wurde der Punkt, in welchem die Geschichte Italiens zur entgegengesetzten Entscheidung kamen.

Denn ohne sich im mindesten um diese Bestimmung zu kümmern, bereiteten die Bevölkerungen Mittelitaliens mit bewunderungswürdiger Ruhe und Ordnung, wie von einer inneren Notwendigkeit getrieben, den Anschluß an Sardinien vor; nur in Parma fiel Oberst Anviti, der Verfänger des ermordeten Herzogs und das böseste Werkzeug seiner wahnwitzigen Despotie, der Volkswut zum Opfer. Es war, als ob die leitenden Männer dem Gange, welchen die Dinge wie von selbst nahmen, nur leise nachzuhelfen brauchten. Der zum Diktator von Modena, dann auch von Parma und der Romagna gewählte Farini vereinigte, nachdem der Prinz von Carignan die angetragene Regentschaft abgelehnt hatte, diese Gebiete vorläufig, bis zur vollständigen Vereinigung mit Sardinien, unter einer Regierung der königlichen Provinzen der Emilia. Ganz ähnlich verliefen die Dinge in Toskana unter der Leitung des Barons Ricasoli, nachdem die Volksvertretung schon am 1. August einstimmig die Erklärung abgegeben hatte, daß die Lothringische Dynastie weder zurückberufen



noch wieder angenommen werden könne. Durfte das Turiner Ministerium der Annexion nicht offen Vorschub leisten, so geschah es doch unter der Hand, durch den König, auch durch Cavour trotz dessen scheinbarer Zurückgezogenheit; auf Bitten der provisorischen Regierungen wurde General Fanti abgeschickt, um die militärischen Kräfte dieser Landschaften einheitlich zu organisieren. Widerstand versuchte nur Papst Pius IX. Am 16. Juni, dem dreizehnten



General Lamarmora. Nach Photographie.

Jahrestage seiner Wahl, erließ er eine Encyklika wider die Kotte Korah, welche das Volk anstiftete, sich einer Regierung zu unterwerfen, die sich den legitimen Rechten und den Dienern der Kirche so feindlich gezeigt habe; am 20. verhing er in einer Allocution an die Cardinäle den großen Bann über alle, welche auf irgend eine Weise die weltliche Macht des Papstes zu erschüttern sich erdreisteten. An demselben Tage erstürmten die päpstlichen Schweizer das aufständische Perugia, allein die von ihnen dabei verübten Greuel riefen einen so allgemeinen Aufschrei der Entrüstung hervor, daß der eidgenössische Bundes-

rat sich dadurch genötigt sah, dem Unwesen der Reisläuferei zu steuern. Dagegen verdoppelte die geheime Polizei ihre Thätigkeit und wer, sei es auch nur aus Privathaß, wegen politischer Meinungen denunziert wurde, dessen wartete wochenlange Einsperrung neben Verbrechern in den scheußlichsten Kerkerlöchern.

An dem Kaiser Napoleon bewahrheitete sich immer mehr das Wort, mit dem sich Cavour bei seinem Rücktritt getröstet hatte: „Ich habe gemacht, daß er ins Wasser gesprungen ist, nun muß er schwimmen.“ Die Fähigkeit der freien Selbstbestimmung ging ihm immer mehr verloren. Hier von dem Jorn der Klerikalen bedroht, dort von dem Schatten Orsinis verfolgt, bedrückt durch die Unvereinbarkeit der Widersprüche, in die er sich verstrickt hatte, verfiel er in eine Politik, die allem, was geschah, entgegenarbeitete und doch nichts verhinderte, die den Freund verletzte und doch den Feind nicht versöhnte, die Ratschläge erteilte und doch wußte, daß sie nicht befolgt werden würden. Der Papst und Mittelitalien, das war das zu lösende Problem; jenen galt es mit der italienischen Nationalbewegung zu versöhnen, aus diesem sollte, und zwar zu gunsten seines Betters, ein selbständiger Staat gebildet werden, der dem Ehrgeiz Sardinien's das Gleichgewicht hielt. Aber der wohlmeinende Rat, den er dem Papste gab, aus eigener Bewegung den Legationen eine getrennte Verwaltung mit einer Laienregierung zuzugestehen, erhielt als einzige Antwort eine neue Allocution an das Kardinalkollegium (26. September), welche alle Beschwerden für freche Lügen erklärte. Trotzdem versicherte ein Rundschreiben *Walewskis*, der Heilige Vater warte nur auf den passenden Augenblick, um die Reformen zu veröffentlichen, die er seinen Staaten zu erteilen entschlossen sei. Jene schroffe Abweisung brachte den Kaiser auf seinen alten Lieblingsgedanken zurück: ein in Paris zusammentretender Kongreß sollte helfen, ihn aus der Verlegenheit zu reißen. Aber wo bei so diametral entgegengesetzten Anschauungen und Interessen eine gemeinsame Basis für denselben finden? Der Papst stellte als Bedingung für die Beschickung desselben die Unterstützung des Kaisers zur Wiederherstellung seiner weltlichen Herrschaft in ihrem vollen Umfange. Die ultramontane Presse aller Länder ließ den Alarmruf zu gunsten des gefährdeten Oberhauptes der Kirche erschallen. Die Königin *Isabella* von Spanien, schwärmend für die unbefleckte Empfängnis, brannte vor Begierde, Truppen zum Schutze des Papstes und auch ihrer bourbonischen Verwandten von Parma und Neapel zu schicken. In Wien, Rom und Neapel wurde eine Gegenrevolution geplant, die Toskana und die Romagna bis an den Po restaurieren sollte. Die Ernennung des Prälaten *de Merode*, eines Belgiers, zum päpstlichen Waffenminister bewies, daß die Kurie entschlossen sei, zu ihrer Verteidigung auch andere als geistliche Waffen zu schwingen. Der noch vorhandene kleine Rest der alten Schweizertruppen wurde durch Leute aus aller Herren Länder ergänzt, aus Oesterreich kamen ganze Schiffsladungen geworbener, meist gebienter Leute, ferner 800 Irländer und ein franko-belgisches Korps, und so wenig zahlreich die Legi-



timisten unter ihnen waren, so bildeten sie sich doch ein, die Führer eines Heeres zu sein, das bald berufen sein könnte, auch in Frankreich die alte Ordnung



General Lamoricière.

wieder herzustellen. In Rom wurde offen die weiße Kokarde getragen, für den Oberbefehl General Lamoricière, ein persönlicher Gegner Napoleons, gewonnen. Eine neue finanzielle Hilfsquelle erschloß sich in dem Peterspfennig, seitdem sich im Herbst 1859 in Belgien ein Verein gebildet hatte, welcher

Beiträge unter diesem Namen bei den Gläubigen für die Kasse des Heiligen Vaters sammelte.

Diese sich mit der Legitimität verbündende Halsstarrigkeit nötigte Napoleon, einen anderen Ausweg zu suchen. Eine unter seiner Eingebung von La Guéronnière verfaßte Flugschrift „Der Papst und der Kongreß“ führte den Gedanken aus: es sei Ehrenpflicht des Kaisers, der die päpstliche Herrschaft mit den Waffen Frankreichs wieder hergestellt habe, auch den Papst mit seinem Volke und seiner Zeit wieder zu versöhnen. Ebenso habe er dem italienischen Volke die Sicherheit und Unabhängigkeit seiner Nationalität, die er ihm zurückgegeben, zu verbürgen. Beides habe durch den italienischen Bundesstaat zu geschehen in der Weise, daß die päpstlichen Provinzen, mit reicher Selbstverwaltung ausgestattet und so die Kurie ihrer Verantwortung entlastend, in denselben einträten, der Papst durch Bundesstruppen geschützt werde. Eine weltliche Macht des Papstes sei allerdings notwendig für die Ausübung der geistlichen Gewalt, aber mit einem Staate von einiger Ausdehnung sei sie unverträglich, daher nur Rom und das Erbeil Petri dem Papste von den Großmächten zu garantieren seien. Wie vorauszu sehen, wies der Papst auch diesen Gedanken, der zugleich den eines königlichen Vikariats über die Romagna, Umbrien und die Marken in sich schloß, mit Entrüstung zurück; er bezeichnete die Schrift gegen den ihn zum Neujahr beglückwünschenden Kommandanten der französischen Besatzung von Rom als ein hervorragendes Denkmal von Heuchelei und ein unwürdiges Gewebe von Widersprüchen. Er erließ ein neues Fluchbrevé, abermals ohne Nennung von Namen. „Nur Fluch und wieder Fluch quoll um weltlichen Besitzes willen aus seinem Munde und Herzen über Tausende und aber Tausende, die so gern gute Katholiken bleiben wollten.“ In einer Enchiridion vom 19. Januar 1860 wandte er sich an die Bischöfe der ganzen Welt mit der Erklärung, er sei bereit, in der Verteidigung des Kirchenstaates selbst den Märtyrertod zu leiden. Cavour aber segnete im stillen den Papst, der durch seine Weigerung den Kongreß unmöglich gemacht hatte. Auch davon mußte Napoleon sich überzeugen, daß der Anschluß Mittelitaliens an Sardinien nicht aufzuhalten, daß es mit einer toskanischen Krone für seinen Vetter nichts sei. War dies aber einmal so, so sollte wenigstens letzteres dafür den für die Erwerbung Venetiens bedungenen Preis zahlen. Ihren Ausdruck fand diese Schwenkung der kaiserlichen Politik in der Entlassung Walewskis und seiner Ersetzung durch den Italiener freundlicheren Thouvenel, 5. Januar 1860. Das erste, was der neue Minister des Auswärtigen that, war, daß er in Wien offen die Unmöglichkeit erklärte, den Züricher Frieden auszuführen, er wies auf die Gefahr hin, daß der bisher monarchische Charakter der italienischen Nationalbewegung in einen republikanischen umschlage.

Kurze Zeit darauf vollzog sich auch in dem Turiner Ministerium eine wichtige Veränderung. Die Zaghaftigkeit, mit der Rattazzi die mittelitalienische Frage angegriffen, die Bereitwilligkeit, mit der er den Kongreß



angenommen, hatten ihm sowohl das Vertrauen des Königs als das der öffentlichen Meinung gekostet, die in naiver Überschätzung der eigenen Kraft die Berechtigung solcher Rücksichtnahme gar nicht begriff. Garibaldi legte entrüstet den Ehrenvorsitz des Nationalvereins nieder und gründete einen neuen, „die bewaffnete Nation,“ welcher den offenen Aufruf in die Marken tragen sollte. Am 16. Januar gab Rattazzi seine Entlassung und nun beauftragte der König Cavour mit Bildung eines neuen Ministeriums. Der neue Ministerpräsident trat sein Amt mit der Erklärung an die Gesandten seines Königs an, die Wiederherstellung der kleinen Kronen sei undenkbar, die Einverleibung bleibe die einzig mögliche Lösung der mittelitalienischen Frage. Er berief Fanti ins Kriegsministerium, ließ ihm aber trotzdem die Oberleitung über die Organisation der mittelitalienischen Truppen und bald konnte dieser dem königlichen Heere 40 000 leidlich geordnete Mann zuführen, denen sofort sardinische Offiziere zugeteilt wurden. Garibaldi wurde vermocht, seine Entlassung aus dem mittelitalienischen Dienste zu geben; er that es mit einer Abschiedsproklamation an seine Soldaten, in der er erklärte, er sei durch Hinterlist entfernt, aber an dem Tage, wo Viktor Emanuel seine Krieger wieder zum Kampfe für die Erlösung des Vaterlandes rufe, werde er schon einen Posten an der Seite seiner Kriegskameraden finden. „Ein Herz von Gold, aber ein Büffelkopf,“ sagte d'Azeglio.

Dieses kühne Auftreten hätte sich Cavour nicht gestatten dürfen ohne den Rückhalt, den er an England zu finden gewiß war. Denn diese Macht sah mit wachsendem Mißmut die Ausbreitung der französischen Machtssphäre über das Mittelmeer, die Anstalten zur Züchtigung der marokkanischen Stämme an der Grenze Algeriens, die Ermütigung Spaniens zu einer Expedition gegen Marokko, die Vorbereitungen zur Durchstechung der Landenge von Suez, und war daher um so geneigter, der kaiserlichen Politik in Italien Hindernisse zu bereiten, indem sie die Annexionen begünstigte. Aber er sah auch die unvermeidliche Notwendigkeit, den französischen Schutz um den geforderten Preis zu erkaufen. Zudem fiel ihm die Hingabe des französisch sprechenden, vom Alerus beherrschten und durch die Siccardischen Geseze Piemont entfremdeten Savoyens weit weniger schwer als dem Könige, dem der Verzicht auf dieses sein Stammland große Überwindung kostete. Erschwerend für den Handel war nur der Umstand, daß auf dem Wiener Kongreß ein Teil Nordsavoyens, Faucigny und Chablais, zur Sicherheit der Schweiz neutralisiert worden war; diese Schutzmauer fiel, wenn ganz Savoyen französisch wurde. Auch rief die Schweiz, sobald die Sache ruckbar wurde, den Schutz Englands an und machte selbst Miene, ihre Grenzen am Genfer See mit den Waffen in der Hand zu wahren, ebenso zeigte sich der Prinzregent von Preußen geneigt, diese Umgehung des ohnehin schwachen linken Flügels von Deutschland nicht zu dulden. Doch blieb es bei Worten. Anders lag die Sache mit Bezug auf das vorwiegend italienische Nizza, das Cavour gern gerettet hätte, aber vergebens. Am 1. März 1860 empfing Napoleon den Gesezgebenden

Körper mit der Ankündigung des Bevorstehenden; angesichts der Umwandlung Norditaliens, durch welche die Alpenpässe einem mächtigen Staate übergeben würden, erheische die Sicherheit Frankreichs die Nordabhänge des Gebirges zurückzuverlangen. In dieser Zurückforderung eines Gebietes von so geringer Ausdehnung (13 200 □ Kilometer mit 800 000 Einwohnern) liege nichts, was Europa beunruhigen und die Uneigennützigkeit der kaiserlichen Politik Lügen strafen könne.

Trotz dieser schönen Phrase war doch der Eindruck, den die Abtretung von Savoyen und Nizza auf Europa machte, kein guter. Der Schacher lag allzudeutlich vor Augen und die konservativen Regierungen wurden dadurch nur noch mißtrauischer gegen Napoleon. Auch Cavour faßte die Sache anders auf als dieser. „Jetzt sind wir Complicen,“ sagte er zu Benedetti, als sie beide am 23. März ihre Namen unter den Vertrag setzten; das einzige Zugeständnis, das er erreicht hatte, war, daß derselbe nicht die Ausdrücke Annexion oder Abtretung, sondern Wiedervereinigung mit Frankreich enthielt. Das war viel zu wenig, um ihn gegen die leidenschaftlichen Vorwürfe seiner Landsleute zu schützen, die schlechterdings nicht begreifen wollten, daß sie nicht bloß mit der Politik des Kaisers, sondern ebenso mit der altfranzösischen Vergrößerungssucht zu rechnen hätten. Der Nizzarde Garibaldi legte sein Mandat nieder aus Wut, daß das Parlament seinen Antrag, der Abtretung seines Geburtslandes die Genehmigung zu versagen, verwarf. Cavour aber fühlte unter der Last der auf ihn einstürmenden Anklagen seine Kraft wachsen. In einer seiner glänzendsten Reden (26. Mai) entriß er dem Parlamente die Zustimmung zu seiner Politik. Er wußte bereits, wo er seine Vergeltung zu nehmen habe. Im Begriff nach Nizza zu gehen, um gegen die Annexion zu wirken, soll Garibaldi von ihm ein Billet erhalten haben bloß mit den Worten „Nizza oder Sicilien“; und Garibaldi blieb.

Was die Westmächte, seitdem Cavour auf dem Pariser Kongreß die Mißregierung in Neapel als eine Gefahr für die Ruhe Italiens und Europas zur Sprache gebracht, versucht hatten, um dort eine Amnestie oder wenigstens eine mildere Behandlung der politischen Gefangenen durchzusetzen, war trotz ihrer Drohung, im Weigerungsfalle mit ihren Flotten einzuschreiten, an dem herrischen Troke des Königs Ferdinand ganz wirkungslos abgeglitten, so daß beide im Oktober 1856 den diplomatischen Verkehr mit Neapel abbrachen. In der Bevölkerung aber lebte als einzige politische Regung nur noch der tödliche Haß gegen dieses Bourbonengeschlecht, das seit Menschenaltern den Garten Europas mit seiner Zwingherrschaft besudelte, und das Bewußtsein ihrer Verhaßtheit trieb die Regierung zu immer härteren Maßregeln, besonders nach einem mißlungenen Aufstandsversuche unter Bentivegna auf Sicilien, und nachdem bei einer Heerschau am 8. Dezember ein Soldat Namens Milano sich auf den König gestürzt und ihn mit dem Bajonett verwundet hatte. Die Explosion eines Pulvermagazines in der Nähe des königlichen Schlosses und eines mit Waffen nach Sizilien bestimmten Schiffes,



obgleich wahrscheinlich nur die Folge der durch die Aufregung gesteigerten Unordnung, erzeugte einen ungeheuern Schrecken. Mit der Argentinischen Republik wurde ein geheimer Vertrag wegen Überführung von Verhafteten geschlossen, 180 000 Verdächtige (*attendibili*) standen auf den Registern der Polizei oder unter Überwachung oder waren interniert. Dennoch wankte der Boden unter den Füßen der Regierung immer stärker. Am 25. Juni 1857 fuhren etliche dreißig Mazzinisten, Pisacane, Herzog von Giovanni, Nicotera u. a. von Genua ab, bemächtigten sich der Insel Ponza, befreiten 327 dort Gefangene und landeten bei Sapri. Sie fanden aber bei der Bevölkerung nur Angst und Laueheit, sie wurden zersprengt, Pisacane schwer verwundet, auch das Schiff genommen und die Bemannung, obgleich sie nachweislich nur gezwungen den Aufständischen Dienste geleistet, in den Kerker geworfen, auf Englands energische Reklamation mußten jedoch die Maschinisten als britische Unterthanen unter schwerer Geldentschädigung, auf die Cavours endlich auch das Schiff freigegeben werden. Als habe selbst die Natur sich mit der Tyrannei verschworen, wurde das Land im Dezember von einer Reihe schrecklicher Erdbeben heimgesucht, durch welche 10000 Menschen umkamen. Siebzig von der Anzahl politischer Gefangener, unter ihnen Poerio, sollten nach Nordamerika gebracht werden; sie zwangen aber unterwegs den Kapitän, sie in Cork ans Land zu setzen, wurden in England mit Jubel aufgenommen und gingen von dort nach Piemont. Wie hätten da die Annäherungsversuche Cavours bei dem Könige glücken sollen, der ohnehin die nationale Idee als eine gefährliche Kezerei verabscheute und davor zurückschauderte, seine Hand in die von Tempelräubern zu legen, die mit den schwersten Kirchenstrafen bedroht waren!

So waren die Zustände in Neapel, als König Ferdinand kurz nach Ausbruch des Krieges, am 22. Mai 1859, der Verschlimmerung seiner Wunde erlag. Sein Sohn und Nachfolger Franz II., wenig begabt, jesuitisch erzogen, bisher von allen Geschäften ebenso fern gehalten wie von der Ansteckung durch moderne Ideen, gegängelt von der um seine Stiefmutter (Erzherzogin Maria Theresia) gescharten Kamarilla, milderte zwar einigermaßen die Strenge des Vaters, beharrte aber in dessen Neutralität. Kurz nach seinem Regierungsantritt zerbrach die einzige verlässliche Stütze des bisherigen Systems, als der schweizer Bundesrat, durch die Vorgänge in Perugia veranlaßt, auch die mit Neapel geschlossenen Verträge der Kantone für erloschen erklärte, die Schweizerregimenter inolge davon meuterten und bis auf eine kleine Zahl Treugebliebener aufgelöst werden mußten. Dennoch ging die verblendete Regierung eifrig auf die in Rom ausgebrüteten Kreuzzugspläne ein; indem sie aber zu diesem Zwecke ihre Truppen an der Nordgrenze sammelte, entblökte sie den Süden des Königsreichs und namentlich Sicilien für die Revolution. Am liebsten wäre der stets trennungsfüchtigen Insel ein eigener König gewesen; da aber dieser nicht zu erhalten, folgte sie der von Casarina und der Nationalpartei ausgegebenen Losung „Italien und Viktor

Emanuel!“ Anders als sein Vorgänger Rattazzi würdigte Cavour seit seinem Wiedereintritt ins Ministerium die Schwere der Aufgabe, das eben erst sich neu zusammenschließende Ober- und Mittelitalien fest zu organisieren, zu wohl, als daß er hätte wünschen sollen, durch Verwickelungen im Süden gestört zu werden, die möglicherweise nur muratistischen Plänen Vorschub leisteten. Er erneuerte daher bei Franz II. den Antrag einer Allianz zu gemeinschaftlicher Ordnung der italienischen Angelegenheiten, aber der König verstockte sich gegen jeden guten Rat. Dadurch geriet Cavour in die Zwangslage, in Neapel nicht eine Katastrophe sich vollziehen zu lassen, die ohne Sardinien's Zuthun entweder zum Siege des Radikalismus oder des Muratismus oder zur Befestigung des bisherigen Despotismus führen mußte, denn jedes von diesen dreien war gleich gefährlich für die Sache Italiens.

Das Beispiel Mittelitaliens hatte die Patrioten auf Sicilien mit glühendem Eifer zur Nachfolge erfüllt. Messina wurde durch ein Schreckensregiment im Zaume gehalten, eine erste Erhebung Palermos, 4. April, durch Verrat überwältigt, aber überall züngelte der Aufstand aus dem Boden. Die Zeit des Zwartens war vorbei. Cavour mußte bei längerer Unthätigkeit befürchten, daß die Leitung der nationalen Bewegung ihm entfalle. „Ich halte es“, schrieb Viktor Emanuel am 15. an Franz II., „für unbedingt notwendig, daß Sie alsbald Ihre bisherige Politik aufgeben. Wenn Sie diesem meinem von aufrichtiger Teilnahme für Ihre Dynastie eingegebenen Wunsche widerstehen, so könnte die Zeit kommen, wo ich mich in der schrecklichen Alternative befände, entweder die ernstesten Interessen meiner Krone zu gefährden oder selbst das Hauptwerkzeug Ihres Verderbens zu werden“. Am 26. enthielt die Mailänder Zeitung die Anzeige: „Die Freiwilligen, welche sich nach Sicilien zu begeben wünschen, wollen sich ihrer Instruktionen wegen an das Bureau des Blattes wenden“. Garibaldi, ohne den einmal nichts zu machen war, hatte zu einem Handstreich gegen Sicilien kein rechtes Vertrauen; sein Ziel war von Anfang an Rom, dorthin drängten ihn auch die römischen Flüchtlinge. Cavour's Abmahnungen zum Troß sammelten sich bereits seine Freischärler zum Einfall in den Kirchenstaat. Im letzten Augenblick ließ er sich aber doch umstimmen. Cavour sowohl als Garibaldi betrachteten sich, jeder in seiner Art, gewissermaßen als Werkzeuge der Vorsehung, welche ihrem Vaterlande endlich die ersehnte Einheit zu verleihen beschlossen habe, und obgleich sie dabei auch die Anwendung bedenklicher Mittel nicht vermeiden konnten, so stand doch die öffentliche Meinung aller gebildeten Nationen auf ihrer Seite.

In der Nacht zum 6. Mai bemächtigte sich Bixio, zum Schein mit Gewalt, zweier Transportdampfer im Hafen von Genua, welche die etwa 1000 Mann, meist alte Alpenjäger, zählende Freischär aufnahmen. Zuerst landete Garibaldi mit ihnen an der toskanischen Küste bei San Stefano, um die vergessene Munition und Wasser einzunehmen. Von zwei neapolitanischen Kriegsschiffen verfolgt, erreichten sie im letzten Augenblicke den Hafen





von Marsala und legten sich hinter zwei Engländer, die der Aufforderung, sich zu entfernen, so langsam nachkamen, daß die Freischärler Zeit hatten, ihre Landung zu bewerkstelligen. Tags darauf, den 12., trat Garibaldi den Marsch ins Innere an. Als Oberbefehlshaber des Nationalheeres auf Sicilien nahm er im Namen Viktor Emanuels die Diktatur auf sich und rief alle Sicilianer von 17 bis 50 Jahren unter die Waffen. Aber so verkommen war das Landvolk unter der entwürdigenden Bourbonenherrschaft, daß nur die Wenigsten seinem Rufe folgten. Was sich ihm anschloß, war meist feiges Gefindel, das um Plünderung und Mord auszog. Nur die Elendigkeit der neapolitanischen Gegenwehr ermöglichte ihm Fortschritte. Nach einer Schlappe, bei der er seine Kanonen einbüßte, gelang ihm am 27. dennoch ein Handstreich gegen die Unterstadt von Palermo. General Lanza eröffnete zwar von der Oberstadt das Bombardement gegen dieselbe, aber angesichts der unter den königlichen Truppen um sich greifenden Demoralisation entsank ihm der Mut. Am 30. schloß er Waffenstillstand und aus Furcht vor den in Toskana zurückgebliebenen Freischärlern wies ihn unmittelbar darauf das Ministerium an, die Stadt zu räumen und heimzukehren. Hinter ihm wurde sofort das Castell-a-Mare, die alte Zwingburg Palermos, niedergedrückt. Durch Dekret verbannte der Diktator die Jesuiten von der Insel, unterließ jedoch auch nicht, der heiligen Rosalie seine Devotion zu bezeigen. Der sardinische Admiral Persano, der von Cavour im tiefsten Geheimnis die Weisung empfangen hatte, nötigenfalls auf eigene Verantwortung einen kühnen Schlag zu wagen, erschien auf der Rhede und begrüßte Garibaldi als Statthalter seines Königs mit neunzehn Kanonenschüssen. Der aber, der den Groll und das Mißtrauen gegen Cavour niemals ganz abgelegt hatte und bei aller Hoherzigkeit und Vaterlandsliebe keinen Tropfen staatsmännischen Blutes besaß, verfiel in der Entfernung immer mehr dem Einfluß der ihm schmeichelnden Radikalen und wurde gegen die Weisungen aus Turin störrisch. Den Führer der Nationalpartei Lafarina ließ er sogar verhaften und schickte ihn nach Genua zurück.

Der Fall von Palermo machte in Neapel tiefen Eindruck. Im Vertrauen auf Napoleons Scheelsucht gegen England, welches Garibaldis Unternehmen des Schwefelhandels wegen fast offen begünstigte, auf seine Abneigung sowohl gegen die Freischärler als gegen die italienische Einheit, überwand der König sich, den gemäßigten de Martino nach Paris zu schicken und die Intervention des Kaisers anzurufen. Wäre Napoleon Herr seiner Handlungen gewesen, er würde sie nur zu gern gewährt haben, aber er durfte das Einvernehmen mit England nicht preisgeben, das eben jetzt wegen der syrischen Angelegenheit (S. 87) zu einem Grade von Kälte herabgesunken war, daß jenseit des Kanals schon die Befürchtung vor einer französischen Landung laut wurde. Er begriff, daß er seinem Lande nicht einen Krieg mit England auferlegen könne, daß die Dinge mächtiger seien, als sein Herrscherwille. Nachdem England seinen Vorschlag, durch die Flotten gemeinsam eine Landung





Garibaldi.

Nach Photographie.



auf dem Festlande zu verhindern, abgelehnt hatte, wußte er dem Könige nichts zu raten als Verständigung mit Turin. In solcher Not und Verlassenheit nahm endlich der neapolitanische Hof seine Zuflucht zu Zugeständnissen. Am 25. Juni wurde eine Amnestie für alle politischen Vergehen, Berufung eines neuen Ministeriums unter Vorsitz des gemäßigten Liberalen Spinelli, welches in kürzester Frist eine Verfassung entwerfen sollte, Bündnis mit Sardinien und Annahme der italienischen Farben verkündigt. Aber das zweimal mit Verfassungsversprechungen betrogene Volk schenkte diesen Verheißungen keinen Glauben mehr. Es kam zu unruhigen Auftritten, am 28. wurde der Belagerungszustand über die Stadt verhängt. Auch die Wiederherstellung der Verfassung von 1848, die Einberufung der Kammern auf den 1. September, die Bereitwilligkeit, auf ein zwischen Sardinien und Neapel getheiltes Vikariat einzugehen, änderten nichts an dieser Stimmung. Diese Regierung war so tief in Mißachtung gesunken, daß nichts mehr sie retten konnte. Ebenso war für Cavour die Zeit, wo er Neapel für eine Allianz zu gewinnen gehofft, vorüber; der Antrag des Königs wurde abgelehnt.

Auch die Hoffnung Sicilien zu behaupten, hatte der Hof noch nicht aufgegeben. Das Versprechen eines eigenen Parlaments, eines königlichen Prinzen als Vizekönig sollte den Dingen womöglich dieselbe Wendung geben wie 1849. General Nunziante entwarf den Plan zur Wiederunterwerfung der Insel. Aber die Änderung des Regierungssystems hatte Zwiespalt unter die Generale gebracht, die Maßregeln gerieten ins Stocken und der Abfall des Grafen Anguissola, der mit der Dampffregatte *Vece* zu Garibaldi überging, brachte die ganze Flotte bei den Königlichen in Verzug. Im Heere rächte sich jetzt das System des verstorbenen Königs, der dem Soldaten stets nur Anhänglichkeit an seine Person beizubringen, die an die Offiziere aus Mißtrauen gegen diese abzuschwächen gesucht hatte; sein Sohn, der dank seiner Erziehung nicht das mindeste Militärische an sich hatte, stand weder zu Offizieren noch zu Soldaten in näherem Verhältnisse. Die Beamten in den sicilianischen Städten erkannten den Diktator an und zogen die Steuern für ihn ein; dieser selbst beantwortete die Erteilung der neapolitanischen Verfassung mit der Ausschreibung der sicilianischen Wahlen. General Bosco, der im Nordwesten der Insel stand und sich am 17. Juli bei Milazzo vergeblich auf Garibaldis Untergeneral Medici geworfen hatte, zog sich unter diesen Umständen in das Castell von Messina zurück; beschloß von da aus die Stadt, kehrte aber am 23. auf das Festland zurück, denn das neue konstitutionelle Ministerium wollte nicht durch eine rücksichtslose Verteidigung das damals noch erhoffte Bündnis mit Sardinien gefährden. Am 3. August wurde die sardinisch-italienische Verfassung, d. h. die Annexion an Sardinien, auf der Insel verkündigt.

Je näher die Gefahr dem Festlande rückte, desto rühriger wurde das Ausland. Die reaktionären und die liberalen Parteien desselben sahen in dem Ausgange dieses im äußersten Süden entbrannten Kampfes die Vor-



bedeutung ihres eigenen Sieges oder ihrer eigenen Niederlage. Auf Bitten deutscher Fürsten richtete der Zar an den Kaiser Napoleon die energische Aufforderung, dagegen einzuschreiten. Der Kaiser von Oesterreich besprach sich mit dem Prinzregenten von Preußen zu Teplitz. England suchte der Gefahr, daß Oesterreich dem Angriffe Garibaldis auf Venetien durch den auf die Lombardei, womöglich mit Hilfe Deutschlands, zuvorkommen möchte, dadurch vorzubeugen, daß es in Turin dringend riet, einen Waffenstillstand zwischen Garibaldi und Neapel zu vermitteln. Auch wendete sich Viktor Emanuel an Garibaldi mit dem Verlangen, auf weitere Unternehmungen zu verzichten, nicht bloß aus diplomatischen Rücksichten, sondern weil die Möglichkeit eines Bruches mit diesem vorlag, falls er sich weigern würde, das Eroberte im geeigneten Augenblicke an Sardinien zu übergeben. Aber es war zu spät. Garibaldi bat um die Erlaubnis, ihm diesmal den Gehorsam zu versagen. Und auch Cavour ließ sich nicht mehr irre machen; er selbst spornte den Freischärler, dem bourbonischen Königreiche vor Ausbruch des als sicher vorausgesetzten Krieges mit Oesterreich ein Ende zu machen. Er unterstützte ihn durch heimliche Waffensendungen und schickte den Admiral Persano in die Meerenge, um den Übergang zu decken. In Neapel riß in Erwartung von Garibaldis Landung Anarchie ein. Der der Regierung längst verdächtige Nunziante mußte auf ein Schiff Persanos flüchten. Abfall und Verrat umlauerten den brechenden Thron. Selbst in der königlichen Familie traute keines mehr dem anderen. Einer von den Oheimen des Königs, der Graf von Aquila, wurde wegen angeblicher Teilnahme an einer mazzinistischen Verschwörung des Landes verwiesen, ein anderer, der Graf von Syrakus, sollte seinen Neffen zur Abdankung bewegen. Die innere Fäulnis brachte dieses ganze legitimistisch-bigotte System beim ersten Stoße zu Falle.

Am 20. August landete Garibaldi unweit Reggio. Er hatte das Eintreffen der Freischärler aus Toscana abwarten müssen, denn aus Sicilien schloß sich ihm zum Angriff auf Neapel fast kein Mensch an. Die Besatzung kapitulierte nach kurzem Kampfe, ebenso mehrere ihm auf dem Weitermarsche begegnende neapolitanische Abteilungen. Seitdem er dem politischen Intrigantenkreise von Palermo entrückt war, fand er seine natürliche Geradheit und Mannhaftigkeit wieder. „Unser Marsch ist ein Triumph“, telegraphierte er, „die Bevölkerungen sind freudenvoll, die Truppen lösen sich auf!“ Die junge mutige Königin Maria (von Bayern) suchte vergebens ihren trägen Gemahl aufzurütteln, daß er aufs Pferd steige und seine Krone mit dem Degen in der Hand verteidige; die Kamarilla, in deren Händen er war, wollte die Anarchie immer noch lieber als den Sieg eines konstitutionellen Königs. So verrann die kostbarste Zeit unbenutzt und die Absicht, sich bei Salerno zum Kampf zu stellen, wurde aufgegeben. Am Abend des 6. September schiffte sich das Königspaar nach Gaëta ein. Tags darauf fuhr Garibaldi, seinen Truppen vorauseilend und nur von einigen Offizieren begleitet, auf der Bahn in die seiner harrende Hauptstadt. Die zurückgelassenen 8000 Mann könig-

licher Truppen hatten keinen Befehl, von ihren Waffen Gebrauch zu machen; die ganze Kriegsflotte, deren befürchteter Auslieferung an Oesterreich Persano dadurch vorgebeugt hatte, daß er unter listigem Vorwande ein Kriegsschiff quer vor den Hafeneingang legte, ging über. Ganz Neapel schwamm in Wonne. Garibaldi ernannte ein liberales Ministerium und setzte das sardinische Grundgesetz vom 4. März 1848 in Kraft.

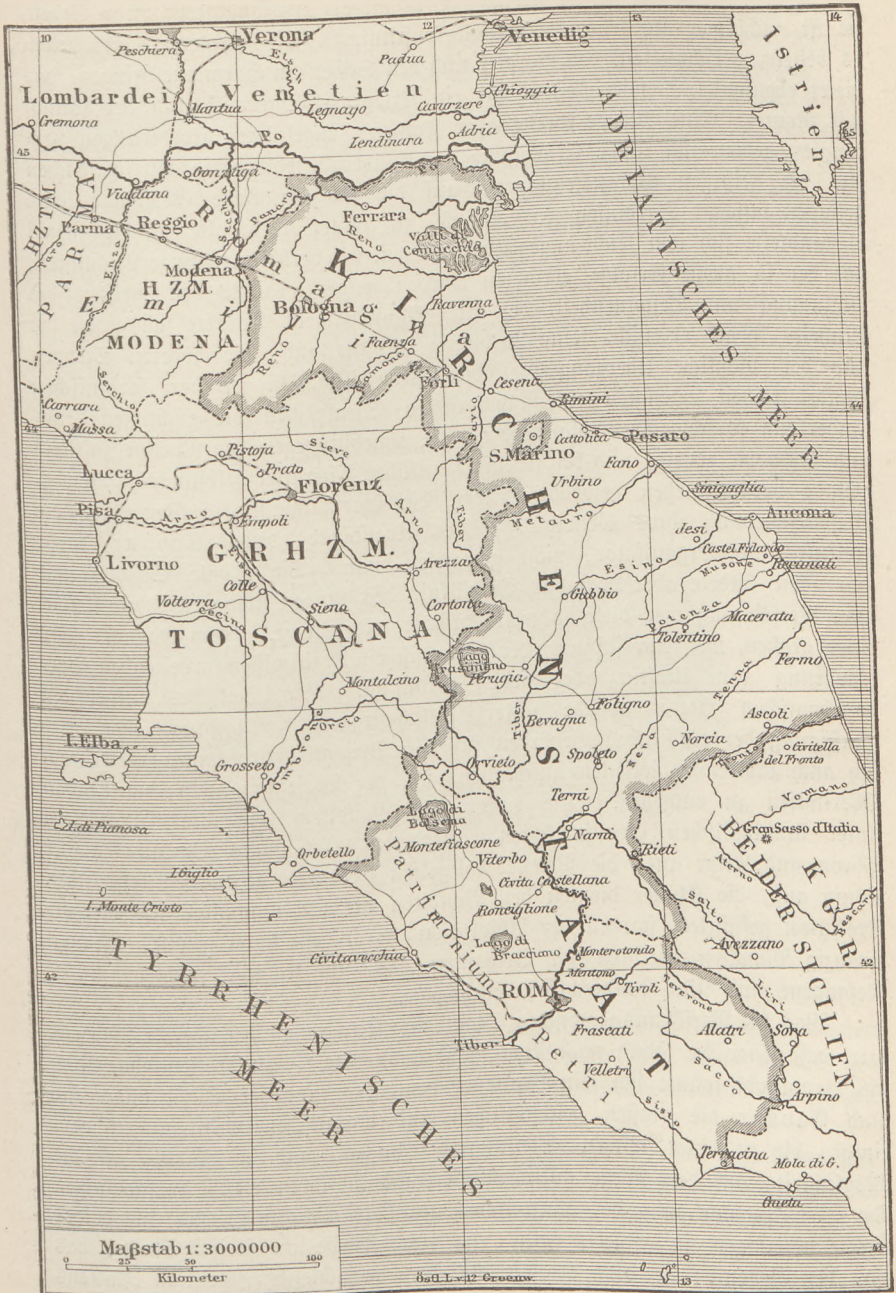
Cavour hatte seinen Admiral angewiesen, womöglich dem Freischarenführer in Neapel zuvorzukommen; aber gegen den Zauber des Namens Garibaldi war das nicht ausführbar. Um so dringender erachtete er es, ihm im Kirchenstaate zuvorzukommen, damit nicht die übermächtig werdende Bewegung sich seiner Leitung ganz entziehe. Er schickte Farini und Cialdini zum Kaiser nach Chambery, um demselben die Unvermeidlichkeit dieser Maßregel einleuchtend zu machen, und vor die Wahl gestellt zwischen Cavour, Lamoricière und Garibaldi konnte Napoleons Entscheidung, so sauer sie ihm ankam, nicht zweifelhaft sein; er mußte ihn gewähren lassen, wengleich er nachher um des guten Scheines willen seinen Gesandten aus Turin abberief. Nach geheimer Abrede mit Turin erhoben sich am 6. September die Patrioten in Umbrien und den Marken und riefen den König um Schutz an gegen die Grausamkeit der päpstlichen Söldner, der ihnen auch zugesagt wurde. Der abmahnenden Diplomatie hielt Cavour das Argument entgegen: „Wenn wir nicht an den Volturno kommen, ehe Garibaldi die Cattolica erreicht, so ist die Monarchie verloren und Italien bleibt die Beute der Revolution; wir sind gezwungen zu handeln.“ Nachdem Antonelli die im Namen der Menschlichkeit verlangte sofortige Entwaffnung und Auflösung jenes Gesindels, welches sich päpstliches Heer nannte, schroff zurückgewiesen hatte, überschritten die Sarden unter Cialdini die Grenze des Kirchenstaates, von der Bevölkerung als Befreier empfangen. Vom Rückzug abgeschnitten, wagte Lamoricière am 18. September bei Castelfidardo den Kampf und wurde gänzlich geschlagen. Rings umstellt ergab sich folgenden Tags sein Heer, nur mit schwachen Trümmern rettete er selbst sich nach Ancona, das jedoch, nachdem Persano mit der Flotte herangekommen und den Angriff von der Seeseite eröffnet hatte, ebenfalls am 29. kapitulieren mußte. Am 10. Oktober erklärte Cavour bei Gelegenheit einer Interpellation zum erstenmale offen im Parlamente, der Leitstern seiner Regierung sei, zu erreichen, daß die ewige Stadt, auf welcher 25 Jahrhunderte jede Art von Ruhm gehäuft hätten, die glänzende Hauptstadt Italiens werde; nur dürfe dieses Problem nicht mit dem Schwerte allein gelöst werden; auch sittliche Kräfte müßten dabei mitwirken. Wie zu erwarten, sprachen sich Umbrien und die Marken fast einstimmig für die Annexion aus. Dem Papste verblieb ein Gebiet von 693 000 Seelen.

Nun kam Neapel an die Reihe. Cavour hatte Eile, hier eine vollendete Thatfache zu schaffen, ehe die Einmischung der auswärtigen Mächte ihm die Hände binden könnte. Denn die Zusammenkunft, welche der Zar im Oktober



zu Warschau mit dem Kaiser von Oesterreich hatte, wurde allgemein als ein Vorzeichen kriegerischer Entschlüsse ausgelegt und, von den Ultramontanen bestürmt, ordnete Kaiser Napoleon die Verstärkung des Besatzungskorps von Rom auf 22 000 Mann an. Ob Garibaldi in seinem Groll über den Schlagbaum, der plötzlich seinem Vordringen auf Rom vorgelegt worden war, den Anordnungen und Begehren der königlichen Regierung sich unterwerfen werde, mußte um so zweifelhafter erscheinen, je zahlreicher die radikalen Phrasenhelden aus der Fremde, wie Ledru-Rollin und M. Dumas, sich an ihn herandrängten, je eifriger die Partei der Autonomisten den Annexionisten das Feld bestritt. Glücklicherweise gelang es dem von ihm zum Prodiaktor ernannten Marschese Pallavicino-Trivulzio, ihn zur Besonnenheit zurückzurufen und ihm die Zustimmung zur Volksabstimmung abzurufen, die auch hier dasselbe Ergebnis lieferte, wie in den übrigen annektierten Provinzen. Ohne es abzuwarten, überschritt Viktor Emanuel die neapolitanische Grenze, nachdem bereits am 1. Oktober 8000 Piemontesen vor Kapua am Kampfe gegen die Königl. teilgenommen hatten. Bei Isernia wurde eine bourbonische Abtheilung gesprengt, 10 000 Königl. zogen sich nach Gaëta hinein, die übrigen wurden über die Grenzen des Kirchenstaats gedrängt. Am 3. November kapitulierte Kapua. Am 26. Oktober begegnete Garibaldi bei Trano dem Könige, der am 7. November in der Hauptstadt ankam. Aber tief gekränkt, daß nicht er, sondern Farini zum Generalstatthalter ernannt wurde, legte er den Oberbefehl über das Südheer nieder. Vergebens bot ihm der König Geld und Ehren; arm wie er gekommen, kehrte er auf seine Ziegeninsel zurück. Sein Heer wurde aufgelöst; am 1. Dezember besuchte der König Palermo. Die Hilferufe und Proteste, welche der belagerte König Franz von Gaëta aus erließ, verhallten ungehört. Von den legitimen Souveränen ohne thatsächlichen Beistand gelassen, fand er denselben nur insoweit bei Napoleon, als die französische Flotte ihm die Seeseite offen hielt; aber auf Vorstellungen von englischer Seite verließ auch diese 19. Januar 1861 ihren Posten. Cialdini betrieb nunmehr die Beschließung der vollständig eingeschlossenen Festung mit verdoppeltem Nachdruck, damit der Erbkönig noch vor Eröffnung des Parlaments den Boden Italiens verlassen habe. Nach 101 tägiger Belagerung kapitulierte Gaëta am 13. Februar, nunmehr öffnete auch, 12. März, die Zitabelle von Messina die Thore und damit verschwand die bourbonische Herrschaft aus Italien.

Am 18. Februar 1861 wurde das erste italienische Parlament eröffnet; seine erste Handlung war, daß es die sardinische Verfassung von 1848 auf alle italienischen Provinzen ausdehnte. Am 17. März nahm Viktor Emanuel unter Zustimmung der Kammern den Titel „König von Italien“ an. Die ersten auswärtigen Staaten, welche das neue Königreich anerkannten, waren England, die Schweiz und Griechenland, dann Frankreich und etwas zögernder Preußen. Aber mit der Herstellung der äußeren Einheit war doch nur die Hälfte der Arbeit gethan. „Meine Aufgabe“, schrieb Cavour



C. Opitz, Geogr. art. Anstalt, Leipzig, Neust.

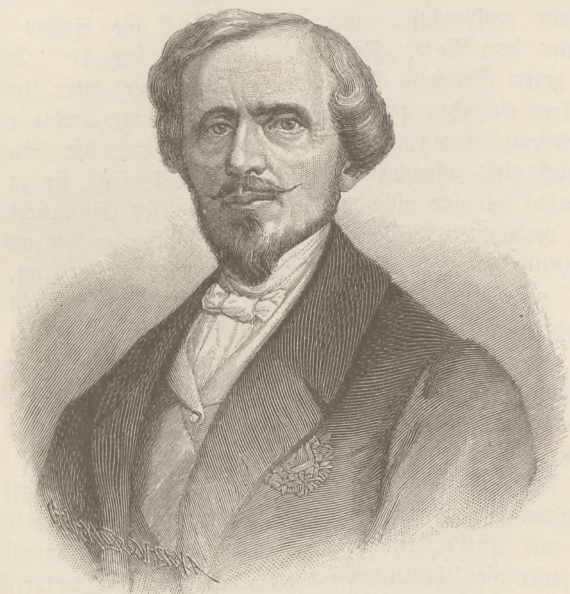
G. Grote'sche Verlagsbuchhandlung, Berlin.



mit vollem Recht an seinen Freund de la Rive, „verlangt jetzt mehr Arbeit, sie ist mühsamer als früher. Italien konstituieren, die Elemente, aus denen es besteht, verschmelzen, den Norden und den Süden in Harmonie bringen, das bietet ebensoviel Schwierigkeiten wie ein Krieg mit Osterreich und der Kampf mit Rom.“ Eine Menge brennender Fragen, ungestüme Forderungen verlangten gebieterisch rasche Erledigung, und überall fehlten die wirtschaftlichen wie die geistigen Voraussetzungen, auf die sich der neue Großstaat hätte gründen lassen. Sardinien war ein viel zu kleiner Kern, als daß die neuen Bestandteile sich ihm leicht angegliedert hätten, die verhältnismäßige Leichtigkeit, mit der so große Erfolge errungen worden waren, raubte den meisten die Mäßigung und Besonnenheit, der alte Municipalgeist sträubte sich gegen die Einheit, sobald er nicht seine Rechnung bei ihr fand, die höheren Steuern und der plötzliche Übergang von den Prohibitivzöllen zu der sardinischen Handelsfreiheit erzeugten einen materiellen Druck, den die zuchtlosen Südländer um so schwerer empfanden, als sie ohnehin gegen den Norden zu Neid und Argwohn geneigt und bei jedem öffentlichen Charakter selbstsüchtige Beweggründe vorauszusetzen gewöhnt waren, die Garibaldianer grollten über die Beiseiteschiebung ihres Generals. Alles Uebelstände, denen Cavour, mehr Politiker als Organisator, nicht gewachsen war. Die größte Schwierigkeit von allen bildete aber doch das Verhältnis des jungen Königreichs zur Kurie. Von Veröhnung war diese so weit entfernt wie nur je. Rom war der Sitz einer großen, mit Unterstützung der französischen Legitimisten arbeitenden Verschwörung zum Umsturz der neuen Ordnung. Ein Teil des aufgelösten bourbonischen Heeres wurde unter stillschweigender Zulassung oder Begünstigung der päpstlichen Behörden für den Brigantenkrieg angeworben, dem sich auch zahlreiche Rekruten anschlossen, um der Verjagung nach dem rauhen Oberitalien zu entgehen. Die ruchlosesten Banditen, die ihre Gefangenen unter kanibalischen Grausamkeiten ermordeten, traten als Vorkämpfer für Thron und Altar auf; die Priester wiegelten das Volk gegen den keiserlichen König auf, die Klöster dienten den Banditen als Schlupfwinkel und die zur Exekution geführten starben der Absolution durch den Papst gewiß. Binnen zwanzig Monaten verloren die Briganten 2293 im Kampfe Getötete, 2677 Gefangene und 959 standrechtlich Erschossene.

Was die Veröhnung zwischen Staat und Kirche noch besonders erschwerte, war, daß jener die Hand nach Rom selbst ausstreckte. Ein Italien ohne Rom als Hauptstadt konnte sich kein Italiener denken. In dieser Stadt allein sah auch Cavour die großen geschichtlichen und moralischen Bedingungen vereinigt, die zu einer solchen Stellung berechtigten, und er glaubte an die Möglichkeit, auf dem Wege gütlichen Vertrags in ihren Besitz zu gelangen. Die friedliche Scheidung der bürgerlichen und der kirchlichen Gewalt, die beider Kräfte vereinigen und stärken sollte, die freie Kirche im freien Staate, das war der Gedanke, in dem er sich mit den erleuchtetsten Geistern Italiens beugnete, das Zukunftsideal, für das er glühte und alle seine Kräfte an-

strenge. Der weltlichen Regierungspflichten entlastet, sollte das geistig wiedergeborene Papsttum um so freier und wirksamer sich seinem erhabenen Berufe widmen können. Ein mitleidiges Schicksal ersparte ihm die Erfahrung, in welcher einem Irrtum er mit dieser Hoffnung befangen war. Die Kraft seines Körpers hatte sich in den übermäßigen Anstrengungen erschöpft; am 6. Juni 1861 starb er. „Frato, frato, libera chiesa in libero stato!“ waren seine letzten Worte zu seinem Beichtiger, von dem er sich die Absolution hatte geben lassen. Er fiel im Augenblicke der siegreichen Entscheidung. Tief erschüttert



Ricasoli.

Nach dem Kupferstiche, 1861, von Wehnmacher.

setzte das Parlament seine Sitzungen drei Tage lang aus, alle Freunde des Vaterlandes trauerten um ihn. Die Majorität aber, die bisher zu ihm gestanden, trat zusammen und gelobte sich, festgeschlossen der Politik ihres großen Führers treu zu bleiben.

Cavour's Stelle blieb leer; er hinterließ keinen Ebenbürtigen, der sein halbvollendetes Werk fortgesetzt hätte. Den Vorsitz des Ministeriums übernahm Ricasoli. Er fand die römische Frage von ihrer Lösung entfernter als je und die Vergeblichkeit seiner Bemühungen dieselbe herbeizuführen verursachte schon am 3. März 1862 seinen Rücktritt und Rattazzi wurde nunmehr Ministerpräsident. Kam auch er in der römischen Sache keinen Schritt vor-



wärts, so setzten dafür um so größere Hoffnungen auf ihn seine alten Freunde, die Radikalen, deren Blicke sich jetzt über die Grenzen Italiens hinaus auch auf die Balkanhalbinsel richteten. Von Brescia aus erließ Kossuth einen Aufruf an die Magyaren, Slaven und Griechen zu gemeinschaftlicher Abschüttelung des österreichischen und türkischen Joches. Garibaldi war auf der Stelle dabei, das in Italien Versäumte jenseit der Adria wieder einzubringen; denn standen Ungarn und die Balkanhalbinsel in Flammen, so mußte Oesterreich Venetien fahren lassen. Diesen Plänen machte jedoch die Erklärung Englands, daß es einen Angriff auf die Türkei nicht dulden werde, ein rasches Ende; es verwies ihn auf Rom. Nichts konnte Garibaldis eigenen Wünschen mehr entsprechen. Er predigte durch die Städte Italiens den Kreuzzug unter dem Rufe „Rom und Viktor Emanuel!“ Das war aber freilich ganz gegen Rattazzis Sinn, der in Rom nur unter Zustimmung des Kaisers Napoleon einziehen wollte; von diesem gedrängt, drohte er jede Eigenmächtigkeit niederzuschlagen, der König selbst erklärte, die Stunde Rom zu nehmen sei noch nicht gekommen und nur ihm gebühre es, sie zu verkündigen. Aber Garibaldi glaubte nicht an den Ernst dieses Einspruchs. Trotz des über Sicilien verhängten Belagerungszustandes schiffte er sich am 24. August nachts mit 3000 Mann in Catania ein. Napoleons Drohung, nötigenfalls selbst Neapel zu besetzen, hatte jedoch in Turin Entschlossenheit eingeköstet. Bei Aspromonte stieß die an der kalabrischen Küste gelandete Freischar am 29. August auf eine Truppenabteilung unter Oberst Pallavicini und wurde zersprengt. Garibaldi erhielt eine Kugel ins Fußgelenk und ergab sich. Da Rattazzi die Ansprüche Italiens auf Rom so wenig verwirklicht hatte wie sein Vorgänger, so fiel er auch wie dieser, schon 1. Dezember 1862. Erst das ihm folgende Ministerium Farini-Minghetti hatte den Mut, der ungeduldrigen Romsucht, welche Italien nur immer mehr an Frankreich fesselte, mit Entschiedenheit entgegenzutreten und, wenngleich es nicht weniger als jener die Überzeugung teilte, daß Rom die natürliche und notwendige Hauptstadt Italiens sei, die Frage für den Augenblick ruhen zu lassen. Hatte es doch ohnedies an der Finanznot, an einem Jahresdefizit von mehr als 260 Millionen schwer zu tragen. Die Regierung mußte zur Erhöhung der bestehenden Steuern und Einführung neuer, darunter der besonders verhassten Mehlsteuer greifen; der Finanzminister Sella wagte sogar die Vorauszahlung der Grundsteuer zu fordern, und, Brescia voran, leisteten die Italiener auch diese patriotische Pflicht. Azeglio war es, der zuerst Florenz statt des jetzt unerreichbaren Roms als zeitweilige Hauptstadt vorschlug.

Noch viel unheimlicher als der Turiner Regierung war die unbelehrbare Hartnäckigkeit, mit der das italienische Volk auf Rom bestand, dem Kaiser Napoleon; sie genierte ihn in seiner ganzen Politik und belastete ihn der katholischen Welt gegenüber mit einer Verantwortlichkeit, die ihm immer unbequemer wurde. Auch er wechselte daher seinen Minister des Auswärtigen, indem er statt Thouvenel Drouyn de L'Huyß nahm. Er fühlte das

Bedürfnis Italien zurückzuhalten, und da die Turiner Staatsmänner gar nichts Besseres verlangten als sich zurückhalten zu lassen, so entsprang aus dieser doppelten Notwendigkeit der Vertrag vom 15. September 1864, welcher die römische Frage für die nächste Zukunft regelte. Italien verpflichtete sich darin, das gegenwärtige Gebiet des Papstes nicht anzugreifen und jeden von außen darauf versuchten Angriff zu verhindern, auch erklärte es sich bereit, einen verhältnismäßigen Teil von der Schuld des früheren Kirchenstaates zu über-



Minghetti. Nach Photographie.

nehmen; Frankreich dagegen versprach, seine Truppen allmählich, nach Maßgabe der Reorganisation der päpstlichen Truppen zurückzuziehen. Die Räumung sollte binnen zwei Jahren vollzogen sein. Ausgeführt sollte jedoch der Vertrag erst werden, wenn der König von Italien die Verlegung seiner Hauptstadt an einen anderen noch zu bestimmenden Ort dekretiert haben würde.

Der Zorn der Turiner über diesen Vertrag war grenzenlos; er veranlaßte selbst Blutvergießen und stürzte das Ministerium Minghetti.



Lamarmora bildete ein neues; Farini wurde geisteskrank. Der hinkende Garibaldi donnerte aus Caprera gegen die Besudelung Italiens durch die Konvention. „Mit Bonaparte“, schrieb er, „giebt es nur eine einzige mögliche Konvention: unser Land von seiner Gegenwart zu reinigen, nicht in zwei Jahren, sondern in zwei Stunden.“ Am 12. Dezember gab der König schweren Herzens die Bestätigung zur Verlegung der Hauptstadt nach Florenz. Der Heilige Vater aber konnte jetzt den Seufzer aus der Allokution vom 17. Dezember 1860 wiederholen: „Jetzt können Wir nur schwer unterscheiden, ob wir von Freunden beschützt oder von Feinden in den Kerker geworfen werden. Petrus est in vinculis.“





König Victor Emanuels erster Einzug in Florenz. Nach dem Gemälde von Enrico Zanfani.





## Fünftes Kapitel.

### Die wachsenden Verlegenheiten des zweiten Kaiserreichs. Amerika.

Es war das eigentümliche Schicksal des zweiten Kaiserreichs, daß seine Waffensiege ihm nur Fehlschläge seiner Politik einbrachten. Seine Schöpfung von Villafranca, die italienische Konföderation, war zerstört worden, ehe sie ins Leben getreten, und mühsam ver barg die kaiserliche Regierung ihre Ohnmacht, dies zu ändern, hinter dem Prinzipie der Nichtintervention. Sie wußte, daß sie auswärts kein Vertrauen, weder in ihre Zuverlässigkeit noch in ihre Dauer genoß. Das Bündnis mit dem Klerus war seit dem Septembervertrage fast vollständig in die Brüche gegangen. Die Demokratie rührte sich wieder beim Anblick des der Unabhängigkeit und Freiheit durch dieselbe Regierung zurückgegebenen Italiens, welche daheim die Freiheit unterdrückte. Die jüngere Generation legte ihren Haß gegen das Kaiserreich unverhohlen an den Tag; selbst der Gesetzgebende Körper wurde für dieses ein Gegenstand der Sorge, besonders seitdem 1857 eine Anzahl Republikaner die bisherige Zurückhaltung aufgegeben hatte und die „Gruppe der Fünf“, darunter Emil Ollivier, den Kern einer konstitutionellen Opposition in dieser Körperschaft bildete. Sorgenvoll sah sich die Regierung nach Mitteln um, die zur Verlängerung ihres Daseins dienlich waren. Auf Moruys Rat verlies das Dekret vom 24. November 1860 dem Senat und dem Gesetzgebenden Körper das Recht, die Thronrede mit einer Adresse zu beantworten, die in Gegenwart und unter Beteiligung von Regierungskommissaren diskutiert werden würde: im Gesetzgebenden Körper wird über jeden Gesetzentwurf eine allgemeine Debatte stattfinden und diese nach dem Stenogramm im Amtsblatte veröffentlicht werden; Minister ohne Portefeuille, sogenannte Sprechminister, werden die Gesetzentwürfe vor den Kammern verteidigen.

Ungleich wichtiger als dieses löffelweise Zumessen von Freiheiten, welches die Ausöhnung zwischen dem Kaiserreich und der liberalen Zeitstimmung einleiten sollte, war der Umschwung, den der Kaiser durch sein persönliches Eingreifen in die wirtschaftlichen Verhältnisse seines Landes brachte. Unter den Bourbons und Orleans hatten die Großindustriellen die Zoll- und Handelsgesetzgebung völlig in der Hand gehabt und das Prohibitiv- und Protektionsystem zu möglichster Ausbildung gebracht. Mit diesem beschloß Napoleon III.

zu brechen. In Gestalt eines am 5. Januar 1860 veröffentlichten Briefes an den Staatsminister legte er die Grundzüge seines Wirtschaftsprogrammes dar, welches die neue Ära des Friedens und der Wohlfahrt einleiten sollte. Es lautete: Beseitigung der Zölle auf Wolle und Baumwolle, allmähliche Herabsetzung derjenigen auf Zucker und Kaffee, energische Verbesserung der Verkehrswege, Vorschüsse für Ackerbau und Industrie, ansehnliche Arbeiten von öffentlichem Nutzen, Aufhebung der Prohibitivzölle, Abschluß von Handelsverträgen mit auswärtigen Staaten. Zu letzterem war bereits im Oktober 1859 in tiefstem Geheimnis der Anfang gemacht worden, indem sich Mich. Chevalier, angeblich um dem Kongreß für Maße und Gewichte zu präsidieren, nach England begab. Nebenzweck dabei war, Palmerston gegen die dem Kaiserreiche abgeneigten Tories zu stützen. Diese Vorverhandlungen, an denen außerdem Persigny und englischerseits R. Cobden und Gladstone teilnahmen, wurden dann von ersterem und dem Gesandten Lord Cowley in Paris mit Rouher und Baroche weitergeführt; der Ministerrat erhielt erst, nachdem man im reinen war, Kenntniß von der Sache. Kraft seines verfassungsmäßigen Rechts unterzeichnete der Kaiser am 23. Januar 1860 den Handelsvertrag mit England. Frankreich verpflichtete sich dadurch, alle Prohibitivzölle auf britische Manufakturen aufzuheben, die auf Kohlen, Coaks, Eisen, Maschinen, Garne, Hanf u. herabzusetzen, wogegen England den Eingangszoll auf Wein, Seide und Luxuswaren bedeutend ermäßigte. Epochemachend und der Anstoß zur gründlichen Umgestaltung der Zollsysteme der übrigen europäischen Staaten wurde die Meistbegünstigtenklausel in Art. 19, durch welche sich beide für die Zukunft gegenseitig alle die Zollerleichterungen zugestanden, die sie Dritten einräumen würden. England opferte durch diesen Vertrag Millionen an Zolleinnahmen; sein Tarif hielt nur noch 48 Positionen fest, von denen eigentlich nur 15 finanziell wichtig waren. Im Vertrauen auf die hohe Entwicklung seiner Industrie öffnete es, den Tarif verallgemeinernd, seine Märkte dem Ausland, ohne sich Gegenkonzessionen anzubedingen. Denn es erkannte sehr richtig, daß dieser große Reformakt auf die Absperresysteme anderer Länder die Wirkung haben müsse, auch diese zu Reformen zu treiben, die dann wieder seinem Warenabatz zu gute kommen müßten. In Frankreich stieß der Vertrag bei der in ihrer großen Mehrheit schutzzöllnerischen Bevölkerung, den Industriellen und zahlreichen einflußreichen Politikern, z. B. Thiers, auf heftigen Widerspruch, fand aber bald seine Rechtfertigung in einem glänzenden Aufschwung des französischen Handels. Für den Bodenbau und die Landwirtschaft geschah durch Hebung der Viehzucht, Wiederaufforstung der entwaldeten Gebirge, Fixierung und Bepflanzung der Landes, Trockenlegung der Sümpfe in der Sologne, Anlegung von Musterwirtschaften und ähnliches mehr als unter irgend einer der vorausgegangenen Regierungen. Bis 1862 waren fast eine halbe Million Hektaren Unland angebaut worden, die mit Getreide bebaute Fläche stieg um 645 000 ha, die Getreidernte um 33 Millionen hl, die des Weines von 28 auf 63 Millionen hl.





Richard Cobden.

Nach dem Kupferstiche von Jac. Stephenson; Originalgemälde von G. A. Duvaf.

Nur dem stetigen Anwachsen der Staatsausgaben und der Staatsschulden Einhalt zu thun, wollte nicht gelingen, da es an einer wirksamen Kontrolle darüber fehlte, auch die Regierung zu dem nächstliegenden Heilmittel, dem Verzicht auf das Recht, in Abwesenheit der Kammern Supplementar- und außerordentliche Kredite zu eröffnen, sowie auf das der Virements, der Überschiebung gewisser Posten von einem Departement auf das andere, sich nicht verstehen mochte. Fould versuchte 1862 Abhilfe, indem er zwischen ordentlichen und außerordentlichen Ausgaben unterschied, die letzteren in ein Specialgesetz zusammenfaßte und zugleich die zu ihrer Deckung bestimmten Hilfsquellen anwies. Das Defizit von 75 Millionen im Budget von 1863, dessen Ankündigung großes Befremden hervorrief, sollte durch eine Vermehrung der Auflagen beseitigt werden; um einen Teil der alten ungedeckten Schuld, welche fast die Ziffer von einer Milliarde erreichte, zu konsolidieren, schlug er eine Anleihe von 300 Millionen vor, aber ein unvorhergesehener Zwischenfall, die mexikanische Expedition, vereitelte den Erfolg seiner Reform. Wollte eine gesunde Finanzwirtschaft sich nicht einrichten, so blühte dafür um so üppiger die schwindelhafte Spekulation. Der Börsenkönig Mirès, der Zeitungen kaufte, Anleihen aufnahm, Eisenbahnen baute, in dessen Verwaltungsräten Namen der höchsten Aristokratie figurierten, verstand es meisterhaft, das Publikum und besonders die kleinen Rentiers dahin zu bringen, daß sie mit Fieberhaft die Aktien seiner verwegensten Unternehmungen begehrten, bis im Jahre 1861 die große Seifenblase platzte, Mirès verhaftet, in erster Instanz zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt, in zweiter aber freigesprochen wurde. Es konnte nicht fehlen, daß ein Teil der Mitschuld an den unsauberen Händeln auf das herrschende System fiel. Selbst der ungeheure Apparat der Zentralisation, der bei den Wahlen seine tausend Fangarme über das Land streckte, das System der officiellen Kandidaturen, fing an den Dienst zu versagen. Bei den Wahlen von 1862 erhielt zwar die Regierung durch ihren großen Einfluß fast in allen ländlichen Gemeinden die Majorität, denn der Bauer war, wenn auch durch die Revolution in Bezug auf sein Eigentum emanzipiert, in seiner Erziehung, seinem Bildungsstande so ziemlich auf demselben Punkte stehen geblieben, auf dem er sich vor 1789 befand, und demokratische Ideen fanden bei ihm keinen Eingang; in allen Großstädten dagegen und selbst in einer Anzahl kleinerer wurde sie geschlagen. In Paris ging die ganze Liste der Opposition durch, einschließlich Thiers, dessen Kandidatur die Regierung besonders heftig bekämpft hatte; ein Symptom, daß in den niederen Klassen, die, erfüllt von den Erinnerungen an den ersten Napoleon, die Wiederherstellung seiner Dynastie möglich gemacht hatten, eine Umwandlung vor sich gegangen war: die Arbeiter hatten sich trotz allem, was das Kaiserreich zur Hebung ihrer Lage gethan, von den der napoleonischen Legende treugebliebenen Bauern getrennt. Die neue Kammer zählte 55 nichtofficielle Mitglieder, eine an sich kleine Zahl, aber sehr beträchtlich mit Rücksicht auf die Ungleichheit der Waffen im Wahlkampfe. Man betrachtete den Ausfall als





Finanzminister Fould. Nach Photographie.

eine Niederlage der Regierung. Die Folge war eine Kabinettsveränderung. Persigny erhielt am 23. Juni 1863 seine Entlassung, an Walewski's Stelle wurde Billaut und nach dessen baldigem Tode Rouher Staatsminister.

Nach außen hatte der Krieg von 1859 dem Mißtrauen gegen das zweite Kaiserreich neue Nahrung gegeben, am meisten bei den schwachen Nachbarn desselben. Die Schweiz, welche durch die Einverleibung Nordsavoyens ihrer vertragsmäßigen neutralen Schutzmauer beraubt worden war, sah über dem fast zu einer französischen Enklave gewordenen Genf ebenfalls schon das Damoklesschwert der Annexion schweben. Die belgischen Kammern beeilten sich, die lange verweigerten Mittel zur Befestigung Antwerpens zu bewilligen und König Wilhelm der Niederlande begrub auf einer persönlichen Zusammenkunft mit König Leopold zu Wiesbaden den alten Groll gegen das abtrünnige Land. Aber auch die großen Kabinette unterschieden sich in dieser Auffassung wenig von der der kleineren und das Mittel, welches Napoleon wählte, um sich an die Spitze einer großen europäischen Koalition zu setzen, das Eintreten für die aufständischen Polen, führte zum geraden Gegenteil, einem vollständigen Fiasko. Zwar konnte er keinen Augenblick darüber in Zweifel sein, daß er auf diese Weise die so heiß begehrte Annäherung an Rußland aufs Spiel setze; der Moniteur mußte vor der Ansicht warnen, als ob der Kaiser Hoffnungen begünstige, die er nicht befriedigen könne, und der französische Konsul in Warschau erhielt Befehl, den Polen ihre Illusionen zu nehmen. Allein teils der bei den Franzosen traditionelle Polenenthiasmus, der jetzt noch dazu als Ventil für die Mißstimmung im Innern diente, teils die Verzauberung, in der ihn selbst der Gedanke, den Hegemonen Europas zu spielen, hielt, drängte ihn doch in die falsche Richtung. Die Popularität der polnischen Sache allein, sagte er in der Thronrede vom 5. November 1863, habe ihn bestimmen können, eine der schönsten Allianzen des Festlandes zu kompromittieren, indem er seine Stimme zu gunsten Polens erhebe. Diese Frage könne jedoch nicht durch Frankreich allein gelöst werden, die Mitwirkung der übrigen Mächte sei dazu notwendig; darum müsse sie einem europäischen Tribunal vorgelegt werden. Der Augenblick sei gekommen, um das durch die Zeit untergrabene und durch Revolutionen Stück für Stück zerstörte Gebäude auf neuen Grundlagen wiederaufzurichten. „Die Verträge von 1815 haben aufgehört zu bestehen, fast überall sind sie umgestoßen worden. Sie sind gebrochen worden in Griechenland, in Belgien, in Frankreich, in Italien, wie an der Donau; Deutschland rührt sich, um sie zu ändern, England hat sie großmütig modifiziert durch die Abtretung der Ionischen Inseln und Rußland hat sie in Warschau mit Füßen getreten.“ Deshalb habe er die Souveräne zu einem Kongreß nach Paris eingeladen, der als oberstes Schiedsgericht die neue Ordnung der Dinge einrichten solle: „eine Aufforderung, die alle hören werden, weil eine Weigerung geheime Pläne voraussetzen hieße, die das Tageslicht scheuen“. Die Sache machte sich aber doch nicht so leicht, wie der Kaiser es sich vorstellte. Die Erklärung, die Verträge von 1815 hätten aufgehört zu bestehen, mündete den übrigen Kabinetten so wenig wie die in den Schlußworten enthaltene Drohung. Das englische, sehr zufrieden, bei dieser Gelegenheit die Annäherung zwischen Petersburg und Paris hinter-



treiben zu können, geizte zwar nicht mit Sympathiebegrüßungen für Polen; es vereinbarte mit dem französischen die an Rußland zu stellenden Forderungen, volle und allgemeine Amnestie, nationale Vertretung mit den 1815 gewährten Befugnissen, eigene nationale Verwaltung, volle und unbeschränkte Gewissensfreiheit, ausschließlichen Gebrauch des Polnischen als Amtssprache, Einrichtung eines regelmäßigen und legalen Rekrutierungssystems; aber der von Palmerston offen angekündigte Entschluß, auf keinen Fall über eine moralische Demonstration hinausgehen zu wollen, raubte der englischen Verwendung von vornherein allen Nachdruck. Auch Oesterreich schloß sich diesen Forderungen an und gab sich dem Vergnügen hin, in Galizien mit den Polen zu kokettieren, dachte aber ebensowenig wie England daran, Ernst zu machen. Preußen aber schloß mit Rußland seine Militärkonvention vom 8. Februar und Gortschakow hatte somit leichtes Spiel, jenen Forderungen die entschiedenste Weigerung entgegenzusetzen und überhaupt den Unterzeichnern der Verträge von 1815 jede Befugnis zur Einmischung in diese innere Angelegenheit abzuspochen. Das einzige Resultat, welches dieser verfehlte diplomatische Feldzug hinterließ, bestand in einer weiteren Verschlechterung der gegenseitigen Beziehungen.

So empfindlich dieser Fehlschlag für eine Monarchie war, die nur von Erfolgen lebte, so würde er allein doch nicht hingereicht haben, um die Grundbedingungen ihres Daseins anzugreifen. Den eigentlichen Todeskeim holte sich das zweite Kaiserreich nicht in Europa, sondern in Nordamerika. Es ist daher hier der Platz, einen Rückblick auf die Geschichte dieses Erdteils zu werfen.

Die Zeit, in welcher Europa als der ausschließliche oder doch als der allein maßgebende Erdteil zu gelten hatte, war allmählich einer anderen gewichen, in welcher die gegenseitige Einwirkung der verschiedenen Erdteile aufeinander sich in immer stärkerem Maße fühlbar machte. Verhält sich der Osten mehr leidend, die von Europa ausgehenden Einwirkungen empfangend, so gewinnt dagegen die neue Welt jenseits des atlantischen Ozeans eine immer stärker und umfänglicher werdende Rückwirkung auf die alte.

Die Republik der Vereinigten Staaten von Nordamerika war bei ihrer Geburt von den Zeitgenossen als die Verwirklichung ihres politischen Ideals mit Entzücken und Jubel begrüßt worden. Nicht lange jedoch, so stellte sich heraus, daß dieser Musterstaat nicht weniger unvollkommen sei als jeder andere. Die hauptsächlichste Streitfrage, um die es sich bei seiner Gründung handelte, war die, ob die bisherigen Kolonien ein Staat oder ein Staatenbund werden sollten, und schon bei ihr kündigte sich der später mit wachsender Stärke hervortretende Gegensatz zwischen dem Norden und dem Süden an: während die Wortführer des ersteren, wie Franklin und J. Adams, für jenen eintraten, verfochten die des letzteren mit großem Eifer die Selbstständigkeit der Staaten. Aus der Furcht, daß die Centralgewalt durch Zuweisung unab-

hängiger Einnahmequellen übermäßig gestärkt werden würde, entsprang auch die Weigerung einzelner Staaten, den zur Tilgung der Kriegsschulden in Vorschlag gebrachten Eingangszoll zu genehmigen, so daß dadurch die Herstellung des Kredits nach Abschluß des Friedens sehr zweifelhaft wurde. Nicht einmal der von Hamilton ausgegangene Vermittelungsvorschlag, die Staaten sollten die Eingangszölle selbst erheben und dem Kongreß nur auf so lange zur Verfügung stellen, bis die Schulden getilgt seien, drang durch. Nicht einmal so viel Macht besaß der Kongreß, daß er den Einzelstaaten gegenüber die Ausführung des mit England geschlossenen Friedens hätte sichern können. Diesem unhaltbaren Zustande konnte nur durch Berufung an das Volk abgeholfen werden. Auf Veranlassung von Hamilton, Madison und Jay trat im Mai 1787 zu Philadelphia eine Versammlung von Abgeordneten zusammen, um die Mängel der Konföderationsartikel zu untersuchen und die zu ihrer Abstellung nötigen Maßregeln vorzuschlagen. Damit aber die vorzunehmenden Verbesserungen ein Werk des ganzen Volkes, nicht der Staaten als solcher würden, sollten diese nach ihrer Annahme durch den Kongreß dem Volke der dreizehn Staaten unterbreitet werden. Die Frucht ihrer Beratungen war die Verfassung der Vereinigten Staaten vom 17. September 1787, durch welche ein Bundesstaat gegründet wurde; aber es kostete noch harte Kämpfe, ehe sie in sämtlichen Staaten zur Annahme gelangte. Erst am 4. März 1789 konnte der erste Kongreß eröffnet werden und Washington sein Amt als Präsident antreten. Der Norden machte 1790 dem Süden das Zugeständnis, die Bundeshauptstadt von Philadelphia an das Ufer des Potomac zu verlegen. Mit dem Inslebentreten der neuen Verfassung ergoß sich der lang entbehrte Segen des Friedens, der Ordnung und der Einigkeit über Volk und Land. An die Stelle einer Anzahl von Kleinstaaten trat eine achtungsgebietende Nation, die sich im Unabhängigkeitskriege als eins fühlen gelernt hatte. Die Yankeeer der Neuenglandsstaaten waren die ersten, unter denen sich dieses Nationalgefühl entwickelte. Dennoch lag bereits in dem Kompromiß streitender Interessen, als welcher sich die Verfassung darstellt, der erste Keim zu den schweren inneren Zermürnungen, von denen die Union später heimgesucht werden sollte.

Zu den eigentümlichsten Charakterzügen des neuen Staatsgebildes gehört seine außerordentliche Ausdehnungsfähigkeit. Ein eigenes Gesetz setzte die Bedingungen fest, unter denen die Bildung neuer Territorien und Staaten zu geschehen hatte. Bei einer Bevölkerung von weniger als 5000 freien, mündigen Männern wird danach die Verwaltung und richterliche Gewalt einem Statthalter und drei Richtern übertragen; hat ihre Zahl 5000 überschritten, so wird ein Gouverneur, ein Gesetzgebender Rat und ein Repräsentantenhaus eingesetzt; eine Bevölkerung von 60 000 freien Einwohnern berechtigt das Territorium, um Aufnahme als Staat in die Union nachzusuchen. Im Jahre 1791 trat Vermont als vierzehnter, 1792 Kentucky als fünfzehnter, 1796 Tennessee als sechzehnter Staat ein.





Glück war der jungen Republik insoweit günstig, als der erfolgreiche Aufstand auf Haiti und die Kriegslage in Europa den Kaiser Napoleon im Jahre 1803 bestimmten, das von Spanien an Frankreich abgetretene Louisiana für fünfzehn Millionen Dollars an sie zu verkaufen. Seit der Schlacht bei Trafalgar war sein Bemühen unablässig darauf gerichtet, England in einen Krieg mit den Vereinigten Staaten zu verwickeln und obgleich Präsident Jefferson in Übereinstimmung mit den Zeitgenossen des Befreiungskriegs alles that, um den Frieden zu erhalten, so war doch mittlerweile ein neues selbstbewußtes Geschlecht herangewachsen, welches dem Kaiser in die Hände arbeitete. Namentlich der Virginier H. Clay und der Südcaroliner J. Calhoun wußten das Volk aufzuregen, die nationale Leidenschaft zu entflammen. Ohne Rücksicht darauf, daß es kaum ein Heer und eine Kriegsflotte gab, die diesen Namen verdienten, wurden alle britischen Schiffe mit Embargo belegt und 1812 der Krieg an England erklärt. Aber nicht das ganze Volk stürzte sich in den Krieg, er war nur das Werk einer Partei, der ganze Norden war gegen ihn. Die Regierung, ohne Plan für den Kampf, tappete unsicher umher, ihre Generale waren unfähig. Die Indianer, kampflustig wie immer, ließen sich von dem Häuptling und Propheten Tecumseh für das Bündnis mit den Engländern gewinnen, die ihnen Sold zahlten und Beute verhiessen, schnitten den Amerikanern die Zufuhren ab, versperrten ihnen die Wege und wütheten an der Grenze von Georgia und Carolina mit Raub und Mord. Nur die ganz unbegreifliche Kopflosigkeit der Amerikaner gestattete den Engländern die Küstenstädte zu plündern und, obgleich nur 4000 Mann stark, selbst Washington 1814 zu nehmen und den größten Teil der Stadt den Flammen zu übergeben, eine barbarische That, deren sich nachher die Sieger selbst schämten; vor Neu-Orleans dagegen wurden sie von Andr. Jackson, der schon die Creeks zu Vaaren getrieben hatte, mit blutigen Köpfen heimgeschickt. Friedensverhandlungen waren schon im Herbst 1812 unter russischer Vermittelung eingeleitet worden. Anfangs wies England alle Annäherungsversuche schroff zurück, aber der Zwiespalt der Mächte auf dem Wiener Congreß und die Aussicht auf ein russisch-preussisches Bündnis machte Castlereagh doch gefügiger und der am 24. Dezember 1814 zu Gent geschlossene Friede ließ im wesentlichen alles beim alten. Die Amerikaner, das hatte der Krieg gezeigt, waren keine kriegerische Nation, doch hatte die Union eine ungeahnte Lebenskraft bethätigt und sich von den erhaltenen Schlägen rasch erholt. Er bildete ein stärkeres Nationalgefühl, ein größeres Vertrauen auf die eigene Kraft aus und gewann ihr Achtung im Auslande. Es entsprach dieser Stimmung sowie dem Aufschwunge demokratischer Gesinnung, der unter Jeffersons Präsidentschaft (1801—1809) eingetreten war, wenn Clay und seine Partei die Freiheitsbestrebungen des spanischen Amerikas mit den lebhaftesten Sympathien begleiteten.

Auch dieser Krieg hatte die weite, durch Klima, Lebensweise und soziale Verhältnisse gebildete Luft geoffenbart, welche den Süden vom Norden trennte.



Dort bildete der Bodenbau die Hauptbeschäftigung und dieser zog hauptsächlich solche Produkte, welche nur bei Anbau im großen lohnenden Ertrag liefern, Tabak, Reis, Zucker, vor allem aber Baumwolle, welche seit Whitneys Erfindung der Maschine zur Entfernung der Samenkapseln im Jahre 1793 der wichtigste Artikel des Weltmarkts geworden war. Es trat damit geradezu ein neuer Faktor in dem wirtschaftlichen Leben der Nation auf; der Baumwollenbau nahm einen riesigen Aufschwung. Der Wert der Baumwollenausfuhr, der sich 1801—1805 auf 39 Millionen Dollars belaufen hatte, war 1850—1855 auf fast 500 Millionen gestiegen. Da nun allgemein die Ansicht herrschte, daß der Anbau dieser Produkte sich nur durch die an ein heißes Klima gewöhnten Neger betreiben lasse, so wurde die zuerst 1620 in Virginien eingeführte Sklaverei der Schwarzen, welche noch die Gründer der Union als ein vorübergehendes Übel angesehen hatten, zu einem immer tiefer und weiter um sich fressenden Krebschaden. Da die Verfassung das Aufhören der Negereinfuhr auf das Jahr 1808 festgesetzt und man anderseits die Beobachtung gemacht hatte, daß die Sklaven sich nicht durch Geburten vermehrten, so nahm man allgemein an, daß sie in kurzem ganz von selbst aussterben würde. Eine 1816 gegründete Gesellschaft versuchte sogar diesen Prozeß durch Rückbeförderung befreiter Neger in ihre Heimat und ihre Ansiedelung daselbst in der Kolonie Liberia zu beschleunigen. Da im Frieden zu Gent sich England und die Vereinigten Staaten zu den größten Anstrengungen, um die vollständige Unterdrückung des Sklavenhandels zu befördern, verpflichtet hatten, sah sich der Kongreß zum Erlaß scharfer Bestimmungen dagegen genöthigt. Der Sklavenhandel wurde für Piraterie erklärt, aber das Geschäft blieb ein toter Buchstabe. Officiell machte sich die Entrüstung über den Schacher mit schwarzem Menschenfleisch breit, insgeheim drückte man die Augen zu, und konnte derselbe nicht mehr unter amerikanischer Flagge betrieben werden, so geschah es um so ungescheuter unter der Spaniens oder Portugals, die beide ihn gestatteten. Man schätzte die Zahl der jährlich eingeschmuggelten Schwarzen auf 13—15 000; die Schenßlichkeiten, welche bei dem Transport dieser Ware vorkamen, spotten jeder Beschreibung. Dabei blühte das inländische Sklavengeschäft. Während allerdings in denjenigen Nordstaaten, in denen die Sklavenarbeit nicht mehr lohnte, die Sklaverei von selbst erlosch, verlegten sich Maryland und Virginien auf die Züchtung von Sklaven und letzteres namentlich wurde der große Markt, der den Süden mit seinem Bedarf daran versorgte. Die Erwerbung Louisianas eröffnete ein unermessliches, zur Zeit nur von Indianern durchstreiftes Gebiet, aus dem später Sklavenstaaten hervorgehen mußten, und der Krieg gegen die Seminolen in Florida, den Jackson 1818 mit unmenschlicher Grausamkeit führte, und der im folgenden Jahre damit endigte, daß die Vereinigten Staaten die Halbinsel um fünf Millionen Dollars Spanien abkauften, hatte nur den Zweck, die Zufluchtsstätte für flüchtige Sklaven zu zerstören. Im Jahre 1790 gab es in den Vereinigten Staaten 657 000 Sklaven, im Jahre 1820 über 1½ Million.

Die Sklaverei war also die Grundlage für alle Lebensverhältnisse in den Südstaaten geworden. Aber je länger je mehr wurden dort die freien Weißen die Sklaven der Sklaverei. Wohl hatte die Natur diese Gegenden reich ausgestattet, aber unter der Herrschaft des „Königs Baumwolle“ verkümmerten sie. Während der Negerflave nur eine dünne Oberfläche bestellte, um sie durch die kostbare Pflanze ausaugen zu lassen, blieben wenige Fuß tiefer Schätze, wie die mächtigen Kohlenflöze in Tennessee und Alabama, ungefaunt und ungehoben liegen. Einen Mittelstand gab es nicht, denn neben der entehrenden Sklavenarbeit konnte freie Arbeit nicht gedeihen. Aber selbst die Sklavenarbeit erwies sich als äußerst wenig produktiv. Nach statistischen Ausweisen verzinst sie im Jahre 1860 das Kapital noch nicht mit einem Prozent und die Sklavenhalter selbst schätzten den Nutzeffekt von einem Tag freier Arbeit gleich dem von fünf Tagen Sklavenarbeit.

Anders der Norden. Hier, wo das Klima die weiße Einwanderung, die hafendreiche Küste den Handel ungemein begünstigte, bildeten der intensiv wirtschaftende Besitzer der kleinen Farm, der Gewerbetreibende und der Kaufmann den Kern der Bevölkerung. Mit den aufblühenden Großstädten des Nordens konnten die des Südens sich weder an Zahl noch an Umfang, noch an Wohlhabenheit messen. Diese Verschiedenheit der Lebensverhältnisse prägte auch beiden Teilen eine hervorstechende Verschiedenheit des Charakters auf: während im Norden die freie Arbeit ein hohes demokratisches Selbstgefühl entwickelte, erzeugte die Sklaverei und die Gewohnheit zu befehlen im Süden ein aristokratisches Element, eine Oligarchie von Plantagenbesitzern, ein der Notwendigkeit zu arbeiten überhobenes Geschlecht, stolz und tapfer, feurig, energisch und von hoher intellektueller Bildung. Daher die auffallende Erscheinung, daß die hervorragenden Staatsmänner der Union beinahe ausschließlich aus den Sklavenstaaten hervorgingen. Mit Ausnahme von Washingtons unmittelbarem Nachfolger J. Adams, 1797—1801, stammten sämtliche Präsidenten der Union bis 1825 aus dem Süden und zwar aus Virginien. Selbst die Verfassung statuierte dieses Übergewicht des Südens, indem sie ihm durch die Bestimmung, daß bei der Verteilung der Abgeordneten-sitze drei Fünftel der Sklaven der freien Bevölkerung hinzuzurechnen seien, ein bedeutend größeres Stimmrecht gab als dem Norden. Von vornherein verquickte sich dann auch die Sklavenfrage mit der Auslegung der Verfassung. Die Sklavenhalter waren es naturgemäß, welche das Recht der Einzelstaaten versuchten, daher sie Staatenrechtler, Antiföderalisten, später Demokraten genannt wurden; im Norden, dessen Industrie einer starken Zentralgewalt bedurfte, um für die Verkehrswege, Zölle und ähnliche ihr dienliche Einrichtungen zu sorgen, überwogen die Föderalisten, aus denen später die Republikaner und die Whigs hervorgingen. Der Gegensatz zwischen diesen beiden Parteien machte sich frühzeitig mit großer Schärfe geltend. Washington, der sich in der letzten Zeit seiner Präsidentschaft den schönsten Angriffen von seiten der Antiföderalisten ausgesetzt sah, fühlte sich gedrungen, in der



Abschiedsadresse, die er kurz vor seiner Amtsniederlegung als politisches Testament an seine Mitbürger richtete, eindringlich zur Erhaltung des Friedens zu mahnen.

Von den bis 1820 auf 22 gestiegenen Staaten gehörte genau die eine Hälfte zu den freien, die andere zu den sklavenhaltenden. Dieses Gleichgewicht drohte gestört zu werden, als in dem genannten Jahre Missouri um Aufnahme als eigener Staat nachsuchte. Nach zweijährigem Streit zeigte sich ein Ausweg, da durch Aufnahme von Maine (Ostmassachusetts), welches das gleiche Gesuch gestellt hatte, das Gleichgewicht sich wiederherstellen ließ, gleichzeitig wurde Arkansas als neues Territorium der Sklaverei überantwortet, dabei aber festgesetzt, daß die Sklaverei in den nördlich von 36° 30' n. B. liegenden Theilen von Louisiana verboten sein solle. Wurden also künftig südwärts Erwerbungen gemacht, so war demgemäß in ihnen ohne weiteres „die dem Süden eigentümliche Institution der Negerdienbarkeit“, wie sie die Pflanzer euphemistisch zu benennen pflegten, eingeführt. Der Süden hatte alle Ursache, diesen Missouri-Kompromiß, dessen Haupturheber H. Clay dadurch eine Zeitlang der erste Mann der Union wurde, als einen großen Triumph zu feiern. Der Streitpunkt schien für immer beseitigt; aber es war damit nur geschehen, wovor Washington so eindringlich gewarnt hatte: die Teilung der Vereinigten Staaten durch eine bestimmte Grenzlinie in eine nördliche und eine südliche Hälfte, und schon damals fehlte es nicht an solchen, welche ahnten, daß einst über diese Frage ein grimmiger Krieg ausbrechen würde, zumal da zu diesem Gegensatz auch noch der zwischen Schutz Zoll und Freihandel verschärfend hinzutrat.

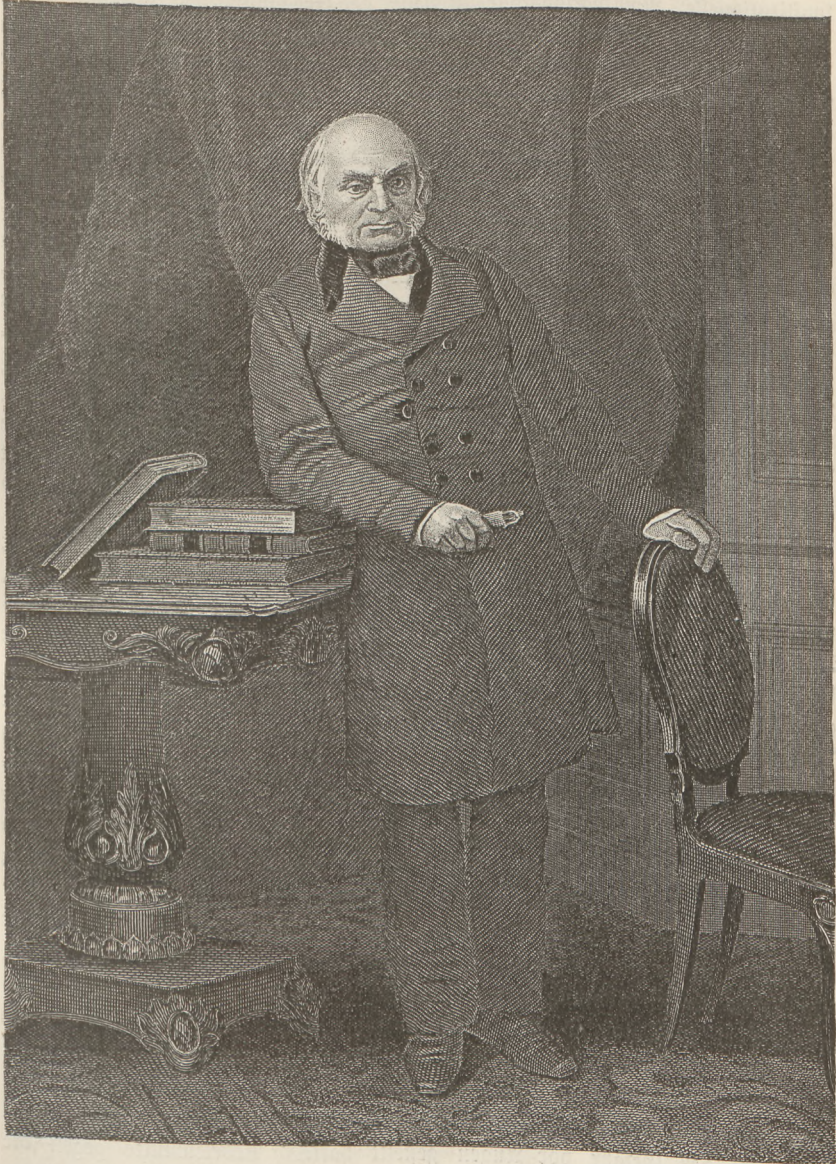
Ursprünglich war es der Süden gewesen, der, um den Norden zu seinem Spinner und Weber zu machen, ihm trotz allen Sträubens einen Schutz-Zolltarif aufnöthigte. Erst nachträglich wurden beide ihres Irrthums inne, als unter dem Schutz des neuen Tarifs die Industrie der Neuenglandsstaaten sich zu ungeahnter Blüte entfaltete und ihr wachsender Reichtum die Erwerbsfähigkeit des Südens weit überflügelte. Seitdem kehrte sich der Standpunkt beider vollständig um: der Norden wurde schutzöllnerisch, der Süden freihändlerisch. Um so seltsamer, daß letzterer sich gerade gegen die Maßregel auflehnte, die seinen Absichten entsprach. Als Präsident Jackson im Hinblick darauf, daß die öffentliche Schuld beinahe getilgt war, eine Herabsetzung der Zölle empfahl, veranlaßte der Vizepräsident Calhoun in der Legislatur von Südcarolina die sogenannte Nullifikationsakte, welche jeden Staat für berechtigt erklärte, solche Akte der Landesregierung, welche aus dem Mißbrauche der von den Einzelstaaten ihr übertragenen Gewalt entsprungen seien, als nichtig zu bezeichnen und zu behandeln. Virginien, Georgien und Alabama traten ihr bei. Es war der erste Versuch zur Sprengung der Union; der Tarif war dabei nur Vorwand, die wahre Ursache die Umtriebe enttäuschter politischer Streber, welche die Südstaaten zur Trennung aufstachelten. Diesmal traten Präsident und Kongreß dieser Unmaßung nachdrücklich entgegen;

die Unzufriedenen beruhigten sich jedoch erst, als Clay als Kompromiß eine gleitende Skala der Zollsätze beantragte.

Aber die Schäden, an welchen die Republik krankte, hatten ihren Sitz keineswegs nur im Süden, auch der Norden besaß sein vollgemessenes Teil daran. Hatte anfangs die parlamentarische Thätigkeit niemanden gehindert, neben ihr seinem Berufe nachzugehen, so bildete sich mit der Zeit ein besonderer Stand von Berufspolitikern aus, welche für ihre Verluste an Einkommen eine weit höhere Entschädigung, als sie die Diäten boten, in der Macht über die Verteilung der Staatsämter fanden, wie sie der Senator oder Kongreßmann wenigstens in seinem Wahlkreise ausübte. Damit war der greulichsten Korruption, dem entfittlichendsten Betrugssystem Thor und Thür geöffnet. Seitdem die Männer des Unabhängigkeitskampfes, die Gründer der Union allmählich hinweggestorben waren, griffen Jüngere nach dem Steuer der Republik, die nicht mehr mit dem Respekt und der Pietät betrachtet wurden wie ihre Vorgänger, die auch Überzeugungen und Grundsätze unter das Joch ihrer Partei zu beugen bereit waren. Die Bewunderung vor dem angeblich „erhabensten Schauspiel, wie ein Volk durch Stimmzettel entschied, welcher Bürger an der Spitze des Staates stehen solle“, wurde verdrängt durch das niedrige Behagen an all dem Unrat, welchen der Parteikampf bei jeder Präsidentswahl aufwühlte. Bezeichnend genug sind gerade die bedeutendsten Staatsmänner der Union, ein Webster, ein Clay oder Calhoun, nicht auf den Präsidentenstuhl gelangt; denn es lag im Interesse der Parteien, nicht einen hervorragenden, sondern einen unbedeutenden, von ihnen abhängigen Mann darauf zu setzen. Als Präsident J. Quincy Adams (1825—29) innere Verbesserungen, z. B. Straßenbau auf allgemeine Kosten, dringend empfahl, stieß er im Kongreß auf Unwillfährigkeit, denn dieser wollte ihm nicht gestatten, sich durch wohlthätige und nützliche Einrichtungen bei den Massen beliebt zu machen, und er wurde nicht wiedergewählt.

Mit Adams verschwand auf lange Zeit der letzte wirkliche Staatsmann vom Präsidentenstuhle. Sein Nachfolger Andr. Jackson (1829—37) ein eifriger Verfechter der Sklavenhalterinteressen, begann bei seinem Amtsantritt die große Massenmüchlung der Beamten, um Platz für seine Anhänger zu machen. „Dem Sieger gehört die Beute!“ war das verhängnisvolle Wort, das sein Parteigänger, Senator Marcy, in die Wahlbewegung geworfen hatte und das seitdem die Losung für jede folgende blieb. Ämter und Stellen wurden an diejenigen verteilt, welche seine Wahl unterstützt hatten. Jede Präsidentswahl wurde dadurch gleichbedeutend mit einer Gelegenheit, Stellen mit gutem Einkommen zu erhalten. Die Beamten wurden auf diese Weise die Wahlagenten der herrschenden Partei und zahlten „freiwillig“ Prozente ihres Gehalts für die Agitation. Weil die Nationalbank sich diesem Ansuchen nicht fügte, wurde ihr Jackson, als dem Volke unmittelbar verantwortlich, die Depositen der Regierung, übergab sie unsicheren Banken zur Belegung des





J. D. Adams.

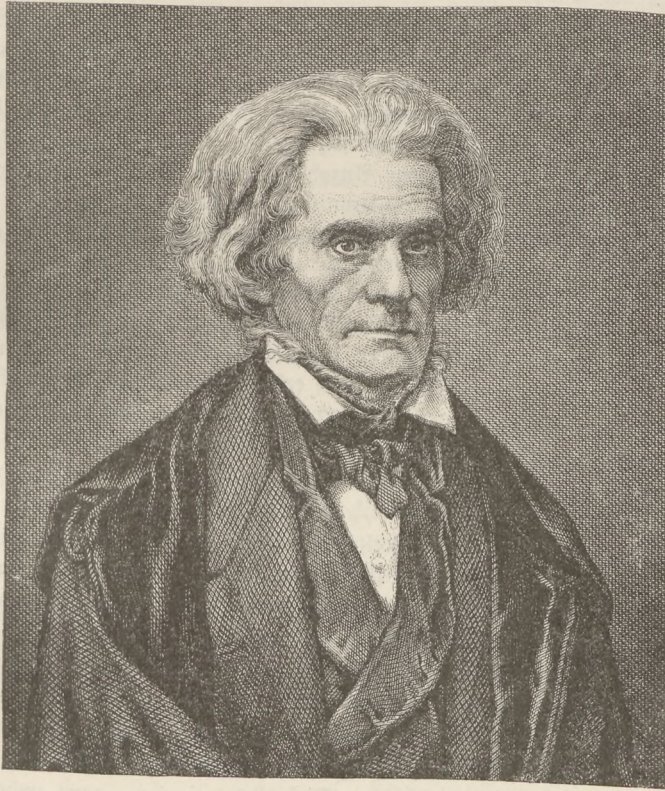
Nach dem Gemälde von Chappel.

Geschäfts und förderte so die Überspekulation, die zu den Krisen von 1837 und 1839 führte. Die Politiker von Fach bemächtigten sich durch außerkonstitutionelle „Nominationskonventionen“ der Ernennung der Parteikandidaten und ihnen war der beste, wer die meiste Aussicht hatte durchzubringen, denn ihr vornehmstes Interesse war die Sicherung der Beute. Da nun aber die Beamten wußten, daß sie, mochten sie auch noch so ehrlich und tüchtig sein, ihre Stellen nach vier, höchstens nach acht Jahren wieder aufgeben mußten, so war damit eine Prämie für die kluge Ausnutzung der verstatteten Amtsfrist gesetzt. Wie in der Bundesregierung, so wurden auch in der der Einzelstaaten Habgier und Ehrgeiz die ausschlaggebenden Kräfte. Im Staate New-York z. B. wurde Clinton, ein Mann, der eine Reihe der wohlthätigsten Einrichtungen ins Leben gerufen, ein Netz von Straßen und Kanälen angelegt und dadurch die Stadt am Hudson zum wichtigsten Handelsplatz des amerikanischen Festlandes erhoben hatte, durch den von van Buren organisiert, nach einem indianischen Häuptling benannten Tamanyring verdrängt, der Jahrzehnte lang den Staat regierte und auf das schamloseste ausplünderte. Selbst in das bürgerliche Leben übertrug sich der Unterschleif, durch mildernde Ausdrücke beschönigt; von dem politischen Leben aber, wo Ehre und Redlichkeit verpönte Begriffe waren, zogen sich die aufständigen Elemente mehr und mehr zurück.

Die Hoffnung, die bei Gründung des Bundesstaates obgewaltet hatte, die Zeit werde die Gegensätze zwischen Nord und Süd allmählich ausgleichen, war nicht in Erfüllung gegangen. Eine Zeitlang hatte sie der Missouri-kompromiß verdeckt; aber das im Norden seitdem heranwachsende Geschlecht dachte über die Sklaverei weit radikaler als die Väter. Eine Anzahl ideal gesinnter, von puritanischem Eifer befeelter Männer und Frauen in Massachusetts bildeten den ersten Kern der Abolitionistenpartei, die allmählich die ganze gebildete Bevölkerung des Nordens zu einer kompakten und streitbaren Masse vereinigte, obgleich anfangs auch dort viele dagegen gewesen waren, um keine Störung des Friedens aufkommen zu lassen, und obgleich im Grunde genommen auch die Weißen im Norden von einer Gleichberechtigung der Schwarzen nichts wissen wollten. Besonders eifrige Anhänger fand diese unter den Quäkern. Einer von ihnen, Benj. Lundy aus Neu-Jersey, der im Süden Zeuge von der Behandlung der Sklaven gewesen war, gelobte sich, sein Leben der Vernichtung dieser Einrichtung zu widmen. Im Jahre 1815 gründete er in Ohio die erste Antisklavereigesellschaft und für deren Zwecke die Zeitschrift „Der Philanthrop“. Diese Bewegung erfüllte die Sklavhalter mit heftiger Erbitterung, zumal seitdem der 1831 unter Nat Turner, einem religiösen Schwärmer, in Virginien ausgebrochene Sklavenaufstand ihnen den Ernst der Gefahr vor Augen gestellt hatte. Pöbeltumulte gegen die Farbigen kamen an die Tagesordnung. Der Staat Maryland verbot Sklaven wie freien Farbigen den Besuch religiöser Versammlungen, außer wenn diese von weißen Predigern geleitet wurden. Einen Sklaven lesen zu lehren, wurde



in Nordkarolina mit 200 Dollars gebüßt. Zur Beruhigung zarterer Gewissen bewiesen die Geistlichen aus der Bibel, daß die Nachkommen Hams verflucht seien, daß bei den Stammvätern des Alten Testaments die Sklaverei vorhanden gewesen und somit eine Gott gefällige Einrichtung sei. Aus der Presse des Nordens dagegen ergoß sich ein Strom von Zeitungen, Flugschriften und Büchern, welche die Sklaverei auf das heftigste bekämpften. Selbst



J. C. Calhoun.

Nach dem Kupferstich von Nordheim.

die Kirche spaltete sich in dieser Frage: Die Hochkirchlichen mit den Katholiken zusammen protegierten die Sklavenhalter, Presbyterianer und verwandte Sekten hielten es mit den Abolitionisten.

Einmal zu diesem Grade erhitzt, kam die Sklavereifrage nicht mehr zur Ruhe. Im Jahre 1836 nahm der Kongreß folgende drei Resolutionen an: der Kongreß soll sich mit der Bestimmung, ob im Distrikte Columbia die Sklaverei einzuführen sei, nicht befassen; der Kongreß hat keine Macht, sich in die Sklaverei irgend eines Staates zu mischen; der Kongreß soll von

keiner Petition, Denkschrift etc., die sich auf die Sklaverei bezieht, Notiz nehmen. Jahre lang stellte der alte grimmige Puritaner Quincy Adams bei Beginn jeder Session den Antrag auf Aufhebung dieser sogenannten Ankelbeschlüsse; allmählich wurde die Mehrheit, welche sie beibehalten wollte, immer geringer, im Jahre 1844 siegte er mit 108 gegen 80 Stimmen. Aber gerade diese Fortschritte der Abolitionistenpartei machten die Stimmung im Süden um so bitterer.

Um das Gewicht desselben gegenüber der wachsenden Macht des Nordens zu stärken, verfielen Calhoun und andere südliche Staatsmänner auf den Gedanken, das Gebiet, wo neue Sklavenstaaten gegründet werden könnten, möglichst zu erweitern. Naturgemäß richtete sich ihre Begehrlichkeit auf das angrenzende mexikanische Texas, wo sich bereits allmählich amerikaniſche Ansiedler, darunter eine nicht geringe Anzahl flüchtiger Verbrecher, niedergelassen hatten. Auch die Spekulation in texanischen Ländereien bemächtigte sich der Sache. Durch verschiedene Putſche zum Zwecke der Losreißung auf die Gefahr aufmerksam geworden, verbot die mexikanische Regierung die weitere Einwanderung, aber die Kolonisten kehrten sich daran ebensowenig wie an das Verbot, Sklaven zu halten. Ein Versuch Santa Annas, der sich zum Diktator von Mexiko gemacht hatte, das Land mit Gewalt zu unterwerfen, mißlang 1835, und am 2. März 1836 erklärte sich Texas für unabhängig. Als Santa Anna seinen Angriff wiederholte, wurde er von den durch zahlreiche Scharen von Hinterwäldlern verstärkten Texanern am San Jacinto geschlagen und gefangen; den Sieger Sam. Houston lohnte die Wahl zum ersten Präsidenten der neuen Republik. Zu einem selbständigen Dasein fehlten freilich diesem von allen Geldmitteln entblößten Staate, dessen Bevölkerung sich zum großen Teil aus dem Abhub der südlichen Union zusammensetzte, die nötigsten Vorbedingungen; auch sollte nach der Absicht der Sklavenhalter seine Losreißung nur als Übergang zur Annexion dienen. Schon am 11. April 1844 schloß Calhoun als Staatssekretär unter Tylors Präsidentschaft einen darauf bezüglichen Vertrag ab. Diesmal verwarf ihn der Senat, aber die Stimmung der Mehrheit war für die Annexion. Daß van Buren und H. Clay sich dagegen aussprachen, wurde ihnen bei der nächsten Präsidentenwahl verderblich. Diese fiel auf einen ganz unbekanntem und ebenso unbedeutenden Mann aus Tennessee, J. Polk (1845—49), lediglich, weil er die Annexion auf sein Programm geschrieben hatte. Nunmehr beugte sich der Senat und am 1. März 1845, drei Tage bevor er aus dem Amte trat, vollzog Tylor die Aufnahme von Texas in die Union.

Man hatte wohl den Plan, aus dem übergroßen Texas und anderen Mexiko abzunehmenden Gebieten mehrere Staaten zu schnitzeln, aber ehe diese dazu hinreichend besiedelt waren, mußte eine lange Zeit verstreichen. Weit günstiger lagen die Dinge für den Norden. Denn während dieser und der Süden sich fremd, ja feindselig gegenüber standen, trat der Westen mit immer wachsender Bedeutung, und zwar zum Vorteil des Nordens, ihnen zur Seite. Städte



sprangen dort wie durch Zauber aus dem Boden, Territorien wurden organisiert und neben dem Kanalbau, auf dessen Wichtigkeit der Krieg von 1812 hingewiesen hatte, begann seit 1826 der von Eisenbahnen, nicht bloß wie in Europa als vervollkommnetes Verkehrsmittel, sondern auch, um immer neue Landstriche zu erschließen. Mit unheimlichem Gefühl sahen die Sklavenhalter Schiff auf Schiff in den Häfen von New-York, Boston und Baltimore landen voll arbeitsamer, kräftiger Ankömmlinge, die dann westwärts ziehend den jungfräulichen Boden der Prärien mit hastigem Fleiße umrissen und ihm erstaunliche Ernten an Weizen und Mais entlockten. Von 1821—30 langten 143 000 Einwanderer in den Häfen der Union an, im nächsten Jahrzehnt schon 552 000, im dritten über 1½ Million und noch lange schien diese Völkerflut nicht versiechen zu wollen. Die 1841 eingeführte Verabfolgung von Staatsländereien aus dem ungeheuern Vorrat an Ansiedler zu niedrigem Preis oder ganz unentgeltlich lockte immer neue Scharen herbei. Einen hervorragenden Anteil an dieser Besiedelung des ungeheuern Mississippigebietes jenseit der Alleghanies hatte die deutsche Einwanderung, die für die sich heranbildende amerikanische Nation in eben dem Maße ein Segen war, wie die irische ihr zum Unfegen gereichte. Nur die demokratischen Ideologen, welche der Fehlschlag der Revolution von 1848 über den Ozean getrieben hatte, mußten bald die Erfahrung machen, daß Amerika durchaus kein Land für unklare politische Träumereien sei. Nur die, welche die Anlage dazu besaßen, in dem rein praktischen Wesen der Amerikaner aufzugehen, sich emporzuarbeiten und dann ins politische Leben einzutreten, spielten in der Union eine Rolle. Für die Unterstützung der nach Freiheit ringenden Nationen der alten Welt fand Kosstuth bei dem jedem Kosmopolitismus unzugänglichen Yankee außerordentlich wenig Verständnis.

Diese Masseneinwanderung bedeutete den Untergang der Indianer. Der Pflug des Ansiedlers, der unaufhaltsam ihre Jagdgründe einengte, seine Büchse, welche die Büffelherden erbarmungslos lichte, beraubte sie der unentbehrlichsten Bedingungen für ihre Existenz. Das übrige thaten Feuerwaffen und Krankheit. Zwar fehlte es nicht an Versuchen, die Rothhäute zu einem seßhaften Leben und dadurch zu einer höheren Kultur heranzubilden, auch versprachen mehrere den besten Erfolg; aber wenn sie angefangen hatten ihre Ländereien nach Art ihrer Lehrmeister zu kultivieren, so fiel die hartherzige Habgier der Weißen über sie her und trieb sie, wie es u. a. den Cherokeeen geschah, wieder in die Öde hinein, wo sie nach und nach verfielen, ohne daß die Bundesregierung es der Mühe wert hielt, diesem Greuel im Namen der Menschlichkeit zu steuern. Das Los der Vertreibung teilten mit den unglücklichen Ureinwohnern die Mormonen, eine wunderliche, von Joe Smith gestiftete und der Polygamie ergebene Sekte, die aber als fleißige Ackerbauer und geschickte Handwerker in Illinois, wohin sie sich vor ihren Verfolgern zurückgezogen hatten, gut vorwärts kamen. Aber eben deshalb ließ ihnen der Neid ihrer Nachbarn auch dort keine Ruhe. Nachdem ihr Prophet Joe Smith

1844 gefangen gesetzt und gehncht worden war, führte an seiner Statt Brigham Young seine „Heiligen der letzten Tage“ unter Beschwerden, die nur der religiöse Fanatismus ertragbar machte, über das Felsengebirge nach dem fernen Westen; dort gründeten sie die Stadt am Salzsee und verwandelten besonders durch künstliche Bewässerung die Wüste in eine blühende Siebelsai.

Die reizend schnelle Entwicklung des Westens trug zugleich die Bürgerschaft für das Weiterbestehen der Union in sich, er wurde die Klammer, welche das Auseinanderfallen des Nordens und des Südens unmöglich machte. Die Entdeckung eines bequemen Passes über das Felsengebirge durch Fremont wirkte auch auf die mit England wegen des Oregongebietes schwebenden Verwickelungen zurück. Die gewonnene Überzeugung, daß eine direkte Verbindung der Ost- und der Westküste des Festlandes möglich sei, machte die Behauptung dieses Gebietes, auf welches die Vereinigten Staaten ohnehin die begründeteren Ansprüche hatten, doppelt wichtig. Daß aber Staatssekretär Buchanan so schnell den Vertrag mit England abschloß, durch welchen der 49.<sup>o</sup> n. B. als Grenze anerkannt wurde, hatte seinen Grund in dem gleichzeitigen Ausbruch des Krieges mit Mexiko über die Streitfrage, ob der Nueces oder der Rio Grande del Norte die Grenze zwischen beiden Staaten zu bilden habe. Am 24. April 1846 sloß zwischen den Truppen des Generals Taylor und den Mexikanern das erste Blut, am 23. Mai wurde Monterey zur Ergebung genötigt, am 27. Februar 1847 bei Buena Vista ein überlegener Angriff des wieder in Freiheit gesetzten Santa Anna abgeschlagen. Die Entscheidung des Feldzuges brachte jedoch nicht Taylor sondern Scott, der in Veracruz landete, es 29. März 1847 zur Übergabe zwang und bei Cerro Gordo Santa Anna zum zweitenmale aufs Haupt schlug. Am 14. September wehte das Sternenbanner auf dem Palaste Montezumas. In dem Frieden von Guadeloupe-Hidalgo, 2. Februar 1848, erkannte Mexiko die Annexion von Texas mit der Rio-Grande-Grenze an, trat außerdem Altkalifornien ab und erhielt dafür 15 Millionen Dollars. Nachträglich aus der Benutzung ungenauer Karten entstandene Grenzstreitigkeiten erledigte der Gadsden-Vertrag vom 30. Dezember 1853, durch welchen die Union noch den größten Teil von Arizona und Neumexiko für zehn Millionen Dollars hinzukaufte.

Für die abgetretenen Gebiete war ihr Eintritt in die Union eine Wohthat; nicht minder groß für letztere der Gewinn der hasenreichen Küste Kaliforniens, durch den sie erst zu einer Handelsmacht auf dem Großen Ozean wurde. Die am Ruder befindliche demokratische Partei dagegen, die den Krieg mit dem schwachen Nachbar mutwillig vom Zaune gebrochen hatte, erntete davon nicht die gehofften Früchte. Es war ein unanständiger Sieg, der ihre Partei in Mißcredit brachte. Vergebens hatte sie gehofft, aus ihren Reihen einen ruhmgekrönten Helden hervorgehen zu sehen, der ganze Ruhm des Krieges gehörte den Whiggeneralen Scott und Taylor. Die Wahl



Taylor's zum Präsidenten war die erste Niederlage der demokratischen Partei. Und sie blieb nicht die einzige. Bereits während des Krieges hatte sich im Kongreß ein lebhafter Kampf über die Frage erhoben, ob die neuen Gebiete



Winfield Scott.

Nach der Lithographie von F. d'Avignon. Original: Daguerrestyp von Brady.

den Sklavenhaltern ausgeliefert werden sollten oder nicht. Im Repräsentanten-  
hause gelangte zwar der Antrag Dav. Wilmots, das sogenannte Wilmot=  
proviso, zur Annahme, es solle in denselben weder Sklaverei noch unfreiwillige  
Knechtschaft bestehen dürfen, aber im Senat setzten die Südlichen seine Ver=

werfung durch. Zum zweitenmale sah der Norden in die Mauer, die er mit dem Missouri-Kompromiß zu seinem Schutze gegen die Sklaverei aufgerichtet hatte, Bresche gelegt. Allein die Macht der Thatfachen wog doch schwerer als der Wille der Menschen. In Texas allerdings bestand die Sklaverei schon vorher, ja die Verfassung dieses Staates enthielt eine Bestimmung, welche die Aufhebung der Sklaverei untersagte, es sei denn, daß die Sklavensbesitzer nicht nur eine Entschädigung erhielten, sondern sich auch zuvor mit der Maßregel einverstanden erklärten; dagegen gelang die Verpflanzung der Sklaverei an die Küste des Großen Ozeans nicht. Neumexiko fiel ihr nicht zu, weil die gebirgige Natur des Landes sie ausschloß, Kalifornien nicht, weil es sich ihrer erwehrt. Am 19. Januar 1848, wenige Tage vor Unterzeichnung des Friedens mit Mexiko, geschah es, daß James W. Wadsworth bei dem Bau einer Sägmühle für den Schweizer Sutter unfern von Coloma, nördlich von Sacramento, in dem Schwemmsande Goldkörner fand. Die sich daran knüpfende Entdeckung, daß das Land in seinen Flüssen und Gebirgen eine unglaubliche Menge des kostbaren Metalls berge, rief ein hitziges Goldfieber hervor und gab den Anstoß zu einer zwar wüsten aber beispiellos raschen Entwicklung desselben. Die starke weiße Einwanderung, welche die Sucht nach schnellem Reichtum herbeilockte, machte die Sklaverei in dem neuen Gebiete unmöglich; die Verfassung, die es sich gab, verbot sie ausdrücklich.

Diese plötzliche Vermehrung des Edelmetalls ergoß ihren befruchtenden Kapitalstrom naturgemäß weit mehr in den arbeitsamen, unternehmenden Norden als in den Süden, gerade so, wie jener auch die übrigen unermeßlichen Schätze, welche der Boden der Vereinigten Staaten besitzt, ganz anders zu verwerthen verstand als dieser. Im Jahre 1791 hatte ein Zufall zur Entdeckung von Steinkohlen in Pennsylvanien geführt, aber die davon durch vier Arbeiter geförderte Menge war zu groß, um Absatz zu finden und die Grube blieb bald ganz liegen; selbst eine Ladung, die man auf dem Wasserwege nach Philadelphia schaffte, fand keine Abnehmer. Erst 1820, mit dem Seltenerwerden des Holzes um Philadelphia, wurde der Versuch erneuert, seit der Schiffbarmachung des Schuylkillflusses und dem Bau einer Eisenbahn dahin stieg der Wert der Kohlen ungeheuer, so daß er gegenwärtig dem des gesamten Goldes, Silbers und Eisens, welches die Union erzeugt, gleich geschätzt wird. Nicht bloß mit Gleichgültigkeit, sondern mit Verdruß hatte man anfangs das Vorkommen des Petroleums betrachtet, weil es sich der Salzgewinnung in Ohio und anderwärts den Salzfiedereien sehr schädlich erwies, bis die Entdeckung der ersten reichlichen Quelle beim Graben eines artesischen Brunnens unfern Titusville den Anfang zur Entwicklung einer neuen großartigen Industrie wurde.

So vereinigte sich alles, um das gegenseitige Verhältnis zwischen Norden und Süden zum Nachteil des letzteren zu verschieben. Die fünfzehn Sklavenstaaten hatten ein Areal von 24 144 194 □ Kilom., die freien nur von 1 672 003; trotzdem aber, daß die Natur alles zur Begünstigung des Südens gethan hatte,





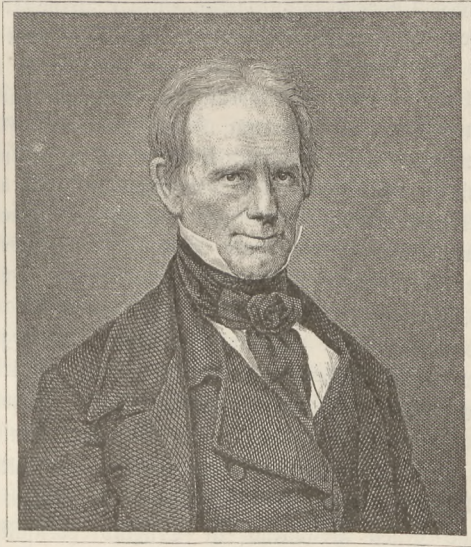
Zachary Taylor.  
Nach dem Gemälde von Monzo Chapelle

beliebte sich die Bevölkerung der freien Staaten auf 13 342 325, die der Sklavenstaaten, und zwar einschließlich 322 028 Sklaven, nur auf 9 612 969, während nach dem Zensus von 1790 der Unterschied zu gunsten des Nordens nur 6000 betragen hatte. In den Nordstaaten kamen auf die englische Quadratmeile 45,8 Einwohner, in den südlichen 18,93. Der Unterschied im Bodenwerte zwischen beiden wurde immer größer, in allen gewerblichen Anlagen, in Handel und Industrie, im Wachstum der Städte, in Schulen und Bibliotheken hinte der Süden nach. Während dem Norden Jahr für Jahr von außen ein breiter Strom von Kapital und Arbeitskräften zufließte, schreckte nicht nur die Schändung der Arbeit durch die Sklaverei und die dadurch bedingte Einseitigkeit des wirtschaftlichen Lebens die Einwanderung von den Südstaaten ab, diese verloren sogar fortwährend durch Auswanderung nach dem Norden. Der Süden wurde im Vergleich zum Norden immer ärmer und nur dadurch vermochte er sich überhaupt wirtschaftlich zu behaupten, daß die Pflanzer die unter dem fortgesetzten Raubbau mehr und mehr verkommenden Acker ihrer Väter gegen den jungfräulichen Boden der neuen Staaten im Südwesten vertauschten. Dagegen sprachen sich mehrere der sogenannten Grenzstaaten, wie Delaware, Kentucky, Missouri, die wirtschaftlich mehr und mehr von der Industrie des Nordens abhängig geworden waren und ein starkes Kontingent weißer Einwanderer erhalten hatten, immer entschiedener gegen die Sklaverei aus.

Von Tag zu Tag trat daher immer greller der Widersinn der dominierenden Stellung hervor, welche die Sklavokratie nach wie vor einnahm, indem sie zwar im Repräsentantenhause dank dem rascheren Wachstum der Volks- und darum auch der Volksvertreterzahl des Nordens in die Minderheit geriet, im Senat dagegen durch ihr Bündnis mit den nördlichen Demokraten das Übergewicht behauptete, und da diesem die meisten Ernennungen zustanden, drei Viertel der Ehrenämter und höheren Stellungen für sich monopolisierte und überhaupt den Anspruch erhob, daß ihr Wille und ihre Interessen maßgebend für die ganze Union zu sein hätten. Je lauter aber die Angriffe gegen die Sklaverei wurden, desto leidenschaftlicher wurde sie in deren Verteidigung. Als einen neuen Kompromiß brachte H. Clay, Januar 1850, die später als Omnibusbill bezeichneten Anträge ein auf Zulassung von Kalifornien als Staat, von Neu Mexiko und Utah als Territorien, Regelung der Grenze von Texas und Abschaffung des Sklavenhandels im Distrikt Kolumbia, aber auch auf Verschärfung des Gesetzes von 1793 in Bezug auf die flüchtigen Sklaven, deren Wiedereinfangung in allen, auch den freien Staaten gestattet sein sollte. Denn je mehr der Abscheu gegen die Sklaverei Boden gewann, um so größer wurde auch das Sträuben gegen die Auslieferungsforderungen des Südens, und seitdem 1842 der höchste Gerichtshof die Entscheidung gefällt hatte, daß die Ausführung dieses Gesetzes Sache der Bundesbehörde und nicht der Einzelstaaten sei, war es zum toten Buchstaben geworden. Fillmore, der durch Taylors Tod 9. Juli 1850 Präsident geworden war, und sein Staatssekretär



Webster suchten den Frieden durch Nachgiebigkeit zu erhalten und brachten die Bill durch, aber es war ein Pyrrhusieg, den die Sklavenhalter damit ersochten. Nichts hätte den Abscheu gegen die Sklaverei so sehr verstärken können, wie dieses Sklavenfanggesetz, das jedem Redlichen ein Greuel vor Gott und Menschen dünkte, das selbst jeden freien Mann im Norden zum Schergen der Sklavenhalter herabwürdigte. Die Gewaltthaten, die es hervorrief, führten mehrfach zu blutigen Konflikten. Wenn trotzdem bei der nächsten Präsidentenwahl der Süden seinen Kandidaten Franklin Pierce (1853—57) gegen den General Scott durchsetzte, so verdankte er das hauptsächlich der Spaltung



Henry Clay.

der Whigs, von denen viele, nur um den Zerfall der Union zu verhindern, für ihn stimmten. In seiner Antrittsbotschaft betonte der neue Präsident, nächst Volk der unbedeutendste, den die Union gehabt hat, mit Entschiedenheit, daß die Sklaverei als eine von der Verfassung anerkannte Einrichtung anzusehen sei.

Pierces Wahl hatte eine Neugestaltung der Parteiverhältnisse im Gefolge; diese war nicht das Werk einzelner Politiker, sondern sie vollzog sich trotz ihrer Gegenanstrengungen mit unabweisbarer Notwendigkeit. Die Whigpartei löste sich auf, die starren Sklavokraten trennten sich ganz von ihr und vereinigten sich mit den Demokraten; auf der anderen Seite lösten sich die „Freibodenleute“ von den Demokraten und vereinigten sich mit den Whigs zu einer neuen, der republikanischen Partei, die binnen Jahresfrist bereits in fünfzehn Staaten die Mehrheit hatte. Die Parteien der Nativisten und der durch geheime

Peremonien verknüpften Knownothings, denen beiden der Haß gegen die Einwanderer und namentlich die irischen Katholiken gemeinsam war, erwiesen sich nicht als lebensfähig.

Mit dieser Neubildung der Parteien wurde die Zerreißung der Union unvermeidlich. Sobald die Sklavenhalter die politische Herrschaft über die Union ihren Händen entgleiten fühlten, hatte die Union überhaupt keinen Wert mehr für sie. Wenn diese noch während zweier Verwaltungsperioden zusammenhielt, so verdankte sie dies hauptsächlich den Gemäßigten im Süden, welche die auf den Bruch losdrängenden „Feuerfresser“ noch eine Weile im Zaume hielten. Jene benutzten diese Pause, um gegen Zentralamerika zu wiederholen, was gegen Mexiko so gut gelingen war. Eine Freibeuterexpedition, aller Reklamationen des spanischen Gesandten ungeachtet mit vollster Offenheit betrieben, landete unter der Führung eines gewissen Lopez auf Cuba, konnte sich jedoch nicht halten; bei der Wiederholung des Versuchs wurden die Flibustier durch die wachsamten Spanier zersprengt, Lopez selbst nebst fünfzig seiner Gefährten hingerichtet. Der Böbel von Neu-Orleans rächte sie durch Mißhandlung spanischer Einwanderer, Verjagung des spanischen Konsuls und Insultierung seiner Flagge. Weitere Flibustierlandungen auf Cuba hinderte die Drohung Englands und Frankreichs. Doch hörte deshalb die Sklavokratie nicht auf, mit der Perle der Antillen zu liebängeln, sie versuchte sogar die Regierung zu unbesonnenen Schritten zu drängen: ein von den amerikanischen Gesandten zu Madrid, Paris und London verfaßtes Schriftstück, das sogenannte Manifest von Ostende (aber datiert Nachen 18. Oktober 1854), befürwortete offen die Annexion der Insel aus Gründen der Staatsraison. Andere Flibustierzüge wurden von den Sklavenhaltern gegen die mittelamerikanischen Republiken ermutigt. Walker, ein Werkzeug des Geheimbundes der Ritter vom goldenen Kreuze, maßte sich ein Zeitlang die Herrschaft in Nicaragua an, bis er auf einem neuen Zuge gegen Honduras in Truxillo ebenfalls gefangen und September 1860 erschossen wurde. Die Regierung beteiligte sich an diesen Gewaltthaten durch die Beschießung von Greytown im Juli 1854, weil Nicaragua die Genugthuung für eine angebliche Beeinträchtigung der Transitkompany verweigert hatte.

Die Sklavenhalterpartei war es auch, die das Signal zu neuem Kampfe im Innern gab. Es schien ihr die höchste Zeit dazu, nachdem durch Kaliforniens Eintritt die freien Staaten auch im Senate die Mehrheit erlangt hatten. Um ihre Herrschaft und mit ihr die „Institution“ zu retten, beschloß sie einen kühnen Streich zu führen, nämlich in dem ungeheuern Gebiete westwärts von Missouri und Iowa zwei neue Territorien, Nebraska und Kansas, zu organisieren, die dann möglichst bald zu Sklavenstaaten erklärt werden sollten. Über den Einwand, daß diese, als nördlich von  $36^{\circ} 30'$  gelegen, freies Land sein müßten, half sie sich mit der Behauptung hinweg, daß der Kompromiß von 1850 den von 1820 aufgehoben habe. Freilich gab es in Kansas erst drei Weiße, das übrige war Indianerreservation; aber diese wurden Hals über



Kopf hinausgedrängt und dafür aus den angrenzenden Sklavenstaaten Tausende von Squatters zum Abstimmen herübergeholt; es sollen achtmal so viel Stimmen, als Abstimmende vorhanden, abgegeben worden sein. Es begann eine förmliche Wettbesiedelung unter Mord und Totschlag. Die Sklavenpartei bemächtigte sich der Legislatur und benutzte sie, um schleunigst auf die Angriffe gegen die Sklaverei die Todesstrafe zu setzen. Inzwischen hielten die freien Ansiedler eine Konvention zu Topeka ab, entwarfen auch eine Verfassung und wendeten sich an den Kongreß um Aufnahme als freier Staat. Damit verzögerte sich der erbitterte Kampf in diesen; und noch einmal gelang es der Sklavereipartei, dem souveränen Volke unter dem Scheine der Gesetzlichkeit ihren Willen aufzunötigen. Die Kansas-Nebraskabill, obgleich ein ehrloser Bruch des Missouri-Kompromisses, gelangte 30. Mai 1854 zur Annahme. Aber mit jedem Siege beschleunigte der Süden nur seine Niederlage. Auch in dem nächstfolgenden Kongreß blieb die Kansasfrage das Thema des Tages. Bis zu welchem Grade die Verwilderung der Südliden herabgesunken war, bewies die schmachliche That des Volksvertreters Preston Brooks aus Südcarolina, der seinen ruhig an seinem Pulte sitzenden Kollegen Sumner aus Rhode Island für eine Rede, die dieser gegen die Sklaverei gehalten, überfiel und blutig mißhandelte. Der Antrag auf seine Ausstoßung erlangte nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit. Brooks gab seinen Sitz freiwillig auf mit der Erklärung, daß sein Stock und seine Pistole zu weiterer Arbeit bereit lägen, wurde daheim wie ein Sieger mit weißgekleideten Jungfrauen, Lorbeeren und Ehrenstücken empfangen und sofort einstimmig wiedergewählt.

Für die nächste Präsidentenwahl stellten die Demokraten den bisherigen Gesandten in London Buchanan, einen der Urheber des Manifests von Ostende, die Republikaner Fremont, den kühnen Erforscher des Felsengebirges, auf. Für den Fall, daß dieser gewählt würde, waren die Südliden bereits zum Bruch entschlossen. Sie sprachen es offen aus, daß die Union zerrissen sei allein durch die Thatfache, daß die republikanische Partei zur Herrschaft gelange. Herrschen oder untergehen, war ihre Lösung, weil eine andere Wahl ihnen nicht blieb. Denn ohne die politische Herrschaft vermochten sie die Sklaverei gegen den freiheitlichen Geist, das sittlich-religiöse Bewußtsein des Zeitalters, nicht aufrecht zu halten. Ihre Gegner aber glaubten noch immer nicht, daß sie den Fortbestand der Sklaverei unmöglich machten, wenn sie ihre politische Herrschaft brächen, und darum glaubten sie auch nicht an eine ernsthafte Gefährdung der Union; sie hielten für leere Drohung, was in Wahrheit einfache Ankündigung war. Diesmal wurde der Bruch noch vermieden. Nach 132 vergeblichen Abstimmungen beschloß man endlich, die relative Mehrheit gelten zu lassen. In der 133. wurde Buchanan (1857—61) gewählt; er vereinigte auf sich 1838169 Stimmen, Fremont 1341264, Filmore, der Kandidat der alten Whigs und der Know-nothings, 874534. Es war also ein Sieg zweifelhafter Art. Trogdem hob er wieder die Zuversicht der Sklavenshalter. Mehr noch that dies der sogenannte Dred-Scott-Fall. Ein Neger

dieses Namens hatte bei einem Gerichtshof in Missouri eine Klage wegen seiner Freilassung eingereicht und einen Spruch zu seinen Gunsten erlangt. Allein der oberste Gerichtshof stieß ihn um mit der Begründung, Neger oder Farbige seien keine Bürger, könnten es auch nicht sein, hätten folglich auch nicht das Recht, vor einem Gericht der Vereinigten Staaten zu klagen. Nach der gesetzgebenden und der ausübenden Gewalt war nun auch die höchste richterliche der Sklavokratie dienstbar geworden. Dadurch fest gemacht, traten die Sklavereimänner in Leecompton zusammen, stellten, wieder unter schamloser Fälschung der Abstimmung, für Kansas eine neue Verfassung auf und baten um dessen Zulassung als Sklavenstaat; und gehorsam erfüllte Buchanan 2. Februar 1858 ihren Wunsch. Das Schlimme dabei war nur, daß die Leecomptonbill sich wohl im Senat, nicht aber im Repräsentantenhause durchbringen ließ. Man versuchte nun die Bevölkerung von Kansas durch eine große Landbewilligung zu bestechen, aber diese wollte von dem schmachvollen Handel nichts wissen, sondern verwarf die Bill, die Landschenkung und die Sklaverei mit großer Mehrheit.

Nichts aber vergiftete den gegenseitigen Haß so sehr, als das abscheuliche Sklavenfanggesetz. In Boston gab die Ergreifung des flüchtigen Sklaven Anthony Burns und, nachdem ein Befreiungsversuch fehlgeschlagen, seine Abführung nach Virginien den Anlaß zur Gründung einer Anti-Menschenjagdliga. In Racine, Wisconsin, erbrach ein Hause das Gefängnis des flüchtigen Sklaven Glover; die Rädelsführer wurden vor Gericht gestellt, aber dieses sprach sie frei, da das Sklavenjagdgesetz von 1850 verfassungswidrig sei. Von den Schriftstellern, die gegen dasselbe kämpften, hat keiner auch nur annähernd dem Volke so stark an die Seele gegriffen wie Frau Beecher-Stowe mit ihrem Roman „Onkel Toms Hütte“. Der überwältigende Eindruck des Buches beruhte eben darauf, daß es, wenn auch voll mancherlei Schwächen und nur gewisse grelle Züge hervorhebend, in diesen doch mit voller Wahrheit das Entwürdigende des bestehenden Zustandes schilderte. Ein alter Fanatiker namens John Brown betrieb in Virginien mit seinen Genossen die Sklavenbefreiung geschäftsmäßig; er hatte gelobt, sein Leben der Ausrottung dieses Schandmals zu widmen. Im Oktober 1859 bemächtigte er sich plötzlich mit einer kleinen Schar Bewaffneter der virginischen Ortschaft Harpers Ferry und des dortigen Arsenal, aber seine Hoffnung, die Sklaven würden sich ihm anschließen, erfüllte sich nicht. Überwältigt starb er auf dem Schaffot mit stoischer Ruhe; aber das Volk im Norden vergaß ihn nicht; das Lied vom alten J. Brown, in tausend Variationen gesungen, wurde im Sezessionskriege das Nachelied der Yankee's.

Auch in der Frage, ob Schutz Zoll, ob Freihandel, hatte sich allmählich ein fester geographischer Gegensatz herausgebildet. Der industrielohe Süden huldigte dem Freihandel. Bei dem blühenden Stande der Finanzen bewirkte er 1857 eine Herabsetzung der Zölle auf einen niedrigeren Satz, als er seit 1812 bestanden hatte. Eine bedeutende Vermehrung der Einfuhr war die



nächste Folge und ein halbes Jahr darauf eine finanzielle Krise, schlimmer als die von 1857. Man zählte 4257 Bankrotte; alles Geschäft lag danieder. Die allgemeine Kalamität kam den Republikanern zu gute, sie trieb ihnen und dem Schutzzoll die industriellen Klassen in die Arme.

Daß die Südlischen es absichtlich zum Bruch trieben, zeigte sich mit voller Deutlichkeit bei der nächsten Präsidentschaftswahl. Es bestand unter ihnen eine förmliche Verschwörung zu dem Zwecke, die demokratische Partei zu sprengen, dadurch die Wahl eines ihr unannehmbaren Kandidaten herbeizuführen und so einen schicklichen Vorwand zum Austritt aus der Union zu erlangen. Sie



James Buchanan.

stellten daher dem von der demokratischen Konvention zu Charleston nominierten Douglas in Breckenridge und Bell zwei Nebenkandidaten zur Seite und verhalfen durch diese Stimmenzersplitterung dem republikanischen Kandidaten Abraham Lincoln aus Illinois, einem Manne, der sich von Jugend auf als Flößer, Landmann, Krämer, Postmeister und Rechtsanwalt seinen Lebensunterhalt durch harte Arbeit hatte verdienen müssen, zum Siege. Lincoln erhielt zwar nicht die absolute, aber doch die genügende relative Mehrheit. Unverzüglich beschloß die Legislatur von Südkarolina einstimmig den Austritt aus der Union. Florida, Alabama, Georgia, Louisiana, Texas folgten seinem Beispiele und der Präsident Buchanan selbst sprach ihnen in seiner Botschaft ausdrücklich die Berechtigung zu diesem Verfahren zu. Der ganze Süden geriet unter den Terrorismus der Demagogen. Ein auf Februar 1861 nach Montgomery in Alabama einberufener Kongreß der Abtrünnigen gab der Kon-

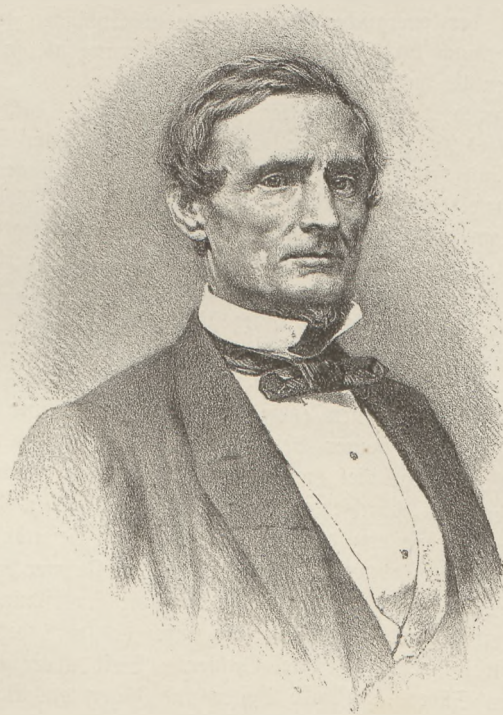
föderation eine vorläufige Verfassung und wählte den langjährigen Kriegssekretär Jefferson Davis zum Präsidenten.

In Voraussicht des Wahlergebnisses hatten die Verschworenen, die in den höchsten Ämtern saßen, alles gethan, um die Bundesregierung widerstandsunfähig zu machen. Der Sekretär des Schatzamtes Cobb verhinderte die Abführung der Geldvorräte aus dem Süden nach Washington, namentlich aber legte es der Kriegssekretär Floyd darauf an, die Armee und die Flotte durch Verzettlung unverwendbar zu machen. Die reichen Munitionsvorräte der Arsenale wurden nach dem Süden geschafft, die Werkten von allem, was zum Schiffsbau nötig, entblößt, die Offiziere zum Treubruch verführt. Die Union war noch nie so wehrlos gewesen wie jetzt, der Süden dagegen begann den Kampf nicht nur wohl bewaffnet, sondern bewaffnet auf Kosten seines Gegners. Nur von Einem hatte er keine Vorstellung: von der Macht der Idee, gegen die er sich in den Kampf stürzte.

In diesen schweren Tagen hing das Schicksal der Union von der Festigkeit weniger Männer ab. Buchanan's Kabinett befand sich in völliger Auflösung und war von Verrat umgeben; von den geheimsten Beschlüssen erhielt der Süden sofort Nachricht. Neben dem neuernannten Attorney General Stanton gebührt dem Schatzsekretär Dix, dem Buchanan dieses Amt auf Andringen der Newyorker Kapitalisten anvertraut hatte, und dem Kriegssekretär Holt das Hauptverdienst, daß die Union gerettet wurde, Lincoln sein Amt antreten konnte. Der neue Präsident war ein Ehrenmann im vollsten Sinne des Worts, geduldig und nachsichtig, sorgfältig überlegend, aber den einmal gefaßten Entschluß bis zum Eigensinn festhaltend, von linkschem Benehmen aber von scharfem Verstande und aufrichtiger Religiosität, im Unglück aufrecht, in der Stunde des Erfolgs maßvoll und ruhig, ein Mann mit großem Herzen und klarem Kopfe und bei aller Bescheidenheit und Herzensgüte doch von starker geistiger Unabhängigkeit. Seine Antrittsbotschaft war fest aber verfühlich. Er gab den Südstaaten die Versicherung, daß die Einsetzung einer aus der republikanischen Partei hervorgegangenen Regierung ihnen kein Grund zur Besorgnis zu sein brauche, und daß er nicht die Absicht habe, sich direkt oder indirekt in die Sklavereifrage zu mischen, wozu ihm die Verfassung kein Recht gebe. Nur gegenüber der offenen Drohung mit der Zerstörung der Union erklärte er, daß er diese für unauflöslich halte; kein Staat könne lediglich auf Grund eines selbstgefaßten Beschlusses aus ihr austreten. Aber diese friedlichen Absichten durchkreuzte Südkarolina. Am 12. April begannen die Konföderierten das auf einer Insel im Eingang des Hafens von Charleston gelegene Fort Sumter zu beschießen, welches sein Kommandant, Major Anderson, einer der wenigen Offiziere, die ihrer Pflicht treu blieben, für die Union gerettet hatte. Da jedoch Floyd auch dessen Verproviantierung verhindert hatte, mußte es kapitulieren. Damit waren alle Verhandlungen zu Ende; der Bürgerkrieg hatte begonnen. Der Präsident berief 75 000 Milizen ein; zwar nur eine halbe Maßregel, denn noch hatte man keine



Ahnung von der Größe des bevorstehenden Kampfes, dennoch genügte die Proklamatio und die Schnelligkeit, mit der ihr entsprochen wurde, um den Süden aus der Täuschung zu reißen, als ob der Norden keinen Widerstand leisten werde. In den Borderstaaten erregte die angekündigte Absicht der Bundesregierung, die Abgefallenen mit Gewalt zur Botmäßigkeit zurückzuführen, eine zweite Sezessionsbewegung, die Virginien, wo sich deshalb im folgenden Jahre das treubleibende Westvirginien von Ostvirginien trennte, ferner Arkansas



Jefferson Davis.

und Tennessee ergriff. Richmond wurde zum Regierungssitz der südlichen Konföderation bestimmt. Das Dringendste war, Washington gegen einen Handstreich zu decken. Denn für den Augenblick war es fast schutzlos. Im Landheere nahmen die Offiziere duzendweise ihren Abschied und traten in die Südmarmee ein; ebenso legten in dem Marindepot zu Gosport, dem größten der Union, fast sämtliche Offiziere ihre Stellen nieder und gingen samt den Arbeitern davon; wer wollte, holte sich nun Waffen, und als man die dort liegenden Kriegsschiffe weg und in Sicherheit bringen wollte, fand sich, daß sie sämtlich angebohrt und in sinkendem Zustande waren, daher nichts übrig blieb, als sie und alle Vorräte, zehn Millionen Dollars im Werte, den Flammen zu über-

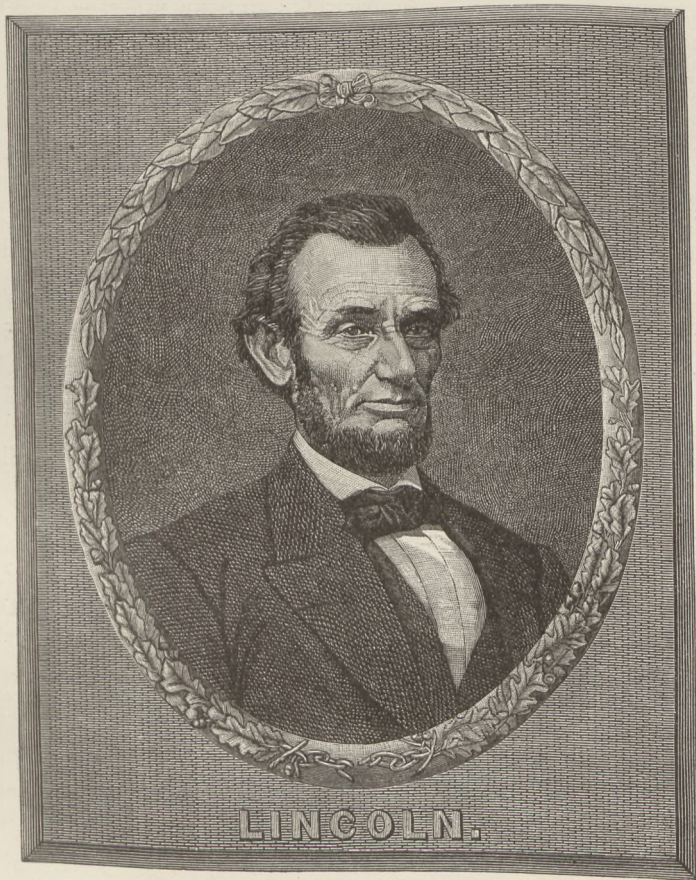
geben. Dasfelbe Schickfal hatten das Arsenal und die Waffenfabrik zu Harpers Ferry. Selbst die geflüchteten Ingenieure und Lokomotivführer mußten aus dem Norden ersetzt werden. Unter so gefährlichen Umständen wagte Lincoln nur ganz behutsam vorzugehen, um die Schwankenden nicht noch mehr zu reizen. Die Regierung beschränkte sich darauf, außer den Dreimonatsmilizen 42 000 Freiwillige mit dreijähriger Dienstzeit zu werben, die reguläre Armee auf 25 000 Mann mit fünfjähriger Dienstzeit zu verstärken und der gänzlichen Leere des Staatschatzes durch Ausgabe von Papiergeld abzuhelfen. Zum Glück hielt der energische Butler die Marylander im Zaume und Baltimore besetzt; auch kühlte sich hier die Begeisterung ab, so daß Maryland und Delaware der Union treu blieben.

Denn nur zu bald wurde es klar, daß der Süden, statt das verheißene Baumwollenparadies zu sein, dessen freier Bewohner, vom Schöpfungsfluche erlöst, sein Brot mit dem Schweiß von eines anderen Stirn gewänne, ein ungeheueres verschanztes Lager geworden war, wo ein eiserner Despotismus augenblicklichen Gehorsam gegen die Befehle eines militärischen Vorgesetzten erzwang. Wesentlich dieser straffen, einheitlich despotischen Leitung, verbunden mit der Gewöhnung des Volkes, sich von den Oligarchen befehlen zu lassen, sowie der künstlich erzeugten und erhaltenen Kriegsstimmung verdankte es der Süden, daß er sich gegen die weit überlegenen Hilfsmittel des Nordens so lange zu behaupten vermochte. Hatte er doch dessen 21 317 459 Köpfe zählender weißer Bevölkerung nur  $5\frac{1}{2}$  Millionen entgegenzustellen! Nur in der ersten Zeit war die Überlegenheit auf seiner Seite. Er hatte den großen Vorteil voraus, daß seine Bevölkerung eine viel homogenere war, als die durch Einwanderung mit fremden Elementen durchsetzte des Nordens, in denen der Prozeß der Amerikanisierung teilweise erst begonnen hatte. Auch lieferten die Großstädte des letzteren kein gutes Truppenmaterial, besseres die Farmer Neuenglands, die Waldfäller und Jäger des Westens, aber auf die Ausbildung der Rekruten konnte wenig Zeit verwendet werden und durch das veränderte Klima litten die Nördlichen weit mehr als ihre Gegner. Weit überragte anfangs das Offizierskorps des Südens, treffliche Reiter und Jäger, ans Befehlen gewöhnt, das des Nordens, zum guten Teil geradewegs aus Kontor und Schreibstube kommende Industrielle oder Advokaten. Daher auch das Übergewicht des Südens an militärischen Talenten ganz auffallend war. Nichts bekam dieser mit Sklavenaufständen zu schaffen. Die Neger legten Verschanzungen an, bauten Eisenbahnen, fuhren den Train so unterwürfig, wie sie vorher Baumwolle gebaut hatten, und ermöglichten dadurch den Konföderierten, verhältnismäßig größere Heere ins Feld zu stellen als der Norden, der Zehntausende von Soldaten zu diesen Arbeiten verwenden mußte.

Der zum weitaus größten Teile auf die Sklavenstaaten fallende Schauplatz, einer der ausgedehntesten, auf denen je ein Krieg geführt worden ist, wird im Süden und Osten durch die Küste, im Norden ungefähr durch den 40. Parallelkreis oder eine Linie von Philadelphia bis zur Südostecke von Iowa begrenzt;



seine Westgrenze läuft von da bis zur Mündung des Rio Grande; ein Flächenraum, der durch das Alleghaniegebirge in zwei Bodenabschnitte, das atlantische Gebiet und das des Mississippi, zerlegt wird. Große Schwierigkeiten bereiteten der Kriegführung auf diesem Raume die sehr dünne Bevölkerung, die unge-



Nach dem Stiche von Gugler; Originalgemälde von Litlefield.

henern Entfernungen und die Unwegsamkeit, daher bei der Unmöglichkeit, die Verpflegung auf dem Wege der Requisition zu beschaffen, die Flüsse und die wenigen Eisenbahnlinien die einzigen Lebensadern der operierenden Armeen waren. Im übrigen war die Kriegführung in der ersten Zeit rein dilettantisch; daß es eine Kunst der Strategie gebe, diese Einsicht wurde erst durch schweres Lehrgeld erlangt.

Zu Washington schrie alles „nach Richmond!“ Auch die Regierung

drang auf den Vormarsch dahin, denn da der Dreimonatstermin vieler Mannschaften Ende Juli abließ, wollte sie das viele Geld für den Sold nicht nutzlos ausgegeben haben. Allein der greise Obergeneral Scott, wohl wissend, daß dieser Haufe kaum eingekleideter und mangelhaft bewaffneter Soldaten keine wirkliche Armee sei, erklärte ihn erst dann für thöulich, wenn die Ausbildung der in großen Feldlagern zu konzentrierenden Truppen genügend vorgeschritten sei; aber die Ansicht der Ungeduldigen drang durch und General Mac Dowell sah sich genötigt, den Feldzug mit einer Armee ohne Organisation, ohne Generalstab, ohne geregeltes Verpflegungswesen, selbst ohne richtige Artillerie und Train zu beginnen. Bei dem wichtigen Bahnknotenpunkt Manassas Junction am Bull Run stieß er 21. Juli 1861 auf die Konföderierten unter „Stonewall“ Jackson und Beauregard und erlitt durch die rechtzeitige Ankunft Jacksons, der ihn im Rücken faßte, eine vollständige Niederlage. Sein ganzes Heer lief bis auf wenige Regimenter, unter diesen Blenkers meist aus Deutschen bestehende Brigade, auseinander; man erwartete in Washington jeden Augenblick die Sieger einziehen zu sehen; aber diese hatte der Sieg nicht viel weniger mitgenommen, als jene die Niederlage. Er hatte außerdem den Nachteil, daß er sie berauschte, zur Überschätzung der eigenen Kräfte und zum Nachlassen in den Anstrengungen verleitete. Für den Norden dagegen wurde die Niederlage zum Heil. Nach Überwindung der ersten Betäubung zog man daraus die harte aber notwendige Lehre, daß der Krieg sich so, wie man sichs gedacht, nicht führen lasse, der Bahn, daß die Abtrünnigen mit leichter Mühe und in kürzester Frist zum Gehorsam zurückgeführt werden könnten, war dahin und die Scham spornte zu kräftigeren Anstrengungen. Der Kongreß ging mit anfeuerndem Beispiel voran. Um dem Abfall der Grenzstaaten vorzubeugen, erließ er auf Antrag des Senators Crittenden die Erklärung: die Absicht des Nordens sei nicht zu unterjochen oder zu unterdrücken und die Rechte und Einrichtungen der Staaten zu ändern, sondern nur, die Verfassung aufrecht zu erhalten und die Union zu retten. Statt der von der Regierung geforderten 400 000 Mann und 400 Millionen Dollars bewilligte er 500 000 und 500. In den Arsenalen wurde mit fieberhafter Thätigkeit gearbeitet, die ganze Industrie des Nordens legte sich auf die Herstellung von Kriegsbedarf, auch in Europa wurden Waffen aufgekauft.

An Scotts Stelle wurde Mac Clellan, der durch einen kurzen aber rühmlichen Feldzug in Westvirginien die Augen auf sich gelenkt hatte, mit dem Oberbefehl betraut. Unterstützt von dem energischen Kriegssekretär Stanton, mußte er damit beginnen, aus den Trümmern des alten Herres und den neuankommenden Mannschaften ein neues Heer zu bilden, eine Aufgabe von ungeheurer Schwierigkeit in dem Lande der demokratischen Freiheit, wo der Sinn für militärische Subordination sehr schwach, desto stärker das Dreinreden der Politiker entwickelt war, von denen noch dazu manche mit dem Süden sympathisierten. Dadurch, daß Mac Clellan sich dieser Aufgabe mit Eifer und Geduld unterzog, hat er die Erfolge seiner Nachfolger vorbereitet. Die





Mac Gillan.

Nach dem Gemälde von Monzo Chappel.

Potomacarmee wurde mit allem Nötigen ausgerüstet. Beispiellos war die Schnelligkeit, mit der eine neue Kriegsflotte geschaffen wurde, was nur dadurch möglich war, daß im Gegensatz zu ihren Offizieren die gewöhnlichen Seeleute



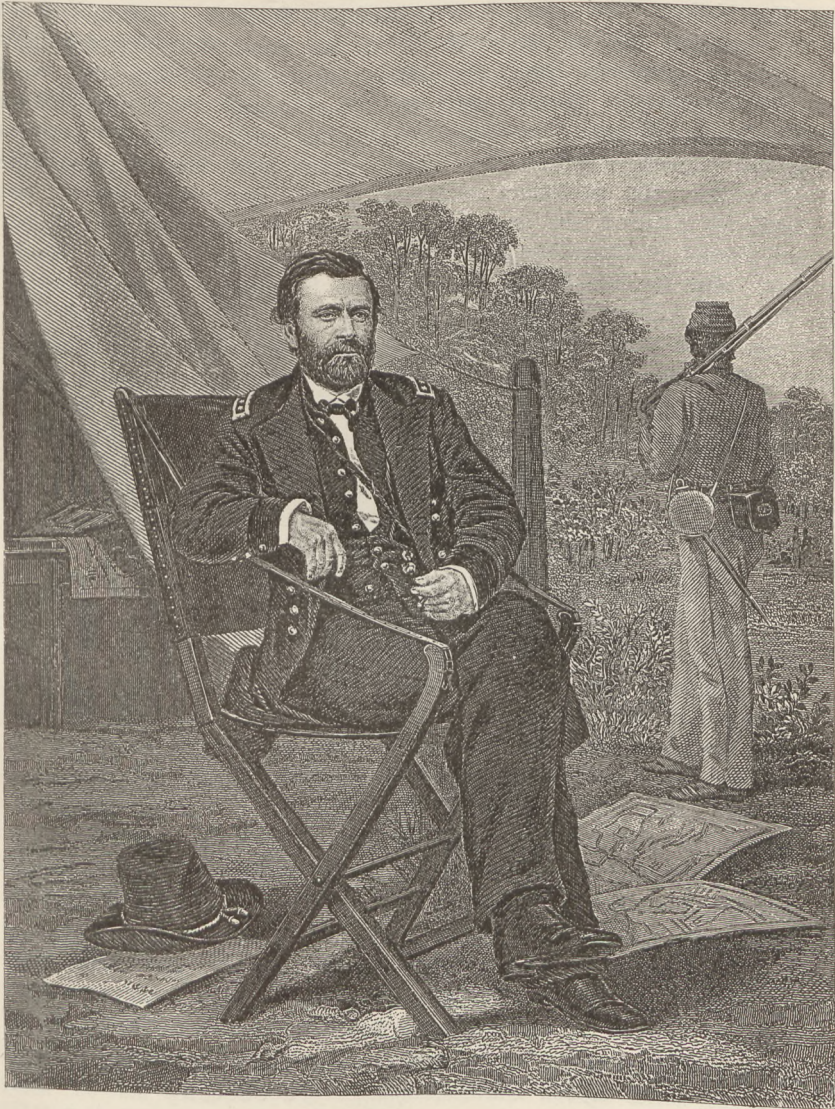
mit ganz wenigen Ausnahmen der nationalen Flagge treu geblieben waren. Der Flotte gebührt auch ein ganz wesentliches Verdienst an der Niederwerfung der Sezession. Sie hatte außer der unmittelbaren Teilnahme an den Operationen nicht nur den Transportdienst zu versehen, sondern auch die über den Süden verhängte Blockade auf der ungeheuren Linie von der Mündung des Potomac bis zu der des Rio Grande in Ausführung zu bringen. Die Beschießung und Einnahme von Beaufort an der Küste von Südkarolina durch Commodore Dupont war der erste bedeutendere Erfolg, den der Norden erfocht. Auch auf dem Mississippi wurde eine ansehnliche Flotte errichtet.



Zu Lande nahm der Krieg zuerst auf dem westlichen Schauplatze eine für den Norden günstigere Wendung. In dem durch seine Lage besonders wichtigen Kentucky war der Konföderiertengeneral Polk, der den Talar eines Bischofs der Episkopalkirche von Louisiana mit dem Waffenrock vertauscht hatte, eingerückt und hatte durch Besetzung von Columbus den Mississippi in seinem ganzen Laufe von da bis zur Mündung für den Norden gesperrt. Hier trat ihm aber Grant gegenüber, von den Unionsgeneralen der erste, der wirkliche militärische Fähigkeiten bekundete. Immer begierig, wenn irgend möglich, die Offensive zu ergreifen und hart am Feinde zu bleiben, fuhr er den Strom hinab, griff die Südliehen in ihrem Lager bei Belmont, Columbus gegenüber, den 7. November 1861 an und schlug sie. Nun aber zerstreuten sich seine disziplinosen Truppen, so daß Polk ihn umzingeln konnte, und Grant wußte sich nicht anders zu helfen, als daß er das erbeutete Lager in Brand steckte. Das wirkte und er durchbrach die Feinde. Seitdem besserte sich die Zucht in



seinem Heere. Durch General Thomas, der den Angriff der Südlischen bei Mill Spring, Januar 1862, blutig abwies, in seiner linken Flanke gesichert,



U. S. Grant. Nach dem Gemälde von Raft.

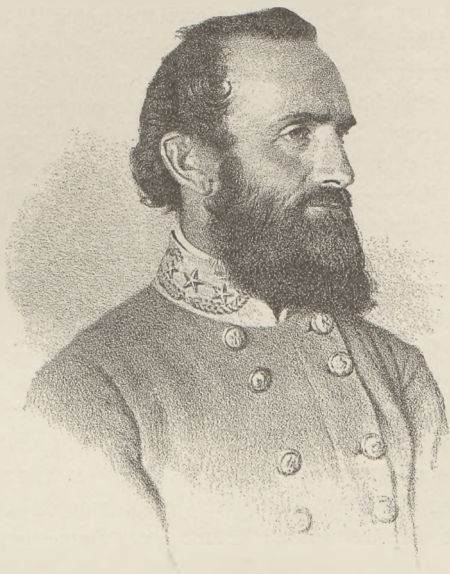
nahm er die Forts Henry und Donelson. Dieser Verlust war für die Konföderierten sehr empfindlich. Zu schwach, um Nashville länger zu behaupten,

sah sich Johnston genötigt, auf die Linie Memphis-Korinth zurückzuweichen; die militärische Oberleitung des Nordens dagegen, die mehr und mehr auf General Halleck überging, durfte nunmehr die weitere Befreiung des Stromes ins Auge fassen. Dies gelang auch, zunächst bis Vicksburg, nachdem General Pope die stark befestigte Flußinsel Nr. 10 bei Neumadrid sowie Memphis zur Übergabe gezwungen hatte. Der Süden konnte den Mississippi nicht mehr als Verpflegungsbasis benutzen. Um den Gegner ganz davon abzudrängen, besetzte Grant Pittsburg-Landing. Buell war mit 40 000 Mann unterwegs, um zu ihm zu stoßen; aber bevor er heran war, überfielen jenen die Konföderierten, wie gewöhnlich durch ihre Rundschafter trefflich bedient, am 6. April bei Shiloh und zwangen ihn in einem der blutigsten Kämpfe des ganzen Krieges zurückzuweichen. Schlimmeres verhütete Sherman's Standhaftigkeit, aber die Schlacht war verloren. Am folgenden Tage wandte sich das Glück. Nach Buells Eintreffen ging Grant zum Angriff über und trieb den Feind zurück, der hierbei den General Alb. Sidney Johnston verlor. Der ganze Feldzug war ein vollständiger Erfolg der nationalen Sache. Die Durchbrechung der Verteidigungslinien der Konföderierten, der Fall der mächtigen Blockadewerke des Mississippi, die Öffnung des Stromes bis Memphis hinunter, die Besetzung von Nashville und die Durchstoßung der Memphis-Charleston-Bahn, alle diese Resultate wurden vervollständigt durch die Einnahme von Korinth, das für die Südlichen deshalb von besonderer Wichtigkeit war, weil es ihre Verbindung mit den Staaten jenseit des Mississippi, Louisiana, Texas, Arkansas, vermittelte, von wo sie Rekruten, Pferde und Schlachtvieh bezogen. Der ganze Südwesten war den Konföderierten entzogen. Es handelte sich nun darum, die Öffnung des Stromes noch weiter zu erzwingen; aber die furchtbare Energie der Richmonder Regierung gebot dieser Operation für diesmal noch Halt. Eine unerbittliche Aushebung füllte nicht nur die gelichteten Reihen wieder, sondern erhöhte sogar die Stärke des Heeres bedeutend. Bragg, der an die Stelle des in Ungnade gefallenen Beauregard getreten war, kam seinem Gegner in der Besetzung von Chattanooga zuvor. Von dort sollte er in Kentucky eindringen und während im Westen Lee das Nämliche in Maryland thun würde, den Vormarsch auf Washington suchen. Die Gefahr bewog die Unionsregierung, Halleck vom westlichen Schauplatz abzurufen und ihm die Sicherung der Hauptstadt zu übertragen, so daß die Leitung auf jenem Grant zufiel. Der kühne Plan kam jedoch nicht zum Ziele. Dadurch, daß Buell Louisville vor Bragg erreichte, wurde er vereitelt. Dieser kämpfte zwar am 8. Oktober 1862 bei Perryville mit Glück, sein Feldzug schrumpfte aber doch zu einem großen Ranbzuge zusammen. Auf dem Rückzuge wurde er von Buells Nachfolger Rosenkranz am 31. Dezember bei Murfreesborough angegriffen und nach einem von beiden Seiten mit grimmigem Mut geführten Kampfe zum Weichen gezwungen. Die Tage des Davonlaufens wie am Bull Run waren vorüber.

Bei weitem weniger hoffnungsvoll stand es im Osten. Der Winter von



1861—62 war für die Hauptstadt ein trauriger. Die Baltimore=Ohioabahn war auf einer Seite gebrochen, der Potomac von den Batterien der Konföderierten gesperrt, deren Flagge in Sicht des Kapitols wehte. Zwar war die Potomacarmee, dank der aufgewandten Energie, drei Monate nach der Schlacht am Bull Run der ihr gegenüberstehenden an Zahl bedeutend überlegen, aber trotz der Ungeduld der Regierung und der öffentlichen Stimme, welche stürmisch die Einnahme von Richmond forderte, blieb Mac Clellan unbeweglich zwischen Washington und Alexandria stehen. Wohl nicht bloß militärische, sondern auch politische Motive waren es, die ihn in Unthätigkeit



Stonewall Jackson.

hielten; denn Mac Clellan gehörte zu derjenigen Fraktion der Demokraten, die eine friedliche Lösung wünschte. Am 11. März 1862 wurde er der Stellung als Obergeneral enthoben und auf den Befehl der Potomacarmee beschränkt. Mit dieser schiffte er sich endlich ein, um auf der Halbinsel zwischen dem York- und Jamesfluß den Feldzug zu beginnen. Bei Fair Oaks am Chickahominy, westlich von Richmond, wurden die Konföderierten unter Lee, der an die Stelle des schwerverwundeten Jos. Johnston getreten war, geschlagen, aber statt den Sieg energisch auszunutzen, verfiel Mac Clellan sofort wieder in die frühere Unthätigkeit. Der Reitergeneral Stuart, einer der schneidigsten Führer der Südlischen, umging ihn und richtete in seinem Rücken arge Verwirrung an. Noch weit gefährlicher wurde ihm Stonewall Jackson, trotz seiner grotesken Erscheinung der von den Seinen vergötterte Feldherr, ohne

den vielleicht Richmond doch noch gefallen wäre. Unterstützt von dem freiwilligen Kundschafterdienste des Landvolks und der Minderwertigkeit der nördlichen Reiterei, löste er die Aufgabe, im Shenandoathale mit 15 000 Mann 80 000 der Feinde festzuhalten. Durch siebentägige, als Schlacht bei Richmond benannte Kämpfe, vom 26. Juli an, wurde Mac Oellan zum Rückzug gezwungen.

Dieser klägliche Ausgang des Halbinselfeldzugs zeigte die Notwendigkeit, den Oberbefehl wieder in eine Hand zu legen; denn bei dem unmittelbaren Eingreifen des Präsidenten war auch nichts herausgekommen. Nur war die Wahl, die auf Halleck fiel, keine glückliche. Es wurde die Abberufung der Potomacarmee beschlossen; den Oberbefehl über sie, jetzt Armee von Virginien genannt, erhielt Pope. Aber auch er erreichte nichts. In dem Kampfe am Cedar Run schrieben sich beide Teile den Sieg zu, der taktische Erfolg war jedoch auf Seiten der Konföderierten. Abermals stürmte Stuart in den Rücken des Gegners und bemächtigte sich selbst Popes Hauptquartiers; aus den erbeuteten Papieren erlah Lee, daß diesem Verstärkungen bevorstanden. Er entschloß sich daher rasch zu schlagen. In der dreitägigen zweiten Schlacht am Bull Run, 28.—30. August, wurde Pope aufs Haupt geschlagen. Statt Richmond zu nehmen, sah er sich auf Washington zurückgeworfen. Nachträglich wurde General Porter für das Unglück verantwortlich gemacht und durch ein Kriegsgericht zur Kassation verurteilt; erst 1878 erreichte er eine Revision des Urteils, welche seine völlige Schuldlosigkeit herausstellte. Auch Pope wurde seines Kommandos enthoben und Mac Oellan aufs neue dazu berufen. Aber auch diesmal behielt er es nicht lange, da er den Verlust des wichtigen Übergangspunktes Harpers Ferry nicht hatte verhüten können und in der Schlacht bei Antietam, 17. September, ohne Entscheidung gekämpft hatte. Von den Republikanern bitter gehaßt, erhielt er Burnside zum Nachfolger, einen tapfern Soldaten, dem aber Feldherrngaben abgingen.

Einigen Trost für den üblen Stand der Dinge vor den Thoren der Hauptstadt gewährten die Leistungen der Flotte. Für den Kampf zur See ist dieser Krieg epochemachend geworden. Am 8. März 1862 brach in die Rhyde von Hampton Roads ein Panzerungestüm der Konföderierten, der Merrimac, ein und richtete unter der hölzernen Unionsflotte schwere Verwüstungen an. Aber am folgenden Morgen erschien der Retter, der von Ericson erbaute Monitor, ein nur wenig aus dem Wasser hervorragendes Panzerschiff mit drehbarem Turm. Nach einem heftigen Zweikampf mußte der Merrimac schwer beschädigt die Flucht ergreifen, um nicht mehr zum Vorschein zu kommen. Der Monitor scheiterte zwar bald darauf, aber nach seinem Muster baute der Norden größere und stärkere Turmschiffe. Das war das erste Auftreten der Panzerschiffe.

Einen höchst wichtigen Erfolg trug Kapitän Farragut, von den Landungstruppen unter General Butler unterstützt, durch die Öffnung der Mississippi-mündung davon. Der durch zwei Forts und eine Kette gesperrte Eingang wurde forciert, die Flottille der Konföderierten größtenteils zerstört und am 1. Mai rückte Butler in Neworleans ein, über das er ein



strenges Regiment verhängte. Nun konnte von oben und von unten zugleich operiert werden, um sich zum Herrn des ganzen Stromes zu machen. Bis Ende des Jahres stand ein großer Teil der atlantischen Küste wieder unter der Kontrolle der Union. Die Besitznahme des Archipels von St. Helena öffnete den Unionisten den Weg in den eigentlichen Herd der Sklaverei und schuf den flüchtenden Negern eine neue Zufluchtsstätte. Auf den Inseln



Scene aus der Schlacht vor New-Orleans: Die Korvette „Troquois“ durchbricht die Flotte der Südblichen. (Aus: The Century Magazine.)

wurde sogleich der Baumwollenbau wieder in Gang gebracht und 8000 Neger damit beschäftigt. Denn um die Industrie des Nordens auszuhungern, hatten die Konföderierten selbst ungeheure Vorräte der kostbaren Faser zerstört. Im August 1863 zwang Admiral Farragut Mobile am Golf von Mexiko, einen der Haupthäfen, von denen die Konföderierten die Verbindung mit Europa unterhielten, zur Übergabe.

Je mehr der Krieg sich in die Länge zog, desto mehr mußte das

numerische Übergewicht des Nordens über den Süden zur Geltung kommen. Fehler oder selbst Katastrophen vermochte er daher ungleich leichter zu vermeiden als dieser, der Gefahr lief, an Erschöpfung zu Grunde zu gehen, was auch schließlich in der That eintrat. Sobald die Operationen einen entschiedenen Charakter einnahmen, befand er sich in dem Verhältnis einer belagerten Festung; der Krieg war thatsächlich eine ungeheure Belagerung einer

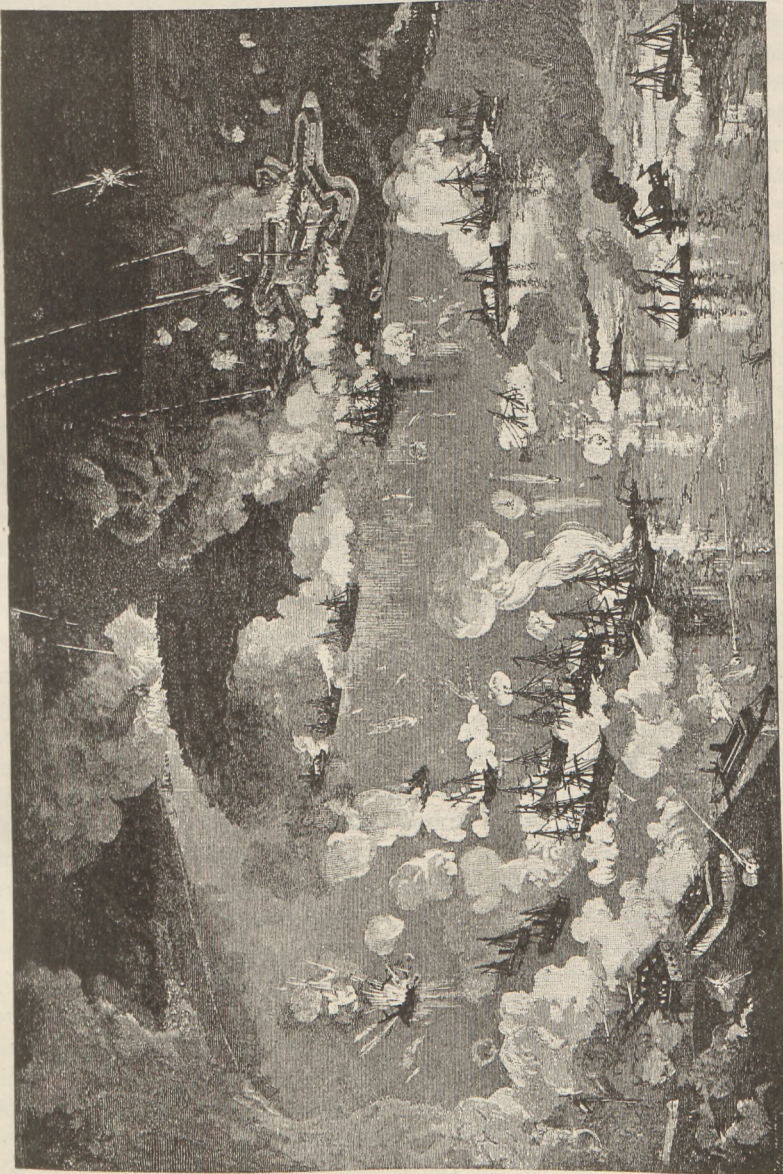


Scene aus der Schlacht vor New Orleans: Das Ver. Staaten-Kriegsschiff „Brooklyn“ im Gefecht mit dem Widder „Manassas“. (Aus: The Century Magazine.)

700 000 englische Quadratmeilen bedeckenden Festung. Nur Entsatz von außen konnte ihn retten, und auf diesen hoffte er auch. Denn die Haltung der europäischen Westmächte zeigte sich für ihn ebenso freundlich wie unfreundlich gegen den Norden. Seit Beginn des Krieges rechnete er, wenn nicht auf ihre Einmischung, so doch auf die Anerkennung als kriegsführende Macht von ihrer Seite. Diese hatte auch Lincoln thatsächlich ausgesprochen, indem er die Blockade über die Häfen der Südstaaten verhäng, denn völkerrechtlich kann kein Staat seine eigenen Häfen blockieren, er hatte es aber dennoch gethan, weil nur ein Blockadebrecher auf offene See verfolgt werden kann. Man



glaubte im Süden, das Interesse beider Mächte an der ungehinderten Ausfuhr von Baumwolle und Tabak werde sie veranlassen, nötigenfalls mit



Scene aus der Schlacht vor New-Orleans: Kapitän Barragut forcirt den Durchgang. (Aus: The Century Magazine.)

Gewalt die Aufhebung der Blockade zu erwirken: Frankreich bezog ein Jahreseinkommen von 38 Millionen Dollars aus seinem Tabaksmopol, in Eng-

land lebten fünf Millionen Menschen in einer oder der anderen Weise von der amerikanischen Baumwolle, und deren Ausfuhr war von 37 730 000 Ballen im Jahre 1860 bis 1862 auf 12 661 gesunken, so daß über die Textilindustriebezirke eine furchtbare Kalamität hereinbrach. Die kaiserliche Presse in Frankreich frohlockte über den unvermeidlichen Zerfall der Union und gehärdete sich als die glühende Verteidigerin der Sezessionisten. In England kam die Eifersucht auf die von Jahr zu Jahr gewaltiger auftretende Konkurrenz des Nordens einerseits, anderseits die Vorliebe für den freihändlerischen Süden hinzu. Russell war sehr geneigt, den Wünschen der Konföderierten zu entsprechen. Es bedeutete eine Drohung gegen die Union, als er, eine neue Lehre in das Völkerrecht einschiebend, der schwachen Regierung von Neugranada, wo eine Revolution ausgebrochen war, die Befugnis absprach, diejenigen Häfen zu schließen, die sich thatsächlich im Besitz der Insurgenten befanden. Am 8. April 1861 kündigte er dem Unterhause an, daß nach der Ansicht der Kronjuristen die Südstaaten als kriegführende Macht anzuerkennen seien, am 13. Mai erging die Neutralitätsproklamation. Der offene Bruch schien unmittelbar bevorzustehen, als am 8. November 1861 die Bundesfregatte *San Jacinto*, Kapitän Wilkes, das britische Paketboot *Trent* auf offenem Meere anhielt und zwei nach London und Paris bestimmte Abgesandte der Konföderierten als Kriegskontrebande arretierte. Es war ein zweifellos ungesetzliches Verfahren, dessen Zulässigkeit die Vereinigten Staaten selbst stets bekämpft hatten. Auf die lauten, durch Kriegsvorbereitungen unterstützten Beschwerden der englischen Regierung wurden zwar die beiden in Freiheit gesetzt, aber die Erbitterung blieb und erhielt in der Union immer neue Nahrung, nicht etwa bloß durch den von englischen Schiffen von den Bahama-Inseln aus in großartigem Maßstabe betriebenen Schmuggel mit Kriegskontrebande nach den südlichen Häfen, sondern ganz besonders dadurch, daß die englische Regierung die Ausrüstung von Kaperschiffen für die Konföderierten in englischen Häfen, taub gegen alle Vorstellungen und Warnungen des amerikanischen Gesandten Adams, duldete. Der berufenste dieser Kreuzer wurde die *Alabama*, die während ihres zweijährigen Lebenslaufes beinahe siebzig amerikanische Schiffe wegnahm, nicht im Kampfe, sondern nur unbewaffnete raubend und zerstörend, bis endlich das Bundesgeschiff *Kearsage* sie auf der Höhe von Cherbourg am 19. Juni 1864 erwischte und ihrem Treiben ein Ende machte. Mit vollem Recht beklagten sich die Vereinigten Staaten, daß dieses Schiff, das nie einen konföderierten Hafen gesehen hatte, auf englischer Werft gebaut, mit englischem Geschütz bewaffnet, unter englischer Flagge segelnd und in englischen Häfen freundliche Aufnahme findend, thatsächlich ein englisches sei, aber Russell lehnte jede Verantwortlichkeit für das, was die konföderierten Kreuzer gethan, ab. Solange die Union alle Hände voll zu thun hatte, begnügte sich Adams, eine Schädensrechnung nach der anderen dem britischen Kabinette vorzulegen; schließlich, nach langen Verhandlungen, mußte England im Jahre 1872 sich demütigen, auf Spruch eines Schiedsgerichts



eine Entschädigung von 15  $\frac{1}{2}$  Millionen Dollars an die Union zu zahlen. Begreiflich, daß unter diesen Umständen der Staatssekretär Seward das Vermittlungsanerbieten des Kaisers Napoleon sehr energisch zurückwies und der Kongreß dies mit der Erklärung gut hieß, jede solche, auch wenn wohlgemeinte Einmischung sei als eine Unfreundlichkeit gegen die Union zu behandeln.

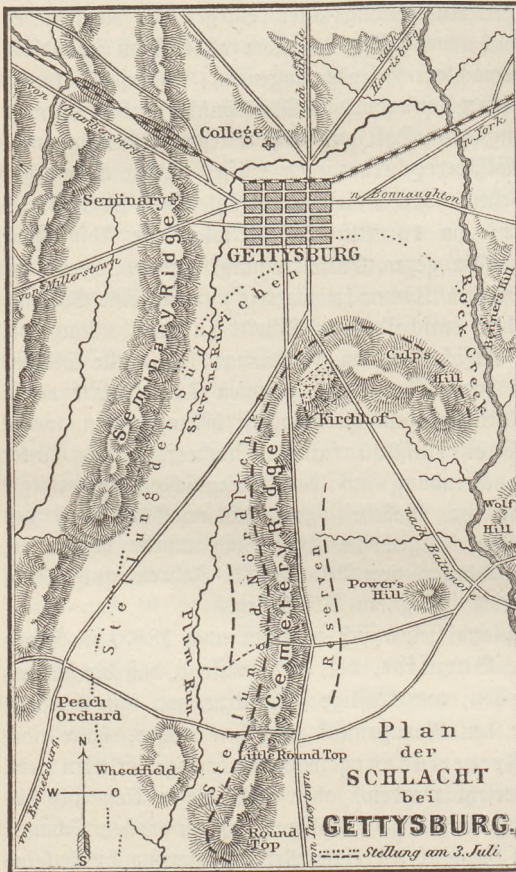
Von der zunehmenden Erbitterung zwischen den Kämpfenden zeugte die von den Konföderierten verfügte Ausweisung aller Bürger der Nordstaaten, die Konfiskation ihres Eigentums, vor allem die über alles Maß schändliche Behandlung der von ihnen gemachten Kriegsgefangenen. Andererseits konnte auch Lincoln seinen anfänglichen konservativen Standpunkt in der Sklavensfrage auf die Dauer nicht behaupten. Daß aus dem Kriege notwendigerweise die gänzliche Abschaffung der Sklaverei hervorgehen müsse, hatten viele schon beim Ausbruch desselben eingesehen. Der Kongreß verfügte, daß jeder kriegsgefangene Sklave frei sein solle; am 16. April 1862 folgte die Abschaffung der Sklaverei im Distrikt Columbia gegen Entschädigung, am 10. Juni das Verbot derselben in den Territorien. Lincoln wartete nur auf eine Schlacht, die keine Niederlage sei, um den entscheidenden Schritt zu thun. Nach der bei Antietam kündigte er seine Absicht an, am 1. Januar 1863 alle Sklaven in den Rebellenstaaten für frei zu erklären; am gesetzten Tage führte er sie aus. Auch der Antrag, die Farbigen zum Heeresdienst heranzuziehen, wurde angenommen; Ende 1864 gab es 130 000 farbige Bundesoldaten. Unter dem Eindrucke der günstigeren Wendung auf dem Kriegsschauplatz erfolgte Lincolns Wiederwahl mit großer Mehrheit gegen Mac Clellan, den Kandidaten der Demokraten. Eine allgemeine Aushebung wurde beschloffen, der sich jeder körperlich fähige Bürger von 20 bis 45 Jahren unterziehen sollte. Nun erst wurde der Krieg völlig ein Volkskrieg.

Auf dem westlichen Schauplatz ließen sich trotzdem auch 1863 die Dinge wenig günstig für die Union an. Burnside, der, wohl wissend, daß die Partei, die ihn statt Mac Clellan erhob, nur kräftige Initiative von ihm erwarte, im Angesicht des Feindes über den Rapahannock zu gehen wagte, hatte noch am 13. Dezember 1862 bei Fredericksburg eine Niederlage erlitten und war deshalb durch Hooker ersetzt worden, aber auch dieser ließ sich am 2. Mai bei Chancellorsville von Jackson schlagen. Zum großen Schmerz der Südliden wurde jedoch ihr General bei einer Rekognoszierung durch seine eigenen Leute aus Mißverständnis tödlich verwundet. In der Meinung, daß die Unionsarmee völlig erschüttert sei, beschloß Lee die Erneuerung des Versuchs, den Norden auf seinem eigenen Boden anzugreifen. Aber wie schwer auch dieser gelitten hatte, schwerer machte sich doch dem Süden seine Verblutung fühlbar. Lee konnte für sein Unternehmen nicht mehr die genügenden Streitkräfte erhalten. Sein Übergang über den Potomac, Juni 1863, verbreitete zwar weithin Schrecken, aber sehr bald kam sein Einbruch zum Stillstand. Lincoln rief 120 000 Milizen zum Schutze der Bundeshauptstadt unter die Waffen; Meade, der auf Hooker gefolgt war, eilte ihm in Gewaltmärschen

nach und in der Schlacht bei Gettysburg — 3. Juli — erlitt Lee Verluste von solcher Schwere, daß der erschöpfte Süden sie nicht zu ersetzen vermochte. Noch schwerere Schläge trafen diesen im Westen. Mehrere Monate waren dort Grants Unternehmungen gegen Vicksburg vergeblich geblieben; erst als es Sherman gelang, jenseit des Stromes Fuß zu fassen, änderte

sich die Lage. Nun verlegte Grant den Angriff auf das andere Ufer, seine Flotte passierte glücklich Vicksburg, in einer Reihe von Gefechten gelang es ihm, seine Gegner Pemberton und Johnston einzeln zu schlagen und ersteren nach Vicksburg hineinzutreiben. Als alles zum Sturme bereit war, ergab sich die Festung samt der Armee, die sich in sie geworfen hatte.

Mit der Schlacht bei Gettysburg und dem Falle von Vicksburg war die Union gerettet. Nunmehr versetzte die Regierung den General, der den Feldzug am Mississippi so glänzend geführt hatte, nach dem Osten, wo die Dinge sich wieder zum Schlimmen gewendet hatten. Wenige Tage nach seinem Eintreffen hatte Grant die Verproviantierungslinie der darbenenden Armee wieder geöffnet, dann erneuerte er den Rosenkranz im Thale



des Chickamauga mißlungenen Versuch, Braggs Armee in seiner Front zu beseitigen. Mit äußerster Eile schaffte er Sherman und dessen Armee herbei und schlug im Augenblicke von dessen Ankunft, am 25. November, die Schlacht bei Chattanooga, die mit der gänzlichen Niederlage Braggs endigte. Ganz Tennessee war damit dem Süden verloren. Den Sieger belohnte die Beförderung zum Generalleutnant, der höchsten militärischen Würde der Union. Während er selbst den Oberbefehl über die Potomacarmee übernahm und den Feind in wechselvollem Ringen in Virginien niederwarf, übertrug er seinem Freunde





Sherman die Leitung im Westen, und dieser war es, der durch den genialsten Zug des ganzen Krieges den Lebensnerv des Südens traf. Die Kriegsmacht des Nordens war jetzt eine andere als die von 1861, der Süden aber hatte sich dermaßen in seine Wut verbissen, daß es nicht genügte, ihn zu schlagen, er mußte vollständig zu Boden getreten und vernichtet werden. Nachdem Sherman auf einem Zuge durch den Staat Mississippi den Bahnknotenpunkt Meridian und 150 Meilen Schienenstränge zerstört hatte, begann er seine Vormwärtsbewegungen gegen Atlanta. Da Johnston, Braggs Nachfolger, sich aus einer Stellung in die andere drängen ließ, so geschah ihm, wie jedem Feldherrn dieses Krieges, dem das Glück nicht wohlwollte: er wurde abberufen und durch Hood ersetzt; aber auch dieser hielt nicht Stand, denn der Kern der Südheere stand unter Lee in Virginien. Nach hartnäckiger Verteidigung räumte er am 1. September die Stadt. Zur Beobachtung Hoods ließ Sherman Thomas und Schofield zurück, er selbst trat, alles vernichtend, mit 55 000 Mann quer durch Georgien den Marsch nach der Küste an. In 25 Tagen 290 englische Meilen zurücklegend, erschien er am 11. Dezember plötzlich vor Savannah und reichte hier der Flotte die Hand. Am 13. wurde Fort Miffler erstürmt, worauf der Feind die Stadt räumte, zu derselben Zeit, wo Hood bei Nashville, 16. Dezember, fast bis zur gänzlichen Auflösung seines Heeres geschlagen wurde. Sobald Shermans Truppen sich von den letzten Strapazen ausreichend erholt hatten, trat er am 18. Januar 1865 einen neuen Zug durch beide Carolinas an, um Charleston von den Heeren und der Regierung der Konföderation abzuschneiden und Südcarolina, gegen das sich in der ganzen Union eine furchtbare Erbitterung angesammelt hatte, zu züchtigen. Feuerssäulen bezeichneten meilenweit den Weg seines Heeres, die Hauptstadt des Staates, Columbia, ging in Flammen auf. Charleston fand Sherman in Trümmern, da der Kommandant Harber selbst viele öffentliche Gebäude in die Luft gesprengt oder angezündet hatte.

Grants ganzer Plan beruhte darauf, unter Benützung seiner numerischen Überlegenheit Johnston in Georgien und Lee in Virginien gleichzeitig anzugreifen und beide dadurch der Möglichkeit gegenseitiger Unterstützung zu berauben. Er war aber nahe daran, die im Westen geeenteten Vorbeeren gegen einen ihm als Strateg so weit überlegenen Gegner, wie Lee war, wieder zu verlieren. Am 4. Mai begann Grant seine Angriffsbewegungen, aber Lee kam ihm zuvor. Hieraus entspann sich eine Reihe mörderischer Gefechte, die nach ihrem Schauplatz, weitausgedehnten tabaksmüden Ländereien mit Buschholz und zwischenliegenden Lichtungen, die in der Wildnis genannt werden. Hier verloren die Konföderierten ihren Reitergeneral Stuart. Eine zweite Schlacht bei Cold Harbor am Chickahominy kostete Grant große Opfer und entschied nichts. Vergebens versuchte er Petersburg zu nehmen; schließlich gelang es ihm wenigstens, das Operationsfeld seines Gegners stark einzuzengen. Die Entscheidung des ganzen Krieges lag jetzt, nachdem der Westen



Head Quarters, Army in the Field  
Camps Near Fort Stanton, February 16<sup>th</sup> 1862.

Sir: Yours of this date, proposing Amistice and appointment of  
Commissioners to settle terms of Capitulation, is just received. No  
terms except unconditional and immediate surrender can be  
accepted. I propose to move immediately upon your works

I am very respectfully, your obedient servant

*H. H. Hunt*

Brigadier General, Commanding

General A. A. Buckner,  
Confederate Army.

Copied by Mrs. Ulster 29<sup>th</sup> 1884.  
A. A. G.

von den Südliden gesäubert worden, mit Wilmington ihr letzter atlantischer Hafen nach heldenmütigem Widerstande gefallen war, vor Petersburg und Richmond. Das Ende nahte heran, der Geist der konföderierten Truppen war gebrochen. Nachdem Sheridan die wichtigen Werke von Five Forks genommen, war Richmond nicht mehr zu halten; auch hier wurde ein großer Teil der Stadt von den Südliden selbst in die Luft gesprengt. Lee suchte zu Johnston zu entkommen, wurde aber von Sheridan ereilt und mußte



R. E. Lee.

am 9. April mit 27 000 Mann kapitulieren. Wenige Tage darauf ergab sich die letzte größere Armee der Konföderierten, die unter Johnston, an Sherman. Die von diesem zugestandenen Bedingungen wurden aber von der Regierung verworfen und strengere auferlegt.

Während der Zusammenkunft der beiden Heerführer traf das Telegramm von Lincolns Ermordung ein. Ein Bruder des berühmten Schauspielers Booth hatte ihn im Washingtoner Theater unter dem Rufe: Sie semper tyrannis erschossen, während ein Mitschuldiger den Staatssekretär Seward und dessen Sohn schwer verwundete. Auch Vizepräsident Andr. Johnson,



Stanton, Grant u. a. waren dem Tode bestimmt. Es war eine Verschwörung, um die Häupter der siegreichen Regierung sämtlich zu vertilgen. Die Mörder



General P. S. Sheridan.

entfamen, aber man spürte sie auf, und wer von ihnen nicht erschossen wurde, endete am Galgen.

Der Krieg war zu Ende und das Hauptziel, um das er geführt worden, erreicht. Am 31. Januar 1865 hatte der Kongreß die Bill wegen gänzlicher Abschaffung der Sklaverei angenommen und die Einheit der Union war gerettet. Auch die schweren Wunden, die der Krieg dem Wohlstande des Landes geschlagen, heilten in staunenswerth kurzer Zeit. Die von 90  $\frac{1}{2}$  auf 2800 Millionen Dollars gestiegene Staatsschuld konnte in wenigen Jahrzehnten abbezahlt werden, wozu nicht zum wenigsten die Auffindung der reichsten Silberlager der Welt auf dem Ostabhange der Sierra Nevada, zuerst im Washoedistrikt, beitrug. Die großartige Entwicklung des Eisenbahnbaues, die Vollenbung der ersten Pacificbahn im Jahre 1869, der dann bis 1883 drei weitere folgten, erschloß dem Ackerbau immer neue Gegenden, die Bevölkerungsziffer stieg von Jahr zu Jahr. Die Baumwollenproduktion hob sich höher als je zuvor, nur daß ihr Centrum weiter nach Westen rückte. Für andere innere Schäden jedoch hatte der Krieg keine Heilmittel abgegeben. Über die brennendste von allen Fragen, die wegen Wiederzulassung und Neugestaltung der Sonderbundsstaaten, sowie wegen der künftigen Stellung der Neger kam es zwischen dem nunmehrigen Präsidenten Johnson und dem Kongreß zu heftigem Konflikt, schließlich zu förmlichem Bruch, indem das Repräsentantenhaus Februar 1868 Anklage gegen ersteren beim Senat erhob; an der zu seiner Verurteilung erforderlichen Zweidrittelmehrheit fehlte nur eine Stimme. Bei der nächsten Wahl führte eine ungeheure republikanische Mehrheit Grant in das Weiße Haus zu Washington (1869—77). Dieser Mann hatte sich als Heerführer unstreitige Verdienste um sein Vaterland erworben, seine Präsidentschaft aber bezeichnet die Zeit, wo die Korruption in allen Zweigen der Verwaltung ihren Höhepunkt erreichte und den Charakter einer, wie es schien, unheilbaren Krankheit des amerikanischen Staatswesens annahm. Eine Erweiterung hatte das Unionsgebiet im Jahre 1867 durch den Ankauf des russischen Nordamerikas, nunmehrigen Territoriums Alaska, für den Preis von 7  $\frac{1}{5}$  Millionen Dollars erfahren, wogegen der der drei dänischen Antillen St. Thomas, St. Croix und St. Jean durch den Widerspruch des Senats rückgängig wurde.

Der Hauptgrund, warum Kaiser Napoleon auf den Zerfall der Union rechnete, war der, daß dieser Augenblick der günstigste schien, um den „Prestige“ Frankreichs auch jenseit des Ozeans, bei den Völkern lateinischer Rasse in Zentralamerika zur Geltung zu bringen, ohne dabei eine Störung von seiten der eifersüchtigen Republik befahren zu müssen. Er schickte seinen Better Jerome, um sich an Ort und Stelle über die Aussichten des Sezessionskrieges zu unterrichten; obgleich der Prinz die Überzeugung gewann, daß der Trennungsversuch des Südens fehlschlagen werde, hielt er doch an der entgegengesetzten fest. Auch schienen die Zustände in Mexiko dazu ganz besonders einzuladen. Dieses von der Natur zu einem Paradies ge-





Kaiser Napoleon III. von Frankreich.  
Nach der Lithographie von A. Collette.



schaffene Land war nach wie vor der Schauplatz wüster Bürgerkriege, in denen eine Partei die andere, ein Präsident den andern im Geschäft der Plünderung ablöste, das liberale oder klerikale Programm im Grunde nur als Ausschüßschild für selbststüchtige Leidenschaften diente. Nachdem Santa Anna im August 1855 abermals und diesmal auf Nimmerwiederkehr vertrieben worden, war Almonte Präsident geworden, jedoch nur, um nach wenigen Monaten von Comonfort gestürzt zu werden. Aber auch diesem wurde, sowie er die den Liberalen verheißenen Zugeständnisse zu verwirklichen begann, dem Klerus den Besitz von Grundeigentum verbot, Gewissensfreiheit proklamierte und die Jesuiten auswies, von den Klerikalen das gleiche Schicksal bereitet und statt seiner Zuloaga erhoben, der jedoch nie allgemeine Anerkennung fand. Vielmehr erkannte der Kongreß, der sich nach Guanajuato zurückgezogen hatte, den Benito Suarez, einen Halbblutindianer, als rechtmäßigen Präsidenten an. Von neuem brach der Bürgerkrieg aus, ein Teil der Klerikalen fiel von Zuloaga ab und rief den Guerillaführer Miramon aus, aber ohne sich weder an den einen noch an den andern zu kehren, fuhr Suarez, der seinen Sitz in Veracruz aufgeschlagen hatte, in dem Werke der liberalen Reform fort, unterdrückte die tote Hand, verminderte die Klöster, führte Zivilehe und Pressfreiheit ein und organisierte die Rechtspflege. Von den 24 Bundesstaaten der Republik erkannten 21 seine Autorität an, und als auch das letzte Heer, welches Miramon mit den ihm auf Befehl des Erzbischofs von Mexiko ausgelieferten Kostbarkeiten der Kirchen ausgerüstet hatte, bei Calpulalpan am 22. Dezember 1860 geschlagen worden war, zog er in die Hauptstadt ein, wurde nun im ganzen Lande anerkannt und ließ sich am 1. Juli 1861 vom Kongreß mit der Diktatur bekleiden.

Außer an den Klerikalen hatte jedoch die siegreiche Partei auch noch an den Monarchisten, welche seit Sturbides Sturz nie ganz auf Restaurationspläne verzichtet hatten, einen nicht zu verachtenden Gegner. Gutierrez de Estrada und etliche seiner Freunde durchliefen die europäischen Höfe, um dort die Wiedergeburt der Monarchie in Mexiko zu predigen; nirgend mit viel Erfolg, außer bei dem Präsidenten der französischen Republik. Amerika war eine von den Gegenden, nach welchen Ludwig Napoleon seine träumerischen Gedanken am liebsten schweifen ließ; im Gefängnis zu Ham hatte er sich mit der Durchstechung der Landenge von Tehuantepec beschäftigt. Als Kaiser trat er seit seiner Vermählung in noch engere Beziehungen zu den mexikanischen Monarchisten, Eugenie trug viel dazu bei, ihren Gemahl in seiner Phantasie von der Hegemonie Frankreichs über die lateinische Rasse zu bestärken. Der Haß des Caesarismus gegen die Republik, der Ehrgeiz Kronen auszuteilen, das Bedürfnis die Geister zu beschäftigen, dem Ehrgeize der Armee neue Nahrung zu geben, der berückende Zauber der mexikanischen Reichthümer, alles dies vereinigte sich, um die Bemühungen der Kaiserin zu unterstützen. Dennoch hätte es schwerlich hingereicht, den Kaiser in das verhängnisvolle Abenteuer zu stürzen, wenn nicht Moray, immer auf der Suche nach etlichen Millionen und Lüstern



nach den hier winkenden Schätzen, schließlich über seine Bedenken triumphiert hätte. Ein Wuchergeschäft der allerschöndesten Art spielte hierbei mit. Das Bankhaus Jocker & Co. hatte dem Präsidenten Miramon seiner Zeit 750 000 Dollar vorgestreckt und sich dafür Bons im Betrage von 15 Millionen geben lassen, deren Einlösung es nun von Juarez forderte. Als dieser sich dessen weigerte und nur die wirklich vorgestreckte Summe zurückzahlen sich bereit erklärte, kam Jocker nach Paris, um die Unterstützung der kaiserlichen Regierung nachzusuchen; er machte sich an Morny und bald waren beide handelseinig: die Forderungen Jockers, der nachträglich als Franzose naturalisiert



Präsident Benito Juárez.

wurde, sollten von Frankreich vertreten werden, würden sie bezahlt, wollten sie beide halbpact machen. Demgemäß wurde der Vertreter Frankreichs in Mexiko, de Saligny, instruiert.

Juarez selbst schien diesen Plänen in die Hände zu arbeiten. Von den allernötigsten Geldmitteln entblößt, legte er auf die Zolleinnahmen Beschlagnahme, obgleich diese vertragsmäßig zur Bezahlung der auswärtigen Schuld angewiesen waren. Das hatte zur Folge, daß wie Frankreich so auch England den diplomatischen Verkehr mit ihm abbrach. Als dritter gesellte sich diesen Spanien bei, welches nach einem letzten verunglückten Versuche zur Wiedereroberung Mexikos im Jahre 1829 sich zwar in die Anerkennung der abgefallenen Kolonien ergeben hatte, aber unter Commanforts Präsidentschaft ebenfalls mit Mexiko wieder in Streitigkeiten wegen Geldforderungen verwickelt worden war. England wünschte auch die Herbeiziehung der Vereinigten Staaten, allein

Seward lehnte rundweg ab; er that vielmehr den Mächten zu wissen, er habe Suarez seine Unterstützung angeboten, um ihre gerechten Ansprüche zu befriedigen.

Für den Kaiser Napoleon waren jene Geldforderungen doch nur Nebensache und Vorwand; in erster Linie handelte es sich für ihn um die Aufrichtung der Monarchie in Mexiko. Gutierrez und Almonte hatten auf der Suche nach einem Thronkandidaten ihre Augen auf den Erzherzog Maximilian, den Bruder des Kaisers von Oesterreich, geworfen und, da doch von einem französischen Prinzen nicht die Rede sein konnte, billigte Napoleon diese Wahl. Die Erhebung Maximilians auf den mexikanischen Thron konnte die Entschädigung abgeben für die Abtretung Venetiens. Glänzende Eigenschaften empfahlen diesen jetzt 32jährigen Prinzen. Er hatte frühzeitig eine in seiner Familie sonst unbekante Vorliebe für das Seewesen gefaßt und im Jahre 1851 auf der „Novara“ eine Erdumsegelung ausgeführt, dann in der Verwaltung Lombardo-Venetiens Proben seiner Befähigung und seiner liberalen Gesinnung gegeben. Von der Wiener Hofpartei seitdem als Revolutionär, von seiner Familie als Ehrgeiziger beargwöhnt, lebte er in halber Ungnade auf seinem Schloß Miramar an der Adria. Hier erreichten ihn die Versuchungen Napoleons; sie entflamten seine Phantasie und seinen Ehrgeiz. Welcher glänzende Traum für den Enkel der spanischen Habsburger, das Schwert Ferdinands des Katholischen zu schwingen, um die Krone zu ergreifen! Zu seinem Unglück ließ sich seine Gemahlin Charlotte von vornherein in das Komplott ein und wurde die eifrige Verbündete der Verschworenen.

Diesen Plänen, die nur noch ein halbes Geheimnis waren, standen die beiden anderen Mächte ganz fern. Um nicht etwa wider Willen in sie hineingezogen zu werden, umgrenzte Lord Russell in dem am 21. Oktober 1861 zu London unterzeichneten Vertrage den Zweck der gemeinschaftlichen Aktion sehr genau auf den Schutz der Personen und des Eigentums ihrer Unterthanen in Mexiko. Die Kontrahenten verpflichteten sich überdies im voraus, von ihren Streitkräften keinen Gebrauch für andere, als die in diesem Vertrage aufgezählten Zwecke zu machen, sich ihrer daher weder zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Republik noch zur Erreichung irgend welches Sondervorteils zu bedienen; unmittelbar nach der gemeinschaftlichen Besetzung von Veracruz würden die Befehlshaber der verbündeten Streitkräfte die mexikanischen Autoritäten zu Unterhandlungen einladen. Da Spanien schon ein Geschwader mit 5600 Mann in Cuba liegen hatte, so landeten diese zuerst, 8. Dezember 1861, in Veracruz. Diesen Umstand benutzte die französische Regierung sogleich zu der Erklärung, sie sehe sich dadurch genötigt, ihre ursprünglich auf die Zahl von 3000 bestimmten Truppen ebenfalls zu erhöhen. England schickte 1000 Mann. Der Oberbefehl wurde dem spanischen General Prim, Grafen von Reus, übertragen. Groß war aber das Erstaunen des englischen und des spanischen Kommissars, als ihnen Saligny ein an die mexikanische Regierung zu erlassendes Ultimatum vorlegte, welches verschiedene neue, über die ursprünglichen



weit hinausgehende Forderungen, darunter die der vollständigen und unverzüglichen Ausführung des 1859 mit Zoeder geschlossenen Vertrags enthielt. Man beschloß daher, jeder Teil solle seine Forderungen getrennt stellen, nur die gemeinschaftlichen sollten der mexikanischen Regierung in einer Kollektivnote übermittelt werden unter gleichzeitiger Benachrichtigung, daß die Truppen, um sie dem mörderischen Klima zu entziehen, eine Stellung weiter landeinwärts beziehen würden. Letzteres lehnte zwar Suarez vor Feststellung von Friedensbasen ab, lud aber entgegenkommend zu Unterhandlungen ein und diese führten zu den am 19. Februar 1862 von den Generalen Prim und Doblado unterzeichneten Präliminarien von Soledad: es sollten in Orizaba Unterhandlungen eröffnet werden, die verbündeten Truppen die drei Punkte Cordoba, Orizaba und Tehuacan besetzen, diese aber, falls die Verhandlungen vergeblich, wieder räumen.

Am 3. März landeten die angekündigten französischen Verstärkungen unter General Lorencez und in seiner Begleitung Suarez' Todfeind Almonte, der sogleich an seine Landsleute eine Proklamation erließ mit der Aufforderung, sich um ihn zu scharen, um endlich eine mit ihren Bedürfnissen, ihrem Charakter und ihrem Glauben in Einklang befindliche Regierung zu gründen. Daß die mexikanische Regierung die Entfernung dieses Hauptagenten der monarchischen Intrigen verlangte, gab Saligny einen erwünschten Vorwand zu der Weigerung, ferner mit ihr zu unterhandeln. Staunend vernahmen seine Mitkommisssare von ihm die Behauptung, Mexiko schmachte unter einer Schreckensherrschaft ohnegleichen, man müsse unverzüglich nach der Hauptstadt marschieren, staunend lasen sie in der französischen Presse als Ziel der Expedition ganz offen den Sturz Suarez' und die Erhebung des Erzherzogs Maximilian auf den mexikanischen Thron angekündigt. Nicht willens, sich zu Werkzeugen dieser Politik zu machen, erklärten beide dieses Verfahren für eine Verletzung des Londoner Vertrags und der Präliminarien von Soledad und schifften sich mit ihren Truppen wieder ein.

So blieben die Franzosen allein Herren des Feldes. Dem klaren Wortlaute des Vertrags von Soledad zuwider und voll der Einbildung, auch hier würde wie in China eine Handvoll Truppen genügen, trat Lorencez am 27. April den Marsch landeinwärts an, schlug ein kleines mexikanisches Korps unter Porfirio Diaz und besetzte Orizaba, wo sich etwa hundert Leute fanden, die Almonte zum Präsidenten ausriefen. Aber die Freude war von kurzer Dauer. Auf dem Vormarsch gegen Puebla stieß Lorencez auf General Zaragoza und mußte unverrichteter Dinge umkehren. Mangel und Krankheiten begannen sein Korps zu dezimieren. Am Almontes Regierung kummerte sich kein Mensch außer dem Klerus; der von Puebla verweigerte selbst den verwundeten Mexikanern die Absolution, weil sie gegen die Verbündeten der Kirche gekämpft hätten. Suarez aber erließ angesichts dieses ihm mutwillig aufgedrungenen Krieges eine Proklamation, durch die er alle Städte, welche die Franzosen besetzen würden, dem Kriegsgesetz unterwarf; jeder Mexikaner,

der dort bliebe, sollte als Verräter bestraft, sein Vermögen konfisziert werden; alle Mexikaner von 30 bis 60 Jahren wurden zum Kriegsdienst verpflichtet, die Gouverneure der einzelnen Staaten ermächtigt, Guerillas zu bilden.

In offizieller Form sprach Kaiser Napoleon den Zweck der Expedition zum erstenmale in einem unterm 3. Juli 1862 an den Marschall Forey gerichteten offenen Briefe aus, welcher General im September mit neuen beträchtlichen Verstärkungen anlangte. Die Blüte Amerikas, schrieb er, sei zwar für Europa von höchster Wichtigkeit, trotzdem sei es jedoch für Frankreich keineswegs wünschenswert, daß die Vereinigten Staaten sich des ganzen Golfes von Mexiko bemächtigten und von da auch Südamerika beherrschten; es komme vielmehr darauf an, sich ihrer Ausdehnung zu widersetzen, der lateinischen Rasse jenseit des Ozeans ihre Stärke und ihren Einfluß wiederzugeben, und dies werde am erfolgreichsten durch die Begründung einer Monarchie oder doch einer starken Regierung in Mexiko erreicht. Allein diese Theorie machte auf die Mexikaner so wenig Eindruck wie Foreys schönklingende Proklamationen. In Puebla, dessen Belagerung nach langer Säumnis am 18. März 1863 begann, fand er den General Ortega, die Besatzung und die Bevölkerung zum äußersten Widerstande entschlossen. Mangel nötigte endlich Ortega zu unterhandeln; da ihm aber der freie Abzug mit Waffen abgeschlagen wurde, ließ er die Fahnen verbrennen, die Waffen zerbrechen, die Kanonen vernageln, seine Truppen lösten sich auf. Der Fall von Puebla zog den von Mexiko nach sich; Suarez gab es ohne Kampf preis und zog sich nach San Luis de Potosi zurück. In Begleitung von Saligny, Almonte und dem General Marquez hielt der Marschall seinen feierlichen Einzug in die Hauptstadt der Kaziken, angeblich unter unermeslichem Jubel der Bevölkerung. Die Regierung wurde einem aus Almonte, dem Erzbischof Labastida und dem General Salas bestehenden Triumvirate übertragen, welches unverzüglich eine Notabelnversammlung von zweifelhafter Würdigkeit berief, und diese erklärte sich für Errichtung eines Kaisertums und dessen Übertragung auf den Erzherzog Maximilian; sollte dieser nicht annehmen, so vertraue sich die mexikanische Nation dem Wohlwollen des Kaisers an, der einen anderen Prinzen bezeichnen würde. Die nächsten Regierungshandlungen des Triumvirats waren ein Vertrag mit Frankreich wegen Abtretung von Sonora und die Wiederherstellung der Adels-titel. Forey führte ein überaus strenges Regiment ein, unterdrückte alle Zeitungen, sequestrierte alles Eigentum derer, welche die Waffen gegen Frankreich getragen, und erklärte alle Guerillas für außer dem Gesetze. Statt aber die Lage der Franzosen zu verbessern, verschlimmerten die auf Grund dieses Dekrets begangenen Grausamkeiten sie nur und die französische Regierung sah sich dadurch veranlaßt, nicht bloß jenes Dekret zu desavouieren, sondern auch Forey durch Bazaine, den allgemein verhaßten Saligny durch Montholon zu ersetzen.

Zwei Jahre waren schon seit den ersten dem Erzherzog Maximilian gemachten Eröffnungen verfloßen und noch immer nicht war er zu einem Ent-



schluß gekommen; denn die beiden Bedingungen, die er stellte, das Land solle, bevor er sich dahin begeben, vollständig unterworfen sein und die mexikanische Nation solle ihn durch ein regelrechtes Botum auf den Thron berufen, waren von ihrer Erfüllung noch weit entfernt. Um diesen Zögerungen ein Ende zu machen, lud Napoleon ihn und seine Gemahlin nach Paris ein. Dort mit verführerischer Gastfreundschaft aufgenommen, unterzeichnete er ein Abkommen, aber kaum wieder in Miramar, fiel er in die frühere Unschlüssigkeit zurück. Die Hauptursache war, daß der Kaiser Franz Josef seine Einwilligung an den Verzicht seines Bruders auf das Thronfolgerecht in Osterreich knüpfte, den dieser zwar geben, aber durch eine geheime Gegenurkunde unwirksam machen wollte. Zulezt fügte er sich doch. Am 11. April erklärte er sich, trotzdem die Impotenz der Franzosen in Mexiko bereits deutlich sichtbar war, zur Annahme der Kaiserkrone bereit und unterzeichnete einen Vertrag mit Napoleon, kraft welchem dieser Mexiko nach Maßgabe der fortschreitenden Organisation des einheimischen Heeres zu räumen versprach; die 5000 Mann starke Fremdenlegion sollte sechs Jahre dort bleiben, die Kosten der französischen Expedition wurden auf 270 Millionen Fr., die Vergütung für jeden in Mexiko verbleibenden französischen Soldaten auf jährlich 1000 Fr. festgesetzt. Maximilian verpflichtete sich von dieser Schuld jährlich 25 Millionen abzuführen, desgleichen die französischen Unterthanen für die in Mexiko erlittenen Verluste zu entschädigen. In geheimen Artikeln übernahm er außerdem die Verpflichtung, alle Maßregeln Foreys und der Regentenschaft zu bestätigen, Napoleon die, das Expeditionskorps nur ganz allmählich von Jahr zu Jahr zu verringern. Der Erzherzog hatte in London einen Bankier gefunden, der ihm 20 1/2 Millionen Fr. vorstreckte; davon bezahlte er der französischen Regierung 54 Millionen, 12 Millionen als Entschädigung an französische Unterthanen, das Übrige blieb größtenteils an den Händen derjenigen kleben, welche die ganze Intrigue leiteten, er selbst bekam davon so gut wie nichts.

So von allen Geldmitteln entblößt, eingeklemmt zwischen die erkannte Notwendigkeit liberaler Reformen und die Forderungen der Alerikalen, die ihn gerufen hatten, nach Aufhebung der kirchenfeindlichen Gesetze und Rückgabe der eingezogenen Kirchengüter, befand sich Maximilian von vornherein in einer unmöglichen Lage. Er suchte sich ihr durch Unterhandlungen mit Rom zu entwinden und erhielt auch dort die Zusage, daß ein päpstlicher Nuntius mit versöhnlichen Vollmachten ihm bald folgen solle. Am 28. Mai 1864 landete er in San Juan d'Ulloa; aber kein freudiger Gruß empfing ihn. Das war die erste in einer Reihe bitterer Enttäuschungen. Er ließ es nicht an Eifer und gutem Willen fehlen, das Werk der Regeneration Mexikos auszuführen, aber nichts gedieh. Seine bestgemeinten Anordnungen blieben ein toter Buchstabe. Liberale wie Alerikale verabscheuten gleicherweise die habfüchtigen und anmaßenden Franzosen, auf die er sich doch stützen mußte. Die Anschläge an das Kaiserreich waren höchst spärlich, es existierte nur in der Hauptstadt und etlichen Punkten der Nachbarschaft, die von den fremden



Kaiser Maximilian von Mexiko.

Nach der Lithographie von Durand; Originalzeichnung von Saintin



Truppen besetzt waren, aber selbst in dieser Gegend blieb eine ansehnliche Zahl von Städten in der Hand der Liberalen. Von welchem Belang konnten auch 26 000 Mann, in zahlreiche Abteilungen zerstreut, inmitten einer feindlichen Bevölkerung, für die Besitznahme eines so ungeheuren Landes sein! Die Franzosen wagten nicht sich von der Stelle zu rühren, während die republikanischen Truppen in steter Bewegung waren, und die Schreckmittel, hinter denen jene ihre Schwäche verbargen, brachten nur das Maß der Erbitterung gegen sie zum Überschießen. Kaum irgend etwas ist dem Kaiserthron verhängnisvoller geworden, als das Dekret vom 3. Oktober, wonach alle ergriffenen Guerillas, desgleichen jeder, der ihnen Vorschub geleistet, kriegsrechtlich abgeurteilt und, wenn schuldig befunden, binnen 24 Stunden hingerichtet werden sollte. Zu Bazaine, einem Manne von maßloser Habgier, war das Verhältnis des Kaisers das denkbar schlechteste. Er beargwöhnte ihn, und zwar wohl nicht ohne Grund, ehrgeiziger Absichten, machte ihn für die Vernachlässigung des mexikanischen Heeres verantwortlich und verlangte selbst seine Abberufung.

Ein Hauptmittel, auf welches Maximilian zur Befestigung seiner Herrschaft rechnete, war die Einziehung der Kirchengüter. Nach langem vergeblichem Warten traf endlich der Nuntius Meglia ein; aber der von ihm überbrachte Brief des Heiligen Vaters drückte nur dessen Unzufriedenheit mit den den Liberalen gemachten Zugeständnissen aus und verlangte an deren Statt Ausschließung jedes nichtkatholischen Kultus, völlige Freiheit der Bischöfe in Ausübung ihres Amtes, Wiederherstellung der Orden, Leitung des Unterrichts durch die Geistlichkeit und deren Befreiung von jeder Unterordnung unter die Regierung. Von den Kirchengütern keine Silbe. Dieser Wortbruch der Kurie entzog dem wankenden Kaiserthron die eine seiner beiden einzigen Stützen; die andere sollte bald nachfolgen. Der Bardenkrieg dauerte, obgleich Juárez bis an die Nordgrenze zurückgedrängt worden war, unvermindert fort; an eine teilweise Zurückziehung der französischen Truppen war nicht zu denken, Bazaine verlangte vielmehr Verstärkungen. Immer schwerer wurde die Verantwortung, die auf Napoleon für seine Schöpfung lastete. Solange der Bürgerkrieg in den Vereinigten Staaten noch unentschieden war, hatte er die Proteste der Washingtoner Regierung, die einstimmige Erklärung des Repräsentantenhauses gegen die Errichtung einer Monarchie in Mexiko mit unverhohlener Gleichgültigkeit hingenommen. Das änderte sich aber, seitdem sich das Kriegsglück für die Union entschieden hatte. Als Seward im Dezember 1865 in Paris den festen Entschluß ankündigte, keine europäische Intervention auf dem Kontinente Amerikas zu dulden, versprach die kaiserliche Regierung sehr kleinlaut, die Rückkehr ihrer Truppen möglichst zu beschleunigen; aber damit gab sich der Staatssekretär nicht zufrieden, er bestand auf Räumung binnen Jahresfrist; sein Protest bereitete sowohl die Ernennung eines französischen Generals zum Kriegsminister als auch die Einschiffung der in Oesterreich angeworbenen Fremdenlegion.



Kaiserin Charlotte von Mexiko.

Nach der Lithographie von Durand: Originalzeichnung von Saintin.



Napoleon begriff die Nothwendigkeit, sich von dem mexikanischen Abenteuer loszumachen. Er eröffnete sie im Januar 1866 dem Kaiser Maximilian, indem er ihm zugleich einen neuen Vertrag abverlangte, wonach ihm als Ersatz für die unterbliebene Jahreszahlung von 25 Millionen die Hälfte von allen Seezöllen überlassen werden sollte. Als dieser Einwendungen versuchte, erhielt er den trockenen Bescheid: im Fall seiner Weigerung betrachte sich die kaiserliche Regierung von jeder Verpflichtung entbunden und werde Bazaine anweisen, bei der Räumung nur nach militärischen Rücksichten zu verfahren. Verzweifelt eilte die Kaiserin Charlotte nach Paris; sie drang bis zu Napoleon vor, der ihr gern ausgewichen wäre, all ihre Bitten, Thränen, Vorwürfe erreichten nichts; Napoleon erklärte, er könne für ihren Gemahl nichts thun. Ihre letzte Hoffnung stand auf den Papst, daß er die Genehmigung zum Verkauf der Kirchengüter geben werde; aber auch Pius IX. widerstand dem Flehen der unglücklichen Frau, die sich zu seinen Füßen wand. Die Erschütterung brachte die Krankheit zum Ausbruche, die ihren Geist bald vollständig umnachtete.

In Mexiko verschlechterte sich unterdes die Lage immer mehr. Die Quaristen wurden immer kühner, sie nahmen nacheinander Matamoros und Tampico, überall gewannen sie Boden. Die mexikanische Armee schwand zusehends und ging stückweise über. Eine Täuschung über den endlichen Ausgang war nicht mehr möglich. Aber großen Eindruck machte auf Maximilian, was ihm sein Vertrauter Cloin riet. Napoleon, schrieb dieser, wünsche, um sein Verfahren zu beschönigen, daß eine Abdankung der Rückkehr der Franzosen vorausgehe, aber das würde nur als Schwäche ausgelegt werden. Der Kaiser müsse einen Appell an das mexikanische Volk richten. Bleibe dieser vergeblich, dann habe er seine erhabene Mission erfüllt und könne nach Europa zurückkehren mit unvermindertem Ansehen und inmitten der bedeutsamen Ereignisse, die zweifellos eintreten würden, und dann könne er die Rolle spielen, die ihm in jeder Beziehung zustehe. Auf seiner Reise durch Oesterreich habe er eine weitverbreitete Unzufriedenheit konstatieren können; der Kaiser sei eutnütigt, das Volk werde ungeduldig und verlange offen seine Abdankung, die Sympathien für ihn, Maximilian, teilten sich sichtlich dem ganzen Kaiserstaate mit; der Gesundheitszustand Napoleons solle bedenklich sein.

Diesem Rate gemäß handelte Maximilian. Er blieb, „um nicht den Ruhm seiner Ahnen zu trüben.“ In Wahrheit verlor er mehr und mehr den inneren Halt. Um den von Napoleon gesandten General Castelnau, der ihn zur Abdankung bestimmen sollte, nicht sehen zu müssen, begab er sich nach der Hacienda Jalapilla bei Drizaba, krank, müde, der schmerzlichsten Ungewißheit preisgegeben, zwischen Stolz und Ohnmacht hin und her geworfen. Die Vorstellungen seines Beichtvaters Pater Fischer und die Verheißungen der Klerikalen richteten seinen Mut wieder einigermaßen auf. Er berief einen Nationalkongreß, der über die Fortdauer des Kaisertums entscheiden sollte; fast einstimmig erklärte sich dieser gegen den von ihm angebotenen Rücktritt.

Darauf hin lehnte Maximilian Bazaines Einladung, sich den abziehenden Franzosen anzuschließen, ab. Er unternahm es also, lediglich auf seine Kräfte angewiesen, d. h. mit einem leeren Schatz, einer zerrütteten, nur noch 9000 Mann zählenden Armee und einer ebenso zerrütteten Verwaltung seinen Thron aufrecht zu halten. Er mußte sich nach Queretaro zurückziehen, welches alsbald von den Republikanern unter Escobedo belagert wurde. Die Stadt war nicht in genügendem Verteidigungszustande. Marquez, der nach Mexiko geschickt worden war, um zusammenzuraffen, was dort noch an Verteidigungsmitteln vorhanden, wurde unterwegs von Porfirio Diaz geschlagen und mußte nach Mexiko zurückkehren. Mehrere Ausfälle konnten nicht hindern, daß die Einschließung immer enger, der Mangel an Lebensmitteln immer drückender wurde. Die Generale stimmten für Durchbruch um jeden Preis, aber Maximilian entschloß sich, wegen Kapitulation zu unterhandeln. Er that Escobedo seine Bedingungen durch den Oberst Lopez zu wissen, dieser aber bestand auf unbedingter Übergabe. Über das Folgende weichen die Berichte voneinander ab. Nach dem einen wurde Lopez zum Verräter; nach einer neuerlichen Enthüllung erklärte er sich ermächtigt, auf Escobedos Forderungen einzugehen und vereinbarte, daß die republikanischen Truppen am folgenden Morgen 3 Uhr (15. Mai) das Kloster la Cruz geöffnet finden sollten, dort würde auch die Übergabe des Kaisers erfolgen. Thatsächlich ergab sich auch Lopez zur gefetzten Zeit; der Kaiser aber soll im letzten Augenblick seinen Entschluß geändert und die Ergebung verweigert haben, so daß er nun, mit Gewalt gefangen, als ein Opfer des Verrats erschien.

Maximilian bat dringend zu Suarez gebracht zu werden, um mit ihm unterhandeln zu können; aber der Präsident bestimmte, daß der Exkaiser nach dem von ihm selbst erlassenen Gesetze vom 3. Oktober sogleich abgeurteilt werde. Lebend würde er eine stete Ermütigung für die Amerikaner und eine Drohung für die Liberalen gewesen sein; auch die noch so eifrige Verwendung des preussischen Gesandten von Magnus konnte ihn nicht mehr retten. Am 19. Juni wurde er nebst den Generalen Mejia und Miramon auf dem Cerro de las Campanas genannten Hügel bei Queretaro erschossen. Die Auslieferung des Leichnams machte Suarez von einem besonderen Ansuchen der österreichischen Regierung abhängig; nachdem dieses erfolgt, brachte die „Novara“ den toten Kaiser nach Europa zurück.

Zwischen dem in Queretaro umgestürzten Kaiserthron und dem in den Tuilerien lag die ganze Breite des atlantischen Ozeans, aber auch dieser erbebte von dem Sturze jenes.



## Sechstes Kapitel.

### Die Vorspiele der deutschen Einheit.

Sowohl der Krimkrieg als auch der Pariser Friede, der ihn beendigte, hatten Deutschland nur mittelbar berührt; dennoch waren die Wirkungen, die sich aus beiden ergaben, auch für dieses von der höchsten Bedeutung. Nicht bloß dadurch, daß sie den Zauberstab, mit dem Kaiser Nikolaus ganz Mitteleuropa so lange beherrscht hatte, zerbrachen, daß sie Rußland nötigten, die innere Weiterentwicklung der deutschen Verhältnisse ruhig und ohne die bisher Regel gewesene Einmischung ihren Gang gehen zu lassen, sondern auch insofern, als sie die klägliche Hilflosigkeit des Deutschen Bundes in Bezug auf die auswärtige Politik eindringlicher als je zuvor dem Bewußtsein jedes Denkenden eingeprägt, als sie auch in dem gegenseitigen Verhältnisse der beiden deutschen Großmächte eine sehr erhebliche, wenn auch für den Augenblick nur noch wenig an der Oberfläche wahrnehmbare Änderung hervorgebracht hatten.

So wichtig es für Preußen geworden ist, daß es sich damals um keinen Preis zur Gefolgschaft Oesterreichs hergegeben hatte, so blieb doch der schwache Punkt seiner bloß zuschauenden Politik der freien Hand, daß es dadurch weder im Innern noch nach außen an Achtung gewonnen hatte; es galt bei Freund und Feind als schwach und haltlos, und nichts unterstützte dieses Urteil mehr als die Persönlichkeit des Königs. Eine neue Bestätigung erhielt es durch sein Verhalten in der Neuenburger Verwicklung. Nachdem der Versuch, diese auf dem Pariser Kongreß zur Sprache zu bringen, so kläglich gescheitert war, hatte eine Anzahl Royalisten unter Führung der Bourtales und anderer Adelsgeschlechter des Kantons sie dadurch zu lösen versucht, daß sie sich am 2. September 1856, durch einen Handstreich des Schlosses Neuenburg bemächtigten und die Wiederherstellung des Königs als Landesherrn ausriefen, waren aber schnell überwältigt und an sechzig der Gefangenen unter der Anklage des Hochverrats vor Gericht gestellt worden. Für den König war Neuenburg Herzenssache und wurde es dadurch noch mehr. Er fühlte sich in seinem göttlichen Rechte als Souverän gekränkt, das noch in dem Londoner Protokoll vom 24. Mai 1852 von den übrigen Mächten ausdrücklich anerkannt worden war. Er wäre bereit gewesen, die Sache gütlich zu regeln, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß die Gefangenen vorher bedingungslos frei gegeben würden; diese Bedingung lehnte jedoch der Bundesrat, wenn auch

ebenfalls zu friedlicher Lösung des Konflikts bereit, ab und verlangte seinerseits, der König solle sich zum voraus verpflichten, die Unabhängigkeit Neuenburgs anzuerkennen und allen Rechtsansprüchen darauf zu entsagen. Unter diesen Umständen blieb dem Könige nur übrig, seinen Forderungen durch militärische Maßregeln Nachdruck zu geben. Die Reaktion schürte; sie gedachte, bei dieser Gelegenheit den König mit den Westmächten gründlich zu entzweien und in Rußlands Arme zu treiben. So gewann die Sache mehr und mehr die Gestalt einer Exekution gegen den Übermut der Demokratie. Am liebsten hätte der König diese dem Bundestage zugeschoben, der wenigstens auch die verlangte Freilassung der Gefangenen zu unterstützen beschloß; für den Fall einer Weigerung der Eidgenossenschaft dachte man in Berlin an eine Pfandnahme schweizerischen Gebiets als Repressalie. Aber Preußens Forderung entfesselte den kriegerischen Geist des Schweizervolkes in einer die Großmächte erschreckenden Weise. Monatlang dauerte der Lärm der Waffen, mit dem beide Parteien einander bedrohten, vielleicht eben darum um so lauter, weil doch keine an wirklichen Krieg dachte. Die Schweiz verließ sich darauf, daß Napoleon ihr kein Weh werde anthun lassen, und dieser ergriff gern die Gelegenheit, sich auch hierbei als Schiedsrichter Europas aufzuspielen. Der Bundesrat schickte den Dr. Kern nach Paris, um ihm diese Rolle anzutragen, während er gleichzeitig durch den schweizerischen Generalkonsul H irzel in Leipzig den Herzog Ernst von Sachsen-Koburg um seine vertrauliche Vermittelung bei Friedrich Wilhelm IV. anging. Auch die österreichische Regierung mischte sich ein, teils um den entglimmenden Kriegsfunkeln nicht zur Flamme werden, teils um Preußen sein Übergewicht fühlen zu lassen und zu verhüten, daß es den Bund in eine kriegerische Aktion hineinziehe. Es erklärte für einen eventuellen Durchmarsch preussischer Truppen durch Bundesgebiet die vorherige Genehmigung des Bundes für erforderlich und machte den Vorschlag, die Schlichtung der Angelegenheit einer Konferenz der Großmächte anheimzustellen. Alles dies wirkte, auf beiden Seiten die Leidenschaften kühlend. Am 15. Januar 1857 beschloß der Bundesrat die Freilassung der Gefangenen, Tags darauf erklärte sich der König, ob auch schmollend, zu Unterhandlungen mit den Großmächten bereit. Die in Paris zusammengesetzte Konferenz, bei welcher Preußen durch Bismarck vertreten war, brachte am 5. März ein beide Teile befriedigendes Abkommen zu stande: Der König entsagte endgültig allen Souveränitätsrechten auf Neuenburg, wogegen den Gefangenen volle Straflosigkeit gewährt wurde; auf die anfangs geforderte Entschädigung von sechs Millionen Mark verzichtete der König, nachdem die Konferenz sie auf die Hälfte ermäßigt hatte, bedang sich aber die Fortführung des Titels Fürst von Neuenburg und Valengin aus.

Diese unerquickliche Sache war die letzte politische Handlung Friedrich Wilhelms IV. Die Überreizung seines Nervensystems, die sich bald in mancherlei Exzentricitäten, bald in gänzlicher Stumpfheit äußerte, führte im Juni 1857 bei einem Besuche des sächsischen Hofes in Pillnitz auf der Rück-



reise von Marienbad einen Schlaganfall herbei, der sich im Oktober wiederholte. Obgleich sein Zustand jede Aussicht auf Wiederaufnahme der Regierungsgeschäfte ausschloß, so wußte doch die Feudalpartei die Einsetzung einer Regentschaft, durch die sie sich mit dem Verluste ihres bisherigen Einflusses bedroht sah, fürs erste zu hintertreiben. Der Prinz von Preußen wurde am 23. Oktober nur mit der Stellvertretung seines Bruders betraut, das Publikum mit Nachrichten über die Besserung im Befinden des Königs belogen. Ein volles Jahr übte der Prinz die Selbstverleugnung, seine Gedanken nur darauf zu richten, wie er das treffen könne, was der König gebilligt haben würde, auf die Dauer war aber dieser verfassungswidrige Zustand nicht haltbar. Am 7. Oktober 1858 gelang es, dem Kranken in einem lichten Augenblicke die Unterschrift zur Einsetzung einer Regentschaft abzugewinnen. Er reiste dann in Begleitung seiner Gemahlin und treuesten Pflegerin nach Italien; ohne dort dauernde Besserung gefunden zu haben, wurde er am 2. Januar 1861 durch den Tod von seinen Leiden erlöst.

Ein Alpdruck fiel mit diesem Regierungswechsel von vielen Herzen. Seit 1848 hatte sich das Urtheil über den Prinzen ganz bedeutend geändert. Sein mannhaftes Aufkämpfen gegen die Tendenzen der Kreuzzeitungspartei während des Krimkrieges hatte ihm die Sympathien der liberalen Kreise gewonnen; die Vermählung seines Sohnes Friedrich Wilhelm mit der ältesten Tochter der Königin Viktoria, 25. Januar 1858, und die seiner Tochter Luise mit dem Prinzregenten, nachherigem Großherzog Friedrich von Baden, erschienen wie die Abkehr der Hohenzollern vom Osten und ihre Hinkehr zum Westen. Auch die Persönlichkeit des Regenten war das gerade Gegenteil von der unfrühen Zerfahrenheit seines Bruders, von soldatischer Schlichtheit und Pflichttreue, keinem Günstling zugänglich, geistig wie körperlich unermüdet, keine Bequemlichkeit kennend, immer im Dienst. Der allgemein für unvermeidlich angesehene Ministerwechsel ließ nicht auf sich warten. Nur zwei von den Mitgliedern des Ministeriums Manteuffel, der Handelsminister von der Heide und der Justizminister Simons, welcher letztere erst 1860 von Bernuth zum Nachfolger erhielt, blieben im Amte, die übrigen machten neuen Männern Platz, deren Namen einen guten Klang im Lande hatten. Den Vorsitz übernahm der wahrhaft deutsch und vornehm gesinnte Fürst Karl Anton von Hohenzollern-Sigmaringen, von Flottwell das Innere, Bethmann-Hollweg den Kultus und Unterricht, von Patow die Finanzen, von Schleinitz, vordem der Vertreter der Unionspolitik, das Auswärtige, von Bonin, den Dezember 1859 von Roon ablöste, den Krieg, Graf Bücker die Landwirtschaft; Rud. von Uerswald, der Ministerpräsident von 1848, wurde Staatsminister. Die Grundsätze, nach welchen er den Staat leiten wolle, legte der Regent in einer Ansprache an die Minister dar: Lange, sagte er, habe die Pietät gegen seinen Bruder ihn schwanken lassen, auf welche Weise manche wahrzunehmende Dinge in eine bessere Bahn überzuleiten seien, ohne seinen brüderlichen Gefühlen zu nahe zu treten. Von einem Bruche mit der

Vergangenheit solle nun und nimmermehr die Rede sein, und wo nötig, die bessernde Hand angelegt werden, überspannten Ideen sei durch ebenso besonnenes als gesetzliches und selbst energisches Handeln entgegenzutreten. Mit besonderem Nachdrucke wendete er sich gegen die Orthodorie, die dem segensreichen Wirken der Union, deren Aufrechthaltung und Weiterentwicklung sein fester Entschluß sei, hinderlich in den Weg getreten; alle Heuchelei, Scheinheiligkeit, alles Kirchenwesen als Mittel zu egoistischen Zwecken sei zu entlarven. Die Armee, welche Preußens Größe geschaffen, müsse mächtig und angesehen sein, denn die Welt müsse wissen, daß Preußen überall das Recht zu schützen bereit sei; in Deutschland habe es moralische Eroberungen zu machen.

Diese klare, sachgemäße Ankündigung der neuen Ära, so sehr verschieden von dem rhetorischen Schwung, hinter dem Friedrich Wilhelm IV. die Unklarheit seiner Gedanken zu verbergen liebte, machte den allerbesten Eindruck. Die so lange gedrückte Stimmung hob sich. Nachdem die Manteuffelsche Wahlbeeinflussung verschwunden, bestand die überwiegende Mehrheit des neuen Abgeordnetenhauses theils aus sogenannten Gothamern, an ihrer Spitze Graf Schwerin, von Vincke, Simson, theils aus Männern des Preussischen Wochenblattes; die Rechte war von den bisherigen 224 Köpfen auf 38 zusammengeschnitten. Auch über die anderen deutschen Staaten wehete von dem in Preußen eingetretenen Umschlage aus ein frischerer Lufthauch. Erwachte damit in den Bevölkerungen wieder eine regere Teilnahme am öffentlichen Leben, so fanden auch die Regierungen für gut einzulenken. In Bayern beendete König Maximilian II. einen harten Streit mit seiner zweiten Kammer mit den Worten: „Ich will Frieden haben mit meinem Volke“ und erließ 26. März 1859 von der Pfordten durch von Schrenck; nur war der Gegensatz des süddeutschen und ultramontanen Elementes gegen den protestantischen Norden doch zu stark, als daß der nach höherer geistiger Anregung verlangende König die nach München berufenen Gelehrten, wie Sybel, Bluntzli u. a. dagegen hätte halten können. In Baden und Württemberg gelang die Beseitigung der mit Rom geschlossenen Konkordate, da die Reaktion nicht den Mut gehabt hatte, die Genehmigung der Kammern dafür einzuholen; in Baden berief der Großherzog ein liberales Ministerium Stabel-Camen, denen dann von Roggenbach und Mathy folgten. In Hannover hatte die Regierung harte Kämpfe mit der immer mehr anwachsenden Opposition zu bestehen; der von dem blinden Könige selbst ausgehende Versuch einer Zurückschraubung der protestantischen Kirche auf den Standpunkt eines Katholizismus aus dem siebzehnten Jahrhundert mußte angesichts der darüber entstandenen allgemeinen Aufregung aufgegeben werden und die protestantische Kirche Hannovers erhielt eine wenn auch unvollkommene Verfassung.

Auch die auswärtige Politik Preußens nahm einen festeren, stetigeren Schritt. Seit dem Krimkriege hatten sich die Annäherungsversuche Napoleons III. an die norddeutsche Macht mehrmals wiederholt, ohne daß deshalb sein Better



Prinz Napoleon bei einem Besuche in Berlin bei dem Könige Friedrich Wilhelm IV. selbst und bei der herrschenden Partei eine weniger kühle Aufnahme gefunden hätte. In der That schien die „französisch-russische Kurmacherei“ das Mißtrauen der dazwischenliegenden Länder genügend zu rechtfertigen. Anders faßte Bismarck, der von Jahr zu Jahr größeren Einfluß auf die preußische Politik gewann, die Lage auf. Für ihn war das jedes andere Verhältnis Bestimmende das Verhältnis Preußens zu Österreich und Deutschland. Er hoffte mehr eine französisch-russische Allianz, als daß er sie fürchtete, „vorausgesetzt nämlich, daß wir mit beiden Weinen in dieselbe hineinspringen; es ist das einzige Mittel, uns der Vormundschaft der Mittelstaaten und der österreichischen Umgarnung nachhaltig zu entziehen. — Außerdem, wenn die Sache kommt und wir sie nicht hindern können, sollen wir dann in dem Bündnis mit England und Österreich Sicherheit dagegen suchen? Österreich wird selbst in der größten gemeinschaftlichen Gefahr seinen Meid und sein Mißtrauen gegen uns nicht überwinden, sondern uns ein Bein stellen und England kann zu Lande wenig leisten.“ Er warnte, die Freundschaftswerbungen Frankreichs abzuweisen, „denn die deutschen Staaten sind rücksichtsvoll und anhänglich an uns in dem Maße, als sie uns für befreundet mit Frankreich halten. Vertrauen werden sie nie zu uns gewinnen; jeder Blick auf die Karte benimmt es ihnen und sie wissen, daß ihre Sonderinteressen und ihr Mißbrauch der Souveränität stets der Gesamtrichtung der preußischen Politik im Wege stehen.“ Freilich blieb er darum auf der Neuenburger Konferenz gegen die Lockungen des Kaisers, der unter Hindeutung auf den in Italien nahe bevorstehenden Krieg Preußen anempfahl, sich mit Hannover und Holstein abzurunden, und dabei für Frankreich nur eine ganz kleine Grenzberichtigung am Rhein wünschte, nicht weniger taub; auf diesem Wege, erwiderte er, werde der Kaiser in den Sumpf geraten. Unermüdlieh verharrete er auf seinem unerquicklichen Frankfurter Posten in der Abwehr der österreichischen Übergriffe. „Es ist erstaunlich,“ schrieb er im Juli 1857, „welche Erfolge Österreich durch das System erreicht, jeden fremden Diplomaten, der sich ihm nicht fügt, der es wagt, die Interessen seines eigenen Landes gegen den Willen des Wiener Kabinetts zu vertreten, mit allen Mitteln rastlos zu verfolgen, bis er sich aus Furcht oder Ermattung in der Abwehr dem Willen Österreichs fügt. Es giebt wenige Diplomaten, welche es nicht schließlich vorzögen, mit ihrem Gewissen und ihrem Patriotismus zu kapitulieren. . . . Auch die Strebungen der Ultramontanen gehen mit denen des Wiener Kabinetts Hand in Hand. Für beide ist Preußens Machtstellung in Deutschland der härteste und schwerste Stein des Anstoßes. Seit Reaktivierung des Bundestags ist Österreich bemüht, den Wirkungskreis desselben zu erweitern und den der einzelnen Bundesregierungen zu beschränken. Es fing an, die gefährliche Theorie von der Zulässigkeit der Majoritätsbeschlüsse in allen Sachen geltend zu machen, welche bisher Gegenstand freier Vereinbarung waren. Demnächst ward in auswärtigen Fragen die neue Lehre von einer „Bundespolitik“ ein-

geführt und sowohl in der Neuenburger Frage als im orientalischen Kriege der Grundsatz geltend gemacht, daß der Bund über seine auswärtige Politik durch Majorität beschließe und die einzelnen Bundesstaaten ihre Haltung danach einzurichten hätten. Auf diese Weise wird Preußen das Recht zu eigener auswärtiger Politik abgesprochen. Preußen kann nicht zulassen, daß es am Bunde nicht wie ein Drittel von Deutschland, sondern wie eine von den sechzehn von Oesterreich präsidirten Stimmen behandelt wird.“

Wie berechtigt diese Beschwerden waren, bewies der langwierige Streit, den Oesterreich dadurch hervorrief, daß es hinter Preußens Rücken mit Baden einen Vertrag über die gemeinschaftliche Besetzung der Bundesfestung Raastatt abschloß. Noch deutlicher trat es im italienischen Kriege zu Tage. Schwerlich würde sich Oesterreich so leichtem Herzens in dieses Wagnis gestürzt haben, wäre es nicht von dem Wahn beherrscht gewesen, als sei Deutschland unter allen Umständen verpflichtet, ihm Heeresfolge zu leisten. Das Kriegsmanifest des Kaisers sprach die Zuversicht aus, die deutschen Brüder würden das österreichische Heer nicht allein kämpfen lassen. Als Haupt des Bundes mahnte er an die Gefahr, welche Deutschland bedrohe, wenn das mit Strömen deutschen Blutes eroberte Vollenwerk Italien nicht mit gemeinsamen Kräften verteidigt würde, und erinnerte, unhistorisch genug, an die Einmütigkeit der Begeisterung von 1813. Nur an eines dachte man in Wien nicht, an Rücksichten gegen Preußen, an Zugeständnisse an dasselbe, an Anerkennung seiner legitimen Stellung im Bunde. Unbelehrt durch den Mißerfolg des nämlichen Verfahrens im Krimkriege, wiederholte man es gegen einen Fürsten, dessen Persönlichkeit noch viel weniger Erfolg erwarten ließ. Abermals ohne vorherige Verständigung mit Preußen wendete sich Oesterreich am 5. Februar an den Bundestag, indem es, ohne vorerst einen sofortigen Beschluß zu beantragen, als wünschenswert bezeichnete, daß die deutschen Regierungen ein festes Einverständnis, die Herstellung voller Gewißheit wegen eines gemeinsamen Auftretens mit Oesterreich vorbereiteten. Anfang März forderte es dann bestimmte Maßregeln zur Abwendung der gemeinsamen Gefahr, Armierung der Bundesfestungen, ein Pferdeausfuhrverbot u. s. w.

Dem ritterlichen Sinne des Prinzregenten hätte es unzweifelhaft am meisten entsprochen, sich tapfer an die Seite des alten Bundesgenossen zu stellen. Dessen augenblickliche Bedrängnis zu benutzen, um sich einen Preis für die geforderte Hilfe auszubedingen, lag nicht in seinem Charakter. Etwas anderes aber war es, ob Preußen für einseitige österreichische Interessen eintreten dürfe. Auch diesmal gehörte Bismarck zu denen, die davor entschieden warnten. „Haben wir,“ schrieb er, „erst einen Schuß am Rhein abgefeuert, so ist es mit dem österreichisch-italienischen Kriege vorbei und statt dessen tritt ein preußisch-französischer auf die Bühne, in welchem Oesterreich, nachdem wir die Last von seinen Schultern genommen, uns so viel beisteht oder nicht beisteht, als seine eigenen Interessen es mit sich bringen; daß wir eine sehr glänzende Siegerrolle spielen, wird Oesterreich gewiß nicht zugeben.“



Sicherlich konnte all der laute Eifer, den die Mittelstaaten für die Unterstützung Oesterreichs zur Schau trugen, nicht darüber täuschen, daß Preußen, falls jene Eventualität einträte, bei ihnen nur eine sehr geringe militärische Hilfe finden würde; denn für sie bedeutete die Niederhaltung Sardiniens auch die Niederhaltung Preußens, die Erhaltung des bisherigen Schaukelsystems zwischen den beiden Vormächten, auf welchen allein ihr Einfluß beruhte. Auf jene erste Anregung am Bundestage erklärte Preußen sofort, es müsse sich seine vollste Selbständigkeit als europäische Großmacht wahren, könne daher andere als die durch die Bundesverfassung ihm vorgezeichneten Verpflichtungen nicht ohne weiteres übernehmen. Die weitergehenden Anträge Oesterreichs wurden durch Preußens förmlichen Protest beseitigt. Als Ziel seiner Politik bezeichnete dieses: den europäischen Verträgen die gebührende Achtung, dem Bestehenden seine Geltung und damit dem Welttheile den Frieden zu bewahren. „Preußen,“ fügte der Minister des Auswärtigen vor der Kammer hinzu, „mache nach beiden Seiten hin seinen Rat im Sinne der Versöhnung und Mäßigung geltend, werde aber das Gewicht seiner Macht nur für ein wahrhaft deutsches Interesse in die Waagschale werfen.“

Der Versuch, Preußen mit Hilfe des Bundestags kopfüber in den Krieg zu stürzen, war mißglückt. Nichtsdestoweniger beharrte das Wiener Kabinett in der Täuschung, es werde durch die Macht der öffentlichen Meinung in Deutschland schließlich doch zum Kriege gezwungen werden. Diese zu bearbeiten, setzte die in Oesterreichs Sold und Dienst stehende Presse, namentlich die 1857 gegründete Zeitung „Deutschland“, der Mittelpunkt der ultramontanen preußenfeindlichen Agitation im Südwesten, alle Hebel in Bewegung. Die Großdeutschen erblickten in der Sache Oesterreichs eine Lebensfrage für ganz Deutschland, die Ultramontanen predigten den Kreuzzug gegen das keiserliche Sardinien, die zahlreichen Besitzer österreichischer Papiere fürchteten von einer Niederlage des Kaiserstaates Verluste. So kam es, daß fast der ganze Süden ungestüm das Eintreten von ganz Deutschland für Oesterreich forderte. Auch die hannöverschen Kammern wetteiferten mit den süddeutschen in Anträgen gleichen Sinnes; selbst in Preußen stellte sich die äußerste Rechte auf den nämlichen Standpunkt.

Am 14. April erschien Erzherzog Albrecht mit neuen Anträgen in Berlin. Jetzt, versicherte er, sei der Angriffskrieg am Rhein die Hauptsache, für ihn seien 260 000 Oesterreicher bestimmt, denen das deutsche Bundesheer sich anschließen solle, die Süddeutschen unter seinem Oberbefehle am Oberrhein, die Norddeutschen am Niederrhein unter dem Preußens. Diese Anträge lehnte der Prinzregent rundweg ab. Er warnte außerdem dringend vor der Absendung eines Ultimatus nach Turin und verhehlte nicht, daß für den Fall, wo Oesterreich als Angreifer aufträte, Preußen jede Mitverantwortlichkeit für einen solchen Schritt ablehne. Zugleich aber ordnete er die Marschbereitschaft der drei preussischen Bundesarmeekorps, am 29. auch die der sechs übrigen an. Preußen war vollständig entschlossen, gegebenen Falls in den Krieg ein-

zugreifen, aber lediglich zum Zwecke der Verteidigung, ohne das Land durch seine verfrühte Kriegsbereitschaft zu belasten und nicht eher, als bis sich Napoleon in Italien fest verbissen habe, damit nicht etwa die ganze Wucht des Kriegs unversehens auf den Rhein falle. Diese besonnene Haltung gewann auch mehr und mehr die Zustimmung der Parteien im Lande. Der von der Regierung zur Bervollständigung der Rüstungen geforderte Kredit von fünf Millionen Thalern wurde von beiden Häusern einstimmig bewilligt; die Führer der Feudalpartei, Stahl und von Blankenburg, erklärten dabei, Preußen dürfe nur preußische Politik treiben, nicht aber sich vom Bundestage majorisieren lassen und in gleichem Sinne betonten die Liberalen, Simson und von Vincke, nicht der Bundestag sondern Preußen müsse die Führung Deutschlands haben, wenn dieses in die Aktion eintrete. Der österreichische Aufstellungsplan aber fand auch in München keinen Beifall: Bayern verlangte natürlich ein drittes Kommando am Rhein für sich selbst.

Die Ersetzung des Grafen Buol in der Leitung der auswärtigen An-  
gelegenheiten durch Graf Rechberg, denselben, der in Frankfurt so vielen  
Zwist mit dem preußischen Bundestagsgesandten angezettelt hatte, war wenig  
geeignet, die Hoffnung auf eine Verständigung zwischen beiden Regierungen  
zu ermutigen. Dennoch schien diese gelingen zu wollen. Der im Mai nach  
Wien gesandte General von Willisen brachte eine Übereinkunft zurück, kraft  
welcher Oesterreich Preußen gegen die Garantie seines italienischen Besitzstandes  
sowohl die Bestimmung, wo und wie es handelnd in den Krieg eingreifen  
wolle, als auch die Führung des Bundesheeres überließ. Allein mit Oester-  
reichs Worten standen seine Handlungen nicht in Einklang. Bereits vor  
Willisens Sendung hatte es, wiederum ohne Preußens Vorwissen, an die  
deutschen Regierungen die Aufforderung zur Mobilisierung des Bundesheeres  
gerichtet und die Absicht der Mittelstaaten schien, namentlich seitdem von der  
Pfordten als Vertreter Bayerns in Frankfurt eingetroffen, dahin zu gehen,  
diesem Ansinnen zu entsprechen. Am 13. Mai stellte Hannover einen darauf  
abzielenden Antrag. Preußen protestierte und beanspruchte die Initiative  
für sich.

Aber diese Verhandlungen, schleppend wie alles, was in Frankfurt ge-  
schah, wurden durch die Ereignisse überholt. Die Schlacht bei Magenta  
machte das ohnehin ganz eitle Versprechen Oesterreichs, mit bedeutenden Streit-  
kräften am Rheinkriege teilzunehmen, zur Unmöglichkeit und steigerte die Gefahr  
für Deutschland. Preußen zog zwischen Köln und Trier zwei Armeekorps  
zusammen. Dabei nach wie vor bedacht, einen Frieden auf billigen und  
dauerhaften Grundlagen herzustellen, versuchte es die beiden andern neutralen  
Mächte, Rußland und England, zur Teilnahme an einer Vermittelung heran-  
zuziehen. Der Versuch mißlang, weil man sich über die Grundlagen nicht  
einigen konnte. Auch den deutschen Regierungen zeigte Preußen seine Absicht  
einer Vermittelung an, indem es zugleich die Aufstellung von drei Heeren am  
Rhein beantragte, von denen das südliche unter Bayerns, das mittlere und



nördliche unter Preußens Kommando stehen sollte; außerdem forderte es für sich den einheitlichen Oberbefehl über das Ganze. Oesterreich aber wies die Vermittelung Preußens zurück; statt ihrer verlangte es durch den nach Berlin gesandten Fürsten Windischgrätz, Preußen solle ohne weiteres den Krieg am Rhein beginnen. In Frankfurt beantragte es, 6. Juli, daß nicht bloß, wie Preußen wollte, bloß einige oberdeutsche Bundeskontingente mobilisiert und unter Preußens Oberbefehl gestellt würden, sondern daß der Bundeskrieg erklärt, dem Bundestage demnach die ganze militärische und diplomatische Leitung vorbehalten, der Prinzregent aber zum Bundesfeldherrn ernannt werde. Die gesamten Kräfte und Mittel des preussischen Staats, selbst sein Oberhaupt, sollten einfach den Bundestage untergeordnet werden. Minister Schleinitz lehnte kurz und bündig ab.

Da kam plötzlich die Nachricht vom Vorfrieden zu Villafranca. Obgleich Windischgrätz telegraphisch widerraten, hatte Kaiser Franz Josef unterzeichnet. Was ihn dazu bewog, waren nicht militärische Gründe, denn noch stand das Festungsviereck ungebrochen und leicht konnte von dessen Mauern der Krieg eine andere Wendung nehmen, sondern politische. Zum Dank für Preußens Bereitwilligkeit vermaß sich jetzt Oesterreich, es für diesen Ausgang verantwortlich zu machen. „Gestützt auf mein gutes Recht,“ sprach der Kaiser aus Verona am 12. Juli zu seinem Heer, „bin ich in den Kampf für die Heiligkeit der Verträge gegangen, zählend auf die natürlichen Bundesgenossen Oesterreichs. Ohne Bundesgenossen weiche ich nur den ungünstigen Verhältnissen der Politik“; und der Deutlichkeit wegen setzte das Manifest aus Lagenburg vom 15. Juli hinzu: „Der warmen und dankbar anzuerkennenden Teilnahme ungeachtet, welche unsere gerechte Sache in dem größten Teile von Deutschland bei den Regierungen wie bei den Völkern gefunden, haben sich unsere ältesten und natürlichen Bundesgenossen der Erkenntnis verschlossen, welche hohe Bedeutung die große Frage des Tags in sich trug.“ Der Vorwurf, gegen den sowohl aus Berlin wie aus Petersburg nachdrückliche Verwahrungen ergingen, war im höchsten Grade ungerecht. Die Schuld war einzig und allein auf Oesterreichs Seite. Es hatte von Anbeginn Preußen nicht als Bundesgenossen, sondern als Vasall behandelt; es hatte unterlassen, sich vor Ausbruch des Kriegs über dessen Zweck und Ziel mit ihm zu verständigen und statt dessen schlechtthin Heeresfolge verlangt; es hatte den Krieg trotz Preußens dringender Abmahnung erklärt, die angebotene Vermittelung trotzig zurückgewiesen und dafür Preußen die Unterordnung unter den Bund angeschlossen. Den vorschnellen Frieden schloß es hauptsächlich, um zu verhüten, daß die Führerschaft Deutschlands in diesem Kriege in Preußens Hand falle; lieber opferte es die Lombardei, als daß es dadurch seine Hegemonie über Deutschland gefährdete. Man bedachte im kaiserlichen Kabinette nicht, daß gerade die in diesem Kriege bewiesene Unfähigkeit, Deutschland in einer den nationalen Interessen entsprechenden Weise zu führen, Oesterreich um jede innere Berechtigung zu dieser Führerstellung gebracht hatte.

Der Eindruck, den diese Thatsachen auf das deutsche Volk machten, war ein tiefer und allgemeiner. Der Nimbus von Oesterreichs Stärke, der seit 1850 so vieler Augen geblendet hatte, verblaßte angesichts dieser Leistungen



Graf Buol-Schauenstein.

seiner Diplomatie und seiner Kriegsführung, und in demselben Maße richteten sich die Augen der Vaterlandsfreunde wieder Preußen zu als dem Staate, von dem allein das zerstückte Deutschland Schutz seiner Grenzen und seiner Ehre erwarten konnte. Wie unter dem lehtvorhergehenden Geschlechte war



es auch jetzt die geschichtliche Wissenschaft, welche das, was der äußere Gang der Ereignisse überzeugend predigte, als aus innerer Notwendigkeit hervorgegangen begründete. Gleichzeitig traten um die Mitte der fünfziger Jahre drei Werke ans Licht, die nach dieser Richtung von nachhaltiger Wirkung geworden sind. Wenn W. Giesebrechts Geschichte der deutschen Kaiserzeit durch die Schilderung der früheren Größe und Macht dem patriotischen Gefühl im allgemeinen Nahrung und Befriedigung gab, so deckte G. Droysen in seiner Geschichte der preußischen Politik den deutschen Beruf der Hohenzollern schon in früheren Jahrhunderten auf und L. Häußers Geschichte seit dem Tode Friedrichs des Großen wies an der Hand der Akten nach, welche ungeheure, von der Folgezeit aber nie hinreichend gewürdigte Leistungen das preußische Volk in den Befreiungskriegen für Deutschland vollbracht habe. Von besonderer Bedeutung war, daß im Süden sich die Spuren eines beginnenden Umschwunges zeigten. In der zweiten württembergischen Kammer erhielt die vom Abgeordneten Hölzer (5. Mai) beantragte Erklärung, daß bei dieser Gefahr die Wohlfahrt Deutschlands nur durch Herstellung der inneren Einheit beschworen werden könne, doch 24 Stimmen, in der zweiten bairischen Kammer ein Antrag Böls (14. August) auf Schaffung einer Zentralgewalt und eines Parlaments deren 45. Aber auch die Überzeugung von der Notwendigkeit der preußischen Führerschaft faßte allmählich im Süden Wurzel, wenn schon dabei die unerläßliche Vorbedingung, die Loslösung von Oesterreich, noch keineswegs einleuchten wollte. Verschiedene Erklärungen namhafter Liberaler, denen sich selbst ehemalige Großdeutsche angeschlossen, sprachen sich in diesem Sinne aus. Noch im Jahre des Kriegs gründeten Bluntschli und Brater die Süddeutsche Zeitung, um der ganz im österreichischen Interesse redigierten Augsburger Allgemeinen Zeitung in nationalem Sinne entgegenzuarbeiten. Freilich trotz alledem behielt Bismarcks Klage ihre Berechtigung, daß im allgemeinen doch die partikularen Interessen stärker seien, als der Gemein Sinn; diesem stehe entgegen, daß im allgemeinen die Existenz auf der Basis der Phäaken bequemer sei als auf der der Spartaner; man lasse sich gern schützen, aber zahle nicht gern und am allerwenigsten gebe man das geringfügigste Hoheitsrecht zum Besten der allgemeinen Interessen auf.

Die nationale Bewegung im Gang zu erhalten und in die richtige Bahn zu leiten, war der Plan, an dessen Ausführung von zwei Seiten her zugleich Hand angelegt wurde. Eine von Schulze-Dehlißsch angeregte, hauptsächlich von thüringischen und preußischen Demokraten besuchte Versammlung zu Eisenach und eine zweite in Hannover, an deren Spitze Rud. von Bennigsen, der Führer der Opposition in der dortigen zweiten Kammer, stand, erkannten übereinstimmend die Notwendigkeit einer grundsätzlichen Reform der Bundesverfassung an, als Ziel derselben die Vereinigung der militärischen und diplomatischen Leitung Deutschlands in einer Hand, und zwar der Preußens, unter dem Ausdruck der Hoffnung, die preußische Regierung selbst werde eine solche Reform in die Hand nehmen. Nachdem hierauf in Eisenach

noch eine dritte, auch aus Süddeutschland besuchte Versammlung abgehalten worden war, wurde am 15. und 16. September 1859 in Frankfurt aus den Trümmern des alten Gothanertums und anderen jüngeren, meist mehr nach links stehenden Elementen der Nationalverein nach dem Vorbilde des italienischen gegründet. Da der Senat der freien Stadt Schwierigkeiten machte, wurde zum Sitz desselben Koburg ausersehen, dessen Herzog sich dem Unternehmen von Anfang an günstig gezeigt hatte. An der Spitze des leitenden Ausschusses stand fortwährend Bennigsen. In den meisten Bundesstaaten wurde der Verein sehr scheel angesehen, selbst die preussische Regierung erwies ihm keinerlei Gunst; die von Hessen-Darmstadt machte sogar Anstrengungen, ein Bundesverbot gegen ihn herbeizuführen. In der hannoverschen zweiten Kammer wies von Borries drohend darauf hin, der Widerstand gegen die Bestrebungen des Nationalvereins könne die deutschen Fürsten zu Bündnissen mit außerdeutschen Staaten drängen, welche sehr zufrieden sein würden, sich in die deutschen Angelegenheiten einzumischen, und für die wegen dieser Äußerung von allen Seiten auf ihn eindringende Entrüstung entschädigte ihn sein König durch die Erhebung in den erblichen Adelsstand. Zwar wurde auch noch in demselben Jahre der Versuch gemacht, dem Nationalverein einen großdeutschen Reformverein entgegenzusetzen, der, hauptsächlich aus bairischen Partikularisten und Ultramontanen und württembergischen Demokraten bestehend, sich an die Pläne der von Oesterreich begünstigten Mittelstaaten angeschlossen, doch hat er es nie zu einer ähnlichen Bedeutung gebracht wie jener. Das allgemein herrschende Gefühl von der Unhaltbarkeit des gegenwärtigen Zustandes trieb das Verlangen nach nationaler Einheit bei jeder Gelegenheit in den kräftigsten Äußerungen hervor. Die Säcularfeier von Schillers Geburtstag, ein Fest, wie Deutschland noch keines gesehen, gipfelte in dem Gelübde: „Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern.“ Die Jahr für Jahr sich daran anschließenden Turn- und Sängersfeste, reich an Wortschwall, Selbstbespiegelung und Überschwänglichkeit, trugen doch auch den nationalen Gedanken in immer weitere Kreise und pflegten die Begeisterung für das noch nicht vorhandene Vaterland. Derselbe Geist durchwehte die Wanderversammlungen der Männer der Wissenschaft, namentlich den 1860 gegründeten deutschen Juristentag, der die einheitliche Entwicklung des deutschen Rechts auf seine Fahne schrieb. Dem Nationalverein stellte sich der deutsche Abgeordnetentag zur Seite, der zum erstenmale im September 1862 zu Weimar tagte. Der Wahn, als ob ein deutscher Fürst kein Stück seiner Hoheitsrechte zu gunsten des Gesamtvaterlands aufgeben dürfe, wurde durch die badische Thronrede vom Dezember 1861 zerstört, in welcher der Großherzog es offen aussprach, daß er freudig den Teil der eigenen Hoheit opfern wolle, den das Gesamtvaterland zu seiner größeren Hoheit bedürfe. Mit wahrer Genugthuung erfüllte es, zu sehen, daß Preußen seit Einsetzung der Regentschaft an Achtung und Einfluß im Rate der europäischen Mächte zu gewinnen begann. Es machte den wohlthwendigsten Eindruck, daß der Prinzregent als Bedingung der vom Kaiser



Napoleon gesuchten Begegnung die Teilnahme auch anderer deutscher Fürsten stellte. Dieselbe fand am 18. Juni 1860 in Baden-Baden statt und die Anwesenheit der Könige von Bayern, von Sachsen und von Hannover, sowie mehrerer anderer Bundesfürsten hielt nicht bloß jeden Verdacht undeutscher Abmachungen fern, sondern ließ auch den Prinzregenten als den Vertreter und Wortführer der übrigen dem Kaiser gegenüber erscheinen. Im Herbst stattete derselbe seinen Gegenbesuch in Compiègne ab.

Welchen Wert alle diese Anläufe für die gehoffte Neugestaltung Deutschlands haben würden, hing aber doch ganz wesentlich von der Entwicklung der inneren Verhältnisse Preußens ab, und diese nahm eine Wendung, welche die Hoffnung der Vaterlandsfreunde tief herabzustimmen geeignet war. Bei den liberalen Maßregeln, welche das Ministerium Hohenzollern ergriff, der Notzivilsehe, welche geschiedenen Ehepaaren die Wiederverheiratung ermöglichen sollte, der Neuordnung der Grundsteuer, bei welcher es sich neben dem finanziellen Zwecke, der Deckung der Mehrforderungen für das Heer, auch um einen wichtigen politischen Grundsatz, um die Aufhebung der Grundsteuerfreiheit des ritterschaftlichen Großgrundbesitzes handelte, stieß es sofort auf den Widerstand des Herrenhauses. Auf Andringen der Liberalen entschloß sich das Ministerium zwar zu einem Pairschub, der eben ausreichte, um die Grundsteuervorlage durchzubringen; den Widerstand des Herrenhauses gegen die vorgelegte Kreisordnung, die Aufhebung der Wuchergesetze u. vermochte er jedoch nicht zu brechen. Es war die erste von den vielen Erfahrungen, daß das neue Ministerium zwischen den hochgespannten Erwartungen der Liberalen und der hartnäckig um die Wiedereroberung der verlorenen Stellung ringenden Feudalpartei mehr und mehr in die Klemme geriet.

Den gänzlichen Zusammenbruch der neuen Ära führte die Frage der Heeresreorganisation herbei, welche die Regierung am 10. Februar 1860 der Volksvertretung vorlegte. Schon längst hatte der Prinzregent, der mit Leib und Seele Soldat war, den eingetretenen allmählichen Verfall der Armee erkannt, die einst die Siege von 1813—15 erkämpft hatte. Mehr als einmal hatte er selbst mit angesehen, wie Preußen Demütigungen hinnehmen mußte, weil sein Schwert rostig geworden war; er wußte, daß Oesterreich nicht gewagt haben würde, Preußen die Schmach von Olmütz anzuthun, hätte es nicht die Überzeugung gehabt, daß jenes nicht in der Lage sei, die Beschimpfung zu ahnden. Bei den letzten drei Mobilmachungen, besonders bei der von 1859, hatten sich bedenkliche Mängel herausgestellt, als einer der schwersten der, daß keine sich ohne Einberufung einer unverhältnismäßig großen Zahl von Landwehrmännern ausführen ließ, deren Familien dann auf die Dauer ihrer Abwesenheit den Kreisen oder den Gemeinden zur Last fielen. Die tüchtigsten unter den hohen Militärs, der 1858 zum Chef des Generalstabes ernannte General von Moltke, Prinz Friedrich Karl, die Generale von Man-  
teuffel, Vogel von Falkenstein, von Hindersin, von Koon, teilten vollkommen die Ansichten des Prinzen. Die beabsichtigte Umgestaltung

war in der Weise gedacht, daß zuvörderst das stehende Heer um 117 Bataillone und 72 Schwadronen, also auf 81 Regimenter Infanterie nebst zehn Bataillonen Schützen und Jägern, die Kavallerie auf 56 Regimenter verstärkt, die Artillerie ungefähr um den vierten Teil ihres Bestandes vermehrt würde. Ferner sollte die Reservspflicht von einem Jahre auf vier erweitert, d. h. die drei ersten Jahrgänge der Landwehr zur Reserve geschlagen, die seit langem thatsächlich auf zwei und ein halb Jahr abgekürzte Dienstzeit wieder auf drei Jahr, die der Kavallerie auf vier Jahr unter entsprechender Verkürzung der Reserve-



von Noen. Nach der Lithographie von G. Engelbach.

pflichtigkeit ausgedehnt werden, dagegen die Landwehr aus ihrem bisherigen Verbands mit dem stehenden Heere ausgeschieden und in das Verhältnis der bisherigen Landwehr zweiten Aufgebots zurücktreten, die Landwehrekavallerie aufhören.

Was diese Reorganisation erstrebte, war dreierlei: ein erhöhter Präsenzstand des Heeres, die Ermöglichung einer schnelleren Mobilisierung und Erleichterung der Militärpflicht und dadurch Schutz der Familie und des bürgerlichen Gewerbes, indem sie die lange Dauer der Verpflichtung einer geringeren Zahl für den wirklichen Kriegsdienst Bestimmter in eine kürzere Dauer für eine größere Zahl umwandelte, die wehrpflichtigen Familienväter und die zur Versorgung von deren Angehörigen verpflichteten Kreise und Gemeinden ent-



lastete. Nicht also auf einen Umsturz der alten Einrichtungen zielte dieser Plan; die Scharnhorst'schen Grundsätze wurden ehrfurchtsvoll respektiert, ja er bezweckte gerade, diese durch Anpassung an die veränderten Zeitverhältnisse lebensfähig zu erhalten. Denn da die jährliche Aushebung noch auf der Bevölkerungsziffer von 1820 beruhte, diese aber seitdem von elf auf achtzehn Millionen gestiegen war, so bestand die allgemeine Wehrpflicht thatsächlich nicht mehr, sondern von den auszuhebenden Männern gelangten nur 26 Prozent wirklich zur Aushebung. Diesen Prozentsatz erhöhte die Neuerung auf 40.

Die Zweckmäßigkeit des Planes mußte auch dem unbefangenen Laien einleuchten. Aber so argwöhnisch war schon die Stimmung, daß er bei der Bevölkerung wie im Abgeordnetenhause auf heftigen Widerspruch stieß. Man glaubte nicht anders, als daß es auf die Beseitigung des volkstümlichen Instituts der Landwehr, auf eine reaktionäre Maßregel abgesehen sei, als handle es sich nur darum, möglichst viele junge Herren von Adel mit Offiziersstellen zu versorgen. Der Ausschuß des Hauses lehnte die beiden Hauptpunkte der Vorlage, die Umgestaltung der Landwehr und die dreijährige Dienstzeit, ab und forderte statt der letzteren aus finanziellen Gründen die zweijährige. Die Regierung zog deshalb den Entwurf zurück und das Abgeordnetenhaus bewilligte nur neun Millionen auf vierzehn Monate „zur Aufrechthaltung der Kriegsbereitschaft“.

Das war der Beginn der großen „Konfliktszeit“, die erst nach den Siegen von 1866 ihr Ende erreichte. Die Opposition hätte sich sagen müssen, daß die Bewilligung dieser Summe die der Reorganisation, die sie doch abgelehnt hatte, in sich schloß; die Regierung konnte sie sich daher ruhig gefallen lassen. Sie handelte auch ganz in dem Sinne, als ob das Abgeordnetenhaus nicht ein Provisorium, sondern ein Definitivum bewilligt hätte, und setzte die Reorganisation kräftig ins Werk. Es schien auch in der That, als ob auf dem nächsten Landtage, dem von 1860, eine Verständigung sich anbahnen sollte. Das Abgeordnetenhaus bewilligte die neue für den gleichen Zweck geforderte Summe nur, und zwar mit einem Abstrich, als Teil des außerordentlichen Budgets und erklärte die Regierung, falls sie die ergriffenen Maßregeln aufrecht zu erhalten beabsichtige, für verpflichtet, spätestens dem nächsten Landtage ein Gesetz behufs Abänderung desjenigen von 1814 vorzulegen. Es erkannte also mit diesem Beschlusse das bisher zum Zwecke der Reorganisation Geschehene als vollendete Thatsache an und behielt sich nur die nachträgliche gesetzliche Regelung vor.

So stand die Sache, als der Tod des kinderlosen Friedrich Wilhelm IV. seinen Bruder auf den Thron berief. Eindringlich mahnte der nunmehrige König Wilhelm I. in seiner Ansprache „An Mein Volk“: „Es ist Preußens Bestimmung nicht, dem Genuß der erworbenen Güter zu leben. In der Anstrengung seiner geistigen und sittlichen Kräfte, in dem Ernst und der Aufrichtigkeit seiner religiösen Gesinnung, in der Vereinigung von Gehorsam und



König Wilhelm I. von Preußen.

Nach der Lithographie von Engelbach; Originalgemälde von F. v. Winterhalter.







Freiheit, in der Stärkung seiner Wehrkraft liegen die Bedingungen seiner Macht; nur so vermag es seinen Rang unter den Staaten Europas zu behaupten.“ Aber die Mißstimmung über die Nichterfüllung der liberalen Hoffnungen machte taub gegen den Sinn dieser königlichen Worte. Die Klust erweiterte sich, als jetzt die Demokratie aus ihrer bisherigen Zurückhaltung herauszutreten begann und sich unter dem Namen „Deutsche Fortschrittspartei“ förmlich konstituierte, ihr gegenüber sich eine Partei der äußersten Reaktion in den „preußischen Volksvereinen“ organisierte. Während eine große Anzahl Adeliger dem in Gaëta belagerten neapolitanischen Königspaare einen kostbaren Ehrenschild widmete, nahm das Abgeordnetenhaus, wenn auch mit schwacher Mehrheit, eine von Vincke formulierte Resolution an, welche die Berechtigung der nationalen Bestrebungen Italiens anerkannte. Der Mordanfall des Studenten Oskar Becker auf den zur Kur in Baden-Baden befindlichen König, 14. Juni 1861, war zwar nur die vereinzelt That eines überspannten Schwärmers, aber als solche doch auch ein Symptom des Hitzegrades, den die Stimmung erreicht hatte.

So unerfreulich diese Erfahrungen waren, in den Grundsätzen König Wilhelms brachten sie doch keinerlei Änderung hervor. Die gefürchtete Reaktion trat nicht ein. Auf die Adresse des Herrenhauses mit der zudringlichen Mahnung, der König möge seinem verstorbenen Bruder naheifern, erfolgte die nicht mißzuverstehende Antwort: er wolle keinen Bruch mit der Vergangenheit, aber er wolle die bessernde Hand an die Landesinstitutionen legen, wie das sein Vater und sein Bruder gethan hätten. Doch aber konnte er sich der Besorgnisse nicht erwehren, welche die innere Lage seines Staates, das Hervortreten einer an 1848 erinnernden Partei, zusammengehalten mit der Gesamtlage Deutschlands und Europas, mit der italienischen Einheitsbewegung, der dumpfen Gärung in Polen und Ungarn, wohl rechtfertigten. Um so notwendiger mochte es ihm scheinen, die, wie er meinte, von seinem Bruder durch Verleihung der Verfassung geschwächte monarchische Autorität durch einen besonders feierlichen Akt, durch eine Krönung zu stärken. Zum erstenmale seit jenem 18. Januar 1701, an welchem sich der erste König in Preußen die Krone aufsetzte, sah Königsberg am 18. Oktober 1861 diese Feierlichkeit wieder. „Eingedenk,“ sprach der König, „daß die Krone nur von Gott kommt, habe ich durch die Krönung an heiliger Stätte bekundet, daß ich sie in Demut aus seinen Händen empfangen habe.“ Es war die entschiedene Absage an den Parlamentarismus, die feierliche Wahrung des persönlichen Regiments, aber in keiner Weise ausreichend, die einmal nach links in Fluß gekommene Strömung zurückzustauen. In dem neuen Abgeordnetenhause verfügte die Fortschrittspartei nebst den ihr nahestehenden Gruppen über 139 Stimmen, die Altliberalen waren auf 92 zusammengeschmolzen, die Rechte auf 24, die katholische Partei zählte etliche 50 Stimmen. Die bestimmte Erklärung des Königs bei Eröffnung des Landtags, er könne nie zugeben, daß die fortschreitende Entfaltung des inneren Staatslebens das Recht der Krone oder



die Macht und Sicherheit Preußens in Frage stelle oder gefährde, hinderte nicht, daß die Fortschrittspartei in dieser Session ihren ersten Sieg erfocht. Mit 171 gegen 143 Stimmen nahm bei Berathung des Staatshaushaltes das Abgeordnetenhaus einen Antrag Hagens auf größere Spezialisierung des Budgets an, obgleich Finanzminister von Patow diesem Wunsche beim nächsten Budget Genüge zu leisten versprach und nur bei dem jetzigen davon abzusehen bat. Das Ministerium, das ohnehin keinen festen Boden mehr unter den Füßen fühlte, reichte darauf seine Entlassung ein, der König aber entschied sich, 11. März 1862, für Auflösung der Kammer. Nachträglich wurde jedoch auch das Gesuch des Ministeriums insoweit genehmigt, als die liberalen Elemente daraus ausschieden. Zum Präsidenten des nunmehr streng konservativen Kabinetts ernannte der König den Prinzen von Hohenlohe-Ingelfingen, bisherigen Präsidenten des Herrenhauses; von Jagow übernahm das Innere, Graf Lippe die Justiz, Graf Henplitz die Landwirtschaft und von Mühlern den Kultus.

Das liberale System war nach einem Bestand von wenig mehr als drei Jahren gescheitert. Das neue Ministerium ließ, unbekümmert um die gegen sein Verfahren sich häufenden Proteste, kein Mittel unversucht, um ein ihm günstiges Resultat der Wahlen zu erzielen; trotzdem fielen diese entschieden zu seinen Ungunsten aus. Um so stürmischer stürzte sich die Fortschrittspartei in den Kampf gegen die Heeresorganisation. Waren die Gemäßigten liberalen geneigt, das bereits zum großen Teil ausgeführte Werk als vollendete Thatfache gelten zu lassen und die Mittel dafür im Extraordinarium zu bewilligen, so stellte jene sich auf den starren Rechtsstandpunkt und verlangte, die gesamten Ausgaben für den Neubau des Heeres auf das Jahr 1862 auch im Extraordinarium zu streichen. Am 23. September lehnte das Haus dem entsprechend die Regierungsvorlage ab. Unstreitig war das kurzichtig und ohne Verständnis für die Großmachtstellung Preußens; aber es war begreiflich nach den Erfahrungen der letzten Jahre in Bezug auf die Verwendung des Heeres. Die Erinnerung an die Mobilmachung von 1850, an die wenig erhebende Rolle, die Preußen während der beiden letzten Kriege gespielt hatte, enthielt nichts, was die Opferfreudigkeit befeuern konnte. Das Seltsamste an dem gefaßten Beschlusse war freilich, daß auch diejenigen, die ihn gefaßt hatten, ihn gar nicht ausgeführt haben wollten, denn er war einfach unausführbar; er sollte nur als Kampfmittel dienen, um den Rücktritt des Ministeriums und die zweijährige Dienstzeit zu erzwingen. Aber die Dinge kamen ganz anders.

Am demselben 29. September erfolgte die Vertagung des Landtags und neben einigen anderen Personalveränderungen im Ministerium die Berufung Bismarcks zum Ministerpräsidenten, bald darauf auch zum Minister des Auswärtigen.

Am 29. Januar, am Vorabend des italienischen Krieges, war Bismarck von dem acht Jahre lang innegehabten Frankfurter Wachtposten abberufen und zum Gesandten in Petersburg ernannt worden, wie er selbst scherzte, um gleich

dem Champagner für künftige Verwendung kalt gestellt zu werden. Seine Persönlichkeit, der Ruf, ein warmer Verehrer Rußlands und ein nicht weniger eifriger Gegner Oesterreichs zu sein, öffnete ihm dort vom ersten Tage an alle Thüren und verschaffte ihm einen Einfluß, wie ihn kein preußischer Gesandter vor ihm auf diesem Posten besessen hatte. Schon nach drei Jahren, 23. Mai 1862, wurde er in gleicher Eigenschaft an den Tuilerienhof versetzt. Damals war bereits von seiner Berufung ins Ministerium die Rede gewesen; wenn sie zur Zeit noch unterblieb, so geschah es, um den Konflikt nicht noch mehr zu verschärfen. Denn „Bismarck“, das war, als er jetzt wirklich berufen wurde, der allgemeine Eindruck, „Bismarck ist der Staatsstreich!“ Und doch war er das keineswegs. Allerdings sah der neue Ministerpräsident seine vornehmste Aufgabe darin, gegen das wachsende Übergewicht des Abgeordnetenhauses und des parlamentarischen Beamtentums die Schwerekraft der Krone zu wahren und zu stärken; im übrigen aber war er einer Verständigung nichts weniger als unzugänglich. Allein das Verhängnis wollte es so, daß der große Mann, welchen das deutsche Volk seit Menschenaltern herbei gesehnt hatte, nun, da er erschien, mit Furcht und Argwohn empfangen wurde.

Das am 29. September aus der Vertagung zurückkehrende Abgeordnetenhaus empfing Bismarck mit der Erklärung: da die Regierung nach dem Bisherigen annehmen müsse, daß dieselben Beschlüsse in Bezug auf die Heeresreform sich bei der Beratung des Staatshaushaltes für 1863 wiederholen würden, so ziehe sie diesen für jetzt zurück, um die Hindernisse der Verständigung nicht höher anschwellen zu lassen, als sie ohnehin schon seien. Aber die Fortschrittspartei antwortete darauf mit der Forderung, den Etat für 1863 schleunigst vorzulegen und erklärte es für verfassungswidrig, wenn die Regierung über eine vom Abgeordnetenhause ausdrücklich abgelehnte Ausgabe verfüge. Auch das änderte Bismarcks Verhalten noch nicht. Der Konflikt, gab er anzuhören, werde zu tragisch aufgefaßt; könne die Krisis mit Ehren beseitigt werden, so wolle die Regierung gern die Hand dazu bieten; er erklärte sich bereit, einen von Binde eingebrachten vermittelnden Antrag als Weg der Verständigung anzunehmen, trotzdem ging der der Fortschrittspartei mit 251 gegen 36 Stimmen durch. Nun griff auch das Herrenhaus in den Streit ein. Obgleich diesem in Gemäßheit der Verfassung nur das Recht zustand, das Budget, wie es ihm vom anderen Hause zugeht, entweder im ganzen anzunehmen oder im ganzen abzulehnen, nicht aber Abänderungen daran vorzunehmen, verwarf es das Budget in der Fassung des Abgeordnetenhauses und stellte es in der von der Regierung vorgelegten Form wieder her. Jedem weiteren Einspruche des Abgeordnetenhauses sollte der Schluß des Landtags zuvorkommen; allein der Präsident Grabow beraumte eine Sitzung zu früherer Stunde an und nach eilig erstattetem Berichte stimmten sämtliche anwesende Mitglieder einem Antrage Simsons bei, welcher den Beschluß des Herrenhauses als wider den klaren Buchstaben der Verfassung verstößend für null und nichtig erklärte. Noch an demselben Tage, dem 13. Oktober, erfolgte der Schluß des Landtags,



wobei der Ministerpräsident die Erklärung abgab, die Regierung sehe sich in der Nothwendigkeit, den Staatshaushalt ohne die in der Verfassung vorausgesetzte Grundlage zu führen.

Nicht anders war der Verlauf auf dem Landtage von 1863. Auch diesmal erklärte das Abgeordnetenhaus die Militärvorlage, obgleich sie durch die Beibehaltung der Landwehr ersten Aufgebots etwas abgeändert war, für unannehmbar. Auch diesmal erklärte Bismarck, daß die Regierung auch ohne vereinbartes Budget weiter regieren, ja selbst für den Fall eines Kriegs das Geld da nehmen werde, wo sie es finde. Er berief sich dabei auf die sogenannte Lückentheorie: sei eine Übereinstimmung aller drei Gesetzgebungsfaktoren nicht zu erreichen und komme kein Budget zu stande, so sage die Verfassung nicht, was dann zu geschehen habe; da jedoch die Staatsmaschine nicht stillstehen könne, so müsse die Regierung in diesem Falle auch ohne Budget regieren. Zu dem Konflikt wegen des Budgets kam ein zweiter etwas persönlicher Art. Als der Vizepräsident von Bochum=Dolffs dem Kriegsminister von Roon ins Wort gefallen und es ihm schließlich ganz entzogen hatte, erklärte das Ministerium, sich der Teilnahme an den Beratungen des Abgeordnetenhauses so lange enthalten zu müssen, bis ihm die Erklärung des Präsidiums zugegangen sei, daß eine Wiederholung dieses der gesetzlichen Begründung entbehrenden Verfahrens nicht in Aussicht stehe; das Haus aber lehnte unter Zustimmung von Männern wie Gneist, Schwerin, Sybel, dieses Ansinnen ab und bezeichnete es seinerseits als verfassungswidrig, wenn die Minister ihre Gegenwart im Hause willkürlich von Vorbedingungen abhängig machten. Der Landtag wurde hierauf abermals aufgelöst, allein obgleich sich König und Regierung in verschiedener Form an die Wähler wandten, fielen die Wahlen, 28. Oktober 1863, wenig anders als die bisherigen aus. So bestand das budgetlose Regiment fort; die Strenge, zu der die Regierung gegen ihre Widersacher griff, erweiterte nur den Bruch zwischen Krone und Volk bis zu dem Grade, daß selbst die tiefgewurzelte Pietät gegen die Person des Königs darunter litt. Dieser selbst war tief bekümmert, sein eigenstes Werk, das zu unternehmen und zum Abschluß zu bringen ihm Gewissenspflicht war, auf so unerwartete Hindernisse stoßen, sich so verkannt zu sehen. „Ich schlafe keine Nacht“, seufzte er gegen Beckerath, der einen vergeblichen Versuch machte, ihn durch mündliche Vorstellungen zur Nachgiebigkeit zu bewegen. Sein einziger Trost war, daß die Zeit kommen werde, wo das Land ihm danken werde.

Am Tage nach Zurückziehung des Stats nahm Bismarck in der Budgetkommission nochmals Gelegenheit, Zweck und Ziel der Militärvorlage auseinanderzusetzen: Nicht auf Preußens Liberalismus sehe Deutschland, sondern auf seine Macht. Bayern, Württemberg, Baden möchten dem Liberalismus huldigen, darum würde ihnen doch niemand Preußens Rolle anweisen. Dieses müsse seine Kraft zusammenhalten für den günstigen Augenblick; nicht durch Reden und Mehrheitsbeschlüsse würden die großen Fragen der Zeit entschieden,

sondern durch Eisen und Blut. Das war der Pol, nach welchem die Nadel seiner Politik wies. Verband sich doch längst in seinem Geiste die Überzeugung von der Notwendigkeit einer Kräftigung der preussischen Wehrkraft mit dem reisenden Plane einer Umgestaltung Deutschlands und der Erhebung Preußens zur führenden Macht Deutschlands. Noch von Frankfurt aus hatte er im März 1858 an den Ministerpräsidenten von Manteuffel eine, später auch dem Minister von Auerwald mitgeteilte Denkschrift über die notwendige Inaugurierung einer selbständigen preussisch-deutschen Politik gerichtet. Ausgehend von der Thatsache, daß Österreich und seine Bundesgenossen sich niemals freiwillig entschließen würden, ihrer Politik gegen Preußen eine andere Richtung zu geben, folgerte er, daß dieses sich von dem Drucke losmachen müsse, mit dem die Fiktion seiner Gegner auf ihm lastete, als ob Bundestag und Deutschland identische Begriffe und Preußens deutsche Gefinnungen nach dem Maße seiner Fügsamkeit unter die Majorität der Bundesversammlung zu beurteilen seien. „Die preussischen Interessen fallen mit denen der meisten Bundesländer außer Österreich vollständig zusammen, aber nicht mit denen der Bundesregierungen und es giebt nichts Deutscheres als gerade die Entwicklung richtig verstandener preussischer Partikularinteressen. Es würde aber für die Erfüllung seiner Aufgabe in Deutschland erst volle Freiheit erlangen, wenn es aufhörte, erheblichen Wert auf die Sympathien der mittelstaatlichen Regierungen zu legen. Alle Anstrengungen, dieselben zu gewinnen, bleiben für immer erfolglos und jede Rücksichtnahme auf ihre Wünsche und Empfindlichkeiten ist für Preußen eine nutzlose Selbstbeschränkung . . . Die Bundesverträge müssen von Preußen mit Treue gehalten werden, solange die anderen sie nicht brechen; aber was darüber hinausliegt, ist vom Übel. Die Kämpfe widerstreitender Interessen, welche von einer weiteren Ausbildung des Bundes unzertrennlich sind, werden denselben lockern und früher oder später sprengen und für die Entwicklung Deutschlands wird weder jetzt noch später etwas geleistet werden können durch ein Organ, dessen Majoritäten von undeutschen Interessen abhängig sind. Nachgiebigkeit und Freundschaftsversicherungen sind auch nicht das Mittel, mit Österreich auch nur in erträglichen, geschweige denn sichereren Beziehungen zu leben. Dessen Interessen gebieten ihm, Preußens Ansehen und Einfluß in Deutschland nach Kräften zu bekämpfen und zu schwächen, dabei aber in Kriegsfall und Gefahren auf den Beistand der vollen Macht Preußens zählen zu können.“ Diese Gedanken führt er in einem Schreiben aus Petersburg an den Minister von Schleinitz vom 12. Mai 1859 noch nachdrücklicher aus. „Ich sehe“, schließt er es, „in unserem Bundesverhältnis ein Gebrechen Preußens, welches wir früher oder später ferro et igni werden heilen müssen.“

So schlagend diese Sätze sind, so wenig fand das, was davon in die Öffentlichkeit drang, den Beifall der einander entgegengesetzten Parteien. Die Fortschrittspartei wollte gleich ihm ein Preußen an der Spitze Deutschlands, aber sie verneinte das einzige dazu erforderliche Mittel, die Verstärkung des



Heeres; die Kreuzzeitungspartei schwärmte für die Heeresreform, aber sie wollte nichts von deutscher Politik wissen. Sie betrachtete Bismarck als einen Abtrünnigen, der seine Seele dem Teufel, und zwar dem der Bonapartes verschrieben habe. „Wenn ich einem Teufel verschrieben bin,“ erwiderte Bismarck scherzend, „so ist es ein teutonischer und kein gallischer.“ Und als diese Partei ihrem Abscheu gegen die revolutionäre Forderung eines deutschen Parlamentes Ausdruck gab, meinte er gelassen: „Ich sehe nicht ein, warum wir vor der Idee einer Volksvertretung, sei es am Bunde, sei es in einem Zoll- und Vereinsparlament so zimperlich zurückschrecken. Eine Institution, die in jedem deutschen Staate legitime Geltung hat, die wir Konservative selbst in Preußen nicht entbehren möchten, können wir doch nicht als revolutionär bekämpfen.“ Daher auch seine heimliche Freude, daß die Bamberger Diplomaten im Bundestage vor einer „preussischen Brandstiftung“ zitterten, als an seine Stelle ein eifriger Anhänger der Unionspolitik, von Ujedom, nach Frankfurt kam.

Die Gelegenheit, diese Grundsätze an einem Beispiele zur That zu machen, war unschwer gefunden, nämlich in Kurhessen. Ermutigt durch die Neubelebung des öffentlichen Geistes und auf Preußens Beistand hoffend, hatte sich die dortige zweite Kammer in ihrem Verfassungskampfe gegen den Kurfürsten Februar 1860 nach Frankfurt gewendet, und wennschon die Majorität dort auf Österreichs Antrag die kurhessische Verfassung von 1831 für rechtskräftig abgeschafft erklärte und Preußens Protest dagegen mit dem hochmütigen Hinzufügen beseitigte, die Beschlüsse des Bundestags seien für alle Staaten in gleicher Weise verbindlich, so wurde wenigstens so viel erreicht, daß der Bundestag die vom Kurfürsten erbetene Garantie für die Verfassung von 1852 wegen der mangelnden ständischen Genehmigung derselben versagte. Auch die darauf von der Regierung am 30. Mai erteilte umgearbeitete Verfassung ließen die Stände nicht als Sühne des begangenen Rechtsbruches gelten, sondern legten sofort nach ihrem Zusammentritt eine Rechtsverwahrung dagegen ein. Hochend auf den Bundestag und ohne Furcht vor Preußen löste sie der Kurfürst dreimal nacheinander auf. Selbst als es Preußen gelungen war, Österreich von der Unhaltbarkeit dieses Zustandes zu überzeugen und beide gemeinschaftlich, wie bereits Baden vorher gethan, am 8. März 1862 den Antrag auf Anerkennung der kurhessischen Verfassung von 1831 stellten, verstockte er sich hartnäckig gegen die eindringlichsten Vorstellungen, die ihm aus Berlin zugingen. Dem General von Willisen wurde als Überbringer eines königlichen Handschreibens an den Kurfürsten ein so ungezogener Empfang zu teil, daß der preussische Geschäftsträger, da die deshalb geforderte sofortige Entlassung der Minister verweigert wurde, Befehl erhielt, Rassel auf der Stelle zu verlassen und für zwei Armeekorps Marschbereitschaft angeordnet wurde. Solcher Ernst wirkte; die Tage von Bronzell waren vorüber. Der Bundestag nahm schleunigst den österreichisch-preussischen Antrag gegen die eine Stimme Mecklenburgs an, der Kurfürst entließ das Ministerium Scheffer und berief statt dessen den Herrn von Dehn-Rothfeller. Er rächte sich

aber für den erlittenen Zwang dadurch, daß er keiner den Kammern zu machenden Vorlage seine Zustimmung gab, schließlich die Minister entließ und die Stände auf unbestimmte Zeit vertagte. Zu seinem Unglück war aber unterdes Bismarck Ministerpräsident geworden, der letzte, der Preußen von einem deutschen Winkeldespoten hätte Trotz bieten lassen. Nach der Behandlung, die einem preußischen General in Kassel widerfahren, schickte er jetzt einen bloßen Feldjäger mit dem kategorischen Befehl, bei Vermeidung von Zwangsmaßregeln, sofort den Landtag wieder einzuberufen, und da nun auch aus Wien eine sehr ernste Mahnung einkam, so mußte der Kurfürst, Groll im Herzen, sich demütigen. Das Hessenvolk aber und ganz Deutschland dankten Preußen sein Eintreten für Recht und Verfassung.

Dieser Sieg des Rechtes über fürstliche Willkür war aber zugleich ein Sieg Preußens über Österreich und den Bundestag, wenn auch nur erst in einem Vorpostengefächte. Einen zweiten, viel bedeutenderen errang es auf wirtschaftlichem Gebiete.

In dem wirtschaftlichen Leben des deutschen Volkes hatten die letzten Jahrzehnte tiefgreifende Veränderungen hervorgebracht. Die Fortschritte der Technik, welche neue Arten und Formen des Betriebs schufen und dadurch die Grenzen zwischen den einzelnen Handwerken verwischten, sprengten die Fesseln des Zunftzwanges, die Kleinindustrie sah sich in ihrem täglich schwieriger werdenden Kampfe mit der fabrikmäßig betriebenen Großindustrie gezwungen, neue Mittel des Schaffens und neue Wege des Absatzes zu suchen. Inmitten des Scheiterns der nationalen Hoffnungen erstarrte daher der durch das System der Bevormundung und Vielregiererei so lange unterdrückte Trieb der Selbstthätigkeit und der einzelne wurde auf die Vereinigung mit andern zu gemeinsamem Wirken hingeführt. Das für politische Zwecke verpönte Vereinswesen bildete sich für die scheinbar ungefährlicheren wirtschaftlichen Zwecke aus. Gewerkschaften bestrebten sich, den Handwerkerstand mit den Resultaten der Wissenschaft bekannt zu machen und richtigere Anschauungen unter ihm zu verbreiten. Der 1858 von Lette, Schulze-Delitzsch u. a. gegründete Kongreß deutscher Volkswirte wurde der gemeinsame Mittelpunkt der Bestrebungen für Gewerbefreiheit, die als das einzige Mittel erschien, um die stetig wachsende Konkurrenz des Auslandes zu bestehen. Landwirtschaftliche Vereine popularisierten die durch Liebig's geniale Entdeckungen begründete Wissenschaft der Agrikulturchemie, deren praktische Verwendbarkeit die ersten landwirtschaftlichen Versuchsstationen prüften. Das in England von so überraschenden Erfolgen gekrönte Genossenschaftswesen wurde in Deutschland durch Schulze-Delitzsch eingebürgert und von kleinem Anfange, den er in seinem Wohnorte mit Gründung eines Vorschußvereins machte, ohne jede Einmischung der Regierungen zu großer Ausdehnung gebracht. Eine neue sich Sozialpolitik nennende Wissenschaft unterzog sich der Aufgabe, die organischen Grundlagen des Volkslebens zu untersuchen, und wenn W. F. Kiehl in seiner Naturgeschichte des Volkes und anderen Schriften diese so, wie sie den Wünschen



der Reaktion entsprachen, nachzuweisen suchte, so hatte er doch das Verdienst, die Aufmerksamkeit auf ein bisher wenig beachtetes Gebiet zu lenken. Was aber die Hauptsache, Deutschland war in den letzten Jahrzehnten zu einem Industriestaate herangewachsen, der bereits mit den auf diesem Gebiete am weitesten fortgeschrittenen Nationen rivalisierte. Im Jahre 1859 betrug die Gesamtausfuhr des Zollvereins 350 Millionen Thaler; seine Nettozolleinnahmen waren von 1834 bis 1856 von 100 auf 227 Millionen gestiegen. Freilich sah sich Deutschland bei den enger und mannigfaltiger werdenden Beziehungen seines Wirtschaftslebens zum Auslande auch bei den Erschütterungen, welche dieses heimsuchten, in Mitleidenschaft gezogen. Nicht bloß die große nordamerikanische und englische Geschäftskrisis in der Mitte der fünfziger Jahre wurde ihm fühlbar, es ließ sich auch, leider unter Beteiligung vieler kleinstaatlicher Regierungen, in den durch das Beispiel des Credit Mobilier entfachten Banktschwindel hineinziehen, für den dann naturgemäß durch einen harten Rückschlag gebüßt wurde.

Das Emporsteigen des Zollvereins zu einer Industrie- und Handelsmacht flößte auch dem Auslande für ihn ein lebhafteres Interesse ein. Im Mai 1853 kam von Frankreich das Anerbieten zu Zollverhandlungen, doch wurden die angebotenen Grundlagen nicht als geeignet befunden. Bald aber gab der englisch-französische Handelsvertrag den Anstoß zur Wiederaufnahme der Verhandlungen. Einen Erfolg versprachen diese nur unter der Voraussetzung einer durchgreifenden Ermäßigung des Zollvereinstarifs, die auch an sich schon zeitgemäß und notwendig erschien. Denn seit der Gründung des Zollvereins war sein Tarif niemals ermäßigt, wohl aber mehrfach erhöht worden. Ursprünglich war dieser im Vergleich zu dem damals von allen größeren Handelsstaaten noch festgehaltenen Schutz Zollsystem weitaus der freisinnigste gewesen; nachdem aber die deutsche Industrie allmählich unter demselben erstarbt war, durch die technische Vervollkommnung der Herstellungsweise viele Industrieerzeugnisse sich verwohlfeilert hatten, waren die Sätze des Tarifs nachgerade übermäßig hohe, über den Zweck der nötigen Schutzverleihung weit hinausgehende geworden. Greller als zuvor trat dieser Übelstand hervor, seitdem England immer entschiedener zum System des Freihandels überging, dieses durch den jüngsten Handelsvertrag auch in Frankreich angebahnt wurde, Belgien und Italien in die gleiche Richtung einlenkten. Von dem auf diese Weise für die Beteiligten erschlossenen großen Verkehrs- und Absatzgebiete nicht ausgeschlossen zu werden, erschien für den Zollverein als ein Lebensinteresse.

Anfang 1861 begannen in Berlin die Verhandlungen mit Frankreich, eben in dem Zeitpunkte, wo laut dem Februarvertrage die Vorbereitungen zum Vollzug der endgültigen Zolleinigung mit Oesterreich getroffen werden sollten. War Preußen dessen Andringen bisher durch Davieren ausgewichen, so handelte es sich jetzt darum, ihm ein für allemal ein unübersteigliches Hindernis entgegenzustellen. Neben dem prinzipiellen Gegensatz zwischen Schutz-

zoll und Freihandel bildete daher die Meistbegünstigtenklausel den Hauptstein des Anstoßes; denn nahm der Zollverein diese an, so fiel damit das österreichische Unionsprojekt für immer und der Februarvertrag war ein wertloses Stück Papier. In Wien war man sich über diese Wirkung eines französisch-deutschen Handelsvertrags vollkommen klar. In einem nach Berlin, München und Dresden gerichteten Memorandum vom 21. September 1861 erklärte die österreichische Regierung, daß sie zwar den Abschluß eines solchen Vertrags nicht hindern könne, aber doch an die großen Nachteile erinnern wolle, die er aus dem angegebenen Grunde für Oesterreich haben müsse. Allein Graf Bernstorff ließ sich dadurch nicht irre machen; er erkannte gerade in dem französischen Vertrage das Mittel, um der drohenden politischen wie wirtschaftlichen Schwierigkeiten mit Oesterreich Herr zu werden. Zu allgemeinsten Überraschung vollzog er am 29. März 1862 den Vertrag mit Frankreich; den übrigen Zollvereinsstaaten war für ihren Beitritt nur eine Frist von vier Wochen gestattet. Das Königreich Sachsen sah sich durch seine in den letzten Jahren außerordentlich entwickelte Großindustrie, jedoch vorbehaltlich der Zustimmung aller übrigen Vereinststaaten gezwungen, ohne weiteres seine Zustimmung zu geben; die meisten übrigen dagegen fühlten sich durch dieses brüske Verfahren um so tiefer in ihrer Eigenliebe verletzt, als dabei nicht bloß die Absicht, sich den Konsequenzen des Februarvertrags für alle Zukunft zu entziehen, zu Tage lag, sondern auch der Verdacht eines geheimen Spieles zwischen Frankreich und Preußen mit unterließ. Graf Rechberg erließ am 8. Mai einen sehr entschiedenen Protest gegen Preußens Vorgehen, dessen Absicht keine andere sei, als durch Annahme eines für Oesterreich unannehmbaren Tariffsystems die handelspolitische Trennung Oesterreichs von Deutschland zur dauernden Thatsache zu erheben. Am 10. Juli legte er unter Berufung auf Artikel 19 der Bundesakte den Entwurf eines Vertrags vor, nach welchem Gesamtösterreich und der Zollverein spätestens vom 1. Januar 1865 ab ein einziges Verkehrsgebiet zu bilden hätten. Zugleich erneuerte er das alte Spiel im Stile Schwarzenbergs und Brucks, die Mittel- und Kleinststaaten gegen den Vertrag zu hegen und es selbst auf die Sprengung des Zollvereins ankommen zu lassen, ohne zu bedenken, daß nach Solferino und mit einem grollenden Ungarn im Rücken dieser Schachzug noch viel weniger Aussicht auf Erfolg bot, dabei aber ungleich gefährlicher war, als das letzte Mal. Allerdings ließen sich die süddeutschen Regierungen trotz der Erfahrungen von 1852 und obgleich außer stande, ernstliche Einwendungen gegen den Inhalt des Vertrags zu machen, auch diesmal wieder einsparen. Bayern und Württemberg waren die ersten, welche ihn rundweg ablehnten, Hessen-Darmstadt, Nassau und Hannover folgten. Wiederum verlangte Bayern, daß zunächst über den österreichischen Vorschlag verhandelt werde, wiederum war von eventuellem Austritt und Bildung eines neuen Zollvereins mit Oesterreich die Rede, wiederum sah der Handels- und Fabrikstand das Schicksal seiner wichtigsten Interessen in die Hand der von politischen Nebenrücksichten bestimmten kleinen und



kleinsten Höfe gelegt. Der in Weimar versammelte Kongreß der deutschen Landwirthe sprach sich mit großer Entschiedenheit für den Vertrag aus. Heißer entbrannte der Kampf auf dem deutschen Handelstage zu München, Oktober 1862, wo außer den Süddeutschen auch die Österreicher in starker Zahl erschienen waren, um den Vertrag niederzustimmen. Den Nagel traf dort von Sybel auf den Kopf mit den Worten: „Die Gefahr für uns liegt nicht darin, daß wir über Tarifbestimmungen verschiedener Meinung sind, sondern darin, daß in dieser Verschiedenheit sich die wirklichen oder vermeintlichen Gefahren der politischen Machtstellung widerspiegeln. Die dem Handelstage vorliegende Frage ist nicht kommerzieller, sondern politischer Natur. Die kleineren Regierungen haben das ganz erklärliche Bestreben, ein Gegengewicht gegen das natürliche Übergewicht der preussischen Interessen zu gewinnen. Die Folge der Aufnahme Österreichs in den Zollverein aber würde sein, daß alle Fehden, alle Klagen über die jetzige Organisation des Zollvereins nur noch in verstärktem Maße aufträten. Ein solcher Zollverein würde seinem Worte nach nichts sein, als was der Deutsche Bund mit seiner Bundesverfassung bis jetzt gewesen und noch ist.“ Schließlich sprach sich auch diese Versammlung, mit einem Mehr von vier Stimmen, für das schnelle Zustandekommen des Vertrags aus.

Nicht zum wenigsten rechneten die Gegner Preußens bei diesem Streite auf den innern Konflikt zwischen Regierung und Volksvertretung. Darin täuschten sie sich aber bitter. Einem so hohen Lebensinteresse des Staats gegenüber schwieg aller Parteihader und das Abgeordnetenhaus nahm den Vertrag am 25. Juli fast einstimmig an. Preußen blieb also fest. Am 2. November gab es in München die Erklärung ab, daß es den Nichtbeitritt als Kündigung des Zollvereins ansehe; dagegen versprach es, nach Sicherung des Fortbestandes des Vereins und des französischen Vertrags auf Beratungen über die Regelung des Verhältnisses zu Österreich einzugehen. Auf den Konferenzen, die Bayern mit seinen Verbündeten in Würzburg abhielt, machte sich schon eine sehr kleinlaute Stimmung bemerkbar; die Erhaltung des Zollvereins wurde unumwunden als das „unverrückbare“ Ziel der Teilnehmer anerkannt. Da inzwischen der Ablauf der Zollvereinsverträge heranrückte, lud Preußen sämtliche Vereinsregierungen nach Berlin ein. Auf diesen wehte ein versöhnlicherer Geist und Preußen hielt für gut, ihn am 17. Dezember durch definitive Kündigung des Zollvereins zu unterstützen. Sachsen, dessen Industrie das längere ungewisse Warten auf die Süddeutschen nicht aushielt, that für sich allein den entscheidenden Schritt und schloß 11. Mai 1864 mit Preußen ab. Österreich, jetzt schon in der schleswig-holsteinschen Sache (s. unten) mit Preußen Hand in Hand gehend, betrieb die Zollsache nur noch lässig, plötzlich aber kam es Preußen mit dem ganz überraschenden Vorschlage, mit ihm allein, ohne die anderen, über einen Zwischentarif zu verhandeln. Von einer Erneuerung des Vertrags von 1853, von dem österreichischen Vorschlage von 1862 war nicht mehr die Rede. Österreich ließ abermals die eigenen Bundes-

genossen fallen. Was blieb diesen also übrig, als daß sie dem Beispiele Sachsens folgten, Hannover und Oldenburg sogar unter Verzicht auf die Hälfte ihres Präzipuums. Am 12. Oktober 1864 erfolgte die Wiederherstellung des Zollvereins, am 11. April 1865 die Unterzeichnung des Handelsvertrags mit Osterreich, welches durch denselben dem Zollverein gegenüber in die Reihe der auswärtigen Staaten zurücktrat.

Auch in dieser Krisis hatte sich die Unzerreißbarkeit des Zollvereins bewährt, war es einleuchtend zu Tage getreten, daß, wo es sich um wahrhaft nationale Interessen handelte, doch Preußen der natürliche Führer von Deutschland sei. Auch das Bismarcksche Rezept, daß nicht durch Rücken vor österreicherischer Anmaßung, sondern nur durch Zähnezeigen in Wien etwas zu erreichen sei, hatte sich trefflich bewährt. Ihm stand schon seit dem Krimkriege fest, daß Preußen in nicht zu langer Zeit für seine Existenz gegen Osterreich werde fechten müssen und daß es nicht in Preußens Macht liege, dem vorzubeugen, weil der Gang der Dinge in Deutschland keinen anderen Ausweg habe. Daß der Bund in seiner gegenwärtigen Gestalt nicht bleiben könne, davon war man in Wien genau ebenso überzeugt, wie in Berlin und überall. Mit der Anerkennung der Bundesreform als eines unerläßlichen Bedürfnisses hatte die Regierung eine Schuld auf sich genommen, deren Einlösung nicht mehr in ihrem freien Belieben stand; aber sowie man Hand anlegte, sprang jedesmal die Unmöglichkeit hervor, die mit dem Namen Bundesverfassung belegte Anarchie in eine wirklich nationale Verfassung umzugestalten. Entweder die Dinge fügten sich nicht zusammen oder es fehlte der gute Wille der Beteiligten. Wie seit langem, so betrieb auch jetzt Preußen als das Dringendste die Reform der Bundeskriegsverfassung. Wie wenig es den meisten Regierungen mit dem Bundesmilitärwesen überhaupt Ernst war, ging schon aus der Wahl der Offiziere hervor, welche sie zur Bundesmilitärkommission abordneten. Die Mitglieder dieser Kommission ließen sich in der Regel nicht von technischen oder sachlichen Erwägungen, sondern von politischer Parteinahme leiten. „Die fremden Gesandten hier“, schrieb Bismarck aus Frankfurt, „hören es mit sarkastischer Höflichkeit an, wenn gelegentlich von Bundeskrieg in großem Stile gesprochen wird, und wir Bundestagsgesandte bedürfen der Ernsthaftigkeit der römischen Auguren, um unsere Bundeskriegsverfassung mit gehöriger Gründlichkeit zu revidieren“. Die Notwendigkeit dieser von Preußen angeregten Revision erkannte zwar der Bundestag, November 1859, an, aber dem einzig verständigen Vorschlage, im Kriegsfall die norddeutschen Kontingente unter Preußens, die süddeutschen unter Osterreichs Oberbefehl zu stellen, und diesen beiden alsdann unter Zuziehung von Vertretern der übrigen Armeekorps die Einigung über einen gemeinsamen Feldzugsplan anheimzugeben, stemmten sich die Mittelstaaten unter Führung Osterreichs aus allen Kräften entgegen und im Mai 1860 verwarf der Militärausschuß diese Anträge mit allen gegen die Stimmen Preußens. Am liebsten hätten die Gegner auch die von einigen Kleinstaaten mit Preußen geschlossenen Militär-



konventionen für bundeswidrig erklärt. Die persönliche Zusammenkunft der Herrscher von Oesterreich und Preußen zu Teplitz am 26. Juli 1860, welche auf Veranlassung des Königs Max von Bayern stattfand, um womöglich die seit Villafranca zwischen beiden herrschende Entfremdung auszugleichen, führte zu einer Wiederaufnahme des in Frankfurt gescheiterten Versuchs; aber auch die Niederlagen in Italien hatten an Oesterreichs Haltung gegen Deutschland nichts zu ändern vermocht. Der Kaiserstaat wandelte nach wie vor, nur etwas weniger herausfordernd, die Wege Schwarzenbergs und Bachs. Kaiser Franz Josef ließ sich zu keinerlei Zugeständnis an Preußen herbei. Eben-  
sowenig brachten die in Würzburg wieder zusammengetretenen Konferenzen der Bamberger irgend etwas Brauchbares zuwege, man hätte denn einen nach ihrem Vorschlage von siebzehn Stimmen gegängelten Bundesfeldherrn mit bayerischen, württembergischen, sächsischen und hannoverschen Korpskommandanten dafür ansehen mögen, und damit verschwand die ganze Angelegenheit abermals von der Tagesordnung.

Wie die preussischen Anträge auf Reform der Bundeskriegsverfassung, so verliefen auch die badischen von 1858 auf Errichtung eines Bundesgerichts, die eine Abschlagszahlung auf die Bundesreform bilden sollten, im Sande. Um so unverdroffener lagen die Würzburger Verbündeten der Arbeit ob, die nun einmal nicht mehr abzuweisende Reform in ein ihnen genehmes Geleis zu leiten. Dazu bedurfte es einerseits der Befestigung des Dualismus zwischen Oesterreich und Preußen, auf welchem allein ihre durch die Ohnmacht Deutschlands erkaufte Bedeutung beruhte, anderseits solcher Anträge, durch welche die nach Militarismus schmeckenden und auch ihren Bevölkerungen wenig behagenden Anträge Preußens in der öffentlichen Meinung übertrumpft würden. So hatte Bayern schon 1855 beim Bunde den Erlaß gleichförmiger Bestimmungen über verschiedene Punkte allgemeiner Nützlichkeit, wie Heimatsrecht, Auswanderung, Patenterteilung, angeregt; damit stieß es aber bei Preußen auf ganz bestimmte Ablehnung, das seinem altbewährten System treu blieb, über derartige Angelegenheiten nur kündbare Verträge abzuschließen und sich darin nicht durch Bundesbeschlüsse die Hände binden zu lassen, die nur durch Einstimmigkeit zu ändern oder zu lösen waren. Dem vielgeschäftigen und eiteln Minister Sachsens von Beust war es vorbehalten, endlich den Reformplan auszubrüten, der die Ideen der Würzburger verwirklichen sollte: Der Bundestag tagt jährlich nur zwei Monate, das eine Mal in Regensburg unter Oesterreichs, das andere Mal in Hamburg unter Preußens Vorsitz; in der Zwischenzeit leitet ein Direktorium, bestehend aus Oesterreich, Preußen und einem dritten Mitgliede, die Bundesangelegenheiten; dem Bundestage steht eine Versammlung von Delegierten der Einzellandtage als nur beratendes Organ zur Seite, dessen Zuziehung in das Ermessen des Bundes gestellt bleibt. Es erfolgte, was nicht ausbleiben konnte. Von allen Seiten strömten die Ablehnungen des windigen Projekts herbei; es gehört jedoch zur Signatur jener Tage, daß der Urheber desselben deswegen doch an seinem staats-

männischen Rufe nicht die geringste Einbuße litt. Eine Anzahl der Verbündeten trat zu neuen Besprechungen in Wien zusammen, aus denen dann auch glücklich ein anderer, jenem ebenbürtiger Entwurf zu einer neuen Bundesverfassung hervorging, ein Stein statt eines Protes.



König Maximilian II. von Bayern.

Nach der Lithographie von C. Wildt; Originalgemälde von Franz Krüger.

Preußen, wo jetzt das Ministerium der neuen Ära das Ruder führte, ließ sich durch den Lärm, mit welchem diese Utopien in Szene gesetzt wurden, nicht im mindesten aus seiner gelassenen Ruhe bringen. Graf Bernstorff beseitigte den ganzen Plan durch den trockenen Hinweis, daß zur Annahme



eines solchen Antrags Stimmeneinhelligkeit erforderlich sei. Mit einer derartigen Einzelmaßregel, fügte er hinzu, werde derjenige Weg nicht betreten, der zu einer gedeihlichen Reform der Bundesreform führen könne; erst der in seiner Verfassung wahrhaft reformierte Bund würde die Befugnis besitzen, die Gesetzgebung des gemeinsamen Vaterlandes zu organisieren. Die große nationale Bewegung sei in erster Linie auf eine erhöhte Machtstellung Deutschlands gerichtet, welcher man in einer gekräftigten Exekutivgewalt, sowie in einer damit zusammenhängenden nationalen Repräsentation Ausdruck geben möge. Er stellte dem Wiener Machwerk den Gedanken des engeren Bundesstaates im Bunde gegenüber. Ein jäher Schreck fuhr den Gegnern durch die Glieder, als sie das furchtbare Gespenst, das sie in Olmütz und Dresden für immer gebannt zu haben wähten, so plötzlich wieder vor ihren Augen stehen sahen. Schleunigst beschickte der Wiener Hof durch den Grafen Blome, Buols Schwiegersohn, seine Anhänger, um eine förmliche Liga gegen Preußen zusammenzubringen und am 2. Februar 1862 ergingen aus Wien, München, Stuttgart, Dresden, Hannover, Darmstadt und Wiesbaden identische Noten nach Berlin des Inhalts, die Gründung eines engeren Bundesstaats sei keineswegs als durch Artikel 11 der Bundesakte gerechtfertigt, sondern als unvereinbar mit dem Wesen und der Verfassung des Bundes, ja als dessen faktische, wenn auch nicht rechtliche Auflösung in sich schließend zu betrachten. Preußens Antwort bestand in der Anerkennung des Königreichs Italien, wobei es aber doch die Rücksicht übte, sich von diesem Bürgschaften für die Erhaltung des status quo auszubedingen. „Wir glauben“, erwiderte hierauf Graf Recheberg gereizt am 26., „daß diese Garantien den Wert des Papiers nicht erreichen, worauf sie geschrieben stehen, ja daß General Durando über diesen Punkt genau so denkt wie wir“; und Bernstorff schloß diesen eigentümlichen Schriftwechsel am 31. mit der Bemerkung, er schöpfe aus dieser bundesfreundlichen Mitteilung die lehrreiche Erfahrung, daß Preußen sich in Zukunft jeder ähnlichen Rücksichtnahme auf österreichische Interessen enthoben erachten dürfe.

So blieb das Verhältnis ein gespanntes. Die demonstrativ gastliche Aufnahme, welche der zweite deutsche Juristentag in Wien, der deutsche Künstlertag in Salzburg fanden, trug zur Lösung der eigentlichen Aufgabe, wie natürlich, nicht das mindeste bei. Ministerpräsident von Bismarck aber nahm in einer Unterredung mit dem österreichischen Gesandten Grafen Karolvi, Dezember 1862, Gelegenheit, gegen das von Österreich nach wie vor beliebte Verfahren, Preußen am Bundestage zu majorisieren und dessen Einspruch gegen Anträge, die ohne sein Vorwissen gestellt worden, unbeachtet zu lassen, sich nochmals sehr energisch zu verwahren. Das Beharren der Bundestagsmehrheit auf dieser verfassungswidrigen Bahn, eine solche Überschreitung der Bundeskompetenz durch Majoritätsbeschlüsse müsse Preußen als einen Bruch der Bundesverträge auffassen; es werde dann seinen Bundestagsgesandten abberufen und die Wirksamkeit der Versammlung nicht mehr anerkennen. Öster-

reich habe die Wahl, seine gegenwärtige preußenfeindliche Politik mit dem Stützpunkte einer mittelstaatlichen Koalition fortzusetzen oder eine ehrliche Verbindung mit Preußen zu suchen. Zu letzterer zu gelangen, sei sein aufrichtigster Wunsch; dieselbe könne aber nur durch das Aufgeben der preußenfeindlichen Thätigkeit an den deutschen Höfen gewonnen werden. Nach Karolichs Bericht habe Bismarck sogar Osterreich die Alternative gestellt, entweder sich aus Deutschland zurückzuziehen und seinen Schwerpunkt nach dem Osten zu verlegen oder im nächsten europäischen Konflikt Preußen an der Seite seiner Gegner zu finden.

Aber in Wien blieb man taub gegen diese Vorstellungen. Immer auf den inneren Konflikt in Preußen bauend, beharrten Osterreich und die Mittelstaaten auf ihrem Vorhaben, entschlossen, wie es schien, es aufs äußerste ankommen zu lassen. Allein im letzten Augenblick trennte sich plötzlich Kurhessen von ihnen und so kam es, daß das Reformprojekt, 22. Januar 1863, mit neun gegen sieben Stimmen verworfen wurde. Mit noch größerer Deutlichkeit als zuvor wiederholte hierbei Preußen, daß eine befriedigende Reform des ganzen Bundes unmöglich sei und daß Preußen, absehend von allen Verhandlungen über eine solche, nur in freien Vereinbarungen mit einzelnen Bundesstaaten sein Ziel erblicke. Nicht in einer unvollständigen und ohnmächtigen Delegiertenversammlung, sondern nur in einer Vertretung, welche durch unmittelbare Wahl aus der Bevölkerung hervorgehe, könne die deutsche Nation das berechtigte Organ ihrer Einwirkung auf die gemeinsamen Angelegenheiten finden. Bundesstaat und deutsches Parlament, die beiden Forderungen, für welche die deutschen Patrioten jahrzehntelang gekämpft und gelitten hatten, hier schrieb sie die preußische Regierung in weithin leserlichen Zügen auf ihre Fahne; aber so blind war die Voreingenommenheit gegen diesen Minister, den angeblichen Ritter der Reaktion, daß diese Worte so gut wie ungehört verhallten. Die Spannung zwischen den Vormächten aber wurde noch verschärft einerseits durch den handelspolitischen Kampf, andererseits durch den Ausbruch des Polenaufstandes. Nahm Osterreich im Verein mit den Westmächten eine den Polen wohlwollende Haltung an, so zog es Bismarck vor, „den Faren zum Nachbar zu haben, als ein propagandistisches Polen, welches schwerlich vergessen würde, daß Danzig und Thorn einst polnisch gewesen,“ und legte für künftige Fälle Wert auf Rußlands Freundschaft; für die Opposition Grund genug, sich in die Parteinahme für die Polen zu verirren, obgleich die blöde Polenbegeisterung von 1830 mit ihrem 1848er Nachhall längst verraucht war.

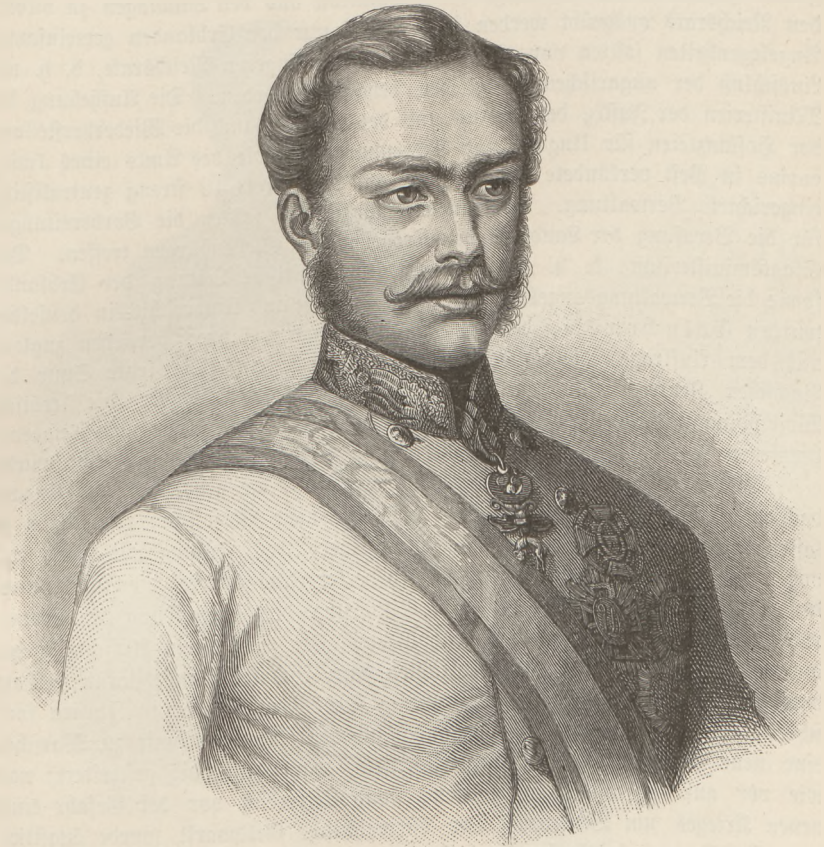
Wie stand es denn aber um das Innere dieses Osterreichs, welches Preußen einen Anteil an der Hegemonie über Deutschland so hartnäckig bestritt? Wie vieles dort faul sei, hatte der Krieg von 1859 mit erschreckender Deutlichkeit gelehrt. Wenn sich nicht weniger als 15 000 Mann, d. h. volle sechs Prozent der ins Feuer gekommenen Truppen, und zwar zum allergrößten Teile Italiener, Ungarn und Kroaten, in offenem Felde gefangen gegeben



hatten, wenn sich in Napoleons Hauptquartier Rossuth, Türr und andere Führer der ungarischen Emigration einfanden, bereit, bei einer französischen Landung in Dalmatien die Fahne der Revolution in ihrer Heimat aufzupflanzen, wenn die Niederlagen der österreichischen Waffen in den Ländern der Stephanskronen mit kaum verhehlter Befriedigung aufgenommen und selbst von der Wiener Börse mit einer Hauffe begrüßt wurden, so waren das Beweise genug, wohin das seit zehn Jahren am Ruder befindliche System den Kaiserstaat gebracht hatte. Am 22. August 1859 erhielt Bach, der die Seele desselben gewesen, seine Entlassung. Einen Nachfolger für ihn fand man in dem Statthalter von Ostgalizien, Grafen Goluchowski, einen Präsidenten und Minister des Auswärtigen in dem Grafen Rechberg, Graf Grünne wurde ebenfalls seines Postens als Generaladjutant enthoben. Einen gründlichen Systemwechsel bedeutete jedoch dieser Personenwechsel nicht, und er besserte die Stimmung um so weniger, als eine Reihe von Enthüllungen eben jetzt einen Blick in den Abgrund des bisherigen Systems zu thun gestatteten. Es kam zu Tage, daß der Finanzminister Bruck das 1854 ausgegebene Anleihen von 500 Millionen heimlich um 111 Millionen überschritten hatte; in Ungnade entlassen, entleibte er sich, 23. April 1860, selbst. Durch die Aufdeckung ungeheurer Unterschleife in der Heeresverwaltung suchte die herrschende Militärkoterie den Zorn der Armee über die nicht von ihr verschuldeten Niederlagen von sich auf jene abzuwälzen. General von Sznatten, den nur die Gunst Grünnes an die Spitze dieses Departements gebracht hatte, erkannte sich, wegen Unterschlagungen verhaftet, im Gefängnis. Die Untersuchung erstreckte sich auch auf andere hochgestellte Armeelieferanten. Dazu die steigende Finanznot, die Zahlungseinstellung der Bank, das gänzliche Scheitern einer im März 1860 aufgelegten Anleihe!

Und doch ging die Regierung aus allen diesen Erfahrungen unbelehrt hervor, immer nur bedacht, durch allerhand kleine Mittel sich aus den nächsten Verlegenheiten herauszuhelfen. Die Ungarn suchte der Unterrichtsminister Graf Thun durch das Protestantentpatent vom 1. September 1859 zu fördern, das der Vorläufer der auch den Protestanten der übrigen Kronländer zu gewährenden Erleichterungen sein sollte; aber jene stießen die Scheinkonzession unwillig zurück und verlangten die Herstellung ihrer alten Synodalverfassung. Nun glaubte man schon etwas Großes zu thun, indem ein kaiserliches Patent vom 5. März 1860 einen verstärkten Reichsrat für die ganze Monarchie einsetzte, bestehend aus den ständigen Reichsräten, den Erzherzögen und anderen vom Kaiser ernannten hohen Würdenträgern, und nur mit beratender Befugnis ausgestattet. Diese regierungsseitig als die Krone der verheißenen Reformen gepriesene Einrichtung trug freilich zur Beschwichtigung der herrschenden Mißstimmung nicht das Geringste bei. In Ungarn nahm die Agitation gegen das Protestantentpatent einen immer drohenderen, schon halbrevolutionären Charakter an. Es blieb keine Wahl, man mußte einlenken. Benedek, damals der Höhe des Publikums, wurde zum Generalgouverneur von Ungarn

ernannt, die Zerstückelung des Landes in fünf Verwaltungsgebiete zurückgenommen, die alten Komitate wiederhergestellt, das Protestantenpatent aufgehoben und eine Amnestie erlassen. Aber diese Kapitulation der Regierung zeigte nur den Ungarn den Vorteil ihrer Stellung. Es war ein schlimmes



Kaiser Franz Josef I. von Osterreich.

Nach dem Kupferstiche, 1860, von Mezmaeker.

Vorzeichen für den am 31. Mai eröffneten Verstäkften Reichstag, daß von den dazu berufenen ungarischen Herren ein Teil abgelehnt hatte, die Er-schienenen aber durch alte parlamentarische Übung und Sicherheit des Auf-tretens alsbald die Führerschaft an sich rissen und durch ihre Verwahrungen die Verhandlungen dieser Körperschaft über den vorgelegten Verfassungsentwurf ins Stocken brachten. Abermals mußte die Regierung zurückweichen. „Sie



sind die Sieger," sagte der Kaiser zum Primas von Ungarn. Hals über Kopf wurde das Diplom vom 20. Oktober ausgefertigt, welches in Erwägung der vom Verstärkten Reichsrat ausgesprochenen Wünsche als beständiges und unwiderrufliches Staatsgrundgesetz festsetzte, daß das Recht der Gesetzgebung in Zukunft nur unter Mitwirkung sowohl der Landtage als des hundert Mitglieder zählenden und im Wege der Deputation aus den Landtagen zu bildenden Reichsrats ausgeübt werden solle. Alle nur den Erblanden gemeinsamen Angelegenheiten sollten von einem sogenannten Engeren Reichsrate, d. h. mit Ausschluß der ungarischen Mitglieder, behandelt werden. Die Aufhebung der Ministerien der Justiz, des Kultus und des Inneren und die Wiederherstellung der Hofkanzleien für Ungarn und Siebenbürgen, sowie des Amtes eines *Judex curiae* in Pest verkündete den Verzicht auf die seit 1849 streng zentralistisch eingerichtete Verwaltung. Vertrauenskommissionen sollten die Vorbereitungen für die Berufung der Landtage von Kroatien und Siebenbürgen treffen. Das Staatsministerium, d. h. die administrativ-politische Leitung der Erblande, sowie die Verwaltungsangelegenheiten des Kultus und Unterrichts in denselben wurden *Goluchowski*, dem Mann der feudalen Sippe, verliehen zugleich mit dem Auftrage, die Landesstatuten auszuarbeiten. Die letzte Spur der bawischen Zentralisation verschwand, als am 27. Dezember die serbische *Wojwodina* mitsamt dem Temeser Banat nach Anhörung einer nach Temesvár berufenen Notabelnversammlung wieder der Stephanskronen einverleibt wurde.

Die Wirkung des Oktoberdiploms war nicht die gehoffte. Die Ungarn dachten nicht daran, sich von Wien aus eine neue Verfassung oktroyieren zu lassen; allerorten brach die Unmöglichkeit einer Verständigung mit ihnen hervor. Die wiederhergestellten Komitate forderten ohne weiteres die Anerkennung der 1848er Gesetze und bis dahin Sistierung der Eintreibung der Steuer rückstände. In den Erblanden erscholl von allen Seiten ein Aufschrei gegen die von *Goluchowski* veröffentlichten ganz feudalen Landesstatute. Dazu wuchsen die Verlegenheiten nach außen. Der Versuch, der in Italien fortschreitenden revolutionären Propaganda auf der Zusammenkunft zu Warschau eine neue Heilige Allianz entgegenzustellen, war vollständig gescheitert; nach wie vor auf sich allein angewiesen, stand Österreich vor der Gefahr eines neuen Krieges um Venetien. Der österreichische Geldmarkt wurde ängstlich; eine Geldflenne brach herein, wie sie kaum 1849 und 1850 dagewesen. Das Silberagio stieg auf 40 — 50 Prozent; das Verschwinden des Bargeldes nötigte, für zwölf Millionen Zehnkreuznoten auszugeben, die jedoch nur außerhalb Venetiens Geltung haben sollten, dagegen erhielten die Banknoten auch dort Zwangskurs; die Zinsleihen des Rationalanlehens wurden statt in Silber in Papier eingelöst. Ungarn schien mit vollen Segeln der Losreißung von der Monarchie zuzusteuern; man begann die kaiserlichen Farben und Abzeichen zu beseitigen, zur Deckung des dortigen Steuerausfalls mußte die Regierung ein Anlehen von 30 Millionen aufnehmen. Zugleich benutzten die Magyaren ihre Erfolge, um gegen Deutsche und Slawen den härtesten

Sprachenzwang auszuüben. Die Austreibung fremder Beamten und Lehrer begann in großartigem Maßstabe und in brutalster Weise. Die Gewerbe-freiheit und das deutsche Wechselrecht wurden abgeschafft.

So konnte es nicht weiter gehen. Ein neues Ministerium unter dem Vor-sitze Schmerlings übernahm 13. Dezember 1860 die Leitung der



Minister von Schmerling.

Nach dem Stahlstiche von Weger. Original: Photographie.

Geschäfte. Sein Programm, freie Wahl der Landtage zum Reichsrate, für diesen Öffentlichkeit, Gesetzgebungsinitiative und Vermehrung der Mitgliederzahl, d. h. Verwandlung des Verstärkten Reichsrats in ein wirkliches Parlament, wurde wenigstens von den Deutschösterreichern mit großer Befriedigung aufgenommen. Durch ein Patent vom 26. Februar 1861 wurde die neue Verfassung verkündigt. Unter Kassierung der Goluchowskischen Statute pro-



klamierte es das Oktoberdiplom, das nachfolgende Reichsratsstatut und die gleichzeitig erlassenen Landesverfassungen als die Verfassung des Reichs. Der Reichsrat besteht aus Herren- und Abgeordnetenhaus, zu welchem letzteren sämtliche Länder des Reichs einschließlich Venetien und Ungarn 343 Delegierte ihrer Landtage entsenden. Nur neue Abgaben, Ausgaben und Anlehen bedürfen einer Bewilligung. Einem Staatsrate lag die Begutachtung aller Gesetzentwürfe für den Gesamt- oder Engeren Reichsrat oder für die Landtage ob. Nach den für die sieben Kronländer erlassenen Landesordnungen wurden die Landtage nach Interessengruppen, flaches Land, Städte und Handelskammern, Großgrundbesitz, Virilstimmen von Prälaten und Universitäten, zusammengesetzt. Bald darauf hob das Protestantenpatent vom 8. April 1861 für die Erblande, mit Ausnahme Dalmatiens, alle Beschränkungen in Bezug auf die Errichtung von Kirchen mit oder ohne Turm und Glocken, auf die Begehung religiöser Feierlichkeiten, auf die Ausübung der Seelsorge auf und verlieh der evangelischen Kirche eine Presbyterial- und Synodalverfassung.

Allein auch über dieses Experiment dauerte die Freude nur kurze Zeit. Man überlegte, daß ein aus Delegierten der Landtage, nicht aus direkten Wahlen hervorgegangener Reichsrat doch nur das Zerrbild einer Volksvertretung liefere. Schlechthin ablehnend verhielt sich Venetien, obgleich die Regierung den Zwangskurs für diese Provinz wieder aufgehoben hatte. Der letzte Versuch, die Provinz an den Körper des Reichs zu ketten, war gescheitert. Die Ungarn blieben gleichfalls fern. Die entschiedenste Partei in Pest, unter Tisza und dem heimgekehrten Emigranten Graf Teleki (der sich jedoch bald darauf erschoss), beharrte auf dem Standpunkte, daß bei der verfassungswidrigen Art, wie Kaiser Ferdinands Abdankung geschehen, sein Nachfolger so lange nur als tatsächlicher, nicht als rechtmäßiger König von Ungarn betrachtet werden könne, bis er nicht gekrönt sei; aber auch die Verständigungspartei unter Deák forderte die Wiederherstellung der ungarischen Verfassung und der 1848er Artikel, in schroffem Gegensatz zur Wiener Regierung, die auch jetzt noch die ungarische Verfassung als durch die Revolution verwirkt ansah. In feierlicher Weise erklärte der Pester Landtag, daß er die durch die Pragmatische Sanktion, Gesetze und Krönungseide gewährleistete Selbständigkeit und Unabhängigkeit des Landes keinerlei Rücksichten und Interessen opfern könne und jede Unterordnung, jede Einverleibung als etwas schlechterdings Unmögliches zurückweise. Obgleich mit diesen Forderungen abgewiesen, blieb er dabei, daß er keine Last, keine Pflicht, die der Reichsrat begründe, kein Anlehen, dessen Aufnahme dieser beschließe, keinen von ihm bewilligten Verkauf von Staatsdomänen als für Ungarn bindend anerkenne. Am 21. August wurde der ungarische Landtag aufgelöst. Eine kaiserliche Botschaft verkündete den festen Entschluß, die Einheit des Reichs und die Selbständigkeit seiner Teile gleichmäßig zu wahren, zu befestigen und dauernd ins Leben zu führen. Sie brauchte nun Ernst gegen die Ungarn. Der Pester Magistrat, der Ofener Statthaltereirat, alle Komitatskongregationen

wurden aufgelöst, der Primas, der sich der nationalen Opposition offen angeschlossen hatte, nach Wien berufen, wo ihm der Kaiser sein allerhöchstes Mißfallen zu erkennen gab, und für ganz Ungarn Militärgerichte eingesetzt. Statt der gehofften Versöhnung war der offene Bruch mit Ungarn eingetreten. Auch der kroatische Landtag lehnte die Wahlen zum Reichsrat ab; der galizische, wo der polnische Adel für, die Bauern und die Ruthenen gegen die neue Verfassung waren, beschiedte ihn nur unter Vorbehalt. Die Nationsuniversität der siebenbürger Sachsen unter ihrem Grafen Konr. Schmidt und ein Rumänentongreß zu Hermannstadt, an dessen Spitze der griechisch-orthodoxe Bischof Saguna stand, waren die einzigen, die sich für die Reichseinheit und für die Ausdehnung der Reichsverfassung auf ihr Land aussprachen. Gegen die Stimmen der Magyaren erklärte der siebenbürgische Landtag am 21. August die Union des Großfürstentums mit Ungarn von 1848 für ungesetzlich und hinfällig und vollzog die Wahlen in den Reichsrat.

So war also diese Versammlung bei ihrer feierlichen Eröffnung am 1. Mai gar nicht, was sie sein sollte; statt 343 Mitglieder zählte sie kaum 200. Sie stellte also höchstens den Engeren Reichsrat dar. Aber man mußte unter allen Umständen den Weiteren haben. Denn um der Entwertung des Papiergeldes abzuweichen, war es unerläßlich, die Reichsfinanzen einer konstitutionellen Kontrolle zu unterstellen, und diese stand nach dem Februarpatente nur letzterem zu. Man half sich, indem eine kaiserliche Botenschaft vom 17. Dezember diesem Reichsrate ausnahmsweise die Befugnis des Weiteren beilegte und ihn zur Beratung des Budgets von 1862 ermächtigte.

Aber auch innerhalb dieser Körperschaft regte sich die Opposition teils gegen die zentralistischen, teils gegen die liberalen Tendenzen der Regierung. Schon am 6. Mai hatten sämtliche bischöfliche Mitglieder eine geharnischte Adresse gegen das Protestantentpatent an den Kaiser gerichtet, während von außen her die Klerikalen einen Petitionssturm gegen dasselbe organisierten. Die Föderalisten aber, die Tschechen voran, fühlten sich durch das Beispiel der Ungarn zur Racheiferung gespornt und eine dritte Opposition, veranlaßt durch ernste Bedenken gegen die Bergewaltigung Ungarns, erhob sich in der deutschen Autonomistenpartei unter Rechbauer und Wiser. Am 24. März 1862, bei Beginn der Budgetdebatte, verließen die Polen und Tschechen das Haus unter Protest gegen die Kompetenz des Engeren Reichsrats und beide Häuser beantragten schleunige Maßregeln, um im Interesse der staatsrechtlichen Konsolidierung und zur Verbesserung der Finanzlage eine Versöhnung mit Ungarn herbeizuführen. Denn diese letztere verschlimmerte sich zusehends. Im Jahre 1862 waren die Einnahmen um 33 Millionen unter dem Voranschlage geblieben, für 1863 war ein Fehlbetrag von 62½ Millionen vorgesehen; Ersparungen scheiterten an den Mehrforderungen für das Heer. Selbst die vom Reichsrat aufgestellten liberalen Grundsätze wurden durch die mit ihm rivalisierende Autonomie der Kronländer zu nichte, wo Tschechen, Polen und Südslawen im Bunde mit den Ultramontanen sie für die praktische Anwendung



in ihr Gegenteil verwandelten. Auf die vortrefflichen „Grundsätzlichen Bestimmungen zum Aufbau des Gemeindeorganismus“ pflanzte der Lemberger Landtag Gemeindegesetze, welche die Juden mißhandelten, und der tiroler schloß die lutherischen Ketzer vom Niederlassungsrechte aus. Das waren die ersten Früchte der Koalition zwischen Föderalisten und Ultramontanen. Schon beim Schluß der ersten Reichsratsstagung, 18. Dezember 1862, ließ sich erkennen, daß Schmerling der Aufgabe, die er sich gestellt hatte, die Einheit des Reichs in konstitutionellen Formen zu begründen, nicht gewachsen war. Während sein Verhältnis zur deutschliberalen Partei immer gespannter wurde, stellten Kamarilla und Militärpartei, angefeuert durch die Art, wie Bismarck mit dem Landtage umsprang, ihn vor die Wahl, entweder selbst den reichsrätlichen Schwärmern den Mund zu stopfen oder einem energischeren Nachfolger Platz zu machen. Und doch gefiel sich Schulze-Deleßsch im Berliner Abgeordnetenhaus, auf dieses Österreich hinzuweisen, das in der vollen Hingabe an das konstitutionelle Prinzip die ungeheuren Schwierigkeiten seines Staatswesens wenigstens einleitend und augenblicklich zu beschwören wisse, während man in Preußen ohne jede Veranlassung und Not von dem konstitutionellen Prinzip in das absolute zurücklenke und die Stellung des Vaterlandes in dem Augenblicke untergrabe, wo Österreich die rechten Mittel erkenne, die seine zu befestigen!“

Nicht die innere Kraft, sondern die Unhaltbarkeit der inneren Zustände war es auch, was Österreichs deutsche Politik bestimmte. Das System germanisierender Zentralisation, welches seit Schwarzenberg und Bach in Blüte stand, konnte ohne die engste organische Verbindung mit Deutschland, ohne die straffste Hegemonie über dieses den Widerstand der übrigen Nationalitäten und besonders den der Magyaren nicht zu besiegen hoffen. Hierzu trat im gegenwärtigen Augenblicke eine Intrige. Die Koterie von Konvertiten „aus dem Reiche“, die im auswärtigen Amte das Ruder führten, die Blome, Gager, vor allen Biegeleben, der Referent für die deutschen Angelegenheiten, hielten den Zeitpunkt, wo der innere Konflikt in Preußen mit voller Heftigkeit tobte, für den geeignetsten, um mit demselben Schlage diese tödlich gehaftete keiserliche und rivalisierende Macht zu Boden zu werfen und daheim den nicht minder verhassten Schmerling aus dem Sattel zu heben. Am 3. August 1863 erschien Kaiser Franz Josef zum Besuche bei dem in Gastein weilenden Könige von Preußen und kündigte ihm einen Plan zur Reform der deutschen Bundesverfassung an, den eine mitgebrachte Denkschrift des näheren erläuterte. „Der Boden der Bundesverträge, hieß es darin, schwankte unter den Füßen dessen, der sich auf ihn stelle, der Bau der vertragsmäßigen Ordnung der Dinge in Deutschland zeige überall Risse und Spalten und der bloße Wunsch, daß die morschen Wände den nächsten Sturm noch aushalten möchten, könne ihm die dazu nötige Festigkeit nimmermehr geben.“ Mußte schon die plötzliche Bekehrung, welche die bisher immer wie ein Palladium gefeierte Bundesverfassung auf einmal für ganz wertlos erklärte, höchlichst

überraschen, so noch viel mehr die Ankündigung eines deutschen Fürstentags, zu der der Kaiser den König auf den 16. August nach Frankfurt einlud. König Wilhelm lehnte nicht unbedingt ab, aber er verlangte Aufschub bis zum 1. Oktober, damit dem Kongresse Konferenzen der Minister vorausgehen könnten. Wie sehr erstaunte er daher, als er unmittelbar darauf die amtliche, bereits am 31. Juli ausgefertigte Einladung zum Fürstentag auf den 16. August erhielt! Es war dasselbe Verfahren gegen die Person des Königs, welches in Frankfurt so lange gegen die preußische Regierung in Schwung gewesen und dort von Bismarck bekämpft worden war. Ohne Zögern lehnte der König ab, aber die übrigen Einladungen waren ebenfalls bereits abgegangen.

Am festgesetzten Tage fanden sich die deutschen Fürsten und die Bürgermeister der vier freien Städte in Frankfurt ein; nur der König von Preußen und der Fürst von Lippe-Deimold fehlten. Nichts war versäumt, um das Schauspiel glanzvoll in Szene zu setzen. Der Reformplan, mit welchem die erlauchte Versammlung überrumpelt werden sollte, beruhte „auf dem mit Klarheit und Entschiedenheit festgehaltenen Föderativprinzip“: ein Bundesdirektorium, bestehend aus Österreich, Preußen, Bayern und zwei aus den größeren Fürsten, ein Bundesrat unter Österreichs Vorsitz, eine alle drei Jahre zusammentretende Versammlung von Delegierten der Landtage, außerdem persönliche Zusammenkünfte der Fürsten, Bundesgericht. Den eigentlichen Kern bildete wiederum die dem Bunde angedachte Bürgerschaft für Österreichs Gesamtbesitzstand: bei Kriegen eines Bundesstaates, der außerdeutsche Besitzungen habe, solle die Entscheidung des Direktoriums mit einfacher Stimmenmehrheit stattfinden. Bevor man jedoch in die Beratung eintrat, beschloß man auf Vorschlag des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin, den König von Preußen, der sich inzwischen nach Baden-Baden begeben hatte, nochmals und zwar durch den König Johann von Sachsen in Person zur Teilnahme einzuladen. Allein König Wilhelm verblieb bei seiner Ablehnung, da er erst dann Entschliebung fassen könne, wenn die österreichischen Anträge in gesetzmäßiger Weise von seinen Ministern geprüft worden seien. Aber auch die Würzburger waren sehr erregt über die ihnen angedachte Überstürzung; allmählich fanden sie sogar den Mut zu offener Opposition. Das Direktorium mußte ihnen zu Gefallen von fünf auf sechs erhöht werden. Große Verlegenheit entstand, als der Großherzog von Baden, der, von seinem Minister Roggenbach beraten, entschlossen war, den österreichischen Anschlag um jeden Preis zu vereiteln, den Wechsel des Vorsitzes zwischen Österreich und Preußen beantragte. Man wußte sich nicht anders zu helfen, als indem man diese Frage, d. h. also einen Kardinalpunkt, offen ließ. Damit war das ganze Projekt gescheitert. Aber auch mit dieser Lücke und mit dem Vorbehalt der Zustimmung sämtlicher Bundesstaaten lehnten nun Baden, Weimar, Mecklenburg-Schwerin, Altenburg, Waldeck und die vier freien Städte die Unterzeichnung der Reformakte ab. Auch Preußen wurde zum Beitritt ein-



geladen. Aber das Ministerium sprach sich für Ablehnung aus: denn eine Bürgschaft, daß die wahren Bedürfnisse und Interessen des deutschen Volkes bei der Neugestaltung des Bundes zur Geltung kämen, könne nur in einer aus direkter Beteiligung der ganzen Nation hervorgehenden Nationalvertretung gefunden werden. Nur eine solche gewähre Preußen die Sicherheit, daß es nichts zu opfern habe, was nicht dem ganzen Deutschland zu gute komme; und in diesem Sinne antwortete der König am 22. September.

Dieser Mißerfolg des Frankfurter Fürstenkongresses begrub thatsächlich den alten Bund. Auf die öffentliche Meinung war jedoch das scheinbar so sichere Vorgehen Österreichs nicht ohne Eindruck geblieben. Selbst der ebenfalls in Frankfurt zusammengetretene deutsche Abgeordnetentag glaubte nicht, sich dem österreichischen Projekt gegenüber schlechthin verneinend verhalten zu dürfen. So tief wurzelte der Haß gegen Bismarck, daß man lieber von Österreich zu erhalten suchte, was Preußen von selbst bot. Jenes schien in der That nicht übel gewillt, sein Projekt ohne, ja gegen Preußen durchzusetzen; seinem Wunsche nach sollten auch seine Anhänger dies in Berlin durch identische Noten zu erkennen geben. Auf seinen Betrieb traten 23. November in Nürnberg Ministerkonferenzen zusammen, allein zu dem verlangten gemeinsamen Schritte gegen Preußen kam es nicht. Der österreichische Vorschlag, mit der Einsetzung des Direktoriums vorzugehen, fand allseitigen Widerspruch; bei den Mittelstaaten war noch zu frisch die Erinnerung an den Hochdruck, den sie widerwillig in Frankfurt empfunden hatten; es kam ihnen gar nicht unerwünscht, daß das Projekt an Preußens Nein zerschellte. Und so blieb denn von dem ganzen pomphaften Unternehmen nichts als der Eindruck zurück, daß Österreich eine schwere diplomatische Niederlage erlitten habe.

Zimmer heftiger werdende Spannung zwischen Österreich und Preußen, Furcht der Mittelstaaten vor diesem, gegenseitige Verstimmung zwischen ihnen und jenen, bei Regierungen und Bevölkerungen die eingestandene Überzeugung, daß es so nicht bleiben könne und doch gänzliche Ratlosigkeit, wie aus diesem Chaos herauskommen, das war Deutschlands innerer Zustand, als ein Zwischenfall eintrat, der die Verwirrung der deutschen Verhältnisse der entscheidenden Lösung entgegenführen sollte. Diesen Zwischenfall brachte die schleswig-holsteinische Angelegenheit.

Der Friede vom 2. Juli 1850 hatte den Streit über die Rechtsverhältnisse der Herzogtümer zu Dänemark unerledigt gelassen. Dagegen verhielt nach längeren Verhandlungen mit den beiden deutschen Großmächten ein Patent König Friedrichs VII. vom 28. Januar 1851 eine Neuordnung der gesamten dänischen Staatsverhältnisse in der Weise, daß der König in den Herzogtümern absolute Regierungsgewalt haben, in jedem Herzogtume Provinzialstände des alten Systems mit beratender Stimme bestehen, jede politische Verbindung zwischen Schleswig und Holstein gelöst sein, ebensowenig aber eine Inkorporierung Schlesiens in das Königreich stattfinden solle. Diesem zur Schmach Deutschlands von der siegreichen Reaktion geschlossenen

Übereinkommen die von Oesterreich und Preußen beantragte Zustimmung zu erteilen, konnten sich die Bundesregierungen doch nicht ohne weiteres entschließen, und so kam es, daß beide Mächte das Land Anfang 1853 auch ohne Bundesbeschluß auslieferten. Erst am 29. Juli d. J. war die reaktionäre Sticlust im Bundespalast dick genug geworden, daß der Bund seine Genehmigung erteilte. Hiervon unabhängig war die dänische Erbfolgefrage durch das Londoner Protokoll vom 8. Mai 1852 geregelt worden, in welchem die fünf Großmächte und Schweden in Erwägung, daß die Erhaltung der Integrität der dänischen Monarchie mit den allgemeinen Interessen des europäischen Gleichgewichts verknüpft und von höchster Bedeutung für die Erhaltung des Friedens sei, sich verpflichteten, den Prinzen Christian von Sonderburg-Glücksburg, den Gemahl von Christians VIII. Richte Luise von Hessen, als Nachfolger in allen Teilen der Monarchie anzuerkennen. Der Herzog von Augustenburg wurde vermocht, gegen eine Entschädigung von drei Millionen Thalern auf seine Erbrechte zu verzichten.

Raum sahen sich jedoch die Dänen wieder als unumschränkte Herren in den Herzogtümern, als sie sich auch ungeheuer die schreiendsten Rechtsverletzungen gestatteten. Ihre Verfolgungssucht traf die fürstliche Familie, die Mitglieder der Landesregierung, die Offiziere der schleswig-holsteinischen Armee und alle, die sich als Verfechter oder Anhänger der deutschen Nationalität hervorgethan hatten. An Stelle der willkürlich entlassenen deutschen Beamten wurde das Land mit zweifelhaften dänischen Persönlichkeiten überschwemmt, deutsche Sprache und Sitte auf das gehässigste unterdrückt. Auf Betrieb des dänischen Reichsrats, ohne jedes Gehör der Provinzialstände setzte die Kopenhagener Regierung 2. Januar 1855 eine neue Gesamtstaatsverfassung in Kraft, welche den in der Überzahl aus Dänen bestehenden Reichsrat als Gesamtvertretung der Monarchie einsetzte. Die holsteinischen Stände erklärten zwar Januar 1856 diese Verfassung als den königlichen Zusagen vom Januar 1852 sowohl als auch den Rechten des Herzogtums widersprechend, dennoch wurde sie, ohne Zustimmung der Stände und begleitet von neuen Übergriffen, eingeführt. Der jeder thatsächlichen Begründung entbehrende Anspruch der Großmächte, daß die Integrität der dänischen Monarchie ein allgemein europäisches Interesse sei, hatte den Dänen vollständig den Kopf verdreht; darauf fußend meinten sie gegen die Herzogtümer sich jeden Rechtsbruch gestatten zu dürfen, ihnen weder Treue noch Glauben halten zu brauchen, im äußersten Notfalle sich auf den Beistand des Auslandes gegen Deutschland verlassen zu können. Darum wurden die Beschwerden der holsteinischen Stände in Kopenhagen ebenso barsch zurückgewiesen wie die wohlgemeinten Ratschläge Preußens oder anderer befreundeter Mächte. Veranlaßt durch eine Beschwerde der Lauenburger Stände brachten endlich Oesterreich und Preußen 29. Oktober 1857 die Angelegenheit an den Bund. So wenig sonst Eile Sache des Bundes war, so gerieten doch diesmal seine Verhandlungen in eine kaum noch dagewesene Beschleunigung. Nur sah er sich auch wieder gehemmt, bald durch



die Rücksicht auf die Dänemark zugeneigten auswärtigen Mächte, bald durch die gegenseitige Eifersucht der Mittel- und Kleinstaaten, die es darauf anlegten, vor der öffentlichen Meinung und in ihren Kammern das Odium aller unpopulären Maßregeln den beiden Großmächten zuzuschieben, selbst aber ihre Hände in Unschuld zu waschen, und denen das Bewußtsein des Mangels an Einfluß und Verantwortung in Bezug auf die großen politischen Fragen hier eine wohlfeile Tapferkeit ermöglichte.

Am 11. Februar 1858 erklärte der Bundestag die Gesamtstaatsverfassung als für Holstein und Lauenburg nicht zu Recht bestehend, am 12. August beschloß er unter Androhung der Exekution binnen drei Wochen ihre Zurücknahme zu fordern. Nunmehr fand es die dänische Regierung doch für gut, weiteren Schritten zuvorzukommen: am 6. November setzte sie die Gesamtverfassung für Holstein und Lauenburg außer Kraft und berief die holsteinischen Stände zu weiteren Vereinbarungen ein. Diese Nachgiebigkeit war aber doch nur eine scheinbare; thatsächlich bedeutete sie die Verwirklichung des eiderdänischen Programms, die völlige Lostrennung Schlesiens von Holstein und seine Einverleibung in Dänemark. Um so nachdrücklicher machten die am 3. Januar 1859 zusammengetretenen holsteinischen Stände die Verbindung beider Herzogtümer zum Ausgangspunkte ihrer Forderungen, verwarfen die Verfassungsvorlagen und verlangten vor allem andern die Wiederherstellung der einheitlichen Verwaltung Schlesiens mit Holstein. Aber eine Verständigung wurde nicht erzielt; auch die schleswigschen Stände wurden 19. März 1860 wegen ihres Widerspruchs gegen die dänische Verfassung aufgelöst. Die Haltung der dänischen Regierung gegen die Herzogtümer wurde immer schroffer; sie glaubte den italienischen Krieg für sich auszunutzen zu können. Aber das Gegenteil war der Fall. Durch die Vorstellungen Englands war Napoleon zu der Überzeugung gekommen, daß er dem deutschen Nationalgefühl in der schleswig-holsteinischen Sache nicht zu nahe treten dürfe, wenn er nicht ganz Deutschland gegen sich aufregen wolle; nichts aber fürchtete dieser mehr als eine feindliche Stimmung Deutschlands, während er den Krieg mit Oesterreich auf den Schultern hatte.

Der Bundestag beantwortete das dänische Patent vom 23. September 1859, die Sicherstellung der Interessen Holsteins bei Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten betreffend, damit, daß er unter Gewährung einer abermaligen Frist auf endliche Erfüllung der Versprechungen von 1852 drang und zu jedem Finanzgesetz für Holstein und Lauenburg die Zustimmung der Stände für unerlässlich erklärte. Trozdem machte die dänische Regierung 4. Juli 1860 den Finanzetat für dieses und das folgende Jahr ohne diese Zustimmung bekannt. Die Langmut des Bundes ermutigte sie sogar zu Kriegsrüstungen, die jeden Widerstand der Herzogtümer mit Waffengewalt unterdrücken sollten. Eine Aushebung von 6000 Seesoldaten wurde vorgenommen, die Erlaubnis zur Bildung eines Freikorps in Kopenhagen erteilt, Gelder zur Beschaffung von Kanonenbooten gesammelt. Nun riß in Frankfurt doch der Faden der

Gebuld. Am 7. Februar 1861 erklärte der Bundestag unter Androhung der Exekution, falls die dänische Regierung nicht binnen sechs Wochen allen an sie gerichteten Forderungen nachkomme, das Patent vom 23. September 1859 sowie sämtliche darauf gegründete Verordnungen als nicht zu Recht bestehend; und da auch die auswärtigen Kabinette ernstlich zur Nachgiebigkeit rieten, so mußte man sich in Kopenhagen doch zu neuen Verfassungsvorlagen an die Fjöhoer Stände entschließen; die wichtigste aber, die des Budgets, unterblieb. Es bedurfte eines neuen Druckes aus London, um die dortige Regierung zu etwas weiterem Einlenken zu bringen. Am 29. Juli verstand sie sich dazu, jenes Patent für das laufende Finanzjahr außer Wirksamkeit zu setzen, worauf der Bundestag von dem angebotenen Exekutionsverfahren Abstand zu nehmen beschloß.

Allein auch diese Fügsamkeit war nichts als Blendwerk. Indem die dänische Regierung am 8. Februar 1862 den Reichsrat, da Holstein und Lauenburg nicht mehr daran teilnahmen, die Zahl seiner Beschlußfähigkeit entsprechend herabsetzen ließ, wurde die staatsrechtliche Trennung Schleswigs von Holstein, seine völlige Vereinigung mit Dänemark vollzogen. Die eiderdänische Partei hatte in Kopenhagen ganz die Oberhand gewonnen, die Regierung stand unter dem Druck der Straßendemagogie. Eine königliche Bekanntmachung vom 30. März 1863 erklärte die Verheißungen von 1852, und zwar durch die Schuld des Deutschen Bundes, für undurchführbar. Nachdem der Deutsche Bund mit zehnjähriger Gebuld auf die Ausführung jener Vereinbarungen gewartet hatte, sagte sich der dänische Troß durch einen frechen Staatsstreich von ihnen los! Daß sie allein ihren Gegnern nicht gewachsen seien, wußten die Dänen wohl, aber sie pochten auf die Hilfe Europas, auf die Interessensverschiedenheit der deutschen Großmächte, — denn wie hätte Osterreich als Vorkämpfer der Nationalität auftreten können —, endlich auf den innern Konflikt in Preußen. Sprach doch der Abgeordnete Twetten allem, was der Ministerpräsident in dieser Sache thun würde, im voraus sein unbegrenztes Mißtrauen aus; Dänemark würde diesen neuen Rechtsbruch gar nicht gewagt haben, wenn es nicht überzeugt wäre, daß Preußen durch sein jeziges Ministerium mit Ohnmacht geschlagen sei; sollte dieses wirklich Krieg führen wollen, so würde das Abgeordnetenhaus dem entschieden entgegentreten. Dennoch befanden sich die Dänen damit in einem dreifachen Irrtum.

Allerdings gab ihnen die unklare Haltung des britischen Kabinetts ein gewisses Recht, sich wenigstens auf diesen guten Freund zu verlassen. Russell hatte ihnen ausdrücklich versprochen, wenn sie nur seinem Räte folgten, würde er ihnen kein Leid anthun lassen, und die Dänen legten dies dahin aus, daß sie auf Englands Schutz unbedingt zählen könnten, wenn sie nur behaupteten, dessen Rathschlägen gefolgt zu sein. Vermählte sich ja der Prinz von Wales am 10. März 1863 mit der Tochter des künftigen Königs Christian, Alexandra, stand ja doch die öffentliche Meinung in England entschieden auf ihrer Seite! Größer war aber doch die Scheu Englands vor jeder neuen



kriegerischen Verwicklung. Unter einer Bedingung wäre Russell dennoch bereit gewesen, Dänemark mit den Waffen zu unterstützen, der nämlich, daß Kaiser Napoleon sich anschloße. Hier aber machte sich die Wirkung des polnischen Aufstandes geltend. Verlezt durch Englands Weigerung, in dieser Sache mit ihm und auf seinen Kongressvorschlag einzugehen, lehnte dieser ab; die englisch-französische Allianz konnte als aufgelöst gelten, und ebensowenig lud in Petersburg die tiefe Verstimmung über die Einmischung der Westmächte in die polnische Sache zu einer mit ihnen gemeinsamen in die schleswig-holsteinische ein. Das Seltsamste war aber doch, daß Österreich in dieser Angelegenheit auf einmal Arm in Arm mit Preußen ging, dasselbe Österreich, das eben erst im Bunde mit den Mittelstaaten den Zollverein zu sprengen und Preußen die Bundesreform aufzunötigen gesucht hatte. Freilich folgte es seinem Verbündeten nur mit halber Neigung, um ihn nicht allein im Norden wirtschaften zu lassen, und ohne jedes Interesse für die Herzogtümer; aber, wollte es nicht seinen Einfluß auf Deutschland ganz verlieren, so durfte es sich in dieser nationalen Sache nicht gleichgültig zeigen. Was aber die Hauptsache: dem überlegenen Geiste Bismarcks war es gelungen, das durch eine verfehlte auswärtige Politik haltlos gewordene Wiener Kabinett in derselben von allen seinen Überlieferungen loszureißen und es seiner Leitung zu unterwerfen durch den Hinweis auf die Gefahr, daß die Mittelstaaten den Vormächten über den Kopf wachsen könnten, durch die Anrufung der Solidarität der konservativen Interessen, durch die geschickte Benützung des Ärgers über die eben erst auf den Nürnberger Konferenzen erlittene Niederlage. Auch die Drohungen der Opposition ließen ihn kalt. „Ich kann Sie versichern und das Ausland versichern,“ erwiderte er darauf, „wenn wir für nötig halten, Krieg zu führen, so werden wir ihn führen, mit oder ohne Ihr Gutheiß.“ Wie der Minister, so dachte auch König Wilhelm; er war fest entschlossen, sich weder durch äußere noch durch innere Hemmnisse in der mannhaften Vertretung des guten Rechtes beirren zu lassen.

Am 9. Juli 1863 erließ der Bundestag nach Kopenhagen die Aufforderung, der Bekanntmachung vom 30. März, gegen welche bereits Österreich und Preußen direkt dort Verwahrung eingelegt hatten, keine Folge zu geben und sich innerhalb sechs Wochen zur Einführung einer den Abmachungen von 1852 entsprechenden Gesamtverfassung bereit zu erklären. Die dänische Regierung lehnte die Zurücknahme ab. „Ich habe,“ äußerte Minister Hall, „Grund, zu glauben, daß wir nicht auf unsre eigenen Hilfsmittel in diesem Kampfe beschränkt sein werden.“ Dem am 28. September eröffneten Reichsrate wurde ein neues Grundgesetz vorgelegt, durch welches die Einverleibung Schlesiens endgültig vollzogen werden sollte. Hierauf faßte der Bundestag am 1. Oktober gegen die Stimmen von Dänemark, Luxemburg und Baden den Beschluß, das Exekutionsverfahren aufzunehmen. Österreich, Preußen, Sachsen und Hannover wurden mit der Vollziehung beauftragt. Um den bundesrechtlichen Charakter der Maßregel recht deutlich erkennbar zu machen,

kamen die beiden Vormächte überein, die Exekution den Mittelstaaten zu übertragen; österreichische und preußische Truppen sollten nur für den Notfall als Reserve dienen.

Da trat in Kopenhagen ein Ereignis ein, welches die Lage der Dinge wesentlich veränderte. Am 15. November, zwei Tage, nachdem der Reichsrat das Grundgesetz angenommen, starb plötzlich König Friedrich VII., und Christian IX. bestieg den Thron. Eine schwere Wahl trat sofort an den neuen König heran. Verweigerte er dem Gesetz die Bestätigung, so drohte der eiderdänische Pöbel mit seinem Erbrechte kurzen Prozeß zu machen; gab er sie, so vollzog er den Bruch aller Verträge, die Dänemark gegen Deutschland verpflichteten. Am 18. entschied er sich für letzteres. Der Würfel war gefallen.

So trat der Verfassungsfrage eine zweite, die Erbfrage, zur Seite. In den Herzogtümern verweigerten viele Beamte dem neuen Könige den Eid. Der Erbprinz Friedrich von Augustenburg, der sich durch den Verzicht seines Vaters nicht für gebunden achtete, erhob Erbansprüche auf Holstein; der Großherzog von Oldenburg protestierte gegen Christians Nachfolge in den Herzogtümern. Gegen das Londoner Protokoll hatten seiner Zeit die sachsen-ernestiniischen Häuser und das mecklenburgische Verwahrung eingelegt, auch die Anerkennung des Deutschen Bundes fehlte diesem. Der Bund befand sich daher der schleswig-holsteinischen Frage gegenüber in einer anderen Lage als die Großmächte, welche es unterzeichnet hatten. Als daher am 21. November sowohl Christian IX. als auch Herzog Friedrich in Frankfurt ihren Regierungsantritt anzeigten, legten mehrere Mittel- und Kleinstaaten gegen den des ersteren Verwahrung ein; Herzog Ernst von Sachsen-Koburg hatte sogar schon den Prinzen von Augustenburg als Herzog anerkannt. Österreich und Preußen dagegen beschränkten sich, ohne auf die Erbfrage einzugehen, darauf, den durch das Grundgesetz in aller Form geschehenen Bruch der Verträge festzustellen. Damit kam sogleich die Verschiedenheit ihres Standpunktes von dem der übrigen Bundesstaaten zum Vorschein. Am 28. beschloß die Mehrheit, die Führung der holstein-lauenburgischen Stimme auszusprechen; die beiden Vormächte ihrerseits erklärten sich durch das Londoner Protokoll für gebunden und zu dessen Ausführung bereit, sobald Dänemark seinen Verpflichtungen nachkomme. Mit dem Standpunkte der Mehrheit war die Exekution, in welcher eine stillschweigende Anerkennung der Rechte des Königs auf die Herzogtümer lag, nicht vereinbar. Sie verlangte daher statt ihrer eine Besetzung und dann Entscheidung der Erbfolge durch den Bund. Damit wäre zwar die Frage wegen Holsteins offen gehalten, Schleswig dagegen um so gewisser Dänemark ausgeliefert worden und für Deutschland in alle Zukunft verloren gegangen. Jedenfalls war das Nützigste, die erforderlichen militärischen Maßregeln möglichst rasch in Vollzug zu setzen. „Sind die deutschen Truppen erst einmal im Lande“, schrieb Bismarck dem preußischen Bundes- tagsgesandten, „so wird sich alles Weitere finden und die Situation kann sich

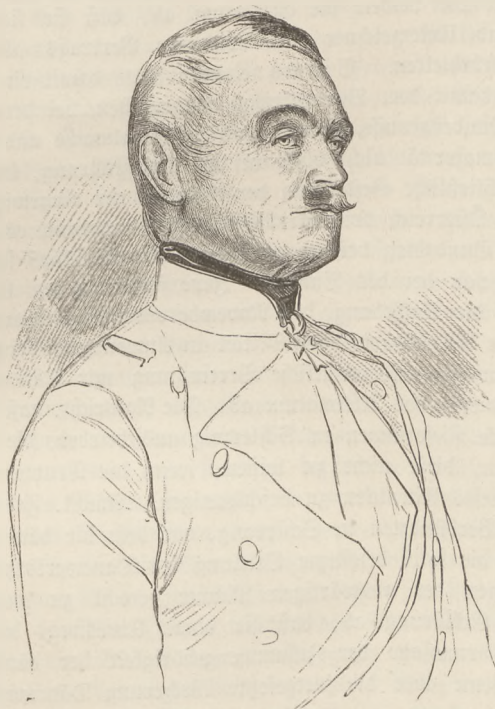


in kurzem ändern. Um so weniger darf aber das Terrain im voraus gefährdet werden durch Beschlüsse, welche sämtlichen Unterzeichnern des Londoner Vertrags eine Angriffsseite darbieten“. Unter dem Drucke, welchen Oesterreich und Preußen auf die Kleineren ausübten, nahm dann auch der Bund am 7. Dezember mit acht gegen sieben Stimmen die einfache Exekution an.

In Kopenhagen bemächtigte sich nunmehr die eiderdänische Partei, taub gegen alle Mahnungen der Neutralen zur Besonnenheit, ausschließlich des Raders. Das Ministerium Hall mußte einem noch trogigeren unter Bischof Monrad weichen. Ein Regiment begann, das nach Orla Lehmanns Ausspruch den Schleswigern mit blutigen Striemen auf den Rücken schreiben würde, daß sie Dänen seien. So arg diese Verblendung war, sie ist doch immer noch verständlicher als die der Mehrheit im preussischen Abgeordnetenhanse, die, obgleich der König bei Eröffnung der Session (9. November) den dringenden Wunsch nach Beendigung des Zerwürfnisses ausgesprochen hatte, den Verdacht nicht los wurde, daß Bismarck nur Verrat spinne an Deutschlands Macht und Ehre. Sie lehnte am 18. Dezember die Anleihe zur Bestreitung der militärischen Maßregeln ab. Bismarck legte dar, das Haus schiebe der Regierung eine Politik unter, die sie eben nicht treibe, nämlich die der unbedingten Aufrechthaltung des Londoner Vertrags; vielmehr ständen und fielen Dänemarks Zusagen und der Vertrag miteinander, aber die Frage, ob und wann sie sich von diesem losjagen werde, könne sie weder dem Bunde überlassen noch hier zum Gegenstande von Erklärungen machen. Diese Politik ruhe auf dem Ausspruche des Königs, daß kein Fuß breit deutscher Erde verloren gehen noch ein Titel deutschen Rechts geopfert werden solle. Alles vergebens. In Erwägung, daß diese Politik kein anderes Ergebnis haben könne, als die Herzogtümer abermals Dänemark zu überliefern und den Bürgerkrieg in Deutschland herauszufordern, wurde die Anleihe am 22. Januar 1864 zum zweitenmale verworfen.

Um dem Auslande keinen Vorwand zur Einmischung zu geben, wurde die Zahl der Exekutionstruppen möglichst niedrig bemessen. Den Oberbefehl über diese erhielt der sächsische General von Hake; 5000 Oesterreicher sammelten sich unter von Gablenz an der Elbe, ebensoviel Preußen befehligte Prinz Friedrich Karl, zum Oberbefehlshaber über das Ganze wurde Feldmarschall Wrangel ernannt. Da aber die Dänen Holstein freiwillig räumten, rückten vorläufig, 22. Dezember 1863, nur die Sachsen dort ein. Es handelte sich jedoch auch um die Sicherstellung der Rechte Schleswigs. War nun schon der Exekutionsbeschluß nur mit Mühe durchzusetzen gewesen, so stieß der österreichisch-preussische Antrag vom 28. Dezember, Dänemark aufzufordern, das Grundgesetz vom 18. November definitiv aufzuheben, im Weigerungsfalle die Pfandnahme Schleswigs anzukündigen, auf noch weit stärkeren Widerstand. Denn die Mittelstaaten beharrten dabei, die Erbfrage in den Vordergrund zu drängen, und durch die Annahme dieses Antrags wäre das Erbrecht Christians IX. anerkannt worden. Ihre Haltung wurde zu

einem guten Teile durch die öffentliche Meinung Deutschlands bestimmt, welche entschieden für das Recht des Herzogs Friedrich Partei ergriff, weniger aus Sympathie für dessen Person, als in dem richtigen Gefühle, daß unter allen Umständen die Verbindung der Herzogtümer mit Dänemark gelöst werden müsse. Kammern im Norden und im Süden, Partei- und Volksversammlungen, Großdeutsche und Kleindeutsche sprachen sich mit seltener Einmütigkeit für die Ansprüche des Herzogs aus, die Universtitäten prüften dieselben und



General von Brangel.

Nach der Lithographie von Hermann Eichens; Originalzeichnung von F. Diez:  
nach der Natur in Apenrade im August 1848.

fanden sie begründet; eine in Frankfurt tagende Versammlung von Mitgliedern deutscher Landtage gelangte, wenn auch nicht ohne Anstrengung, zu einer einstimmigen Erklärung zu seinen Gunsten. In Holstein rief die Bevölkerung überall den Herzog Friedrich VIII. als Landesherrn aus. Auf die Einladung einer Massenversammlung zu Elmshorn kam er ins Land und nahm seinen Sitz zu Kiel. So erwärmte sich sonderbarerweise die öffentliche Meinung für eine Legitimitätsfrage und für die Errichtung eines neuen Mittelstaates. Die Wiener und Berliner Regierung betrachteten diese Er-



regung der Nation mit unverhohlenem Mißtrauen; in identischen Notizen an die übrigen Regierungen verurteilten sie das Beginnen des Abgeordnetentags als revolutionär. Aber so stark war die Bewegung, daß die Mittelstaaten unter Führung von Bayern und Sachsen es glaubten wagen zu dürfen, auf sie gestützt, die deutsche Politik selbständig zu bestimmen und sich der Leitung der Vormächte zu entziehen.

Der Traum war schön aber kurz. Als der Bund allen Vorstellungen zum Trotz den österreichisch-preussischen Antrag mit elf gegen fünf Stimmen ablehnte, gaben die beiden die Erklärung ab, daß sie sich als europäische Großmächte und Unterzeichner des Londoner Vertrags alle weiteren Entschlüsse vorbehalten. Bismarck aber hatte damit ein großes Ziel erreicht: er war damit dem Bundeskriege ausgewichen, bei dem Österreich nicht als einfacher Bundesgenosse, sondern als Präsidialmacht und neben Österreich die Bundestagsmajorität nicht bloß auf die Kriegsführung, sondern namentlich auch auf die schließliche Gestaltung der Herzogtümer eingewirkt haben würde; er hatte ferner Österreich von den Mittelstaaten getrennt, es an Preußen gefesselt und den Bundestag beiseite geschoben. Somit schied sich hier die Aktion der Vormächte von der des Bundes. Sene forderten am 16. Januar 1864 in Kopenhagen die Aufhebung der Novemberverfassung binnen 48 Stunden, widrigenfalls sie die erforderlichen Mittel in Anwendung bringen müßten, um Schleswig gegen die widerrechtliche Vereinigung mit Dänemark zu schützen; am 18. lehnte dieses das Ultimatum ab. Die Nachricht, daß die Dänen unter Drohungen starke Lieferungen in Schleswig ausschrieben, die Einwohner aber entschlossen seien, diese nicht zu leisten, wenn die Truppen bald einrückten, bewog dazu, dieses Einrücken zu beschleunigen. Am 1. Februar erfolgte der Einmarsch der Verbündeten in Schleswig, vor dem die dänischen Vortruppen sich fechtend in die stark besetzte Stellung des Danewerks zurückzogen. Um den Abmahnungen der auswärtigen Mächte gerecht zu werden, gaben sie in London die Erklärung ab, daß sie damit keineswegs die Absicht hätten, sich von dem Grundsatz der Zusammengehörigkeit der dänischen Monarchie loszusagen. Wenn aber die fortgesetzte Weigerung Dänemarks, seinen Verpflichtungen nachzukommen, oder das bewaffnete Einschreiten anderer Mächte sie veranlassen sollte, diesen Grundsatz aufzugeben, so würden doch die endgültigen Abmachungen nicht ohne Mitwirkung der übrigen Unterzeichner des Londoner Protokolls stattfinden.

Die Verhältnisse lagen verworren genug. Da Bayern und Sachsen die Bahnbeförderung österreichischer Truppen aus dem Grunde nicht gestatten wollten, weil der Bund die Teilnahme an der Besetzung Schlesiens abgelehnt hatte, so mußte diese durch preussisches Gebiet bewirkt werden. Überaus peinlich gestaltete sich aber mit dem Einrücken der Österreicher und Preußen die Lage der Sachsen und Hannoveraner in Holstein, deren Befehlshaber vor jenen den östlichen Teil des Herzogtums räumten. Sie hatten es der Politik ihrer Regierungen zu danken, wenn sie Gewehr beim Fuß die Verbündeten

zum Kampf bei sich vorüberziehen sehen mußten. Preußen schien anfangs in der Schnelligkeit der Mobilmachung hinter Oesterreich zurückzubleiben; sobald es aber gewiß war, daß dieses sich ganz seiner Auffassung anschließen, holte es das Versäumte schnell und sicher nach. Die 1859 begonnene Neuordnung des preussischen Heeres war annähernd, aber noch nicht in allen Theilen durchgeführt, die gesamte Infanterie mit dem Zündnadelgewehr bewaffnet; unter den 110 Feldgeschützen befanden sich noch 72 glatte. Das verbündete Heer zählte 56 323 Mann. Diesen hatte Dänemark keine ebenbürtige Landmacht entgegenzustellen. Das dänische Heer trug infolge der kurzen Dienstzeit und des geringen Friedensstandes mehr das Gepräge einer Miliz ohne genügende Ausbildung und Mannszucht. Während es im Frieden nur 7500 Mann bei der Fahne hatte, erreichte es am 1. Februar 1864 eine Stärke von 54 000 Mann, über welche General de Meza den Oberbefehl führte. Was aber dem dänischen Landheer abging, das wurde reichlich durch die Überlegenheit zur See ersetzt. Wenn die Dänen einen Teil ihrer Flotte zur Blockade der preussischen Häfen und zur Bekämpfung der feindlichen Flotten verwendeten, so standen ihnen doch immer noch ausreichende Schiffe zu Gebote, um die Operationen zu Lande zu unterstützen und die Inseln zu sichern.

Die Hauptschwierigkeit in dem Kriege gegen Dänemark bestand darin, daß auch die Eroberung der ganzen Halbinsel noch keine endgültige Entscheidung brachte, da die Inseln und vor allem die Hauptstadt dem Angreifer, der über keine Seemacht gebot, unzugänglich blieben. Sollte aber das Kopenhagener Kabinett durch eine dauernde Besetzung des Festlandes zur Nachgiebigkeit gezwungen werden, so stand zu befürchten, daß dadurch die Einmischung der übrigen Mächte hervorgerufen werden würde. Daher mußte, wie Moltke in einer Denkschrift auseinandersetzte, das eigentliche Operationsobjekt das dänische Heer, die Vernichtung desselben, bevor es einen Einschiffungsplatz erreichen könne, sein. Hieraus ergab sich für die Verbündeten die Aufgabe, dem dänischen Heere, welches das Danewerk besetzt hielt, den Rückzug nach Schleswig, Düppel und Flensburg zu verlegen. Dies sollte geschehen durch Umfassung des linken Flügels mittels Überschreitung der Schlei unter gleichzeitigem Angriff auf die feindliche Mitte. Letzterer begann erfolgreich. Das Gefecht, welches die österreichische Brigade Gondrecourt bei Oberfeld und Jagel bestand, brachte den wichtigen Königshügel in die Hände der Deutschen, dagegen mißlang der Angriff der Preußen gegen das an der schmalsten Stelle der Schlei gelegene Missunde, 2. Februar. Eben traf daher Prinz Friedrich Karl Anstalten, ihn weiter abwärts, bei Arnis und Kappeln, zu erzwingen, als das der Gegner selbst unnötig machte. General de Meza hatte schon aus den bisherigen kleinen Gefechten die Überzeugung gewonnen, daß die Zahl und Beschaffenheit seiner Truppen für die Behauptung seiner ausgedehnten Stellung unzulänglich seien, zumal der Frost dem Feinde die Überschreitung des Überschwemmungsgebietes erleichterte. Obgleich die Rücksicht auf die öffentliche Meinung ihre Behauptung zu gebieten



schien, räumte er sie in der Nacht zum 6. Februar. Der eine Teil der Dänen nahm den Rückzug nach Jütland, der andere nach der vortrefflichen Aufnahmestellung im Sundewitt, hinter den Düppeler Schanzen und auf Alsen. Sowie die Verbündeten ihren Abzug gewahr wurden, brachen sie zur Verfolgung auf. Gahlenz erreichte die Nachhut an dem Engwege von Oversee und warf sie nach hitzigem Gefechte zurück, die Preußen gingen auf herbeigeschafften Rähnen über die Schlei. Das ganze Heer rückte auf Flensburg vor, aber die Dänen hatten einen zu großen Vorsprung und waren nicht mehr zu erreichen. De Meza hatte das allein Richtige gethan, indem er durch das rechtzeitige Verlassen des Danewerks sich einem vernichtenden Schlage entzog. Dennoch rief die Kunde davon in der Hauptstadt große Erregung hervor; zu ihrer Beruhigung mußte de Meza nebst seinem Stabschef Oberst Rauffmann abberufen und durch General von Lüttichau, dann Gerlach ersetzt werden.

Die Verhältnisse lagen für die Dänen äußerst günstig. Die Befestigungen von Düppel bildeten einen mächtigen Schanzen Gürtel, welcher als Brückenkopf der Sonderburger Schiffbrücke vorlag; das Meer schloß einen unmittelbaren Angriff gegen die Flanken der Stellung aus. Die reiche Insel Alsen vermochte unter Zuhilfenahme weiterer Zufuhren zur See das Heer auf lange Zeit zu ernähren, und da die dänische Flotte das Meer beherrschte, konnten die hier stehenden Streitkräfte fast unbemerkt vermehrt oder vermindert werden; die Brücken von Sonderburg gestatteten eine beliebige Truppenmacht hinter den Düppeler Höhen ungesehen zu versammeln und größere Ausfälle mit gesichertem Rückzuge zu unternehmen. Zur Wegnahme dieser Stellung bedurfte es einer förmlichen Belagerung, aber für diese fehlte es an schwerem Geschütz. Auch die Nachsendung weiterer Truppen machte sich erforderlich, zumal mit Eintritt der besseren Jahreszeit die ganze Überlegenheit der Dänen zur See zur Geltung kommen mußte. Die dänischerseits angeordnete Beschlagnahme sämtlicher in dänischen Häfen befindlichen deutschen Schiffe, sowie der Befehl an die dänischen Kriegsschiffe, auch auf offener See deutsche Fahrzeuge aufzubringen, zeigte, daß es darauf abgesehen war, dem deutschen Handel möglichst Abbruch zu thun; man mußte jetzt auf die Blockade der deutschen Häfen oder auf Landungen gefaßt sein, und da man den Dänen nicht auf ihrem Elemente begegnen konnte, so mußte man suchen, ein Gegenpfand für den von ihnen angerichteten Schaden in die Hand zu bekommen. Außerdem schien eine ausgedehntere Besetzung von Holstein wünschenswert, um dort den Parteiumtrieben Schranken zu ziehen. Deren Hauptherde zu zerstören, verlangten Oesterreich und Preußen vom Bundestage die Einräumung von Altona, Kiel und Neumünster, sowie die Aufsicht über die holsteinischen Telegraphen. Letztere wurde sofort bewilligt; ehe sich jedoch der Bundestag über erstere schlüssig gemacht hatte, erließigte Wrangel diesen Punkt kurzerhand selbst, indem er dem General Hake und den Bundeskommissaren die Notwendigkeit, jene Orte zu besetzen, ankündigte und am 12. Februar zur Ausführung schritt. Da die städtischen Behörden nach Weisung der Bundeskommissare ihre Wei-

Hilfe versagten, quartierten sich die Preußen selbst ein. Es handle sich dabei, erklärten Oesterreich und Preußen in Frankfurt, nur um eine Ordnung des Etappenwesens; in Wahrheit war es ein Schlag, der den Bund zertrümmerte. Sachsen, dessen Minister Beust eben erst in der Dresdener Kammer ausgesprochen hatte, eine Annäherung zwischen der Bundesmajorität und den Großmächten werde immer unmöglich sein, solange diese fortführen, das Londoner Protokoll aufrecht zu erhalten, beantragte, gegen das Vorgehen Preußens Einwendungen zu erheben und alle zur Sicherstellung des Ansehens des Bundes erforderlichen Maßregeln zu ergreifen. Preußen antwortete darauf durch Einziehung der Reserven beim VI. Armeekorps; außerdem ließ es durch den General von Manteuffel in Hannover und Dresden vorstellen, daß der Versuch, vom Bundestage den Vormächten eine Politik wider ihren Willen aufzudrängen, notwendig zur Sprengung des Bundes führen müsse. Das that doch seine Wirkung und Hafe erhielt die Weisung, Zerwürfnisse nach Möglichkeit zu vermeiden.

Obige Erwägungen legten den Gedanken nahe, Jütland pfandweise zu besetzen. Dazu bedurfte es aber vorher diplomatischer Verhandlungen, denn die Abmachungen zwischen Berlin und Wien gingen nur auf Besiznahme Schleswigs und deshalb hatte Wrangel das ausdrückliche Verbot erhalten, die jütische Grenze zu überschreiten. Was die österreichische Regierung so bedenklich machte, war die Besorgnis, daß der Einmarsch in Jütland das Zeichen zum Ausbruche eines europäischen Krieges geben könnte. Herrschte doch in England eine unglaubliche Erbitterung gegen Deutschland, das Erscheinen eines österreichischen Geschwaders in der Nordsee galt dort geradezu als ein Eingriff in das britische Hoheitsgebiet. Man dachte daher schon daran, Rolding, welches die Gardehusaren nach einem siegreichen Gefechte besetzt hatten, wieder zu räumen, und nur auf die Vorstellung des Kronprinzen wurde die Vorhut dort belassen. Da jedoch Bismarck wiederum durch Manteuffel in Wien zu erwägen gab, daß rasches Handeln das sicherste Mittel sei, um der Einmischung anderer Mächte zuvorzukommen, so erreichte er am 1. März eine Punktion, welche das gemeinsame Vorgehen beider Vormächte regelte: der Hauptangriff sollte sich gegen Düppel richten, dabei aber dem Feldmarschall freigestellt sein, seine Truppen so weit nach Jütland vorzuschieben, als er es zum Schutze gegen Unternehmungen von dort für nötig halte. Am 8. März begann der Vormarsch in Jütland, es zeigte sich aber, daß auch hier eine baldige Entscheidung nicht zu erlangen war. Vor Friedericia kamen die Preußen zum stehen, während die Oesterreicher in glücklichen Gefechten, z. B. bei Beile, zwar den Feind gegen Norden zurückwarfen; doch vermochte dieser sich durch Überschreitung des Rymfjord der weiteren Verfolgung zu entziehen. Hauptsächlich nur, um die Absendung von Verstärkungen nach Düppel zu verhindern, wurde die Beschießung der Festung unternommen. In diesen Tagen vollzog sich auch die immer mehr als notwendig erkannte Umgestaltung des Oberbefehls, indem dem Kronprinzen, der bisher auf eigene Verantwortung



und aus eigener Entschliebung Einfluß auf die Heeresleitung geübt hatte, vom Könige besondere Vollmacht erteilt wurde, nach welcher jene thatsächlich in seine Hände überging. Am 18. Mai wurde Wrangel wegen seines hohen Alters abberufen und an seine Stelle trat Prinz Friedrich Karl.

Vor Düppel begann nach dem Eintreffen des schweren Geschützes der Bau der Batterien. Ein großer Teil der feindlichen Stellung konnte von der Halbinsel Broacker aus, die der Prinz schon am 17. Februar hatte besetzen lassen, wirksam bestrichen werden. Das neue dänische Panzertoppelschiff *Kolf Krake*, welches die Brücke über den Eckensund zerstören sollte, entsprach den gehegten Erwartungen nicht und mußte, mehrfach durch preußische Kugeln beschädigt, bald das Weite suchen. Am 15. März begann die Beschießung; am 17. setzten sich die Preußen durch das Gefecht bei Rackebüll in Besitz von Düppel und dem Spitzberg, wodurch die Dänen den größten Teil des Vorgeländes einbüßten. Bei dem Prinzen hatte sich mehr und mehr die Ansicht befestigt, daß das beste Mittel, die Düppeler Schanzen zum Falle zu bringen, ein Angriff auf Alsen sei, womöglich unter Mitwirkung der Flotte, nötigenfalls auch ohne diese, von Ballegaard aus. Aber das Einfallen eines heftigen Nordweststurmes hinderte nicht bloß das Auslaufen des Geschwaders, das sich unter Admiral Prinz Adalbert bei Stralsund sammelte, sondern raubte auch die Möglichkeit der Überraschung. Das Unternehmen wurde aufgegeben, dafür aber in der Nacht zum 15. die Insel Femarn genommen. Nun erklärte Dänemark die preußischen Ostseehäfen für blockiert; da aber dafür nur vier Schiffe zur Verfügung standen, so hielten diese sich auf der Höhe von Rügen vereinigt, um von dort aus die Häfen zu überwachen, in offenem Widerspruche zu dem Pariser Vertrage von 1856, dem auch Dänemark beigetreten war; denn kein einziger dieser Häfen war thatsächlich so gesperrt, daß ein Schiff nicht ohne Gefahr ein- oder auslaufen konnte. Preußen erkannte daher auch die Blockade gar nicht als zu Recht bestehend an und zeigte dies den übrigen Mächten an. Das auf der Rade von Swinemünde unter Kapitän *Sachmann* vereinigte Geschwader, *Arcona*, *Nymph*e, *Loreley* und etliche Kanonenboote, griff am 17. März das Blockadegeschwader ohne Rücksicht auf dessen Überlegenheit an, sandte ihm etliche Breitseiten zu und erreichte glücklich wieder Swinemünde. Es war der erste Kampf, den die junge Flotte bestand, und sie hatte ihn mit Ehren bestanden. Am 14. April schoß sich auch die Grille mit den Dänen herum.

Unterdes hatte das englische Kabinett sich bemüht, eine Konferenz zur Schlichtung des Streits zusammenzubringen; aber bald lehnte der Deutsche Bund die Basis von 1852 ab, bald suchte die eiderdänische Partei die Sache in die Länge zu ziehen. Endlich fand *Russells* Vorschlag, die Konferenz ohne Einstellung der Feindseligkeiten und ohne vorherige Feststellung der Basen zusammentreten zu lassen, allseitige Annahme. Für den diplomatischen Erfolg auf derselben war es darum von größter Wichtigkeit, daß er durch einen militärischen unterstützt werde. Die Beschießung der nun seit fünf Wochen

belagerten Düppeler Schanzen wurde mit größtem Nachdrucke aufgenommen und richtete großen Schaden an, die Parallelen näherten sich mehr und mehr den Werken. Aber auch General Gerlach hatte um der gleichen Rücksicht



Prinz Friedrich Karl von Preußen.  
Nach der Lithographie von E. Milster.

wissen Befehl, sich aufs äußerste zu verteidigen. Am 18. April Punkt 10 Uhr schritten die preussischen Kolonnen zum Sturm, sechs Minuten später wehte die erste preussische Fahne auf der Brustwehr; eine Schanze nach der anderen wurde genommen, ohne daß auch Rolf Krake, der in den Kampf eingriff,



helfen konnte; um 12 Uhr fiel die letzte in die Hände der Sieger, dann wurde auch der Brückenkopf im ersten Ansturm genommen. Damit war den Dänen das letzte Stück schleswigischen Festlandes entzogen. Am 21. traf der König auf dem Kriegsschauplatz ein, um den Truppen seinen Dank auszusprechen. Gleichzeitig wurde die Besetzung von Jütland vollendet. Am 29. April räumten die Dänen Fredericia freiwillig mit Zurücklassung des gesamten Kriegsgeräts, da nach dem Fall von Düppel diese Flankenstellung ihren Wert verloren hatte. Auch zur See gerieten die Gegner noch scharf aneinander. Am 9. Mai traf der dänische Kapitän Suenon mit seinem Geschwader unfern Helgoland die beiden österreichischen Schiffe Schwarzenberg und Radeky, zu denen in Nieuwediep die drei preussischen Adler, Bliß und Basilisk gestoßen waren. Es entspann sich ein hitziges Gefecht; obgleich der Schwarzenberg in Brand geriet, setzte Tegethoff den Kampf kräftig fort, bis die im Inneren überhandnehmenden Flammen ihn nötigten, sich schwer beschädigt nach Ruzhoben zurückzuziehen.

Unmittelbar darauf vereinbarte die am 25. April eröffnete Londoner Konferenz eine mit dem 12. Mai beginnende einmonatliche Waffenruhe, die nachher noch um vierzehn Tage verlängert wurde. Die erste Forderung, welche die beiden deutschen Großmächte stellten, war vollständige Autonomie der Herzogtümer mit gemeinsamen Institutionen unter Offenhaltung der Erbfolgefrage bis zur Entscheidung durch den Bund. Dem gegenüber erklärte jedoch der Vertreter des letzteren, Beust, zu Bismarcks heimlicher Befriedigung kategorisch, die Bundestagsmehrheit versage ihre Zustimmung jedem Abkommen, welches, selbst unter einer eventuellen und bedingungsweisen Form, eine Union zwischen den Herzogtümern und Dänemark aufrichten würde, und ebenso unbedingt verwarf Dänemark diese Kombination. Hierauf verlangten die deutschen Mächte: vollständige Trennung der Herzogtümer von Dänemark und ihre Vereinigung zu einem Staat unter dem Prinzen von Augustenburg; aber darüber auch nur zu verhandeln, weigerten sich die Dänen. Nun legte Russell mit Zustimmung der übrigen Neutralen einen dritten Vorschlag vor: Trennung Holsteins und des südlichen Teils von Schleswig von der dänischen Monarchie, und diese Basis fand die Zustimmung beider Teile im Prinzip; sobald man aber zur Feststellung der neuen Grenzlinie kam, gingen sie weit auseinander. Da verlor Russell die Geduld. Er schlug in Paris vor, England und Frankreich sollten sich über eine Grenzlinie verständigen und diese dann, unterstützt durch eine Flottendemonstration, als Ultimatum vorlegen. „Recht gern,“ erwiderte Drouyn de L'Huys, nur wünschte er, gewizigt durch die Erfahrungen in der polnischen Sache, erst zu wissen, wie weit England nötigenfalls zu gehen entschlossen sei, und da er das nicht erfuhr, dankte er. Am 25. Juni löste sich die Konferenz unverrichteter Dinge auf. Einen großen Erfolg hatte aber Bismarck doch davon getragen: die Großmächte hatten den Londoner Vertrag preisgegeben und im Prinzip der Trennung der Herzogtümer von Dänemark zugestimmt.

# SCHLACHTFELD VON DÜPPEL.



E. A. Brockhaus' Geogr.-arithm.-hist. Inst. in Leipzig. 6. Aufl. siehe Verlagsbuchhandlung in Berlin.





Mittlerweile waren in Karlsbad zwischen den verbündeten Herrschern und ihren ersten Ministern neue Vereinbarungen getroffen worden. Oesterreich trat auf den preussischen Standpunkt, Lostrennung der Herzogtümer von Dänemark, über. Nur standen in Holstein die Bundestruppen im Wege und die Spannung zwischen beiden Mächten und dem Bundestag übertrug sich dort auf die beiderseitigen Truppen. Der hannoversche Kommandant von Rendsburg ließ die bei einer patriotischen Feier aufgezogenen österreichischen und preussischen Fahnen wegnehmen. Als es vollends zu Händeln und Schlägereien zwischen den Mannschaften kam, kündigte General von Goben auf telegraphischen Befehl aus Berlin unverzüglich an, daß er mit 6000 Mann einrücken und die Wachen nötigenfalls mit Gewalt besetzen werde. Am 21. Juli zog General Hake deshalb die Bundestruppen ganz aus der Festung. Erst nach langen Verhandlungen wurde ihnen die Genugthuung, daß wenigstens ein Teil derselben am 27. November nach Rendsburg zurückkehrte.

Was die Kriegführung betraf, so nahmen die Verbündeten von einem Übergang nach Fünen, den Moltke empfahl, Abstand und dafür die Eroberung von Alsen, unterstützt nur durch einen Scheinangriff auf Fünen, in Aussicht. Am 29. Juni wurde der Übergang nach Alsen von Satrupholz aus von der Division Manstein ausgeführt und gelang unter verhältnismäßig geringen Opfern vollkommen. Die Dänen wurden überrascht, doch retteten sie nach geschickter Verteidigung die Trümmer ihres Heeres auf die Schiffe. In Jütland gingen die Verbündeten am 10. Juli über den Lymfjord bei Aalborg und über den Ottenfjord, um noch möglichst viel Dänen abzuschnelden, bevor sie nach Fünen übersetzen könnten, aber auch hier fanden diese Zeit, sich in Friedrichshaven einzuschiffen. Am Leuchtturm von Skagen wehte zum Zeichen der Besitznahme von ganz Jütland die österreichische und die preussische Flagge. Da die Dänen nach dem Falle von Alsen ihr Nordsee-geschwader zur Verteidigung von Fünen herangezogen hatten, so war nunmehr auch der Zeitpunkt gekommen, um die nordfriesischen Inseln von den Bedrückungen zu befreien, mit denen Kapitän Hammer an der Spitze einer kleinen Flotille sie heimsuchte; nachdem ihm alle Auswege verlegt worden, mußte der tapfere Parteigänger sich am 19. Juli ergeben.

Es hatte so schwerer Schläge bedurft, um endlich in Kopenhagen einen Umschwung zum Durchbruch zu bringen. Seit dem Übergang der Preußen nach Alsen fühlte sich die Bevölkerung auch auf Seeland nicht mehr sicher; dieselbe Presse, die bis dahin gegen jeden demütigenden Frieden gelärmt hatte, forderte jetzt kleinlaut die Heranziehung der Flotte zum Schutz der Hauptstadt und baldigen Friedensschluß. Denn endlich hatte sich doch die Erkenntnis Bahn gebrochen, daß jede Hoffnung auf fremde Hilfe eitel, die Fortsetzung des von der eiderdänischen Partei so blindwütig geschürten Krieges aussichtslos sei. Bluhme bildete ein neues Ministerium. Durch Vermittelung des Königs der Belgier gelangten die ersten Mitteilungen über die friedlichen Absichten desselben nach Berlin. Von dem angebotenen Eintritt der ganzen dänischen

Monarchie in den Deutschen Bund konnte dort freilich keine Rede sein; die unerläßliche Bedingung blieb die völlige Abtretung der Herzogtümer bis zur Königsau. Als Prinz Friedrich Karl eben die Vorbereitungen zu einer Landung auf Fünen beendigt hatte, wurde den Dänen, 31. Juli, die Einstellung der Feindseligkeiten gewährt; am 25. begannen die Friedensunterhandlungen zu Wien. Bei dem Versuche der Dänen, die Sache zu verschleppen, bei Osterreichs ausgesprochener Absicht, sich an einer Ausdehnung des Krieges auf die dänischen Inseln nicht zu beteiligen, und bei Preußens lebhaftem Wunsche, eine Auflösung des Bündnisses wenn irgend möglich zu vermeiden, war hier Bismarcks Aufgabe eine überaus schwierige. Er mußte mit Abreise drohen, um endlich am 1. August die Unterzeichnung der Präliminarien durchzusetzen; die des Definitivfriedens zu Wien erfolgte erst am 30. Oktober. Abtretung der drei Herzogtümer an den Kaiser von Osterreich und den König von Preußen, Überlassung von Arrö und einem entsprechenden Teile Nordschleswigs bei Ribe und Rolding an Dänemark für die in Schleswig liegenden jütischen Enklaven, Übernahme von 29 Millionen dänischen Thalern Schulden auf die Herzogtümer, Verzicht der Verbündeten auf Ersatz der Kriegskosten und Unterhalt der verbündeten Truppen in Jütland auf dänische Kosten, das war der wesentliche Inhalt eines Friedens, der einem der unnatürlichsten Verhältnisse, unter denen Deutschland seit 1815 gelitten, ein Ende machte.

Der zielbewußten politischen wie militärischen Leitung des Krieges war es gelungen, den von Dänemark durch die dreistesten Rechtsverletzungen hervorgerufenen und mit kurzsichtiger Zähigkeit fortgesetzten Kampf, ohne daß es zu einem Gegenbündnisse der Dänemark befreundeten Mächte gekommen wäre, so zu Ende zu führen, daß er den Verbündeten das volle Verfügungsrecht über die Herzogtümer gab. Dem Deutschen Bunde aber blieb es vorbehalten, noch ein Nachspiel aufzuführen, welches seine Kläglichkeit auch dem blödesten Auge klar machen sollte. Osterreich wäre, obgleich die Bundesexekution durch den Frieden gegenstandslos geworden, wohl bereit gewesen, die fernere Besetzung Holsteins zu dulden, Preußen dagegen richtete an Sachsen und Hannover die Aufforderung, ihre Truppen zurückzuziehen. Letzteres ging ohne weiteres darauf ein, Sachsen aber erklärte, die Sache an den Bund bringen zu müssen, da der von diesem erteilte Auftrag noch nicht erloschen sei, und nach Erfüllung der nötigen Formalitäten in Frankfurt gab Beust seinem Verdruß einen fast lächerlichen Ausdruck, indem er die sächsischen Truppen auf Umwegen, mit Vermeidung des preußischen Gebietes, heimkehren ließ.



## Siebentes Kapitel.

### Die Grundlegung der deutschen Einheit.

Der zu mehreren Malen gemachte Versuch, mittelst des wiederhergestellten Bundestags den aus etlichen dreißig Souveränitäten bestehenden Deutschen Bund als europäische Macht zur Geltung zu bringen, durch ihn eine deutsche Politik zu inauguriern, hatte sich nie verheßter erwiesen als in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit. Es war daraus nur der gänzliche innere Zerfall des Bundes hervorgegangen und der unter Bördens und Beutzes Führung unternommene politische Feldzug der Mittelstaaten hatte durch das gemeinsame Vorgehen der beiden Vormächte eine beschämende Niederlage erlitten. Nicht auf diesem Wege, das mußte jedem Denkenden einleuchten, konnte der tiefe, die ganze Nation erfüllende Drang nach Einigung seine Befriedigung finden; ebensowenig aber auf dem der moralischen Eroberungen, denn die Erfahrung lehrte, daß weder die Fürsten ihre Rechte noch die Bevölkerungen ihre seit langen Zeiten eingelebten Eigentümlichkeiten dafür zum Opfer zu bringen bereit waren. Die notwendige Vorbedingung dazu lag vielmehr in der Beseitigung des Dualismus zwischen Osterreich und Preußen; denn dieser, das Gleichgewicht beider, die künstliche Spannung zweier sich aufhebender Kräfte, das war es, was der Kleinstaaterei das Leben fristete, die nationale Einheit hinderte und Deutschland zur Ohnmacht verdammt. Darin lag daher eben die hohe Bedeutung des schleswig-holsteinischen Krieges, daß er nicht bloß ein wichtiges Grenzland, das in Gefahr stand dem zerrissenen Deutschland, ähnlich wie einst Elsaß und Lothringen, verloren zu gehen, zurückbrachte und sicherte, sondern, daß er auch die Auseinandersetzung zwischen Osterreich und Preußen, den Entscheidungskampf herbeiführte, der mit unausweichlicher Notwendigkeit früher oder später zwischen ihnen zum Austrage gebracht werden mußte.

Darüber, was nun aus den von der dänischen Gewaltherrschaft befreiten Herzogtümern werden sollte, selbst darüber, wer diese Frage zu entscheiden habe, gingen die Ansichten sämtlicher Beteiligten weit auseinander. „Schleswig-Holstein,“ sagten die beiden Großmächte, „ist kraft des Wiener Friedens österreichisch-preussischer Besitz, nur Osterreich und Preußen haben darüber zu verfügen.“ Dem gegenüber bestritten die Mittelstaaten überhaupt die Gültigkeit des Wiener Friedens, da König Christian IX. nicht habe abtreten können, was ihm nicht gehörte; vielmehr gehöre Schleswig-Holstein dem erb-

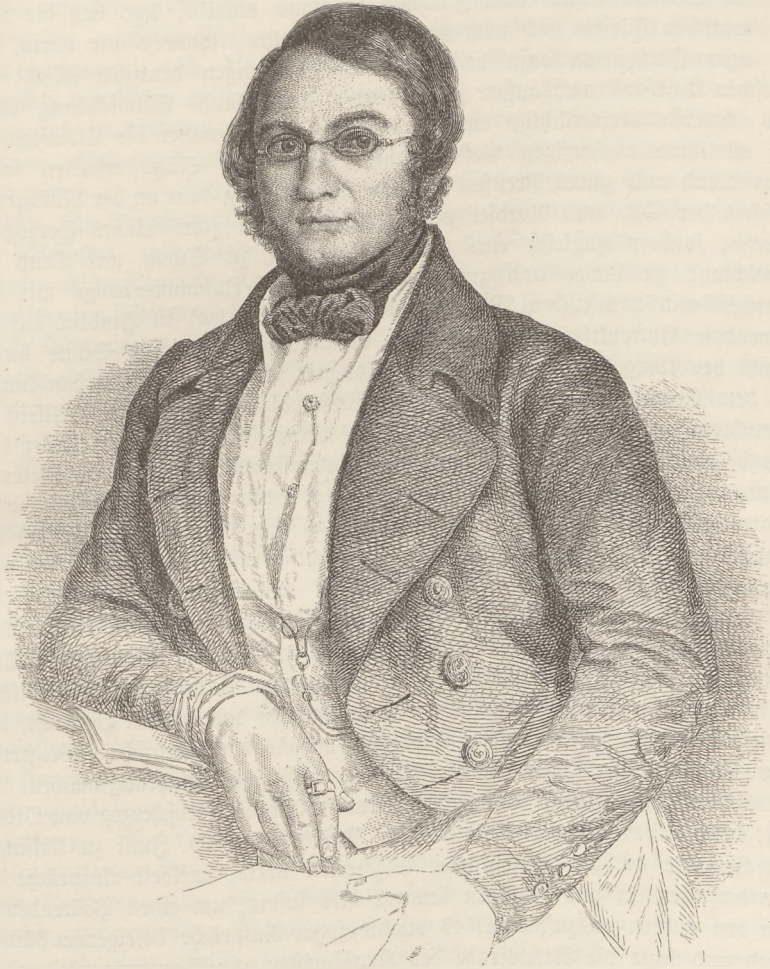
berechtigten deutschen Fürsten, d. h. dem Prinzen von Augustenburg, und der Deutsche Bund sei Hüter dieses Rechtes. Nur herrschte auch zwischen ihnen keineswegs fester Zusammenhalt. Hatte auch von der Pforden, seit 4. Dezember 1864 wieder bayrischer Ministerpräsident, eine gewisse formelle Einigung der Mittelstaaten zu stande gebracht, so daß sie die Abstimmungen am Bundestage beherrschten, so war doch manchen Fürsten, namentlich dem Könige von Hannover und dem Kurfürsten von Hessen, die ganze volkstümliche Bewegung in Deutschland und den Herzogtümern ein Greuel; außerdem hatte ihr Vertrauen zu Oesterreich, ohne dessen Beistand sie doch nichts vermochten, durch den Wiener Frieden einen schweren Stoß erlitten.

Aber auch Oesterreich und Preußen waren weit davon entfernt, diese Sache von dem nämlichen Standpunkt anzusehen. Zwar hatte die Übereinkunft vom 16. Januar bestimmt, daß die künftigen Verhältnisse der Herzogtümer in gemeinsamem Einverständnis festzustellen seien, aber von diesem Einverständnis war das gerade Gegenteil vorhanden. Für Oesterreich war die ganze Angelegenheit, wie Schmerling offen aussprach, eine verfahrenene. Nicht mehr Rechberg leitete die auswärtige Politik des Kaiserstaates; er hatte das Fiasko derselben mit seiner Entlassung bezahlt, die auf Schmerlings Sturz angelegte Intrige war auf ihn selbst zurückgefallen; aber nicht Schmerling erntete die Früchte davon, denn die auf Rechbergs eigenen Vorschlag erfolgte Ernennung des Grafen Mensdorff-Pouilly zu seinem Nachfolger, desselben, der als österreichischer Kommissar die Auslieferung der schleswig-holsteinischen Armee an Dänemark bewerkstelligt hatte, bedeutete eine Verstärkung der aristokratisch-militärischen, Schmerling feindlichen Partei. An die dauernde Aufrechthaltung des gemeinsamen Besitzrechts in den Herzogtümern konnte aber weder er noch sonst wer in Wien denken, ebensowenig jedoch war man dort geneigt, dieses Küstenland mit seinen trefflichen Häfen und seiner seetüchtigen Bevölkerung in preußische Hand fallen zu lassen. Um nicht selbst zur Machtvergrößerung seines Nebenbuhlers mitwirken zu müssen, strebte Oesterreich vielmehr danach, die Rechte, welche es dort nicht dauernd behaupten konnte, einem Dritten zu übertragen. Nachdem es früher sich schroff gegen Herzog Friedrich ausgesprochen hatte, zeigte es sich nunmehr geneigt, dessen Ansprüche zu begünstigen und betrieb gleich den Würzburger Verbündeten die Schöpfung eines neuen Mittelstaates im Norden. Bei alledem konnte es, wenn es nicht ganz vereinsamt stehen wollte, die Allianz mit Preußen nicht missen, denn außer diesem besaß es nirgends einen Stützpunkt. Daher kam es, daß während der nächsten Zeit die Haltung des Wiener Kabinetts nichts war als ein beständiges Schwanken zwischen dem Anschluß an Preußen und dem Widerstande gegen Preußen in Anschluß an die Bundestagsmehrheit.

Ganz entgegengesetzt war die Stellung Preußens. In der Errichtung eines neuen Mittelstaates an der Eider, der, abgesehen davon, daß er schon finanziell an seiner Schuldenlast zu Grunde gehen mußte, sich niemals aus



eigener Kraft militärisch gegen Dänemark zu behaupten vermocht hätte, also stets auf den Schutz des mächtigen Nachbarn angewiesen geblieben wäre, erkannte Bismarck eine Gefährdung von Preußens Sicherheit nach außen, eine



Minister von der Pfordten.

Verstärkung der Gegner innerhalb des Bundes durch einen neuen. Eben aus diesem Grunde war er ursprünglich für die Erhaltung der dänischen Gesamtmonarchie gewesen, weil nämlich, wie er im Jahre 1857 gegen Gortschakow äußerte, „alles was an ihre Stelle treten könnte, für uns un-

bequemer wäre als das heutige Dänemark, sobald es verständig regiert wird.“ Nichts war daher berechtigter, als daß Preußen auf Bürgschaften drang, welche es gegen Gefährdungen von dieser Seite sicher stellten. Das Interesse Deutschlands, führte Bismarcks Preßorgan aus, finde nicht schon darin seine Befriedigung, daß der Deutsche Bund einen Zuwachs an Land erhalte, und daß die Zahl der deutschen Fürsten sich noch um einen vermehre, sondern nur darin, daß das neue Fürstentum dazu beitrage, die Bedingungen deutscher Macht und deutschen Ansehens nach außen zu fördern. Deutschlands Entwicklung würde aufs schwerste beeinträchtigt werden, wenn dem gegenüber die Kleinstaaterei mit all ihren engherzigen Gesichtspunkten eine neue Stütze erhalten sollte. Deutschland und zumal Preußen müsse verlangen, daß dort an der Nordgrenze zwischen der Ost- und Nordsee nicht etwa bloß ein schwächliches Herzogtum entstehe, sondern zugleich eine wahre Nordmark zu Schutz und Trutz für Deutschland zu Lande und zur See, in engem Zusammenhange mit den deutschen und preußischen Wehreinrichtungen und zumal in Hinblick auf die notwendige Entwicklung der deutschen Seemacht. In diesem Sinne hatten sowohl der König in Person als auch Bismarck schon im Juni Verhandlungen mit dem Erbprinzen zum Zweck einer Verständigung gepflogen. Allein so einleuchtend und unwiderleglich jene Sätze waren, so wollte der Prinz doch nicht begreifen, daß hier sein persönliches Interesse und das nationale Interesse einander unvereinbar gegenüberstanden, eines dem anderen weichen mußte. „Warum,“ äußerte er gegen Bismarck, „sind Sie denn überhaupt nach den Herzogtümern gekommen? Wir haben Sie nicht gerufen, die Sache wäre ohne Preußen vielleicht besser für mich ausgefallen.“ Von seiner Umgebung, wahrscheinlich auch von der mittelstaatlichen und österreichischen Diplomatie übel beraten, pochte er auf sein Erbrecht und nahm die von Preußen gestellten Bedingungen stets nur so an, daß er sich in dem Vorbehalt der ständischen Zustimmung eine Hintertür offen hielt, und weckte dadurch den Verdacht, daß er diese durchaus nicht betreiben, vielmehr mittels der ständischen Weigerung wieder loszukommen suchen werde. Aber er mußte die Erfahrung machen, daß nicht einmal sein Erbrecht unanfechtbar war. Auch der Großherzog von Oldenburg, dem Kaiser Alexander II. von Rußland am 19. Juni zu Kissingen seine Anrechte an die Herzogtümer abgetreten hatte, meldete Ansprüche an Teile derselben an und Preußen benutzte dies sofort, um einen Prätendenten gegen den andern auszuspielen; es machte sogar Ansprüche in eigenem Namen geltend und legte die Rechtsfrage den Kronjuristen zur Begutachtung vor.

Eine rein rechtliche Entscheidung war ein Ding der Unmöglichkeit. Denn einerseits erstreckte sich jeder, auch der begründetste Erbanspruch, nicht auf das Ganze, sondern nur auf gewisse Stücke, andererseits ging zwar die Abtretung Christians IX. auf das Ganze, aber sie berechnigte Österreich und Preußen zu gleichen Teilen und doch war eine Teilung der Länder undenkbar. Auch die österreichische Regierung stellte sich daher auf den Standpunkt, daß keine andere als eine politische Lösung möglich sei. Nur die preußischerseits an-



gebotene Geldabfindung lehnte sie ab und bestand auf Land und Leuten, etwa der Grafschaft Glaz oder Teisen von Oberschlesien, und darüber zerstückte sich der ganze Handel. Dagegen rückte sie 12. November 1864 in Berlin mit dem Vorschlage heraus, die durch den Wiener Frieden beiderseits erworbenen Rechte auf den Erbprinzen zu übertragen. Ihrem Standpunkte getreu erwiderte die preussische Regierung, vor jeder Entscheidung müsse sie Bürgschaften dafür verlangen, daß die bei der künftigen Gestaltung der Herzogtümer wesentlich beteiligten Interessen Preußens nicht von dem zweifelhaften guten Willen des Landesherrn, der Stimmung der Stände oder dem Spiele der Parteien abhängig blieben; deshalb müsse die militärische Organisation der Herzogtümer in ein festes Verhältnis zur preussischen gesetzt, deren Wehrkräfte zur See für Preußens Marine nutzbar gemacht, die natürliche Entwicklung von Schifffahrt und Handel dajelbst gegen künstliche Hemmungen geschützt werden. Eine förmliche Annexion würde jedenfalls den deutschen Interessen förderlich, den österreichischen nicht hinderlich sein. Von letzterer wollte nun freilich Österreich nur gegen Gewährung einer Vergrößerung seines deutschen Gebietes etwas wissen. Es erklärte sich wohl zu einer Verständigung bereit, verwehrte jedoch dem Bunde das Recht, darüber zu wachen, daß nicht in den Verein der Souveräne Deutschlands ein unselbständiges Glied eingeführt werde. Von Wien aus immer dringender gemahnt, daß es Zeit sei zur Einsetzung einer eigenen Regierung zu verschreiten, formulierte endlich Preußen seine Bedingungen in einer Note vom 22. Februar 1865 näher. Sie lauteten: der neue Staat Schleswig-Holstein schließt ein festes und unauflösliches Schutz- und Trutzbündnis mit Preußen, seine Wehrmacht zu Lande und zur See wird in organischen Zusammenhang mit der preussischen gebracht, Rendsburg wird Bundesfestung und bleibt bis dahin von Preußen besetzt, die Herzogtümer treten an Preußen die zur Befestigung des Allensundes, des Kieler Hafens und eines zu bauenden Nordostseekanals erforderlichen Landstücke ab, treten dem Zollvereine bei und übergeben ihr Post- und Telegraphenwesen an Preußen. Diese Forderungen lehnte Österreich, 5. März, ab und schloß damit eine Phase der Verhandlungen, in der eine definitive Vereinbarung überhaupt nicht möglich erschien. Es hatte bereits seinen Kommissar von Lederer durch den minder biegsamen Baron Halbhuber ersetzt, der insgeheim der Augustenburger Nebenregierung allen Vorschub leistete, der Landesregierung einen möglichst antipreussischen Charakter gab und dadurch eine neue Ara der Reibungen und Zerwürfnisse mit dem preussischen Kommissar von Zedlitz eröffnete. Solchen Rückhalts versichert schränkte auch der Erbprinz das Maß der an Preußen zu machenden Zugeständnisse möglichst ein, z. B. die das Heerwesen betreffenden auf eine Militärkonvention, überhaupt aber könne von Zugeständnissen erst dann die Rede sein, wenn er die Regierung wirklich angetreten habe, während man umgekehrt in Berlin von Verhandlungen, wie der Prinz sie verstand, gar nichts wissen wollte, da man ihn nicht als den berechtigten Erben für die gesamten Herzogtümer anerkannte.

Mit mehr Leidenschaft als politischem Verständnis ergriff auch die liberale Stimmung Deutschlands in dieser Frage Partei gegen Preußen. Der Nationalverein brandmarkte auf einer Versammlung zu Eisenach, 13. Oktober 1864, die Auslieferung der Herzogtümer an das freiheitsfeindliche Regierungssystem in Preußen als eine schwere Gefahr für die bundesstaatliche Einigung der Nation. Etliche Wochen später schleuderte der Sechsenddreißigerauschuß des Deutschen Abgeordnetentages eine fulminante Proklamation gegen die Annexion, welche an Stelle der dänischen Willkür und Vergewaltigung nur die der Großmächte setzen würde. Durch derartige Kundgebungen ermutigt beharrten nun auch die Schleswig-Holsteiner um so fester auf der unverzüglichen Einsetzung ihres Herzogs und wiesen jede Unterordnung unter Preußen zurück. Der Ausschuß der schleswig-holsteinischen Vereine verkündete laut, die Bevölkerung werde jeder Vergewaltigung den zähesten Widerstand entgegensetzen, sie erwarte in diesem Kampfe von dem Rechts- und Ehrgefühl der gesamten deutschen Nation Schutz und Hilfe. Daß eine Versammlung der Prälaten und der Ritterschaft, sowie eine Adresse des Barons Scheel-Plessen und siebzehn Genossen von Adel sich für möglichst engen Anschluß an Preußen aussprachen, bestärkte nur den Abscheu der Liberalen gegen das Junkertum.

Diese Stimmung ließ es denn auch jetzt nicht zu einer Verständigung zwischen Regierung und Volksvertretung in Preußen kommen. In versöhnlichster Weise sprach die Thronrede die Hoffnung aus, die bedeutungsvollen Ereignisse der jüngsten Vergangenheit würden dazu beigetragen haben, die Meinungen über die Heeresorganisation aufzuklären, der es zu verdanken gewesen, daß der Krieg geführt werden konnte, ohne die Erwerbs- und Familienverhältnisse der Bevölkerung durch Aufbietung der Landwehr zu beeinträchtigen; konnte doch nicht einmal der Kostenpunkt dagegen angeführt werden, denn die Staatseinnahmen standen so günstig, daß die verweigerte Kriegsanleihe ganz entbehrlich wurde. Vergebens! So schroff wie nur je entgegnete der Abgeordnete Gneist, diese reorganisierte Armee mit dem Rainszeichen des Verfassungsbruches an der Stirn könne nun und nimmermehr eine dauernde Einrichtung werden, solange eine göttliche Gerechtigkeit über diesem Lande walte, und die Kosten dafür wurden abermals abgelehnt. Nicht weniger hatte Bismarck, was die auswärtige Politik betraf, zu beklagen, daß bei so vielen vorhandenen Punkten des Einverständnisses doch eine Verständigung stets mißlinge. Vergebens hob er hervor, daß die von der Opposition gewünschten Resultate erreicht seien, nur nicht auf den Wegen, die sie einzuschlagen wünschte, daß die Annexion die einzige für die Herzogtümer, für Preußen und für Deutschland erspriessliche Lösung sei; der Abgeordnete Dunder entgegnete, die Geschichte werde den Ministerpräsidenten nicht unter die wahrhaften Gründer und Förderer des preussischen Staates in der fortschreitenden Entwicklung seiner historischen Mission einzeichnen. Bei der Abstimmung blieben sämtliche Anträge in der Minderheit; das Haus hatte sich also über irgend eine Ansicht in der schleswig-holsteinischen Sache nicht zu einigen vermocht. Nach



einer abermals fruchtlosen Session wurde der Landtag am 17. Juni 1865 geschlossen.

Um so zuversichtlicher setzten die Mittelstaaten im Bunde mit Oesterreich den Kampf gegen Preußen fort. Als bald nach Ablehnung der preußischen Februarforderungen wurde ein in Frankfurt von Bayern, Sachsen und Hessen-Darmstadt einzubringender Antrag auf Einsetzung des Erbprinzen vorbereitet, und obgleich Bismarck sofort nachdrücklichen Einspruch erhob gegen die Entscheidung der Erbfolgefrage durch den Bund, für die nicht dieser, sondern ausschließlich Oesterreich und Preußen kompetent seien, wurde der Antrag am 7. April gegen die Stimmen von Preußen, Hannover, Kurhessen, Mecklenburg, Oldenburg, Anhalt, Schwarzburg und der Freien Städte angenommen. Aber schon hatte Bismarck die Hand zum Gegenschlage erhoben: am 3. April ließ er in Wien ankündigen, Preußen werde in Kiel eine Marinestation errichten. Oesterreich protestierte, beschied sich aber dann, zur Wahrung seines Mitbesitzrechtes ebenfalls zwei Schiffe im dortigen Hafen zu stationieren. Hierauf ließ er am 17. den Vorschlag folgen, mit dem Großherzog von Oldenburg in Unterhandlung zu treten, der wirkliche Garantien biete, was sein Mitbewerber, der sich mit der demokratischen Partei kompromittiert habe, nicht könne, und zugleich regte er die Berufung der schleswig-holsteinischen Stände an, um sich im voraus von seiten der Landesvertreter der Annahme und Ausföhrung der Bedingungen zu versichern, die mit dem künftigen Souverän festgesetzt werden würden. Ersteres zuzugestehen, dazu hatte sich das Wiener Kabinett schon zu tief mit dem Augustenburger eingelassen, über letzteres entspann sich ein weitläufiger Notenwechsel, der schließlich, da man sich nicht einigen konnte, ob die Stände nach dem Wahlgesetz von 1848 oder nach dem von 1854 berufen werden sollten, im Sande verlief. Das gemeinschaftliche Besitzrecht der beiden Mächte war zu einem Zustande permanenten Konflikts zwischen ihnen geworden. Bismarck hatte die Überzeugung, daß der Knoten, der sich nicht lösen lasse, zerhauen werden müsse, und mit unvergleichlichem Geschick trieb er Oesterreich aus einer Verlegenheit in die andere. Große Mühe kostete es ihn freilich, den König an den Gedanken eines Bruches mit dem alten Verbündeten zu gewöhnen und die entgegengesetzten Einflüsse aus der nächsten Umgebung desselben unschädlich zu machen, aber selbst die peinlichste Gewissenhaftigkeit des Monarchen konnte sich angesichts dieser die Ehre und Machtstellung Preußens auf das engste berührenden Frage nicht mehr der Erkenntnis verschließen, daß ehrliche Freundschaft mit Oesterreich unmöglich sei. Allein in dem Augenblicke, wo die Heftigkeit der Spannung bereits das Äußerste befürchten ließ, brach sich in Wien die Einsicht Bahn, daß das ungerüstete Oesterreich es mit dem trefflich gerüsteten Preußen nicht aufnehmen könne. Die drei fürstlichen Schwestern, Erzherzogin Sophie, die Königin-Wittve Elisabeth von Preußen und die Königin Amalie von Sachsen, legten sich ins Mittel. Es wurde eine Zusammenkunft verabredet, die zu Gastein stattfinden sollte, wohin sich König Wilhelm in Bismarcks Begleitung begab.

Untenwegs hielt er aber in Regensburg am 21. Juli einen großen Ministerrath, an welchem auch Moltke sowie die Gesandten am Wiener und am Pariser Hofe teilnahmen. Dieser Rath erklärte die bisherigen Zugeständnisse Oesterreichs für ungenügend und stellte die Kriegsbereitschaft Preußens fest. In Salzburg besprach sich Bismarck am 23. mit von der Pfordten. Er erklärte ihm unumwunden Preußens unwiderruflichen Entschluß, den Prinzen Friedrich nötigenfalls mit Gewalt aus den Herzogtümern zu entfernen; sollte sich Oesterreich dem widersetzen, so würde er den daraus entstehenden Konflikt annehmen und darum nicht weniger die Vertreibung des Prinzen ausführen. Ohne den Krieg zu suchen, fürchte er ihn doch nicht. Wie zur Bekräftigung dieser Worte ließ am 25. der preußische Kommissar von Zedlitz in Altona ohne Rücksicht auf den Protest seines österreichischen Kollegen und unbekümmert um die im Lande darüber ausbrechende Entrüstung einen Hauptagitator für den Augustenburger, den Redakteur May, verhaften und seinen Genossen, den preußischen Abgeordneten Frese, ausweisen.

Auch in Frankfurt unternahmen die Urheber des letzten Antrags in ohnmächtiger Geschäftigkeit noch einmal den Versuch, den Lauf der Dinge aufzuhalten und nach ihrem Sinne zu lenken. Sie stellten am 27. den neuen Antrag: Oesterreich und Preußen die Nothwendigkeit vorzustellen, eine aus freien Wahlen hervorgegangene Vertretung der Herzogtümer einzuberufen, die Zulassung Schleswigs zum Deutschen Bunde zu fordern, endlich, zur Hebung des finanziellen Hindernisses für die Errichtung eines neuen Mittelstaates, auf die Erstattung der Exekutionskosten zu verzichten und die für den Krieg in Schleswig auf Bundesrechnung zu übernehmen. Die Sache kam aber ganz anders. Die in Gastein zwischen Bismarck und dem Grafen Blome gepflogenen Verhandlungen führten, oft dem Scheitern nahe, am 14. August zum Abschluß eines Vertrages: Da das Kondominium das gute Einvernehmen beider Mächte gefährde, beschloffen sie, unbeschadet der Fortdauer ihrer Rechte an der Gesamtheit beider Herzogtümer, diese nicht mehr gemeinschaftlich auszuüben, sondern eine geographische Teilung so vorzunehmen, daß Preußen Schleswig, Oesterreich Holstein verwalte. Beide werden am Bunde die Herstellung einer deutschen Flotte in Antrag bringen und für diese Kiel als Bundeshafen bestimmen, bis dahin werden dort Kommando und Polizei von Preußen ausgeübt. Rendsburg wird Bundesfestung. Preußen behält zwei Militärstraßen und einen Telegraphendraht durch Holstein. Die Herzogtümer treten dem Zollverein bei. Preußen ist berechtigt, einen Nordostseekanal durch sie hindurchzuführen. Lauenburg wird von Oesterreich gegen eine Entschädigung von drittheil Million dänischen Thalern an Preußen abgetreten. General von Manteuffel wird Gouverneur von Schleswig, Feldmarschallleutnant von Gablenz von Holstein.

So hatte Oesterreich abermals genau wie in dem Zollstreite die Mittelstaaten im Stich gelassen und sich über ihre Köpfe hinweg mit Preußen verständigt. Der Bundestag mußte keinen Ausweg aus der Klemme, in die er



geraten, als indem er bis zum Oktober Ferien machte; als nach Ablauf derselben sich herausstellte, daß die bisherige Mehrheit zerbröckelte, erklärten Bayern, Sachsen und Hessen-Darmstadt tief gekränkt ihre bundesmäßige Thätigkeit in der schleswig-holsteinischen Sache unter lauter Verwahrung gegen jede Rechtsverletzung für abgeschlossen.



General von Manteuffel.

„Wir haben mit Oesterreich ein weniger feuergefährliches Abkommen getroffen“, sagte Bismarck. Mehr als ein Nothbehelf war in der That der Gasteiner Vertrag nicht; von einer endgültigen Lösung blieb er schon deshalb weit entfernt, weil er einen ganz unmöglichen Zustand schuf. Nicht einmal die davon erwartete Besserung der Lage trat ein, diese verschlimmerte sich vielmehr. Der letzte gemeinschaftliche Akt beider Mächte war eine Reklamation an die freie Stadt Frankfurt, weil sie in ihrer Mitte die Versammlung des

Deutschen Abgeordnetentages geduldet hatte. Der Senat protestierte gegen derartige Einmischung und damit war dieser Zwischenfall abgethan. In Holstein, wo die Agitation für den Augustenburger ungehindert von dem österreichischen Kommissar fortbauerte, wurde der Gegensatz immer schärfer. Je milder und liberaler hier Gablenz verfuhr, desto strenger trat Manteuffel in Schleswig auf; er drohte dem Prinzen bei Wiederholung von Demonstrationen, wie sie bei dessen Besuche in Eckernförde vorgekommen, mit Verhaftung. Nachdem die schleswig-holsteinischen Vereine am 23. Januar 1866 in Altona eine Generalversammlung gehalten hatten, um auf Einberufung der Stände zu dringen, richtete Bismarck sofort, 26. Januar, eine heftige Beschwerde nach Wien, daß die österreichische Regierung in Holstein ein solches wühlerisches Treiben zugelassen. „Eine verneinende oder ausweichende Antwort auf unsere Bitte würde uns die Überzeugung geben, daß die kaiserliche Regierung nicht den Willen hat, auf die Dauer gemeinsame Wege mit uns zu gehen, sondern daß die Preußen abgeneigten Bestrebungen, daß ein herkömmlicher Widerstreit gegen Preußen in ihr mächtiger ist als das Gefühl der Zusammengehörigkeit.“ Oesterreich lehnte diese Anklagen kurzweg ab; der Bruch war vollzogen. Am 28. Februar kam in Berlin ein unter Vorstz des Königs gehaltener Ministerrat zu dem Beschluß, daß ein Zurückweichen in der Erbfolagefrage unmöglich, daß man daher auf dem bisherigen Wege selbst auf die Gefahr eines Krieges hin vorschreiten müsse. Doch wurden, da die bereits durchgeführte Heeresreorganisation zu jeder Zeit die rechtzeitige Entfaltung der Waffenmacht sicherte, noch keinerlei kriegerische Vorbereitungen getroffen. So kündigte sich der äußere Konflikt an, während der innere mit dem am 1. Januar zusammengetretenen Landtage wiederum in wachsender Heftigkeit entbrannte. Mit einer alles Frühere überbietenden Schroffheit standen sich Regierung und Volksvertretung gegenüber, als der Justizminister Graf zur Lippe die Verurteilung der wegen Mißbrauches der Redefreiheit angeklagten, aber in erster und zweiter Instanz freigesprochenen Abgeordneten Twisten und Frenzel beim Obertribunal mittelst Ernennung zweier Hilfsrichter durchsetzte, das Abgeordnetenhaus dieses Urteil für ungültig erklärte, als es ebenso das Verfahren der Regierung, die sich durch Verkauf der in ihrem Besitz befindlichen Aktien der Köln-Mindener Eisenbahn eine verfügbare Summe von dreißig Millionen Thalern verschafft hatte, auf Lasfers Antrag für verfassungswidrig und rechtsungültig erklärte, als endlich Virchow auch die Vereinigung Lauenburgs mit Preußen für ungültig zu erklären beantragte. Am 23. wurde der Landtag geschlossen. Von einer Versöhnung waren beide Teile entfernter denn je. So heiß war die Erbitterung gegen Bismarck, daß sie einen jugendlichen Fanatiker Namens Cohen am 5. Mai Unter den Linden zu einem Mordanschlag auf den verhassten Minister trieb. Allein selbst in solcher Stimmung verleugnete die Opposition nach außen hin doch nicht das preußische Staatsgefühl. An dem im Oktober zu Frankfurt abgehaltenen Abgeordnetentage, der offen gegen die Politik der beiden Großmächte Stellung nahm, beteiligten



sich nur acht Preußen und diese enthielten sich bis auf zwei der Abstimmung. — Schien Preußens Kraft nach außen durch diesen inneren Konflikt gelähmt, so stand es freilich um Österreichs Inneres noch viel schlimmer; es trieb der völligen Zerrüttung entgegen. Schmerlings deutsch-zentralistisches System war am Ende seiner Weisheit angelangt. Während der Ausgleich mit Ungarn nicht um einen Schritt vorwärts gerückt war, wendete sich auch die Mehrheit des Reichsrats, von dem die Tschechen noch immer fern blieben, von einer Regierung ab, die durch die immer ärger werdende Finanznot sich zu sehr bedenklichen Gebarungen mit den Staatsgebern gezwungen sah. Sie strich Mai 1865 vom Militärbudget 15 $\frac{1}{2}$  Millionen Gulden, obgleich der Kriegsminister dies für unmöglich erklärte, ohne die Organisation des Heeres anzugreifen. Der geforderten Anleihe von 117 Millionen setzte der Finanzausschuß vor jeder Kreditbewilligung die Forderung von Bürgschaften entgegen, daß in Zukunft die willkürlichen Budgetüberschreitungen sowie die unter dem Titel „Depotschulden“ versteckten Anleihen fortfielen, und Finanzminister von Plener erhielt statt der 117 Millionen nur ein Anlehen von 13 Millionen bewilligt, dessen er zur Einlösung des Julikupons bedurfte. Gegen den Mißbrauch des § 13 der Verfassung suchte sich der Reichsrat durch den Beschluß zu schützen, daß auf Grund desselben nur dringende, in den Gesetzen nicht vorgefehene, den Staatsgrundgesetzen nicht zuwiderlaufende Verordnungen erlassen werden dürften, deren Gültigkeit sofort erlösche, wenn der Reichsrat nach seinem Zusammentritt sie nicht bestätige. Am 30. Juli erhielt Schmerling seine Entlassung und Graf Belcredi trat an die Spitze eines aus altkonservativ-ungarischen und föderalistisch-feudalen diesseitigen Elementen gebildeten Kabinetts, das der Hauptsache nach nur ein Werkzeug in der Hand des Grafen Moriz Esterházy, des eigentlichen kaiserlichen Vertrauensmannes, war. Diesen Zeitpunkt ergriffen klugerweise die Ungarn unter Déaks Führung zu einer Annäherung an den Kaiser. Graf Mailath wurde zum ungarischen Hofkanzler ernannt und das erste Opfer des bevorstehenden Staatsstreiches wurde Siebenbürgen, dessen Union mit Ungarn derselbe unter Aufhebung des Sonderlandtags vollzog. Am 20. September verkündete ein kaiserliches Manifest die Sistierung des Engeren Reichsrats bis nach Beendigung der mit den Ungarn und Kroaten eingeleiteten Unterhandlungen; bis dahin wurde die Regierung ermächtigt, alle unaufschiebbaren Maßregeln, insbesondere die das wirtschaftliche und finanzielle Interesse des Reichs betreffenden, aus eigener Machtvollkommenheit zu treffen.

Was dem Zentralismus mißlungen, sollte nun der Föderalismus leisten. Statt des Reichsrates wurden die sieben Landtage Cisleithaniens berufen und schon kam die Doktrin zum Vorschein, daß unter den „legalen Vertretern“ der Erblande eben diese zu verstehen seien. Ohne daß die von den Landtagen von Ober- und Niederösterreich, Kärnten, Steiermark, Salzburg, Vorarlberg und Schlesien erlassenen heftigen Adressen gegen das Sistierungspatent der Beachtung gewürdigt wurden, kam die clerikal-nationale Wühlerei gegen das

deutsche Bürgertum in Gang. Krain wurde zu einem „Slovenien“ umgestempelt. Die Landtage zu Prag und Lemberg, durch welche Belcredi dem Pesther Reichstage ein Gegengewicht zu geben gehofft hatte, traten ganz in die Fußstapfen der Magyaren und erhoben genau dieselben separatistischen Forderungen wie diese. In Böhmen ging selbst die deutsche hohe Aristokratie ins nationale Lager über; als zum Dank dafür die Rieger und Palacky sich unbedingt den Thun und Schwarzenberg angeschlossen, trennten sich die Jungtschechen unter Sladkowski und Gregr, allein der gemeinsame Haß gegen die Deutschen machte auch sie nur zu Schleppträgern der Feudalen. Die meisten der verfassungstreuen Deutschen legten ihr Mandat nieder und die Neuwahlen fielen auf Tschechen. Der Kaiser stellte seine Krönung mit der „Wenzelskrone“ in Aussicht, das schon im März 1864 durchgebrachte Sprachenzwanggesetz, welches den Unterricht im Tschechischen selbst in den deutschen Mittelschulen für obligatorisch erklärte, wurde bestätigt. Wie in Böhmen die Deutschen den Tschechen, so wurden in Galizien die Ruthenen den Polen ausgeliefert.

Die Ungarn, welche aus Haß gegen Schmerling das Reich an Belcredi ausgeliefert hatten, kamen doch schnell zur Besinnung, zumal als die Kroaten sich in die ihnen angekommene Unterordnung keineswegs so gutwillig fügten wie die Siebenbürger. Deák's Programm setzte sich aus zwei Hauptstücken zusammen: aus den liberalen Forderungen, der Wiederherstellung der Artikel von 1848 und der Komitatsverfassung, und aus der der Herrschaft des magyarischen Stammes im Gebiete der Stephanskrone und der unabhängigen Stellung Ungarns samt dessen Nebenländern als eines staatlichen Ganzen zur Gesamtmonarchie wie zu den Erblanden, und die Ungarn sagten sich, daß auch für sie die Sache der Nationalität und der Freiheit schwer gefährdet sei, sobald in Wien Tschechen und Polen im Bunde mit den Feudalen das große Wort führten. Obgleich die Thronrede, mit welcher der Kaiser den Reichstag am 14. Dezember 1865 eröffnete, die Theorie der Rechtsverwirkung preisgab und die Krönung mit der Stephanskrone nach erreichter Verständigung verhieß, verharren sie auf ihren früheren Forderungen, und als der Kaiser diese ungnädig zurückwies, antwortete der Reichstag April 1866 mit einer Adresse, in der er sich zwar zu der Revision der 1848er Artikel bereit erklärte, aber die Forderung, daß vorher die Anerkennung der Rechtskontinuität erfolgen müsse, in fast drohendem Tone wiederholte. Damit war der Faden der Verständigung mit den Ungarn schon wieder so gut wie abgerissen, und während der Krieg der Nationalitäten gegeneinander tobte, gestaltete sich die Finanzlage immer trostloser. Der mit acht Millionen angenommene Fehlbetrag für 1865 erwies sich in Wirklichkeit zehnmal so hoch. Nachdem eine in Paris aufgenommene Anleihe von neunzig Millionen bereits wieder verbraucht war, sah sich Graf Larisch 24. April 1866 zu einer zweiten gegen Verpfändung von Domänen genötigt und am 5. Mai übernahm der Staat im Widerspruch mit der Bankakte für 112 Millionen Banknoten zu ein und fünf Gulden und



erklärte sie zu Staatsnoten mit Zwangskurs. Das davon nicht betroffene Venetien wurde mit einer Zwangsanleihe von zwölf Millionen belegt. In solchem Zustande trieb das Kaiserreich dem Kriege entgegen.

Unterdes hatte Bismarck, der von seinem Könige in den Grafenstand erhoben worden war, auch die diplomatische Vorbereitung des Kriegs trefflich eingeleitet. Im September 1865 begab er sich nach Biarritz zum Kaiser Napoleon; er wollte sich der Neutralität Frankreichs bei dem bevorstehenden Zweikampfe mit Oesterreich versichern. Zwar nahm er von dort keine förmlichen Abmachungen, wohl aber die höchst wertvolle Gewißheit mit, daß Napoleon den Krieg nicht hindern werde und daß es ein Mittel gebe, um sich der Neutralität Frankreichs zu versichern, nämlich das Bündnis Preußens mit Italien.

Napoleon hatte seit den ersten glänzenden Jahren seiner Herrschaft so viele Fehlschläge erlebt, daß sein Selbstvertrauen darunter merklich gesunken war. Die unaufhaltbaren Fortschritte seines schmerzhaften Körperleidens beeinflussten seinen Charakter; statt wie früher die Ereignisse zu leiten, ließ er sie mehr über sich ergehen. Die deutschen Verwickelungen sollten ihm zu verschiedenen Zwecken dienen; sie sollten ihm Absolution verschaffen für die mexikanische Expedition, welche die schmerzhafteste Stelle für die Angriffe der Opposition bildete, sie sollten die inneren Schwierigkeiten beschwören helfen und ihm ein zweites Nizza und Savoyen in Belgien oder am Rhein verschaffen, sie sollten endlich das Werk von 1859 krönen durch die Vereinigung Venetiens mit Italien, mittelst deren er Rom zu retten und die revolutionäre Partei zu beschwichtigen gedachte, nachdem die Versuche, die Lösung vermittelst einer Geldentschädigung herbeizuführen, an Oesterreichs Abneigung gescheitert waren. Daher auch seine Verstimmung über den Gasteiner Vertrag, denn mit der Ausöhnung der beiden deutschen Großmächte entchwand ihm die Aussicht auf Gebietsveränderungen, bei denen auch Frankreich ein gutes Beutestück erhaschen konnte. In dem preußischen Minister, der seine Zukunftspläne mit so beispielloser Offenheit darlegte, sah er nichts als einen Abenteuerer und waghalsigen Spieler. Er verließ sich auf das Urtheil seiner erfahrensten Generale, die die, betroffen von dem tapfern Widerstande, den sie 1859 gefunden, die Überlegenheit der Oesterreicher über die Preußen für ausgemacht hielten. Wenigstens rechnete er auf ein langes mörderisches Ringen, das ihn ohne große Anstrengungen, ohne selbst Krieg führen zu müssen, zum Herrn der Lage machen würde; das geschlagene Preußen würde dann seine Zuflucht zu ihm nehmen und seinen Beistand durch Abtretung des linken Rheinufers erkaufen müssen. Um nicht den Ausbruch des Kampfes zu verhindern, ließ er sowohl in Wien als in Berlin unter der Hand wissen, daß Frankreich unthätiger Zuschauer bleiben werde.

Die italienischen Staatsmänner begrüßten den Bruch zwischen den deutschen Großmächten als eines der glücklichsten Ereignisse, welche ihrem Lande hätten widerfahren können, denn er gab ihnen das Mittel, Venetien zu erlangen, und zwar ohne Hilfe Frankreichs. Die Interessengemeinschaft Preußens mit

Italien lag auf der Hand; schon Cavour hatte, als er auf dem Rückwege von Plombières den Prinzregenten in Baden-Baden begrüßte, auf sie gerechnet; er hatte durch den Marquis Pepoli den Fürsten von Hohenzollern einladen lassen, für Preußen die Rolle Sardiniens in Deutschland zu übernehmen, aber eine so rücksichtslose Hinwegsetzung über das bestehende Recht war weder nach dem Sinne des Regenten noch nach dem seines Ministers. Noch auf seinem Sterbelager hatte er geseufzt: „Die deutsche Einheit wird gegründet werden, aber diese langsamen Preußen werden hundert Jahre brauchen, um uns nachzufolgen!“ Er hinterließ seinen Nachfolgern das Programm, daß die Einheit und Unabhängigkeit Italiens und die Deutschlands sich gegenseitig verbürgten. Der erste Schritt, der Preußen und Italien auf dem Wege ihres späteren Bündnisses zusammenführte, war der am 12. Februar 1866 unterzeichnete Handelsvertrag. Belcredi's schwächliches Entgegenkommen gegen das Kabinett von Florenz, indem er den österreichischen Handelsvertrag mit Sardinien auf ganz Italien ausdehnte, konnte die natürliche Annäherung beider nicht mehr aufhalten. Auf eine aus Berlin nach Florenz gerichtete Anfrage, welche Haltung Italien in dem wahrscheinlichen Falle eines Kriegs zwischen Preußen und Oesterreich beobachten werde, antwortete Lamarmora zurückhaltend, ohne Kenntniß von Napoleons Absichten werde er keine Verbindlichkeiten eingehen; er befürchtete außerdem, Italien solle nur als Drohmittel gebraucht werden; er nahm sogar keinen Anstand, das Heer zu vermindern und die Ausgaben für dasselbe herabzusetzen. Lieber hätte er es gesehen, wenn Oesterreich nach dem am 22. Februar in Bukarest erfolgten Sturze des Fürsten Cusa darauf eingegangen wäre, sich Venetiens gegen die Donaufürstentümer gutwillig zu entledigen; aber der Gedanke fand in Wien so wenig Anklang wie in London und Petersburg. Weiteren Zettelungen an dieser Stelle machte, nachdem der Graf von Slandern, des Königs der Belgier jüngerer Bruder, abgelehnt hatte, die Wahl des Prinzen Karl von Hohenzollern-Sigmaringen, 20. April, ein Ende, doch mußte sich der neue Fürst heimlich durch Oesterreich nach seinem neuen Lande hindurchstehlen.

Um so mehr riet Napoleon, wenn auch nur als guter Freund und ohne jede eigene Verantwortung, den Italienern zum Bündniß mit Preußen. Daraufhin ging Graf Arese, ein Jugendfreund des Kaisers, nach Paris und gleichzeitig General Govone unter schicklichem Vorwande nach Berlin. Hier begannen damit für Bismarck Tage schwerer Sorgen und Anstrengungen. Kostete es ihm auf der einen Seite die größte Mühe, die Bedenken des Königs gegen einen Krieg mit Oesterreich und die Oesterreich freundlichen Einflüsse am Hofe zu überwinden, so sah er sich auf der anderen dem Argwohn des Italieners gegenüber, der immer fürchtete, von ihm überlistet zu werden. Lange wollte sich für die Unterhandlungen zwischen beiden keine gemeinsame Grundlage finden lassen. Bestand das Kabinett von Florenz zu seiner eigenen Sicherheit darauf, daß die Heere beider Staaten gleichzeitig kriegsbereit aufgestellt würden, so sah sich Bismarck außer Stande, den Termin dafür anzugeben und verlangte,





Bundeskanzler Graf von Bismarck.  
Nach dem Stiche, 1868, von S. Kocher.



daß Italien sein Vorgehen von dem Preußens abhängig mache. Daß, trotzdem ein am 13. März in Wien gehaltener Marschallsrat den Beschluß zu rüsten gefaßt hatte, in Böhmen angeblich zur Unterdrückung von Judenkrawallen starke Truppenansammlungen stattfanden, auch Sachsen seinen Truppenbestand vervollständigte, daß trotz alledem Preußen nicht zu entsprechenden Gegenmaßregeln schritt, daß Bismarck die österreichische Anfrage vom 17. März, ob Preußen den Gasteiner Vertrag zu zerreißen und den Bundesfrieden zu brechen beabsichtige, einfach mit Nein beantwortete, daß derselbe ferner plötzlich statt der Erwerbung der Erbherzogtümer die Bundesreform als sein Hauptziel bezeichnete, bestärkte Govone in seinem Verdachte und machte ihn nur noch spröder gegen die preußischen Anmutungen. Die Verhandlungen standen im Begriff ganz abgebrochen zu werden. Gerade da aber vollzog sich die Wendung. Man erhielt in Berlin Kenntnis von einer geheimen Note, welche das österreichische Kabinett am 16. März an mehrere deutsche Höfe erlassen hatte; mit Hinwegsetzung ebensoviele über den Wiener und Gasteiner Vertrag, wie über die Bundesverfassung bezeichnete sie als Preis für die eventuelle Regelung der schleswig-holsteinischen Angelegenheit durch den Bund die Kriegsbereitschaft der vier außerpreußischen Bundesarmekorps und deren Aufstellung im Verbanne mit der österreichischen Armee, „falls Preußen einen offenen Bruch herbeiführe“. Mit diesem Schriftstück in der Hand gelang es Bismarck, den König von der Unmöglichkeit einer friedlichen Auseinandersetzung zu überzeugen. Am 28. erging der Befehl, die Festungen an der Südgrenze samt Magdeburg zu armieren, das schlesische Korps zog seine Reserven ein. Am 24. erließ Bismarck eine Depesche an die deutschen Regierungen, welche unter Hinweis darauf, daß bei der Unzuverlässigkeit des österreichischen Bündnisses und der Unzulänglichkeit des Bundesmilitärwesens die Bürgschaft gegen in Zukunft drohende Gefahren in einer engeren Verbindung mit den deutschen Staaten und einer festeren Gestaltung der deutschen Bundesverhältnisse zu suchen sei, in der Anfrage gestaltete, ob und in welchem Maße Preußen auf ihre Unterstützung in gipfelte, ob und in welchem Maße Preußen auf ihre Unterstützung in dem Falle zu rechnen habe, daß es von Österreich angegriffen oder durch lautere Drohungen zum Kriege genötigt würde. Die Antworten lauteten meist ausweichend. Der Sachse Beust hatte die Naivität, zu versichern, daß es zur Beseitigung der drohenden Gefahren, die doch eben den handgreiflichen Beweis lieferten, wie hinfällig die ganze Bundesverfassung sei, sobald sie nicht mehr durch Österreich und Preußen getragen wurde, nur der Anwendung der bestehenden Bundesgesetze bedürfe. Nunmehr gebieh auch das Schutz- und Trugbündnis mit Italien am 8. April zum Abschluß, jedoch nur auf drei Monate. In demselben verpflichtete sich der König von Italien, an Österreich den Krieg zu erklären, sobald Preußen seinerseits den Krieg erklärt habe, um seinen Anträgen auf eine den Bedürfnissen des deutschen Volkes entsprechende Reform der Bundesverfassung Geltung zu verschaffen; beide besprachen sich, ohne gegenseitige Einwilligung weder Waffenstillstand



noch Frieden zu schließen; diese sollte jedoch nicht versagt werden, wenn Österreich einwillige, an Italien Venetien und an Preußen Gebietsteile von entsprechender Ausdehnung abzutreten.

Am Tage nach der Unterzeichnung des Bündnisses, den 9. April, stellte Preußen in Frankfurt den Antrag auf Einberufung einer aus direkten und allgemeinen Wahlen hervorgegangenen Versammlung zur Beratung der Bundesreform. Der Antrag nannte nicht das Ziel der letzteren, die Beseitigung von Österreichs Machtstellung in Deutschland, aber er bedeutete diese zweifellos. Nicht zur Eroberung einer Provinz, um eines höheren Zieles willen, zur Lösung der deutschen Frage in nationalem Geiste, zur Entfernung jenes Hindernisses, welches alle deutsche Entwicklung bisher gelähmt hatte, war Bismarck entschlossen, die Entscheidung der Waffen anzurufen. Der Antrag fand im Volke fast nur ungläubige Ohren; bei den Regierungen steigerte er die Antipathien gegen Preußen, auch Hannover und Kurhessen kehrten sich seitdem von diesem ab. Mehrere Regierungen wollten erst den vollständigen Reformplan vorgelegt sehen, allein Bismarck erklärte, dies werde Preußen erst dann thun, wenn der Zusammentritt des Parlaments zu einer bestimmten Zeit gesichert sei. Österreich versäumte keineswegs nicht, aus jenen Stimmungen Nutzen zu ziehen; es machte am 26. April den Vorschlag, die Herzogtümer unter Gewährung gewisser Vorteile für Preußen an den meistberechtigten Prätendenten abzutreten und, wer der sei, durch den Bund entscheiden zu lassen; in Ermangelung von Preußens Zustimmung versprach es diesen Weg allein einzuschlagen. Nebenher ging ein unfruchtbarer Notenwechsel, in welchem beide Mächte sich gegenseitig die Priorität der Rüstungen zuschoben, und die Zurücknahme der getroffenen Maßregeln verlangten. Am 18. April erklärte sich Österreich, um einen Beweis seiner Friedensliebe zu geben, bereit, auf die von der Gegenseite vorgeschlagene Abrüstung einzugehen, wenn auch Preußen bis zum 25. auf den Friedensfuß zurückzukehren verspreche. Letzteres geschah. Aber kaum war damit die Abrüstung im Prinzip angenommen, als Österreich die Behauptung aufstellte, nur in Böhmen abrüsten zu können, da die Vorbereitungen Italiens zu einem Angriffe auf Venetien es nötigten, seine dortige Armee auf den Kriegsfuß zu setzen. Bismarck dagegen, wohl wissend, daß Italien noch nichts für einen Krieg vorbereitet hatte, und erwägend, wie leicht jene Streitkräfte sich ebenso gut gegen Preußen verwenden ließen, bestand auf der Abrüstung sowohl im Süden als im Norden, und da Österreich nicht darauf einging, so zerfloß die Aussicht auf Frieden so schnell, wie sie gekommen. Nunmehr, vom 3.—5. Mai, bot Preußen seine ganze Feldarmee auf. Vor dem Ernst der Lage verstummte der Hader der Parteien. Wie zahlreich auch vorher die Kundgebungen für den Frieden gewesen waren, jetzt scharte sich das Volk zur Abwehr des äußeren Feindes auch um die verhasste Regierung. Selbst die im Falle eines Krieges zunächst gefährdete Stadt Breslau sprach diese Gesinnung nachdrücklich in einer Adresse aus. Am 9. Mai erfolgte die Auflösung des Abgeordnetenhauses.

Seit dem 4. rüstete auch Oesterreich offen; am 13. ging Feldzeugmeister Benedek zur Nordarmee ab, zu deren Oberbefehlshaber ihn das öffentliche Vertrauen berief; am 20. begann der Massentransport der rückwärtigen Korps nach Mähren. Als den Rüstungen Sachsens das Berliner Kabinett mit entsprechenden Maßregeln drohte, wendete sich Beust an den Bund, um durch ihn von Preußen die Zusicherung zu fordern, daß es sich dem von Streitigkeiten zwischen Bundesmitgliedern handelnden § 11 der Bundesakte fügen werde. Am 9. Mai erklärten sich zehn Stimmen in diesem Sinne. Ein eitles Beginnen, da ja auch diejenigen Regierungen, welche vom starren theoretischen Standpunkte aus den Krieg zwischen Bundesgliedern für eine Unmöglichkeit erklärten, rüsteten und also kein Recht hatten, von Preußen allein die Befolgung dieses Paragraphen zu verlangen!

Graf Mensdorff, dem angeichts der inneren Schwierigkeiten, mit denen Oesterreich zu kämpfen hatte, doch nicht ganz wohl zu Mute war, hatte währenddem den Kaiser Napoleon zu der Erklärung zu bestimmen gesucht, daß er sich gegen den Angreifer erheben werde. Ein Krieg zwischen Oesterreich und Preußen könne nur endigen mit dem Aufhören ihrer Rivalität mit der alleinigen Hegemonie entweder des einen oder des anderen über Deutschland, d. h. von allen Combinationen der für Frankreich unerwünschtesten. Am Tuilerienhofe hatte Oesterreich an Drouyn einen aufrichtigen Fürsprecher und Freund; aber, wie so oft, ging die Politik des Kaisers einen anderen Gang als die seiner Minister. Napoleon glaubte die Rivalität der beiden deutschen Mächte und dazu noch mancherlei andere Vorteile besser mit Preußen als gegen Preußen zu erreichen. Nun versuchte es Mensdorff auf andere Weise. Er erbot sich, unter der Bedingung, daß Frankreich und Italien neutral blieben, Venetien an den Kaiser abzutreten, damit er es an Italien weiter abtrete; dafür solle er Oesterreich sich durch Schlessien schadlos halten lassen. Das Anerbieten war für das Kabinett von Florenz verführerisch, zumal sich über die Ausführung des Aprilvertrags Schwierigkeiten erhoben hatten, nur setzte es einen Grad von Ehrlosigkeit voraus, den offen zu begehen, Lamarmora zurückschreckte. Aber es deutete einen Umweg an: gelang es, die Zeit bis zum Ablaufe des Aprilvertrags, d. h. bis zum 8. Juli, mit Unterhandlungen hinzubringen, so war Italien seiner Verpflichtungen gegen Preußen ledig und konnte den ersehnten Gewinn mühelos einstreichen. Er machte Napoleon den Vorschlag eines Kongresses, den gleichzeitig auch England anregte. Mit Freuden ging Napoleon darauf ein. Am 6. Mai gab er in einer Anrede an den Maire von Auxerre seinem Abscheu gegen die Verträge von 1815 erneuten Ausdruck. Der Kongreß winkte nicht bloß Italien mit der Aussicht auf Venetien, sondern auch ihm mit der auf die Rheinlande. Am 27. Mai erließen Frankreich und England, denen sich auch Rußland angeschlossen hatte, die Einladung zu einem in Paris abzuhaltenden Kongreß. Preußen ging rückhaltlos darauf ein. Da aber beging Oesterreich den unverzeihlichen Fehler, seine Teilnahme an Bedingungen zu



knüpfen, welche den Kongreß unmöglich machten, nämlich die, daß von den Beratungen jede Kombination ausgeschlossen bleibe, welche einem der Eingeladenen eine Gebietsvergrößerung oder einen Machszuwachs verschaffen würde, daß ihm eine Änderung an der Stellung, die es Italien gegenüber eingenommen, nicht zugemutet würde, endlich daß zu den Verhandlungen über die italienische Differenz auch die päpstliche Regierung zugezogen würde. Was nützte Napoleon ein Kongreß unter solchen Einschränkungen? Bismarck fiel ein Stein vom Herzen; diese indirekte Ablehnung gestattete ihm, auf Österreich die Verantwortlichkeit für den Krieg zu werfen.

Um so zudringlicher wurde nun Napoleons Begehrlichkeit in Berlin. Die ersten Bemühungen, seine Absichten mit preussischem Beistande durchzuführen, reichten bis in das Jahr 1862 zurück; durch Verwandte oder vertraute Agenten hatte er seitdem wiederholt Vorschläge wegen beiderseitiger Vergrößerung gemacht; bald handelte es sich um Luxemburg oder um die Grenze von 1814, bald um größere Objekte, von denen die französische Schweiz und die Frage, wo in Piemont die Sprachgrenze zu ziehen, nicht ausgeschlossen blieben. Jetzt verdichteten sich diese Zumutungen zu dem Vorschlage eines Schutz- und Trugbündnisses, dessen Grundzüge der Gesandte des Kaisers, Benedetti, fertig vorlegte. Als jedoch Bismarck diesen Anträgen fortwährend auswich und sie zuletzt, trotz der fast drohenden Mahnungen, von denen sie begleitet waren, ablehnte, wandte sich Napoleon an Österreich und dieses fand er fügsamer. Am 9. Juni schloß sein Gesandter, der Herzog von Gramont, zu Wien folgenden Vertrag: Frankreich verpflichtet sich, unbedingte Neutralität zu beobachten und alles zu thun, um Italien ebenfalls darin zu halten; Österreich verpflichtet sich, auf jeden Fall den bestehenden Zustand in Italien zu achten und der Abtretung Venetiens an Italien zuzustimmen; es verzichtet auf eine ausschließliche Hegemonie über Deutschland und verpflichtet sich, ohne Zustimmung Frankreichs keine Gebietsveränderung vorzunehmen, welche das Gleichgewicht Europas stören würde. Mit diesem Vertrage in der Tasche hielt sich Napoleon seiner Sache so sicher, daß er keine Bedenken trug, seine Pläne der Öffentlichkeit zu übergeben. In einem an Drouyn de L'huys gerichteten Briefe vom 11. Juni bezeichnete er als Richtschnur seiner Politik, daß er jeden Gedanken an Gebietsvergrößerung zurückweise, solange das europäische Gleichgewicht nicht gestört werde. Wohl aber hätten die Mächte, welche an der Gründung des Deutschen Bundes teilgenommen, das Recht zu prüfen, ob nicht die verlangten Änderungen die Ordnung Europas gefährdeten. Er selbst wünsche für die Bundesstaaten zweiter Ordnung eine engere Verbindung, eine mächtigere Organisation, eine angesehenere Rolle, für Preußen mehr Homogenität und Stärke im Norden, für Österreich die Aufrechthaltung seiner großen Stellung in Deutschland und die Abtretung Venetiens an Italien, vorbehaltlich einer billigen Entschädigung. Frankreich werde eine aufmerksame, durch ihre Uneigennützigkeit starke Neutralität beobachten. So unklar und sich selbst widersprechend sich dieses Programm ausnahm, eins war doch darin

deutlich zwischen den Zeilen zu lesen: da der Krieg, gehe er aus, wie er wolle, jedenfalls Gebietsveränderungen mit sich bringen würde, so trat damit der Fall ein, wo Frankreich trotz seiner Uneigennützigkeit eine Vergrößerung beanspruchen mußte. Zwar wußte Benedetti recht wohl, daß König Wilhelm fort und fort die Möglichkeit einer Abtretung preußischen Gebietes von sich weise, zwar vernahm er aus Bismarcks eigenem Munde, wenn Frankreich Köln, Bonn oder Mainz verlange, so würde er lieber von der politischen Bühne zurücktreten, als darein willigen, aber die französische Leichtfertigkeit überhörte solche Äußerungen, da ja das unfehlbar geschlagene Preußen doch von selbst kommen und den Beistand des Kaisers durch Opfer erkaufen müsse, die man ihm dann nach Gutdünken abfordern könne.

Selten ist die Kurzsichtigkeit der Habucht ärger zu schanden geworden als hier. Die Dinge kamen ganz anders, als man an der Seine voraussetzte.

Im weiteren Verfolg der in der Depesche vom 26. April angedeuteten Schwenkung machte Oesterreich am 1. Juni in Frankfurt die Anzeige, daß es seine Bemühungen, einen bundesgemäßen Abschluß der Herzogtümerfrage durch ein Einverständnis mit Preußen vorzubereiten, für jetzt als vereitelt betrachte und in dieser gemeinsamen deutschen Angelegenheit alles Weitere dem Bunde anheimstelle, daß es ferner soeben Vollmacht zur Einberufung der holsteinischen Stände erteilt habe. Sofort erklärte Bismarck, 3. Juni, daß es diese Mitteilung als die ausdrückliche Lossagung vom Gasteiner Vertrage ansehe, daß dadurch die gemeinsame Herrschaft in beiden Herzogtümern wieder in Kraft trete und daß nach Wiederherstellung des Wiener Vertrags die einseitige Einberufung der holsteinischen Stände ein Übergriff Oesterreichs sei, gegen den sich Preußen weitere Schritte vorbehalte. Dadurch unbeirrt warf die österreichische Regierung ihrem Gegner wirklich den Handschuh hin, indem sie durch Gablenz am 5. Juni die holsteinischen Stände auf den 11. einberufen ließ. Preußen hob ihn unverzüglich auf. Am 7. Juni überschritt Manteuffel die Eider. Die Oesterreicher zogen sich nach Altona und, da ihre dortige Stellung unhaltbar war, in der Nacht zum 12. auf das linke Elbufer zurück; mit ihnen hatte der Erbprinz Kiel verlassen. Die Verwaltung der Herzogtümer legte Manteuffel in die Hand des Barons Scheel-Pllessen. Auf die Kunde von diesen Vorgängen erklärte der Bundespräsident in einer auf den 11. anberaumten außerordentlichen Sitzung das Verfahren Preußens für einen Bruch des Wiener und Gasteiner Vertrags und beantragte die Mobilmachung des ganzen Bundesheeres mit Ausnahme der preußischen Korps. Preußen war vollständig im Rechte, wenn es in einem Rundschreiben vom 12. diesem Antrage jede bundesrechtliche Grundlage absprach; es warnte, durch Annahme desselben würden die Beteiligten das Bundesverhältnis lösen und in den bundeslosen Zustand mit einem Akt der Feindseligkeit gegen Preußen treten; dieses werde in dem ausbrechenden Kriege sich nur durch das eigene Interesse und das der zu ihm stehenden Staaten leiten lassen. Umsonst! Die Mehrheit hielt den Augenblick für gekommen, das Netz über Preußens



Kopf zusammenzuziehen; in Hannover träumte man schon von der Wiederherstellung des Reiches Heinrichs des Löwen links der Elbe. Am 14. wurde der Präsidialantrag, obgleich der preußische Gesandte gegen jede geschäftliche Behandlung desselben als nach Form und Inhalt bundeswidrig Protest einlegte, mit den neun Stimmen Österreichs, Bayerns, Sachsens, Württembergs, Hannovers, der beiden Hessen, Nassaus und der 16. Kurie, der letzteren, obgleich der stimmführende Gesandte für Schaumburg-Lippe ohne Instruktion war und unverzüglich von seiner Regierung desavouiert wurde, angenommen.

Unmittelbar darauf erhob sich der preußische Bundestagsgesandte von Savigny. „Preußen,“ erklärte er, „sieht den Bundesvertrag durch die nach dem Bundesrechte unmögliche Kriegserklärung gegen ein Bundesglied für gebrochen und deshalb nicht mehr verbindlich an, wird denselben vielmehr als erloschen betrachten und behandeln. Indes will es damit nicht zugleich die nationalen Grundlagen, auf denen der Bund aufgebaut gewesen, als erloschen betrachten; es hält vielmehr an der über die vorübergehenden Formen erhabenen Einheit der deutschen Nation fest und sieht es als eine unabwiesliche Pflicht der deutschen Staaten an, für die letztere den angemessenen Ausdruck zu finden: Die königliche Regierung legt ihrerseits die Grundzüge einer neuen, den Zeitverhältnissen entsprechenden Einigung hiermit vor und erklärt sich bereit, einen neuen Bund mit denjenigen deutschen Regierungen zu schließen, welche ihr die Hand reichen wollen.“ „Statt des alten, machtlosen Bundes,“ erläuterte der preußische Staatsanzeiger, „soll eine neue Verbindung deutscher Fürsten und Völker auf den Grundlagen wahrer Macht und echter Freiheit errichtet werden. Preußen soll in diesem Bunde die Stellung einnehmen, welche ihm nach seiner wirklichen Bedeutung und nach seinen Leistungen für Deutschland gebührt.“

Es war für Österreich eine Verwegenheit sondergleichen, mit leerem Schatze, von innerem Hader zerrissen, ohne Reservearmee sich kopfüber in einen zweiseitigen Krieg zu stürzen. Was ihm an wirklicher Kraft abging, das ersetzte der Übermut der Wiener Presse, welche nicht müde wurde, die Preußen zu verhöhnen und in kindischen Bravaden mit unerbittlicher Rache zu bedrohen. Aber auch die Regierung mochte die Hoffnung hegen, wie 1850 durch eigene Machtentfaltung und die Unterstützung der Mittelstaaten Preußen zur Nachgiebigkeit zu drängen. Die Demokratie sowohl als der Partikularismus in den Mittel- und Kleinstaaten hielten aus Haß gegen Preußen durchweg zu Österreich; Preußen selbst galt in Wien als gelähmt durch seine inneren Schwierigkeiten. Aber man täuschte sich dort über die Kraft dieses Staates wie über die Stimmung des preußischen Volkes nicht minder als über die Festigkeit des Königs und seiner Räte. Herrschte auch in Preußen nichts weniger als Kriegslust, so stellten sich doch Reserve und Landwehr gehorsam und mit ruhiger Entschlossenheit auf den Ruf des Königs, dessen Persönlichkeit dafür bürgte, daß es eine zwingende Notwendigkeit sei, welche dem Lande den Krieg auferlege. Für Österreich war der Zeitpunkt zur Her-

ausforderung des Gegners insofern wenig günstig gewählt, als weder seine Bundesgenossen ihre Rüstungen beendigt hatten, noch auch Vereinbarungen wegen eines gemeinsamen Operationsplans bestanden, während Preußen in kampffertiger Verfassung den kommenden Ereignissen entgegen sah. Das schon Anfang Juni insgeheim durch den General von Ringelsheim in Dresden gestellte Ansuchen, das sächsische Heer unverweilt nach Böhmen übertreten zu lassen, war abgelehnt worden. Der bayrische Ministerpräsident von der Pfordten war von Anfang an den Verdacht nicht los geworden, Oesterreich, militärisch und finanziell außer Stand einen Krieg gegen Preußen erfolgreich zu führen, treffe nur Vorbereitungen dazu, um die Mittelstaaten vorzuschieben, sie dann im letzten Augenblicke wieder sitzen zu lassen und sich auf ihre Kosten mit Preußen zu verständigen. Er wurde die Erinnerung nicht los, daß im Jahre 1850 80 000 Mann ins Feld gestellt werden mußten, damit eines Morgens die Meldung kam, man brauche die Straßbayern nicht mehr. Daher denn auch die von von der Thann in Wien verabredete Vereinigung der Bayern mit den Oesterreichern in Böhmen nicht genehmigt wurde, nachdem oesterreichischerseits der Vorschlag einer gemeinsamen Offensive aus Böhmen und Bayern nach Sachsen abgelehnt worden war. Wenn Oesterreich, meinte Pfordten, sich gegen Preußen zu schwach halte, so sei dies für Bayern ein Grund mehr, sich ihm nicht anzuschließen. Ebenso wenig wurde in München dem Verlangen, nur die Hälfte der bayrischen Truppen nach Böhmen zu schicken, stattgegeben, da dann die andere Hälfte um so leichter von den Preußen gefangen werden würde. Was Pfordten aus dem bevorstehenden Zusammenbruche zu erhaschen gedachte, war ein süddeutscher Sonderbund unter Bayerns Hegemonie. Diesen Sinn hatte denn auch die am 14. Juni zu Ulm mit Oesterreich abgeschlossene geheime Militärkonvention. Sie beließ dem bayrischen Heere seine unabhängige Stellung, ordnete die übrigen süddeutschen Contingente dem bayrischen Oberbefehle unter und sah die Aufstellung des bayrischen Heeres in Franken vor, von wo es in Übereinstimmung mit dem oesterreichischen operieren sollte. Oesterreich verpflichtete sich, keinen einseitigen Frieden zu schließen, auch, falls aus dem Kriege Gebietsveränderungen hervorgehen sollten, Bayern vor Verlust zu bewahren und dafür zu sorgen, daß es für etwaige Abtretungen entschädigt werde. Auf die Bayern konnten sich dann auch die vor der Übermacht zurückweichenden Sachsen zurück- und dadurch einen bedeutenden Teil der Preußen von Oesterreich abziehen. Es stellte sich jedoch bald heraus, daß sich rechtzeitig kein bayrisches Heer in Oberfranken versammeln lasse; es wurde daher, 30. Juni, bestimmt, daß die Bayern sich zunächst mit dem VIII. Bundesarmee corps zu vereinigen und die Offensive in nordwestlicher Richtung zu ergreifen hätten. Den Sachsen blieb unter diesen Umständen nur die Aussicht, unter Preisgabe des eigenen Landes als Hilfstruppen in Böhmen zu fechten.

In Berlin hatte man lange an der Hoffnung festgehalten, wenigstens Hannover werde neutral bleiben. Hatte doch im Jahre 1850 der alte König



Ernst August zu Manteuffel, dem Abgesandten Friedrich Wilhelms IV., gesagt: „Mein Herz liebt Preußen nicht, mein Verstand zwingt mich aber es zu lieben, ich werde daher niemals dumm genug sein, mich mit Deinem Könige zu zanken.“ Aber je mehr die Hegemoniebestrebungen dieser Macht hervortraten, desto tiefer wurde gegen sie die Verstimmung seines alle Wirklichkeit blinden, in Größtewahn befangenen Sohnes. Der Verkehr zwischen den beiden Gebietshälften Preußens wurde nach Möglichkeit erschwert, der Bau einer Eisenbahn nach dem Jadebusen nicht genehmigt. Das im September 1865 nach Entlassung der vier liberalen Minister von Hammerstein, Windhorst, Gryllben und Lichtenberg gebildete Kabinett Graf Platen-Brandis-Bacmeister-von Borries ordnete sich unbedingt dem königlichen Willen unter. So weit war man in Berlin von der Absicht einer Annexion Hannovers entfernt, daß man vielmehr die Bedingungen für dessen Erhaltung einleuchtend zu machen suchte. „Wenn Sie Preußens Ehrgeiz fürchten,“ warnte Bismarck die hannöverschen Minister, „können Sie ihn nicht wirksamer entwaffnen, als dadurch, daß Sie seine treuen Bundesgenossen sind. Einem Bundesgenossen nach dem siegreichsten Kriege ist kein Hohenzollern im Stande ein Haar zu krümmen. Wenn Sie sich aber mit unsern Feinden verbinden, obschon Sie dieselben Interessen mit uns haben, wenn Sie zwischen Hamburg-Minden und Köln einen Staat schaffen, von dem wir befürchten müssen, daß er jede Verlegenheit Preußens nach außen benutzt, um uns die Waffe in den Rücken zu rennen, ein solcher Staat kann nicht mit unserm Willen bestehen, seine Fortexistenz wäre unverträglich mit der Preußens.“ Die Unterhandlungen über das angebotene Bündnis zerfielen sich an der Abneigung des Königs, auch nur dafür Sicherheit zu geben, daß seine Truppen sich auf ein Jahr der Feindseligkeiten gegen Preußen enthalten würden. Der hannöversche Hof trieb doppeltes Spiel: er versprach amtlich Neutralität und fuhr heimlich fort zu waffnen; er gab die Genehmigung zum Durchzuge des Manteuffelschen Korps auf den Preußen zustehenden Etappenstraßen, traf aber gleichzeitig Vorbereitungen, das Heer bei Stade zu vereinigen, von wo es in Verbindung mit Gabelnz und 10 000 holsteinischen Freiwilligen einen Rückenangriff auf die Preußen machen sollte. Auf die eindringlichen Vorstellungen des preußischen Gesandten Prinz Jsenburg hin sprach sich ein Ministerrat 13. und 14. Mai, entgegen der Ansicht des Königs, für Neutralität aus; am 20. lud Bismarck zu einem Vertrag ein, welcher die Unabhängigkeit Hannovers in einem neuen Bundesverhältnisse gewährleistete. Unterhandlungen wurden eingeleitet. Da aber erschien aus Wien Prinz Solms-Braunfels, des Königs Halbbruder; seine Vorspiegelungen von Oesterreichs Waffenmacht, das Anerbieten der Garantie und eventueller Vergrößerung bewirkten einen vollständigen Umschwung und die preußischen Anträge wurden abgelehnt. Vergebens erhob die zweite Kammer auf Bennigsens Antrag ihre Stimme gegen eine so selbstmörderische Politik; sie blieb so wirkungslos wie der Protest der kurhessischen Stände gegen den letzten Bundesbeschluß.

Am Tage nach jener verhängnisvollen Abstimmung, den 15. Juni, erließ Preußen nach Hannover, Kassel und Dresden eine Sommatation. Es verlangte: Bündnis, Abrüstung und deutsches Parlament; dagegen bot es Garantie des Gebietes und der Souveränität nach Maßgabe der gemachten Reformvorschläge.



Generalfeldmarschall Graf Moltke. Nach dem Kupferstiche von Joh. Lindner.

Diese Anträge wurden abgelehnt. Unmittelbar darauf erfolgte Preußens Kriegserklärung. Ein Manifest des Königs Wilhelm, vom Gedenktage des 18. Juni datiert, verknüpfte die Erinnerungen an 1813 mit der Verheißung, daß, im Fall Gott den Sieg verleihe, Preußen auch stark genug sein werde, das lose Band, welches die deutschen Lande mehr dem Namen als der That nach zusammenhielt, in anderer Gestalt fester und heilvoller zu erneuern.



Der Schwerpunkt des Kampfes lag für Preußen im österreichischen Heere. Da aber Hannover und Kurhessen durch ihre Lage zwischen den beiden Hälften der Monarchie höchst gefährlich waren, so mußten zuvor diese beiden unschädlich gemacht werden. Die übrigen norddeutschen Kleinstaaten, Herzog Ernst II. von Koburg-Gotha voran, leisteten der preussischen Aufforderung zum Anschluß Folge; mehrere ihrer Kontingente lösten die österreichischen und preussischen Besatzungen in den Bundesfestungen ab, die der Bundestag zu Vermeidung blutiger Konflikte aus diesen herausgezogen hatte. Jenes war die nächste Aufgabe der von General Vogel von Falckenstein befehligten Westarmee, die darauf sich gegen die südwestdeutschen Gegner wenden sollte. Die Gewißheit der französischen Neutralität gewährte dabei Preußen den unschätzbaren Vorteil, daß es getrost seine westlichen Provinzen von Truppen entblößen und diese für den Krieg verwenden konnte. In drei getrennten Gruppen, bei Wezlar unter Beyer, bei Minden unter Göben, bei Osnaburg unter Manteuffel, auf fünfzig Meilen auseinanderstehend, konnten die preussischen Streitkräfte nur auf dem Wege vorwärts gegen den Feind gesammelt werden. Am Morgen des 16. setzten sich alle drei in Bewegung. Manteuffel bewerkstelligte seinen Übergang über die Elbe von Altona nach Harburg; die Uferbatterie bei Brunshagen wurde vernagelt, die völlig verwahrloste Festung Stade mit großen Vorräten an Kriegsmaterial durch Überfall genommen. Hannover fand er schon durch Goeben besetzt. Am 18. abends hielt Beyer seinen Einzug in Kassel, die kurhessischen Truppen, die sich noch völlig auf dem Friedensfuße befanden, waren nach Fulda und Hanau abgerückt, um die Vereinigung mit den Süddeutschen zu suchen. Der Kurfürst befand sich in Wilhelmshöhe; dort blieb er vorläufig interniert, bis er nach abermaliger Ablehnung des Bündnisantrags als Staatsgefangener erst nach Minden, dann nach Stettin abgeführt wurde.

In Hannover hatten die Ratgeber des Königs selbst nach der Abstimmung vom 14. die Gefahr noch nicht für so nahe gehalten. Als sie dann eintrat und die Zurückberufung der Brigade Kalik eine bittere Enttäuschung bereitete, ergingen überhäufte Befehle zur Versammlung des Heeres bei der Hauptstadt, aber die drohende Umklammerung zwang, statt dieser Göttingen als Sammelpunkt zu wählen. Bei der Eile des Abmarsches hatten die Truppen ganz ohne feldmäßige Ausrüstung ausrücken müssen; man suchte das Fehlende, so gut es ging, unterwegs nachzuholen. Den von anderen abgelehnten Oberbefehl übertrug der König dem General von Arntschildt. Über die weiteren Operationen waren die Meinungen geteilt; in dem Maße aber, wie die Truppen schlagfertiger wurden, gelangten die Stimmen zur Geltung, welche den Marsch nach Süden zum Anschluß an die Bayern vertraten, nur fehlte es an jedem gemeinsamen Plane mit den Süddeutschen. Am 21. wurde von Göttingen aufgebrochen. Aber die oberste Heeresleitung in Berlin umgab bereits die bei Heiligenstadt Eintreffenden mit einem eisernen Ringe, dessen Verengerung schon am 22. zur gegenseitigen Berührung geführt haben

würde, wenn nicht Falkenstein eigensinnig die angebotene Entsendung von Truppen aus Magdeburg nach Thüringen abgelehnt und auch die beabsichtigte Offensive der Division Beyer gegen die Straße Heiligenstadt=Mühlhausen durch den Befehl zum Marsch auf Göttingen durchkreuzt hätte. Dadurch gewannen die Hannoveraner einen Vorsprung von zwei Tagen und erreichten Langensalza am 23. Es wäre ihnen ein Leichtes gewesen, die infolge von Falkensteins verfehlten Anordnungen nur durch 6000 Mann besetzte Linie Eisenach=Gotha zu durchstoßen und ihre Vereinigung mit den Bayern südlich vom Thüringer Walde zu bewerkstelligen. Aber dieser Stoß unterblieb. Der Zwiespalt der Meinungen im Hauptquartier, verbunden mit der drückenden Hitze, der kargen Verpflegung, der Sorge vor dem schwierigen Gebirgsmarsch und der Abneigung, das eigene Land zu verlassen, lähmten jeden kräftigen Entschluß. Lieber setzte man seine Hoffnung einerseits auf den Sieg der Oesterreicher oder auf die Hilfe der Bayern, anderseits auf Verhandlungen mit dem Gegner, der freien Abzug nach Süden zugestehen sollte. Aber bei den noch auf dem Transport nach dem Main begriffenen Bayern fand der Abgesandte des Königs, Archivrat Kopp, wenig Neigung, sich den unthätigen Hannoveranern zuliebe auszusetzen. „Mit 19000 Mann,“ sagte ihm Prinz Karl, „schlägt man sich durch.“ Nach einer kurzen Vorwärtsbewegung in der Richtung auf Fulda blieb er, da keine näheren Nachrichten von ihnen eintrafen, südlich der fränkischen Saale stehen. Auch die Unterhandlungen verliefen, verwirrt und vielfach von Mißverständnissen durchkreuzt, ohne Resultat. Auf die Nachricht von der bevorstehenden Ankunft des Generaladjutanten von Alvensleben aus Berlin verabredete der hannöversche Oberst Dammers mit dem Herzog von Gotha, dessen Vermittelung als des nächstbetheiligten Landesherrn er in Anspruch genommen hatte, bis zu dessen Eintreffen eine Waffenruhe, der auch der vor Eisenach stehende Kommandant der hannöverschen Vorhut, von Bülow, beitrug. Mit Alvensleben in Unterhandlung zu treten, zeigte sich zwar König Georg bereit, aber nur unter gleichzeitiger Fortsetzung der Operationen. Davon wollte jener natürlich nichts wissen; die Verhandlungen im Hauptquartier des Königs führten nur zum Abschluß eines Waffenstillstandes bis zum 26. morgens zehn Uhr, währenddessen der König sich verpflichtete, seine endgültige Antwort auf die preussischen Anträge nach Berlin zu senden. Unterdessen langten von allen Seiten Verstärkungen für die Preußen an. Obgleich daher diese nunmehr im entschiedenen Vorteile waren und eine Verständigung gar nicht mehr in ihrem Interesse lag, bot doch König Wilhelm, nur seinem persönlichen Gefühle folgend, durch einen neuen Abgesandten, den Oberst von Döring, nochmals eine friedliche Übereinkunft auf Grund der Forderungen vom 15. Juni an. Allein da gleichzeitig Generalmajor von Flies, den Waffenstillstand als abgelaufen betrachtend, von Gotha gegen die Kantonnements der Hannoveraner um Langensalza vorrückte, so entstand darüber im Hauptquartier des Königs Georg solche Erbitterung, daß er diese Anträge



schroff ablehnte, worauf Oberst von Döring den Waffenstillstand kündigte. Der König, vom Kriegsminister und Graf Platen unterstützt, bestand so heftig zur Rettung der Ehre auf bewaffnetem Widerstand, daß Arrentschildt und sein Generalstabschef Cordemann mit ihrem Widerspruche nicht durchdrangen; man beschloß, die Armee in eine Defensivstellung hinter die Anstrut zwischen Thambrück und Nägelsstedt zurückzunehmen.

Nun war aber in Berlin die Geduld zu Ende. Auf die falsche Nachricht, daß die Hannoveraner im Abmarsch auf Tennstedt begriffen seien, lief von dort die Weisung ein, ihre Waffenstreckung, es koste, was es wolle, zu erzwingen. Sogleich bemühte sich der Herzog von Gotha, bei Falkenstein für General Fließ Verstärkungen zu erlangen, jedoch vergebens; das Hauptaugenmerk des Oberbefehlshabers war, im Widerspruch mit den Ansichten der obersten Heeresleitung, nach Süden, auf die im Anmarsch vermuteten Bayern gerichtet, und so geschah es, daß er abermals seine Streitkräfte zerplitterte und Fließ mit seinen 9000 Mann, 240 Reitern und 22 Kanonen einer mehr als doppelten Übermacht allein gegenüber gelassen wurde. Alle seine Versuche, am 27. Juni die Brücke von Meryleben zu stürmen, waren vergeblich. Als aber Arrentschildt die Schwäche des Gegners gewahrte, ging er selbst zum Angriffe über. Der Untern der Preußen wollte, daß ihr Höchstkommandierender nirgends zu finden war; unter dem Einfluß der drückenden Hitze war er in freiem Felde von heftigen Kongestionen befallen worden; in peinlicher Verlegenheit beschloß seine Unterbefehlshaber, das Gefecht vorläufig fortzusetzen. Allein die Umgehung des rechten preußischen Flügels bei Nägelsstedt durch die feindliche Reiterei entschied auch über den immer schwächer werdenden Widerstand des Zentrums. Mit der Preisgabe des Judenhügels und des östlich davon gelegenen Erbsberges war das Gefecht für die Preußen verloren. Ihre letzten Abteilungen, die das am Fuße des Hügels gelegene Badewäldchen besetzt hielten, erlitten durch die ihnen hart zusehende Reiterei schwere Verluste, erreichten aber doch noch das Gros der Ihrigen. Der Zweck des Gefechtes, die Festhaltung des Gegners, war dennoch erreicht; am 28. eilten von allen Seiten preußische Truppen herbei, um ihn vollends zu erdrücken. Die Hannoveraner, die in ihrer Planlosigkeit mit ihrem Erfolg gar nichts anzufangen wußten, suchten in der folgenden Nacht um Waffenstillstand und freien Abzug nach Süden nach; als dies abgeschlagen wurde, blieb den im höchsten Grade Erschöpften keine Wahl mehr. Am 29. wurde die Kapitulation abgeschlossen; doch brachte General Manteuffel aus Berlin in Betracht der von den Hannoveranern bewiesenen Tapferkeit etwas mildere Bedingungen. König Georg nebst dem Kronprinzen und Gefolge durfte seinen Aufenthalt nach freier Wahl außerhalb des Königreichs nehmen und behielt sein Privatvermögen. Die Offiziere versprachen auf Ehrentwort, nicht gegen Preußen zu dienen; auch die Mannschaften wurden gegen das gleiche Versprechen in die Heimat entlassen. Sämtliches Kriegsmaterial wurde an Preußen übergeben. Der dringenden Einladung des österreichischen Gesandten,

sich bis zu dem zweifellosen Siege der kaiserlichen Waffen nach Wien zu begeben, trug der König Folge zu leisten Bedenken, angeblich, weil er keine österreichische Uniform bei sich hatte, ohne die er nicht vor dem Kaiser erscheinen wollte; er nahm vorläufig seinen Aufenthalt auf dem altenburgischen Schlosse „Fröhliche Wiederkunft“, nach wie vor sich in Hoffnungen wiegend auf die Siege Österreichs und die Hilfe Frankreichs.

Schwere Arbeit wartete der Preußen gegen die Österreicher. Hier mußte die eigentliche Entscheidung fallen. Da sich die Konzentrierung der ganzen preußischen Ostarmee an einem Punkte, etwa bei Görlitz, von wo aus sich Breslau und Berlin zugleich decken ließen, als unthunlich erwies, so blieb nur die Aufstellung von zwei getrennten Armeen übrig, auf die Gefahr hin, daß der Gegner sich mit gesamter Kraft auf die eine der getrennten Hälften werfe. Gegen diesen Übelstand gab es auch hier nur ein Mittel, nämlich selbst in Böhmen einzurücken, denn dort lag die kürzeste Vereinigung. Unmittelbar nach der Abstimmung vom 14. Juni entschloß sich daher der König, den Krieg angriffsweise zu führen. Am 16. überschritten die Preußen die sächsische Grenze auf der ganzen Linie von Leipzig bis Görlitz. Die aus 73 700 Westfalen und Rheinländern bestehende Elbarmee unter General Herwarth von Bittenfeld schlug die Richtung Niesä-Meißen-Dresden ein, wenig aufgehalten durch die Zerstörung der Elbbrücken an den beiden ersten Orten; die 97 000 Mann starke zweite Armee unter Prinz Friedrich Karl, dem als Generalstabschef Voigts-Nehz zur Seite stand, die Pommern, Brandenburger, Magdeburg-Thüringer und das Kavalleriekorps des Prinzen Albrecht begreifend, ging von Bautzen über Löbau nach Bittau. Den linken Flügel bildete die erste Armee unter dem Kronprinzen, dessen Generalstabschef Blumenthal war, 125 000 Mann stark, im Norden der Grafschaft Glatz; sie setzte sich zusammen aus dem I., ostpreußischen Korps unter Bonin, dem V., posenschen unter Steinmetz, dem VI., schlesischen unter Mutius und der Garde unter Prinz August von Württemberg. Der Kronprinz, zugleich Militärgouverneur von Schlesien, hatte sein Hauptquartier auf Schloß Fürstenstein. Die Sachsen zogen sich, ohne Widerstand zu leisten, nach Böhmen zurück. Am 18. wurde Dresden von den Preußen besetzt und unverzüglich mit Vorkehrungen begonnen, um es in einen gegen Westen haltbaren Platz umzuschaffen. Ein Reservekorps sammelte sich um Leipzig. General von der Mühlbe wurde zum Militärgouverneur von Sachsen ernannt. Sicherung gegen die Gefahr, schon beim Vormarsch auf die Spitzen der feindlichen Hauptmacht zu stoßen, war nur in der Initiative und der Schnelligkeit. Schon am 22. rückte die Elbarmee von Stolpen über Schluckenau, die erste Armee über Bittau in Böhmen ein. Getrennt, so war der von Moltke entworfene Plan, sollten die drei Heere die Grenzpässe durchschreiten, konzentrisch vordringen und zur Entscheidungsschlacht, mutmaßlich an der Oberelbe, auf dem Plateau zwischen Gitschin und Königsgrätz, sich vereinigen.



Den Oberbefehl über die 240 000 Mann zählende österreichische Nordarmee führte Feldzeugmeister Benedek, seit Solferino bei den Truppen wie bei der Bevölkerung der populärste General; allein der aristokratisch-klerikalen Clique als Bürgerlicher und Protestant verhaßt, ohne Vertrauen weder zu sich selbst noch zu seinem Heer, hatte er diesen Posten nur ungern angenommen. In der bestimmten Voraussetzung, daß der Hauptangriff der Preußen sich von Schlessien aus gegen Mähren richten würde, hatte er seine Hauptmacht um Olmütz versammelt. Der Einbruch der Preußen in Sachsen nötigte ihn jedoch, diese Stellung aufzugeben und nach Böhmen zu marschieren, von wo allein sich die Vorteile der inneren Operationslinie ausnutzen ließen und wo er nach dem Urteil Kriegskundiger von Anfang an seine Aufstellung hätte nehmen sollen. Seine Absicht war, den Vormarsch nordwärts gegen Josefstadt fortzusetzen, dort das Korps Lam-Gallas und die Sachsen an sich zu ziehen, so verstärkt der ersten und der Elbarmee eine Entscheidungsschlacht zu liefern, dann ostwärts zu schwenken und auch den Kronprinzen zu schlagen. Der Plan war keineswegs unzweckmäßig, aber sein Gelingen hing davon ab, daß jene beiden Korps im Stande seien, den Kronprinzen so lange fernzuhalten, bis Benedek den Prinzen Friedrich Karl geschlagen habe, und dazu waren sie nicht im Stande.

Am 20. setzte sich Benedek gegen die Iserlinie in Marsch. Da er dort nicht vor dem 27. oder 28. eintreffen konnte, so fiel dem einen vorgeschobenen Korps Lam-Gallas im Verein mit der Kavalleriedivision Edelsheim die schwere Aufgabe zu, den bereits mit 120 000 Mann an der Grenze stehenden Gegner eine ganze Woche lang am Vordringen zu hindern. Selbst nachdem das Korps sich durch das Eintreffen der Sachsen zur Iserarmee erweitert hatte, über welche nunmehr Kronprinz Albert von Sachsen den Oberbefehl übernahm, war diese doch nur halb so stark, wie die Angreifer. Zuerst stieß die Vorhut der Elbarmee, über Schluckenau und Rumburg vorrückend, am 26. bei Hühnerwasser auf den Feind, auf die aus Italienern bestehende Brigade Leiningen unter Graf Gondrecourt, warf sie und bahnte sich den Weg nach Münchengrätz. Unmittelbar links neben ihr rückte die erste Armee über Seidenberg und Marklissa nach Reichenberg und besetzte die Iserübergänge bei Turnau und Eisenbrod, ohne auf Widerstand zu treffen; nur um den bei Podol entspann sich zwischen General von Bose und der Brigade Poschacher ein blutiges Nachtgefecht, das morgens zwei Uhr mit der Verdrängung der Österreicher aus dem Orte endigte. Die thüringische Brigade Horn besetzte nach einem leichten Gefechte bei Liebenau oder Schloß Sichrow abends Turnau. Die Sicherung der Iserübergänge bedeutete für die Preußen einen wichtigen Erfolg. Schon in diesen einleitenden Gefechten hatte sich die Überlegenheit des Zündnadelgewehres und gegen dasselbe die Unanwendbarkeit der „Dreischlegelmethode“, des Drauflosstürmens mit dem Bajonnet, das die Österreicher den Franzosen in Italien abgelernt zu haben meinten, herausgestellt. Um mit seiner im großen und



Feldzeugmeister von Benedek.  
Nach der Lithographie von Eduard Kaiser.

ganzen doch kriegsungeübten Armee durchaus sicher zu gehen, beschloß Prinz Friedrich Karl vor dem Angriff auf die bei Münchengrätz stehende Kaiserarmee das Herankommen größerer Truppenteile abzuwarten. Da aber Clam-Gallas am Abend des 27. den Befehl erhalten hatte, nach Gitschin ab-zuziehen, wohin der Oberfeldherr von Süden her seine Richtung nehmen werde,



so entzog er sich einem größeren Kampfe und die Preußen trafen am 28. nur noch die drei Brigaden Leiningen, Pirot und Abele, gegen die sich zwei vollkommen getrennte Gefechte, bei Kloster westlich und am Muskhberge östlich von Münchengrätz, außerdem auch noch bei Podkost entspannen.

In der Frühe des 29. gelangte an die erste Armee aus Berlin der telegraphische Befehl, durch beschleunigtes Vorrücken der zweiten Armee Luft zu machen, die trotz einer Reihe siegreicher Gefechte sich dennoch in einer schwierigen Lage befinde. Bei Sonnenbrand und drückender Hitze wurde der Vormarsch über Sobotka fortgesetzt. Ein glänzendes aber heißes Gefecht bei Unter-Lochow öffnete den Weg nach Gitschin, das man vom Feinde besetzt fand. Clam-Gallas hatte eben erst eine Mitteilung Benedeks erhalten, welche noch an diesem Tage das Eintreffen des III. Armeekorps verhieß und die Absicht einer Offensive mit der Hauptarmee gegen Trautenau ankündigte. Aber statt des III. Armeekorps kamen nachmittags die Preußen in zwei Heersäulen, die eine durch das Defilé von Lochow, die andere durch das von Brada-Polulsch auf der Turnauer Straße, eine dritte Abteilung längs des Sidlinabaches. Da nun die beiden Straßen von Turnau und von Sobotka auf Gitschin durch ein felsiges Waldgebirge getrennt werden, welches alle gegenseitige Unterstützung ausschloß, so entspannen sich auch hier zwei vollständig getrennte Gefechte, das der Division von Tümppling bei dem Dorfe Dilez gegen die Sachsen, welche durch ein unglückliches Mißverständnis auch von den bei Eisenstadt stehenden Österreichern für Feinde gehalten und im Rücken beschossen wurden, und das der Division von Werder, die über Sobotka kam. Weder hier noch dort wollte der Durchbruch gelingen. Da aber kam abends 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr ein Befehl Benedeks: da er seine Bewegung gegen die Fser eingestellt habe, sei die Behauptung von Gitschin gegenstandslos geworden und die Fserarmee habe sich mit der Hauptarmee zu vereinigen, größere Gefechte aber zu vermeiden. Infolge davon räumten die Sachsen und Österreicher ihre Stellungen. Doch fand der blutige Tag, an welchem 26 000 Preußen, in zwei Hälften getrennt, gegen 42 000 Feinde gekämpft hatten, noch ein Nachspiel in den Straßen von Gitschin, durch welche der Rückzug hindurch mußte. Daß er ohne erhebliche Einbuße glückte, verdankten die Österreicher vornehmlich der sächsischen Leibbrigade, welche ihn mit ebensoviel Tapferkeit wie Geschick deckte und erst abzog, nachdem sie die Stadt eine Stunde lang gehalten hatte. Auch auf dem nächtlichen Abmarsche hielten die Sachsen fest zusammen, während das Korps Clam-Gallas erst bei Königgrätz sich wieder zu ordnen vermochte.

Die Einnahme von Gitschin war für die Preußen ein großer strategischer Erfolg. Hatte das Gefecht bei Münchengrätz zur Vereinigung der ersten Armee mit der Elbarmee geführt, so brachte jene wenigstens annähernd die Vereinigung beider mit der zweiten Armee; denn der 29. Juni gab die erste Fühlung zwischen den beiden großen Heerkörpern, kein Feind stand mehr

zwischen ihnen. Die Hauptschuld an den Mißerfolgen der Österreicher trug das Oberkommando mit seinen widerspruchsvollen Befehlen, aber auch Clam-Gallas hatte nirgends von seiner Übermacht den rechten Gebrauch zu machen gewußt. Auffallend groß war der Verlust der Österreicher an Gefangenen, der keinen günstigen Rückschluß auf die moralische Verfassung ihrer Truppen zu machen gestattete; auch ihre Reiterei hatte nirgends ihren alten Ruhm bewährt.

Der Grund, weshalb Benedek die Bewegung auf Gitschin einstellte, war, daß ihm der unheimliche Druck zum Bewußtsein kam, welchen die zweite Armee auf seine rechte Flanke ausübte. Sobald die Bewegung der Österreicher auf Josefstadt den Verzicht auf die Offensive gegen Oberschlesien außer Frage gestellt hatte, erhielt der Kronprinz den Befehl, sich mittelst Rechtsabmarches von Neiße über Glatz bis Landshut dem Zentrum zu nähern. Am 23. brach er auf. Das VI. Korps blieb vorläufig an der Neiße stehen, teils um die Bewegung zu maskieren, teils um Oberschlesien so lange wie möglich zu schützen; zu letzterem Zwecke erhielt die teilweise aus Landwehr bestehende Abteilung des Grafen Stolberg Befehl, eine starke Rekognoszierung über die Weichsel zu machen; sie griff am 27. den Bahnhof von Anschwitz (Dzwiecin) an, konnte ihn aber nicht nehmen. Hierdurch, sowie durch ein kleines Gefecht bei Zuckmantel und die Anzage von Quartier für 100 000 Mann in Oberschlesien gelang es, den Rechtsabmarsch der zweiten Armee hinter der Grafschaft Glatz hinweg dem Feinde zu verbergen. Am 25. stand sie auf der Linie Liebau-Reinerz an den drei Thoren Böhmens bei Trautenau, Braunau-Gypel und Nachod. Das Schwierige ihrer Aufgabe bestand darin, daß sie auf getrennten Gebirgswegen sich jenseits der Grenze in sich versammeln sollte im Angesichte des Feindes, dessen Spitzen sich bereits an den Ausgängen zeigten. Noch hätte Benedek hinreichend Zeit gehabt, ihr diese Gebirgspforten zu verriegeln; aber einzig auf die Offensive gegen den Prinzen Friedrich Karl bedacht, begnügte er sich mit der notdürftigsten Gegenmaßregel, der Entsendung des Korps von Gablenz nach Trautenau und des Korps von Kammring nach Nachod; der mittlere Paß, der von Gypel, blieb ganz unbeachtet. Ungehindert konnte daher das Zentrum der zweiten Armee, die Garde, am 26. durch diesen die Grenze überschreiten. Rechts von ihr drang das I. Korps unter Bonin durch das Thor von Trautenau ein, welches an der Mündung des Lupathales den Knotenpunkt mehrerer schluchtenartig vom Gebirge kommender Straßen bildet. Die Preußen fanden den Ort selbst noch unbesetzt, die Borhut des Gablenzischen Korps wurde vom Kapellenberge und aus Hohenbruck vertrieben. Bonin lehnte daher die von General von Hiller angebotene Mitwirkung der ersten Gardedivision ab, da der Erfolg gesichert schien. Als aber von Gablenz nach dem Eintreffen seiner Hauptmacht zum Angriff überging, wurden den Preußen die genommenen Höhen, dann auch die Stadt wieder entzogen und sie nach hartnäckiger Gegenwehr in den Engpaß zurückgeworfen, hauptsächlich durch die Schuld ihres



Führers, der seine Streitkräfte schlecht disponiert hatte und nun ohne zwingenden Grund bis über die Grenze zurückging. Vor größeren Verlusten bewahrte ihn die Erschöpfung des Gegners.

Besseren Erfolg hatte von Steinmeyer mit dem V. Korps bei Nachod. Die Preußen, auch hier die ersten zur Stelle, da von Ramming erst bei Dpotschno, zwei Meilen südlich von Nachod, eingetroffen war, besetzten schon am Abend des 26. die Stadt und den Paß. Aber die Aufgabe, das



General von Gablenz.

Korps durch das enge Defilé, das nicht die geringste Ausbreitung gestattete, hindurchzufäden, war überaus schwierig, Kavallerie, Geschütze und Train kamen nur mühsam vorwärts. Das Schicksal des Korps lag in der Hand der Vorhut unter Generalmajor von Löwenthal, aber diese war sich der Größe ihrer Aufgabe bewußt. Obgleich anfangs nur zwei Bataillone stark, behauptete sie unter den Augen des Kronprinzen das Dorf Wjsokow gegen den wiederholten Ansturm der Österreicher. Der Hauptkampf tobte um den Besitz des südlich davon gelegenen Brankaplateaus und des Wenzelberges. General von Mlech fiel schwer verwundet. Mit dem Eintreffen der 10. Division von Kirchbach neigte sich das Übergewicht auf die Seite der Preußen; die

hart umstrittene Höhe wurde behauptet und die Österreicher traten den Rückzug nach Skaliß an. Am Abend des 27. standen die Preußen auf der Linie Gypel-Kosteleß-Nachod-Habellshwert; aber erst der folgende Tag brachte auf dieser Linie die volle Entscheidung. Indem das V. Korps die Vereinigung mit den übrigen Teilen der zweiten Armee suchte, stieß es bei Skaliß auf das VIII. österreichische Korps Erzherzog Leopold, durch welches Benedek das schwer erschütterte Korps Ramming hatte ablösen lassen. Trotz der feindlichen Übermacht griff Steinmehz unverzüglich an und nahm den Wald von Dubno. Um das vorliegende Terrain entspann sich ein überaus erbitterter



General von Steinmehz.

Kampf, aber die numerische Überlegenheit des Gegners brach sich an dem verheerenden Schnellfeuer der Preußen; zuletzt brachte ein glänzender konzentrischer Angriff den Bahnhof und die Stadt in die Hände der Preußen.

So schwer diese Erfolge des V. Korps wogen, so wurden sie doch zu einem guten Teil durch den Mißerfolg Bonins bei Trautenau aufgewogen, der die Lage der Garde zu einer sehr mißlichen machte. Das schluchtenreiche, nirgends einen Überblick gestattende Terrain forderte zu äußerster Vorsicht auf; dennoch mußte der Vormarsch gewagt werden, um den Paß von Trautenau für das I. Korps zu öffnen. Durch das Vordringen der Garde in seiner rechten Flanke sah sich denn auch von Gablenz genötigt, Trautenau zu räumen, dennoch wurde er noch auf dem Abmarsch nach Röniginhof zu bei



Neurognitz, Burkersdorf (oder Soor), Altrognitz und Rudersdorf von ihr in der Flanke gepackt. Die Brigade Grivicic wurde, nachdem ihr Führer verwundet in Gefangenschaft geraten, durch Generalleutnant von Plonski völlig zersprengt, das Korps von Gablenz in westlicher Richtung, nach Neuschloß und Neustädt abgedrängt und dadurch seine Wiedervereinigung mit der Hauptarmee ungemein erschwert. Nun erst waren sämtliche Gebirgspforten endgültig für die zweite Armee geöffnet; die großen Straßen nach der Oberelbe lagen offen vor ihr, der abziehende Feind konnte erst an dieser unter dem Schuß seiner Festungen wieder Stellung nehmen. Der Vereinigung der gesamten kronprinzlichen Armee auf dem Plateau zwischen Graditz und Königinhof stand kein nennenswertes Hindernis mehr im Wege. Das IV. österreichische Korps Festetics, das sich Steinmetz bei Schweinschädel am 29. noch einmal in den Weg zu stellen wagte, wurde nach kurzem Widerstande zum Abzuge nach Josefstadt gezwungen. In dreitägigen blutigen Gefechten mit 22 gegen allmählich 72 Bataillone hatte das V. Korps seine Aufgabe glänzend gelöst. Die Garde hatte an diesem Tage einen bei der großen Hitze und der mangelnden Verpflegung höchst beschwerlichen Marsch durch den „Königreichwald“ zurückzulegen, um Königinhof zu erreichen, das die Division Hiller mit Sturm nahm. Das I. und das VI. Korps folgten ihr. Da das Vordringen der ersten Armee dem Kronprinzen die Elbübergänge von selbst öffnen mußte, so gewährte er seinen Truppen am 30. einen Ruhetag, dessen sie nach solchen Anstrengungen sehr bedurften. In einem Armeebefehl beglückwünschte er sie zur Erreichung ihres ersten Zieles.

Am demselben Tage traf König Wilhelm in Begleitung Moltkes, Moons und Bismarcks in Sichrow ein, um persönlich den Oberbefehl zu übernehmen. Am vorhergehenden Abend hatte er in Berlin vom Balkon aus zu der das Palais umdrängenden Menge gesprochen: „Großes ist geschehen, aber das Größere bleibt zu thun.“ Soweit seine Reise durch preussisches Land ging, hatte sie schon jetzt einem Triumphe geglichen. Es hätte jetzt der unmittelbaren Vereinigung der beiden preussischen Armeen nichts mehr im Wege gestanden; Kavallerieabteilungen stellten bereits in dem nur zwei Meilen betragenden Zwischenraume eine wenn auch nur lose Verbindung zwischen ihnen her; dennoch zog man vor, in einer Trennung zu bleiben, die, strategisch ohne Gefahr, sehr große taktische Vorteile gewährte. War nämlich die Stellung des Gegners durch einen bloß frontalen Angriff nicht zu bewältigen, so hätte man doch die versammelte Gesamtmacht behufs eines Flankenangriffs wieder trennen müssen; andererseits lief keiner der nur auf die Entfernung eines kurzen Marsches getrennten Teile bei einem feindlichen Angriffe Gefahr, da diesem der andere in der Flanke stand. Bis zum 2. Juli blieb die Armee, der Ruhe bedürftig, in ihrer, einen Halbkreis von vier Meilen Spannung beschreibenden Stellung, nur die Vorhut der Elbarmee wurde bis Smidar vorgeschoben. Aber obgleich die beiden feindlichen Heere

mit ihren Spitzen weniger als eine Meile voneinander entfernt standen, vermutete seltamerweise doch keines die Nähe des anderen. Preussischerseits suchte man die Stellung des Gegners hinter der Elbe mit den Festungen Josefstadt und Königgrätz auf den Flügeln. Er stand aber diesseits, auf dem rechten Ufer.

Auch die Konzentrierung der österreichischen Armee hatte sich am 30. vollzogen. Bei Miletin und auf dem Plateau von Dubenez standen in der Ausdehnung von nur eineinviertel Meile fünf Armeekorps und vier Kavalleriedivisionen in einer Stellung vereinigt, die an sich eine beträchtliche Widerstandskraft besaß. Nachdem aber die große Straße von Trautenau über Königinhof nach Gitschin fast völlig preisgegeben worden und auf dieser, sowie weiter oberhalb die preussische Garde und das I. Korps sich näherten, konnte sich Benedek nicht mehr der Erkenntnis verschließen, daß seine Operation völlig mißlungen sei. Nur zwei seiner Korps, das II., T hun, und das III., Erzherzog Ernst, waren noch intakt, alle anderen hatten ungeheure Verluste erlitten, im ganzen weit über 30 000 Mann, darunter nahe an 1000 Offiziere; es fehlte also bereits der Bestand eines ganzen Armeekorps. Zum Angriff gegen eines der beiden feindlichen Heere konnte er sich nicht mehr wenden, ohne daß das andere ihm in den Rücken fiel; die Wiedervereinigung mit Clam-Gallas und den Sachsen war nicht anders als durch eine rückgängige Bewegung in der Richtung auf Königgrätz zu bewirken. In der Nacht zum 1. Juli räumte er seine Stellung und marschierte südwärts auf Königgrätz. Die neue Stellung war für die Verteidigung gut gewählt, die Lage noch immer nicht hoffnungslos. Aber von tiefer Verstimmung erfaßt, hatte der Feldzeugmeister alles Vertrauen auf einen günstigen Ausgang verloren. Ohne jemandes Vorwissen sandte er an den Kaiser das Telegramm: „Bitte Ew. Majestät dringend, um jeden Preis Frieden zu schließen, Katastrophe für die Armee unvermeidlich.“ Aber die Antwort des Kaisers lautete: „Frieden zu schließen unmöglich. Ich befehle, wenn unausweichlich, den Rückzug in größter Ordnung anzutreten.“ Hierauf meldete Benedek, indem er den Zustand der Armee in sehr trüben Farben schilderte, daß er am 3. den Rückzug nach Pardubitz fortsetzen werde. In Wien hatte indes der Sieg bei Custozza (S. 323) den Mut der Militärpartei bedeutend gehoben. In der Nacht zum 3. überbrachte Generalmajor von Baumgarten den bestimmten Befehl, zu schlagen. Zugleich übernahm er an Stelle der ihrer Posten enthobenen Generale Henickstein und Arismanic die Geschäfte des Generalstabschefs.

Bereits am 1. Juli wurde im Hauptquartier König Wilhelms zu Gitschin die bevorstehende Ankunft des französischen Botschafters Benedetti gemeldet; ein Grund mehr, in der bisherigen Raslosigkeit nicht nachzulassen; nur schienen die durch die Strapazen hart mitgenommenen Truppen einer längeren Ruhe bedürftig. Das Gefolge erhielt die Weisung, den König am Morgen des 3. zu einer Besprechung mit dem Kronprinzen nach Königinhof zu begleiten. Da aber kam von Oberst von Bchliniski, der die Vorhut



der siebenten Division führte, aus Cerekwiz die Meldung, daß sich ein österreichisches Lager auf der Höhe von Lipa befinde. Der bestätigende Bericht, den Major von Unger von einem überaus kühnen Refognoszierungsritt über die Bistritz zurückbrachte, reifte bei dem Prinzen Friedrich Karl den Entschluß zur Schlacht. Er traf auf eigene Verantwortung die nötigen Anordnungen dazu. An den Kronprinzen richtete er die Bitte, zur Sicherung seines linken Flügels mit der Garde oder mehr über Köningin Hof auf dem rechten Elbufer vorzugehen. General Herwarth erhielt Befehl, nach Nechanitz vorzurücken. Nachts 11 Uhr traf der Generalstabschef des Prinzen von Voigts-Rheß in Gitschin ein, um von dieser veränderten Sachlage Meldung zu machen. Der König schwankte; die Ermüdung der Truppen schien zu groß, die Entfernung der zweiten Armee zu erheblich. Aber ein Kriegsrat, den er berief, stimmte für die Schlacht und Voigts-Rheß brachte die Genehmigung zum Angriff zurück. Flügeladjutant Graf Finkenstein ritt nach Köningin Hof mit der schriftlichen Weisung an den Kronprinzen zum sofortigen Vormarsch in der Richtung auf das mutmaßliche Schlachtfeld.

Bis früh fünf Uhr des 3. Juli waren sämtliche Truppen unter strömendem Regen in die ihnen angewiesenen Stellungen eingerückt. Der königliche Feldherr fuhr in Begleitung Bismarcks auf die Höhe von Dub, von wo sich trotz des Regens die ganze feindliche Schlachtklinie übersehen ließ.

Das Terrain, auf welchem die Schlacht bei Königgrätz geschlagen werden sollte, bildet ein zwei Meilen langes und ebenso breites Quadrat auf dem rechten Ufer der Oberelbe, das durch die Thalmulde des Bistritzbaches in zwei ziemlich gleiche Hälften zerlegt wird. Auf der westlichen, nach Horitz und Gitschin zu, standen die Preußen, auf der östlichen, nach Josefstadt und Königgrätz zu, die Österreicher. Die preussische Stellung hatte den Vorzug guter Rückzugslinien, während die der Österreicher auf die fast unmittelbar hinter ihrer Stellung fließende Elbe führten. Von ihren Flügeln besaß nur der rechte natürliche Festigkeit; hier schufen mehrere Querriegel, welche den kaum eine Meile betragenden Raum zwischen Elbe und Bistritz vollständig ausfüllten, eine natürliche Festung, die weder zu umgehen noch ohne große Opfer zu erstürmen war. Auf dem linken Flügel dagegen gestatteten die hier sich abflachenden Höhen eine Umgehung. Demnach stellte das Hügelterrain, welches die Österreicher jenseits der Bistritz inne hatten, eine einen Haken bildende Erdfestung vor, die ihre lange Seite gegen Westen, die kurze gegen Norden richtete und deren höchste Punkte an dem Berührungspunkte beider lagen. Während die Preußen freiwillig eine Front von nahezu fünf Meilen bewahrten, standen hier die Österreicher in der Stärke von 206 000 Mann auf einer Linie von wenig mehr als einer Meile eng zusammengeschart. Sie befanden sich bereits seit fünf Tagen in einer Konzentration, welche die Ernährung erschwerte und nur noch Bivouaks zuließ, die daher auch die Kräfte konsumierte und jeder weiteren Fortbewegung die größten Schwierigkeiten entgegenstellte.

# SCHLACHTFELD VON KÖNIGGRÄTZ.



F. A. Brockhaus Geogr.-artist. Anstalt, Leipzig.

Grote'sche Verlagsbuchhandlung, in Berlin.

Maßstab 1 : 140.000.

Kilometer.





Es war acht Uhr, als König Wilhelm den Befehl zum Angriffe gab. In Verbindung mit der Elbarmee hielt sich Prinz Friedrich Karl für stark genug, sich, selbst wenn der Gegner alle seine Kräfte gegen ihn wenden sollte, zu behaupten, bis wenigstens die zunächst stehenden Korps der zweiten Armee zur Unterstützung eintreffen könnten. Noch wußte man nicht, daß man die ganze österreichische Armee vor sich habe; man rechnete nur auf drei Korps und die Sachsen. Unerläßlich blieb es aber, bis zur Ankunft der zweiten Armee den Feind auf allen Punkten zu beschäftigen; zu diesem Zwecke mußte die Bistritz überschritten werden. Dem Plane des Prinzen zufolge sollte die erste Armee von Sadowa aus durch Erstürmung der Höhe von Lipa das österreichische Centrum durchbrechen, die Elbarmee diesen Hauptstoß durch gleichzeitiges Vorgehen gegen den linken feindlichen Flügel unterstützen. Geling dieser Umgehung, so wurde auch das österreichische Centrum unhaltbar. Aber das erwartete rasche Vorgehen der Elbarmee blieb aus. General Herwarth war zwar nach fünfstündigem Marsche früh halb acht Uhr vor Nechanitz eingetroffen, brauchte aber eine Stunde, ehe er sich in Besitz des Dorfes setzte, und da er, statt Übergänge über die Bistritz zu schlagen, sich mit Herstellung der dortigen vom Feinde zerstörten Brücke aufhielt, so blieb der Vorhut der Sachsen Zeit, sich auf ihre den Höhenzug von Problus bis Nieder-Prim einnehmende Hauptstellung zurückzuziehen, von der aus ein furchtbares Geschützfeuer die Preußen im Schach hielt. Dennoch gelang es Generalmajor von Schöler mit sieben Bataillonen von der Flanke her die Dörfer Jeshitz und Neu-Prim sowie die wichtige zwischen beiden liegende Fasanerie zu gewinnen. Der Kronprinz von Sachsen suchte der drohenden Umgehung durch einen Offensivstoß zu begegnen; anfangs mit Erfolg, aber das Vorgehen der fünfzehnten Division von Canstein gegen den Wald von Stezirek bringt ihn ins Stocken, die Flucht der zur Deckung der linken Flanke bestimmten österreichischen Brigade Schulz reißt auch die Sachsen mit fort; Ober-Prim wird von Canstein genommen und wieder verloren. Nun aber erfolgt der entscheidende Angriff in der Front. Die Truppen hatten in der Nacht drei Meilen auf grundlosen Wegen oder durch hohes Getreide zurückgelegt, waren zwölf Stunden unter Gewehr gewesen und gleich allen übrigen ohne jegliche Verpflegung geblieben. Aber in ruhigem Schritt, mit klingendem Spiel rückten die Kolonnen, Divisions- und Brigadekommandeure vor der Front, in fester Haltung vorwärts, nicht achtend die Lücken, welche das feindliche Geschütz in ihre Reihen riß. Nieder-Prim wurde genommen, beinahe gleichzeitig, um drei Uhr, erstürmte die vierzehnte Division, Graf Münster-Steinhövel, Problus. Hier fiel auf sächsischer Seite Generalmajor von Carlowitz. Der linke österreichische Flügel war eingedrückt.

Unterdes hatte das preußische Centrum schwere Stunden zu überstehen gehabt. Die Bistritz überschreitend eröffnete es die Schlacht mit dem Angriff auf die Dörfer Mokrovous, Dohalitz und Benatek. Nebel und Regen verhinderten den Überblick; nur an dem Aufblitzen der Geschütze ließ sich erkennen,

daß eine starke Artillerie gegenüberstand. In der That stießen die Angreifer auf einen übermächtigen Gegner, vier Divisionen auf vier Armeekorps und die für die Artilleriewirkung vorzügliche Hauptstellung der Österreicher auf der Höhe von Lipa. Es erhob sich ein furchtbarer Geschützkampf; 160 Feuereschlünde schleuderten ihre Geschosse herab in das Thal auf die Preußen, die ihnen anfangs wenig mehr als die Hälfte und selbst zuletzt nur 120 entgegenzustellen hatten. Vier Stunden lang blieb der Infanterie die Prüfung unthätigen Ausharrens unter einem immer wachsenden Granatfeuer auferlegt. Denn die Anlage der Schlacht erheischte von seiten des Zentrums nur den äußersten Widerstand auf dem in Besitz genommenen Terrain, bis die beiden Flügelheere wirksam werden konnten. Einzelne Vorstöße, entstanden aus der Kampflust der Truppen und dem Unbehagen über die Unthätigkeit, zu der sie sich verurteilt sahen, waren nicht leicht zu verhindern, konnten aber nicht zu einem Erfolg führen, sondern steigerten nur die ohnehin großen Verluste. Dieser Stand der Schlacht erfüllte Benedek mit der Hoffnung, das feindliche Zentrum durchbrechen zu können, ehe die Flügel zu dessen Unterstützung heran seien. Von Tischkowes aus schickte er das Korps Thun, von Maslowed aus das Korps Festetics gegen den Wald von Benatek (oder Swiepwald) vor, den eine einzige Division, die 7. unter Generalleutnant von Fransecky, besetzt hielt. An dieser Stelle erhob sich der furchtbarste Kampf dieser an furchtbaren Kämpfen reichen Schlacht. Mit unvergleichlichem Heldennut fochten hier vierzehn preussische Bataillone gegen 43 österreichische länger als zwei Stunden. Im dichten Walde hin und her wogend brachte das Gefecht die Truppen völlig durcheinander, eine einheitliche Leitung war ganz unmöglich, nicht das Kommando, nur das Beispiel der Führer trieb die zurückgedrängten immer von neuem vorwärts. Unter siegverkündendem Trompetengefchmetter stürzten sich die Österreicher auf den letzten Stützpunkt der Ermatteten in der Nordostecke des Waldes; die Gefahr gänzlicher Vernichtung schwebt über der tapferen Schar, General Fransecky rafft den letzten Rest der Seinen zusammen, entschlossen zu sterben, aber nicht zu weichen. Bereits erwägt der König die Notwendigkeit des Rückzuges, die Kavallerie wird zusammengezogen, um ihn zu decken. Da, es war zwischen zwölf und ein Uhr, fliegt der Ruf „der Kronprinz kommt!“ durch die gelichteten Reihen und belebt die schwindenden Kräfte. Nicht lange, und auch der Angriff der Österreicher erlahmt: Benedek hatte aus Josefstadt die telegraphische Meldung von dem Anrücken der zweiten Armee erhalten.

Der nachts zwei Uhr in Köninginshof eingegangenen Aufforderung des Prinzen Friedrich Karl, mit einem Korps oder mehr in den voraus-sichtlichen Kampf der ersten Armee einzugreifen, hatte der Kronprinz durch die Zusage entsprochen, daß das I. Korps zur Unterstützung bereit sein solle; mehr zu thun fühlte er sich durch frühere Befehle des Königs verhindert. Erst nachdem Graf Finkenstein mit der abgeänderten Weisung eingetroffen, erfolgte früh fünf Uhr der Befehl zum Ausbruch der gesamten



zweiten Armee. Der herüberschallende Kanonendonner mahnte zur Eile. Die Garde und das VI. Korps waren die vordersten. Nach Überschreitung des Trotinabaches konnten gegen zwölf Uhr die ersten Batterien ihr Feuer gegen die Höhe von Horennewes eröffnen. Furchtbar rächte sich jetzt an Benedek der Fehler, daß er die beiden Korps, die eigentlich zur Deckung seiner rechten Flanke gegen einen von Norden erscheinenden Feind bestimmt gewesen waren, in dem Kampfe um den Swiepowald aufgerieben hatte. Als die Österreicher die Gefahr inne wurden, warfen sie ihre Geschütze gegen den neuen Angreifer



General von Fransecky.

herum, aber was sie dem Stöße des Kronprinzen an dieser Stelle entgegenzusetzen hatten, waren nur noch Trümmer. Um zwei Uhr hatte die Garde auf der Höhe von Horennewes Fuß gefaßt, die Division Hiller erstieg das Plateau von Maslowed. Alles vor sich niederwerfend vertrieb sie das IV. österreichische Korps aus seiner Stellung und nahm 55 Geschütze. Immer in derselben Richtung weiter gehend trieb sich der Keil in die Seite des Gegners; zur Linken der Garde faßte ihn das VI. Korps bereits im Rücken. Das II. Korps der Österreicher eilte, sich in Sicherheit zu bringen. Dadurch entstand in ihrer Aufstellung eine breite Lücke, durch diese dringt das Bataillon von Kleist vom ersten Garderegiment zu Fuß ein. Plötzlich

sehen sich die beiden auf der Höhe von Chlum stehenden Bataillone überfallen, zersprengt, gefangen. Der Schlüsselpunkt der österreichischen Stellung ist in preußischen Händen, niemand weiß zu sagen, wie das Verhängnis sich zugehen. Ohne Ahnung von dem, was in geringer Entfernung von ihm geschehen, hält Benedek auf der Höhe zwischen Chlum und Lipa, die Aufmerksamkeit ganz auf das Gefecht in der Front gerichtet. Er sprengt auf die Schreckenskunde herbei, aber ein heftiges Feuer empfängt ihn, seine Begleitung wird auseinander gesprengt. Die Höhe soll um jeden Preis wieder erobert werden, aber die Sturmkolonne wird durch die eigenen, vor dem furchtbaren Schnellfeuer der Preußen ausbiegenden Manen überritten. Gegen drei Uhr wird auch das südlich von Chlum liegende Kosberitz von der Brigade Kessel genommen, links in Nedelist fast die ganze österreichische Brigade Fleischhacker umzingelt und vernichtet, rechts von der Gardedivision von Alvensleben das Lipagehölz, von der Division von Budrikli das Dorf Lipa genommen. Dennoch beschloß Benedek noch einen Versuch zur Wiedereroberung der verlorenen Stellung zu machen. Vor dem Ansturm der 40—50 000 Mann, die er zusammenrafft, mußten die hier höchstens 12 000 Mann starken Preußen Kosberitz räumen. Aber es war nur ein letztes trügerisches Lächeln des Glücks. Chlum wurde allen Anstrengungen zum Trotz nicht erreicht. In diesem Kampfe erhielt Prinz Anton von Hohenzollern die Todeswunde, General Hiller fiel tödlich getroffen im Augenblicke des Sieges. Das gleichzeitige Vordringen der Elbarmee von Süden her bedrohte Benedeks Rückzugslinie von zwei Seiten. In fliegender Eile wurde der Rückzug angeordnet.

Noch während das Gefecht um Kosberitz tobte, befahl der König, der seit acht Stunden vom Koslosberge aus dem Gange der Schlacht gefolgt war, ein Vorgehen auf der ganzen Linie. Mit Jubel vernahmen die bisher an der Bistritz zurückgehaltenen Truppen den Befehl. Unter klingendem Spiel drängte alles unaufhaltsam vorwärts. „Zuerst“, so schildert der König die Szene seiner Gemahlin, „stieß ich auf die im vollen Avancieren begriffenen zwei Gardedivisionen und Teile des Gardesüßeliregiments, inmitten eben genommener zwölf Kanonen. Der Jubel, der ausbrach, als diese Truppen mich sahen, ist nicht zu beschreiben. Die Offiziere stürzten sich auf meine Hände, um sie zu küssen, was ich diesmal gestatten mußte, und so ging es, allerdings im Kanonenfeuer, immer vorwärts und von einer Truppe zur andern und überall das nicht enden wollende Hurrarufen. Das sind Augenblicke, die man erlebt haben muß, um sie zu begreifen, zu verstehen!“ Auf der Höhe von Chlum begegneten sich die beiden Prinzen und beglückwünschten sich zum Siege. Nach einiger Zeit fand der Kronprinz auch seinen Vater. Keines Wortes mächtig, schloß der König ihn in die Arme und überreichte ihm den Orden pour le mérite. Die Hautboisten bliesen: Nun danket alle Gott! Wegen die Elbe gedrängt, schien das geschlagene Heer einer Katastrophe entgegen zu gehen. Da aber opferten sich seine Artillerie und Kavallerie für





Kronprinz Friedrich Wilhelm von Preußen.

Nach dem Stahlstiche von Fr. Weber; Originalgemälde von J. Winterhalter.



die Infanterie. Jene zog einen feuerspeienden Halbkreis um die Abziehenden, diese warf sich den Verfolgern in den Weg. So gewann der Rückzug einen Vorsprung und wälzte sich, zum großen Teil in völliger Auflösung, den Flußübergängen zu. Als aber nicht nur die Festung Königgrätz vor den eigenen Truppen die Thore geschlossen hielt, sondern auch das Vorterrain sich unter Wasser gesetzt fand und die Dunkelheit hereinbrach, da kam, obgleich gar keine eigentliche Verfolgung stattfand, eine völlige Panik über das Heer. Viele Hunderte ertranken. Nur einzelne Regimenter gaben leuchtende Beispiele von Disziplin und Hingebung. Angebrochene Haltung bewahrten auch jetzt die Sachsen. Dem 1. Jägerbataillon, als der letzten Truppe derselben, die das Schlachtfeld verließ, schloß sich Kronprinz Albert an und erreichte mit ihm den Übergang bei Pardubitz.

Angehener waren die Verluste der Oesterreicher, sie bezifferten sich auf 44 000 Mann, darunter 26 000 Vermißte und gegen 500 Offiziere, aber auch die Preußen bezahlten ihren Sieg mit dem Verluste von 99 Offizieren und von den Mannschaften 1830 Toten und 7000 Verwundeten.

Schon am folgenden Tage meldete sich Feldmarschallleutnant von Gahlenz im Hauptquartier des Königs zu Horitz mit dem Antrage auf Einstellung der Feindseligkeiten; er erhielt den Bescheid, man sei bereit zu Friedensunterhandlungen auf politischer Grundlage, ein Stillstand der Operationen aber könne den Preußen nicht zugemutet werden. Am 8. nochmals erscheinend, wurde er vom Könige gar nicht empfangen. Während das der Ruhe am meisten bedürftige schlesische Korps von Mutius, dessen eine Division von Bastrow allein in den beiden letzten Stunden der Schlacht 5000 Gefangene gemacht und 52 Kanonen genommen hatte, zur Beobachtung von Josefstadt und Königgrätz zurückblieb, brach das übrige preußische Heer am 5. Juli gegen Süden auf. Die Gardelandwehr unter Generalmajor von Rosenberg besetzte Prag. Benedeks Absicht, durch eine Flankenstellung bei Olmütz, wo er die Trümmer seines Heeres in einem verschanzten Lager versammelt hatte, den Vormarsch der Preußen aufzuhalten, kam nicht zur Ausführung, da der Kaiser ihn mit allen Korps der bedrängten Hauptstadt zu Hilfe zu eilen befahl. Denn der König hatte den wichtigen Entschluß gefaßt, Benedek nur den Kronprinzen nachzusenden, die erste und die Elbarmee dagegen geradewegs nach Wien zu führen, um dort eher zu erscheinen, als die Streitkräfte, welche die Oesterreicher aus Italien herbeizuziehen im Begriff standen, und so den Feldzug in kürzester Frist zur Entscheidung zu bringen. Bereits schoben sich die Preußen zwischen die von Olmütz anrückende Nordarmee und die Hauptstadt; bei Tobitschau und Prerau nahmen die westpreußischen Kürassiere unter Oberstleutnant von Bredow eine ganze Batterie von achtzehn Geschützen. Diese Gefechte und namentlich auch der Verlust des wichtigen Bahnknotens Lundenburg überzeugten den Feldzeugmeister, daß der Abzug durch das Marchthal ihm nicht mehr möglich sei; er entschloß sich deshalb, dieses aufzugeben und Wien auf einem Kurvenmarsche über die kleinen Kar-



pathen und durch das Waagthal zu erreichen. Aber auch hier war ihm der Feind auf den Fersen. Bei Blumenau sah er sich am 22. von der 7. und 8. Division unter General von Fransecky angegriffen; er sollte durch die Wegnahme von Pressburg gezwungen werden, noch weiter nach links, bis Komorn auszubiegen, damit unterdes das Hauptheer Zeit zu einem Schlage gegen Wien gewönne. Allein während des Gefechtes lief die Nachricht ein, daß vom 22. mittags an Waffenruhe geschlossen sei. Fransecky suchte die Spanne Zeit noch möglichst auszunutzen; schon stand die Umgehungscolonne unter General von Bose im Rücken der Oesterreicher, als die abgelaufene Stunde den Feindseligkeiten ein Ziel setzte.

Von der gewaltigen Energie, welche genau binnen Monatsfrist die Preußen von Dresden, Görlitz und Frankenstein bis unter die Mauern Wiens geführt und ihnen die reichsten Trophäen, 200 Kanonen, elf Fahnen und Standarten, 40 000 Gefangene in die Hände geliefert hatte, war auf Seite ihrer Verbündeten, der Italiener, wenig zu spüren. Allerdings hatte der preussische Gesandte in Florenz, von Ugedom, in einer Note vom 17. Juni auf eine gründliche Führung des Kriegs gedrungen, auf gleichzeitige kräftige Schläge, damit Osterreich gezwungen werde, seine Kräfte zu teilen, darum dürften die Italiener weder vor der Abtretung Venetiens innehalten noch vor dem Festungsviereck, dieses umgehend müßten sie den Feind im offenen Felde schlagen und sich den Weg nach der Donau bahnen, um dort den Preußen die Hand zu reichen. Um sich den Besitz Venetiens zu sichern, müsse zuvor Osterreich ins Herz getroffen sein; man werfe auf die Ostküste der Adria ein Freikorps unter Garibaldi, welches dem auf Wien marschierenden Heere die Mitwirkung und die reichen Hilfsquellen Kroatiens und Ungarns sichern werde, während von Schlessien aus ein fliegendes Korps unter Klapka nach Ungarn eindringe. Allein Lamarmora, der die Ministerpräsidentenschaft an Ricasoli abgetreten hatte, um unter dem Oberbefehle des Königs die Stelle als Generalstabschef zu bekleiden, kannte den Abtretungsvertrag vom 9. Juni und fragte sich, warum Italien einen so hohen Einsatz an ein Spiel wagen solle, in dem es auch ohne Einsatz und auf jeden Fall gewinnen müsse. Wurde der Ugedomsche Plan verworfen, so blieb nur die Wahl zwischen dem methodischen Belagerungskrieg oder der Operation im Festungsviereck selbst. Die Generale Fanti und Cialdini stimmten für ersteren, Lamarmora entschied für die letztere, jedoch in der Weise, daß er die Armee teilte, in die des Mincio unter dem König, die auf Villafranca operieren sollte, und in die des Po unter Cialdini, welche über Novigo jene unterstützen würde. Sobald jedoch Erzherzog Albrecht sich über den Marsch des Königs gegen den Mincio vergewissert hatte, überschritt er, obgleich er den 200 000 Italienern nur 80 000 Mann gegenüberzustellen hatte, und ohne sich weiter um Cialdini zu kümmern, die Etich und besetzte die Linie Custozza-Castelnuovo, während sich sein Gegner in der Meinung wiegte, der Erzherzog werde bei seiner Minderzahl sich begnügen, die Stellung von Caldiero zu halten, und geschlossenen

Muges, ohne sich genügend aufzuklären, zwischen Goito und Salionze den Mincio überschritt. Plötzlich stieß am 24. Juni das die Vorhut bildende Korps Durando bei Custozza auf die Österreicher. Auf italienischer Seite fehlte es an aller einheitlicher Leitung, der König mußte über den Mincio zurück; da jedoch die Österreicher, begierig ihre Truppen nach der Donau zu ziehen, nicht verfolgten, machte er am Oglio Halt.

Die Nachricht von Königgrätz hatte in Wien ganz niederschmetternd gewirkt. Der Selbstüberhebung folgte die tiefste Bestürzung. Benedek, bisher der Volkshöhe, wurde seiner Stelle enthoben und vor ein Kriegsgericht gestellt, an seiner Statt der Sieger von Custozza herbeigerufen. Kaum weniger erschreckend als die Niederlage war die Gleichgültigkeit, ja die Schadenfreude, welche die Ungarn bezeugten; ein Manifest, welches der Kaiser am 7. Juli an ihre angestammte Treue richtete, verklang ganz wirkungslos. In dieser Bedrängnis zögerte Kaiser Franz Josef nicht länger, das am 9. Juni insgeheim Geschehene nunmehr öffentlich zu thun: um seine Kraft ungeteilt den Preußen entgegenstellen zu können, trat er Venetien an den französischen Kaiser mit der Erklärung ab, daß er bereit sei, dessen Friedensvermittlung anzunehmen. Auch auf die Tuilerien war die Kunde von „Sadowa“, wie die Franzosen die Schlacht benennen, wie ein Blitzschlag niedergegangen; das ganze feine Gewebe der hinterhältigen kaiserlichen Politik war dadurch zerrissen. Nur wenn er als gebietender Schiedsrichter zwischen die Kämpfenden trat, durfte Napoleon hoffen, das schwer gefährdete „Prestige“ Frankreichs zu retten. Er nahm die Vermittelung auf sich und telegraphierte an Viktor Emanuel, weiteres Blutvergießen sei unnötig, Italien könne Venetien von ihm erlangen, er schreibe an den König von Preußen, um ihm ebenfalls einen Waffenstillstand als Einleitung zu Friedensunterhandlungen vorzuschlagen. Allein die Italiener erglühten vor Scham, als Geschenk aus dieser Hand annehmen zu sollen, was zu erkämpfen sie zu schwach gewesen. „Es giebt etwas“, schrieb Ricasoli an den Gesandten in Paris, Nigra, „was noch wertvoller ist als Venetien, das ist die Ehre Italiens, des Königs, der Monarchie!“ Er stellte für Annahme des Waffenstillstands den Vorbehalt, daß auch Preußen ihn annehme und daß die gerechten und bescheidenen Forderungen Italiens, wozu er namentlich auch Wälschtirol rechnete, erfüllt würden. Cialdini erhielt Befehl, unverzüglich den Angriff zu erneuern. Am 8. überschritt derselbe, nachdem er den Brückenkopf vor Borgoforte genommen, den Po, am 21. erreichte Medici die abziehenden Österreicher jenseits Bassano und trieb sie zurück; Garibaldi fiel mit seinen Freischärlern in Tirol ein. Großes erwarteten die Italiener von ihrer Flotte, aber auch zur See sollten ihnen so wenig Vorbeeren blühen, wie zu Lande. Am 20. Juli schlug Tegetthoff ihre Flotte bei Lissa aufs Haupt. Der Re d'Italia, dem der May ein furchtbares Leck in die Seite gerannt hatte, versank mit der ganzen Bemannung, der Palestro flog in die Luft. Von Furcht übermannt barg sich Admiral Persano mit den übrigen Schiffen im Hafen von Ancona.



Dem Könige Wilhelm kündigte Napoleon am 4. Juli seine Übernahme der Vermittlerrolle in der Form an: die ebenso raschen als glänzenden Erfolge der preußischen Waffen nötigten ihn, aus seiner vollständigen Unthätigkeit herauszutreten; er kenne die Hochherzigkeit des Königs und dessen liebevolles Vertrauen zu ihm zu gut, um nicht zu glauben, daß er, nachdem die Ehre der preußischen Armee so hoch gehoben worden, nunmehr seine Bemühungen um Herstellung des Friedens mit Genugthuung begrüßen und daß ein Waffenstillstand den Weg zu Friedensunterhandlungen eröffnen werde. Drouyn de L'Huys drang in seinen Gebieter, den Gesetzgebenden Körper einzuberufen und sich von ihm eine Milliarde bewilligen zu lassen, an der Ostgrenze ein Beobachtungsheer von 80 000 Mann aufzustellen unter gleichzeitiger Anzeige an Preußen, wenn dieses Gebietszerweiterungen vornehme, die geeignet seien das europäische Gleichgewicht zu stören, werde er sich genötigt sehen, das linke Rheinufer zu besetzen. Ein am 5. zu St. Cloud gehaltener Ministerrat pflichtete nach lebhaften Erörterungen diesen Anträgen bei, aber unmittelbar darauf gelang es Rouher und Lavalette den Kaiser umzustimmen und die Einberufung des Gesetzgebenden Körpers unterblieb. Solche Forderungen hätten Preußen auf der Spitze des Schwertes hingereicht werden müssen, aber der Kriegsminister Randon sah sich zu dem beschämenden Geständnis gezwungen, daß Frankreich keine Armee habe, um sie an den Rhein zu schicken; der mexikanische Krieg hatte die Arsenale vollständig erschöpft. Nicht bloß dieser Mangel an aller Kriegsbereitschaft jedoch lastete auf dem Geiste des Kaisers; es widersprach auch der Ideenwelt, in der er lebte, dem von ihm selbst verkündeten Nationalitätsprinzip, daß er einer die alte Welt, die Theorie des göttlichen Rechtes darstellenden Regierung wieder aufhelfen und damit zugleich seine Beziehungen zu dem von ihm selbst geschaffenen Königreiche Italien stören sollte. Aber ganz mit leeren Händen aus der Krisis hervorzugehen, welche die in dem Briefe vom 11. Juni enthaltenen Voraussetzungen so vollständig über den Haufen warf, das hätte das Ansehen der kaiserlichen Regierung zu tief in der öffentlichen Meinung schädigen geheißen. Es war die von Bismarck bitter verspottete „Trinkgeldpolitik“, zu der man auf diesem Wege kam: man wollte nur eine Abschlagszahlung, etwa die Grenzen von 1814, fordern, ohne damit, wie Rouher hervorhob, für die Zukunft eine Quittung auszustellen, sondern nur um sich für diese besser bereit zu halten und aus den Ereignissen besseren Vorteil ziehen zu können. Am 10. beschloß der Ministerrat, Österreichs Hilfsgeſuch abzulehnen.

Benedetti erhielt den mißlichen Auftrag, dem siegesstolzen Preußen in den Arm zu fallen, ohne seinen Vorstellungen durch den Hinweis auf ein kriegsbereites Heer Nachdruck geben zu können. Erst nach vielen Schwierigkeiten erreichte er das königliche Hauptquartier in Zittau am 12. Juli. Bismarck hegte den dringenden Wunsch, rasch und ohne Einmischung eines Dritten mit Österreich zu einem Verständnis zu kommen. Schon jetzt erwog er weitschauend für die Zukunft den Wert der wiederhergestellten Freundschaft

mit dem besiegten Gegner; auch die Cholera, der unter andern die Generale von Clausewitz, von Mutius und von Pfluel zum Opfer gefallen waren, mahnte zur Abkürzung des Feldzugs. Aber der Versuch, den er soeben durch den Bürgermeister Giskra von Brünn in Wien hatte machen lassen, war zurückgewiesen worden. Rundweg zurückweisen ließ sich die französische Vermittelung nicht; da aber Benedetti keine Vollmacht zu unterhandeln hatte, so wich er aus, indem er auf die mündlichen Erklärungen verwies, die ein



Botschafter Graf von der Goltz.

Nach dem Kupferstich von Weger. Original: Photographie.

Spezialgesandter des Königs nach Paris überbringen werde. Ebendort kam am 13. auch Beust an, um im Auftrage des Kaisers Franz Josef nochmals von Napoleon ein sofortiges kräftiges Eingreifen zu verlangen. Es war zu spät. Er fand den Kaiser körperlich leidend und die einzige Antwort desselben war: „Ich bin nicht kriegsbereit.“ Die Verhandlungen zwischen dem preussischen Hauptquartier und Paris wurden durch häufige Störungen der Telegraphenlinien sehr erschwert. Die Hauptpunkte, deren Preußen versichert sein wollte, ehe es in einen Waffenstillstand willige, betrafen das Ausscheiden Oesterreichs aus Deutschland, die Errichtung eines Norddeutschen Bundes unter



preussischer Führung und ansehnlichen Gebietserwerb; ehe er ohne diesen heimlehre, hatte der König geäußert, werde er lieber ab danken. Drouyn de l'Hayn wollte von einer Vergrößerung Preußens, sei es auch nur um 300 000 Seelen, nur unter entsprechenden Kompensationen für Frankreich etwas wissen; da aber gelang es dem gewandten preussischen Gesandten von der Goltz am 19., hinter des Ministers Rücken die Zustimmung des Kaisers einerseits zur Einverleibung von Hannover, Kurhessen, Nassau und Frankfurt a. M., anderseits zum Aufschub der Verhandlungen über die Kompensationen bis nach des Königs Rückkehr in seine Hauptstadt zu erreichen. Es wurde eine fünftägige Waffenruhe verabredet, der auch Italien beitrat, und zum Sitz der weiteren Verhandlungen Nikolsburg bestimmt. Bismarck bestand darauf, sie nur mit Oesterreich, unter Ausschluß von dessen deutschen Verbündeten zu führen. Am 26. Juli konnte der Präliminarfriede unterzeichnet werden. Der Territorialbestand Oesterreichs blieb danach mit Ausnahme Venetiens unverändert. Kaiser Franz Josef anerkennt die Auflösung des Deutschen Bundes und giebt seine Zustimmung zu einer Neugestaltung Deutschlands ohne Beteiligung Oesterreichs, er verspricht das Bundesverhältnis anzuerkennen, das Preußen nördlich vom Main begründet wird und erklärt sich einverstanden, daß die süddeutschen Staaten in einen Verein zusammen treten, dessen nationale Verbindung mit dem Norddeutschen Bunde der näheren Verständigung zwischen beiden vorbehalten bleibt; er überträgt auf den König von Preußen alle seine Rechte auf Schleswig-Holstein mit der Maßgabe, daß die Bewohner Nordschleswigs, wenn sie durch freie Abstimmung den Wunsch nach Vereinigung mit Dänemark kundgeben, an dieses abgetreten werden sollen; Oesterreich zahlt zwanzig Millionen Thaler Kriegskosten; auf Wunsch des Kaisers gesteht Preußen den ungeschmälerten Fortbestand des Königreichs Sachsen zu (welches Napoleon laut einer verspätet angelangten Depesche ebenfalls preisgeben bereit war). Der König von Preußen macht sich anheischig, die Zustimmung des Königs von Italien zu erwirken. Hierauf wurde ein vierwöchentlicher Waffenstillstand geschlossen.

Auf dem westlichen Kriegsschauplatz war der Ausgang so, wie er eintreten muß, wo der Thatkraft Ratlosigkeit, der Einheit Zerfahrenheit, der Kriegsbereitschaft Unfertigkeit gegenüberstehen. Während nach der Kapitulation von Langensalza die drei preussischen Truppenteile, welche bis dahin getrennt operiert hatten, sich zur Mainarmee zusammenschlossen, waren von den vier Bundesarmee corps, deren Mobilmachung der Bundestag beschlossen hatte, nur zwei, das VII. und das VIII., wirklich zur Aufstellung gelangt, jenes die Bayern, an Zahl 40 000, begreifend, dieses, 46 000 Mann stark, aus den Württembergern, Badenern und Hessen-Darmstädtern zusammengesetzt, an die sich außerdem die Nassauer und eine aus den Festungsbesatzungen gebildete österreichische Brigade anschlossen, lauter treffliches Truppenmaterial, aber ein jeder Einheitlichkeit entbehrendes Gemenge. Die schlechthin unfertigen Kurhessen wurden zur Verstärkung der Besatzung von Mainz verwendet. Keiner

von den süddeutschen Staaten war bei Ausbruch des Kriegs schlagfertig; entweder hatte man nicht recht an den Ernstfall glauben wollen oder es fehlten die für eine Kriegsbereitschaft unentbehrlichen Vorbereitungen im Frieden. In Bayern z. B. zählten die Kompanien auf dem Friedensfuße nicht mehr als 25 Mann, zahlreiche Offiziers- und Unteroffiziersstellen waren Ersparnis halber unbefetzt, Feldspitäler und Sanitätskolonnen fehlten ganz. Ebensonenig wie bei den Staatsmännern Klarheit über Ziel und Mittel des Krieges, herrschte in der doppelten Heeresleitung Übereinstimmung oder auch nur Geneigtheit zur Verständigung. Von den beiden Korpsbefehlshabern hatte der des VIII. Korps, Prinz Alexander von Hessen, wohlbekannt mit den Mängeln des Bundeskriegswesens, sein Kommando nur ungern und mit sehr geringen Hoffnungen übernommen, sträubte sich aber doch gegen jede Unterordnung unter den bayrischen, den 71 jährigen Prinzen Karl; jeder von ihnen dachte nur an den Schutz des eigenen Landes. Kaum war das bayrische Hauptquartier am 25. Juni zur Vorbereitung der Vereinigung mit dem Prinzen Alexander von Bamberg nach Schweinfurt verlegt worden, als die am 27. einlaufende Nachricht von der Ankunft der Hannoveraner bei Langensalza diesen Plan wieder umstieß. Prinz Karl beschloß nunmehr, statt zur Vereinigung mit dem VII. Armeekorps nach Westen, sich zum Entsatz der Hannoveraner nach Norden zu wenden; jedoch überzeugt, daß 19 000 Mann sich allemal durchschlagen könnten, hielt er deren Lage nicht für besonders gefährdet. Bald aber zerstörten die eingeleiteten Unterhandlungen das Vertrauen auf die Entschlußkraft dieser Verbündeten. Die Bayern waren noch nicht über Meinungen erreicht. Der ganze Zug gen Norden war vergeblich gewesen. Gleichzeitig wurde Falkensteins Anrücken von Eisenach her gemeldet. Man hatte die Wahl, entweder ihm unter Wiederaufnahme des ursprünglichen Planes in südwestlicher Richtung auszuweichen oder die Vereinigung rückwärts zu suchen; aber man scheute den übeln Eindruck eines Rückzuges, und so marschierten beide Korps, vielleicht gegen die bessere militärische Überzeugung ihrer Führer, vereinzelt weiter gegen die Fuldaer Straße, auf welcher sie sicher waren, den versammelten Gegner zu treffen, die Bayern von der Werra über das Gebirge in das Thal der Fulda, während Prinz Alexander, um auf die Linie Hanau-Fulda-Hünfeld zu gelangen, seinen Marsch in östlicher Richtung fortsetzte.

Entsprechend der von Moltke erhaltenen Weisung, den Weg über Fulda nach Schweinfurt einzuschlagen, da man sicher sein könne, die Bayern, den Kern der ganzen süddeutschen Koalition, in ihrem eigenen Lande anzutreffen, und so die Vereinigung der beiden Bundesarmee Korps zu hindern hoffen dürfe, beschloß Falkenstein sich zwischen die beiden Gegner zu werfen, indem er von Eisenach über Hünfeld auf Fulda vorging, d. h. genau auf denselben Punkt, den jene für ihre Vereinigung ausersehen hatten. Am 2. Juli begann der Aufbruch, an der linken Flanke der Bayern vorbei. Zuerst stieß die Division Göben bei Salungen auf den Feind; sie bestand bei Jmmel-



horn ein Schärmügel und nahm nach kurzem Gefechte Dermbach. Zur Sicherung der linken Flanke machte die Brigade Kummer am 4. einen Vorstoß gegen die bayrische Division Zoller auf Meidhardshausen und Zella, die Brigade Wrangel auf Wiesenthal und Roßdorf gegen die Vorhut des Generals von Hartmann. Inzwischen hatte die Division Beyer auf dem Weitermarsche gegen Fulda vor Hünfeld die bayrische Reservekavallerie unter dem Fürsten Taxis angetroffen. Ihr erster Kanonenschuß verursachte unter den Kürassieren eine solche Panik, daß sie sich in sinnloser Flucht auf die nachfolgenden Reiterkolonnen warfen und auch diese in Verwirrung mit sich fortrissen. Um seinen Truppen wieder Fassung zu geben, beschloß der Fürst, mittelst eines Nachmarsches über die Hohe Rhön an die fränkische Saale zurückzugehen, aber in der Nähe von Hersfeld kam über die bereits völlig haltungslos gewordenen Leute eine zweite Flucht, eine wilde Jagd über die waldbestandene Haide, die zum Teil erst bei Würzburg endete. Oberst von Bemann erschloß sich, um die Schande seines Regiments nicht zu überleben, Taxis wurde abgesetzt, seine Division bedurfte einer völligen Neubildung. Nach dieser Flucht der bayrischen Kavallerie lag den Preußen der Weg nach Fulda offen, und zwar um so vollständiger, da Prinz Karl Göbens Flankenstoß für Ernst angesehen und deshalb bei Kaltenborn, drei Meilen abseits vom Wege der Preußen, eine feste Stellung bezogen hatte, in der er den Angriff erwarten wollte. Als er seines Irrtums gewahr wurde, waren jene bereits an seiner Flanke vorüber; er gab deshalb nunmehr den Gedanken einer Vereinigung mit dem VII. Korps ganz auf und konzentrierte seine Streitkräfte hinter der fränkischen Saale.

Der Schlag von Königgrätz lähmte auch die Kriegsführung der übrigen Gegner Preußens. Zwar dessen Friedensanerbietungen lehnte Bayern, um nicht bundbrüchig gegen Österreich zu werden, zur Zeit noch ab, aber die Hauptsache war doch entschieden, ein baldiger Friede stand bevor und bis dahin wünschte jeder der Verbündeten vor allem nur sein Gebiet gegen eine feindliche Invasion zu schützen. Statt daher rechtshin die Vereinigung mit den Bayern zu suchen, folgte Prinz Alexander lieber der Aufforderung des Bundestags, zu dessen Schutze sich nach Frankfurt zu wenden, und ließ dadurch Falkenstein freie Hand, sich auf die Bayern allein zu werfen und sie unschädlich zu machen. Nachdem die Mainarmee auf den beiden gleich schlechten Straßen über Schlüchtern und Brückenau die Rhön überschritten hatte, erzwang sie am 10. Juli an fünf Punkten, bei Hammelburg, Rissingen, Friedrichshall, Hausen und Waldasch den Übergang über die fränkische Saale, bevor noch die Bayern die ausgewählte Defensivstellung bei Poppenhausen erreicht hatten; bayrischerseits fiel hierbei General von Zoller. Plötzlich aber ließ Falkenstein von den Bayern ab und machte über den Speffart Rechtsrum gegen den Prinzen Alexander, der unterdes viel zwecklos hin und her gezogen war. Nach blutigen Gefechten bei Frohnhofen und bei Alschaffenburg besetzte er am 16. Frankfurt

und ließ diesen Hauptherd antipreußischer Intriguen die ganze Schwere der Eroberung empfinden: der Stadt wurde eine Kontribution von sechs Millionen Gulden auferlegt, zwei Senatoren verhaftet. Der Rumpfbundestag hatte sich bereits am 11. nach Augsburg geflüchtet; dort, in dem Gasthaus „Zu den drei Mohren“ hat er sein unrühmliches Dasein beschlossen.

In Frankfurt erhielt Falkenstein seine bereits seit längerer Zeit beschlossene Abberufung; die an höchster Stelle bestehende Unzufriedenheit mit seiner Kriegführung wurde durch seine Ernennung zum Gouverneur von Böhmen verhüllt. Sein Nachfolger von Manteuffel begann damit, daß er von der Stadt Frankfurt binnen 24 Stunden weitere 24 Millionen forderte und, als die Zahlung ausblieb, den Senatoren Strafkommandos in die Häuser legte. Oberbürgermeister Fellner entleibte sich selbst. Die militärische Lage hatte sich mittlerweile für die Preußen verschlechtert. Dem Prinz Alexander hatte nach dem Gefecht bei Aschaffenburg, auf die Verteidigung von Frankfurt verzichtend, doch schließlich an der Tauber seine Vereinigung mit den Bayern bewerkstelligt. Glücklicherweise sah Manteuffel die Mainarmee durch das Eintreffen der Oldenburger und Hanseaten auf 60 000 Mann verstärkt, als er am 21. Juli die Operationen wiederaufnahm. Er kam dem von den beiden Prinzen beabsichtigten Angriffe zuvor und lieferte ihnen vom 23. bis 26. eine Reihe glücklicher Gefechte, bei Hundheim, Hochhausen-Wernbach, Impfingen-Tauberbischofsheim, Gerchsheim, Helmstadt und Üttingen. Diese kräftige Offensive im Verein mit dem Vorstoß, welchen das bei Leipzig unter dem Großherzoge von Mecklenburg-Schwerin versammelte zweite Reservekorps über Hof bis nach Nürnberg machte, um sowohl den Bayern in den Rücken zu kommen, als auch noch vor Einstellung der Feindseligkeiten möglichst viel feindliches Land zu besetzen, dazu die Nachricht von dem zwischen Osterreich und Preußen geschlossenen Waffenstillstande, brach den Widerstand Bayerns. Während der Beschießung des Marienbergs, der Citabelle von Würzburg, durch die Preußen am 27. Juli, erschienen bairische Parlamentäre: der Krieg war zu Ende. Zwei Tage darauf berief der Großherzog von Baden seine Truppen ab, er setzte das Ministerium Edelsheim durch ein neues preußenfreundliches, Stabel-Matth-Jolly-von Freyhdorff und schloß Waffenstillstand. Schon am 21. und 22. hatte König Wilhelm seinen jubelreichen Siegeszug in Berlin gehalten.

Am 23. August wurde zu Prag der Definitivfriede zwischen Osterreich und Preußen auf Grund der Nikolsburger Präliminarien unterzeichnet. Die von ersterem zu zahlende Kriegskostenentschädigung setzte man auf 40 Millionen Thaler fest, doch wurden davon fünfzehn auf die Kosten des schleswig-holsteinischen Kriegs, fünf auf die Verpflegung der Preußen seit dem Waffenstillstande abgerechnet. Der Abschluß des Friedens mit Italien verzögerte sich bis zum 3. Oktober; letzteres erhielt Venetien, zahlte dafür 35 Millionen Gulden bar und übernahm einen Schuldbanteil im Betrage von 65 Millionen.



Zu Nikolsburg hatte Bismarck mit größter Entschiedenheit auf dem Ausschlusse der Mittelstaaten von den Verhandlungen bestanden, und den Wiener Hof kostete es geringe Überwindung, Verbündete ihrem Schicksale zu überlassen, die während des Friedens sich in zweideutigen und unfruchtbaren Streitigkeiten erschöpft und am Kriege nur mit halben Herzen teilgenommen hatten. Der erste Empfang, den von der Pfordten dort fand, als er herbeieilte, um die Einschließung der Süddeutschen in den Waffenstillstand zu erwirken, war daher der denkbar unfreundlichste. Erst am 28. wurde Bayern zum Abschluß zugelassen. Die Opfer, welche Bismarck von ihm verlangte, bestanden in zwanzig Millionen Thalern und einer Gebietsstrecke mit wenigstens 500 000 Einwohnern im Norden der Rheinpfalz und Frankens. Bestürzt rief da von der Pfordten den Beistand Frankreichs an, schilderte die Gefahren, welche die Mediatistierung der Südstaaten auch für diese nach sich ziehen werde, und hob die Vorteile hervor, die es dabei finden werde, wenn es ohne Verzug seine schützende Hand über die Dynastien ausstrecke, die jetzt der Gnade Preußens preisgegeben seien; ein Wort des Kaisers werde Bayern retten! Noch deutlicher war Dalwigk. Er beschwor die Franzosen, unverzüglich in der Pfalz und Rheinhessen einzurücken, wo sie mit offenen Armen aufgenommen werden würden; er versicherte, Pfordten sehe die Lage genau so an wie er, sie könnten zwar die Franzosen nicht offen herbeirufen, sie würden aber glücklich sein, sie sofort kommen zu sehen. So wettenferten also die drei vornehmsten mittelstaatlichen Minister, Beust, Pfordten und Dalwigk, die Entscheidung über die nationalen Geschicke Deutschlands in die Hand der Franzosen zu legen! Daß es dennoch nicht dahin kam, ist eins von Bismarcks größten Verdiensten. Er entdeckte von der Pfordten, daß Kaiser Napoleon bereits einer Entschädigung des Großherzogs von Hessen für das abzutretende Oberhessen durch die Pfalz zugestimmt habe und küftete vor ihm den Schleier, der noch die französische Begehrlichkeit umhüllte; gleichzeitig erbot er sich, auf Erwerbungen im rechtsmainischen Franken zu verzichten unter der Bedingung, daß Bayern das vorgelegte geheime Schutz- und Trugbündnis annehme. Mit tiefer innerer Bewegung erwiderte ihm der Bayer, hieran sehe er, wie sehr Bismarcks deutsche Gesinnung verleumdet würde und wie auch ihm ein deutsches Herz im Busen schlage. Am 22. August schloß Bayern Frieden zugleich mit dem geheimen Bündnis, wonach beide Teile sich gegenseitig die Unverletzlichkeit ihrer Gebiete garantierten und sich verpflichteten, im Fall eines Krieges ihre volle Kriegsmacht zu diesem Zwecke einander zur Verfügung zu stellen, auch der König von Bayern für diesen Fall den Oberbefehl über seine Truppen dem Könige von Preußen übertrug. Dasselbe hatte Württemberg bereits am 13., Baden am 17. gethan, Bayern zahlte gleich den übrigen Kriegskontribution, brauchte aber nur das Amt Gersfeld, Orb und die Enklave Caulsdorf abzutreten. Die Mainlinie, deren Überschreitung Napoleon Preußen untersagt hatte, war mit diesen Verträgen thatsächlich hinfällig geworden. Hessen-Darmstadt, vor welchem das Bündnis

vorläufig Geheimnis blieb, trat in dem Frieden vom 3. September die Landgrafschaft Hessen-Homburg, sowie im Austausch gegen einige kleine preußische Gebietsstücke einen Teil des Kreises Gießen u. a. ab und trat mit der nördlich vom Main gelegenen Provinz Oberhessen samt dem zugehörigen Heeres- teile dem Norddeutschen Bunde bei. Auch Meiningen, dessen Herzog zu gunsten seines Sohnes Georg abgedankt hatte, schloß am 8. Oktober, Neuz- Greiz am 26. September seinen besonderen Frieden mit Preußen. Am längsten, bis zum 21. Oktober, mußte Sachsen warten, ehe es seinen Frieden erhielt: dank Österreichs Eintreten kam es ohne Gebietsverluste mit einer Kriegskontribution von zehn Millionen Thalern davon. Als Österreich auf Preußs Eingebung außer der Integrität Sachsens auch dessen Beitritt zum Süd- statt zum Nordbunde gefordert hatte, war Bismarck entrüstet auf- gefahren und hatte mit Abbruch der Verhandlungen gedroht. Die Ansprüche des Großherzogs von Oldenburg wurden durch Überlassung des Amtes Ahrensböck und eine Million Thaler beglichen.

Das siegreiche Preußenheer durfte mit dem Bewußtsein heimkehren, Größeres errungen zu haben, als jemals seinen siegekrönten Vätern auch in den glänzendsten Zeiten der Monarchie vergönnt gewesen war. Alles, was Neid und Eifersucht fünfzig Jahre früher an Preußen gefündigt hatten, war jetzt, wenn auch durch das schmerzliche Mittel eines Bruderkrieges, wieder gut gemacht. Durch die Einverleibungen, vor deren zwingender Notwendigkeit auch das dynastische Mitgefühl hatte zurücktreten müssen, hatte der Staat einen Zuwachs von 1300 Quadratmeilen mit fast  $4\frac{1}{2}$  Millionen Einwohnern erfahren und dadurch für sich allein einen Umfang und eine Abrundung er- langt, die ihm gestatteten, seine Stellung als Großmacht in jeder Beziehung zur Geltung zu bringen; er war der alleinige Leiter in Deutschland geworden und zum erstenmale sah sich durch ihn wenigstens ganz Norddeutschland bis zum Main zu einer lebenskräftigen politischen Macht fest zusammengeschlossen.

Der patriotische Schwung, den der Krieg dem Preußenvolke gegeben, läutete auch den inneren Frieden ein. Die Neuwahlen zum Abgeordneten- hause, die an dem schicksalsreichen 3. Juli stattfanden, brachen die Allein- herrschaft der Fortschrittspartei, die Mehrheit des neuen Hauses bestand aus Konservativen und Gemäßigtkliberalen. Nach so glorreicher Bewährung konnte die Heeresreorganisation nicht länger der Zankapfel zwischen Regierung und Volksvertretung bleiben, und war dieser beseitigt, so stellte sich ganz von selbst heraus, daß der Streit über Budgetrecht und Verfassung in Wahrheit keinen tatsächlichen Grund hatte. Auch die Regierung zeigte ein hochherziges Ent- gegenkommen. Der kurzfristige Vorschlag der Feudalen, den von Kleist- Rekow ins Hauptquartier überbrachte, nunmehr mit Verfassung und Oppo- sition durch eine neue Ökrohierung kurzweg reinen Tisch zu machen, verführte weder den König noch Bismarck auch nur einen Augenblick. Die Thronrede



zur Eröffnung des Landtags am 5. August stellte sich vielmehr Versöhnung atmend hoch über allen Parteigeist: „In einträchtigem Zusammenwirken werden Regierung und Volksvertretung die Früchte zu zeitigen haben, die aus der blutigen Saat, soll sie nicht umsonst sein, erwachsen müssen.“ Sie kündigte eine so vortreffliche Finanzlage an, daß die Kosten des Krieges, abgesehen von den gesetzlichen Naturalleistungen, aus den Staatseinnahmen und vorhandenen Beständen bestritten werden könnten; sie gestand unumwunden ein, daß die Regierung infolge des Konflikts mehrere Jahre lang den Staatshaushalt ohne gesetzliche Grundlage geführt habe, wenn dies auch in der pflichtmäßigen Überzeugung geschehen sei, daß die Fortführung einer geregelten Verwaltung, die Erfüllung der gesetzlichen Verpflichtungen des Staates, die Erhaltung des Heeres und der Staatsinstitute Existenzfragen seien, denen eine Regierung sich im Interesse des Staates nicht entziehen dürfe, und verlangte dafür Indemnität, wodurch der Konflikt für alle Zeiten zum Abschluß gebracht sei. Endlich beantragte die Regierung, zugleich als Beweis, daß die Versöhnung der Geister, daß die Absicht, gemeinschaftlich das Wohl des Landes, des eigenen und des weiteren Vaterlandes zu fördern, eine aufrichtige und tiefgreifende sei, einen außerordentlichen Kredit bis zu 60 Millionen Thalern für Landheer und Flotte und die Zurückerstattung der dem Staatsschatze entnommenen Summen aus den Kriegskostenentschädigungen. „Schenken Sie uns,“ rief Bismarck, „das Vertrauen, daß wir diese Mittel nur benutzen werden, um die Politik so, wie wir sie begonnen, durchzuführen!“

So unzweifelhaft nach den großen Erfolgen des Krieges das Interesse an dem Budgetstreite erloschen war, der Wunsch des Landes allgemein auf Beendigung des Konfliktes und Versöhnung mit der Krone ging, so mochte doch eine Minderheit des Ausschusses noch nicht von der alten Oppositionsgewohnheit lassen. Sie forderte, es solle unter zeitweiliger Verweigerung der Indemnität der Regierung überlassen bleiben, dieselbe nachzusuchen, sobald der verfassungsmäßige Zustand durch die Aufstellung und Veröffentlichung des Staatshaushaltes für 1867 eingetreten sei. Eine solche Trennung von Indemnität und Kredit lehnte jedoch Bismarck bestimmt ab, indem er dem Hause zu Gemüte führte, daß die Aufgaben der auswärtigen Politik noch nicht gelöst seien. „Die glänzenden Erfolge der Armee,“ sagte er, „haben nur unseren Einsatz im Spiele erhöht; wir haben mehr zu verlieren als vorher, gewonnen jedoch ist das Spiel noch nicht; aber je fester wir im Inneren zusammenhalten, desto sicherer sind wir, es zu gewinnen. Deswegen ist unsere Aufgabe noch nicht gelöst, sie erfordert die Einigkeit des gesamten Landes, der That nach und dem Eindrucke aufs Ausland nach.“ Ein so eindringlicher Appell, daß das Haus nicht umhin konnte, ihm zu entsprechen; es gab den geforderten Vertrauensbeweis, indem es sowohl Indemnität als Kredit mit großer Mehrheit bewilligte. Nur ein Teil der Fortschrittspartei stimmte dagegen; der andere, diejenigen nämlich, welche entschlossen waren, die Opposition nicht auf das Gebiet der deutschen Politik hinübergreifen zu lassen,

erklärte durch den Mund des Grafen Schwerin offen, daß er sich geirrt habe. So zerriß das Band, welches vier Jahre hindurch die Opposition zusammengehalten hatte. Der Zerfall der Fortschrittspartei wurde der Anfang zur Bildung einer neuen Partei, der national-liberalen, die in einer von 24 Abgeordneten unterzeichneten Kundgebung vom 24. Oktober 1866 es für ihre Pflicht erklärte, die deutsche Politik der Regierung mit allen Kräften zu unterstützen und mitbauen zu helfen am Werke der deutschen Einheit. Namen bestens Klanges, wie Graf Schwerin, von Forckenbeck, von Unruh, Twesten, Lasker, Gneist, Kannegießer, gehörten zu ihren Stiftern. Einen wertvollen Zuwachs erhielt sie aus den annectierten Ländern an von Bennigsen und Miquel aus Hannover, Gumbrecht und Ötler aus Kurhessen, K. Braun aus Nassau u. a. In ähnlicher Weise sonderten sich von der Rechten die Gemäßigteren unter Führung des Grafen Bethusy-Huc als Freikonservative ab. Einen besonders erfreulichen Beweis, daß das Band des Vertrauens zwischen König und Volk wieder geknüpft sei, gab das Abgeordnetenhaus, als die Regierung 1 1/2 Millionen Thaler zur Dotierung hervorragender Heerführer beantragte: es setzte an erste Stelle Bismarck „in Anerkennung der von ihm so erfolgreich geleiteten auswärtigen Politik“, und erst nach ihm, die Verteilung dem Könige anheimstellend, den Kriegsminister von Roon, Moltke, Herwarth, Vogel von Falkenstein und Steinmeß.

Diesem Geiste der Versöhnung entsprach auch die Ersetzung des Justizministers zur Lippe durch den Hannoveraner Leonhardt, die Ernennung Delbrücks zum Minister ohne Portefeuille und die des Präsidenten der Seehandlung Camphausen zum Finanzminister.

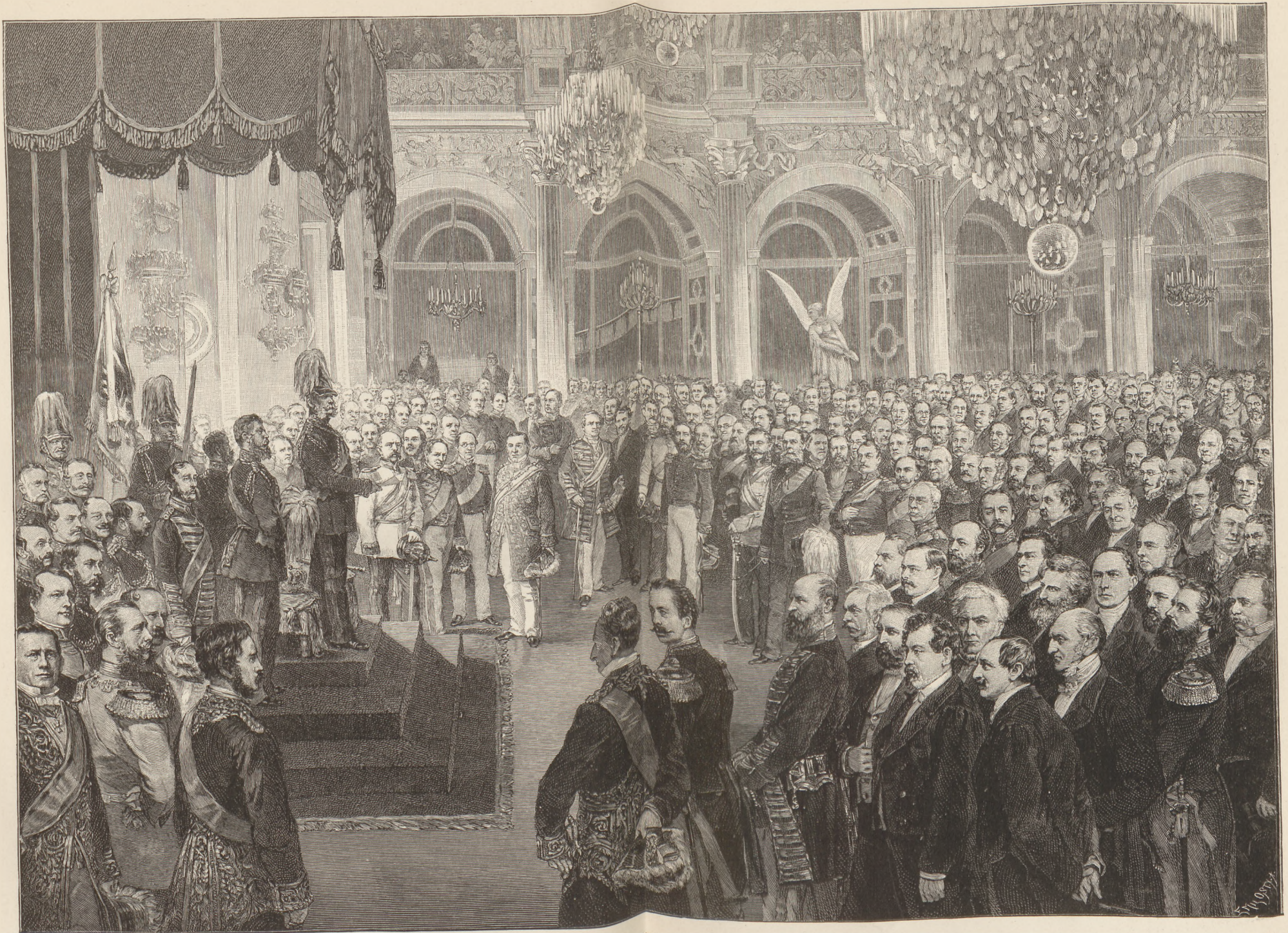
Die Einfügung der neu erworbenen Gebietsteile ging mittelst Übergangsstadiums vor sich, währenddessen, bis zum 1. Oktober 1866, der Regierung eine Diktatur eingeräumt wurde. Von den depostierten Fürsten verstanden sich der Kurfürst von Hessen und der Herzog von Nassau zu Verträgen mit der Krone Preußen; der König von Hannover dagegen verharrte im Kriegszustande, erst am 29. September 1867 schloß sein ehemaliger Minister Windhorst auch in seinem Namen einen Vertrag ab, der dem Könige die Zinsen eines Kapitals von sechzehn Millionen Thalern zusicherte, ohne daß ihm ein ausdrücklicher Thronverzicht zugemutet wurde. Weitans der größte Teil der Bevölkerungen ließ die Vereinigung mit Preußen widerwillig, mit Groll und Erbitterung über die erlittene Vergewaltigung über sich ergehen, besonders in Hannover, wo ein verbissenes Welfentum an dem Adel und der orthodoxen Geistlichkeit Bundesgenossen fand, und in Schleswig-Holstein, das hartköpfig auf sein vermeintliches Landesrecht pochte. Wenn trotzdem die neuen Verhältnisse sich verhältnismäßig rasch einlebten, so trug dazu vornehmlich einerseits die Erhaltung dieser Gebiete in ihrem alten Bestande, andererseits die Erteilung von Provinzialverfassungen und die Überweisung von bedeutenden Fonds zur Selbstverwaltung das meiste bei.



Seine höchste Kraft und seine volle Bedeutung fand jedoch das erneute Preußen erst im Zusammenhange mit dem verjüngten Deutschland. Zunächst schlossen am 18. August 1866 sechzehn norddeutsche Regierungen, denen dann die übrigen nachfolgten, einen Bündnisvertrag mit Preußen, vorläufig auf ein Jahr, laut welchem die Zwecke des Bündnisses endgültig durch eine Bundesverfassung auf der Basis der preussischen Grundzüge vom 10. Juni 1866 sicher gestellt werden sollten unter Mitwirkung eines auf Grund des Reichswahlgesetzes von 1849 zu berufenden Parlaments. Den auf den 15. Dezember nach Berlin eingeladenen Bevollmächtigten der verbündeten Staaten legte Bismarck den Entwurf der Bundesverfassung vor. Zwar ließ die preussische Regierung darüber, daß dieser Entwurf zu stande kommen müsse, keinen Zweifel, doch aber war ihr Verhalten so maßvoll und patriotisch, wie es nach solchen Waffenerfolgen niemand für möglich gehalten hatte. Der Entwurf „nutete der Selbständigkeit der Einzelstaaten zu gunsten der Gesamtheit nur diejenigen Opfer zu, welche unentbehrlich waren, um den Frieden zu schützen, die Sicherheit des Bundesgebiets und die Entwicklung der Wohlfahrt seiner Bewohner zu gewährleisten“. Es war ein ganz neues Experiment: ein Bundesstaat von Monarchien, die bisher für souverän gegolten hatten und es theoretisch auch bleiben sollten, mehr also ein Mittelglied zwischen Bundesstaat und Staatenbund, kein theoretisches Ideal einer Bundesverfassung, wie die Paulskirche es zu schaffen versucht hatte, aber dem praktischen Bedürfnisse entsprechend. Das Bundespräsidium ist danach dauernd mit der Krone Preußens verbunden, diese hat demnach den Bund völkerrechtlich zu vertreten, in seinem Namen Krieg zu erklären und Frieden zu schließen, Bündnisse und andere Verträge mit fremden Staaten einzugehen, Gesandte zu beglaubigen und zu empfangen. Das Präsidium ernennt den Bundeskanzler. Die Vertretung der Einzelregierungen wird durch den Bundesrat gebildet; von den 43 Stimmen desselben stehen Preußen 17 zu; auch besitzt dieses kein Veto gegen die Beschlüsse des Bundesrates.

Am 24. Februar 1867 trat der erste norddeutsche Reichstag zusammen, um sich über diese Verfassung schlüssig zu machen. „Wir glauben,“ sprach Bismarck, „daß, wenn das Werk hier angenommen wird, für das deutsche Volk die Bahn frei gemacht worden ist, und daß wir das Vertrauen zum Genius unseres Volkes haben können, daß es auf dieser Bahn den Weg zu finden wissen wird, der es zu seinen Zielen führt. Die Basis dieses Verhältnisses soll nicht die Gewalt sein, weder den Fürsten noch dem Volk gegenüber, die Basis soll das Vertrauen zu der Vertragstreue Preußens sein, und dieses Vertrauen darf nicht erschüttert werden, solange man uns die Vertragstreue hält.“ Der nationalliberalen Partei fiel in erster Reihe die Aufgabe der Vermittelung zwischen Einheit und Freiheit, Prinzipien und Bedürfnissen zu; der Fortschrittspartei machte das Fehlen der Grundrechte die Verfassung unannehmbar. Auch ihre Besorgnisse, daß die verlangte Aufstellung des Militärbudgets auf eine Reihe von Jahren hinaus eine Vert.ümmung der





Eröffnung des Reichstages des norddeutschen Bundes am 24. Februar 1867 durch König Wilhelm I. im weißen Saale des königl. Schlosses zu Berlin. Nach der Lithographie von C. Mende.



Freiheit bedeuten möchte, ließ sich nicht durch Bismarck's Versicherung beschwichtigen: „Wir wollen den Grad von Freiheitsentwicklung, der mit der Sicherheit des Ganzen nur irgend verträglich ist.“ „Arbeiten wir rasch,“ mahnte er, „setzen wir Deutschland in den Sattel, reiten wird es schon können!“ In der That bildete das Bundesheerwesen den einen der beiden Hauptdifferenzpunkte, welche sich zwischen Regierung und Reichstag geltend machten. Doch erhielt durch Annahme eines von Forckenbeck gestellten Antrags, der hernach in die Verfassung übergegangen ist, die Heeresorganisation selbst und die von der Regierung festgehaltene dreijährige Dienstzeit die gesetzliche Grundlage, zunächst nur bis Ende 1871, es wurde jedoch durch einen Antrag des Herzogs von Ujest und Bennigsen die Sicherung des Bundesheeres auch über diesen Zeitpunkt erreicht, ferner auch die Bewilligung von 225 Thalern für jeden Mann desselben ausgesprochen. Der andere Punkt betraf die Diäten der Abgeordneten, deren Gewährung der Reichstag mit einem Mehr von sechs Stimmen beschloß; da aber die Regierungen diesem Beschlusse einen unbedingten Widerspruch entgegensetzten, so wurden sie schließlich mit 178 gegen 90 Stimmen fallen gelassen, damit nicht daran die ganze Verfassung scheitere. Die Bildung eines Bundesministeriums und eines Oberhauses wies Bismarck als unverträglich mit dem Bundesrate bestimmt zurück. Am 10. April erfolgte die Annahme der Bundesverfassung mit 230 gegen 53 Stimmen, an demselben Tage die seitens der Regierungen nebst den vom Reichstag beschlossenen Änderungen, der bei Feststellung derselben eine tiefgreifende Mitwirkung geübt hatte. Tags darauf schloß der König den Reichstag mit den Worten: „Die Zeit ist herbeigekommen, wo unser deutsches Volk durch seine Gesamtkraft seinen Frieden, sein Recht und seine Würde zu vertreten im Stande ist.“ Nachdem auch die Einzellandtage ihre Genehmigung erteilt hatten, trat die Verfassung mit dem 1. Juli 1867 in Kraft.

Noch in demselben Jahre trat der erste gesetzgebende Reichstag des Norddeutschen Bundes zusammen. Er genehmigte zwei wichtige von den Regierungen beantragte Maßregeln, eine einheitliche und auf der allgemeinen Wehrpflicht ruhende Militärgesetzgebung und die Beschaffung außerordentlicher Geldmittel für die Vergrößerung der Flotte, ferner die Organisation eines allgemeinen Konsulatwesens, auf Sachsens Antrag die Errichtung eines Bundesoberhandelsgerichts, das zu Leipzig seinen Sitz erhielt, eine Gewerbeordnung im Sinne ausgedehnter Gewerbefreiheit, Gesetze über Freizügigkeit und Koalitionsrecht der Arbeiter, die Ausarbeitung eines allgemeinen Strafrechtzbuches und Bestätigung des bereits früher durch Einzelberatungen zu Stande gekommenen Handelsgesetzbuches. Daß der Zollverein fortbauern müsse, galt als selbstverständlich. Wie stark das durch ihn geschaffene nationale Band in drei Jahrzehnten geworden, zeigte die Thatsache, daß während des Krieges die Zollbehörden ruhig ihre Thätigkeit im Namen des Zollvereins fortsetzten und die Einnahmen wie im tiefsten Frieden verrechnet hatten. Aber nun war der Augenblick gekommen, um auch ihm ein festeres Gefüge zu geben. Für Nord-

deutschland entschieden fortan auch in Zollsachen Bundesrat und Reichstag, eine Teilnahme Süddeutschlands am Zollverein konnte nur unter entsprechenden Voraussetzungen und unter Beseitigung des früheren liberum veto stattfinden. Der am 8. Juli 1867 unterzeichnete neue Zollvereinsvertrag zwischen dem Norddeutschen Bunde und den übrigen bisherigen Mitgliedern erstreckte die Dauer des Zollvereins bis 1877, die Zollkonferenzen ersetzte eine Verstärkung des Bundesrates durch Vertreter der übrigen Vereinsstaaten und ein Zollparlament. Letzteres genehmigte sogleich in seiner ersten Tagung einen neuen Zoll- und Handelsvertrag mit Osterreich an Stelle des durch den Krieg von 1866 aufgelösten. Durch Vertrag vom 28. Januar 1867 war auch bereits das gesamte Turn- und Taxische Postwesen gegen eine Entschädigung von drei Millionen Thalern in das Eigentum des preußischen Staates übergegangen.

Die wirtschaftliche Einheit der ganzen deutschen Nation war trotz der Mainlinie vollendet. Nur die Einheit in den Gemütern fehlte noch. Leicht und bereitwillig fügten sich die meisten Kleinstaaten in das neue Verhältnis, verschmolzen auch ihre Truppen vollständig mit den preußischen, das Volk von Waldeck nötigte sogar seinen Fürsten, die Verwaltung des Ländchens zur Erleichterung des Steuerdrucks auf zehn Jahre an Preußen zu übertragen und würde am liebsten ganz in diesem aufgegangen sein, wenn nicht Bismarck den Grundsatz aufgestellt hätte, an der Zahl der bestehenden Souveränitäten nicht zu rühren. In Sachsen dagegen ertrug die besiegte Partei die „Verpreußung“ mit verbissenem Groll; obgleich König Johann bei seiner Rückkehr feierlich verkündet hatte, er werde dem neuen Bunde dieselbe Treue halten, die er dem alten bewiesen, galt ihr jeder Nationalgesinnte als Vaterlandsverräter. Noch lauter machte sich der Preußenhaß in Bayern und Württemberg. War der süddeutschen Behäbigkeit die soldatische Strammheit des norddeutschen Großstaates von jeher unheimlich gewesen, so sahen Ultramontanismus und Demokratie, und zwar nicht ohne Grund, in ihm ihren schlimmsten Feind. Die bayrischen Reichsräte machten sogar Miene, die Zollverträge vom 8. Juli abzulehnen, genehmigten sie dann zwar, aber nur unter der Bedingung, daß Bayern ein Veto zugestanden werde; als dies in Berlin unbedingt abgelehnt wurde, mußte schließlich doch die Parteileidenschaft der Gewalt der Thatfachen weichen. Aber die Wahlen zum Zollparlament fielen in Bayern wie in Württemberg, dem eigentlichen Herde des demokratischen Partikularismus, preußenfeindlich aus; das württembergische Volk sprach, nach dem Ausdruck der Stuttgarter Zeitung, ein deutliches und wohlwogendes Nein gegen die Unterjochung Deutschlands durch Preußen aus. Die Sorge der Süddeutschen vor einer beabsichtigten Erweiterung der Kompetenz des Zollparlaments beschwichtigte Bismarck auf das nachdrücklichste, fertigte aber auch die Hindeutung des Stuttgarters Probst auf die Rücksicht, die man auf das Ausland nehmen müsse, kräftig mit dem Worte ab: er solle bedenken, daß der Appell an die Furcht in deutschen Herzen nimmermehr ein Echo



finde. Die Berliner Luft blieb doch nicht ohne Einfluß auf die Abgeordneten aus Süddeutschland.

Rückhaltlose Bereitwilligkeit zum Eintritt in den Norddeutschen Bund bethätigten Regierung und Kammern von Baden, das auch seine Truppen ganz auf preussischem Fuße organisierte; aber Bismarck hielt die Zeit dazu noch nicht für gekommen; er „wollte den Milchtopf nicht abfahnen, damit der Rest nicht sauer werde“. Ähnliche Gesinnung zeigte die hessische Kammer. In Bayern dagegen brachte es die rührige Agitation der von den Ultramontanen geleiteten antipreussischen Partei, die sich den Namen Patrioten beilegte, bei den Wahlen im Mai 1869 dahin, daß sie in der zweiten Kammer genau die Hälfte der Mitglieder zählte. Nach siebenmaliger vergeblicher Präsidentenwahl blieb nichts übrig als die Auflösung und die Neuwahlen gaben den Patrioten eine Mehrheit von acht Stimmen, die sie nun ohne Verzug zum Ansturm gegen das ihnen verhaßte Ministerium Hohenlohe ausnutzten. Die Reichsräte eröffneten ihn mit einer von dem ersten evangelischen Geistlichen des Landes, dem Präsidenten Harleß, verfaßten Adresse. König Ludwig II. verweigerte die Annahme derselben und verbot den sechs Prinzen, die seinem Wunsche zuwider dafür gestimmt hatten, den Hof; nachdem aber die Adresse auch in der zweiten Kammer die Mehrheit erhalten hatte, konnte Hohenlohe seinen Platz nicht länger behaupten. Auf seine Empfehlung berief der König, 15. Februar 1870, den Grafen Bray, bisherigen Gesandten in Wien, zu seinem Nachfolger. Trotz alledem gewann aber doch das Gefühl, daß das naturgemäß Zusammengehörige nur noch künstlich auseinander gehalten werde, bei denen, die politisch zu denken fähig, mehr und mehr die Oberhand.

Am 20. Dezember 1867 hatte Bismarck die Rechtfertigung seiner schleswig-holsteinischen Politik mit der Bitte geschlossen, in diesem Augenblicke den Blick nur nach außen zu richten und die Notwendigkeit im Auge zu behalten, „daß wir Rücken an Rücken stehen und das Gesicht dem Auslande zuwenden müssen, um gemeinschaftlich unsere Interessen zu wahren.“ Niemand verstand damals die ganze Schwere dieser Worte; erst nach mehr als zwei Jahren wurde ihr Sinn aller Welt offenbar. —

Auch für Osterreich war der Tag von Königgrätz ein Wendepunkt geworden. An ihm hatte nicht bloß das österreichische Heer, sondern auch Belcredi's Siftierungspolitik eine entscheidende Niederlage erlitten. „Fort mit diesem System!“ das war der allgemeine Ruf der deutschen Presse, die sich auch durch den Belagerungszustand nicht mehr den Mund stopfen ließ. Die Aufforderungen der Regierung zur Anspannung aller Kräfte fürs Vaterland begegneten nur passivem Widerstand oder trotzigem Ungehorsam. Die Bewegung für die Verfassung begann in den Erblanden am 7. Juli mit einer Adresse des Salzburger Gemeinderates um Einberufung des Reichsrats. Wien beantwortete das kaiserliche Manifest vom 10. mit der Bitte, die Hauptstadt nicht den Gefahren eines Kampfes auszusetzen, namentlich aber „bezüglich

der staatsrechtlichen und politischen Verhältnisse jene Änderungen eintreten zu lassen, welche geeignet seien, die Gemüther auch für die Zukunft sicher zu stellen“. So leicht wich jedoch Belcredi nicht vom Plaze. Eine Adresse des Wiener Gemeinderats um Änderung des Ministeriums erhielt einen ziemlich ungnädigen Bescheid. Um so höher stieg die Erbitterung. Vor allem leuchtete ein, daß ohne Versöhnung mit den Ungarn nicht von der Stelle zu kommen sei. Am 10. September stellte eine Versammlung deutsch-österreichischer Abgeordneter zu Nussee als ihr Programm auf: Dualismus, begrenzt durch die gemeinsame parlamentarische Behandlung der wirklich gemeinsamen Angelegenheiten, Verwerfung des Föderalismus und daher Vereinbarung mit Ungarn, nicht durch die Landtage, sondern durch den Reichstag der Erblande. Bereits hatte sich auch dem Kaiser die Einsicht aufgedrängt, daß in dieser Richtung der einzige Ausweg aus der Not liege. Der Sieg bei Custozza hatte Belcredi den Mut eingegeben, den ungefügigen ungarischen Reichstag zu vertagen. Aber der Tag von Königgrätz brach alsbald wieder diesen Mut; er weckte den Gedanken, durch schleunigen Ausgleich mit Ungarn die Fortsetzung des Krieges gegen Preußen zu ermöglichen. Im tiefsten Geheimnis wurde Déak vom Kaiser nach Wien berufen; er riet dringend zu Österreichs Ausscheiden aus Deutschland; um so sicherer werde dann der Kaiser auf das durch Gewährung seiner Forderungen befriedigte Ungarn zählen können. Zur Durchführung dieses Plans berief der Kaiser den entlassenen sächsischen Minister Beust, dessen Mundfertigkeit auf ihn solchen Eindruck gemacht hatte, daß er niemanden anders als ihn für fähig hielt, den österreichischen Staat von seinem tiefen Falle wieder aufzurichten. So trat denn der Protestant und Ausländer, am 30. Oktober zum Minister des Auswärtigen ernannt, zwar unter Zustimmung der öffentlichen Meinung, aber unter dem grollenden Mißtrauen der hohen Aristokratie an die schwere Aufgabe heran, wie immer leichtlebig aber doch nicht ohne Geschick. Am 7. Februar 1867 wurde durch seine Ernennung zum Ministerpräsidenten das auf Grund des Oktoberdiploms geschaffene Staatsministerium beseitigt.

Beust stellte sich vollständig auf den Boden des Programms von Nussee. Mit der Ankündigung, die den zum 19. November wiederberufenen ungarischen Reichstag empfing, daß der Kaiser bereit sei, seinen Ansprüchen und Forderungen zu entsprechen, war der Dualismus, die Zerlegung der Monarchie in die zwei Hälften dies- und jenseits der Leitha zugestanden. Ungarn erhielt ein eigenes verantwortliches Ministerium, an dessen Spitze der einst als Hochverräter zum Galgen verurteilte Graf Jul. Andrássy trat; vorbehalten blieb nur die Einheit des Heerwesens, der auswärtigen Politik, des Zollwesens und der Staatsschuld. Durch eine Reihe von Reskripten vom 16. bis 23. Februar 1867 erfolgte die Wiederherstellung der ungarischen Verfassung einschließlich der 1848er Artikel. Am 8. Juni fand die feierliche Krönung des Königspaares in Ofen statt, die verbannten Rebellen erhielten die Erlaubnis zur Rückkehr. Der so zur Anerkennung gelangte ungarische



Staat bestand eigentlich aus vier gesonderten Körpern, Ungarn, Siebenbürgen, Kroatien und der Militärgrenze. Aber kaum des Joches entledigt, begannen die Magyaren mit der rücksichtslosen Vergewaltigung der übrigen. Die Militärgrenze blieb vorläufig noch dem Reichskriegsministerium unterstellt, Siebenbürgen dagegen wurde einfach Ungarn einverleibt. Verwickelter lagen die Verhältnisse zu den Kroaten, die am liebsten neben Österreich und Ungarn einen südslawischen Staat errichtet hätten. Gleichwohl kam am 21. Juni 1868 auch mit ihnen eine Einigung dahin zu stande, daß sie in der Pesther Regierung



Reichskanzler Friedrich Ferdinand Graf von Beust.  
Nach der Lithographie von Joseph Bauer.

einen eigenen Minister erhielten, die kroatischen Landeseinkünfte für die nächsten zehn Jahre zu 55 Prozent für die gemeinsamen Angelegenheiten, zu 45 für das eigene Land geteilt, Fiume zu einer Art Freistadt gemacht wurde. Unter großem Jubel hielten darauf am 29. Dezember die 29 kroatischen Abgeordneten nach zwanzigjähriger Trennung ihren Einzug in das Pesther Unterhaus.

Zur Besiegelung des Ausgleichs mit Ungarn gehörte aber auch die Zustimmung der übrigen Provinzen und diese war nicht anders denkbar, als bei Wiederherstellung des verfassungsmäßigen Zustandes auch in ihnen. Nur stieß diese hier auf einen doppelten Widerstand, von seiten der feudalklerikalen Partei, welcher die Zugeständnisse an den Liberalismus ein Greuel waren,

und von seiten der Slawen, welche für die diesseitige Reichshälfte den Föderalismus statt der Einheit forderten. In die nationale Opposition riß Beust dadurch ein Loch, daß er den galizischen Landtag durch bedeutende Zugeständnisse an die Polen auf Kosten der Deutschen und Ruthenen zur bedingungslosen Beschickung des Reichsrates bewog. In Böhmen und Mähren wurde erst durch Auflösung der Landtage und starken Druck auf die Wahlen eine deutsch-liberale Mehrheit erzielt; dafür ging am 15. Mai eine große Deputation von Tschechen, Kroaten, Ruthenen und Slowenen zur Eröffnung der slawisch-ethnographischen Ausstellung nach Moskau, um vor aller Welt zu bezeugen, daß die Slawen Oesterreichs seit dem Siege des Dualismus nur noch in Rußland ihr Heil erblickten. Am 22. Mai konnte der Reichsrat Cisleithaniens wieder eröffnet werden; er begann seine Thätigkeit mit einer Adresse, welche das beseitigte System so scharf verurteilte, wie dies nur immer dem Souverän gegenüber möglich war; jetzt aber wehte ihm von oben her ein so liberaler Luftzug entgegen, daß die Mehrheit keinen Anlaß zur Opposition hatte. Das unter Vorsitz des Fürsten Karlos Auersperg gebildete cisleithanische „Bürgerministerium“ (Giskra, Herbst, Prestl, Berger u.) wurde mit Begeisterung aufgenommen. Beust sah seine Verdienste um den gelungenen Ausgleich mit Ungarn am 30. Juni durch Erhebung zum Reichskanzler belohnt. Freilich stellte es sich bei den Verhandlungen der nach Wien berufenen beiderseitigen Ausgleichsdeputationen sofort heraus, wie energisch die Magyaren die Vorteile ihrer Stellung auszunutzen wußten. Nicht nur daß die Beitragsquote der Erblande zu den gemeinsamen Bedürfnissen bedeutend zu hoch, auf 70, die Ungarns nur auf 30 Prozent festgesetzt wurde, jene mußten sich auch noch von der Staatsschuldenlast ein jährliches Präcipuum von 25 Millionen auf zehn Jahre aufbürden lassen. Damit begann die völlige getrennte Finanzwirtschaft der nunmehrigen „Oesterreichisch-Ungarischen Monarchie“ und zugleich die Verlegung ihres Schwerpunktes nach Osten.

Eine Reihe hochwertiger Gesetze schuf die Rechtsgleichheit aller Staatsbürger, Gewährleistung voller Glaubens- und Gewissensfreiheit, die Gleichberechtigung aller Stämme Cisleithaniens nebst dem Grundsatz, daß ohne Anwendung von Zwang zur Erlernung einer zweiten Sprache jede Nationalität die erforderlichen Mittel zur Ausbildung ihrer Sprache erhalte, die Unabhängigkeit der richterlichen Gewalt, ein Reichsgericht für Kompetenzkonflikte zwischen Gerichts- und Verwaltungsbehörden, Landtagen und Regierung, Ländern und Reich, und ergänzte so das Februarstatut zu einer ernsthaften Verfassung. Dagegen trotzten die Polen durch die Drohung mit ihrem Austritte dem Reichsrate eine sehr wesentliche Beschränkung seiner Kompetenz ab: während das Februarstatut diesem alles überwies, was nicht ausdrücklich den Landtagen vorbehalten war, wurde dieses Verhältnis jetzt umgekehrt. Die Tschechen, die, schmerzlich genug zu sagen, an dem deutschen Großadel einen Bundesgenossen fanden, gingen sogar bereits so weit, für die „Wenzelskrone“ eine gleiche Stellung wie die der Stephanskrone zu fordern und durch eine



Deklaration vom 23. August 1868 dem Reichsrathe die Zuständigkeit für Böhmen abzusprechen, und wenn sie sich auch in eine altczechische Partei unter Palacky und Rieger und eine jungczechische unter Sclafowsky spalteten, so blieben sie doch vereint in der Anfeindung alles Deutschen. Die Volksversammlungen am Bistaberge nahmen einen offen meuterischen Charakter an; das deutsche Kasino, das Landestheater und andere verhaßte Gebäude wurden vom Prager Pöbel demolirt. Bedurfte es noch eines besonderen Anstoßes, um auch die Klerikalen zu erbitterten Gegnern der liberalen Reformen zu machen, so gab diesen die Agitation gegen das Konkordat, die sich in Cisleithanien erhob; die Ungarn hatten sich nie um dasselbe gekümmert. Als im Sommer 1867 der Justizminister Hye die Absicht kund that, ein interkonfessionelles Gesetz vorzulegen, trat plötzlich Erzbischof Rauscher mit einer ihm zur Zeit der Konkordatsverhandlungen von der Regierung erteilten geheimen Generalvollmacht hervor, kraft deren diese sich verpflichtet hatte, in kirchlichen Dingen ohne vorherige Zustimmung der Kurie überhaupt keine Änderungen vorzunehmen. Noch schroffer gestaltete sich das Verhältnis des Episkopats zur Regierung nach Eintritt des neuen Ministeriums; eine Adresse desselben gegen die Staatsgrundgesetze erfuhr vom Kaiser eine bestimmte Abfertigung. Daß auch das Herrenhaus, nachdem das Übergewicht der Feudalen durch einen Pairsschub gebrochen worden, sich für Revision des Konkordats aussprach, feierte Wien mit lautem Jubel. Vergebens waren alle Dezeretien der Bischöfe, unter denen der von Linz, Rudigier, sich durch besondere Ungebärdigkeit hervorthat. Am 25. Mai 1868 erschienen die drei von beiden Häusern angenommenen konfessionellen Gesetze, ein Ehegesetz, welches die Ehegerichtsbarkeit wieder ausschließlich den weltlichen Gerichten übertrug, ein Schulgesetz, welches den Religionsunterricht der betreffenden Kirche überließ, alle übrigen aber ihrem Einfluß entzog, und ein interkonfessionelles Gesetz, welches das Unwesen der Reverse in Bezug auf das Bekenntnis der Kinder beseitigte und die Heranziehung von Angehörigen der einen Kirche zu Beiträgen für eine andere zc. verbot. Kein Wunder daher, daß Beust's Vorschlag zu Verhandlungen über ein neues Konkordat unter Aufhebung des alten in Rom nicht der leisesten Geneigtheit begegnete; im Gegenteil bezeichnete eine päpstliche Allokution vom 22. Juni die neuen Gesetze als verwerflich, verdammenswert und abscheulich.

In dem Ringen mit so zahlreichen und mächtigen Gegnern verbrauchte das deutsch-liberale zentralistische System seine Lebenskraft. Den gleichzeitigen Widerstand der Autonomisten und der Klerikal-Feudalen zu überwinden war es zu schwach. Die Ozechen hielten sich dem Reichstage fern; nun erklärten auch die Polen, die klerikalen Tiroler, die Triester, Istrier und Slowenen ihren Austritt. Ein Aufstand in Dalmatien, wenn auch nur veranlaßt durch die beabsichtigte Ausdehnung des Landwehrgesetzes auf dieses Land, erschien unter diesen Umständen wie das den Zerfall der Monarchie ankündigende Geipenst. Nachdem Fürst Auersperg, zum Teil infolge persönlicher

Reibungen mit dem Reichskanzler, schon im April 1869 zurückgetreten war und den Grafen Taaffe zum Nachfolger erhalten hatte, kam es über die Frage, ob die Renitenz der Landtage gegen Beschiebung des Reichsrats durch Einführung direkter Reichsratswahlen unschädlich gemacht werden solle, im Schoße des Ministeriums selbst zum Bruche, und da auch der Versuch, durch eine teilweise Umgestaltung desselben unter Hasners Vorsitz die Verwirrung zu lösen, bald hatte aufgegeben werden müssen, blieb kaum etwas anderes übrig, als zum Föderalismus zu greifen. In diesem Sinne bildete im April 1870 der polnische Graf Potocki ein neues Kabinett. Der Versuch, Cisleithanien unter der Vorherrschaft der Deutschen ebenso zusammenzufassen, wie es mit Transleithanien unter der der Magyaren geschehen, war gescheitert.

---



## Achtes Kapitel.

### Das zweite Kaiserreich vor dem Sturze.

Bei Eröffnung des Gesetzgebenden Körpers am 15. Februar 1865 kündigte Kaiser Napoleon die bevorstehende Rückkehr seiner Truppen aus Mexiko mit den Worten an: „Indem wir den Tempel des Krieges schließen, werden wir stolz auf einen Triumphbogen die Worte schreiben können ‚dem Ruhme der französischen Armeen für die in Europa, Asien, Afrika und Amerika errungenen Siege‘“; und Rouher setzte hinzu: „Wir haben in Mexiko etwas Großes gethan: auf gesetzmäßige Weise in dieses weite Gebiet gerufen, um dort unsere Beschwerden zu rächen, haben wir die Zivilisation, die Ordnung, die Freiheit dahin getragen und in wenigen Jahren wird dieses pazifizierte Land Frankreich segnen und zur Entwicklung seines Handels und seiner Größe beitragen. Noch etliche Monate, und das Ziel, die vollständige Herstellung des Friedens, wird erreicht sein. Die französische Armee darf nicht an unsere Küsten zurückkehren, ohne ihr Werk vollendet und über den letzten Widerstand triumphiert zu haben.“

So sprachen Gebieter und Diener in einem Augenblicke, wo sie über den tiefbeschämenden Ausgang des mexikanischen Abenteuers bereits vollständig unterrichtet waren. Aber keine noch so pomphafte Rhetorik vermochte die Thatsache zu beseitigen, daß die kaiserliche Politik in Mexiko die schwerste, nicht bloß militärische, sondern auch moralische Niederlage erlitten hatte. Die Nation fühlte sich in ihrer Ehre getroffen. Die Opposition trat mit einer seit dem Staatsstreiche nicht mehr dagewesenen Zuversicht und Keckheit auf. Bei der Adressdebatte von 1866 vereinigte sie 63 Stimmen in der Forderung größerer Pressefreiheit; als Rouher den 2. Dezember erwähnte, schleuderte ihm Ernst Picard das Wort zu: „Der 2. Dezember ist ein Verbrechen!“ Mit unbarmherziger Hand riß Thiers vom Budget die das Defizit künstlich verbergende Hülle hinweg, mit einer für französische Ohren unwiderleglichen Schärfe geißelte er die Politik, welche mit gekreuzten Armen der Bergewaltigung Dänemarks zugehauert und die Einheit Italiens geschaffen habe, die zu der Deutschlands führen werde. Auch bei den Municipalwahlen trat allen Gegenanstrengungen zum Troß eine der Regierung feindselige Stimmung zu Tage.

Der Kaiser fing an, sich ernstlich zu beunruhigen. Nur für einen Augenblick konnte die Ernennung des Prinzen Napoleon zum Präsidenten des Geheimen Rats den Glauben erwecken, als beabsichtige er eine liberalere Bahn einzuschlagen; denn als der „rote Prinz“, dessen man sich zu bedienen pflegte, wenn es galt, die demokratische Seite des Kaiserreichs schillern zu lassen, sich in Ajaccio zu einer radikalen Rede vertieg, erhielt er öffentlich die strengste Rüge. Und nun kam der Krieg von 1866. Eben noch hatte Thiers im Gesetzgebenden Körper nachdrücklich hervorgehoben, ein Fundamentalsatz der europäischen Politik habe zu allen Zeiten darin bestanden, Deutschland in seinem bisherigen Zustande, nämlich geteilt in eine bestimmte Zahl nur durch ein Föderativband vereinigter Staaten, zu erhalten; in die deutsche Einheit, selbst um den Preis einer Gebietsvergrößerung willigen, heiße in die Erniedrigung Frankreichs willigen, darum müsse man sich ihr widersetzen im Namen des französischen Interesses und des europäischen Gleichgewichts. Der Kaiser selbst hatte in seinem Briefe vom 11. Juni sein Programm für die zukünftige Gestaltung Deutschlands verkündigt. Und all diese Annahmen schlug der eine Tag von Königgrätz in Scherben. Die Bestürzung über diese unerwartete Wendung war grenzenlos: Napoleon hatte auf die Karte Österreich gesetzt und das Spiel verloren. Er fühlte, daß er etwas thun müsse, um sein schwer getroffenes Ansehen zu heben und zwar sollte dies in dreifacher Richtung geschehen: er wollte durch liberale Reformen im Innern Verzeihung erkaufen für den Mißerfolg seiner auswärtigen Politik; eine Reorganisation der Armee sollte die so plötzlich zu Tage getretene Überlegenheit des preussischen Heeres einholen und ausgleichen, endlich sollte eine Gebietserwerbung gegen Osten den von Anfang an nie aus den Augen verlorenen Grundgedanken seiner Politik verwirklichen und der unruhigen Begehrlichkeit seiner Nation Genüge leisten. Daß er in allen dreien scheiterte, hat den Sturz seiner Herrschaft zur Folge gehabt.

Das Kaiserreich teilte das Schicksal aller Despotien, keine Staatsmänner zu bilden. Man rief vergebens nach einem jüngeren Geschlechte, das etwas zu leisten vermöge. Je augenfälliger der physische Verfall des Kaisers wurde, desto mehr zerfaserte die oberste Leitung der Politik, denn ein durch gleiche Grundsätze zusammengehaltenes Ministerium gab es nicht, da jeder Minister nur das ausführende Werkzeug des der Nation allein verantwortlichen Staatsoberhauptes darstellte. Nicht einmal unter den Anhängern des Kaiserreichs bestand die frühere Einheit mehr; von den wegen ihrer unbedingten Ergebenheit an dasselbe spottweise Mamelucken Genannten trennten sich diejenigen, welche wenigstens eine kleine Abzahlung auf die rückständige Freiheit für geraten hielten. Graf Morny gewann als Präsident des Gesetzgebenden Körpers den Abgeordneten für Paris, Emil Ollivier, für den Gedanken einer Fusion zwischen dem umzugestaltenden Kaiserreiche und denjenigen Liberalen, die bereit waren, das Gute auch aus der Hand einer von ihnen nicht gebilligten Regierung anzunehmen, aber sein baldiger Tod unterbrach diesen



Versuch, eine dynastische Opposition in der Kammer zu bilden, und in Rouhers Hand schrumpften die Reformen, von deren Unerläßlichkeit der Kaiser überzeugt war, zu einer leeren Spiegelfechtereie zusammen. „Die Stunde ist gekommen,“ verkündete er feierlich in einem an diesen Minister gerichteten Schreiben vom 19. Januar 1867, „den Institutionen des Kaiserreichs all die Entfaltung zu geben, welche sie vertragen, und den öffentlichen Freiheiten eine Ausdehnung, ohne die Macht zu gefährden, welche das Land dem Kaiser anvertraut hat.“ Und worin bestanden diese Reformen? Obenan stand die Unterdrückung der Adresse, die in den fünf Jahren ihres Bestehens ihren Zweck nicht erfüllt und nur unnützerweise die öffentliche Meinung aufgeregt habe; sie wurde durch ein weise geregeltes Recht der Interpellation ersetzt, wobei der Gesetzgebende Körper zu wählen hatte zwischen einfacher Abweisung oder einfacher Überweisung an die Regierung. Künftig soll ein Minister durch Spezialbefehl des Kaisers mit der Vertretung der Regierung vor dem Senat und dem Gesetzgebenden Körper beauftragt, auch sollen unverzüglich zwei Gesetze, die Rückkehr der Preßgesetzgebung zum gemeinen Rechte und das Vereinsrecht betreffend, vorgelegt werden. Dem Senate wurde das Recht zugesprochen, nicht bloß wie bisher die Verfassungsmäßigkeit, sondern auch den Wert eines neuen Gesetzes zu prüfen und zu entscheiden, ob es einer nochmaligen Beratung durch die andere Kammer unterzogen werden sollte, die jedoch in diesem Falle erst in der nächsten Session stattfinden dürfe. Das war es, was der Kaiser „die Krönung des durch den Nationalwillen errichteten Gebäudes“ nannte. Um den dadurch hervorgebrachten übeln Eindruck etwas abzuschwächen, befahl er wenigstens noch die Wiederaufrichtung der nach dem Staatsstreich beseitigten Rednerbühne. Es blieb darum nicht weniger als das alleinige Resultat dieser Krönung die allgemeine Überzeugung zurück, daß Geist und Einrichtungen des Kaiserreichs den Bedürfnissen des Landes nicht entsprächen.

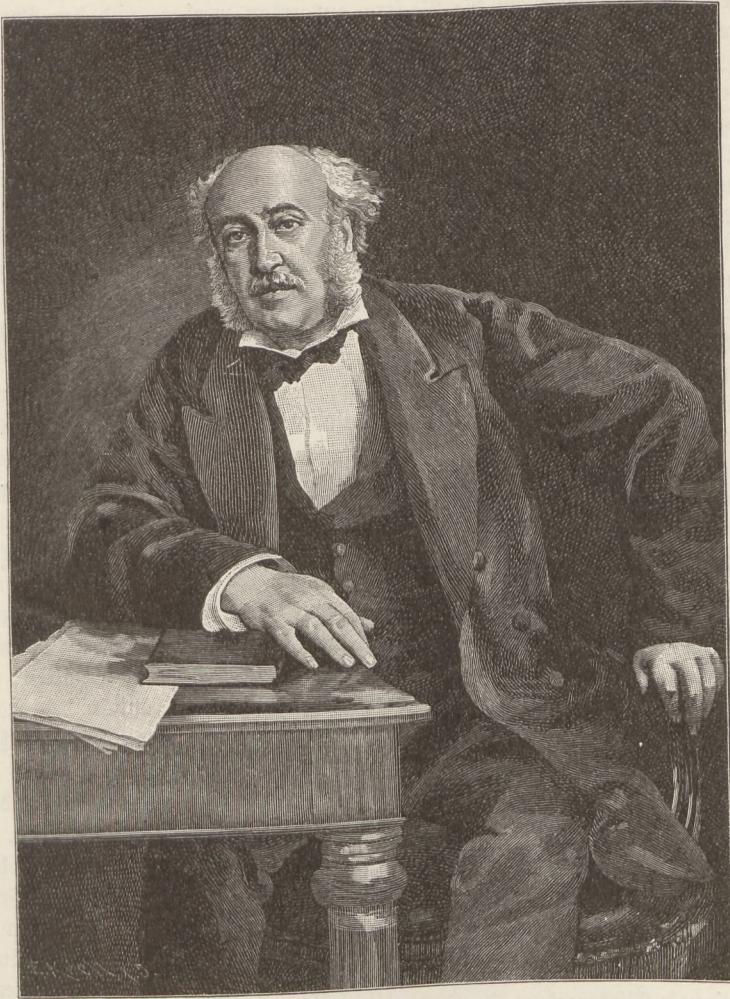
Einen noch viel verhängnisvolleren Ausgang nahmen die Bemühungen des Kaisers um die Reform des französischen Heeres. Hätte nicht schon ihm selbst der Krieg von 1866 die Notwendigkeit derselben vor Augen gestellt, so würden es die Berichte seines Militärattachés in Berlin, des Obersten Stoffel, gethan haben. Denn mit einer an einem Franzosen doppelt hoch zu schätzenden Borurteilslosigkeit wurde dieser ausgezeichnete Offizier nicht müde, die Überlegenheit der preussischen Armee im Vergleich zu der französischen nicht bloß ihrer Organisation, sondern auch ihrem moralischen und intellektuellen Werte nach hervorzuheben und auf die bodenlose Unwissenheit zu scheitern, in der Frankreich in Bezug auf diese Verhältnisse dahinlebe. „Wer weiß,“ schrieb er, „wann die verhängnisvolle Verblendung, mit der Frankreich geschlagen ist, enden wird! — Hüten wir uns, zu glauben, wir würden es in einem ausbrechenden Kriege mit österreichischen Truppen zu thun haben! — Mit Preußen verglichen ist Frankreich, was allgemeine Bildung und Einrichtungen betrifft, um fünfzig Jahre zurück, während es ihm um zwei Jahr-

hundertete voraus ist an Erschlaffung, Habgier, materiellem Genuß und sozialer Auflösung.“ Aber die aufgeblasenen und unwissenden Menschen, welche die Umgebung des Kaisers bildeten, zuckten nur die Achseln über den Pruffomanen, der sich von Bismarck so ganz und gar habe befangen lassen.

Die eine höchst wichtige Vervollkommnung, die Bewaffnung der Infanterie mit dem Chassepotgewehr, gelang dem Kaiser ins Werk zu setzen, bei der anderen, nicht minder notwendigen, der Erhöhung des Heeresbestandes, ließen ihn seine Ratgeber und seine Nation im Stich. Als er zu diesem Zwecke von dem aus hohen Militärs unter seinem persönlichen Vorsitze gebildeten Ausschusse die allgemeine Wehrpflicht und die Errichtung getrennter, selbständiger Armeekorps forderte, stieß er auf hartnäckigen Widerstand. Man dürfe, wurde ihm entgegengehalten, von den Kammern nicht verlangen, was zweifellos verweigert werden würde; denn kein Deputierter würde bereit sein, die Gunft seiner Wähler dadurch zu verschmerzen, daß er für eine solche Mehrbelastung des Volkes stimme. Der Kaiser erfuhr mit Schmerzen, wie viel seine Stimme an Gewicht verloren hatte; er sah sich genötigt, auf seinen Plan zu verzichten und einen anderen zum gleichen Ziele führenden Weg zu suchen. Aber auch der neue von dem Ausschusse angenommene Reorganisationsplan, der die Vermehrung der Feldarmee auf 800 000 Mann und die Errichtung einer mobilen Nationalgarde von 400 000 Mann für den inneren Dienst bezweckte und immer noch dem Lande eine Verdreifachung der bisherigen Militärlast zumutete, wurde bei seiner Veröffentlichung, Dezember 1867, mit einem so allgemeinen Schrei der Entrüstung und der Verwerfung aufgenommen, daß die Regierung sich beeilte, zu erklären, es handle sich ja nur um einen jeder Abänderung offen stehenden Entwurf. Das Bedürfnis der Reform war jedoch ein so zwingendes und unabweisbares, daß Marschall Niel alsbald nach seiner Ernennung zum Kriegsminister im folgenden Jahre darauf zurückkam. Nur hatte auch er eine ganz ähnliche Erfahrung zu machen wie der Kaiser; der Gesetzgebende Körper bestand auf Beibehaltung sowohl der Freilosung als auch des Freikaufs und der Widerwille gegen die allgemeine Wehrpflicht erwies sich bei der Majorität wie bei der Opposition so stark, daß die Regierung in beiden Punkten nachgab. Ein Teil der Opponenten, unter F. Simons Führung, verlangte sogar unter Berufung auf die levée en masse von 1792 die gänzliche Abschaffung des stehenden Heeres und seine Ersetzung durch eine Volkswehr nach Schweizer Muster, und ließ sich auch nicht durch Niels Entgegnung belehren, Frankreich sei damals nicht durch die levée en masse, sondern ihr zum Troß gerettet worden, und die wahre levée en masse sei das preußische System; ein anderer, der Oliviers Fahne folgte, verwarf die Reform, weil sie in ihr die Vorbereitung auf den Revanchekrieg für Sadowa sah und sie diesen nicht wollten. Am übelsten erging es der neuzuschaffenden mobilen Nationalgarde. Kam auch bei ihr das Recht des Loskaufs in Wegfall, so wurde dafür das Recht, sich ihren Übungen zu entziehen, zu einem ganz uneingeschränkten gemacht und Niel hatte die



Schwäche, daren zu willigen, daß keine ihrer Übungen oder Zusammenziehungen den davon Betroffenen eine Ortsanwesenheit von mehr als einem Tage zuzumuten dürfe, sowie daß diese Einziehungen sich nicht öfter als fünfzehnmal



Jules Simon.

Nach dem Gemälde von H. Roll.

im Jahre wiederholen dürften; und so ist diese Bestimmung in das Armeegesetz vom 1. Februar 1868 übergegangen. Ebenso unbarmherzig beschneidet die Kammer die Geldmittel für die Bedürfnisse des Heeres, überdies verlangte sie die weitere Ersparung von einer Million durch stärkere Beurlaubung.

Das freilich erklärte Ziel für ganz undurchführbar, denn es zerrütte den Organismus der Armee und mache im Kriegsfalle die rechtzeitige Mobilisierung unmöglich. Aber die Kammer wußte es besser; sie blieb dabei, es werde schon gehen; ja sie fügte sogar die Forderung hinzu, es sollten noch 3000 Artilleriepferde mehr als bisher an die Bauern ausgethan werden, und der Marschall mußte froh sein, wenigstens deren Verwerfung durchzusetzen.

Nicht darin lag der Hauptschaden, daß das neue Armeegesetz an sich unzweckmäßig und vernunftwidrig war, sondern darin, daß es den Aberglauben erzeugte, mit dieser nichts als eine ganz unmilitärische Anhäufung darstellenden Mobilgarde sei etwas der aus altgedienten Leuten bestehenden preussischen Landwehr Ebenbürtiges geschaffen und Frankreich besitze nun eine Armee, die sich mit der jeder anderen Macht messen könne. Dieser Aberglaube war um so gefährlicher, je heftiger noch der Stachel von Sadowa schmerzte. Daß auf diesem Schlachtfelde Frankreich eine gleich schwere Niederlage erlitten habe wie Osterreich und daß die Verantwortlichkeit für diese Niederlage auf der kaiserlichen Politik laste, das war jedem Franzosen unerschütterliche Überzeugung, und darin lag für Napoleon III. der unausweichliche Antrieb, was ihm dort entgangen, auf andere Weise zu erreichen. Noch zu Nikolsburg wurde sein Botschafter Benedetti verständigt, daß die kaiserliche Regierung Kompensationen für die Vergrößerung Preußens an Frankreichs Ostgrenze fordere und zu deren Erlangung die Mitwirkung des Berliner Kabinetts in Anspruch nehme. Kaum nach Berlin zurückgekehrt, erhielt er aus Paris den Entwurf zu einem geheimen Vertrage zugesendet, um ihn dem Grafen Bismarck vorzulegen. Frankreich sollte danach die ihm 1814 belassenen, jetzt aber zu Preußen gehörigen Gebiete, desgleichen von Bayern und Hessen-Darmstadt deren linksrheinische Besitzungen, diese gegen Entschädigung, erhalten; aufgehoben sollte sein die Verbindung der unter der Souveränität des Königs von Holland stehenden Gebiete mit dem Deutschen Bunde sowie das preussische Befetzungsrecht in der Festung Luxemburg.

Mit diesen Forderungen vollkommen einverstanden, hielt es Benedetti doch bei dem Temperamente des preussischen Ministerpräsidenten für klug, dem ersten Eindruck, den sie auf diesen machen würden, nicht persönlich beizuwohnen. Aber überzeugt, daß man französischerseits in dieser Angelegenheit nur Festigkeit zu zeigen brauche, um des Erfolges sicher zu sein, schickte er ihm am 5. August den Entwurf abgeschrieben zu. Es gehörte eben die leichtgläubige Verblendung der Franzosen dazu, um es für möglich zu halten, daß Preußen die nationale Wieergeburt Deutschlands, die sich unter seiner Führung vollzog, durch die Verschacherung deutschen Landes an Frankreich werde einweihen wollen. Die persönliche Zusammenkunft, die er am Abend des 7. mit Bismarck hatte, hätte genügen sollen, um ihn eines besseren zu belehren. Diese Forderung, erklärte ihm der Minister, sei der Krieg, dem Könige könne man nach so großen Siegen gar nicht mit einem solchen Ansinnen kommen; er bat ihn, seine Note zurückzuziehen, dann solle die ganze Sache als nicht



geschehen betrachtet werden, aber der Botschafter war viel zu fest überzeugt, daß der Bestand der kaiserlichen Dynastie Gefahr laufe, wenn die öffentliche Meinung Frankreichs nicht von Deutschland durch ein derartiges Zugeständnis



General Niel.

beruhigt werde, als daß er diese ihm geöffnete Hinterthür benutzt hätte. Vergebens bat ihn Bismarck, den Kaiser daran zu erinnern, daß ein solcher Krieg unter Umständen ein Krieg mit revolutionären Schlägen werden könne

und daß diesen gegenüber die deutsche Dynastie doch wohl eine größere Festigkeit bewahren würde als die napoleonische; jener blieb dabei: „Wenn Sie sich weigern, so ist das der Krieg“, und Bismarck antwortete: „Gut denn, der Krieg.“ Es lag jedoch keineswegs in der Absicht des preussischen Ministerpräsidenten, diesen Krieg selbst herbeizuführen, im Gegenteil, es geschah im Interesse des Friedens, wenn er es darauf anlegte, den französischen Diplomaten so lange wie möglich die ihnen eigentümlichen Selbsttäuschungen zu lassen, indem er die Angelegenheit, ohne irgend welche Versprechungen zu machen, „dilatatorisch behandelte“. In einer zweiten Unterredung mit Benedetti äußerte er begütigend, wenn auch von irgendwelcher Abtretung deutschen Landes schlechterdings nicht die Rede sein könne, so würden sich doch wohl noch andere Kombinationen zur Befriedigung Frankreichs auffinden lassen. Zu derselben Zeit aber, wo dieser sich zu mündlicher Berichterstattung nach Paris begab, wurde General von Manteuffel plötzlich aus seinem Hauptquartiere nach Berlin berufen und nach Petersburg gesandt, angeblich um Rußlands Mißvergügen über die Vereitelung des Kongresses zu beschwichtigen, in Wahrheit hatte er den Vertragsentwurf vom 5. August in der Tasche.

Was Kaiser Napoleon aus Benedettis Munde über die Lage der Dinge in Deutschland vernahm, machte ihn denn doch stutzig. Er befahl der indiscreten Zeitungsnöthiz über Verhandlungen wegen der Rheingrenze mit aller Entschiedenheit zu widersprechen. „Das wahre Interesse Frankreichs,“ schrieb er einlenkend an seinen Minister Lavalette, „ist nicht, daß wir eine unbedeutende Gebietsvermehrung erhalten, sondern daß wir Deutschland helfen, sich auf eine unseren Interessen wie denen Europas möglichst günstige Weise einzurichten.“ In Berlin wurde zu verstehen gegeben, jener Vertragsentwurf sei dem Kaiser während seiner Krankheit entrisen worden. Am 12. August trat Drouyn de L'Huys, der Hauptvertreter der Kompensationspolitik, von der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten zurück. Damit war aber die Sache noch lange nicht abgethan; einmal gereizt, verlangte die französische Habgier nach Sättigung. Der Kaiser kam jetzt auf eine alte Lieblingsidee zurück. Durch einen Dänen, Namens Hansen, der damals hinter den Kulissen deutschfeindliche Politik trieb, ließ er in Berlin anstatt der nicht zu erlangenden Abtretung des linken Rheinufers dessen Verwandlung in einen neutralen Zwischenstaat unter dem Erbprinzen von Hohenzollern-Sigmaringen vertraulicherweise in Vorschlag bringen; er bekam auch hierauf eine rundweg abschlägliche Antwort. Doch auch diese war nicht im Stande, die nun einmal in Paris herrschende Vertrauensseligkeit zu erschüttern. Kaum auf seinen Posten zurückgekehrt, erhielt Benedetti die Weisung, im tiefsten Geheimnis einen neuen Vertrag vorzulegen (vom 16. August). Je nach den Ansichten, die er vorfinden würde, sollten seine Forderungen drei Phasen durchlaufen: Erstens einen öffentlichen Vertrag über Abtretung von Landau, Saarlouis, Saarbrücken und Luxemburg und einen geheimen, der ein Schutz- und Trugbündnis zwischen beiden Staaten und für Frankreich die Ermächtigung,



Belgien einzuverleiben, enthalte; sei dies nicht erreichbar, so solle er freie Hand haben, auf Saarlouis, Saarbrücken und Landau zu verzichten und den öffentlichen Vertrag auf Luxemburg, den geheimen auf Belgien zu beschränken; endlich solle er, wenn zur Beschwichtigung Englands nötig, in die Neutralisierung Antwerpens willigen. Dies also waren die Forderungen, welche er am 20. August dem Grafen Bismarck vorlegte, und auch ihnen gegenüber blieb dieser seinem bisherigen Verfahren treu. Saarlouis, Saarbrücken und Landau wurden sofort fallen gelassen. Auf seinen Bericht über die preussischerseits erhobenen Einwendungen erhielt hierauf Benedetti einen abgeänderten Vertragsentwurf aus Paris. Dieser lautete: Der König von Preußen verspricht, gegen Anerkennung des Norddeutschen Bundes, Frankreich die Erwerbung von Luxemburg zu erleichtern und den König von Holland zur Abtretung dieses Herzogtums gegen Entschädigung zu bewegen; der Kaiser Napoleon wird sich einer bundesmäßigen Vereinigung der süddeutschen Staaten mit dem Nordbunde nicht widersetzen, welche Vereinigung durch ein gemeinsames Parlament begründet werden kann; seinerseits wird der König von Preußen Frankreich zur Eroberung Belgiens seine Waffenhilfe gewähren und schließt behufs vollständiger Ausführung dieser Bestimmungen mit Frankreich ein Schutz- und Trugbündnis. So unbegrenzt war die Arglosigkeit des französischen Diplomaten, daß er diesen Entwurf, eigenhändig auf das amtliche Papier der Botschaft geschrieben, in Bismarcks Hand zurückließ. Dort sollte er vier Jahre später zu einer furchtbaren Waffe gegen Frankreich werden. Der Kaiser übersendete den Entwurf am 26. August seinem Minister Rouher mit einem Begleitbriefe, der nach dem 4. September 1870 in den Tuileries gefunden wurde. „Gesprächsweise“, schrieb er, „müßte man hinzufügen, daß, da der Deutsche Bund nicht mehr besteht, die gegen Frankreich erbauten Bundesfestungen jedem Staate zu gehören haben, in dem sie liegen, also Luxemburg Frankreich, Preußen Mainz und Saarlouis, Landau Bayern, Rastatt Baden, Ulm Württemberg. Andererseits finde ich, daß Preußen gegen Sachsen viel Chikane übt. Wäre es nicht besser, wenn es das protestantische Sachsen annektierte und den König von Sachsen auf das katholische linke Rheinufer versetzte? Aber alles dies soll nur freundschaftlich angedeutet werden. Der Vertrag muß geheim bleiben. Die luxemburger Frage wird sich schon von selbst Luft machen, sobald die Verhandlungen eingeleitet sind. Sie drängt am meisten. Benedetti kann also vorbehaltlich einiger kleiner Änderungen im Prinzip annehmen.“

Man hatte in Paris die Ankündigung der erhaltenen Kompensationen mit Bestimmtheit für den 15. August, den Napoleonstag, erwartet; sie blieben aber aus. Ein Rundschreiben Lavalettes, der den zu Drouhns Nachfolger ernannten Marquis von Moustier einstweilen vertrat, vom 16. September, mußte beschwichtigen: „Es ist in der neuen Verteilung der europäischen Kräfte nichts, was Frankreich beunruhigen kann. Eine unwiderstehliche Macht drängt die Völker dazu, sich in großen Zusammenballungen zu vereinigen und

dabei die kleineren Staaten verschwinden zu lassen. Der Kaiser sieht das wahre Gleichgewicht in nichts als in den befriedigten Wünschen der europäischen Nationen.“ Jetzt stiegen Benedetti doch zum erstenmale Zweifel an der Willfährigkeit Preußens auf. Um die Dinge reifen zu lassen, ging er auf vierzehn Tage nach Karlsbad, aber auch Bismarck verließ Berlin und begab sich auf sein Gut Varzin, von wo er erst im Dezember zurückkehrte, zu einer entscheidenden Antwort auch dann so wenig wie vorher zu bringen. Auch das Rundschreiben Lavalettes hatte durchaus nicht die gehoffte Beruhigung hervorgebracht. Um so dringender wünschte der Kaiser angesichts des bevorstehenden Zusammentritts der Kammern irgend einen greifbaren Erfolg seiner geheimen Verhandlungen mit Preußen vorlegen zu können. Benedetti mußte also Januar 1867 einen neuen Anlauf nehmen; er unterschied diesmal zweierlei, das Bündnis und das preußische Besatzungsrecht von Luxemburg. Allein Bismarck verschanzte sich hinter die Person des Königs: der sei der Sklave seiner Pflicht und glaube nun einmal, diese verbiete ihm, einen Platz zu räumen, dessen Obhut ihm von Europa übertragen worden sei. Er deutete aber schon jetzt seinen später zur Ausführung gekommenen, den Franzosen freilich sehr wenig mündenden Gedanken an: Verzicht auf das Besatzungsrecht, aber Schleifung der Festung. Um keinen Preis sollte Luxemburg in französische Hände fallen, nur vermied er um des Friedens willen eine schroffe Weigerung, sondern dachte es vielmehr so einzurichten, daß des Kaisers Anspruch auf andere Weise als durch seinen persönlichen Einspruch scheitere. Auch in Bezug auf das Bündnis, versicherte er, liege in dem Charakter des Königs ein unüberwindliches Hindernis; Neutralität sei allenfalls denkbar, Bündnis nicht.

Während aber Benedetti noch immer vertrauensfelig weiter unterhandelte, kamen plötzlich und unerwartet zwei sehr wenig erbauliche Nachrichten nach Paris. Zuerst war schon um diese Zeit der französische Generalkonsul in Frankfurt, Rothan, hinter das Geheimnis der Schutz- und Trugbündnisse mit den Süddeutschen gekommen. Die zweite war die von der Verlobung des belgischen Thronfolgers, des Grafen von Flandern, mit der Prinzessin Marie von Hohenzollern-Sigmaringen. Darüber, daß dieses Verlöbniß der französischen Gier nach Belgien einen Schlagbaum vorlege, war trotz aller Versicherungen Bismarcks, es handle sich dabei um eine reine Familienangelegenheit, keine Täuschung möglich. Voll Unmut mußte sich Kaiser Napoleon gestehen, daß das Bündnis mit Preußen nach dem Entwurfe vom 20. August ebensowenig zu haben sei, wie nach dem vom 5. Aber er betrog sich selbst geistlich, indem er immer neue Entwürfe schmiedete, wie nun wenigstens Luxemburg zu erhaschen sein möchte.

Während französische Sendlinge die Bevölkerung des Großherzogtums bearbeiteten, leitete der Kaiser ohne Aufschub eine Unterhandlung mit dem Könige von Holland unmittelbar ein. Preußen, ließ er ihm versichern, sei mit der Abtretung des Großherzogtums einverstanden, es wünsche sich vor



eine vollendete Thatsache gestellt zu sehen, als das beste Mittel, sich seines Befehlsrechtes ohne Verletzung des deutschen Nationalgefühls zu entledigen. Eine Weigerung des Königs mache einen Krieg zur Beschwichtigung des französischen Nationalgefühls unvermeidlich und leicht werde Holland das erste Opfer desselben werden. Im Haag hatten die preussischen Siege schwere Sorgen erweckt. Die Königin Sophie, eine Württembergerin, zählte zu den heftigsten Preußenfeinden. Aber die unsichere Lage Frankreichs, die Kränklichkeit des Kaisers mit der Aussicht auf eine Regentschaft des Prinzen Napoleon hatten wenig Verlockendes. Man wollte daher vor allem die Zustimmung Preußens schwarz auf weiß sehen. Die ließ sich nun freilich Bismarck durch nichts abgewinnen. Er verwies das französische Kabinett an den in dieser Sache allein zuständigen Landesherren, den König von Holland, beehielt jedoch Preußen in einer milden aber kaum mißzuverstehenden Form sein Veto gegen die Einverleibung des Ländchens in Frankreich vor. Diesem Vorbehalte legte man jedoch in Paris gar keine ernstliche Bedeutung bei; dort redete man sich ein, Preußen werde sich der Einverleibung Luxemburgs schon darum nicht widersetzen, weil sie gar keine Ursache zum Haß, sondern vielmehr ein Mittel der Annäherung für beide Mächte und für Europa ein Beweis ihrer Freundschaft sei. Auch England und Rußland hatten nichts dagegen einzuwenden; nur Beust warnte, um eines so bedenklichen Geschäfts willen Bismarck einen Anlaß zur Anrufung des deutschen Nationalgefühls zu geben. Am 19. März 1867 unterbreitete der französische Gesandte im Haag dem Könige gegen das Versprechen unverbrüchlicher Geheimhaltung den Vorschlag: Verkauf Luxemburgs an Frankreich gegen Garantie des Bestandes der Niederlande; Frankreich bleibe die Sorge überlassen, alles mit Preußen ins Reine zu bringen. Die Antwort des Königs schien das beste zu versprechen.

Und einen Erfolg brauchte die Regierung dringender als je. Denn im Gesetzgebenden Körper fielen die Angriffe der Opposition gegen ihre auswärtige Politik mit erdrückender Wucht auf sie nieder. Thiers war es wieder, der sich zum Wortführer derer machte, welche den Krieg von 1866 und den Zusammenschluß Deutschlands auf das Schuldbuch der kaiserlichen Regierung schrieben. Sei einmal die deutsche Einheit vollendet, prophezeite er, so werde Frankreich von dem ersten Range unter den Mächten zum zweiten und vielleicht zum dritten herabsteigen. Es könne das Geschehene nicht ungeschehen machen, aber es müsse sich England, Oesterreich und den kleineren Staaten nähern und sich für den Kampf vorbereiten. Die Allianz mit England und der Friede mit 1200000 Mann unter den Waffen, das sei das allein Richtige. „Kein einziger Fehler darf mehr gemacht werden!“ Noch heftiger ging J. Favre mit der Regierung ins Gericht, deren Resultate sammt und sonders das Gegenteil von den in dem Briefe vom 11. Juni Enthaltenen seien. „Ist das“, fragte er, „eine eines großen Landes würdige Politik? Ich begreife, wenn man sich in die eigenen Grenzen einschließt, um

nur den großen Interessen der eigenen Nation zu leben, und dem, was draußen vorgeht, mit Lachen zusieht; wenn man aber eine große Rolle spielen will, wenn man den Vermittler macht, Kongresse beruft, Programme aufstellt und diese dann vom Säbel durchhauen sieht und sich vor dem Triumph desselben, was man bekämpft hatte, zur Erde bückt, so ist das nicht französisch.“ Rouher's Verteidigung fiel ungemein lahm aus. Auch er gestand, nach Sadowa „patriotische Beklemmungen“ empfunden zu haben, aber unbefangen betrachtet, enthalte doch die neue Lage für Frankreich keinen Nachteil, sondern sogar einen großen Vorteil. Vorher habe man in dem von Oesterreich beherrschten Deutschen Bunde ein Fünfundsiebzigmillionenreich zu fürchten gehabt, jetzt habe man statt dessen drei Bruchstücke, Norddeutschland, Süddeutschland, Oesterreich. „Ist dem so,“ erwiderte Fabre, „weßhalb denn der Plan eines neuen Armeegesetzes, welches Frankreich 1200 000 geschulte Streiter geben soll? Grausamer konnten wir den Rückschlag von Sadowa nicht empfinden, als durch die angeblich zwingende Notwendigkeit, in irgend welchen verlassenen Überlieferungen der Vergangenheit eine Heeresverfassung zu suchen, die mit dem gegenwärtigen Geiste Frankreichs ganz unvereinbar ist, die es in die Soldatenjacke stecken und aus einer Werkstatt in eine Kaserne verwandeln soll!“ Ein richtigeres Urteil als Rouher bewährte jedenfalls auch Dillivier, indem er unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker ohne Kleinmut und Unruhe ein Werk anzunehmen riet, das nicht gegen Frankreich gerichtet sei, und hinzusetzte: „Herr Garnier Pagès glaubt, was Bismarck geschaffen, werde nicht dauern. Er irrt sich: es wird nicht nur dauern, es wird sich weiter entwickeln; der Tag wird kommen in naher oder ferner Zukunft aber unfehlbar, wo der Südbund und der Nordbund sich nähern und über den Main einander die Hand reichen werden trotz des Prager Friedens.“

Auch aus Berlin kam eine Antwort auf Thiers' Rede, und zwar mit außerordentlicher Pünktlichkeit. Sie bestand in der Veröffentlichung der Schutz- und Trutzbündnisse mit Süddeutschland durch den Preussischen Staatsanzeiger vom 19. März. Damit war Thiers' drohendes „Bis hierher und nicht weiter!“ zu einer leeren Redensart geworden. Der Eindruck dieser Enthüllung ging tief, und die Rückwirkung davon machte sich sogleich im Haag fühlbar; man sah dort mit Schrecken, daß die Beziehungen zwischen Paris und Berlin keineswegs die Herzlichkeit besaßen, welche die französische Diplomatie behauptet hatte. Dringender als je bestand der König auf der Vorverständigung mit Preußen und wünschte, die Abtretung durch die Unterzeichner der Verträge von 1839 geordnet zu sehen. Er stellte in Berlin die direkte Anfrage, was die preussische Regierung dazu sagen würde, wenn er sich der Souveränität über das Großherzogtum entäußere. Allein Preußen lehnte eine direkte Antwort ab, es müsse ihm die Verantwortlichkeit für seine Handlungen selbst überlassen; aber genötigt sich zu äußern, würde es sich vorher versichern, wie die Frage von seinen deutschen Bundesgenossen, von den Unterzeichnern der Verträge von 1839 und von der öffentlichen Meinung in Deutschland aufgefaßt



würde. Diese Antwort nahm der König von Holland als eine Ermütigung. Am 30. März überbrachte der Prinz von Oranien dem Kaiser die Einwilligung seines Vaters. In den Tuilerien galt die Sache damit als abgemacht und der Triumph über Preußen als errungen; es fehlte nur noch die Unterzeichnung.

Da aber liefen am folgenden Abend von Benedetti Telegramme ein, welche eine plötzlich in Berlin eingetretene Wendung meldeten. Angesichts der Aufregung, welche Deutschland ergriff, des Widerstandes, der von der Militärpartei ausging, und der von liberaler Seite bevorstehenden Interpellation verlangte Graf Bismarck Aufschub des Abschlusses; er zeigte sich ungehalten über die Anfrage des Königs der Niederlande in Berlin, die ihm nun nicht mehr gestatte zu versichern, daß Preußen keine Gelegenheit gehabt habe, sich dem Handel zu widersetzen. Am Vormittag des 1. April erschien Benedetti in Bismarcks Wohnung, um ihm seine Glückwünsche zum Geburtstage abzustatten. Zugleich zog er eine Depesche aus der Tasche, um sie dem Bundeskanzler einzuhändigen. Dieser aber, den verhängnisvollen Inhalt ahnend, hielt seine Hand zurück und lud ihn dafür ein, ihn auf dem Wege nach dem Reichstage zu begleiten. Unterwegs eröffnete er ihm, er sei im Begriff eine die Luxemburger Sache betreffende Interpellation Bennigsen's dahin zu beantworten, daß der Regierung darüber nichts weiter bekannt sei als jene Anfrage des Königs von Holland, daß er aber die Überzeugung habe, keine fremde Macht werde die zweifellosen Rechte deutscher Staaten und deutscher Bevölkerungen beeinträchtigen, und daß die Regierung hoffe, alle deutschen Rechte auf dem Wege friedlicher Verhandlung zu wahren; eine solche Antwort könne er aber nicht geben, wenn ihm bekannt wäre, daß ein Vertrag über den Verkauf des Großherzogtums abgeschlossen worden sei, dann müsse er sagen, daß Preußen niemals die Ausführung dieses Vertrages dulden werde, folglich sei dann der Krieg unvermeidlich. „Haben Sie mir also eine Depesche zu übergeben? Ja oder Nein.“ Die Antwort des Botschafters war ein beklemmtes Nein.

Im Reichstage erinnerte Bennigsen bei Begründung der von siebenzig Abgeordneten unterschriebenen Interpellation in schwungvollen Worten an den Charakter Luxemburgs als eines deutschen Landes. „Wenn“, so schloß er seine wiederholt von lebhaftem Beifall unterbrochene Rede, „das Ausland uns bei unserem Werke, eine Verfassung, die eine Grundlage des Rechts und des Friedens bilden soll, für Deutschland zu gründen, stören will, wenn es die noch nicht abgeschlossene Vollendung des Werkes benutzen will zu eigenem ungerechtem Beginnen, dann wird es auf eine Nation stoßen und, wie wir nicht zweifeln, auch auf Regierungen, die allen derartigen Versuchen mit der äußersten Entschlossenheit entgegentreten.“ Bismarcks Antwort lautete in der angekündigten Weise so maßvoll wie fest. Am 3. erklärte das Berliner Kabinett im Haag, angesichts des Aufruhrs der öffentlichen Meinung in Deutschland sehe es sich gezwungen, die Abtretung Luxemburgs an Frankreich als Kriegsfall zu betrachten. Dieser Schritt ließ dem Könige von Holland

den Rückzug offen, indem er aus Furcht, einen Kriegsfall mit Preußen zu schaffen, von dem Handel zurücktrat; und diesen Ausweg ergriff er auch. Der französische Gesandte erhielt den Bescheid: der König habe bei seiner Zusage vorausgesetzt, Preußen sei einverstanden, wie ihm dies auch französischerseits beständig versichert worden, statt dessen drohe jetzt Preußen mit Krieg; unter diesen Umständen könne von der Abtretung Luxemburgs nicht mehr die Rede sein.

Es war der erste Fall, wo die öffentliche Meinung Deutschlands in einer großen politischen Angelegenheit als eine Macht entscheidend mitsprach. Kaiser



R. von Bennigsen.

Nach dem Stiche von Weger; Original: Photographie.

Napoleon war außer sich. In der ersten Aufwallung wollte er lieber den Krieg als die Beute, die er schon sicher in den Händen zu haben gemeint, wieder fahren lassen. Auch in Berlin wurde schon die Mobilmachung erwogen. Aber wenn jenem die Anschlagfertigkeit seines Heeres die Hände band, so war es hier die Gewissenhaftigkeit des Königs Wilhelm, der um eines so geringfügigen Gegenstandes und eines doch nicht über jeden Zweifel erhabenen Rechtes willen nicht die schwere Verantwortlichkeit auf sich nehmen und das Blut seiner Unterthanen opfern mochte. Bismarck bat, ihm noch vier Tage Zeit zu lassen, und innerhalb dieser brachte er einen Ausgleich zu stande. In Frankreich verstärkte auch der Umstand, daß man vor Eröffnung



einer neuen Weltausstellung stand, und der Kaiser diese nicht durch einen Krieg gefährden wollte, die friedliche Strömung. Ein Rundschreiben Moustiers vom 15. April an die Vertreter Frankreichs im Auslande versicherte, der Kaiser wolle Preußen weder beunruhigen noch beleidigen, noch aus der Abtretung Luxemburgs eine Kriegsfrage machen. Fänden die Mächte ein anderes Mittel, Frankreichs Grenze zu sichern, so werde er es prüfen, er wünsche nichts als die Zurückziehung der preussischen Besatzung. Von Kompensationen war also gar nicht mehr die Rede. Auch Beust versuchte sich an der Lösung der Streitfrage. Wie tief auch sein Haß gegen Preußen war, so lag es doch zu sehr auf der Hand, daß Österreich augenblicklich zu jedem Kriege unfähig sei. Ihm zufolge sollte Luxemburg entweder dem Könige von Holland gelassen oder an Belgien gegeben werden, das dann dafür etliche Grenzstriche an Frankreich abtreten sollte, in beiden Fällen würde Preußen die Festung räumen; aber keiner der Beteiligten fand das nach seinem Geschmack. Mit besserem Erfolge brachte eine zu diesem Zwecke zusammengetretene Diplomatenkonferenz am 11. Mai auf Rußlands Vorschlag unter Abänderung der Verträge von 1839 einen neuen auf Grund der Neutralisierung Luxemburgs unter der Garantie der Vertragsmächte zu stande: Die Festung wird geschleift und Preußen zieht seine Besatzung zurück. Um diese neue Neutralität mit der denkbar festesten Schutzmauer zu umgeben, wurde die Garantie dafür auf Antrag Preußens als eine Kollektivgarantie bezeichnet. Wie groß aber war das Erstaunen, als die englische Regierung fast unmittelbar darauf ihre in dem Vertrage übernommene Verpflichtung ableugnete, indem Lord Derby im Parlamente erklärte: wenn Luxemburg durch Frankreich oder durch Preußen angegriffen würde, so sei keine der anderen Vertragsmächte zur Verteidigung seiner Neutralität verpflichtet; denn diese müsse ja nur kollektiv von allen geleistet werden, folglich sei keine vereinzelt verpflichtet, für die übrigen Garanten in Waffen einzustehen. Eine Auslegung, welche die ganze Garantie illusorisch machte.

Dieser Austrag des Streites um Luxemburg hatte eine Thatsache konstatiert, auf welche zuerst Moltke im Norddeutschen Reichstage hinwies: Es hatte sich im Herzen von Europa eine Macht gebildet, die, ohne selbst eine erobernde zu sein, so stark war, daß sie ihren Nachbarn den Krieg verbieten konnte. Die französische Eigenliebe mochte sich diesen Ausgang als einen Sieg anschreiben; nur war dieser ein so winziger, daß er eher einer Niederlage glich. Immerhin gestattete er der zweiten Pariser Weltausstellung ungestört ihre Pracht zu entfalten, aller Welt und namentlich dem eigenen Volke zum Beweis, daß das kaiserliche Frankreich doch allen anderen Ländern überlegen sei. Selbstgefällig brüstete sich das mit einem Aufwande von zehn Millionen umgestaltete aber doch unschöne, nicht einen Fortschritt der Architektur aufweisende, nur durch das Raffinement alles Sinnengenußes einzige Paris vor den Augen der fremden Besucher. Es sah bei dieser Gelegenheit fast alle Herrscher und Prinzen Europas in seinen Mauern; unter diesen waren

es der König Wilhelm von Preußen und der Kaiser Alexander II. von Rußland, welche die meiste Aufmerksamkeit erregten. Nur war die Befräftigung der Freundschaft zwischen beiden Herrschern, die Napoleons Wünsche zuwider in ihrer gleichzeitigen Anwesenheit zum Ausdruck kam, den Franzosen sehr unbequem, und die Ungezogenheit der Polen, welche den Zaren mit dem Rufe *Vive la Pologne* verfolgten, das Attentat des Polen Berezowski, der am 6. Juni bei einer großen Parade zwei Schüsse auf ihn abfeuerte, vereitelten vollends Napoleons Versuche, ihn auf Frankreichs Seite herüberzuziehen. Mißgestimmt verließ Kaiser Alexander Paris und die unverholene Sympathie, welche das französische Publikum dem Attentäter widmete, war jedenfalls ein schlecht gewähltes Mittel, um ihn anderen Sinnes zu machen.

Um so geflüffentlicher warb Napoleon um die Freundschaft Osterreichs, der Macht, welche der gleiche Wunsch nach Rache für Königgrätz naturgemäß mit Frankreich zu verknüpfen schien. Denn wie feierlich auch Beust beteuern mochte, daß er mit dem Eintritt in den österreichischen Staatsdienst sich ein für allemal von seiner politischen Vergangenheit losgesagt habe, so bewies doch jede seiner Handlungen, daß der Haß gegen Preußen und das neue Deutschland ihn unvermindert beherrschte und leitete. So schon, als während des Streites um Luxemburg der bairische Ministerpräsident Fürst Hohenlohe, überzeugt, daß die süddeutschen Staaten bei dem bloßen Bündnis mit dem Nordbunde nicht lange würden stehen bleiben können, den Gedanken anregte, zunächst die ersteren unter sich zu einem möglichst starken und festen Bunde zu vereinigen, dann aber zwischen beiden Föderationen zur Wahrung der nationalen Interessen einen neudeutschen Staatenbund zu errichten, der behufs wechselseitiger Anlehnung und Rückendeckung mit Osterreich in eine völkerrechtliche Allianz treten sollte. Bismarck billigte den ihm durch den Grafen Tauffkirchen vorgelegten Plan, der seinen eigenen Anschauungen vollkommen entsprach, er war bereit, Osterreich das zu gewähren, was früher der Deutsche Bund ihm gewährt hatte, innere und äußere Sicherheit, wozu möglichst unter Zuziehung Rußlands, „vor dem seine Karten offen liegen mußten.“ Der österreichische Reichskanzler dagegen wies diese Annäherung zurück, nicht ohne Bitterkeit über die Schutz- und Trutzbündnisse, in denen er einen Bruch des Prager Friedens, begangen noch vor Unterzeichnung desselben, sah.

War diese Abweisung begreiflich aus der noch zu frisch blutenden Wunde des Besiegten, so ging doch die dem hannoverschen Hofe zu Hiebing gewährte Freiheit der Machinationen weit über das Maß einer dem Unglück erwiesenen Gattfreundschaft hinaus. Bedenklicher als die herausfordernden Kundgebungen, zu denen die silberne Hochzeit des Königs Georg benutzt wurde, gestaltete sich die echt welfische Hartnäckigkeit, mit der der leiblich und geistig blinde Fürst „nur das eine Ziel verfolgte, unter Gottes gnädigem Beistand und Segen ein großes und mächtiges Welfenreich wieder herzustellen, seinen Thron wieder aufzurichten und als König in alter Selbständigkeit und Unabhängigkeit zu seinem Volke heimzukehren, überdies aber auch Thron und Reich mit



eigenen Waffen als Verbündeter Frankreichs und Österreichs wiederzuerobern.“ Als der Krieg wegen Luxemburgs auszubrechen drohte, schien der Zeitpunkt gekommen, um von der geheimen Agitation, deren Fäden in Hiesig zusammenliefen, zur That überzugehen. Dem Kaiser Napoleon wurde der vollständig ausgearbeitete Plan zu einer von einer geheimen Nationalregierung geleiteten und im Anschluß an die Franzosen zu bewerkstelligenden Volkserhebung in Hannover unterbreitet. Zahlreiche entlassene Soldaten und andere Waffenfähige begaben sich aus Hannover nach Holland, um den Stamm einer Welfenlegion zu bilden, welche an der Seite der Franzosen den Entthronten zurückführen sollte, und selbst nach der friedlichen Beilegung des Streites wurde die Legion in Hoffnung auf einen aus anderem Anlaß ausbrechenden Krieg zusammengehalten; nur wendete sie sich, aus Holland ausgewiesen, nach der Schweiz und von da, mit österreichischen Pässen versehen, nach Frankreich. Die straflose Rückkehr, die König Wilhelm den Freigeleiteten bot, blieb unbenutzt; in Paris wurde auf Kosten des Königs Georg ein Blatt, „La Situation“, ausschließlich zu dem Zwecke gegründet, um zum Krieg gegen Preußen zu hegen, und auf Bismarcks Reklamationen verfügte die französische Regierung nur die Trennung der Mannschaften von ihren Offizieren und ihre Verteilung an verschiedene Orte. Schließlich gingen dem Könige doch die Mittel aus. Die Legionäre wurden mit 400 Francs abgefunden, um sich in Amerika eine neue Existenz zu gründen, der dem größten Elende preisgegebenen Offiziere nahm sich König Wilhelm aufs hochherzigste an, indem er jedem eine Pension von 1200 Thalern bewilligte. Der straflos gebliebene Trotz des Welfen steckte auch den Kurfürsten von Hessen an; er sagte sich von dem mit Preußen geschlossenen Verträge förmlich los und sprach davon, „den Schild Hessens wieder aufzurichten.“ Es war hohe Zeit, zu verhüten, daß nicht aus diesen Umtrieben eine Gefährdung des Friedens erwachse. Die preußische Regierung belegte am 2. März 1868 das Vermögen beider Fürsten mit Beschlagnahme; die Verfügung über die Zinsen wurde ihr unter Genehmigung des Landtags zur Verfügung gestellt, um Maßregeln zur Abwehr zu treffen, namentlich um, nach Bismarcks Ausdruck, „die bössartigen Reptilien zu verfolgen bis in ihre Höhlen.“ Das war die Entstehung des sogenannten „Reptilienfonds.“

Das geschwächte, vollauf mit seinem inneren Umbau beschäftigte Österreich in einen neuen unbedachten Krieg mit Preußen zu stürzen, verbot dem Grafen Beust die einfachste Klugheit. Wohl aber ging sein ganzes Bestreben darauf hinaus, den Tag der Rache vorzubereiten und zu diesem Zwecke eine möglichst enge Verbindung mit Frankreich zu knüpfen. Kaiser Franz Josef stand eben im Begriff, gleichfalls zur Weltausstellung nach Paris zu reisen, als die Kunde von der Hinrichtung seines Bruders dazwischentrat. Dafür stattete das französische Kaiserpaar dem österreichischen, August 1867, in Salzburg seinen Kondolenzbesuch ab. Die besten Kräfte des Wiener Burgtheaters waren entboten, um dabei für Vinderung der Trauer zu sorgen; aber das Erscheinen

der Minister Beust und Andrássy in Begleitung des Kaisers von Österreich deutete auf einen politischen Zweck. In der That war dieser auch die Hauptsache. Das Einverständnis zwischen den beiden Herrschern würde sich noch enger geschlossen haben, hätte nicht Graf Andrássy jedes Eingehen auf die Lockungen Napoleons zu einem gemeinsamen feindlichen Vorgehen gegen Deutschland hintertrieben durch den Hinweis nicht bloß auf das unbedingte Friedensbedürfnis der Monarchie, sondern ganz besonders auch auf die unbedingte Abneigung der Ungarn gegen jeden derartigen Versuch, eine Abneigung, die sich in noch viel stärkerem Maße bei dem gesamten deutschösterreich kundgab. Man sah sich durch diesen Einspruch genötigt, an die Spitze der getroffenen Vereinbarung den negativen Satz zu stellen: die genaue Beobachtung des Prager Friedens sei zwar eine gemeinsame Aufgabe, doch habe man beiderseits eine Einmischung in die deutschen Angelegenheiten zu vermeiden; das positive Feld für die neugeschlossene Intimität verlegte man in den Orient. Falls die Russen, wurde ausgemacht, abermals den Pruth überschreiten sollten, so würde Österreich ohne weiteres die Walachei besetzen und dabei die Unterstützung Frankreichs haben; in Bezug auf den in Kreta ausgebrochenen Aufstand solle dahin gewirkt werden, daß von seiten der Pforte ein weniger hartes Verfahren eingeschlagen werde.

Die Beunruhigung, welche die Salzburger Zusammenkunft in Frankreich hervorrief, veranlaßte den Kaiser Napoleon, auf einer Reise durch den Norden dem Maire von Arras beschwichtigend zu antworten: „Sie thun recht, Vertrauen in die Zukunft zu haben, nur schwache Regierungen suchen in auswärtigen Verwickelungen eine Ablenkung für die Verlegenheiten im Innern. Aber wer seine Stärke in der Masse der Nation schöpft, braucht nur seine Pflicht zu thun, die dauernden Interessen des Landes zu befriedigen und immer die nationale Fahne hochzuhalten, ohne sich zu unzeitgemäßen Unternehmungen, wie patriotisch sie auch sein mögen, fortreißen zu lassen.“ Unmittelbar darauf jedoch, in Villedieu, gedachte er der den Horizont verdunkelnden schwarzen Punkte, der erlittenen Unfälle, durch die jedoch weder er selbst noch Frankreich sich würden entmutigen lassen. Bismarck aber sprach auf Grund der ihm von österreichischer und französischer Seite über die Salzburger Zusammenkunft zugegangenen Mitteilungen in einem Rundschreiben an die Vertreter Preußens vom 7. September seine Befriedigung aus, daß dort die inneren Angelegenheiten Deutschlands nicht in der Weise, wie die ersten Nachrichten es voraussetzen ließen, Gegenstand der Besprechung gewesen seien. „Es ist dies,“ fügte er hinzu, „um so erfreulicher, da die Aufnahme, welche jene Nachrichten und Voraussetzungen in ganz Deutschland fanden, von neuem gezeigt hat, wie wenig das deutsche Nationalgefühl den Gedanken erträgt, die Entwicklung der Angelegenheiten der deutschen Nation unter die Vormundschaft fremder Einmischung gestellt oder nach anderen Rücksichten geleitet zu sehen als nach den durch die nationalen Interessen Deutschlands gebotenen.“ Der Norddeutsche Reichstag gab dieser Politik die freundige Zustimmung in einer



Adresse, welche sein Präsident Simson dem Könige auf die Burg Hohenzollern überbrachte. Wenn aber auch der jubelnde Empfang, den der preussische Herrscher fast allerorten auf seiner Reise durch Süddeutschland fand, die Begegnungen mit seinen Bundesgenossen jenseits des Rheins und selbst die Zusammenkunft, die er am 22. Oktober in Doss bei Baden-Baden mit dem zum Gegenbesuche nach Paris reisenden Kaiser Franz Josef hatte, gewichtige Bürgschaften für die Befestigung der inneren Zustände Deutschlands und damit für die des Friedens boten, so schien dieser dafür von Italien her mit einer neuen ernstlichen Störung bedroht.

Am 11. Dezember 1866 war auf Grund des Septembervertrags allen Gegenbemühungen der Alerikalen zum Troß der Abzug der Franzosen aus Rom erfolgt. Die kaiserliche Regierung versäumte nicht, der italienischen die für diesen Fall übernommenen Verpflichtungen ins Gedächtnis zu rufen, aber sie selbst war die erste, welche den Vertrag verletzte. Denn die mit ihrer Bewilligung von der päpstlichen Regierung in Antibes angeworbene, aus Franzosen bestehende, von französischen Offizieren befehligte Legion war thätlich nichts als die Verkleidung einer in Rom verbleibenden französischen Besatzung, und auch der letzte Zweifel, daß dem so sei, mußte schwinden, als im folgenden Juli General Dumont nach Rom geschickt wurde, angeblich nur, um die durch Desertion völlig zerrüttete Legion zu reorganisieren, in Wahrheit, um den Oberbefehl über sie zu übernehmen. Je gewissenhafter das Kabinett von Florenz trotz des immer lauter werdenden Rufes nach Rom als der Hauptstadt Italiens den Septembervertrag beobachtet hatte, desto lebhaftere Vorstellungen erhob es gegen diese Verletzung desselben. Bald jedoch änderte sich die Sachlage. Ricajoli mußte, nachdem sein Plan, die zerrütteten Finanzen des jungen Königreichs durch teilweise Einziehung der Kirchengüter unter Einvernehmen mit der Kurie zu ordnen, fehlgeschlagen, zurücktreten und einem von Rattazzi aus der Linken gebildeten Ministerium (11. April 1867) Platz machen. Diesen Augenblick glaubte der alte Nationalheld Garibaldi benutzen zu müssen, um den unlösbaren Knoten mit dem Schwerte zu durchhauen. Er kam eben aus Genf von dem Kongreß der Friedensfreunde, der ihn zu seinem Ehrenpräsidenten ernannt hatte, zurück, voll langangesammeltem Groll gegen Papst- und Pfaffenhum. Aber auch Rattazzi blieb seiner Verpflichtungen eingedenk. Er ließ die römische Grenze von 40 000 Mann bewachen, und als Garibaldi erschien, um sich an die Spitze der Bewegung zu stellen, wurde er verhaftet und nach seiner Ziegeninsel zurückgebracht. Sein Sohn Menotti fand jedoch mit etlichen hundert Mann den Weg ins römische Gebiet. Die Insurrektion gewann Boden, um so ungestörter, da Rattazzi seine Entlassung nahm und es mehrere Tage in Florenz keine Regierung gab. Garibaldi täuschte die Aufmerksamkeit seiner Wächter und stellte sich an die Spitze der Freischärler, in Rom selbst brach der Aufstand aus, die Lage des Papstes wurde bedenklich. Napoleon schwankte lange, was er thun sollte. Denn eine thätige Partei-

nahme für den Papst mußte ihm Italien entfremden, dessen er doch für seine Zukunftspläne nicht entraten mochte; aber seine Gemahlin bestand auf sofortiger Intervention. Ein französisches Korps unter General Failly erschien, gerade rechtzeitig, um am 30. Oktober bei Mentana die Niederlage der Päpstlichen abzuwenden und die Freischärler zur Waffenstreckung zu zwingen. „Die Chassepots haben Wunder gethan,“ telegraphierte der General nach Paris, und zum zweitenmale wurde das päpstliche Regiment in Rom durch eine französische Besatzung aufrecht erhalten.

Die Verlegenheiten war freilich Napoleon dadurch nicht los geworden. Zwar genoß er die Genugthuung, daß Thiers diesmal sich zum Verteidiger der kaiserlichen Politik aufwarf, weil der Freidenker von ehemals die Einheit Italiens noch ärger haßte als die weltliche Macht des Papstes, daß, als Rouher seine Verteidigung der römischen Expedition, die ebenso gegen die Revolutionäre im Innern wie auswärts gewesen sei, mit der feierlichen Erklärung schloß: „Niemals wird Italien nach Rom gehen, niemals!“ daß da die ganze Rechte sich erhob und einstimmte: „Nein, niemals!“ Allein wenn der Kaiser damit die Ultramontanen für den Augenblick versöhnt hatte, so grollten ihm dafür die Liberalen um so heftiger und die Wiederbesetzung Roms ließ neue auswärtige Verwickelungen voraussehen. Am liebsten hätte er die Ordnung der römischen Frage, wie in ähnlichen Fällen, einem Kongreß zugeschoben. Er erließ die Einladungen dazu bemerkenswerterweise auch an die einzelnen deutschen Staaten, und hierbei geschah es, daß der Hessen-Darmstädter von Dalwigk sich wegen der unanständigen Gast, mit der er angenommen, von Bismarck eine sehr scharfe Rüge zuzog, während Sachsen durchaus korrekt die Einladung an den Norddeutschen Bund verwiesen hatte. Die Ablehnung der drei nichtkatholischen Großmächte, begründet durch den Mangel jeder Basis für eine Verständigung, ließ auch diesmal den Gedanken nicht zur Ausführung kommen.

Das Jahr 1867 schloß unter wenig günstigen Aspekten für das Kaiserreich. Scheinbar bewahrte es wohl noch sein glänzendes Aussehen, aber dem aufmerksamen Beobachter entgingen schon nicht mehr die Todeskeime, die es in sich trug. Die Aufeinanderfolge von Fehlschlägen, die Isolierung nach außen, das Mißbehagen im Innern hatten der Reputation des Kaisers als eines politischen Genies, die man ihm früher so willig zugestand, schwere Wunden geschlagen. Die Leitung der Ereignisse entschlüpfte ihm, er war nicht mehr wie früher der Austeiler von Krieg und Frieden. Alter und Krankheit machten ihm immer mehr das Bedürfnis nach Ruhe fühlbar, seine Unbeweglichkeit und Schweigsamkeit nahmen zu; seiner Gemahlin gegenüber versagte ihm mehr und mehr die Kraft des Widerstandes, er fürchtete ihre Heftigkeit und gab ihr nach mehr wie einer Verfolgerin als einer klugen und wohlmeinenden Beraterin. Erschreckend war die geistige Ode, die sich über das Kaiserreich lagerte. Napoleon selbst hatte unter Beihilfe mehrerer Gelehrten ein Leben des Julius Cäsar verfaßt und sich darin der Welt als



den Neffen des neuen Cäsar vorgestellt, als den Oktavianus Augustus, der die Ära der Revolutionen und Bürgerkriege geschlossen und die dauernde Alleinherrschaft begründet habe. Aber das Jahrhundert der Virgile und Horaze, welches seine Dohnschreiber unter seinem Zepter verkündigt hatten, wollte sich nicht einstellen. Alle Versuche des Kaisers, die Litteratur an sich zu fesseln, schlugen fehl; zwischen einer Regierung, die das politische Leben ertötete, und dem Schriftstellertum, das, wie in Frankreich stets, einen großen Teil seiner geistigen Kraft aus der Politik sog, gähnte eine tiefe Kluft. Die geistreichen Frauen, die früher der französischen Gesellschaft einen so unnachahmlichen Reiz verliehen, waren ausgestorben. Der Roman, der unter der Zulimonarchie seinen höchsten Glanz ausgestrahlt hatte, geriet auf die abschüssige Bahn des Realismus oder er verlegte sich auf die Satire, und die blasierte Gesellschaft fand ein Vergnügen daran, sich von dieser ihre Laster vorwerfen zu hören. Aber die Satire wurde persönlich. In Rogeards Les propos de Labienus richtete sie sich gegen den Kaiser selbst: mit beispielloser Frechheit schwang Rochefort ihre Geißel in seinem Blatte „die Laterne“ gegen alles, was zum Kaiserreiche hielt. Das Blatt fand reißenden Abiaz. Verurteilt flüchtete es sein Herausgeber nach Brüssel, von wo es massenhaft in Frankreich verbreitet wurde. Selbst die geschichtlichen Arbeiten dieser Epoche, wie E. Renans das größte Aufsehen machendes Leben Jesu, entstammen einer dem Kaiserreiche entgegengesetzten Strömung; E. Tenots Historische Studie über den Staatsstreich, Paris im Dezember 1851, wundete es tiefer als die giftigsten Bisse der Laterne.

Unter solchen Einflüssen verschlechterte sich die politische Stimmung zunehmend. Die republikanische Partei gab wieder Lebenszeichen. Der junge Godefroy Cavaignac, der Sohn des Generals, wurde der Held des Tages, weil er sich geweigert hatte, in Gegenwart des kaiserlichen Prinzen eine Prämie aus der Hand des Ministers Duruy anzunehmen. Zum Allerseelentage wurde am Grabe des am 3. Dezember 1851 erschossenen Volksvertreters Baudin eine republikanische Demonstration in Szene gesetzt; mehrere Blätter eröffneten eine Subskription zur Schmückung seines Grabes und alle Gegner des Kaiserreichs drängten sich, recht ostensibel zu unterzeichnen. Der deshalb gegen diese Blätter angestrengte Prozeß gab der demokratischen Partei die schönste Gelegenheit, den Staatsstreich und seine Urheber an den Pranger zu stellen. Den glänzendsten Triumph trug ein junger Advokat namens Leon Gambetta durch die leidenschaftliche Glut, mit der er seine Klienten verteidigte, davon. Diese kamen mit leichten Strafen davon; nur eine wirkliche Verurteilung gab es in diesem Prozeß, und das war die der Regierung. Gambetta aber war von diesem Tage an ein berühmter Mann. Zu alledem kam die höchst unbefriedigende Finanzlage, welche die 1865 gefaßte Hoffnung auf Herstellung des Gleichgewichts im Budget vollständig täuschte; zur Deckung nur der allernötigsten Bedürfnisse wurde eine Anleihe von 700 Millionen nötig und Thiers rechnete der Regierung vor, daß sie seit Aufrichtung des

Kaiserreichs jährlich ein Defizit von 260 bis 270 Millionen gehabt habe und, um dieses zu verdecken, genötigt gewesen sei, sich vier Milliarden zu verschaffen; als die beiden Hauptursachen dieses beklagenswerten Zustandes bezichtigte er die falsche Politik der Regierung und die Machtlosigkeit der Kammer, „ihr die Wahrheiten zu hören zu geben, die eine Regierung erschüttern können, wenn man sie ausspricht, die sie aber zerstören, wenn man sie nicht sagt.“

Die Mißstimmung, welche das Land ergriffen hatte, fand ihren Ausdruck in den allgemeinen Wahlen von 1869. Obgleich auch diesmal wieder der schon so oft gemachte Versuch, sämtliche liberale Parteien zum Kampfe gegen die offiziellen Kandidaten zu vereinigen, scheiterte, so war doch die Zahl der auf die Kandidaten der Opposition gefallenen Stimmen im Vergleich zu den letzten Wahlen bedeutend gewachsen und in der Kammer hatte sie gegen hundert Sitze erobert. Der erste Eindruck, den dieser Ausfall in den Tuilerien machte, war, daß nun weniger als je von einer Erweiterung der Freiheiten die Rede sein könne. Als aber sofort nach dem Zusammentritt der Kammern die Mittelpartei sich ebenfalls zum Kampfe gegen die Regierung rüstete, als sie den Antrag auf Vermehrung der konstitutionellen Rechte stellte, diesen dann sogar auf Einführung der Ministerverantwortlichkeit erweiterte und dafür ausschließlich aus ihren eigenen Reihen 116 Unterschriften fand, da führte die Bestürzung über die Gefahr, es könnte aus der Vereinigung der Linken mit der Mittelpartei eine oppositionelle Mehrheit werden, zu dem entgegengesetzten Entschlusse. Eine kaiserliche Botschaft vom 12. Juli verließ zwar nicht die Verantwortlichkeit der Minister, wohl aber dem Gesetzgebenden Körper das Recht, sein inneres Reglement selbst zu machen, sein Bureau selbst zu wählen, Änderungen an den Handelsverträgen und wenigstens kapitelweise das Budget zu votieren. Weitere Zugeständnisse wurden in Aussicht gestellt. Die Mehrzahl der Minister gab ihre Entlassung, das Staatsministerium wurde aufgehoben. Der „Bizetkaiser“ Rouher zog sich auf die einträgliche Sinekure der Senatspräsidentschaft zurück. Ein Senatskonsult vom 8. September bestätigte die eingetretenen Verfassungsveränderungen. Paris dankte für diese Gewährungen damit, daß es bei den Nachwahlen den amnestierten Rochefort, den Götzen der hauptstädtischen Demokratie, gegen Carnot wählte; auch die übrigen Pariser Wahlen fielen sämtlich republikanisch aus.

Das Kaiserreich war in eine schwere Krise eingetreten. „Und nun, Sire“, hatte dem Kaiser einer seiner Getreuesten, Persigny, schon im Dezember 1867 mit Bezug auf die Kammerdebatte über die römische Frage geschrieben, „bin ich mit diesem Gegenstande fertig, denn, ich gestehe es, es fehlt mir die Freiheit des Geistes, um untergeordnete Dinge zu behandeln, angesichts der schweren Fragen, die sich heute erheben, wo das Kaiserreich nach allen Seiten zu wanken scheint, wo der unversöhnliche Kampf, den Diejenigen gegen Sie führen, welche unter dem Vorwande, das parlamentarische Regime aufzurichten, Ihr Verderben geschworen haben, von einem Erfolge zum andern fortschreitet,





Gambetta.

Nach dem Gemälde von G. P. H. Graft.

wo endlich jeder oratorische Sieg Ihrer Minister eine Niederlage für Ew. Majestät ist. Ich habe die letzten Debatten gesehen, auf der einen Seite den bittersten Haß und noch etwas mehr als Haß, was sich gegen Sie und gegen Sie allein richtet, und auf der anderen Ihre Regierung, die, vielleicht gezwungen durch die Sachlage, sich vor Ihren Feinden beugt und plötzlich die seit vierzehn Jahren befolgte Politik preis giebt; muß man sich da zwischen dem, was nicht mehr das Empire ist, und dem, was noch nicht das parlamentarische Regime ist, wundern über die öffentliche Zerrüttung und die Verwirrung der Geister? Sire, das Kaiserreich wankt auf allen Seiten; wozu Verbesserungspläne machen für ein Haus, welches brennt?"

Die Restauration und die Julimonarchie hatten die unteren Klassen durch hohen Zensus ganz von den Wahlen ausgeschlossen, die zweite Republik hinterließ nur die verhängnisvolle Erbschaft des allgemeinen Wahlrechts, welches dann Ludwig Napoleon mißbrauchte, um auf die Angst der Besitzenden vor der Anarchie seinen Absolutismus zu gründen. Im Gefühl, eine parlamentarische Diskussion nicht ertragen zu können, kehrte die kaiserliche Regierung wesentlich die auswärtige Politik hervor, gegen alles parlamentarische Wesen trug sie eine unbegrenzte Geringschätzung zur Schau; als aber die auswärtigen Mißerfolge sie nötigten, die Zügel im Innern zu lockern, sah sie sich in einen Zustand versetzt, der alle Nachteile des parlamentarischen Regimes besaß ohne dessen Vorteil, nämlich die Teilung der Verantwortlichkeit mit einer Volksvertretung. Seit 1863 hatte jede neue Wahl eine neue Erschütterung der kaiserlichen Allmacht zur Folge gehabt, jedes Zugeständnis, welches dem wiedererwachten öffentlichen Geiste gemacht wurde, gleich einer Bresche, durch welche der Feind eindrang und das Regierungssystem zum Widerstande unfähig machte. So, wie die Dinge waren, konnten sie nicht bleiben. Welchen Gipfelgrad die demagogischen Leidenschaften erreicht hatten, bewies die ungeheure Aufregung über die Ermordung des Journalisten *B. Noir*, der als Kartellträger *Roche-forts* von dem jähzornigen Prinzen *Peter Bonaparte* mit Schimpfworten empfangen, gehohlet und schließlich niedergeschossen worden war. Sein Begräbnis wurde zu einer republikanischen Demonstration. Der Prozeß wegen des Mordes endete zwar mit Freisprechung des Prinzen, aber die Zeitungen schwelgten in den wildesten Ausfällen gegen das Kaiserreich. Mit den Republikanern allein würde dieses sich wohl getraut haben fertig zu werden. Ernstere Bedenken aber schuf die Bildung und das Wachstum der Mittelpartei, die selbst den Abfall in die Reihen der eigenen Anhänger zu tragen drohte. Der Kaiser mußte sich entscheiden, entweder zum unumschränkten System zurückzukehren oder in der bereits eingeschlagenen Richtung vorwärts zu gehen und seine Herrschaft in liberalem Sinne umzugestalten. Er wählte das Letztere. Der alten Werkzeuge konnte er sich zu dieser Aufgabe nicht bedienen. Von den Genossen des Staatsstreichs hatte der Tod einen nach dem anderen weggerafft, die noch lebenden waren verbraucht. In dem redengewandten Deputierten *Emil Ollivier* glaubte *Napoleon* den rechten



Mann entdeckt zu haben, um neues Leben in die Adern des so schnell gealterten Kaiserreichs zu gießen. Am 2. Februar hatte Olivier die Bildung eines aus den Mittelparteien genommenen Ministeriums vollendet, in welchem er selbst als Siegelbewahrer das Departement der Justiz, daneben auch noch das des Kultus übernahm.

So war also das Kaiserreich genau bei einem ebensolchen parlamentarischen Ministerium angelangt, wie es unter den vorhergehenden Regierungen



Emil Olivier.

Nach dem Stiche von A. Weger. Original: Photographie.

bestanden hatte. Aber Bonapartismus und Parlamentarismus waren zwei so unvereinbare Gegensätze, daß die Ausöhnung zwischen ihnen unmöglich eine aufrichtige sein konnte. Napoleon III. erinnerte sich des Ursprunges seiner Gewalt. Aus dem in dem Plebiszit von 1852 ausgedrückten Nationalwillen hervorgegangen, bedurfte sie auch dessen Zustimmung für die Abänderungen, die sie seitdem erlitten, mittelst eines neuen Plebiszits. Die Anrufung des Nationalwillens war dann jederzeit auch ein Mittel, um sich der Zudringlichkeiten der Kammern zu erwehren, wenn nötig, auch die gewährten Zugeständ-

nisse in gesetzmäßiger Form wieder zurückzunehmen. Am 21. März wurde der Siegelbewahrer beauftragt, ein Senatskonsult vorzubereiten, welches die abgeänderte Verfassung feststelle. Am 20. April war dasselbe fertig. „Veränderungen der Verfassung“, lautet es in seinen wichtigsten Artikeln, „können nur auf Antrag des Kaisers durch das Volk beschloffen werden. Der Kaiser ist dem Volke verantwortlich, an das er jederzeit Berufung einzulegen berechtigt ist. Er befehligt die bewaffnete Macht zu Wasser und zu Lande, erklärt Krieg, schließt Friedens-, Bündnis- und Handelsverträge, ernennt zu allen Ämtern und erläßt die zur Ausführung der Gesetze nötigen Verordnungen und Verfügungen.“ Für den 8. Mai wurde das französische Volk in seine Komitien berufen, um über folgendes Plebiszit abzustimmen: „Das Volk billigt die liberalen Reformen, welche seit 1860 durch den Kaiser unter Mitwirkung der großen Staatskörperschaften vollzogen worden sind und bestätigt das Senatskonsult vom 20. April 1870.“ 7350142 stimmten mit Ja, 1538825 mit Nein.

In allen Großstädten, mit Ausnahme Straßburgs, bildeten die Vereinenenden die Mehrheit, selbst die Armee hatte über 40 000 Nein abgegeben. Dennoch war das Übergewicht der Bejahenden ein so überwältigendes, daß es dem Kaiser und seinem persönlichen Regimente ein seit langem nicht mehr gekanntes Kraftgefühl und Machtbewußtsein einflößte. „Wenn Preußen seinen Sieg bei Sadowa gehabt hat“, versicherte noch am 30. Juni Dillivier der Kammer, „so hat das Kaiserreich den seinen in dem Plebiszit gehabt und seit diesem Zeitpunkte neigt sich die ganze Welt vor Frankreich.“ Mit diesem und dem Heergesetz Niels hielt sich Napoleon III. für vollständig gerüstet, um dem ungesügigen Preußen mit Gewalt abzuwingen, was es bisher seinen Werbungen so hartnäckig versagt hatte. Die Kaiserin und ihre klerikale Koterie, welche das Bündnis der katholisch-romanischen Rasse gegen die protestantisch-germanische predigte, brannten vor Kampfbegier. Die Berufung des Botschafters in Wien, Herzogs von Gramont, zur Leitung des Auswärtigen, an Stelle des Grafen Daru, 15. Mai, war der erste Schritt, um das, was bisher nur Gegenstand geheimster Entwürfe gewesen, zur That zu machen.

Seit langer Zeit hatte die Welt sich nicht so tief in den Traum des Friedens gewiegt, wie jetzt. So vollständig schien dieser gesichert, daß Birchow namens der Fortschrittspartei am 21. Oktober 1869 im preußischen Abgeordnetenhaufe den Antrag stellen zu sollen glaubte auf Beschränkung der Militärausgaben des Norddeutschen Bundes und Herbeiführung einer allgemeinen Abrüstung durch diplomatische Verhandlungen. Weder diese noch der Abgeordnete Vasker, als er am 24. Februar 1870 den möglichst ungesäumten Anschluß Badens an den Norddeutschen Bund befürwortete und sich damit von Bismarck sehr nachdrücklich zurückgewiesen sah, hatten eine Ahnung von dem, was sich, den Augen der Zeitgenossen verborgen, gleichzeitig hinter dem Vorhange der geschichtlichen Bühne zutrug. Und dies war nichts Geringeres als eine von Paris aus gelenkte Verschwörung Frankreichs mit Öster-



reich und Italien zum gemeinschaftlichen Kriege gegen Preußen und den Norddeutschen Bund.

An die Zusammenkunft der Kaiser Napoleon und Franz Josef zu Salzburg im August 1867 hatte sich ein Briefwechsel zwischen den beiden Herrschern geknüpft, der sich bis in das Jahr 1869 fortsetzte. Das Ergebnis desselben war eine gegenseitige Bündnisverpflichtung im tiefsten Geheimnis; um dieses unverbrüchlich zu wahren, wurde von einem förmlichen Vertrag abgesehen. Dieser Verhandlung des französischen Kaisers lief mit Vorwissen



Abgeordneter Birchow.

Nach dem Kupferstiche, 1883, von G. Roemer.

des Wiener Kabinetts eine zweite zur Seite mit dem Könige Viktor Emanuel, der sich dem Schöpfer der Einheit Italiens zu Dank verpflichtet fühlte und gleich jenem hinter dem Rücken seiner Minister persönliche Politik zu treiben liebte. Im Jahre 1868 begonnen, dauerte dieselbe bis zum Juni 1869; von den Ministern war nur der Konseilspräsident Menabrea in das Geheimnis eingeweiht. Erst zu diesem Zeitpunkte erhielten seine Kollegen Kenntnis davon. Ihre Überraschung, ihre Bestürzung über die Zumutung, an dem Verbündeten von 1866 Verrat zu üben und gleichzeitig die Übermacht Frankreichs aufs äußerste steigern zu helfen, waren groß, größer aber noch bei allen der Glaube an den Sieg der französischen Waffen auch ohne

Mitwirkung Italiens, und die daraus sich ergebende Überzeugung von einer Zwangslage, in der, um nicht den Bohn des mächtigen Nachbars auf sich zu laden, nichts übrig zu bleiben schien, als sich ihm anzuschließen. Schon war man bis zur Redaktion eines Defensivbündnisses gekommen, das sich leicht in ein offensives verwandeln ließ, als plötzlich die Verhandlung an eine Klippe stieß, an der sie scheiterte: Italien verlangte als Preis seines Beitritts Rom, und wie lebhaft auch Beust diese Forderung unterstützte, Napoleon befand sich viel zu fest in den Fesseln der mit seiner Gemahlin verbündeten Alexinalen, als daß er auch nur die Möglichkeit eines solchen Zugeständnisses hätte in Erwägung ziehen dürfen. Um aber die Frucht so vieler Mühen nicht ganz zu verlieren, setzten die drei Herrscher ihren Briefwechsel auch weiterhin fort und diese Briefe enthielten, wenn auch keinen formellen Vertrag, so doch die Zusage gegenseitiger Waffenhilfe für den vorgesehenen Kriegsfall. Im Februar 1870 erschien Erzherzog Albrecht, der Sieger von Custoza, in Paris, um den gemeinschaftlichen Feldzugsplan zu entwerfen. Zur Fortsetzung dieser Besprechungen wurde Anfang Juni General Lebrun, einer der vertrautesten militärischen Ratgeber des Kaisers, nach Wien gesandt. Gegen den ersten von ihm dort vorgelegten Plan, wonach 350 000 Franzosen von der Saar aus nach Besignahme des linken Rheinuferes zwischen Mainz und Germersheim den Strom überschreiten, sich bei Memmingen mit den Österreichern und Italienern vereinigen und, verstärkt durch ein zweites bei Olmütz und in Böhmen gesammeltes Heer, über die Donau und den Main vorrücken sollten, erhob sich der Einwand, daß die Österreicher und Italiener nicht wie angeblich die Franzosen nur zwei, sondern mindestens sechs Wochen brauchten, um ins Feld rücken zu können; er wurde daher durch einen zweiten, nachher noch etwas abgeänderten, ersetzt. „Die französische Armee“, bestimmte dieser, „eröffnet den Feldzug mit einem Vorstoße von der Saar in der Richtung auf Stuttgart; höchstens sechs Wochen nach Einziehung ihrer Reserven hat sie Nürnberg erreicht, versagt sich aber dort einem ernstlichen Kampfe bis zum Eingreifen ihrer Verbündeten. Von diesen vollenden die Österreicher unterdes ihre Mobilmachung in Mähren und Böhmen, die Italiener sammeln sich bei Verona und eilen, sobald die Haltung Österreichs es gestattet, mittelst der Eisenbahn nach Regensburg, um von da mit den Österreichern vereint den Marsch nach der sächsischen Ebene und auf Berlin anzutreten. Sollten die Preußen vorher in Böhmen einbrechen, so werden auch die Österreicher jedes entscheidende Gefecht vermeiden und sich vor allem die Vereinigung mit der französischen Armee sichern.

Dieser Plan beruhte also auf verschiedenen Voraussetzungen: erstens, daß es dem Kaiser Napoleon gelänge, binnen vierzehn Tagen 400 000 Mann an der Saar zusammenzuziehen; zweitens, daß Preußen durch die Rüstungen Österreichs und Italiens gezwungen würde, seine Streitkräfte zu teilen; drittens, daß jede Entscheidung durch die Waffen sich vermeiden lasse bis zur Vereinigung der verbündeten Heere. Weil man aber mit Sicherheit auf das Eintreffen dieser





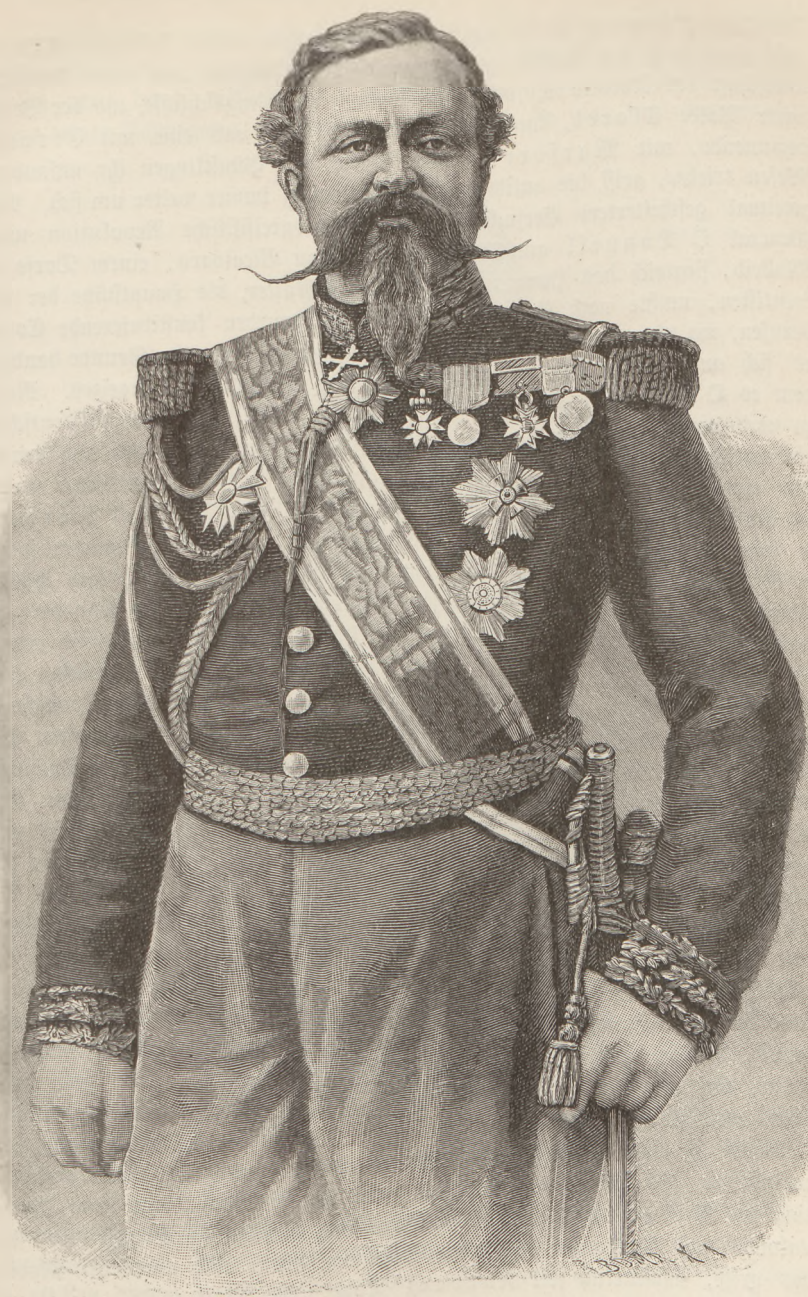
General Menabrea. Nach Photographie.

Voraussetzungen rechnete, war man auch einig darüber, noch im laufenden Jahre loszuschlagen. Der König von Italien wurde trotz Roms ohne weiteres als der dritte im Bunde angesehen, da ihm nach einer siegreichen Eröffnung des Krieges doch nichts übrig bleiben würde, als sich anzuschließen. Die Auffindung eines geeigneten Kriegsvorwandes blieb dem Kaiser Napoleon überlassen; Beust machte nur den einen Vorbehalt, daß derselbe nicht von einer Frage der deutschen Politik hergenommen werden dürfe, denn das würde das sicherste Mittel sein, um die ganze deutsche Nation Bismarck in die Arme zu treiben. Dem Kaiser Napoleon dagegen stand so gut wie jedem Franzosen fest, daß die Süddeutschen nach Befreiung von der preussischen Unterjochung schmachteten. Im Augenblick des Rheinüberganges gedachte er sich ihnen als ihr Befreier und Schirmherr anzukündigen.

Als geeigneten Kriegsvorwand hatte Beust beispielsweise eine orientalische Frage genannt. In den Tuileries trug man sich mit einem anderen. Am 30. Juni überraschte Marschall Leboeuf, Niels Nachfolger im Kriegsministerium, den Gesetzgebenden Körper mit der Minderforderung von 10 000 Mann für die Aushebung von 1871, 90 000 statt 100 000; eine Herabsetzung, die als Einladung an Europa zur Entwaffnung gelten sollte, und Dillivier, uneingeweiht in die geheime Politik des Kaisers, unterstützte seinen Kollegen mit der Versicherung: „Zu keiner Zeit war die Aufrechthaltung des Friedens gesicherter als jetzt.“ Die Sache war schon von langer Hand angeponnen. Schon im Januar hatte Graf Daru die erste Anregung dazu gegeben und Lord Clarendon war gutmütig genug gewesen, sie an Bismarck zu bringen. Der aber hatte kurz angebunden geantwortet, er könne dem Könige davon gar nicht sprechen. Oberst Stoffel, zur Berichterstattung über die Sache aufgefordert, hatte eingehend auseinandergesetzt, daß Preußen, damals der einzige Staat mit allgemeiner Wehrpflicht, überhaupt gar nicht in demselben Sinne wie ein anderer entwaffnen könne. Um so sicherer war ein solcher Antrag der Weg, mit Preußen in Krieg zu geraten. Die französische Presse, die in letzter Zeit sich eines maßvolleren Tones befleißigt hatte, fiel wieder in die alten Hezereien zurück und erhob selbst gegen die eben beginnende Durchbohrung des St. Gotthard, die Frankreichs Interessen schädige, drohenden Einspruch. Da aber wechselte plötzlich die Szene und statt der Entwaffnungsfrage trat die der spanischen Thronkandidatur in den Vordergrund.

Seit dem 3. Oktober 1868 war der spanische Thron unbesetzt. Die verhängnisvollste That, deren sich die kurzfristige und eigennützige Parteipolitik der Moderados schuldig gemacht hatte, die Vermählung der jungen Königin Isabella mit ihrem impotenten Vetter Franz von Assis, hatte zwar ihren nächsten Zweck, die Partei im Besitz der Macht zu erhalten, erfüllt, nur daß sie im weiteren Verlaufe mit ihrer Herrschaft zugleich der Isabellas selbst den Untergang bereitete. Einen letzten Ausbruch der alten Anhänglichkeit des spanischen Volkes an sein Herrscherhaus weckte der unsinnige Mordanfall eines





Leboeuf.

Nach dem Sitze von A. Weger. Original: Photographie.

Geistlichen, Namens Merino, auf die Königin am 2. Februar 1852; er gab aber auch den Anstoß zu drakonischen Maßregeln und unter der Mißwirtschaft der Moderados, sowie dem Unfuge im Königsschlosse, wo der Beichtvater Pater Claret, die Nonne Patrocínio und eine mit Serrano beginnende, mit Marfori endende Reihe von Günstlingen ihr unsauberes Wesen trieben, griff die antidynastische Stimmung immer weiter um sich. Nach zweimal gescheitertem Versuche erhob die progressistische Revolution unter General D' Donnell am 30. Juni 1854 zu Bicalvaro, einem Dorfe bei Madrid, siegreich das Haupt. Die Königin-Mutter, die Hauptstütze der Absolutisten, mußte nach Portugal fliehen. Es wurden konstituierende Cortes berufen, um eine wahrhaft liberale Regierung zu gründen; im Grunde handelte es sich auch hierbei nur um die Befriedigung persönlichen Ehrgeizes. Nachdem es D' Donnell gelungen, Espartero aus der Ministerpräsidentschaft zu verdrängen, schickte er die Cortes heim, der Widerstand wurde mit Gewalt niedergeschlagen; Espartero zog sich für immer in das Privatleben zurück. Für eine kurze Zeit mußte zwar D' Donnell dem Marschall Narvaez weichen; nachdem er aber 30. Juni 1858 wieder ans Ruder gekommen, suchte er seine Stellung durch Leistungen auf dem Gebiete der auswärtigen Politik zu befestigen; jedoch mit nur geringem Erfolge. Ganz zwecklos war der angeblich zur Rache für Mißhandlung spanischer Christen in Cochinchina unternommene Feldzug. Ein zweiter gegen Marokko endigte zwar siegreich, aber der hauptsächlich aus Rücksicht auf eine neue karlistische Erhebung vorschnell geschlossene Friede entsprach weder den Opfern noch den hochgespannten Erwartungen der Spanier und der unglücklich abgelaufene Versuch, San Domingo wieder zu unterwerfen, die resultatlose Teilnahme an der mexikanischen Expedition, der ruhmlos bis 1869 sich fortschleppende Krieg gegen Chile und Peru zeigten nur, wie vermessenes sei, bei so vieler inneren Schwäche die großen Tage Spaniens erneuern zu wollen. Im Innern aber zerriß die abermalige Täuschung den letzten dünnen Faden, welcher die Progressisten noch an den Thron knüpfte. An Zahl mächtig angewachsen, kündigten sie unter der Führung von Sagasta, Olózaga und Prim sich offen als revolutionäre Partei an. Neben ihnen begannen die Demokraten sich als eigene Partei aufzuthun. Mehrere Jahre waren angefüllt mit Pronunciamientos, die bei jeder Wiederholung gefährlicher wurden. Ihr Held war Prim, aber jedesmal besiegt, mußte er sich, Februar 1866, auf portugiesisches Gebiet zurückziehen. Von dort lud er die Häupter der Opposition auf den 16. August zu einer Beratung nach Ostende und hier wurde der Bund zwischen Progressisten und Demokraten besiegelt durch den Beschluß, eine neue Revolution ins Werk zu setzen. Zwar scheiterte auch diesmal die August 1867 in Katalonien und Aragonien begonnene Erhebung, allein auch unter den Moderados griff, namentlich seit Narvaez' Tode, 23. April 1868, die Überzeugung um sich, daß sich mit dieser von den niedrigsten Geschöpfen beherrschten Königin nicht weiter regieren lasse. Die Unionisten, d. h. Diejenigen, welche



eine iberische Union unter dem Hause Braganza anstrebten, reichten den Progressivsten die Hand; andere schlugen den Herzog von Montpensier vor, der sich gern bereit erklärte, mit seiner Person und seinem Reichthum zum Sturze seiner Schwägerin mitzuhelfen. Schließlich, da man sich nicht einigen



General Prim. Nach Photographie.

konnte, kam man überein, zunächst nur Isabella zu stürzen, alles übrige der Entscheidung der Nation anheimzustellen.

Von diesen Umtrieben unterrichtet, ließ Gonzalez Bravo, Narvaez' Nachfolger, eine große Zahl verdächtiger Generale am 6. Juli verhaften und nach den kanarischen Inseln bringen und verwies Montpensier des Landes.

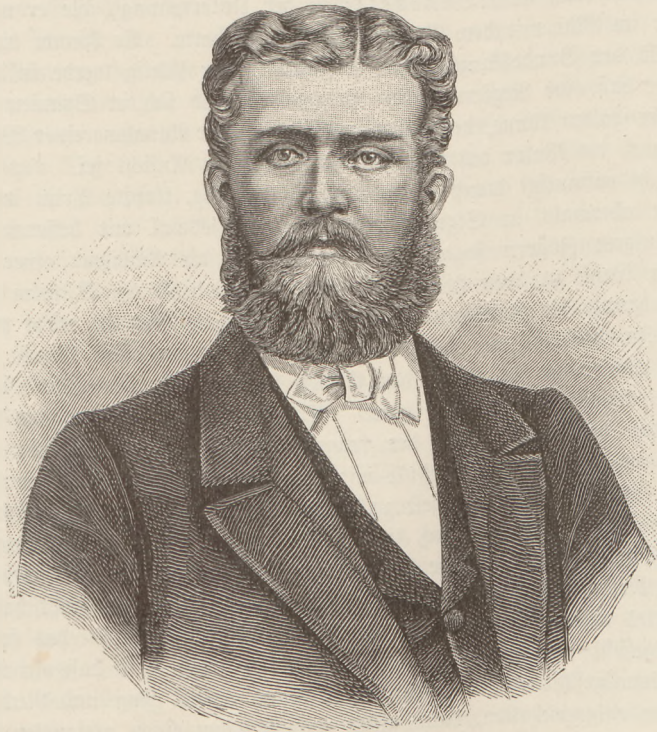
Napoleons Wohlwollen sicherte er sich durch das Anerbieten, den Papst durch spanische Truppen in Rom zu schützen, falls die Franzosen von dort abberufen würden. Eben sollte die Freundschaft durch eine persönliche Zusammenkunft Isabelas mit dem Kaiser bekräftigt werden, als im Hafen von Cadix die Flotte unter Admiral Topete das Zeichen zur Erhebung gab. Prim erschien, am 19. landeten verabredetermaßen die verbannten Generale, Sevilla erhob sich, am 28. September schlug Serrano die Königl. bei Alcolea am Guadalquivir, diese gingen zum Sieger über, der Aufstand breitete sich aus, in Madrid vollzog sich die Revolution unter dem Jubel der Bevölkerung; am 3. Oktober traf Serrano daselbst ein und bildete eine provisorische Regierung. Der von innerer Fäulnis ergriffene Thron der Bourbonen brach zusammen. Die Königin floh nach Frankreich, wo sie zu gunsten ihres Sohnes Alfonso abdankte. Unionisten und Progressisten verteilten die Ministerportefeuilles unter sich. Während aber in Madrid noch alles in Jubel schwamm, erhob sich in Katalonien die republikanische Propaganda, die Beredsamkeit Castellars und Fern. Garridos trug sie durch die Provinzen, in den reichsten und größten Städten des Landes bildeten sich republikanische Klubs. Zu den konstituierenden Cortes wählten von 49 Provinzen 25 republikanisch. In solchem Maße hatte der fortgesetzte schändliche Mißbrauch des königlichen Amtes das einst fanatisch monarchisch gesinnte Volk der Monarchie entfremdet. Doch blieb unter den drei Hauptparteien das Übergewicht bei den Progressisten. Der Artikel, welcher die Monarchie für die Regierungsform Spaniens erklärte, wurde von den Cortes mit 214 gegen 71 Stimmen angenommen. Am 6. Juni 1869 erfolgte die feierliche Verkündigung der neuen Verfassung. Mit der Ernennung Serranos zum einstweiligen Regenten sah Prim, nunmehr Ministerpräsident und Kriegsminister, seinen Plan, den Sieger von Alcolea in ehrenvollen Ruhestand zu versetzen, gelungen. Republikanische Aufstände, welche an verschiedenen Orten ausbrachen, wurden mit Strenge unterdrückt.

Noch fehlte es aber an einem Thronkandidaten, der allen drei monarchischen Parteien gleich genehm gewesen wäre. Zuerst hatte man an den Prinzen Friedrich Karl von Preußen, den Helden von Königgrätz, gedacht, aber bei diesem bildete die Konfession ein unübersteigliches Hindernis. Dann wurde der Reihe nach wegen des jungen Herzogs von Genua, des Königs Ferdinand von Portugal, des Herzogs von Aosta verhandelt, alles ohne Erfolg. Um so bereitwilliger stellte sich Montpensier ein; nachdem er aber seinen alten persönlichen Gegner, den Infanten Heinrich von Bourbon, am 13. März 1870 im Zweikampfe erschossen hatte, wurde er vom Kriegsgerichte zu Verbannung auf zehn Meilen von Madrid verurteilt. Das Kabinett wußte sich keinen besseren Rat, als Prim unbeschränkte Vollmacht für weitere Verhandlungen über die Thronkandidatur zu erteilen.

Bereits im Februar 1869 hatte der Abgeordnete Salazar y Mazaredo die Aufmerksamkeit des Ministerpräsidenten auf den Prinzen Leopold



von Hohenzollern-Sigmaringen, den ältern Bruder des Fürsten Karl von Rumänien, gelenkt, den neben seinen persönlichen Eigenschaften auch noch der Umstand empfahl, daß er mit einer Schwester des Königs von Portugal vermählt war. Salazar begab sich in Person nach Sigmaringen, um dem Prinzen den Antrag zu überbringen; allein nach eingezogenen Erkundigungen über die trostlose innere Zerrüttung Spaniens lehnte der Prinz endgültig ab. Auch in Berlin wurde durch den dortigen früheren spanischen Gesandten



Leopold, Erbprinz von Hohenzollern-Sigmaringen.  
Nach dem Stiche von A. Weger. Original: Photographie.

Rances y Villanueva, der kürzlich nach Wien versetzt worden war, vertrauliche Mitteilung von dieser Unterhandlung gemacht, der König nahm sie jedoch sehr kühl auf; er betrachtete die Sache, die weder Preußen noch den Norddeutschen Bund etwas anging, als eine reine Familienangelegenheit. Als daher Graf Benedetti in Bismarcks Abwesenheit den Unterstaatssekretär von Chile am 31. März über die umlaufenden Gerüchte interpellierte, konnte ihm dieser mit seinem Ehrenworte seine völlige Unkenntnis bekräftigen. Dennoch hielt es der Botschafter für angezeigt, persönlich in Paris nähere

Weisungen einzuholen, und er erhielt dort, wie dies nicht selten geschah, von seiten des Kaisers und von seiten des Ministers verschiedene. „Die Kandidatur Montpensier“, sagte Napoleon zu ihm, „richtet sich nur gegen meine Dynastie, sie trifft nur mich und ich kann mir sie gefallen lassen, die Kandidatur Hohenzollern ist wesentlich gegen die französische Nation gerichtet, das Land würde sie nicht ertragen und man muß ihr vorbeugen.“ Der Minister dagegen empfahl ihm einfach, seine Sprache so einzurichten, daß man Frankreich keine händelsüchtige Absichten unterschieben könne. In diesem Sinne äußerte sich denn auch Benedetti in der Unterredung, die er nach seiner Rückkehr im Mai mit dem Grafen Bismarck hatte. Er konnte dies um so eher, als der Bundeskanzler ihm versicherte, der König werde in der Überzeugung, daß eine Regierung des Prinzen Leopold sich in Spanien nicht auf die Dauer halten könne, demselben gewiß nicht zur Annahme einer Wahl raten, zumal auch der Vater des Prinzen der nämlichen Ansicht sei.

Nicht entmutigt durch diesen ersten Fehlschlag, klopfte Prim im nächsten Sommer abermals in Sigmaringen an und diesmal mit besserem Erfolge. Nach einigem Zögern sagte Prinz Leopold die Annahme einer auf ihn fallenden Wahl zu; am 28. Juni erhielt er von König Wilhelm als dem Familienhaupte die Zusicherung, daß er sich seinem Wunsche nicht widersetzen wolle. In Madrid war der Name des Prinzen auf allen Lippen, obgleich Prim, als er am 11. Juni den Cortes Bericht über den Stand der Frage erstattete, ihn nicht genannt hatte. Um so mehr mußte es den Ministerpräsidenten befremden, daß der französische Gesandte Mercier in einer Unterredung, die er am 2. Juli mit ihm hatte, irgend welche amtliche Instruktion in dieser Angelegenheit zu besitzen leugnete und nur seine persönliche Meinung dahin aussprach, daß in der Wahl eines preussischen Prinzen — so nämlich begann die kaiserliche Diplomatie den Prinzen Leopold zu bezeichnen, obgleich dieser als Enkel der Stephanie Beauharnais verwandtschaftlich den Bonapartes näher stand als dem preussischen Königshause — das französische Nationalgefühl eine Herausforderung erblicken werde und daß ein Napoleon das Nationalgefühl nicht leiden lassen könne. Mit Zug und Recht konnte Prim ihm entgegenhalten, dann möge er selbst ihm einen geeigneteren Kandidaten nennen, wenn nicht Hohenzollern, dann bleibe nur entweder Montpensier oder die Republik übrig. Der Gesandte vertröstete ihn aber nur auf die offizielle Antwort aus Paris. Diese Antwort, die, wenn sie mit der angeblich nur persönlichen Meinung Merciers übereinstimmte, den ganzen Zwischenfall ohne weiteres beseitigt haben würde, kam jedoch nicht; selbst dann nicht, als der Ministerrat, des Wartens müde, am späten Abend des 4. Juli den Beschluß faßte, den Erbprinzen den auf den 20. einzuberufenden Cortes, als König zu empfehlen, bis dahin aber dessen Namen geheim zu halten.

Die Vermutung, daß dem angeblich ohne Instruktion befindlichen Baron Mercier sein Verhalten ganz genau von Paris aus vorgeschrieben war, wird nahezu zur Gewißheit durch das weitere Verfahren der französischen Regierung.



Statt nämlich an der allein zuständigen Stelle, in Madrid, Einspruch zu erheben, wendete sie sich damit, allem diplomatischen Brauch zuwider, nach Berlin, während gleichzeitig die Thatsache der hohenzollernschen Kandidatur durch die Presse an die große Glocke geschlagen wurde. In einem Telegramm an den Geschäftsträger zu Berlin, Le Sourd, sprach sich der Herzog von Gramont mit unverblümter Drohung über den schlechten Eindruck aus, den die Kunde von dieser Intrigue, der hoffentlich das preußische Kabinett fremd sei, gemacht habe. Am 4. Juli erteilte hierauf der Unterstaatssekretär von Thile dem Geschäftsträger die durchaus korrekte Antwort: die spanische Thronfrage sei für die preußische Regierung gar nicht vorhanden; sie sei aber der Meinung, die Spanier hätten das Recht, die Krone anzubieten, wem sie wollten, und Annahme oder Ablehnung derselben stehe lediglich dem zu, dem sie angeboten worden. Die gleiche Antwort erhielt Gramont selbst am nämlichen Tage von dem preußischen Gesandten von Berther, nur besaß dieser die Schwäche, ihm zu versprechen, er werde dem König, zu dem er eben sich nach Ems zu begeben in Begriff stand, von der in Paris herrschenden Auffassung Mitteilung machen und die Antwort telegraphisch melden.

Dort aber wurde diese Antwort gar nicht abgewartet. Eine fieberhafte Aufregung steckte die Geister an und raubte einem nach dem anderen die Besinnung. Am 5. brachte der Abgeordnete Cocherj in der Kammer eine auf die spanische Thronkandidatur bezügliche Interpellation ein. Am Abend beriet der Ministerrat in St. Cloud über die darauf zu gebende Antwort; man einigte sich über eine Erklärung, welche geeignet schien, die Wahl des Prinzen Leopold zu verhindern, aber den Handel friedlich beizulegen. Aber in einer zweiten Sitzung am folgenden Morgen lautete zur Überraschung der nicht eingeweihten Minister die Sprache des Kaisers ganz anders; angeblich hatte die Kaiserin während der Nacht diese Umstimmung bewirkt; schwerlich war es in Wirklichkeit eine. Es wurde eine schärfere Fassung angenommen, die ihre Spitze unmittelbar gegen Preußen lehrte, und diese verlas Gramont am Nachmittage des 6. Juli in der Kammer. „Wir werden,“ lautete sie, „uns jeder Einmischung in die inneren Angelegenheiten des spanischen Volkes enthalten, aber wir glauben nicht, daß die Achtung vor den Rechten eines Nachbarvolkes uns verpflichtet, zu dulden, daß eine fremde Macht, indem sie einen ihrer Prinzen auf den Thron Karls V. setzt, zu unserem Nachtheile das gegenwärtige Gleichgewicht der Kräfte in Europa störe und die Ehre Frankreichs in Gefahr bringe. Dieser Fall, wir haben die feste Hoffnung, wird nicht eintreten. Um sie zu verwirklichen, zählen wir auf die Weisheit des deutschen Volkes und auf die Freundschaft des spanischen. Wo nicht, würden wir, stark durch Ihre Unterstützung und die der Nation unsere Pflicht ohne Bögen und ohne Schwäche zu erfüllen wissen.“

Diese Erklärung wurde von der Kammer mit einem Beifallsturm aufgenommen. Nur zwei Abgeordnete von der Linken erhoben ihre Stimme gegen die Kriegserklärung, die sie soeben vernommen, aber auch das geschah

doch mit dem stillschweigenden Vorbehalte, dem Kaiser die Verantwortlichkeit für alles zuzuschieben, was die nationale Eigenliebe verletzen konnte. Der Abgeordnete Picard forderte die Vorlegung der Aktenstücke. Die Regierung befaß kein einziges. „Dokumente sind unnötig,“ rief Granier aus Cassagnac, „wenn Frankreichs Würde und Sicherheit auf dem Spiele stehen!“ Aus der Kammer verbreitete sich der Sturm in das Publikum. Die Presse stieß in die Kriegsposaune. Die spanische Thronkandidatur trat ganz in den Hintergrund; man sah nur noch das caudinische Joch, unter dem Preußen hindurch müsse. Mit aller Sicherheit rechnete man darauf, daß die grobe Herausforderung den offenen Bruch unmittelbar nach sich ziehen werde, man fürchtete nichts so sehr wie die Möglichkeit, daß dies nicht geschehen könne. „Angenommen, Preußen beweist seine Unschuld,“ schrieb der Figaro, „dann ist Frankreich berechtigt, mehr zu fordern. Geprellt, betrogen, verhöhnt von Preußen, muß die Regierung Bürgschaften verlangen,“ und Girardin rief in der Liberté: „Wird etwa Preußen, um Bismarcks Werk nicht zu gefährden, sich nicht schlagen wollen? Gut, dann stoßen wir ihm den Kolben in den Rücken und zwingen es, über den Rhein zu gehen und das linke Ufer zu räumen.“ Nur um den Schein des Friedensbrechers nicht auf sich zu laden, ersuchte Gramont das englische Kabinett Granville-Gladstone, in Berlin und Madrid im Sinne des Friedens zu wirken. Dem englischen Gesandten Lord Lyons gegenüber erklärte er am 8. Juli, das Stillschweigen Preußens mache es der Regierung unmöglich, die militärischen Rüstungen noch länger aufzuschieben; zugleich bezeichnete er den freiwilligen Verzicht des Prinzen als die beste Lösung und bat die englische Regierung, dafür ihren ganzen Einfluß einzusetzen.

Da aber geschah das Unerhörte: dieser freiwillige Verzicht erfolgte, aber die kaiserliche Regierung wies ihn als ungenügend zurück. Nachdem der erste Versuch, Preußen zum Kriege zu treiben, an der Friedensliebe des Königs Wilhelm gescheitert war, der die Herausforderung unbeantwortet ließ, mußte ein neues diplomatisches Spiel angefangen werden, um den Bruch herbeizuführen.

Am Abend des 7. Juli erhielt Benedetti, der sich in Wildbad befand, von Gramont den telegraphischen Befehl, sich nach Ems zum Könige zu begeben; er sollte erreichen, daß derselbe dem Prinzen die Zurückziehung seiner Annahme anrate. In einem vertraulichen Schreiben aber war diese Weisung mit der groben und bewußten Lüge begleitet: „Wir wissen aus den Geständnissen des Prinzen selbst, daß er die ganze Sache mit der preussischen Regierung abgefartet hat, und wir können die ausweichende Antwort nicht annehmen, mit der Herr von Thile aus der Zwangswahl, die wir ihm gestellt haben, zu entinnen sucht. Die einzige Antwort, die uns befriedigen und den Krieg verhüten könnte, wäre: die Regierung des Königs mißbilligt die Zusage, welche der Erbprinz gegeben hat und erteilt ihm den Befehl, diesen Entschluß zu widerrufen.“ „Wir haben große Eile,“ setzt er hinzu, „denn im Fall



einer ungenügenden Antwort müssen wir den Vorsprung haben und am Samstag (den 9.) müssen die Truppenmärsche beginnen, damit wir in vierzehn Tagen ins Feld rücken können. Wenn Sie vom Könige erlangen, daß er das Jawort des Prinzen widerruft, so würde das ein ungeheurer Erfolg sein. Der König wird dann an seinem Teile den Frieden gesichert haben. Wo nicht, so haben wir den Krieg.“ Seitdem die zwischen Paris und Wien



Herzog von Gramont.

Nach dem Stiche von A. Weger. Original: Photographie.

getroffenen Verabredungen bekannt sind, begreift man, warum Gramont Eile hatte, binnen vierzehn Tagen ins Feld zu rücken.

Die provisorische Regierung in Madrid war über den Lärm, welchen die Kandidatur des Prinzen Leopold in Paris verursachte, nicht wenig betroffen. Der Minister des Auswärtigen, Sagasta, beklagte sich, in einem Rundschreiben die Unterstellung des Herzogs von Gramont zu berichtigen, als ob irgend eine fremde Macht Einfluß auf dieselbe geübt habe. Salazar, der die Unterhandlung mit dem Prinzen geführt hatte, bestätigte öffentlich, daß keinerlei Einmischung des Königs von Preußen in diese stattgefunden habe. Am

8. Juli abends erhielt Gramont aus Madrid die Anzeige, Marschall Prim sei bereit, dem Prinzen den Rücktritt zu erleichtern. Erfolgte dieser, so war damit der Kriegsfall verschwunden. Gramont aber telegraphierte an Benedetti: die Kandidatur sei eine preußische, und da der König sie aufgestellt habe, müsse er sich auch an diesen allein wenden; er verbot ihm ausdrücklich, mit dem Prinzen, der freilich gar nicht in Ems war, zu sprechen. Am 9. wurde Benedetti zum erstenmale von König Wilhelm in Ems empfangen. Da er die Gefahr der Lage wohl begriff, befeiligte er sich einer gemäßigten, respektvollen Sprache und hütete sich wohl, von Befehlen, die dem Thronkandidaten zu geben seien, zu sprechen. Der König verhehlte ihm nicht, daß er in Gramonts Erklärung vor der Kammer eine Herausforderung erblicke; im übrigen setzte er ihm auseinander, die preußische Regierung gehe die ganze Sache nicht das Geringste an. Er selbst habe sich erst ausgesprochen, als Prinz Leopold um seine Einwilligung gebeten, und seine Antwort habe einfach gelautet: er glaube seinem Vorhaben nicht entgegen sein zu können. Auch jetzt könne er aus dieser Haltung nicht heraustreten; wenn aber seine Vettern, Vater und Sohn, geneigt seien, ihre Zusage zurückzuziehen, so werde er diesen Entschluß nur billigen. Dem entsprechend nahm auch der Botschafter von Werther, der am Abend des 11. von Ems auf seinen Posten zurückkehrte, den Auftrag mit, dem Kaiser die friedliche Gesinnung seines Gebieters zu beteuern, aber durchaus keinen Schritt in Aussicht zu stellen, den der König mit seiner Würde nicht verträglich finden würde. Vor Eintreffen der Antwort aus Sigmaringen verweigerte der König jede weitere Äußerung.

Das war aber keineswegs nach dem Sinne des Herzogs von Gramont, der in Paris vor Ungeduld verging. Ein Telegramm an Benedetti jagte das andere, alle des gleichen Inhalts: wir können nicht länger warten. Allein in Ems verlief der 10., ohne daß etwas Entscheidendes vorgefallen wäre, da der König noch keine Antwort aus Sigmaringen erhalten hatte. Erst am Mittag des 11. hatte Benedetti eine zweite Audienz bei ihm, erhielt aber nichts als die Wiederholung des ersten Bescheides. „Ich kenne wohl,“ fügte jedoch der König bedeutsam hinzu, „die Vorbereitungen, die in Paris getroffen werden, und ich nehme meine Vorsichtsmaßregeln, um nicht überrascht zu werden.“ Unterdes waren in Paris auch die Kammern immer ungeduldiger geworden über das Schweigen der Regierung. Am 12. Juli brachte Cl. Duvernois, ein beiseite geschobener Günstling des Kaisers, eine Interpellation ein, welche Bürgschaften die Regierung sich ausbedungen habe, um die Wiederkehr von Verwickelungen mit Preußen zu verhüten. Damit trat für die Minister ein neues Motiv in Thätigkeit, die Furcht vor dem Verluste ihrer Portefeuilles. Denn diese Interpellation bedeutete nichts mehr und nichts weniger als eine Kriegserklärung der Rechten gegen das Ministerium. Gramont erbat sich für die Beantwortung Frist bis zum 15. Aber zwei ein halb Uhr erschien Olivier freudestrahlend in der Kammer mit der Ankündigung, daß einer Meldung aus Madrid zufolge Fürst Anton von Hohenzollern dem



Marschall Prim, um dem spanischen Volke eine Verlegenheit zu ersparen, den Verzicht seines Sohnes auf die Thronkandidatur angezeigt habe.

Damit konnte sich die französische Diplomatie eines Erfolges rühmen, der sich leicht als ein über Preußen errungener Sieg darstellen ließ; Frankreich hatte verhindert, was es hatte verhindern wollen. Aber die Bonapartisten empfangen die Nachricht mit wüstem Geschrei gegen die elenden Feiglinge von Ministern, die sich mit solch einem Zugeständnisse zufrieden geben wollten. Man wollte eben den Krieg und war außer sich, den wohlausgedachten Vorwand dazu durch die weise Mäßigung des Königs von Preußen sich entgehen zu sehen. Es mußte also ein stärkerer Trumpf ausgespielt werden. Während dies in der Kammer vor sich ging, empfing der Herzog von Gramont den Besuch des eben zurückgekehrten preußischen Botschafters. Ihre Unterredung wurde, kaum begonnen, durch die Ankunft des spanischen Gesandten Mozaga unterbrochen, der das Telegramm des Fürsten Anton überbrachte. Auch er beglückwünschte sich zu der Erledigung des Zwischenfalles. Da aber erklärte der Herzog plötzlich dem Freiherrn von Werther, diese Verzichtleistung reiche nicht hin, die aufgeregte öffentliche Meinung in Frankreich zu beschwichtigen; der richtige Ausweg zur Erreichung dieses Zweckes würde ein entschuldigender Brief des Königs an den Kaiser sein. Er setzte selbst den Entwurf dazu auf. Der hinzukommende Dillivier, noch ganz beherrscht von der Angst um sein Portefeuille, schloß sich mit Feuer diesem Gedanken an, obgleich derselbe Forderungen enthielt, die dem Ministerrate niemals vorgelegen hatten; trage der Botschafter Bedenken, die Sache selbst zu übernehmen, so würden sie sich genötigt sehen, Benedetti mit der Anregung dieser Frage zu beauftragen. Allerdings fand Herr von Werther die ihm gestellte Zumutung etwas eigentümlich, unbegreiflicherweise fand er es aber nicht mit seiner und seines Königs Ehre unvereinbar, ihr zu entsprechen. Bereits vorher hatte jedoch der Herzog an Benedetti das Telegramm abgehen lassen: „Bieten Sie all Ihr Geschick, ich möchte sagen, Ihre Pfliffigkeit auf, um festzustellen, daß der Verzicht des Prinzen von Hohenzollern Ihnen angezeigt, mitgeteilt oder übergeben worden ist durch den König von Preußen oder seine Regierung. Das ist für uns von der größten Wichtigkeit. Die Mitwirkung des Königs muß um jeden Preis von ihm eingestanden sein oder in greifbarer Weise aus den Ereignissen hervortreten.“ Bestände hiernach noch der geringste Zweifel darüber, was die Absicht des französischen Ministers war, nämlich den König von Preußen zum Kriege zu zwingen, wenn er sich nicht der tiefsten Demütigung, der öffentlichen Abbitte vor dem Kaiser, aussetzen wollte, so mußte dieser schwinden angesichts des zweiten Telegramms, welches am Abend dieses Tages an Benedetti abging. Es lautete: „Damit die Verzichtleistung des Fürsten ihre ganze Wirkung thue, erscheint es notwendig, daß der König von Preußen sich ihr anschließt und uns die Versicherung giebt, daß er diese Kandidatur nicht von neuem zulassen wird. Begeben Sie sich unmittelbar zum Könige, um diese Erklärung von ihm zu fordern,

die er nicht verweigern kann, wenn er wirklich ohne Hintergedanken ist. Trotz der Verzichtleistung, welche jetzt bekannt ist, ist die Erregung der Geister derart, daß wir nicht wissen, ob es uns gelingen wird, sie zu beherrschen.“

Bevor Benedetti dazu gekommen war, eine neue Audienz zur Übermittlung dieses Auftrags zu erbitten, erfolgte am Morgen des 13. Juli seine Begegnung mit dem Könige auf der Brunnenpromenade. Ruhig und gemessen, wie stets, beschränkte sich König Wilhelm auch diesmal auf die Erwiderung, er wisse über die Entschließung des Prinzen Leopold zur Zeit noch nichts Näheres, als was in den Zeitungen gestanden, folglich könne er dem Botschafter keine Aufschlüsse geben; sobald der stündlich aus Sigmaringen erwartete Kurier eingetroffen, werde er ihn rufen lassen. Die verlangte Erklärung lehnte er trotz mehrfacher Gegenvorstellungen Benedettis bestimmt ab. Um Mittag erhielt der König die offizielle Mitteilung des Fürsten Anton, gleichzeitig aber auch den Bericht Werthers über seine Unterredung mit dem Herzoge von Gramont. Dieser Bericht, der ihm über die Absichten der französischen Regierung vollständig die Augen öffnen mußte, bestimmte ihn, Benedetti nicht zu sich zu bescheiden, sondern ihm durch den Flügeladjutanten, Fürst Radziwill, eröffnen zu lassen: er sehe mit der offiziellen Verzichtleistung des Fürsten die Angelegenheit als erledigt an; und obgleich Benedetti auf Grund einer neuen Depesche Gramonts im Laufe des Tages noch zweimal auf die Bitte um eine Audienz zurückkam, um dem Könige das Verlangen seiner Regierung vorzutragen, daß er den Verzicht des Prinzen gut heiße und die Versicherung erteile, daß auch in Zukunft diese Kandidatur nicht wieder aufgenommen werden würde, blieb es, ob auch in der höflichsten Form, bei der Ablehnung. In der folgenden Nacht erließ Gramont eine nochmalige Weisung an den Botschafter. „Wir können den Verzicht, den uns der spanische Gesandte mitgeteilt hat, nicht als den gerechten Forderungen entsprechend ansehen, die wir an den König von Preußen gerichtet haben; noch weniger können wir darin eine Bürgschaft für die Zukunft sehen. Um sicher zu sein, daß der Sohn nicht seinen Vater desavouiert oder daß er nicht nach Spanien kommt wie sein Bruder nach Rumänien, ist es unumgänglich, daß der König uns sagt, er werde dem Prinzen nicht erlauben, von dem Verzicht abzugehen, den uns Fürst Anton mitgeteilt hat.“ Da jedoch Benedetti nach dem empfangenen Bescheide seine Mission als erledigt ansah und der König auf den 14. seine Abreise nach Koblenz festgesetzt hatte, so erbat er sich nur noch eine Abschiedsaudienz, die ihm auch im Fürstenalon des Bahnhofes gewährt wurde. „Ich habe,“ meldet er darüber nach Paris, „den König sieben auf dem Bahnhofe gesehen; er hat sich begnügt mir zu sagen, daß er mir nichts mehr mitzuteilen habe und daß die Verhandlungen, welche fortgesetzt werden könnten, durch seine Minister geführt werden würden.“ Den Zeitungen ließ Bismarck über diese Vorgänge in Ems ein Telegramm zugehen, welches streng sachlich besagte:



„Nachdem die Nachrichten von der Entsagung des Erbprinzen von Hohenzollern der k. französischen Regierung von der spanischen amtlich mitgeteilt worden sind, hat der französische Botschafter in Ems an S. Majestät den König noch die Forderung gestellt, ihn zu autorisieren, daß er nach Paris telegraphiere, daß S. Majestät sich für alle Zukunft verpflichte, niemals wieder seine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur wieder zurückkommen sollten. S. Majestät der König hat es darauf abgelehnt, den französischen Botschafter nochmals zu empfangen und demselben durch den Adjutanten vom Dienst sagen lassen, daß er dem Botschafter nichts weiter mitzuteilen habe.“

Der Botschafter von Werther erhielt als wohlverdiente Strafe dafür, daß er jenen entehrenden Antrag Gramonts angenommen, Urlaub.

In St. Cloud versammelte sich am 14. der Ministerrat, was der sonstigen Gewohnheit des persönlichen Regiments ganz zuwider war. Gramont hatte einen harten Strauß gegen diejenigen seiner Kollegen zu bestehen, die sich nicht willenlos von ihm auf den Kriegspfad locken lassen wollten. Das Ergebnis schien dem Frieden günstig. Selbst der Kaiser äußerte gegen die Vertreter Österreichs und Italiens, Metternich und Riga: „Da hätten wir eine gute Gelegenheit verpaßt; aber vielleicht ist der Friede mehr wert.“ Aber die von der Regierung selbst aufgestachelten Leidenschaften schwoilen in den Straßen der Hauptstadt zu immer heftigerer Gärung an. Ein am Nachmittag gehaltener zweiter Ministerrat faßte den Beschluß der Mobilmachung. Neue Bedenken veranlaßten abends zehn Uhr den Zusammentritt eines dritten Ministerrats und in diesem wurde der endgültige Beschluß zum Kriege gefaßt. Wie dies zugegangen, ist nicht völlig aufgeklärt; auch hier wirkte wohl die Furcht mit, daß der Vorwurf, vor Bismarck zurückgewichen zu sein, den Ministern ihre Portefeuilles kosten würde. In Ermangelung eines besseren Grundes verfiel man darauf, die Behandlung Benedettis in Ems und jenes Zeitungstelegramm zu einer tödlichen Beleidigung Frankreichs zu stempeln.

In diesem Sinne lautete die Erklärung, welche Gramont im Senat, Duvivier im Gesetzgebenden Körper am 15. als Beantwortung der gestellten Interpellationen verlasen. Der Senat nahm sie mit stürmischem Beifall auf. Im Gesetzgebenden Körper dagegen ging es nicht ohne heftige Szenen ab. Gambetta drang auf Vorlegung der Depesche, derzufolge König Wilhelm dem französischen Botschafter seine Thür verweigert haben sollte. Duvivier hatte als Antwort nichts als die Wiederholung seiner Behauptung, nur verbrämt durch die Lüge, in der Nacht zum 14. habe Preußen mit militärischen Vorkehrungen begonnen. War ja doch Benedetti bei seiner Ankunft in Paris sehr erstaunt gewesen, zu erfahren, daß er und in seiner Person Frankreich in Ems solle beleidigt worden sein. Eigentliche Depeschen, gestand der Minister, hätten sie nicht, wohl aber diplomatische Berichte zweier Vertreter Frankreichs, deren Namen er aber nicht nennen dürfe. Es bezog sich dies auf die zu München und zu Bern, die nichts weiter als den durch jenes Zeitungstelegramm

hervorgebrachten besorglichen Eindruck gemeldet hatten. Am tapfersten warf sich Thiers, ohne sich durch das Toben der Rechten einschüchtern zu lassen, dem wahnwitzigen Beginnen der Regierung entgegen. Wenn irgend ein Franzose, so war er es, der nach Rache für Sadowa dürstete, aber er fand den Vorwand schlecht gewählt und erkannte, daß sich Frankreich dadurch vor ganz Europa ins Unrecht setzen würde. Auch er verlangte Vorlegung der Depeschen, auf die hin der Beschluß zum Kriege gefaßt worden sei. Ein ausdrücklicher ebendarauf gerichteter Antrag J. Favres wurde mit 159 gegen 84 Stimmen abgelehnt und Dillier beharrte dabei, wenn je ein Krieg notwendig gewesen, so sei es der, zu welchem Preußen jetzt Frankreich zwinge. „Mit diesem Tage,“ schloß er, „beginnt für mich und meine Kollegen eine große Verantwortlichkeit; wir nehmen sie leichten Herzens auf uns!“ Ebenso leicht nahm es der hierauf niedergesetzte Ausschuß mit der Aufgabe, über die Kriegsvorlagen der Regierung, die Kredite für Landheer und Flotte, die Gesekentwürfe wegen Einberufung der mobilen Nationalgarde und Anwerbung von Freiwilligen, Bericht zu erstatten. Er verfuhr wie Leute, die getäuscht sein wollen. Der Kriegsminister Lebouef antwortete auf die Frage: „Sind wir fertig?“ „Bis auf den letzten Gamaschenknoß und wir haben acht Tage Vorsprung vor dem Feinde.“ Gramont entgegnete auf die Frage, ob er Allianzen habe: „Wenn ich den Ausschuß habe warten lassen, so geschah es, weil ich die Gesandten Osterreichs und Italiens bei mir hatte; ich hoffe, der Ausschuß wird mich nicht weiter fragen.“ Die Anfrage, ob er von Anfang an immer dieselben Forderungen gestellt habe, bestätigte er durch Vorlesung seiner Depesche vom 12., die er, obgleich sie in Wahrheit die zehnte war, für die erste, vom 7. Juli, ausgab, und als nach Wiederaufnahme der Sitzung Gambetta nochmals energisch auf Vorlage der beleidigenden Depesche drang, welche Bismarck an alle Kabinette von Europa gesandt haben sollte, und Gramont darauf entgegnete, diese Depesche sei dem Ausschusse mitgeteilt worden, so bestätigten dessen Mitglieder ohne weiteres seine Behauptung, obgleich eine solche Depesche niemals existiert hatte, geschweige denn ihnen mitgeteilt worden war. Sie berichtigten auch diesen Irrtum nicht in der folgenden Nachsitzung des Gesetzgebenden Körpers. Dieser genehmigte die Forderungen der Regierung gegen 16 Stimmen. Am 19. ermächtigte er dieselbe zur Ausgabe von Schatzbons bis zum Betrage von 500 Millionen, vorbehaltlich der Konsolidierung dieser schwebenden Schuld nach dem Kriege, d. h., wie der Berichterstatter hinzufügte, ungefähr in sechs Monaten. „Sechs Monate,“ rief ein Abgeordneter von der Rechten, „sagen Sie lieber sechs Wochen!“ Tags darauf verlas Dillier die Kriegserklärung gegen Preußen. Senat und Gesetzgebender Körper begaben sich in Gesamtheit nach den Tuilerien, um vor ihrer Trennung noch dem Kaiser ihre Huldigung darzubringen.

Die Bevölkerung geriet in eine Extase, die, von Prahlerei und Lügenbotschaften, je plumper desto wirksamer, geschürt, die Stimme der Vernunft völlig übertönte. Wehe dem Verräter, der daran gezweifelt hätte, daß





Österreichischer Botschafter Fürst Metternich. Nach Photographie.

mindestens das linke Rheinufer der Preis des Sieges sein werde. „Der Wahnsinn,“ so schildert ein Augenzeuge die Szene, „verbreitete sich über Paris. Ein warmer Juliabend trieb eine schau- und aufregungslustige Menge auf

die Straßen. Ihre Einbildungskraft wurde verdorben durch die Gewohnheit eines politischen Charlatanismus, für welchen der Krieg ein Drama und die Geschichte ein Roman war. Man riß sich die Blätter aus der Hand, welche die Aufregung in die Massen trugen, man sang die (bisher verpönte) Marseillaise, Pöbelbanden durchzogen die Boulevards mit dem Geschrei: à Berlin, à Berlin! und die vor den Cafés sitzenden Müßiggänger glaubten in dieser traurigen Maskerade die siegreiche Vorhut einer neuen Großen Armee zu sehen!"

Indem Kaiser Napoleon sich so kopfüber in den Krieg stürzte, hatte er wenigstens guten Grund, sich der thätigen Mitwirkung seiner geheimen Verbündeten, Oesterreichs und Italiens, versichert zu halten. Allerdings hat Beust nachträglich eine an den Fürsten Metternich gerichtete Depesche vom 11. Juli veröffentlicht, in welcher er angeblich den Krieg widerraten und erklärt haben will, eine für Frankreich wohlwollende Haltung, der Entschluß, sich mit keiner anderen Macht zu verständigen, sei alles, was Oesterreich der kaiserlichen Regierung versprechen könne; allein Gramont versichert, eine derartige Depesche niemals zu Gesicht bekommen zu haben. In Wahrheit erschien Graf Bizthum, österreichischer Gesandter in Brüssel und Beusts spezieller Vertrauter, am 14. Juli in geheimer Sendung in Paris und ihm gelang es, alle etwaigen Mißverständnisse zu beseitigen, welche der unerwartete Ausbruch des Krieges hatte hervorrufen können. Die anfänglich von Napoleon geforderte Tripelallianz wurde fallen gelassen, da sich dagegen das Bedenken erhob, daß dann das ungerüstete Oesterreich sich einem Angriffe Preußens und selbst Rußlands ausgesetzt sehen würde. Der Kaiser konnte sich aber vollständig zufrieden geben mit der Zusage, welche Graf Bizthum in Gestalt einer Depesche Beusts an Fürst Metternich (vom 20.) am 24. Juli aus Wien zurückbrachte. „Wiederholen Sie dem Kaiser,“ schrieb der Reichskanzler, „daß wir getreu unseren Verpflichtungen, wie diese niedergelegt sind in den vom Jahre zwischen beiden Souveränen gewechselten Briefen, die Sache Frankreichs als die unsrige betrachten und daß wir zu dem Erfolge seiner Waffen in den Grenzen des Möglichen beitragen werden. Diese Grenzen werden bestimmt einerseits durch unsere inneren Schwierigkeiten, anderenteils durch politische Erwägungen von höchstem Belang. Wir glauben zu wissen, daß unter gewissen Umständen die russische Einmischung in Betracht gezogen werden muß, nicht als wahrscheinlich, sondern als gewiß. Das Interesse Frankreichs verlangt ebenso wie das unsere, daß das von Zweien angefangene Spiel sich nicht zu schnell entwickelt. Unser Erscheinen im Felde würde sogleich das Rußlands nach sich ziehen. Rußland neutral erhalten bis zu dem Augenblick, wo die vorgerückte Jahreszeit ihm nicht mehr erlauben würde, an eine Zusammenziehung seiner Truppen zu denken, alles vermeiden, was seinen Argwohn erwecken oder ihm einen Vorwand geben könnte, auf den Kampfplatz zu treten, das muß für den Augenblick das ostensibele Ziel unserer Politik sein. Die Neutralität Rußlands hängt von der unsrigen ab. Wie ich in



unseren vorjährigen Unterredungen immer betont habe, dürfen wir auch nicht vergessen, daß unsere zehn Millionen Deutsche in diesem Kriege nicht ein Duell zwischen Frankreich und Preußen, sondern den Anfang eines Nationalkampfes sehen, daß ferner die Ungarn sich sehr zurückhaltend zeigen würden, sobald es sich darum handeln sollte, ihr Blut und ihr Geld zu vergeuden, um Österreich seine Stellung in Deutschland wiederzuerobern. Unter diesen Umständen wird uns das Wort Neutralität, das wir nicht ohne Bedauern aussprechen, durch eine gebieterische Notwendigkeit auferlegt. Aber diese Neutralität ist nur ein Mittel, das einzige Mittel, unsere Rüstungen zu vervollständigen, ohne uns einem plötzlichen Angriffe Preußens oder Rußlands auszusetzen. Indes, obgleich wir unsere Neutralität proklamieren, haben wir doch keinen Augenblick verloren, um uns mit Italien in Einvernehmen zu setzen über die Vermittelung, deren Initiative uns Kaiser Napoleon überlassen hat. Wir nehmen die Basen derselben, die Sie uns mitteilen, an, wenn Italien sie annimmt, als Ausgangspunkt einer kombinierten Aktion. Doch darf unserer Meinung nach die Frage Roms nicht in der Schwebe bleiben, sondern muß sofort gelöst werden. Der Septembervertrag paßt nicht mehr zur Lage. Wir können den Heiligen Vater nicht dem unwirksamen Schutze seiner eigenen Truppen aussetzen. Den Tag, an welchem die Franzosen den Kirchenstaat verlassen, müssen die Italiener unter Zustimmung Österreichs und Frankreichs einziehen können. Niemals werden wir die Italiener aufrichtigen Herzens mit uns haben, wenn wir ihnen nicht den römischen Dorn ausziehen; und ist es nicht besser, den Heiligen Vater unter dem Schutze der italienischen Armee als garibaldischen Unternehmungen preisgegeben zu wissen? Dadurch würde Frankreich seinem Feinde eine Waffe entziehen und einen Damm dem Aufwallen des Teutonismus entgegensetzen, den Preußen, eine vorwiegend protestantische Macht, in Deutschland zu erzeugen gewußt hat und den wir doppelt fürchten wegen der Ansteckung."

Eine ähnliche Zusage erhielt Napoleon durch Vermittelung des Gesandten Nigra und des Militärattachés Graf Bimercati von König Viktor Emanuel. Wie geteilt auch sonst in Florenz die Meinungen sein mochten, in der Überzeugung war doch alles einig, daß man die Ereignisse benutzen müsse, um Rom von der französischen Besatzung zu befreien und den Septembervertrag abzuschütteln; und dazu boten die Anträge Österreichs die beste Aussicht. In der Zeit vom 20. Juli bis zum 4. August wurden zwischen Wien und Florenz alle Vertragsbestimmungen festgesetzt. Beide Mächte regelten darin das Verfahren, nach dem sie von der bewaffneten Neutralität zum Offensivbündnis übergehen wollten; bis zum 15. September sollten auf beiden Seiten die Kriegsvorbereitungen beendet sein und zu diesem Zeitpunkte das Eingreifen beider in den Krieg beginnen, unter der ausdrücklichen Voraussetzung jedoch, daß dann der Einbruch der Franzosen in Süddeutschland erfolgt sei. In betreff Roms verpflichtete sich Österreich, seinem Verbündeten bessere Bedingungen als die des Septembervertrags auszuwirken.

Am 3. August traf Graf Bimercati in dem Hauptquartiere zu Metz ein, um dem Kaiser diesen Vertragsentwurf zu unterbreiten. Zweierlei fand dieser daran auszufehen: den späten Termin für den Eintritt der Verbündeten in die kriegerische Aktion, und den Punkt über Rom. Graf Bimercati eilte nach Florenz zurück, wo inzwischen auch Graf Witzthum eingetroffen war, und hier fand die Schlußverhandlung statt. Bei jenem Termin mußte es auf Oesterreichs Andringen verbleiben, der Artikel wegen Roms dagegen wurde fallen gelassen.

Es fehlte also nur noch der Einbruch der Franzosen in Süddeutschland, um die geheimen Verabredungen zwischen den drei Mächten zur That zu machen. Welcher Art dieser Einbruch sein würde, das lehrte die Drohung des Herzogs von Gramont gegen den Vertreter Badens in Paris, das Großherzogtum einer Verwüstung, gleich der der Pfalz unter Ludwig XIV., preiszugeben und dabei selbst der Frauen nicht zu schonen, angeblich, weil die badischen Truppen explodierende Flintenkugeln führten und das Großherzogtum der Petersburger Übereinkunft wegen Unterfagung solcher Geschosse nicht beigetreten sei; und obgleich aus Karlsruhe sofort die völlige Grundlosigkeit beider Lügen nachgewiesen und selbst von dem dortigen kaiserlichen Gesandten bestätigt wurde, ließ die Regierung dennoch den Befehlgebenden Körper, als die Sache dort zur Sprache kam, beim Glauben daran.

Aber der Einbruch erfolgte nicht. Mit drei wuchtigen Schlägen fuhr das deutsche Schwert dazwischen und machte den ganzen abgefeymten Anschlag zunichte.



## Neuntes Kapitel.

### Der deutsch-französische Krieg 1870—1871.

König Wilhelm hatte während der Ems'er Verhandlung, die übrigens nie einen anderen als einen rein privaten und persönlichen Charakter trug, eine beispiellose Mäßigung und Versöhnlichkeit bewiesen, der blinden Kriegseidenschaft, die auf ihn eindrang, ruhige Würde entgegengesetzt, selbst so weit, daß die öffentliche Meinung in Deutschland bereits anfing, sie zu weit gehend zu finden. An eine ernste Kriegsgefahr hatte dieses lange nicht glauben wollen, weil die Streitfrage dazu doch gar zu wenig angethan schien. Erst als das Ems'er Telegramm den mutwilligen Friedensbruch jedermann klar vor Augen stellte, vermandelte sich die lange bewahrte Geduld in einen lauten und allgemeinen Ausbruch nationaler Entrüstung. Unbeschreiblicher Jubel empfing den König allerorten auf seiner Rückreise. Der Kronprinz, Bismarck, der angesichts der sich verwickelnden Lage nach Ems beschieden worden und am 12. aus Barzin in Berlin eingetroffen war, aber unter den veränderten Umständen die Weiterreise aufgegeben hatte, ferner Moltke und Roon fuhr'n ihm bis Brandenburg entgegen, um schon unterwegs Rats mit ihm zu pflegen. Noch zauderte der König, das schicksalsschwere Wort Mobilmachung auszusprechen; erst als er bei der Ankunft in Berlin das Telegramm mit Oliviers Kriegsrede erhielt, entschloß er sich dazu. Eine unermessliche Menschenmenge begleitete ihn bis zu seiner Wohnung, vor der das Hochrufen und Singen kein Ende nehmen wollte, bis die Bitte um Ruhe für den zu haltenden Kriegsrat sie augenblicklich zerstreute. Noch in der nämlichen Nacht faßte dieser zwei entscheidende Beschlüsse: die Mobilmachung und die Berufung des Norddeutschen Reichstags auf den 19. Eine Depesche Bismarcks an die Vertreter des Bundes vom 18. stellte den französischen Lügen gegenüber die Thatfachen richtig. „Wenn hiernach,“ fuhr sie fort, „alle von den französischen Ministern angeführten Gründe für die Unvermeidlichkeit des Krieges in nichts zerfallen und absolut aus der Luft gegriffen erscheinen, so bleibt uns leider nur die traurige Notwendigkeit, die wahren Motive in den schlechtesten und seit einem halben Jahrhundert von den Völkern und Regierungen der zivilisierten Welt gebrandmarkten Traditionen Ludwigs XIV. und des ersten Kaiserreichs

zu suchen, welche eine Partei in Frankreich noch immer auf ihre Fahne schreibt. Als bewegende Ursache dieser bedauerlichen Erscheinung können wir leider nur die schlechtesten Instinkte des Hasses und der Eifersucht auf die Selbständigkeit und Wohlfahrt Deutschlands erkennen, neben dem Bestreben, die Freiheit im eigenen Lande durch Verwickelung desselben in auswärtige Kriege niederzuhalten.“

Tags darauf fand die Eröffnung des Reichstags statt. Die Thronrede atmete Festigkeit, Zuversicht und Gottvertrauen. „Gat,“ sprach der König, „Deutschland derartige Vergewaltigungen seines Rechts und seiner Ehre in früheren Jahrhunderten schweigend ertragen, so ertrug es sie nur, weil es in seiner Zerrissenheit nicht wußte, wie stark es war. Heut, wo das Band geistiger und rechtlicher Einigung, welches die Befreiungskriege zu knüpfen begannen, die deutschen Stämme verbindet, wo Deutschlands Rüstung dem Feinde keine Öffnung mehr bietet, trägt es in sich selbst den Willen und die Kraft der Abwehr erneuter französischer Gewaltthat.“ Eine Stunde darauf empfing König Wilhelm, vom Grabe seiner Mutter, deren Todestag der 19. Juli war, zurückkehrend, die Kriegserklärung, welche der französische Geschäftsträger Le Sourd übergeben hatte. Er weihte diesen Tag durch Erneuerung des eisernen Kreuzes. Der Reichstag nahm die ihm von Bismarck gemachte Mitteilung von der erfolgten Kriegserklärung mit lautem Beifallsrufen auf. Am 20. bekannte er sich in einer von Miquel im Namen aller Parteien beantragten und einstimmig angenommenen Adresse feierlich zu dem Inhalte der Thronrede. Sodann legte Bismarck die auf den Streitfall bezüglichen Aktenstücke vor. „Wir haben,“ sagte er, „von der französischen Regierung in der ganzen Angelegenheit nur eine einzige amtliche Mitteilung erhalten: es ist das die gestrige Kriegserklärung.“ Eine Anleihe von 120 Millionen Thalern wurde einstimmig bewilligt; nur die beiden Sozialdemokraten Bebel und Liebknecht enthielten sich der Abstimmung, um weder der preussischen Regierung Vertrauen auszusprechen noch Bonapartes Verfahren zu billigen. Bevor der Reichstag sich am 21. trennte, faßte er noch Beschlüsse über die Errichtung von Darlehenskassen und die Verlängerung der Reichstagsmandate auf die Dauer des Kriegs, jedoch nicht über den Schluß des Jahres hinaus.

Solange es ein deutsches Volk gab, hatte es sich noch niemals von einer nationalen Empfindung so allgemein, so gewaltig ergriffen und fortgerissen gefühlt wie jetzt. Die Begeisterung lohete hell auf, der Parteikampf schwieg, die Fortschrittspartei entsagte feierlich der Opposition. Fast zauberhaft berührte das plötzliche Aufklingen eines seit dreißig Jahren vorhandenen Liedes, Schneckenburger's, von Wilhelm komponirter „Wacht am Rhein;“ sie wurde der Kampfes- und Siegesgesang des deutschen Volkes. Der Geist der Befreiungskriege ward wieder lebendig, diesmal aber nicht bloß in einem Teile der Nation, sondern in der ganzen. Denn auch der Süden blieb keinen Schritt hinter dem Norden zurück. Voran der junge



König Ludwig II. von Bayern, der schon am 19. dem König Wilhelm meldete, daß er die Mobilmachung seiner Armee befohlen habe, um sie auf Grund des Bündnisses von 1866 unter dessen Oberbefehl zu stellen. Die Bevölkerung Münchens hatte ihm den hochherzigen Entschluß durch eine begeisterte Huldigung gedankt. Nur die ultramontane Kammermehrheit der „Patrioten“ belud sich mit der Schmach, daß sie die Forderung von 27 Millionen Gulden für Kriegszwecke erst an einen Ausschuß verwies und dieser, da der casus foederis nicht vorliege, nur fünf bis sieben Millionen zu Aufrechthaltung der bewaffneten



Kriegsminister von Frankh. Nach Photographie.

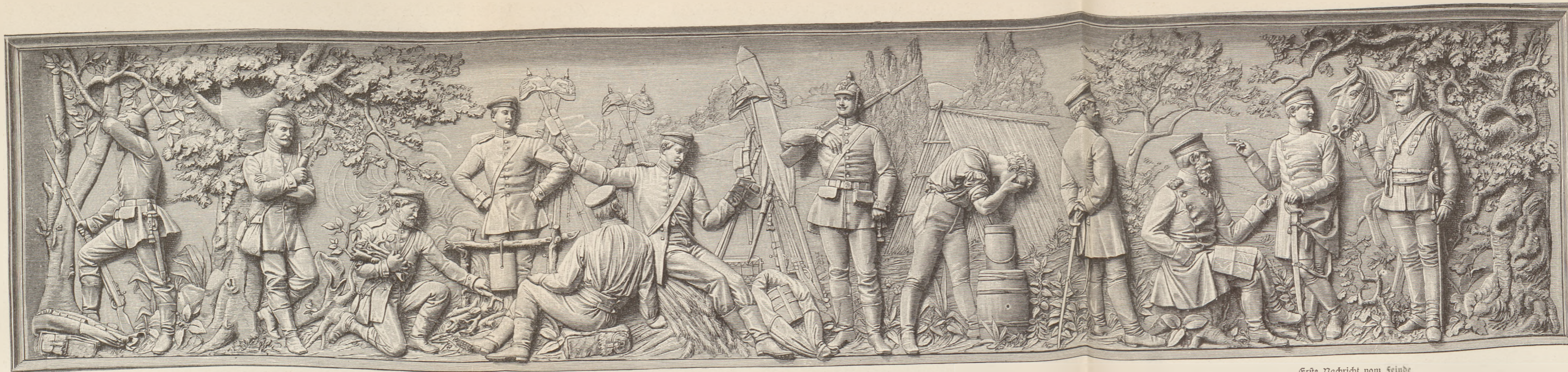
Neutralität zu bewilligen beantragte. Allein Minister Graf Bray bezeichnete es als unzulässig, daß die Kammer ihre Bewilligung an diese Bedingung knüpfe, da das Recht über Krieg und Frieden dem Könige allein zustehe; der Kriegsminister von Frankh erinnerte „als Partikularist reinsten Wassers“ daran, gerade die berechnete Selbständigkeit Bayerns verlange, daß es seine Pflicht erfülle; ein Teil der Mehrheit fiel unter Sepps Führung ab und die Bewilligung von 18 Millionen wurde mit 101 gegen 47 Stimmen ausgesprochen. Nun wagte auch die demokratisch-großdeutsche Kammer in Stuttgart keinen Widerspruch mehr zu erheben; nur wich der Minister Barmbühler mit Vorwissen Bismarcks noch einige Tage einem endgültigen Bescheide an den französischen Gesandten aus, um dem Feinde so spät wie möglich feste

Anhaltspunkte für seine militärischen Maßnahmen an die Hand zu geben. Am 22. wurde badischerseits die Brücke von Rehl gesprengt.

Bestand noch irgendwo in Europa ein Zweifel, wer der Friedensstörer sei, so wurde er beseitigt, als die Times am 27. Juli jenen Vertragsentwurf vom 20. August 1866 veröffentlichte, den Benedetti so unvorsichtigerweise in Bismarcks Hand gelassen hatte. Gramonts und Olliviers Ablehnungsversuche vernichtete letzterer, indem er dem diplomatischen Corps die photographische Abbildung des Originals unterbreitete, durch Mitteilung weiterer Aktenstücke den ganzen Zusammenhang des damaligen Handels ans Licht zog und damit den unwiderleglichen Beweis lieferte, daß Deutschland es sei, das seit acht Jahren fortwährend für die Erhaltung des Weltfriedens gearbeitet, daß das kaiserliche Frankreich es sei, welches denselben unablässig bedroht habe. Den tiefsten Eindruck machten diese Enthüllungen in England; die öffentliche Meinung ergriff dort entschieden Partei gegen den Friedensstörer. Die englischen Staatsmänner hatten bisher mit ihrer Stellungnahme zu der eingetretenen Verwicklung wenig Glück gehabt. Als Lord Granville so unbedacht gewesen war, auf Gramonts Antrieb die französischen Forderungen zu unterstützen, war er damit von dem deutschen Gesandten Grafen Bernstorff sehr nachdrücklich abgewiesen worden; als er darauf in Berlin die Bereitwilligkeit der englischen Regierung zu einer Vermittelung zu wissen that, verwies ihn Bismarck zunächst nach Paris, dort aber war dieselbe bereits abgelehnt worden. Jetzt, wo Napoleons Absichten auf Belgien mit Händen zu greifen waren, schlug Granville den kriegführenden Mächten einen Vertrag vor, durch den sich jede von beiden verpflichten sollte, einem etwaigen Angriffe des einen Teils auf dieses Land gemeinsam mit England entgegenzutreten; als derselbe aber unterzeichnet wurde (9. und 11. August), war er bereits durch die Ereignisse gegenstandslos geworden. Von ungleich größerem Werte als das zweideutige Wohlwollen Englands war für Deutschland die sichere Freundschaft Rußlands. Von diesem erntete jetzt Preußen den Dank für seine Haltung während des Krimkrieges. Indem Rußland seine Neutralität verkündigte, hielt es nicht bloß Osterreich in Schach, sondern auch das rachedürstende Dänemark, um dessen Bundesgenossenschaft Kaiser Napoleon durch die Sendung des Herzogs von Cadore nach Kopenhagen erworben hatte.

Der rasche und unbedingte Anschluß Süddeutschlands an den Nordbund war die erste in einer langen Reihe bitterer Enttäuschungen, die jetzt der Franzosen warteten. Die zweite brachte der Aufmarsch des Heeres. Man hatte den Krimkrieg unvorbereitet begonnen, und dennoch war er geglückt; das Nämliche war in dem italienischen Feldzug geschehen. Daraus entstand, befördert durch den nationalen Dünkel, der Irrtum, Vorbereitung sei für ein französisches Heer überhaupt nicht nötig, um zu siegen. Der Plan war, zwei Heere zu bilden, das eine von 150 000 Mann bei Metz, das andere von 100 000 Mann bei Straßburg, mit beiden bei Mayau über den Rhein zu





Wachposten

Beim Abkochen

Flaggenwache

Toilette

Erste Nachricht vom Feinde



Feldschlachterei

Gute Nachricht von Daheim

Feldpostillon

Brief nach Hause

Liebesgaben

Gefangener Spion

Traurige Botschaft

Ruhe

I. u. 2. Im Feldlager.

Marmor-Relief von Johannes Pfuhl, im Fries des Feldmarschall-Saales der Hauptkadettenanstalt zu Eichersfelde. Erstes Blatt.



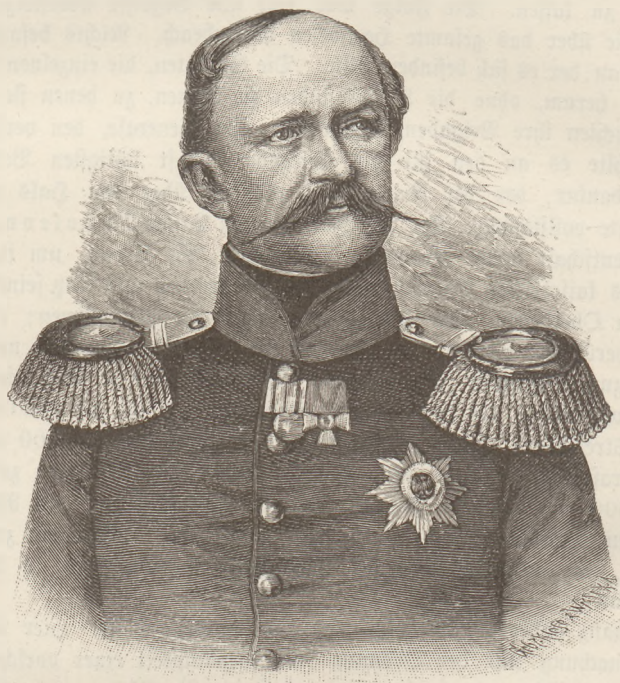


gehen und durch den Einbruch in Süddeutschland den beiden geheimen Verbündeten das Zeichen zu geben, um ihrerseits in Thätigkeit zu treten. Eine Reserve von 50 000 Mann sollte sich bei Chalons sammeln, die Flotte die Operationen des Landheeres unterstützen, indem sie im Vertrauen auf den Anschluß Dänemarks und der welfischen Hannoveraner ein Landungskorps von 30 000 Mann an die norddeutsche Küste werfen würde. Man hatte jedoch den unglücklichen Einfall gehabt, die Truppen möglichst schnell, noch auf dem Friedensfuße an die Grenze zu werfen und sie dort erst ihre Mobilmachung vornehmen zu lassen. Die Folge war eine alle Begriffe übersteigende Verwirrung, die über das gesamte Heerwesen hereinbrach. Nichts befand sich an der Stelle, an der es sich befinden sollte. Die Soldaten, die einzelnen Truppenteile irrten herum, ohne die Korps finden zu können, zu denen sie gehörten, Generale suchten ihre Brigaden, Regimenter ihre Generale, den versammelten Armeen fehlte es an den für die Kriegsbereitschaft nötigsten Bedürfnissen. Die Intendantur, der der Krieg ganz plötzlich über den Hals gekommen war, versagte vollständig. Am 28. Juli verließ Kaiser Napoleon, nachdem er die Regentschaft seiner Gemahlin übertragen, St. Cloud, um sich in Begleitung des kaiserlichen Prinzen nach Metz zu begeben und trotz seines Körperleidens den Oberbefehl über die „Rheinarmee“ zu übernehmen; er vermied Paris zu berühren, weil die Menge ihm die Pferde ausspannen und ihn im Triumphe zum Bahnhofe ziehen wollte. Was sich aber in Metz seinen Augen darstellte, war nichts als der heillofeste Wirrwarr. Statt der 385 000 Mann, die seine Streitmacht zählen sollte, waren thatsächlich nur 220 000 vorhanden; der bei Straßburg stehende rechte Flügel unter Mac Mahon zählte sogar statt 107 000 nur 40 000 Mann. An eine Überschreitung des Rheins war unter diesen Umständen nicht zu denken, und damit entschwand zugleich die Bedingung, an welche Oesterreichs und Italiens Eingreifen in den Krieg geknüpft war.

Ein ganz anderes Bild zeigte sich auf deutscher Seite. Hier vollzog sich die Mobilmachung mit der Ordnung und Genauigkeit einer vorschriftsmäßig arbeitenden Maschine, in solcher Ruhe, daß die Bevölkerung bänglich wurde, weil sie so wenig von Kriegsvorbereitung bemerkte. Aber am 25. Juli begann mit einem Schlage der Massentransport der Truppen gen Westen, so sorgfältig geregelt, daß nicht die geringste Störung einen Aufenthalt verursachte. Bereits im Winter zu 1869, nachdem die preussische Heeresorganisation im ganzen Norddeutschen Bunde durchgeföhrt war, hatte Moltke den Plan zum Aufmarsch für den Fall eines französischen Angriffs festgestellt. Die Gewißheit, daß das deutsche Heer schneller als das feindliche fertig sein werde, gestattete, denselben dicht an der Grenze vorzunehmen. Ein überaus kühner Ritt des badischen Leutnants Graf Zeppelin mit vier Offizieren und acht Dragonern durch den ganzen Kreis Weißenburg, 25. und 27. Juli, sowie der des Majors von Egloffstein gegen Bitsch lieferten das wichtige Ergebnis, daß sich hier noch nirgends feindliche Streitkräfte befanden. Es war also möglich, durch



eine kräftige Offensive den Kriegsschauplatz in Feindesland zu verlegen. Zu diesem Zwecke wurde die gesamte deutsche Streitmacht in der Pfalz aufgestellt. Hier befand sie sich nicht nur auf der inneren Operationslinie des Feindes, dessen beide durch die Vogesen getrennte Heeresgruppen bei dem Mangel an Querbahnen einander nur durch Fußmärsche erreichen konnten, diese Aufstellung schützte zugleich mittelbar auf das wirksamste das scheinbar schutzlos gelassene Süddeutschland. Eingeweiht in diesen Plan, trugen



Prinz August von Württemberg. Nach Photographie.

daher auch die süddeutschen Fürsten kein Bedenken, ihre Truppen unter Entblößung des eigenen Landes zu dem norddeutschen Heere stoßen zu lassen. Pünktlich auf die Stunde traf jedes Korps an der ihm zugewiesenen Stelle ein.

Das deutsche Heer gliederte sich in drei Armeen. Den rechten Flügel an der Saar bildete die I. Armee unter General Steinmetz, 60 000 Mann, bestehend aus dem VII., westfälischen Korps von Zastrow und dem VIII., rheinischen von Goeben, die Mitte, von Saarlouis bis gegen Saargemünd, nahm die II. Armee ein, 131 000 Mann unter dem Oberbefehl des Prinzen Friedrich Karl; zu ihr gehörten die Garde unter Prinz August von Württemberg

berg, das III. Korps, die Brandenburger, unter von Alvensleben II., das X., hannoversche, von Voigts-Reh und das IV., thüringische, von Alvensleben I. Mit Einrechnung der vorwärts Mainz stehenden Reserve, der Hälfte des IX., schleswig-holsteinischen Korps von Manstein nebst der großherzoglich-hessischen Division und des XII., der Sachsen unter ihrem Kronprinzen Albert, stieg die Stärke der Armee auf 194 000 Mann. Die III. Armee, der linke Flügel zu beiden Seiten des Rheins von Landau bis Kastatt, setzte sich zusammen aus dem V. und dem XI. preussischen Armeekorps (Posen, von Kirchbach und Hessen-Nassau, von Bose) sowie den Süddeutschen, nämlich den beiden bairischen Korps von der Tann und von Hartmann und den zu dem Korps von Werder vereinigten Württembergern (von Dbernitz) und Badenern (von Beyer), zusammen 130 000 Mann. Es war ein äußerst glücklicher Griff, den Oberbefehl über diese Armee dem Kronprinzen Friedrich Wilhelm von Preußen zu übertragen, dessen ritterliche Heldengestalt und leutseliges Wesen sofort die Herzen der Süddeutschen gewannen. Es ergab dies eine Gesamtstärke von 384 000 Mann. Das I. (von Manteuffel), das II. (von Fransecky) und das VI. (von Tümping) Armeekorps blieben vorläufig noch aus Rücksicht auf die zweifelhafte Haltung Oesterreichs zurück. Für die Dauer des Krieges war das ganze norddeutsche Bundesgebiet in fünf Generalgouvernements eingeteilt; über die Nordseeküste führte dieses General Vogel von Falkenstein, dem zum Schutze derselben das halbe schleswig-holsteinische Korps und Landwehren, im ganzen 90 000 Mann unter dem Großherzog Friedrich Franz von Mecklenburg zur Verfügung standen. Der Geist des Heeres wie des ganzen Volkes war unübertrefflich. Jeder Einzelne war sich bewußt, einem schweren Kampfe entgegenzugehen, und selbst auf anfängliche Niederlagen gefaßt, aber auch durchdrungen und gehoben durch die Gewißheit endlichen Sieges. Am 3. August hatten die drei Armeen ihren Aufmarsch vollendet. Tags vorher war König Wilhelm in Moltkes Begleitung zu Mainz eingetroffen, um den Oberbefehl über die deutsche Streitmacht zu übernehmen.

Auf französischer Seite stand das I. Armeekorps, Marschall Mac Mahon, reichlich 41 000 Mann, im Departement Niederrhein, das II., General Frossard, 26 000 Mann, zu St. Avold und Forbach, das III., Marschall Bazaine, über 39 000 Mann, zwischen Courcelles und Boulay, das IV., General Ladmirault, gegen 29 000 Mann, zu Boulay, das V., General Faillh, 25 000 Mann, zu Saargemünd, die kaiserliche Garde, gegen 30 000 Mann, unter General Bourbaki, bei Metz; das VII. Korps, Fel. Douay, 20 341 Mann, war bei Belfort noch in der Bildung begriffen. Das VI. Korps, unter Marschall Canrobert, wurde im Lager von Chalons zusammengezogen; aber die Mobilgarden, die ihm von Paris zugesandt wurden, waren von der Art, daß der Marschall dringend bat, sie ihm wieder abzunehmen. Weitere Reserven gab es nicht. Als Chef des Generalstabs





Marſchall Mac Mahon. Nach Photographie.

fungierte Marschall Leboeuf. Der Verzicht auf den ursprünglichen Kriegsplan unmittelbar vor Beginn des Feldzugs trug viel dazu bei, die eingetretene Verwirrung zu steigern. Immer nur auf den Einbruch in Süddeutschland bedacht, hatte man niemals die Möglichkeit, den eigenen Boden zu verteidigen zu müssen, ins Auge gefaßt; kein Offizier besaß eine Karte der Grenzdepartements. Ueber die Stellung der deutschen Heere herrschte völlige Unwissenheit; die Kavallerie verfuhr, wie während des ganzen Krieges, den Aufklärungsdienst höchst mangelhaft. Tag für Tag verging in peinlicher Unthätigkeit. Wie die Aufstellung der Truppen lehrt, hatte man statt des aufgegebenen Rheinüberganges einen Vorstoß gegen die Saar im Sinn; Bazaine, dem der Kaiser zu diesem Zwecke auch die Korps Frossard, Failly und Ladmirault unterstellte, sollte ihn am 21. Juli ausführen; aber einstimmig erklärten das die Generale bei der Mangelhaftigkeit der Ausrüstung für unmöglich. Allein die Ungeduld der Pariser wollte beschwichtigt sein. General Frossard erhielt Befehl, am 2. August eine Rekognoszierung gegen Saarbrücken vorzunehmen. Dort stand seit vierzehn Tagen eine schwache Vorhut, ein hohenzollernsches Bataillon, vier Schwadronen rheinische Ulanen und vier Geschütze, nicht mehr als 1400 Mann, aber ihr Anführer, Oberstleutnant von Bestel, manövrierte so geschickt, daß er die Franzosen in der Täuschung erhielt, als hätten sie ein ganzes Armeekorps sich gegenüber. Nach dreistündigem Gefecht gegen drei Divisionen, welchem der Kaiser und sein Sohn persönlich beiwohnten, räumte die kleine Schar auf höheren Befehl die Stadt, um in dem Köllerthaler Walde zu verschwinden, und die Franzosen waren so klug wie vorher. Den Parisern verübten pomphaste Bülletins die lächerliche Heldenthat der Eroberung von Saarbrücken. „Der kaiserliche Prinz,“ hieß es darin, „hat auf dem ersten Schlachtfelde des Feldzugs die Feuertaufe erhalten, seine Geistesgegenwart, seine Kaltblütigkeit in der Gefahr waren würdig des Namens, den er trägt.“ Der Blitz, den man zu schleudern gedacht, verpuffte wie ein Feuerwerk. Der Kaiser kehrte nach Metz zurück, wo er unthätig auf das Eintreffen Canroberts und den Anschluß Mac Mahons wartete.

Um so thätiger war die deutsche Heeresleitung. Da der Feind sich nicht rührte, beschloß sie am 3. August die allgemeine Angriffsbewegung gegen die Saar. Der linke Flügel, die III. Armee, sollte zu diesem Zwecke sich zuerst in Bewegung setzen, die I. vorläufig sich noch zurückhalten. Mac Mahon, im Augenblick der Kriegserklärung noch Gouverneur von Algerien, hatte bei seiner Ankunft in Straßburg am 24. Juli sein Armeekorps noch mitten in der Formation begriffen vorgefunden. Sein linker Flügel, die Division Abel Douay, stand auf dem durch die ersten glücklichen Kämpfe der Revolutionsheere denkwürdigen Boden in und um Weissenburg an der Lauter, ohne Ahnung, daß er eine ganze Armee sich dicht gegenüber habe. Am 4. August rückte diese durch den Bienwald heran. Die bairische Division von Bothmer eröffnete den Angriff. Von der Höhe bei



Schweigen leiteten der Kronprinz und sein Generalstabschef von Blumenthal das Gefecht. Bei der Schwierigkeit, das Geschütz auf den durchweichten Wegen vorwärts zu bringen, hatten die Bayern einen harten Stand, denn die altertümlichen Befestigungen der Stadt in Verbindung mit dem auf dem nahen Geisberg gelegenen ummauerten Schlosse boten eine Stellung, die sich auch mit geringen Kräften nachhaltig behaupten ließ. Es wurde Mittag, ehe die Stadt erklümt und das sie verteidigende Bataillon genötigt wurde, die



Generalleutnant von Blumenthal. Nach Photographie.

Waffen zu strecken. Schon vor dem Fall dieses seines linken Stützpunktes hatte General Douay die Notwendigkeit des Rückzuges erkannt, aber in südlicher Richtung war derselbe nicht mehr ausführbar, denn die Straße nach Hagenau verlegte ihm die Umgehung durch die Posener und Nassau-Hessen. Er selbst verlor durch einen Granatsplitter das Leben. Einen noch blutigeren Kampf kostete der Geisberg, dessen tapfere Besatzung erst durch die Ankunft der Artillerie zur Ergebung gebracht werden konnte. Schwere Opfer, mehr als 1500 Tote und Verwundete, hatte dieser Erfolg den Siegern gekostet; aber sie wurden doch weit überwogen durch den erhebenden Eindruck, daß der erste Schritt auf französischem Boden trotz Chassepots und Mitraillenseu, Zuvaven und Turkos siegreich gewesen war.

Hatte sich bei Saarbrücken die Offensive der Franzosen in nichts aufgelöst, so sahen sie sich durch den Verlust der Lauterlinie völlig auf die Defensiv zurückgeworfen. Refognoszierungen ergaben, daß Mac Mahon hinter der Sauer Stellung genommen hatte. Der Kronprinz beabsichtigte jedoch seinen sehr angestregten Truppen den 6. zunächst einen Ruhetag zu gönnen; auch sein Gegner erwog, ob es nicht richtiger sei, sich auf die Vogesen zurückzuziehen. Allein beide Heere standen schon am Abend des 5. einander so nahe, daß die Vorposten sich fortwährend in kleinen Scharmüßeln maßen,



General von Hartmann. Nach Photographie.

und auf beiden Seiten wurde durch das Herandrängen der Truppen der Absicht der Heeresleitung vorgegriffen. So kam es bereits am 6. zur Schlacht bei Wörth. Auch hier befanden sich die Franzosen weit in der Minderzahl. Denn wenn auch der Kaiser auf Bitten des Marschalls das I. und VII. Korps unter seine Befehle gestellt hatte, so war doch von jenem, Fel. Douay, nur erst eine Division zur Stelle, während dieses, Failly, sich durch den Kanonendonner in seiner Linken bei Bitsch festhalten ließ und gar nicht auf dem Kampfplatze erschien. Aber durch die außerordentliche Festigkeit von Mac Mahons Stellung auf den Höhen und dem von Wein- und Hopfenpflanzungen bedeckten Abhange längs des von der Sauer und dem Sulzbach durchflossenen Wiesengrundes durfte das Mißverhältnis der Zahl als ausgleichend gelten.



Weder die gegen die Linke des Feindes bei Neeweiler vordringenden Bayern vom Korps von Hartmann noch auch die Hessen unter von Bose auf dem linken Flügel vermochten einen entscheidenden Vorteil zu erringen, und ebenso vergeblich waren alle Anstrengungen, welche von Kirchbach von Wörth aus gegen die feindliche Front richtete. Teils mußten die Deutschen die errungenen Vorteile unter starken Verlusten wieder aufgeben, teils vermochten sie sich gegen die heftigen Angriffe der Franzosen nur mühsam zu behaupten. Das war der Stand der Dinge, als um elf Uhr vom Kronprinzen bei von Kirchbach der Befehl eintraf, den Kampf nicht aufzunehmen



General von Bose. Nach Photographie.

und alles zu vermeiden, was einen neuen herbeiführen könne. Da dieser Befehl irrtümlicherweise auch an das II. bayerische Korps gelangte, so brach dieses das Gefecht ab und trat den Rückmarsch an. Aber ein allgemeines Abbrechen des Gefechts war ohne große Verluste nicht ausführbar; es hätte außerdem den Franzosen das Recht gegeben, sich den Sieg zuzuschreiben und ihnen Zeit gelassen, Verstärkungen heranzuziehen; es stand daher kaum zu erwarten, daß man später unter günstigeren Verhältnissen würde schlagen können. So entschloß sich der General, dem erhaltenen Befehle zuwider auf eigene Verantwortung den Kampf fortzusetzen. von Bose, davon benachrichtigt, antwortete freudig, er werde das V. Armeekorps nicht im Stiche lassen. Um ein Uhr traf der Kronprinz, herbeigerufen durch den wider Erwarten sich verstärkenden Kanonendonner, ein und übernahm nun persönlich die Leitung der Schlacht. Das V. Korps wurde angewiesen, den Frontalangriff auf die vor-

liegenden Höhen zu verzögern, weil das Eingreifen der Flügel erst in ein bis drei Stunden zu erwarten stand. Der ganze Kampf im Centrum bestand in einer Reihe stets wiederholter Offensivstöße von beiden Seiten, bei denen jedesmal der Angreifer ungeheure Verluste erlitt, der Verteidiger meist seine Stellung behauptete. Nur mühsam und allmählich machten die zusammengeschmolzenen, des größten Theils ihrer Offiziere beraubten Posener unter Daransetzung der letzten Reserven so weit Fortschritte, daß ihre Schützenlinien den oberen Rand der nach Wörth vorspringenden Weinberge umfaßten. Es bedurfte der ganzen Zuversicht des Kommandierenden, der höchsten Energie aller Führer und der äußersten Hingebung der Truppen, um in solcher Lage



General von Kirchbach. Nach Photographie.

anzuharren, bis endlich der erfolgreiche Angriff des XI. Korps gegen den rechten feindlichen Flügel, sein Vordringen über Gunstett auf Morsbrunn, die ersohnte Unterstützung brachte. Diesen Angriff aufzuhalten brach die Kürassierbrigade Michel wie ein Gewittersturm hervor, aber vor dem Schnellfeuer der Preußen sanken ihre Glieder „wie über den Tisch gefächerte Karten, Mann an Mann.“ Die Elfer reichten den Fünfern die Hand und so erschöpft und durcheinander gekommen die Truppen waren, so wurde doch Elfsaßhausen mit lautem Hurra erstürmt, ein Gegenangriff erst der französischen Infanterie, dann der Kavalleriebrigade Bonnemains zurückgeschlagen. Von rechts her unterstützten die Bayern die sich verblutenden preußischen Waffenbrüder, die Württemberger wurden von Gunstett auf Reichshofen dirigiert, um dem Feinde den Rückzug zu verlegen. Nach einem erbitterten aber hoffnungslosen Häuserkampfe, in welchem General Raoult den Tod fand, fiel um 5 Uhr auch



Fröschweiler, das letzte Bollwerk des Feindes. Was nicht gefangen wurde, enteilt in wilder Auflösung auf den Straßen nach Reichshofen und Niederbronn und verdankte seine Rettung nur dem Eintreffen einer Division Faillhs, das den Flüchtigen ermöglichte, die Vogesenpässe zwischen sich und die Sieger zu bringen.

„Das sind keine Bataillone,“ rief ein Engländer, der Augenzeuge der Schlacht gewesen war, „das sind Mauern, die mit unwiderstehlicher Macht vordringen. Man sieht gar nicht, daß die Kanonen, Mitrailleurseisen, Gewehre sie berühren. Jede Lücke schließt sich augenblicklich. Nur hinter den Reihen merkt man, daß sie gelichtet wurden. Jeder Mann vom ersten bis zum letzten ist ein Held. Frankreich ist verloren und um so mehr, je länger der Krieg dauert.“ 6000 Gefangene, 33 eroberte Geschütze bezeugten die Größe des Sieges, aber freilich hatte er auch 489 Offiziere und 10 153 Mann an Toten und Verwundeten gekostet.

Zu derselben Zeit, wo Mac Mahons Armee bei Wörth zertrümmert wurde, verwandelte das Ungeklüm der Truppen und ihrer Führer die nur als Sicherheitsmaßregel gemeinte Vorschübung der Spitzen der I. und II. Armee gegen die Saar in einen gleichfalls überaus heißen Kampf um die südlich von Saarbrücken sich erhebenden Spicherner Höhen, welche das Korps Frossard besetzt hatte. Auf die Meldung, daß der Feind sich aus der Nähe von Saarbrücken auf diese zurückgezogen habe, beschloß von Kamcke, Kommandirender der 14., Düsseldorfer Division, sofort, seinen Abzug nicht ungestört zu lassen. Kurz vor Mittag begann der Angriff; um halb drei Uhr war der Südrand des Gifertwaldes genommen; aber das weitere Vordringen scheiterte an dem mörderischen Geschütz- und Gewehrfeuer, mit welchem der Feind von Spichern her aus unmittelbarer Nähe die Angreifer überschüttete. Der Erfolg hing an der Wegnahme des Roten Berges, eines steilen Felsvorsprunges, der alle Anmarschlinien in dem freien Gelände flankierte. An der Spitze der 74er erklettert ihn General von Francois, ein starker Gegenstoß wirft ihn zurück; während er die 39er diesem entgegenführt, sinkt er, von fünf Kugeln durchbohrt. Die ermatteten Preußen, die sich verschossen haben, müssen zurück. Auch rechts, in der Stieringer Niederung, war es nicht möglich, Boden zu gewinnen. Kamckes Lage wurde bedenklich. Ein Glück, daß Frossard nicht zum Gegenangriff überging noch auch Unterstützung erhielt. Dagegen langte für die bedrängten Düsseldorfer nach und nach Hilfe an. Ein schönes Bild, wie der Kanonendonner die rückwärts stehenden Heeressteile unaufhaltsam auf das Schlachtfeld lockt, ehe noch ein höherer Befehl sie dahin schießt. von Goeben trifft mit Rheinländern und Brandenburgern ein und übernimmt die Leitung, um sie jedoch schon eine Stunde später an von Zastrow als den älteren General abzutreten. Auch von Uvensleben beteiligt sich an derselben. Bataillonsweise wurden Ankommende ins Feuer geschickt. Es entbrannte jetzt an dem Roten Berge so wie in dem Gifert- und dem Pfaffenwalde ein gewaltiger Kampf. Um sechs Uhr waren beide Wälder in den Händen der Preußen. In der Niederung

wurden die Zollhäuser genommen. Noch einmal drohte das Vordringen des Feindes einen ungünstigen Umschwung herbeizuführen: endlich gelang es mit Hilfe zweier mit unsagbarer Mühe auf die Höhe hinaufgebrachter Batterien ihn zum Aufgeben seiner Stellung zu zwingen. Mit Einbruch der Dunkelheit trat er auf allen Punkten den Rückzug an.



General Frossard. Nach Photographie.

Bei Weißenburg waren 26 000 Deutsche mit 90 Geschützen und 5300 Franzosen mit 18 Geschützen, bei Wörth 75 000 Deutsche mit 234 Geschützen und 35 000 Franzosen mit 131 Geschützen im Kampfe wirklich aufeinander gestoßen, bei Spichern dagegen nur 26 840 Deutsche mit 78 Geschützen und 23 900 Franzosen mit 90 Geschützen, die eine durch Natur- und Feldbefestigungen uneinnehmbar erscheinende Stellung inne hatten. Hier hatte



nicht die Überzahl, sondern der Löwenmut der Streiter und ihre treffliche Führung das Feld behauptet. „Diese Schlachten,“ gesteht selbst ein Franzose, „waren nicht Siege von Soldaten über Soldaten, sondern der Organisation, der Ordnung, der Klarheit in der Auffassung, der Sicherheit in der Ausführung über die Unordnung, die Konfusion, den Mangel an Voraussicht und die Unerfahrenheit.“ Die Grenze war eingeschlagen durch einen doppelten Keulenschlag. Die französische Armee, im Zentrum durchbrochen, konnte sich erst weit rückwärts wieder vereinigen. Das war der strategische Erfolg. Gleich groß war der moralische. So hatte das deutsche Volk noch nie aufjubelt wie bei diesen Siegesbotschaften, die alle gehegten Befürchtungen verscheuchten. Um so grausamer war das Erwachen des französischen aus seinen wahnwitzigen Einbildungen. Eine an der Pariser Börse verbreitete Lügendepesche von einem großen Siege, bei dem der Kronprinz von Preußen mit 25 000 Mann gefangen worden, erzeugte eine Weile einen unsinnigen Freudentaumel, bis sich herausstellte, daß gar keine Depesche angekommen war. So wie dann nachts die Hiobspost einlief, geriet auch schon der Thron des Napoleoniden ins Wanken. Was der Kaiser bei seiner Abreise zum Heere in Paris hinter sich gelassen hatte, war nicht eine in sich geschlossene, zur Verteidigung der Interessen von Land und Thron einmütig bereite Regierung, sondern feindselige Koterien, für die selbst die größte Gefahr des Vaterlandes eine Gelegenheit abgab, sich gegenseitig zu verdrängen. Vergebens suchte eine Proklamation der Regentin die Bestürzung zu hemmen. Die Einberufung der Kammern auf den 11., dann auf den 9., die Verhängung des Belagerungszustandes über Paris steigerten nur die Aufregung und der Zusammentritt der Kammern löste der Revolution die Zunge. Niemand hörte auf den von Ollivier erstatteten Bericht, welcher beschwichtigen sollte. Favre stürmte voran mit der Forderung: Rücktritt des Ministeriums und die Einsetzung eines Fünfzehnerausschusses mit diktatorischer Gewalt. Aber nicht dieser Antrag der Opposition war es, der das Ministerium Ollivier-Gramont zu Falle brachte, sondern ein von Duvernois, also der bonapartistischen Rechten eingebrachtes Mißtrauensvotum. Die Neubildung des Kabinetts übertrug die Kaiserin am 10. August dem eigentlich nur zur Übernahme des Kriegsministeriums telegraphisch aus Lyon herbeigerufenen Grafen Palikao. Seine Freunde nannten es das Ministerium der nationalen Verteidigung; die Opposition verhöhnte es als das der letzten Stunde und eilte, es sich unterwürfig zu machen. Wiederum auf Favres Antrag verfügte das Gesetz vom 12. August die Wiederherstellung der Nationalgarde und die Einreihung sämtlichen jungen Männer in dieselbe vom 21. Jahre an, die mindestens ein Jahr in der Gemeinde gewohnt hatten, mit eigener Offizierswahl. Das stehende Heer für die Revolution war damit begründet. Nächstdem war das Dringendste Ergreifung von Maßregeln zur Verteidigung des Landes und der Hauptstadt. Denn nun ermaß man mit einemmal die Tiefe des Abgrundes, vor dem man stand. Der kranke Kaiser knickte unter der Wucht der Ereignisse und





Nachtruhe

Meldung vom Posten

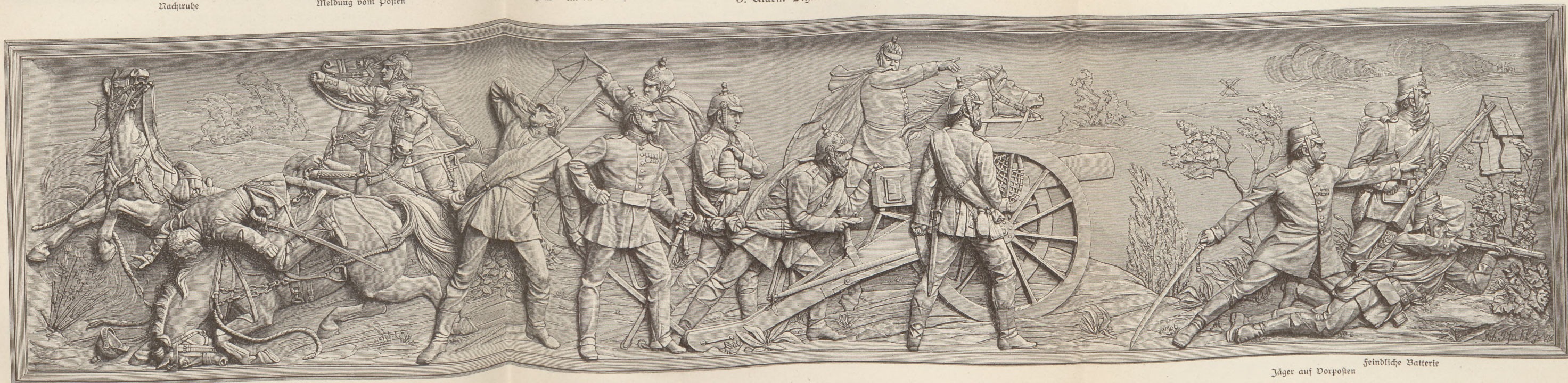
Alarm-Signal An die Gewehre!

3. Alarm-Signal.

Aufbruch

Erster Befehl für das Gefecht

Adjutant



Das erste Geschütz im Feuer

4. Artillerie- und Vorposten-Kampf.

Jäger auf Vorposten

Feindliche Batterie

Marmor-Relief von Johannes Pfuhl, im Fries des Feldmarschall-Saal der Hauptkadettenanstalt zu Eichterfelde. Zweites Blatt.





der auf ihm lastenden Verantwortlichkeit zusammen, die Unfähigkeit des Major-generals Leboeuf lag vor aller Augen. Das neue Ministerium erzwang dessen Abziehung und die Übertragung des Oberbefehls über die bei Metz versammelte, 170 000 Mann starke Armee an den Marschall Bazaine, den die Laune der öffentlichen Meinung und die Stimme des Heeres verlangten, obgleich er nichts gethan hatte, um dieses Vertrauen zu verdienen. Mac Mahon führte unbeflügelt die Trümmer seines Korps nach Chalons zurück. Faily irrte mit dem seinigen zwecklos hin und her. Die Entschlüsse wechselten von Stunde zu Stunde. Bei dem richtigsten, dem Rückzug nach Chalons, zu verbleiben, hinderte die Furcht vor dem schlimmen Eindrucke, den dies im Innern und im Auslande, vor allem aber in Paris machen würde.

Unterdes traten die drei deutschen Heere in imposanter Fronte den Vormarsch an. Dichte Reiter Schwärme hüllten ihre Bewegungen in einen undurchdringlichen Schleier und verbreiteten Schrecken unter der Bevölkerung, den auch die Ansprache, welche König Wilhelm beim Betreten des feindlichen Bodens erließ: „Ich führe Krieg mit den französischen Soldaten und nicht mit den Bürgern Frankreichs,“ keineswegs milderte. Die ganze Heeresmasse führte eine drehende Bewegung aus. Um der II. und III. Armee Zeit zu lassen, den Feind im Bogen zu umgehen, rückte die I. als rechter Flügel nur langsam vorwärts, schneller Prinz Friedrich Karl in der Mitte auf Pont-à-Mousson, am schnellsten links Kronprinz Friedrich Wilhelm auf Nancy, indem er die badische Division Werder zur Belagerung von Straßburg, andere Abteilungen zur Einschließung der kleineren Festungen Bitsch, Marsal, Lichtenberg, Büchelstein, Pfalzburg zurückließ. Man erwartete, die feindliche Hauptmacht werde sich hinter der französischen Niede zum Kampfe stellen. Allein Bazaine, der am 13. den Oberbefehl übernommen, hatte sie bis an die Mosel bei Metz zurückgenommen und auf dem rechten Ufer unter dem Schutz der Forts Queuleu und St. Julien aufgestellt. Da man aber schließlich doch auf den Rückzug nach Chalons zurückgekommen war, so begann sein Heer am Morgen des 14. den Fluß zu überschreiten. Auch der Kaiser begab sich ebendorthin. Deutscherseits war für diesen Tag kein Angriff beabsichtigt. Als jedoch der Führer der Vorhut des VII. Armeekorps von der Goltz wahrnahm, daß das die französische Nachhut bildende Korps Decaen (früher Bazaine) noch außer dem Bereiche der Forts in seinem Lager stand, glaubte er den Versuch machen zu sollen, ob sich der Feind hier festhalten lasse, um dadurch dem Prinzen Friedrich Karl Zeit zu verschaffen, Mosel aufwärts Boden zu gewinnen. Dieser Versuch gelang in überraschender Weise. General Ladmiraullt, der bereits über den Fluß gegangen war, ließ sich dadurch verleiten, auf eigene Faust umzukehren. Zwar an weiteren taktischen Erfolg als die Behauptung des Schlachtfeldes war für die Deutschen unter den vorliegenden Umständen nicht zu denken, von der Goltz geriet sogar, obgleich ihm rechts Manteuffel, links die Divisionen Klümer, Rameke und Wrangel zu Hilfe kamen, in eine

ziemlich bedrängte Lage und Bazaine mochte sich von seinem Kaiser beglückwünschen lassen, daß er den Zauber gebrochen habe. Dennoch wurde der strategische Zweck dieses improvisierten, ohne gemeinsame Oberleitung geschlagenen Angriffsgefechts, welches die Deutschen das von Colombeh-Neuilly, die Franzosen das von Borny nennen, vollständig erreicht: der ungehinderte Abzug Bazaines nach Verdun war dadurch unmöglich geworden.

Eingegangene Meldungen hatten bei dem Oberkommando der II. Armee die Überzeugung hervorgerufen, daß die französische Armee in eiligem Rückzuge nach der Maas zu begriffen sei. Zwei Armeekorps mit der nötigen Kavallerie wurden daher nach Überschreitung der Mosel bei Pont-à-Mousson gegen die Rückzugslinie des Feindes vorgeschickt, das X. in weiterem Bogen nach Verdun zu, das III. über Gorze auf Bionville und Mars-la-Tour, um die Nachhut des Abziehenden anzufallen und ihr möglichst viel Abbruch zu thun. Nur zu bald jedoch erwies sich die Annahme des Hauptquartiers als irrig. Allerdings hatte Bazaine den am 14. unterbrochenen Abmarsch Tags darauf wieder aufgenommen, aber, da sein linker Flügel, die Korps Ladmiraault und Lebouef (an Stelle des bei Borny tödlich verwundeten Decaen), am Morgen des 16. noch im Moselthale stand, den Weitermarsch der bis in die Gegend von Rezonville und Gravelotte gesandten Korps Frossard und Canrobert, an die sich die Garde unter Bourbaki anschloß, bis Mittag aufgeschoben. Vormittag neun Uhr sahen sich plötzlich die französischen Dragoner durch deutsche Granaten aus sorgloser Ruhe aufgeschreckt. Infanterie warf sich dem Angreifer entgegen, und nun erst erkannte General von Alvensleben, daß er nicht die Nachhut, sondern den größeren Teil der französischen Armee vor sich habe, ohne Aussicht auf baldige und nachhaltige Unterstützung. Aber unerschrocken nahmen er und seine Brandenburger den ungleichen Kampf auf sich. Nach einem blutigen Waldgefecht in dem Gehölz von Bionville wurde gegen Mittag dieses Dorf in raschem Anlauf genommen; in dem verworrenen Hin- und Herbogen des Kampfes hörte die einheitliche Leitung auf, an ihre Stelle trat die Umsicht der unteren Führer und die Tapferkeit des Einzelnen. Auch das hochgelegene Flavigny wurde den Franzosen entzogen, ein fester Stützpunkt für die nun nach Osten gerichtete Front der Deutschen. Ein Glück, daß Bazaine, der die erste Nachricht von der Vorwärtsbewegung der Deutschen über die Mosel durch ein Telegramm des englischen Gesandten in Darmstadt, Morrier, über London erhalten hatte, beherrscht von der Sorge, der Feind wolle ihn von Metz abdrängen, seine Augen hauptsächlich nach Süden richtete. Trotzdem drohte der linke Flügel der Deutschen den Massen, welche Canrobert von Norden her in der Gegend der alten Römerstraße gegen ihn zusammenballte, erliegen zu müssen. Es war erst zwei Uhr nachmittags und keine Infanterie, kein Geschütz mehr in Reserve. Da galt es zu versuchen, was opferwillige Kavallerie vermag. Denn nur von ihr war ein Häuflein zur Hand, um sich dem von Canrobert eingeleiteten Angriffe entgegenzuwerfen und seine schweren Batterien an der Römerstraße zum Schweigen



# DIE SCHLACHTFELDER UM METZ 1870.

**Schlacht bei Vionville-Mars la Tour am 16. August:**  
Stellung der beiderseitigen Armeen gegen 5 Uhr Nachmittags.

**Schlacht bei Gravelotte-St Privat am 18. August:**  
Stellung der beiderseitigen Armeen um 5 Uhr Nachmittags.

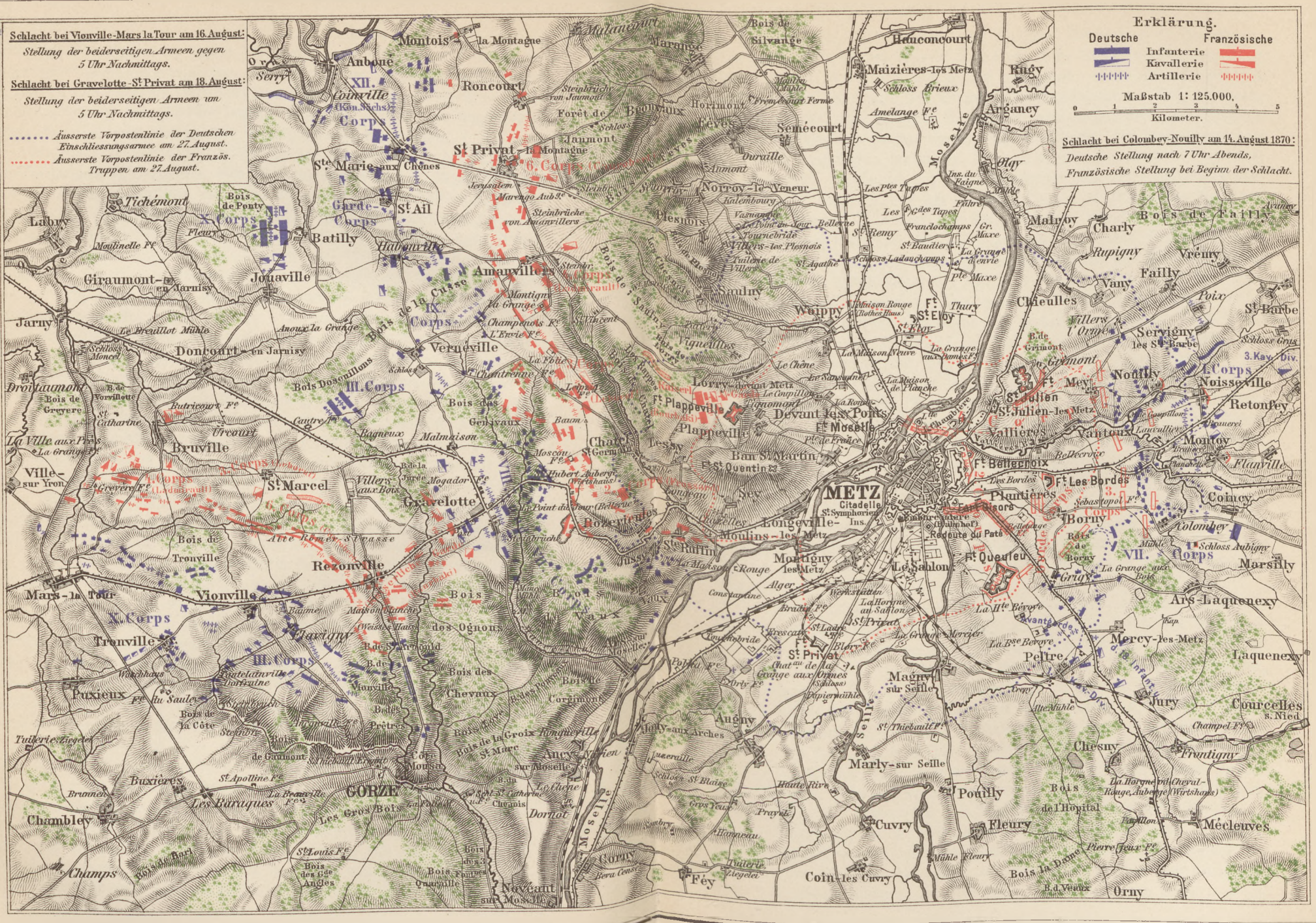
..... Äusserste Vorpostenlinie der Deutschen  
Einschliessungsarmee am 27. August.  
..... Äusserste Vorpostenlinie der Französ.  
Truppen am 27. August.

Erklärung.

<p><b>Deutsche</b></p> <p>■ Infanterie</p> <p>□ Kavallerie</p> <p>□□□□ Artillerie</p>	<p><b>Französische</b></p> <p>■ Infanterie</p> <p>□ Kavallerie</p> <p>□□□□ Artillerie</p>
---	---

Maßstab 1: 125.000.  
0 1 2 3 4 5  
Kilometer.

**Schlacht bei Colombey-Neuilly am 14. August 1870:**  
Deutsche Stellung nach 7 Uhr Abends,  
Französische Stellung bei Beginn der Schlacht.





zu bringen. Aus nächster Nähe von heftigstem Artillerie- und Gewehrfeuer empfangen, wirft sich die Brigade Bredow, sechs Schwadronen Magdeburger Kürassiere und altmärkische Ulanen, auf den Feind. Sein erstes Treffen wird niedegeritten, Bespannung und Bedienung zusammengehauen. Auch das zweite Treffen vermag den mächtigen Reitersturm nicht aufzuhalten, die Batterien auf den rückwärtigen Höhen wenden sich zur Flucht, von Kampfesmut und Siegesfeier fortgerissen, durchjagen die preussischen Schwadronen sogar noch die Thalmulde, welche sich von der Römerstraße herabzieht, bis endlich nach 3000 Schritt langer Attacke sich von allen Seiten französische Kavallerie auf sie wirft. General Bredow läßt Appell blasen. Atemlos von dem langen Ritt, von den feindlichen Geschossen gelichtet, auf allen Seiten umringt, müssen sie noch einmal die vorher überrittene Artillerie und Infanterie durchjagen. Nur die Hälfte kehrte von diesem Todesritt zurück. Aber das Opfer war nicht vergeblich gewesen. Die begonnene Vorbewegung Canroberts war zum Stehen gebracht und wurde nicht wieder aufgenommen. Dafür kamen jedoch von Norden her Lebouef und Ladmiraull. Vor der Wucht ihres Flankenangriffs mußten die Preußen das Tronviller Gehölz räumen. In diesem kritischen Augenblick traf die 20. Infanteriedivision vom X. Armeekorps auf dem Schlachtfelde ein; sie genügte, um die frühere Gefechtslage wiederherzustellen. Zu derselben Zeit langte Prinz Friedrich Karl mit seinem Stabe nach einem in einer Stunde zurückgelegten Gewalttritt von 3 $\frac{1}{2}$  Meilen bei Flavigny an und ein zweiter glänzender Reiterkampf, den die Brigade Barby bei Mars-la-Tour bestand, der großartigste des ganzen Kriegs, wendete die dem linken Flügel drohende Gefahr endgültig ab. Doch erst in der zehnten Abendstunde verstummte das Gefecht ganz, erst am folgenden Morgen zeigte es sich, daß die Deutschen das Schlachtfeld behauptet, die Franzosen ihre Stellungen geräumt hatten. Beide Teile hatten in dem furchtbaren Kampfe ungefähr gleichviel, je 16 000 Mann, verloren.

Es stand zu vermuten, daß der offenbar weit überlegene Feind am folgenden Morgen einen neuen Versuch machen würde, sich den Weg nach Westen zu öffnen. Man mußte daher als Ersatz für die beiden furchtbar gelichteten Armeekorps so schnell wie möglich frische Truppen heranziehen. Der König begab sich in der Frühe des 17. in Person mit seinem Stabe auf das Schlachtfeld. Indes der erwartete Angriff erfolgte nicht. Die Schlacht bei Mars-la-Tour hatte bei dem Marschall Bazaine den Eindruck hervorgerufen, daß er es mit mindestens gleichstarken Kräften zu thun gehabt habe und sich am nächsten Tage gegen eine große Übermacht werde schlagen müssen. Dieser Aufgabe fühlte er sich in seiner jetzigen Stellung nicht gewachsen noch auch angesichts des Umarsches der Deutschen gegen seine linke Flanke und bei der Erschöpfung der Vorräte an Lebensmitteln und Munition im stande, die begonnene Bewegung nach der Maas durchzuführen. Diese Gründe bestimmten ihn, seine Truppen näher an Metz heranzunehmen und ihnen eine mehr nordwestliche Richtung zu geben als Vorbereitung zum Abzug auf der



nördlicheren, bei Gravelotte abzweigenden Straße. Daraufhin beschloß der König, seinerseits am nächsten Tage mit der ganzen Armee anzugreifen.

Nach wie vor in dem Wahn befangen, daß der Feind ihn von Metz abzudrängen beabsichtige, und durch die waldige Beschaffenheit des Terrains an einem Einblick in die Verteilung der feindlichen Streitkräfte gehindert, hatte Bazaine vorzugsweise auf die Sicherung seines linken Flügels Bedacht genommen. Die von Natur feste, in der Front durch die tiefe Schlucht des Mancebachs gedeckte, mit dem Rücken sich an die Forts St. Quentin und Plappeville lehrende Stellung desselben war durch künstliche Befestigungen noch mehr verstärkt, die Gehöfte Point du Jour, Moscou, St. Hubert und andere in kleine Forts verwandelt. Auch für seine Person nahm der Marschall seinen Posten bei St. Quentin. Am weitesten links, bei Rozerieulles, stand Frossard, diesem zunächst Lebouef, dann folgte auf der Höhe von Amanvilliers Admiralant, den äußersten rechten Flügel von St. Privat bis Roncourt bildete Canrobert, die Garde die Reserve hinter dem linken Flügel.

Auch die deutsche Heeresleitung befand sich noch in Ungewißheit über die Stellungen und Absichten des Gegners. Sie ordnete daher für den rechten Flügel und die Mitte ein abwartendes Zurückhalten der Hauptkräfte an, bis der linke Flügel die Verhältnisse auf der nördlicheren Rückzugstraße Bazaines vollständig aufgeklärt und sie für den Fall, daß die französische Armee westlich von Metz stand halte, von Norden her ihre rechte Flanke umfaßt haben würde. Die Wahrscheinlichkeit dieses Falles stellte sich bereits im Laufe des Vormittags immer klarer heraus; nur irrte man in der Annahme, daß die Stellung des Feindes gegen Norden höchstens bis Amanvilliers reiche. Zu jener Umgehung wurden die Garde und das XII. Armeekorps, die Sachsen unter ihrem Kronprinzen Albert, bestimmt. Als sich gegen elf Uhr die Thatsache herausstellte, daß auch St. Privat von den Franzosen besetzt sei, erhielten dieselben die Richtung auf St. Marie aux Chènes, erstere über Doncourt, letzteres in weitem Bogen ausholend über Jarny. Die übrige vorderste Schlachtlinie bildete am weitesten nach links und der Mosel zunächst in dem Gehölz von Baux das VII. Armeekorps, neben diesem, Rozerieulles gegenüber, das VIII., und an dieses schloß sich das IX., zwischen Bionville und Rezonville. Auf dieser ganzen Linie schritten die Deutschen gegen Mittag zum Angriff. Dem allgemeinen Plane gemäß entspann sich hier ein hinhalten der aber überaus heftiger, von Infanterievorstößen unterstützter Geschützkampf; namentlich das IX. Korps unter General von Manstein, der den Angriff etwas verfrüht begonnen, hatte zeitweise einen überaus harten Stand. Dennoch waren gegen drei Uhr die Vortruppen des Feindes überall zurückgedrängt und die Deutschen hatten sogar am vorderen Abhange der Hochfläche von Point du Jour in unmittelbarer Nähe der französischen Hauptstellungen festen Fuß gefaßt. Vor der Mitte der Front war an dem unter schweren Opfern eroberten Gehöft St. Hubert ein fester Stützpunkt gewonnen. Im allgemeinen war so viel erreicht, daß man das II. und einen Teil des III.

französischen Korps vollständig gefesselt und unfähig gemacht hatte, den mit dem Hauptstoße bedrohten Flügel zu unterstützen. Jeden Augenblick eines Hauptangriffs gegen seinen linken Flügel gewärtig, hielt Bazaine seine Reserve hier so lange zurück, bis es zu spät war, den rechten durch sie zu retten.

Da sich der Tag bereits neigte, schien es geboten, den Druck gegen den allem Anschein nach stark erschütterten linken Flügel des Feindes zu ver-



General von Bape. Nach Photographie.

stärken. Der König, der von Gravelotte aus den Gang der Schlacht verfolgte, befahl deshalb dem General Steinmetz, alle noch verfügbaren Truppen der I. Armee gegen die Höhen von Point du Jour in Bewegung zu setzen. Nun zog aber auch der Gegner seine Reserven vor, seine kampffähig gebliebenen Batterien nahmen ihr lange zurückgehaltenes Feuer wieder auf und überschütteten von neuem die Waldungen sowie die Hochfläche von Gravelotte mit Geschossen aller Art, jedoch ohne daß es ihnen gelungen wäre, die Deutschen aus den genommenen Stellungen zu verdrängen. Unterdessen hatte auf dem linken deutschen Flügel die I. Gardedivision von Bape von Habonville



vorgehend das Dorf St. Nil, darauf auch, von einer sächsischen Division unterstützt, St. Marie aux Chènes in Sturm genommen und gegen St. Privat ein heftiges aber vergebliches Geschützfeuer eröffnet. Es war klar, daß sich gegen das festungsartige, auf einer freien Anhöhe gelegene Bollwerk nichts werde ausrichten lassen, bevor nicht die Umgehung durch die Sachsen wirksam geworden sei. Da sich aber herausgestellt hatte, daß auch noch Roncourt jenseits St. Privat von den Franzosen besetzt war, so hatte sich Kronprinz Albert genötigt gesehen, noch weiter auszuholen, um auch diesen Ort zu umfassen. Es trat daher eine Ruhepause im Gefecht ein, die sich der ganzen Schlachtlinie mittheilte. Es war halb sechs Uhr. Jetzt glaubte Prinz August von Württemberg, der das Eingreifen der Sachsen für unmittelbar bevorstehend hielt, den Angriff auf St. Privat nicht länger verschieben zu dürfen, wenn bei der vorgerückten Tageszeit noch eine Entscheidung erfochten werden sollte. Vergebens waren die Gegenvorstellungen von Papes gegen ein Unternehmen, welches die besten Truppen nutzlos in den Tod schicke. Der Prinz gab Befehl zum Vorrücken. Im Sturmschritt brachen die Regimenter Kaiser Franz und Königin Augusta aus St. Nil gegen die Höhe vor; nach wenigen hundert Schritt gerieten sie in ein Massenfeuer, das ihre Glieder zerriß und namentlich die Offiziere niedermähte. Dasselbe Schicksal wartete des aus St. Marie zur Unterstützung herbeieilenden 1. und 3. Garderegiments. Die ungeheuren Verluste erschöpften die Angriffskraft der Tapferen, aber nichts vermochte ihren inneren Halt zu lösen. Mit den wenigen noch unverfehrten Offizieren an ihrer Spitze klammerten sich die gelichteten Reihen fest an den Abhang und behaupteten mit eiserner Ausdauer und Hingebung die teuer erkauften Plätze. Nunmehr wurde doch die Artillerie vorgezogen, die bis auf tausend Schritt vorgehend St. Privat unter ein furchtbares Feuer nahm. Unterdes hatten die Sachsen ihre Umgehung vollendet. Marschall Canrobert hatte die Gefahr, welche seinem in der Luft schwebenden rechten Flügel drohte, keineswegs verkannt, da er sich aber nur mühsam der andringenden Garde erwehrt und trotz seiner wiederholten dringenden Hilferufe noch keine Unterstützung für ihn eingetroffen war, so vermochte er der Umgehung nicht mehr kräftig entgegenzutreten. Er räumte vielmehr das ganze Gelände nördlich von St. Privat. Um so schneller konnten nun die Sachsen sich Roncourts bemächtigen, gegen jenes schwenken und der Garde die Hand reichen. Die umfaßten und zusammengedrängtem Verteidiger machten verzweifelte Anstrengungen, ihre Stellung zu halten. Aber unter den von zwei Seiten niederregnenden Granaten stürzten Mauern und Gebäude, aus deren Trümmern Feuersäulen emporstiegen. Eben neigte sich die Sonne zum Untergange, als die Garde und die Sachsen sich zugleich auf das brennende Dorf warfen. Hier fiel der General von Craushaar tödlich getroffen. Selbst jetzt noch war der Widerstand erbittert. Es kam zum Handgemenge mit Kolben und Bajonnett, ehe der mehr und mehr in die Enge getriebene Feind die Waffen streckte. Die übrigen strömten in Auflösung dem Moselthale zu.

Bivouac bei Rezonville 9 Uhr Ab.

Die französische Armee in sehr starker Stellung westlich von Metz, heut unter Meiner Führung angegriffen, in neunstündiger Schlacht vollständig geschlagen, von ihren Verbindungen mit Paris abgeschnitten, und gegen Metz zurückgeworfen.

Wilhelm.

An Ihre Maj. die Königin

Berlin

Soweit jetzt bekannt Artillerie Vom 3, Garde, 2te, 7, 8, 9 und 12 Corps im Gefecht gewesen.

Linné bei Metz  
mittags 9 Uhr Ab.  
Die Franzosen sind  
unsern Angriffen  
gegenüber  
vollständig  
geschlagen,  
ihre  
Verbindungen  
mit Paris  
abgeschnitten,  
und gegen Metz  
zurückgeworfen.  
Wilhelm.

Facsimile der an die Königin in Berlin gerichteten Siegesdepeſche von Gravelotte.

Die Depeſche wurde auf Grund der Abendmeldung Moltkes am 18. Auguſt im Bivouac bei Rezonville nach dem Diktat des Königs von Bismarck in das Taſchenbuch des Ingenieur-Hauptmanns Friedheim, Führer der 4. Feld-Telegraphen-Abtheilung, mit Bleiſtift niedergeſchrieben und vom König unterzeichnet.

Eine erſte in Abweſenheit des Grafen Moltke aufgeſetzte Faſſung der Depeſche wurde von Moltke, der erſt gegen 9 Uhr Abends, nachdem er das 2. Armee-Corps gegen den Feind geführt hatte, im Hauptquartier eintraf, nicht gebilligt und daher durchſtrichen, worauf unter ſeiner Theilnahme die zweite hier nachgebildete Faſſung aufgeſetzt wurde. Die Urſchrift verblieb mit Erlaubniß des Königs im Taſchenbuch und im Beſitz des genannten Offiziers und wurde von demſelben beſorgs Anfertigung vorliegender getreuer Nachbildung freundlichſt zur Verfügung geſtellt.



Die Niederlage des VI. Korps entschied den Rückzug der ganzen französischen Armee unter die Kanonen von Meß. Die Siegesfreude der Deutschen wurde gedämpft durch die ungeheuren Verluste, die sie gekostet hatte. Diese überstiegen 20 000 Mann, der der Garde allein betrug 8200, während die Franzosen den übrigen auf 13 000 Mann angeben. Dafür war aber auch durch die heiße Dreischlacht bei Meß vom 14., 16. und 18. August ein Ergebnis errungen, das vor kurzem selbst die kühnste Hoffnung nicht zu ahnen gewagt hatte: um die französische Hauptarmee war ein eiserner Ring geschlossen, in dem sie zwar unangreifbar aber auch jeder Fähigkeit, zur Verteidigung des Landes selbstthätig mitzuwirken, beraubt war, es sei denn, daß es ihr gelang, sich gewaltsam durch die deutschen Linien Bahn zu brechen.

Die Folgen der großen Katastrophe machten sich weithin fühlbar. Zunächst setzte sie dem geplanten Angriffe auf die deutsche Nordküste von der Seeseite her ein sofortiges Ende. Ohnehin befand sich die französische Flotte ebenso wenig in kriegsfertigem Zustande wie das Landheer und das Landungsheer, welches sie an die deutsche Küste werfen sollte, existierte überhaupt nicht. Freilich stand es um die immer noch im Entstehen begriffene deutsche Kriegsflotte auch nicht zum besten. Die Kriegshäfen befanden sich, unzureichend armiert, in höchst bedenklichem Zustande. Der „Friedrich Karl“ lag, glücklicherweise ohne daß die Franzosen darum wußten, mit verletzter Schraube, der „König Wilhelm“ mit einem Riß in dem Cylinder in Wilhelmshafen. Was noch für die Küstenverteidigung geschehen konnte, wurde in größter Eile nachgeholt. Am 24. Juli war ein nach der Ostsee bestimmtes Geschwader von zwölf Schiffen unter Admiral Bouet-Willaumez aus Cherbourg ausgelaufen. Am 17. August hatte die deutsche Flotille bei Hiddensee ein Gefecht mit demselben und am 22. schoß sich die auf Rekognoszierung ausgesandte „Nymphé“ keck und tapfer mit ihm herum. Am 9. August langte die französische Nordseeflotte unter Admiral Fourichon bei Helgoland an, blieb aber unthätig und nach den Niederlagen vor Meß wurden beide zurückgerufen. Von einer Beteiligung der Flotte am Kriege ist nicht mehr die Rede gewesen; dagegen hat die Marine-Infanterie und -Artillerie an den weiteren Kämpfen zu Lande rühmlichen Anteil genommen.

Die andere Folge war die, daß die Abmachungen mit den geheimen Bundesgenossen sich in leeren Dunst auflösten. Das stolze Kaiserreich demütigte sich so tief, daß es bei seinem Schützling Italien um Hilfe betteln ging. Nachdem die französische Fahne, die seit drei Jahren vom Fort Michelangelo über der heiligen Stadt geweht hatte, schon am 12. August eingezogen und die Besatzung schleunigst nach Hause eingeschifft worden war, schickte der Kaiser am 19. seinen Vetter, den Prinzen Napoleon, eiligst nach Florenz, um zu sehen, was dieser bei seinem Schwiegervater ausrichten würde. Aber der Prinz fand bei den italienischen Staatsmännern taube Ohren; stärkere Gegenwirkungen machten alle seine Bemühungen zunichte. Garibaldi und

seine Partei erhoben lauten Einspruch gegen jede Einmischung zu gunsten des Mannes vom 2. Dezember und zeigten viel eher Lust zu einem Einfall in Savoyen oder Nizza mit preussischer Gelbunterstützung. Der Hauptstein des Aufstoßes aber blieb auch jetzt Rom. Viktor Emanuel und sein Volk waren einig in dem glühenden Verlangen nach Rom als der Hauptstadt Italiens; aber dem Könige lag daran, daß die Schritte zur Erreichung dieses Zieles nicht von einzelnen extremen Parteien, sondern von der Regierung selbst ausgingen und durch das Votum des ganzen Landes gutgeheißen würden. Schon hatte sich in Florenz unter Crispi und Cairoli ein Komitee der Linken gebildet, um die Regierung vorwärts zu drängen. Einer der ihrigen, Fr. Cuchi, begab sich in das deutsche Hauptquartier nach Homburg in der Pfalz, um mit Bismarck zu verhandeln, dem es darauf ankommen mußte, eine Verbindung Italiens mit Frankreich zu verhüten, welche damals keineswegs außer dem Bereiche der Möglichkeit lag. Kam es hier auch nicht zu weiteren Festsetzungen, so nahm er doch die Zusage mit heim, daß Deutschland die vollendete Thatfache sofort anerkennen, auch seinen Einfluß einsetzen werde, um etwaige Einsprüche anderer Mächte gegen die Besetzung Roms zu beschwichtigen. Die italienischen Minister verschanzten sich dem Prinzen gegenüber hinter die Notwendigkeit, sich mit Oesterreich zu benehmen, dann wendeten sie sich, um den weiteren Zumutungen Frankreichs zu entgehen, nach London. Dort wurde der Gedanke einer Liga der Neutralen aufgeworfen, man unterhandelte darüber auch mit Rußland und Oesterreich, ohne daß es zu einem greifbaren Resultate gekommen wäre. Nur das Eine stand fest, daß Frankreich, nachdem es den Krieg mutwillig herbeigezogen, ganz isoliert und seinem Schicksal überlassen blieb. Den Italienern aber gaben die Schlachten bei Mez den Mut zu dem entscheidenden Schritte. Am 29. August teilte der Minister des Auswärtigen Visconti Venosta den auswärtigen Mächten die Garantien mit, welche Italien gesonnen sei dem Papste zu bieten, damit er auch nach dem Verluste seines weltlichen Besitzes seine geistliche Macht in voller Freiheit ausüben könne. Keine erhob irgend welche Einwendungen. Ehe jedoch der König zu Gewaltmaßregeln griff, versuchte er den Weg der Güte. Er sandte den Grafen Ponza di San Martino mit einem eigenhändigen Schreiben nach Rom, in welchem er unter Versicherung seiner kindlichen Gefühle, seiner Gläubigkeit und seiner Ehrfurcht gegen die Kirche den Papst beschwor, die dargebotene Hand nicht zurückzustoßen, zugleich aber auch den Entschluß der Besitzergreifung ankündigte. Die Antwort lehnte jede Verständigung ab und nun erfolgte der Befehl zur Überschreitung der Grenze. Die Stärke des 60 000 Mann betragenden, von General Cadorna befehligten Heeres war darauf berechnet, die 14 000 päpstlichen Söldner unter General Kanzler ohne Kampf zur Waffenstreckung zu bringen; allein es kam dem Papst darauf an, zu konstatieren, daß er nur der Gewalt weiche. Da ließ Cadorna am 20. September bei der Porta Pia Bresche schießen und wenige Augenblicke darauf war die heilige Stadt in den Händen der



Stürmenden, die von der Bevölkerung mit grenzenlosem Jubel empfangen wurden. Der preußische Gesandte Graf Arnim begab sich sofort nach dem Einzuge in offizieller Weise zum General und war somit der erste, die vollzogene Thatfache der Erhebung Roms zur Hauptstadt von Italien anzuerkennen.

Die Deutsche Heeresleitung war am Abend des 18. August auf die Erneuerung des Kampfes am folgenden Morgen gefaßt gewesen. Als sich der Rückzug des Feindes herausstellte, wurden unverzüglich die durch die veränderte Sachlage bedingten Unordnungen getroffen. Unerläßlich war es, nach den ungeheuren Anstrengungen der letzten Märsche und Kämpfe den Truppen wenigstens eine kurze Ruhe zu gönnen. Zur Einschließung von Metz blieben die I. Armee, das II., III., IX. und X. Korps zurück, die, nachdem der etwas störrische Steinmetz zum Gouverneur von Posen ernannt worden war, unter dem Oberbefehl des Prinzen Friedrich Karl vereinigt wurden. Aus drei bis dahin der II. Armee zugehörigen Korps, der Garde, dem IV. und dem XII., nebst zwei Kavalleriedivisionen wurde unter dem Oberbefehle des Kronprinzen von Sachsen eine IV., die Maasarmee, gebildet. Das ihr und der Armee des Kronprinzen von Preußen gegebene Marschziel war Paris. Denn man mußte erwarten, in dieser Richtung die dem Feinde verbliebenen Streitkräfte zur Verteidigung der Hauptstadt aufgestellt zu finden. Eingegangenen Nachrichten zufolge war im Lager von Chalons ein neues französisches Heer in der Bildung begriffen, über welches der Oberbefehl dem Marschall Mac Mahon übertragen worden war. Durch die Errichtung eines neuen (XII.) Korps, dessen Kern vier Regimenter Marineinfanterie abgaben, wurde es auf 120 000 Mann gebracht; dagegen hatten die zuchtlosen 18 Bataillone Mobilgarde nach Paris zurückgeschickt werden müssen. In Chalons befand sich auch der Kaiser. Dort entriß ihm seine Umgebung am 17. August die Ernennung Trochus zum Gouverneur von Paris. Dieser General hatte sich im Jahre 1867 durch eine Schrift über das französische Heer die Ungnade des Hofes zugezogen und war daher bei Ausbruch des Krieges ohne Kommando geblieben. Grund genug, daß er jetzt auf einmal der populärste von allen Generalen wurde. Seiner Ernennung sollte die Rückkehr des Kaisers in die Tuilerien auf dem Fuße nachfolgen. Dagegen erhob aber die Kaiserin mit größter Entschiedenheit Einsprache. Sie erinnerte an den übeln Eindruck, den die Rückkehr des Prinzen Napoleon aus der Krim gemacht habe, sie fürchtete, das Erscheinen ihres Gemahls werde die Bevölkerung, die ihm seine Niederlagen nicht verzieh, in eine gefährliche Aufregung versetzen. Denn dieser hatte sich nach dem schmerzlichen Erwachen aus ihren Siegesträumen ein Gemisch von revolutionärem Fieber und nationaler Empörung bemächtigt. Überall witterte sie Verrat und Spione, ohne die sie sich die räthelhafte Ortskenntnis der Deutschen schlechterdings nicht erklären konnte, und die halb ohnmächtige Regierung ließ sich von ihr eine Maßregel abtrotzen, die unter den gesitteten Völkern der Gegenwart

an Brutalität ohne Beispiel dasteht, die Austreibung sämtlicher in Frankreich lebender Deutschen.

So blieb Napoleon bei dem Heere, bei dem er weder als Feldherr noch als Kaiser mehr etwas zu sagen hatte. Noch viel verhängnisvoller jedoch sollte es werden, daß auch über die Bewegungen des Heeres nicht mehr die Strategie, sondern die politische Angst entschied. Das Einfachste und Natürlichste wäre die Fortsetzung des Rückzugs bis unter die Mauern von Paris gewesen, um dort dem Feinde eine neue Schlacht zu bieten. Dahn ging auch ein Beschluß des Kriegsrates vom 17. Nach der Schlacht von Gravelotte hieß dies freilich Bazaine seinem Schicksale überlassen. Über die Lage der Dinge vor Metz war man sehr unvollkommen unterrichtet. Auf seine Bitte um Weisungen für sein ferneres Verhalten erhielt Mac Mahon von Bazaine die Antwort, da die weite Entfernung die Erteilung von Weisungen unmöglich mache, möge er nur nach eigenem Ermessen handeln. Mittlerweile hatte der Kaiser ebenfalls von Bazaine eine Meldung bekommen des Inhalts, er habe am 18. das Schlachtfeld behauptet, müsse aber, bevor er den Marsch nach Westen fortsetzen könne, zunächst seine Armee bei Metz mit Munition und Lebensmitteln versorgen. Daraufhin verlangte ein am 19. eingehender Befehl des Kriegsministers den Marsch nach Osten zur Vereinigung mit Bazaine. Der Marschall war sich des ungeheuern militärischen Fehlers, den man ihm damit zumutete, wohl bewußt. Denn nicht genug, daß dann die durch den Anmarsch der III. deutschen Armee bedrohte Hauptstadt völlig entblößt wurde, so geriet er selbst in Gefahr, den Deutschen in die Arme zu laufen, ehe er die Rheinarmee erreichte, die, da ihr die Straße über Verdun bereits verlegt war, wenn überhaupt eine, nur noch die nördlichere über Montmédy benutzen konnte. Um sich aber wenigstens die Möglichkeit offen zu halten, wählte er einen Mittelweg, indem er am 21. eine Stellung bei Reims bezog. Dort erschien der Minister Rouher bei ihm, um seine Bedenken gegen den Marsch nach Osten zu überwinden. Es geschah aber das Gegenteil. Der Minister ließ sich von den Gegengründen des Feldherrn überzeugen. Eben sollte am 22. in der Richtung nach Paris aufgebrochen werden, als eine Depesche Bazaines einlief, in der es hieß: „Ich rechne immer noch darauf, die Richtung nach Norden zu nehmen und mich über Montmédy auf dem Wege von St. Menesould nach Chalons durchzuschlagen, wenn derselbe nicht stark besetzt ist. In diesem Falle werde ich auf Sedan und selbst auf Mezières gehen, um Chalons zu erreichen.“ Diese Nachricht bewog den Marschall, seinen Entschluß noch im letzten Augenblicke fallen zu lassen, um der, wie er nunmehr annehmen mußte, im Anrücken begriffenen Rheinarmee in der Richtung auf Montmédy die Hand zu bieten. Aber zu den in Chalons durch Unschlüssigkeit verlorenen fünf Tagen waren zwei weitere in Reims gekommen. Einen neuen Verlust von einem Tage verursachte die Wahrnehmung, daß zwei Korps keine Lebensmittel hatten. Er mußte deshalb etwas links nach Reims abbiegen, wo ansehnliche Vorräte aufgespeichert waren.



Am 23. traten auch die deutschen Heere ihren Vormarsch gegen Chalons an. Ein Versuch der Sachsen, Verdun durch einen Handstreich zu nehmen, war ebenso erfolglos wie ein früherer gegen Diedenhofen und der der II. Armee gegen Toul; aus Mangel an schwerem Geschütz mußte man sich mit der Einschließung dieser Plätze begnügen. Da aber lief am 24. im Hauptquartiere der III. Armee zu Ligny die Meldung ein, die preussischen Ulanen hätten das Lager von Chalons leer gefunden und Mac Mahon ziehe nach Norden.



Kronprinz Albert von Sachsen.  
Nach der Lithographie von M. Müller.

Aufgefangene Briefe, Zeitungs- und andere Nachrichten bestätigten am 25., daß Mac Mahon von Norden her zu Bazaine durchzudringen versuche. Die Nachricht klang so unwahrscheinlich, eine solche Bewegung verstieß in solchem Maße gegen die Elementarsätze der Strategie, daß General Moltke sich vorläufig begnügte, eine allgemeine, wenn auch nur geringe Rechtsschiebung vorzunehmen und in den neuen Stellungen den Truppen womöglich einen Ruhetag zu gewähren gedachte. Als aber am 26. die Kavallerie der Maasarmee die seit Wörth verloren gegangene Fühlung mit dem Feinde wiedergewann, war jeder Zweifel beseitigt. Sofort erfolgte die Rechtsschwenkung der deutschen Heere nach Norden, die Maasarmee als rechter Flügel, der Kronprinz Friedrich

Wilhelm mit dem VI., V., XI. Korps, den Bayern und Württembergern als Zentrum und rechter Flügel. Es galt, Mac Mahon den Weg nach Osten zu verlegen oder ihn in die Flanke zu treffen. Obgleich die Verpflegung infolge der veränderten Richtung aufs äußerste erschwert war, wurde marschiert, wie noch nie ein großes Heer marschiert ist. Das große Hauptquartier wurde von Bar-le-Duc nach Clermont in den Argonnen verlegt. Am 27. stieß die Reiterei des Kronprinzen Albert bei Buzancy auf die Douays und Faillys und warf sie. Schon tauchte die Möglichkeit auf, den Feind noch auf dem linken Maasufer zu ereilen; die Übergänge bei Dun und Stenay befanden sich bereits in den Händen der Maasarmee.

Das Gefecht bei Buzancy belehrte Mac Mahon über die Ausichtslosigkeit seines Unternehmens. Da der Weg nach Paris ihm schon durch den Kronprinzen von Preußen verlegt war, beschloß er den Rückzug auf Mezières. Es war das Einzige, was ihn noch retten konnte. Da aber lief nachts ein Uhr vom Kriegsminister eine Depesche ein: „Wenn Sie Bazaine verlassen, so ist die Revolution in Paris!“ begleitet von der ganz windigen Behauptung, der Marschall habe wenigstens 36 Stunden Vorsprung und die Lage des Heeres sei keineswegs so gefährdet, wie er glaube. Und hinein ging es ins Verderben. Immer unheimlicher empfand Mac Mahon den Druck der deutschen Heersäulen auf seine rechte Flanke. Da die Spitzen derselben schon die Straße Vouziers-Stenay erreicht, zum Teil sogar überschritten hatten, gab er die Fortsetzung des Marsches auf Stenay auf und gedachte nunmehr nördlich ausbiegend die Übergänge bei Mouzon und Remilly zu gewinnen; denn sein Heer führte keinen Brückentrain mit sich. Von dort wollte er sich über Carignan den Weg nach Metz öffnen; am Abend des 30. sollte seine ganze Armee auf den Höhen zwischen Maas und Chiers, von Mouzon bis Carignan aufgestellt sein. Aber das gelang nur zweien von seinen Korps, dem XII. und dem I. Dem V. Korps fuhr zuvor der Stoß der Maasarmee tief in die Flanke. Obgleich dieses am 29. bei Nouart von der Vorhut der Sachsen gegen Beaumont zurückgedrängt worden war, ergab sich General Failly so sträflicher Sicherheit, indem er selbst das Aussetzen von Vorposten verabsäumte, daß es dem IV. Armeekorps gelang, unbemerkt die Waldungen südlich dieses Marktfleckens zu durchschreiten und am 30. das französische Lager beim Abkochen zu überraschen. Wie ein aufgestörter Bienenschwarm warfen sich die französischen Tirailleurs auf die anfangs geringe Zahl der Angreifer, bald aber griffen zur Rechten die Sachsen, zur Linken die Bayern ebenfalls in das Gefecht ein. Von Süden und Westen gegen die Maas gedrängt, gerieten viele der Fliehenden in Gefangenschaft; nur sehr übel zugerichtet, konnte Failly abends die Brücke bei Mouzon überschreiten. Andere Truppenteile suchten noch weiter abwärts den Übergang zu gewinnen. General Douay warf sich auf dem linken Ufer nach Sedan, wo er am 31. früh fünf Uhr ganz erschöpft ankam. Den Franzosen hatte der Unglückstag gegen 5000 Mann und 42 Geschütze gekostet. Unter dem Eindruck der Niederlage so ansehnlicher



Teile seines Heeres ordnete Mac Mahon schon am 30. mittags in Mouzon den allgemeinen Rückzug auf Sedan an, nicht um daselbst eine Schlacht anzunehmen, sondern nur um seine Truppen mit Lebensmitteln und Munition für den weiteren Rückmarsch nach Mézières zu versehen, das er noch glaubte erreichen zu können und wo das neugebildete XIII. Korps Vinoy seiner wartete. Nur griffen schon jetzt unter den durch die Hin- und Hermärsche,



de Failly. Nach Photographie.

sowie die mangelhafte Verpflegung erschöpften Truppen Mißtrauen gegen die Führung und Entmutigung in bedenklicher Weise um sich. Sedan erreichte er, aber hier, wo jeder Augenblick für ihn kostbar war, that er nicht das Geringste, um die Ausführung seines Entschlusses zu sichern und zu beschleunigen. Das Schwanken zwischen den beiden Richtungen nach Montmédy und nach Mézières lag um seinen Fuß wie eine Kette, die ihn nicht von der Stelle ließ.

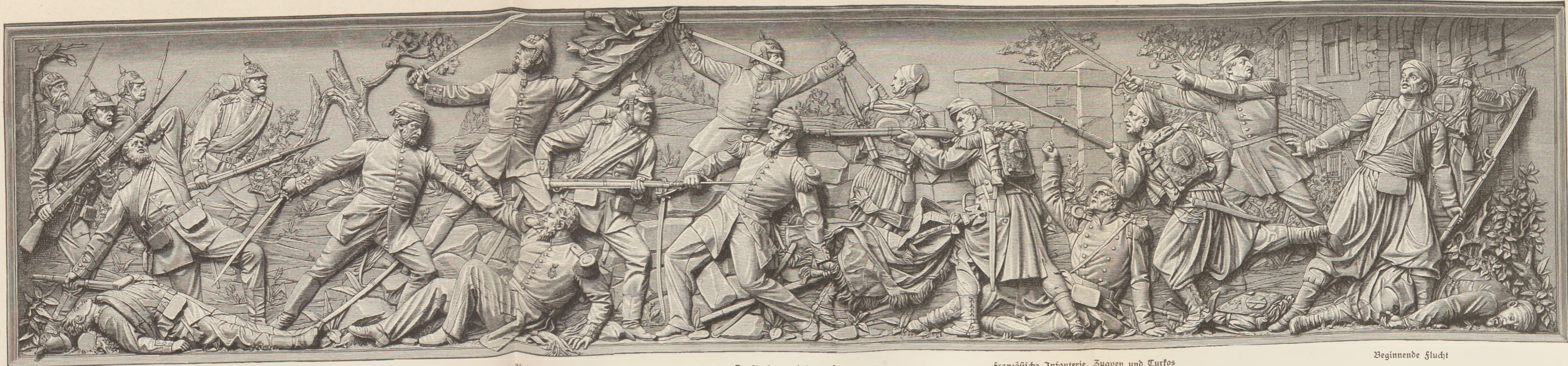
Die deutsche Heeresleitung dagegen steckte sich nach dem bisher Erreichten das hohe Ziel, den Feind entweder zum Übertritt über die belgische Grenze,

oder vielleicht selbst zur Waffenstreckung zu zwingen. Noch am Abend des 31. August führte der Kronprinz von Sachsen zu diesem Zwecke sein Heer über die Maas und sperrte den schmalen Raum zwischen dem Fluß und der Grenze vollständig ab. Im Süden stand der Kronprinz von Preußen mit vier Armeekorps und zwei Kavalleriedivisionen bereit, jeden Vorstoß der Franzosen zurückzuweisen und einem etwaigen Abzuge derselben nach Westen mit seinem linken Flügel in die Flanke zu fallen. Die höchsten Marschleistungen der Truppen ermöglichten es, das XI. und das V. Korps so weit vorzuschieben, daß ein kurzer Marsch in der Frühe des 1. September auf Donchery und Brigne dem Feinde die letzte Abmarschstraße verlegen mußte. Zum Kampfe kam es am 31. nur bei dem den linken Flügel der III. Armee bildenden bayerischen Korps von der Tann, welches als hart an der Maas und dem Feinde zunächst stehend angewiesen wurde, die jenseits auf Sedan führende Straße zu beherrschen. Vor dem Feuer seiner auf den Höhen bei Remilly postierten Batterien wich Lebrun von jener Straße zurück und, da die angeordnete Sprengung der Eisenbahnbrücke aus unbekanntem Gründen unterblieben war, drangen die Bayern hinüber und erreichten Bazailles, mußten aber, da von der Tann Befehl hatte, sich auf kein ernstliches Gefecht einzulassen, wieder aufs andere Ufer zurück.

Man war deutscherseits darauf gefaßt, daß Mac Mahon versuchen werde, sich durch einen Nachmarsch der Umklammerung zu entziehen. Der Versuch unterblieb und um so sicherer stak das französische Heer „in der Mausefalle.“ Sedan, ein veralteter, enger Waffenplatz, liegt in der Tiefe, an der damals bis nach Bazailles aufgestauten Maas, auf allen Seiten von beherrschenden Höhen umgeben. Zwei Bäche, der eine auf Floing, der andere auf Bazailles der Maas zueilend, bilden mit dieser ein rechtwinkliches Dreieck. Diesen Raum füllten die Franzosen, die an den Bächen nach innen liegenden Höhen stellten ihre Fronten dar. Auf der Hypotenuse, von Bazailles bis zu dem Dorfe Gibonne, Front gegen Osten, standen das XII. und das I. Korps; das VII. erstreckte sich von Kalvarienberg bei Ill im Norden bis zur Maas bei Floing; hinter ihm, zwischen dem Gehölz von Garenne bis zur Festung das V. nebst der Kavallerie als Reserve, Front gegen Westen. Die beiden ersten und die beiden letzten kehrten sich also gegenseitig den Rücken zu. Die dritte Seite, der Lauf der Maas, war unbesezt; in ihrer Mitte lag die Festung.

Der König nahm nebst Moltke, Bismarck und Moos seinen Standpunkt auf dem Hügel bei Frénois, von dem aus sich die ganze feindliche Stellung einsehen ließ. So fest war die oberste Heeresleitung überzeugt, Mac Mahon werde nach Westen durchzubrechen versuchen, daß als die Aufgabe der Maasarmee und des I. bayerischen Korps lediglich die gedacht wurde, den Abzug der Franzosen nach Westen aufzuhalten. In Wahrheit hatte Mac Mahon überhaupt keinen Plan mehr. Nachdem er aber schon vor sieben Uhr früh durch einen Granatsplitter verwundet und dadurch genötigt worden war, den Oberbefehl an Ducrot abzugeben, faßte dieser den Plan eines Abzugs





Füsiliers vom Königsgrenadier-Regiment

Zum Sturm

Major von Kaienberg  
mit der Fahne des Füsilierbataillons

5. Infanteriekampf.  
(Motto aus dem Kampf um den Gaisberg bei Weissenburg.)

Französische Infanterie, Juaven und Turcos

Beginnende Flucht



Eroberung einer Mitrailleuse

6. Ausgang einer Schlacht.

Transport der Gefangenen

Marmor-Relief von Johannes Pfuhl, im Fries des Feldmarschall-Saales der Hauptkadettenanstalt zu Eichersfelde. Drittes Blatt.





nach Mezières, den er schon tags vorher vertreten hatte, wieder auf und traf Anstalten, die Armee bei Ayl zu konzentrieren. War auch von dort der Abzug nach Mezières nicht mehr möglich, so doch wenigstens der Übertritt über die belgische Grenze. Kaum jedoch waren die ersten Bewegungen in diesem Sinne eingeleitet, als der aus Algier herbeigeordnete General Wimpffen, der erst den Abend zuvor eingetroffen war, um an Fajllys Stelle das Kommando des V. Korps zu übernehmen, eine geheime Vollmacht des Kriegsministers vorwies, kraft welcher er eintretenden Falls den Oberbefehl zu übernehmen hatte. Sofort machte der neue Oberbefehlshaber Ducrots Anordnungen rückgängig. Denn er wollte den Durchbruch nach Carignan erzwingen. Aber der auf den Schlachtfeldern Afrikas ergraute Haubegen, der dort oft mit einer Handvoll Tapferer das Schicksal des Tages gewendet hatte, rüttelte hier vergeblich an den ehernen Schranken, welche die deutschen Feldherren um ihn gezogen hatten.

Das erste Blut an diesem blutigen Tage (1. September) floß um Bazailles. Früh vier Uhr drang bei dichtem Nebel die bairische Division Stephan, nachdem sie die Maas überschritten, in den Ort ein; man hielt ihn für schwach besetzt, mußte sich aber bald überzeugen, daß man es nicht mit einem sich zum Abzug anschickenden Gegner zu thun habe, sondern mit einem, der gesonnen war, sich hartnäckig zu behaupten. Die Angreifer sahen sich wie in einen Feuerstrudel hineingerissen. Trotzdem verbissen sie sich in ihrer Kampfbegier viel fester, als es in der Absicht des Kronprinzen und Blumenthals gelegen hatte. Drei Stunden wütete ununterbrochen der Kampf, an dem auch die Einwohner, wie von Wahnsinn ergriffen, sich beteiligten, ehe die eine Hälfte des Orts sich im Besitz der Bayern befand. Da die Waffe den Weg nicht zu brechen vermochte, nahmen diese das Feuer zu Hilfe. Ungezählte Verwundete verbrannten oder wurden von den stürzenden Trümmern erschlagen. Nachdem zwischen sechs und sieben Uhr der Nebel sich zu heben begonnen, schleuderten auch die 84 Geschütze auf der Höhe von Remilly ihre Geschosse auf die Verteidiger, von rechts her aber eilte die Maasarmee herbei. Als Prinz Georg von Sachsen, der jetzt das XII. Armeekorps führte, den Stand der Dinge sah, griff er sofort und ohne das Eintreffen stärkerer Massen abzuwarten, in der Richtung auf la Moncelle in den Kampf ein, obgleich seine rechte Flanke bei Daigny durch die noch diesseits der Givonne stehenden Turkos und Zuaven schwer bedroht war. Immer wieder dringen diese vor, aber immer wieder erliegen sie dem Feuer der Sachsen. Es ist der Zeitpunkt, wo Wimpffen den Oberbefehl übernommen hat und alle Kraft anspannt, den Durchbruch zu erzwingen. Mühsam behaupten sich die Bayern in der Lücke zwischen Bazailles und la Moncelle, sie dringen aber doch über die Brücke und reichen den Sachsen die Hand. Mit ihnen vereint erkürmen sie die gegenüberliegende Höhe und behaupten sie gegen erneute Vorstöße. Gleichzeitig, um elf Uhr, brachte auch bei Bazailles ein Gesamtstoß der Bayern, Sachsen und Thüringer die Entscheidung; der ganze Ort ward genommen, was von der Besatzung



nicht in Gefangenschaft fiel, wich auf die Vorstadt Balan zurück. Allein das Corps von der Tann hatte in diesem grimmigen Kampfe 120 Offiziere und 2000 Mann verloren.

Zur Eile gemahnt durch den von Bazeilles herübererschallenden Kanonendonner war die Garde um sieben Uhr bei Willers-Cernay eingetroffen, um, nach links den Sachsen die Hand bietend, nach rechts über Ill die Verbindung mit der III. Armee suchend, dem Feinde die große Straße Givonne-Bouillon zu verlegen. Nach einem heftigen Geschützkampfe entreißt ihr Fußvolk dem General Ducrot Haibes, durch die Wegnahme von Daigny vollzieht sich ihr Anschluß an die Sachsen. Gleichzeitig schiebt sich die III. Armee, nachdem sie den Ausgang gen Westen vollständig abgesperrt hat, wie ein Eisenriegel über St. Menges nach Norden vor; das Vorgefühl eines großen Erfolges belebt die durch die ungeheuern Anstrengungen fast erschöpften Kräfte von neuem. Als gegen Mittag die Gardekavallerie Ill erreichte, traf sie auf die Spitzen der III. Armee: der Kreis war geschlossen. Ohne das Eintreffen der Infanterie und Kavallerie abzuwarten, eröffnet die Artillerie des XI. und V. Armeekorps ein vernichtendes Feuer gegen Ill. Der Feind begreift die tödliche Gefahr, die ihn an diesem Punkte bedroht. General Marguerite stürmt an der Spitze seiner Reiter gegen die schreckliche Umstrickung an, aber unter dem Schnellfeuer der Infanterie und dem Hagel der Granaten schiebt die heranbrausende Masse auseinander, ein Leichenbesätes Feld hinter sich lassend. Gegen dreimalige Angriffe wird das eroberte Ill behauptet. Auch Floing fällt mittags in die Hände der Deutschen. 400 Geschütze derselben sprühen von allen Seiten Tod und Verderben auf den mit vergeblichem Heldennut noch immer standhaltenden Gegner. Nochmals wirft Douay den Andringenden seine Kavallerie entgegen. Mit 36 Schwadronen, Teilen der Divisionen Bonnemains und Fénélon, stürmt General Marguerite gegen Floing an. Er selbst fällt und machtlos zerschellt auch diese Schar an dem ruhigen Schnellfeuer der Preußen. Einige von den Reitern entrinnen über die belgische Grenze. Sowie das Unwetter vorübergebraust ist, setzt die deutsche Infanterie ihr siegreiches Vorwärtsschreiten fort; sie ersteigt das Plateau, eine nochmalige Reiterflut zerstiebt vor ihr wie die Brandung am Felsen und vollendet nur die Vernichtung der französischen Kavallerie. Nach drei Uhr ist das Plateau von Floing völlig von den Deutschen erstritten. Der Feind eilt in Auflösung und Verwirrung der Festung zu. Gleichzeitig greift von Kirchbach den Kalvarienberg an. Mit Ausbietung der letzten Kraft, aber vergebens, sucht Douay diesen Punkt, den Schlüssel der französischen Stellung, zu behaupten. In einem letzten Siegeslauf dringen das V. und XI. Corps, mit Garde und Sachsen gemischt, auch in das Gehölz von Garenne ein, eine Menge Gefangene werden gemacht, selbst die Vorstadt Cazal genommen.

Auf der entgegengesetzten Seite erhob sich von der Tann nach dem Eintreffen der zu seiner Unterstützung entsendeten bairischen Division Walther, um den Angriff gegen Balan weiterzuführen. Um zwei Uhr war der lang-

gestreckte, bis unmittelbar an das Glacis der Festung reichende Ort erstritten. Zu derselben Zeit, wo das XI. und V. Korps vom Kalvarienberg aus sich über den fliehenden Feind herstürzten, machten auch die Sachsen und die Garde einen letzten Vorstoß über Daigny und Haibes. Bei dem brennenden Pachthof Querimont, wo die Franzosen wie Wild im Garne von allen Seiten zusammengedrängt wurden, kam es noch zu einem wütenden Handgemenge. Hier wurde erschlagen, was sich nicht ergab. Die ganze Höhe östlich der Sivonne war nun mit 180, die von Floing mit 172 deutschen Geschützen gekrönt; beide überschütteten den immer mehr sich verengenden Raum, auf welchem die Franzosen in ratloser Verzweiflung zusammengepferscht waren, mit ihrem Eisenhagel. So wild drängten sich die Flüchtigen der Festung zu, daß in der Enge der Thore viele erdrückt oder zertreten wurden. Da aber immer noch kein Zeichen der Übergabe sichtbar wurde, befahl der König, um die Katastrophe zu beschleunigen, das Geschützfeuer gegen die Stadt selbst zu richten. Als bald schlugen an mehreren Stellen die Flammen auf. Nun erkannte Napoleon, der um Mittag von seinem bisherigen Standpunkte auf der Höhe bei la Moncelle in die Festung zurückgeritten war, daß alles verloren, eine Fortsetzung des Widerstandes nichts als ein nutzloses Hinerschlagen der Truppen sei. Zum letztenmale übte er das Recht des Souveräns und befahl die weiße Fahne aufzuziehen. Allein Wimpffen ließ sie wieder herabnehmen. Selbst jetzt noch dachte er sich den Ausweg nach Carignan zu erothen, er raffte unter seiner persönlichen Führung etliche Tausende zusammen und führte sie dem erlahmenden Lebrun zu. Es war umsonst; die Bayern wiesen auch diesen letzten Angriff standhaft zurück. Um sechs Uhr war die Schlacht zu Ende.

Zu derselben Zeit, wo Oberstleutnant Bronsard von Schellendorf als Parlamentär mit der Forderung der Übergabe in Sedan erschien, vom Kaiser aber an Wimpffen als den Oberbefehlshaber gewiesen wurde, fertigte Napoleon den General Reille mit einem Brief an den König ab. „Mein Herr Bruder,“ schrieb er, „da ich nicht inmitten meiner Truppen habe sterben können, bleibt mir nur übrig, meinen Degen in die Hände Ew. Maj. niederzulegen.“ „Mein Herr Bruder,“ lautete die Antwort des Königs, „indem ich die Umstände bedaure, unter denen wir uns begegnen, nehme ich den Degen Ew. Maj. an und bitte Sie, einen Ihrer Offiziere mit Vollmacht zu versehen, um über die Kapitulation der Armee zu verhandeln, die sich unter Ihren Befehlen so tapfer geschlagen hat. Meinerseits habe ich den General von Moltke dazu bestimmt.“ Tief ergriffen fielen der König und sein Sohn sich in die Arme. Durch das Heer aber pflanzte sich von Truppe zu Truppe ein vieltausendstimmiges Hurra fort. Abends zehn Uhr fand in Bismarcks Quartier zu Donchéry die erste Verhandlung wegen der Kapitulation mit Wimpffen, den die Generale Castelnau und Faure begleiteten, statt; und hier endlich bekamen die Franzosen die Vergeltung für ihre jahrhundertelang gegen Deutschland verübten Herausforderungen, Beschimpfungen und



Mißhandlungen in ihrer ganzen Schwere zu fühlen. Umsonst suchte Wimpffen durch alle möglichen Scheingründe eine Milderung der geforderten Waffenstreckung zu erreichen, umsonst fügte Castelnau im Auftrage des Kaisers hinzu, dieser habe sich persönlich dem König ergeben in der Hoffnung, daß der Sieger dafür der französischen Armee eine ehrenvolle Kapitulation bewilligen werde, umsonst drohten sie, den Kampf von neuem wieder aufnehmen zu wollen. „Die Waffenruhe,“ erklärte Moltke, „erlischt morgen früh um vier; genau um vier Uhr eröffne ich das Feuer.“ Schließlich wurde doch noch eine Erstreckung der Waffenruhe bis neun Uhr zugestanden. Diese benutzte Napoleon zu einem Versuche, persönlich mildere Bedingungen zu erlangen; er traf aber in der Nähe von Frénois nur Bismarck, nicht den König, der in dem drei Meilen entfernten Vendresse übernachtet hatte. Sein Versuch konnte um so weniger Erfolg haben, da er erklärte, als Kriegsgefangener nicht über Friedensbedingungen unterhandeln zu können. Den König vor Abschluß der Kapitulation zu sprechen, wurde ihm nicht gestattet. Zu dieser begab sich Wimpffen, nachdem ein Kriegsrat ihre Unvermeidlichkeit anerkannt hatte, zum zweitenmale in das deutsche Hauptquartier. Um elf Uhr fand im Schloß Bellevue die Unterzeichnung statt. Die ganze französische Armee, nachdem bereits 21 000 Mann in der Schlacht gefangen, 13 000 gefallen oder verwundet worden, etliche Tausend über die belgische Grenze oder nach Mezières entkommen waren, noch 84 000 Mann mit 600 Kanonen und sämtlichem Heergerät, wurden kriegsgefangen.

Auf der Höhe von Frénois überreichten Bismarck und Moltke dem König Wilhelm die unterschriebene Urkunde. In bewegten Worten wandte dieser sich an die umgebenden Fürsten, um ihnen für ihre Mitwirkung seinen Dank zu sagen. Seiner Gemahlin aber telegraphierte er: „Welch eine Wendung durch Gottes Fügung!“ Nun erst begab er sich zu der von Napoleon erbetenen Zusammenkunft nach Schloß Bellevue. Dem gefangenen Kaiser wurde das Schloß Wilhelmshöhe bei Kassel zum Aufenthalt angewiesen. Sodann besichtigte der König auf einem fünfständigen Ritt, von dem er erst nachts ein Uhr zurückkehrte, das Schlachtfeld, von den Truppen überall mit unbeschreiblichem Jubel empfangen.

So wanderte das eine der beiden Heere, die in ihrem Übermute sich schon als Sieger hatten in Berlin einziehen sehen, in die Kriegsgefangenschaft über den Rhein, während des anderen in Metz eingeschlossenen das nämliche Schicksal wartete. Ein in der Geschichte aller Zeiten beispielloser Erfolg, in erster Linie zu verdanken der genialen Kriegführung Moltkes, in welcher die einst von Scharnhorst, Gneisenau, Blücher begründete Strategie, mit neuer Glut durchhaucht und durch die Technik der Gegenwart vervollkommenet, wieder auflebte, kaum weniger aber dem klaren, durchdringenden Blicke des Königs Wilhelm, der in dem reorganisierten Heere das erforderliche Werkzeug geschaffen, endlich der unvergleichlichen Hingabe, mit der die Truppen vom Höchsten bis zum Geringsten die schwierigsten Leistungen vollbracht hatten.

Ein unermesslicher Jubel empfing die fast unglaubliche Siegesbotschaft in der Heimat. Das ganze Volk durchschauerte das Gefühl, daß es an einem der größten Wendepunkte seiner Geschichte angekommen, daß das in diesem Kriege vergossene Blut der heilige Kitt seiner nationalen Einheit sei. Allerorten verdoppelte sich die freiwillige Liebesthätigkeit, welche den vaterländischen Streitern die Beschwerden, den Verwundeten ihre Leiden zu lindern strebte. Nur in einem täuschte sich die öffentliche Meinung, in der Hoffnung auf einen baldigen Frieden. Bismarck hatte schärfer gesehen, als er auf dem Felde vor Sedan diese Hoffnung noch nicht zu fassen wagte. Die Widerstandskraft des französischen Volkes erwies sich noch keineswegs als erschöpft und es bedurfte eines neuen, hartnäckigen Kampfes, bis dieses so eitle wie patriotische Volk es über sich gewann, das Gebot des Siegers über sich ergehen zu lassen.

Wie Mac Mahons Versuch, Metz zu entsetzen, so scheiterte auch der Bazaines, durch gleichzeitigen Angriff auf den ihn umschließenden Feind denselben zu unterstützen. Er ging am 26. August mit dem Hauptteil seiner Truppen auf das rechte Moselufer, in der Erwartung, dadurch auch die Hauptkraft der Deutschen nach dieser Seite zu ziehen und so Mac Mahons Annäherung auf dem linken zu erleichtern. Aber allem, was der Marschall that, fehlte es an Klarheit, Zusammenhang und Entschlossenheit. Kaum war die Bewegung ausgeführt, so machte sich die Ansicht geltend, die Aufgabe der Armee sei, in Metz zu bleiben, dadurch Frankreich Zeit zur Organisation des Widerstandes zu geben und dann dem zurückziehenden Feinde in den Rücken zu fallen. Nachdem die Truppen stundenlang unter strömendem Regen gestanden, erhielten sie Befehl, in die früheren Stellungen zurückzugehen. Auf die erneute Nachricht von Mac Mahons Annäherung nahm jedoch Bazaine seinen Plan wieder auf und dies führte zur Schlacht von Roisseville am 31. August und 1. September. Es handelte sich für die Franzosen darum, das Plateau von St. Barbe zu gewinnen, von wo es bis Thionville, ihr nächstes Ziel, nur noch sieben Lieues waren. Aber auch diesmal war kein rechter Ernst dahinter. Unbegreiflicherweise verzögerte sich der Angriff bis Nachmittag vier Uhr. Durch den ersten Stoß der Übermacht wurden die Landwehr von Kummers und die Hessen aus Nouilly und Roisseville, dann auch aus Montoy, Coincy und Schloß Aubigny hinauszeworfen und genötigt, sich auf Retonfay und Servigny zurückzuziehen, ihr rechter Flügel aber behauptete das Dorf Faillly heldenmütig gegen Canrobert. Die Deutschen hielten den Kampf damit für beendet, als sich die Franzosen in der Dunkelheit mit dem Bajonett plötzlich auf Servigny warfen und es nahmen; sie ließen sich aber dann von den Brigaden Gayl und Falkenstein überfallen, und um zehn war das Dorf wieder in den Händen der Deutschen. Noch am Abend schickte Prinz Friedrich Karl ansehnliche Verstärkungen dem General Manteuffel zu Hilfe. War damit die Gefahr des Durchbruchs beseitigt, so ging Manteuffel am folgenden Tage selbst zum Angriff über, für den nach



und nach fünf Armeekorps links von der Mosel versammelt wurden; doch begnügte er sich mit der Wiedereinnahme von Noisseville, ohne den Rückzug der Franzosen weiter zu behelligen, und damit endigte der einzige ernstlichere Versuch, den Bazaine überhaupt gemacht hat, die Umzingelung zu durchbrechen.

Seitdem Graf Palikao am 18. August der Kammer die wunderbare Mär verkündet hatte, die Preußen seien durch die Verluste, welche das Korps Steinmeyer erlitten, genötigt worden, Waffenstillstand nachzusuchen, die von Bismarck befehligten weißen Dragoner seien bis auf den letzten Mann vernichtet, waren in Paris die Nachrichten vom Kriegsschauplatz sehr spärlich, darum aber nicht weniger günstig geworden. Noch am 2. September tischte die Patrie ihren Lesern die von einer Niederlage der Preußen bei Longwy auf, infolge deren sie auf luxemburgisches Gebiet hätten flüchten müssen und dort entwaffnet worden seien. Die Kaiserin aber hatte schon am Abend vorher von Vinoy aus Mezières den Ausgang der Schlacht erfahren; am 3. erhielt sie von ihrem Gemahl das lakonische Telegramm: „Die Armee ist geschlagen und gefangen; ich selbst bin kriegsgefangen.“ Am Abend war das geschehene Unglück für niemanden mehr ein Geheimnis. Voll Mißtrauen gegen Trochu wendete sich die Regentin an Thiers um Rat, der aber lehnte ihn ab ebenso wie die stürmische Forderung zahlreicher Deputirter, sich an ihre Spitze zu stellen, um der sonst unvermeidlichen Revolution zuvorzukommen. Das Kaiserreich bestand schon nicht mehr. Nicht durch eine Parteidewegung, eine Verschwörung ward es gestürzt, es verschwand einfach, weil der Erfolg es verlassen hatte. Als in einer Nachtsitzung Palikao dem Gesetzgebenden Körper das Geschehene mit kurzen Worten mittheilte, erhob sich sofort Favre zu dem Antrage: „Ludwig Napoleon und seine Dynastie sind abgesetzt; die Kammer ernennt einen Regierungsausschuß, welcher die Aufgabe hat, die Verteidigung bis aufs äußerste fortzusetzen und den Feind zu vertreiben; General Trochu wird als Gouverneur von Paris bestätigt.“ Keiner der Minister fand ein Wort der Entgegnung; die Kammer vertagte die Beratung auf eine am nächsten Mittag zu haltende Sitzung. Während die Straßen bereits ein sehr bedrohliches Ansehen annahmen, verließ in dieser Palikao einen Gesetzentwurf, wonach ein Regierungsrat der nationalen Verteidigung mit der Befugnis, die Minister zu ernennen, eingesetzt, er selbst mit der Würde eines Generalstatthalters bekleidet werden sollte. Sogleich stellte Thiers demselben einen andern entgegen, der zwar auch die Einsetzung eines Regierungsrats, daneben aber die Einberufung einer Konstituante verlangte. Von der kaiserlichen Dynastie war schon gar nicht mehr die Rede. Ehe jedoch die Kammer die Beratung eröffnen konnte, ward der Saal von wilden, mit Nationalgarden gemischten Pöbelhaufen unter dem Rufe „Es lebe die Republik!“ gestürmt. Die Abgeordneten, der Präsident flüchten, inmitten des Lärms beantragt Gambettas Stentorstimme die Absetzung Ludwigs Napoleons und seiner Dynastie auf ewige Zeiten, was mit stürmischem Beifall aufgenommen wird, und nun setzt sich hergebrachtermaßen der Zug nach dem Stadthause in Bewegung, um dort

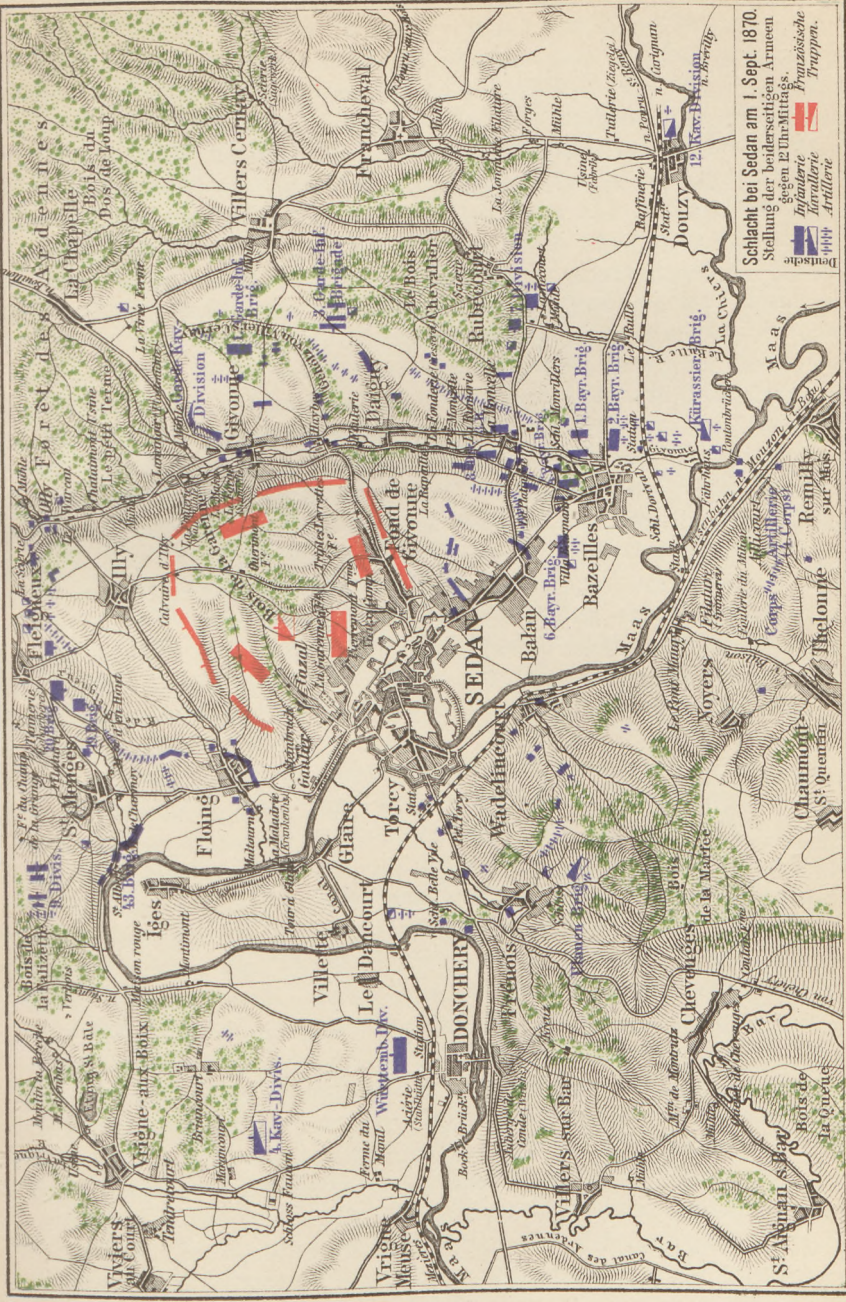
die Republik zu proklamieren. Von Metternich und Nigra bestürmt, flüchtet die Kaiserin aus den Tuileries, zunächst in die Wohnung ihres Zahnarztes, der sie dann an die Küste und von da nach England geleitet.

Auf dem Stadthause installieren sich unterdes elf Abgeordnete von Paris, Em. Arago, J. Favre, Garnier-Pagès, Gambetta, Picard, Ferry, Crémieux, Glais-Bizoin, Rochefort u. s. w. als provisorische Regierung. In dem neuen Ministerium wird Favre Minister des Auswärtigen, Trochu Kriegsminister und Präsident; Gambetta bemächtigt sich ohne weiteres des Ministeriums des Inneren und beginnt seine Amtsthätigkeit mit der Absetzung sämtlicher Präfekten. Ein Dekret der Regierung verfügt die Auflösung des Gesetzgebenden Körpers und die Abschaffung des Senats. Am 6. erließ Favre ein pomphaftes Rundschreiben, welches, indem es die Worte des Königs, er führe Krieg mit den Soldaten und nicht mit den französischen Bürgern, frei übersetzte, er führe nur Krieg gegen Napoleon, nach dessen Sturze jede Berechtigung zur Fortsetzung desselben in Abrede stellte und der Welt das stolze Wort zurief, Frankreich trete keinen Zoll breit von seinem Boden, keinen Stein von seinen Festungen ab. Am 8. setzte die Regierung die Wahlen zu der einzuberufenden Nationalversammlung auf den 16. Oktober fest.

Die wunderliche Zumutung, nach der Gefangennahme Napoleons einfach über den Rhein zurückzukehren ohne anderen Siegespreis als die Verzeihung der französischen Republik für das siegreiche Vordringen in Frankreich, verfehlte natürlich an der Stelle, an welche sie gerichtet war, jedes Eindruckes. Dort wußte man, daß die letzte Entscheidung des Krieges unter den Mauern der feindlichen Hauptstadt gesucht werden müsse, und auf diese lenkte das deutsche Heer, nachdem der Untergang der Armee von Chalons die Wege zum Herzen des Landes offen gelegt hatte, ohne Verzug seine Schritte. Zur Bewachung der Gefangenen blieben vorläufig die Korps von Bose und von der Tann zurück. Auf dem Marsche ereignete es sich, daß nach der Übergabe der Zitadelle von Laon an den Herzog Wilhelm von Mecklenburg ein französischer Soldat ein Pulvermagazin und mit diesem ungefähr hundert Deutsche und dreimal so viel Franzosen in die Luft sprengte; ein Zeichen, welchen Grad der Erbitterung die nationale Leidenschaft erreicht hatte. Um womöglich die Einschließung von Paris zu verhindern, unternahm General Ducrot, der, bei Sedan gefangen, auf dem Transport unter zweifelhaften Umständen entwichen war und jetzt eine der beiden in der Stadt gebildeten Armeen befehligte, am 19. September bei Clamart einen Ausfall gegen die auf Versailles vorrückenden Posener, wurde aber von dem herbeieilenden bairischen Korps von Hartmann geworfen, wobei sein linker Flügel, neueingekleidete Baven, schmählich davonlief. Die Erstürmung der verschanzten Höhen von Chatillon durch die Bayern vollendete die Einschließung von Paris und nötigte die Franzosen, alle Stellungen außerhalb des durch die Forts gebildeten Kreises aufzugeben. Die Südseite umspannte in einem mächtigen von Bougival dem



# SCHLACHTFELD VON SEDAN.



Schlacht bei Sedan am 1. Sept. 1870.  
 Stellung der beiderseitigen Armeen  
 gegen 12 Uhr Mittags.  
 Französische  
 Infanterie  
 Kavallerie  
 Artillerie  
 Truppen.

6. Kav.-sige Trübschichtbehandlung in Berlin.

Maßstab 1 : 100.000. 0 1 2 3 4 5 6 Kilometer.

F. A. Brockhaus Verlag, artist. Anstalt, Leipzig.

Mont Valérien gegenüber bis Noissy an der Marne reichenden Bogen das Heer des Kronprinzen von Preußen, die Nordseite die Maasarmee, zusammen ein Kreis, auf der Vorpostenlinie gemessen, von nicht weniger als 82 Kilometern. Das große Hauptquartier kam nach Versailles; der König nahm Wohnung in der Präfektur, Bismarck in einem Häuschen der Rue de Provence.

Die Franzosen sahen in einer Belagerung von Paris ein Attentat von unerhörter Nachsichtigkeit. Das von Viktor Hugo erlassene Manifest, welches der Welt verkündigte „Paris ist der Mittelpunkt der Menschheit, die heilige Stadt; wer Paris angreift, greift das ganze Menschengeschlecht an; Paris ist die Hauptstadt der Zivilisation; daß ein solcher Herd des Lichts, ein solcher Mittelpunkt der Geister, Herzen und Seelen, ein solches Gehirn des allgemeinen Gedankens entweicht, zerschmettert, gestürmt werde, und durch wen? durch einen Einfall von Wilden, das ist unmöglich!“ es sprach in seinem Bombast doch nur aus, was jeder seiner Landsleute auch dachte. Ebendarum schien es auch der provisorischen Regierung selbstverständlich, daß die übrige Welt verpflichtet sei, dem bedrängten Frankreich beizuspringen, und zwar wirksamer als die Schweiz oder die Vereinigten Staaten, welche die jüngstgeborene republikanische Schwester mit warmer aber unfruchtbarer Zärtlichkeit begrüßten. Von Favre bestürmt, ließ sich endlich Lord Granville wenigstens zu einer Anfrage bei Bismarck herbei, ob und unter welchen Bedingungen er bereit sei, auf Unterhandlungen einzugehen. Die gegenwärtigen Machthaber von Paris glaubten sich zu besonderer Schonung von seiten des Siegers berechtigt, weil sie der Partei angehörten, welche den Krieg gemißbilligt hatte. Allein Bismarcks Antwort (13. September) belehrte sie, daß Deutschland seine Garantien nicht in französischen Stimmungen, sondern lediglich darin suchen dürfe, daß es, um Frankreichs nächsten Angriff zu erschweren, dessen Grenze weiter zurücklege und die Festungen, mit denen Frankreich es bedrohe, als defensive Bollwerke in seine Gewalt bringe. Auf die Nachricht, daß Thiers trotz seiner 73 Jahre sich aufmache, um in Person die übrigen Mächte zu einer Intervention zu vermögen, mahnte er in einem zweiten Rundschreiben, vom 16., die Neutralen, daß es nur eine Grausamkeit gegen die französische Nation sei, wenn sie zuließen, daß die Pariser Regierung im Volke unerfüllbare Hoffnungen auf Intervention nähre und dadurch den Kampf verlängere. Straßburg sei im Besiz Frankreichs eine stets offene Ausfallspforte gegen das ungedeckte Süddeutschland, im Besiz Deutschlands dagegen, das in mehr als zwanzig Kriegen niemals der Angreifer gegen Frankreich gewesen, gewönne Straßburg und Metz einen defensiven Charakter.

Bei so entgegengesetzten Standpunkten konnte die Unterredung, welche der Bundeskanzler dem Abgesandten der Pariser Regierung Favre am 19. in dem Schloßchen Haute Maison bei Montry und tags darauf in Ferrières, dem Landstiz Rothschilbs, gewährte, kein praktisches Ergebnis haben. Ueberhaupt trug sie, da die provisorische Regierung von deutscher Seite nicht anerkannt war, lediglich einen privaten Charakter. Hauptsächlich handelte es





General Ducrot. Nach Photographie.

sich um die Bewilligung eines Waffenstillstandes, währenddessen die bereits einberufene Nationalversammlung sich konstituieren, eine definitive Regierung wählen und durch diese die Friedensunterhandlungen eröffnen könne. „Straßburg,“ sagte Bismarck zu dem Manne, der sich verschworen hatte, daß Frankreich keinen Zoll von seinem Gebiete, keinen Stein von seinen Festungen abtreten werde,“ ist der Schlüssel zu unserm Hause, wir wollen ihn haben.“ Die Bedingungen für die Gewährung eines Waffenstillstandes, welche Favre nach Paris mit zurücknahm, lauteten: In und vor Paris Aufrechthaltung des militärischen status quo, vor Metz Fortdauer der Feindseligkeiten, Übergabe von Straßburg, dessen Besatzung kriegsgefangen wird, sowie von Toul und Bitsch gegen freien Abzug der Besatzung. So gemäßigt dieselben im Vergleich zu den errungenen Waffenerfolgen waren, so verwarf sie doch die Pariser Regierung unbedingte. Übel stimmte freilich zu ihrer Entrüstung, daß Thiers von seiner Rundreise nach London, Petersburg, Wien und Florenz nichts als die Gewißheit heimbrachte, daß Frankreich auf keinerlei thätliche Unterstützung von seiten der übrigen Mächte zu rechnen habe. Auch der Fall von Toul am 21. verschlimmerte die Lage von Paris, insofern er die Verpflegung des deutschen Heeres beträchtlich erleichterte.

Allerdings war seit Sedan in der öffentlichen Meinung des Auslandes, die anfänglich fast ausnahmslos die französische Kriegssucht verurteilt hatte, ein merklicher Umschwung eingetreten; am sichtbarsten in England, wo das plötzliche und gewaltige Sichaufrichten des deutschen Riesen unbehagliche Zukunftsgedanken weckte. Der britische Kaufmann fand an dem bedrängten Frankreich einen zu guten Abnehmer für alle Art Kriegsbedarf, die er ihm lieferte, als daß sich nicht seine Sympathie ganz naturgemäß diesem zugewendet hätte. England und nächst ihm Nordamerika wurden das große Arsenal, aus welchem Frankreich seine verlorene Heeresrüstung ersetzte. Mit seltenem Ungeschick meinte Lord Granville das völkerrechtswidrige Verfahren als aus dem natürlichen Mitgefühl mit dem Besiegten entsprungen entschuldigen zu dürfen, mußte sich aber von Bismarck in heißen Worten diese seltsame Humanität vorhalten lassen, die, ohne am endlichen Ausgange etwas zu ändern, nur das Blutvergießen verlängere. Die größten Verletzungen der Neutralität nahm sich das winzige Luxemburg heraus, von wo nächtliche Eisenbahnzüge die belagerte Festung Thionville verproviantierten, wo der französische Konsul auf dem Bahnhofe ein offenes Bureau aufschlug, welches die Flüchtlinge aus der Kapitulacion von Metz zur Nordarmee beförderte, bis Bismarck diesem Treiben durch die Drohung ein Ende machte, daß Deutschland die Neutralität des Großherzogtums nicht mehr anerkennen werde. Die Wachsamkeit, welche die Neutralen so schnöde verabsäumten, übten wenigstens nach Kräften um so fleißiger die paar deutschen Kriegsschiffe, welche in den atlantischen Ozean geschickt wurden, um dort auf Kriegskontrebande zu fahnden. Der schnellsegelnden Korvette Augusta, Kapitän Weichmann, glückte es, dicht vor der Girondemündung drei mit Heergerät beladene Schiffe zu nehmen und



dann den Hafen von Vigo zu erreichen, wo sie bis zum Ende des Krieges von französischen Kriegsschiffen blockiert wurde. Die „Arkona“ kreuzte zu demselben Zwecke von den Azoren aus. Am 9. November bestand das Kanonenboot Meteor, Kapitän Knorr, bei Havanna ein zweistündiges Gefecht gegen den überlegenen französischen Aviso Boubet und zwang ihn, den schützenden Hafen zu suchen.

An die Möglichkeit einer Belagerung von Paris hatte bei Ausbruch des Krieges kein Mensch in Frankreich gedacht und darum war auch für diesen Fall nicht die mindeste Vorbereitung getroffen. Erst das Ministerium Falikao begann mit der Errichtung neuer Außenwerke an den verwundbarsten Punkten, Herbeischaffung der schweren Marinegeschütze aus den Hafenplätzen und Anhäufung aller Art von Verbrauchsgegenständen. Auch nachdem die Einschließung zur Thatsache geworden, zeigte die Bevölkerung keine Entmutigung, die ungewohnte Lage gewann selbst einen gewissen Reiz für sie, und während die Regierung sich ernsthaft mit den Mitteln der Verteidigung beschäftigte, unterhielten die Journale ihr Publikum mit knabenhaften Großsprechereien, prophezeiten, Paris werde entweder Saragossa oder Moskau werden, ein neuer Archimedes nach dem andern bot der Regierung seine Erfindung zur Vernichtung der Barbaren an und Rochefort fand seinen Platz als Vorsitzender des Barrikadenausschusses. Den Kern der Besatzung bildete das (XIII.) Korps Vinoy, das von Mezières glücklich Paris erreicht hatte, nebst der Marineinfanterie und Trümmern anderer Heeresteile. Die der Zahl nach weit überwiegende National- und Mobilgarde war, wie sich bald herausstellte, unschädlich für die „Prussiens“ und eine Gefahr nur für die Regierung und die Stadt selbst. Nach Trochus freilich nur in engstem Kreise ausgesprochener Überzeugung war die Verteidigung von Paris eine heroische Tollheit, aber eine unvermeidliche. Andererseits lag auch ein Gewaltangriff gegen Paris, das mehr einem riesigen verschanzten Lager als einer Festung glich, außer dem Bereich der Möglichkeit. Zu einer Beschießung fehlte es vorderhand an dem nötigen schweren Geschütz, es blieb also nur das Mittel der Aushungerung, aber man täuschte sich sehr über die Widerstandskraft der Bevölkerung gegen dasselbe. Die Ausfälle, welche Trochu in Szene setzte, nahmen regelmäßig den nämlichen Verlauf: zuerst wurden die deutschen Vorposten durch die Übermacht zurückgedrängt, sobald aber die Franzosen die Hauptstellungen erreichten, holten sie sich blutige Köpfe und mußten unter schweren Verlusten umkehren. So geschah es bei den Ausfällen, die Vinoy am 30. September bei Chevilly und 13. Oktober bei Wagneux gegen die Südseite richtete. Am 18. schoß der Mont Valerien das schöne Schloß St. Cloud in Brand und Trümmer, weniger wohl aus militärischer Notwendigkeit als aus Haß gegen das Kaiserreich. Die Deutschen retteten von den kostbaren Schätzen desselben, soviel sie konnten. Am 21., als Ducrot vom Mont Valerien gegen Bougival vorbrach, glaubten die Versailler schon ganz sicher, ihre Rothosen wieder bei sich zu sehen, aber auch ihn zwang General von Kirch-

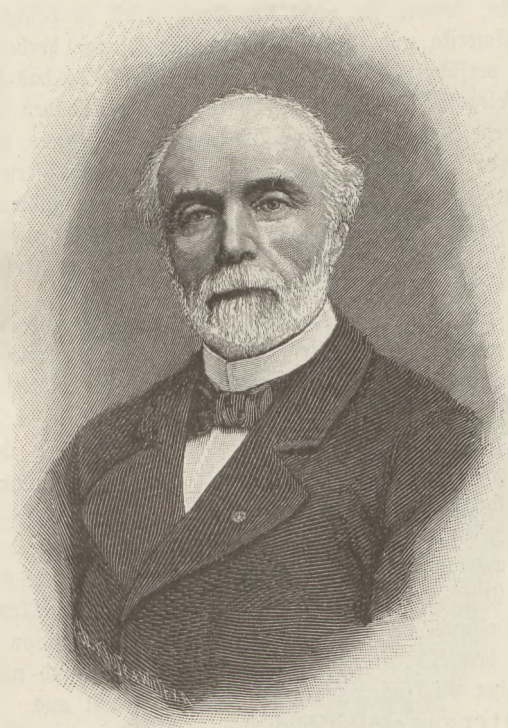
bach zur Umkehr. Groß war der Jubel in Paris, als es den Franzosen am 28. gelang, sich des Dorfes Le Bourget östlich von St. Denis durch Überfall zu bemächtigen, aber er war von kurzer Dauer; denn schon zwei Tage darauf wurde ihnen der wichtige Ort in einem hartnäckigen Häuser- und Barrikadenkampfe durch die 2. Gardebivision unter General von Buzbrigny wieder entrisen, wobei sie 1200 Gefangene in den Händen der Deutschen zurückließen.

Noch rechtzeitig vor vollendeter Einschließung hatte die Bank von Frankreich ihre Baarvorräte nebst den Krondiamanten nach Brest in Sicherheit gebracht und sich dadurch instand gesetzt, dem Staate zu Kriegszwecken nach und nach 1600 Millionen vorzustrecken. Die Regierung dagegen wich nicht von Paris. So widersinnig es war, das Land von einer belagerten Festung aus regieren zu wollen, die nur auf dem Luftwege mit demselben verkehren konnte, so war es doch für Franzosen undenkbar, daß dies von irgend welchem andern Punkte aus geschehen könne. Um aber doch die Verbindung mit der Provinz nicht ganz zu verlieren, errichtete sie in Tours eine „Delegation“, anfangs nur aus dem alten Crémieux bestehend, dem dann Glais-Bizoin, Admiral Fourichon und für das Auswärtige Graf Chaudordy beigegeben wurden. Selbst abgesehen davon, daß Tours sehr bald statt der Mittelpunkt einer geordneten und fruchtbaren Thätigkeit das lärmende Stellbühnlein aller Stellenjäger und zweideutigen Abenteuerer wurde, zerstörte diese Einrichtung natürlicherweise alle Einheit der Regierungsmaßregeln und leistete nur der Anarchie Vorschub, die im Süden ihr Haupt erhob. Lyon, wo sich der im SeceSSIONistenheere General gewordene Cluseret, der Russe Bakunin, der Pole Dombrowsky und andere Zugvögel der sozialen Revolution zusammenfanden, zog die rote Fahne auf, Marseille und Toulouse folgten, dreizehn Departements schlossen eine Liga des Südens. In dem alten Lande der Vendéeer und Thouans bildeten elf andere eine rojalistisch-katholisch gefärbte Liga des Westens. Die Pariser Regierung hatte die auf den 2. Oktober ausgeschriebenen Wahlen zur Nationalversammlung wieder ausgeföhrt gemäß der altherkömmlichen revolutionären Praxis, wonach die einmal in den Besitz der Herrschaft gelangte Minderheit sich allemal befugt hält, dem Lande ihren Willen aufzuzwingen; denn sie wußte sehr wohl, daß diese Versammlung zum Frieden neigen würde. Die Delegation dagegen schrieb, dem Verlangen der Provinz nachgebend, die allgemeinen Wahlen für den 16. Oktober aus.

Dieser zwiespältige Zustand konnte nicht dauern. Am 6. Oktober schwang sich Gambetta in Begleitung Spullers und ausgerüstet mit Vollmacht von der provisorischen Regierung, im Luftballon aus der belagerten Hauptstadt hinüber nach Tours, wo er fortan als Diktator gebot. Sein Erstes war, daß er die Zurücknahme des Wahlerlasses verfügte, sodann vereinigte er das Kriegsministerium mit dem bereits von ihm bekleideten Ministerium des Innern und ernannte zu seinem Delegierten in ersterem den Ingenieur



Freycinet, der nun unter Gambettas Namen der eigentliche Kriegsminister wurde und die Organisation des nationalen Widerstandes in die Hand nahm. Die Bereitwilligkeit, mit der das Land dem Rufe seiner selbsternannten Gebieter folgte, die ungeheuren Anstrengungen, die es machte, um trotz der erlittenen Verluste den vaterländischen Boden von dem eingedrungenen Feinde zu befreien, würden bewunderungswürdig sein, wenn sie mit Klugheit und Berechnung des Erfolges gepaart gewesen wären. Da aber diese Bedingung



Freycinet. Nach Photographie.

fehlte, so konnte das Endergebnis nur sein, daß sie die Opfer des Krieges vergrößerten und die Friedensbedingungen erschwerten.

Die unmittelbar zu lösende Aufgabe bestand darin, daß das Land seiner Hauptstadt zu Hilfe kommen, sie entsetzen sollte; aber die Mittel, die dafür zu Gebote standen, waren äußerst geringfügig. Eine aus Algier herbeigerufene sehr unvollständige Division gab den Kern eines neuen XV. Korps ab, das sich unter dem Befehle des Generals Lamotte-rouge in Orleans bildete; außerdem unzusammenhängende Gruppen bretonischer Freiwilliger unter General Fiereck, im Osten 24 000 Mann unter General Cambriels, die

in sehr mißlichem Zustande bis Besançon zurückgewichen waren, das stellte im Augenblick die ganze militärische Macht Frankreichs außerhalb von Paris und Metz vor. Dennoch gelang es den Machthabern von Tours, mit Aufbietung der höchsten Energie binnen vier Monaten aus diesen kaum nennenswerten Anfängen ein Heer von nahezu 600 000 Mann zu schaffen und einen Volkskrieg zu entzünden, der sich durch den Aufschwung des Frantkireurwesens, durch Überfälle und Beteiligung von Zivilisten am Kampfe den Deutschen in sehr lästiger Weise fühlbar machte. Waffen und alle sonstigen Ausrüstungsgegenstände führte, soweit sie nicht das Land selbst zu beschaffen vermochte, die Flotte aus Amerika und England in großer Menge herbei. Nur irrten sie, indem sie, verführt durch die Legende von 1792, das Massenaufgebot auch schon für kriegstüchtige Truppen hielten und die Reihen dadurch füllten, daß sie immer neue Jahrgänge der Mobilgarde dem Heere überwiesen und dafür entsprechende Jahrgänge der Nationalgarde mobilisierten. Auf diese Weise entstand aus dem XV. Korps die 60 000 Mann zählende Voirearmee, so geschah es aber auch, daß die Deutschen diesen Massenanhäufungen mit numerisch unverhältnismäßig geringen Streitkräften entgentreten und sie in Schach halten konnten.

Der Mittelpunkt des auf beide Ufer der Loire sich erstreckenden Sammelplatzes für die nationalen Streitkräfte, welche Paris befreien sollten, war Orleans. Aber der Feind ließ ihnen keine Zeit zur nötigen Ausbildung. Sobald die Kavallerie des Prinzen Albrecht von Preußen, welche die Beauce durchschwärmte, um teils den Rücken des Belagerungsheeres zu sichern, teils seine Verpflegung zu erleichtern, bedeutende Truppenansammlungen an der Loire festgestellt hatte, ordnete der Kronprinz sofort die Bildung eines Beobachtungsheeres an, bestehend aus dem I. bairischen Korps, der 22. Division von Wittich und zwei Kavalleriedivisionen, zusammen 28 000 Mann mit 160 Kanonen. Mit diesen trat von der Tann von Arpajon aus den Marsch gegen Orleans an. Bei Artenay, nördlich davon, stieß er am 10. Oktober auf das XV. französische Korps, warf es und nahm ihm 2000 Gefangene ab; der Rückzug desselben artete in Flucht aus. Dieses Gefecht entschied Lamottouges Entschluß, hinter die Loire zurückzugehen, gegen von der Tanns Vermutung stellte er sich aber doch am 11. nochmals zur Verteidigung von Orleans und räumte es erst nach hartnäckigem Kampfe. Am Abend besetzten die Bayern die Stadt. Moltke hätte gewünscht, daß von der Tann die gewonnenen Erfolge über die Loire hinüber verfolgte, besonders um die großen Waffenfabriken und Arsenalen zu Bourges zu zerstören, aber der General hielt es nicht für thunlich, mit seinen bescheidenen Kräften die Operationen über Orleans hinaus auszudehnen. Dafür wurde die Division Wittich westwärts entsendet, um den Frantkireurs und Mobilen das Handwerk zu legen, nachdem dort der nächtliche Überfall einer Husarenabteilung in dem Dorfe Ablis, weil die Bewohner dazu geholfen, am 8. Oktober durch Zerstörung des Ortes gestraft worden war. Chateaudun, wo sich



die Franktireurs von Paris unter dem Grafen Lipowski bis an die Zähne verschanzt hatten, wurde am 18. mit schweren Opfern erstürmt, worauf ein Vormarsch nach Chartres und Dreux dem General Wittich die Gewißheit verschaffte, daß in dieser Richtung der Rücken des Belagerungsheeres nicht gefährdet sei.

Bei der immer größer werdenden Ausdehnung des Kriegsschauplatzes, für welche selbst die ungeheuren Heeresmassen der Deutschen nicht mehr aus-



General von der Tann. Nach Photographie.

zureichen drohten, war es für diese von höchstem Belang, daß jetzt die vor Straßburg und Metz festgehaltenen Truppenkörper durch den Fall beider Festungen frei und für weitere Operationen verfügbar wurden. Da Straßburg nicht im geringsten auf eine Belagerung vorbereitet war, veraltete Werke und eine nur durch Nationalgarde und die Flüchtlinge von Wörth verstärkte Friedensgarnison besaß, so hatte man auf eine schnelle Bewältigung des Platzes gerechnet. Aber der Kommandant General Ulrich war ein alter tapferer

Soldat, der trotz aller dieser Schwierigkeiten mannhaft Widerstand leistete. Nachdem ein viertägiges Bombardement, 24.—27. August, zwar große Verheerungen in der Stadt angerichtet, u. a. die kostbare Bibliothek vernichtet, auch den Münster beschädigt, aber den gewünschten Erfolg, durch die Bevölkerung einen Druck auf den Kommandanten auszuüben, nicht gehabt hatte, mußte von Werder zur regelrechten Belagerung zurückkehren. Am 12. September war trotz heftiger Gegenwehr die dritte Parallele fertig; schon war in den Hauptwall Bresche gelegt und alles zum Sturme bereit, als Ulrich nach fünfzigtägigem Widerstande am 27. September die Festung übergab. Über 17 000 Mann, 1200 Geschütze, große Vorräte an Kriegsmaterial und 10 Millionen Baarbestand der Staatsbank fielen den Siegern in die Hände. Die Eroberung der kleinen Festungen Schlettstadt und Neubreisach mit Fort Mortier der Reservedivision Schmeling überlassend, konnte sich nunmehr von Werder der Aufgabe widmen, die im östlichen Frankreich von General Cambriels, allerdings mit zweifelhaftem Erfolge geleiteten Neubildungen feindlicher Streitkräfte unschädlich zu machen. Was der von ihm mit 6000 Badenern nach der oberen Meurthe entsendete General Degenfeld am 5. Oktober davon bei Raon l'Etape, am 6. bei Etival antraf, wurde zersprengt; er selbst war, ohne weiter auf nennenswerten Widerstand zu stoßen, über Epinal bis Besoul vorgerückt, als ihn der Befehl traf, sich über Dijon westwärts zu wenden, um das Unternehmen gegen Bourges auszuführen, zu welchem von der Tann sich zu schwach gefühlt hatte. So gefährlich der Auftrag war, einen 50 Meilen langen Marsch ohne gesicherte Rückzugslinie gegen einen unzweifelhaft überlegenen Feind auszuführen, so zauberte er doch keinen Augenblick, sich ihm zu unterziehen. Nachdem er, um sich den Weg frei zu machen, am 22. Oktober Cambriels Scharen durch das Gefecht am Dgnon bis unter die Mauern von Besançon zurückgedrängt hatte, brach er auf und hatte eben am 24. bei Gray die Saone überschritten, als der Fall von Metz, der die Armee des Prinzen Friedrich Karl frei machte, ihn seiner Aufgabe enthob. Seine nunmehrige beschränkte sich darauf, den Elsaß und die eigenen Verbindungen zu decken, die Festung Belfort einzuschließen und von den Streitkräften des Gegners möglichst viel vor seiner Front zu fesseln. Zu letzterem Zwecke nahm er bei Besoul Stellung und schickte die badische Brigade von Beyer gegen Dijon vor. Diese bestand dort am 30. Oktober ein hitziges Gefecht und besetzte tags darauf die mittlerweile vom Feinde geräumte Stadt.

Nach dem schwächlichen Durchbruchversuche vom 1. September hatte sich Bazaine unter den Kanonen der Festung verschanzt. Auf die Kunde, daß die Republik proklamiert worden sei, aber weder in Frankreich ungetheilten Beifall noch die Anerkennung von seiten des monarchischen Auslandes gefunden habe, hielt er es für klüger, einen beträchtlichen Teil der feindlichen Streitkräfte vor Metz festzulegen und dadurch den Armeen im Inneren des Landes Zeit zu ihrer Reorganisation zu geben, als seine Armee an einen



neuen Durchbruch zu wagen. Vielmehr gedachte er in der damals allgemein getheilten Voraussetzung, daß Paris sich nur kurze Zeit werden halten können, dieselbe unverfehrt zu bewahren, um dann an ihrer Spitze Herr der Lage zu bleiben. Noch hielt die Rheinarmee an ihrem dem Kaiser geleisteten Eide fest und erkannte nur die von demselben eingesetzte Regentschaft an. Bestärkt wurde er in dieser Auffassung durch einen Artikel des *Indépendant* von Reims, welcher ausführte, die deutsche Regierung könne sich wohl mit dem Kaiser Napoleon oder der von ihm eingesetzten Regentschaft oder mit dem Marschall Bazaine, der sein Kommando von demselben habe, in Unterhandlung einlassen, unmöglich aber mit einer Regierung, die nur einen Teil von der Linken des alten Gesetzgebenden Körpers darstelle. Aber Paris fiel nicht und trotz einiger mit Glück in die nächstliegenden Ortschaften ausgeführten Fouragirungen, wie namentlich gegen *Woippy* am 7. Oktober, verminderte die eingeschlossene Armee die Widerstandskraft der Festung, indem sie ihre Vorräte aufzehrete. Gern lieb er daher sein Ohr einem geheimnißvollen Fremden Namens *Regnier*, der mit Bismarcks Erlaubnis bei ihm erschien und sich für einen Abgesandten der Kaiserin ausgab. General *Bourbaki* erhielt vom Prinzen Friedrich Karl die Erlaubnis, insgeheim in Begleitung desselben die Festung zu verlassen, um sich zur Kaiserin nach *Hastings* zu begeben. Hier aber stellte sich sofort heraus, daß der angebliche Abgesandte nichts als ein Schwindler gewesen war, und die vertriebene Kaiserin lehnte es ebenso ab, durch ihre Einmischung die innere Lage noch mehr zu erschweren, wie dies auch ihr Gemahl auf *Wilhelmshöhe* that. Unterdes nahmen die Lebensmittel reißend ab; da für die Mannschaften bei dem regnerischen Herbstwetter keine genügenden Deckungen vorhanden waren, rissen Krankheiten ein. Ein von Bazaine berufener Kriegsrat kam zu dem Schluß: wenn keine ehrenvollen Kapitulationsbedingungen zu erlangen, müsse man versuchen, sich einen Weg durch den Feind zu bahnen. Um ersteres zu ermitteln, erhielt General *Boyer* Erlaubnis, sich nach *Versailles* zu begeben. Seine Instruktion war eine rein politische: es liege nicht im Interesse des Königs, die einzige bewaffnete Macht aufzulösen, die noch die Anarchie bewältigen könne. *Bismarck* war nicht abgeneigt, der eingeschlossenen Armee freien Abzug zuzugestehen, falls sie sich verpflichte, für das Kaiserreich einzutreten, die Kaiserin die deutschen Friedensbedingungen annehme und unter dem Schutze der Armee eine Nationalversammlung berufe, die über die künftige Regierungsform Frankreichs zu entscheiden haben würde. Ein neuer Kriegsrat beschloß deshalb, *Boyer* nach *Hastings* zu schicken; da er aber unverrichteter Dinge zurückkehrte, brach *Bismarck* am 24. Oktober die Verhandlung ab. Darüber waren die Verhältnisse in der Festung unhaltbar geworden. Die Nationalgarde meuterte und verlangte die Ausrufung der Republik, unter Offizieren und Mannschaften äußerte sich der Unwille über den Oberbefehlshaber immer lauter. Nachdem auch ein Versuch, den der greise *Changarnier* bei dem Prinzen Friedrich Karl machte, das Schicksal der Festung von dem der Armee zu trennen,

zurückgewiesen worden, war die Kapitulation unvermeidlich. Am 27. Oktober wurde sie zwischen den Generälen Stiehle und Farras in dem Schloß Frescati abgeschlossen. Die ganze Armee, 173 000 Mann, darunter 6000 Offiziere und die drei Marschälle Bazaine, Canrobert und Lebouef, wurde kriegsgefangen, die Festung Metz mit allen Vorräten übergeben; allen Offizieren, die ihr Ehrenwort, und zwar, da verschiedene der bei Sedan gefangenen das ihre gebrochen hatten, schriftlich gäben, in diesem Kriege die Waffen nicht gegen Deutschland tragen zu wollen, wurden ihre Waffen gelassen. Die vollständige Auslieferung der Fahnen und Adler wurde durch einige französische Generale vereitelt, die der Kapitulation zuwider mit ihrer Vernichtung begannen, bis sie an der Vollendung des Vertragsbruchs durch Bazaine gehindert wurden.

Zwei große Heere des Feindes in die Gefangenschaft nach Deutschland abgeführt, ein drittes bei Orleans hinter die Loire zurückgeworfen, ein viertes in Paris eingeschlossen, das waren Erfolge, die es wohl verdienten, daß der König dem Kronprinzen und dem Prinzen Friedrich Karl mit dem Marschallstab, dem General Moltke mit dem Grafentitel dafür lohnte. Aber das ersehnte Ende des Kampfes wollte sich trotzdem noch immer nicht zeigen und Paris ließ noch immer nicht die geringste Neigung blicken, sich zu unterwerfen. Gern hatte Bismarck dem nordamerikanischen General Burnside den von menschlichem Mitgefühl eingegebenen Wunsch, sich behufs einer Vermittelung in die belagerte Stadt zu begeben, gewährt, und sich durch ihn zu einem Waffenstillstand von der zur Vornahme der Wahlen erforderlichen Dauer bereit erklärt; aber die Aufnahme, die Burnside bei der provisorischen Regierung fand, raubte ihm selbst jede Hoffnung, etwas auszurichten. Dann gab ein Rundschreiben Bismarcks, welches für den Fall, daß die Stadt ihren Widerstand bis zur völligen Erschöpfung ihrer Vorräte verlängere, auf die unvermeidliche Gefahr einer furchtbaren Hungersnot hinwies, dem englischen Rabinett im Verein mit den übrigen Neutralen eine neue Handhabe, um eine Thür zu Verhandlungen zu öffnen. Thiers, der nach der Rückkehr von seiner vergeblichen Rundreise bei Gambetta in Tours die Genehmigung dazu durchgesetzt hatte, daß er sich im deutschen Hauptquartier den Durchlaß nach Paris erbitte, um dort Bericht von seiner Reise zu erstatten und Vollmacht zum Abschlusse eines Waffenstillstandes zu fordern, erschien am 31. Oktober als Unterhändler im deutschen Hauptquartier. Obgleich alle Nachteile eines Waffenstillstandes auf deutscher, alle Vorteile auf französischer Seite waren, erhielt er doch einen solchen von vier Wochen auf den militärischen status quo zugestanden; auch gegen die Teilnahme der Elsaß-Lothringer an den Wahlen erhob Bismarck keinen Einwand. Dennoch scheiterte die Unterhandlung an Thiers' Erklärung, einen Waffenstillstand nur dann annehmen zu können, wenn derselbe die Zulassung einer umfassenden Berproviantierung von Paris einschloffe, ohne daß er dafür ein militärisches Äquivalent wie die Einräumung eines oder zweier Forts zu bieten hatte. Die unglaubliche



Forderung, daß die Deutschen die Frucht aller seit zwei Monaten gemachten Anstrengungen und errungenen Vorteile aufgeben und die Verhältnisse auf den Punkt zurückgeführt werden sollten, auf welchem sie beim Beginn der Einschließung von Paris gewesen waren, lieferte den Beweis, daß es den jetzigen Machthabern in Frankreich von Anfang an nicht Ernst damit gewesen war, die Stimme ihrer Nation durch freie Wahl einer Volksvertretung zum Ausdruck kommen zu lassen, und daß es ebensowenig in ihrer Absicht gelegen, einen Waffenstillstand zu Stande zu bringen, sondern daß sie eine, wie sie wohl wußten, unannehmbare Bedingung nur darum gestellt hatten, um den neutralen Mächten, auf deren Unterstützung sie hofften, nicht eine abweisende Antwort zu geben. Auf Bismarcks Wunsch, vor Fortsetzung der Feindseligkeiten noch einen Versuch der Verständigung auf anderen Grundlagen zu machen, hatte Thiers am 5. November noch eine Besprechung mit Favre und Ducrot in der Vorpostenlinie, erhielt aber von diesen nur die Weisung, die Verhandlungen abzubrechen.

In der That war die provisorische Regierung gar nicht mehr Herrin ihrer Entschlüsse, sondern die Dienerin des in einen Zustand wilder Ueberreizung geratenen Pöbels. Es drohte zu geschehen, was Bismarck schon Favre vorausgesagt hatte: „Wenn wir nicht Paris in etlichen Tagen nehmen, werden Sie durch eine Volksbewegung weggefegt werden.“ Nachdem ein erster Versuch dazu am 1. Oktober mißlungen, brachte der Wiederverlust von le Bourget, die Nachricht von dem Falle von Metz, der nur durch Verrat verschuldet sein konnte, sowie die von Waffenstillstandsverhandlungen die Erhizung der Massen auf den Siedepunkt, den die Emeutiers von Profession brauchten, um den längst geplanten Schlag zu führen. Unter dem Rufe: „Nach der Kommune“ drang ein von Florens, Blanqui, Delescluze und Piat geführter Pöbelhaufe in das Stadthaus, nahm die unfähige Regierung gefangen und ernannte eine neue. Glücklicherweise war es Picard möglich gewesen, durch eine Hinterthür zu entkommen; mit Hilfe treugebliebener Nationalgarden gelang es ihm, seine Kollegen zu befreien und den größtentheils betrunkenen Pöbel zu überwältigen, und das Ende des Tags war ein Versöhnungsfest. Clem. Thomas wurde zum Kommandanten der Nationalgarde, Ferry statt Aragos zum Maire von Paris ernannt; aber trotz des Plebiszits, durch welches am 3. November die Volksgemeinde der Stadt der Regierung ihr Vertrauen aussprach, blieb auf den entwürdigten Siegern das Bewußtsein lasten, daß die diesmal Unterlegenen nur auf eine günstigere Gelegenheit lauerten.

Der Fall von Metz war den Deutschen sehr zur rechten Stunde gekommen. Denn es wurde mehr und mehr zur Gewißheit, daß die völlige Niederwerfung Frankreichs noch einen schweren Winterfeldzug kosten werde. Immer neue feindliche Heeresmassen wuchsen aus dem Boden. Der „große Tribun“ in Tours ließ nicht ab, die Leidenschaften aufzustacheln. Bazaine wurde von ihm vor ganz Frankreich als Verräter gebrandmarkt, Lamotterouge, weil er

nicht das Unmögliche geleistet, seines Kommandos entsetzt und dieses dem General Aurelles de Paladine übertragen. Aber auch dieser, als alter und erfahrener Soldat, zog sich vorerst bis nach Salbris, halbwegs zwischen Orleans und Vierzon, zurück, um sich dort in Ruhe der Umbildung der disziplinlosen Haufen zu wirklich brauchbaren Truppen widmen zu können. Nach der Kapitulation von Metz ließ sich jedoch Gambettas Ungebuld nicht länger zügeln. Von Blois aus sollte die aus den beiden Korps Paillières und Chanay bestehende Loirearmee den Stoß gegen Orleans ausführen. Dem General von der Tann erschwerten die Wälder der Umgegend, namentlich der von Marchenoir, den Einblick in die Ansammlungen des Feindes ungemein. Einmal zur Gewißheit über die Absichten desselben gelangt, hielt er es nicht für geraten, den Angriff in dem mit Weinbergen und anderen Pflanzungen bedeckten Terrain vor der Stadt abzuwarten, sondern ging ihm entgegen. Am 9. November hielt er bei Coulmiers in sechsstündigem Gefecht mit seinen kaum 20 000 Mann den 70 000 Aurelles stand, bis er nach einem Verluste von 800 Mann das Schlachtfeld und unmittelbar darauf auch Orleans räumte. Es war der erste Sieg der Franzosen in diesem Kriege und sollte auch der letzte bleiben; aber auch er war unvollkommen, denn ihre Reiterei that bei der Verfolgung nicht ihre Schuldigkeit, das Korps Paillières war zu weit entfernt, um eingreifen zu können, und schon am folgenden Tage stieß die nach Chartres detachiert gewesene Division Wittich bei Toury wieder zu den Bayern. Dennoch war der Jubel der Franzosen groß. Gambetta und Freycinet flogen herbei, um die Ausnutzung des Sieges zu betreiben, aber der Augenschein überzeugte sie schnell, wie recht Aurelles mit der Behauptung hatte, daß seine Truppen zu einer kräftigen Offensive noch gar nicht tauglich seien. Statt zum Entsatz von Paris zu eilen, mußte man sich begnügen, bei dem befreiten Orleans ein verschanztes Lager zu errichten und neue Aushebungen zur Bildung von zwei weiteren Armeekorps anzuordnen.

Das große Hauptquartier zu Versailles hatte die im Westen aufsteigende Gefahr keinen Augenblick aus den Augen verloren. Sobald der Fall von Metz gewiß war, eilte es seine Gegenanstalten zu treffen. Während die unter Manteuffels Oberbefehl wiederhergestellte I. Armee sich nordwärts wendete, um die Maasfestungen zu nehmen und dadurch die für die Verpflegung wichtige Ardennenbahn frei zu machen (Verdun kapitulierte den 9. November), erhielt Prinz Friedrich Karl Befehl, seinen Marsch gegen die Loire zu beschleunigen. Um diesen in der linken Flanke zu decken, erhielt Werder die Weisung, bis Dijon vorzugehen. Nachdem General Beyer dasselbe am 31. Oktober erfüllt hatte, nahm das etwa 22 000 Mann starke Werdersche Korps Aufstellung auf der zwölf Meilen langen Linie Dijon-Besoul, die es von da an zwei Monate lang besetzt hielt, während in seinem Rücken General von Treskow die Einschließung der die Pforte zwischen Jura und Vogesen beherrschenden Festung Belfort begann. Vor sich hatte Werder hier außer dem Korps Gabriels (später Michel) die aus allen Nationen gemischte Freischar



Garibaldi's, den der Name Republik unwiderstehlich angelockt hatte; nur war der kühne Parteigänger von ehemals jetzt alt und gebrechlich, für die Franzosen eine größere Verlegenheit als für die Deutschen. Ferner war unter dem Oberbefehl des Großherzogs Friedrich Franz von Mecklenburg-Schwerin aus dem I. bairischen Korps, der 17. und 22. Infanterie-, der 2., 4. und 6. Kavalleriedivision eine besondere Armeearbeitung gebildet worden mit der Bestimmung, etwaigen Entsatzversuchen des Feindes in südwestlicher



Aureles de Palabine. Nach Photographie.

Richtung entgegenzutreten. Sobald jedoch die Spitzen der II. Armee Fontainebleau erreicht hatten, erhielt der Großherzog eine etwas nördlichere Richtung, denn daß der Feind von Orleans her gar nichts von sich hören ließ, hatte auf die Vermutung geführt, er möge mittelst eines Linksabmarsches über Chartres und Dreux sich den Weg nach Paris zu bahnen beabsichtigen. In beschwerlichen Kreuz- und Quermärschen wurde die Gegend bis Le Mans aufgeklärt, ohne daß man auf beträchtlichere Streitkräfte des Feindes stieß, und da mittlerweile festgestellt worden war, daß die ganze Loirearmee bei Orleans vereinigt sei, so rief Prinz Friedrich Karl den Großherzog schleunigst

zurück, um dem zum Vorrücken gegen Paris sich anschickenden Feinde mit gesamter Macht entgengetreten zu können.

Denn bei den Strategen von Tours hatte die Ungeduld wieder die Oberhand gewonnen. Sie bestürmten Aurelles, durch Ergreifung der Offensive seine Operationen mit dem von Paris aus beabsichtigten großen Ausfalle zu kombinieren, und da der vorsichtige General nach wie vor daran festhielt, den Angriff der Deutschen hinter seinen Verschanzungen zu erwarten, so nahmen sie selbst die Oberleitung der durch Herbeiziehung des Korps Michel (dann Crouzat) aus dem Osten auf über 200 000 Mann angewachsenen Voirearmee in die Hand. In dem Augenblicke also, wo dieses Heer nötiger als je der Einheit des leitenden Willens und der festen Zusammenfassung seiner Kräfte bedurft hätte, sah es sich widersprechenden Befehlen ausgesetzt und über einen weiten Raum zersplittert und seine Generale befanden sich in der schmerzlichen Lage, wider ihr besseres Wissen bei Strafe der Absehung den Anordnungen einer dilettantenhaften Oberleitung Folge leisten zu müssen. Gambetta's und Freycinet's Plane zufolge sollte die Voirearmee über Bithiviers nach Fontainebleau vordringen und dort, unterstützt durch einen Ausfall Trochus, den Ring der Belagerung sprengen. So geschah es, daß Prinz Friedrich Karl, im Begriff den Angriff auf die Stellung bei Orleans zu unternehmen, selbst angegriffen wurde. Jedoch erst nachdem verschiedene Gefechte, insbesondere das des Korps Voigts-Rheze am 24. November bei Ladon und Maizières die Rechtschiebung des Feindes außer Zweifel gestellt hatten, hielt er es für angezeigt, unter Aufgabe der wichtigen Straße von Orleans nach Paris die ganze II. Armee den Linksabmarsch ausführen zu lassen, der den Franzosen die Straße nach Fontainebleau verlegen sollte. Infolge deren sah sich das nur noch 11 000 Mann mit 70 Geschützen zählende X. Armeekorps am 28. gezwungen, bei Beaune la Rolande einem 60 000 Mann und 138 Geschütze starken Gegner stand zu halten; aber ungeachtet dieses Mißverhältnisses der Zahlen wies es doch alle Angriffe derselben auf die Stadt zurück, bis endlich die Brandenburger ihm zu Hilfe kamen. Auf französischer Seite hatte am stärksten das XX. Korps, Crouzat, gelitten, das sich in einem Zustande traurigster Entblößung befand. Es wiederholte sich hier wie in allen ähnlichen Fällen die Wahrnehmung, daß selbst die frisch ausgehobenen französischen Truppen im Kampfe sich tapfer schlugen, auf dem Rückzuge aber der Auflösung verfielen. Die Deutschen standen nunmehr auf der Linie Orgères-Toury-Bithiviers.

Der Vorstoß des rechten Flügels der Voirearmee war mißlungen. Da aber traf am 30. November die bereits vier Tage vorher von Paris mittelst Ballon abgeordnete Meldung in Tours ein, daß Ducrot am 29. mit 100 000 Mann einen Durchbruch versuchen und im Fall des Gelingens sich zur Vereinigung mit der Voirearmee wahrscheinlich gegen Oien wenden werde. Es war also anzunehmen, daß er schon seit zwei Tagen im Kampfe stehe. Da durfte mit der Hilfe nicht länger gezögert werden. Noch denselben Abend



erhielt Aurelles den formellen Befehl zum unverzüglichen Vorrücken seiner gesamten Armee und trotz ernstlicher entgegenstehender Bedenken erklärte sich ein Kriegsrat für die Ausführung. Ein am 1. Dezember von Chanzy auf dem linken Flügel bei Villepion über von der Tann errungener, wenn auch unbedeutender Erfolg erhöhte die Zuversicht aufs Gelingen; die am Abend aus Paris eintreffende Bügennachricht, daß der Ausfall von glänzendem Erfolge



Friedrich Franz II., Großherzog von Mecklenburg.  
Nach Photographie.

gekrönt worden sei, erhob sie zur Gewißheit, in Tours galt Prinz Friedrich Karl bereits als verloren. Voll dieser erhebenden Eindrücke setzten Chanzy und Admiral Sauréguiberry am 2. ihren Vormarsch fort; bald aber stießen sie bei den Dörfern Loigny und Boupry auf die Armeeabteilung des Großherzogs, der alle ihre Angriffe abwies und sie zum Rückzuge zwang. Am nämlichen Tage hatte der Prinz aus Versailles den Befehl erhalten, durch unmittelbaren Angriff auf Orleans die Entscheidung herbeizuführen. Am 3. setzte er sich daher mit gesamter Macht auf dieses Ziel zu in Marsch und gelangte unter leichten Kämpfen bis auf 16 Kilometer an dasselbe heran,

verschoß jedoch in der Annahme, daß die Franzosen ihre befestigten Stellungen nachdrücklich verteidigen würden, die Fortsetzung des Angriffs auf den folgenden Tag. An diesem schloß sich der Kreis um Orleans immer enger. Der Aufforderung Gambettas gemäß war Aurelles willens, seine ganze Armee an diesem Punkte zu vereinigen und die Stadt hartnäckig zu verteidigen, aber seine Anordnungen gelangten nicht mehr zur Ausführung, weil seine Verbindung mit den Flügeln bereits durch die Deutschen unterbrochen war. Seine auf allen Seiten zurückgedrängten Bataillone schmolzen ihm unter den Händen. Der Rückzug hinter die Voire war unvermeidlich geworden. Die Drohung mit Beschießung erreichte in der folgenden Nacht die Räumung der Stadt, welche um halb ein Uhr vom Großherzog von Mecklenburg besetzt wurde. So endete der erste Versuch der Franzosen, die Kräfte der Provinz zu vereinigen, um mit ihnen der eingeschlossenen Hauptstadt zu Hilfe zu eilen.

Die Einbuße der Voirearmee in dieser zweitägigen Schlacht bei Orleans betrug über 20 000 Mann, darunter nicht weniger als 18 000 Gefangene, 74 Geschütze und vier auf der Voire zurückgelassene Kanonenboote. Die Deutschen hatten ihren entscheidenden Erfolg, die Durchbrechung von Aurelles' Centrum und die Zerreißung seiner beiden Flügel, mit einem Verluste von 1700 Mann erkauft.

General Aurelles büßte seine Niederlage mit Enthebung vom Oberbefehl. Die Voirearmee wurde nunmehr in zwei Armeen geteilt: die erste unter Bourbaki, bestehend aus den Korps Croizat, Pailières und Billot, nahm ihren Rückzug auf dem linken Voireufer flusshaufwärts, die zweite unter Chanzy, bestehend aus seinem eigenen und dem Korps Sonis, zu denen zwei neue, von Peratry hinter le Mans gebildete hinzukamen, auf dem rechten Ufer flusshabwärts. Mit der Verfolgung der letzteren beauftragte Prinz Friedrich Karl den Großherzog von Mecklenburg, während er einen anderen Teil seiner Truppen auf Bierzon richtete, um womöglich Bourges zu erreichen. Bei Beaugency traf der Großherzog auf den ihm an Zahl fast fünffach überlegenen Gegner. Vier Tage lang, vom 7.—10. Dezember, hatte die schwache Armeeteilung zu ringen ohne Unterlaß, kämpfend von Tagesanbruch bis zur Dunkelheit, die Nächte auf Vorposten fast nur auf Flintenschußweite vom Feinde. Dieser hartnäckige Widerstand veranlaßte den Prinzen, den Zug nach Bourges aufzugeben, um dem bedrängten Großherzoge Hilfe leisten zu können, zumal ihm von Versailles aus die Einnahme von Tours ganz besonders ans Herz gelegt wurde. Chanzy hatte auf das Vordringen Bourbakis gerechnet, damit ein Teil der feindlichen Kräfte von ihm abgezogen würde; der aber erklärte, nachdem er bis Bierzon gekommen, rund heraus, er befehlige nur eine Horde demoralisierter, dem Elend und der Erschöpfung verfallener Menschen, und kehrte um, und da sich Chanzy durch das Vorrücken Mansteins auf dem linken Ufer über Chambord gegen Blois auch im Rücken bedroht sah, so entzog er sich dem Neg, das ihn immer enger umschloß, durch einen geschickten Rückzug nach Vendôme. Hier



entbrannte der Kampf am 14. und 15. von neuem, weniger in Gestalt einer geordneten Schlacht als eines Versuchs zu verzweifeltem Widerstande. Chanzy mußte sich zum weiteren Rückzug hinter den Vair entschließen, der ihm gefährlicher wurde durch die wachsende Demoralisation seiner Truppen als durch die Verfolgung des Siegers. Erst in le Mans vermochte er die Ordnung einigermaßen wiederherzustellen. Die Außenregierung hatte am 12. ihren Sitz von Tours, welches bald darauf von den Deutschen besetzt wurde, nach Bourbeaug verlegt.

Von diesem Zeitpunkt an trat auf dem westlichen Schauplatze eine Ruhepause ein. Da es nicht im allgemeinen Kriegsplan lag, daß die II. Armee sich zu weit von Paris entferne, so nahm Prinz Friedrich Karl die auf dem linken Loireufer vorgedrungenen Truppen von dort zurück. Das X. Armeekorps hielt den Vair besetzt, der Großherzog, durch neue Kavallerie verstärkt, übernahm wieder die Rückendeckung der Belagerungsarmee gegen Westen bei Chartres und Dreux, die Bayern, die das schwerste Stück Arbeit in diesen Dezemberkämpfen gethan hatten, kehrten nach Orleans zurück. Sie und das ganze Heer waren dieser Erholung im höchsten Maße bedürftig. Bekleidung und Schuhwerk waren abgerissen, selbst die Munition ging auf die Neige. Und noch war kein Ende dieser fast übermenschlichen Anstrengungen abzusehen. Denn von wilder Leidenschaft erfaßt ersticke Gambetta jede friedliche Regung, predigte den Kampf bis aufs Messer und fuhr fort Truppen aus dem Boden zu stampfen und vorwärts zu treiben, ohne zu fragen, ob sie marschieren oder kämpfen könnten. Es war, was Laufrey „die Diktatur einer anmaßlichen und aufgeregten Unfähigkeit“ nannte. Da stellte sich auch auf deutscher Seite die Erwägung ein, ob die anfangs geübte Schonung das rechte Mittel sei, diesen planlosen Widerstand zu brechen. Auch ihre Kriegsführung nahm einen wilderen Charakter an, zumal die der Franzosen aller Menschlichkeit und allem Völkerrecht dermaßen Hohn sprach, daß Bismarck sich gedrungen fühlte, sie öffentlich vor ganz Europa zu brandmarken.

Eines verhältnismäßig ruhigeren, wenn auch zu steter Wachsamkeit genötigten Daseins genossen die Garnierungsstruppen von Paris, die in den reizenden Landhäusern der Hauptstädter bequeme Quartiere fanden und bei der Winterkälte aus Mangel anderen Brennstoffs manch kostbares Meubelstück in den Kamin wandern ließen. Aber ihre Geduld wie die der Heimat, der der Telegraph immer nur zu melden hatte „Vor Paris nichts Neues,“ wurde auf eine harte Probe gestellt. Eine Beschießung wünschte die oberste Kriegsleitung entweder überhaupt zu vermeiden oder erachtete sie nicht für ausführbar, bevor nicht das ausreichende Material zur Stelle geschafft war, und dessen Herbeischaffung wurde durch die großen Gefangenentransporte gehemmt. Weihnachten galt als der äußerste Termin, bis wohin die Stadt sich werde halten können, aber ihre Ausdauer spottete jeder Berechnung. Vermochte doch das an Licht und Glanz gewöhnte Paris sogar ohne Gas zu leben. Freilich stieg die Sterblichkeit auf das doppelte des Durchschnittes. Das Schlachtvieh

schmolz ohne Ersatz zusammen. Pferdefleisch wurde ein Lederbissen, aber nach den Pferden kamen die Vierfüßler des Zoologischen Gartens an die Reihe und die Kochkunst feierte ihre höchsten Triumphe in Schmachhaftmachung sonst nicht eßbarer Gegenstände. Was aber die Hauptsache, die Stimmung der Eingeschlossenen blieb ungebrochen, ja auf die Nachricht von dem Siege bei Coulmiers und der Wiedereinnahme von Orleans schwang sie sich zu neuer Kampfesfreudigkeit, zu sicherer Hoffnung auf Rettung empor. Sofort wurden die Anstalten zum Durchbruch getroffen, um der vordringenden Voirearmee die Hand zu reichen. „Was mich betrifft,“ so schloß Ducrot die feierliche Ankündigung dieses Entschlusses, „ich schwöre es vor euch, vor der ganzen Nation, ich werde nur als Sieger oder tot nach Paris zurückkehren. Ihr könnt mich fallen sehen, weichen werdet ihr mich nicht sehen!“

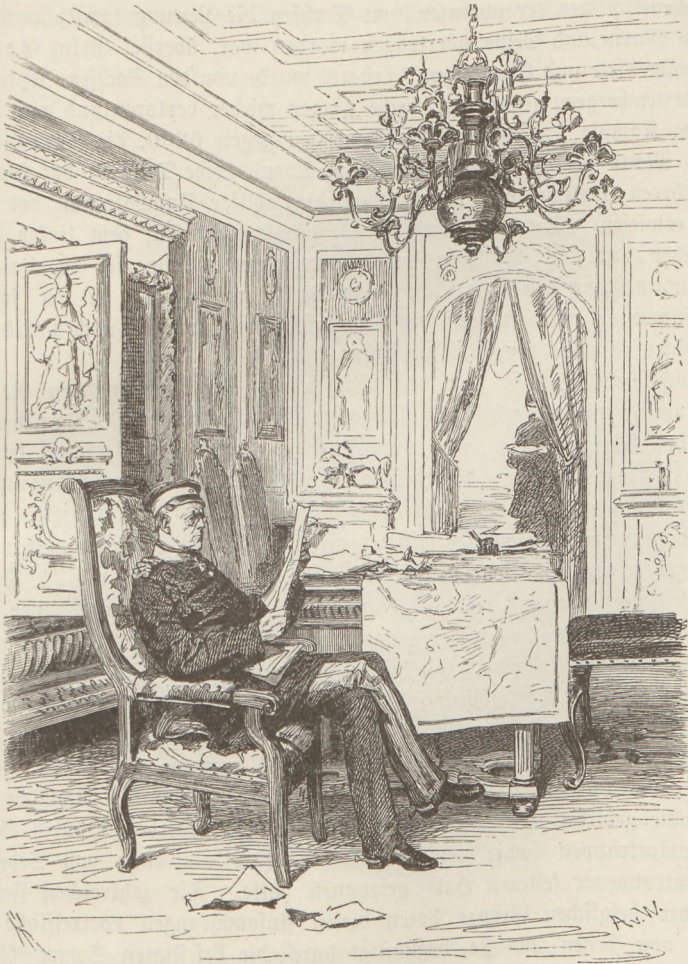
Die gesamte bewaffnete Macht von Paris belief sich auf rund 400 000 Mann. Davon standen in den Forts und Außenwerken 80 000 Mobile, in den Befestigungen von St. Denis 35 000 Mann unter dem Vizeadmiral de la Roncière le Noury. Die übrige gliederte sich in drei Armeen: Die I. unter General Cl. Thomas begriff 266 Bataillone Nationalgarde, eine Kavallerie- und eine Artillerielegion, zusammen 130 000 Mann; sie diente zur Besetzung der Stadtumwallung und zur Aufrechthaltung der Ruhe im Inneren; die brauchbarsten Mannschaften derselben wurden zu Kriegskompanien und diese zu 4—500 Mann starken Marschbataillonen vereinigt, um den Dienst der Mobilgarden zu übernehmen, sobald letztere außerhalb der Festung verwendet würden. Die II. Armee unter Ducrot, über 100 000 Mann, war für den Ausfall bestimmt, ihr waren daher die zuverlässigsten Truppen zugeteilt. Die III. Armee unter Vinoy, 70 000 Mann, sollte den Feind durch Scheinangriffe auf die Nebenfronten beschäftigen. Am 28. November sammelten sich die zum Durchbruch bestimmten Truppen in der Gegend von Vincennes; in der folgenden Nacht besetzte eine Division der III. Armee den Mont Avron. Am 29. sollte Ducrot, während Vinoy durch einen Ausfall gegen Epinai, Buzenval und l'Hay die Aufmerksamkeit der Deutschen nach Süden ablenken würde, die Marne zwischen Joinville und Neuilly überschreiten und auf der östlich vorliegenden Hochfläche festen Fuß fassen; allein plötzlich eintretendes Hochwasser verursachte einen Aufschub bis auf den folgenden Tag und dieser kam den Gegenanstalten der Deutschen zu gute, die auch durch die Nachricht von dem Angriffe der Voirearmee auf Beaune la Rolande zur Vorsicht gemahnt worden waren. Ihre Truppen waren so aufgestellt, daß sie sich in kürzester Zeit gegenseitig unterstützen konnten. Am folgenden Vormittage stürzte sich Ducrot mit ungeheurer Übermacht auf die Stellungen der Württemberger und Sachsen, entriß ihnen in heißem Kampfe die Dörfer Brie und Champigny, aber an Billiers und Coeuilly scheiterten alle seine Anstrengungen. Es war ihm wohl gelungen, die Umzingelung an einer Stelle etwas einzudrücken, aber durchbrochen hatte er sie nicht. Er beschloß daher, die Fortsetzung des Angriffs auf den folgenden Tag zu ver-







schieben und nur den eroberten Abschnitt zu behaupten; aber auch dieser unterblieb, da nach näherer Erwägung die französischen Generale den Durchbruchversuch für völlig mißlungen hielten. Nur aus Besorgnis, daß eine



Moltke in seinem Arbeitszimmer in Versailles, Rue neuve 38.

Von Anton von Werner; nach den 1870 an Ort und Stelle entstandenen Originalstizzen. \*)

sofortige Rückkehr der Armee in der Stadt neue Unruhen hervorrufen könne, wurde der größere Teil der ausgefallenen Truppen, obgleich schutzlos gegen die bittere Kälte, auf dem linken Marneufer belassen und mit Befestigung des

\*) Anton von Werner, Direktor der Kgl. Kunstakademie zu Berlin, war in Begleitung des Großherzogs von Baden während des Krieges dem großen Hauptquartier zugeteilt.



gewonnenen Abschnittes begonnen. Diese Unthätigkeit des Feindes gestattete den Deutschen Teile des II. und VI. Korps an die gefährdete Stelle heranzuziehen und am 2. Dezember ihrerseits zum Angriff auf die verlorenen Stellungen überzugehen. Auf Befehl des Generals Fransecky, dem unter dem Oberbefehl des Kronprinzen von Sachsen die Leitung sämtlicher Truppen zwischen Marne und Seine übertragen worden war, überfiel Prinz Georg in aller Frühe Briè und Champigny; ersteres wurde von den Sachsen, letzteres von den Württembergern genommen, beide gingen wieder verloren und nach überaus blutigem Kampfe, in welchem die Deutschen gegen 6200, die Franzosen über 12000 Mann verloren, behaupteten am Abend beide Teile in der Hauptsache die früheren Stellungen. Damit war die völlige Unmöglichkeit des Durchbruchs erwiesen. Ducrot blieb am 3. nur deshalb auf dem linken Marneufer stehen, um mit Rücksicht auf den vermuteten Anmarsch der Voirearmee auf Fontainebleau den Feind an diese Stelle zu fesseln; in der folgenden Nacht führte er seine bis auf den Tod erschöpften Truppen nach Paris zurück, ohne seinen Schwur eingelöst zu haben.

Auch die Mehrzahl von den Mitgliedern der provisorischen Regierung sah nunmehr die Vergeblichkeit längeren Widerstandes ein. Trochu selbst teilte ihre Überzeugung; aber aus Furcht vor dem Verratgeschrei der Gasse gab er trotzdem auf einen Brief Moltkes, der neben der Mitteilung von den französischen Niederlagen an der Voire das Anerbieten enthielt, ein von dem Gouverneur beauftragter Offizier möge sich durch den Augenschein davon überzeugen, einen abweisenden Bescheid. Es wurde vielmehr am 21. Dezember unter Leitung Ducrots und des Admirals La Roncière ein neuer Durchbruchversuch, diesmal nach der entgegengesetzten Seite, auf Le Bourget und Dugny unternommen, jedoch mit keinem besseren Erfolge. Der Tag bewies nur, daß die Kräfte der Verteidiger sich erschöpften, die Nationalgarde versagte den Kampf und der Gegenstoß der Garde warf die Eingedrungenen rasch wieder hinaus.

Bei diesem neuen Ausfalle war besonders auf die Nordarmee gerechnet worden, die sich zuerst aus zerstreuten Nationalgarden und Mobilien in der Normandie gebildet und dann unter Bourbaki's Oberbefehl durch Anschluß von Marinetruppen sowie verschiedener den Kapitulationen von Sedan und Metz Entronnener festeren Halt gewonnen hatte. Die zahlreichen Festungen längs der belgischen Grenze boten diesen Ansammlungen vortreffliche Stützpunkte, von denen aus sie, begünstigt durch die befestigten Sommeübergänge bei Ham, Peronne, Amiens und Abbeville, jederzeit der Belagerungsarmee von Paris in den Rücken fallen konnten. Sehr zu ihrem Schaden wurde aber Bourbaki durch die Regierung von Tours gerade in dem Augenblicke nach der Voire abberufen, wo die I. Armee, die allerdings anfangs nur aus dem VIII. Armeekorps, der 3. Infanteriebrigade und der 3. Kavalleriedivision bestand und erst nachträglich durch das I. Korps unter von Bentheim verstärkt wurde, die Dife erreichte (21. November). Auch auf diesem Schauplatze war die Aufgabe der deutschen Minderzahl eine überaus beschwerliche. Bei

Amiens stieß Manteuffel am 27. auf die Nordarmee unter Bourbaki's einstweiligem Stellvertreter General Farre. Ungünstig für ihn war der Umstand, daß seine ohnehin schwachen Streitkräfte durch das Abreißflüßchen derart voneinander getrennt waren, daß eine gegenseitige Unterstützung zwischen ihnen unmöglich wurde, links davon Bentheim und die Kavalleriedivision



General Faidherbe. Nach Photographie.

von der Groeben, rechts von Göben mit den Rheinländern; dennoch entschied die Erstürmung des Dorfes Villers-Bretonneux durch die von Groeben unterstützten Ostpreußen die Niederlage des Feindes, der eiligst gen Arras abzog. Am 29. kapitulierte die Zitadelle von Amiens; dasselbe hatte Fère am 27., Diederhofen schon am 25. gethan; Montmedy folgte am 14. Dezember. Während Groeben zur Besetzung von Amiens zurückblieb, brach Manteuffel gegen Rouen auf, das die Franzosen wider Erwarten freiwillig räumten, und



erlöste die städtischen Behörden von der Revolution im Innern. Mit seinen Hauptkräften setzte er sich zum Schutz der Einschließung von Paris an der Somme und unteren Seine fest, ließ die Gegend von stärkeren Kolonnen durchstreifen, die Bevölkerung entwaffnen, sich sammelnde Massen zerstreuen, auch am 14. Dieppe von Goeben besetzen. Wie nötig diese Maßregeln seien, lehrte der nächtliche Überfall einer sächsischen Reiterabteilung in Crepagny am 30. November, sowie der von Ham am 9. Dezember. Seine Hauptaufgabe aber blieb die Unschädlichmachung der noch in der Normandie das Feld haltenden Scharen, die jetzt Briand befehligte, und die Verhinderung des nach Arras zurückgewichenen Korps, dessen Führung General Faidherbe übernommen hatte, am Wiederhervorbrechen. Mehrfache Anzeichen ließen erkennen, daß letzterer sein Hauptaugenmerk auf Amiens richtete. Von der Groeben hatte deshalb die Stadt unter Zurücklassung einer Besatzung in der Zitadelle am 16. geräumt, erhielt aber sofort Gegenbefehl. Denn da die Weisungen aus dem großen Hauptquartier besonderes Gewicht auf ein unverzügliches Vorgehen gegen etwa wieder in freiem Felde auftauchende feindliche Massen legte, hatte Manteuffel, obgleich seine ganze Macht aus wenig mehr als 20 000 Mann bestand, beschloß, ohne die Ankunft der ihm zugesagten Verstärkungen abzuwarten, lediglich im Vertrauen auf die Tüchtigkeit seiner Truppen, sogleich zum Angriff zu schreiten. Zwar Faidherbes dreifache Übermacht aus ihrer festen Stellung auf dem Höhenrande jenseits der Hallue, eines Nebenflüßchens der Somme, zu vertreiben, gelang ihm in der zweitägigen Schlacht vom 23. und 24. Dezember nicht, wohl aber entriß er ihm die Dörfer am Flusse selbst eines nach dem andern, und als die Deutschen sich am Morgen des 25. zu neuem Angriffe anschickten, stellte sich heraus, daß Faidherbe sein tief erschüttertes Heer in den schützenden Bereich der Festungen zurückgenommen hatte. Schon nach wenigen Tagen jedoch drang der unermüdete Feldherr von neuem vor, zum Entsatz des von General Barnekow belagerten Peronne. Alle an der Somme verfügbaren Teile der I. Armee waren zum Schutz dieser Belagerung in einem Bogen von St. Quentin bis Bienwillers au Bois aufgestellt. In der zweitägigen Schlacht bei Bapaume, 2. und 3. Januar 1871, leistete ihm Goeben, der in Manteuffels Abwesenheit den Befehl über die fast auf 10 000 Mann zusammengeschnitzene Armee führte, den tapfersten Widerstand. Dieser sowie die schneidende Kälte der folgenden Nacht hatten die zum Teil noch wenig kriegsgewohnten Franzosen dermaßen erschöpft, daß Faidherbe vorzog, den Rückzug anzutreten. Sein von Bentheim am 4. bei Robert le Diable und Bourgachard an der Seine angegriffener rechter Flügel entzog sich ebenfalls während der folgenden Nacht durch eiligen Abmarsch der bedenklichen Lage, in die er durch das Zurückweichen des übrigen Heeres gekommen war. Aber auch die Deutschen bedurften dringend der Ruhe und gingen daher gleichfalls hinter die Somme zurück. Der Fall von Peronne brachte am 9. Januar die ganze Linie dieses Flusses in ihre Hand.

Im Westen hielt die in Erholungsquartieren bei Le Mans stehende II. Loirearmee, selbst unthätig, einen bedeutenden Teil der deutschen Streitkräfte in Schach und hinderte deren anderweite Verwendung. Chanzy fühlte aber die Verpflichtung, zur Rettung von Paris eine neue Anstrengung zu



General Chanzy. Nach Photographie.

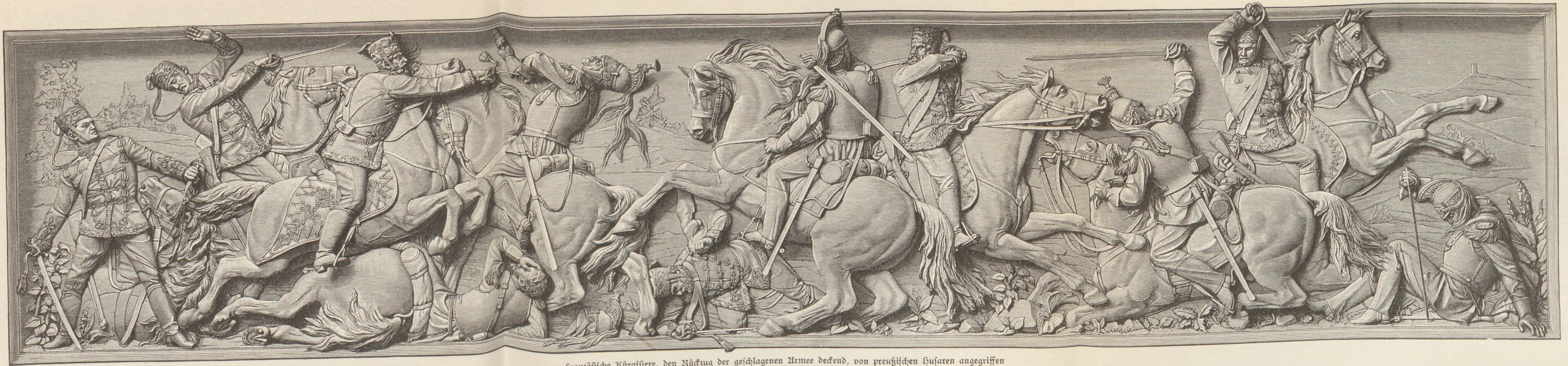
unternehmen. Ehe indes der Entschluß hierzu gereift war, befanden sich Prinz Friedrich Karl und der Großherzog Friedrich Franz bereits in vollem Anmarsche gegen ihn. Aus den einlaufenden Nachrichten, welche den aus Versailles gemeldeten Abmarsch der I. Loirearmee unter Bourbaki nach dem Osten (s. u.) bestätigten, ergab sich nämlich, daß Chanzy ausschließlich auf seine eigenen Kräfte angewiesen, zugleich aber auch, daß es höchst wünschenswert sei, mit



ihm in möglichst kurzer Frist fertig zu werden. Der ganze Raum zwischen Loir und Sarthe ist ein mit Weinfeldern, Obstplantagen und Gemüsegärten dicht bedecktes Gelände, wo die Ortschaften meist aus einer Anzahl vereinzelter, massiv gebauter Pachtböfe bestehen, zwischen denen von weitläufigen Parkanlagen umgebene Schlösser liegen, jeder Besitz von Hecken, Wällen und Gräben umfaßt. So bilden sich überall Abschnitte und Einzelpunkte, aus denen selbst mittelmäßige Truppen bei guter Deckung Widerstand leisten konnten. Artillerie und Kavallerie ließen sich hier nur in geringem Maße verwenden, die Infanterie hatte fast ausschließlich die Last des Kampfes zu tragen. Da die Leitung von oben auf solchem Boden ungemein erschwert war, mußte von jedem einzelnen Führer selbständiges Handeln gefordert werden. Dazu trat gerade in diesen Tagen der Winter in ganzer Strenge auf. Schneetreiben füllte die Luft, und dabei marschierte ein Teil der Infanterie in Leinenhosen und zerrissenem Schuhwerk, die Kavallerie und Artillerie mußte auf den zahlreichen steilen Abhängen, in den Schluchten und Hohlwegen abgefessen führen. Aber der gute Wille, die Ausdauer und Mannszucht der Truppen überwand alle Schwierigkeiten. In weitem Bogen vorrückend, trieben sie, die Brandenburger voran, hinter ihnen das IX., X. und XIII. Armeekorps, was sie vom Feinde trafen, vor sich her auf Le Mans zurück. Hier stellte sich Chanzy am 11. Januar zur Schlacht. Sie dauerte unentschieden bis zur Dunkelheit. Als ihm aber am folgenden Morgen Admiral Faureguiberry meldete, daß alle Versuche, die Truppen wieder vorwärts zu bringen, gescheitert, die letzten Reserven zertrümmert seien, befahl er den allgemeinen Rückzug, 20 000 Gefangene, zahlreiche Trophäen und Vorräte in den Händen der Sieger zurücklassend. Auch diese hatten schwere Verluste erlitten; mehr als die Hälfte derselben traf die Brandenburger; manche Kompanien wurden von Feldwebeln geführt. Der Zweck des Zuges gegen Le Mans war aber erreicht, die Voirearmee auf weite Entfernung von Paris bis an die Mayenne zurückgedrängt. Von ihrem Zustande zeugten die stehengebliebenen Fuhrwerke und die Unmasse weggeworfener Waffen. Die bretonischen Nationalgarden eilten in wilder Flucht in ihre Heimat zurück; ihnen schlossen sich die im Lager von Conlie zurückgebliebenen Truppen an, nachdem sie dasselbe geplündert hatten. Die Voirearmee hatte die Hälfte ihres Bestandes eingebüßt und war auf geraume Zeit außer Wirksamkeit gesetzt.

Was das Unterlassen einer kräftigeren Verfolgung bedingte, war weniger die Erschöpfung der Truppen als die allgemeine Kriegslage und insbesondere die Nachricht, daß die französische Nordarmee, verstärkt durch seewärts erhaltene Zuzüge, sich zu einem neuen Angriff anschickte und die Versammlung der I. Armee an der Somme erforderlich sei. Das XIII. Armeekorps wurde daher nach Rouen gerufen. Faidherbe beabsichtigte, seinen Gegner in der rechten Flanke zu umgehen, aber Goben, der jetzt an Stelle des nach dem Osten abberufenen Manteuffel definitiv den Oberbefehl führte, schlug ihn bei St. Quentin am 19. Januar aufs Haupt; die 3000 verwundeten und





Französische Kürassiere, den Rückzug der geschlagenen Armee deckend, von preussischen Husaren angegriffen  
7. Kavalleriegefecht.



Am Grabe der Gefallenen

Feldprediger

Samariterin

Chefarzt zu Pferde

8. Nach der Schlacht.

Kranfenträger

Arzt

Verbandplatz

Einjamer Tod

Marmor-Relief von Johannes Pfuhl, im Fries des Feldmarschall-Saales der Hauptkadettenanstalt zu Lichterfelde. Viertes Blatt.



9000 unverwundeten Gefangenen, die er ihm abnahm, bewiesen aufs neue, wie wenig diese zusammengerafften Scharen den Vergleich mit den deutschen Truppen aushielten. Vergebens eilte Gambetta nach Lille herbei, um den gesunkenen Mut durch seine Großsprechereien zu beleben: die Nordarmee war nicht mehr fähig, den Kampf fortzusetzen.



General von Goeben. Nach Photographie.

Auch die Widerstandskraft von Paris neigte sich ihrem Ende zu. Unter der doppelten Einwirkung des Mangels und der ungewöhnlich strengen Winterkälte verwandelte sich diese Stadt des Luxus mehr und mehr in eine Stätte der Entbehrungen und des Elendes. Und nun begannen auch die deutschen Granaten ein ernstes Wort mit den spottlustigen Parisern zu sprechen. Der Angriff aus 76 Geschützen gegen den Mont Auvron am 27. Dezember, der am 29. Trochu zu Räumung dieser Stellung zwang, bildete die Einleitung zur Beschießung der Forts Issy, Vanvres und Montrouge auf der Südseite, deren

Feuer gedämpft und teilweise zum Schweigen gebracht wurde. Die Versuche des Feindes, die sich vorschiebenden Belagerungsarbeiten zu stören, wurden regelmäßig abgewiesen. Und nun gelang es den deutschen Granaten, bei einer Elevation der Geschütze von 30 Grad auf eine Entfernung von 7500—8000 Metern auch die Stadt selbst zu erreichen; seit dem 5. Januar fielen täglich 400—500 von ihnen auf die Quartiere des linken Seineufers nieder und richteten mancherlei Schaden an. Größer noch war der moralische Eindruck und nicht bloß auf die Bevölkerung selbst. Die in Paris verbliebenen Gesandten der Schweiz, Schwedens, Dänemarks, Belgiens, der Niederlande und der Vereinigten Staaten erhoben Protest gegen die ohne ihre vorherige Benachrichtigung erfolgte Beschießung, mußten sich aber von Bismarck bedeuten lassen, daß hierbei nur militärische Rücksichten maßgebend seien, und daß, wer freiwillig in der belagerten Stadt zurückgeblieben, die Folgen davon nur sich selbst zuzuschreiben habe. Die Dubliner Akademie und Universität fanden sich sogar bemüht, gegen die Gefährdung der wissenschaftlichen und Kunstschätze von Paris durch die deutschen Geschosse unter den gelehrten Körperschaften der zivilisierten Welt eine Agitation in Gang zu bringen, zogen sich aber dafür von seiten der Universität Göttingen durch den Mund ihres Prorektors R. Dove eine ebenso würdige wie scharfe Abfertigung zu. Einen besseren Trost gewährte den Belagerten die Beteuerung Gambettas, daß der Untergang der Preussens durch Chanzy und Bourbaki sicher und nahe bevorstehe. Darauf hin entschloß sich Trochu zu einer letzten verzweifelten Kraftanstrengung, einem abermaligen am 19. Januar unter seiner persönlichen Leitung von den Generalen Vinoy, Bellemare und Ducrot zu unternehmenden Ausfall in der Richtung auf Bazenville, der einzigen überhaupt noch möglichen; denn nur noch auf dem südlichen Teile der Halbinsel Gennevilliers und unter dem Schutze des Mont Valerien konnten sich größere Truppenmassen versammeln. Erreicht wurde damit nichts als unnützes Blutvergießen; das V. Armeekorps behauptete seine Stellungen gegen den viermal stärkeren Angreifer, ohne Unterstützung von den Seiten zu bedürfen. Dieser neue Mißerfolg kostete Trochu, der sich schon infolge der Räumung des Mont Avron hatte gefallen lassen müssen, daß ihm ein Kriegsrat zur Seite gesetzt wurde, den letzten Rest der Volksgunf. Er wurde seines Amtes als Gouverneur entsetzt. Vinoy, der an seiner Statt berufen wurde, zögerte anzunehmen, als eine Revolte, die mit der Befreiung der Gefangenen vom 31. Oktober anfang, rasch zu handeln zwang. Gleichzeitig, nachdem der Fall der Nordfestungen das nötige Belagerungsgeschütz frei gemacht hatte, begann auf der Nordseite die Beschießung von St. Denis und kam die Nachricht von Chanzy's Niederlage bei Le Mans.

Während in diesen Symptomen der Eintritt der Agonie von Paris sich unzweideutig ankündigte, war Versailles Zeuge eines ganz anderen, eines welthistorischen Ereignisses: der Proklamierung des deutschen Kaiserreichs.

Das gemeinsam vergossene Blut hatte die künstlich erfundene Mainlinie hinweggespült, die Erkenntnis, daß nur durch Schöpfung dauernder Institutionen



der Zukunft Deutschlands das Vermächtnis dieser Zeit der Opfer und der Thaten gesichert werden könne, schneller und allgemeiner verbreitet als noch vor kurzem denkbar schien, Volk und Fürsten Deutschlands mit der Überzeugung erfüllt, daß es zwischen dem Süden und dem Norden eines festeren Bandes bedürfe als der völkerrechtlichen Verträge. Verschwunden war in der Erhebung der Nation, was sie bisher trennte und zerriß, der alte Fluch hatte sich gelöst. Die erste Anregung kam aus München. Der junge König Ludwig II. und seine Regierung befanden sich in einer zwiespältigen Stimmung. Indem ihnen die Erhaltung von Bayerns Selbständigkeit über jeder anderen Rücksicht



Staatsminister Delbrück. Nach Photographie.

stand, sie aber doch auch das Wehen des nationalen Hauches verspürten und die Notwendigkeit des sich Vorbereitenden erkannten, hielten sie es für das Geratenste, dem Unvermeidlichen durch eigenen Entschluß zuvorzukommen. Sie gaben daher in Berlin ihre Überzeugung zu erkennen, daß man von dem Boden der völkerrechtlicher Verträge, welche bisher die süddeutschen Staaten mit dem Nordbunde verbanden, zu einem Verfassungsbündnisse übergehen müsse. Auf ihren Wunsch wurde Minister Delbrück zu weiteren Verhandlungen nach München gesendet; die einzige Instruktion für ihn war die, sich jeder Äußerung zu enthalten, welche gedeutet werden könne, als ob Preußen gesonnen sei, auf die freien Entschließungen eines treuen und bewährten Verbündeten auch nur den entferntesten Druck auszuüben. Diesem Grundsatz ist auch

Bismarck während der ganzen Verhandlung treu geblieben, im Gegensatz zum Kronprinzen Friedrich Wilhelm, der auch Zwang gegen die sich Sträubenden für angezeigt hielt. Wesentlich gefördert wurden diese Münchener Besprechungen durch die Theilnahme der württembergischen Regierung, welche dabei durch den Minister von Mittnacht, seit dem 31. August Barmbüblers Nachfolger, vertreten war. Denn mit diesem Ministerwechsel hatte sich in Stuttgart ein entscheidender Umschwung zu gunsten des als unvermeidlich erkannten Anschlusses an den Norden vollzogen, und daß dieser Umschwung nicht etwa bloß die Regierung betraf, bewies die vollständige Niederlage der partikularistischen Volkspartei bei den Kammerwahlen im Oktober. Dadurch erhielten die ganz übermäßigen Ansprüche, welche Bayern zur Wahrung seiner Selbstständigkeit erheben zu müssen glaubte, ein wohlthätiges Gegengewicht. Zwar endigten die Münchener Besprechungen am 28. September ohne unmittelbares Ergebnis, sie hatten aber doch klärend gewirkt und vor allem der bairischen Regierung die Überzeugung gegeben, daß zwar nicht Preußen, wohl aber die Lage der Dinge selbst ihr Zugeständnisse abzwinge und daß sie durch allzulanges Zögern leicht selbst ihre Stellung verschlimmern könne. Stellte doch Baden bereits am 2. Oktober den formellen Antrag auf Eintritt in den Norddeutschen Bund; Württemberg und Hessen standen auf dem Sprunge, seinem Beispiele zu folgen. Wollte es also nicht ganz isoliert zurückbleiben und Gefahr laufen, entweder auch vom Zollvereine ausgeschlossen zu werden oder diesem zuliebe sich später bedingungslos zu unterwerfen, so mußte es ebenfalls vorwärts. Als daher auf Anregung von Stuttgart aus die in München begonnenen Besprechungen in der zweiten Hälfte des Oktobers nach Versailles verlegt wurden, fanden sich daselbst neben Folly und von Freyhoff für Baden, Mittnacht und Kriegsminister von Sadow für Württemberg, Dalwigk und Hofmann für Hessen auch die bairischen Minister Graf Bray und von Luz ein, um mit den Vertretern Preußens Delbrück und von Roon zu unterhandeln; die übrigen norddeutschen Regierungen waren durch den sächsischen Minister von Friesen vertreten. Auch die Wortführer der nationalliberalen und der freisinnigen Partei von Bennigsen und von Friedenthal hatte Bismarck zugezogen. Unschwer wurde die Verständigung mit Baden und Hessen erreicht; am 15. November unterzeichneten beide einen Vertrag, durch welchen sie sich unter einigen unbedeutenden Vorbehalten verpflichteten, vom 1. Januar 1871 ab sich mit dem Nordbunde auf Grund von dessen Verfassung zu einem neuen deutschen Bunde zu vereinigen. Auch Württemberg würde schon den gleichen Schritt gethan haben, wenn nicht von München aus in Stuttgart alle Hebel in Bewegung gesetzt worden wären, um dies zu verhindern. Sogleich eilten jedoch Mittnacht und Sadow nach Hause und erreichten durch die Forderung ihres Rücktritts, daß der König innehielt und in das frühere Geleis zurücklenkte. Indes hatte auch Bismarck beiden Staaten ein weitgehendes Entgegenkommen gezeigt. Es wiederholte sich die einst schon bei Gründung des



Zollvereins gemachte Erfahrung: die ursprünglich für einen Teil geschaffene Form mußte etwas gelockert werden, um ihre Ausdehnung auf die Gesamtheit zu ermöglichen. Für 26 Paragraphen der norddeutschen Bundesverfassung wurden Abänderungen zugestanden, 25 weitere für Bayern überhaupt außer Kraft gesetzt. Vor allem wahrte es seine volle Kriegsherrlichkeit wenigstens im Frieden, indem es sich nur in Bezug auf die Gleichmäßigkeit in der Ausrüstung und Organisation der Truppen dem Bunde unterordnete. Es behielt sein eigenes Post- und Telegraphenwesen, seine eigene Besteuerung des



Freiherr von Friesen. Nach Photographie.

inländischen Bieres und Branntweins, auch seine Eisenbahnen, soweit es sich nicht um strategische handelte, seine Heimats- und Niederlassungsverhältnisse blieben von der Beaufsichtigung und Gesetzgebung des Bundes ausgeschlossen. An Stelle des von Bayern ursprünglich beanspruchten Vetos gegen jede Verfassungsveränderung trat die Bestimmung, daß im Bundesrate schon einer Minderheit von 14 Stimmen ein solches Einspruchsrecht zustehen sollte. Auf diesen Grundlagen fand die Unterzeichnung des Vertrages am 23. November statt; zwei Tage darauf folgte Württemberg, das ebenfalls seine Post-, seine Bier- und Branntweinsteuer behielt und dessen Truppen zu einem eigenen Armeekorps formiert wurden.

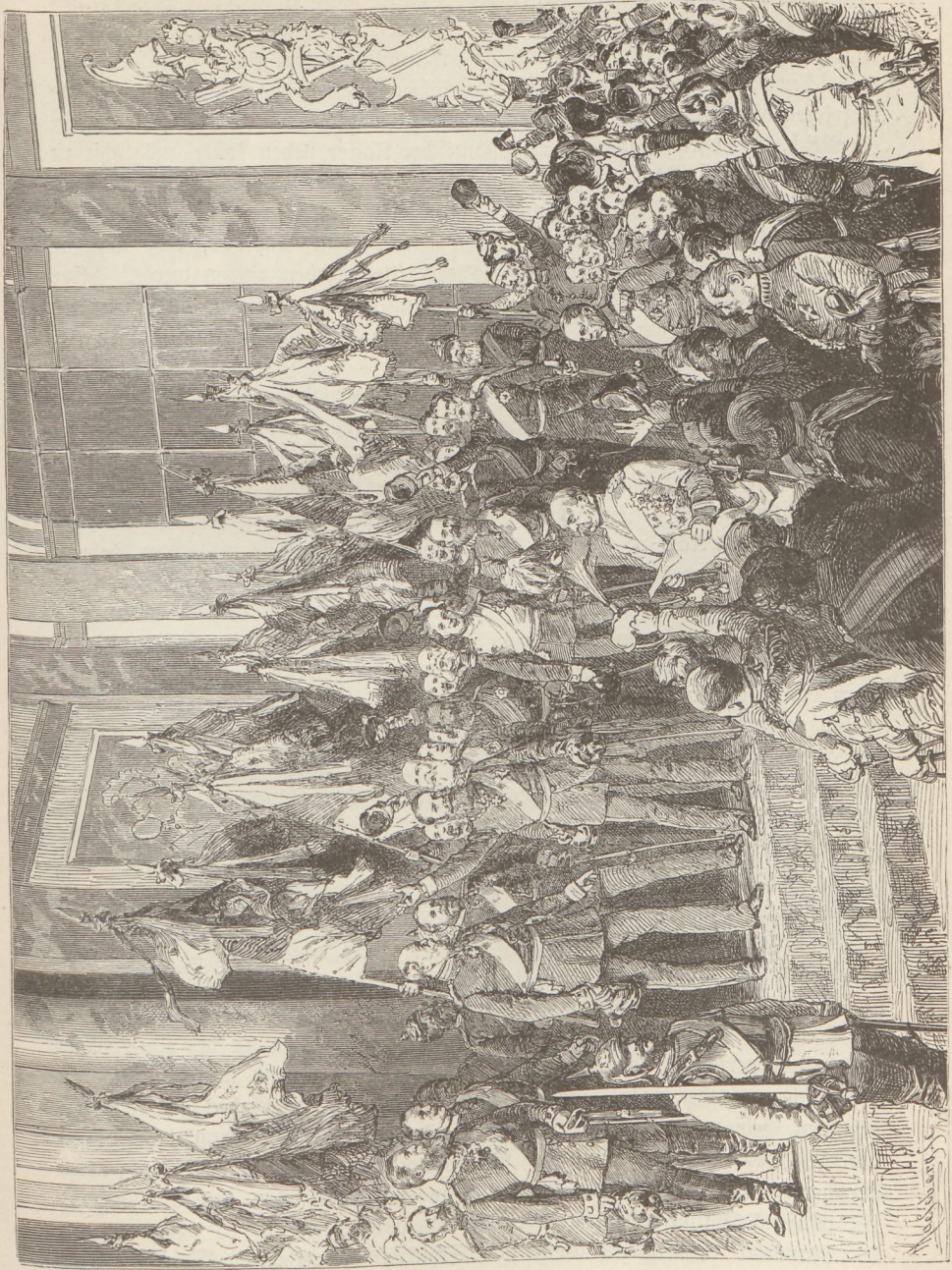
„Es ist ein Ereignis!“ sagte Bismarck zu seiner Umgebung, als der

Vertrag mit Bayern spät in der Nacht unterzeichnet worden war. „Die Zeitungen,“ fuhr er nach einigem Nachsinnen fort, „werden nicht zufrieden sein, und wer einmal in der gewöhnlichen Art Geschichte schreibt, kann unser Abkommen tadeln. Er kann sagen: der dumme Kerl hätte mehr fordern sollen; er hätte es erlangt, sie hätten gemußt, und er kann recht haben — mit dem Müßigen. Mir aber lag mehr daran, daß die Leute mit der Sache innerlich zufrieden waren; was sind Verträge, wenn man muß? — und ich weiß, daß sie vergnügt fortgegangen sind. Ich wollte sie nicht pressen, die Situation nicht ausnutzen. Der Vertrag hat seine Mängel, aber er ist so fester. Ich rechne ihn zu dem Wichtigsten, was wir in diesen Jahren erreicht haben.“

Der Bundesrat erhöhte sich durch den Hinzutritt von sechs bayrischen, vier württembergischen, drei badischen und zwei hessischen Stimmen von 43 auf 58, die Mitgliederzahl des Reichstags durch den von 48 bayrischen, 17 württembergischen, 14 badischen und sechs südhessischen Abgeordneten auf 382. Über die dem neuen Bunde und seinem Oberhaupte zu gebenden Namen schwankten die Ansichten eine Zeitlang. An dem Kaisertitel hafteten zu viel Erinnerungen an das Glend des alten Reiches, als daß für ihn große Begeisterung hätte herrschen können; trotzdem war es der, der sich, wie schon 1848 geschehen, dem Volksgefühl am naturgemähesten darbot. Der Kronprinz von Preußen scheint der erste gewesen zu sein, der ihn forderte; auch Bismarck trat seiner Ansicht bei; den bayrischen Unterhändlern in Versailles machte er dieselbe durch die Vorstellung annehmbar, es müsse für ihren König doch bequemer und leichter sein, gewisse Rechte dem deutschen Kaiser einzuräumen als dem benachbarten Könige von Preußen. Graf Solmsstein überbrachte dem König Ludwig nach Hohenschwangau die Einladung, die Wiederherstellung eines deutschen Reiches und der Kaiserwürde bei seinen Mitfürsten in Vorschlag zu bringen; für den Fall einer Ablehnung hatte sich Bismarck bereits der Bereitwilligkeit des Königs von Sachsen zu dieser Anregung versichert. Es geschah also nicht aus freiem Antriebe, sondern notgedrungen, als jener am 30. November dieser Aufforderung entsprach. Der Einladung an den König von Preußen zur Annahme der deutschen Kaiserwürde, welche nach eingegangener Zustimmung sämtlicher Souveräne Prinz Vuitpold von Bayern im Auftrage seines königlichen Neffen nach Versailles überbrachte, schloß sich auch der norddeutsche Reichstag in einer von Lascker verfaßten und mit 191 gegen sechs Stimmen angenommenen Adresse an. In dem Empfangssaale der Präfektur zu Versailles, einer Stätte, welche all die schweren Opfer, durch die das deutsche Volk das lang erstrebte Ziel seiner inneren Einigung hatte erkaufen müssen, aufs lebhafteste vor Augen stellte, geschah am 18. Dezember die feierliche Überreichung derselben durch eine Deputation, an deren Spitze Präsident Simson stand.

Damit konnte das neue Verfassungswerk für abgeschlossen gelten. In der Voraussetzung, daß die Zustimmung der süddeutschen Volksvertretungen





Die Kaiserproklamation in Versailles; 18. Januar 1871. Von Anton von Werner; nach den, 1870, an Ort und Stelle entstandenen Originalzeichnungen gezeichnet.

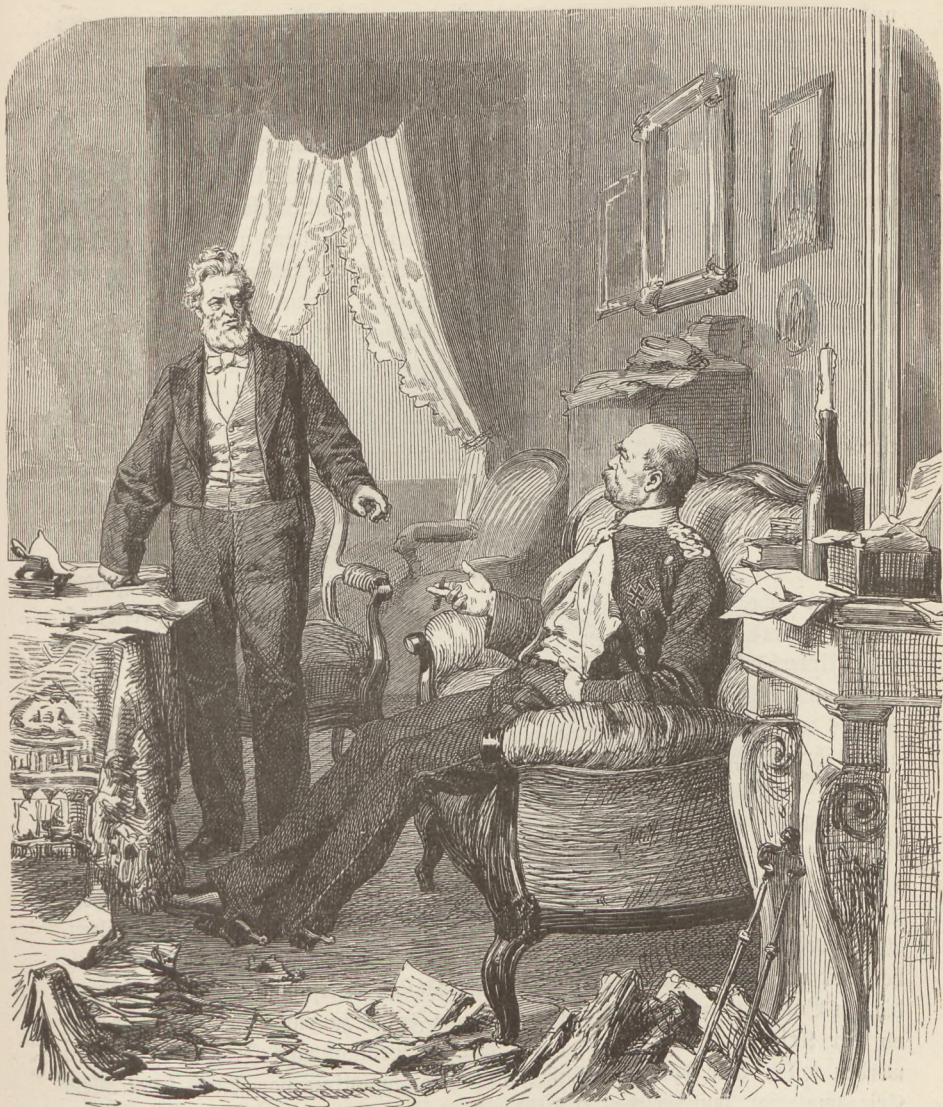


noch vor Jahreschluß eingehen würde, hatte man die Proklamierung des Kaisertums auf den 1. Januar 1871 angesetzt. In Baden, Hessen und Württemberg erfolgte dieselbe auch bis dahin anstandslos, ebenso von Seiten der bairischen Reichsräte; in der zweiten bairischen Kammer dagegen mochten sich die Patrioten die Genugthuung nicht versagen, die ihnen widerwärtige Einordnung in ein Reich, an dessen Spitze ein protestantischer Kaiser stehen sollte, möglichst zu verschleppen, vielleicht ganz zu hintertreiben. Wirklich schien, nachdem der zur Vorberatung niedergesetzte Ausschuß sich mit elf gegen drei Stimmen für die Verwerfung der Verträge ausgesprochen hatte, keine Aussicht, daß sich die zur Annahme derselben erforderliche Zweidrittelmehrheit finden werde. Aber unter dem Druck der aufgeregten Volksstimmung fielen doch zuletzt einige von den Patrioten ab und am 21. Januar genehmigte auch die zweite Kammer mit 102 gegen 48 Stimmen die Verträge.

Unerwartet dieser Entscheidung fand am 18. Januar, dem 170jährigen Gedenktage des preussischen Königtums, im Spiegelsaale des Versailler Schlosses, an der Stätte, wo so oft die bösesten Anschläge gegen den schwachen deutschen Nachbar geschmiedet worden waren, die denkwürdigste und erhebenste Feier, die Verkündigung des neuen deutschen Kaiserreichs, statt. Abordnungen aller in erreichbarer Nähe stehenden Regimenter waren dabei mit ihren Fahnen gegenwärtig. Umgeben von seinen Prinzen und einer großen Zahl deutscher Fürsten, inmitten der glänzenden Versammlung seiner Staatsmänner und Heerführer erschien der vierundsiebzigjährige König Wilhelm der Siegreiche, mit welchem Beinamen zuerst Ludwig II. von Bayern ihn begrüßt hatte. Nach einem kurzen Gottesdienste, in welchem über Psalm 21 gepredigt wurde, verlas er, von den Fahnen umweht, die Urkunde der Verkündigung des Kaiserreichs, worauf der nunmehrige Reichskanzler auf seinen Befehl daselbe mit der Proklamation an das deutsche Volk that. „Wir übernehmen die kaiserliche Würde in dem Bewußtsein der Pflicht, in deutscher Treue die Rechte des Reiches und seiner Glieder zu schützen, den Frieden zu wahren, die Unabhängigkeit Deutschlands, gestützt auf die geeinte Kraft seines Volkes, zu verteidigen. Wir nehmen sie an in der Hoffnung, daß dem deutschen Volke vergönnt sein wird, den Lohn seiner heißen und opfermutigen Kämpfe in dauerndem Frieden und innerhalb der Grenzen zu genießen, welche dem Vaterlande die seit Jahrhunderten entbehrte Sicherung gegen erneute Angriffe Frankreichs gewähren. Uns aber und unsern Nachfolgern an der Kaiserkrone wolle Gott verleihen, allzeit Mehrer des Deutschen Reichs zu sein, nicht an kriegerischen Eroberungen, sondern an den Gütern und Gaben des Friedens auf dem Gebiete nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Gerechtigkeit“; in diesen unvergesslichen Worten war das Programm des neuen Reiches aufgestellt. Großherzog Friedrich von Baden war der erste, der den Ruf erhob: „S. Majestät Kaiser Wilhelm lebe hoch!“

Nunmehr erfüllte sich auch das Schicksal von Paris. Welches dieses sein werde, konnte nach dem mißlungenen Ausfalle vom 19. niemanden mehr





Bismarck und Jules Favre während der Verhandlung im Hause der Frau Joffe in Versailles.  
 Von Anton von Werner; nach den, 1870, an Ort und Stelle entstandenen Originalskizzen gezeichnet.

zweifelhaft sein. Die Vorräte wie die Verteidigungsmittel waren zu Ende. Zu einem am 20. gehaltenen Kriegsrat zog die Regierung die zwanzig Maires hinzu, um womöglich ihnen das unbeneidenswerte Geschäft der Unterhandlung wegen Übergabe zuzuschieben; aber entrüstet wiesen die Maires das zurück

und verlangten Kampf bis aufs Messer und neuen Massenausfall. Das waren leere Worte; kein Offizier hätte sich zu so nutzlosem Gemekel hergegeben. Am Morgen des 24. brachte der Ordnonanzoffizier Graf d' Hérison zu den deutschen Vorposten ein Billet Favres mit der Bitte um eine neue Unterredung mit dem Kanzler. Bismarck verriet von dem Inhalte nichts, aber er pfiß leise Galali und seine Umgebung wußte, daß das Wild erlegt sei. Noch am nämlichen Nachmittage verließ Favre Paris heimlich, sonst hätten ihn die Nationalgardisten, die etwas von dem Vorgehenden ahnten, nicht durchgelassen. Bismarck empfing ihn ziemlich derb. Eine Wiederaufnahme der in Ferrières abgebrochenen Verhandlungen auf der Grundlage „Keinen Zoll breit unseres Gebietes, keinen Stein unserer Festungen“ lehnte er kurzweg und unbedingt ab. „Übrigens,“ fuhr er fort, „sind Sie zu spät gekommen. Dort, hinter jener Thüre steht ein Abgesandter Napoleons III. und ich will mit ihm unterhandeln.“ Es war das kein bloßer Schreckschuß; es befand sich in der That ein napoleonischer Agent Namens Duparc in Versailles, um die von dem Prinzen Napoleon, dem Kardinal Bonnehose, Persigny und dem Grafen Palikao angeknüpften Unterhandlungen weiter zu führen, und mit besonderem Nachdruck hob Bismarck immer von neuem den ungeseglichen Charakter der Pariser Regierung hervor, um dessentwillen es seine großen Bedenken habe, mit ihr einen Vertrag zu schließen, zumal es sehr zweifelhaft sei, ob Gambetta denselben anerkennen würde. So befand sich der französische Unterhändler nach jeder Richtung hin im Nachtheil; aber er hielt tapfer stand und erstritt wenigstens zweierlei: daß Paris während des Waffenstillstandes nicht von dem deutschen Heere betreten werden und daß die Nationalgarde ihre Waffen behalten solle. Am 26. waren die Schwierigkeiten so weit geebnet, daß die Einstellung des Feuers von der folgenden Mitternacht an bis morgens sechs Uhr verabredet werden konnte. Am Abend des 28. wurde ein dreiwöchentlicher Waffenstillstand unterzeichnet. Die kriegführenden Heere behielten danach beiderseits ihre Stellungen und hatten sich von der zu ihrer Trennung gezogenen Demarkationslinie zehn Kilometer entfernt zu halten. Als Zweck des Waffenstillstandes war bezeichnet, der Regierung der Nationalverteidigung die Berufung einer frei gewählten Versammlung zu gestatten, die, in Bordeaux zusammentretend, über die Frage zu entscheiden haben werde, ob der Krieg fortgesetzt oder unter welchen Bedingungen Frieden geschlossen werden solle. Alle Forts der äußeren Verteidigungslinie von Paris nebst allem Kriegsmaterial wurden den Deutschen übergeben, die Umwallung von ihren Geschützen entwaffnet. Die Besatzungen von Paris und der Forts wurden mit Ausnahme einer für den Sicherheitsdienst im Inneren unentbehrlichen Division von 12000 Mann kriegsgefangen, gaben ihre Waffen ab, blieben aber in der Stadt. Für den Verzicht auf das Einrücken in Paris zahlte die Stadt eine Kontribution von 200 Millionen Frank.

Für die Einstellung der Feindseligkeiten in der Provinz war eine Frist von drei Tagen festgesetzt worden; vom Waffenstillstand ausdrücklich aus-



genommen waren auf Verlangen der Franzosen die Departements Côte d'Or, Doubs und Jura, denn dort hofften sie noch auf eine für sie günstige Waffenentscheidung, und so kam es, daß diese Gegend der Schauplatz für den letzten Akt des gewaltigen Kriegsdramas wurde. Hier leistete das von dem Obersten Denfert-Rochereau tapfer und umsichtig verteidigte Belfort einen Widerstand, den das schwache Belagerungskorps unter General von Treskow nicht zu überwältigen vermochte. Auch das mit seiner Spitze bis an die



General von Werder.

Nach der Lithographie von G. Engelbach.

Côte d'Or vorgedrungene XIV. Armeekorps befand sich, wie sich nach ein paar Wochen verhältnismäßiger Ruhe herausstellte, einem an Zahl mehr als dreifach überlegenen Feinde, der bei Besançon unter General Michel sich sammelnden Armee, gegenüber. Eine weitere Schar bildete der improvisierte General Cremer bei Autun. Auf ihre Unterstützung rechnend drang auch Garibaldi wieder vor; am 26. November stand er vor den Thoren von Dijon, wurde aber hier bis nach Autun zurückgeworfen. Um sich diese Belästigungen vom Leibe zu halten, ließ General von Werder durch die Division von Glümer einen Vorstoß gegen Nuits machen, der Cremer

am 18. Dezember zurückwarf, doch räumten auch die Deutschen Nuits wieder und kehrten nach Dijon zurück und Werder zog seine Truppen zum Schutz der Belagerung von Belfort enger zwischen Besoul und dem Ognon zusammen.

Das waren nichts entscheidende Kämpfe. Da aber tauchte in den Beratungen der Regierung zu Bordeaux der Gedanke einer großen Diversion nach dem Osten auf, die das große Ziel der Befreiung von Paris, das sich direkt von der Loire aus nicht hatte erreichen lassen, nunmehr mittelbar erreichen sollte. Die II. Loirearmee unter Bourbaki wurde von Bourges über Nevers nach der Saone geworfen. Er sollte Dijon nehmen, Belfort entsetzen, die rückwärtigen Verbindungen der Deutschen unterbrechen, dadurch die festen Plätze im Norden befreien und der Nordarmee unter Faidherbe die Hand reichen. Allein so große Hoffnungen man in Bordeaux auf dieses Unternehmen setzte, so war es doch von Anfang an von Mißgeschick begleitet. Das größte Geheimnis wäre für sein Gelingen nötig gewesen, statt dessen posaunte alle Welt die unfehlbare Operation zum Entsatze von Belfort aus. Auch der Eisenbahntransport verzögerte sich wider Erwarten; bei dem Mangel an Vorbereitungen traten zahlreiche Störungen und Stockungen ein, welche den Truppen bei der strengen Kälte und unzureichender Verpflegung große Beschwerden auferlegten. Dennoch geriet Werder, auf dessen Häuflein jetzt eine Masse von 100 000 Mann, darunter 35 000 gute Soldaten, eindrang, in die äußerste Bedrängnis. Sobald ihm jedoch nach längerer Ungewißheit das Gefecht bei Besoul am 5. Januar die Bestätigung gegeben hatte, daß ihm wirklich Bourbaki gegenüber stand, traf er ungesäumt und unerschrocken umfassende Maßregeln, um der neuen Gefahr, die bei einem unglücklichen Ausgange selbst die Heimat mit einem feindlichen Einfalle bedrohte, entgegen zu treten. Auch das Hauptquartier in Versailles hielt die Augen offen. Das II. und VII. Armeekorps erhielten Befehl, sich zwischen Nuits sur Armençon und Chatillon s. S. zu versammeln; aus ihnen und sämtlichen bereits auf dem südöstlichen Kriegsschauplatze befindlichen Truppen sollte unter Manteuffels Oberbefehl eine neue, die Südararmee, gebildet werden. Aber bis zu ihrem Eintreffen kamen für das XIV. Korps schwere Tage, aber auch Tage unvergänglichen Ruhmes. Bourbakis Absicht war, den am Ognon stehenden Gegner durch Umfassung seines linken Flügels gänzlich von Belfort abzudrängen; nur sah er sich, da er Willersjeyel wider sein Erwarten von den Deutschen stark besetzt fand, genötigt, weiter nach rechts auszuholen, wodurch er freilich den Deutschen Zeit ließ, sich auf seinen Empfang vorzubereiten. Am 9. Januar behaupteten sie sich, 15 000 Mann unter General von der Goltz, den ganzen Tag über bei Willersjeyel in einem der heißesten Kämpfe des ganzen Krieges gegen zwei volle französische Armeekorps, das XVIII. und XX., und einen Teil des XXIV. In der Nacht räumten sie den Ort, um so schnell wie möglich hinter der Visaine, einem Nebenflüßchen der zum Doubs gehenden Allaine, aufs neue Fuß zu fassen und Bourbaki den Weg nach Belfort zu verlegen; denn am Morgen des 10. standen dessen



drei Armeekorps der Festung bereits ebenso nahe wie die drei badischen Divisionen. Glücklicherweise lähmten die Rauheit des Winters, die Schwierigkeit der Ernährung und Unterbringung von Mensch und Pferd, vor allem der geringe moralische Halt seiner eilig zusammengerafften Truppen die Thakraft des französischen Oberbefehlshabers dermaßen, daß er nichts that, um Werders Flankenmarsch zu stören. Am 11. erhielt dieser die Nachricht von der Bildung der zu seiner Unterstützung bestimmten Süarmee, zugleich legte ihm aber Molke die Deckung der Belagerung von Belfort dringend ans Herz; dabei solle er stets Fühlung mit dem Feinde behalten, um zu verhindern, daß sich derselbe mit gesamer Kraft auf den anrückenden Manteuffel werfe. Die Zeit, welche die Unthätigkeit des Gegners gewährte, wurde eifrigst benützt, um die Widerstandsfähigkeit der Stellung hinter der Bisaine zu erhöhen, die der starke, das Flüsschen mit tragfähigem Eis bedeckende Frost erheblich beeinträchtigte; dasselbe wurde durch die Pioniere aufgehackt und durch Aufstauung des Wassers zum Bersten gebracht. Hier erwartete nun Werder mit seinen 45 000 Mann die 153 000, welche Bourbaki heranzuführte; denn selbst eine verlorne Schlacht konnte nichts Schlimmeres bringen als weiterer Rückzug. In der dreitägigen Schlacht an der Bisaine oder bei Héricourt, 15.—17. Januar, trotzte die Heldenschar mit dem Aufgebot der letzten Kraft dem Ansturm des übermächtigen Feindes, obgleich selbst mit der knapp werdenden Munition gespart werden mußte. Aber schon am Abend des zweiten Schlachttages erlahmte die Kraft des Angreifers. Der elende Zustand seiner Truppen, die meist ohne Nahrung zwei bitterkalte Nächte bivouakirt, zum Teil auch beträchtliche Verluste erlitten hatten, benahm dem General Bourbaki das letzte Vertrauen auf den glücklichen Ausgang eines erneuten Angriffs, der außerdem durch einfallendes Tauwetter ebenso erschwert wurde, als es die Verteidigung begünstigte. Über dies alles aber machte sich ihm der unheimliche Druck der in seinem Rücken anmarschierenden Süarmee schon aus der Ferne fühlbar. Am 17. nahm er den Kampf nur noch auf, um seinen Rückzug zu decken. Die große Zahl von Gefangenen, die sich den Verfolgern meist gutwillig ergaben, fortgeworfene Waffen und Kriegsgerät aller Art ließen den Zustand seines Heeres deutlich erkennen. Am 22. stand er wieder in Besançon. Die Festung Belfort, von wo man die Kämpfe an der Bisaine deutlich wahrnehmen konnte, war während derselben auffallenderweise ganz stumm geblieben, auf ihre Befreiung wartend, ohne selbst etwas dazu zu thun.

Am 14. Januar hatte Manteuffel seinen Vormarsch angetreten, und zwar, um auf dem kürzesten Wege zu Werder zu gelangen, quer über den südlichen Teil der rauhen Hochfläche von Langres, anfangs bei 14° Kälte auf bald tief verschneiten, bald spiegelglatten Wegen, dann unter heftigem Sturm und Regen. Auf die am 18. erhaltene Nachricht jedoch, daß Werder seiner unmittelbaren Hilfe nicht mehr bedürfe, faßte er den Entschluß, sich mittelst einer Rechtschwenkung der französischen Ostarmee in den Rücken zu

werfen. War er im Stande, das Thal des Doubs unterhalb Besançon abzusperren und einen letzten verzweifelten Stoß des Feindes zurückzuweisen, während Werder dem zurückweichenden von Norden her stets an der Klinge blieb, so blieben diesem nur die schwierigen Gebirgsstraßen in dem schmalen Landstriche zwischen der Saone und der schweizer Grenze zum Entkommen übrig. Freilich gab Manteuffel damit seine ohnehin lose Verbindung mit dem Hauptheere und der Heimat völlig preis; er suchte einen Feind auf, der, mochte er auch erschüttert sein, ihm doch an Zahl weit überlegen war, und lief Gefahr, von Garibaldi, unter dem sich bei Dijon noch ein neues Heer gesammelt hatte, in der Flanke angefallen zu werden. Dennoch billigte Moltke den kühnen Plan, der, wenn er gelang, entscheidende Resultate haben mußte, und erwirkte beim Könige, daß dieser den General im voraus der Verantwortlichkeit für den Ausgang entband. Gegen Dijon entsendete Manteuffel zur Deckung seiner rechten Flanke die nur 4000 Mann zählende Brigade Kettler, die sich 21.—23. Januar tapfer mit der „Vogesenarmee“ herumschlug, freilich ohne ihr die Stadt entreißen zu können; aber der energische Angriff und die Kühnheit, mit der die kleine Schar sich auch fernerhin dicht vor der feindlichen Front behauptete, versetzten Garibaldi in die Täuschung, er müsse wohl einen bedeutenden Teil der Südararmee vor sich haben und bestimmten ihn, sich auf eine vorsichtige Verteidigung seiner Stellung zu beschränken, so daß dadurch ein ganzer französischer Heeresteil dort festgebannt war und Manteuffel von jener Seite keine Störung zu befürchten hatte. Nach dem Gefechte bei Nouilly am 23. Januar geschah es, daß die Fahne des 2. Bataillons vom 61. Infanterieregiment, die einzige, welche das deutsche Heer in diesem Kriege verloren hat, mit Blut getränkt und zertrümmert von den Garibaldianern unter einem Haufen von Leichen aufgefunden wurde. Auch der dringendsten Aufforderungen aus Bordeaux ungeachtet, blieb Garibaldi unbeweglich stehen und erst vor dem mit verstärkten Kräften gegen ihn geschickten General Hann von Weibern räumte er am 31. Dijon.

Noch hoffte Bourbaki in südlicher Richtung durchbrechen zu können; da aber die Truppen, denen er das wichtige Quingey um jeden Preis zu halten befohlen hatte, haltlos, wie sie waren, diesen Punkt ohne Schwertstreich aufgaben, war ihm dieser Ausweg versperrt. Um Besançon auf engem Raume zusammengedrängt, hatte er neben der Bedrängnis von außen die fortschreitende innere Auflösung seines Heeres vor Augen; die Lebensmittel reichten nur noch auf wenige Tage. Unter solchen Umständen hatte er nur die Wahl zwischen einem Durchbruchversuche gegen Auxonne oder dem Rückzug auf Pontarlier. Ein Kriegsrat, den er berief, entschied sich, ohne auf die aus Bordeaux kommenden unausführbaren Vorschläge zur Versekung der Armee auf ein anderes Operationsfeld zu hören, für den letzteren. Bourbaki aber ergriff die Verzweigung; allein der Schuß, der am 26. Januar seinem Leben ein Ende machen sollte, war nicht tödlich und ersparte ihm nicht den Schmerz, erst seine Entsekung und dann den Untergang seines Heeres zu erleben.



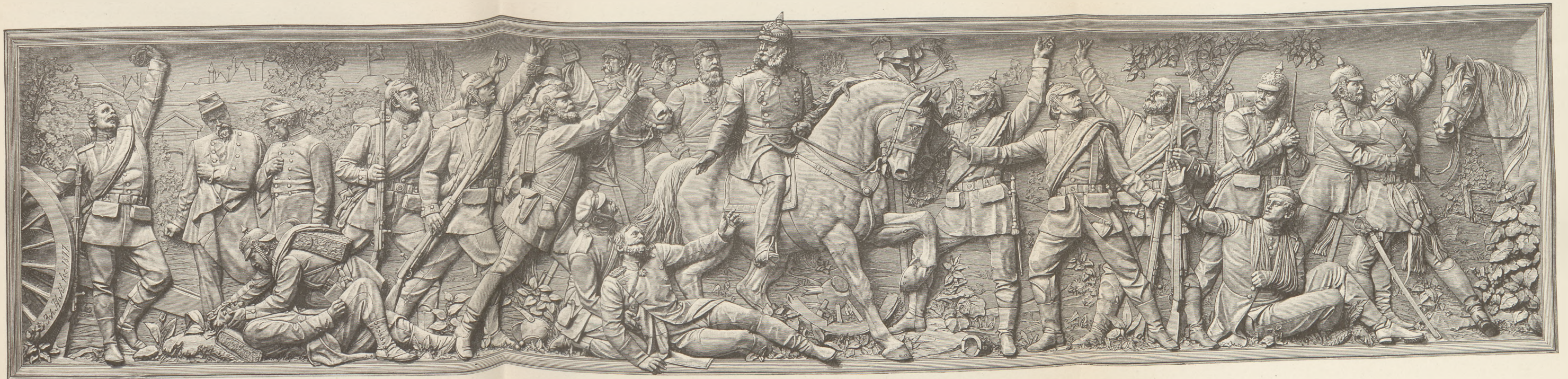


Bourbaki. Nach Photographie

Dem zu seinem Nachfolger ernannten General Clinchant blieb auch nichts übrig, als das von seinem Vorgänger Begonnene fortzusetzen und auf Pontarlier weiter zu marschieren, als plötzlich die Meldung aus Bourdeaux vom Abschluß des Waffenstillstandes Rettung verhieß. Favre hatte nämlich ganz vergessen, Gambetta von der Klausel, welche die drei Departements ausnahm, in Kenntniß zu setzen. Da auf deutscher Seite nichts davon bekannt war, so wurde nur eine vorläufige Unterbrechung der Feindseligkeiten bewilligt, bis am 29. der Telegraph aus dem großen Hauptquartier die nötige Aufklärung brachte, zugleich mit der Weisung, die Operationen bis zur völligen Entscheidung fortzusetzen. Noch hoffte Clinchant, in der taktisch starken Stellung von Pontarlier wenigstens vorübergehend Raft zu gewinnen und durch Behauptung der Engpässe den Weg nach Süden offen zu halten; als er aber daselbst ankam, fand er die versprochenen Lebensmittel nicht vor, und als am 30. nachmittags aus Bourdeaux die Nachricht einging, daß wirklich die Ostarmee vom Waffenstillstande ausgeschlossen sei, die Deutschen ihn immer enger einzwängten und ihm nach und nach 15 000 Gefangene abnahmen und die Generale erklärten, nicht mehr für ihre Truppen einstehen zu können, schloß er mit dem eidgenössischen General Herzog am 1. Februar, an welchem seine Nachhut noch ein letztes Gefecht bei La Cluse bestand, eine Übereinkunft, kraft deren er mit 85 000 Mann und 266 Kanonen auf schweizer Gebiet übertrat und sich entwaffnen ließ. Etwa 20 000 Mann, meist Kavallerie, waren nach Süden entkommen.

So verschwand binnen sechs Monaten die vierte französische Armee vom Schauplatze. Die Leistungen der deutschen Truppen, welche dieses Resultat herbeigeführt hatten, waren der höchsten Bewunderung wert. Das II. Armeekorps hatte den Weg von Paris bis zur schweizer Grenze beinahe in einem Zuge zurückgelegt, die 5. Infanteriebrigade z. B. in 34 Tagen nur zweimal gerastet und dabei 640 Kilometer, die Entfernungen nach und von den Sammelplätzen ungerchnet, durchgemessen. Die 8. marschierte am 16. Januar gegen 40, eine andere Abteilung am 18. 50 Kilometer; und das meistens im Gebirge, auf Glatteis oder in tiefem Schnee bei dürftiger Ernährung und in abgerissenem Schuhwerk! Aber der Preis war solcher Anstrengungen wohl wert; sie vernichteten den Franzosen die letzte Möglichkeit, den Krieg noch weiter fortzusetzen. 385 000 Kriegsgefangene befanden sich in Deutschland, 150 000 in Paris, an 100 000 Mann waren in Belgien und der Schweiz entwaffnet, 25 Departements und 22 Festungen von den Deutschen besetzt, die ein ungeheures Kriegsmaterial, 1800 Feld- und dreimal soviel Festungsgeschütze, 600 000 Gewehre u. s. w. erbeutet hatten. Am 16. Februar kapitulierte auch Belfort gegen freien Abzug der Besatzung. Nur Gambetta träumte trotz alledem von einer Fortsetzung des Krieges. In einer leidenschaftlichen Proklamation vom 31. Januar, in welcher er die Pariser Regierung wegen des Waffenstillstandes der sträflichen Leichtfertigkeit anklagte, rief er ganz offen zu neuen Rüstungen und zur Wahl nur von solchen Abgeord-





9. Des Kaisers Siegesritt über das Schlachtfeld.

Marmor-Relief von Johannes Pfuhl im Fries des Feldmarschall-Saales der Hauptkadettenanstalt zu Lichterfelde. Fünftes Blatt. Gesamtlänge aller dreizehn Felder des Frieses 65 Meter; jedes Feld 5 Meter lang, 1,12 Meter hoch.  
Ausgeführt 1874-78. Entwürfe von Kaiser Wilhelm I. geprüft; Ausführung von ihm dauernd verfolgt.









neten auf, die den Krieg wollten, um zu verhindern, daß an Frankreich ein Mord begangen werde. Zu letzterem Zwecke vermaß er sich, durch ein willkürliches Dekret vom 1. Februar alle, welche unter dem Kaiserreiche die Stellung eines Ministers, Senators, Staatsrats oder Präfekten bekleidet hatten oder als offizielle Kandidaten für die Legislative aufgestellt worden waren, sowie die Mitglieder der Familien, die seit 1789 in Frankreich regiert hatten, von der Wählbarkeit zur Nationalversammlung auszuschließen. Sofort erhob Bismarck energischen Widerspruch gegen Ausschließungen, die, unvereinbar mit der in dem Waffenstillstande verbürgten Freiheit der Wahlen, der Nationalversammlung gerade die besonnenen und friedlichen Elemente entzogen haben würden, und auch die provisorische Regierung konnte nicht eine Maßregel dulden, die den Bürgerkrieg bedeutete. Sie schickte J. Simon nach Bordeaux, um die Zurücknahme des Dekrets zu erwirken, und da Gambetta trogte, so annullierte sie es, worauf der „Tollhändler,“ wie Thiers ihn titulierte, seine Entlassung nahm.

Der Ausfall der Wahlen bewies zweierlei auf das unwidersprechlichste: daß das Land des Krieges überdrüssig und daß es in seiner großen Mehrheit nicht republikanisch sei. Die große Mehrheit der am 12. Februar zu Bordeaux eröffneten Nationalversammlung verteilte sich auf die monarchischen Parteien der Orleanisten, Bonapartisten und Legitimisten, aber nach einer Art stillschweigenden Übereinkommens schwiegen vorderhand alle Parteispaltungen; den Monarchisten war es ganz recht, vorläufig die republikanische Staatsform beizubehalten, um das Odium des Friedensschlusses den Republikanern aufbürden zu können. Bei der völligen Verarmung Frankreichs an staatsmännischen Talenten gab es nur einen einzigen Mann, auf den sich aller Blicke als auf den Retter aus dem Chaos richteten. Nachdem die Regierung von 4. September ihre angemessenen Vollmachten in die Hände der Nationalversammlung niedergelegt hatte, ernannte diese am 17. Februar durch den sogenannten Pakt von Bordeaux den 26 Mal gewählten Thiers bis zur Entscheidung über die endgültige Regierungsform unter Wahrung ihres eigenen Aufsichtsrechtes zum Oberhaupt der exekutiven Gewalt mit dem Rechte, die Minister zu ernennen. Die Nationalversammlung wollte den Frieden, und da der Friede ohne Gebietsabtretung nicht möglich war, so mußte sie auch sich in diese fügen. Als daher der elsässische Deputierte Keller einen feierlichen Protest gegen die Abtretung von Elsaß und Lothringen verlas, erklärte sich nicht nur Thiers sehr nachdrücklich gegen derartige Kündereien, sondern die Versammlung gab den Friedensunterhändlern ausdrücklich ein Vertrauensvotum. Aber einen Sündenbock brauchte sie für das Unvermeidliche. Obgleich der gefangene Kaiser in einer Proklamation aus Wilhelmshöhe, gebeugt durch so viele Ungerechtigkeiten und bittere Enttäuschungen, seinen Verzicht auf die Rechte kundgab, die das französische Volk ihm viermal binnen 20 Jahren übertragen habe, benutzte die Versammlung die erste bei Beratung des Friedensvertrages sich bietende Gelegenheit, um den Sturz der Dynastie

durch ein feierliches Votum zu bekräftigen und auf den Kaiser Napoleon die ganze Verantwortlichkeit für das geschehene Unglück zu werfen.

Mit der Führung der Friedensunterhandlungen, für welche Bismarck eine Verlängerung des Waffenstillstandes bis zum 26. Februar, nachher sogar eine weitere bis zum 12. März zugestand, wurde Thiers nebst den Ministern Favre und Picard beauftragt, unter Beirat eines Ausschusses von fünfzehn Abgeordneten, der sich zu diesem Behufe nach Paris begab. Die deutschen Forderungen lauteten: Abtretung des Elsaß nebst Belfort, Deutsch-Lothringens nebst Metz und Zahlung einer Kriegskontribution von sechs Milliarden Frank. Als Thiers aufschrie gegen die Unersehbarkeit dieser Summe, schickte ihm Bismarck zwei deutsche Geldmänner, den Bankier Bleichröder und den Grafen Henkel von Donnerstern, zu, welche ihre Beihilfe zu der Operation anboten. Diese anzunehmen, ließ freilich die französische Eitelkeit nicht zu. Thiers bot zwei Milliarden, aber Bismarck erklärte, die Kriegskosten allein überstiegen diese Summe, der nun noch die Pensionen für die Verwundeten, die Witwen und Waisen, die Belohnungen an die Armee, die Ersetzung des zerstörten Materials, die Entschädigungen an die aus Frankreich vertriebenen Deutschen sowie für die von Frankreich gekaperten Schiffe, die Unterhaltung der Kriegsgefangenen hinzuzurechnen seien; doch konnte er am 23. Februar mitteilen, daß der König die Ermäßigung der Kriegsgelder auf fünf Milliarden genehmigt habe. Thiers versuchte, durch Fürsprache Englands eine Erleichterung der Bedingungen zu erlangen, aber ganz vergebens. Von den übrigen Mächten war nach wie vor nichts zu hoffen. Rußland hatte den Krieg benutzt, um seine Revanche für Sebastopol zu nehmen, indem es sich von den seine Souveränitätsrechte im Schwarzen Meere beschränkenden Bestimmungen des Pariser Friedens einfach los sagte und sich diese Lossagung von einer nach London berufenen Konferenz, auf der Frankreich unvertreten blieb, bestätigen ließ; Italien aber hütete sich, gleich Oesterreich, wohl, Deutschland Ursache zur Unzufriedenheit zu geben, denn die Zusammensetzung der neuen Nationalversammlung flößte ihm Unruhe wegen Roms ein. Noch größere Schwierigkeiten als die Geldfrage machten die Forderungen, namentlich Belfort, auf dessen Rettung Thiers alle Anstrengungen konzentrierte. Bismarck erbot sich, nach Gehör des Kaisers und Moltkes auf Belfort zu verzichten, wenn die Besetzung von Paris zugestanden würde, aber gerade gegen diese sträubte sich die französische Eitelkeit am meisten. In der Hitze des Kampfes entschlüpfte Thiers der Ausruf: „mais c'est une indignité!“ Sofort begann Bismarck deutsch zu reden; Thiers, der eine Zeitlang verblüfft zugehört hatte, bemerkte endlich in kläglichem Tone, er verstehe ja nicht deutsch, allein der Kanzler entgegnete ihm, er sei der französischen Sprache nicht genügend mächtig, um ihm, wenn er von indignité rede, in den darauf passenden Ausdrücken zu antworten, und ließ einen Dolmetscher kommen. Die Lektion half und Thiers gestand zu, was er eben erst als eine unwürdige Forderung bezeichnet hatte. Am 26. Februar erfolgte der Abschluß des Vor-



friedens. Bismarck unterzeichnete mit der Goldfeder, die ihm zu diesem Zwecke aus Pforzheim geschenkt worden war.

Frankreich trat darin den Elsaß und Deutschlothringen mit Metz ab, erhielt aber Belfort zurück und zahlte fünf Milliarden, davon eine Milliarde im laufenden Jahre, den Rest binnen drei Jahren. Von Paris sollte nur der Teil innerhalb der Ringmauer zwischen der Seine, der Straße der Vorstadt St. Honoré und der Avenue des Ternes von deutschen Truppen, deren Zahl 30 000 nicht überschreiten dürfe, besetzt werden. Die Räumung des französischen Gebietes sollte staffelweise erfolgen: unmittelbar nach der Ratifikation die von Paris und der Forts auf dem linken Seineufer, in möglichst kurzer Frist die der westlichsten Departements, die der übrigen Zug um Zug mit den Zahlungen; die östlichen blieben bis zur völligen Abzahlung von 50 000 Mann besetzt. Die französische Armee sollte sich bis zur Unterzeichnung des Definitivfriedens hinter die Loire zurückziehen, nur in Paris eine Garnison von 40 000 Mann verbleiben. Den Bewohnern der abgetretenen Gebiete wurden gewisse Handelserleichterungen, auch das Recht der ungehinderten Auswanderung verbürgt. Verhandlungen über den Definitivfrieden sollten unverzüglich in Brüssel eröffnet werden.

Am 1. März erfolgte der Einmarsch der Deutschen unter dem Triumphbogen weg in den durch den Frieden umgrenzten Teil von Paris, unmittelbar nachdem Kaiser Wilhelm bei Longchamps über die dazu bestimmten Truppen Heerschau gehalten hatte. Das deutsche Nationalgefühl fand in dieser engumschriebenen Besetzung keine ausreichende Genugthuung für so viele zugefügten Leiden, den Parisern dünkte diese Demütigung die schwerste von allen. Thiers aber war nach Bordeaux geeilt, um der Hauptstadt ihren großen Schmerz so viel wie möglich zu verkürzen. Als er der Nationalversammlung die Friedensurkunde vorzulesen begann, versagte ihm schon nach den ersten Worten die Stimme. Zwar forderte die Linke durch Edgar Quinet, den B. Hugo mit gewohntem Wortschwall unterstützte, die Verwerfung, aber die Vernunft und der Zwang der Not siegten und die Versammlung erteilte dem Frieden mit 546 gegen 107 Stimmen ihre Bestätigung. Selbst die Ausstellung der Urkunde hatte man so beeilt, daß sie schon am 3. März ausgehändigt und der geheiligte Boden der Hauptstadt von der Entweihung durch die Horden der Barbaren wieder erlöst werden konnte.

Heißer konnte unmöglich das Verlangen der Franzosen sein, die Feinde aus ihrem schwer heimgesuchten Lande los zu werden, als die Sehnsucht des deutschen Volkes, seine Söhne aus dem opferreichen Kriege zurückkehren zu sehen. Jubelreich war allerorten der Empfang der heimkehrenden Sieger, großartig und erhebend vor allem der Einzug des Kaisers an der Spitze seiner Heerscharen in Berlin am 17. März. Aber kein Jubel über den Sieg ohnegleichen und keine herrlichen Errungenschaften konnte den hohen Preis vergessen machen, den das deutsche Heer in dem Blute seiner Krieger dafür hatte zahlen müssen. Der Gesamtverlust der deutschen Heere in diesem Kriege

belief sich auf 1871 tote, 4184 verwundete und 102 vermiste Offiziere und 26 397 (wobon durch Krankheiten 12 115) Tote, 84 304 Verwundete und 12 752 Vermiste von den Mannschaften. Die preussische Garde hatte ein Drittel ihres Bestandes, das brandenburgische Korps die Hälfte des seinigen an Toten und Verwundeten eingebüßt. Den Verlust jedes anderen Truppenteils übertraf der des 48. Regiments, der sich bei einer etatmäßigen Stärke von 64 Offizieren und 3000 Mann auf 60 Offiziere und 1497 Mann belief! Die unter dem Oberbefehl des Generals von Fabrice zur Zeit vor Paris verbliebenen deutschen Truppen sollten aber doch noch Zeugen eines greuelvollen Nachspiels zu dem beendeten Kriege, des Kommuneaufstandes, sein.

Alle Mächte des Unheils schienen sich seit Monaten verschworen zu haben, um die so schwer geprüfte Hauptstadt vollends in den Abgrund des Verderbens zu versenken. Schon seit dem Sturze des Kaiserreichs, dann in erhöhtem Maße während der Belagerung arbeiteten ebensowohl die überlegten Pläne der Verschwörer wie die unbewußten Instinkte der Menge auf die große Explosion hin. Die „Internationale“ war in Frankreich die Erbin und Nachfolgerin des Kommunistenbundes, der die Februarrevolution und die Junitage hatte vorbereiten helfen; ihr Hauptquartier war Paris mit seinen nach Hunderttausenden zählenden, durch die großen Bauten Napoleons III. noch vermehrten Arbeitermassen. Noch am Abend des 4. September waren sie und die Arbeitervereine zusammengetreten, um ihre Forderungen zu formulieren und ein aus Bezirksabgeordneten bestehendes Zentralkomitee einzusetzen, begnügten sich aber vorläufig mit den Brosamen, die von dem Tische der Revolution für sie abfielen. Rochefort war als Abgeordneter von Paris Mitglied der provisorischen Regierung, der Maler Courbet wurde Direktor der schönen Künste, der verlotterte Student Raoul Rigault Chef der politischen Polizei, für Florens wurde der Titel eines Wallmajors erfunden. Im übrigen hielten sie sich ruhig, ganz zufrieden mit der Aussicht, daß das Bourgeoisgeschmeiß sich durch den Friedensschluß mit unauslöschlicher Schmach bedecken werde. Aber die Unfähigkeit, die erbärmliche Schwäche, welche die Regierung der nationalen Verteidigung vom ersten bis zum letzten Tage ihres Daseins bewies, bahnten den revolutionären Kräften selbst den Weg und machten sie zur willenslosen Dienerin derselben. Keine ihrer vielen Thorheiten hat sich schwerer gerächt als die, daß sie jedem, der es verlangte, ein Gewehr in die Hand gab und dadurch die Nationalgarde von 60 auf fast 200 Bataillone, d. h. auf mehr als 300 000 Mann unter selbstgewählten Führern anschwellen ließ, eine Macht, vor der sie zitterte und die sie darum durch bombastische Lobpreisungen verhätschelte, die, weit entfernt sich gegen die Deutschen zu schlagen, sich für die gehoffte Insurrektion aufsparte und bis dahin statt zu arbeiten lieber gemächlich den Sold verzehrte, den der Gardist nicht bloß für seine Person, sondern auch für Weib und Kind empfing, so daß diese Truppe sich unter dem Einfluß eines ganz unnützen Dienstes, des Müßigganges und der Trunkenheit unaufhaltsam zersetzte. Indem ferner die Regierung troß



ihres zweifelhaften Ursprungs hartnäckig ihr wiederholtes Versprechen von Gemeindevahlen einzulösen verweigerte, veranlaßte sie selbst den Ruf nach der Kommune, den zuerst Ledru-Rollin und Delescluze erhoben. In dem Namen der Kommune verkörperte sich für Paris der Begriff der schon so lange begehrten Selbstverwaltung, die Überlieferung zugleich der jakobinischen Schreckensherrschaft und des siegreichen Kampfes der ersten Republik gegen den auswärtigen Feind, und mit ihm verschmolzen sowohl die verschwommenen Phantasien von dem sozialistischen Weltorganismus der Zukunft als auch alle niedrigen und gemeinen Leidenschaften des hauptstädtischen Pöbels. Am 31. Oktober waren diese unheimlichen Gewalten zum erstenmale hervorgebrochen und zwar diesmal noch gedämpft worden, aber von da an führten die revolutionären Gruppen einen heftigen und unausgesetzten Kampf gegen die Regierung, welche der durch das Zentralkomitee ganz offen betriebenen Verschwörung gegenüber eine absolute Unthätigkeit beobachtete. Daher blieben auch alle Bemühungen des wackern Generals Cl. Thomas, durch Strenge etwas Ordnung in die Nationalgarde zu bringen, vergeblich. Und diese aus dem gewohnten Gleise des Lebens gewaltsam herausgeschleuderte, fiebernde und für jede wilde Anreizung empfängliche Masse speiste die Regierung, obgleich der Vergeblichkeit ihres Widerstandes gegen den äußeren Feind sich wohl bewußt, fort und fort mit überschwenglichen Phrasen von ihrer Unbesiegbarkeit, ja gewöhnte sie an die Vorstellung, daß Paris sich eher selbst einäschern, als seine Thore den Barbaren öffnen werde. Kein Wunder, daß da die Kapitulation den letzten Rest von Besinnung vernichtete. Vier Monate lang hatte die Bevölkerung in einer Atmosphäre voll Blut und Feuer geatmet, schwere Leiden mit nicht geringem Heroismus und noch größerer Selbstbespiegelung ertragen, stolz darauf, durch ihre Opfer das Vaterland aus tödlicher Gefahr zu retten: und nun war die heilige Stadt doch in den räuberischen Fäusten der Deutschen! Von allen Lippen hallte das entfittlichende Geschrei des Verrats. Die kochende Leidenschaft sah den gefährlicheren Feind nicht draußen, sondern im Innern. Dumpf gingen diese wahnwitzigen Gedanken in der Masse um, gleichmäßig geschürt von echter Vaterlandsliebe wie von tödlich verletztem Größenwahn. Denn zu dem allem kam, daß die lange Trennung Paris und das Land einander entfremdet hatte. Sobald die Nationalversammlung in Bordeaux zusammentrat, brach der Gegensatz zwischen beiden hervor. Die Pariser Wahlen zu derselben fielen fast durchweg radikal aus. Die stolze Hauptstadt empfand es als eine schwere Beeinträchtigung ihres althergebrachten Rechtes, daß das Land ihr ausschließlich maßgebendes Übergewicht nicht anerkennen wollte. Die Ernennung von Thiers zum Haupte der vollziehenden Gewalt galt ihr als Anfang einer orleanistischen Reaktion und schlug von vornherein in ihren Augen die neue Regierung mit Unpopulärität. Daß diese und die Nationalversammlung ihren Sitz nicht in Paris, sondern in dem durch die lange Anwesenheit des deutschen Hauptquartiers in Berruf geratenen Versailles zu nehmen beschloß, fügte zu

der erlittenen Kränkung eine neue hinzu. So züngelten überall die Flammen hervor, die schließlich in fürchterlicher Höhe über Paris zusammenschlagen sollten.

Welche Gefahr unter diesen Umständen darin liege, nach Abschluß des Waffenstillstandes der Nationalgarde ihre Waffen zu lassen, erkannte Bismarck sehr richtig. Aber Favres Kurzsichtigkeit hielt es für einen Ehrepunkt, sie vor Entwaffnung zu schützen, die freilich zu erzwingen der Regierung alle Mittel fehlten. Und gerade in diesem Zeitpunkte verlor die Nationalgarde ihre besten und zuverlässigsten Elemente; denn kaum hatten sich die Thore geöffnet, als eine allgemeine Auswanderung der Wohlhabenderen begann, alles, was konnte, aus dem Gefängnis ins Freie strömte. Zurück blieben nur die von Unordnung und Zorn angefressenen Bestandteile, die durch die plöblich und unvorsichtig verfügte Einstellung des Solbes der Verzweiflung verfielen. Die tapfere Armee dagegen, die ihre Waffen hatte abgeben müssen, empfand diese Zurücksetzung hinter der müßigen Nationalgarde als einen blutigen und unverdienten Schimpf. Diese 200 000 Soldaten und Mobilien blieben drei Wochen lang der Bagabondage und Zuchtlosigkeit preisgegeben und, mit dem Proletariat der Vorstädte vermengt, allen Ansteckungen der Unordnung ausgesetzt. Truppen und Mobile begannen sich der Nationalgarde anzuschließen, deren Kundgebungen mehr und mehr einen aufrührerischen Charakter annahmen. General Thomas sah, daß er nichts mehr über sie vermochte, und nahm seine Entlassung. Ein Polizeiagent wurde von der wütenden Menge unter kanibalischen Martern in der Seine ersäuft; die gegen sie geschickten vier Bataillone verbrüdereten sich mit ihr. Vollends nun gegen den Gedanken des Einmarsches der Deutschen häumte sich die ganze Bevölkerung auf. Unfähig an diesen äußersten Grad der Erniedrigung auch nur zu glauben, gefiel sie sich um so leichter in dem prahlerischen Entschlusse, diese untilgbare Schmach nun und nimmermehr zu dulden. Ohne Zuthun der Demagogen rüstete sie sich zum Widerstande. Wie ein Taumel erfaßte die Nationalgarde der Gedanke, sie müsse ihre Kanonen vor dem Feinde retten; sie schleppte sie am 26. Februar nach Belleville, La Villette, vor allem auf den Montmartre, obgleich kein Mensch an deren Auslieferung dachte, verschanzte diese Stellungen, plünderte die Munitions- und Waffenvorräte, machte Miene, sich mit den Waffen in der Hand auf die einziehenden Deutschen zu stürzen. Es erschien schon das Wahrzeichen des Bürgerkriegs, die rote Fahne, und die Regierung sah „dieser edlen Regung“ mit gekreuzten Armen zu. Nicht sie, sondern das Zentralkomitee war es, welches die Aufregung beschwichtigte. Aber an demselben 3. März, an welchem die Deutschen Paris wieder räumten, gründeten die Vertreter von 200 Bataillonen ein zweites Zentralkomitee, das der Nationalgarde, durch ein sonderbares Zusammentreffen an dem nämlichen Tage, wo Thiers durch die Ernennung Aurelles zum Oberbefehlshaber der Nationalgarde den ersten Versuch machte, die Zügel wieder etwas schärfer anzuziehen. Nur war diese Wahl eine wenig glückliche. Denn an der Person dieses oben-



drein als eingefleischten Bonapartisten anrühigen Generals hafteten noch alle die Schmähungen, mit denen Gambetta den bei Orleans Besiegten überschüttet hatte. Die durch seine Ernennung von neuem geweckte Furcht vor einem Staatsstreiche machte die Nationalgarde nur noch auffälliger, und wenn auch die Abschiebung der entlassenen Truppen und Mobilien im ganzen ohne Störung von statten ging, so verkroch sich doch in ihr ein beträchtlicher und gerade der schlechteste Teil derselben. Eine höchst unvorsichtige Maßregel der Regierung, die Aufhebung des für kleine Wechsel und die Mieten erlassenen Moratoriums, die nun innerhalb dreier Tage bezahlt werden sollten, erbitterte das Kleinbürgertum, das sich dadurch vor den Bankerott gestellt sah. Nun fing auch der Ruf nach der Kommune an wieder aufzutauchen, der seit der Kapitulation ganz verstummt war.

So fand Thiers Paris, als er dahin kam: die ganze bürgerliche Bevölkerung voll düsteren Hasses gegen die Regierung, voll langer Sorge um die Republik, voll finstrier Ahnung eines Staatsstreiches, die gesetzliche Auktorität verschwunden, die ganze Stadt in die Hände des Aufstandes geglitten. Und was hatte er diesem entgegenzustellen? Eine Garnison von kaum 30 000 Mann, von denen höchstens ein Drittel als einigermaßen zuverlässig gelten konnte. Er sah nur einen Weg zur Rettung, Paris eine Zeitlang „in seinem eigenen Fette schmoren zu lassen“. Aber ohne jeden Versuch, der Stadt wieder Herr zu werden, konnte die Regierung unmöglich vor die Nationalversammlung treten, die eben im Begriff war, sich in Versailles zu versammeln; fast noch zwingender wirkte, daß die hohe Finanz sich auf keine Operation zur Beschaffung der fünf Milliarden einlassen wollte, bevor nicht in Paris die Ordnung wiederhergestellt sei. Obgleich also überzeugt von der Vergeblichkeit einer Erneuerung des schon wiederholt gemachten Versuches, der Nationalgarde die entführten Kanonen abzunehmen, mußte er denselben doch machen. Wirklich schien er diesmal besseren Erfolg haben zu sollen. Der von General Vinoy entworfene nächtliche Überfall glückte vollständig; am Morgen des 18. März befand sich der Montmartre mit 161 Geschützen in den Händen der Truppen. Aber im entscheidenden Augenblicke fehlte, wohl infolge der grenzenlosen in der Militärverwaltung eingerissenen Liederlichkeit, die Besspannung, um die Geschütze fortzuschaffen. Als sie endlich nach zwei Stunden ankam, hatten die hungernden und frierenden Truppen, von Weibern und Kindern umschmeichelt, mit der Nationalgarde fraternisiert. Das 88. Linienregiment lieferte den General Decomte den Aufständischen aus; er und der ebenfalls ergriffene frühere Kommandant der Nationalgarde Cl. Thomas wurden von einer blutgierigen Rotte scheußlich ermordet. General Chaney, der auch dem Pöbel in die Hände fiel kam mit Mißhandlungen davon und erlangte nach etlichen Tagen seine Freiheit wieder. Die noch in der Stadt befindlichen Truppen gingen größtenteils zu den Aufständischen über, die damit Herren des ganzen rechten Seineufers wurden. Nunmehr entschloß sich Thiers, zu thun, was er schon im Februar 1848 Ludwig Philipp angeraten hatte, Paris voll-

ständig zu räumen und es von Versailles aus wiederzuerobern. In der Verwirrung wurde selbst der Mont Valerien geräumt, zum Glück aber wieder besetzt, ehe die Aufständischen sich seiner bemächtigt hatten. So in den unbesetzten Besitz der Stadt gelangt, schlugen die beiden jetzt zu einem verschmolzenen Zentralkomitees ihren Sitz im Stadthause auf, ohne recht zu wissen, was mit der ihnen zugefallenen Macht anfangen; unter ihnen nicht ein einziger wirklich bedeutender Mann, zum großen Teil widerliche und erbärmliche Gesellen, die vor allem gut aßen und tranken und deren jeder in Nachahmung der Helden von 1793 den Diktator zu spielen und durch Unterdrückung der anderen die angemessene Gewalt zu behaupten beflissen war. Vom 18. bis 23. März wurden nicht weniger als 3632 Personen verhaftet. Um nur den Bürgerkrieg zu vermeiden, ließen die Maires der zwanzig Bezirke von Paris, unter denen sich der des Montmartre, Clémenceau, durch besonders eifrige aber wenig glückliche Geschäftigkeit hervorthat, die Auktorität der revolutionären Behörde über sich ergehen, und bewirkten dadurch nur, daß die Macht immer ausschließlicher in die Hand der extremsten Elemente geriet. Eine friedliche Demonstration der Ordnungsfreunde am 22. März wurde auf dem Vendomeplatz mit Flintenschüssen empfangen, die etliche zwanzig Menschen töteten oder verwundeten. Nun gab auch Admiral Saissét, durch dessen Ernennung zum Kommandanten der Nationalgarde die Maires einigen Einfluß zu behaupten gesucht hatten, das Spiel verloren, löste die wenigen noch treugebliebenen Bataillone auf und ging nach Versailles. Die letzte Möglichkeit einer Verständigung war damit zerronnen. Die Gewalt allein mußte entscheiden.

Am 26. März fanden die Wahlen für die Kommune statt. Da sich von den 490 000 eingeschriebenen Wählern noch nicht die Hälfte, nur 220 000, daran beteiligten, so gehörten die ungefähr 90 Gewählten fast sämtlich der revolutionären Partei an. Am 28. legte das Zentralkomitee des Stadthauses seine Befugnisse in die Hand der neuen Behörde nieder, wogegen das der Nationalgarde dieselbe mit der freundlichen Ankündigung überraschte, daß es seine Thätigkeit nach wie vor fortsetzen werde. Die ersten von dieser getroffenen Maßregeln bestanden in der Niederschlagung aller Zinsen und Mieten für die letzten neun Monate, Aufhebung der Konfiskation, Einführung der allgemeinen Dienstpflicht und eines Tageslohnes von 2 1/2 Frank für die Nationalgarde. Die nötigen Geldmittel wurden durch Zwangsanleihen bei der Bank, bei Kassen und Privaten, durch Beschlagnahme der Kirchengüter etc. beschafft. Allein bei aller aufgeblasenen Eitelkeit wurden diese improvisierten Machthaber doch das Bewußtsein nicht los, daß sie der durch Bestürzung und Furcht gelähmten Bevölkerung nichts weniger als sympathisch seien, daß sie nur auf die Gewalt zählen könnten, um ihre Herrlichkeit aufrecht zu halten. Der vernünftige Kern der Bewegung, das Streben nach Gemeindefelbstverwaltung, um dessentwillen Bismarck den folgenden Aufstand einen „Kampf um die preussische Städteordnung“ nannte, trat ganz in den Hintergrund. Wie um ihre eigene Wichtigkeit



und Unfähigkeit zu übertäuben, stürzte sich die Kommune in den revolutionären Überwitz und entfaltete das Banner der Weltrepublik im Sinne der Internationalen. Aber die Möglichkeit, sich auf die Dauer zu behaupten, war für sie schon darum ausgeschlossen, weil das Land gegen ihre Einladung, sich, dem Beispiele von Paris folgend, in einen Bund von lauter selbständigen Gemeinden aufzulösen, ganz taub blieb und vielmehr mit Zorn auf diese Hand voll Menschen blickte, welche den durch die Wahlen vom 8. Februar frei ausgedrückten Volkswillen zu mißachten sich vermaßen. Ein zweiter Grund lag in der wachsenden Wehrkraft der Versailler Regierung. Allerdings brauchte sie einige Zeit, um aus den zerstreuten, aus der Gefangenschaft zurückkehrenden Mannschaften neue kampffähige Korps zu bilden; doch kam ihr zu statten, daß die Nordforts noch von den Deutschen besetzt waren, die, selbst die strengste Neutralität beobachtend, ebenso streng darüber wachten, daß von den Kommunards die neutrale Zone nicht überschritten würde. Auch kam ihr Bismarck insoweit entgegen, daß er sie von der Verpflichtung, diesseits der Loire nicht mehr als 40 000 Mann zu halten, unter der Bedingung entband, daß diese Truppen nur zur Unterdrückung des Aufstandes verwendet würden. Das Beste that die militärische Unfähigkeit der Insurgentenführer. Die Streitmacht der Kommune betrug 140—150 000 Mann, ungerechnet 28 Freikorps, deren Heldenthaten meist nur in Plünderungen und Brandschätzungen bestanden. Der Oberbefehl war Menotti Garibaldi zugedacht. Da dieser aber ablehnte, weil auf die Nachricht von seiner Berufung die Versailler Regierung einen Haftbefehl gegen ihn erlassen hatte, wurde derselbe zunächst unter die drei „Generale“ Cudes, Brunet und Duval geteilt. Hatte vor sechs Monaten das Geschrei der Menge „Nach Berlin!“ gelautet, so lautete es jetzt „Nach Versailles!“ Aber ein am 2. April über Neuilly unternommener Ausfall mißlang völlig, und als er tags darauf erneuert wurde, gerieten die Angreifer in das Feuer des Mont Valerien, das große Verheerungen unter ihnen anrichtete. Flourens fiel. Dieser erste Erfolg entschied über die Haltung der Truppen. Am 4. ging Mac Mahon, der an Vinoy's Stelle den Oberbefehl über die Armee von Versailles übernommen hatte, seinerseits zum Angriff über. Je mehr dieser Fortschritte machte, desto höher stieg die Wut der Verzweiflung bei den Aufständischen. Keine Stimme der Vernunft durfte sich mehr hervorwagen. Da der in Gefangenschaft geratene Duval sofort kriegsrechtlich erschossen worden war, Blanqui „der Kopf des Wurms,“ gewaltsam in Versailles zurückgehalten wurde, so ließ die Kommune eine große Anzahl „Verdächtiger“ als Geiseln in Haft bringen und drohte jede weitere Exekution in Versailles mit der Erschießung von dreien aus diesen zu beantworten. Das Revolutionstribunal und der Wohlfahrtsausschuß von 1793 wurden erneuert, Thiers' und Favres' Vermögen konfisziert, das Haus des ersteren zerstört. Die Verteidigung gewann unter Cluserets und Delescluzes Leitung etwas größere Festigkeit, ihre Anstrengungen konnten jedoch die Katastrophe nur etwas hinauschieben, nicht verhindern.

Je unabwendbarer diese vor Augen trat, als eines der beschossenen Forts nach dem andern in die Hand der Regierungstruppen fiel, desto grimmiger tobten Zwietracht und Argwohn unter den Häuptern des Aufstandes, desto wilder entfesselte sich ihre Bestialität. War einmal ihr Untergang besiegelt, so sollte wenigstens Paris ihn teilen, um nicht die Beute der Sieger zu werden. Am 16. Mai begann Courbet das Werk der Zerstörung mit dem Umsturze der Vendomesäule, deren Unschönheit sein Künstlerauge beleidigte. Eine „wissenschaftliche Kommission“ sammelte und bereitete die Brenn- und Explosionsstoffe, um es fortzusetzen. Während die Machthaber und ihre Werkzeuge sich den gemeinsten Ausschweifungen überließen, ging der Oberbefehl aus einer Hand in die andere, so daß niemand mehr wußte, wer ihn eigentlich führte. Am 20. Mai war Paris von allen Seiten umzingelt; am 21. bemächtigten sich die ersten Truppen des Thores von St. Cloud, welches die Aufständischen vor dem Feuer des Forts Montretout hatten aufgeben müssen. Bald darauf drangen sie auch auf der Seite von Versailles ein. Vielleicht hätte es in Mac Mahons Hand gelegen, sich schon am 22. der ganzen inneren Stadt zu bemächtigen, deren Bewohner das Einrücken der Truppen ersehnten. Aber um seine kleine neugebildete Armee nicht aufs Spiel zu setzen, zog er das vorsichtigeres Verfahren vor, sie ganz zu umfassen und zugleich die Flucht der Aufständischen zu verhindern. Dadurch erhielten die düsteren Fanatiker Zeit, ihre höllischen Pläne auszuführen. Während die Truppen in einem erbitterten Straßenkampfe nur langsam vorwärts kamen, begann die Mordbrennerei. Auf Rigaults Befehl wurden der Erzbischof Darboy, der Präsident Bonjean, der Bankier Jeker traurigen Andenkens aus dem Beginn des mexikanischen Krieges, und andere Geiseln in den Gefängnissen von La Roquette und St. Pelagie erschossen. In der Rue Haze fielen 37 Priester und 30 Schutzleute der Blutgier des betrunkenen Pöbels zum Opfer. Nachdem man nicht mehr mordete unter dem Vorwande der Verteidigung, mordete man nur noch, um zu morden. Gleichzeitig waren Petroleurs und Petroleusen an der Arbeit. Das Palais der Ehrenlegion, die Tuilerien, die Polizeipräfektur, zum Teil auch das Palais royal und andere öffentliche Gebäude sanken in Schutt und Asche. Den Louvre mit seinen unerseßlichen Schätzen rettete noch im letzten Augenblicke das Erscheinen der Truppen, da Mac Mahon nun doch auch im Zentrum vordrang. Auch die gleichfalls dem Untergange bestimmte Notre-damekirche blieb erhalten. Erst am 28. erreichten diese fürchterlichen Todeszuckungen der Kommune ihr Ende. Den Truppen hatte dieser Kampf 83 getötete und 430 verwundete Offiziere, von den Mannschaften 794 Tote, 6200 Verwundete und Vermißte gekostet. Wie groß der Verlust der Insurgenten gewesen, hat sich nie genau feststellen lassen. Nach den sorgfältigsten Ermittlungen betrug er 6667 Tote. Von 36309 dem Kriegsgerichte überwiesenen Personen, unter denen sich 200 Frauen und 650 Kinder unter sechzehn Jahren befanden, wurden 13700 zu Tod, Deportation, längeren oder kürzeren Freiheitsstrafen verurteilt.



Delescluze war noch am 28. durch eine Kugel der Versailer gefallen. Von den Führern des Aufstandes hatten die meisten sich rechtzeitig in Sicherheit zu bringen gewußt.

Der Aufstand der Kommune verschlimmerte die Lage der französischen Regierung in Bezug auf die am 28. März zu Brüssel eröffneten Friedensunterhandlungen, bei denen sie durch ihren dortigen Gesandten Baude, den Deputierten Goulard und den General Declercq, das Deutsche Reich durch den Grafen Harry Arnim und den Gesandten Baron Balan vertreten war, in hohem Grade. Stellte er doch die ganze Ausführung des Friedens in Frage und machte daher deutscherseits Vorsichtsmaßregeln notwendig. Als vollends die französische Regierung mit den Verpflegungsgeldern für die Besatzungstruppen in Rückstand blieb und in Brüssel weit ungünstigere Zahlungsmodalitäten bot als die zu Versailles vereinbarten, nämlich eine Milliarde bar in drei Jahresraten, die übrigen auch ratenweise in französischer Rente, schöpfte Bismarck Verdacht, als gäbe sie sich der Hoffnung hin, zu einer späteren Zeit, wo sie mehr erstarkt sein würde, andere Bedingungen als jetzt zu erlangen. Er ließ die Rücksendung der Kriegsgefangenen einstellen, die Räumung verlangsamten, damit, wie er im Reichstage darlegte, die deutschen Streitkräfte in Frankreich stark genug blieben, um jeder Möglichkeit gewachsen zu sein, und erwog bereits, ob es nicht notwendig werden würde, der Ungewißheit dadurch ein Ende zu machen, daß die Deutschen Paris als Pfand einnähmen entweder durch Vertrag mit der Kommune oder durch Gewalt. Dieses feste Auftreten that seine Wirkung. Die in Brüssel abgebrochenen Unterhandlungen wurden unter Bismarcks persönlicher Teilnahme in Frankfurt (im Gasthof zum Schwan) mit Favre und dem Finanzminister Pouyer-Quertier wiederaufgenommen und führten daselbst am 10. Mai zur Unterzeichnung des Definitivfriedens. Am 20. konnten die Ratifikationen ausgetauscht werden. Das um Belfort bei Frankreich verbleibende Gebiet wurde etwas vergrößert gegen eine entsprechende Grenzberichtigung bei Thionville zu gunsten Deutschlands, wonach sich der Gesamtflächeninhalt des abgetretenen Gebietes auf 14508 □ Kilometer mit 1597228 Einwohnern belief. Den französischen Unterthanen in den abgetretenen Gebieten wurde die Befugnis gewahrt, unbehindert durch die Gesetze über den Militärdienst, bis zum 1. Oktober 1874 ihren Wohnsitz nach Frankreich zu verlegen. Die Zahlung der Kriegskostenentschädigung sollte in festgestellten Raten bis zum 2. März 1874, und zwar in bar oder in vollwertigen Bankbillets oder Wechseln erfolgen. Nach Zahlung der ersten halben Milliarde und der Ratifikation des Friedens würden die Departements Somme, Seine inférieure und Eure von den Deutschen geräumt, die der Dise, Seine et Dise, Seine et Marne und der Seine sowie der Forts von Paris, sobald die deutsche Regierung die Ordnung in Frankreich für genügend wiederhergestellt halte, jedenfalls aber nach Zahlung der ersten 1500 Millionen. Die Bestimmungen des Vorfriedens bezüglich der Okkupation des französischen Gebietes blieben in Kraft. An

Stelle des Handelsvertrags von 1862 trat die Bestimmung, daß beide Länder sich fernerhin alle diejenigen handelspolitischen Begünstigungen gewähren sollten, die sie bestimmt bezeichneten Staaten, nämlich England, Belgien, den Niederlanden, der Schweiz, Osterreich und Rußland zu teil werden ließen. 325 Millionen wurden von der Kriegskontribution in Abrechnung gebracht für die in den abgetretenen Gebieten gelegenen Eisenbahnen.

Am 21. März, dem Eröffnungstage des ersten deutschen Reichstags, war Bismarck von Kaiser Wilhelm zum Fürsten erhoben worden.



Das "wägige" Leben wagen!

Leben wagen!

Es ist nicht leicht!

Leben!

Gott mit uns!

Leben!

Das kaiserliche "Wagen" in das Leben und die Welt  
mit dem kaiserlichen "Wagen" in das Leben und die Welt,  
das Leben ist ein Leben in der Welt und in der Welt.

Leben!

Jan 3<sup>er</sup> 1873

am 24<sup>er</sup> April 1873

Leben!



## Achtes Buch.

---

Die Zeit Kaiser Wilhelm I. 1871—1888.

---





## Erstes Kapitel.

### Das Vatikanische Konzil.

Es gehört zu den merkwürdigsten Thatsachen der neuesten Geschichte, daß die Errichtung des deutschen Kaiserreichs der Zeit nach zusammenfällt mit der endgültigen Vernichtung der weltlichen Papstherrschaft und mit der Verkündung des Dogmas von der Unfehlbarkeit des Papstes.

Schon seit 1848 wohnte die Welt einem höchst seltsamen Schauspiel bei: während das landesfürstliche Verhältnis Papst Pius' IX. zu seinen Unterthanen, seitdem ihn die Angst vor der Revolution zum willenlosen Werkzeuge der Jesuiten heruntergebracht, von Tag zu Tag unerträglicher wurde, feierte das Papsttum nach außen Triumphe auf Triumphe, so daß es das Jahrhundertlang verfolgte Doppelziel, Unabhängigkeit der römischen Kirche von der Staatsgewalt und Vollendung des päpstlichen Absolutismus über die Kirche durch Vernichtung des letzten Restes von bischöflicher Selbständigkeit, für erreicht halten durfte. Mit unmachbarlichem Geschick verstand der katholische Alerus ebensogut die Revolution von 1848 wie die auf diese folgende Reaktion sich zu nütze, beide Strömungen sich dienstbar zu machen. Nichts Erwünschteres konnte es für ihn geben als das allgemeine Feldgeschrei: Beseitigung des staatlichen Bureaukratismus und Absolutismus, und die Kirche verlor keine Zeit, diese auch ihr von jeher so unbequemen Einflüsse abzuschütteln und, nachdem das Frankfurter Parlament im Namen der Freiheit jeder anerkannten Kirche die selbständige Ordnung und Verwaltung ihrer Angelegenheiten zugesprochen, ja selbst die anfänglich beschlossene Ausschließung der Jesuiten aus Deutschland wieder rückgängig gemacht hatte, diese Gunst des Augenblicks auszubeuten. Auf einer Konferenz zu Würzburg (22. Oktober bis 16. November 1848) formulierten die deutschen Bischöfe ihre Forderungen: Unbeschränkte Freiheit für Lehre und Unterricht, ausschließliches Recht der Anstellung von Priestern und Disziplinargewalt über dieselben ohne irgend welche Berufung an eine weltliche Behörde, selbständige, von jeder staatlichen Kontrolle befreite Verwaltung des Kirchenvermögens, unbedingte Freiheit des Verkehrs mit Rom, Aufhebung des Placet, völlige Freiheit in Gründung von Kongregationen und Ordensniederlassungen, Leitung und Überwachung des geistigen Lebens der Katholiken in aller und jeder Beziehung durch die Kirche. Was die Bischöfe hiermit als Freiheit für sich forderten, war also in Wahrheit die Anechtung des



Pfarrklerus und der Gläubigen, die beide rechtlos der bischöflichen Willkür ausgeantwortet werden sollten. Auch dispensierten sich die Bischöfe ohne weiteres von der in verschiedenen deutschen Staaten gesetzlich vorgeschriebenen Regierungsgenehmigung für ihre Hirtenbriefe. Mit besonderem Eifer wurde das freigegebene Vereinsrecht in den Dienst der Kirche gestellt. Das ganze katholische Deutschland bedeckte sich mit einem Netze der im April 1848 zu Mainz gegründeten Biusvereine, mit denen die für die innere Mission wirkenden Vinzentiusvereine sowie der Bonifaziusverein, ein Gegenstück zu dem protestantischen Gustav-Adolf-Verein, in engster Beziehung standen. Die Generalversammlungen dieser Vereine wurden jährlich bühnengerecht in Szene gesetzt.

Als dann der Wind umschlug, horchten die von der Angst vor der Revolution behörten Regierenden nur zu gern den beruhigenden Schmeicheltönen von der Solidarität der konservativen Interessen zwischen dem Staat und der in ihre kanonischen Rechte wieder eingesetzten Kirche, und da selbst die sogenannten strenggläubigen Protestanten, voll stillen Neides auf die unantastbare Autorität der römischen Kirche, mit dem römischen Kirchentum buhlten, so geschah es, daß auch nach Aufhebung der Grundrechte jener die angemessenen Freiheiten nicht nur gelassen, sondern in einem Staate nach dem andern ausdrücklich verbrieft wurden. In Preußen fand der Satz „Jede Religionsgesellschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbständig und bleibt im Besitz und Genuß der für ihre Kultus-, Unterrichts- und Wohlthätigkeitszwecke bestimmten Anstalten, Stiftungen und Fonds“ als § 15 Aufnahme in die Verfassung und in § 18 derselben verzichtete der Staat auf sein Ernennungs-, Vorschlags-, Wahl- und Bestätigungsrecht bei Besetzung kirchlicher Stellen mit Ausnahme der Patronatsstellen. Die ursprünglich zur Wahrung der staatlichen Hoheitsrechte über die Kirche eingesetzte katholische Abteilung im Kultusministerium wurde, seitdem sie unter polnische Leitung geraten, die eigentliche Brutstätte aller gegen den Staat gerichteten ultramontanen Bestrebungen, ja die Regierung ging in ihrem blinden Vertrauen so weit, daß sie den katholischen Priestern die Ableistung des Verfassungseides unter ausdrücklichem Vorbehalt ihrer Verpflichtungen gegen die Kirche zugestand. Nur als Bischof Arnoldi von Trier eigenmächtig in einem Breve gemischten Brautpaaren die Verpflichtung zur katholischen Erziehung ihrer Kinder vorzuschreiben sich erdreistete, kündigte König Friedrich Wilhelm IV. jedem protestantischen Offizier, der dieser Zumutung nachkomme, die Entlassung an. Innerhalb der katholischen Kirche wurde jede selbständige geistige Regung mit unerbittlicher Strenge unterdrückt. Mit Hermes teilten 1857 A. Günther in Wien, der Vorkämpfer der thomistischen Scholastik, und 1860 dessen Schüler Balzer in Breslau das Schicksal, von der Kurie verworfen zu werden. Die Rektoratsrede des Professor Ringsseis in München war ein offener Fehdebrief gegen die gesamte Wissenschaft, die sich nicht demütig der Leitung des Kirchenglaubens unterwerfen wolle; selbst der ästhetische Geschmack sollte sich durch die christlich-germanische Poesie Dskars von Redwig eine Ver-

besserung im Sinne der römischen Kirche gefallen lassen. Mit gleicher Rüstigkeit arbeitete die katholische Propaganda. Bischof Martin von Baderborn behauptete dreist, auch die Protestanten seiner Diocese seien seiner oberhirtlichen Obhut unterworfen. Jesuitenmissionen durchzogen das nördliche Deutschland; es war selbst von der Errichtung eines katholischen Bistums in dem protestantischen Hamburg, einer Nuntiatur in Berlin die Rede. „Mit dem Mauerbrecher der Kirche,“ verkündete 1851 siegeszroh der Führer der badischen Ultramontanen, „werde man den Protestantismus langsam zerbröckeln, in den vorgehobenen norddeutschen Distrikten die zerstreuten Katholiken sammeln, mit einem Netze von katholischen Vereinen den alten katholischen Herd in Preußen umklammern, diese Klammern durch eine Unzahl von Klöstern befestigen und dadurch den Protestantismus erdrücken, die Hohenzollern unschädlich machen.“ Diesem Programm entsprach die unglaubliche Vermehrung der klösterlichen Niederlassungen seit 1848. Die der Krankenpflege gewidmeten stiegen von 28 auf 223, die für den Unterricht von 24 auf 139, die beiden Zwecken dienenden von 40 auf 361; dazu kamen 50 Klöster, die nur der Seelsorge oder dem beschaulichen Leben oblagen. Die katholische Kirche hatte guten Grund, im Jahre 1855 das Säkularfest des heiligen Bonifazius zu Fulda als Triumph nach einer Reihe glänzender Siege zu begehen; nur weckte der übermüthige Hirtenbrief des Bischofs von Mainz in Bunsens „Zeichen der Zeit“ auch den ersten Warnungsruf aus dem gegnerischen Lager.

Dieselben Revolutionsjahre verwirklichten die klerikalen Forderungen in Oesterreich. Die dortigen Bischöfe traten 1849 in Wien zusammen, um die Würzburger Forderungen zu den ihrigen zu machen; sie wurden ihnen, April 1851, fast sämtlich genehmigt und blieben auch nach Aufhebung der Verfassung in Kraft. Fester als sonstwo glaubte man in Oesterreich den bösen Geist des Liberalismus durch die engste Verbindung mit der römischen Kirche bannen zu können, und für solche Hilfe schien selbst die demüthige Unterordnung des Staates unter die Kirche kein zu hoher Preis. Bildete diese doch zugleich ein Gegengift gegen die Trennungsgelüste der Magyaren und Slawen, denn der Alerus verdamnte das Nationalitätsprinzip, weil auf der Verschiedenheit der Sprachen, folglich auf dem Abfall von Gott beruhend, als heidnisch. So fiel es denn auch dem Fürsterzbischofe Rauscher von Wien nicht schwer, dem jungen Kaiser Franz Josef, seinem ehemaligen Zögling, unter dem Eindrucke des Lebentzischen Attentats das Konkordat vom 18. August 1855 abzugewinnen, durch welches das gesamte Staats- und Privatrecht dem kanonischen Rechte unterstellt, der Verkehr der Bischöfe mit Rom völlig freigegeben, ihnen die weitesten Befugnisse eingeräumt, der niedere Alerus der Prälatur gegenüber entrechtet wurde. Nicht lange, so war der einst vom Kaiser Josef II. aus den sequestrierten Kirchengütern für Unterrichts- und Humanitätszwecke gestiftete Schul- und Religionsfonds der Geistlichkeit ausgeliefert, das kanonische Eherecht und die geistliche Bücherzensur eingeführt, waren die 1848 aufgehobenen Jesuiten und Viguorianer wiederhergestellt, lieferte



der Unterrichtsminister Graf Leo Thun ihnen unbedenklich die höheren Schulen aus, für welche die alte *ratio studiorum* der Jesuiten wieder die Grundlage des Lehrplanes wurde. Die „Katholiken“ sahen sich von jedem katholischen Friedhofe ausgeschlossen.

Die fünf Bischöfe der oberrheinischen Kirchenprovinz blieben hinter ihren preussischen und österreichischen Amtsbrüdern nicht zurück. Als die Regierungen ihre auf Grund der Würzburger Beschlüsse gestellten Forderungen, Februar 1852, zurückwiesen, kündigten sie ihnen unter Führung des streitlustigen Bischofs Ketteler, der der Mainzer Diözese nach Verwerfung des gesetzmäßig gewählten Gießener Professors Leopold Schmidt von Rom aus aufgezwungen worden war, den eidlich geleisteten Gehorsam mit der Erklärung auf, „sie würden sich nur nach dem richten, was sie als Dogma und als darauf ruhendes Verfassungsrecht der Kirche ansähen.“ So wurde schon jetzt der Grundsatz, daß der Katholik, zumal der katholische Priester, den Staatsgesetzen nur insoweit zu gehorchen habe, als dieselben sich mit denen der Kirche oder auch nur den Anmaßungen der Kurie in Einklang befänden, ins Praktische übersezt. Der ganz von Ketteler gegängelte Erzbischof Vicari von Freiburg verbot selbst das vom Oberkirchenrate angeordnete Traueramt für den verstorbenen Großherzog Leopold und verhäng über mehr als hundert Priester, die sein Verbot unbeachtet gelassen hatten, geistliche Zensuren, erklärte auch, insgeheim von Osterreich ermutigt, rundweg und ohne Rücksicht auf die von den Regierungen gemachten Konzessionen, daß er fortan nur nach der von ihm behaupteten kirchlichen Ordnung verfahren werde. Durch fortgesetzte Übergriffe und Verletzung der Staatsgesetze erreichte er schließlich das gewünschte Martyrium der Verhaftung. Einen ähnlichen Konflikt erlebte die nassauische Regierung mit dem anmaßlichen Bischöfe von Limburg. Aber so wenig mochte die Kurie eine selbst in ihrem Sinne wirkende Selbständigkeit der Bischöfe dulden, daß sie die von diesen eingegangenen Konventionen verwarf und sich zu den von den Regierungen gewünschten unmittelbaren Verhandlungen bereit finden ließ. Auf diese Weise schlossen Württemberg 1857, Baden 1859 Konkordate mit Rom. Nur in Hessen-Darmstadt war Minister von Dalwigk, hauptsächlich um einen Bundesgenossen gegen die immer stärker anschwellende nationale Bewegung zu gewinnen, 23. August 1854 mit Bischof Ketteler eine noch dazu geheime Konvention eingegangen, welche der Kirche ihre unmäßigsten Forderungen gewährte. Nirgends jedoch erreichten diese Verträge wirkliche Geltung; denn nirgends war die dazu erforderliche Zustimmung der Volksvertretung zu erlangen. Zuerst erzwang in Baden die öffentliche Meinung die Beseitigung des unwürdigen Zustandes, worauf die anderen Regierungen sich nicht ungern ebenfalls drein schickten, daß dieselben hinfällig wurden, freilich ohne daß damit der Streit um die Grenze der staatlichen und kirchlichen Rechte aufgehört hätte. In Baden zumal schürte ihn der nach Vicaris Tode 1868 vom Domkapitel berufene Erzbistumsverweser Lothar Kübel immer von neuem.

Auch außerhalb Deutschlands hatte der ultramontane Katholizismus die größten Erfolge aufzuweisen. In Frankreich lebte das zweite Kaiserreich zum großen Theile von seiner Gnade, bis es durch seine Mitschuld den Untergang fand. Je weniger der durch Napoleon I. zu strenger Unterordnung gebrachte Klerus fähig war, nach dem Sturze der alten Kirche eine religiöse Wiedergeburt des Volkes herbeizuführen, desto leichter wurde er der Spielball geistlicher Demagogen von dem Schlage *Benillots*, der den Univers redigierte. Das wahre gelobte Land des jesuitischen Ultramontanismus war aber Belgien, dank der hier der Kirche durch die Verfassung gewährleisteten Selbständigkeit und deren durch große Vermächtnisse zunehmenden Reichthum. Die Zahl der Klöster, im Jahre 1846 770 mit 11968 Insassen, war im Jahre 1880 auf 1559 mit 24672 Köpfen gestiegen. Die Volkserziehung befand sich ganz in den Händen der Jesuiten, die von ihnen 1835 gegründete sogenannte freie Universität Löwen erfreute sich eines stärkeren Besuchs als die beiden Staatsuniversitäten. In Belgien waren die Klerikalen nicht bloß eine kirchliche, sondern zugleich eine politische Partei, welche bei allen Wahlen über die Stimmen der Massen gebot. Lange führten die hauptsächlich in den größeren Städten vertretenen Liberalen einen erfolglosen Kampf gegen sie, bis im Jahre 1857 das von der Regierung vorgelegte Wohlthätigkeitsgesetz, welches das Vermögen der frommen Stiftungen der Staatsaufsicht entzog, um es der der größtenteils klerikalen Gemeindebehörden zu unterstellen, eine solche Furcht vor der Wiederherstellung der toten Hand und in Folge davon eine solche Opposition weckte, daß darüber das klerikale Ministerium *de Decker* zu Fall kam und einem liberalen unter *Frère-Orban* Platz machen mußte. In Spanien besaßen die Jesuiten eine einflußreiche Gönnerin an der Königin *Isabella*, die das Bedürfnis empfand, ihre Jugendsünden durch Bigotterie abzubüßen, und eine gefährliche Waffe an der Drohung mit dem *Karlismus*. Sie erreichten denn auch unter dem Ministerium *Bravo Murillo* ein Konkordat, welches nicht allein die Rückgabe der noch unverkauften Kirchengüter, sondern auch eine Entschädigung für die bereits veräußerten festsetzte, nur sah sie diesen Gewinn durch die Unsicherheit der politischen Zustände und die unaufhörlichen Ministerwechsel immer von neuem gefährdet. Dagegen blieb Portugal sowohl unter der letzten *Braganza Maria da Gloria* als auch unter dem mit *Pedro V.* 1853 beginnenden Hause *Sachsen-Koburg* den römischen Einflüssen durchaus unzugänglich, und wenn die Jesuiten nicht versäumten, den frühen kinderlosen Tod des Königs, 15. November 1861, und zweier seiner Brüder als eine Strafe des Himmels für das gottlose Herrscherhaus zu deuten, so verstärkte auf der anderen Seite der Argwohn, daß diese Todesfälle auf keine natürliche Ursache zurückzuführen sein möchten, nur die Erbitterung gegen sie und auch der neue König *Luis I.* wurde durch diese Trauerfälle weder belehrt noch eingeschüchtert.

Überhaupt läßt sich die auffällige Erscheinung beobachten, daß die römische Kirche der meisten Feindseligkeit in romanischen, katholischen Staaten begegnet,



daß sie dagegen in den germanischen, vorwiegend protestantischen die meisten Fortschritte macht, seitdem in diesen der die höhere Bildung mit immer steigender Kraft durchdringende Geist der Toleranz die früher als Notwehr gegen sie aufgerichteten Schranken beseitigt hat. Kaum waren diese in England gefallen, so schritt auch die römische Kirche schon zur Wiedereroberung des einst an die Reformation verlorenen Gebietes und diese fiel ihr über Erwarten leicht. Freiwillig kam ihr eine besonders in den Reihen der obersten Zehntausend mächtige Konversionsneigung entgegen, welche ganze Scharen in den allein seligmachenden Schoß zurückführte. Stand ohnehin der Anglikanismus, für den nicht das unsichtbare Gottesreich, sondern die sichtbare, in der Hierarchie repräsentierte Kirche den alleinigen Träger der Offenbarung bildet, der römischen Auffassung näher als die Kirche der deutschen Reformation, so wurde die Strömung noch weiter verstärkt theils durch die poetische Romantik eines Scott, Byron und Moore, theils durch die engen Beziehungen zu dem benachbarten Belgien, theils und nicht zum wenigsten durch das gesteigerte Mißtrauen gegen die kritische Neologie und den kirchlich-politischen Radikalismus. Der 1833 in Oxford aufgekommene Puseyismus, der darauf ausging, zwischen Protestantismus und Katholizismus die rechte Mitte einzunehmen, wurde nach dem Vorgange des bald nachher zum Kardinal erhobenen Newman für viele Tausende nur der Durchgang zum völligen Übertritt, und so konnte die Kurie im Jahre 1850 es wagen, dem stolzen England eine römisch-katholische Hierarchie aufzunötigen (s. v. S. 92). Auch in den drei skandinavischen Reichen öffnete die Aufhebung der die Kultusfreiheit beschränkenden Gesetze der römischen Propaganda neue und ergiebige Gebiete. In den Niederlanden, wo sich schon König Wilhelm I. während seiner letzten Jahre durch seine Maitresse, die Gräfin d'Oultremont, in die klerikalen Netze hatte verstricken lassen, bildete die Regierung seines Nachfolgers Wilhelms II. 1840—1849 eine fortlaufende Kette von Gunstbezeugungen an die römische Kirche und ihren Klerus, deren Ergebnis die Vernichtung der alten nationalen Richtung in der katholischen Kirche des Landes war. Als schließlich unter König Wilhelm III. (1849—1890) der Papst dazu vorschritt, in dem keiserlichen Lande durch einfaches Breve vom 7. März 1853 einen Erzbischof von Utrecht und vier Bischöfe einzusetzen, benutzten die Konservativen das Aufwallen des protestantischen Unwillens, um das liberale Ministerium Thorbecke, welches diese Übergriffe nicht zu hindern gewußt hatte, zu stürzen, aber auch das es ablösende Ministerium van Hall änderte nichts an der Sachlage, und schließlich sah man das einzige Mittel der Abwehr in der Einführung der konfessionslosen Volksschule durch Gesetz vom 17. August 1857. — Noch schärfer prägt sich jener Gegensatz zwischen romanischen und germanischen Staaten jenseits des Atlantischen Ozeans aus. Die brasilianische Regierung, obgleich nichts weniger als duldsam gegen die Nichtkatholiken, geriet mit ihren Bischöfen in heftigen Streit und zwang die widerspenstigen zur Unterwerfung. Ähnliche Konflikte gab es in mehreren

zentralamerikanischen Republiken. In Mexiko verlor die Kirche ihren Grundbesitz, der zur Heilung der Finanzzerrüttung erhalten mußte. Guatemala wies 1872 die Jesuiten aus, verbannte den rebellischen Erzbischof und hob sämtliche Klöster auf. In Venezuela wurde der apostolische Vikar, der gegen die Einführung der Zivilehe protestierte, außer Landes gebracht und die Anerkennung der Staatsgesetze seitens der Bischöfe durch Absetzungen und die Drohung der Lossagung von Rom erzwungen. Nur Ecuador verdiente sich aus dem Munde des Papstes das Lob, die ruhmreiche Republik jenseit des Ozeans zu sein, die inmitten des schuldbehafteten Schweigens der europäischen Mächte allein ihre Stimme für die Wiederherstellung des Kirchenstaats erhebe. Reichlichen Ersatz für diese Beeinträchtigungen fand jedoch Rom in den Vereinigten Staaten. Genährt durch die starke irische Einwanderung stieg in dem einst ganz protestantischen Lande die Zahl der Katholiken auf zwölf Millionen und gegenwärtig wird die katholische Kirche der Union durch 8118, an 7353 Kirchen und 1480 Kapellen wirkende Priester, 73 Bischöfe, dreizehn Erzbischöfe und einen Kardinal geleitet.

Dieser großartige Machtzuwachs war in der Hauptsache das Werk der Jesuiten. Sie übten unter dem Namen des Papstes Pius' IX. thatsächlich die geistige Gewalt über die römisch-katholische Christenheit aus. Diese Gewalt für alle Zeiten zu sichern und unangreifbar zu machen, verfolgten sie das Ziel, den päpstlichen Absolutismus zu vollenden, auf welchen die ganze Entwicklung der römischen Kirche seit Gregor VII., in noch stärkerem Maße seit dem letzten ökumenischen Konzile zu Trient hinwies. Mit gewohnter Schlaueit wußten sie das geeignete Mittel dazu zu finden, nämlich in der schon seit dem vierzehnten Jahrhundert von den Franziskanern gegen die Dominikaner verfochtenen Lehre von der unbefleckten Empfängnis, d. i. der sündlosen Geburt der Jungfrau Maria. Als die Immaculata hatte Pius IX. die Gottesmutter schon in seiner ersten Enchiklika von 1846 bezeichnet, ohne daß damals die mit ganz anderen Dingen beschäftigte Welt darauf geachtet hätte. Ihrer besonderen Gnade schrieb er seine Rückkehr aus der Verbannung zu und seitdem lebte er der mythischen Zuversicht, mit Hilfe dieser himmlischen Patronin alle Feinde der Kirche zu überwinden. Am 8. Dezember 1854 verkündete er das neue Dogma, rein aus persönlicher Machtvollkommenheit, ohne Mitwirkung eines Konzils. Nicht mehr die strenge Gottesmutter des Mittelalters noch die dem Kinde lächelnde Madonna der Renaissance sprach aus demselben, sondern die Königin des Himmels und der Erden, deren Kult dem des Vaters und des Sohnes substituiert wurde. Es war ein Akt, wie ihn kein früheres Pontifikat aufzuweisen hat. Denn diese eigenmächtige Definierung schloß zugleich die Entscheidung der von den alten Konzilen stets verneinten Frage in sich, ob der Papst in Glaubenssachen auch für seine Person unfehlbar sei, und so wenig lebte noch von dem Bewußtsein der alten Würde und Selbständigkeit im Episkopat, daß er diese Verhöhnung seiner Rechte schweigend hinnahm; die Laienwelt, katholische wie protestantische, hatte



nur ein Lächeln für den aus der Kumpelkammer mittelalterlicher Scholastik hervorgeholten Glaubenssatz. Auch darin äußerte sich das mystische Machtgefühl des Papstes, daß er Beatifizierungen und Heiligspredungen in größerer Zahl als irgend einer seiner Vorgänger vollzog, u. a. auch die des Peter Urbues, eines der entsetzlichsten Henker der Inquisition. Das Papsttum mehr und mehr mit dem Christentum zu identifizieren, die Person des Statthalters an die Stelle Christi zu setzen, halfen besonders die in Rom mit größtem Pompe gefeierten Papstfeste, z. B. der am 11. April 1869 begangene fünfzigste Jahrestag seiner Priesterweihe. Die seit 1859 unter dem Namen Peterspfennig in der ganzen katholischen Christenheit gesammelte Liebesgabe, die bis 1865 über 40 Millionen Franks einbrachte, verschaffte der Kurie Geldmittel, wie sie in solcher Höhe seit Jahrhunderten nicht besessen hatte.

Wie hoch bereits der Gedankenflug der Kurie ging, das bewies schlagender als alles Bisherige die Enzyklika vom 8. Dezember 1864 und der ihr angehängte Syllabus errorum, eine Aufzählung von achtzig, von den Gläubigen zu verwerfenden Irrtümern, die den Fluch verhing über alles, was die Einwirkung der Kirche auf die Individuen und die Nationen beschränkte, über den Kommunismus, Sozialismus und die Theorie der Volkssouveränität so gut wie über die Unabhängigkeit der weltlichen Macht, Religions- und Kultusfreiheit. Es war das Kriegsmanifest des kirchlichen Absolutismus wider die ganze moderne Kultur. Dennoch vermochte auch diese so drastisch erneuerte Kundgebung päpstlicher Ansprüche die protestantische Welt nicht aus ihrer Gleichgültigkeit aufzurütteln. Auf römischer Seite dagegen erkannte man sehr wohl, daß das moderne Staatswesen, dasjenige, welches Preußen stärker als irgend ein anderer Staat vertrat, mit dem dort verkündeten Papalprinzip schlechthin unvereinbar sei. Darum war der Krieg von 1866 in den Augen der Kurie ein Glaubenskrieg; darum entschlüpfte dem Kardinal Antonelli auf die Kunde von Königgrätz der Ausruf „*Casca il mondo, die Welt geht unter!*“ Wankten doch infolge dieses Ereignisses sogar die Pfeiler, auf denen die Macht der Kirche über den Kaiserstaat ruhte. Denn der Ausgleich mit Ungarn zog auch eine andere Behandlung der kirchlichen Angelegenheiten nach sich. Wurde auch noch nicht an dem Konkordate selbst gerüttelt, so suchte doch das Ministerium Auersperg auf dem Wege innerstaatlicher Gesetzgebung zur Wiederherstellung des bürgerlichen Eherechtes, zur Befreiung der Schule und zur Gleichstellung der Konfessionen zu gelangen. Die Bischöfe, der Nuntius protestierten, der Papst erließ eine Allokution gegen die verabscheuungswürdigen und schändlichen Gesetze; alles vergebens; sie wurden am 25. Mai 1868 vom Kaiser vollzogen. Recht zur Unzeit kam da 1869 den Ultramontanen die an die finstersten Zeiten des Mittelalters erinnernde Entdeckung des schaudererregenden Zustandes, in welchem die Nonne Barbara Urbyk seit 1848 in dem entsetzlichen Kerker des Karmeliterinnenklosters zu Kratau gehalten worden war.

Je schwerer in Rom der Schlag von 1866 empfunden worden war, um

so stürmischer wurde dort das Verlangen, das, wozu in der Encyklika der Grund gelegt worden, nämlich die persönliche Unfehlbarkeit des Papstes, durch den feierlichsten Akt, der der Kirche zu Gebote steht, zum dauernden Gemeingut derselben zu machen. Die Berufung eines Konzils wurde demgemäß das nächste Ziel der Jesuiten. Nur darüber bestand noch Zweifel, ob dasselbe sich auf die Bestätigung des Syllabus beschränken oder die Unfehlbarkeit proklamieren sollte. Nicht ohne Bestürzung sahen die Bischöfe sich eine Wandelung vorbereiten, die nicht bloß die Kirche in Zwiespalt mit dem Staate bringen, sondern auch das Wenige, was ihnen noch an Selbständigkeit geblieben, gänzlich vernichten mußte. Als sich daher im Juni 1867 fast 500 von ihnen zur achtzehnhundertjährigen Gedächtnisfeier des Martyriums der Apostel Petrus und Paulus in Rom einfanden, zeigten sie sich zwar mit der Berufung eines Konzils vollkommen einverstanden, dagegen verwarfen sie den Vorschlag Einzelner, in der dem Papste zu überreichenden Adresse die Unfehlbarkeit ohne weiteres auszusprechen, und begnügten sich, darin die eigenen Worte des Papstes aus der Encyklika von 1864 zu wiederholen, „es sei ihm die göttliche Vollmacht erteilt, die gesamte Kirche zu weiden, zu leiten und zu regieren.“ Ja Bischof Ketteler erklärte unumwunden, die Lehre von der päpstlichen Unfehlbarkeit sei der Kirche Christi dem Namen



Bischof von Ketteler. Nach Photographie.

und der Sache nach unbekannt und erst in letzter Zeit ausgedacht worden, ihre Verkündigung aber würde etwas Unerhörtes sein. Dieser sich ankündigende Widerstand mahnte zur Vorsicht. Unter den siebenzehn zur Verhandlung zu stellenden Fragen, welche den Bischöfen vorgelegt wurden, befand sich die Unfehlbarkeit nicht. Ebenso wenig that ihrer die Bulle Aeterni Patris vom 29. Juni 1868 Erwähnung, welche die Vertreter der gesamten Christenheit — denn auch an die griechische und die protestantische ergingen Ausschreiben — auf den 8. Dezember 1869 zum Konzil nach Rom lud.

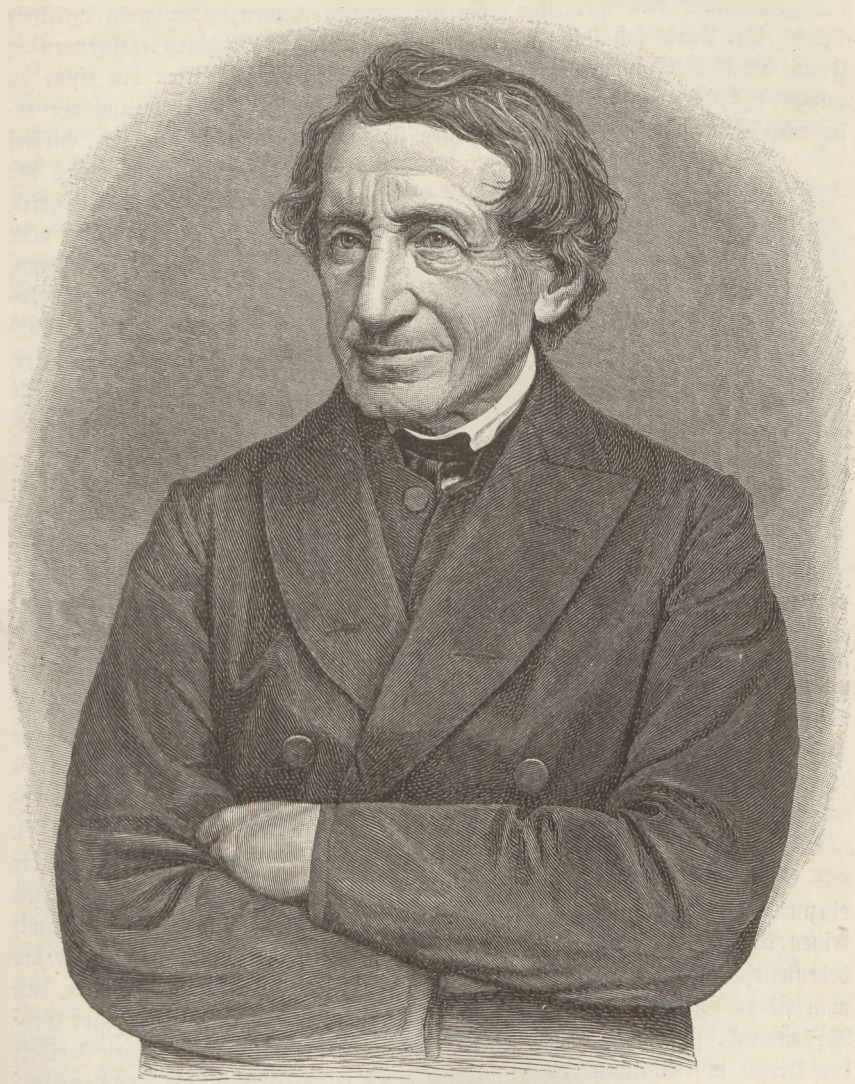
Was sie unausgesprochen ließ, verkündete um so lauter die ultramontane Presse: das Hauptmittel für die Schäden der Kirche sei die Verkündigung der päpstlichen Unfehlbarkeit, denn dann erst könne der Papst frei und ungehindert zum Wohle der Christenheit und der ganzen menschlichen Gesellschaft



wirken; insbesondere bezeichnete das päpstliche Leiborgan, die Civiltà Catolica, es als Wunsch und Erwartung sämtlicher Katholiken, daß das Konzil vor allem die Unfehlbarkeit und daneben die Dogmatisierung der Verwerfungsfähigkeit des Syllabus und das Dogma von der leiblichen Himmelfahrt der Jungfrau Maria verkündigen werde; nur werde der Papst aus einem Gefühle erhabener Zurückhaltung nicht selber die Initiative zu einem Vorschlage ergreifen wollen, der sich unmittelbar auf ihn beziehe; aber man hoffe, daß die einstimmige Kundgebung des heiligen Geistes durch den Mund der Väter des ökumenischen Konzils die Unfehlbarkeit per acclamationem definieren werde. Größeren Anklang als in Deutschland schien die Sache in Frankreich zu finden; wenigstens kam dort eine neue Art von Devotion auf, bestehend in dem Gelübde, die Lehre von der Infallibilität zu bewahren und zu bekennen usque ad effusionem sanguinis und sie mit allen Mitteln zu verbreiten. Auch der im Winter 1868/69 in Rom zur Vorbereitung des Konzils zusammengetretene Ausschuß sprach sich mit allen Stimmen gegen die eine des Freiburger Theologen Uzog beifällig über die fragliche Dogmatisierung aus.

Schien so der Boden für die Ausführung hinlänglich vorbereitet, so erwachte doch auch mit dem Sichtbarwerden der jesuitischen Absichten der Widerstand. Der erste Alarmruf ging von Deutschland aus in Form einer Adresse von Koblenzer Katholiken an den Bischof von Trier; Montalembert sandte ihnen vom Rande des Grabes seine Zustimmung. Noch größeres Aufsehen machte eine Reihe von Artikeln in der Augsburger Allgemeinen Zeitung (März 1869), die bald darauf zum Buch erweitert unter dem Pseudonym Janus erschienen, besonders darum, weil als ihr Verfasser der Münchener Stiftsprobst Döllinger, der gelehrteste Kirchenhistoriker und vordem ein unermüdlicher Gegner des Protestantismus, bekannt wurde. Warnend prophezeite er als die nächste und dauernde Folge des neuen Dogmas eine starke, weit und tief sich erstreckende Verminderung des religiösen Glaubens in den katholischen Ländern, weil damit den Menschen zugemutet werde, zu glauben, was sie unmöglich glauben könnten. In gleichem Sinne und mit gleichem Nachdrucke sprach sich der Professor des Kirchenrechts von Schulte in Bonn aus. Vorsichtiger hielten sich die deutschen Bischöfe. Ihr aus Fulda am 6. September erlassener Hirtenbrief suchte die entstandenen Besorgnisse zu beschwichtigen, „denn nie und nimmer werde und könne ein allgemeines Konzil eine neue Lehre aussprechen, welche in der Heiligen Schrift oder der apostolischen Tradition nicht enthalten sei, oder Lehren verkündigen, die mit dem Rechte des Staates und seiner Obrigkeiten in Widerspruch ständen; der Zweck des Konziles könne vielmehr kein anderer sein, als die alte und ursprüngliche Wahrheit in ein helleres Licht zu stellen. Ebenso unbegründet und überaus ungerecht sei der Verdacht, als werde auf dem Konzil die Freiheit der Beratung beeinträchtigt sein.“ Wohl verklausulierte Worte, die sich ebensogut als eine Warnung vor Proklamierung des neuen Dogmas wie als Zustimmung zu demselben, das eben kein neues, sondern ein altes sei, auslegen ließen.

Vierzehn von den Versammelten hatten schon vorher dem Papste schriftlich ihre Bedenken ausgesprochen, nicht aber gegen das Dogma, sondern nur gegen



Ignaz Döllinger.  
Nach der Lithographie von G. Engelbach.

seine Opportunität. Mit größerer Entschiedenheit erklärten sich die geachtetsten Häupter des französischen Episkopats, an ihrer Spitze Erzbischof Darbois



von Paris und Bischof Dupanloup von Orleans, gegen das jesuitische Vorhaben. Um die nämliche Zeit erhob sich der gefeiertste Kanzelredner Frankreichs, der Karmeliterpater Hyacinthe Loisson mit Heftigkeit gegen die „Dogmen und Praktiken, die sich römisch nennen, aber nicht christlich sind.“ Die Kurie sah sich veranlaßt, der zwischen den Bischöfen entbrennenden Fehde durch Versagung des Imprimatur für die Streitschriften ein Ende zu machen. Was den Jesuiten an sachlichen Gründen zur Widerlegung der erhobenen Einwände abging, das ersetzten sie durch Leidenschaftlichkeit. Bischof



Bischof Dupanloup.  
Nach der Radierung von Muzelle.

Hefele von Rottenburg, der damals noch den Mut hatte, offen zu bekennen, die neue Lehre sei nicht bloß inopportun, sondern einfach nicht wahr, bekam von Molitor, dem Vertreter des Bischofs von Speier, die Drohung zu hören: „Sie werden Ihnen schon die häretische Haut abziehen!“

Die politische Welt sah im allgemeinen dem Konzil mit Gleichgültigkeit entgegen. Als der bayrische Ministerpräsident Fürst Hohenlohe-Schillingsfürst, gestützt auf Gutachten der theologischen und juristischen Fakultät zu München, in einem Rundschreiben vom 9. April 1869 die Frage anregte, ob nicht eine gemeinsame Maßnahme der europäischen Staaten zu ergreifen sei, um den römischen Hof über die dem Konzil gegenüber von ihnen

einzunehmende Haltung im voraus nicht im Ungewissen zu lassen, fand er damit keinen Anklang. Beuß hielt es nicht für geraten, die gerade von seiten der bedeutendsten Kirchenfürsten zu erwartende Opposition dadurch zu entwerten, daß man sie zu Vertretern der Regierungen stempelte, und der Bundeskanzler Graf Bismarck, fußend auf dem altpreussischen Standpunkte der völligen Freiheit der Kirche in kirchlichen Dingen, lehnte jedes Eingreifen in die Dogmengesetzgebung der römischen Kirche, selbst mit Bezug auf ein eminent politisches Dogma ab. Noch des guten Glaubens, rechtzeitige Warnungen an die preussischen Bischöfe würden ausreichen, um einen Konflikt zwischen den geistlichen und weltlichen Obrigkeiten zu vermeiden, versagte er auch dem dringenden Vorschlage des preussischen Gesandten beim päpstlichen Stuhle Harrh von

Arnim, die Vertreter der Mächte sollten sich dem Schauspieler der Verkündigung durch längeren Urlaub entziehen, bei dem Konzil selbst aber die Regierungen sich, wie dies früher üblich gewesen, durch Oratoren vertreten lassen, seine Zustimmung. „Vom Standpunkte der Regierung“, antwortete er ihm, „geben wir keinerlei Befürchtungen Raum, weil wir die Gewißheit haben, auf dem Felde der Gesetzgebung, unterstützt durch die Macht der öffentlichen Meinung, und dem ausgebildeten staatlichen Bewußtsein der Nation, die Mittel zu finden, um jede Krisis zu überwinden und die gegnerischen Ansprüche auf das Maß zurückzuführen, welches sich mit unserem Staatsleben verträgt. Wir sind in Norddeutschland des nationalen und des politischen Bewußtseins, auch der katholischen Bevölkerung in ihrer Mehrheit sicher und haben in der überwiegenden Mehrheit der evangelischen Kirche einen Stützpunkt, welcher den Regierungen rein oder wesentlich katholischer Länder fehlt.“ „Unsere Aktion“, setzte er hinzu, „kann erst dann eintreten, wenn das Dogma auf dem Felde des Staatsrechts praktisch wird.“ Nicht einmal krank zu werden erlaubte er ihm, wies ihn vielmehr an, seinen Posten nicht zu verlassen, aber sich jedes Scheins von demonstrativen Akten zu enthalten.

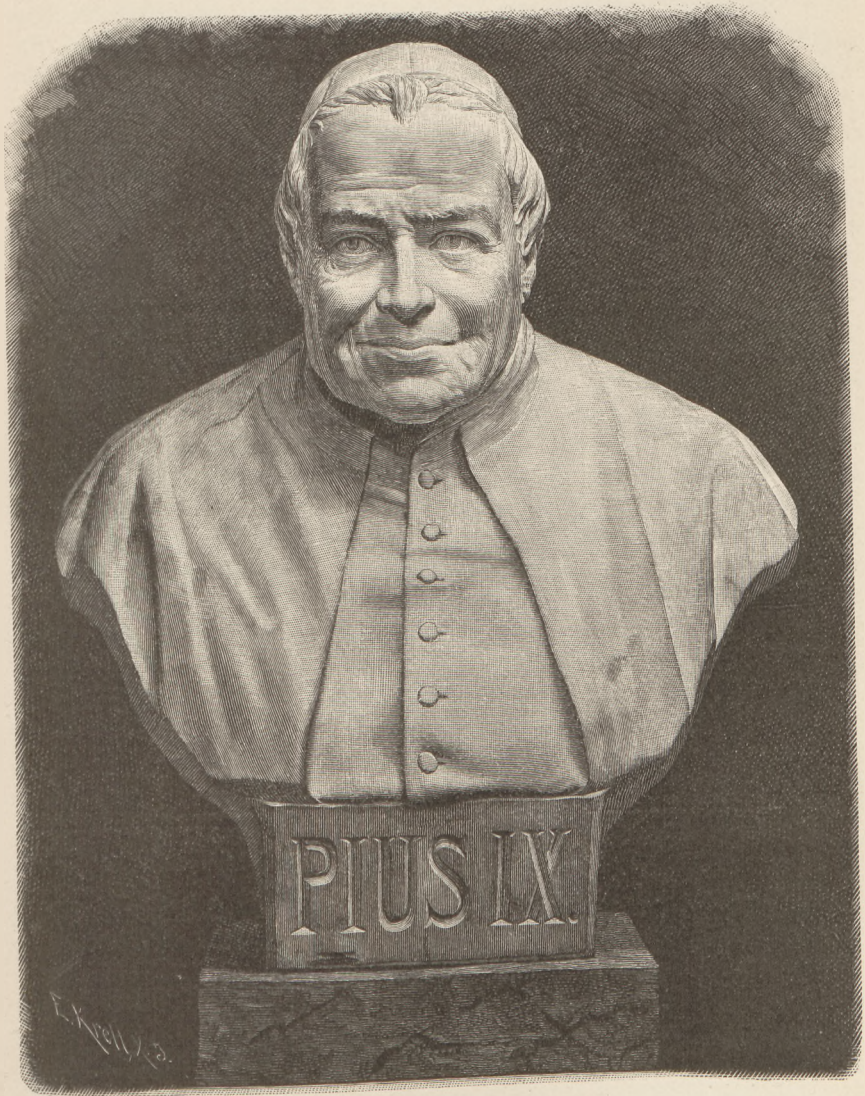
Einigen Eindruck machte der von so verschiedenen Seiten erhobene Widerspruch doch in Rom. Pius IX. erwog, ob nicht schon die Bestätigung des Syllabus ausreiche, dessen 23. Artikel die Lehre, als ob je ein Papst die Grenzen seiner Gewalt überschritten, sich Rechte der Fürsten angemäße oder in Sachen des Glaubens und der Moral geirrt habe, als kezerisch verfluchte. Aber dieses Schwanken war von kurzer Dauer. Sobald das Konzil am 8. Dezember 1869 vom Papst in Person im Vatikan eröffnet worden war, zeigte sich sofort, daß hinter den Kulissen schon alles fertig war, während die Konzilsväter selbst, soweit nicht zu den Eingeweihten gehörig, völlig im Finstern tappten. Da also der Ausgang im voraus fest stand, handelte es sich nur noch um die Art und Weise, wie das neue Dogma sich in die Kirchenlehre einschmuggeln ließ. Schon die Zusammensetzung des Konzils leistete dieser Absicht den größten Vorschub. Denn unter den 744 Mitgliedern desselben war ganz Deutschland mit 19, Osterreich-Ungarn mit 48, Italien allein dagegen mit 276 und unter diesen wiederum der Kirchenstaat mit 143 vertreten, welche letztere beiden dem Papste ebenso unbedingt ergeben waren wie die dreißig Ordensgenerale, die wider alles Herkommen Stimmrecht erhalten hatten, und die während des Konzils auf päpstliche Kosten lebenden 119 Bischöfe in partibus. Nach der zum voraus entworfenen Geschäftsordnung stand das Recht Anträge zu stellen ausschließlich dem Papste zu; durch die Zusammensetzung der Ausschüsse, welche etwaige Einwände zu prüfen hatten, war dafür gesorgt, daß die Minderheit ausgeschlossen blieb, die Redefreiheit in den Plenarsitzungen machte die schlechte Akustik des Saales völlig illusorisch; irgend etwas für die Väter drucken zu lassen, war verboten.

Antonelli hatte die Diplomatie durch die Versicherung beruhigt, daß der Heilige Stuhl seine Unfehlbarkeit nicht beantragen werde. Das Ver-



sprechen wurde buchstäblich gehalten. Denn nicht der Papst beantragte sie, er sorgte nur dafür, daß sie von anderen beantragt wurde. Die Absicht, sie mittelst Zuruß zu verkünden, unterblieb zwar auf die Drohung der Minderheit, in diesem Falle sofort das Konzil zu verlassen. Dafür beantragte aber eine mit 410 Unterschriften bedeckte Eingabe, „mit klaren Worten zu sanktionieren, daß die Auktorität des römischen Papstes die höchste und deshalb irrtumslos sei, wenn sie in Sachen des Glaubens und der Sitten festgestellt hat und vorschreibt, was von allen Christgläubigen zu glauben und zu beobachten oder zu verwerfen und zu verdammen sein soll“. Eine von den österreichischen Kardinalen Rauscher und Schwarzenberg veranlaßte, von den deutschen Bischöfen Melchers, Förster, Ketteler und Hefele mitunterzeichnete Gegenadresse fand nur 137 Unterschriften. Das erhöhte den Mut der Infallibilisten. Am 21. Januar 1870 wurde den Vätern ein Schema der dogmatischen Konstitution der Kirche Christi mitgeteilt, das über die letzten Absichten der Kurie keinen Zweifel ließ; ein Zusatzprotokoll vom 6. März befugte, daß die Kirchengewalt nicht bloß das innere Leben der Kirche, sondern auch das äußere und staatliche Leben umfasse, daß sie auch hier eine schrankenlose und schlechthin vollkommene sei und zwar eine gesetzgebende, richtende und strafende Gewalt. Eine neue Geschäftsordnung machte die Minderheit schlechthin mundtot und setzte an Stelle der bisher als unumstößlich gegoltenen moralischen Stimmeneinhelligkeit die Stimmenmehrheit. Bei den Verhandlungen über das Schema vom Glauben kam es am 22. März zu einem Auftritt der wildesten Aufregung. Als Bischof Stroßmayer von Diakovar, der streitbarste Wortführer der Opposition, die im Proömium ausgesprochene Behauptung, daß der heutzutage herrschende Indifferentismus, Pantheismus, Atheismus und Materialismus lediglich dem Protestantismus zur Last falle, als wahrheitswidrig zurückwies, stürzten die zornentbrannten Väter der Majorität unter wüstem Schreien und Toben, mit Fäusten drohend auf die Rednerbühne los und der Präsident sah sich genötigt, die Sitzung aufzuheben.

Als diese Vorgänge trotz des Geheimnisses, mit dem man sie zu bedecken suchte, in die Öffentlichkeit drangen, singen die Regierungen doch an sich zu regen. Beust hatte schon am 10. Februar eine Warnung nach Rom erlassen „gegen Projekte, welche, wenn sie sich verwirklichten, einen unausfüllbaren Abgrund zwischen den Gesetzen der Kirche und denen der meisten modernen Staaten schaffen würden“, Bismarck versicherte die opponierenden Bischöfe seines Beistandes, der französische Minister des Auswärtigen Graf Daru forderte die Zurücknahme der in dem Schema enthaltenen staatsgefährlichen Sätze. Bald aber nahmen die politischen Verwickelungen, welche zum deutsch-französischen Kriege führten, die Aufmerksamkeit der Staatsmänner so ausschließlich in Anspruch, daß sie sich um das, was in Rom geschah, nicht mehr kümmern konnten. Dort blieb unterdes kein Mittel, von freundlicher Lockung bis zur Einschüchterung durch zürnende Drohung unversucht, um den Widerstand der Minderheit zu brechen, und diese hätte in sich geschlossener und



Pius IX.

Nach der Marmorbüste (1878) von S. Pajes y Serratoña.





kampfesfreudiger sein, sie hätten einen festeren Boden unter den Füßen haben müssen, als sie in Wahrheit hatte, um nicht schließlich zu unterliegen. Handelte es sich doch für sie bei dem ganzen Streite nicht um eine Frage des Glaubens oder des Gewissens, sondern einestheils um eine Zeitfrage, indem sie, sei es um den Papst nicht zu kränken oder um sich für den Fall der Noth den Rückzug offen zu halten, nur die Opportunität der Dogmatisierung bekämpfte, andernteils um eine Machtfrage, indem sie gegenüber der vom päpstlichen Stuhle beanspruchten Allmacht für die Bischöfe einen Anteil an der Unfehlbarkeit der Kirche beanspruchte, die selber niemals von ihnen geleugnet worden war. Kein Wunder daher, daß ihr Widerspruch mit der Zeit immer matter wurde. Als der Ausschuß in dem Abschnitt über den päpstlichen Primat den Satz vorlegte: „So einer sagt, der Primat des Papstes sei nur ein Amt der Aufsicht und der Oberleitung und seine höchste Gerichtsgewalt über die gesamte Kirche keine unbegrenzte, sondern nur eine ausnahmsweise und mittelbare, der sei im Bann“, machten selbst einige von der Mehrheit durch Bischof Martin von Baderborn den schüchternen Versuch, wenigstens in einem Anhange und beiläufig die lehramtliche Auktorität der Bischöfe zu verwahren, erregten aber dadurch den Unwillen des Papstes dermaßen, daß er dem Artikel eine noch schärfere Fassung zu geben befahl, in der er die päpstliche Allgewalt nicht bloß über alle und jede Kirche, sondern auch über alle und jeden einzelnen Hirten und Gläubigen aussprach. Den vierzig noch angemeldeten Rednern schnitt die Majorität durch Schluß der Generaldebatte das Wort ab und ging über den Protest der die Minderheit bildenden 93 zur Tagesordnung über. Von da an beteiligte sich letztere nicht mehr an der zum leeren Schein gewordenen Einzelberatung, sondern begnügte sich, in einer Denkschrift die Unzulässigkeit, durch Mehrheitsbeschlüsse Dogmen zu schaffen, nochmals auseinanderzusetzen und von dem unfreien Konzil an ein künftiges freies zu appellieren. An der den 13. Juli stattfindenden Abstimmung über das ganze Schema beteiligten sich von den noch anwesenden 692 601; von diesen stimmten schlechthin mit ja 451, bedingungsweise 62, mit nein 88. Wörtlich lautete der neue Glaubenssatz: „daß der Papst, wenn er ex cathedra, d. h. in Ausübung seines Amtes als Hirt und Lehrer aller Christen, kraft seiner höchsten apostolischen Gewalt, eine von der gesamten Kirche festzuhaltende, den Glauben oder die Sitten betreffende Lehre entscheidet, vermöge des göttlichen, vom heiligen Petrus ihm verheißenen Beistandes jene Unfehlbarkeit besitz, mit welcher der göttliche Erlöser seine Kirche in Entscheidung einer den Glauben oder die Sitten betreffenden Lehre ausstattet wissen wollte, und daß daher solche Entscheidungen des Papstes aus sich selbst, nicht aber erst durch die Zustimmung der Kirche unabänderlich sind.“ Einen letzten Versuch ließen es die Opponenten sich noch kosten. Eine Abordnung derselben mit dem Erzbischof Darboy an der Spitze begab sich am 15. zum Papste, um von ihm die Milderung der Worte „aus sich selbst u. s. w.“ in „auf Grund des Zeugnisses der Kirche“ zu verlangen. Bischof Ketteler beschwor ihn fußfällig, durch diese kleine Nach-

giebigkeit der Kirche und dem Episkopat den Frieden und die verlorene Einigkeit wiederzugeben. — Als auch dies umsonst war, erklärten ihm die 88 am 17., daß sie auf ihrem ablehnenden Votum beharren müßten und, ohne an der Schlußabstimmung teilzunehmen, sofort das Konzil verlassen würden. Nur zwei von ihnen hatten den Mut, bei dieser offen mit nein zu stimmen, die übrigen 531 noch anwesenden stimmten nunmehr sämtlich bedingungslos mit ja. Unmittelbar darauf vertagte Pius IX. mit Rücksicht auf die Sommerhitze das zusammengeschrumpfte Konzil bis zum 11. November; aber bis zu diesem Zeitpunkte hatte sich die Weltlage so verändert, daß von einem Wiederezusammentritt nicht mehr die Rede war.

Die Verkündigung des neuen Dogmas, welche durch die Bulle *Pastor aeternus* erfolgte, hatte mit dem Waffensiege des katholischen Frankreichs zusammentreffen sollen. „Wenn“, erklärte Bismarck später im Reichstage, „der französische Eroberungskrieg erfolgreich war, so weiß ich nicht, was man auf unserem kirchlichen Gebiete in Deutschland von den Gestis Dei per Francos zu erzählen haben würde . . . . Daß der Krieg im Einverständnis mit der römischen Politik gegen uns begonnen worden ist, daß das Konzil deshalb abgekürzt ist, daß die Durchführung der Konzilsbeschlüsse, vielleicht auch ihre Bervollständigung, in ganz anderem Sinne ausgefallen wäre, wenn die Franzosen gesiegt hätten, daß man damals in Rom auf den Sieg der Franzosen als auf eine ganz sichere Sache rechnete, daß eine halbe Stunde der Friede beim Kaiser fest beschlossen war und dieser Beschluß umgeworfen wurde durch Einflüsse, deren Zusammenhang mit den jesuitischen Prinzipien nachgewiesen ist, über das alles bin ich vollständig in der Lage, Zeugnis ablegen zu können“. Allein trotz dieser Enttäuschung war doch der Erfolg der Kurie auf kirchlichem Gebiete ein ganz außerordentlicher. Es zeigte sich sofort, wie innerlich haltlos die ganze Opposition der Bischöfe auf dem Konzil gewesen war, nicht einer von ihnen ist der in Rom eingenommenen Haltung treu geblieben. Mit dem leidigen Troste, daß kein Übel in der Kirche größer sein könne als das der Trennung von der Kirche, brachte einer nach dem andern „das Opfer des Intellekts“. Damit nicht zufrieden, wetteiferten sie, auch ihre Untergebenen, nötigenfalls mit kirchlichen Strafmitteln zu gewinnen, dasjenige zu glauben, was zu glauben sie selbst kurz vorher für unmöglich erklärt hatten. Abermals vom Grabe des heiligen Bonifazius erließen die deutschen Bischöfe einen zweiten Hirtenbrief, der im schärfsten Widerspruch zum ersten den Gläubigen die unbedingte Unterwerfung des vernunftstolzen Dünkels anbefahl. Bischof Hefele aber schrieb im November: „Ich kann mir in Rottenburg so wenig als in Rom verhehlen, daß das neue Dogma einer wahren, wahrhaftig biblischen und traditionellen Begründung entbehrt und die Kirche in unberechenbarer Weise beschädigt, so daß letztere nie einen herberen und tödlicheren Schlag erlitten hat als am 18. Juli. Aber mein Auge ist zu schwach, um in dieser Not einen Rettungsweg zu entdecken, nachdem fast der ganze deutsche Episkopat sozusagen über Nacht seine Überzeugung



geändert hat und zum Theil in sehr verfolgungsfüchtigen Infallibilismus übergegangen ist "



Erzbischof Darbois.

Nach der Radierung von L. Massard.

Wie vorauszusehen, verwandelte der jesuitische Gewaltstreich vom 18. Juli das Verhältnis der Kirche zum Staate in das eines stetigen Kriegszustandes, in dem wohl vorübergehende Waffenstillstände kleinere oder größere Pausen bewirken konnten, der aber mit Naturnotwendigkeit immer von neuem aus-

brechen mußte. Die erste Regierung, welche den notwendigen logischen Schluß aus der päpstlichen Annahme zog, war die österreichische, indem sie am 30. Juli 1870 das Konkordat außer Kraft setzte, da das neue Dogma alle Bedingungen zerstöre, die bisher bei der Regelung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche maßgebend gewesen, so daß Verträge, die unter der Herrschaft ganz anderer Zustände abgeschlossen worden, nicht mehr als gültig betrachtet werden könnten. Mit dem jungen Königreich Italien lag der Vatikan



Professor Dr. von Schulte. Nach Photographie.

ohnehin in tödlicher Verfeindung. Zwar gewährten die 1871 von der Regierung mit dem Parlamente vereinbarten Garantiefesche dem Papste nicht nur auf ewige Zeiten die vollen Rechte und Ehren eines Souveräns, sondern auch unbedingte Freiheit zur Ausübung aller innerkirchlichen Souveränitätsrechte, sogar unter Verzicht des Staates auf das Placet und jede Mitwirkung bei Besetzung der Bistümer, so daß damit Cavours Programm von der freien Kirche im freien Staate seine vorläufige Verwirklichung gefunden hatte; dennoch aber wurde der „Gefangene im Vatikan“, als welcher sich Pius IX.

mit fast kindischem Eigensinn geberdete, nicht müde, gegen die kirchenräuberischen Frevel der „subalpinen Regierung“ zu protestieren, mit ihren Widersachern zu konspirieren und die ausgesetzte reiche Dotation zurückzuweisen. Die bayerische Regierung verweigerte der päpstlichen Bulle das Placet, aber ihre Bischöfe verkündeten sie ohne das Placet einzuholen und bedrohten jeden, der ihre Gültigkeit leugne, mit dem Bann. Mehrere kleinere Staaten begnügten sich mit der Erklärung, daß sie der kirchlichen Verfassungsänderung keine Rechtswirkung zugeständen. Seufzend gestand der päpstliche Nuntius in München, Meglia, dem württembergischen Geschäftsträger: „Wir können uns auf Vergleiche nicht mehr einlassen, uns kann doch nichts helfen als die Revolution!“



Wozu dem Episkopat der Mut gebrach, das unternahm die deutsche katholische Wissenschaft. Von Erzbischof Scherr in München aufgefordert, sich ebenfalls den Konzilsbeschlüssen zu unterwerfen, that Döllinger in seiner Antwort (28. März 1871) mit unwiderleglichen Gründen die absolute Ungültigkeit des neuen Dogmas dar. „Als Christ“, so schloß er, „als Theolog, als Geschichtskundiger, als Bürger kann ich diese Lehre nicht annehmen.“ Deshalb exkommuniziert, aber von der Universität fast einstimmig zum Rektor gewählt, bezeichnete er in seiner Antrittsrede laut und ungeschont die seit mehr als zwanzig Jahren durch systematische Fälschung der theologischen Lehrbücher vorbereiteten vatikanischen Dekrete als die Kriegserklärung Roms gegen die deutsche Wissenschaft. An Döllinger hatte die Bewegung ein Haupt von gewichtigem Namen gefunden; Gelehrte wie Friedrich und Huber in München, Schulte in Bonn schlossen sich ihr an. Altkatholiken nannten sie sich als Anhänger der alten echten und unverfälschten katholischen Kirchenlehre im Gegensatz zu den als Bekenner des neuen Dogmas Abgefallenen. Ein Münchener Komitee richtete eine Adresse mit 12 000 Unterschriften an König Ludwig II., der Döllinger



Professor Hubert Reinkens. Nach Photographie.

brieflich die Hoffnung ausdrückte, es würde ihm und seinen unerschrockenen Mitstreitern gelingen, die jesuitischen Umtriebe zu schanden zu machen und dadurch den Sieg des Lichtes über die menschliche Bosheit und Finsternis zu erringen; es erließ an alle Katholiken Deutschlands, Oesterreichs und der Schweiz einen Aufruf zu gemeinsamem Vorgehen, eine unter Vorstz des berühmten Rechtslehrers Windscheid zu Heidelberg gehaltene Versammlung beschloß die Berufung eines Altkatholikentages nach München. An 250 Delegierte aus fast allen Ländern Europas nahmen vom 22. bis 24. September daran teil. Am 4. Juni 1874 wurde in der Panthaleonskirche zu Köln Professor Reinkens aus Breslau zum altkatholischen Bischof gewählt und der jansenistische Bischof Heykamp von Deventer ließ sich bereit

finden, ihm zu Rotterdam die kanonischen Weihen zu erteilen. Die Regierungen von Preußen, Baden und Hessen erkannten den Gewählten, der seinen Sitz zu Bonn nahm, als rechtmäßigen Bischof an, wogegen die bayrische sich durch das Konkordat von 1817 als daran gehindert ansah. Die preußische bewilligte ihm einen Jahresgehalt von 16 000 Thalern. Regelmäßig wiederkehrende Kongresse und Synoden beschäftigten sich mit dem inneren Ausbau des altkatholischen Kirchenwesens. Allein die großen anfangs auf dasselbe gesetzten Hoffnungen gingen nicht in Erfüllung. Döllinger zog sich, als man gegen seine Meinung zur Bildung eigener altkatholischer Gemeinden schritt, bald von der Leitung der Bewegung zurück; daß die Synode zu Bonn von 1878 trotz dringender Abmahnungen des Bischofs und anderer Führer die Aufhebung des Eölibatzzwanges beschloß, erregte bei vielen Anstoß, und wenn auch in Preußen und Baden der Streit zwischen Alt- und Neukatholiken hinsichtlich ihrer Ansprüche an die kirchlichen Gebäude, Pfründen und Vermögen in einem für erstere günstigen Sinne durch Gesetz geordnet wurde, so blieb doch die Hauptsache, der Massenbeitritt, aus. Auch hierbei stellte es sich heraus, daß die Gegenwart für eine kirchenreformatonische Bewegung nicht empfänglich sei, am wenigsten für eine, die an der Halbheit und Unklarheit krankte, römisch-katholisch sein zu wollen und doch mit der römischen Kurie und ihren Vorkämpfern in unveröhnlicher Feindschaft zu stehen. Die Alt-katholiken blieben ein Generalstab ohne Heer; ihre Zahl erhob sich in Deutschland nie über 52 000 und ging sogar bald zurück.



## Zweites Kapitel.

### Der innere Ausbau des deutschen Reiches.

Dem am 18. Januar 1871 zu Versailles errichteten, aber noch des inneren Ausbaues harrenden Deutschen Reiches ist das unschätzbare Glück widerfahren, daß diejenigen, welche im höchsten Sinne seine Schöpfer zu heißen verdienen, Kaiser Wilhelm I. und sein Kanzler Bismarck, weit länger als menschliche Voraussicht zu hoffen wagen durfte, auch seine Leiter, und zwar in nie gestörter Übereinstimmung geblieben sind. Es ist ein Schauspiel ohnegleichen in der Geschichte, einen Staatsmann von solcher Bedeutung, von so durchgreifender Schöpferkraft wie Bismarck seine großartige Wirksamkeit unter einem Fürsten entfalten zu sehen, dem es mit der eignen Erfüllung seiner hohen Pflichten jederzeit so heiliger Ernst war wie dem Kaiser Wilhelm, dessen Größe eben darin recht erscheint, daß er, wie neben einem Moltke stets der Feldherr, so neben einem Bismarck stets der Herrscher blieb. Wohl hatte der letztere ein Recht zu dem stolzen Worte: „Nachdem die Aufgabe, die mir vorgeschwebt hat, die Herstellung des deutschen Reiches in irgend einer Gestalt, in kürzerer Zeit und in vollerm Maße, als ich nach menschlicher Berechnung erwarten konnte, sich erfüllt hat, betrachte ich meine politischen Verpflichtungen meinem Vaterlande gegenüber im großen als ausgelöst;“ aber in Wirklichkeit ist damit seine Thätigkeit nicht entfernt abgeschlossen. Die Geschichte der beiden ersten Jahrzehnte des deutschen Reiches ist in eminentem Sinne die persönliche Geschichte des ersten Staatsmannes, den Deutschland jemals besessen. Ihm verdankt es die politische Erziehung des deutschen Volkes, die Sicherung seines jungen Daseins gegen innere und äußere Feinde, ihm auch seinen verfassungsmäßigen Ausbau, von ihm sind die Ideen ausgegangen, welche das neue Reich befruchtet haben.

„Die Geschichte unserer Zeit,“ bezeugte nach siebenzehn Jahren (25. Oktober 1887) der italienische Ministerpräsident Crispien laut und öffentlich, „ist von einem Namen beherrscht, dem des Fürsten Bismarck. Er ist ein Mann, dessen Regierungsprogramm sich auszeichnet durch eine Zusammenordnung der verschiedenen Teile, die einen einzigen Zweck verfolgen. Dieser Zweck, scheinbar ein zwiefacher, ist im Grunde einer: der Friede und die Größe seines Landes.“ Die Gesundheit des Kanzlers hatte unter den heftigen Aufregungen, den aufreibenden Arbeiten der beiden letzten Kriege stark gelitten;

er wurde von peinlichen Nervenschmerzen heimgesucht. Aber „trotz dieses körperlichen Elends blieb er entschlossen, dem Kaiser zu dienen, solange seine Knochen zusammenhielten.“

In der That bedurfte das Reich einer so seltenen Vereinigung von bewußter Kraft und weiser Selbstbeschränkung, von Scharfblick und sittlicher Hoheit, von glühendem Ehrgeiz, seinem Vaterlande zu dienen und Achtung vor fremdem Rechte, wie sie sich in dem Fürsten Bismarck verkörperte, recht sehr. Denn so lebendig der durch den französischen Krieg erzeugte nationale Aufschwung war, so staunenswert die Thatsache, daß eine Nation,



Heinrich von Treitschke. Nach Photographie.

die durch bittern Haß gespalten sich selbst bekämpfte, nur vier Jahre später unter einer Fahne einmütig für das gemeinsame Vaterland stritt, so ließen sich doch die Wirkungen einer tausendjährigen Geschichte, zumal bei einem so stark zum Doktrinarismus neigenden Volke wie das deutsche, nicht durch die Siege einer Generation auslöschen. Zu lange hatte der nationale Gedanke geschlummert, als daß er sofort dauernd und durchweg die Herrschaft über das gesamte Volksgemüt hätte antreten können, zu tief saß die politische Verbildung, als daß es nicht lange und mühsame Arbeit gekostet hätte,

sie zu überwinden, und „mit großer Lust und Liebe sind sehr wenige deutsche Staaten der deutschen Einheit nahe getreten.“

Nicht nach schablonenhaftem Miß, sondern in weiser Anpassung an die durch eine eigenartige Entwicklung gewordenen Zustände und Bedürfnisse ist der Ausbau des Reiches erfolgt. „Keinem Staatsrechtslehrer,“ versicherte Treitschke, „ist es bisher gelungen, mir klar zu machen, in welche staatsrechtliche Kategorie wir dieses Reich bringen sollen, und dennoch fühlen wir alle, daß es ein Glück ist, in diesem unsystematischen Staate zu leben. Die Logik ist nicht das Höchste für das politische Leben der Völker.“ Sie war es auch nicht für Bismarck. „Ich gehöre nicht zu denen,“ sagte er, sich gegen den Vorwurf verteidigend, daß er seine Ansicht gewechselt habe, „die



jemals geglaubt haben, sie könnten nichts mehr lernen. Für mich hat immer nur ein einziger Kompaß, ein einziger Polarstern, nach dem ich steuere, bestanden: *salus publica*. Ich habe vom Anfang meiner Thätigkeit an vielleicht oft rasch und unbesonnen gehandelt, aber wenn ich Zeit hatte, darüber nachzudenken, mich immer der Frage untergeordnet: was ist für mein Vaterland das Zweckmäßige, das Richtige? Doktrinär bin ich in meinem Leben nicht gewesen; alle Systeme, durch die die Parteien sich getrennt und gebunden fühlen, kommen für mich in zweiter Linie, in erster Linie kommt die Nation, ihre Stellung nach außen, ihre Selbständigkeit, unsere Organisation in der Weise, daß wir als große Nation in der Welt frei atmen können.“ Der Reichsverfassung traute er eine Bildungsfähigkeit zu auf ähnlichem Wege, wie die englische Verfassung sich gebildet habe, nicht durch theoretische Aufstellung eines Ideals, auf das man ohne Rücksicht auf die im Wege stehenden Hindernisse losgehe, sondern durch organische Entwicklung des Bestehenden, indem man die Richtung nach vorwärts beibehalte und in dieser Richtung jeden Schritt thue, der sich im Augenblick als möglich und unschädlich zeige. Diese Überzeugung schützte ihn auch davor, bei Hemmnissen die Geduld zu verlieren. „Die Reichsflut,“ gestand er 1877, „ist rückläufig; wir gehen einer Ebbe entgegen. Ich weiß nicht, ob ich es tadeln soll. Es wird auch die Reichsflut wieder steigen. Man muß nur nicht annehmen, daß in drei Jahren oder selbst in zehn Jahren alle diese Sachen fertig gemacht werden können. Überlassen Sie unseren Kindern auch noch eine Aufgabe. Man muß einer natürlichen, organischen Entwicklung Zeit lassen sich auszubilden und nicht ungeduldig werden, wenn sie Stockungen hat.“

Ein ganz besonderes Augenmerk richtete Bismarck darauf, die Einheit der deutschen Regierungen untereinander zu pflegen und selbst den Schein einer Trübung derselben zu vermeiden. Durch die peinliche Rücksichtnahme auf die den Einzelstaaten zustehenden Rechte erreichte er denn auch, daß die Dynastien bald zu der Überzeugung kamen, wie doch ihre Stellung im Reiche eine ungleich sicherere und würdigere sei als im alten Bunde. Er fand daher auch bei ihnen Verständnis dafür, wenn er die Deutschen daran zu gewöhnen suchte, daß das Reich kein Anbau an das Gebäude der Einzelstaaten, sondern daß es die umfassende Wölbung sei, unter der die einzelnen Staaten in ihrer Gesamtheit wohnen, und die zu pflegen die Aufgabe aller sei. Schwieriger und wechselvoller gestaltete sich des Reichskanzlers Verhältnis zum Reichstage. Im Jahre 1866 hatte Bismarck zu dem allgemeinen und geheimen Wahlrechte gegriffen, weil er nach den Erfahrungen, die er in der Konfliktzeit mit den von dem liberalen Mittelstande beherrschten Wahlen zum preußischen Landtage gemacht hatte, die Massen für königstreuer hielt als jene. Aber es wurde sehr bald fraglich, ob diese Einrichtung nicht das Gegenteil gebracht habe, was man von ihr erwartete, ob nicht die politischen Sitten, der ganze Stand der politischen Volksmoral dadurch statt gehoben geschädigt werde und ob der aus ihr hervorgehende Reichstag wirklich der getreue und unverfälschte

Ausdruck des Nationalwillens sei, zumal sich bei Stichwahlen regelmäßig die Erfahrung wiederholte, daß die extremen Parteien sich gegen den gemeinsamen Gegner verbündeten. Unter dem überwältigenden Eindrucke des eben beendeten Krieges ergab allerdings die erste Anwendung des allgemeinen Wahlrechtes im Mai 1871 eine starke nationale Reichstagsmehrheit. Die den Ausschlag gebende Partei war die nationalliberale unter der Führerschaft der Altpreußen Lascker, von Forckenbeck, Rickert, der Neupreußen von Bennigsen, Miquel, Braun, zu denen aus Süddeutschland von Stauffenberg, Bamberger, Kiefer u. a. hinzukamen. Weiter nach rechts zu bildete die 29 Köpfe starke liberale Reichspartei (Patow, Bernuth, Bonin, Hohenlohe, Roggenbach) den Übergang zu einer mehr aristokratisch-konservativen Deutschen Reichspartei mit 38 Mitgliedern (Herzog von Ujest, Graf Münster, Bethusy-Suc, von Kardorff, Friedenthal); die eigentlichen Konservativen zählten 50, die Fortschrittspartei 44 Mitglieder. Eine Überraschung brachten diese Wahlen: Während sie in Süddeutschland nicht bloß die württembergische Volkspartei, sondern auch die Ultramontanen hinwegsetzten, trugen in dem überwiegend protestantischen Norddeutschland die letzteren bedeutende Erfolge davon. Seitdem blieb der Reichstag mit einer der ungeheuerlichsten Erscheinungen, einer konfessionellen Fraktion in einer politischen Versammlung, behaftet. Sie legte sich den nichtsfagenden Namen Zentrum bei und ihr Einfluß sollte sich bald unter der Führung des überaus schlauen hannoverschen Ge-ministers Windthorst in der nachtheiligsten Weise fühlbar machen. Gewählt unter dem Hochdruck und auf Kommando des mit kirchlichen Gnaden- und Strafmitteln bewaffneten Klerus und unterstützt von einer streng disziplinierten Presse, wuchs das Zentrum bei den folgenden Neuwahlen fast bis aufs Doppelte seiner diesmal 57 betragenden Zahl und wußte diesen Besitzstand unerschütterlich zu behaupten. In nächster Beziehung zu ihm hielten sich bald alle dem Reiche feindlichen Richtungen, die Polen, die Welfen, welche die Wiederherstellung des Königreichs Hannover, natürlich nur auf friedlichem Wege verlangten und Preußen „an der Verdauung hindern wollten,“ endlich die Elsaß-Lothringer.

Das Charakteristische an dieser Zusammensetzung des Reichstages war also die große Zahl der Fraktionen. Selbst die zahlreichste von ihnen hatte für sich allein keine Majorität, sondern bedurfte für diese der Unterstützung der ihr sinnesverwandten. Leicht war Bismarcks Stellung dieser Versammlung gegenüber nicht. Eine Partei, die ihm unbedingt gefolgt wäre, gab es nicht, selbst seine treuesten Anhänger trennten sich gelegentlich von ihm und als derjenige, der die volle Verantwortlichkeit für die Reichsregierung ganz allein zu tragen hatte, bildete er oft den Gegenstand giftigsten Hasses, die Zielscheibe für die Angriffe nicht bloß aller Reichsfeinde, sondern auch aller der Parlamentarier, die, ohne eine solche Verantwortlichkeit zu tragen, ihre persönlichen Meinungen und Theorien zur Geltung zu bringen das Bedürfnis fühlten. Nur eine so mächtige Persönlichkeit wie die seine, nur ein so starkes Pflicht-



gefühl, wie er es befaß, vermochten trotz des Körperleidens, das ihn wiederholt zu längerem Urlaub nötigte, diesem unausgesetzten, aufreibenden Kampfe stand zu halten. Obgleich von Natur nicht mit äußerlichen Rednergaben ausgestattet, übte er doch stets durch die Tiefe und Klarheit seiner politischen Gedanken, die Eröffnung großer und allgemeiner Perspektiven, das Schlagende und Geistreiche des vom Augenblick eingegebenen Ausdrucks die mächtigste Wirkung auf seine Zuhörer. Die Tage, an denen er in die Debatte eingriff, gehörten jederzeit zu den großen des deutschen Parlaments, jedesmal trat dabei seine Überlegenheit hervor. „Ich möchte,“ sagte er 15. Januar 1872, „dringend empfehlen, daß wir die Politik doch etwas mehr vom praktischen Gesichtspunkte betrachten, sie ist in der That eine eminent praktische Wissenschaft, bei der man sich an die Form, an die Namen, an Theorien, in die sie gerade hineinpaffen soll, nicht so sehr kehren darf.“ Er werde, sagte er ein andermal, sich dadurch, daß er im Reichstage nur Kritik fände, nicht ermüden lassen. „Die Kritik ist bekanntlich leicht, und die Kunst ist schwer. Die Politik ist keine Wissenschaft, wie viele der Herren Professoren sich einbilden, sie ist eben eine Kunst.“ So scharf er jedem versuchten Übergriffe des Reichstags in die Regierungsgewalt entgegentrat, so wenig dachte er doch daran, dem Reichstage sein Recht zu verkümmern. Er sei, erklärte er demselben (15. März 1884), in keiner Weise für eine absolutistische Regierung, er halte eine richtig geübte parlamentarische Herrschaft für schädlich und unmöglich wie nützlich, wie eine parlamentarische Mitwirkung für ebenso notwendig wie nützlich, wie eine parlamentarische Herrschaft für schädlich und unmöglich. Mit vollem Rechte durfte er sich rühmen, die Folge eines jeden der letzten Kriege habe gezeigt, daß die Reichsregierung nach dem Kriege entgegenkommender und konstitutioneller gewesen sei als vor dem Kriege. „Die akute Ministersäure,“ äußerte er in demselben Sinne bei anderer Gelegenheit, „die in früheren Zeiten existiert haben mag, wo einer, sei es für den Absolutismus, sei es für seine eigene Herrschaft vielleicht mehr als für das Land gekämpft und als das Seinige betrachtet hat, was er der Volksvertretung an Rechten abgewinnen konnte, die ist uns gründlich ausgetrieben, das gehört vergangenen Zeiten an. Wir erstreben und wollen alle dasjenige Maß von Freiheit und Unabhängigkeit und freier Bewegung der Volksvertretung, das mit der Sicherheit und Stetigkeit unserer Einrichtungen überhaupt nur irgend verträglich ist, und etwas anderes erstreben Sie auch nicht, wir haben dieselben Ziele.“ Nur dagegen, daß er Fraktionspolitik treibe, verwahrte er sich, denn als Minister habe er gelernt, seine persönliche Überzeugung den Bedürfnissen des Staates unterzuordnen; er sei darum überhaupt kein Parteimann und kein Parteikämpfer. Der vortreffliche Eindruck, welchen der zuerst im April 1869 gemachte Versuch einer parlamentarischen Soirée in seinem Hause hervorbrachte, veranlaßte ihn, denselben öfter zu wiederholen und beim Früh- oder Abendschoppen, zu welchen er Reichstagsmitglieder aller Fraktionen außer Demokraten und Sozialdemokraten einlud, ungezwungen und in liebenswürdigster Aufgeknöpftheit Unterhaltung zu pflegen. Die hochkonservative

Kreuzzeitung dagegen schrieb ihm, Februar 1872, einen förmlichen Abgabebrief, weil er sich zu konstitutionellen Grundsätzen bekant habe.

Die Schwerfälligkeit des deutschen Reichsbauens wurde noch vergrößert durch den Überfluß an parlamentarischer Thätigkeit, welche den großen Übelstand des öfteren gleichzeitigen Tagens von Reichstag und Landtagen nach sich zog. Erst im Jahre 1888 kam man zur Vermeidung dieses Übelstandes zu einer Verlängerung der Gesetzgebungs- und Wahlperioden von drei auf fünf Jahre, die auch für den preußischen Landtag eingeführt wurde. Die Reichsverwaltung war ursprünglich so organisiert, daß die äußere als auswärtiges Amt unter des Kanzlers unmittelbarer Leitung stand, und ebenso die innere in der Hand des Reichskanzleramtspräsidenten Delbrück vereinigt war. Es war in der Lage der Dinge begründet, daß in der ersten Zeit die Übereinstimmung zwischen dem Reichskanzler und den nationalen und liberalen Parteien das beherrschende Moment bildete, das, was beide trennte, nur vorübergehend und darum weniger störend hervortrat. Aus dieser Übereinstimmung ergab sich eine für den Ausbau des Reiches sehr fruchtbare gesetzgeberische Thätigkeit. Zu den ersten der Erledigung bedürfenden Geschäften gehörte die Verfügung über die von Frankreich zu zahlenden Summen, die sich einschließlic der Zinsen bis 31. März 1877 auf 4463 202 618 Mark beliefen. Sechs Millionen bewilligte der Reichstag daraus als Entschädigung für die während des Krieges aus Frankreich vertriebenen Deutschen, nahe an siebenzehn zu der der Rheber für gefaperte oder zum Stillliegen gezwungene Schiffe, 116 zum Ersatz für Kriegsschäden in Kehl, Altbreisach, Saarbrücken und den elsäßischen Städten, sowie zur Rückerstattung der in Elsaß-Lothringen geforderten Kriegsleistungen, zwölf, um bedürftigen Reservisten und Landwehrleuten aufzuhelfen. 350 Millionen erforderte der Bau von Kasernen und der Umbau verschiedener Festungen, namentlich von Metz und Straßburg, um dieselben gegen die neuen weittragenden Geschütze widerstandsfähig zu machen, wogegen sieben preußische Festungen, Stralsund, Stettin, Graudenz, Kosel, Wittenberg, Erfurt und Minden, desgleichen die kleinen elsäß-Lothringischen Grenzfestungen ganz aufgehoben wurden. Für die Erweiterung des Flotten Gründungsplanes von 1867 wurden 66 Millionen bewilligt, 120 Millionen an Stelle des preußischen Kriegsschatzes von 90 Millionen, dessen Nützlichkeit sich bei Ausbruch des letzten Krieges bewährt hatte, als Reichskriegsschatz im Juliusturm zu Spandau niedergelegt und durch Gesetz vom 23. Mai 1873 ein Invalidenfonds mit einem Kapitale von 560 Millionen geschaffen, welches sich samt den Zinsen in ungefähr fünfzehn Jahren aufzehren sollte. Zwölf Millionen stellte der Reichstag dem Kaiser zu Dotationen an Heerführer und Staatsmänner zur Verfügung; dem Fürsten Bismarck hatte letzterer bereits aus eigenem Antriebe die ihm als Herzog von Lauenburg überwiesenen Domänen im Amte Schwarzenberg mit einem Jahresertrage von 34 000 Thalern geschenkt; endlich wurden — von einigen anderen Posten abgesehen — 25 Millionen zum Bau eines Reichstagsgebäudes bestimmt, zu welchem Kaiser





Graf Moltke. Marmorbüste von Reinhold Begas.  
Berlin, Nationalgalerie.

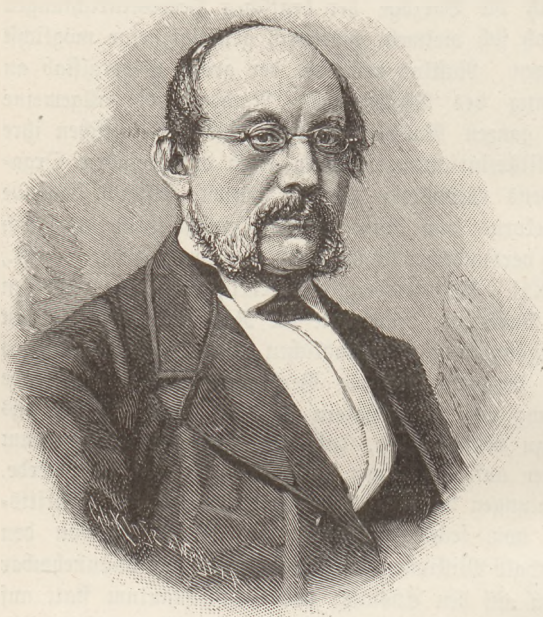


Wilhelm I. am 9. Juni 1884 den Grundstein legte. Der nach Abzug der eigentlichen Kriegskosten, sowie der zur Wiederherstellung des Heeres erforderlichen Summen verbleibende Rest wurde an die Einzelstaaten zu deren freier Verfügung verteilt und von diesen zu gemeinnützigen Zwecken bestimmt; auf Preußen kamen dabei 320 Millionen, auf Schaumburg-Lippe als den kleinsten etwa 42 000 Mark.

Auf seinen Lorbeeren einzuschlafen war dem jungen Reiche um so weniger gestattet, als niemand eine längere Dauer des Friedens zu gewährleisten sich getraute und die Erfolge der deutschen Waffen bei den übrigen Mächten einen Wettstreit erzeugt hatten, sich die Vorzüge der deutschen Heereseinrichtungen ebenfalls anzueignen. Es sah sich vielmehr hierdurch genötigt, eine möglichst starke Waffenrüstung anzulegen. Rastlos arbeitete der große Generalstab an der inneren Vervollkommnung des Reichsheeres. Nachdem die allgemeine Wehrpflicht Gemeingut der ganzen Nation geworden, die Süddeutschen ihre früher zurückgelassenen Militäreinrichtungen durch rasch durchgeführte Organisationen denen des Nordens ebenbürtig gemacht hatten, bestand dasselbe nunmehr aus achtzehn Armeekorps, von denen Preußen einschließlich der durch Militärkonventionen mit ihm verbundenen Kleinstaaten vierzehn (Garde, I—XI., XIV., XV.), Sachsen das XII., Württemberg das XIII., die beiden übrigen Bayern stellte. Für dieses Reichsheer beantragte die Regierung mit Rücksicht auf die noch in einem Übergangsstadium befindlichen Verhältnisse statt eines im einzelnen festzustellenden Ausgabeetats die Verlängerung der mit Ende 1871 ablaufenden Bewilligung von 225 Thalern für den Kopf noch für das nächste Jahr, ohne jedoch zu verschweigen, daß mit diesem Pauschquantum infolge der Preissteigerungen auf die Dauer nicht auszukommen sein werde. Da bei den Kommissionsberatungen der Kriegsminister den von der Fortschrittspartei geforderten Abstrich von sechs Millionen und selbst den von den Nationalliberalen auf anderthalb Millionen herabgeminderten für unannehmbar erklärte, kam man schließlich auf den Ausweg, das Pauschquantum statt auf ein Jahr alsbald auf drei Jahre festzusetzen. Wurde dadurch einerseits jede Erhöhung für diese Zeit ausgeschlossen, so erschien anderseits die Überzeugung, daß bis 1874 der Bestand des deutschen Heeres keinerlei Wechselfällen ausgesetzt sei, als das wirksamste Mittel, „nicht daß die Revanche mißglücke, wie der letzte Angriff, sondern daß sie nicht versucht werde.“ Erst 1874 legte demgemäß die Reichsregierung ein umfassendes Reichsmilitärgesetz vor, welches die Friedenspräsenzstärke des Heeres bis auf weiteres auf 401 659 ausschließlich der Einjährigfreiwilligen festsetzte. Waltete dabei auf seiten der Regierung die Absicht, um der Sicherheit des Reiches willen den Bestand des Heeres von dem Wechsel der Ansichten und Abstimmungen im Reichstage unabhängig zu machen, so sahen dagegen die meisten Abgeordneten, wie sie schon vier Jahre vorher gethan, in der jährlichen Beratung und Bewilligung der Friedenspräsenz und der dafür erforderlichen Mittel ein unveräußerliches Recht der Volksvertretung. Das Auskunftsmitel der zweijährigen Dienstzeit



lehnte die Regierung unbedingt ab. Mit dem ganzen Gewichte seiner Person und seiner Stellung trat Moltke für die Regierungsvorlage ein, indem er die großen politischen und militärischen Gesichtspunkte beleuchtete, von denen sie ausging. „Ein großer Staat,“ sprach er in seiner berühmten Rede vom 16. Februar, „besteht nur durch sich selbst und aus eigener Kraft, erfüllt den Zweck seines Daseins nur, wenn er entschlossen und gerüstet ist, sein Dasein, seine Freiheit und sein Recht zu behaupten. Vergessen wir nicht, daß die Ersparnisse im Militäretat aus einer langen Reihe von Friedensjahren ver-



Dr. Rudolf Gneist. Nach Photographie.

loren gehen können in einem einzigen Kriegsjahre.“ Er schilderte das Heer als das nationale Erziehungsinstitut, wie es kein anderes Land besitze. „Es kann,“ fuhr er fort, „der Beste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt. Aber ich denke, wir werden der Welt zeigen, daß wir eine mächtige Nation geworden und eine friedliebende geblieben sind, eine Nation, welche den Krieg nicht braucht, um Ruhm zu erwerben, und die ihn nicht will, um Eroberungen zu machen. Aber um Frieden zu gebieten, muß man zum Kriege gerüstet sein . . .

Was wir in einem halben Jahre errungen haben, das mögen wir ein halbes Jahrhundert mit den Waffen schützen, damit es uns nicht wieder entrisfen wird. Darüber dürfen wir uns keiner Täuschung hingeben: wir haben seit unseren glücklichen Kriegen an Achtung überall, an Liebe nirgends gewonnen.“

Allein dieser eindringlichen Mahnungen ungeachtet, und obgleich ein so bedeutender Kenner des Staatsrechtes wie Gneist nachwies, daß das Budgetrecht keineswegs beeinträchtigt werde, wenn es sich an gewisse gesetzlich bestehende Voraussetzungen binden müsse, wurde der den Kern der Vorlage enthaltende § 1, da selbst die Nationalliberalen dagegen stimmten, von der Kommission mit allen gegen vier Stimmen abgelehnt. Im Vollgefühl seiner Verantwortlichkeit betonte der Kaiser gegen die ihn zu seinem Geburtstage

beglückwünschende Generalität seinen Entschluß, an dem Bewährten festzuhalten. Weit bitterer äußerte Bismarck vom Krankenbett aus gegen Befreundete seinen Verdruß über diejenigen Mitglieder des Reichstages, die, ausdrücklich auf seinen Namen gewählt, um die Reichspolitik zu stützen und ihm gegen die gemeinsamen Feinde beizustehen, sich dieser Aufgabe entziehen zu dürfen glaubten, wenn sie dadurch scheinbar in Widerspruch gerieten mit irgend einem Worte, das sie an einem anderen Orte, zu einer anderen Zeit und unter anderen Umständen gesprochen. Er kündigte seinen Rücktritt an. Man schien vor einem abermaligen Konflikte zu stehen. Da aber erhob sich im Volke eine mächtige Bewegung, das gerade Gegenteil von der vor zehn Jahren, eine Bewegung für das nationale Heer. Für Moltke stimmten hieß für das Vaterland stimmen. Aus der unmittelbaren Berührung mit ihren Wählern während der Osterferien kamen die Abgeordneten mit der Überzeugung zurück, daß das Volk nicht an der Vorlage gerüttelt sehen wolle. Da legten sich die Nationalliberalen durch den von Bennigsen eingebrachten Vorschlag, die geforderte Friedenspräsenz auf sieben Jahre zu bewilligen, ins Mittel. Nunmehr stand die Regierung vor der Wahl, ob sie versuchen solle, ihre Vorlage mit einer knappen Mehrheit im Gegensaße auch gegen viele ihrer sonstigen Anhänger durchzusetzen oder ob sie durch Annahme der Bewilligung auf sieben Jahre die Frage im vertrauensvollen Zusammenwirken mit der national gesinnten Reichstagsmehrheit zum Austrage bringen solle. Um nicht den Sieg auf Kosten des weiteren erfolgreichen Zusammenwirkens mit dem Reichstage zu erkaufen, um namentlich auch die Angelegenheit mit einer Mehrheit zur Entscheidung zu bringen, welche der hohen Wichtigkeit derselben, dem Ansehen des Reichs und der Würde seiner Vertretung entspreche, entschied sie sich, der Kaiser nicht ohne Widerstreben, für das letztere. Am 20. April nahm darauf der Reichstag das „Septennat“ gegen die Stimmen des Zentrums, des Fortschritts und der Sozialdemokraten an. In der Fortschrittspartei vollzog sich hierbei eine Trennung: elf ihrer Mitglieder, welche für das Gesetz gestimmt hatten, traten aus und bildeten die nach ihrem Führer genannte Gruppe Löwe. Die nunmehrige Friedenspräsenz von 401 659 Mann entsprach einer Kriegsstärke von 1 392 000 mit 299 562 Pferden, ungerechnet den durch Gesetz vom 15. Februar 1875 gebildeten Landsturm, der alle Wehrpflichtigen vom 17.—42. Lebensjahre umfaßte, welche weder dem Heere noch der Marine angehörten.

Auch die deutsche Kriegsflotte erfuhr, da sowohl der Schutz des deutschen Handels in fernen Meeren als auch die Küstenverteidigung ihr bedeutend erhöhte Aufgaben stellte, auf dem Boden des Flottengründungsplanes von 1873 eine schnelle und kräftige Entwicklung. Der erste Chef der Admiralität war General von Stosch; ihn löste 1883 von Caprivi ab. Während Deutschland noch kurz vor dem Kriege alle seine Kriegsdampfer von englischen oder französischen Werften beziehen mußte, wurden sie fortan ausnahmslos auf den Werften von Danzig, Stettin, Kiel, Hamburg und Bremen erbaut.



Der zweitgeborene Enkel des Kaisers, Prinz Heinrich, widmete sich der Marine. Schmerzliches Lehrgeld ist der jungen Seemacht nicht erspart geblieben. Am 30. Mai 1879 wurde in der Nähe von Folkestone der „Große Kurfürst“ durch einen Zusammenstoß mit dem „König Wilhelm“ in den Grund gebohrt. Im Jahre 1885 fand die Korvette „Augusta“ mit 223 Mann im Golf von Aden während eines Zyklones spurlos ihren Untergang.

Durch die größtenteils in Gold geleistete Zahlung der französischen Kriegsentuschädigung wurde nun auch die schon vor vierzig Jahren in den Zollvereinsverträgen verheißene Reform des Münzwesens unter gleichzeitiger Einführung der Goldwährung nicht nur ermöglicht, sondern zu einer dringenden Notwendigkeit. Die bisherigen Landesmünzen wurden durch neue, nach dem einheitlichen Marksystem geprägte ersetzt. Das neue Silbergeld sollte gleich dem Nickelgelde lediglich als Scheidemünze dienen; nur den Thalerstücken wurde nachträglich, um bei dem raschen Sinken des Silberwertes größere Verluste zu vermeiden, vorläufig ihr Wert als gesetzliches Zahlungsmittel gelassen.<sup>1)</sup> Der Übergang von der alten Münzverwirrung zu dem neuen System vollzog sich, selbst in den Ländern der rheinischen Guldenwährung, mit überraschender Leichtigkeit. Den neuen Goldmünzen, die auf der einen Seite den Reichsadler tragen, beließ man auf der anderen den Kopf des Landesherrn. Denn auch hierbei ging Bismarck von der behutsamsten Schonung des durch hundertjährige Überlieferung geheiligten Selbstgefühls der Dynastien aus. „In dieser Frage“, sagte er, „einen politischen, in hohem Grade verstimmenden Druck auf die Bundesgenossen auszuüben, dafür hat uns Gott die Macht, die Preußen in Deutschland angewiesen ist, nicht gegeben . . . Es ist mir als Reichskanzler in keiner Weise gleichgültig, wie die verkündeten Monarchen, und namentlich die mächtigeren unter ihnen, persönlich gestimmt sind, und wem dieses gleich ist, der ist ein Theoretiker; ich muß mit diesen Stimmungen sehr sorgfältig rechnen, sie fallen sehr schwer ins Gewicht.“

Im engsten Zusammenhange mit der Münzreform stand die des Papiergeldwesens. Im alten Bunde hatte es förmlich zu den Hoheitsrechten gehört, daß, je kleiner ein Staat, desto größer die Summe des von ihm ausgegebenen Papiergeldes war; von dem in Umlauf befindlichen fiel nur ein Drittel auf Preußen. Zahlreiche Bank- und andere Noten im Betrag von gegen 500 Mill. Thalern und noch dazu größtenteils in Einthalerscheinen vervollständigten die unübersichtbare Musterkarte und erleichterten die Fälschung. Hier räumte das Reich gründlich auf. Vom 1. Januar 1876 an wurde sämtliches Staatspapiergeld durch Reichskassenscheine im Gesamtbetrage von 175 Mill. Mark ersetzt, davon 120 Mill. Mark an die Einzelstaaten nach der Bevölkerungszahl verteilt, mit dem Reste ihnen ein Ersatz von zwei Dritteln ihres Ausfalles

1) Verkauft wurden bis 1879, wo die Silberverkäufe eingestellt wurden, für 567 139 936 Mark Silber mit einem Verluste von 72 300 646 Mark, der sich durch anderweiten Münzgewinn auf 46 392 900 Mark verringerte.

unter der Bedingung der Rückzahlung binnen fünfzehn Jahren geleistet. Eine noch viel stärkere Verminderung mußten sich die Banknoten gefallen lassen nicht nur dadurch, daß die bestehenden 34 Zettelbanken zusammen nur 135 Mill. Mark, und zwar nur in Scheinen von mindestens 100 Mark, steuerfrei ausgeben durften, jede Mehrausgabe mit fünf Prozent versteuert werden mußte, sondern sie erhielten außerdem an der mit einem Aktienkapitale von 120 Millionen Mark eröffneten Reichsbank, die, mit dem Privilegium der steuerfreien Ausgabe von 250 Millionen ausgestattet, an die Stelle der preussischen Bank trat, einen ihr Absatzgebiet sehr einengenden Nebenbuhler.

Raum weniger als dem Münz- und Bankwesen that eine einheitliche Gestaltung dem deutschen Eisenbahnwesen not, das, obgleich eine Schöpfung der Neuzeit, das Bild der Territorialbuntheit bot, wobei die Privatbahnen nicht auf das allgemeine Interesse, sondern nur auf möglichst hohe Dividenden sahen. Nur in Bayern und Württemberg befanden sich von Anfang an fast sämtliche Bahnen im Besitz des Staates. Die Hoffnung, daß die Bundesregierungen die in der norddeutschen Bundesverfassung übernommene Verpflichtung, die Eisenbahnen im Interesse eines einheitlichen Verkehrs zu verwalten zu lassen, ernst nehmen würden, hatte getäuscht. „Wir haben“, so schilderte Bismarck den vorhandenen Zustand, „in Deutschland ungefähr 63 verschiedene Eisenbahnprovinzen, von denen etwa vierzig auf Preußen kommen. Jede dieser territorialen Herrschaften ist mit dem mittelalterlichen Rechte des Stapelrechtes, des Zoll- und Geleitwesens und der Auflagen auf den Verkehr nach Willkür zu gunsten ihres Privatsäckels ausgerüstet, ja selbst mit dem Fehderecht.“ Die wirtschaftlichen Nachteile dieses Zustandes lagen zu sehr auf der Hand, als daß nicht Reichstag und Bundesrat dem von dem Württemberger Elben gestellten Antrage auf Errichtung einer ständigen Zentralbehörde zur Wahrung der dem Reiche verfassungsmäßig über diese Verkehrsanstalten zustehenden Rechte bereitwillig hätten Folge geben sollen. Dem 1873 eingesetzten Reichseisenbahnrat wurde die Aufgabe zugewiesen, ein deutsches Eisenbahngesetz auszuarbeiten und nach dessen Einführung die Aufsicht über seine Befolgung zu führen. Hierbei zeigte sich aber, wie ohnmächtig doch das Reich an sich und wie stark der einzelne Staat sei. Dieses Amt wurde zu einer begutachtenden, bittenden Behörde, die sehr viel schrieb, ohne daß ihr jemand Folge leistete. Der erste von ihm ausgearbeitete Entwurf scheiterte an dem Widerwillen der Bundesregierungen. Einen zweiten von 1875, der den partikularistischen Tendenzen möglichst Rechnung trug, zeigten sie sich zwar bereit, sich gefallen zu lassen, jedoch nur für die Privatbahnen, nicht auch für die Staatsbahnen. Dieser doppelte Fehlschlag drängte der Reichsregierung die Überzeugung auf, daß eine einheitliche Gestaltung des Eisenbahnwesens nur dann zu erzielen sei, wenn sämtliche Bahnen in den Besitz des Reiches übergingen. Aber auf Zustimmung zu einem solchen Radikalmittel war weder im Bundesrate noch im Reichstage die geringste Aussicht. Raum war etwas von dem Plane verlautet, als die sächsische Regierung die Privatbahnen in ihrem Lande an-



kaufte. Auch die Landtage von Bayern, Sachsen und Württemberg sprachen sich dagegen aus, nur in Hessen stimmte die zweite Kammer zu; die bairische Regierung sprach sich sogar gegen die Zentralisierung der außerbairischen Bahnen in der Hand des Reiches aus. Dieser Widerstand bewog die Reichsregierung, ihren Plan noch weiter einzuschränken, nämlich auf eine Ermächtigung Preußens, seine Staatsbahnen sowie die staatlichen Aufsichtsrechte über seine Privatbahnen dem Reiche zu übertragen. Der preussische Landtag genehmigte 1876 den Plan, allein dank der entschiedenen Abneigung des Bundesrates fehlte es dem Verkäufer an einem Käufer und der Beschluß blieb ein toter



Staatssekretär Dr. Stephan. Nach Photographie.

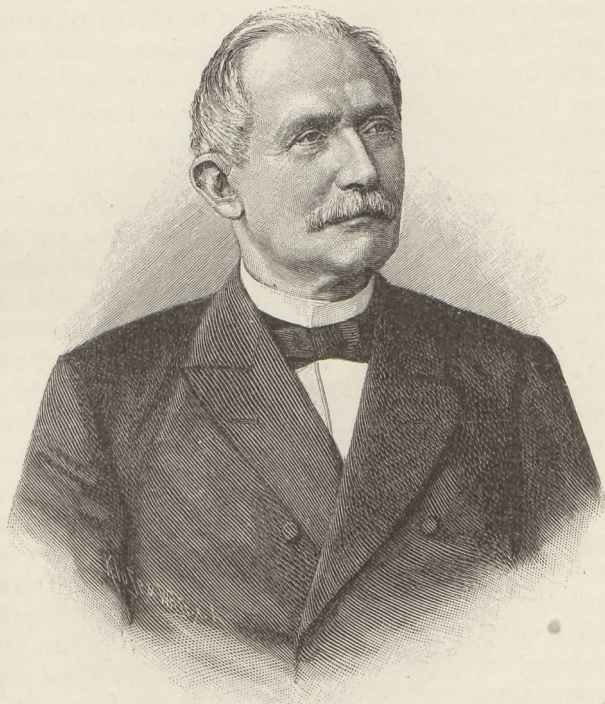
Buchstabe. Damit war das Reichseisenbahnprojekt endgültig gescheitert. Um wenigstens Einheit in die Zersplitterung des eigenen Eisenbahnwesens zu bringen und sich durch den Besitz eines großen Bahnnetzes einen maßgebenden Einfluß auf die einmündenden Nachbarbahnen zu sichern, begann die preussische Regierung nunmehr alle bedeutenden Privatbahnen in ihrem Lande anzukaufen. Maybach, seit 1878 Handelsminister, führte das Staatsbahnsystem in Preußen mit Umsicht und Energie durch, und wenn dabei die wirt-

schastlichen Rücksichten im Vordergrund standen, so waren doch auch die finanziellen Ergebnisse sehr befriedigende.

Das Postwesen, welches außer in Bayern und Württemberg auf das Reich übergegangen war, wurde unter der Leitung des Staatssekretärs von Stephan zu hoher Vollkommenheit ausgebildet. Von Stephan ging auch die Anregung zu dem 1874 zu Bern abgehaltenen Postkongreß aus, dessen Ergebnis die Gründung des Weltpostvereins am 9. Oktober 1874 war, eines völkerrechtlichen Verbandes, wie ihn kein anderes Gebiet des internationalen Völkerlebens aufzuweisen hat.

Eine andere Absonderlichkeit, mit der sich das Reich jahrelang zu schleppen hatte, war die, daß seine Zollgrenzen nicht mit denen des Zollvereins zusammen-

fielen. Die Hansestädte Hamburg und Bremen lagen außerhalb der letzteren; selbst das 1866 preußisch gewordene Altona war außerhalb der Zollvereinsgrenze belassen worden, allerdings nur in der Voraussetzung späteren, mit Hamburg gemeinschaftlichen Anschlusses, wie denn auch in dem 1868 mit dieser Stadt geschlossenen Vertrage ihre Außenstellung ausdrücklich als eine vorläufige bezeichnet und 1871 in die Reichsverfassung die Bestimmung aufgenommen worden war, daß Bremen und Hamburg solange als Freihafen außerhalb der Zollgrenze bleiben sollten, bis sie selbst ihren Anschluß beantragen würden. Aber Jahr um Jahr verging, ohne daß die beiden Hansestädte im geringsten Miene machten, an dem bestehenden Zustande etwas zu ändern, so daß endlich der Reichskanzler es an der Zeit fand, daran zu erinnern, daß ihre Freihafenstellung nur eine vorläufige habe sein sollen. Als auch eine erneute Aufforderung keine entsprechende Antwort erhielt, zog er andere Saiten auf: er beantragte 1880 beim Bundesrate die Aufnahme Altonas und eines Teiles der



Minister der öffentlichen Arbeiten Albert Maybach.  
Nach Photographie.

Hamburger Vorstadt St. Pauli in den Zollverein, die Aufhebung des Hauptzollamtes in Hamburg und die Verlegung der Zollgrenze unterhalb Hamburgs nach Cuxhafen. Voll Bestürzung nahmen die Hamburger plötzlich die Vorarbeiten zur Umzingelung ihrer Stadt mit Zollschranken wahr, die ihren Handel vernichtet haben würden; schnell begannen sie jetzt die aus dem Anschluß zu erwartenden Vorteile unbefangener gegen die bequeme Gewohnheit des früheren Zustandes abzuwägen, und alsbald änderte auch der Reichskanzler seine Sprache. Am 25. März 1881 schloß der Hamburger Senat mit ihm einen auf den liberalsten Bedingungen ruhenden Anschlußvertrag, welcher auch



die Bestätigung der Bürgerschaft erhielt. Hamburgs Eintritt in den Zollverein wurde darin auf den 1. Oktober 1888 festgestellt, für die Zwecke des Großhandels und der Exportindustrie ein bestimmter Freihafenbezirk solange vorbehalten, als nicht die Stadt selbst diesen Vorbehalt beseitigt zu sehen wünschten würde, und zu den Kosten der durch den Anschluß nötig werdenden Bauten ein Reichsbeitrag bis zu vierzig Millionen bewilligt. Nunmehr war auch Bremens Anschluß selbstverständlich; in dem 1885 unter ähnlichen Bedingungen

geschlossenen Vertrage wurde ihm vom Reiche ein Kostenbeitrag von zwölf Millionen zugewilligt.

Hatte das Reich mit den bisher genannten Reformen sich nur fähig gezeigt, Einrichtungen für unabwiesbare materielle Bedürfnisse, und selbst diese teilweise nur in mangelhafter Ausführung zu schaffen, so war das erste organische Gesetzgebungswerk, das es erfolgreich durchführte, die Justizreform, die Ausdehnung seiner Kompetenz auf das gesamte Rechtsgebiet. Den Abgeordneten *Vasker* und *Miquel* gebührt das Verdienst, schon im Jahre 1871 die Anregung dazu gegeben



Abgeordneter Miquel. Nach Photographie.

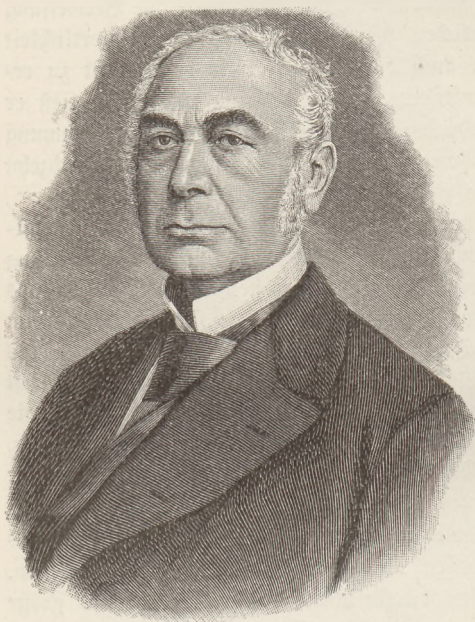
zu haben. Preußen war von Anfang an der Sache nicht abgeneigt, die Mittelstaaten dagegen, ohnehin übelläunig, daß ihnen auf die Entwerfung der Reichsgesetze, die im preußischen Justizministerium ausgearbeitet wurden, zu wenig Mitwirkung zusteh, sträubten sich gegen die Beschränkung ihrer Justizhoheit; nachgerade legte ihnen aber doch die unseugbare Stärke des nationalen Bedürfnisses die Erwägung nahe, ob es nicht besser sei, freiwillig nachzugeben, als sich majorisieren zu lassen. Nachdem der Antrag *Vasker-Miquel* 1873 vom Reichstage zum drittenmale, und zwar mit großer Majorität angenommen worden war, erteilte ihm auch der Bundesrat

gegen die Stimmen der beiden Mecklenburg und der beiden Neuß seine Zustimmung. Die von einer Kommission unter Vorsitz des Oberhandelsgerichtspräsidenten Pape ausgearbeiteten Vorlagen übergab im folgenden Jahre der Reichstag einem Ausschusse, der auch während der Zwischenzeit der Sessionen versammelt blieb, zur Vorberatung. Den aus dieser hervorgegangenen Entwürfen versagte jedoch der Bundesrat in nicht weniger als 86 Punkten seine Zustimmung. Die beiden hauptsächlichsten Meinungsverschiedenheiten betrafen die Presse: während der Ausschuß die Preßvergehen den Schwurgerichten zuwies und den Zeugniszwang der Redakteure verwarf, weigerte sich der Bundesrat, der Presse eine Ausnahmestellung einzuräumen, und verlangte die Verweisung der Preßvergehen vor die gewöhnlichen Gerichte und die Verantwortlichkeit nicht bloß der Redaktion, sondern auch die ohne Zeugniszwang nicht zu ermöglichende des Verfassers und Einsenders. Nach der zweiten Lesung ließ er zwar weitaus die meisten seiner Bedenken fallen, machte aber seine Zustimmung zu den Justizgesetzen von der Annahme jener beiden und noch weiterer sechzehn Punkte abhängig. Auch hier gelang es schließlich Bennigsen und Vasker, unbekümmert um das Wehgeschrei der Linken über die Felsonie der National-liberalen, einen Kompromiß ausfindig zu machen. Da, wo die Verweisung der Preßvergehen an Geschworene bereits bestand, blieb sie, wurde aber nirgends neu eingeführt und der Zeugniszwang beibehalten. Die Verhandlungen im Reichstage waren sehr stürmisch. Trotz heftigen Widerspruchs von seiten des Zentrums und der Fortschrittspartei, von denen jenes die Reichseinheit nicht gestärkt, diese die liberalen Prinzipien nicht verletzt sehen wollte, wurden die vier großen Justizgesetze, das Gerichtsverfassungsgesetz, die Strafprozeßordnung, die Zivilprozeßordnung und die Konkursordnung, schließlich, 21. Dezember 1876, mit 194 gegen 100 Stimmen angenommen, um mit dem 1. Oktober 1879 in Kraft zu treten, und damit endlich auch dem deutschen Volke das Gut der Rechtseinheit gewährt, dessen andere Völker sich längst erfreuten. Die Ausarbeitung eines einheitlichen bürgerlichen Gesetzbuches bot so große Schwierigkeiten, daß die damit beauftragte Kommission zwölf Jahre brauchte, um nur den Entwurf dazu zu stande zu bringen. Als selbstverständlichen Sitz des Reichsgerichts hatte die Regierung die Reichshauptstadt ins Auge gefaßt; aber so stark wirkten noch die trüben Erinnerungen an die Konfliktzeit, an die Entscheidungen des Obertribunals im Prozeß Twesten nach, daß sowohl Bundesrat als Reichstag sich für Leipzig entschieden. Es war der erste Fall einer Majorisierung Preußens im Bundesrate, und das Seltsame dabei, daß die dreißig Stimmen der Mehrheit 17 Staaten mit nur zwölf Millionen Einwohnern vertraten, dagegen die Minderheit von 28 Stimmen acht Staaten mit einer Bevölkerung von 29 Millionen. Zum Präsidenten des Reichsgerichts ernannte der Kaiser den langjährigen Reichstagspräsidenten Simson. Einen wesentlichen Fortschritt bezeichnete außerdem für den größten Teil Deutschlands das Preßgesetz vom 7. Mai 1874, welches das Konfessionswesen sowie die Befugnis des Richters, auf Einziehung des Rechtes zum Gewerbebetriebe



zu erkennen, aufhob und die außerordentliche Besteuerung des Pflanzgewerbes sowie die Kautionstellung beseitigte.

Eine der nächsten Obliegenheiten des neuen Reiches bestand in der Angliederung des wiedergewonnenen Elsaß-Lothringen. Nicht aus Besitzsucht nach Land und Leuten, auch nicht aus dem berechtigten Gefühle, altes Unrecht sühnen zu wollen, sondern in der bitteren Notwendigkeit, sich auf weitere Angriffe eines kriegerischen Nachbarn gefaßt machen zu müssen, hatte Bismarck die Forderung auf Land- und Festungsabtretung so weit ausgedehnt, wie es geschehen war, aus Rücksicht auf die Sicherheit des Reiches, auf die Beseitigung jener im Laufe der Jahrhunderte geschaffenen Grenzbildung voll Versuchungen für Frankreich, für Deutschland voll Bedrohungen. Zum Beweis, daß der Besitz Elsaß-Lothringens auch eine der wesentlichsten Bürgschaften sei für den festen Zusammenhalt Süddeutschlands mit dem Norden, berief er sich vor dem Reichstage auf eine Äußerung des Königs von Württemberg aus der Zeit des Krimkrieges, als Deutschland gedrängt wurde, für die Westmächte Partei zu nehmen. „Wenn es“, sagte der König damals zu Bismarck, „so weit kommen sollte, daß wir uns mit den Westmächten übertürfen, so zählen Sie auf meine Stimme im Bundestage bis zu der Zeit, wo



Reichstags-Präsident Dr. Simson. Nach Photographie.

der Krieg zum Ausbruche kommt. Dann aber nimmt die Sache eine andere Gestalt an. Ich bin entschlossen, so gut wie jeder andere, die Verbindlichkeiten einzuhalten, die ich eingegangen bin. Aber hüten Sie sich, die Menschen anders zu beurteilen, als sie sind. Geben Sie uns Straßburg, und wir werden einig sein für alle Eventualitäten; solange aber Straßburg ein Ausfallsthor ist für eine stets bewaffnete Macht, muß ich befürchten, daß mein Land überschwemmt wird von fremden Truppen, bevor mir der Deutsche Bund zu Hilfe kommen kann. Solange Straßburg nicht deutsch ist, wird es immer ein Hindernis für Süddeutschland bilden, sich der deutschen Einheit, einer deutsch-nationalen Politik ohne Rückhalt hinzugeben.“

Nicht ob also, sondern nur in welcher Weise die Angliederung erfolgen

solle, stand in Frage. Den verführerischen Gedanken, aus Elsaß-Lothringen einen neutralen Staat, gleich Belgien und der Schweiz zu machen und dadurch von der Nordsee bis zu den Alpen eine Art Sperrkette herzustellen, verwarf Bismarck mit aller Entschiedenheit; denn diese würde wohl Deutschland hindern, Frankreich anzugreifen, nicht aber Frankreich, Deutschland von der Seeseite anzugreifen: „Frankreich hätte einen schützenden Gürtel gegen uns bekommen, wir aber wären, so lange unsere Flotte der französischen nicht gewachsen ist, zur See nicht gedeckt gewesen. Es stand dieser Grund aber nur in zweiter Linie; der erste ist der, daß Neutralität überhaupt nur haltbar ist, wenn die Bevölkerung entschlossen ist, sie sich, nötigenfalls mit den Waffen, zu wahren. In einem Lande aber, dessen Sympathien und Erinnerungen an Frankreich hängen, wäre die Neutralität nur ein für uns schädliches, für Frankreich nützlichcs Trugbild gewesen.“ Das Einfachste wäre jedenfalls die Einverleibung in Preußen gewesen, gegen die auch der Bundesrat keine Einwendungen hatte. Bismarck hielt es jedoch für leichter, daß die Elsaßer sich mit dem Namen Deutsche befreundeten als mit dem Namen Preußen. Es wurde daher beschlossen, Elsaß-Lothringen als besonderes, unmittelbar unter dem Kaiser und dem Bundesrat stehendes Reichsland in den Verband der Bundesstaaten aufzunehmen. Ehe es jedoch mit verfassungsmäßigen Rechten und Pflichten in die Gemeinschaft des Reiches eintreten konnte, bedurfte es einer Übergangsperiode, deren Dauer bis zum 1. Januar 1874 festgesetzt wurde, und während deren die Regierungsbefugnisse durch den Kaiser, die Gesetzgebung durch Bundesrat und Reichstag ausgeübt wurden. Über diese „Diktatur“ kam es zum ersten heftigen Konflikt zwischen Bismarck und dem Reichstage, als nämlich der Ausschuß die Frist für dieselbe um ein Jahr zu verkürzen vorschlug, auf eine Zeit, wie jener hervorhob, in der sich sehr viel Böses thun, aber nicht sehr viel Gutes schaffen lasse, noch mehr, als Lascker und Stauffenberg beantragten, es solle nicht gestattet sein, in dieser Zeit für das Land Schulden zu machen. „Es widerstrebt meinem persönlichen Ehrgefühl,“ entgegnete der Kanzler entrüstet, „unter dieser kreditloserklärung in die mir zuge dachte Stellung einzutreten.“ Bitter geißelte er das Verfahren der regelrechten Opposition, daß man die Regierung wie ein schädliches Tier behandeln müsse, das nicht eng genug angebunden werden könne, das nie Freiheit haben dürfe, sich zu bewegen, weil es dieselbe sofort mißbrauche. Man einigte sich schließlich dahin, daß zwar an der Fristbeschränkung bis zum 1. Januar 1873 festgehalten wurde, jenes Verbot dagegen nur für solche Anleihen gelten solle, durch welche irgend eine Belastung des Reiches herbeigeführt würde.

Die Besorgnisse der Opposition waren um so überflüssiger, als Bismarck entschlossen war, den neuen Untertanen so wenig wie nur irgend möglich wehe zu thun. Geleitet von dem Bestreben, der Bevölkerung Einrichtungen, an welche sie gewöhnt war und welche sich als praktisch erwiesen hatten, zu belassen, schlossen sich die nötig werdenden neuen Einrichtungen



möglichst an die früheren französischen an, in der Weise jedoch, daß der Schwerpunkt in das Land selbst gelegt wurde. Denn da sich die Elsaß-Lothringer unter der französischen Herrschaft ein tüchtiges Stück Partikularismus bewahrt hatten, fühlte er den Beruf, diesen Partikularismus zunächst zu stärken; je mehr sie sich als Elsaß-Lothringer fühlen würden, um so eher würden sie das Franzosentum abthun, und er hegte die Hoffnung, daß es deutscher Geduld und deutschem Wohlwollen gelingen werde, den Landsmann dort, vielleicht in kurzer Zeit zu gewinnen. Die drei früheren Departements wurden in die drei Regierungsbezirke Oberelsaß, Unterelsaß und Lothringen umgewandelt, die in 22 Kreise zerfielen. Zum Oberpräsidenten wurde am 6. September 1871, bis wohin Bismarck-Vohlen als Gouverneur fungiert hatte, der bisherige Oberpräsident von Hessen-Nassau von Möller ernannt und ihm als begutachtende Behörde ein kaiserlicher Rat zur Seite gesetzt.

Allein die Hoffnung, die Bismarck anfangs gehegt hatte, trog. Die aus verschiedenen Bundesstaaten zusammengewürfelte Beamtenhierarchie ohne sichtbares monarchisches Haupt war die am wenigsten geeignete Form, die Elsaß-Lothringer mit dem neuen Zustande zu veröhnen. Die sentimentale Zärtlichkeit, mit der das deutsche Volk die so lange entfremdeten Brüder an sein Herz zu drücken beehrte, fand keine Erwidernng. Abgesehen von dem kleinen Häuflein, das sich die Überzeugung bewahrt hatte, daß deutsche Geistes- und Herzensbildung das Bessere sei, sträubte sich die Bevölkerung gegen die geöffneten Arme der großen Mutter, und zwar nicht bloß die französische, sondern auch die verwelste deutsche, die sich vor den hochdeutsch sprechenden Beamten ihres alemannischen Dötsch schämte. Die von Frankreich her durch die Elsässische Liga unterstützte Protestpartei wurde nicht miße, der Bevölkerung vorzureden, der augenblickliche Zustand sei nur vorübergehend, die Wiedervereinigung mit Frankreich stehe in kurzem bevor. Erklärte doch sogar der Bürgermeister von Straßburg Lauth dem Oberpräsidenten mit aller Offenheit, er sei im Elsaß nur geblieben, um die Rückkehr der Franzosen abzuwarten. Er wurde deshalb, April 1873, abgesetzt, der Gemeinderat, der gegen die Absetzung protestierte, suspendiert. Und dies blieb nicht der einzige Fall dieser Art. Bei den Wahlen zu den Bezirks- und Kreistagen wurden 1873 so viele Protestler gewählt, die sich weigerten, dem Kaiser den Eid zu leisten, daß von den 22 Kreistagen nur vierzehn beschlußfähig waren, von den drei Bezirkstagen nur einer. Am festesten haftete die französische Kirche an den klerikalen Kreisen, fortwährend genährt durch die katholische Geistlichkeit, die bisher alles gethan hatte, um die deutsche Sprache vollends zu verdrängen<sup>1)</sup>.

1) Nach der Zählung vom 1. Dezember 1871 betrug die Bevölkerung des Reichslandes 1549738 Seelen; davon gehörten ca. 240000, meist im Oberelsaß und um Metz, der französischen Nationalität an. Nach der Konfession waren ca. 1200000 Katholiken, 285000 Evangelische. Kein deutsche Gemeinden gab es im Oberelsaß 324, im Unterelsaß 531, in Lothringen 370, ausschließlich französisch sprechende im Elsaß

Als Gegenwehr gegen diese widerdeutschen Einflüsse genügte weder der Vertrag mit Frankreich vom 7. Oktober 1874, der unter Zustimmung des Papstes alle reichsländischen Gemeinden aus den französischen Diözesen Nancy und St. Dié ausschied und die Unterordnung der Bistümer Metz und Straßburg unter den erzbischöflichen Stuhl von Besançon aufhob, noch auch die Stiftung der Universität Straßburg nach deutscher Einrichtung am 1. Mai 1872 unter Aufhebung der fünf französischen Fakultäten; vor allem galt es, den Hebel in der Volksschule anzusetzen. An die Einführung des Schulzwanges und des ausschließlichen Gebrauches der deutschen Sprache in den Elementarschulen reihte sich das Unterrichtsgesetz vom 12. Februar 1873, welches den Einfluß des Klerus auf die Schule brach und das Sekundär- und Primärschulwesen der staatlichen Leitung und Aufsicht unterwarf. Die Bedingungen, welche es für die Ausübung des Lehrerberufes feststellte, nötigten fast alle Schulbrüder und Schulschwester, deren es allein im Oberelsaß über 700 gab, aus Mangel an einem Befähigungszeugnis ihr Amt niederzulegen. Da es noch nicht anging, das für Elsaß bestimmte XV. Armeekorps aus Landeskindern zu bilden, wurde es bis auf weiteres aus altdeutschen Regimentern zusammengesetzt, während die im Reichslande Ausgehobenen ihre Dienstpflicht in anderen Armeekorps ableisteten. In Gemäßheit des Frankfurter Friedens hatten sämtliche Elsaß-Lothringer bis zum 1. Oktober 1872 zwischen der deutschen und französischen Reichsangehörigkeit zu „optieren.“ Für die letztere entschieden sich ungefähr 160 000, aber nur etwa 50 000 verlegten ihren Wohnsitz wirklich nach Frankreich, die übrigen blieben im Lande und nahmen trotzdem wohlgenut die Rechte von Ausländern, insbesondere die Befreiung vom Heeresdienst für sich in Anspruch, bis die Regierung diesem Treiben ein Ende machte und trotz alles Geschreies über ihre tyrannische Härte auch diese Optanten als deutsche Unterthanen behandelte.

In der Meinung, daß Beteiligung am politischen Leben das beste Mittel sei, Elsaß-Lothringen innerlich wieder zu Deutschland herüberzuziehen, wurde die Reichsverfassung im Jahre 1874 auch für dieses Land in Wirksamkeit gesetzt und ihm damit Vertretung im Reichstage zugesprochen. Aber der Ausfall der ersten Wahlen täuschte auch die bescheidensten Hoffnungen. Gewählt wurden zehn Klerikale und fünf Protestler, und diese hatten die Stirn, im deutschen Reichstage mit dem Antrage zu debütieren, daß denjenigen von ihnen, welche der deutschen Sprache nicht mächtig seien, gestattet sein solle, sich bei den Debatten der französischen zu bedienen, daß die Bevölkerung Elsaß-Lothringens nachträglich befragt werden solle, ob sie die Einverleibung in Deutschland gutheiße oder nicht, und daß der sogenannte Diktaturparagraph des Gesetzes vom 30. Dezember 1871 aufgehoben werde. Als diese Anträge

---

nur 44, in Lothringen 341. Im Elsaß gehören 80 Prozent dem rein deutschen Sprachstamme an, elf Prozent sprechen nur französisch, acht sind in gemischten Distrikten einheimisch. In Lothringen sind nur 28 Prozent rein französisch.



verworfen wurden, kehrten die meisten von ihnen dem Reichstage den Rücken, die wenigen Zurückbleibenden ermüdeten denselben mit ihren Klagen über die Härte des auf ihrer Heimat lastenden Druckes, weigerten sich aber an den Arbeiten des elsass-lothringischen Ausschusses, wo praktische Vorschläge Sachkundiger erwünscht gewesen wären, teilzunehmen. Indes brach sich doch die Einsicht von der Unfruchtbarkeit dieser bloß abweisenden Haltung Bahn und bildete sich im Gegensatz zu den Protestlern unter den Straßburgern Schneegans, Bergmann und Klein eine elsässische oder autonomistische Partei, die sich auf den Boden der Thatsachen stellte und bereit war, mit der Regierung und dem Reichstage zum Wohle ihrer Heimat zusammenzuwirken. Ihren ersten Erfolg erzielte sie bei den Kreis- und Bezirkswahlen für 1874; sämtliche Kreis- und Bezirkstage wurden beschlußfähig und entledigten sich der ihnen aufgetragenen Arbeiten. Ihrem Wunsche nach Einführung einer Landesverfassung und eines Provinziallandtages konnte zwar noch nicht entsprochen werden, da „ein Parlament, das seine Inspirationen hauptsächlich dem französischen und römischen Interesse entnehmen würde, nicht hätte bestehen können ohne einen dauernden Konflikt zwischen diesem Parlamente und der Reichsregierung;“ aber es war doch ein Schritt zu diesem Ziele, als durch kaiserliche Verordnung vom 29. Oktober 1874 ein Landesauschuß mit beratender Stimme ins Leben gerufen wurde, zu dem jeder der drei Bezirkstage zehn Abgeordnete entsendete. Die Protestler hatten sich durch die Verweigerung des Treueides selbst davon ausgeschlossen. Die Erfahrungen, welche die Regierung in der Session von 1875 mit dieser Einrichtung machte, gestatteten ihr, zwei Jahre darauf die Kompetenz des Landesauschusses dahin zu erweitern, daß von ihm genehmigte Landesgesetze vom Kaiser mit Zustimmung des Bundesrates ohne Mitwirkung des Reichstages erlassen und letzterer nur dann zugezogen werden sollte, wenn Regierung und Landesauschuß sich nicht verständigen könnten. Auch bei den nächsten Reichstagswahlen gewannen die Autonomisten einige Sitze. Die Aufnahme, welche der Kaiser bei seinen Besuchen in Weißenburg und Straßburg fand, zeugten gleichfalls für eine Besserung der Stimmung. So trug denn auch die Reichsregierung um so weniger Bedenken, den Wünschen des Landesauschusses noch weiter entgegenzukommen, als sie ohnehin durchaus bereit war, dem Lande das höchste Maß von Selbstständigkeit zu geben, das mit der militärischen Sicherheit des Reiches vereinbar war. Durch Reichsgesetz vom 4. Juli 1879 wurde für dasselbe eine Statthaltertschaft mit sehr ausgedehnten Befugnissen, ein Ministerium, an dessen Spitze ein Staatssekretär stand, und zur Begutachtung der Gesetzentwürfe ein Staatsrat eingesetzt. Kommissare mit beratender Stimme konnten vom Statthalter in den Bundesrat abgeordnet werden. Der Landesauschuß erhielt das Recht des Gesetzworschlags und eine Vermehrung seiner Mitglieder von dreißig auf achtundfünfzig.

Zum Statthalter ernannte der Kaiser den Feldmarschall von Man-  
teuffel. Es fehlte auch unter seiner Verwaltung nicht an Maßregeln zur

Abstreifung des französischen Wesens. Aufreizende chauvinistische Blätter, deutschfeindliche Agitationen wurden unterdrückt, den Agenten französischer Versicherungsgesellschaften, welche zugleich politische Zwecke verfolgten, wurde der Zutritt versagt; im Landesausschuß der bisher allgemein übliche Gebrauch der französischen Sprache 1881 abgestellt, 1882 die Verdeutschung des Schulwesens durch Errichtung eines Oberschulrats gefördert. Dennoch blieben diese Bemühungen unfruchtbar, und zwar größtenteils durch die eigene Schuld des Statthalters. Der tapfere und wohlmeinende, aber eitle Herr wendete sich vorzugsweise an die durch und durch französischen Notablen und die ultramontane Geistlichkeit, indem er sich schmeichelte, diese würden aus reiner Zuneigung zu seiner Person ihre politische Gesinnung wechseln, erntete aber bei denen, an welche er seine Liebenswürdigkeiten verschwendete, nur heimlichen Spott und erzielte für das Land nur eine Verstärkung des Franzosentums. Optanten, die im Lande wohnten, schürten immer aufs neue die Flamme der Unzufriedenheit, französische Familien, die den Sommer auf ihren reichsländischen Besitzungen verbrachten, die Hoffnung auf Revanche, französische Offiziere in großer Zahl verlebten die Jagdzeit bei ihren Freunden im Elsaß. Mehrere Landesverratsprozesse lieferten den Beweis, in welcher Ausdehnung diese unterirdische Arbeit betrieben wurde, an der auch etliche aus der Franzosenzeit übernommene Subalternbeamte sich beteiligten. Umsonst beklagte sich der Statthalter in seinen zahlreichen Reden, daß diese Haltung der Bevölkerung ihm die Erfüllung seiner Lebensaufgabe, dem Lande seine vollen Verfassungsrechte zu verschaffen, erschwere; noch er selbst konnte nicht umhin, zur Strenge zu greifen, um das Reichsland von den Optanten und denjenigen, die vor Eintritt in das wehrpflichtige Alter ausgewandert und nach Verlust der deutschen Reichsangehörigkeit zurückgekehrt waren, zu säubern, und als er am 17. Juni 1885 starb, war das Fazit seiner Verwaltung, daß man wieder von vorn anfangen mußte. Unter seinem Nachfolger, dem Fürsten Othlodwig von Hohenlohe-Schillingsfürst besserten sich die Zustände wenigstens einigermaßen. Straßburg erhielt seinen Gemeinderat zurück. Der Empfang, den der Kronprinz als Vertreter seines Vaters bei der Bevölkerung von Metz fand, übertraf alle Erwartung; der dortige Gemeinderat, der 1879 beim Besuche des Kaisers durch seine Abwesenheit glänzte, hatte inzwischen durch Neuwahlen eine deutsche Mehrheit erhalten und zählte keinen einzigen Protestler mehr. Auch anderwärts ergaben die Gemeinderatswahlen eine bedeutende Besserung. Im Landesausschuß fand Baron Born von Bulach Sohn den Mut, seine Landsleute vor Hoffnungen zu warnen, die sie auf einen Krieg setzten, dessen erste Opfer sie doch selbst werden würden. Aber so leicht waren die Spuren des Manteuffel'schen Systems doch nicht zu verwischen, daß nicht Rückfälle eingetreten wären. Eindringlich führte der Statthalter vor den Reichstagswahlen von 1886 den Elsaß-Lothringern zu Gemüte, daß der oft geäußerte Wunsch nach staatsrechtlicher Gleichstellung mit den übrigen deutschen Staaten nur dann Aussicht auf Erfüllung habe, wenn die verbündeten Regierungen



und die deutsche Nation die Überzeugung gewannen, daß sie den bestehenden Rechtszustand rückhaltlos anerkennt und die Protestpartei verschwände; der Coadjutor Stumpf forderte auf Geheiß des Papstes den Klerus auf, sich jeder kompromittierenden Wahlagitatio zu enthalten: die Bethörten glaubten ihren Worten weniger als denen, die ihnen einredeten, im Frühjahr breche der Krieg aus, werde die deutsche Herrschaft gestürzt, das Land von den Franzosen besetzt, und wehe dann denen, die deutschfreundlich gewählt hätten! So siegten bei den nächsten Wahlen abermals der Haß gegen Deutschland und die Vorliebe für Frankreich; es wurden lauter Protestler und Klerikale gewählt. Da war ein strenges Eingreifen unabwiesbare Notwendigkeit. Der Schwerpunkt der Gesetzgebung wurde wieder nach Berlin zurückverlegt, die Regierung vom Reichstage ermächtigt, statt der nach französischer Art aus der Mitte der Gemeinderäte auf je fünf Jahre gewählten Maires, welche, obgleich auch mit staatlichen Funktionen betraut, meist im Sinne der Protestpartei agitierten, besoldete Berufsbürgermeister zu ernennen, das fast ganz von Franzosen und Franzosenfreunden beherrschte Vereinswesen wurde eingeschränkt, der größte Teil dieser Vereine aufgelöst, mehrere Gemeinderäte suspendiert, die nach französischem System eingerichteten Feuerwehren nach deutscher Weise umgestaltet; es folgten Aufenthaltsbeschränkungen für Ausländer, durch die den französischen Offizieren der Besuch des Reichslandes, wenigstens der öffentliche, unmöglich gemacht wurde, und endlich der Paßzwang für die von Frankreich her eintretenden Ausländer. Maßregeln, die nicht ohne Wirkung blieben; sie überzeugten die Bevölkerung mehr und mehr, daß die Reichsregierung bei aller Langmut doch nicht mit sich spielen lasse.

Daß das Reich neben allen diesen umfänglichen Arbeiten auch die idealen Interessen nicht verabsäumte, lehrte die im April 1874 mit Griechenland geschlossene Konvention, durch welche es das Recht erwarb, auf dem Boden der alten Olympia Ausgrabungen zu veranstalten. Auch dort ist die Arbeit der Deutschen vom schönsten Erfolge begleitet gewesen.

„Vergleicht man,“ bezeugte von Bennigsen am 13. April 1877 im Reichstage, „das Resultat dieser zehnjährigen Gesetzentwicklung mit den Verfassungszuständen in Deutschland, mit den Einrichtungen, der Verfahrenheit und Uneinigkeit nicht bloß in politischen Dingen, nein, mit dem Mangel an Übereinstimmung auf allen Gebieten der Gesetzgebung, auch der wichtigsten, wo das Zusammenwirken und Zusammenarbeiten der Bevölkerung eine einheitliche Gesetzgebung nötig erscheinen läßt, dann sind die Fortschritte, die in weniger als einem halben Menschenalter auf diesem Gebiete unter der Herrschaft der jetzigen Verfassung gemacht worden sind, so ungeheuer, daß ich jedes Mitglied der Versammlung auffordere, mir eine Zeit ähnlichen Umfangs aus der Geschichte irgend eines Volkes, geschweige denn des deutschen, zu nennen, in dem so Großes auf so weiten Gebieten erreicht worden ist.“

Bei den engen Beziehungen zwischen dem Reiche und Preußen als dem eigentlichen Träger der Reichsgewalt mußte die Neugestaltung der deutschen

Verhältnisse notwendigerweise ihre Rückwirkung auf das Innere dieses Staates ausüben, ja sie machte sich hier in stärkerem Maße geltend als in irgend einem anderen deutschen Staate. Der Stillstand der Gesetzgebung während der vierjährigen Konfliktzeit hatte hier feudalen Einrichtungen das Leben gefristet, die in allen übrigen Bundesstaaten verschwunden waren, namentlich in den östlichen Provinzen, auf deren Kreistagen der Kleinadel eine Bedeutung behauptete, die mit den thatsächlichen Verhältnissen längst nicht mehr im Einklange stand. Im

Jahre 1872 legte daher die Regierung dem Landtag eine Reform der Kreisordnung für fünf von den sechs östlichen Provinzen, nämlich mit Ausschluß Pommerns vor, die zugleich als Grundlage für eine Reorganisation der Provinzialordnung dienen sollte. Fußend auf drei großen Grundsätzen, der Schaffung der freien Landgemeinde in Bervollständigung der Steinischen Reformen, der Anbahnung einer weitgreifenden Dezentralisation der Verwaltung und der Organisation derselben im Gegensatz zu der bisherigen bürokratischen Willkür nach Gesetzen, aber getrennt von der

Rechtspflege, hob sie die gutsherrliche Polizeigewalt auf, erweiterte sie die Selbstverwaltung, änderte die Zusammensetzung der Kreistage, legte die Landgemeinden zu Amtsbezirken zusammen und setzte dem Landrate einen vom Kreistage gewählten Kreisauschuß zur Seite. Mit aller Macht stemmten sich die Feudalen gegen diese Reform; sie meinten damit den letzten Kampf um konservative organische Einrichtungen zu führen; der Minister des Innern, Graf Eulenburg, dem das Hauptverdienst um die Entwerfung des Gesetzes gebührte, nannte ihn den ersten Kampf um die Belebung derjenigen gesunden Kräfte, deren der Staat bedürfe, um auf der Höhe zu bleiben, die er um seiner selbst und Deutschlands willen behaupten müsse. Trotz der großen



Minister Graf Eulenburg.

Nach dem Kupferstiche von Weger. Original: Photographie.



Mehrheit, welche das Gesetz im Abgeordnetenhaus erhielt, lehnte das Herrenhaus es nach absichtlicher Verzögerung der Beratung mit allen gegen achtzehn Stimmen ab. Unmittelbar darauf, 1. November, wurde der Landtag, wie Graf Eulenburg für diesen Fall angekündigt hatte, geschlossen und für den 12. wiederberufen. In dieser kurzen Zwischenzeit fand ein Pairschub von vierundzwanzig Mitgliedern statt, der freilich dem Könige einige Selbstüberwindung kostete, und nachdem durch einige Abänderungen den Gemäßigteren unter den konstitutionellen Opponenten die Zustimmung erleichtert worden war, nahm nunmehr, 9. Dezember, auch das Herrenhaus das Gesetz an. Die Provinzialordnung kam erst 1875 zu stande; sie schuf einen von den städtischen Behörden und den Kreistagen gewählten Provinziallandtag; ein Ausschuß desselben sollte über Gemeindeangelegenheiten unter Vorsitz eines von ihm gewählten Landesdirektors, über staatliche unter dem des Oberpräsidenten beraten. Die Städteordnung dagegen scheiterte an Meinungsverschiedenheiten zwischen der Regierung und den beiden Häusern des Landtags ebenso wie der Plan, aus Berlin eine besondere Provinz zu machen; man begnügte sich damit, die Hauptstadt aus der Provinz Brandenburg auszuscheiden.

Jene Opposition der Feudalen, die sich auch beim Schulaufsichtsgesetze wiederholte, äußerte notwendigerweise die Wirkung, den Fürsten Bismarck noch mehr den Nationalliberalen zu nähern. Der Mißmut über die Fahnenflucht derjenigen Partei, auf deren Unterstützung er vornehmlich gerechnet hatte, zog aber noch eine andere Folge nach sich. Am 21. Dezember 1872 entband der König den Fürsten vom Vorsitz im Staatsministerium, ermächtigte ihn, in Fällen persönlicher Behinderung in den die Interessen des Reiches betreffenden Angelegenheiten sich durch den Präsidenten des Reichskanzleramtes Delbrück vertreten zu lassen, und übertrug den Vorsitz im Staatsministerium dem Grafen Roon als dem zur Zeit ältesten Minister. Die Überraschung über diesen halben Rücktritt war groß, noch größer die, als nach Roons schon am 9. November 1873 erfolgter Versetzung in den Ruhestand Bismarck wiederum zum Ministerpräsidenten ernannt wurde, und zwar unter Bestellung Camphausens zum Vizepräsidenten. Es handelte sich bei dieser Einrichtung vor allem darum, dem Reichskanzler die Oberleitung der preussischen Verwaltung im Zusammenhange mit der Reichspolitik zu ermöglichen, ohne daß die tägliche Sorge und Verantwortung für die mannigfachen besonderen Aufgaben des preussischen Ministeriums seine Kraft zersplittere und aufreibe. „Ganz gewiß ist“, erklärte sich Bismarck selbst hierüber dem Reichstage gegenüber, „daß ich den Haupteinfluß, den es mir zu üben gegönnt ist, bisher nicht in der kaiserlichen Macht, sondern in der königlich preussischen Macht gefunden habe. Ich habe versucht, ich habe eine Zeitlang aufgehört, preussischer Ministerpräsident zu sein, und habe mir gedacht, daß ich als Reichskanzler stark genug sei. Ich habe mich darin vollständig geirrt: nach einem Jahre bin ich reuevoll wiedergekommen und habe gesagt: entweder will ich ganz abgehen oder ich will im preussischen Ministerium das Präsidium wieder haben.“

Verstärkt wurde überdies sein Einfluß auf die preußische Regierung durch die mittelst Kabinettsordre vom 18. Februar 1875 getroffene Verfügung, daß wichtigere Gesetze, welche von einem Einzelministerium beabsichtigt würden, vor der Ausarbeitung in ihren Grundzügen durch das Gesamtministerium zu genehmigen seien.

Er hatte dazu wohl Ursache: Denn die Schwierigkeiten, welche der leitende Staatsmann bei Bewältigung seiner Lebensaufgabe, der Befestigung des Reiches, zu überwinden hatte, wurden nicht wenig vermehrt durch die persönlichen An-

feindungen,

denen er sich von mehr als einer Seite ausgesetzt

sah. Die fort-

währenden bis-

sigen Angriffe

Eug. Richters,

des Hauptes der

Fortfortschritts-

partei, derselben,

die 1867 die

norddeutsche

Bundesverfas-

sung abgelehnt,

die sich der

Reichsverfassung

widersetzt hatte

und stets den

Gang der Ma-

schine erschwerte,

waren ihm nach-

gerade zur Ge-

wohnheit gewor-

den und mehr als einmal hatte der tiefsittliche Ernst, der alle seine Worte durch-

wehte, die gehässigen, von dieser Seite ausgehenden Angriffe wuchtig zu Boden

geschlagen. Begreiflicher Weise vermehrte aber doch der aufreibende Kampf seine

Reizbarkeit und auch diese trug dazu bei, das gegenseitige Verhältnis zu ver-

schlechtern. Am schmerzlichsten fühlte er sich aber doch dadurch getroffen, daß

sich auch aus den Reihen der Konservativen, seiner eigenen Partei, gegen seine

Person wie gegen seine Politik ein Widerstand erhob, der sich keineswegs bloß

in offener Gegnerschaft, sondern auch in geheimen Intrigen und „Salonein-

wirkungen“ kundgab. Bis in die nächste Umgebung des Kaisers reichten Ein-

flüsse, welche auf den Sturz des Reichskanzlers ausgingen. Man hatte in



Finanzminister Otto Camphausen. Nach Photographie.



diesen Kreisen schon einen Nachfolger für ihn in Bereitschaft in der Person des Grafen Harry von Arnim, derzeitigen Botschafters in Paris, der schon auf seinem früheren Posten in Rom zur Zeit des Konzils in politische Differenzen mit seinem Vorgesetzten geraten war. Von dieser unterirdischen Arbeit wohl unterrichtet, ergriff Bismarck einen an sich geringfügigen Anlaß, um den offenen Kampf mit diesem Gegner zu eröffnen, eine Bitte des Botschafters um Instruktion, wie er der Neigung, mittelstaatliche Diplomaten in Paris zu beglaubigen, gegenüberzutreten solle. Er drückte ihm seine Verwunderung aus, daß er danach überhaupt frage. Noch schärfer lautete die Antwort (21. Januar 1874) auf einen Bericht, in welchem der Graf die aus der Anwesenheit solcher Gesandten entspringenden Nachteile ausführlich auseinanderzusetzen sich bemüht fand. Der Reichskanzler nannte es unverständlich, daß Arnim sich nochmals in so weitläufige Erwägungen habe einlassen können, die in Deutschland seit Jahren Gemeingut jedes reichstreuen Wählers seien, er warf ihm vor, der politischen Entwicklung seines Heimatlandes nicht mit der Sorgfalt gefolgt zu sein, die für eine wirksame Vertretung im Auslande erforderlich sei. „Ich kann“, fuhr er fort, „bei diesem Anlaß die Bemerkung nicht unterdrücken, daß mir die Zeit und die Arbeitskraft fehlt, um politische Korrespondenzen wie diejenige, zu denen mich Ihre Berichterstattung seit Jahr und Tag nötigt, fortzuführen . . . Ich muß, wenn ich im Stande sein soll, die Geschäfte fortzuführen, von allen Agenten des Reiches im Auslande, auch von den hochgestellten, ein höheres Maß von Fügbarkeit gegen meine Instruktionen und ein geringeres Maß von selbständiger Initiative und von Fruchtbarkeit an eigenen politischen Ansichten beanspruchen als dasjenige, welches Sie bisher Ihren Berichterstattungen und Ihrem amtlichen Verhalten zu Grunde legen.“ Ein Verweis von solcher Schärfe, daß er eigentlich nur die Bitte um sofortige Enthebung zuließ. Statt dessen wendete sich der Graf an den Kaiser persönlich mit der Bitte, seine Lage aufzuklären, offenbar, weil er auf diesem Wege über den Kanzler zu triumphieren hoffte. Er hatte sich vollständig verrechnet. Der Kaiser befahl 22. Februar die Abberufung des Botschafters, jedoch in der rücksichtsvollen Form einer Versetzung nach Konstantinopel. Aber der leidenschaftlich verblendete Mann verstand diese Milde nicht. Er eröffnete einen Federkrieg gegen den Gehaftten, teils in der Wiener Presse mit Enthüllungen aus der Zeit des Konzils, teils in einem ebenfalls in die Blätter gelangten Briefe an Döllinger, und hatte dann nicht einmal den Mut, sich zu diesen Veröffentlichungen zu bekennen, sondern leugnete jede Beteiligung daran antlich ab. Nunmehr erfolgte, 15. Mai, seine Versetzung in den Ruhestand zugleich mit der Aufforderung zur Herausgabe derjenigen Aktenstücke, die sein Nachfolger im Archiv der Pariser Botschaft vermißt hatte. Nach einigem Zögern kam er derselben zwar teilweise nach, dagegen verweigerte er standhaft die Herausgabe von über fünfzig anderen als seines Privat-eigentums, da sie seinen Konflikt mit Bismarck betrafen. Er wurde deshalb verhaftet und vom Berliner Stadtgericht zwar nicht, wie die Anklage ver-

langte, der Urkundenfälschung und des Amtsvergehens, wohl aber des Vergehens wider die öffentliche Ordnung für schuldig befunden und zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, welche die zweite Instanz auf neun erhöhte; außerdem erkannte der Reichsdisciplinargerichtshof auf Dienstentlassung. Durch die wiederum anonyme Herausgabe einer Schrift Pro nihilo zog er sich Oktober 1876 eine zweite Verurteilung, diesmal zu fünf Jahren Zuchthaus zu, deren Verbüßung er sich jedoch durch Entfernung ins Ausland zum voraus entzogen hatte.

In unverkennbarem Zusammenhange mit den Agitationen des Grafen Arnim machte sich's ein unter dem Namen „Eisenbahnzeitung“ gegründetes, dann „Reichsglocke“ umgetautes Berliner Blatt, wohl das schamloseste aller bisher in Preußen erschienenen Preßerzeugnisse, zur Aufgabe, die boshaftesten Verdächtigungen gegen die innere und äußere Politik des Reichskanzlers, gemischt mit den schwersten Beschuldigungen in Bezug auf die Beweggründe seines öffentlichen Wirkens, zu schleudern, meist in Andeutungen und Anspielungen, welche leicht



Graf Harry von Arnim. Nach Photographie.

erraten ließen, auf wen sie zielten, doch aber vorsichtig genug gehalten waren, um einer gerichtlichen Verfolgung jede Handhabe zu entziehen. Auch an dem Stränge der Reichsglocke zogen Elemente, die bis an den kaiserlichen Hof heranreichten. Endlich aber, Dezember 1876, überlieferte doch ein beispiellos frecher und unvorsichtiger Angriff, die Behauptung, Bismarck habe sich für die Konzeptionierung der Zentral-Bodenkredit-Gesellschaft mit einer bedeutenden Summe an dem Gründergewinn beteiligen lassen, das saubere Blatt dem Arme des Strafrichters. Die Gerichtsverhandlung lieferte den Beweis, daß ein großer Teil seines Inhaltes von einem der ultramontanen Partei angehörigen früheren Legationsrate von Loë herrührte und daß der Herausgeber des Blattes Gehlsen, der vor der drohenden Strafe in die



Schweiz geflohen war, teils mit tonangebenden Mitgliedern des Zentrums, teils mit den Genossen Arnims, teils auch mit Demokraten und Sozialisten in lebhaftem schriftlichen und persönlichen Verkehre gestanden hatte.

Bismarcks innere Empörung über die höchst zweideutige Haltung, welche die Kreuzzeitung, das Blatt der Hochkonservativen, in diesem Intrigenspiele beobachtet hatte, machte sich in der Reichstagsitzung vom 9. Februar Luft. Er forderte alle, die Sinn für Ehre und Anstand, für christliche Gesinnung und Sitte hätten, auf, gegen solche Schlechtigkeiten zusammenzuhalten. „Wenn ein Blatt wie die Kreuzzeitung“, sagte er, „sich nicht entblödet, die schändlichsten und lügenhaftesten Verleumdungen über hochgestellte Männer in die Welt zu bringen, in einer solchen Form, daß sie gerichtlich nicht zu fassen ist, aber doch der Leser den Eindruck hat: hier wird den Ministern vorgeworfen, daß sie unredlich gehandelt haben; wenn ein solches Blatt so handelt und in monatelangem Stillschweigen verharrt trotzdem, daß es bloß Lügen sind, und nicht ein peccavi oder erravi spricht, so ist das ehrlose Verleumdung und niemand sollte mit einem Abonnement sich daran beteiligen, von einem solchen Blatte muß man sich lossagen, wenn das Unrecht nicht gesühnt wird.“ Eine Anzahl Hochkonservativer erwiderte darauf mit der Erklärung, daß dieser verletzende Angriff nicht im Stande sei, sie von der Zeitung zu trennen, welche furchtlos und treu noch stets ihren Wahlspruch „Mit Gott für König und Vaterland“ verfochten und alle Versuche, ihr beizukommen, erfolgreich abgeschlagen habe. Man nannte sie davon die Deklaranten.

Dieser und anderer „Fraktionen“ wurde auch ein Bismarck zuletzt müde. Im April 1877 bat er um seinen Abschied. Aber der Kaiser antwortete ihm mit einem Niemals! Eher bereit, dem treuesten Gehilfen jede zeitweise nötig erscheinende Befreiung von den Geschäften zuzugestehen als in seinen wirklichen Rücktritt zu willigen, erteilte er ihm nur Urlaub bis zum folgenden Februar.

Die Monate, welche Bismarck in der Zurückgezogenheit von Varzin verbrachte, sind in mehr als einer Hinsicht von einschneidender Bedeutung geworden. Hier reiften die wirtschaftlichen Pläne, mit denen er nach seiner Rückkehr hervortrat. Hier drängte sich ihm die Überzeugung, daß er zur Durchführung seiner Ideen einer zuverlässigen Mehrheit bedürfe, mit solcher Macht auf, daß er den Versuch unternahm, sich an den Nationalliberalen eine feste Regierungspartei zu schaffen. Im Dezember 1877 lud er Bennigsen zu sich, um mit ihm über dessen Eintritt ins Ministerium zu unterhandeln. Daß diese Unterhandlungen scheiterten, war zunächst die Schuld Laschers. Wie dieser gewandte aber doktrinäre Parlamentarier sich schon früher auf den Standpunkt gestellt hatte, daß die nationalliberale Partei sich nicht dazu hergeben könne, von seiten einer Regierung, die sich nicht zu ihren politischen Grundsätzen bekenne, lediglich unter dem Gesichtspunkte eines ausgiebigen Materials für die Bildung einer gouvernementalen Majorität verwendet zu werden, so verlangte er auch jetzt, daß nicht ein einzelner aus der Partei in die Regierung trete, sondern der Partei als solcher ein verantwortlicher

Anteil an derselben zufalle, indem außer Bennigsen noch einige andere angesehene Nationalliberale einträten. Aber auch ohnedies würde wohl schwerlich eine Verständigung erzielt worden sein. Denn hatten die Nationalliberalen von jeher sich dagegen verwahrt, eine „Partei Bismarck sans phrase“ zu sein, so war auch dieser eine viel zu eigenartige, zu stark ausgeprägte Natur, als daß er sich auf das Programm einer Partei hätte einschwören lassen. Dieser Mißerfolg hinterließ aber die wenig ersprießliche Wirkung, daß die Nationalliberalen zur Oppositionspartei wurden.

Die Beurlaubung Bismarcks gab dem Abgeordneten Hänel Gelegenheit, im Reichstage die Zulässigkeit einer Vertretung des Kanzlers mit dem Rechte der Gegenzeichnung, wie sie schon mehrfach thatsächlich geübt worden war, anzuzweifeln. Die Vorlage, welche diese Lücke in der Verfassung ausfüllen sollte, erlitt jedoch schon im Bundesrate eine erhebliche Einschränkung, indem dort die Stellvertretung ausgeschlossen wurde für diejenigen Ämter, bei welchen der Schwerpunkt der Geschäfte in die Beaufsichtigung der Bundesstaaten falle, und in dieser zusammengeschrumpften Gestalt erhielt sie auch die Zustimmung des Reichstages. Es knüpften sich jedoch an die Debatte darüber Erörterungen weiter tragender Art. Die Fortschrittspartei nämlich, der sich in diesem Punkte auch ein Teil der Nationalliberalen zuneigte, ergriff den Anlaß, um womöglich überhaupt die alleinige Verantwortlichkeit des Reichskanzlers zu beseitigen und der Reichsregierung eine der konstitutionellen Doktrin entsprechendere Gestalt zu geben. Allerdings hatte Bismarck selbst an der ursprünglichen Einrichtung derselben sehr wesentliche Änderungen vorgenommen, „da die beiden großen Ministerialkörper, das Reichskanzleramt und das preußische Ministerium, ihm schließlich den Eindruck von zwei Lokomotiven machten, die sich auf demselben Geleise befänden und sich weder ausweichen noch aneinander vorbei könnten und von denen keine rückwärts fahre, um der anderen Platz zu machen“. Er hatte daher eine allmähliche Verschlagung des Reichskanzleramtes vorgenommen: 1874 war das Eisenbahnamt, 1876 das Generalpost- und Telegraphenamt, 1877 die elsässische Abteilung, nach Annahme der Reichsjustizgesetze das Reichsjustizamt davon abgetrennt worden; weiterhin geschah das Gleiche mit dem Reichsschatzamt und im Dezember 1879 erhielt das Reichskanzleramt den Namen Reichsamt des Inneren. Damit war die Umbildung desselben in eine Reihe nebeneinander stehender Reichsämter oder Staatssekretariate vollendet, deren amtlichen Verkehr mit dem Reichskanzler die 1878 errichtete Reichskanzlei vermittelte. Nur war diese Reform das gerade Gegenteil von derjenigen, welche die Fortschrittspartei erstrebte. Denn indem diese Reichsämter dem Reichskanzler direkt unterstellt waren, steigerte sich die Machtfülle dieses obersten Beamten, während jene nicht unter, sondern neben dem Kanzler stehende und gleich ihm dem Reichstage verantwortliche Reichsminister verlangte. Dieser Forderung trat jedoch Bismarck mit aller Entschiedenheit entgegen. Wiederholt setzte er dem Reichstage auseinander, daß mit einer solchen Einrichtung gar nichts geholfen



sein würde, denn dann stünde die Reichsregierung erst recht machtlos gewissermaßen in der Luft; es würden eben Minister sein, die in keinem Einzelstaate eine bestimmte Wurzel hätten, das Reich würde also dadurch nicht gestärkt, sondern nur geschwächt werden. Da ferner der Bundesrat dadurch in seiner Stellung und seinem Einflusse eine schwere Einbuße erleiden müsse, so würden die Einzelregierungen dem Plane schwerlich beistimmen; man dürfe aber nicht verkennen, daß das Reich wesentlich ein föderatives Gebilde sei und die Fortschritte, die es gemacht, nur durch freie Zustimmung der Einzelregierungen hätten erzielt werden können; wenn diese nicht größere seien, so liege das hauptsächlich an dem durch und durch partikularistischen Wesen der Nation.

Zu der immer engeren und freundlicheren Gestaltung der Beziehungen zwischen dem Kaiserhause und den anderen deutschen Fürstenhäusern trug auch die Anknüpfung neuer verwandtschaftlicher Bande das ihre bei. Um die noch immer schwellenden Schleswig-Holsteiner mit der Einverleibung in Preußen auszuföhnen, konnte kein glücklicheres Mittel gedacht werden als die Vermählung des ältesten kaiserlichen Enkels, des Prinzen Wilhelm, mit der Prinzessin Augusta Viktoria von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg, wodurch die Tochter des 1864 beiseite geschobenen Herzogs Friedrich VIII. zur künftigen Kaiserin erhoben wurde. Die finanzielle Schadloshaltung des schleswig-holsteinischen Fürstenhauses wurde gegen Verzicht auf alle Erbansprüche 1885 geregelt. Der jüngere Kaiserenkel, Prinz Heinrich, führte die Prinzessin Irene von Hessen heim und diese Vermählung löste die Spannung mit einem Fürstenhause, das von allen am schwersten sich in die neuen Verhältnisse eingewöhnen konnte. Selbst mit dem Hause Nassau-Oranien bahnte sich eine Ausföhnung an, indem ein anderer Enkel des Kaisers, der badische Erbgroßherzog Friedrich Wilhelm, die Tochter des depoffidierten Herzogs Adolf, Hilda, zur Gattin wählte. Einen anderen Stein des Anstoßes räumte 18. Oktober 1884 der Tod des 78 jährigen Herzogs Wilhelm von Braunschweig hinweg, mit welchem die braunschweigische Linie der Welfen erlosch. Der Abstammung nach war sein nächster Erbe der Herzog Ernst August von Cumberland, der in Gmunden Hof hielt. War es jedoch fraglich, ob nicht zugleich mit der Annexion Hannovers dieses Erbrecht auf die Krone Preußen übergegangen sei, so hatte sich außerdem der Herzog durch die unterm 11. Juli 1878 an alle Souveräne gerichtete Erklärung, daß infolge des Todes seines Vaters alle Rechte und Titel, welche diesem zugestanden, kraft der Erbfolge auf ihn übergegangen seien, und durch die damit ausgedrückte Nichtanerkennung der Annexion Hannovers unmöglich gemacht. Um daher für den Fall seines Ablebens eine gesetzliche Regierung zu hinterlassen, hatte Herzog Wilhelm 1879 mit den Landständen ein Regentschaftsgesetz vereinbart, wonach für den Fall, daß der erbberichtigte Thronfolger am Regierungsantritt verhindert sein sollte, ein Regentschaftsrat die Regierung übernehmen und die Landesversammlung auf dessen Vorschlag einen Regenten aus den nichtregierenden deutschen Prinzen wählen, die Militärhoheit auf den Kaiser übergehen

sollte. Ehe jedoch auf die Nachricht vom Tode des Herzogs der Regentschaftsrat unter Graf Görz-Wrisberg zusammentreten konnte, hatte bereits General von Hilgers, Kommandeur der 40. Infanteriebrigade, in Braunschweig eine Proklamation anheften lassen, daß der Kaiser ihm den Oberbefehl über die braunschweigigen Truppen übertragen habe und daß das Reich die Frage



Prinz Wilhelm von Preußen und Prinzessin Augusta  
Viktoria von Schleswig-Holstein-Sonderburg-  
Augustenburg. Nach Photographie.

zu prüfen haben werde, wer als Landesherr folgen sollte. Durch dieses rasche Handeln war allen welfischen Agitationen im Lande der Boden entzogen. Cumberland erließ zwar, jedenfalls von Windthorst inspiriert, ein Patent „an seine nunmehrigen Unterthanen“, in welchem er die Besitznahme des Herzogtums und den Antritt seiner Regierung anzeigte; es verhallte jedoch völlig wirkungslos und der Bundesrat sprach auf Antrag des Reichskanzlers



nur gegen die Stimmen von Mecklenburg-Strelitz und Neufß ä. L. die Überzeugung aus, daß die Regierung des Herzogs von Cumberland über Braunschweig mit dem innern Frieden und der Sicherheit des Reiches nicht verträglich sei. Für die welfische Sache war es ein nicht zu verwindender Schlag, als Graf Görz im Landtage sich veranlaßt sah, zwei Briefe des Herzogs Ernst August zu produzieren, den einen vom 14. Januar 1879 an den Herzog Wilhelm gerichtet, in welchem er im Fall seiner Berufung zur Regierung des Herzogtums es für seine Pflicht erklärte, diese Regierung in derjenigen Rechtslage anzutreten, in welcher sich dieselbe zur Zeit des Anfalls befinde, also unter Anerkennung des Herzogtums als eines Gliedes des deutschen Reiches, den anderen, jenem abschriftlich beigelegt, an die Königin Viktoria von England vom 18. September 1878, in welchem er seine Ansprüche auf Hannover auch für den Fall der Thronfolge in Braunschweig voll und unumwunden aufrecht erhielt. Mit dieser Doppelzüngigkeit hatte der von Jesuiten und Jesuitenfreunden mißleitete Fürst seine politische Rolle ausgespielt. Er mußte sich mit dem ihm von seinem Oheim hinterlassenen großen Privatvermögen begnügen. Seine schlesischen Fideikommiß- und Allodialgüter hatte der Verstorbene dem Könige von Sachsen vermacht, das Thronlehen Ols fiel an die Krone Preußen zurück.

Wie ein Nachhall früherer Zeiten mutete es an, daß auch ein englischer Prinz, der Herzog von Cambridge, als Agnat Ansprüche auf die Regentschaft, eventuell auf die Thronfolge in Braunschweig erhob unter dem naiven Vorbehalt seiner Stellung als englischer General und seines dauernden Wohnsitzes in England; natürlich ohne jeden praktischen Erfolg. Nach Ablauf des für die Dauer des Regentschaftsrates gesetzmäßig bestimmten Jahres wählte der braunschweigische Landtag 21. Oktober 1885 an Stelle des anfangs in Aussicht genommenen Prinzen Neufß, welcher ablehnte, den Prinzen Albrecht von Preußen, einen Neffen des Kaisers, zum Regenten, indem auch er gleichzeitig gegen zwei Stimmen die Thronfolge Cumberlands für ausgeschlossen erklärte. Im folgenden Jahre brachte eine Militärkonvention des Herzogtums mit Preußen den ganzen Zwischenfall zum Abschluß.

## Drittes Kapitel.

### Der Kulturkampf.

Von dem Fluche der politischen Zerspaltung hatten die Kriege von 1866 und 1870 das deutsche Volk erlöst. Aber in demselben Augenblicke, wo es sich anschickte, eine nationale Einheit wieder herzustellen, erwachte auch der andere Fluch, der seit dem sechzehnten Jahrhundert auf ihm lastete, die konfessionelle Spaltung, wieder und legte sich wie ein Reif auf den sprossenden Frühling des nationalen Lebens.

Von Feindschaft gegen die katholische Kirche war die preussische Regierung nach wie vor so fern wie möglich. In einem Ministerrate am 2. Februar 1870, welcher sich mit den das Jahr vorher gegen das Kloster zu Moabit vorgefallenen Ausschreitungen beschäftigte, warnte Bismarck eindringlich vor jeder Abweichung von dem Grundsätze Friedrichs des Großen, daß jedermann in Preußen nach seiner Façon selig werden könne, welche das Vertrauen der Katholiken in die Freiheit und Sicherheit ihres Kultus erschüttern könne; die acht Millionen preussische Katholiken hätten sich 1848 und 1866 als treue Unterthanen bewährt, eine Erschütterung ihres Vertrauens würde ein Nachteil für die Dynastie sein, die Mitglieder einer bedrückten oder Bedrückung besorgenden Kirche ließen sich leicht fanatisieren. Diesem Grundsätze getreu versagte er sich auch jeder Maßregel zur Gegenwehr gegen die Beschlüsse des Vatikanum und der Glückwunsch, den Papst Pius IX. 6. März 1871 dem Kaiser auf die Anzeige von der Aufrichtung des deutschen Reiches sendete, schien auch für friedfertige Gesinnung auf der Gegenseite zu sprechen. Aber der Schein trug. Früher, solange neben Preußen zwei katholische Hauptmächte vorhanden waren, von denen jede einzeln für die katholische Kirche eine stärkere Basis zu sein schien als Preußen, hatte man in diesem Staate einen vollkommenen konfessionellen Frieden gehabt. Er wurde schon bedenklich und angefochten, nachdem die Macht, welche in Deutschland den eigentlichen Hort des römischen Einflusses bildete, im Kriege unterlag. Als auch die zweite katholische Hauptmacht denselben Weg ging und Deutschland die größte Schwerkraft in der politischen Wage wurde, ohne unter einer katholischen Dynastie zu stehen, verloren die Ultramontanen die Ruhe vollständig. Bereits am 1. Oktober 1870 sprach Bischof Ketteler von Mainz in einem Schreiben an den Bundeskanzler Befürchtungen für den



religiösen Frieden Deutschlands aus; denn infolge der Niederlagen des katholischen Frankreichs fürchte das katholische Deutschland, es solle protestantisch gemacht werden, wenn ihm nicht durch Aufnahme der Kirchenartikel der preussischen Verfassung in die neue Reichsverfassung Bürgschaften dafür gegeben würden, daß es katholisch bleiben dürfe. Am 8. November überreichte Erzbischof Ledochowski von Posen in Versailles eine Adresse, welche den König Wilhelm vermögen sollte, sein Ansehen für die Wiederherstellung des Kirchenstaates und die Befreiung des Heiligen Vaters aus seiner Gefangenschaft aufzubieten. Da das seltsame Begehren, bei welchem die Frage, ob denn die Römer selbst die päpstliche Herrschaft zurückkehrten, ganz außer Betracht blieb, nicht die gewünschte Zusage erhielt, begann ohne Verzug die „Mobilmachung der ultramontanen Partei gegen den preussischen Staat.“ Bei den Landtagswahlen im November 1870 entfaltete sie eine noch nicht dagewesene Kühnheit. Jeder von ihr aufzustellende Kandidat mußte sich verpflichten, einer besonderen katholischen Fraktion beizutreten, deren logische Folge doch die Bildung auch einer evangelischen Partei hätte sein müssen, und noch war das Jahr nicht zu Ende, als sich in Preußen die ersten Konflikte zwischen der Staatsgewalt und der römischen Kirche ankündigten. Professoren der Bonner und der Breslauer Universität, denen wegen Nichtannahme des Unfehlbarkeitsdogmas die Ausübung ihres Amtes untersagt worden war, einige Pfarrer und Gymnasiallehrer, die aus ähnlichem Grunde mit geistlichen Strafen belegt worden waren, riefen den Schutz der Regierung an und Kultusminister von Mühlcr konnte nicht umhin, daran zu erinnern, daß in den Statuten der Universität Bonn den Lehrern eine Norm für die Ausübung ihres Amtes gegeben sei, welche ohne Zustimmung des Staates nicht verändert werden könne, daß nach denselben Statuten eine bischöfliche Zurechtweisung von Mitgliedern der katholisch-theologischen Fakultät, auch in ihrer Eigenschaft als katholische Geistliche, nur mit Vorwissen des Staates eintreten dürfe. Mit Beziehung auf eine am 18. Februar von 57 preussischen Abgeordneten an den Kaiser Wilhelm gerichtete Bitte, er möge sein kaiserliches Amt durch eine glorreiche That, die Wiederherstellung der weltlichen Souveränität des Papstes, einweihen, enthielt die Thronrede bei Eröffnung des ersten Reichstages am 21. März die bezeichnenden Worte: „Der Geist, welcher in dem deutschen Volke lebt und seine Bildung und Gesittung durchdringt, nicht minder die Verfassung des Reiches und seine Heereseinrichtungen bewahren Deutschland inmitten seiner Erfolge vor jeder Versuchung zum Mißbrauche seiner, durch seine Einigung gewonnenen Kraft. Die Achtung, welche Deutschland für seine eigene Selbständigkeit in Anspruch nimmt, zollt es bereitwillig der Unabhängigkeit aller anderen Staaten und Völker, der schwachen wie der starken.“ In gleichem Sinne, nur noch deutlicher, drückte sich der Entwurf der Antwortadresse des Reichstages aus: „Die schweren Drangsale, die Frankreich heute erduldet, bekräftigen die oft, doch niemals straflos verkannte Wahrheit, daß selbst die mächtigste Nation nur in der

weisen Beschränkung auf die volle Entfaltung ihres inneren Wesens vor schweren Verirrungen gesichert bleibt. Auch Deutschland hat einst, indem die Herrscher den Überlieferungen eines fremden Ursprunges folgten, durch Einmischung in das Leben anderer Nationen die Keime des Verfalls empfangen. Das neue Reich fordert in dem Verkehr mit fremden Völkern für seine Bürger nicht mehr als die Achtung, welche Recht und Sitte gewährleisten, und gönnt, unbeirrt durch Abneigung oder Zuneigung, jeder Nation die Wege zur Einheit, jedem Staate die beste Form seiner Gestaltung zu finden. Die Tage der Einmischung in das innere Leben anderer Völker werden, so hoffen wir, unter keinem Vorwande und unter keiner Form wiederkehren.“ Hatte doch auch die weitverbreitete Abneigung gegen die Erneuerung des Kaisertums ihren Hauptgrund in der Erinnerung an jene römische Weltpolitik, in der das alte Kaisertum sich verzehrt hatte. Gerade auf diesen Weg aber wollten die Klerikalen das Reich wieder hindrängen. „Dem Heereszuge über die Alpen,“ sagte Reichensperger in der Debatte, „wolle er zwar nicht das Wort reden, aber ihm doch nicht absolut einen Kiegel vorschieben. Denn die Traktate, auf denen das Gleichgewicht Europas beruhe, könnten



Abgeordneter Peter Reichensperger. Nach Photographie.

in so unerhörter Weise erschüttert werden, daß man den Folgen vorbeugen müsse, wenn nötig, durch die ultima ratio.“ Unmittelbar nach Annahme der Adresse stellten die Führer des Zentrums, Ketteler, Windthorst, Mallinkrodt und die beiden Reichensperger, den Antrag, in die Reichsverfassung die sogenannten Grundrechte der preussischen Verfassung, Pressfreiheit, Vereinsrecht und volle Selbständigkeit der Kirche, aufzunehmen, d. h. vor allem die letzte Bestimmung, die in Preußen so viel Unheil angerichtet hatte, auf die übrigen deutschen Staaten auszudehnen und die in diesen bestehende gesetzliche Ordnung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche zu beseitigen. Nach einer heftigen dreitägigen Debatte wurde der Antrag mit 223 gegen 54 Stimmen zurückgewiesen.



So begann der Kampf des Zentrums gegen das neue deutsche Reich und den preussischen Staat, der nach einem von Bismarck in einem Wahlauftrage der Fortschrittspartei vom 23. März 1873 gebrauchten Ausdrucke mit dem Namen „Kulturkampf“ belegt worden ist. Wieder einmal handelte es sich um den alten Machtstreit zwischen Staat und Kirche. Besser als alles andere kennzeichnete jene Partei, daß sie ihre treuesten Bundesgenossen an allen reichsfeindlichen Elementen, wie Welfen und Elsaß-Lothringern, fand, daß in den



Abgeordneter von Mallinckrodt. Nach Photographie.

östlichen Landesteilen die gegen das Deutschtum gerichtete polnische Agitation im katholischen Klerus, den Erzbischof Ledochowski an der Spitze, ihre mächtigsten und eifrigsten Helfer besaß. In allen Ländern, konnte sich Bismarck mit vollem Rechte beklagen, sei die römisch-katholische Geistlichkeit eine nationale, nur in Deutschland mache sie eine Ausnahme. Besonders Aufsehen machte der Konflikt, in welchen die preussische Regierung mit dem Bischof Krementz von Ermeland geriet, weil dieser den Religionslehrer Wollmann am Gymnasium zu Braunsberg als Zeu-

gner der Unfehlbarkeit exkommuniziert hatte und dessen Entfernung vom Lehramte forderte. Minister Mühler, trotz seiner Strenggläubigkeit auf die Rechte des Staates so eiferfüchtig wie nur einer, gestand jedoch dieser Maßregel des Bischofs eine rechtliche Wirkung nicht zu; denn für den Staat sei Wollmann nach der Exkommunikation ebenso gut wie vor ihr Mitglied der katholischen Kirche; er lehnte sogar das Gesuch mehrerer Väter, ihre Kinder von dem Religionsunterrichte dieses Lehrers zu entbinden, ab. Formell im preussischen Landrechte begründet, erschien doch diese Ablehnung thatsächlich ungerecht, und es war keine gute Vorbedeutung für den Ausgang des Kampfes, daß der erste darin von seiten des Staates gethane Schritt im folgenden Jahre zurückgenommen werden mußte. Der

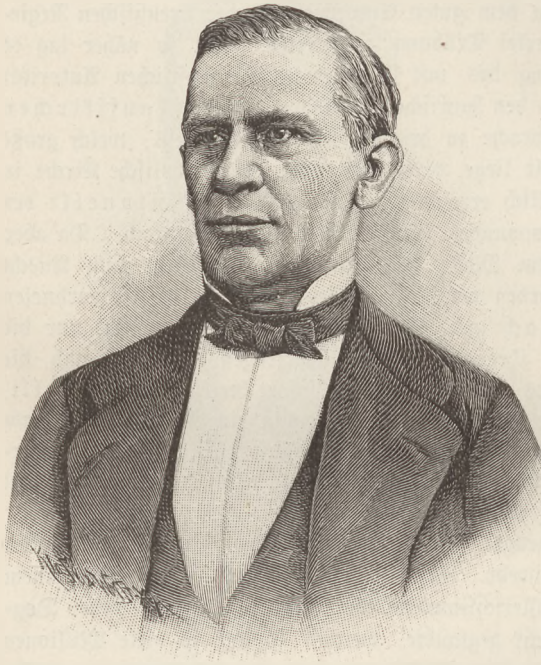
preußische Episkopat benutzte den Anlaß zu einem feierlichen Protest beim Kaiser gegen diesen offenen Eingriff in das innere Gebiet des Glaubens und unverhohlenen Gewissenszwang, wurde aber von demselben bedeutet, daß solche Konflikte von gewissen Vorgängen innerhalb der katholischen Kirche herrührten, daß ihm die Beurteilung dogmatischer Fragen fern liege, daß es aber seine Pflicht sei, die bestehenden Gesetze aufrecht zu erhalten und nach deren Maßgabe jeden Preußen in seinen Rechten zu schützen, daß es aber Aufgabe seiner Regierung sein werde, im Wege der Gesetzgebung dahin zu wirken, daß solche Konflikte ihre gesetzliche Lösung fänden.

Noch war bis dahin in dem guten Einvernehmen der preußischen Regierung mit dem Papste keinerlei Trübung eingetreten. Um so näher lag es für Bismarck, die Haltung des mit Mißbrauch der päpstlichen Autorität auftretenden Zentrums durch den bayrischen Gesandten Grafen Tauffkirchen vertraulich in Rom zur Sprache zu bringen mit dem Hinweis, welche große Gefahr darin für die Freiheit liege, deren sich bisher die katholische Kirche in Preußen erfreut habe. Wirklich erreichte er damit auch, daß Antonelli den Führern des Zentrums unumwunden seine Mißbilligung aussprach. Da aber zeigte sich, bis zu welchem Maße das infallibele Papsttum zum Knecht des Ultramontanismus geworden war. Das Zentrum schickte die Abgeordneten Fürst Löwenstein-Heubach und Vogens nach Rom, um nicht nur die Kurie von der Nützlichkeit ihrer Partei zu überzeugen, sondern auch die weiteren Stadien des Kampfes vorzubereiten, und sofort beeilte sich Antonelli, in einem Briefe an Ketteler seine Mißbilligung dahin einzuschränken: er habe nur die Absicht, den Reichstag zu einer Meinungsäußerung über eine Intervention zum Schutze der weltlichen Papstherrschaft zu veranlassen, als verfrüht bezeichnet. Auf diese Weise trat auch die Kurie in den Kulturkampf ein.

Diese Erfahrung überzeugte den Reichskanzler von der Notwendigkeit kräftigerer Mittel zur Gegenwehr. Es sei die höchste Zeit, erklärte er, einem staatlichen Dualismus der allerschlimmsten Art entgegenzutreten. Jedes Dogma, auch das von ihnen nicht geglaubte, welches so und so viele Millionen Landsleute teilten, müsse für ihre Mitbürger und für die Regierung heilig sein; aber den dauernden Anspruch auf eine Ausübung eines Teiles der Staatsgewalt könne diese den geistlichen Behörden nicht einräumen. Die Souveränität könne nur eine einheitliche sein und müsse es bleiben: die Souveränität der Gesetzgebung, und wer die Gesetze seines Landes als für ihn nicht verbindlich darstelle, stelle sich außer dem Gesetze und sage sich von dem Gesetze los. Am 8. Juli 1871 erfolgte die Aufhebung der katholischen Abtheilung im Kultusministerium, die, errichtet zur Wahrnehmung der staatlichen Hoheitsrechte über die Kirche, allmählich den Charakter angenommen hatte, daß sie ausschließlich die Rechte der Kirche innerhalb des Staates und gegen den Staat vertrat, so daß sich Bismarck schon vor mehreren Jahren die Frage vorgelegt hatte, ob es nicht nützlicher sei, an ihrer Stelle einen päpstlichen Nuntius zu haben, die sich außerdem ganz in den Dienst einiger großen



polnischen Familien behufs Polonisierung aller zweifelhaften deutsch-polnischen Distrikte gestellt hatte. Die Rücksicht auf letzteren Umstand wirkte auch mit bei der zweiten von der Regierung ergriffenen Maßregel, der Vorlage eines Gesetzes über die Beaufsichtigung des Schul- und Erziehungswesens (4. Dezember 1871) zu zweifelloser Klarstellung des Satzes, daß alle Beamten und Behörden, die bei der Schulaufsicht mitzuwirken haben, dabei im Namen des Staates handeln; es verfolgte den doppelten Zweck der Ausschließung der Geistlichen aus der Schule und der Abwehr ultramontan-polnischer Einflüsse



Kultusminister von Mühler. Nach Photographie.

von derselben. Die Einbringung dieses Gesetzes war die letzte Amtshandlung Mühlers, der dadurch mit seiner ganzen Vergangenheit in Widerspruch geriet. Zu seinem Nachfolger wurde am 22. Januar 1872 der Geheime Oberjustizrat Falk ernannt, der eigentliche Kampfminister gegen Zentrum und Ultramontanismus. Das Gesetz hatte aber nicht bloß den Widerstand des Zentrums, dessen einer Wortführer, der Mainzer Domkapitular Mousfang, den Schulzwang als das unerträglichste Staatsmonopol, als die Tyrannei der Tyranneien bezeichnete, sondern auch den der Anhänger einer

orthodoxen Hierarchie unter den Protestanten zu überwinden, ehe es durchging.

Um die nämliche Zeit vermaß sich der katholische Feldpropst Ramazanowski, die Abhaltung katholischen Gottesdienstes in der Garnisonkirche zu Köln um deswillen zu untersagen, weil die Militärbehörde den Altkatholiken die Mitbenutzung dieser Kirche gestattet hatte. Deshalb mit Suspension bedroht, erneuerte er, gestützt auf Weisungen aus Rom, das Verbot in einer für die Regierung so verletzenden Weise, daß diese nicht umhin konnte, ihn, 28. Mai, zu suspendieren. Im folgenden Jahre wurde die Feldpropstei ganz aufgehoben.

So hatte der Kampf schon immer weitere Kreise gezogen, als die bayerische

Regierung die Hilfe des Reiches gegen die Ultramontanen, die sogenannten Patrioten, anrief. Am 27. August 1871 hatte Kultusminister von Lutz in einem umfanglichen Erlasse die Ansprüche des Erzbischofs von München mit großer Entschiedenheit zurückgewiesen. Dem Bischof von Augsburg verweigerte er die Beihilfe des weltlichen Armes zur Vertreibung des als Infallibilitätsleugner exkommunizierten Pfarrers Kenzle von Mehring; am 22. Juli hatte der ultramontanen Einflüssen zugängliche Graf Bray seine Entlassung erhalten, worauf Graf Hegnenberg-Dux Ministerpräsident wurde. Nach dessen frühzeitigem Tode, Juni 1872, ließ zwar der König den Ultramontanen von Gasser den Versuch machen, ein Ministerium zu bilden, da er aber keines zu Stande brachte, blieben die bisherigen Minister unter von Freyhschners Präsidium am Ruder. Allein in einem Lande, dessen Bevölkerung zu drei Vierteln aus Katholiken bestand und von diesen wieder der größte Teil dank seiner niederen Bildungsstufe klerikalen Aufreizungen leicht zugänglich war, wo der Klerus seine amtliche Stellung zu einer wüsten



Staatsminister Johann von Lutz. Nach Photographie.

und rohen Agitation mißbrauchte, wo Bischof Senestrey von Regensburg offen erklärte, wenn die Könige nicht mehr von Gottes Gnaden sein wollten, werde er der erste sein, die Throne umzustürzen, besaß die Regierung für sich allein nicht die Kraft, um die Autorität des Staates genügend zu wahren. Sie beantragte im Bundesrate einen Zusatz zum Strafgesetzbuch, durch welchen der Mißbrauch der Kanzel mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft wurde, „als ein Bollwerk, welchem bei neuer Feststellung des Kirchenstaatsrechts andere folgen müßten.“ In Bayern, erläuterte Minister von Lutz, sei die Frage, ob die Regierung Herr im Staate sein solle oder die Kirche. Er berief sich zum Beweis dafür auf die Worte des Bischofs von Passau: „Die Kirche strebe, man möge machen, was man wolle, nach der Herrschaft im



Staate; sie habe es in allen Formen versucht; mit dem Absolutismus sei nichts mehr anzufangen, auch nicht mit dem Konstitutionalismus; man strebe daher nach einem anderen Ziele: man werde sich mit den Demokraten, mit den Massen verbinden.“ Er citierte außerdem aus einer dem letzten Konzil gemachten Vorlage die Stelle: „Die Kirche steht hoch über dem Staate, sie hat die oberste Gewalt, sie hat darüber zu entscheiden, was die Fürsten in den öffentlichen Angelegenheiten zu thun und zu lassen haben. Wenn ein Staatsgesetz im Widerspruch steht mit einem kirchlichen, so geht das letztere vor.“ Obgleich im Reichstage mehrfache Bedenken gegen dieses wie gegen jedes Ausnahmegesetz herrschten, so nahm er doch am 28. November den „Kanzelparagraphen“ an. Damit war also auch das Reich in den Kampf eingetreten.

So wenig wollte bei alledem Bismarck den Krieg mit der Kirche, daß er in Rom die Absicht kundgab, den Cardinal Hohenlohe als preussischen Gesandten bei der Kurie zu beglaubigen. Allein mit einer in der Geschichte der Diplomatie kaum erhörten Schroffheit lehnte der Heilige Stuhl das Anerbieten ab (Mai 1872). Selbst da jedoch erklärte er sich gegen den im Reichstag von mehreren Stimmen empfohlenen gänzlichen Abbruch der diplomatischen Beziehungen zum Heiligen Stuhle; er wollte nicht seinerseits die Brücke der Verständigung hinter sich abwerfen. Dagegen beschwichtigte er (14. Mai) die Besorgnisse wegen etwaigen Abschlusses eines Konkordats. „Ich halte es,“ sagte er, „nach den neuerdings ausgesprochenen und öffentlich promulgierten Dogmen der katholischen Kirche für eine weltliche Macht nicht für möglich zu einem Konkordat zu gelangen, ohne daß diese weltliche Macht bis zu einem gewissen Grade und in einer Weise effaciert würde, die das deutsche Reich wenigstens nicht annehmen kann. Seien Sie außer Sorge, nach Kanossia gehen wir nicht, weder körperlich noch geistig!“ Die Erbitterung des Papstes über diese Absage gab sich in einer doppelten Antwort kund. „Hegen wir ein festes Vertrauen,“ äußerte er am 25. Juni gegen eine Deputation des katholisch-deutschen Lesevereins in Rom, „halten wir in Eintracht zusammen; wer weiß, ob nicht bald sich das Steinchen von der Höhe löst, welches den Fuß des Kolosses zertrümmert“ (Daniel 2, 34). Und in einer Allocution an das Kardinalskollegium vom 23. Dezember sprach er von der grausamen Verfolgung der Kirche im deutschen Reiche, von der Anmaßung und Unverschämtheit (*impudentia*) der Reichsregierung. Sofort erhielt der Legationssekretär Stumm, welcher in Rom die Geschäfte der preussischen Regierung versah, Befehl, unbestimmten Urlaub zu nehmen. Neun Jahre blieb seitdem der diplomatische Verkehr mit der Kurie abgebrochen. Aber der Mainzer Katholikenverein sprach dem Papste seine tiefste Ehrfurcht und Dankbarkeit aus für die in der Allocution gebrauchten Worte.

Veranlaßt durch eine wahre Sturmflut von Petitionen gegen und für die Jesuiten, richtete der Reichstag am 23. Mai an den Reichskanzler die Aufforderung, einen Gesekentwurf vorzulegen, welcher die rechtliche Stellung

der religiösen Genossenschaften, die Frage ihrer Zulassung und deren Bedingungen regelle, sowie die staatsgefährliche Thätigkeit derselben, namentlich der Gesellschaft Jesu, unter Strafe stelle. Von letzterer war auch Bismarck überzeugt. „Die Gefahr,“ sagte er, „die gerade die Thätigkeit der Jesuiten für Deutschland, für seine Einigkeit, für seine ganze nationale Entwicklung mit sich bringt, liegt nicht in dem Katholizismus der Jesuiten, sondern in ihrer ganzen internationalen Organisation, in ihrem Lossagen von allen nationalen Banden, in ihrer Zerfetzung der nationalen Regungen überall, wo sie ihnen beikommen können. Dieser Kosmopolitismus, diese Neigung zur Vaterlandslosigkeit ist es gerade, die der Jesuitenorden fördert, und das ist mein Hauptgrund gegen die Jesuiten; sonst sind sie geschickter, duldsamer als andere Orden. Sie sind aber eine Gefahr für das geringe Maß, für den geringen Rest von Nationalgefühl, der den meisten Deutschen noch geblieben ist.“ Der Bundesrat kam jener Aufforderung durch Vorlage eines Entwurfes nach, demzufolge die Regierungen befugt sein sollten, den Jesuiten und verwand-



Kultusminister Dr. Falk. Nach Photographie.

ten Kongregationen, auch wenn sie das deutsche Indigenat besäßen, an jedem Orte des Bundesgebietes den Aufenthalt zu verjagen. Ausgedehnte und heftige Debatten fanden über denselben statt; auch nicht zum Centrum gehörende Abgeordnete sträubten sich gegen eine solche Ausnahmemaßregel, obgleich Gneist einleuchtend nachwies, daß es sich hierbei keineswegs um die Freiheit des Vereinsrechtes, sondern um eine feste, hierarchische Kastenordnung, die das Gegenteil von freier Vereinigung sei, um die Thätigkeit nach den Befehlen eines auswärtigen Oberen und den Gehorsam gegen diese Befehle handele. Schließlich stellten die Nationalliberalen und Freikonservativen dem Entwurfe einen anderen, schärferen gegenüber, wonach der Jesuitenorden und die ihm verwandten Kongregationen, als Redemptoristen, Lazaristen, Priester



vom Heiligen Geist, die Gesellschaft vom heiligen Herzen Jesu, vom Gebiete des deutschen Reiches ausgeschlossen, die Errichtung von Niederlassungen derselben untersagt, die bestehenden binnen sechs Monaten aufgelöst sein sollten, und in dieser Fassung wurde das Gesetz, das erste aus der Initiative des Reichstages hervorgegangene, sowohl vom Reichstage wie vom Bundesrate angenommen (Gesetz vom 4. Juli 1873).

Nachdem der preussische Staat einmal so weit gegangen war, konnte er dabei nicht stehen bleiben; er mußte daran gehen, seine wichtigsten Beziehungen zur Kirche selbständig zu regeln. Minister Falk arbeitete vier Gesetze aus, die sämtlich von der Anschauung ausgingen, daß Staat und Kirche auf ethischem Gebiete gleichberechtigte Mächte seien, daß aber auf dem Rechtsgebiete der Staat der höhere sei, die Kirche nur die Stellung einer Kooperation habe. Das erstere handelte von den Grenzen des Rechtes zum Gebrauche kirchlicher Straf- und Zuchtmittel, das zweite von der Vorbildung und Anstellung der Geistlichen, das dritte vom Austritt aus der Kirche, das vierte von der kirchlichen Disziplinargewalt und der Errichtung eines königlichen Gerichtshofes für kirchliche Angelegenheiten. Das wichtigste war das zweite; denn es schrieb den Bischöfen die Pflicht vor, von jeder Anstellung eines Geistlichen dem Oberpräsidenten Anzeige zu machen, gab dem Staate ein Einspruchsrecht gegen jede Anstellung oder Versetzung eines Geistlichen und machte die Anstellung abhängig von der Vorlegung eines Abiturientenzeugnisses, von der Zurücklegung eines dreijährigen theologischen Studiums auf einer deutschen Staatsuniversität und von Bestehung einer wissenschaftlichen Prüfung in Philosophie, Geschichte, deutscher Pöitteratur und klassischen Sprachen. Die den staatlichen Lehranstalten entsprechenden kirchlichen waren unter Staatsaufsicht gestellt und, falls sie die gesetzlichen Vorschriften nicht befolgten, mit Schließung bedroht, die Knabenseminare und Konvikte schlechthin für ungesetzlich erklärt.

Nicht das Geringste war in diesen Gesetzen enthalten, wodurch der Glaube, die Religion angetastet worden wäre; sie thaten nichts, als daß sie die äußerlichen Beziehungen des Klerus zum Staate regelten in einer Weise, wie sie in verschiedenen anderen Ländern längst zu Recht bestand. Dennoch erhob sich der ganze Episkopat wie ein Mann dagegen. Kein Priester, erklärte er, werde sich solchen Gesetzen freiwillig unterwerfen. Und so völlig wehrlos war der Staat dieser Widersechlichkeit gegenüber, daß zuerst noch die Umgestaltung der Paragraphen 15 und 18 der Verfassung vorhergehen mußte (5. April 1873), bevor die Forderungen des modernen Staatsrechts sich gegen die Ansprüche des mittelalterlichen Kirchenrechts durchsetzen ließen. Es war eine der größten parlamentarischen Schlachten, die in beiden Häusern des Landtags um diese Gesetze geschlagen wurde. In einer seiner bedeutendsten Reden beleuchtete Bismarck (10. März) den Streit von hohem politischen Standpunkte aus: „Es handelt sich“, sagte er, „nicht, wie unseren katholischen Mitbürgern eingeredet wird, um den Kampf einer evangelischen Dynastie gegen

die katholische Kirche, es handelt sich nicht um den Kampf zwischen Glauben und Unglauben, es handelt sich um den uralten Machtstreit zwischen Königtum und Priestertum, den Machtstreit, der die deutsche Geschichte des Mittelalters bis zur Zerschlagung des Deutschen Reiches erfüllt hat unter dem Namen der Kämpfe der Päpste mit den Kaisern, der seinen Abschluß damit fand, daß der letzte Vertreter des erlauchten schwäbischen Kaiserstammes unter dem Beil eines französischen Eroberers auf dem Schafott starb und daß dieser Eroberer im Bündnis mit dem damaligen Papste stand. Wir sind der analogen Situation sehr nahe gewesen, überseht in die Sitten unserer Zeit. . . . Dieser Machtstreit unterliegt denselben Bedingungen wie jeder andere politische Kampf und es ist eine Verschiebung der Frage, die auf den Eindruck auf urteilslose Leute berechnet ist, wenn man sie darstellt, als ob es sich um Bedrückung der Kirche handelte. Es handelt sich um Verteidigung des Staates, um die Abgrenzung, wie weit die Priesterherrschaft und wie weit die Königsherrschaft gehen soll, und diese Abgrenzung muß so gefunden werden, daß der Staat seinerseits dabei bestehen kann. Denn in dem Reiche dieser Welt hat er das Regiment und den Vortritt.“ Dem Zentrum galten hauptsächlich drei Punkte in der Vorlage als ganz unannehmbar: die Anzeigepflicht, die Unterstellung der geistlichen Lehranstalten nebst dem Kulturexamen und der kirchliche Gerichtshof mit dem Rechte, über widerrechtliche Geistliche Strafen zu verhängen. In noch höherem Maße aber als bei dem Schulaufsichtsgesetze hatte die Regierung auch diesmal die peinliche Erfahrung zu machen, daß sie bei dem Kampfe gegen die Übergriffe und Herrschgelenke der römischen Kirche gerade von den entschiedenen Gliedern der evangelischen Kirche, d. h. von denjenigen Konservativen, die ebenfalls ihre Kirche von der Staatsgewalt möglichst zu emanzipieren trachteten, im Stich gelassen wurde.

Nachdem die vier „Maigesetze“ in beiden Häusern des Landtags gegen die Stimmen des Zentrums und eines ansehnlichen Teiles der Konservativen zur Annahme gelangt waren, fanden es die Jesuiten an der Zeit, auch den Papst sprechen zu lassen. „Sämtliche Maßregeln“, schrieb Pius IX. am 7. August 1873 an Kaiser Wilhelm, „welche von Ew. Majestät Regierung seit einiger Zeit ergriffen worden sind, zielen mehr und mehr auf die Vernichtung des Katholizismus ab. Wenn ich mit mir selbst zu Räte gehe, welche Ursachen diese sehr harten Maßregeln verursacht haben mögen, so bekenne ich, daß ich keine Gründe aufzufinden im stande bin. Andererseits wird mir mitgeteilt, daß Ew. Majestät das Verfahren Ihrer Regierung nicht billigen. Wenn das aber wahr ist, werden dann Ew. Majestät nicht die Überzeugung gewinnen, daß diese Maßregeln keine andere Wirkung haben als die, den eigenen Thron Ew. Majestät zu untergraben? Ich rede mit Freimut, denn mein Panier ist Wahrheit, und ich rede um eine Pflicht zu erfüllen, die darin besteht, allen die Wahrheit zu sagen, auch den Nichtkatholiken. Denn jeder, der die Taufe empfangen hat, gehört in irgend einer Beziehung oder auf irgend eine Weise dem Papste an.“ — Die sehr würdig und maßvoll ge-



haltene Antwort des Kaisers (3. September) hob zunächst den Irrtum hervor, als könne seine Regierung Bahnen einschlagen, die er nicht billige, bezeichnete den Ungehorsam der katholischen Geistlichkeit als die Ursache, durch welche der in Preußen seit Jahrhunderten bestehende konfessionelle Friede gestört worden sei, knüpfte daran die Hoffnung, daß der von der wahren Lage der Dinge unterrichtete Papst seine Auktorität anwenden werde, um der unter Mißbrauch des priesterlichen Ansehens betriebenen Agitation ein Ende zu machen, und schloß mit den durch die ganze protestantische Christenheit wiederhallenden Worten: „Noch eine Äußerung in dem Schreiben Ew. Heiligkeit kann ich nicht ohne Widerspruch übergehen, nämlich die, daß jeder, der die Taufe empfangen hat, dem Papste angehöre. Der evangelische Glaube, zu dem ich mich, wie Ew. Heiligkeit bekannt sein muß, gleich meinen Vorfahren und mit der Mehrheit meiner Unterthanen bekenne, gestattet uns nicht, in dem Verhältnis zu Gott einen anderen Vermittler als unseren Herrn Jesus Christus anzuerkennen.“

Beide Schreiben blieben ohne praktischen Erfolg. Vielmehr, da sich die Maigesetze der geistlichen Auflehnung gegenüber bald als unzureichend erwiesen, wurden sie 1874 durch zwei weitere Gesetze, über die Verwaltung erledigter Bistümer und eine nähere Erläuterung des Gesetzes über die Anstellung von Geistlichen, ergänzt. Das auf Preußens Antrag vom Bundesrat und Reichstag angenommene Expatriierungsgesetz räumte den Regierungen das Recht ein, gegen Geistliche, die trotz ihrer Entlassung ihr Amt auszuüben versuchten, mit Ausweisung aus bestimmten Bezirken oder mit Internierung, Entziehung der Staatsangehörigkeit und Ausweisung aus dem Bundesgebiete vorzugehen. Endlich, da durch das gesetzwidrige Verhalten der Geistlichen ein großer Teil der katholischen Bevölkerung zur Eingehung ungültiger Ehen verleitet wurde, legte die preußische Regierung, ob auch nicht ohne schwere Bedenken, die besonders den frommen Kaiser und seinen Kanzler bedrückten, im Jahre 1875 ihrem Landtage ein für alle Unterthanen ohne Unterschied des Bekenntnisses gültiges Gesetz über die Einführung der obligatorischen Zivilehe und die Bekundung des Personenstandes vor, welches auch zum Reichsgesetze erhoben wurde. Bismarck lag krank in Varzin, als Falk ihm durch die Drohung mit seinem Rücktritte die Zustimmung zu diesem Gesetze abnötigte. Dem hochkonservativen von Gerlach, der ihm im Herrenhause vorwarf, daß er vor 25 Jahren ganz anders gedacht habe, erwiderte er: „Ich treibe keine Fraktionspolitik als Minister, sondern ich habe gelernt, meine persönliche Überzeugung den Bedürfnissen des Staates unterzuordnen . . . Meine persönliche Stellung zu der Frage der Zivilehe ist die, daß ich mich allerdings nicht bereitwillig, sondern ungern und nach großem Kampfe entschlossen habe, mit meinen Kollegen dafür einzustehen. Ich habe hier nicht Dogmatik zu treiben, ich habe Politik zu treiben. Aus dem Gesichtspunkte der Politik habe ich mich überzeugt, daß der Staat in der Lage, in welche ihn das revolutionäre Verhalten der Bischöfe gebracht hat, durch das Gebot der Notwehr gezwungen ist, das Gesetz zu er-

lassen, um die Schäden von einem Teile der Unterthanen Sr. Majestät abzuwenden, welche die Auflehnung der Bischöfe gegen das Gesetz und den Staat über sie verhängt hat. Ich bin ein den Gesamtbedürfnissen und Forderungen des Staates im Interesse des Friedens und des Gedeihens meines Vaterlandes gegenüber sich unterordnender Staatsmann.“

Die Maigesetze nebst ihren Ergänzungen brachten den Kampf auf seine Höhe. Auf einer Versammlung zu Fulda kamen die Bischöfe überein, ihnen den Gehorsam zu versagen, wenngleich die Bestimmungen, gegen welche sie ankämpften, zum Teil in ausgiebigerem Maße früher schon in Preußen bestanden hatten. „Es ist nicht gegen das Gewissen“, durfte ihnen Falk mit Recht vorwerfen, „gleichen oder weitergehenden Bestimmungen sich in Süddeutschland und in Elsaß-Lothringen zu fügen; es ist einem preußischen Bischof nicht gegen das Gewissen, in Oldenburg zu thun, was er in Preußen nach seinem Gewissen nicht thun darf.“ Aber einmal durch die Anerkennung des Infallibilitätsdogmas unter das römische Joch gebeugt und jeder Selbständigkeit beraubt, sahen sie sich gezwungen, dem auswärtigen Feinde ihres Volkes Heeresfolge zu leisten. Es gab eben für die ultramontane Richtung nur einen bitter gehaßten Feind, den preußischen Staat, den einzigen, der sich zu ihren Bestrebungen in unversöhnlichem Gegensatz befand, weil er auf der prinzipiellen Gleichberechtigung der Bekenntnisse beruhte. Die Bischöfe weigerten sich, der Anzeigepflicht nachzukommen, versagten den Oberpräsidenten die Einsicht in das Innere ihrer Seminararien und führten dadurch deren Schließung herbei, bezahlten die ihnen auferlegten Geldstrafen nicht, ließen die Pfändung über sich ergehen und wanderten, wenn nichts mehr zu pfänden war, ins Gefängnis. Der königliche Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten bekam alle Hände voll zu thun. Über den Erzbischof Ledochowski von Posen, der zu Ostrowo gefangen saß, sprach er 15. April 1874 die Absetzung aus; nicht lange und die Bischöfe von Paderborn, Köln, Breslau, Münster und Limburg teilten sein Schicksal. Da außerdem die drei Bistümer von Fulda, Osnabrück und Trier durch Tod erledigt waren, so standen sämtliche preußische Bischofsstühle mit Ausnahme derer von Kulm, Ermland und Hildesheim verwaist, denn bei keinem der erledigten kam es zwischen Kapitel und Regierung zu einer Einigung über die Wiederbesetzung. Die Abgesetzten aber geberdeten sich nach wie vor als die rechtmäßigen Inhaber und die große Masse der Bevölkerung schlug sich blindlings auf ihre Seite. Den dadurch herbeigeführten Nothstand nannten die Ultramontanen diokletianische Verfolgung der Kirche. Allein je länger je mehr verloren die Bischöfe die Leitung des Kampfes aus der Hand; diese ging über in die Hände einer rohen klerikalen Demagogie, die unter Anführung der Kaplane offene revolutionäre Agitation betrieb. Die süddeutsche Kaplanspresse strotzte von Ausbrüchen des rohesten Preußenhasses und brüstete sich mit der Hoffnung, dem Deutschen Reiche bald mit Hilfe Frankreichs ein Ende gemacht zu sehen.

Den preußischen Konservativen hatte ihre Haltung in der kirchlichen



Frage bei den Landtagswahlen von 1873 eine schwere Niederlage eingetragen; es zeigte sich, daß das evangelische Volk seine kirchlichen Interessen doch anders verstehe, als daß es sich als Nachtrab des ultramontanen Heeres im Kampfe gegen die preußische Krone mißbrauchen lassen sollte. Dem Centrum dagegen trug die Fanatisierung der Massen bei den Reichstagswahlen von 1874 reiche Frucht: es wuchs von 58 auf 92, bei den nächsten auf 100 bis 106, und hat diese Zahl seitdem fast unverändert behauptet. Es wurde dadurch



Windthorst. Nach Photographie.

zur ausschlaggebenden Partei im Reichstage, einer Partei, die nach den Befehlen eines auswärtigen Machthabers stimmte! und der Nimbus der Überzeugungstreue, des Kampfes für die Freiheit, mit dem es sich zu umgeben wußte, führte ihm mehr als einmal auch von der Linken Stimmen zu. Das Haupt des Centrums war Windthorst, das geschäftsführende Mitglied der Partei, wie Bismarck ihn nannte, dessen Worte nicht Öl von der Sorte seien, welche Wunden heile, sondern von der, welche die Flammen nähre, die Flammen

des Borns. Jahrelang liefen die Fäden der Opposition gegen Preußen und das Reich in der Hand dieses in allen Künsten und Wegen der Politik bewanderten Mannes zusammen; Polen und Welsen, Dänen und Protestler sammelten sich um das Panier des Abgeordneten für Meppen, überall hatte er seinen Finger dazwischen, wo etwas geschah, um die Neuordnung der Dinge in Deutschland gehässig und verächtlich zu machen, um den Namen Bismarck dem allgemeinen Hasse preiszugeben. „Gehen Sie“, sagte dieser mit Bezug auf die Verleumdungen, zu denen das Centrum die unberechtigten und unstichhaltigen Veröffentlichungen Lamarmoras auszubeuten suchte, „gehen Sie von der Garonne bis zur Weichsel, vom Belt bis zur Tiber, suchen

Sie an den heimischen Strömen, der Oder und dem Rhein, umher, so werden Sie finden, daß ich in diesem Augenblicke die wohl am stärksten und — ich behaupte stolz — die am besten gehaftete Persönlichkeit in diesem Lande bin.“

Die Folge der Verhetzung der unwissenden Masse, der Bismarck fort und fort als der geschworene Feind ihres Glaubens und ihrer Kirche abge- schildert wurde, blieb nicht aus. Am 13. Juli 1874 feuerte ein Böttcher- gesell aus Neustadt-Magdeburg namens Kullmann auf den zur Badekur in Kissingen weilenden Reichskanzler einen Schuß ab, der ihn jedoch nur leicht an der Hand streifte. Das Verhör stellte unwiderleglich fest, daß die Aufstachelungen ultramontaner Geistlichen dem Menschen den Kopf erhitzt und die Mordwaffe in die Hand gedrückt hatten. Die Germania aber, das Ber- liner Blatt der Alerikalen, besaß die Stirn, es gar nicht auffallend zu finden, wenn das tief verletzte Gefühl der Katholiken in solcher Weise zu einem ver- brecherischen Plane sich verdichte; als jedoch auch Windthorst im Reichs- tage seine und seiner Partei Hände in Unschuld zu waschen und die Verant- wortlichkeit für das Verbrechen denen zuzuschreiben versuchte, die an dieser Aufregung schuld seien, da rief Bismarck dem Centrum die niedererschmetternden Worte zu: „Ja, meine Herren, mögen Sie sich lossagen von diesem Mörder, wie Sie wollen, er hängt sich doch an Ihre Rockschöße!“

Den schärfsten Ausdruck, bis zur Zerreißung der einst durch die Bulle *De salute animarum* geschaffenen Vereinbarung, gab Pius IX. dem unver- söhnlichen Gegensatz zwischen der infallibeln kirchlichen Autokratie und dem modernen Staate in der Enchiklika *Quod nunquam* vom 5. Februar 1875, in der er die neuen Kirchengesetze, welche die göttliche Verfassung der Kirche vollständig umstürzten und die heiligen Gerechtfame der Bischöfe gänzlich zu Grunde richteten, rundweg für ungültig erklärte, ihnen Gehorsam zu leisten verbot und alle, die sich ihnen dennoch unterwerfen würden, mit der großen Exkommunikation belegte. Seine Weihnachtsallokution tobte gegen den zweiten Nero, andere Ansprachen gegen den modernen Attila. Ledochowski wurde zum Hohn für die preußische Regierung mit dem Kardinals purpur bekleidet. Diesen Ausbrüchen fanatischer Leidenschaft konnte die preußische Regierung nicht umhin, mit weiteren Schutzmaßregeln zu begegnen. Nachdem eine Auf- forderung an die italienische Regierung, das Garantiegesez in der Richtung abzuändern, daß durch ein internationales Abkommen Maßregeln gegen die päpstlichen Übergriffe festgestellt würden, keinen Erfolg gehabt hatte, erließ sie mit Zustimmung des Landtags eine Reihe neuer Gesetze: erstens das sogenannte Sperrgesez (22. April 1875), welches, um nicht dem eigenen Feinde die Mittel zum Aufruhr zu bewilligen, die Einstellung der Leistungen aus Staats- mitteln für diejenigen Geistlichen vorschrieb, die nicht die förmliche Erklärung abgaben, den Staatsgesetzen gehorchen zu wollen; bei welcher Gelegenheit der größte Teil der abgefallenen Feudalen, durch die Enchiklika bekehrt, auf die Seite der Regierung zurückkehrte. Das zweite hob die geistlichen Orden und



ordensähnlichen Kongregationen mit Ausnahme der Krankenpflegenden in Preußen auf. Das dritte, vom 31. Mai, hob die Paragraphen 15, 16 und 18 der Verfassung auf, welche der Kirche ihre Unabhängigkeit verbürgten. „Die Regierung“, sagte Bismarck, „kann den Frieden nicht suchen, solange die Gesetzgebung nicht von den Fehlstellen gereinigt ist, mit denen sie seit 1840 in einem übel angebrachten Vertrauen auf Billigkeitsgefühl der anderen Seite, auf Patriotismus bei denjenigen, die man mit der Ausführung betraute, stellen-



Kardinal Ledochowski. Nach Photographie.

weise unwirksam gemacht wurde. Sobald dies geschehen ist, werde ich kein eifrigeres Bemühen haben, als den Frieden, selbst mit dem Zentrum, namentlich aber mit dem sehr viel mäßiger gesinnten römischen Stuhle zu suchen, und ich hoffe, ihn dann auch mit Gottes Hilfe zu finden.“ Als viertes Gesetz kam das über die Verwaltung des Vermögens katholischer Gemeinden hinzu und wider Erwarten beschlossen die Bischöfe unter Preisgabe des

Grundsatzes, daß die Kirche zur Ausführung eines vom Staate einseitig über kirchliche Angelegenheiten erlassenen Gesetzes nicht die Hand bieten dürfe, die geforderte Erklärung, dem Gesetze Folge leisten zu wollen, zu geben. Es waren bei der Debatte über dieses Gesetz so himmelschreiende Mißbräuche in der kirchlichen Vermögensverwaltung an die Öffentlichkeit gezogen worden, daß sie ihren eigenen Gläubigen gegenüber nicht wagten, in diesem Punkte auf ihrem Widerstande zu beharren.

Im übrigen freilich blieb die widerspenstige Haltung des Alerus die nämliche. In Posen wurde ein Domherr als päpstlicher Geheimdelegat zu zwei Jahr Gefängnis verurteilt. Die Pfarrstellen verödeten, weil die Bischöfe

sich der Anzeigepflicht weigerten, in vielen katholischen Schulen wurde kein Religionsunterricht erteilt, die akademischen Lehrstühle an den katholisch-theologischen Fakultäten blieben unbesetzt. Die Kurie aber hatte weder Auge noch Sinn für diese Nothstände. Das Heil der Religion und der sechzehn Millionen preußischer Katholiken lag ihr unendlich weniger am Herzen, als ihre hierarchischen Interessen. Die Verbeugung der unwissenden Menge nahm dabei unausgesetzt ihren Gang. In Marpingen bei Trier hatten verschmitzte Kinder Muttergotteserscheinungen, bis sie schließlich gestanden, daß alles erlogen gewesen. Zu Gerenth im elsässischen Weilerthale erschien die Jungfrau den Wallfahrern, den nahen Tag der Befreiung verkündigend, bis die Polizei auch hier dem Spuk ein Ende machte. Aus diesen Wirren drohte sich selbst ein folgenschwerer Konflikt zwischen dem Reichstage und Bismarck zu erheben, als ein Mitglied des ersteren, der Redakteur der Germania, Majunke, wegen Beleidigung des Kaisers, des Kanzlers und des Ministeriums zu einem Jahr Gefängnis verurteilt und zur Verbüßung dieser Strafe im Dezember 1874 abgeführt wurde. Obgleich allseitig anerkannt werden mußte, daß damit eine Verletzung eines verfassungsmäßigen Rechtes des Reichstages nicht stattgefunden habe, nahm doch eine aus Zentrum, Fortschritt, Polen und Radikalen zusammengesetzte Mehrheit den Antrag Herverbecks an auf Änderung der Verfassung, um die Möglichkeit auszuschließen, daß während der Dauer der Sitzungsperiode ein Abgeordneter ohne Genehmigung des Reichstages verhaftet werde. Laut frohlockte die katholische Presse, daß Bismarck am schneeigen Wintertage vor Majunke und dem Schloß am Plözensee ein erstes Kanossa gefunden habe. Tief betroffen, daß in der ganzen Verhandlung aus den Reihen der reichsfeindlichen Parteien nicht ein Wort gefallen war, aus welchem die Zurückweisung jedes Interesses für Majunke klar ersichtlich geworden wäre, hielt er es bei solcher Lage der Dinge nicht für möglich, seinerseits die Verantwortung für die Reichspolitik weiter zu tragen und reichte sein Abschiedsgesuch ein. Allein Kaiser Wilhelm wies den Gedanken, die Reichspolitik in andere Hände zu legen, weit von sich, und auch der Reichstag beeilte sich, den begangenen Fehler durch ein formelles Vertrauensvotum wieder gut zu machen.

Auch anderen deutschen Staaten blieb der Kulturkampf nicht erspart. In Bayern, wo sich der Kultusminister von Lutz durch die vorsichtige, aber entschiedene Art, wie er, gestützt auf die Zustimmung des Königs, alle Eingriffe in die Rechte des Staates abzuwehren verstand, den tödlichen Haß der „Patrioten“ zugezogen hatte, spannte diese Partei unter Führung Jörgs alle Kräfte an, um sich des Staatsruders zu bemächtigen und von da aus den trennenden Keil in das immer fester werdende Gefüge des deutschen Reiches hineinzutreiben. Allein ihre Siege bei den Kammerwahlen waren stets so geringfügig, daß sich damit nur wenig anfangen ließ, und all ihre Anläufe brachen sich an dem festen Willen des Königs, bis sie 1887 dadurch, daß sich sieben Gemäßigtere von ihr löstigten, die Majorität verlor. Da sie



sich stets dagegen verwahrte, eine konfessionelle Partei zu sein, bildete Sigl 1877 im Gegensatz zu ihr eine katholische Volkspartei. In der badischen zweiten Kammer stieg die Zahl der Klerikalen von fünf im Jahre 1871 bis 1881 auf 24. Die in dem Grenzlande doppelt bedenkliche klerikal-revolutionäre Agitation veranlaßte das Ministerium Jolly zur Schließung des theologischen Konvikts und der Knabenseminare in Freiburg, sowie zu dem Kirchengesetze vom 19. April 1874, welches für die Theologen beider Kirchen ein Kultur-



Abgeordneter Joerg. Nach Photographie.

examen einführte, aber 1881 wieder aufgehoben wurde. Die Wiederbesetzung des erzbischöflichen Stuhles von Freiburg nach Kübels Tode scheiterte lange an der Aufstellung unannehmbarer Kandidatenlisten, bis endlich 1882 Domkapitular Drbin gewählt wurde. Auch in Hessen wurde 1875 eine Reihe von Kirchengesetzen für notwendig erkannt. Nur Württemberg blieb von konfessionellen Konflikten verschont. Von Deutschlands Nachbarländern war es vornehmlich die Schweiz, welche ebenfalls in den kirchlichen Kampf hineingezogen wurde, zu-

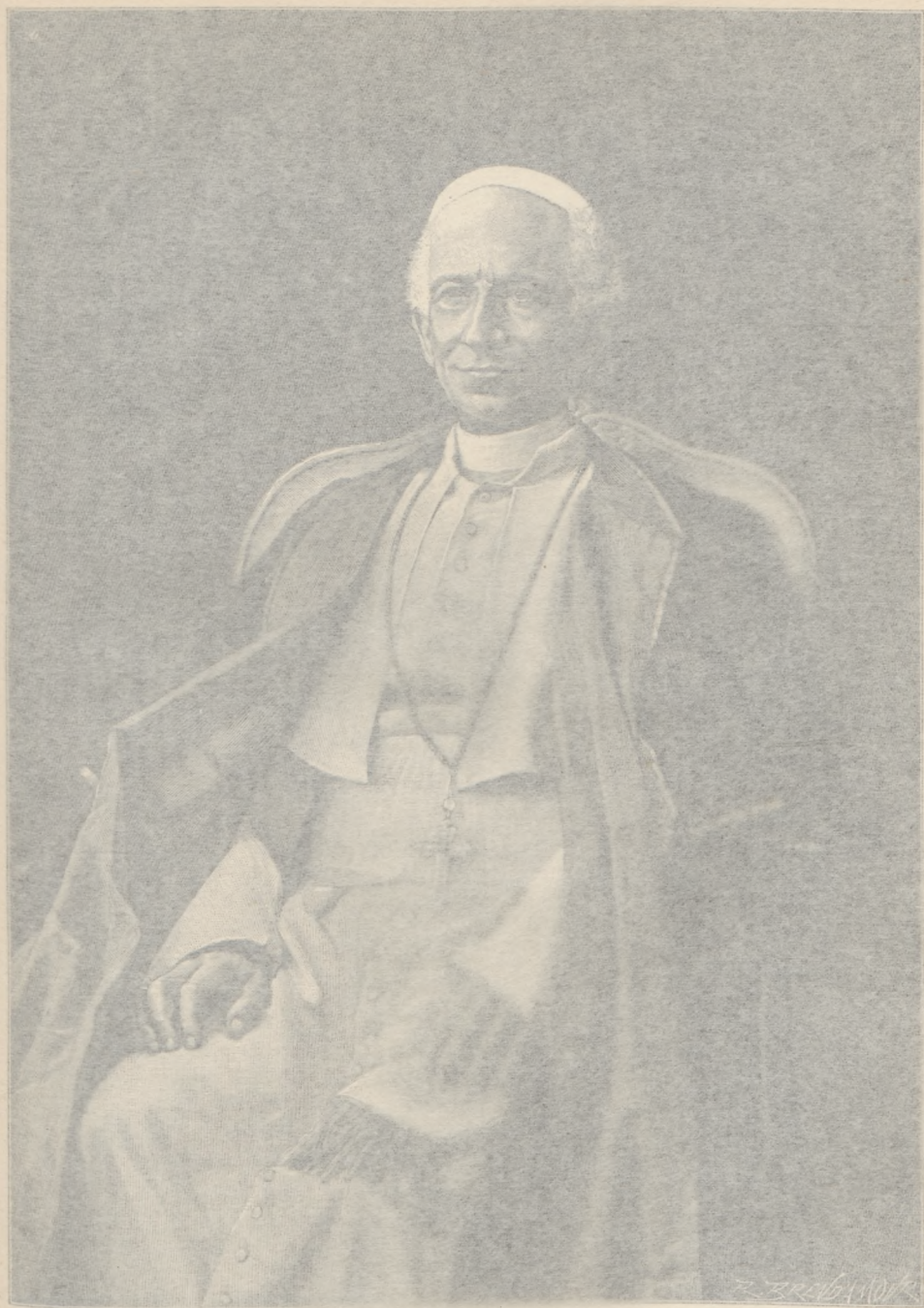
erst durch die Annahmung Pius' IX., das seit der Reformation eingezogene Bistum Genf eigenmächtig und ohne sich im geringsten um die Regierung zu kümmern, wiederherstellen zu wollen, indem er 1872 den Pfarrer Merimilod zum Bischof daselbst ernannte. Das Regierungsverbot, sich aller und jeder bischöflichen Kompetenz zu enthalten, und seine Entsetzung als Pfarrer würdigte der neue Bischof gar keiner Beachtung. Aber die Regierung des kleinen Kantons machte kürzeren Prozeß als die des mächtigen deutschen Reichs. Sie wandte sich an den Bundesrat; unter dessen Zustimmung wurde der Widerspenstige über die Grenze gebracht und der päpstliche Nuntius

Agnozzi erhielt seine Pässe zugesandt. Auch Bischof Vachat von Basel provozierte durch seine Annahme das Einschreiten der zu seiner Diözese gehörigen Regierungen. Eine allgemeine Bewegung ging durch die Schweiz, die sich in der Bildung zahlreicher altkatholischer Gemeinden kundgab. Dies mochte dazu beitragen, daß der päpstliche Stuhl gelindere Saiten aufzog. Mermillod wurde 1883 mit Genehmigung der Regierung zum Bischof von Lausanne ernannt, der abgesetzte Vachat im nächsten Jahre zum apostolischen Administrator des Bistums Tessin. In Belgien verfielen die Klerikalen darauf, durch Errichtung einer vom Grafen Langrand-Dumonceau geleiteten Bank, die durch eine große Anzahl von Pfarrern geleiteter Zweigbanken ihr Netz über das ganze Land ausbreitete, sich zur ersten Kapitalmacht aufzuschwingen. Aber der Schwindel endigte mit einem schmachvollen, für viele Tausende verderblichen Bankerott, über dem auch das klerikale Ministerium d'Unethan am 1. Dezember 1871 zu Falle kam. Noch behaupteten sich die Klerikalen, erst unter de Theux, dann unter Malou am Ruder. Die belgischen Bischöfe durften in ihren Hirtenbriefen unter wutschnaubenden Ausfällen gegen die deutsche Regierung und den Kaiser ihre preussischen Kollegen zur Auflehnung gegen die Staatsgesetze ermuntern; ein Kesselschmied aus Seraing namens Duchesne durfte sich dem Erzbischof von Paris brieflich gegen eine Summe Geldes zur Ermordung Bismarcks erbiehen, ohne daß die Regierung sich bemüht fand, gegen dieses Treiben einzuschreiten, ja als sie von der Reichsregierung darauf aufmerksam gemacht wurde, verschänzte sie sich hinter den Mangel eines Gesetzes, welches dergleichen Handlungen unter Strafe stelle, und es bedurfte einer höchst energischen Note Bismarcks, um sie zu den erforderlichen Weisungen an die Bischöfe, sowie zur Vorlegung eines Gesetzparagraphen „Duchesne“ an die Kammeru zu vermögen. Gegen das unter dem liberalen Ministerium Frère-Orban 1879 erlassene Schulgesetz erhob sich der Klerus mit leidenschaftlicher Erbitterung; scheinbar ging zwar die Kurie auf den Wunsch der Regierung, zur Mäßigung zu mahnen, ein, als diese aber 1880 Beweise erhielt, daß heimlich sogar der Widerstand der Bischöfe von Rom aus ermuntert worden war, brach sie sofort den diplomatischen Verkehr ab. Bischof Dumont von Tournay, vordem der Gönner der stigmatisierten Louise Lateau, die ohne Speise und Trank nur die tägliche Kommunion genoß und jeden Freitag aus den Wundenmalen Christi blutete, wurde, da er sich an den Hirtenbriefen zu beteiligen weigerte, für verrückt erklärt und, als er Enthüllungen über den Vatikan veröffentlichte, durch eine päpstliche Bulle entsetzt.

In Preußen machte sich das Bedürfnis nach Frieden mit der Kirche immer stärker geltend. Man mußte sich fragen, ob der Staat den ihm aufgezwungenen Kampf noch länger ohne Gefährdung seiner wichtigsten Interessen fortsetzen könne; man hatte erkannt, daß es ein Irrtum sei, zu glauben, Rom werde jemals das Land Luthers auf gleichem Fuße behandeln wie Frankreich und Oesterreich, man hatte erkannt, daß man es mit einem in der Wahl seiner



Mittel sehr wenig wählerischen Gegner zu thun habe, und mußte mit der Thatfache rechnen, daß es Windthorst gelungen war, den dritten Teil der Bevölkerung in Auflehnung gegen die Regierung zu versetzen und bei diesem Drittel den Glauben an die Gerechtigkeit und die Traditionen der Hohenzollern zu erschüttern. Günstigere Ausichten für Herbeiführung des kirchlichen Friedens eröffneten sich, als Papst Pius IX. nach einer Herrschaft, die länger gewährt hatte als die irgend eines seiner Vorgänger, am 7. Februar 1878 starb und am 20. der Kandidat der gemäßigten Partei, Joachim Pecci, Bischof von Perugia, vom Konklave mit 44 gegen achtzehn Stimmen zu seinem Nachfolger gewählt wurde, der den Namen Leo XIII. annahm; ein Priester, der im Geruch großer Gelehrsamkeit stand, dazu eine vornehm abgemessene Diplomaten-natur, höflich und scheinbar friedliebend, geneigt, unvermeidlichen Thatfachen Rechnung zu tragen, aber ohne sie prinzipiell anzuerkennen. Daß seine Nachgiebigkeit mehr die Form als die Sache berühre, bewies schon seine zweite Enchyklika, in der er die Reformation, „den wahnstinnigen Krieg, der seit dem sechzehnten Jahrhundert von den Neuerern gegen die katholische Kirche angezettelt worden,“ zur Mutter des Sozialismus machte und die durch sie schwankend gewordenen Throne auf den Fels Petri verwies, ebenso die dritte vom 4. August 1879, durch welche die Philosophie des von ihm besonders verehrten Thomas von Aquino, des ersten, der die Infallibilität wissenschaftlich begründet hatte, zur Grundlage aller Studien in Schulen und Seminarien erhoben wurde. Er bestätigte den noch von seinem Vorgänger zum Staatssekretär ernannten, zu den Ultras gehörenden Kardinal Simeoni und ersetzte ihn erst, als er den üblen Eindruck dieser Maßregel gewahr wurde, durch den gemäßigten Kardinal Franchi. Mit der Anzeige seiner Ernählung an Kaiser Wilhelm verband er den Ausdruck des Bedauerns, nicht die guten Beziehungen vorzufinden, welche einst zwischen Preußen und dem päpstlichen Stuhle bestanden hätten, und die Versicherung von der Bereitwilligkeit auch der katholischen Unterthanen desselben zur Treue und zum Gehorsam; als jedoch der Kaiser hierauf die Hoffnung aussprach, er werde durch seinen mächtigen Einfluß auch diejenigen Geistlichen, welche noch im Ungehorsam verharren, zur Unterwerfung unter die Landesgesetze vermögen, bezeichnete er als das einzige Mittel zum Frieden die Abänderung verschiedener in Preußen bestehender Gesetze und Verfassungsbestimmungen. Darauf konnte freilich der Kronprinz, der damals die Stellvertretung für seinen verwundeten Vater führte, nur mit der Erklärung antworten, dem Verlangen, die Verfassung und die Gesetze Preußens nach den Satzungen der römischen Kirche abzuändern, könne kein preussischer Monarch entsprechen; indes, wenn es nicht in seiner Macht stehe, jetzt einen tausendjährigen Prinzipienstreit zu schlichten, so sei er doch gern bereit, die vorhandenen Schwierigkeiten im Geiste der Liebe zum Frieden und der Versöhnlichkeit zu behandeln, welcher das Ergebnis seiner christlichen Überzeugung sei. Minister Falk, wohl sehend, daß er zum Friedensunterhändler nicht der rechte Mann sei, trat am 13. Juli 1879

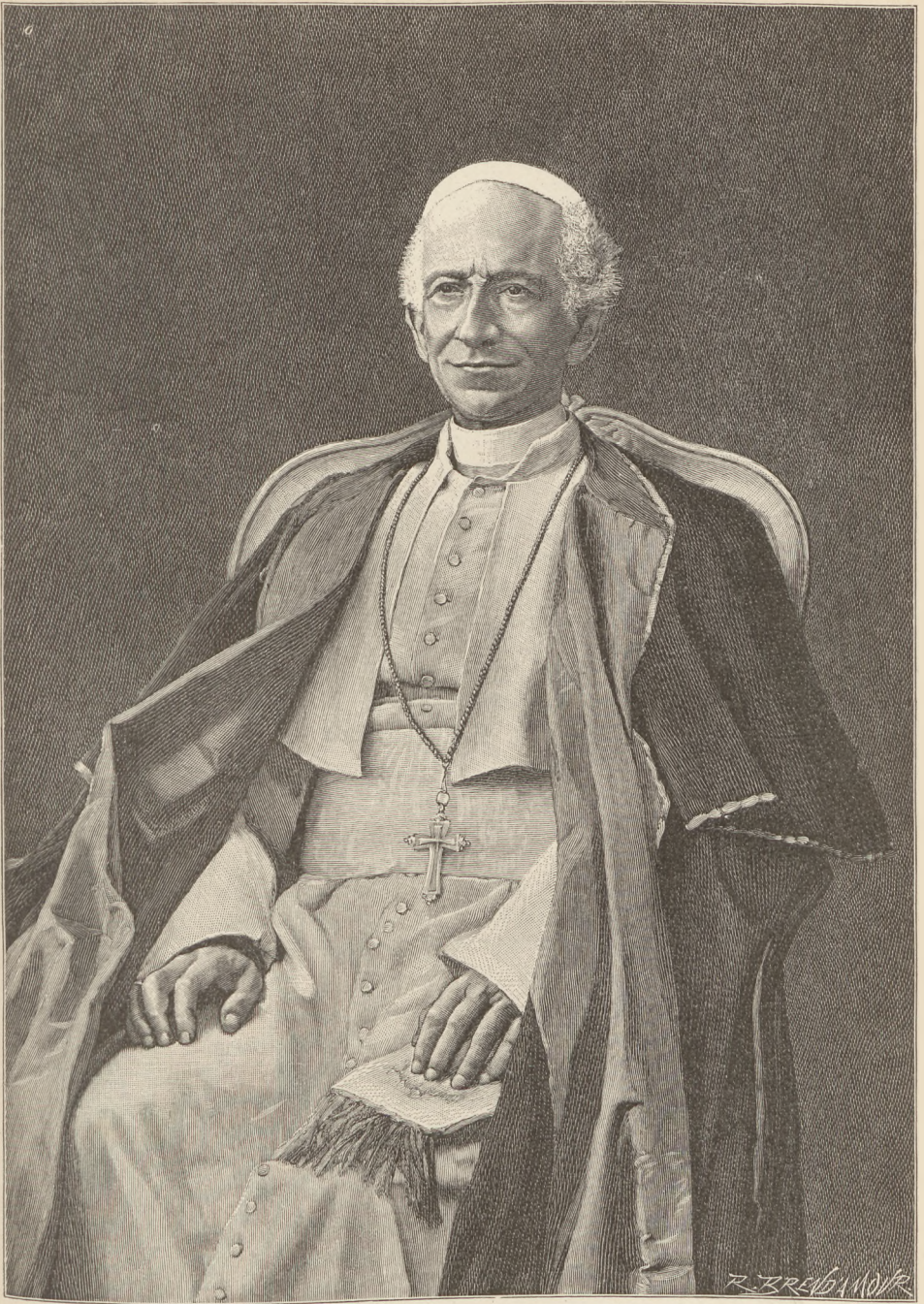


Portrait of the  
Bishop of ...





Mittel sehr wenig wäherischen Gedes zu thun habe, und mußte mit der Thatsache rechnen, daß es Windthorst gelungen war, den dritten Teil der Bevölkerung in Auflehnung gegen die Regierung zu versetzen und bei diesem Drittel den Glauben an die Gerechtigkeit und die Traditionen der Hohenzollern zu erschüttern. Günstigere Aussichten für Herbeiführung des kirchlichen Friedens eröffneten sich, als Papst Pius IX. nach seiner Herrschaft, die länger gewährt hatte als die irgend eines seiner Vorgänger, am 7. Februar 1878 starb und am 20. der Kandidat der gemäßigten Partei, Joachim Pecci, Bischof von Perugia, vom Konklave mit 44 gegen achtzehn Stimmen zu seinem Nachfolger gewählt wurde, der den Namen Leo XIII. annahm; ein Priester, der im Geruch großer Gelehrsamkeit stand, dazu eine vornehm abgemessene Diplomatenatur, höflich und scheinbar friedliebend, geneigt, unvermeidlichen Thatsachen Rechnung zu tragen, aber ohne sie prinzipiell anzuerkennen. Daß seine Nachgiebigkeit mehr die Form als die Sache betraf, bewies schon seine zweite Enchiklika, in der er die Reformation, „den wahnsinnigen Krieg, der seit dem sechzehnten Jahrhundert von den Neuerern gegen die katholische Kirche angezettelt worden,“ zur Mutter des Sozialismus machte und die durch sie schwankend gewordenen Throne auf den Fels Petri verwies, ebenso die dritte vom 4. August 1879, durch welche die Philosophie des von ihm besonders verehrten Thomas von Aquino, des ersten, der die Infallibilität wissenschaftlich begründet hatte, zur Grundlage aller Studien in Schulen und Seminarien erhoben wurde. Er bestätigte den noch von seinem Vorgänger zum Staatssekretär ernannten, zu den Ultras gehörenden Kardinal Simeoni und erließ für erst, als er den üblen Eindruck dieser Maßregel bereits machte, eine zweite Enchiklika vom 18. Juli 1878, die die Verhältnisse in Preußen, nicht die allgemeine Lage der Kirche, zum Gegenstande hatte und sich an Preußen und dem päpstlichen Stuhl richtete. Diese Enchiklika betonte die Versicherung von der Bereitwilligkeit auch der katholischen Untertanen desselben zur Treue und zum Gehorsam; als jedoch der Kaiser hierauf die Hoffnung ausdrückte, er werde durch seinen mächtigen Einfluß auch diejenigen Geistlichen, welche noch im Ungehorsam verharren, zur Unterwerfung unter die Landesgesetze vermögen, bezeichnete er als das einzige Mittel zum Frieden die Abänderung verschiedener in Preußen bestehender Gesetze und Verfassungsbestimmungen. Darauf konnte freilich der Kronprinz, der damals die Stellvertretung für seinen verwundeten Vater führte, nur mit der Erklärung antworten, dem Verlangen, die Verfassung und die Gesetze Preußens nach den Satzungen der römischen Kirche abzuändern, könne kein preussischer Monarch entsprechen; indes, wenn es nicht in seiner Macht stehe, jetzt einen tausendjährigen Prinzipienstreit zu schlichten, so sei er doch gern bereit, die vorhandenen Schwierigkeiten im Geiste der Liebe zum Frieden und der Versöhnlichkeit zu behandeln, welcher das Ergebnis seiner christlichen Überzeugung sei. Minister Falk, wohl sehend, daß er zum Friedensunterhändler nicht der rechte Mann sei, trat am 13. Juli 1879



Papst Leo XIII.  
Nach Photographie.







zurück und erhielt den bisherigen Oberpräsidenten von Schlesien von Puttkamer zum Nachfolger. Von päpstlicher Seite blieb die Friedfertigkeit eine streng verlaufulierte. Ein wirkliches Zugeständnis konnte es nicht heißen, wenn Leo XIII. in einem an den früheren Erzbischof Melchers von Köln gerichteten Schreiben (24. Dezember 1879) die Unterwerfung der Gläubigen unter diejenigen Gesetze bot, „welche nicht im Widerspruche mit dem Glauben und den Pflichten gegen die katholische Kirche stünden.“ Kein Wunder daher, daß die von dem Kardinal Nina, dem Nachfolger des am 1. August plötzlich gestorbenen Franchi, geführten Unterhandlungen ebensowenig zum Ziele führten, wie diejenigen, welche Bismarck erst persönlich mit dem zu ihm nach Riffingen geschickten Münchener Nuntius Masella, dann in Gastein mit dem Wiener Pronuntius Jacobini und zuletzt durch den deutschen Botschafter Brinzen Reuß mit letzterem in Wien führte. Auch das in einem zweiten Schreiben an Melchers vom 24. Februar enthaltene Zugeständnis, zulassen zu wollen (tolerare posse), daß der Regierung vor der kanonischen Institution die Namen der zu ernennenden Priester angezeigt würden, war doch nur ein theoretisches, ein leerer Schein, denn eine Depesche Ninas erläuterte es alsbald dahin, daß die Anzeige nur bei Ernennung unabsehbbarer Pfarrer, nicht bei der der Succursalprieester und Kaplane stattfinden und bei einer Meinungsverschiedenheit zwischen Regierung und Bischof über die Zulässigkeit eines Pfarrers die Entscheidung dem Bischof und in letzter Instanz dem Papste zustehen solle. Und als Preis für dieses wertlose Zugeständnis verlangte die Kurie nicht weniger als die Zurücknahme der Maigesetze! Auch die Wortführer des Zentrums, weit entfernt, die versöhnlichere Haltung des Papstes mit Freuden zu begrüßen, thaten alles, um den Glauben an die Möglichkeit eines Friedens mit der Regierung zu ersticken. „Es wird uns hier,“ warf Bismarck mit vollem Recht ihnen vor, „die Klage über die Fortdauer des Kulturkampfes jedesmal aufgetischt, wenn der Reichstag eröffnet wird; das ist das Erste, daß eine aufreizende, den Kulturkampf in Szene setzende Interpellation eingereicht wird. Dann sagen Sie doch nicht, daß Sie Leute des Friedens sind. Beklagen Sie sich doch nicht über die Fortsetzung des Kampfes, dessen Sie bedürfen, um als Partei Geltung zu haben!“

Die Regierung schlug nunmehr einen anderen Weg ein. Sie verzichtete fürs erste auf weitere Verhandlungen mit Rom und wollte von sich aus ihren katholischen Unterthanen alles gewähren, was ohne Schädigung der Staatsinteressen gewährt werden könne. Dies war der Sinn der diskretionären Vollmachten, welche sie von dem Landtage von 1880 verlangte. Dieser Landtag zeigte eine wesentlich andere Pshygnomie, als der vorhergehende. Nationalliberale und Fortschritt hatten durch die Wahlen im Herbst 1879 eine bedeutende Einbuße erlitten, die Konservativen bedeutenden Zuwachs erhalten. Im Bunde mit dem Centrum verdrängten sie von Bennigsen vom Präsidendenstuhle und ersetzten ihn durch von Köller. Die Ermächtigung, welche die Regierung verlangte, war eine dreifache: Um die zerstörten Diözesan-



verwaltungen wiederherzustellen, verlangte sie die Befugnis, abgesetzte Bischöfe wieder einzusetzen und da, wo der Bischof gestorben, Bistumsverweser unter Dispensation von dem gesetzlich vorgeschriebenem Treueide anzuerkennen; zweitens, um dem Mangel an Geistlichen abzuhelfen, das Recht, von den gesetzlichen Bedingungen ihrer Vorbildung Abstand zu nehmen; drittens gedachte sie gewisse Härten der Gesetzgebung zu mildern. Allerdings ging die Novelle nur unter Streichung des Bischofsparagraphen (§ 4), des wichtigsten von allen, und Beschränkung der Vollmachten auf die Zeit bis zum 1. Januar 1882 durch, doch auch mit dieser Abschwächung verfehlte sie ihre günstige Wirkung nicht (Gesetz vom 14. Juli 1880). Von den mehr als 1100 unbesezten Pfarreien erhielten 953 wieder ihre regelmäßige Seelsorge, die übrigen wenigstens eine zeitweilige durch Stellvertretung. Auch die Verhandlungen mit der Kurie wurden wieder aufgenommen; dieselbe ging auf die Ernennung von Bischöfen oder doch von Bistumsverwesern wenigstens in den durch Tod, nicht aber in den durch Absetzung erledigten Bistümern ein, worauf auch die Regierung bei der Ernennung der neuen Bischöfe, Korum für Trier, Kopp für Fulda, Herzog für Breslau, Göting für Osnabrück, Drobe für Paderborn von der Forderung des zum Gehorsam gegen den Staat verpflichtenden Eides abfiel. Die Wiedereinfügung des verworfenen Bischofsparagraphen, die Aufhebung des Kulturexamens für gewisse Kategorien von Kandidaten und die Verlängerung der diskretionären Vollmachten bis zum 1. Januar 1883 erreichte sie erst von dem nächsten Landtage (Gesetz vom 31. Mai 1881). Einen weiteren Schritt des Entgegenkommens that sie außerdem durch Wiederanknüpfung des diplomatischen Verkehrs mit der Kurie, indem sie den bisherigen Gesandten in Washington von Schölzer in gleicher Eigenschaft beim Vatikan ernannte.

Aus den Maigesetzen eine dauernde Einrichtung zu machen, hatte niemals in Bismarcks Absicht gelegen; sie galten ihm mit Ausnahme desjenigen über Beseitigung der drei Verfassungsparagraphen nur als Kampfmittel. Auch die Gestaltung der auswärtigen Verhältnisse machte ihm die Beilegung des inneren Zwistes dringend wünschenswert. Aber bei der durch die parlamentarischen Kämpfe gereizten gegenseitigen Erbitterung fand er den Versuch schwieriger, als er sich vorgestellt hatte. Das Zentrum nahm jedes Zugeständnis nur als eine Abschlagszahlung hin und bestand auf Wiederherstellung des Zustandes, wie er unter Friedrich Wilhelm IV. gewesen. Daß die kirchliche Gesetzgebung im wesentlichen preussische Landessache war, hielt Windthorst nicht ab, im Reichstage den Antrag auf Aufhebung des Gesetzes vom 4. Mai 1874 über die Verhinderung der unbefugten Ausübung von Kirchenämtern zu stellen, und er erreichte auch dessen Annahme, da die Linke, die früher selbst die Kirchengesetze hatte machen helfen, sie jetzt auf einmal als Ausnahmegesetze verwarf, nämlich um die Stimmen des Zentrums, die bei dieser wie bei anderen Gelegenheiten bald nach dieser, bald nach jener Seite Gegenstand des Schachers waren, zu Gegendiensten zu gewinnen. Er wurde nicht müde,

weitere Anträge, bald auf Freigebung des Sakramentspendens und Messelesens, bald auf Zurücknahme des Expatriierungsgesetzes einzubringen, obgleich wohl wissend, daß dieselben einen politischen Erfolg ebensowenig haben würden wie jener erste. Welches Ziel er sich jetzt gesteckt hatte, verkündete er in einer Wahlrede zu Düsseldorf: Der jetzige Kampf sei nur Kinderspiel gegen das, was auf dem Gebiete der Schule erstrebt und erreicht werden müsse; jede seiner Reden auf den Generalversammlungen der deutschen Katholiken war eine neue Auffachelung zum Kampf. Bitter sah sich die Regierung in dem neuen Fürstbischof Herzog von Breslau getäuscht. Derselbe Kirchenfürst, der in seinem ersten Hirtenbriefe verkündet hatte, wer sich der obrigkeitlichen Gewalt widersetze, der widersetze sich der Anordnung Gottes, verbot den vom Staate eingesetzten Pfarrern jede Amtshandlung und geistliche Funktion und erklärte, daß die Kinder aus nur bürgerlich geschlossenen Mischehen kirchlich als uneheliche zu betrachten seien.

Hand in Hand mit diesem Troß gingen die schändlichsten Verunglimpfungen des Protestantismus. Janssens Geschichte des deutschen Volkes beim Ausgange des Mittelalters (1877 ff.) unternahm es mit blendendem Geschick, aber frechster Entstellung, den Beweis zu führen, daß Luthers Reformation die Quelle alles Übels sei. Das Buch fand in ultramontanen Kreisen reißenden Absatz und seitdem galten dort Luther und die Reformation als abgethan und gerichtet; auf protestantischer Seite gab es den Anstoß zu um so gründlicherer Durchforschung der Reformationsgeschichte. Mit welchem Eifer die Propaganda am Werke sei, lehrte der Übertritt des mit einer Windischgrätz verheirateten Prinzen Paul Friedrich von Mecklenburg-Schwerin. Das Bewußtsein, zur Wahrung eines kostbaren Erbes gegen böse Anschläge berufen zu sein, durchwehte die Feier, mit der das protestantische Volk die vierhundertjährige Wiederkehr von Luthers Geburtstag am 10. November 1883 beging; es klang wieder in den Worten, welche der deutsche Kronprinz bei der Einrichtung der Lutherhalle in Wittenberg sprach: „Unser Volk kann nicht oft genug und nicht lebhaft genug an die Segnungen erinnert werden, welche es dem Manne verdankt, dessen Namen diese Halle trägt. Wer gedächte nicht hier und heute dessen, was Luthers Geist und Wirken auf mehr als einem Gebiete deutsch-nationalen Lebens für uns erworben hat? Möge diese seinem Gedächtnis gewidmete Feier uns in dem entschiedenen Entschlusse festigen, allzeit einzutreten für unser evangelisches Bekenntnis und mit ihm für Gewissensfreiheit und Duldung, und mögen wir stets dessen eingedenk bleiben, daß die Kraft und das Wesen des Protestantismus nicht im Buchstaben beruht und nicht in starrer Form, sondern in dem zugleich lebendigen und demüthigen Streben nach der Erkenntnis christlicher Wahrheit.“ Und der Abgeordnete Götting sprach im Abgeordnetenhanse: „Es hat ein vollständiger Umschwung stattgefunden. Jetzt will man das Gewissen unserer katholischen Mitbürger schonen. Wer schon denn unsere protestantische Gefühle? Werden nicht gerade von katholischer Seite freche Herausforderungen gegen uns in Szene gesetzt? Hören



wir nicht häufig aus Rom die ärgsten Beschimpfungen gegen uns Protestanten? Von dort aus nennt man den Protestantismus eine keckerische Betrügerei. Bei Besprechung der Lutherfeier sagt die Germania: „Zügellose Fleischeslust ist ein hervorstechendes Merkmal Luthers, die Fleischeslust ist bei ihm ausgesprochenes Prinzip.“ Wir Protestanten können von der preussischen Regierung verlangen, daß sie die Mauern, die wir eben gegen die Übergriffe des Vatikan geschaffen, nicht wieder einreißt, daß sie den Protestantismus und die auf ihm ruhende Kultur des ganzen Abendlandes, daß sie Preußen und Deutschland gegen die grundstürzende Lehre des Jesuitismus und gegen die maßlosen Übergriffe der seit dem Vatikanum völlig neu gewordenen katholischen Kirche schütze.“

Je unzugänglicher das Zentrum sich erwies, um so stärker sah sich Bismarck auf den Weg der direkten Verständigung mit Rom hingewiesen. „Ich halte,“ sprach er, „den Papst für deutschfreundlicher als das Zentrum. Der Papst ist eben ein weiser, gemäßigter und friedlicher Herr. Der Papst ist außerdem nicht Welfe, er ist nicht Pole und ist auch nicht deutschfeinsinnig. Er hat auch keine Anlehnung mit der Sozialdemokratie. Der Papst ist rein Katholik und nichts als Katholik.“ — „Wir hatten damals (zur Zeit des Konzils),“ setzte er später hinzu, „ein Vertrauen zu unserm deutschen Episkopat, welches sich leider nicht in allen Fällen bewährt hat. Wir sind jetzt in der umgekehrten Lage, daß wir die Hilfe des Papstes in Rom gegen die Einwirkungen des deutschen Episkopats brauchen. Der Landsmann läßt den Landsmann im Stich. Es ist ja eine alte und betrübende Wahrheit, daß es eine größere Kampfesfreude für den kampfesmutigen Deutschen überhaupt nicht giebt als den Streit mit dem eigenen Landsmanne. Mit der römischen Kurie zweifle ich nicht an der Versöhnung.“ Nur wurden auch die Unterhandlungen, die Schöläger mit diesem zu führen hatte, auf dem intrigenreichen Boden des Vatikans durch die Gegewirkungen des Zentrums und seiner Freunde, namentlich Ledochowskis, der im Vatikan wohnend täglich das Ohr Leos XIII. hatte, vielfach durchkreuzt und sehr erschwert. Sie scheiterten zunächst, da die Regierung es als ein Gebot der Vorsicht ansah, den übermäßigen Forderungen der Kurie erst dann näher zu treten, wenn von der Gegenseite mit einem tatsächlich entgegenkommenden Schritte der Anfang gemacht sein würde. Dessenungeachtet ging dem Landtage von 1883 eine die kirchenpolitischen Gesetze abermals einschränkende Vorlage zu, welche dem staatlichen Einspruchsrechte engere Grenzen zog und die Straffreiheit der Vornahme geistlicher Amtshandlungen auf alle geistlichen Ämter, gleichviel ob besetzt oder nicht, ausdehnte, und gelangte trotz mannigfacher Bedenken namentlich von Seite der Nationalliberalen, zur Annahme. Gerade jetzt beging der Papst die Rücksichtslosigkeit, in offener Verletzung der durch die Bulle *De salute animarum* getroffenen Bestimmungen, einen Hilfsbischof für den österreichischen Teil der Diözese Breslau zu ernennen, ohne auch nur die Regierung einer Mittheilung davon zu würdigen. Die Dispenseinholung gestattete er erst,

als die Versammlung der preussischen Bischöfe deren Annahme im Interesse des katholischen Volkes dringend befürwortete, jedoch ohne grundsätzliche Anerkennung der die Vorbildung betreffenden Gesetzesbestimmungen und nur für dieses eine Mal. So klein dieses Zugeständnis war, so war es doch eine große Wohlthat für die katholische Bevölkerung, daß nun durch reichliche Einholung des Dispenses der kirchliche Notstand beseitigt werden konnte. Für die Diözesen Kulm, Ermland und Hildesheim, etwas später auch für die Erzdiözese Köln, wurde die Wiederaufnahme der eingestellten Staatsleistungen angeordnet, die Bischöfe von Limburg und Münster wurden bedingungslos begnadigt, so daß das Sperrgesetz nur noch für Posen in Geltung blieb. Über die Besetzung des dortigen Erzstuhles aber wollte schlechterdings keine Einigung zwischen Regierung und Kurie zu stande kommen. Denn letztere verlangte als Entgelt dafür, daß sie Ledochowski das Brevensekretariat übergeben und damit dessen Verzicht auf sein Erzbistum eingeleitet habe, Fügsamkeit der Regierung bezüglich der Bestellung eines Nationalpolen, und zwar des einer fanatisch polnischen Familie angehörigen Fürsten Edmund Radziwill, zum Koadjutor. Wie hätte aber dies zugestanden werden können, nachdem der abgesetzte Erzbischof noch 1883 zu seinem Geburtstage aus seiner Diözese mit Adressen überschüttet worden war, in denen es u. a. hieß: „Deine Würde ist nicht bloß eine kirchliche, sondern auch eine politische, und Sehnsucht erfüllt uns nach dem Augenblicke, wo Gottes Stimme dich in das sich befreiende Polen ruft.“ „Wir können und wollen,“ sagte Bismarck, „in Posen keinen Erzbischof zulassen, der das, was wir Revolution nennen, was die Polen Herstellung der Republik Polen nennen, mit wohlwollendem Auge ansieht.“ Er fand, daß der Staat bereits bedeutend in Vorschuf sei: „Ich habe den Eindruck, daß weitere Konzessionen uns das Spiel nur verderben würden, und daß wir jetzt in der Lage sind, ruhig abzuwarten, ob endlich eine Spur von Gegenkonzessionen von Rom geboten wird. Bis wir aber die Farbe und das Gepräge der ersten päpstlichen Konzession in der Hand haben, so lange wird mit meinem Willen nicht um ein Haar breit nachgegeben werden.“

Diese erste Konzession kam denn auch in Gestalt der Enthebung des abgesetzten Erzbischofs Meichers von Köln von seinem oberhirtlichen Amte und seiner Ernennung zum Kardinal, worauf Bischof Krementz von Ermland zu seinem Nachfolger ernannt wurde. Ein besonders erfreuliches Friedenszeichen schien die Weisung des Bischofs Drobe von Paderborn an die theologischen Kandidaten seiner Diözese, sechs Semester lang die vorschriftsmäßigen Vorlesungen auf der Universität zu hören. Da aber zeigte sich's, welche Macht die klerikale Demagogie geworden war. Ihre Hezypresse fiel mit solcher Wut über den Verräter her, daß er auf Befehl des Papstes seine Anordnung zurücknehmen mußte. Dadurch unbeirrt sprach eine vierte 1886 dem Landtage vorgelegte Novelle zum Kirchengesetze die Aufhebung des Kulturexamens, des kirchlichen Gerichtshofes, des Verbotes der Errichtung neuer Knabenseminare



und Knabenkonvikte und deren Befreiung von der speziellen Einsprache des Oberpräsidenten aus, worauf der Papst, wenn auch zögernd und nur nachdem die Regierung die weitere Revision der Maigesetze zugesagt hatte, um die Annahme des Gesetzes im Landtage nicht zu gefährden, sich entschloß, die Anzeigepflicht für die gegenwärtig vakanten Pfarreien schon von jetzt ab eintreten zu lassen. Das große Vertrauen, das Bismarck damit der Kurie entgegentrug, rechtfertigte Leo XIII., indem er in Bezug auf die Befetzung des Posener Erzstuhles nachgab und, nachdem Ledochowski resigniert hatte, den Königsberger Propst Dinder für denselben ernannte. Nunmehr waren sämtliche preussische Bistümer wieder rechtmäßig besetzt. Über weitere Zugeständnisse wurde unter Vermittelung des Bischofs Kopp von Fulda als des beiderseitigen Vertrauensmannes verhandelt. „Wir haben“, erklärte Bismarck mit Bezug hierauf, „gar nicht zu fragen, was ist wünschenswert? sondern wo es sich um Ausöhnung zweier großer Bruchteile des preussischen Volkes handelt, da müssen wir unseren katholischen Mitbürgern abgeben, was für uns entbehrlich ist. Mein Streben ist dabei lediglich das der Prophylaxis, der Befestigung der Einheit unserer gesamten deutschen Nation im Hinblick auf die Gefahren, denen sie ausgesetzt sein wird in nicht zu langer Zeit; die Frage, ob wir mit unseren katholischen Landsleuten einig sind oder nicht, wirkt auch auf unsere äußeren Verhältnisse zurück.“ Das Ergebnis dieser Verhandlungen war eine fünfte Novelle, welche den wesentlichen Teil der Maigesetze außer Kraft setzte und namentlich den ausgewiesenen Orden und Kongregationen, mit Ausnahme natürlich der durch Reichsgesetz fern gehaltenen Jesuiten, die Rückkehr gestattete. Um diesen letzten Ausgleich erhob sich noch ein letzter heftiger Kampf. Das Zentrum als die Partei, welche vorzugsweise vom Kampfe lebte, that ihr Äußerstes, um denselben nicht zu stande kommen zu lassen und scheute sich nicht, auch dem Papste Troß zu bieten. Wie stark die Spannung zwischen beiden geworden, trat zu Tage, als Monsignore Galimberti, der Überbringer der päpstlichen Glückwünsche zum 90. Geburtstage des Kaisers, zwar mit den Prälaten, die auf seiten der Regierung standen, lebhaften Verkehr pflog, dagegen den mit den Zentrumsführern nied, auch seine Mißbilligung über die rohe und staatsfeindliche Haltung der Kaplanspresse und über die Unbotmäßigkeit vieler Mitglieder des niederen Klerus nicht verhehlte. Leo XIII. selbst ermahnte in einem Schreiben an den Erzbischof von Köln das Zentrum, im Interesse des kirchlichen Friedens für die Vorlage zu stimmen, und nun endlich gehorchte es. Unzugänglicher zeigten sich diesmal dessen Gegner, die Konservativen und die Nationalliberalen, denen die Vorlage doch zu weit ging. „Wenn mich meine Freunde“, entgegnete ihnen Bismarck, „bei Abschluß dieses mühsamen Werkes wirklich im Stich lassen sollten, wird es mir unmöglich sein, an dem Staatswesen, das solche Erfahrungen mir bietet, ferner mitzuwirken. Ich würde mich aus dem preussischen Staatsdienste förmlich herausziehen müssen und nur noch meine Erfahrungen im Reichsdienste dem Kaiser zur Verfügung stellen. Ich würde dazu genötigt sein, nicht aus Verstimmung, sondern im

Interesse meines politischen Ansehens und meiner politischen Ehre; denn außerhalb Deutschlands wird mir niemand glauben, daß, wenn die mir zunächst stehenden Freunde gegen die Vorlage stimmen, das ohne meine heimliche und stillschweigende Bewilligung geschieht. Deshalb sage ich, meine politische Ehre ist dafür engagiert und ich kann an einem Staatswesen nicht länger teilnehmen, das mich in dieser Richtung kompromittiert, schon deshalb, weil in dem Vertrauen zu meiner politischen Zuverlässigkeit ein wesentlicher Teil des Einflusses beruht, den ich in Europa übe. Wir können schweren Prüfungen entgegengehen im auswärtigen Kampfe und im inneren gegenüber den Umsturzparteien. Mein Bedürfnis ist's gewesen, ehe wir diesen Prüfungen ausgesetzt werden, alle inneren Streitigkeiten von uns abzuthun." Angesichts dieser Erklärung enthielten sich die Freikonservativen der Abstimmung; die Nationalliberalen aber brachten es nicht über sich, für die Vorlage zu stimmen.

So war denn hiermit der kirchliche Friede in Preußen wiederhergestellt. Den Bischöfen wurde die eidliche Verpflichtung zum Gehorsam gegen die Staatsgesetze erlassen; von Fulda aus erließen sie einen sehr versöhnlichen Hirtenbrief an ihre Diözesanen. Für den durch Herzogs Tod erledigten fürstbischöflichen Stuhl von Breslau ernannte der Papst unter Zurückweisung der Vorschlagsliste des Domkapitels den Hauptvermittler der Ausöhnung, Bischof Kopp von Fulda. Erzbischof Dinder von Posen verbot seinen Geistlichen die Annahme von Kandidaturen für den Reichstag und Landtag, die bis dahin bei diesen besonders beliebt gewesen waren; den wiedererrichteten Ordensniederlassungen wurden Korporationsrechte verliehen und ihr vom Staate in Verwahrung genommenes Vermögen zurückgegeben. Nur die klerikale Demagogie rüstete noch nicht ab. Ungeachtet unterstützte Windthorst die Interpellation Jazdzewski's wegen Beseitigung des Unterrichts in polnischer Sprache aus der Volksschule mit der Warnung, man möge nicht einen großen Teil der Bevölkerung schwer erbittern, denn im Falle eines Krieges würde es sehr fraglich sein, mit welchem Patriotismus das V. Armeekorps in Aktion trete; in dem großen Kampfe der Romanen und Slaven gegen die Germanen würde man bedauern, solche Maßregeln ergriffen, vielleicht bedauern, Polen geteilt zu haben. Selbst sein Parteigenosse von Schorlemer=Alst lehnte es ab, den Polen für ihre etwaige militärische Pflichtwidrigkeit und Widerspenstigkeit zum voraus Abolution zu erteilen, und geißelte die in durchaus unehrerbietigem und feindseligen Ton gehaltene Adresse des polnischen Adels an den Erzbischof Dinder: „Das sind nicht mehr die Äußerungen eines Katholiken, sondern das ist eine unerlaubte kirchlich-revolutionäre Kritik.“

Um die nämliche Zeit eröffnete in Bayern eine erschütternde Katastrophe den Ultramontanen eine allerdings schnell vorübergehende Aussicht, das Staatsruder doch noch in ihre Hände zu bekommen. König Ludwig II., eine ideal angelegte Natur, als er neunzehnjährig den Thron bestieg, war seit der Auflösung seiner Verlobung mit seiner Cousine Sophie mehr und mehr in Erzentritäten verfallen, die durch seine schwärmerische Verehrung des Rom-



ponisten Rich. Wagner eine gefährliche Nahrung erhielten. Zu einem maßlos gesteigerten Selbstgeföhle gesellten sich Menschenföhen und Verschwendungsucht. In der Abgeschlossenheit des Schlosses Schwanstein bildeten zulezt Kammerdiener, Stallknechte, Chevauxlegers und Gensdarmen seine einzige und höchst bedenkliche Umgebung. Die im Stil von Versailles errichteten Prachtbauten belasteten schließlich die Kabinettstasse mit einer unerfchwinglichen Schuldenlast. Die Agnaten weigerten sich zu helfen, die Gläubiger drängten. Um den Preis eines Ministerwechsels wären die Ultramontanen bereit gewesen, der Not der Zivilliste beizuspringen. Wirklich berief deshalb der König am 11. Juni das Haupt derselben, den Freiherrn von Franckenstein, telegraphisch aus Marienbad herbei; aber bei dessen Ankunft war die Katastrophe schon eingetreten. Denn als der König den Ministern, welche es ablehnten, dem Landtage eine doch ganz aussichtslose Vorlage wegen Deckung der königlichen Schulden zu machen, bei Landesverweisung befahl, zwanzig Millionen zur Fortföhrung der Bauten aufzutreiben, war kein Zögern mehr erlaubt. Nachdem Dr. von Gudden und drei andere Irrenärzte die Regierungsunfähigkeit des Königs infolge eingetretener Geistesstörung festgestellt hatten, beschloß der Ministerrat am 7. Juni 1886 die Einsetzung einer Regentschaft, welche, da des Königs jüngerer Bruder Otto schon seit 1875 ebenfalls völliger Geisteszerrüttung verfallen war, dem Oheim beider, dem Prinzen Luitpold, als nächstem Agnaten übertragen wurde. Allein die Staatskommission, die sich in Begleitung zweier Ärzte nach Schwanstein begab, wurde dort auf Befehl des rasenden Königs, der von ihrem Vorhaben Kenntnis erhalten hatte, verhaftet, ihr Leben bedroht; mühsam gelang es, die Gensdarmen zu ihrer Freilassung zu bewegen. Nun fügte sich der König und ließ sich nach Schloß Berg bringen; scheinbar ruhig. Aber am 13. Juni, auf einem Spaziergange mit Gudden, stürzte er sich plötzlich in den See, ertränkte mit herkulischer Kraft den ihm Nacheilenden, dann sich selbst. Diese traurigen Vorgänge suchten die Klerikalen zum Sturze des ihnen so verhassten Ministeriums auszubenten. Es bot auch seine Entlassung an, aber wider Erwarten nahm der Prinzregent, den die Klerikalen bisher zu den Thürigen gezählt hatten, sie nicht an, ersuchte vielmehr die Minister unter dem Ausdrucke seiner vollen Anerkennung und dem Hinweis auf die auch von seiten des Papstes kundgegebene Zufriedenheit mit dem bisherigen Verfahren der bairischen Regierung im Amte zu bleiben. Damit war der Traum eines klerikalen Ministeriums zu Ende.

Die großen Wiedereinräumungen, welche die preußische Regierung zu Beilegung des Kulturkampfes der katholischen Kirche gemacht hatte, blieben auch auf die evangelische nicht ohne Rückwirkung. Auch in ihr datierte das allgemeinere Erwachen des kirchlichen Interesses unter den Gebildeten von der Bewältigung der Revolution von 1848, auch in ihrem Bereiche bediente sich die folgende Reaktion der Religion als Zuchtmittels, um die Massen zum Gehorsam gegen die Auktorität zurückzuführen. Je fester sich König Friedrich

Wilhelm IV. mit der Überzeugung durchdrungen hatte, daß die Erschütterungen des Revolutionsjahres nichts als das Werk höllischer Mächte gewesen seien, desto leichter war er den Einflüssen seiner hochkirchlichen Umgebung zugänglich, welche das Volk von oben herab wieder christlich und gläubig zu



König Ludwig II. von Bayern. Nach Photographie.

machen unternahm. Das heranwachsende Geschlecht in diesen Anschauungen zu erziehen, war der Zweck der Stiehl'schen Regulative für die preußischen Seminaristen und Volksschulen vom Oktober 1854, indem sie dem Religionsunterrichte auf Kosten der übrigen Lehrfächer einen bisher nicht gekannten Umfang gaben. „Denn“, erklärte Stahl, „wer die Schule hat, der hat die Zukunft“, und derselbe Vorkämpfer der politischen und kirchlichen Reaktion, der



Urheber des Wortes, daß die Wissenschaft umkehren müsse, erntete den Beifall des Hofes und einer zahlreichen vornehmen Zuhörerschaft, als er im Evangelischen Verein den Satz aufstellte, die Toleranz sei ein Kind des Unglaubens, die Forderung der Gewissensfreiheit auch ein Teil jenes Wirkens der Zerstörung und Umwälzung, welches die moderne Wissenschaft bezeichne und die Ruhe Europas bedrohe. Die Berufungen an Universitäten und höhere Lehranstalten erfolgten fortan weniger nach der wissenschaftlichen Befähigung als nach dem Maße wirklicher oder zur Schau getragener Kirchlichkeit. Unter den deutschen Universitäten waren Jena und Tübingen ziemlich die einzigen, welche dem Aufsturm der neuen lutherischen Orthodoxie Widerstand leisteten. Kliefoth in Schwerin, Bilmar in Marburg, Harless in München waren die maßgebenden Vertreter eines engherzig lutherischen Konfessionalismus, der, seltsam genug, obgleich er sein Luthertum mit denkbarster Einseitigkeit hervorhob, doch dadurch, daß er das Wesen der Kirche in die bindende Auktorität über die Gewissen, nicht in die Gemeinschaft der Gläubigen setzte, eine dem Protestantismus durchaus fremde Anschauung vom Kirchentum einbürgerte, welche unwillkürlich zu katholischen Grundsätzen hinüberführte. Dennoch hat auch diese Richtung sich durch die von ihr ins Leben gerufene innere Mission ein unbestreitbares Verdienst erworben. Was an ihr ungesund war, trat seit dem Thronwechsel in Preußen mehr in den Hintergrund. Unter König Wilhelm, einem Mann von tiefer und reiner Frömmigkeit, von Treue zum kirchlichen Bekenntnis, aber von milder Denkungsart, begann sich in der protestantischen Kirche wieder ein freierer Geist zu regen, der doch auch das unter den Gebildeten reger gewordene kirchliche Interesse zu erhalten und zu pflegen wußte. In diesem Sinne, zugleich um der festen Gliederung der katholischen Kirche wenigstens etwas Ähnliches entgegenzusetzen und den Weg zu einer deutsch-nationalen Kirche zu bahnen, bildete sich der Protestantenverein, der 1864 seine erste Versammlung in Eisenach hielt. Er leugnete die Notwendigkeit der Alternative, entweder Bruch mit dem Christentum oder mit der geistigen Entwicklung der Gegenwart, entweder Verzicht auf den Glauben oder auf die Wissenschaft, auf Religion oder auf Kultur, vertrat vielmehr die Versöhnbarkeit beider, stieß aber damit bei der orthodoxen Partei auf schroffe Abweisung und tatsächliche Feindschaft. Ähnliche Zwecke, Gegenwehr gegen Romanismus und Indifferentismus, nur unter stärkerer Betonung des kirchlichen Bekenntnisses, verfolgte der 1845 zuerst in Schottland entstandene Evangelische Bund, der seit 1857 auch in Deutschland Fuß faßte, während seit 1846 die Evangelische Kirchenkonferenz, eine periodische Zusammenkunft von Vertretern deutsch-evangelischer oberster Kirchenbehörden, die Bestimmung hatte, den Mangel äußerer Einheit wenigstens einigermaßen abzuschwächen.

Auch innerhalb Preußens setzte der Kultusminister Falk sich das Ziel, sämtliche vorhandenen Gestaltungen der evangelischen Kirche zu einer Einheit zusammenzufassen, in welcher sich die Gemeindeglieder selbst als Mitglieder der Gemeinderäte, Kreis-, Provinzial- und Generalsynode am kirchlichen Ver-



Luitpold, Prinzregent von Bayern.  
Nach Photographie.



fassungsleben bethätigen sollten. Durch Berufung des Heidelberger Kirchenrechtslehrers Herrmann zum Präsidenten des Oberkirchenrates wurde 1872 in die höchste kirchliche Behörde eine freisinnigere Strömung geleitet, die sich schon im folgenden Jahre darin kundgab, daß die vom brandenburgischen Konsistorium über Schleiermachers greifen Schüler, den Prediger Sydow in Berlin, wegen seiner Äußerungen über die Geburt Christi verhängte Amts-entziehung nicht bestätigt wurde. Am 10. September 1873 erließ der König kraft seiner Vollmacht als Träger des Kirchenregimentes eine Kirchengemeinde- und Synodalordnung für die sechs östlichen Provinzen, denn Rheinland-Westfalen besaß schon seit 1835 eine Synodalordnung und die neuen Provinzen behaupteten noch kirchlich ihre Selbständigkeit. Der Landtag behielt sich jedoch bei Gelegenheit der Kostenbewilligung für die Synoden seine verfassungsmäßige Mitwirkung in vollem Umfange vor. Die erstmaligen Wahlen zu den Kreis-synoden im Jahre 1874 ergaben in Pommern, Posen und Schlessen einen glänzenden Sieg der strengen Orthodorie, in Brandenburg, Sachsen und Preußen gewann die vermittelnde Richtung die Oberhand, der Protestantenverein erzielte nur in Brandenburg Erfolge. Ein auf den Provinzialsynoden im Januar 1875 unternommener Anlauf der äußersten Rechten, die „Christusleugner“ gänzlich auszustoßen, schlug überall fehl. Nachdem auch die Generalsynode ihre Zustimmung gegeben, wurde die Generalsynodalordnung vom 20. Januar 1876 erlassen, der auch der Landtag für diejenigen Punkte, die derselben bedurften, seine Zustimmung gab.

Damit war der protestantischen Kirche, wie dies auch in den meisten übrigen deutschen Staaten geschah, zum erstenmale ein selbständiges verfassungsmäßiges Dasein erworben. Allein angesichts der imponierenden Machtstellung, welche die römische Kirche im Kampfe mit dem Staate behauptet hatte, genügte diese Errungenschaft den Hyperorthodoxen noch immer nicht; sie beehrten an Stelle des landesherrlichen Kirchenregimentes eine selbständige evangelische Hierarchie nach Art der römischen. Am 20. Mai 1886 brachte im preußischen Abgeordnetenhaufe von Hammerstein den Antrag ein: die Regierung möge das Geeignete wahrnehmen, damit bei Wiedergewährung größerer Freiheit und Selbständigkeit an die katholische Kirche auch der evangelischen Kirche ein entsprechend größeres Maß von Freiheit und Selbständigkeit und reichlichere Mittel zur Befriedigung kirchlicher Bedürfnisse gewährt würden. Er fand aber damit nicht einmal bei den Gemäßigten-Konservativen, geschweige denn bei den Liberalen Anklang.

Im ganzen trat in der Kirche eine bemerkenswerte Umkehr zu Tage: während die Gebildeten kirchlicher geworden waren, wurden die niederen Stände un-kirchlicher. Die Erscheinung hängt eng mit der großen sozialen Umwälzung zusammen, welche sich in den letzten Jahrzehnten vollzogen hatte.

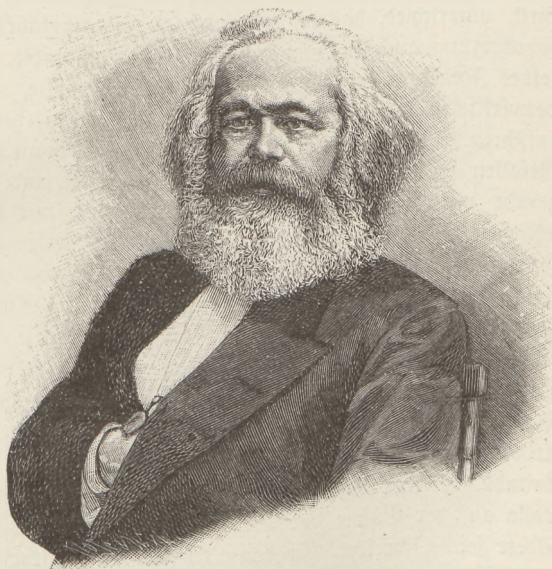
## Viertes Kapitel.

### Sozialdemokratie und Wirtschaftspolitik.

Die durch die Dampfmaschine von Grund aus veränderte Produktionsweise, das auf dem Grundsätze der Arbeitsteilung sich großartig entwickelnde Fabrikwesen und in seinem Gefolge der Rückgang des durch Zunft und Zunftung gefesselten Kleingewerbes und Handwerks, das Überwiegen des Kapitals und des Kredits über die Arbeit des einzelnen hatten ungefähr seit der Mitte des Jahrhunderts zugleich mit der tiefgreifenden Umgestaltung aller wirtschaftlichen Verhältnisse eine vollständige innere Umwandlung in dem zu großen Massen angeschwollenen und vorzugsweise in den Hauptzentren der Industrie angehäuften Arbeiterstande nach sich gezogen. Hatte somit die moderne Industrie die Arbeiterbewegung geschaffen, so war es die liberale Ordnung des Staates, welche ihr Heranwachsen gestattete und die „soziale Frage“ auf die Tagesordnung setzte. In der revolutionären Bewegung von 1848 schwammen die politischen und die sozialistischen Elemente noch unterschiedslos durcheinander. Erst das Wiedererwachen des öffentlichen Lebens nach dem Todeschlaf der fünfziger Jahre, verbunden mit der schweren wirtschaftlichen Krise, welche der amerikanische Sezessionskrieg über Europa brachte, schied dieselben voneinander und zeitigte eine selbständige sozialistische Bewegung, deren Wiege Frankreich, als die Heimat aller sozialistischen Theorien, wurde. Daß Kaiser Napoleon III., der sich selbst vielfach mit den Problemen der gesellschaftlichen Ordnung beschäftigt hatte, das Verbot der Koalition von Arbeitern aufhob, was in England bereits 1827 geschehen war, hatte zunächst nur eine Reihe unüberlegter Streiks zur Folge. System kam in die Bewegung erst seit 1862, wo er eine Anzahl freigewählter Arbeiter behufs ihrer Ausbildung zur Weltausstellung nach London schickte. Die Franzosen waren betroffen von dem Kontrast zwischen ihnen und den englischen Arbeitern, die billiger produzierten, obgleich sie weniger Tagesstunden arbeiteten und höheren Lohn erhielten; sie erfuhren, daß dies den Tradesunions (Gewerkvereinen) zu verdanken sei, die ihren Kollegen jenseits des Kanals gestatteten, als Macht zu Macht mit den Arbeitgebern zu verhandeln. Hier verschürzten sich zuerst die Fäden zwischen französischen und englischen Arbeitern zum Kern eines Weltbundes, der die Arbeiterpartei aller Länder und Zünfte umfassen sollte. An der Spitze der Bewegung stand ein Deutscher jüdischer Abkunft, Karl Marx, ein Mann



von ungewöhnlicher Begabung zur Massendiktatur. Auf einem Meeting in St. Martins Hall zu London geschah am 28. September 1864 der erste Versuch, durch Einsetzung eines Ausschusses, welcher Statuten und Parteiprogramm entwerfen sollte, der Sozialdemokratie eine internationale einheitliche Organisation zu geben. Im folgenden Jahre konstituierte sich der französische Zweig der „Internationalen“ und 1866 nahm der konstituierende Kongreß zu Genf, der von Belgien und Deutschland aus noch nicht beschied war, das von Mary entworfene Programm an, welches als das große Ziel, dem jede politische Bewegung sich als bloßes Hilfsmittel unterordnen solle, die ökonomische Emanzipation der arbeitenden Klassen und die Vernichtung aller Klassenherrschaft proklamierte, Wahrheit, Recht und Sitte als die Grundlage des Betragens der Arbeiter unter einander und gegen alle ihre Mitmenschen ohne Rücksicht auf Farbe, Bekenntnis oder Nationalität anerkannte. So waren zweifellos anfangs ernste, verständige Führer redlich um die materielle und moralische Hebung des Arbeiterstandes bemüht; sie strebten auf dem von dem Bunde veranstalteten Kongresse, radikalen und kommunistischen Unfug abzuwehren, aber sie sahen sich mehr und mehr überflügelt und die ursprüngliche Taktik, die Arbeiter von der politischen Agitation möglichst fern zu halten, schlug nachgerade ganz in ihr Gegenteil um, indem man die Arbeiter durch politische Agitation revolutionär zu durchsetzen suchte. Fast ununterbrochen folgten sich seitdem große und schwere Streiks als willkommene Gelegenheit, die sozialen Leidenschaften zu entfachen. Eine nennenswerte materielle Macht hat jedoch die Internationale nie befehen; es war nur Marys Geschick, welches um sie den Nimbus zu verbreiten verstand, als walte sie wie eine geheimnisvolle und unsichtbare Macht schützend über den Geschicken der Arbeiter. In Deutschland ist ihre Wirksamkeit gleich Null gewesen.



Karl Marx. Nach Photographie.

Hier traten diese Erscheinungen später ein als in Frankreich und England. Der eigentliche Vater der deutschen Sozialdemokratie ist Ferdinand Lassalle, ein Mann, dessen Charakter ein eigentümliches Gemisch von idealen

und selbstfüchtigen Triebfedern darbietet. Durch vielversprechende wissenschaftliche Leistungen hatte er frühzeitig die Augen hervorragender Männer auf sich gelenkt, geriet aber, seitdem er sich zum Ritter der mit ihrem Gatten im Scheidungsprozeß liegenden Gräfin Hatzfeld aufgeworfen, durch dieses Verhältnis mehr und mehr in eine schiefe und unhaltbare Richtung. Gleich Marx lehnte sich auch Lassalle, die Theorien der französischen Weltverbesserer beiseite lassend, an die Engländer, besonders an Ricardo, an. Wodurch er sich von jenem, der den Zusammenbruch aller monarchischen und religiösen Gewalten, die Aufhebung aller nationalen Schranken, die Föderation europäischer Republiken für die unerläßliche Voraussetzung der Verwirklichung seines Systems hielt, unterschied, das war, daß er an die Ausführbarkeit der sozialen Gleichberechtigung auch im monarchischen Staate glaubte, daß er die Verwirklichung seines Ideals an den nationalen Gedanken knüpfte, an Preußen, das ihn allein verwirklichen könne, an Bismarck als den Mann, der fähig sei, das Werk auszuführen. „Lassalle,“ urteilte der letztere, der an dem gedankenreichen Manne Gefallen fand, „war ehrgeizig im hohen Stil, und ob das deutsche Kaisertum gerade mit der Dynastie Hohenzollern oder mit der Dynastie Lassalle abschließen solle, das war ihm vielleicht zweifelhaft, aber monarchisch war seine Gesinnung durch und durch.“ Im Grunde war es ihm doch nur darum zu thun, als Führer einer zahllosen Arbeiterschiar eine große Rolle zu spielen. Der Geburtstag der deutschen Sozialdemokratie ist der 12. April 1862. An diesem Tage sprach Lassalle im Handwerkerverein der Oranienburger Vorstadt in Berlin über „den besonderen Zusammenhang der gegenwärtigen Geschichtsperiode mit der Idee des Arbeiterstandes.“ In dieser gewöhnlich Arbeiterprogramm genannten Rede konstruierte er die historisch-philosophische Grundlage seiner Agitation und berief den „vierten Stand“ zur herrschenden Rolle auf der Bühne der Weltgeschichte. Eine Ergänzung dieses Programms bildete sein Schreiben an das Leipziger Zentralkomitee vom 1. März 1863; in diesem entwickelte er „das eiserne Lohngesetz,“ nach welchem unter der Herrschaft von Angebot und Nachfrage der durchschnittliche Arbeitslohn immer auf den Lebensunterhalt reduziert bleibe. Dagegen sei die individuelle Selbsthilfe völlig machtlos und daraus ergebe sich die Notwendigkeit von Produktivgenossenschaften mit Staatskredit, welche nach und nach die gesamte Arbeiterwelt umfassen sollten. Zu dem ausgesprochenen Zwecke, diese als selbständig organisierte Partei in den Verfassungskampf einzuführen, ihr das allgemeine gleiche Wahlrecht zu erkämpfen, gründete er am 23. Mai 1863 zu Leipzig einen Allgemeinen deutschen Arbeiterverein und wurde dessen erster Präsident; weder aber entsprach der Beitritt auch nur entfernt den gehegten Erwartungen, noch fanden seine Lehren unter den Gebildeten Anklang, und nachdem Lassalle, zur rechten Zeit für seinen Ruf, am 21. August 1864 infolge eines Duells den Tod gefunden, ging der Verein aus Sand und Band. Auch sein Nachfolger von Schweitzer zerfiel mit seinen Mitarbeitern, als er sich in dem von ihm am 1. Januar 1865 gegründeten „Sozialdemokrat“ für



Preußen aussprach; die Gräfin Hatfeld, die den Verein mit ihren Geldmitteln unterstützt hatte, sagte sich von ihm los und gründete einen neuen, die sogenannte weibliche Linie.

Was die Betriebsamkeit einzelner nicht durchzusetzen vermocht hatte, das bewirkten die großen Zeitergebnisse, die das deutsche Leben bis in seine tiefsten Tiefen aufwühlende nationale Einigung samt den in ihrem Gefolge kommenden Errungenschaften, der Pressefreiheit, der Freizügigkeit, vor allem dem allgemeinen Stimmrechte. Bei den Wahlen zum ersten Norddeutschen Reichstage von 1867 errang

die Sozialdemo-

kratie in einigen Hauptindustriebezirken, Elberfeld-Barmen, Lennep, Chemnitz ihre ersten Erfolge; es wurden dabei ungefähr 40 000 Stimmen abgegeben. Im

Reichstage von 1869 saßen bereits sieben Sozialdemokraten, während doch die geistige Verarmung der Partei seit Lassalles Tode in unaufhaltbarem Fortschreiten begriffen war. Je mehr

das allgemeine Stimmrecht das Interesse am poli-

tischen Leben gefördert, je zugänglicher der verbesserte Schulunterricht die unteren Stände für Mitteilung durch Schrift und Rede gemacht hatte, desto größere Wirkung übten die Schlagwörter und Phrasen, die die Führer zum besten gaben, auf die Ausbreitung ihrer Grundsätze in den Arbeiterkreisen. In keiner Partei besaßen die Führer einen so durchschlagenden, unbedingten Einfluß wie bei diesen meist urteilslosen Massen, welche den ihnen vorgemalten Trugbildern blindlings Glauben schenkten. Es gelang, den Arbeitern die „verdammte Zufriedenheit“ mit ihrer Lage auszutreiben, sie unzufrieden und begehrlieh zu machen. Die Streiks, eine bis dahin auf deutschem Boden ungewohnte Erscheinung, wurden häufiger, es wiederholte sich die schon in England beobachtete Thatsache, daß sie nicht unter



Ferdinand Lassalle. Nach Photographie.

den ärmsten Klassen, sondern unter den vergleichsweise besser bezahlten Gewerben vorzugsweise einen günstigen Boden fanden. So vortrefflich aber auch die Partei organisiert war, so brach doch zwischen Schweizer, dem Führer der Arbeitervereine, und Liebknecht, dem deutschen Apostel der kommunistischen Internationale und wütenden Preußenhasser, dem der Norddeutsche Bund nur „das Feigenblatt des Absolutismus“ war, die Rivalität aus. Nach Schluß des Reichstages erhob sich Schweizer gegen die „Aristokratie“ des Vereins, appellierte von dieser an das souveräne Volk, die männliche und die weibliche Linie verschmolzen sich, Schweizer wurde durch Urabstimmung nahezu einstimmig wieder zum Präsidenten gewählt und Liebknecht nebst dem von ihm zum Mitarbeiter gewonnenen Leipziger Drechsler Bebel wegen ihres notorischen Verrats an der Arbeiterfrage für unwürdig erklärt, jemals wieder in einer Arbeiterversammlung zu erscheinen. So leicht ließen sich aber die Geächteten nicht werfen. Sie beriefen einen Kongreß nach Eisenach und erreichten hier die Konstituierung einer sozialdemokratischen Arbeiterpartei mit dem Programm: Allgemeines Wahlrecht an alle Männer von zwanzig Jahren ab in Staat und Gemeinde, direkte Gesetzgebung durch das Volk, Volkswehr, unentgeltlicher Unterricht, Normalarbeitstag, Einschränkung der Frauen- und Kinderarbeit, Abschaffung aller indirekten Steuern, progressive Einkommen- und Erbschaftsteuer, staatliche Förderung des Genossenschaftswesens. Auch innerhalb des Arbeitervereins gewann diese Richtung immer mehr an Boden; es blieb ihm zuletzt nichts übrig, als ebenfalls zum internationalen Sozialismus überzugehen. Schon damals begannen unter dem Einflusse der Agitation auch die besseren Charaktere wilder und wüster zu werden. Die süddeutsche Volkspartei sagte sich infolge jener Schwenkung von der Sozialdemokratie los.

Nun kam der Krieg; er legte die sozialistische Propaganda vollkommen lahm. Bei der Abstimmung über die Kriegsanleihe, Juli 1870, glänzten Bebel und Liebknecht durch Stimmenenthaltung, im November stimmten die Sozialdemokraten gegen die neue Kriegsanleihe, ebenso wie später gegen die Verträge mit den Süddeutschen und gegen den Titel Kaiser und Reich. Die Phrase der Republik in Frankreich hatte es ihnen angethan. Die Wahlen zum ersten deutschen Reichstage ergaben den Niedergang ihrer Partei. Das erste, wodurch sie sich von der erlittenen Niederlage wieder zu erholen suchte, war eine unmäßige Verherrlichung der Pariser Kommune. „Wenn auch im Augenblicke Paris unterdrückt ist,“ sprach Bebel im Reichstage, „so erinnere ich Sie daran, daß der Kampf in Paris nur ein kleines Vorpостengefecht ist, daß die Hauptsache in Europa uns noch bevorsteht, und daß, ehe wenige Jahrzehnte vergehen, der Schlachtruf des Pariser Proletariats: Krieg den Palästen, Friede den Hütten, Tod der Not und dem Müßiggange, der Schlachtruf des gesamten europäischen Proletariats werden wird.“ Hasselmann, ein anderer ihrer Führer, kündigte den mörderischen Klassenkampf an, den Kampf zwischen Arbeit und Nichtsthun, zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Mühe und Genußsucht, der zuerst in Frankreich in der Junischlacht, später im



Kommuneraufstande, „wo meine Parteigenossen gegen jene Ordnungsbanditen von Versailles gefochten haben,“ ausgebrochen sei und auch Deutschland nicht erspart bleiben werde; der in Leipzig erscheinende „Volkstaat“ stimmte ein: „Wir sind und wir erklären uns solidarisch mit der Kommune und sind bereit, jederzeit und gegen jedermann die Handlungen der Kommune zu vertreten,“ und als darauf Hafenclever seinen Anhängern allerorten den 18. März zu feiern befahl als Jahrestag nicht der Berliner Revolution, sondern des Kommuneraufstandes, war die Solidarität sämtlicher sozialdemokratischer Fraktionen Deutschlands mit den Kommunards erklärt.

So hörte man zum erstenmale die Ziele der Sozialdemokratie offen eingestanden. Den vaterländischen Interessen nicht bloß abgekehrt, sondern feindlich, verfolgt sie eingeständenermaßen den Umsturz aller die bestehenden Staaten zusammenhaltenden und entwickelnden Einrichtungen, um zuletzt in der Herstellung einer neuen Gesellschaft, einer neuen Menschheit von unbekannter Form ihren Gipfelpunkt zu erreichen, auf dem unbedingte Gleichheit nicht bloß des Rechtes, sondern auch des Besitzes herrschen wird; ein Wahngebilde,



Abgeordneter Liebknecht. Nach Photographie.

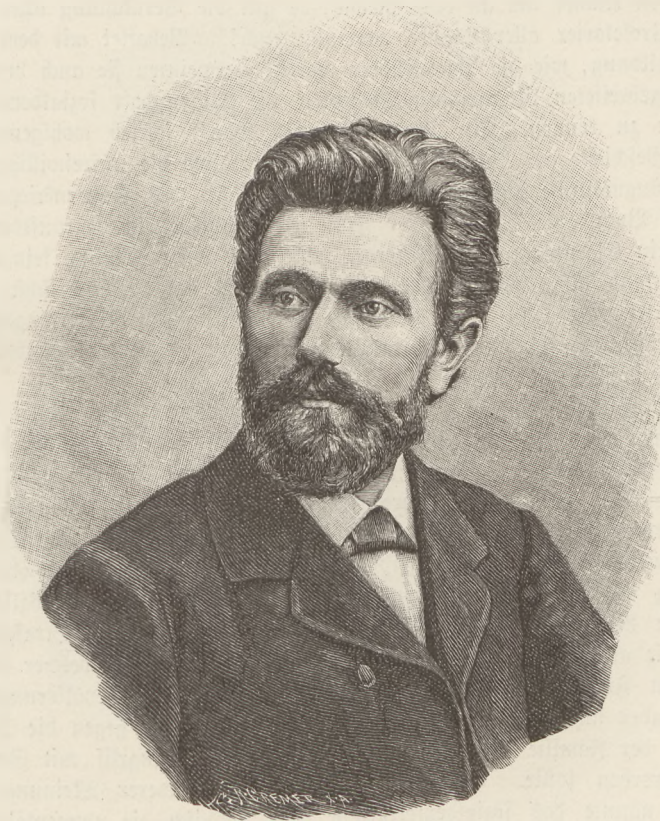
dessen Grundirrtum nicht sowohl in der überspannten Größe der dem Staate gestellten Aufgaben liegt, als in der groben Verkennung der menschlichen Natur, deren Herrlichkeit zur vollen Entfaltung zu bringen es nichts weiter bedürfen soll, als der richtigen Art der Erzeugung und Verteilung der materiellen Güter. Und die Mittel zur Erreichung dieses Zieles waren nicht Belehrung, sondern Schürung der Leidenschaften, um den Staat aus den Fugen zu treiben, Aufreizung in der Presse, in Vereinen und Versammlungen zu Haß und tödlicher Feindschaft gegen die Besitzenden und Gebildeten, Vorpiegelung eines im Fall des Sieges zufallenden Wohllebens. Die verwandte Verhetzung der Massen im Kulturkampfe führte der Sozialdemokratie neue Hilfstruppen zu; auch welfische Geldmittel flossen in ihre Taschen. Die von Schulze-Dehligsch

und Max Hirsch ins Leben gerufenen Gewerkvereine, welche die Arbeiter bei der Fortschrittspartei festhalten sollten, bildeten kein genügendes Gegengewicht und gingen nach kurzem Bestehen gleichfalls ins sozialdemokratische Lager über.

Nichts aber hat zum Wiederemporkommen der Sozialdemokratie in Deutschland so wirksam beigetragen, wie die mit dem Milliardenfegen eingezogene Gründerperiode und der unmittelbar darauf erfolgende, in seinen Wirkungen lang andauernde, verheerende Rückschlag. Hatte der plötzlich einströmende Geldüberfluß eine Anzahl schwindelhafter Unternehmungen ins Leben gerufen, eine widerliche und tolle Jagd nach mühelosem Gewinn durch Spekulation und Börsenspiel bei Vornehmen und Geringen erzeugt, die Tagelöhne zu sinnloser Höhe emporgeschwemmt und die Arbeiter bald zu brutaler Genußsucht, bald zu streifendem Müßiggange verleitet, so schlug die wilde Spekulation fast noch plößlicher in eine allgemeine Lähmung des ganzen Gewerbe- und Verkehrslebens mit ihrem Gefolge von Arbeitslosigkeit, Elend und Hunger um. Am frühesten und heftigsten trat der „Börsenkrach“ Anfang 1873 in Wien auf. Der damit zusammenhängende Prozeß gegen den gewesenen Direktor der Lemberg-Czernowitzer Eisenbahn Deneubach, Ritter von Ponteugiu, endigte zwar mit Freisprechung, aber das eigentliche Motiv derselben war doch nur die Gewißheit, daß, wenn dieser eine schuldig gesprochen würde, eine gar nicht zu übersehende Zahl hochgestellter und angesehener Männer gleichfalls auf die Anklagebank müßte. Im preussischen Landtage legte Lascker am 15. Januar 1873 bei der Verhandlung über die vom Handelsminister Graf Fhenpliz zur Erweiterung des Eisenbahnnetzes geforderte Anleihe den Finger auf das eiternde Geschwür, indem er den Verdacht aussprach, daß ein hoher Beamter, der Geheimrat Wagener, teils durch tadelnswerte Begünstigung von seiten des Ministers, teils durch Mißbrauch seiner eigenen amtlichen Stellung Konzessionen zu Eisenbahnbauten erhalten und davon die zur pommerischen Zentralbahn zu seinem Privatvorteil an den Fürsten Putbus veräußert habe. Als hierauf der Ministerpräsident Graf Roon sich des Beschuldigten annahm und in einem Schreiben an das Präsidium auf Grund der von ihm angestellten Untersuchung die Unbegründetheit der erhobenen Anklage versicherte, trat Lascker in einer großen Rede am 7. Februar mit einer solchen erdrückenden Fülle von Nachweisen auf, in welcher schwindelhaften Art die großen Unternehmer, Stroussberg und seine Nachahmer, bei Eisenbahngründungen verfahren, wie die Aktienzeichnungen größtenteils Lug und Trug seien und die Ausverdingung des Baues zu ganz unerhörten Preisen erfolge, daß Roon tief betroffen erklärte, wenn ihm diese Thatsachen bekannt gewesen, würde er jenen Brief nicht geschrieben haben. Wagener wurde in Ruhestand versetzt, Fhenpliz erhielt Deneubach zum Nachfolger und am 14. kündigte eine königliche Botschaft die Niedersetzung einer Untersuchungskommission an. Der Bericht derselben kam erst 1876 zur Verhandlung und diese endigte mit der Annahme von Lasckers Antrag auf Beseitigung der Mißbräuche im Konzessionswesen und Reform der Aktiengesetzgebung.



Der schwer auf den Arbeitern lastende Notstand förderte die sozialdemokratische Bewegung mit reißender Schnelligkeit. Bei den Reichstagswahlen von 1874 brachte es die Partei auf 340 000 Stimmen, mit denen sie zehn Sitze eroberte; bei denen von 1877 auf 490 000. Auch in den sächsischen Landtag kam in diesem Jahre zum erstenmale ein Sozialdemokrat; 1881 saßen



Abgeordneter Bebel. Nach Photographie.

deren schon vier darin. Hier konnte man Bebel die Kirche als die größte Verdummungsanstalt, die Sozialdemokraten als ihre offenen Gegner, als Atheisten bezeichnen hören. Wenn er nach dem bisherigen Gange der Kirche schließen dürfe, so könne man in zwanzig Jahren die entscheidende Schlacht zwischen der Alten Welt und den neuen Ideen haben, und dann würde es auch mit dem geistlichen Einflusse vorbei sein. Je größer diese Erfolge waren, desto näher rückten sich die beiden getrennten Lager; ihre vollständige Vereinigung erfolgte 1875 auf dem Kongreß zu Gotha. Der im Herbst 1877

in Gent abgehaltene allgemeine Sozialistenkongreß, auf welchem auch Deutschland durch einen Delegierten vertreten war, erneuerte den internationalen Bund der Partei. „Möge bei jedem Volke,“ so schloß das von ihm erlassene Manifest, „die Klasse der Enterbten sich als große, von allen Bourgeoisparteien scharf abgegrenzte Partei konstituieren und möge diese sozialistische Partei Hand in Hand marschieren mit der sozialistischen Partei aller übrigen Länder. Es gilt den Kampf um all eure Rechte, es gilt die Vernichtung aller Privilegien! Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ Behaftet mit dem Fluche der Halbbildung, wie die Parteiführer waren, vermeinten sie auch vermitteltst einer ausgebreiteten litterarischen Thätigkeit die Wissenschaft sozialdemokratisch ummodeln zu können. Der Buchbindergeßell Most schrieb wohlgenut eine römische Geschichte als Antimommsen, Bebel benutzte die unfreiwilige Muße einer Gefängnisstrafe zur Abfassung einer Geschichte des Bauernkrieges; sein schamloses Buch „die Stellung der Frau z.“ zeichnete ein Zukunftsreich, in dem es kein Eigentum, keine Behörde, keine Ehe, keine Familie, keinen Gott, kein Vaterland gibt, wo des Arbeiters nichts als das verführerischste Wohlleben wartet. Aber so groß die Thorheit eines solchen Unterfangens sein mochte, größer war doch das blinde Vertrauen, mit welchem die Arbeiter auf die Worte ihrer Lehrer schwuren.

Diese rastlose Schürung der rohesten Leidenschaften setzte den Staat in den Zustand der Notwehr und legte ihm gebieterisch die Pflicht auf, die anschwellende Gefahr bei Zeiten niederzuhalten. Sollte überdies die Hoffnung auf den allseitig ersehnten Wiederaufschwung in Handel und Wandel in Erfüllung gehen, so mußte außer dem Weltfrieden auch Friede und Sicherheit in den wirtschaftlichen Kreisen selbst wiederbefestigt werden, was ohne Einschränkung des zügellosen Treibens der Sozialdemokratie nicht möglich war. Eine dem Reichstage von 1875/76 vorgelegte Novelle zum Strafgesetzbuch enthielt die ausdrückliche gegen sie gerichtete Bestimmung, nach welcher jede den öffentlichen Frieden gefährdende Aufreizung verschiedener Bevölkerungsklassen gegeneinander und jeder in öffentlicher Rede oder Schrift gegen die Institute der Ehe, der Familie und des Eigentums gerichtete Angriff mit Gefängnis bestraft werden sollte. Aber der Reichstag war anderer Meinung. Das Zentrum nannte das sozialdemokratische Übel höhnisch die notwendige Folge der preussischen Kirchenpolitik und der liberalen Theorien, die Liberalen erklärten, die Sozialdemokraten könnten und dürften nur durch die Mittel der Belehrung geregelt und gezügelt werden, und der Paragraph wurde einstimmig abgelehnt. Solche Duldsamkeit ließ die Sozialdemokratie üppiger denn je ins Kraut schießen und bald sollte sie zeigen, wobin dies führe.

Als am 11. Mai 1878 der Kaiser mit seiner Tochter, der Großherzogin von Baden, in offenem Wagen von Charlottenburg zurückkehrte, feuerte unter den Linden der Klempnergeßell Hödel aus Leipzig zwei Revolvergeschüsse auf ihn ab, glücklicherweise ohne zu treffen. Die Feststellung der Thatsache, daß der Attentäter durch den Verkehr im sozialdemokratischen Lager das Gift des





Kaiser Wilhelm I. nach Photographie.



Klassenhasses eingeflogen, daß die ruchlose That eines einzelnen Glenden nur ein Ausfluß der im Volksleben eingerissenen Verwilderung war, veranlaßte die Vorlegung eines Gesetzes zur Abwehr sozialdemokratischer Ausschreitungen, welches die Regierung ermächtigte, Druckschriften, Vereine und Versammlungen von sozialdemokratischer Tendenz zu verbieten. Allein so groß war bei der Reichstagsmehrheit der Widerwille gegen Ausnahmegesetze, gegen die Verletzung der Gleichheit aller vor dem Gesetze, obgleich doch die Sozialdemokraten durch Proklamierung des Krieges gegen die Gesellschaft selbst den Boden des für alle gleichen Rechtes verlassen hatten, so fest die Zuversicht, daß auch gegen diesen Feind mit den Bestimmungen des gemeinen Rechtes auszukommen sei, daß das allerdings eilig und mangelhaft ausgearbeitete Gesetz mit 251 gegen 51 Stimmen abgelehnt wurde. Wenige Tage darauf, den 2. Juni, fielen auf den nach dem Tiergarten fahrenden Kaiser aus dem Hause Nr. 18 Unter den Linden zwei Schrottschüsse, von denen er im Gesicht, an Armen und Händen verletzt wurde. Bevor der Thäter, Dr. phil. A. Nobiling aus Kolno im Posenischen, ergriffen werden konnte, hatte er sich einen Schuß in den Kopf beigebracht, der am 10. September seinen Tod herbeiführte. Der Kronprinz wurde auf die Dauer der Behinderung seines kaiserlichen Vaters mit dessen Vertretung betraut. Aus der ungeheuern Aufregung, welche diese beiden so rasch aufeinander folgenden Thaten in ganz Deutschland hervorriefen, erschollen laut zwei Stimmen: die Anklage gegen die Sozialdemokratie als ihrer moralischen Urheberin, wie emphatisch diese auch jede Gemeinschaft mit den Mördern ableugnen mochte, und der bittere Vorwurf gegen den Reichstag wegen der Ablehnung des Gesetzes. Schon am 11. Juni erfolgte seine Auflösung. Die Nationalliberalen bezahlten die Mitschuld an jener Ablehnung mit einem Rückgange bei den Neuwahlen von 130 auf 105, der Fortschritt schmolz sogar auf 31 zusammen. Was beide verloren, gewannen die Konservativen. Durch einen Kompromiß zwischen diesen und den Nationalliberalen wurde das dem neuen Reichstage vorgelegte Sozialistengesetz, welches u. a. der Regierung die Befugnis erteilte, über Bezirke und Ortschaften, in welchen die öffentliche Sicherheit durch sozialdemokratische Bestrebungen besonders bedroht war, den sogenannten kleinen Belagerungszustand mit Beschränkung des Versammlungsrechtes und Ausweisung gefährlicher Personen zu verhängen, jedoch unter Beschränkung seiner Geltungsdauer bis zum 31. März 1881 angenommen. Das Gesetz wurde seitdem zu vier verschiedenen Malen bis zum 30. September 1890 verlängert, der kleine Belagerungszustand über Berlin von Jahr zu Jahr erneuert, 1880 auf Hamburg und Altona, 1881 auf Leipzig ausgedehnt, alles dies nicht ohne erheblichen Widerstand der Opposition. Windthorst versicherte einmal über das andere, nur die Kirche könne die Sozialdemokratie bewältigen. „Geben Sie uns“, sagte er, ohne sich der Zustände in Belgien zu erinnern, „die Orden zurück, dann haben wir kein Sozialistengesetz nötig, dann werden wir mit den Sozialisten allein fertig!“ Im Sinne der Fortschrittspartei blieb Hanel standhaft dabei, daß die freie Erörterung im weitesten



Sinne ausreiche, die soziale Strömung zu bekämpfen; jede Wahrheit könne sich tatsächlich nur behaupten, wenn sie die Kraft habe, die Unwahrheit zu überwinden, das Sozialistengesetz aber habe sich als ein Mittel zur Entfittlichung des Volkes erwiesen, denn es habe den Klassenhaß geschürt. Bismarck aber urteilte: der Fortschritt sei, um landwirtschaftlich zu sprechen, eine sehr gute Vorfrucht für den Sozialismus als Bodenbereiter, der gedeihe danach vorzüglich. Dem Kaiser wurde als Zeichen der Volksteilnahme an seiner Genesung eine von 11½ Millionen Gebern im Deutschen Reiche aus lauter kleinsten Beiträgen zusammengebrachte Wilhelmspende im Betrag von 1740 000 Mark überreicht und von dem Kronprinzen als Protektor der Stiftung zu einer Altersrenten- und Kapitalversicherung für die arbeitende Klasse bestimmt.

Daran war freilich nicht zu denken, daß durch das neue Gesetz die Sozialdemokratie vernichtet worden wäre, nicht einmal ihre Ausbreitung hat es gehindert; es hat nur die Wildheit ihres Charakters einigermaßen gezähmt. Erst von da an fanden die Führer eine Taktik der Mäßigung angebracht. Für den ersten Augenblick waren sie überrascht und die Massen verwirrt. Nach Überwindung der ersten Bestürzung fanden sich aber doch bald Mittel und Wege, um die verwehrte offene Agitation durch eine geheime zu ersetzen. Die in Leipzig wohnenden Abgeordneten konstituierten sich als vorläufiges Komitee, die Propaganda wurde durch massenhaft aus dem Auslande eingeschmuggelte Druckschriften betrieben, unter denen der Züricher „Sozialdemokrat“, das Organ der angeblich gemäßigteren Richtung, und die in London von dem früheren Reichstagsabgeordneten Most redigierte wildbrevolutionäre „Freiheit“ die vornehmsten waren. Auf dem 1880 auf Schloß Wyden bei Winterthur gehaltenen Kongresse wurde die Parteileitung in die Hände der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gelegt. Wie wenig übrigens jene beiden Richtungen sich tatsächlich unterschieden, bewies gerade jener von den Gemäßigten berufene Kongreß, indem er aus den Worten des Gothaer Programmes „mit allen gesetzlichen Mitteln“ das „gesetzlich“ zu streichen beschloß. Auch ihre Losung blieb trotz aller Doppelzüngigkeit der Appell an die Gewalt. „Wenn hier in Deutschland“, sagte Bebel später im Reichstage, nachdem er die Schuld an Kaiser Alexanders II. Ermordung auf das niederträchtige russische Staatssystem gewälzt hatte, „solche Verhältnisse herrschten, so wäre ich der erste, welcher zu solchen Mitteln griffe.“ Ganz ihr unterirdisches Treiben vor dem Auge der Staatsbehörden zu verbergen, gelang der sozialdemokratischen Organisation aber doch nicht. Ein 1886 gegen sechs Reichstagsabgeordnete und noch drei andere zu Freiberg in Sachsen geführter Prozeß zog die Tatsache, daß unter ihrer Leitung eine Organisation zur Lahmlegung des Sozialistengesetzes bestesse, ans Licht und führte zur Verurteilung der Angeklagten zu mehrmonatlichem Gefängnis. Auch in der Schweiz ließ die Berliner Polizei die „Genossen“ durch ihre Agenten überwachen.

Diese Schutzmaßregeln waren ganz unerlässlich. Denn die fortgesetzte Aufstachelung der rohen Leidenschaft, wie die Sozialdemokratie sie betrieb, erzeugte

mit Notwendigkeit ein noch bössartigeres Extrem, den Anarchismus, der die schrankenlose Selbstbestimmung und die Propaganda der That, d. h. den Mord, auf seine Fahne schrieb. Die Vervollkommnung der Sprengstoffe gab ihm eine furchtbare Waffe in die Hand. In Frankfurt a. M., Elberfeld, Barmen kündigte er sich durch Dynamitexplosionen an, denen der Züricher „Sozialdemokrat“ ausdrücklich seine Billigung aussprach. In einer Hauptstätte ihrer Thätigkeit hatten die Anarchisten Wien ausersehen. Ein 1882 mittelst Rakete an hellem Tage ausgeführter Raubanfall auf den Schuhmacher Merzstallinger, wie sich nachher ergab, zu dem Zwecke, um Geldmittel für die Revolution zu beschaffen, und die rasch einander folgenden Ermordungen der Polizisten Glubek und Blöck, welche Mosts „Freiheit“ in New York lange vorher angekündigt hatte, versetzten dort die Bevölkerung in Bestürzung. Die Thäter, Stellmacher und Kammerer mit Namen, wurden ergriffen und die Untersuchung stellte beider Schuld auch an mehreren aus gleichen Motiven in Stuttgart und Straßburg verübten Mordthaten fest. In Frankfurt a. M. fiel am 13. Januar 1885 der Polizeirat Rumpff durch den Dolch des Anarchisten Lieske. Aber den furchtbarsten Schlag beschloß die Mörderbande bei der feierlichen Enthüllung des von Joh. Schilling geschaffenen Siegesdenkmals auf dem Niederwalde im Jahre 1883 zu führen. Der Kaiser und sein Sohn sollten durch eine unter die Bahnradbahn gelegte Mine ermordet werden. Nur der zufällige Umstand, daß die vom Regen durchnässte Zündschnur versagte, vereitelte das entsetzliche Verbrechen. Der Haupturheber wurde in der Person eines gewissen Reinsdorf ermittelt und der verdienten Strafe überliefert, eines wilden Fanatikers, der wohl schon Hödels Arm gelenkt hatte. Der der Mitschuld verdächtige Anarchist Neve wurde 1887 von Belgien ausgeliefert und vom Reichsgericht zu fünfzehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Sozialdemokraten protestierten zwar feierlichst gegen jede Gemeinschaft mit den Anarchisten; was besagte aber dieser Protest, wenn gleichzeitig ihre Führer sich nicht entblödeten, für die sieben Anarchisten von Chicago einzutreten, um sie vor der wegen ähnlicher Schandthaten über sie verhängten Todesstrafe zu retten. Eine Folge des Niederwaldattentats war das auf Anregung des Reichstags erlassene sogenannte Dynamitgesetz vom 9. Juni 1884 gegen den verbrecherischen und gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen.

Dieses Gesetz, mehr noch die Hinrichtung der ergriffenen Verbrecher schreckte andere von der Nachfolge ab und schaffte vor dem Anarchismus Ruhe. Darüber freilich konnte niemand in Zweifel sein, daß durch bloße Repressivmaßregeln die sozialistischen Verirrungen nicht zu überwinden seien. Der menschenfreundliche Kaiser Wilhelm und sein Kanzler sahen es vielmehr in voller Übereinstimmung als eine ihrer höchsten Aufgaben an, die positiv heilende Wirkfamkeit aller dazu berufenen staatlichen, kirchlichen und bürgerlichen Kreise nachdrücklich anzuregen, zu beleben und mit Rat und That zu fördern und damit zugleich ihre junge Schöpfung, das Reich, auch innerlich zu kräftigen und sicherzustellen. Noch niemals hatten Humanität und gemeinnütziges Streben



sich in so großartiger Weise und in solchem Umfange kundgegeben wie in der Gegenwart, aber die private Thätigkeit reichte nicht entfernt aus, um die eingegriffenen Übelstände an der Wurzel zu fassen. Großen Eindruck auf Bismarck hatte die seit 1872 neu aufgekommene volkswirtschaftliche Schule der Staats- oder Rathedersozialisten gemacht, deren bedeutendster Vertreter Rodbertus war, und die im Gegensatz zu dem jede Berechtigung des Staates zum Eingreifen in das wirtschaftliche Leben leugnenden Manchesterthum gerade dem monarchischen Staate die Aufgabe vindizierte, die Interessen der wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungsschichten zu vertreten und dadurch seine eigene Machtstellung zu befestigen. In ihrem Sinne setzte er dem planlosen Gehen- und Geschehenlassen durch die Anerkennung von der Notwendigkeit staatlicher Fürsorge nach drei Richtungen hin ein Ziel: durch unmittelbare Fürsorge für die Arbeiter, durch Hebung der vaterländischen Arbeit und Schutz derselben gegen die ausländische Konkurrenz, endlich durch eine besonders die Ärmeren entlastende Reform des Steuersystems. „Ich habe das Gefühl“, sprach er, „daß der Staat auch für seine Unterlassungen verantwortlich werden kann. Ich bin nicht der Meinung, daß das *laissez faire, laissez aller*, das reine Manchesterthum in der Politik, ‚jeder sehe, wie er's treibe, jeder sehe, wo er bleibe‘, ‚wer nicht stark genug ist zu stehen, wird niedgerannt und zu Boden getreten‘, ‚wer da hat, dem wird gegeben, wer nicht hat, dem wird genommen‘ — daß dies im Staate, namentlich in dem monarchischen, landesväterlich regierten Staate Anwendung finden könne. Daß der Staat sich in höherem Maße als bisher seiner hilfsbedürftigen Mitglieder annehme, sei nicht bloß eine Pflicht der Humanität und des Christentums, sondern auch eine Aufgabe staats-erhaltender Politik, um auch in den besitzlosen Klassen, welche zugleich die zahlreichsten und am wenigsten unterrichteten seien, die Anschauung zu pflegen, daß der Staat nicht bloß eine notwendige, sondern auch eine wohlthätige Einrichtung ist.“ „Sozialistisch“, entgegnete er auf den Vorwurf des Sozialismus, „sind viele Maßregeln, die wir getroffen haben, und etwas mehr Sozialismus wird sich der Staat bei unserem Reiche überhaupt angewöhnen müssen.“ Das war, was er praktisches Christentum nannte und was sich sehr bestimmt von der durch den Hofprediger Stöcker nicht immer mit den lautersten Mitteln betriebenen christlich-sozialen Agitation unterschied, zumal diese sich mit dem aus der jüdischen Geschäftsgebarung erklärlichen aber darum nicht minder gehässigen Antisemitismus verquidete.

Einen ersten Schritt in der angegebenen Richtung hatte bereits die Beschränkung der Kinderarbeit und die Einsetzung von Fabrikinspektoren durch die Gewerbeordnung von 1869 gemacht. Das Jahr 1871 brachte das erste Haftpflichtgesetz, das jedoch wenig wirksam war, weil es dem geschädigten Arbeiter, mit Ausnahme der im Eisenbahnwesen beschäftigten, den meist schwer zu erbringenden Nachweis auferlegte, daß er nicht selbst die Beschädigung verschuldet habe. Das Hilfskassengesetz von 1876 legte jedem Arbeiter den Zwang auf, einer Krankenkasse beizutreten, stellte ihm aber die Wahl derselben frei. Aber

mit ungleich größerer Entschiedenheit trat der Staat für das materielle Interesse der Arbeiter mit dem im Februar 1881 dem Reichstage vorgelegten Unfallversicherungsgesetze ein. Es handelte sich dabei nach Bismarcks Meinung nicht um eine Schöpfung ganz neuer Lasten, sondern um eine Übertragung von Lasten aus den Armenverbänden auf staatliche Leistungen, der Staat sollte an die Stelle der armenpflegenden Gemeinde treten. Das Gesetz schrieb für alle in Bergwerken, Salinen, Aufbereitungsanstalten, Brüchen und Gruben, auf Werften, bei Bauten, in Fabriken und Hüttenwerken beschäftigten Arbeiter und Betriebsbeamte mit weniger als 2000 Mark Jahresverdienst die Versicherung gegen Betriebsunfälle bei einer vom Reiche zu errichtenden und auf dessen Rechnung zu verwaltenden Versicherungsanstalt vor. Für die mit mehr als 750 Mark Verdienst sollte die Versicherungsprämie zum einen Teile vom Arbeitgeber, zum anderen vom Arbeitnehmer aufgebracht werden, der geringere Verdienst von der Prämienzahlung befreit sein; dafür sollte entweder der Landarmenverband oder der Einzelstaat oder das Reich eintreten. Die Sozialdemokraten frohlockten, daß Bismarck nicht sie, sondern sie ihn hätten. Um so bedenklicher schien der Mehrheit das sozialistische Prinzip des Staatszuschusses; sie verwarf ihn und infolge davon verlagte der Bundesrat dem Gesetze seine Zustimmung. Durch diesen Mißerfolg nicht abgeschreckt, legte die kaiserliche Botschaft vom 17. November dem neugewählten Reichstage mit warmen Worten von neuem die positive Förderung des Wohles der Arbeiter ans Herz: „Wir würden mit um so größerer Befriedigung auf alle Erfolge, mit denen Gott Unsere Regierung sichtlich gesegnet hat, zurückblicken, wenn es Uns gelänge, dereinst das Bewußtsein mitzunehmen, dem Vaterlande neue und dauernde Bürgschaften seines inneren Friedens und den Hilfsbedürftigen größere Sicherheit und Ergiebigkeit des Bestandes, auf den sie Anspruch haben, zu hinterlassen.“ Als Ergänzung des Versicherungsgesetzes kündigte sie die Organisation des gewerblichen Krankenkassenwesens und die Fürsorge für die durch Alter und Invalidität erwerbsunfähig Gewordenen an. Eindringlicher noch mahnte eine zweite Botschaft, vom 14. April 1883, zur Beschleunigung: „Die zur Beratung erforderliche Zeit ist eine lange für die Empfindungen, mit welchen Wir in Unserm Lebensalter auf die Größe der Aufgaben blicken, welche zu lösen sind, ehe Unsere in der Botschaft vom 17. November 1881 ausgesprochenen Intentionen eine praktische Bethätigung auch nur so weit erhalten, daß sie bei den Beteiligten volles Vertrauen finden. Unsere kaiserlichen Pflichten gebieten Uns aber, kein in Unserer Macht stehendes Mittel zu versäumen, um die Besserung der Lage der Arbeiter und den Frieden der Berufsclassen untereinander zu fördern, solange Gott Uns Frist giebt zu wirken. Darum wollen Wir dem Reichstag von neuem die baldige Erledigung der bezeichneten wichtigen Vorlagen dringend ans Herz legen.“ Dessenungeachtet kam auf diesem Reichstage nur das Krankenkassengesetz, das über die Unfallversicherung erst auf dem von 1884 gegen die Stimmen der Deutschfreisinnigen und der Sozialdemokraten zum Abschluß. Die von den ersteren in der Debatte kundgegebene Opposition machte



auf den Kaiser einen sehr schmerzlichen Eindruck: er habe, äußerte er gegen die ihn zum Geburtstage Beglückwünschenden, erst sein Blut vergießen müssen, bis es klar geworden, welchen Gefahren wir entgegengingen, und deshalb sei die Opposition gegen das Gesetz gegen ihn persönlich gerichtet. Wiederholt griff Bismarck in die Debatte ein. Auf die Einwände der Sozialdemokraten gegen die Unzulänglichkeit des Gesetzes legte er kein Gewicht, da diese jedem Versuche, einem Notstande abzuhelfen, entgegneten müßten, um nicht die Herrschaft über die Masse zu verlieren. Doch gab er die Versicherung, daß er nach Annahme des Gesetzes Vorlagen über dessen Ausdehnung auf das Baugewerbe und, falls die Interessenten sich nicht dagegen wehrten, auf das landwirtschaftliche Gewerbe machen werde. „Es handelt sich lediglich um die Beantwortung der Frage, ob der Staat die Pflicht hat, für seine hilflosen Mitbürger zu sorgen, oder ob er sie nicht hat. Ich behaupte, er hat diese Pflicht, und zwar nicht bloß der christliche Staat, sondern jeder Staat an und für sich. Wenn man mir dagegen sagt: das ist Sozialismus, so scheue ich das gar nicht. Es fragt sich, wo liegt die Grenze des erlaubten Staatssozialismus? Ohne einen solchen können wir überhaupt nicht wirtschaften, jedes Armenpflegegesetz ist Sozialismus.“ „Geben Sie“, setzte er dann hinzu, „dem Arbeiter Arbeit, solange er gesund ist, sichern Sie ihm Pflege, wenn er krank ist, sichern Sie ihm Versorgung, wenn er alt ist, — wenn Sie das thun und die Opfer nicht scheuen und nicht über Staatssozialismus schreien, sobald jemand das Wort Altersversorgung ausspricht, wenn der Staat etwas mehr christliche Fürsorge für den Arbeiter zeigt, dann glaube ich, daß die Herren vom Wydener Programm ihre Lockspeise vergebens blasen werden, daß der Zulauf zu ihnen sich sehr vermindern wird, sobald die Arbeiter sehen, daß es den Regierungen und den gesetzgebenden Körperschaften mit der Sorge für ihr Wohl Ernst ist.“

Am 14. Juli 1884 trat bereits das Reichsversicherungsamt in Thätigkeit. Bismarcks Staatssozialismus hatte einen entscheidenden Sieg errungen, der dann auf den nächstfolgenden Reichstagen noch weiter vervollständigt wurde. Der in Kopenhagen tagende Sozialistenkongreß freilich nahm einstimmig eine Resolution an, wonach er weder an die ehrliche Absicht noch an die Fähigkeit der herrschenden Klasse bezüglich der Sozialreform glaubte, sondern die Überzeugung aussprach, daß diese sogenannte Sozialreform nur als taktisches Mittel benutzt werden solle, um die Arbeiter vom wahren Wege abzulenken. Denn die Agitatoren dieser Partei wollten gar nicht, daß die Lage des Arbeiters durch die Initiative der Besizenden gebessert werde, sie wollten, daß er nie aufhöre, nur vom allgemeinen Umsturze Heil zu erwarten, daß er arm und elend bleibe und nie nachlasse im Hass gegen diejenigen, die ihm wie eine große Verschwörung gegen die Armen und Notleidenden gemalt wurden, weil er sonst der Agitation verloren gehen würde. Auch ist die Wirkung der Sozialreform auf die Gefinnungen des Arbeiterstandes nicht so schnell eingetreten, wie man gehofft hatte. Neben der Fürsorge für den Fabrikarbeiterstand blieb auch das Handwerk nicht unbeachtet, welches mehr und mehr von der durch

das Großkapital unterstützten Großindustrie verschlungen zu werden drohte. Daß Zwangsinnungen, weil unvereinbar mit dem modernen Gewerbebetriebe, nicht wiederhergestellt werden könnten, obgleich sie von zahlreichen Stimmen aus dem Handwerkerstande selbst gefordert wurden, leuchtete ein. Wohl aber bezweckte das Gesetz von 1882 über die Errichtung fakultativer Innungen durch die Förderung der gewerblichen Interessen ihrer Mitglieder sowie durch Pflege des Gemeingeistes und Standesbewußtseins eine wirtschaftliche und sittliche Hebung dieses Standes anzubahnen.

Das nächste Glied in der Kette der wirtschaftlichen Reformen bildete die Erhöhung der eigenen Einnahmen des Reiches, das jetzt nur von den Matrikularbeiträgen lebte. Wie fast bei allen anderen Staaten Europas waren auch die Lasten des Reiches von Jahr zu Jahr in einer Weise gestiegen, daß sie durch die bisherigen Einnahmen immer weniger gedeckt werden konnten. Die Matrikularbeiträge, welche thatsächlich das unter seinem eigenen Namen im Reiche nicht vorhandene Defizit darstellten, hatten nach und nach eine Höhe erreicht, welche, da sie nach der Kopfszahl erhoben wurden, gerade die ärmeren der Einzelstaaten bis zur Unersehwinglichkeit zu belasten drohten. Wenn nicht die Beseitigung, so doch eine Verminderung der Matrikularbeiträge war daher das notwendige Postulat einer wohlerrwogenen Reichspolitik. Deshalb weigerte sich Bismarck schon 1872, auf die beantragte Abschaffung der Salzsteuer einzugehen und sich dafür mehr oder weniger auf milde Beiträge der Einzelregierungen anweisen zu lassen. Aber woher die Mittel nehmen, um das Reich finanziell auf eigene Füße zu stellen? Diese Frage schien um so schwieriger zu beantworten, als auch die deutsche Industrie und mit ihr die Staatseinnahmen in sichtbarem Niedergange begriffen waren.

Auf viele knappe Jahre war wie in anderen deutschen Staaten so auch in Preußen zu Anfang der siebziger Jahre infolge der Milliarden eine plötzliche Aufbesserung erfolgt. Jedes Jahr schloß mit einem Überschuß und diese glänzende Finanzlage ermöglichte eine Reform der Stenergesetzgebung, durch welche der Gesamtbetrag der Klassensteuer auf elf Millionen Thaler festgesetzt und die Mahl- und Schlachtsteuer vom 1. Januar 1874 an aufgehoben wurde, doch so, daß sie als Gemeindeabgabe fortbestehen durfte. Aber mit dem Verfliehen jener Quelle verschwanden auch die Wirkungen, die Überschüsse waren stark im Weichen begriffen, man konnte den Etat nicht ohne Anleihen balancieren. In denselben Jahren aber, wo der Überspannung der wirtschaftlichen Kräfte in schroffem Wechsel der Rückschlag folgte, feierte das Freihandelsystem seinen höchsten Triumph mit der Aufhebung der Eisenzölle vom 1. Januar 1877 an. Einmal erwacht, machte jedoch das geschäftliche Mißtrauen weitere Fortschritte. Die Regierung fühlte sich dagegen ganz machtlos; ihr Programm blieb nach wie vor: Hilf dir selbst. Bismarck folgte damals vertrauensvoll der Führung Delbrücks als der größten wirtschaftlichen Autorität auch dann, wenn er seine Ansichten nicht teilte. Aber ein eigensinniges Beharren auf dem von der Manchester-schule eingeschlagenen Wege mußte dahin führen, daß die reichsfeindlichen Parteien



immer mehr Obertwasser gewannen. Durch den Niedergang der Industrie wurde der Kulturkampf verschärft und der sozialdemokratischen Propaganda in die Hände gearbeitet. Die Eisenindustrie lag tief darnieder, zahlreiche Hochöfen mußten ausgeblasen werden, Tausenden von Arbeitern fehlte das tägliche Brot. Der Bericht des Reichskommissars Reuleaux über die Niederlage, welche die deutsche Industrie auf der Weltausstellung zu Philadelphia erlitten hatte, faßte sich in das Schlagwort „Billig aber schlecht“ zusammen. Auch darüber war dem Kanzler schon 1876 kein Zweifel, daß Preußen mit einem verborgenen Defizit wirtschaftete. „Der Finanzminister Camphausen hatte sieben fette Jahre gehabt wie die fetten Kühe Pharaos, aber keinen Josef, der ihm zur rechten Zeit gesagt hätte, daß die sieben mageren nachkommen würden; er wollte nicht daran glauben, daß in dem alten Gebäude manche Schraube nicklos und manches Rad bocklos geworden war.“ „Das muß anders werden,“ sagte er schon damals in seinen Korrespondenzen, „ich muß vom preußischen Finanzminister erwarten, daß er mir nicht die Aufgabe, Finanzsysteme zu erfinden überläßt, welche den voranzuziehenden Schäden ein Ende machen, sondern daß er sich selbst daran macht und sowohl der Not, an der wir wirtschaftlich leiden, der uns mehr und mehr in Blutleere verkehenden Handelspolitik, ein Ende mache, als auch Reformen dafür schafft, um die Zukunft unserer Finanzen sicher zu stellen.“ Es sei eine vollständige Umkehr der Begriffe, wenn der Finanzminister von dem Präsidenten ein Programm für das Finanzressort erwarte, nach dessen Prüfung er sich die Kritik vorbehalten wolle.

Die Agitation für Beibehaltung der Eisenzölle nahm unterdes größere Dimensionen an; doch ging Camphausen darauf nicht weiter ein, als daß er Ausgleichsabgaben eingeführt wissen wollte, um die heimische Industrie gegen das vom Auslande, besonders von Frankreich geübte System der Ausfuhrprämien zu schützen. Auch Bismarck verlangte damals noch nichts weiter als eine goldene Mitte zwischen dem extravaganten Manchesterium und dem Prohibitivzoll. Ende 1876 beschäftigte ihn der Gedanke, auch Rußland auf seine Absperrungspolitik mit Retorsionsmaßnahmen, mit Kampfzöllen auf russisches Getreide, Holz, Vieh zu antworten. Allein schon die Vorlage wegen des Retorsions-Eisenzolles gegen Frankreich veranlaßte leidenschaftliche Kämpfe zwischen den Freihändlern und den Schutzöllnern. Jene sprachen dem Kanzler jedes Verständnis in wirtschaftlichen Fragen ab und spotteten über seine dilettantische Anwandlung. Die Vorlage wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Anderseits liefen die Schutzöllner Sturm, um die Regierung auf ihre Seite zu ziehen. Sie fanden eine Ermutigung für ihre Bestrebungen in dem Gange der Unterhandlungen über die Erneuerung des Handelsvertrags mit Osterreich, die eben in Wien geführt wurden. Denn während die Reichsregierung dabei noch an dem zeitlich von ihr bekannten Freihandelsprinzip festhielt, war die österreichische thatächlich bereits zu dem des Schutzolles übergegangen, da sie vorausah, daß der Ausgleich mit Ungarn nur durch die Gewährung starker Finanzzölle für Ungarn und hoher Schutzölle für Galizien würde durch-

gesetzt werden können. Die Unterhandlungen, mehrmals unterbrochen, scheiterten schließlich definitiv; die österreichische Regierung rückte nun mit einem autonomen Zolltarif heraus, und das war es gerade, was die Schutzzöllner auch für Deutschland aufstrebten.

Zunächst sollten, worauf die Industriellen hindrängten, die Arbeiter wieder Arbeit haben, die Schloten sollten wieder rauchen. „Die abstrakten Lehren der Wissenschaft,“ erklärte Bismarck etwas später, „lassen mich vollständig kalt, ich urteile nach der Erfahrung, die wir erleben. Ich sehe, daß die Länder, die offen sind, zurückgehen. Nach meinem Gefühle sind wir, nachdem wir unsere Tarife zu tief heruntergesetzt haben, in einem Verblutungsprozeß begriffen, der durch die verrufenen Milliarden um ein paar Jahre aufgehalten ist, der ohne diese aber wahrscheinlich schon vor fünf Jahren so weit gekommen wäre wie heute . . . Die Frage, die vorliegt, ist keine politische, sondern eine rein wirtschaftliche; wir wollen sehen, wie wir dem deutschen Körper wieder Blut, wie wir ihm die Kraft der regelmäßigen Zirkulation des Blutes wieder zuführen.“ Trotz dieses Hinweises wurde der Kampf um die Zollpolitik ein Kampf der politischen Parteien, und ein um so erbitterter, als sich mit



Abgeordneter Eugen Richter. Nach Photographie.

ihm der um die Steuerpolitik verknüpfte. Nach Bismarcks Ansicht sollten die direkten Steuern, die mit einer gewissen edigen Brutalität auf dem Pflichtigen lasteten, möglichst durch indirekte ersetzt werden. Den Einwand, daß diese den armen Mann unnötig belasteten, erklärte er für politische Heuchelei, gerade darauf kam es ihm an, das kleine Hab und Gut des wenig Bemittelten gegen den Steuerregulator zu schützen, die Steuern auf die stärkeren Schultern der Vermögenden abzuwälzen. Der Kampf gestaltete sich zu einem persönlichen zwischen dem Reichskanzler und dem Führer der Fortschrittspartei, Eug. Richter. Der Reichstag stand damals, was Finanzfragen betraf, gänzlich unter dem Einflusse dieses Parlamentariers, der in ihnen regelmäßig seine Ansicht gegen die der Regierung durchsetzte. Die Rede, in der sich Bismarck



vom 10. März 1877 mit diesem Gegner auseinandersetzte, entwarf zum erstenmal in allgemeinen Zügen sein wirtschaftliches Programm. Er habe den Eindruck, erklärte er, daß der Arme unter dem Regimente der indirekten Steuern sich wohler fühle, und darum wünsche er eine Erhöhung der Zölle und Steuern auf nicht absolut notwendige, entbehrliche Artikel, wie Tabak, Bier. Der Steuerrock müsse so eingerichtet werden, wie er dem Volke am bequemsten sitze, oder vielmehr, wie er sich am leichtesten tragen lasse, „denn ganz bequem sitzt er niemals“. „Nun,“ rief er, nachdem er seine Ansichten erläutert hatte, „ich bin außer stande, die Frictionen zu überwinden, die sich außerhalb dieses Hauses der Verständigung über eine Steuerreform entgegenstellen!“ Das war die erste Ankündigung der Krisis, die mit dem Entlassungsgesuche des Reichszanzlers im April 1877 zum Ausbruch kam.

Ihre vorläufige Lösung fand diese in der Bewilligung eines längeren Urlaubes. In der damaligen Zurückgezogenheit zu Varzin reiften Bismarcks wirtschaftliche Pläne, wurde es bei ihm beschlossene Sache, mit dem Freihandel, der uns zum Auszehrungs- und Schwindsuchtsystem geworden, gründlich zu brechen. Aber es leuchtete ein, daß er zur Durchführung seines Programms einer festen und geschlossenen Mehrheit bedurfte; denn bisher war die Reichsregierung in jedem Einzelfalle ungewiß, ob sie eine solche im Reichstage fände oder nicht. Durch die Vereinigung der Nationalliberalen und Freikonservativen gedachte er eine feste und große Regierungspartei zu schaffen, an welche sich auch noch andere Konservative anschließen könnten. Zur Befestigung und Festhaltung dieser Partei sollte der Präsident des Reichstages von Bennigsen ins Ministerium treten. Diesen lud er daher im Dezember 1877 zu sich nach Varzin. Aber die Unterhandlungen scheiterten, hauptsächlich durch die Schuld Lasfers, der den Eintritt auch noch anderer Parteigenossen forderte, um der Reichsregierung den ausgesprochenen Charakter einer parlamentarischen Mehrheitsregierung zu geben. Dadurch sah sich Bismarck genötigt, die Stütze, deren er bedurfte, auf der entgegengesetzten Seite, bei den Konservativen und dem Zentrum zu suchen, „seine Bundesgenossen zur Durchführung seines Programms zu nehmen, wo er sie fand.“ Ein System, das sich freilich nur von einer so überragenden Persönlichkeit wie die seine durchführen ließ. Die Unterstützung des Zentrums war aber nur feil gegen Zugeständnisse im Kulturkampfe, und auch diesen Preis war Bismarck zu zahlen bereit, um den Ultramontanismus als politische Partei in Deutschland zu vernichten, sobald es nur geschehen konnte, ohne die obersten Prinzipien der kirchenpolitischen Gesetzgebung preiszugeben. Nach zehnjähriger Abwesenheit erschien Windthorst am 3. Mai 1879 mit einem Gefolge aus dem Zentrum zum erstenmal wieder auf einer Soirée des Fürsten, nachdem eine Besprechung zwischen beiden unter vier Augen vorausgegangen.

Am 22. Februar 1878 standen die drei Steuervorlagen über Tabak, Stempelabgaben für die im Handelsverkehr umlaufenden Werte und über Spielarten auf der Tagesordnung des Reichstages. Die Absicht inniger Ver-

einigung sämtlicher Stempelabgaben zu einer einheitlichen Reichsabgabe war auf das größte Widerstreben der Einzelregierungen gestoßen. „Wir sind,“ führte Bismarck aus, „in der Entwicklung unseres Steuersystems hinter allen großen europäischen Staaten zurückgeblieben und haben einen beträchtlichen Weg nachzuholen und zu ermitteln, wie die großen Lasten, welche das Ergebnis der großen Bedürfnisse des Reiches sind, am leichtesten getragen werden. Sie wissen, daß ich ein Gegner der direkten, ein Freund der indirekten Steuern bin, daß ich auf diesem Gebiete eine umfassende Reform anstrebe, die das Reich aus arm, was es jetzt ist, wirklich reich macht. Mein Ideal ist nicht ein Reich, das vor den Thüren der Einzelstaaten seine Matrikularbeiträge einsammeln muß, sondern ein Reich, welches, da es die Hauptquelle guter Finanzen, die indirekten Steuern, unter Verschuß hält, an alle Partikularstaaten im Stande wäre, herauszuzahlen.“ Er habe sich der besseren technischen Einsicht des Finanzministers dahin gefügt, daß ein Durchgangspunkt für die höheren Einnahmen aus dem Tabak, als welcher die Vorlage zu betrachten, notwendig sei, aber er leugne nicht, daß er dem Monopol zustrebe. Dieser Auffassung und dem Versuche einer stückweisen Reform trat Lasker mit großer Entschiedenheit entgegen; er verlangte die Schaffung eines selbständigen Reichsfinanzministeriums. Camphausen, der sich anfangs ebenfalls entschieden gegen das Monopol ausgesprochen und sich jetzt plötzlich als Anhänger der Durchgangspunkttheorie entpuppte, sah sich von seiten der Nationalliberalen und des Fortschrittes einer solchen „Abschlachtung“ ausgefetzt, daß er seine Entlassung nahm. Als Vizepräsidenten des Staatsministeriums ersetzte ihn Graf Otto Stollberg, der auch zum Stellvertreter des Reichskanzlers ernannt wurde. Das Finanzministerium übernahm Hobrecht; ferner schieden Graf Eulenburg und Achenbach aus, an deren Stelle ein gleichnamiger Neffe des ersteren und Maybach traten. Delbrück war bereits 1876 von dem Präsidium des zusammengeschrumpften Reichskanzleramtes zurückgetreten. Mit diesem Personenwechsel hatte Bismarck, wenigstens in Preußen, freiere Hand gewonnen und von dieser Seite nicht mehr jenes Widerstreben zu gewärtigen, über das er sich so oft beklagt hatte.

Alles, was er zur Zeit vom Reichstage erreichte, war die Niederlegung einer Enquetekommission über die Tabakindustrie. Einen kleinen Schritt kam er dadurch vorwärts, daß eine von ihm veranlaßte Konferenz der mittelstaatlichen Finanzminister zu Heidelberg sich einstimmig für Beseitigung der Matrikularbeiträge durch Erhöhung der indirekten Steuern zu Gunsten des Reiches aussprach. Sobald er sich überzeugt hatte, daß das Tabakmonopol nicht durchzusetzen sei, sah er sich nach anderen Mitteln und Wegen um, die zu dem gleichen Ziele führten, und er brauchte nicht lange zu suchen. Die großen Eisenindustriellen und Spinner riefen schon lange nach Schutz für ihre Interessen, die Landwirtschaft befand sich gegenüber der steigenden Konkurrenz der amerikanischen und russischen Getreide- und Fleischproduktion in einer sehr schwierigen Lage. Am 15. Dezember 1878 legte der Reichskanzler die Grund-



züge seines wirtschaftlichen Programms dem Bundesrate vor. In erster Linie, sagte er, stehe für ihn das Interesse der finanziellen Reform, Verminderung der direkten Steuerlast durch Vermehrung der auf indirekten Abgaben beruhenden Einnahmen des Reiches. Je ergiebiger man das Zollsystem in finanzieller Hinsicht gestalte, um so größer würden die Erleichterungen auf dem Gebiete der direkten Steuern sein können und sein müssen. Denn höhere Einnahmen zu erzielen, als zur Bestreitung der Bedürfnisse unbedingt nötig, könne niemals in der Absicht der Regierungen liegen, diese hätten nur dahin zu



Freiherr von Arnbüler. Nach Photographie.

streben, daß das Erforderliche auf die relativ leichteste und erfahrungsmäßig minder drückende Weise aufgebracht werde. Es empfehle sich daher, nicht bloß einzelne Artikel mit höheren Zöllen zu belegen, sondern zu dem Prinzip der Zollpflichtigkeit aller über die Grenze eingehenden Gegenstände, welches in der preussischen Zollgesetzgebung von 1818 an als Regel aufgestellt gewesen, zurückzukehren. Er berechnet die jetzt zollfreie Einfuhr, die nun zollpflichtig werden sollte, auf mindestens 1400 Millionen, den Ertrag aus den projektierten Zöllen auf 70 Millionen. Außerdem bekannte sich der Reichskanzler in einem Briefe an den Freiherrn von Thüngen

unumwunden zu den Grundsätzen der „Agrarier“, d. h. derjenigen Partei, welche wirksamen Schutz für die notleidende Landwirtschaft forderte.

Diese Kundgebungen riefen nicht bloß in den politischen Kreisen, sondern auch im Volke selbst eine tiefgehende Bewegung hervor. Sie durchbrach selbst die Schranken, welche die politischen Parteien schieden. Bisher hatten im ganzen und großen die liberalen Parteien als freihändlerisch, die konservativen als schutzzöllnerisch gegolten. Jetzt bildete sich, unabhängig von allen politischen Parteigesichtspunkten, unter Führung des früheren württembergischen Ministers von Arnbüler eine neue Partei, die volkswirtschaftliche Vereinigung, die von sechzig Mitgliedern rasch auf 204 ansteigend ein sicherer Stützpunkt für die erstrebte Reform zu werden versprach. Der Zolltarifentwurf, welcher dem Reichstage von 1879 vorgelegt wurde, erstreckte sich auf 43 Artikel. „Wir verlangen,“

mit diesen Worten leitete Bismarck am 2. Mai die Generaldebatte ein, „einen mäßigen Schutz der nationalen Arbeit. Wir Deutsche sind bisher durch die weit geöffneten Thore unserer Einfuhr die Ablagerungsstätte aller Überproduktion des Auslandes geworden. Die Masse der Überführung Deutschlands mit der Überproduktion aller Länder ist es, was unsere Preise und den Entwicklungsgang unserer Industrie, die Besserung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse am allermeisten drückt. Schließen wir unsere Thüre einmal, errichten wir eine höhere Barriere und suchen wir wenigstens den deutschen Markt, auf welchem die deutsche Gutmütigkeit vom Auslande in diesem Maße ausgebeutet wird, der deutschen Industrie zu erhalten!“ Einen beredteren und sachkundigeren Vertreter hätte die Vorlage nicht finden können als ihren Urheber. Die Tage vom 5.—7. Mai, in denen er wiederholt zu mehrstündigen Reden das Wort ergriff, bilden wohl den Gipfel seiner parlamentarischen Thätigkeit. Man hätte glauben können, Bismarck verwalte seit vielen Jahren die Portefeuilles des Handels, des Ackerbaues und der Finanzen, so große Vertrautheit mit den Handelsverhältnissen und Preisbewegungen, mit den Bedingungen und den Modalitäten des Getreidehandels, mit den landwirtschaftlichen Verhältnissen der Nachbarländer legte er an den Tag. Der Vorwurf des Dilettantismus verstummte mit einemmal. Nicht so die Feindschaft der Fortschrittspartei. Ein Hauptbedenken dieser und auch eines Teils der Nationalliberalen bildete das Budgetrecht des Reichstages, welches wesentlich auf den Matrikularbeiträgen beruhte; kämen diese in Wegfall, so müßten Garantien gesucht werden, um das Recht und den Einfluß des Reichstages in anderer Weise zu wahren. Vergebens bekämpfte der Kanzler das Vorurteil, als ob Regierung und Volksvertretung zwei Körper seien, die verschiedene Interessen hätten, und als ob diese mit Genehmigung einer Vorlage jener eine Gefälligkeit erweise, welche sie mit einer Gegenkonzession beantworten müsse. „Wir leben unter demselben Dache, wir haben das gleiche Interesse, zu bessern, wenn das Dach durchregnet, und können uns nicht als zwei Parteien hinstellen, von denen die eine sagt: Gib mir erst das, dann will ich dir jenes geben.“ Am 7. Juli sprach es Richter im Reichstage geradezu aus: der Liberalismus habe keine Wahl als entweder die Schmach beständig erneuter Nachgiebigkeit, oder die Beseitigung des Reichskanzlers an die Spitze aller seiner Forderungen zu stellen. „Ehe nicht der Kanzler selbst aufhört zu regieren, eher wird Deutschland nicht zur Ruhe kommen!“ Sofort erscholl auf der ganzen Linie der Ruf: „Fort mit Bismarck!“ Aber auch dieser schenkte der Fortschrittspartei nichts; sie trage, warf er ihr vor, ihren Namen mit Unrecht; die Reichspolitik schreite fort, gehe mit der Zeit, die Fortschrittspartei aber würde eher den Namen Hemmschuhpartei verdienen, sie negiere, was die Regierung bringe, und bringe ihrerseits nichts, weil sie nichts wisse.

Der Ansturm war vergeblich. Konservative und Centrum hielten fest zusammen und lieferten die erforderliche Mehrheit zur Durchbringung der Schutzzölle. Es war der erste Fall, daß das Centrum seine positive Mitarbeit an



einer nationalen Aufgabe gewährte, freilich weder uneigennützig, noch bedingungslos. von Frankenstein machte in einer Wählerversammlung gar kein Hehl daraus, daß es sich mit den Konservativen einfach zu dem Zwecke verbünden habe, die Nationalliberalen endgültig von ihrer Verbindung mit der Regierung abzudrängen und ihnen so ihren bisherigen Einfluß zu entreißen. Stets darauf bedacht, die Selbständigkeit der Einzelstaaten dem Reiche gegenüber möglichst zu stärken, setzte es die sogenannte Frankensteinsche Klausel durch, wonach derjenige Betrag der Zölle und der Tabaksteuer, welcher die aus dem dreijährigen Durchschnitt derselben sich ergebenden Summe von 130 Millionen überstieg, den Einzelstaaten nach Maßgabe der Bevölkerung überwiesen werden sollte. Die Liberalen waren zur Minderheit herabgesunken. Ihren äußeren Ausdruck erhielt diese Veränderung dadurch, daß von Forckenbeck, der als Oberbürgermeister von Berlin vergeblich gesucht hatte, sich an die Spitze einer Gegenagitation der Städte gegen die Getreidezölle zu stellen, das Präsidium des Reichstags niederlegte, ebenso von Stauffenberg das Vizepräsidium, und an ihre Stellen der Deutschkonservative von Seydewitz und der Ultramontane von Frankenstein traten. Auch aus dem preussischen Ministerium schieden die Nationalliberalen Hobrecht und Friedenthal zugleich mit Falk aus. In den Reihen der Nationalliberalen vollzog sich bei dieser Gelegenheit eine Spaltung: da der größere Teil von ihnen gegen die Vorlage gestimmt hatte, traten zuerst von Treitschke, dann noch weitere sechzehn aus. Da aber auch die Zurückbleibenden dem linken Flügel zu wenig liberal waren, so vollzog dieser auf Lasfers Betrieb am 28. August 1880 28 Köpfe stark (Forckenbeck, Stauffenberg, Bamberger, Braun, Rickert u.) seine Sezession von der Partei und betrat damit die Brücke, welche zum fortschrittlichen Ufer hinüberführte. Dadurch sank die nationale Partei auf 68 Mitglieder herab und diese schmolzen bei den Wahlen von 1881 auf 45 zusammen.

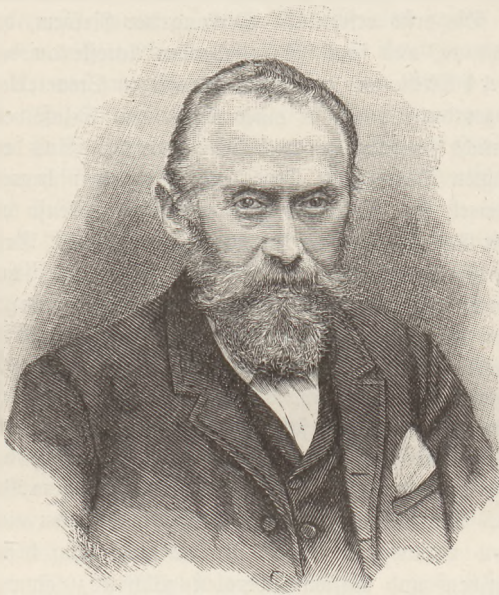
An die Kämpfe im Reichstage schloß sich ganz unerwartet ein Konflikt des Kanzlers mit dem Bundesrate. Er hatte 1879 bei diesem die reichsgesetzliche Regelung der Gütertarife in Anregung gebracht, damit deutsche Güter auf deutschen Bahnen mindestens ebenso günstig behandelt und nicht teurer gefahren würden als fremde, war aber damit auf heftigen Widerstand gestoßen, weil dann die Mittelstaaten zu ihrem Nachteile durch Preußen majorisiert zu werden fürchteten. Sein Verdruß darüber wuchs, als bei Beratung eines neuen Stempelgesetzes er mit 28 Stimmen, die aber eine Bevölkerung von mehr als 30 Millionen repräsentierten, in der Minorität blieb gegen 30 Stimmen, die nur  $7\frac{1}{2}$  Millionen vertraten. Er reichte seine Entlassung ein (6. April 1880), da er den Mehrheitsbeschluß im Reichstage weder vertreten könne noch bekämpfen wolle. Der Kaiser aber antwortete: „Es bleibt bei meinem Niemals,“ und der Bundesrat gab ihm durch Zurücknahme seines Beschlusses sowie durch eine Änderung seiner Geschäftsordnung, welche thatsächlich dem Reichskanzler ein votum suspensivum zugestand, die gewünschte Genugthuung. Nach diesem

Abschiedsgefuche war die Überraschung doppelt groß, als Bismarck am 23. August auch das Handelsministerium übernahm, dessen bisheriger Inhaber Hofmann zum Staatssekretär für Elsaß-Lothringen ernannt worden war. Er bekundete damit den Entschluß, die Reform, die er auf der einen Seite begonnen, nun auch von der anderen in Angriff zu nehmen und diejenigen Vorschläge selbst vorzubereiten, die er geeignet hielt, die Lage der Arbeiter zu verbessern und die Wohlfahrt des Gewerbes sicher zu stellen.

Schon die nächste Zukunft bewies, daß die in dem neuen Zolltarif niedergelegten Anschauungen wohlbegründet gewesen waren. Trotzdem ging nach Annahme desselben das nur zu diesem Zwecke geschlossene konservativ-kerikale Bündnis wieder auseinander. Die erste erfreuliche Wirkung der Reform, der Vorschlag der preußischen Regierung, aus dem ihr zustehenden Anteile an den Reichssteuern die Summe von 14 Millionen zu einem einmaligen Steuererlaß zu verwenden, wurde vom Abgeordnetenhaufe in einen dauernden Erlaß verwandelt, damit die Regierung nicht finanziell zu unabhängig werde. Aus dem Reichstage gingen die beantragten Finanzausfälle bedeutend beschnitten hervor. Der Tabak wurde minder besteuert, die Biersteuer ganz abgelehnt, ebenso die Lizenzsteuer für den Handel mit Tabak sowie die Nachsteuer von diesem. Dasselbe Schicksal hatte der Antrag, den Ende 1880 ins Leben gerufenen preußischen Volkswirtschaftsrat, der aus Vertretern des Handels, der Industrie, der Landwirtschaft und der übrigen Gewerbe gebildet war, in einen deutschen, ein Hilfsorgan für alle Faktoren der Gesetzgebung, zu verwandeln, da die große Mehrheit darin einen Rivalen, ein Nebenparlament sah. Ebenso lehnte der Reichstag die Einführung zweijähriger Budget- und vierjähriger Gesetzgebungsperioden, welche dem Übermaß von parlamentarischen Arbeiten und dem Übelstande des gleichzeitigen Tagens von Reichstag und Landtag abhelfen sollte, als eine Beeinträchtigung seiner Rechte ab. Die Reichstagswahlen von 1881, denen eine noch nicht dagewesene Agitation vorausging, fielen für die Regierung höchst ungünstig aus. Die Konservativen und Nationalliberalen zählten zusammen nur noch 130 Mitglieder, was sie verloren hatten, war dem Fortschritt, dem Zentrum, den Welfen, selbst den Sozialdemokraten zugewachsen; die Entscheidung in allen wichtigen Fragen lag beim Zentrum. Keine Partei bejubelte ihren Wahlsieg so laut wie die Fortschrittspartei; sie und ganz besonders den Abgeordneten Richter, der schon im Wahlkampfe selbst vor den niedrigsten und gehässigsten Verunglimpfungen der Gegner nicht zurückgeschreckt war, traf auch die Schuld, daß aus den Verhandlungen der feine, ja selbst der anständige Ton mehr und mehr schwand. Diese Partei sah sich nunmehr schon ihrem alten Ziele, der Herrschaft des Parlamentarismus und dem Sturze des Reichskanzlers, nahe. Aber als Bamberger behauptete, wenn überhaupt der Reichstag und das Deutsche Reich sich gesund entwickeln sollten, müßten sie zu dem kommen, was man hier mit Naseurümpfen Parlamentarismus nennt und als Übel bezeichne, während doch dieser Name nichts bezeichne, als daß die Regierung der Ausdruck der Mehrheit der Volksvertretung sei, durfte ihm Finanzminister



von Scholz wohl die Frage entgegenhalten: „Wo ist denn hier eine Mehrheit? Wo wird sie sich dauernd und haltbar feststellen lassen? Angesichts solcher Parteispaltungen wie hier im Hause muß Ihre Theorie verurteilt werden. Das muß ich zurückweisen, daß eine Mehrheit, die gar nicht vorhanden ist, der Regierung eine Marschroute vorschreiben will. Unsere Regierung ist keine parlamentarische, sondern eine monarchische.“ Wie tief die Kluft zwischen der Regierung geworden, zeigte sich, als der Minister des Innern von Puttkamer auf die Anschuldigung wegen Wahlbeeinflussungen erwiderte, die Regierung sei keine Parteidregierung, aber sie müsse erwarten, daß inner-



Abgeordneter Dr. Bamberger. Nach Photographie.

halb der Schranken des Gesetzes ihre Beamteten sie bei der Wahl nachdrücklich unterstützten, und den Dank der Regierung und des Kaisers für diejenigen, die das gethan, hinzufügte, worauf Bennigsen unter dem Ausdrucke seines tiefen Bedauerns, daß ein preußischer Minister in dieser Weise von der Stellung der Beamten zu den Wahlen gesprochen habe, Verwahrung dagegen einlegte, daß die Person des Kaisers als Schild im Wahlkampfe benutzt werde. Hierauf erschien am 4. Januar 1882 ein allerhöchster Erlass an das Staats-

ministerium: „Das Recht des Königs, die Regierung und die Politik Preußens nach eigenem Ermessen zu leiten, ist durch die Verfassung eingeschränkt, aber nicht aufgehoben. Die Regierungsakte des Königs bedürfen der Gegenzeichnung eines Ministers und sind von den Ministern zu vertreten, aber sie bleiben Regierungsakte des Königs, aus dessen Entscheidungen sie hervorgehen. Es ist deshalb nicht zulässig und führt zur Verdunkelung der verfassungsmäßigen Königsrechte, wenn deren Ausübung so dargestellt wird, als ob sie von den dafür verantwortlichen Ministern und nicht vom Könige selbst ausginge. . . . Es ist deshalb mein Wille, daß sowohl in Preußen wie in den gesetzgebenden Körpern des Reiches über mein und meiner Nachfolger verfassungsmäßiges Recht zur persönlichen Leitung der Politik meiner Regierung kein Zweifel gelassen werde.“ Die Fortschrittspartei ergriff sofort diesen Anlaß,

um einen neuen Sturmangriff zu unternehmen. Am 24. Januar brachte Hänel denselben im Reichstage zur Sprache. Er nannte es verfassungswidrig, wenn man die Person des Kaisers in die Verhandlungen ziehe und die Minister in Bezug auf die Vertretung der Regierungsmaßregeln Deckung suchten durch Berufung auf den Willen des unverantwortlichen Königs. Aber Bismarck blieb ihr nichts schuldig. „So gefährlich sind Ihre Angriffe nicht,“ sprach er, „bilden Sie sich das doch nicht ein, daß die Minister eine andere Deckung brauchen als die der eigenen Brust. Da überschätzen Sie sich, wenn Sie meinen, daß ich gegenüber einer Parlamentsrede, wie ich Tausende in meinem Leben gehört habe, meine Ehrerbietung vor dem Könige, ich hätte fast gesagt meine soldatische Pflicht, auch nur einen Augenblick vergessen hätte, um mich Ihnen gegenüber zu decken. Habe ich nicht seit 1862 kämpfend auf der Bresche gestanden? . . . Ich möchte wissen, was haben denn die Herren ihrerseits für Beweise von Mut gegeben? Sie haben Reden ohne Risiko gehalten, und jemandem, der zwanzig Jahre lang für das Königtum auf der Bresche stand, dem werfen Sie vor, er deckt sich mit dem König!“ Auf's tiefste empört ging er vom Bundesrattische nach der Tribüne vor und sagte drohend zur Fortschrittspartei: „Ich hoffe den Vorwurf nicht wieder zu hören,“ und als Lascker sich durch Zurufe bemerklich machte, fuhr er fort: „Man scheint dennoch diesen Vorwurf hier wiederholen zu wollen; so kommen Sie, der gerufen, doch heraus! — Also Sie haben hier den Vorwurf der Feigheit erneuert?“ „Beileibe nicht,“ rief Lascker, „Gott bewahre!“ — „Das danken Sie Gott“, endigte der Fürst in höchster Erregung. — „Wenn Sie,“ setzte von Treitschke gegen den Fortschritt gewendet hinzu, „von ‚Hausmeier‘ und ‚deutschem Richelieu‘ geredet haben, dann kann man sich nicht wundern, wenn einmal öffentlich darauf erwidert wird: Über Deutschland regiert ein lebendiges, starkes Königtum. Die rechtliche Unverantwortlichkeit unseres Monarchen besteht und die rechtliche Verantwortlichkeit tragen allerdings die Minister; aber die sittliche vor Gott und vor Mit- und Nachwelt hat in unserem Staate von jeher der König getragen, und so wird es auch bleiben.“

So gereizte Stimmungen waren kein günstiges Vorzeichen für die Weiterführung der wirtschaftlichen Reform. Gerade das Lieblingsprojekt des Reichskanzlers, das Tabaksmonopol, das zwar auch er an sich für ein Übel, aber im Vergleich zu andern für das kleinere hielt und von dem er sich für das Reich einen Reinertrag von 165 Millionen versprach, stieß in und außer dem Reichstage auf entschiedenen Widerspruch. Die einen wollten überhaupt kein Monopol, weil dasselbe ein wirtschaftlicher Rückschritt sei, die andern verwarfen es mit Rücksicht auf das Interesse des deutschen Tabakbaues und des überseeischen, namentlich in Bremen großartig entwickelten Tabakhandels; die Landtage einiger der wichtigsten Einzelstaaten faßten verwahrende Beschlüsse. Selbst der Bundesrat erklärte sich nur mit 36 gegen 22 Stimmen für das Monopol, der preussische Volkswirtschaftsrat lehnte die Vorlage mit 33 gegen 31 Stimmen ab und befürwortete nur eine höhere Besteuerung des Tabaks. So war auch im Reichstage ihr Schick-



sal zum voraus entschieden. Richter empfing sie dort mit dem Schlachtrufe: „An dieser Vorlage muß sich der Wille des Reichskanzlers endlich einmal brechen! Sieht das Volk, daß es noch einen selbständigen Willen gegen den des Kanzlers giebt, so wird vieles in unserem Staatsleben besser und freier werden.“ Für die gesamte Linke und das Zentrum war sie schon deshalb unannehmbar, weil sie eine Einnahmequelle eröffnete, welche die Abhängigkeit der Regierung von den Bewilligungen des Reichstages verminderte. Bismarck sprach zwei Stunden zu tauben Ohren; aus seinen Worten klang eine ungewohnte Resignation heraus. „Mein Vertrauen,“ schloß er, „daß unsere Einheit auch in Zukunft gesichert sei, beruht heutzutage auf den Dynastien, ich habe zu ihnen das Vertrauen, daß sie den nationalen Gedanken stets hochhalten und uns dann vielleicht auch über die Gefahren und Krisen hinweghelfen werden, denen das Reich ausgesetzt sein könnte, wenn seine parlamentarische Gestaltung und wenn die Thätigkeit hier im Reichstage vielleicht vorübergehend an dem Marasmus der Fraktionskrankheit in einer bedenklichen Weise leiden sollte. Darin habe ich Vertrauen zu unseren Dynastien, ich habe Vertrauen zu der Zukunft unserer Einheit. Diese Einheit ist die Vorbedingung unserer nationalen Unabhängigkeit. Deshalb hüten Sie sich vor der Zerfahrenheit, der unser Parteileben bei der unglücklichen Zanksucht der Deutschen und der Furcht vor der öffentlichen Meinung, bei der byzantinischen Dienerei der Popularität, wie sie bei uns eingerissen, ausgesetzt ist. Ich werde nicht oft mehr zu Ihnen sprechen können, ich bin matt, ich habe keine Lust und keine Kraft dazu und auch kein Interesse, aber ich möchte nicht von der Bühne abtreten, ohne Ihnen aus Herz zu legen: Seien Sie einig und lassen Sie den nationalen Gedanken vor Europa leuchten, er ist augenblicklich in der Verfinsternung begriffen.“

Der entscheidende § 1 der Vorlage wurde mit 276 gegen 43 Stimmen abgewiesen, ein Antrag Bennigsens, der sich gegen jede höhere Belastung der Tabakindustrie aussprach, mit 155 gegen 150 angenommen. Schon im nächsten Jahre jedoch fand Bennigsen, vor wenigen Jahren der hervorragendste Parlamentarier, jetzt aber von dem größten Teile seiner eigenen Partei verlassen, mit dem Reichskanzler zerfallen, seine Stellung nicht mehr haltbar und legte sein Mandat sowohl zum Reichstage als auch zum Abgeordnetenhaus nieder. „In den letzten Jahren,“ sprach er sich selbst über diesen Schritt aus, „habe ich mich leider immer stärker davon überzeugen müssen, daß die eingetretene Entwicklung unserer inneren politischen Zustände, die steigende Verbitterung der Parteien, der immer schärfer auftretende Gegensatz zwischen der Reichsregierung und dem Parlament, die Spaltung unter den Liberalen in wichtigen, selbst entscheidenden Fragen für mich zur Zeit eine auch nur einigermaßen nützliche und erfolgreiche Thätigkeit im Sinne einer versöhnlichen und ausgleichenden Politik nicht mehr ausführbar erscheinen lassen.“ Wenige Monate darauf verlor der Reichstag ein zweites seiner bedeutendsten Mitglieder an Lasker, der auf einer Erholungsreise nach Amerika am

4. Januar 1884 in New-York starb. Das Repräsentantenhaus zu Washington nahm davon Veranlassung zu einer Beileidsresolution, welche die Verdienste des Verstorbenen mit großer Anerkennung hervorhob, und ließ sie durch den amerikanischen Gesandten Sargent dem Reichskanzler behufs Übermittlung an den Reichstag zustellen. Dieser aber, obnehin gegen Sargent aufgebracht, weil derselbe in einem an die Öffentlichkeit gelangten Briefe die Ansicht ausgesprochen hatte, Bismarck beachtete nur deshalb ein Verbot gegen die Einfuhr amerikanischen Schweinefleisches zu erlassen, weil er als Grundbesitzer in der Sache interessiert sei, lehnte die „Briefträgerrolle“ ab, und dies um so mehr, als er sah, wie Sezession und Fortschritt aus der Gedächtnisfeier für Lasfer politisches Kapital gegen ihn zu schlagen suchten. Als am 7. April Präsident von Levegow im Reichstage dem Verstorbenen den üblichen Nachruf widmete, erhob sich Richter, um für die vielen Beweise der Teilnahme an dem Verluste des ausgezeichneten Mannes, insbesondere für den des amerikanischen Repräsentantenhauses zu danken. Richter sprach



Eduard Lasfer. Nach Photographie.

von der unbefugten Einmischung des Reichskanzlers in diese Sache und veranlaßte ihn dadurch, die Gründe seiner Ablehnung darzulegen. Diese lägen darin, daß die Resolution des Repräsentantenhauses sich nicht auf den allgemeinen Ausdruck der Sympathie mit der Person des Verstorbenen beschränkt habe. „Hätte Lasfer recht, hätte seine Politik wirklich den Nutzen gestiftet, der ihr in jener Resolution beigelegt wird, so wäre die Politik des Kaisers und die meinige unrichtig; denn ich habe von dem Abgeordneten Lasfer nicht Förderung, sondern Hinderung derselben erfahren. Nun kommt aber dazu, daß Lasfers Parteigenossen das Privilegium, welches ihnen die Sitte am Grabe eines Freundes gab, in der Presse maßlos aufgebauscht haben unter Umständen, wo ein Wider-



spruch den tief in unserm Herzen stehenden Satz *de mortuis nil nisi bene* verletzt.“ Als hier von der linken Seite der Ruf *Pfui!* ertönte, fuhr er fort: „Wer da *Pfui* ruft, wird sich hoffentlich melden; ich müßte sonst ein *Pfui* über ihn rufen als über einen, der anonyme Beleidigungen ausstößt. *Pfui* hätten Sie rufen sollen, als Sie merkten, daß an dem Grabe des Verstorbenen Politik getrieben wurde.“

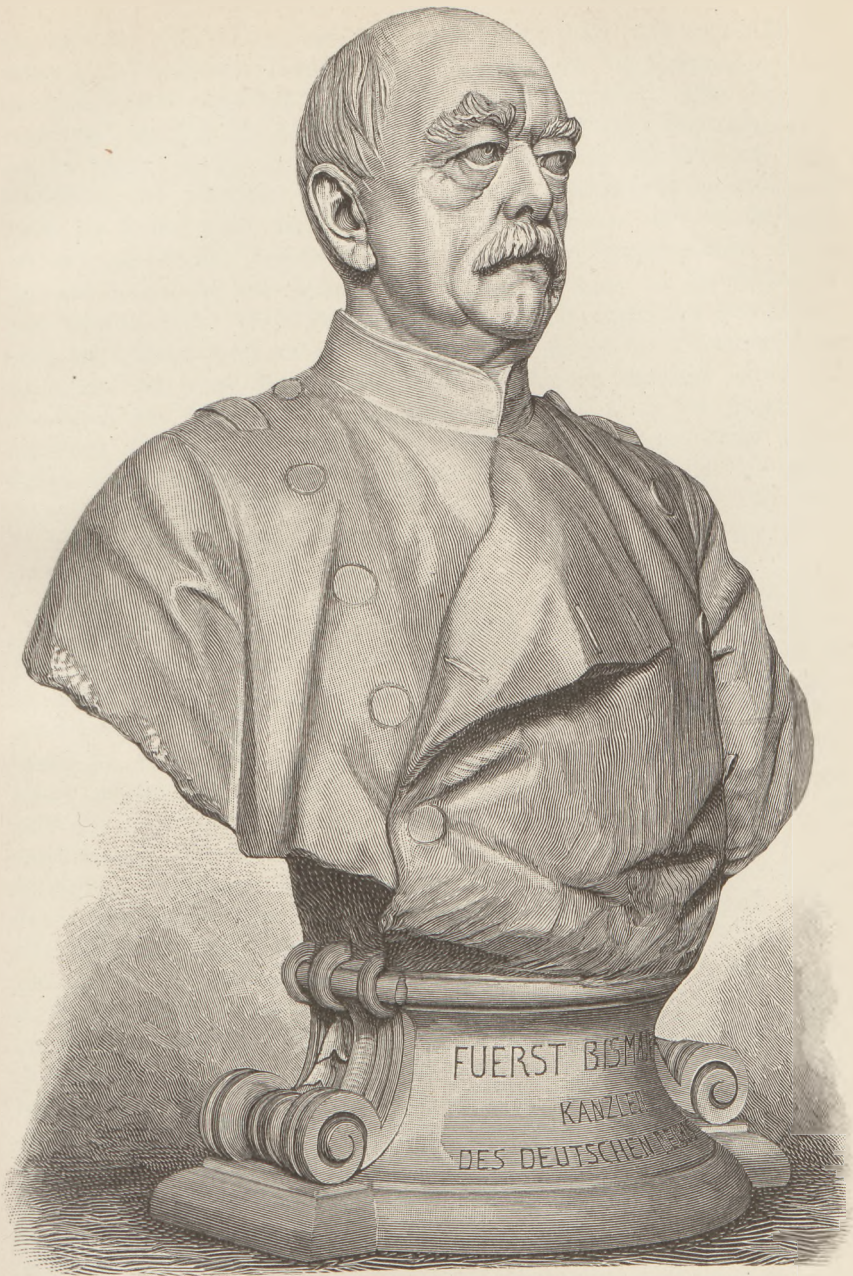
Der Tod Lasfers, der mit Richter auf gespanntem Fuße gestanden hatte, ermöglichte am 5. März 1884, dem Vorabende der Reichstagsöffnung, die Verschmelzung der Sezessionisten mit dem Fortschritt zu einer Fraktion, welche den Namen Deutschfreisinnige Partei annahm und nächst dem Zentrum die stärkste des Reichstags war. Die Führerschaft übernahm Stauffenberg. Bismarck meinte, er spreche ihren Namen nicht gern aus, weil er nicht gern eine Unwahrheit sage, denn er halte diese Partei weder für deutsch noch für freisinnig. Es war die Partei grundsätzlicher Opposition gegen ihn, angeblich der Anfang zu der ersehnten großen liberalen Partei. Ihr Programm enthielt folgende Einigungspunkte: ein verantwortliches Reichsministerium, Aufrechterhaltung der einjährigen Finanzperioden und der einjährigen Einnahmewilligung, der Rede-, Wahl-, Preß-, Versammlungs- und Vereinsfreiheit, des direkten und geheimen Wahlrechts, Gewährung von Diäten an die Reichstagsabgeordneten, gesetzliche Regelung des Verhältnisses zwischen dem Staate und den Religionsgesellschaften, Bekämpfung des Staatssozialismus, Entlastung der nothwendigen Lebensbedürfnisse im Steuersystem, vollständige Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht unter Verkürzung der Dienstzeit, Feststellung der Friedenspräsenzstärke innerhalb jeder Legislaturperiode. An anstößigsten unter vielen anstößigen Forderungen erschien dem Reichskanzler in diesem Programm die von verantwortlichen Reichsministern, hinter der sich die nach Herrschaft des parlamentarischen Systems versteckte. Erblickte er doch eben darin eine Hauptaufgabe seiner inneren Politik, die Krone frei zu halten von der Herrschaft des Parlaments. Als der sächsische Bevollmächtigte sie im Bundesrate zur Sprache brachte, gab der preußische die Erklärung ab: Es dürfe kein Zweifel darüber aufkommen, daß die verbündeten Regierungen ohne Ausnahme entschlossen seien, die Verträge, auf welchen unsere Rechtsinstitutionen beruhten, in unverbrüchlicher Treue aufrecht zu erhalten. „Je mehr die Regierung des Königs sich bewußt ist, unter schweren Kämpfen und Gefahren erfolgreich dafür eingetreten zu sein, daß dem deutschen Volke das für seine nationale Gestaltung erforderliche Maß von Einheit gewonnen wurde, um so sorgfältiger ist sie darauf bedacht, zu verhüten, daß dieser Gewinn durch politische Mißgriffe wieder in Frage gestellt werde. Die Einrichtung verantwortlicher Reichsministerien ist nicht anders möglich als auf Kosten der Summe von verfassungsmäßigen Rechten, welche gegenwärtig der Bundesrat übt. Die wesentlichen Regierungsrechte der Bundesstaaten würden von einem Reichsministerium abforbiert werden, dessen Thätigkeit dem maßgebenden Einflusse der jedesmaligen Reichstagsmehrheit unterliegen müßte. Selbst wenn es gelänge, feste Mehr-

heiten aus den im Reichstage vorhandenen Parteien zu bilden, würde die Regierung doch die Herstellung eines parlamentarischen Regiments für eine sichere Einleitung zum Verfall und zur Auflösung des Reiches halten.“ Gelegenheit zu einer ähnlichen Zurückweisung gab es im folgenden Jahre, als die Polen, vom Zentrum unterstützt, die Ausweisung zahlreicher ihrer Landsleute aus den östlichen Provinzen Preußens im Reichstage zum Gegenstande einer Interpellation an die Reichsregierung machten. Bismarck verlas statt der Antwort eine allerhöchste Botschaft, welche eine Verwahrung der Hoheitsrechte des preussischen Staates gegen die Auffassung enthielt, „als ob in Deutschland eine Reichsregierung bestünde, die verfassungsmäßig in der Lage wäre, Schritte zu thun, um die Durchführung von Maßregeln zu hindern, welche von Uns in Unserem Königreich Preußen bezüglich der Ausweisung ausländischer Unterthanen angeordnet sind.“ Diese Rechtsanschauung vermochte jedoch die demokratisch-kerikale Majorität sich in keiner Weise anzueignen. Gegen die Stimmen der Konservativen und Nationalliberalen erklärte sie die von der preussischen Regierung verfügten Ausweisungen russischer und österreichischer Unterthanen für nicht gerechtfertigt und mit den Interessen der Reichsangehörigen nicht vereinbar. Die Antwort auf diesen Beschluß gab die preussische Regierung im Bundesrate durch die Erklärung, sie halte diese Ansicht für eine irrthümliche, worauf der Bundesrat einstimmig ablehnte, die Resolution in Beratung zu ziehen. Auch das preussische Abgeordnetenhaus trat in dieser Frage mit großer Entschiedenheit auf die Seite der Regierung. Nachdem Bismarck in einer seiner glänzendsten Reden den Stand der Polenfrage in Vergangenheit und Gegenwart beleuchtet hatte, sprach es auf Antrag des Abgeordneten Achenbach einhellig seine Genugthuung über die ergriffenen Maßregeln und seine Bereitwilligkeit, zu ihrer Durchführung die erforderlichen Mittel zu gewähren, aus, „als eine feierliche Erklärung, daß wir jeden Versuch, unserer Regierung in den Arm zu fallen, auch wenn er von der Mehrheit des Reichstags ausgeht, abwehren wollen“. Zentrum, Polen und Freisinnige hatten vor der Abstimmung das Haus verlassen. Auch blieb die Regierung bei dieser einen Schutzmaßregel gegen die Polonisierung nicht stehen; sie nahm im Anschluß daran auch die Germanisierung der östlichen Grenzprovinzen in Angriff, indem sie sich vom Landtage einen Fonds von 100 Millionen zur Beförderung deutscher Ansiedelungen in Westpreußen und Posen bewilligen ließ, „nicht um das Polentum auszurotten, sondern um das Deutschtum davor zu schützen, daß es seinerseits ausgerottet werde.“ Dank der finanziell ruinierten Lage des polnischen grundbesitzenden Adels schloß die durch das Gesetz vom 26. April 1886 gebildete Kommission zahlreiche Güterkäufe zu verhältnismäßig sehr günstigen Bedingungen ab und teilte die zerstückelten Großgüter meist in Form von Rentengut an deutsche Ansiedler aus. Bis Ende 1889 waren im ganzen 70 größere Güter mit einer Fläche von 40 898,54 ha angekauft.

Mit dem Anspruche, die Gesamtheit oder auch nur die Mehrzahl der



Liberalen zu vertreten, scheiterte der Deutschfreisinn vollständig. Die Zersplitterung der Parteien blieb dieselbe nach wie vor. Bismarck befand sich daher immer nur einer negativen Majorität gegenüber, die jedesmal bei dem ersten Schritte, der vorwärts gethan werden sollte, auseinanderfiel. Als Hänel 1884 auf die wachsenden Majoritäten in der Diätenfrage hinwies, schickte er ihn mit den niederschmetternden Worten heim: „Der Vorredner hat ganz besonderes Gewicht darauf gelegt, daß die Majorität dieses Hauses, die wachsende Majorität dieses Hauses wiederholentlich diese Forderung gestellt hat. Ja, meine Herren, der Herr Vorredner erkennt doch die Gleichberechtigung der beiden gesetzgebenden Körperschaften an, und ich kann ihm nicht nur eine wachsende, sondern eine einstimmige Majorität des Bundesrates für unendlich viele Verfassungsänderungen anführen, die wir für sehr nützlich und zweckmäßig hielten, und für die Sie die Einstimmigkeit, nicht bloß eine wachsende, sondern eine konstante Majorität des anderen Faktors der Gesetzgebung hier schwerlich als Argument gelten lassen möchten, wenn Sie selbst sie für nützlich und zweckmäßig nicht ansehen. Sie werden sich vom Bundesrat nicht imponieren lassen, ich lasse mir von der Majorität des Reichstages nicht imponieren. (Oh, Oh!) Nein, meine Herren, in keiner Weise, dazu sind Sie gar nicht die Männer. Ich habe mir ja von ganz Europa nicht imponieren lassen, Sie werden nicht die Ersten sein! Und wie setzt sich denn diese Majorität zusammen? Sie sind nach Parteitendenzen zusammengesetzt, je nachdem Sie entschlossen sind, für die Regierung oder gegen sie zu stimmen. Die Parteien befinden sich in einem Kampfe um die Herrschaft. Die nationale Politik für Kaiser und Reich wird von drei Fraktionen vertreten von zusammen 157 Köpfen. Diesen stehen gegenüber hundert Herren, die kämpfen für die Herrschaft der Geistlichkeit. Daneben haben Sie 98 demokratische Abgeordnete. Ich nenne sie Republikaner; denn ob jemand für ein Reich mit erblichem oder ernanntem Präsidenten ist, das ist gleichgültig. Ich rechne zu dem, was ich Demokraten nenne, auch Fortschritt, Sozialdemokraten und Volkspartei; das sind 98 Mann, die nicht die Gesetze ihres objektiven Inhalts wegen, sondern aus parteilichen und taktischen Gründen bekämpfen. Wir sind im Besitz der Herrschaft für Kaiser und Reich. Die wollen Sie uns jetzt entreißen, und darum stimmen Sie dagegen, weil die Regierung nicht in Ihren Händen liegt. Daneben existieren noch vierzig Herren aus fremdländischen Elementen, welche nicht bloß das so regierte Reich, sondern auch das Reich an sich bekämpfen. Wir haben also gegen uns eine Majorität von fünf Achtel, die gegen uns sind, unabhängig von dem objektiven Inhalt der Vorlagen. Ich habe diese Charakteristik Ihnen vorgeführt, um Ihnen zu zeigen, warum diese Majorität mir nicht imponiert.“ — „Sollte es nicht möglich sein,“ setzte er später hinzu, „daß, wenn nach einem Vierteljahrhundert ein Reichstags-Poschinger einmal auf unsere jetzigen Fraktionsfreitigkeiten zurückschliefte, man doch auch den Eindruck hätte, daß der Fraktionspartikularismus von damals ein glücklich überwundener Standpunkt sei, daß man in den 25 Jahren erhebliche Fortschritte zum Bessern



fürst Bismarck. Marmorbüste von Reinhold Begas.  
Berlin, Nationalgalerie.



gemacht habe, daß der nationale Gedanke mehr als bisher und einheitlicher als bisher zum Durchbruch gekommen sei? Ich nehme an, daß Fraktionszopf und Parteizopf dann etwas aus der Mode gekommen sein wird. Was mich dazu veranlaßt, das sind die Zeichen an unserer heranwachsenden Generation. In unserer Jugend ist ein ganz anderer nationaler Schwung und eine großartigere Auffassung des politischen Lebens, als in allen meinen Altersgenossen, die durch die Jahre 1847 und 1848 mit dem Fraktions- und Parteitempel hindurchgegangen sind, den sie nicht von ihrer Haut abwaschen können. Lassen Sie uns einmal erst alle sterben, dann sollen Sie sehen, wie Deutschland in Flor kommen wird. Wir sind alle noch viel zu sehr erfüllt von Parteikampfszorn, wir glauben noch an die Größe der Parteien, an die Bedeutung eines Wahlsieges oder einer Abstimmung. Aber ich habe zur deutschen Nation und namentlich zur Jugend, zu der jetzt studierenden Jugend, zu der Jugend, die unter den Eindrücken der großen Zeit studiert hat, die unser Kaiser an der Spitze seines Heeres inaugurierte, das Vertrauen, daß sie mit Boshingerschen Augen auf die heutige Politik, auf den Partikularismus der zehn oder zwölf Fraktionen, die hier miteinander kämpfen, zurückblicken wird. Das ist die Hoffnung, in der ich ruhig sterbe.“

Dieses Ausblickes in die Zukunft bedurfte es in der That aus einer unerfreulichen Gegenwart. In der kleinlichsten Weise benutzte die Majorität bei Beratung des Etats für das auswärtige Amt die Forderung von 20 000 Mark für die durch die außerordentliche Geschäftsvermehrung dringend notwendig gewordene Anstellung eines dritten Direktors, um den Kanzler ihre Macht fühlen zu lassen. „Diese kleinen Abstriche,“ entgegnete dieser, „haben doch keinen anderen Zweck, als daß Sie mir das Leben sauer machen wollen. Ich stehe und fechte hier im Namen des Kaisers als Soldat und Unterthan meines angestammten Herrn, und ob ich dabei zu Schaden komme oder nicht, das ist Nebensache. Ich thue meine Pflicht, ich kann Ihnen nichts weiter sagen.“ Der Posten wurde abgelehnt. Allein sobald dieses Resultat bekannt wurde, erhob sich durch ganz Deutschland ein Sturm der Entrüstung. Wer nur sich nationalen Sinn bewahrt hatte, fand es empörend, daß der größte Staatsmann des Jahrhunderts sich von einer so beschaffenen Majorität in dieser schnöden, übermütigen Weise behandeln lassen sollte. Der Gedanke einer „Bismarckspende“ brach sich Bahn als Ausdruck des Dankes der Nation für den Schöpfer ihrer Einheit und Größe. Von den  $2\frac{3}{4}$  Millionen, die sie ertrug, wurde der eine Teil zum Ankauf des Gutes Schönhausen, wo Bismarck geboren war, verwendet, der Rest, 1 230 000 Mark dem Fürsten zur freien Verfügung für öffentliche Zwecke übergeben. Großartig, als ein Nationalfest, wurde sein siebenzigster Geburtstag am 1. April 1885 begangen. Die kaiserliche Familie erschien persönlich, ihm zu gratulieren und verehrte ihm N. von Werners Gemälde, die Kaiserproklamation im Versailler Schlosse. Und nun bewilligte doch auch der Reichstag den dritten Direktor gegen die Stimmen des Zentrums und eines Teils der Freisinnigen.

Von den unheilvollen Prophezeiungen, welche die Opposition bei der Einführung der neuen Zölle vorgebracht hatte, war nicht die geringste eingetroffen. Die durch den Zolltarif von 1879 eingeleitete Wirtschaftspolitik machte sich vielmehr in einer fortschreitenden Entwicklung des Volkswohlstandes bemerklich. Wider alles Erwarten aber hatten sich die Getreidezölle als vollständig einflußlos erwiesen, sowohl hinsichtlich der befürchteten Verteuerung des Brotes, als hinsichtlich der Unterstützung der Landwirtschaft; sie hatten sich als einfache Finanzzölle erwiesen, indem sie für die Reichskasse eine ansehnliche Einnahme abwarfen. Wenn aber irgend ein Gewerbe ein Recht auf Schutz zu haben schien, so die Landwirtschaft als dasjenige, welches von allen die meisten Hände beschäftigt und das durch zunehmende Verschuldung bei abnehmender Rentabilität und abnehmendem Werte des Grund und Bodens sich mit Ruin bedroht sah. Die Reichsregierung entschloß sich daher zu einem Versuche, ihr durch eine wesentliche Erhöhung der Getreidezölle unter die Arme zu greifen. Der Deutschfreisinn sah in dieser Maßregel nur das Mittel zur Bereicherung der Großgrundbesitzer. „Ich erhebe,“ entgegnete Bismarck, „Protest gegen die Unwahrheit, als ob von den verbündeten Regierungen durch diese Gesetzesvorlage irgend etwas anderes bezweckt würde, als Schutz der nationalen Arbeit, Schutz des nationalen Gesamtvermögens, des armen so gut wie des reichen. . . Ich bin der Meinung, daß wir die Last, die unsere Landwirtschaft trägt, lieber auf das Ausland abwälzen sollen, als daß wir fortfahren, es im Inlande durch Steuern aufzubringen. Ich bedaure aufrichtig unsere Freunde in Ungarn, Rußland und Amerika, daß wir ihnen den Schaden zufügen müssen, wenn sie nicht auf den Import verzichten wollen, aber jeder ist sich selbst der Nächste und wir müssen zunächst für unsere Landwirtschaft sorgen, ehe wir für die befreundete ungarische sorgen können.“ Sollten daneben die landwirtschaftlichen Preise sich etwas heben, so würde er diesen Vorteil sehr hoch anschlagen, denn die Meinung, daß niedrige Kornpreise vorteilhaft, sei durchaus unstichhaltig und durch die Erfahrung widerlegt. Der Deutschfreisinn beharrte nach wie vor auf seinem die ganze Zollpolitik verwerfenden Standpunkte, die Nationalliberalen dagegen, die den Rückgang ihrer Partei zum großen Teil ihrer früheren Gleichgültigkeit gegen die wirtschaftlichen Fragen zuzuschreiben hatten, bekannten sich auf Versammlungen zu Heidelberg und Neustadt a/S. offen zu Bismarcks wirtschaftlichem Programm. Obgleich daher die Reichstagswahlen von 1884 im ganzen abermals ungünstig für die Reichsregierung ausgefallen waren, ging nicht bloß die von der Regierung vorgeschlagene Verdreifachung des Weizen- und Verdoppelung des Roggenzolls durch, sondern der Reichstag brachte beide Zölle auf gleiche Höhe und fügte noch eine Erhöhung des Viehzolls hinzu. Nur machte das Zentrum auch diesmal seinen Vorbehalt, des Inhaltes nämlich, daß die auf Preußen fallenden Überschüsse aus diesen Einnahmen den Gemeinden überwiesen würden, zu einem Drittel nach der Kopfzahl, zu zwei Dritteln nach der Grund- und Gebäudesteuer (Lex Huene). Es kam ihm darauf an, die Regierung durch



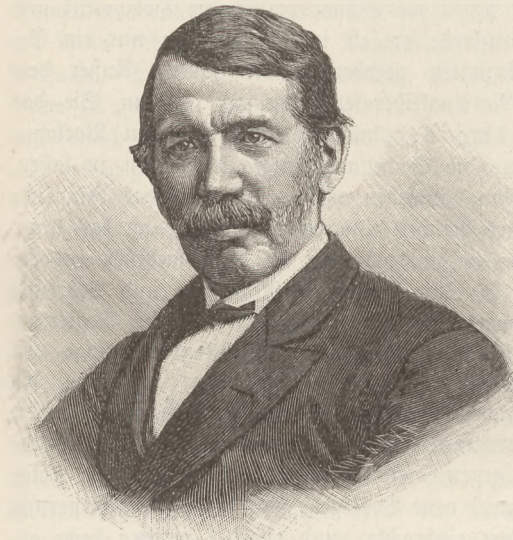
ein Defizit im Staatshaushaltsetat in finanzieller Abhängigkeit zu erhalten. Auch die Börsensteuer gelangte diesmal zur Annahme.

Preußen empfing jetzt vom Reiche an Überweisungen aus den Zöllen und der Tabaksteuer rund zwanzig Millionen, aber um das Defizit der Staatskasse auszufüllen und bei dem raschen Anwachsen der Gemeinde- und Schullasten die dringendsten Bedürfnisse des Landes zu befriedigen, bedurfte es mindestens noch weitere 140 Millionen. Diese, sowie die Mittel zur Deckung der immer wachsenden Militärausgaben hoffte Bismarck aus dem Branntweinmonopol zu nehmen, er versprach sich daraus eine Mehreinnahme von mindestens 300 Millionen, während die gegenwärtige Branntweinsteuer nur 53 einbrachte. Aber es erging diesem Monopol nicht besser als dem Tabakmonopol. Richter deklamierte gegen die Schnapspolitk, die Holzpolitk und die Schweinepolitk des Reichskanzlers; er sah in der Vorlage nur ein Geschenk, das den schlesischen Magnaten gegeben werden sollte. Außer dem Zentrum stimmten auch die Nationalliberalen dagegen. „Wenn Sie das Monopol ablehnen,“ sagte Bismarck, „müssen wir mit neuen Vorlagen kommen. Man hat mir geraten, die Sache auf einige Zeit ruhen zu lassen, aber ich weiß nicht, wie es dann aussehen wird. Ich habe das dringende Bedürfnis, an der Befestigung des Reiches zu arbeiten, solange ich das kann. Die Festigung des Reiches suche ich nicht wie die Reichstagsmehrheit in verantwortlichen Reichsministerien, in Schwächung der Regierung und Stärkung und Herrschaft der Parlamentsmajorität, sondern in einer starken Regierung und in einer finanziellen Kräftigung. Man hat der Monopolvorlage den Vorwurf gemacht, daß sie den Staat zu sehr stärke; aber ich meine, die jüngeren unter uns werden es noch erleben, daß man sich nach einem starken Staate umsieht.“ Da die Konservativen sich der Abstimmung enthielten, wurde das Monopol fast einstimmig, gegen drei Stimmen, abgelehnt. Die Folge war, daß die Regierung 1887 zwei neue Vorlagen, wegen höherer Besteuerung des Branntweins und des Zuckers einbrachte, und diesmal wurden beide genehmigt. So schloß die wirtschaftliche Reform doch noch mit einem bedeutenden nationalen Erfolge ab; denn das erstere Gesetz wurde auch auf Bayern und Württemberg ausgedehnt, welche bisher noch nicht in der Branntweinsteuergemeinschaft der übrigen Bundesstaaten waren und mit ihrem Eintritt in diese eines ihrer Reservatrechte aufgaben.

Das Bestreben nach wirtschaftlicher Hebung Deutschlands war es auch, was die Reichsregierung bewog, die seit Jahrhunderten von den Deutschen verlassene Bahn der Kolonialpolitk aufs neue zu betreten.

Seit den sechziger Jahren hatte das deutsche Kapital, getragen von dem nie ganz erloschenen Unternehmungsgeiste der Hansestädte, eine thätigere Rolle auf dem Weltmarke zu spielen begonnen, die Errichtung des deutschen Reiches verlieh dem deutschen Außenhandel einen außerordentlichen Impuls. Nach

wenigen Jahren war der Handel Deutschlands namentlich auf den Südfseeinseln dem jeder anderen Nation überlegen. Daraus ergab sich von selbst die Pflicht und die Notwendigkeit, ihm die errungene Stellung auf diesem Gebiete zu erhalten und gegen die Eiferjucht konkurrierender Seestaaten den Grundsatz der vollen Gleichberechtigung Deutschlands zur allseitigen Anerkennung zu bringen. Dies war der Zweck der mit den Königen von Tonga und der Samoainseln 1876 und 1879 geschlossenen Verträge, durch welche das deutsche Reich das Recht zur Anlegung von Marinestationen daselbst erwarb, und von da an ist es der Grundgedanke der deutschen Kolonialpolitik geblieben, nicht daß ein Kolonialsystem nach Analogie des englischen mit Garnisonen, Gouver-



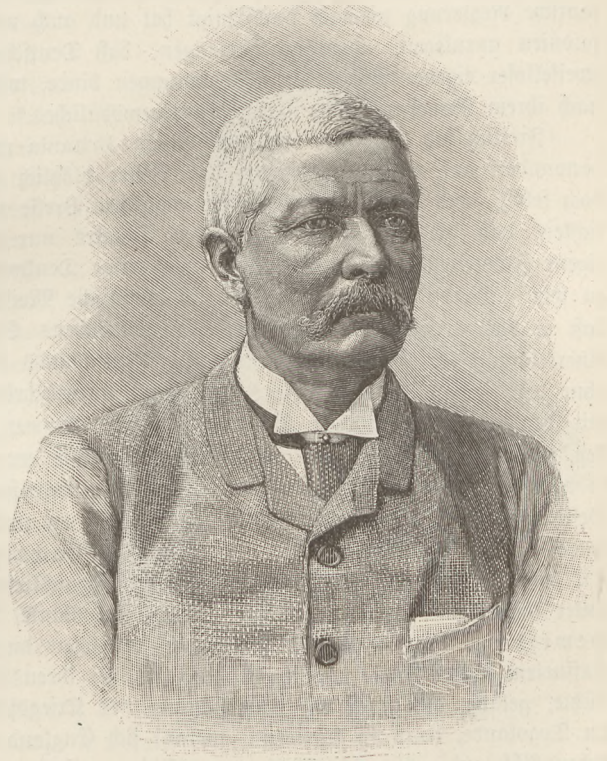
Livingstone. Nach Photographie.

neuren und Beamten des Mutterlandes für uns angezeigt sei, sondern daß der Schutz und die Aufsicht des Reiches den deutschen Handelsunternehmungen in überseeischen Ländern zu folgen und so weit für sie einzutreten habe, als sich ein Bedürfnis dafür geltend mache. In dem nämlichen Sinne wurde 1880 behufs Abwendung der Gefahren, welche den deutschen Handelsinteressen auf den Südfsee-, insbesondere auf den Samoainseln durch den Sturz des Hamburger Hauses Godeffroy drohten, die Er-

richtung einer deutschen Südfseehandelsgesellschaft betrieben, welche die dortigen Plantagebesitzungen des falliten Hauses unter Zinsgarantie des Reiches übernehmen sollte. Allein der Reichstag, sei es aus tendenziöser Oppositionslust, sei es, weil er die Sache nur vom engherzig merkantilen Standpunkte aus betrachtete, lehnte die geforderte Garantie ab. Dagegen erwachte in der Nation selbst das Verständnis für den Wert überseeischer Kolonien immer lebhafter. Im Jahre 1883 bildete sich ein Deutscher Kolonialverein. Mit Vorliebe richtete sich die Aufmerksamkeit des Forschers wie des Kaufmannes auf Afrika, seitdem Livingstone als der erste die Südhälfte desselben von Loanda bis zur Mündung des Zambese durchquert, Speke und seine Nachfolger den Schleier von der großen afrikanischen Seenzone gehoben, Stanley das Kongogebiet eröffnet und andere Forschungsreisende an der Erschließung des inneren Erdteils mit gearbeitet



hatten. Die Augen der Reichsregierung wurden zuerst nach dieser Richtung gelenkt durch die Schutzanträge rheinischer Missionäre im Herero- und Namaqualande, welche eine Anfrage bei der englischen Regierung veranlaßten, ob sie den dort ansässlichen Deutschen Schutz gewähren wolle, worauf die Antwort erfolgte, daß England nördlich vom Drangefluß mit einziger Ausnahme der 1876 in Besitz genommenen Walffischbai keine Jurisdiktion ausübe und nicht in der Lage sei, in den fraglichen Gebieten Schutz zu gewähren. Trotz dieser Ablehnung hielt es der Reichskanzler, als im Jahre 1882 die Bremer Firma Lüderitz den Wunsch an ihn brachte, daß die Niederlassungen, die sie an der afrikanischen Westküste zu Angra Pequena, zwischen dem Drange- und dem Kleinen Fischfluß anzulegen beabsichtigte, unter den Schutz der deutschen Reichsflagge gestellt würden, der Sicherheit wegen für angezeigt, nochmals in London anzufragen, ob England an diesem Küstenstriche Eigentumsrechte besitze und Ansprüche darauf erhebe. Es



Stanley. Nach Photographie.

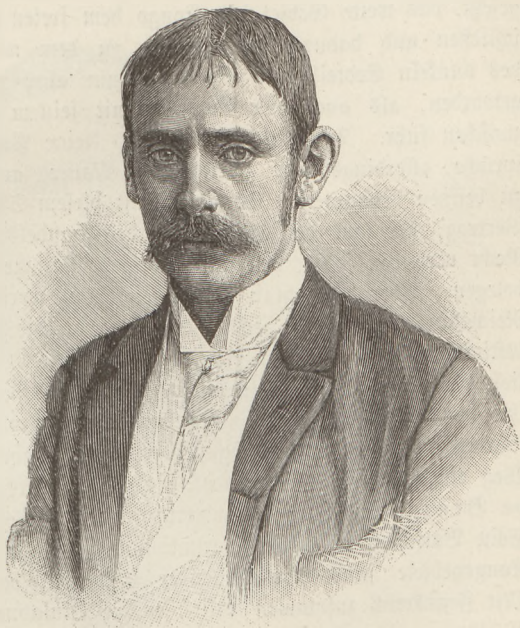
kam ihm bei diesen Sondierungen darauf an, das amtliche Anerkenntnis, daß jene Küstenstriche in europäischem Sinne *res nullius* seien, von England zu erlangen, ohne daß irgend ein Schatten von Mißtrauen oder Verletzung auf einer von beiden Seiten entstände. Diesmal erhielt er nach langem Warten von Lord Granville die sonderbare Antwort, daß dies zwar nicht der Fall sei, „daß aber irgend welche Souveränitäts- oder Jurisdiktionsansprüche einer fremden Macht auf das Gebiet zwischen 18° nördl. Breite und der Kapkolonie in Englands legitime Rechte eingreifen würden.“ Sofort erging telegraphisch

an den deutschen Konsul in der Kapstadt die Weisung, den dortigen Behörden, die sich über die Festsetzung der Deutschen in ihrer Nachbarschaft sehr ungehalten zeigten, amtlich zu erklären, daß Lüderitz und seine Niederlassungen unter dem Schutze des deutschen Reiches stünden. Nun verstand sich England wenigstens bedingungsweise zur Anerkennung des deutschen Schutzes über Angra Pequena, unter der Voraussetzung nämlich, daß Deutschland dort keine Strafanstalten anlege; diese Zusage zu geben schlug jedoch Bismarck rundweg ab. „Es ist der englischen Regierung bekannt,“ erwiderte er, „daß die deutsche Regierung niemals beabsichtigt hat und auch nicht beabsichtigt, Strafkolonien anzulegen, aber das Verlangen, daß Deutschland sich in Ausübung zweifelloser eigener Rechte durch Bedingungen binde, welche eine andere Macht nach ihrem Ermessen stellt, ist ein außergewöhnliches.“

Freilich sah England „im Bewußtsein Britannia rules the waves etwas verwundert auf, als die Landratte von Betteer plötzlich zur See fuhr;“ schien doch selbst, nach den Äußerungen der englischen Presse zu schließen, die Möglichkeit, daß die Politik eines anderen Staates nur in Rücksicht auf dessen eigene Interessen geleitet werde, für die dortige Denkweise ganz ausgeschlossen zu sein. Darin aber lag eben die diplomatische Meisterschaft Bismarcks, daß er das britische Kabinet trotz allen Sträubens Schritt für Schritt zur Anerkennung der Gleichberechtigung von Deutschlands Kolonialpolitik brachte, ohne doch jemals das für diese Bestrebungen unentbehrliche gute Einvernehmen mit der meerbeherrschenden Macht in Gefahr kommen zu lassen. Auch an den nördlicheren Teilen der afrikanischen Westküste war der deutsche Handel so bedeutend und in so erfreulicher Entwicklung begriffen, daß auf dringende Befürwortung der Hamburger Häuser C. Wörmann und Janzen & Thormählen im Mai 1884 der Generalkonsul Nachtigal Auftrag erhielt, mit den eingeborenen Häuptlingen Verträge abzuschließen und ihre Gebiete unter kaiserlichen Schutz zu stellen. Trotz der Ränke des britischen Konsuls Hewett und des Vizekonsuls Buchan, der sogar die Eingeborenen zu bewaffnetem Widerstande aufwiegelte und sie bei ihren Feindseligkeiten unterstützte, gelang dies auch mit Unterstützung des Kriegsschiffes „Sophie“ zuerst im Togo-Lande, dann in Kamerun, worauf sich England 1885 zu einem gütlichen Abkommen über die Gebiete am Guineagolf bequeme, 1887 sogar die Ambasbai an der Küste von Kamerun an das deutsche Reich abtrat. Von diesen Erwerbungen wurde Kamerun als die wertvollste unter die unmittelbare Leitung des Reiches gestellt, die andern nur unter seinen Schutz. An der Ostküste bahnte eine von der Gesellschaft für deutsche Kolonisation unter Peters, Fühlke und Graf Pfeil ausgesandte Expedition dem deutschen Einfluß den Weg ins Innere. Zwischen der Zanzibarküste und dem Tanganyika wurden weite Gebiete erworben und durch kaiserlichen Schutzbrief ebenfalls unter Schutz und Oberhoheit des Reiches gestellt. Den Einflüsterungen des englischen Konsuls Kirk nachgebend, versuchte zwar der Sultan Said Bargasch Ansprüche auf diese Gebiete geltend zu machen, obgleich er niemals



Hohheitsrechte daselbst geübt hatte; als aber Kommodore Paschen sich mit dem deutschen Geschwader gerade seinem Palast gegenüber legte, begriff er den Ernst der Lage und erkannte nicht nur die deutsche Schutzherrschaft über jene Gebiete an, sondern räumte auch der Gesellschaft einen günstigen Handelsvertrag und den Hafen Dar-es-Salam ein. Im Jahre 1886 wurde durch Übereinkommen mit England dem deutschen Reiche das ganze Festland vom Kap Delgado bis zu den großen Seen, die Berglandschaft Usambara und der größte Teil des Kilimandscharogebiets zuerkannt und im folgenden Jahre verschmolzen die beiden rivalisierenden Gesellschaften zu einer einzigen Gesellschaft für Ostafrika. In der Südsee befolgte England ganz die nämliche Politik, die deutscherseits geäußerten Wünsche nach einer Verständigung auf die lange Bank zu schieben, inzwischen aber mit Hilfe der australischen Kolonien vollendete Thatsachen zu schaffen, welche den berechtigten Interessen der Deutschen zuwiderliefen. Langwieriger Verhandlungen bedurfte es, um es zur Anerkennung der auf der Nordküste von Neuguinea und den benachbarten Inselgruppen gemachten deutschen Erwerbungen zu vermögen.



Dr. Karl Peters. Nach Photographie.

Das Londoner Kabinett befand sich zwischen zwei Feuern: zwischen den rechtlich gar nicht aufrechtbaren Ansprüchen des deutschen Reiches und den möglichst subtil zu behandelnden Einsprüchen der australischen Kolonien, die von dem Mutterlande nicht weniger als die sofortige Übernahme des Protektorats über alle herrenlosen Gebiete des westlichen Polynesiens verlangten. Zwischen beiden schwankte es eine Zeitlang halt- und würdelos hin und her, denn bei der hochgradigen Spannung mit Rußland wegen Afghanistans und den Verwickelungen in Agypten (s. unten) war ihm die Gesinnung des eisernen Kanzlers nichts weniger als gleichgültig. Durch die Sendung des Grafen Herbert Bismarck nach London im Jahre 1885 wurde auch diese Frage zu Gunsten Deutschlands entschieden. Das auf der Nordküste von Neuguinea unter deutschen Schutz gestellte Gebiet erhielt

den Namen „Kaiser-Wilhelmsland,“ das Inselgebiet den „Bismarckarchipel.“ Auch auf Samoa behauptete Deutschland den von Neuseeland aus geschürten Zutritten gegenüber seine Stellung. Gegen den ausgesprochenen Willen Englands, gegen die heftigsten Proteste der englischen Kolonien hatte das deutsche Reich dank dem Geschick und der unbeugbaren Festigkeit seines leitenden Staatsmannes seine Anerkennung als Kolonialmacht durchgesetzt.

Es sollte sogar auch auf diesem Gebiete eine führende Stellung gewinnen. Die unter dem Protektorat Leopolds II., König der Belgier, gebildete und von Stanley geleitete Internationale afrikanische Gesellschaft hatte sich das Ziel gesetzt, das weite Gebiet des Kongo dem freien Handel aller Nationen zu erschließen und dadurch den Zugang zu dem noch immer verborgenen Herzen des dunkeln Erdteils zu öffnen. Raum aber waren diese Absichten ruckbar geworden, als auch hier England mit seinem engherzigen Handelsneide dazwischen fuhr. Diesmal schob es das kleine Portugal vor, welches alte Ansprüche, allerdings sehr zweifelhafter Natur, auf die Mündungen des Kongo zu besitzen behauptete. Es schloß mit diesem Staate im Februar 1884 einen Vertrag, der ihm den Alleinbesitz des Handels am Kongo sichern und das Recht verleihen sollte, den aller übrigen Nationen mit willkürlichen Zöllen zu belegen. Aber den schlau angelegten Plan zerriß die sofortige Erklärung des Reichskanzlers, daß er nicht in der Lage sei, die Anwendbarkeit dieser Vertragsbestimmungen auf die Angehörigen des deutschen Reiches zuzugeben. Kleinlaut ließ Gladstone den Vertrag ohne weiteres fallen, indem er es unterließ, ihn dem Parlamente zur Genehmigung zu unterbreiten. Diese neue Erfahrung von Englands Mißgunst bewog nun aber Bismarck, einen anderen Weg einzuschlagen. Er wendete sich an Frankreich, welches kürzlich erst durch de Brazza ansehnliche Landstriche an der Kongomündung erworben hatte. Sein Vorschlag zu einer internationalen Regelung der Verkehrsverhältnisse im Kongogebiete fand hier ein über Erwarten bereitwilliges Entgegenkommen. Mit Frankreich zusammen erließ er die Einladung an die übrigen beteiligten Mächte zu einer in Berlin abzuhaltenden Kongokonferenz. England setzte auf derselben seinen Willen nur so weit durch, als ihm die Aufsicht über Handel und Schifffahrt auf dem unteren, Frankreich bloß auf dem oberen Niger überlassen wurde. Frankreich erhielt durch einen sehr günstigen Vertrag mit der Kongogesellschaft ein weites Gebiet abgetreten, durch welches erst die Brazzaschen Erwerbungen wirklichen Wert gewannen. Das Hauptergebnis der Konferenz aber war die am 23. Februar 1885 unterzeichnete Kongoakte. Die Fahrt auf diesem Strom, seinen Nebenflüssen und den Eisenbahnen seines Gebietes wurde dadurch für frei erklärt; von Abgaben sollen daselbst nur solche erhoben werden, welche den Charakter von Entschädigungen tragen. Alle beteiligten Mächte verpflichteten sich, über die Erhaltung der eingeborenen Bevölkerung und über die Verbesserung ihrer moralischen und materiellen Existenzbedingungen zu wachen und für Unterdrückung der Sklaverei, für bessere Behandlung der Schwarzen einzutreten, ohne Unterschied der Nationa-



lität und des Bekenntnisses alle religiösen, wissenschaftlichen und wohlthätigen Einrichtungen zu diesem Zwecke zu beschützen und zu fördern. Eine besondere Deklaration regelte die Formalitäten bei Okkupation überseeischer Gebiete: jede solche soll den übrigen Konferenzmächten angezeigt werden, damit diese nötigenfalls ihre Reklamationen geltend machen können. Die Ausführung der Akte wurde unter die Überwachung einer internationalen Kommission gestellt. Zuerst von allen Mächten erkannte Deutschland die Flagge der Internationalen afrikanischen Gesellschaft, den goldenen Stern im blauen Felde, an. König Leopold II. nahm den Titel „Souverän des Kongostaates“ an.



Leopold II., König der Belgier. Nach Photographie.

In Gemäßheit der Kongoaakte zeigte die deutsche Reichsregierung noch in demselben Jahre den übrigen Mächten ihre Absicht an, die Karolinen, auf denen hauptsächlich deutsche Handelshäuser thätig sind, unter ihren Schutz zu stellen. Dagegen erhob aber Spanien Einspruch, welches eine traditionelle Oberhoheit über diese etwa sechs Quadratmeilen messende Inselgruppe zu besitzen behauptete, obgleich es dort niemals eine förmliche Regierung und Verwaltung eingerichtet hatte, weshalb denn auch seine Besitzansprüche noch 1875 von England und Deutschland zurückgewiesen worden waren, ohne daß es dagegen weitere Einwendungen erhoben hätte. Jetzt aber beordnete die spanische Regierung schleunigst zwei Schiffe nach der größten Insel Yab, diese nahmen

sich aber mit der Besitzergreifung so viel Zeit, daß das deutsche Kanonenboot *Itis* ihnen zuvorkam und die Proklamierung des deutschen Protektorats vollzog. Bei dieser Nachricht bemächtigte sich der in ihrem Nationalstolz verwundeten Spanier eine ungeheuere Entrüstung. Das Wappen der deutschen Gesandtschaft in Madrid wurde heruntergerissen und verbrannt. Merikale und republikanische Franzosensfreunde schürten. Zum Glück bewahrte der junge König Alfons XII. inmitten des Sturmes der Leidenschaft die Besonnenheit. Auch Bismarck zeigte sich in jeder Weise versöhnlich; es kam ihm vor allem darauf an, den Ausbruch einer Revolution zu verhüten, welche der Monarchie hätte gefährlich werden können. Aber es bedurfte der eindringlichen Vorstellungen der übrigen Mächte, um die Madrider Regierung zur Annahme des von ihm vorgeschlagenen Schiedsgerichts zu bewegen. Zur allgemeinsten Überraschung schlug er hierauf den Papst als Schiedsrichter vor, fügte sich auch ohne weiteres dessen Spruche, welcher Spanien die Souveränität zuerkannte, Deutschland dagegen alle wünschenswerten Handelsvorteile auf diesen Inseln sicherte.

Die Hauptschwierigkeiten jedoch, welche die Kolonialpolitik des Reichskanzlers zu überwinden hatte, gingen nicht von den auswärtigen Mächten, sondern von der Mehrheit des Reichstages aus. Dies erfuhr bereits 1884 die Postdampfervorlage, d. h. das Gesetz über Verwendung von Geldmitteln aus Reichsfonds auf die Dauer von fünfzehn Jahren zur Errichtung und Unterhaltung von regelmäßigen Postdampferverbindungen mit überseeischen Ländern behufs des von der Gegenwart geforderten Schnellverkehrs. Für die allgemein nationalen Gesichtspunkte, von denen die Vorlage ausging, die Vermehrung und Erweiterung des Absatzmarktes, die Steigerung der einheimischen Produktion, zeigten weder Deutschfreisinn noch Zentrum Verständnis. Sie wurde für diese Session durch Verweisung an eine Kommission begraben. Auch die für die Erforschung Afrikas geforderten 150 000 Mark wurden um 50 000 Mark beschnitten und ähnlich die für Südafrika und die Südseeinseln verlangte Vermehrung der deutschen Konsulate. Windthorst sprach von Kolonialschwindel, der deutschfreisinnige *Bamberger* verurteilte jede deutsche Kolonialbestrebung zum voraus, das Reich würde sich dadurch nur Nasenstübchen vor anderen Nationen aussetzen, gegen die es keine Vergeltung habe; er ahnte nicht, daß Bismarck seine kolonialen Pläne ganz anderswo als an Ort und Stelle zu verteidigen wußte. „Es ist mir immer merkwürdig,“ meinte er beißend, „daß bei solchen Gelegenheiten ein Teil der Herren vorher überzeugt ist von der Sache, und der Beredsamkeit der Regierung nicht bedarf, während ein anderer Teil auch vorher überzeugt ist, daß die ganze Sache fehlerhaft ist und daß es der Beredsamkeit der Opposition nicht bedarf.“ Wiederholt erklärte er, nur dann könne die Reichsregierung ihre Kolonialpolitik durchführen, wenn der Reichstag ein Herz dafür habe und vertrauensvoll die geforderte Unterstützung gewähre; wo nicht, müsse die Sache aufgegeben werden. Der Verlauf, den diese inzwischen genommen, verfehlte wenigstens nicht ganz







seines Eindruckes. In der folgenden Session wurden die 150 000 Mark, wenn auch widerwillig, doch voll bewilligt, der jährliche Reichszuschuß für die Postdampferlinien nach Ostasien, Australien und Afrika desgleichen, jedoch, um eine Million ermäßigt, nur mit 4,4 Millionen. Der Bundesrat erteilte hierauf die Subvention dem Bremer Lloyd. Am 30. Juni 1886 ging der erste Reichs-postdampfer von Bremerhafen nach Ostasien in See, und bald hatten die deutschen Dampfer an Schnelligkeit und Sicherheit des Dienstes alle auswärtigen Konkurrenten überflügelt. Das am 18. Oktober 1887 zu Berlin eröffnete orientalische Seminar war bestimmt, sowohl wissenschaftlichen als diplomatischen und kommerziellen Zwecken zu dienen.

---



## Fünftes Kapitel.

### Die politische Gesamtlage bis zum Ausbruche des russisch-türkischen Krieges von 1876.

Die Tage von Königgrätz und Sedan hatten das politische Antlitz Europas verwandelt.

Daß das zentrale Volk des Erdteils, das seit länger als zwei Jahrhunderten kein wahrhaft staatliches Dasein mehr geführt, das der Spielball und selbst die Beute seiner Nachbarn geworden, geleitet und selbst gezwungen durch einen aus seiner eigenen Verfahrenheit herausgewachsenen Staatskörper, sich plötzlich zu einem mächtigen Reiche emporhob, dieser Vorgang war so einschneidend, daß dadurch das ganze politische Staatensystem eine tiefgehende Erschütterung erlitt, sein Schwerpunkt sich verrückte, und es wird daraus begreiflich, wie das anfängliche Staunen und die Bewunderung der davon betroffenen übrigen Nationen sich nach und nach in Verdruß, Übelwollen, ja selbst in bitterm Haß verwandeln konnte. Die kleineren bangten, daß nun das eherne Zeitalter beginne, wo der Schwächere von dem Stärkeren verschlungen würde, die Niederlande zumal fühlten sich schon in dem Rachen des mächtigen Nachbarn; allen schien es unfaßbar, daß ein Reich nach so beispiellosen Waffenerfolgen keine Eroberungsgedanken hegen sollte, geschweige denn sich zum Wächter des Völkerfriedens machen würde. Und doch war es so. Immer von neuem bewahrheitete sich Moltkes 1868 gesprochenes Wort von der Notwendigkeit, daß im Herzen von Europa sich eine Macht bilde, die, ohne selbst eine erobernde zu sein, so stark sei, daß sie ihren Nachbarn den Krieg verbieten könne, und fünfzehn Jahre nach Errichtung des deutschen Reiches konnte der große Strategie bezeugen, die Politik des Kanzlers sei eine, wie sie die Weltgeschichte noch nicht gesehen, daß ein mächtiger Staat neben der Lösung sozialer Probleme im Inneren nach außen seine Macht, sein Ansehen und sein Übergewicht geltend mache, nicht um die Nachbarn zu bedrängen, sondern um den Frieden mit ihnen zu sichern, und nicht nur das, sondern um den Frieden der Nachbarn untereinander zu vermitteln. Und ganz ähnlich bekannte Bennigsen 1887: „Niemals in der Geschichte hat es eine neuerstandene Macht, in politischer und militärischer Hinsicht ersten Ranges, gegeben, die unter dem Eindruck so glänzender Siege sich so bescheiden hat in ihrer Politik innerhalb desjenigen

Vin Dorothea ist ein System der Aus-  
füllung. Vin ist mehr als Wissenschaft,  
ist die Uebertragung des Wissens  
auf das geistliche Leben, die Fortbil-  
dung des ursprünglich lutherischen Ge-  
dankensankpunkt und die Selbst-  
äußerung der Gesammtheit, ist die  
Kunst der Handlung unter dem  
Einfluss der pflichtigen Bedingungen.  
gan.

G. H. Mecklen  
Lindemann





Besitzes und derjenigen nationalen Güter, welche ihr diese großen Kriegsanstrengungen gesichert haben. Das beständige Bestreben des Kaisers, des Reichskanzlers und unserer Militärheroen ist gewesen, den Frieden in Europa zu erhalten. Von uns sind Angriffe und Bedrohungen nicht zu erwarten; wir wünschen nur alles das zu schützen, was uns an nationaler Einheit und an wiedergewonnenem alten Stammlande geworden ist.“ In solchem Maße erfüllte sich das Wort Kaiser Wilhelms bei Eröffnung des ersten deutschen Reichstags: „Das neue Deutschland, wie es aus der Feuerprobe des gegenwärtigen Kriegs hervorgegangen ist, wird ein zuverlässiger Bürge des europäischen Friedens sein, weil es stark und selbstbewußt genug ist, um sich die Ordnung seiner eigenen Angelegenheiten als sein ausschließliches aber auch ausreichendes und zufriedenstellendes Erbteil zu bewahren.“

Dieser Erfolg wäre nicht möglich gewesen ohne die großartige Wahrhaftigkeit und Ehrlichkeit, welche den Grundzug der deutschen Politik bildeten. „Wir haben“, durfte Bismarck rühmen, „in unseren auswärtigen Beziehungen recht reine Wäsche und nicht sehr viel zu verbergen“, und der Reichsanzeiger bestätigte: „Soweit es sich um das Intimste, das nur Deutschland angeht, handelt, kann alles an das Licht gezogen werden, ohne unsere auswärtigen Beziehungen zu schädigen, geschweige denn den Frieden zu gefährden.“ Das wesentlich bestimmende Moment für die auswärtige Politik des deutschen Reichs lag in seinem Verhältnis zu Frankreich; dieses trug die Hauptschuld, daß lange Jahre hindurch ein wirkliches Gefühl der Sicherheit sich nicht einstellen wollte.

Nach Unterzeichnung des Frankfurter Friedens hatte es der von der Nationalversammlung zu Versailles zum „Chef der vollziehenden Gewalt“ gewählte Thiers als seine erste und vornehmste Aufgabe betrachtet, durch Abzahlung der Kriegskontribution das Land von der feindlichen Okkupation zu befreien, und ihre Lösung war ihm, dank dem Kredit des Landes, in überraschend kurzer Zeit gelungen. Die im Juni 1871 mit Leichtigkeit untergebrachte Anleihe von 2500 Millionen, eine zweite von mehr als drei Milliarden, die im Juli 1872 aufgelegt und vierzehnmal überzeichnet wurde, setzten die Regierung in stand, die letzte am 2. März 1874 fällige Quote bereits am 5. September 1872 zu entrichten, und am 16. September überschritt der letzte deutsche Soldat die französische Grenze. Bedeutete auch diese Finanzoperation keine Abzahlung der Schuld, sondern nur einen zu nicht geringem Teil mit ausländischem Gelde bewirkten Wechsel des Gläubigers, so war sie doch der erste Beweis von der ungebrochenen Lebenskraft des Landes und trug nicht wenig dazu bei, das Selbstgefühl des gedemütigten Volkes wieder zu heben. Freilich waren damit die Wunden, welche der Krieg dem Wohlstande des Landes geschlagen, nicht geheilt. Allein als Entschädigungen an Departements, Gemeinden und Private für Kriegsverluste wurden 686 Millionen bewilligt, ungeschätzt der 140 Millionen für Paris als Abschlag auf die 303 Millionen, welche die Stadt als ihren wirklichen Schaden berechnete. Was den durch den

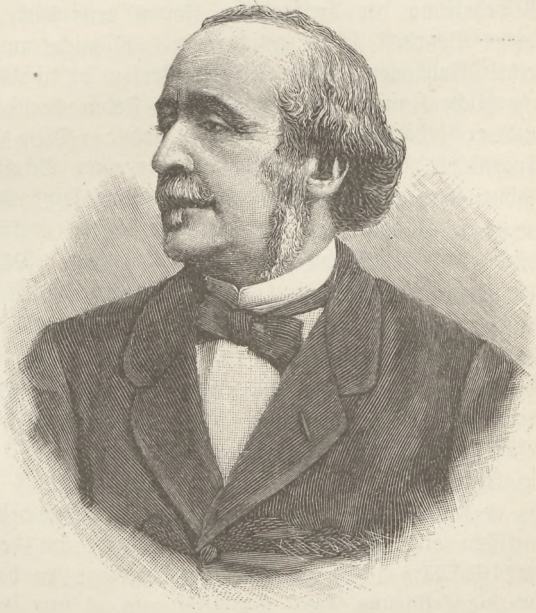
Krieg erlittenen Gesamtverlust betraf, so machte Thiers vor der Nationalversammlung die, welche den Krieg begonnen, für vier Milliarden, die, welche ihn so lange fortgesetzt, für noch einmal so viel verantwortlich. Aber diese Schätzung war ohne Zweifel viel zu niedrig; nach näheren Ermittlungen berechnete man den Schaden auf  $15\frac{1}{2}$  Milliarden. Die Staatsschuld hatte sich seit Beginn des Kriegs von elf auf 18 Milliarden erhöht, die Zinsenlast von 350 auf 750 Millionen, ungerechnet die an die Bank für geleistete Vorschüsse zurückzuzahlenden 200 Millionen. Über die Art, wie die demgemäß von Thiers geforderten 488 Millionen neuer Steuern aufzubringen seien, besonders über die von ihm verlangten Rohstoffzölle, entbrannte ein heftiger Kampf mit den Freihändlern und erst durch die Drohung mit seinem Rücktritt setzte er seinen Willen durch. Auf eine Anzahl von Verbrauchsgegenständen bis zum Schwefelhölzchen herab wurden Steuern gelegt. Als Sündenbock für die erlittene Niederlage mußte Marschall Bazaine herhalten. Obgleich sein Verbrechen der Hauptsache nach nur in seiner Unfähigkeit bestand, wurde er als Hochverräter vor ein Kriegsgericht gestellt und am 10. Dezember 1873 zum Tode verurteilt, jedoch zu zwanzigjähriger Haft im Fort St. Marguerite bei Cannes begnadigt. Von dort entfloh er am 10. August 1874 nach Spanien, wo er in Madrid am 23. September 1888 starb.

Thatsächlich und vorläufig bestand in Frankreich die Republik, aber die Mehrheit der Nationalversammlung war ihr feindlich gesinnt und ersehnte die Herstellung der Monarchie; sie ließ sich Thiers, obgleich sie ihn am 31. August 1871 zum „Präsidenten der Republik“ ernannte, doch nur als Nothelfer gefallen. Daß aber der alte Monarchist es jetzt mit der Republik hielt, machte ihn bald zum Gegenstande des Hasses für die monarchischen Parteien. Obgleich er gegen das von den Prinzen Joinville und Amale gegebene Versprechen, ihre Sitze in der Nationalversammlung nicht einnehmen zu wollen, zur Aufhebung der gegen die königliche Familie erlassenen Verbannungsgesetze die Hand geboten hatte, bekannte er sich immer bestimmter zu dem Satze, daß unter den gegebenen Umständen das, was er die konservative Republik nannte, die einzig mögliche Staatsform sei. Daß er sich in seiner Botschaft vom 11. November 1872 mit Entschiedenheit für die bleibende Anerkennung der Republik aussprach, traf die Rechte wie ein Blitzschlag aus heiterem Himmel. Seitdem stand ihr Vorsatz, Thiers zu stürzen, fest, zumal die seit 1871 fast durchweg republikanisch ausfallenden Ergänzungswahlen ihr lehrten, daß die Republik sich durch die Dauer befestige. Nur solange die nordöstlichen Departements noch von den Deutschen besetzt waren, legte sie sich Zurückhaltung auf; sobald aber das Land vollständig geräumt war, schritt sie zum Angriff. Während sie die Anträge der Regierung absichtlich verschleppte, beriet sie über ein Gesetz, das die Befugnisse des Präsidenten gegenüber der Nationalversammlung regeln, d. h. seinen Einfluß auf sie beschränken sollte. Sodann verdrängte sie Grévy, einen von Thiers' zuverlässigsten Anhängern, vom Präsidentenstuhle der Nationalversammlung und ersetzte ihn durch einen der ihrigen, Buffet. Anlaß dazu



bot das Verlangen, die Regierung solle gegen die Radikalen in Lyon einschreiten, welche das dort erlangte Übergewicht benutzt hatten, um dem klerikalen Schulwesen in der Stadt ein Ende zu machen. Als hierauf bei einer Nachwahl in Paris der Kandidat der Regierung gegen den der Radikalen, den gewesenen Maire von Lyon, Baraudet, unterlag, glaubte sie den Präsidenten durch die Angst vor dem wachsenden Radikalismus doch noch zu sich herüberziehen zu können; nachdem aber auch diese Hoffnung fehlgeschlagen, forderte sie geradezu die Entlassung des Ministeriums und die Bildung eines neuen aus der Rechten. Thiers lehnte die Zumutung ab, und nun hielt sich die Rechte nicht länger. Am 24. Mai 1873 stürzte sie ihn und sein Ministerium durch ein Tadelsvotum, welches mit 360 gegen 344 Stimmen angenommen wurde, und an seiner Statt wurde Marschall Mac Mahon, da sich die ganze Linke der Abstimmung enthielt, einstimmig zum Präsidenten gewählt, ein ganz unstaatsmännischer Kopf, der sich aber gerade durch seine politische Nichtigkeit und nicht minder durch sein großes Ansehen in der Armee, über die er nötigenfalls gegen die Republik verfügen konnte, der Rechten als Werkzeug empfahl. Er galt ihr als eine Art Lückenbüßer, bis die Zeit gekommen sei, ihn durch einen Monarchen zu ersetzen.

Mit diesem Staatsstreich hatten die drei vereinigten Parteien der Legitimisten, Orleansisten und Bonapartisten das Heft an sich gerissen; aus allen dreien bildete denn auch der neue Präsident ein Koalitionsministerium unter Vorsitz des Herzogs von Broglie, der die ganze Intrige gegen Thiers geleitet hatte. Nur begingen sie den großen Irrtum, daß sie sich für eine Majorität hielten, da sie doch nichts waren als eine Koalition von Anhängern dreier verschiedener Anwärter auf den einen Thron, von denen sich keiner darauf setzen konnte, weil jedesmal die beiden andern ihn aus Leibeskraften daran hinderten. Die Linke dagegen, obgleich in gemäßigter und radikale geschieden, hielt, wo es auf Opposition gegen die Monarchisten ankam, einig und



Herzog von Broglie. Nach Photographie.

fest zusammen. Da Legitimisten und Orleanisten bald zu der Einsicht kamen, daß sie getrennt operierend nichts erreichen könnten, nahmen sie die mehrmals schon versuchten und jedesmal gescheiterten Unterhandlungen wegen einer Fusion von neuem auf. Am 5. August machte der Graf von Paris seinem Vetter, dem Grafen Chambord, in Frohsdorf seinen Besuch und erkannte ihn in seinem und der Seinigen Namen als Haupt des Gesamthauses an; auf einer Zusammenkunft von Abgesandten beider Parteien zu Salzburg wurde als die der Nationalversammlung vorzuliegende Formel die Wiederherstellung der konstitutionellen Monarchie und die Berufung Heinrichs V. auf den Thron unter Beibehaltung der dreifarbigigen Fahne vereinbart. Die Thronbesteigung des letzten Bourbon schien gesichert, als plötzlich, am 27. Oktober, Chambord seinen Anhängern erklärte, seine Person sei nichts, sein Prinzip alles, seine angebliche Zustimmung bezüglich der Fahne beruhe auf einem Mißverständnis und er beharre auf der weißen Fahne. Diese Erklärung brachte im letzten Augenblicke die ganze Fusion wieder zum Scheitern. Denn für die weiße Fahne war in der Nationalversammlung keine Mehrheit zu erlangen; wenn die weiße Fahne gegen die Trikolore erhoben würde, meinte Mac Mahon, würden die Chassepots von selber losgehen. Den Hauptgewinn aus diesem Fehlschlag der königlichen Parteien zogen die Bonapartisten, denn nunmehr standen sich bloß noch ein drittes Kaisertum und die Republik gegenüber. Sie besaßen im niederen Volke und in der Armee ganz andern Anhang als die Royalisten, ihre über das ganze Land ausgebreitete geheime Organisation arbeitete mit großer Betriebsamkeit. Nur deshalb hatte sich Napoleon III. zu der gefährlichen Operation, welche am 9. Januar 1873 zu Chislehurst seinem Leben ein Ende machte, entschlossen, weil der Augenblick in Aussicht zu stehen schien, wo er sich würde zu Pferde zeigen müssen. Nunmehr unternahmen 6000 Bonapartisten eine Wallfahrt nach Chislehurst, um dem jungen Napoleon IV. am 16. März 1874 zu seinem Geburtstage zu huldigen, und erhielten von ihm die Erklärung, Heil und Recht gebe es nur im Plebiszit, und wenn dieses dereinst zum achtenmale den Namen Napoleon aus der Urne hervorgehen lasse, werde er bereit sein, die Verantwortlichkeit zu übernehmen. Aber auch die Bonapartisten spalteten sich in die klerikalen Anhänger der Kaiserin Eugenie, deren Haupt der gewesene Bizereiser Rouher war, und die des demokratischen Prinzen Jerome Napoleon.

Um ihren Besitz zu sichern, wünschten die Monarchisten Mac Mahons Amtsgewalt auf zehn Jahre zu verlängern, begnügten sich aber mit ihrer siebenjährigen Dauer, wie sie die Nationalversammlung am 20. November 1873 festsetzte. Damit waren auch die Republikaner einverstanden, nur daß sie darin den ersten Schritt zur definitiven Errichtung der Republik, jene den notgedrungenen Aufschub der monarchischen Restauration sahen, und so bot die Versammlung nach wie vor das Schauspiel, die Republik nicht einführen zu wollen und die Monarchie nicht einführen zu können. Lange konnte sich in diesem Widersreit auch Broglie nicht behaupten. Ein Mairesgesetz, welches



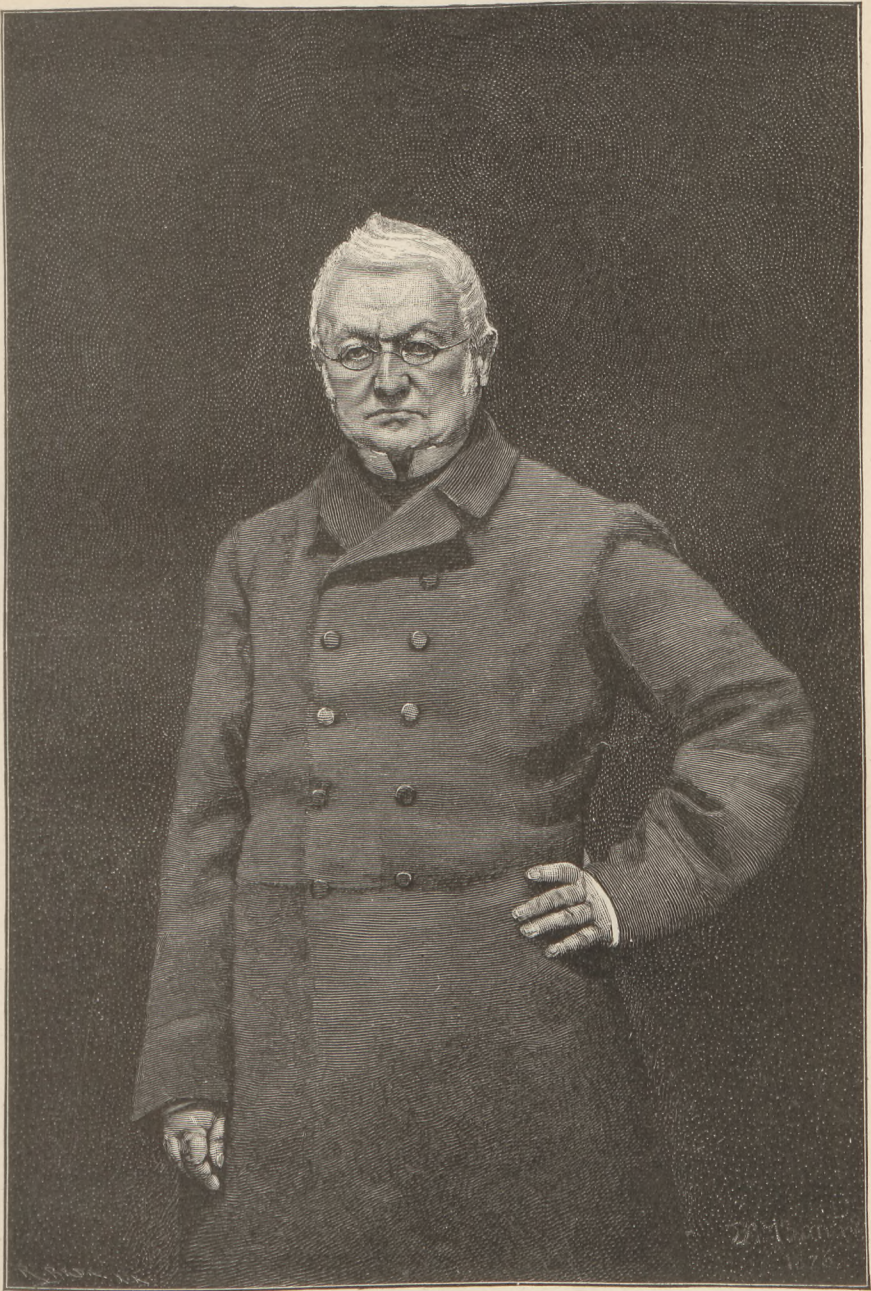
die Ernennung der Maires ganz in die Hand der Präfekten legte und damit die kümmerliche Gemeindefreiheit noch mehr verkümmerte, hatte er noch durchgesetzt; als er aber auch ein neues die Listenwahl beseitigendes Wahlgesetz vorlegte, verbanden sich die Bonapartisten, welche ihr Heil nur vom allgemeinen Stimmrecht erwarteten, und die Legitimisten, welche die Orleansisten schon wieder so herzlich wie nur je haßten und ihm schuld gaben, die Thronbesteigung Chambords heimlich hintertrieben zu haben, mit der Linken zu seinem Sturze. Das war der erste Akt des Intrigenspiels, das in den nächsten beiden Jahrzehnten eine unglaubliche Menge meist namenloser und unbedeutender Männer auf Ministerfessel erhob, um sie ebenso schnell wieder herabzustößen, und es dadurch niemals zu einiger Stetigkeit in der Staatsleitung kommen ließ. Das neue, am 22. Mai 1874 von dem bisherigen Kriegsminister Cissey gebildete Rabinett konnte, wie einmal die Dinge lagen, obgleich monarchisch gesinnt, doch gleich seinem Vorgänger nicht anders als republikanisch weiter regieren. Aber nicht einmal über die genauere Definition und Organisation der dem Marschall auf sieben Jahre übertragenen Gewalten vermochten die Monarchisten sich zu verständigen. Wohl wissend, daß eine Neuwahl ein ganz anderes Resultat ergeben würde als 1871, klammerte sich die Mehrheit trotz ihrer Unfähigkeit, etwas Dauerndes zu schaffen, an ihre Mandate, verwarf den Antrag auf Auflösung, aber ebenso den auf definitive Anerkennung der Republik, und so blieben die Verfassungszustände des Landes vollkommen in der Schwebe, bis sich endlich Anfang 1875 eine kleine Gruppe des rechten Centrums unter Ballon und Lavergne erbarmte und, dem lauten Verlangen der öffentlichen Meinung nachgebend, zur Bildung einer neuen Majorität auf die Seite der Linken trat, um einen ernstlichen Versuch mit der Republik zu machen, vorausgesetzt, daß diese keine radikale, sondern eine konservative sei, und um weitere Spaltung zu vermeiden, kam auch Gambetta, das Haupt der Linken, ihr mit Mäßigung entgegen. Man beschloß, die Volksvertretung in ein Abgeordnetenhaus und einen Senat zu zerlegen. Der Präsident sollte jedesmal von beiden Körperschaften zusammen auf sieben Jahre gewählt werden und wieder wählbar sein. Eine schwierige Frage war, wie das Oberhaus in einem Lande zusammengesetzt werden solle, wo die allgemeine Gleichheit jede Bedingung dafür vernichtet hatte; es konnte daher auch nur ein erkünsteltes Gebilde zu stande kommen. 75 von den 300 Senatoren sollten von der Nationalversammlung auf Lebenszeit, die übrigen durch die Departements und die Kolonien auf neun Jahre gewählt werden.

So hatte wenigstens die Republik nach einem vierjährigen Zwischenzustande eine Verfassung erhalten. Eine republikanische konnte diese freilich nur heißen, insofern sie den Platz für einen Monarchen leer ließ; im übrigen bestand der ganze Apparat der gestürzten Monarchie, die zentralisierte Regierungsgewalt, der Mangel jeder Gemeindeautonomie nach wie vor fort. Das Ministerium Cissey trat, mit diesem Ausgange nicht zufrieden, zurück. Das ihm folgende unter Buffet stützte sich aber nicht auf die neue Majorität, sondern auf die

alte Broglies und suchte diese wiederherzustellen. Von stark klerikaler Färbung, hat es außer einem verschärften Preßgesetze und dem über den Belagerungszustand, der nur noch in Paris, Lyon, Marseille und Versailles aufrecht erhalten wurde, sich ein besonderes Denkmal durch das Unterrichtsgesetz vom 12. Juli 1875 gesetzt. Nachdem der Staatsrat schon 1874 auf Antrag der Regierung den Diözesen die juristische Persönlichkeit und damit neuerdings das 40 Jahre hindurch verweigerte Recht, Güter der toten Hand ohne alle Beschränkung anzusammeln, eingeräumt hatte, nachdem früher schon die Volksschule und die Mittelschule dem Klerus ausgeliefert worden waren, kam damit jetzt die Reihe an die Universitäten. Der Geistlichkeit wurde durch dieses Gesetz das Recht, freie Universitäten und Lehrkurse zu errichten, sogar mit der wenig beschränkten Befugnis, akademische Grade zu erteilen, zugesprochen. Die Staatsuniversitäten sollten durch die Konkurrenz der freien Universitäten ausgehungert werden. Dieses Gesetz, welches im Namen der Unterrichtsfreiheit die Freiheit der Wissenschaft mit Füßen trat, war die letzte That der Nationalversammlung. Am 31. Dezember 1875 trennte sie sich, um den neuen Kammern Platz zu machen. Die Neuwahlen für diese fielen überwiegend republikanisch aus und damit fand die Krisis, welche seit 1871 gedauert hatte, vorläufig ihren Abschluß.

Wochte aber auch die Berklüftung der Parteien noch so tief gehen, sobald es sich um die Reorganisation der Armee handelte, waren sie eines Sinnes, und wie sehr auch die Steuerlast die Schultern des Volkes wund drückte, für die Armee, den Liebling, den Stolz, die Hoffnung der Nation, wurde sie ohne Murren getragen, während die deutsche Reichsregierung jede kleine Statsposition für das Heer mühsam erkämpfen mußte. Nur durch diese einmütige Hingabe wurde das große und schwierige Werk in staunenswerter kurzer Zeit vollbracht. Als Vorbild diente dabei die preussische Heeresorganisation. An Stelle der Losziehung mit der Befugnis der Stellvertretung führte das Gesetz von 1872 die allgemeine Wehrpflicht vom zwanzigsten bis vierzigsten Lebensjahre ein mit fünf Jahren aktiver Dienstzeit, die Thiers durch Stellung der Kabinettsfrage durchsetzte, obgleich sie mit der allgemeinen Wehrpflicht unvereinbar ist, vier Jahren in der Reserve, fünf in der der Landwehr entsprechenden Territorialarmee und sechs in deren Reserve. Das ergab eine Friedensstärke von 460 000 Mann und eine Kriegsstärke von 1 470 000. Auch das Institut der Einjährig-Freiwilligen wurde herüber genommen, bewährte sich aber so wenig, daß man es bald wieder aufgab. Entgegen der deutschen Einrichtung, wonach jeder Truppenteil sich aus der Provinz rekrutiert, in der er seinen Standort hat, wurde die Mischung sämtlicher Rekruten aus allen Teilen des Landes und ihre gleichmäßige Verteilung auf die verschiedenen Truppenteile beibehalten. Auch die Ergänzung des Offizierskorps wurde nicht einheitlich geregelt, sondern es blieb bei dem hergebrachten doppelten Verfahren, wonach es zum einen Teil aus der Militärschule von St. Cyr, zum anderen aus den Reihen der Unteroffiziere hervorging. Ein peinliches Geschäft war die Revision der durch Gambetta während des Kriegs ordnungslos vorgenommenen Beförderungen. Die National-





Louis Adolphe Thiers.  
Nach dem Gemälde von Léon Bonnat.

garde wurde aufgelöst. Vervollständigt wurden die neuen Einrichtungen durch das Organisationsgesetz vom 24. Juli 1873, welches den Armeebestand auf 144 Infanterie-, 70 Kavallerie- und 18 Artillerieregimenter in 18 Armeekorps (einem 19. für Algerien) und acht besonderen Kavalleriedivisionen festsetzte. Die Befestigungen von Paris erfuhren eine Erweiterung in solchem Maßstabe, daß eine abermalige Einschließung fortan in das Reich des Unerwartbaren gehörte.

Bei der scheinbaren Unmöglichkeit, daß das Land die Last einer so ungeheuern Rüstung auf die Länge tragen könne, machte die ganze Reorganisation den Eindruck, daß sie auf einen baldigen Ausbruch des Revanchekriegs berechnet sei. Die Offenheit, mit welcher seit dem Friedensschlusse in Frankreich der Nationalhaß gegen Deutschland von allen Parteien geschürt und proklamiert wurde, ließ in Berlin darüber keinen Zweifel, daß jede Regierung, welcher Partei sie angehören möge, die Revanche als ihre Hauptaufgabe betrachten werde. Allerdings verkündete Thiers' Botschaft vom Dezember 1871: „Frankreich will den Frieden, es erklärt dies auf seine Ehre und wird von diesem seinem feierlich gegebenen Worte nicht abweichen“; daher auch Bismarck, schärfer blickend als der deutsche Botschafter Graf Arnim, der die Verbindung mit den monarchischen Parteien zu suchen riet, weil die Fortdauer der Republik in Frankreich den monarchischen Institutionen in Deutschland gefährlich sei, die Ansicht vertrat, daß es Aufgabe der deutschen Diplomatie sei, Thiers' Regierung zu stützen, solange sie die Repräsentation des Willens sei, den Frieden loyal auszuführen, daß es dagegen gewiß nicht ihre Aufgabe sei, Frankreich durch Konsolidierung seiner inneren Verhältnisse und durch Herstellung einer geordneten Monarchie mächtig und bündnisfähig für unsere bisherigen Freunde zu machen. Allein selbst in Thiers' Munde bedeuteten jene Beteuerungen doch nur den Entschluß, Frieden zu halten, bis Frankreich sich wieder stark genug fühle, um den Revanchekrieg mit Aussicht auf Erfolg zu beginnen, den Krieg, der den Schimpf des Verlustes von Elsaß-Lothringen wettmachen und Frankreich wieder zu dem, was es gewesen, der ersten, der tonangebenden Macht in Europa erheben sollte. Um wie viel leidenschaftlicher überließen sich die Hefigeren und weniger Besonnenen, die mit Gambetta lieber heute als morgen losgeschlagen hätten, dem Durst nach Rache. Bis zu welcher Siedehitze sich der verhaltene Zugrimm steigerte, das bewies nicht bloß die Ermordung deutscher Soldaten, sondern auch die Weigerung der Regierung, die Mörder anzuliefern, und augenfälliger noch die Freisprechung derselben durch die Geschworenen in Melun und Paris unter dem lauten Beifall der gesamten öffentlichen Meinung. Sogleich erhielt General Manteuffel Befehl, den Belagerungszustand in den noch besetzten Departements zu verkündigen und zwei andere Mörder eines deutschen Soldaten wurden ohne weiteres standrechtlich erschossen. „Wir haben“, ließ Bismarck in Paris erklären, „nachdem die von uns verlangte Auslieferung der Mörder abgelehnt worden war, im Vertrauen auf die Rechtspflege Frankreichs damals nicht auf unserer Forderung bestanden. In Zukunft aber würden wir der Entrüstung der deutschen Be-



völkering gegenüber eine ähnliche Zurückhaltung nicht beobachten können, sondern wir würden bei Verweigerung einer derartigen Auslieferung genötigt sein, durch Ergreifung und Wegführung französischer Geiseln, äußersten Falls auch durch weitergehende Maßregeln auf Erfüllung unseres Verlangens hinzuwirken, eine Eventualität, der überhoben zu sein wir auf das lebhafteste wünschen.“

Aber selbst die Radikalen waren nicht die, welche am heftigsten nach dem Kriege lechzten; in diesem Gefühle waren ihnen, zumal seit Eröffnung des Kulturkampfes, die Klerikalen noch voraus. Ihnen war die Religion nicht mehr Selbstzweck, sondern bloßes Werkzeug. Hatte der Krieg von 1870 ihre Hoffnungen betrogen, so sollten nunmehr alle katholischen Interessen um das Banner der französischen Revanche geschart, das protestantische deutsche Kaisertum gestürzt, der Papst befreit und der Kirchenstaat wiederhergestellt, in Spanien Don Carlos auf den Thron gesetzt werden. Durch sie wurde die Revanche zum Kultus. Demonstrative und geschäftsmäßig arrangierte Wallfahrten unter dem Gesange „Oh Dieu, sauvez la France et Rome“ nach der Wunderquelle von Lourdes, nach la Salette oder nach Paray le Monial, von wo aus der Götzendienst mit dem vor 200 Jahren von der Konne Marie Mlacoque geschauten heiligen Herzen Jesu schwunghaft betrieben wurde, besiegelten die Bundesgenossenschaft der schwarzen Internationale mit der Revanchelust. Noch frecher als zuvor trat die klerikale Hexerei gegen Deutschland seit Thiers' Sturze auf. Als aber die Regierung alle diese Beleidigungen überhörte und selbst die maßlosten Ausfälle gegen die Person des deutschen Kaisers und seine Regierung in den Hirtenbriefen verschiedener Bischöfe unbeanstandet ließ, fühlte sich Bismarck doch veranlaßt, eine etwas ernstere Sprache zu reden. „Die deutsche Reichsregierung“, ließ er ihr, Januar 1874, eröffnen, „sei zwar von dem Wunsche durchdrungen, mit Frankreich in Frieden zu leben. Wenn jedoch außer allen Zweifel gestellt würde, daß ein Zusammenstoß unvermeidlich sei, dann würde sie es nicht vor ihrem Gewissen und vor der Nation verantworten können, den Zeitpunkt abzuwarten, der für Frankreich je nach dem Stande seiner militärischen Rüstungen zum Loschlagen der passendste wäre. Der Gegner Deutschlands sei zur Zeit das geistliche Rom; darin liege die Gefahr für das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich. Sobald sich Frankreich mit Rom identifiziere, werde es eben dadurch ein geschworener Feind Deutschlands. Ein der kirchlichen Theokratie unterthäniges Frankreich sei mit dem Weltfrieden unvereinbar.“

Dieser „kalte Wasserstrahl“ that für den Augenblick seine Wirkung. Der „Univers“ wurde wegen Abdruckes des Hirtenbriefes des Bischofs von Périgueux auf zwei Monate suspendiert. Aber auf die Dauer half er doch nicht; er steigerte vielmehr nur die Haß, mit der die Armeearganisation betrieben wurde, damit Frankreich sich nicht zum zweitenmal eine solche Demütigung gefallen zu lassen brauche. Das Cadregesetz vom 13. März 1875, durch welches bei jedem Regimente ein viertes Bataillon errichtet wurde, bedeutete nicht bloß eine Vermehrung des Heeresbestandes um 144 000 Mann, sondern es war offenbar zu=

gleich darauf berechnet, rasch einen weiten Rahmen zur Aufnahme gewaltiger Massen zu gewinnen, und so den Revanchekrieg mit überwältigenden Zahlen beginnen zu können. Die Anhäufung von Truppen, besonders von Kavallerie und Artillerie an der französischen Ostgrenze, veranlaßten von deutscher Seite entsprechende Ausgleichungsmaßregeln, die Pferdeankaufe, die Frankreich im Auslande machte, ein Pferdeausfuhrverbot, die offiziöse „Post“ warf in einem Aufsehen machenden Artikel die Frage auf, ob Krieg in Sicht sei, und beantwortete sie: „Der Krieg ist allerdings in Sicht, was aber nicht ausschließt, daß die Wolke sich zerstreut.“ Solchem Ernst gegenüber wandte sich der Minister des Auswärtigen, Decazes, nach Petersburg, um den Sturm zu beschwichtigen, und nach wenigen Wochen kam auch durch den Zaren, der im Mai Berlin besuchte, die beruhigende Versicherung nach Paris, daß Deutschland an keinen Krieg denke. Das war das erste und bedeutsame Symptom einer nationalen Befreundung zwischen dem republikanischen Frankreich und dem Zarenreiche. Dort verkehrte nachträglich das böse Gewissen die Sache dahin, als ob Deutschland der Friedensstörer gewesen und nur durch Rußland verhindert worden sei, Frankreich zu überfallen.

Die Hoffnung der Ultramontanen, aus Frankreich den Knoten- und Angelpunkt einer römisch-katholischen Liga gegen den modernen Staat, in erster Linie gegen Preußen und das deutsche Reich zu machen, war vorerst durch das Mißlingen der monarchischen Restauration und den Ausfall der Neuwahlen von 1876 gescheitert. Das dem linken Centrum entnommene Ministerium Dufaure, welches am 9. März 1876 dasjenige Buffets ablöste, war den Plänen der Klerikalen weniger willfährig als sein Vorgänger und gab vielmehr den Forderungen der Linken nach. Das Buffetsche Preßgesetz wurde in liberalem Sinne modifiziert, mit der Purifikation des höheren Beamtenstandes ein Anfang gemacht, die Wahl der Maires in den kleineren Orten den Gemeinderäten zurückgegeben und nur in den Hauptstädten der Departements, Arrondissements und Kantons der Regierung vorbehalten. Als wirksamer Damm gegen den Klerikalismus wurde durch den Unterrichtsminister Waddington die Hebung des unter der Herrschaft des Klerus trostlos zurückgebliebenen Volksschulwesens in Angriff genommen. Eine von dem Minister veranstaltete Untersuchung ergab die erschreckende Thatsache, daß in den 36 000 Gemeinden des Landes der Neubau von 17 320 Schulen notwendig war, in 19 857 die notwendige Ausrüstung fehlte, keine vollständig genügte, 624 733 Kinder keine Schule besuchten, und die sie besuchten, es unregelmäßig und nur bis zum elften Jahre thaten. Die staatliche Subvention, bisher jährlich meistens zwei, höchstens fünf Millionen, wurde auf zwölf Millionen erhöht, fünfzehn weitere als Darlehen an die Gemeinden gewährt. Das Gesetz, welches das Recht der Verleihung akademischer Grade wieder ausschließlich dem Staate zusprach, scheiterte im Senat an der kleinen klerikalen Mehrheit von fünf Stimmen. Einen neuen Anstoß gab der klerikalen Agitation die in der Allokution vom 12. März 1877 vom heil. Vater ausgesprochene Klage, daß er, einer fremden Herrschaft unterworfen, nicht die



zur Verwaltung der Kirche nötige Freiheit besitze. Sofort stürmten die Ultramontanen auf Mac Mahon ein, damit er alle Mittel anwende, um der Unabhängigkeit des Papstes Achtung zu verschaffen. Die Hirtenbriefe der Bischöfe strotzten wieder von Ausfällen, diesmal gegen die italienische Regierung. Diese Agitation erregte die Besorgnis der Kammer. Die Budgetkommission verlangte strenge Durchführung des Konkordats und der organischen Gesetze, welche das Verhältnis der Kirche zum Staate regelten, das Ministerium wurde interpelliert, welche Maßregeln es zur Unterdrückung der klerikalen Agitation zu ergreifen gedenke. Jul. Simon, der seit dem Rücktritt des Kabinetts Dufaure an der Spitze desselben stand, gab beruhigende Zusicherungen. Weil er dabei geäußert hatte, angesichts der italienischen Garantiegesetze, die dem Papste seine volle geistliche Unabhängigkeit sicherten, sei es nicht gestattet, ihn einen Gefangenen zu nennen, warf ihm Pius IX. bei der nächsten Gelegenheit öffentlich vor, daß er ihn einen Lügner genannt habe. Sofort waren Broglie und die anderen geheimen Ratgeber des Marschalls mit Vorstellungen bei der Hand, hier habe die Nachgiebigkeit gegen die Linke ein Ende, jetzt sei es Zeit, mit der parlamentarisch-republikanischen Herrschaft aufzuräumen. Die der Reihe nach bevorstehenden Wahlen der Generalräte, eines Drittels der Senatoren und des Präsidenten mahnten zu raschem Handeln, da man sie unter eigenem Regimente vorzunehmen wünschte. Kurzsichtig, wie er war, ließ Mac Mahon sich beschwazen und nötigte am 16. Mai das Ministerium durch ein Schreiben voll heftiger Vorwürfe, das er an Simon richtete, zum Rücktritt. Desselbigen Tages wurde unter Broglies Vorsitz aus Legitimisten, Orleanisten und Bonapartisten ein neues gebildet. Die Kammer empfing es auf Gambettas Antrag mit der Erklärung, daß sie nur zu einem Kabinet, das nach republikanischen Prinzipien regiere, Vertrauen habe. „Wir haben nicht Ihr Vertrauen,“ entgegnete kühl der Minister des Inneren Fourtou, und Sie haben nicht das unserige. Die Mitglieder der Regierung vertreten das Frankreich von 1789, welches sich gegen das Frankreich von 1793 verteidigt.“ — „Vom Vatikan,“ erwiderte darauf Gambetta, „ist der Schlag ausgegangen, welcher das Kabinet stürzte. Durch ganz Frankreich ging der Ruf: Der 16. Mai ist ein Pfaffenstreich! Ein Ministerium solchen Ursprungs hat nicht das Recht, sich auf 1789 zu berufen. Statt der 363 der gegenwärtigen Mehrheit werden in drei Monaten 400 hier erscheinen.“

Beide Teile beilien den Appell an das Land; beide boten bei dem Wahlkampfe alle Kräfte auf. Die Regierung bereitete sich darauf durch massenhafte Ausfegung aller Republikaner aus der höheren Beamtenwelt vor; von den 87 Präfekten blieben nur dreizehn im Amte, von den 275 Unterpräfekten nur fünfzig; sie griff wieder zu den offiziellen Kandidaturen des Kaiserreichs, stieß aber dabei auf die Schwierigkeit, wie diese auf die drei monarchischen Parteien zu verteilen seien; Vereine und Versammlungen wurden aufs strengste überwacht. Der Präsident selbst machte Rundreisen und erließ Wahlmanifeste. Die Liberalen ihrerseits gingen in den Kampf unter dem Schlachtrufe: „Le clérica-

lisme c'est l'ennemi!“ und in Lille that Gambetta die bedeutame Aufferung: „Wenn Frankreich sein souveränes Verdict gesprochen haben wird, il faudra se soumettre ou se démettre.“ Obgleich die Republique française wegen des Abdrucks der Rede verurteilt worden war, wiederholte er die Worte in seinem Wahlmanifest und ließ die Verurteilung deshalb zu drei Monate Gefängnis und 4000 Frank Geldstrafe über sich ergehen. Das Begräbnis des am 3. September gestorbenen Thiers wurde von der Linken zu einer großen republikanischen Kundgebung ausgenutzt, weshalb sich die Regierung von der Feier ganz fern hielt. Der Ausfall der Wahlen befriedigte keine von beiden Parteien ganz, das Stimmenverhältnis in der Kammer blieb ziemlich unverändert. Da aber die Republikaner auch bei den General- und Bezirksratswahlen die Mehrheit errangen, so hatten sie die Gewähr, daß sie auch bei der Erneuerung des Senats im Jahre 1879 Sieger bleiben würden. Der Hauptzweck der ganzen Intrige vom 16. Mai war also verfehlt. Die Reaktion dachte daher an einen neuen Staatsstreich durch abermalige Auflösung der Kammer. Da jedoch die konstitutionellen Orleanisten, ohne die sich im Senat keine Mehrheit zu stande bringen ließ, gegen die Fortsetzung der Politik des Widerstandes Bedenken trugen, suchte sich Mac Mahon durch einen bloßen Personentwchsel aus der Verlegenheit zu ziehen, indem er am 23. November ein rein außerparlamentarisches Geschäftsministerium unter General Rochet ernannte. Dieses stieß aber die Kammer durch die Erklärung, daß sie zu diesem Ministerium, das die Verleugnung der Volksrechte und der parlamentarischen Rechte sei, nicht in Beziehung treten könne, kurzweg beiseite. Die Extremisten von der Rechten drängten zu Belagerungszustand und Plebiszit, aber zum Diktator hatte Mac Mahon nicht das Zeug, er kapitulierte. Nach verschiedentlichem vergeblichen Umhertasten und nur mit äußerstem Widerstreben, lediglich auf Andringen seiner Freunde, die dadurch wenigstens den schwersten Schlag, seinen Rücktritt, abwenden wollten, wendete er sich nochmals an Dufaure. Schlecht genug stimmte dieser Ausgang zu den Hoffnungen der Clerikalen. Denn nicht genug, daß das neue Kabinett ein rein republikanisches war, machten sie die erschreckende Entdeckung, daß sich unter den neuen Ministern nicht weniger als fünf Protestanten befanden. Mit den Präfekten wurde wieder, nur in entgegengesetzter Richtung, aufgeräumt, für alle in der Aufregung des Jahres 1877 durch die Presse oder gegen das Vereinsgesetz begangenen Vergehen Amnestie erteilt, außerdem amnestierte der Präsident im Juni 1878 dreizehnhundert Kommunarden, nachdem schon früher achthundert von ihnen begnadigt worden waren. Der Minister für die öffentlichen Arbeiten, Freycinet, legte den Plan zum Bau von 11 000 Kilometer Eisenbahnen und Kanälen mit einem Aufwande von fünf Milliarden vor, 500 Millionen bewilligte ihm die Kammer zu Ankauf und Weiterführung von Privatbahnen, und die am 1. Mai 1878 zu Paris eröffnete Weltausstellung, obgleich das deutsche Reich die Beteiligung daran abgelehnt hatte und nur nachträglich die Kunstausstellung besichtigte, umstrahlte das republikanische Frankreich mit neuem Glanze. Der Mar-



schall ergab sich in alles; fast willenlos hatte er das ganze Jahr hindurch die ihm vorgelegten Dekrete unterzeichnet. Als nicht bloß die Kammerwahlen zu Ende des Jahres, sondern auch die für den Senat im Januar 1879 republikanisch ausfielen, ergriff er eine an sich unerhebliche Meinungsverschiedenheit mit dem Ministerium, welches die Absetzung mehrerer bonapartistisch gesinnter Korpskommandanten verlangte, um am 30. Januar seine Entlassung als Präsident zu geben. Statt seiner wählten Senat und Kammer J. Grövy, an dessen Stelle Gambetta den Präsidentenstuhl der Kammer einnahm und damit das erste Ziel seines Ehrgeizes erreichte.

„Ich bin mitunter etwas beschämt,“ gestand Bismarck im Reichstage, „wenn ich sehe, wie in Frankreich, wo die Parteien sicher viel erbitterter, feindsüchtiger, ja ich möchte sagen, vor kurzem zum Bürgerkriege bereit einander gegenüberstehend, als bei uns sind, sobald von auswärtigen Dingen die Rede ist, jede Kritik schweigt, wenn es sich um die äußere Ehre und das Ansehen Frankreichs handelt. Es scheint das für uns unerreichbar, aber für mich, in meinem vielleicht etwas weit getriebenen Nationalgefühl, ist es beschämend, daß bei uns die Fraktionen ihren augenblicklichen oppositionellen Standpunkt gegenüber der Regierung den allgemeinen Interessen der Nation nach außen hin auch in Kleinigkeiten nicht zum Opfer bringen.“ Jener bald offen hervorbrechende, bald im stillen und selbst bei den friedfertigsten Absichten der offiziellen Staatsleitung unausgesetzt fortwirkende Revancheburst zeichnete der deutschen Reichsregierung mit Notwendigkeit die Politik vor, einerseits Frankreich isoliert und bündnisunfähig zu erhalten, andererseits sich selbst durch Bündnisse gegen Wiederholung französischer Angriffe sicher zu stellen. Bereits 1866 hatte den Kanzler der Gedanke geleitet, an die Stelle des zerrissenen staatsrechtlichen Bandes mit Österreich ein um so innigeres völkerrechtliches zwischen der alten Kaisermacht und dem verjüngten Deutschland treten zu lassen. Die Milde des Nikolsburger Friedens ging zum großen Teil aus dem Wunsche hervor, an dem besiegten Gegner einen natürlichen und treuen Verbündeten zu gewinnen. Wie jedoch die fehlgeschlagene Sendung des Grafen Tauffkirchen (S. 358) bewies, wurde die Erreichung dieses Zieles ebensosehr durch die Verbitterung der leitenden Kreise in Wien wie durch die inneren Wirren des Kaiserstaates erschwert. Dadurch unbeirrt, setzte sich Bismarck noch von Versailles aus mit dem Grafen Benist in Verbindung, um ihm nach Vollendung des deutschen Einheitswerkes den Wunsch nach Wiederannäherung an das mächtige Nachbarreich auszudrücken, wie sie der gemeinsamen Vergangenheit ebenso wie den Gesinnungen und Bedürfnissen der beiderseitigen Bevölkerungen entspreche, und jetzt brach sich auch in Wien die Einsicht von dem Werte der deutschen Freundschaft Bahn. Kaiser Franz Josef bekundete seine veränderte Gesinnung, indem er den Kaiser Wilhelm bei seinem Siegesinzug in Berlin durch den Feldmarschallleutnant von Gablenz begrüßen ließ; wenige Wochen später stattete Kaiser Wilhelm

von Gastein aus, wo er wieder nach alter Gewohnheit das Bad brauchte, dem Kaiser von Österreich in Ischl einen Besuch ab und dieser ersten Wiederbegegnung folgten andere gleich freundliche nach.

Das Österreich vor 1866 war ein zentralistischer, deutsch regierter Staat gewesen. Nicht die Überzahl der Deutschen war hierfür maßgebend, sondern die geschichtliche Entwicklung; Österreich ist das, was es ist, geworden dadurch, daß es Jahrhunderte hindurch deutsch regiert wurde. Dieser Zustand wurde aber in seinen Fundamenten erschüttert durch den Ausgleich mit Ungarn, der jenseits der Leitha nicht bloß zu gunsten der Magyaren das Nationalitätsprinzip zur Geltung brachte, sondern kraft dessen diese auch einen auf historischer Grundlage beruhenden magyarischen Staat durchgesetzt hatten, während es in der anderen Hälfte bei dem alten zentralistischen, nur um die Länder der Stephanskrone verminderten Österreich bleiben sollte. Es war damit in das ohnehin durch nationale Strebungen aufgeregte Völkergemisch, in welchem kein Stamm in so überwiegender Mehrzahl vertreten war, daß er um deswillen als der führende hätte angesehen werden müssen, und das andererseits sich aus Angehörigen und Stammverwandten außerösterreichischer Völker zusammensetzte, ein neuer Gärungstoff gebracht. Den Tschechen insbesondere genügte die volle Gleichberechtigung ihrer Nationalität nicht, sie beanspruchten vielmehr, daß die drei Kronländer, in welchen sie vertreten sind, zu einem politischen Ganzen mit czechisch-nationalem Gepräge gestaltet würden, ja pochend auf die zwölf Millionen, welche die Slaven in Galizien zählten, sahen sie bereits ohne Rücksicht darauf, daß dieses Slawentum nur einen Sammelbegriff für viele scharf unterschiedene Volksindividualitäten darstellt, Deutschösterreich sich zu einem Slawischösterreich umgestalten. Die Schwierigkeit dieser Verhältnisse prägte sich jahrelang in einem unsicheren Experimentieren der österreichischen Staatskunst aus und ließ die Monarchie nicht zu der Stetigkeit gelangen, deren eine Großmacht bedarf, um mit voller Kraft auch nach außen ihr Gewicht in die Waagschale werfen zu können. Das verfassungstreue Ministerium Hasner war 1870 an der Mißstimmung des Kaisers gescheitert, das föderalistische des polnischen Grafen Potocki scheiterte an dem Mißtrauen des Reichsrats; am 23. November bat es um seine Entlassung. Der Wichtigkeit der Entscheidung sich wohl bewußt, schwankte der Kaiser lange; handelte es sich doch um eins von beiden, um die Erhaltung des Dualismus mit Hilfe der verfassungstreuen Deutschen, oder um die Auflösung Österreichs in einen lockeren Bundesstaat mit Hilfe der Tschechen und Polen. Erst am 6. Februar 1871 brachte Graf Hohenwart ein neues Ministerium zu stande, eine Mischung von föderalistischen und feudal-kerikalischen, d. h. durchweg deutschfeindlichen Elementen, in welchem u. a. zwei Tschechen, einer davon als Unterrichtsminister, und der preußenhassende schwäbische Professor Schäffle saßen. Nun ging es sogleich an die Durchlöcherung der Verfassung durch Zugeständnisse an die Nationalitäten. Die Befugnisse der Landtage sollten auf Kosten des Reichsrats erweitert werden, den galizischen Polen wurde eine fast vollständige Autonomie geboten,



und falls die Opposition in Böhmen und den übrigen vorwiegend slavischen Kronländern sich mit ähnlichen Zugeständnissen zufrieden geben wolle, war Hohenwart bereit, ihnen die gleichen Vergünstigungen zuzuwenden. In persönlichen Verhandlungen mit den Tschechenführern Rieger und Clam-Martiniz wurden die Grundzüge des Ausgleichs festgestellt. Umsonst erhoben die Deutschen lauten Einspruch gegen diese Auslieferung an ihre bittersten Feinde, umsonst erteilte das Abgeordnetenhaus dem Ministerium in einer von Herbst verfaßten Adresse ein Mißtrauensvotum; es erhielt den Bescheid, daß selbe werde durch das volle Vertrauen des Monarchen gestützt. Am 3. August erschienen drei kaiserliche Patente, welche die Auflösung des Abgeordnetenhauses und dessen Wiederzusammentritt für den 14. September verfügten, in der Zwischenzeit Neuwahlen für alle diejenigen Landtage, in denen die deutsche Verfassungspartei die Mehrheit hatte, ausschrieben. Der von der Regierung im Verein mit Feudalen, Föderalisten und Klerikalen bei diesen Wahlen geübte Hochdruck erzielte einen Reichsrat, in welchem das Ministerium die zu einer Verfassungsänderung erforderliche Zweidrittelmehrheit besaß, vorausgesetzt, daß die Tschechen wieder eintraten. Um sie dazu zu bewegen, begrüßte den Prager Landtag bei seiner Eröffnung ein kaiserliches Reskript vom 12. September, welches die Anerkennung eines besonderen böhmischen Staatsrechts aussprach und dessen genauere Feststellung vertrauensvoll der Loyalität dieser Körperschaft anheimgab. Da die Deutschen unter Protest austraten, nahm der Landtag einstimmig die von seinem Ausschusse entworfenen achtzehn Fundamentalartikel an, die sich bis zur Forderung einer besonderen böhmischen Armee verstiegen. An den Kaiser richtete er die Bitte, das neue böhmische Staatsrecht durch einen Majestätsbrief zu verkündigen und sich in Prag mit der heiligen Wenzelskrone krönen zu lassen.

Die Bestürzung und der Zorn der Deutschösterreicher über diese Prager Artikel waren ohne Grenzen. Aber auch die Ungarn sahen betroffen drein. Denn die Sondergelüste der Tschechen begannen ähnliche bei den von den Magyaren arg übervorteilten Kroaten zu wecken, die in der Militärgrenze sogar zu offenem Aufstande ausarteten. Der böhmische Ausgleich drohte den mit Ungarn in Frage zu stellen. Andrássy unterstützte daher nachdrücklich die Vorstellungen, mit welchen Beust nunmehr auf die für die Reichseinheit bedenklichen Folgen des neuen Experimentes aufmerksam machte. In einem unter Vorsitz des Kaisers gehaltenen Ministerrate sprach sich der ungarische Ministerpräsident in Übereinstimmung mit den drei Reichsministern Beust, Kuhn und Bonhag gegen den böhmischen Ausgleich aus und vor diesem Widerspruch mußte das Ministerium Hohenwart die Waffen strecken; es gab am 26. Oktober seine Entlassung. Kurz darauf, am 8. November, trat aber auch Beust zurück. Die schwerfällige Maschine mit einem besonderen Ministerium für jede Reichshälfte, das in die auswärtige Politik nichts, und einem Reichsministerium, das in die innere nur mittelbar hineinzureden hatte, hatte nicht korrekt fungiert; man gab dem als Fremdling ohnehin von der österreichischen Aristokratie, als

Protestanten von den Ultramontanen, als Deutschem von den Slaven scheinbar angefeindeten Reichskanzler schuld, den Kaiser nicht rechtzeitig gewarnt und dadurch das Ansehen der Krone bloßgestellt zu haben. Er nahm den Botschafterposten in London an, den er 1878 mit dem in Paris vertauschte, und trat 1882 in Ruhestand, ein Staatsmann, den keiner seiner zahlreichen Mißerfolge an seiner Selbstzufriedenheit hatte irre machen können. In Paris verkehrte dieser verlorene Sohn Deutschlands als Stammgast in den chauvinistischen Salons der Frau Adam und besaß sein Alter durch das Wort: „Mon âme est reconnaissante, mon coeur est français.“ Ministerpräsident und Minister des Auswärtigen wurde an Beust's Stelle Graf Andrassy, den Vorsitz im Ministerium übernahm Graf Lonyay, gab ihn aber schon im folgenden Jahre an Szlavay ab, der 1873 den Ausgleich mit den Kroaten zu Stande brachte. Graf Aueršperg, der an die Spitze eines verfassungstreuen cisleithanischen Ministeriums trat, nahm sofort zur großen Enttäuschung der eben noch siegesgewissen Slaven die deutschfeindlichen Maßregeln seines Vorgängers zurück. Durch die Neuwahlen zu den Landtagen von der Bukowina, Mähren, Oberösterreich, Krain, Boralberg, zuletzt auch von Böhmen, an die nunmehr die



Graf Andrassy. Nach Photographie.

Reihe der Auflösung gekommen war, errang die Verfassungspartei wieder das Übergewicht im Abgeordnetenhaus und ein Notwahlgesetz traf für den Fall, daß eine Landtagsmajorität die Wahl zum Reichsrat verweigere, die Bestimmung, daß dann diese Wahlen direkt zu geschehen hätten. Noch tiefer schnitt die diesem Notgesetz auf dem Fuße folgende Wahlreform ein, kraft welcher die Reichsratsabgeordneten, deren Zahl auf 353 festgesetzt wurde, fortan von den in die vier Gruppen der Großgrundbesitzer, Landgemeinden, Städte und Handelskammern getheilten Wählern unmittelbar gewählt wurden; dadurch sollte diese Körperschaft dauernd von den föderalistischen und klerikalen Landtagsmehrheiten unabhängig gemacht und zugleich in den Wählern ein kräftigeres Staatsbewußtsein geweckt werden. Durch die Einbeziehung Galiziens in diese Reform schwand



auch den Polen vorläufig die Aussicht auf die erstrebte Sonderstellung. Die auf Grund dieser Reform vorgenommenen Wahlen ergaben eine verfassungstreue Mehrheit; nur die Tschechen hielten sich von dem neuen, im November 1873 eröffneten Reichstage fern.

Beladen mit diesen inneren Wirren, zu denen sich auch noch der große Börsenkrach von 1873 gesellte, verspürte die österreichische Regierung begreiflicherweise keine Neigung zu Konflikten nach außen. Dennoch blieben auch diese ihr, und zwar mit der Kurie, nicht erspart. Denn nach Aufhebung des Konkordats bedurfte es einer neuen gesetzlichen Regelung des Verhältnisses der Kirche zum Staate. Die wichtigsten der dem neuen Reichsrate zugehenden Vorlagen waren daher die vom Unterrichtsminister Stremayer ausgearbeiteten kirchenpolitischen Gesetze: über Besetzung der geistlichen Ämter, die Besteuerung des Klerus, die Verbesserung der Lage der niederen Kleriker, die Anerkennung neuer Religionsgenossenschaften und über die Klöster. Auch sie entfesselten, wie die entsprechenden in Preußen, einen leidenschaftlichen Kampf. Der Papst schleuderte im März 1874 eine Enchiklika gegen sie und beschwor in einem Handschreiben den Kaiser, nicht auch diesen Pfad des Verderbens zu betreten, die Feudalen und Klerikalen unter Führung des Fürsten Alfred Liechtenstein ließen vereint mit dem Episkopat Sturm dagegen; trotz alledem wurden die Gesetze mit einziger Ausnahme des Klostergesetzes, wenn auch erst nach heftigen Debatten, von beiden Häusern angenommen und vom Kaiser bestätigt. Prinzipiell war damit in Osterreich der gleiche Gegensatz der göttlichen Konstitution der Kirche gegen die weltliche Gesetzgebung des Staates eingetreten wie in Deutschland. Aber die Kurie war klug genug, einen doppelten Kampf zu vermeiden. Thatsächlich fügten sich die Bischöfe und auch die Regierung suchte durch allermildeste Ausführung der Gesetze dem offenen Konflikte mit Rom aus dem Wege zu gehen, was ihr dadurch erleichtert wurde, daß die Ausführung derselben nicht, wie in Preußen, den Gerichten, sondern den Verwaltungsbehörden überlassen war.

Obgleich bereits Beust für gut befunden hatte, das Kriegsbeil gegen Deutschland zu begraben, so war doch sein Rücktritt für völlige Ausöhnung der beiden Nachbarreiche nur ein erfreuliches Ereignis. Erst Andrassys Berufung bedeutete den vollen und aufrichtigen Verzicht Osterreichs auf seine alte deutsche Politik. Datierte doch eben Ungarns gebietende Stellung im Kaiserstaate von dessen erzwungenem Austritte aus dem Deutschen Bunde. „Ich kenne“, sprach er später, „keinen Menschen, welcher die von uns in Deutschland aufgegebenen Stellung zurückwünschen möchte, aus dem einfachen Grunde, weil die Macht der Monarchie trotzdem und gerade deswegen nicht schwächer, sondern unvergleichlich stärker geworden ist.“ Das alte widernatürliche Verhältnis der österreichischen Hegemonie über Deutschland ver wandelte sich in das naturgemäße einer auf Interessengemeinschaft ruhenden Freundschaft. Und diese haben auch bisher weder der Deutschenhaß der Slawen noch die wiederholten Ränke anderer Friedensstörer zu erschüttern vermocht. „Wir stehen“,

erklärte Bismarck 1887, „mit Oesterreich in einem so sicheren und vertrauensvollen Verhältnis, wie es weder im deutschen Bunde trotz aller geschriebenen Verträge noch früher im heiligen römischen Reiche jemals der Fall gewesen ist, nachdem wir uns über alle Fragen, die zwischen uns seit Jahrhunderten streitig gewesen sind, in gegenseitigem Vertrauen und gegenseitigem Wohlwollen aneinandergesetzt haben.“

Das Verhältnis Preußens zu Rußland, von jeher das beste, hatte sich seit dem Polenaufstande von 1863 zur Intimität gesteigert. „Preußen“, telegraphierte Kaiser Wilhelm dem Zaren nach Abschluß der Friedenspräliminarien von 1871, „wird niemals vergessen, daß es Ihnen zu danken ist, wenn der Krieg nicht die äußersten Dimensionen angenommen hat. Möge Gott Sie dafür segnen!“ Andererseits gedachte Kaiser Alexander II. nicht bloß dankbar des Beistandes, den Bismarck auf der Londoner Konferenz zur Lösung der durch den Pontusvertrag von 1856 Rußland angelegten Fessel geleistet hatte, er sah auch mit unbegrenzter Ehrfurcht zu seinem greisen Oheim empor. In seinem Trinkspruche beim St. Georgsfeste am 8. Dezember 1871 gab er dem Wunsche und der Hoffnung Ausdruck, daß die innige Freundschaft, welche sie beide verbinde, auch bei den künftigen Generationen fortbauern werde, ebenso wie die aus einer ewig denkwürdigen Zeit stammende Waffenbrüderschaft ihrer Armeen. Diese Freundschaft mit Rußland bildete in den nächsten Jahren einen der Grund- und Ecksteine von Bismarcks auswärtiger Politik. „Am allermeisten“, sagte er Dezember 1874, in Erwiderung auf eine Rede des Ultramontanen Jörg, „achten wir die Meinung der uns seit einem Jahrhundert und noch heute am intimsten unter den Mächten uns befreundeten russischen Macht, und wenn der Vorredner geglaubt hat, mit seinen kleinen Pfeilen dahin schießend, eine kleine Verstimmung zu machen, so erregt das nur unsere Heiterkeit. Unsere Beziehungen dort stehen Gott sei Dank fest und turmhoch über der Tragweite von dergleichen kleinen Versuchen.“ Dabei ließ es aber der Reichskanzler nicht bewenden; er unterzog sich auch der schwierigeren Aufgabe, zwischen Oesterreich und Rußland eine Annäherung zu stiften, denn seit dem Krimkriege herrschte in den gegenseitigen Beziehungen dieser beiden Reiche eine eisige Kälte. Es war daher ein großer Triumph seiner Politik, als am 11. September 1872 die beiden Kaiser von Oesterreich und Rußland mit ihren leitenden Ministern gleichzeitig als Gäste Kaiser Wilhelms in Berlin weilten, eine Begegnung, die auch ohne besondere Abmachungen, durch die bloße Thatsache von höchster Wichtigkeit war als die gewaltigste und ernsteste Kundgebung einer entschiedenen Friedenspolitik, die durch den Gegenbesuch Kaiser Wilhelms in Petersburg und Wien 1873 eine weitere Bestätigung erhielt. Solange dieses auf dem Einverständnis der drei mächtigsten Herrscher ruhende Friedensbollwerk aufrecht stand, waren alle die Abenteuer, die so gern an der ruhigen Entwicklung der öffentlichen Verhältnisse gerüttelt hätten, zur Ohnmacht verurteilt.



Auch andere Staaten, die das gleiche Interesse der Friedenserhaltung hatten, suchten naturgemäß Anlehnung an diesen starken Stützpunkt; keiner bedurfte ihrer in so hohem Maße wie das junge Königreich Italien, das bei dem inneren Ausbau seines unfertigen Staatswesens noch viel größere Schwierigkeiten zu überwinden hatte als das deutsche Reich. Auch dort bestand ein scharfer Unterschied zwischen Norden und Süden, der Piemontese und Lombarden hatte ganz andere Anschauungen als der Neapolitaner und Sizilianer; aber der Hauptfeind für die neue Ordnung war die Unkultur des Volkes. Die dem Italiener im Blute liegende, durch vielhundertjährige Fremdherrschaft und klerikalen Geistesdruck verstärkte Neigung zu Verschwörungen hatte auch nach der Einnahme Roms keine Ruhe; in der Romagna kam man geheimen republikanischen und sozialistischen Umtrieben auf die Spur, in Neapel besaß die Camorra, auf Sizilien die Mafia, beides organisierte Raubgenossenschaften, die sich mit einem Mantel politischer, nämlich bourbonischer Parteifarbe umkleideten, bei der Bevölkerung größeres Ansehen als die gesetzliche Regierung, das Anwesen der Banditen wurde so schwunghaft betrieben wie nur je zur Bourbonenzeit, Beamte aller Art, selbst die Polizei und Geistliche spielten mit ihnen unter einer Decke. Erst im Jahre 1875, nachdem das Übel einen unerträglichen Grad erreicht hatte, wurden auf Grund des Sicherheitsgesetzes außerordentliche Maßregeln dagegen ergriffen. Eine stetige und systematische Reformthätigkeit durch eine starke Regierung wurde durch das Parteienwesen der Parlamentarier fast zur Unmöglichkeit. Daran änderte sich auch nichts, als im Jahre 1876 nach dem Sturze der sogenannten Conforteria die Linke ans Ruder kam, denn von den Führern der vier Gruppen, in welche sie sich spaltete, Depretis, Nicotera, Crispi und Cairoli, suchte jeder für sich die leitende Rolle in Beschlag zu nehmen, und mehr als einmal verband sich ein Teil derselben mit den Konservativen zum Sturze des glücklicheren Rivalen. Bei den rasch einander folgenden Ministerwechseln handelte es sich daher nie um System, stets nur um Personenwechsel. Neben dem unausgesetzten Kampfe mit hohen Defizits brachte eine besonders nachteilige Störung in der inneren Ordnung die Anwesenheit des souveränen Papstes in Rom. Jeder Ausöhnung mit der räuberischen Regierung blieb Pius IX. unzugänglich. Seine Proteste und Bannflüche halfen ihm freilich so wenig wie die Ernennung des heiligen Josef zum Schutzpatron der katholischen Kirche oder die 1875 vollzogene feierliche Weihung der ganzen Welt an das heilige Herz Jesu; aber dennoch saß diese feindliche Macht wie ein Pfahl im Fleische des nationalen Staates. Schon daß die Klerikalen auf ihr Verbot hin sich nicht an den Wahlen beteiligten, daß es infolge davon im Parlamente keine klerikale Partei gab, war ein Nachteil für die Gegenpartei, der es dadurch an einem Zwang des Zusammenhaltens gebrach. Für die auswärtige Politik Italiens war die Rücksicht auf Frankreich kaum weniger bestimmend als für das deutsche Reich. Kein Franzose war ein Freund der italienischen Einheit, am wenigsten die klerikale Partei. Kam diese wirklich zu der Herr-



König Oskar II. von Schweden.  
nach Photographie.





schaft, nach der sie damals so aussichtsreich strebte, so stand auf ihrem Banner die Wiederherstellung des Kirchenstaats. Tröstete sich doch die *Civiltà cattolica* ganz unverhohlen: „Wenn Frankreich so gefestigt sein wird, wie es innerlich sich festigen muß, so wird seine Politik es zwingen, die beiden Einheiten zu vernichten, die deutsche und die italienische. Das ist eine Notwendigkeit seiner Existenz, und welche Regierungsform immer Frankreich annehmen mag, Republik, Königtum oder Kaiserreich, so muß seine militärische und diplomatische Aktion in der Erniedrigung Deutschlands und Italiens gipfeln.“ Mochten daher auch die alten Sympathien für das stammverwandte Nachbarvolk bei den Italienern noch lange fortwirken und die Republikaner unter ihnen von dorther das Heil erwarten, so konnte es doch bei solchen Anzeichen nicht ausbleiben, daß die politisch Denkfähigen ihre Blicke nach anderer Seite um Schutz richteten. Die ritterliche Erscheinung des deutschen Kronprinzen, der im Mai 1872 mit seiner Gemahlin nach Neapel kam, eroberte die Herzen der Italiener. König Viktor Emanuel, einer der größten Freunde und Bewunderer Frankreichs, machte sich in Begleitung der Minister *Minghetti* und *Biscconti-Benosta*, September 1873, auf zum Besuche in Wien und Berlin. Die Gegenbesuche ließen lange auf sich warten, denn eine überzarte Rücksicht auf den Papst verbot, sie in Rom abzustatten. Erst 1875 traf Kaiser Franz Josef in Venedig, Kaiser Wilhelm in Mailand mit dem Könige von Italien zusammen: der engere Anschluß Italiens an die beiden Kaiserreiche reifte jedoch erst zu einem späteren Zeitpunkte.

Von den Mächten zweiten Ranges war es Schweden, wo König Karl XV. im Jahre 1870 seinen Sympathien für Frankreich keinen Zwang angethan hatte, das seit König Oskars Thronbesteigung 1872 sichtlich eine Annäherung an den Dreikaiserbund suchte. Die durch einen Besuch des Königs in Berlin 1875 eingeleiteten freundschaftlichen Beziehungen knüpften sich noch enger durch die Vermählung des schwedischen Kronprinzen mit des Kaisers Enkelin Viktoria von Baden. Kühl blieben im ganzen die Beziehungen zu England. Den Hauptanteil an dieser Stimmung hatte wohl nächst der Abweigung gegen das in Asien der britischen Machtphäre immer näher rückende Rußland das Mißbehagen über die mächtig emporstrebende Beteiligung Deutschlands am Welthandel, die einen unbequemen Konkurrenten ahnen ließ. Denn die deutsche Handelsflagge, die sich früher ängstlich unter den Schutz anderer Seemächte hatte verkriechen müssen, entfaltete sich jetzt, des Rückhaltes an einem mächtigen Heimatsstaate gewiß, stolz und frei auf allen Ozeanen. In den chinesischen Gewässern stationierten deutsche Kriegsschiffe zu ihrem Schutz gegen die Piraten. Die Republik Haiti wurde Juni 1872 durch die Beschlagnahme zweier Korvetten gezwungen, den rechtsbegründeten Ansprüchen eines deutschen Kaufmanns gerecht zu werden. Die Regierung von Nicaragua, welche ein Attentat auf den deutschen Konsul unbefristet gelassen, sah sich 1878 durch das Erscheinen deutscher Kriegsschiffe energisch und wirksam an ihre Pflicht erinnert. Auch die Wirren, denen Spanien nach dem

Scheitern der hohenzollernschen Thronkandidatur verfallen war, nötigten die deutsche Regierung schließlich zu bewaffnetem Einschreiten. Den am 16. November 1870 von den Cortes zum König gewählten Herzog Amadeo von Aosta, zweiten Sohn König Viktor Emanuels, hatte, ehe er noch den spanischen Boden betrat, nicht bloß der Protest der vertriebenen Isabella und des Don Carlos, sondern auch ein von den Granden Spaniens gemeinschaftlich veröffentlichter Protest gegen den Fremdling begrüßt. Wenige Tage vor seiner Ankunft in Madrid raubte ihm die meuchlerische Ermordung des Ministerpräsidenten General Prim den einzigen Mann von Bedeutung, auf den er



Don Carlos. Nach Photographie.

sich hätte stützen können; denn auf den Progressistenführer Sagasta, der sich aus Ehrgeiz mit dem konservativeren Teile der Partei von dem radikalern Borilla trennte, war für ihn kein Verlaß, der spanische Adel behandelte ihn und seine Gemahlin mit impertinentester Geringschätzung, und während die Merikalen den freisinnigen Sohn Viktor Emanuels ihren Haß fühlen ließen, die Republikaner am Umsturz des Thrones arbeiteten, haberten die Parteien der Cortes um den Besitz der Macht. Am 18. Juli 1872 wurde ein Attentat auf den jungen König verübt,

die Thäter blieben ebenso unentdeckt wie die Mörder Prims. Die Basken erkannten „Karl VII.“ an. Schon im Herbst 1872 nach einer Rundreise, die ihm über die feindliche Stimmung des Landes keinen Zweifel ließ, erklärte Amadeo seinen Entschluß, dieser Dornenkrone zu entsagen, ließ sich aber noch einmal zum Bleiben bestimmen. Als aber auch die Offiziere ihm offen den Gehorsam aufkündigten, indem sie sich weigerten, unter dem von ihm ernannten General Hidalgo zu dienen, gab er das Spiel verloren und überließ das undankbare Volk seinem Schicksale. Die auf den ersten Juni 1873 einberufenen konstituierenden Cortes konnten ihre politische Gedankenarmut nicht besser bestätigen, als indem sie Spanien für eine Föderativrepublik nach dem Muster der Vereinigten Staaten erklärten. Thatsächlich riß die volle Anarchie ein. Während von Norden her die Karlisten unter Don Carlos und seinem Bruder Alfonso



vordrangen, pflanzten im Süden die Intransigenten die rote Fahne auf und errichteten in Malaga, Sevilla, Cartagena 85 Kommunen. Da versuchte es Castellar, ein rechtschaffener Charakter aber ein republikanischer Idealist, die gemäßigten Elemente der Nation um sich zu sammeln und mit ihrer Unterstützung die Extremen von links und rechts im Zaume zu halten. Er ließ sich von den Cortes unumschränkte Vollmacht übertragen, verschob die Beratung der Verfassung, erzwang die Vertagung der Cortes bis zum 2. Januar und führte thatsächlich eine Diktatur. Von den insurgierten Städten wurden Alcoy, Sevilla, Cadix, Valencia durch die Regierungstruppen mit Gewalt genommen, andere ergaben sich. Cartagena, wo General Contreras an der Spitze der Republik Murcia stand und von da aus die Hafenstädte Almeria und Alicante bombardierte und brandschätzte, ergab sich erst nach viermonatlicher Belagerung am 12. Januar 1874.

Hier, vor Cartagena, geschah es,

daß das zu den Insurgenten übergegangene Kriegsschiff *Vigilante* mit dem Haupt der Aufständischen von Valencia, Galvez, an Bord, von dem deutschen Panzer „Friedrich Karl“, Kapitän Werner, als Pirat abgefangen wurde. Doch billigte Bismarck diese Einmischung nicht und Werner bezahlte sie mit seiner Abberufung. Allein trotz seiner redlichen Bemühungen kam Castellar nicht zum Ziel. Der spanische Stolz fühlte sich tief verletzt, daß er den Vereinigten Staaten die geforderte Genugthuung geleistet hatte, weil der Gouverneur von Cuba ein Schiff, welches den cubanischen Aufständischen Verstärkung zuführen sollte, wegnehmen und 57 von der Besatzung



Castellar. Nach Photographie.

erschießen lassen. Auch gegen die Karlisten hatte er nichts ausgerichtet. Als Salmeron, der allen Erfahrungen zum Trotz an der Föderativrepublik fest hielt, das beantragte Dankesvotum für die Regierung und damit die Verlängerung der Diktatur hintertrieb, reichte Castellar seine Entlassung ein. Schon stand die revolutionäre Mehrheit auf dem Sprunge, die Gewalt wieder an sich zu reißen, als die Armee dazwischen trat. Am 3. Januar 1874 ließ Marschall Serrano die Cortes durch General Pavia sprengen, die konstitutionellen Gewalten wurden suspendiert, die politischen Klubs aufgelöst,



König Alfons XII. von Spanien. Nach Photographie.

die karlistische sowie die intransigente Presse unterdrückt. Serrano machte sich zum Präsidenten der Exekutivgewalt, republikanische Aufstände wurden rasch erstickt. Hartnäckiger behaupteten sich die Karlisten, hauptsächlich mit Hilfe der Unterstützungen, die ihnen von französischen Legitimisten, österreichischen Feudalen, depossidierten italienischen Fürsten und den römischen Jesuiten zu-

flossen. Der Regierungsgeneral Moriones, der das von ihnen zernierte Bilbao entsetzen sollte, sah sich gezwungen, sich in S. Sebastian nach Santander einzuschiffen. Von neuem vordringend wurde er 24. Februar 1874 am Somorostro zurückgeschlagen, Tolosa fiel in die Hände der Karlisten. Serrano eilte in Person mit Verstärkungen herbei und trieb sie zwar in die Berge von Navarra zurück, aber General Concha, dem er darauf den Oberbefehl übergab, verlor vor Estella am 27. Juni 1874 Sieg und Leben. Unter den Gefangenen, die von den rachsüchtigen Siegern kriegsrechtlich erschossen wurden, befand sich auch ein früherer preußischer Hauptmann Schmidt, jetzt Korrespondent im Lager der Regierungstruppen. Auch die deutsche Brigg „Gustav“ war von den Karlisten beschossen worden. Da regte sich



in Bismarck „die Erinnerung an alle alten Demütigungen, die Deutschland durch seine Zerrissenheit früher zu erdulden genötigt worden war, und er sagte sich, es sei Zeit, das Ausland daran zu gewöhnen, daß man auch Deutsche nicht ungestraft ermorden darf.“ Ohne Verzug erschienen zwei Kanonenboote an der baskischen Küste und beschossen die karlistischen Batterien, und um die



Serrano. Nach Photographie.

in Spanien noch vorhandenen Reste staatlicher Gestaltung zu stärken, erkannte das deutsche Reich die Regierung Serranos an, bewog die übrigen Mächte — nur Rußland schloß sich aus — seinem Beispiele zu folgen und erhob in Paris eindringliche Vorstellungen gegen den den Karlisten von der französischen Regierung geleisteten Vorschub. Dieses energische Eingreifen gab auch den Anhängern der Monarchie wieder Mut. Am 29. April 1874 proklamierte General Martinez Campos in Murviedro den 1857 gebornen

Sohn Isabellas als König Alfons XII. Das ganze Land fiel, müde der Unordnung, ihm zu, am 14. Januar 1875 hielt der junge König seinen Einzug in Madrid und Serrano legte seine Würde nieder. Selbst von den Karlisten, denen ihre auswärtigen Hilfsquellen versiechten, erkannten die meisten die Aussichtslosigkeit weiteren Kampfes. Die einen, wie General Cabrera, machten ihren Frieden mit der Regierung, die übrigen wurden mit Gewalt unterworfen, die Basken verloren ihre Fueros und wurden den übrigen Landesteilen gleichgestellt.

Im deutschen Reichstage aber erhob das Zentrum gegen den Reichskanzler die abgeschmackte Beschuldigung, er gehe darauf aus, Krieg anzuzetteln, und das, weil er in Spanien geholfen hatte, dem Umsichgreifen einer Partei ein Ende zu machen, die unter dem Aushängeschild des monarchischen Prinzips Spanien wieder unter das Joch Roms zu bringen gedachte.



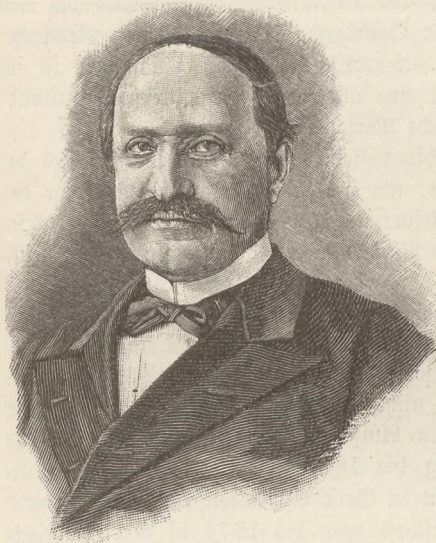
## Sechstes Kapitel.

### Die orientalische Krisis.

Der großen Friedensverbürgung des Dreikaiserbündnisses war noch eine schwerere Aufgabe vorbehalten, als die Bändigung der französischen Revanchegelüste, die gemeinsame Lösung der orientalischen Frage. Auch diese ist ihr insoweit gelungen, daß daraus nicht eine allgemeine Erschütterung entstand; nur daß sie selbst dabei eine wesentliche Verschiebung erlitt.

Kaiser Alexander II. schien die politischen Bahnen seines Vaters der Türkei gegenüber verlassen zu haben, um sich mit desto größerem Eifer den als unerlässlich erkannten inneren Reformen zu widmen. Da der Krimkrieg gelehrt hatte, wie sehr der Mangel an Verkehrswegen die Kraftentfaltung Rußlands vermindere, wurde vor allem die Herstellung eines für Kriegs- und Handelszwecke in großem Maßstabe angelegten Eisenbahnnetzes in Angriff genommen, nicht ohne starkes Widerstreben in der Umgebung des Kaisers. „Der Befehl Ew. Majestät wird ausgeführt werden,“ sagte Finanzminister Kantrin, „aber in zehn Jahren wird Rußland nicht mehr Rußland sein.“ Der Handel erhielt dadurch einen außerordentlichen Aufschwung; der Wert der Ausfuhr, 1841 nur 75 Millionen Rubel, stieg bis 1871 auf 353, der der Einfuhr von 64 auf 356 Millionen. Ein freier Geist durchwehte das ganze Staatswesen. Die Aufhebung der Leibeigenschaft war bis 1874 in der Hauptsache durchgeführt. Das Preßgesetz vom 17. April 1865 hob für die beiden Hauptstädte die Zensur auf und führte das System der dreimaligen Verwarnung ein. Das Gerichtswesen erfuhr durch Einführung von Friedensrichtern und Geschworenengerichten mit öffentlich-mündlichem Verfahren, neben denen noch besondere Bauerngerichte thätig waren, eine Umgestaltung von Grund aus. Selbst Versammlungen aus Abgeordneten aller Einwohner nebst ständigen Kreis- oder Provinzialanschnüssen wurden 1864 in dreißig Provinzen geschaffen und diesen Ständen die selbständige Verwaltung ihrer Angelegenheiten, Verteilung und Erhebung der Staatssteuern, Aushebung der Militärpflichtigen, Bestimmung der Naturallieferungen, Unterhaltung der Postverbindung und der Wege, Armeupflege, Unterhaltung der Volksschulen, zugesprochen. Den Universitäten räumte das Statut von 1863 ein bedeutendes Maß von Selbständigkeit in Ordnung ihrer inneren Angelegenheiten ein, das Gymnasialwesen wurde reformiert und, um dem Mangel an Lehrern abzuhelpen, 1867 ein

historisch-philologisches Institut für studierende Russen an der Universität Leipzig errichtet. Für das Heer führte der Kas vom 13. Januar 1874 die allgemeine Wehrpflicht ein, bei fünfzehnjähriger Dienstzeit, verkürzbar durch den Nachweis gewisser Bildungsgrade. Wenig stimmte freilich zu diesen liberalen Anschauungen die vornehmlich von den Panlawisten betriebene Russifizierung aller nicht russischen Bevölkerungselemente. Den geistigen Mittelpunkt dieser Partei bildete das Moskauer Komitee unter Leitung Afjakows und Karkows, welches, um der Sache einen möglichst unschuldigen Schein zu geben, seine Absichten meist unter Wohlthätigkeitsbestrebungen versteckte. In ihrem Sinne geschah es, daß die Ritterschaft Finnlands, dessen Stände 1863 bei Gelegenheit



Graf Ignatiew.

der großen Agrarreform zum erstenmale seit 1809 berufen worden waren, als sie 1871 um die Erfüllung der ihnen in der Thronrede verheißenen Reformen einkam, eine sehr scharfe Abweisung erfuhr, daß den griechisch=unierten Ruthenen in Polen verboten wurde, in ihrer Sprache irgend ein Buch drucken zu lassen, Vorlesungen oder Theatervorstellungen zu veranstalten, daß in Polen das russische Gerichtswesen und damit die russische Gerichtssprache eingeführt, daß in den Ostsee=provinzen 1876 die Stelle des Generalgouverneurs aufgehoben und damit ein erster Schritt gethan wurde, diese Provinzen ihrer bisher immer geachteten Selbständigkeit und Eigenart zu entkleiden.

Zeuseits der Reichsgrenzen richteten die Panlawisten ein besonderes Augenmerk darauf, die Slawenstämme in der europäischen Türkei an ein Schutzverhältnis zu dem glaubenverwandten Rußland zu gewöhnen; die Regierung dagegen besaß sich in dieser Zeit der Pforte gegenüber einer ungewöhnlichen Zurückhaltung. Als im Jahre 1868 aus dem Aufstande der gemißhandelten Kandioten ein türkisch-griechischer Konflikt zu werden drohte, die Pforte die angekündigte Ausweisung sämtlicher Griechen aus ihrem Gebiete wirklich ausführte, die diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Staaten abgebrochen wurden und die am 9. Januar 1869 in Paris zusammengetretene Konferenz der Schutzmächte eine nähere Deklaration des internationalen Rechts in Bezug auf Unterstützung einer Insurrektion auf dem Gebiete des einen Staates durch einen anderen erließ, nötigte sie das leidenschaftlich erregte



Griechenland sich derselben zu fügen, „da Rußland nicht auf einen Krieg eingehen könne, in welchem sie beide absolut allein sein würden“. Sie beschränkte sich ausschließlich darauf, durch ihren Gesandten, den intriganten Ignatiew, in Konstantinopel den im Krimkriege verlorenen Einfluß allmählich zurückzugewinnen. Aber die inneren Verhältnisse der Türkei trieben von selbst einer neuen Krisis entgegen und die panslawistische Strömung that das Ihre, auch Rußland in sie hineinzureißen.

Die durch den Pariser Frieden von 1856 ausgesprochene Aufnahme in das europäische Konzert hatte der Türkei nicht zum Heile gereicht. Sie trug nach wie vor den Charakter eines fremdartigen, asiatischen Gebildes auf europäischem Boden. Der Hat-Hamajum vom 18. Februar 1856 war genau so wie seine Vorgänger ein toter Buchstabe geblieben, die verheißene Gleichstellung der Christen mit den Moslems in keinem Stücke zur Ausführung ge-



Sultan Abdul-Aziz.

langt, während doch jene sich mehr und mehr ihrer unverhältnismäßigen unnerischen Überlegenheit über die türkische Minderheit bewußt wurden. Nur dem langjährigen Wunsche der Bulgaren entsprach der Sultan, indem er ihnen 1872 trotz allen Widerspruchs des Patriarchen von Konstantinopel eine von diesem unabhängige Hierarchie mit einem Erarchen an der Spitze gewährte. Von einem geordneten Regierungssystem war nicht die Rede. Sultan Abdul-Aziz gefiel sich, seine Minister und andere Würdenträger planlos, nach Laune, alle paar Monate zu wechseln und die Provinzen der Hagbier der Statthalter und Beamten zu überlassen. Das schlimmste Geschenk aber, welches Europa der Pforte hatte machen können, war die Kreditfähigkeit (S. 85). Zur Zeit des

Krimkrieges fast noch schuldenfrei, häufte sie seitdem Schulden auf Schulden, die alle nur der Verschwendung des Großherrn dienten. 1875 war die auswärtige Schuld auf fünf Milliarden Franks angewachsen, die gesamten Staatseinnahmen reichten eben nur noch hin, die Zinsen dieser Schuld und die allerdings übermäßigen Bedürfnisse des Hofes zu decken. Der Sold der Truppen und der Gehalt der Beamten gerieten um viele Monate in Rückstand. Der Bankerott brach aus: die Pforte erklärte sich außer stande, ihren Gläubigern mehr als 50 Prozent der fälligen Zinsen zu zahlen, für die andere Hälfte bot sie fünfprozentige Obligationen. Aber nicht einmal dieses Abkommen vermochte sie innezuhalten.

Diese Geldnot brachte die Kugel ins Rollen. Denn je höher sie stieg, desto ärger wurden die Bedrückungen der Beamten in den Provinzen. Die Ermordung von 21 Montenegriern gelegentlich des Marktes zu Podgorizza am 20. Oktober 1874 entflamte die Wut, zumal die Mörder zwar auf Anbringen der Gesandten verurteilt wurden, der Gouverneur sie aber entwichen ließ. Binnen wenigen Tagen standen Bosnien und die Herzegowina in vollem Aufstande. Greise, Weiber und Kinder wurden mit ihren Habseligkeiten und dem Vieh auf österreichischen oder montenegrinischen Boden geflüchtet, die Waffenfähigen warfen sich in die Schluchten des Gebirges und eröffneten von dort den kleinen Krieg gegen ihre Zwingherren. Von der Weisklichkeit angefeuert, strömten den Aufständischen von ihren Stammesgenossen in Serbien, Montenegro und Dalmatien zahlreiche Freiwillige und alle mögliche andere Unterstützung zu, während der Regierung, die der Sache anfangs gar keine große Bedeutung beigelegt hatte, ihre Geldnot nur die Verwendung einer geringen Truppenzahl gegen sie gestattete. So schwoll der Aufstand immer höher an. Die Regierungen von Serbien und von Montenegro, jene lüstern nach Bosnien, diese nach der Herzegowina, unterstützten heimlich den Aufstand und hinter ihnen stand die Agitation der panslawistischen Partei, bald von der russischen Regierung als Werkzeug benutzt, bald dieselbe vorwärts treibend. Die Großmächte dagegen suchten eine Einigung über gemeinsame Schritte herbeizuführen, um zu verhindern, daß die Bewegung schließlich durch längere Fortdauer den europäischen Frieden gefährde. Bei Abschluß des Dreikaiserbündnisses war es stillschweigendes Übereinkommen gewesen, die orientalische Frage und die darin sich widerstreitenden Interessen Rußlands und Österreichs ruhen zu lassen; dieser Standpunkt ließ sich aber nach Ausbruch des Aufstandes nicht behaupten. Rußland hätte die ursprünglich gegen Frankreich gerichtete Spitze des Bündnisses jetzt am liebsten gegen die Türkei gerichtet, Österreich hinwiederum ging darauf aus, den christlichen Bevölkerungen der beiden Grenzprovinzen von der Pforte gewisse dringende Zugeständnisse zu erwerben, dadurch ihre Trennungsgelüste zu beschwichtigen und so einen erträglichen Zustand zu erzielen, der die Insurgenten vermocht hätte, die Waffen niederzuliegen. Graf Andrassy benutzte den Winter, um zwischen den Kaiser-mächten eine in Konstantinopel zu übergebende Note zu vereinbaren, welcher



dann auch die übrigen Mächte, England erst nach einigem Zögern und unter Vorbehalten, ihre Zustimmung gaben; sie forderte (31. Januar 1876) in möglichst schonender Weise als einzuführende Reformen: volle Religionsfreiheit, Abschaffung der Steuerverpachtung, Verwendung der direkten Steuern von Bosnien und Herzegowina ausschließlich zum Besten dieser Provinzen, Einsetzung eines aus Christen und Muhamedanern bestehenden Ausschusses, um die Ausführung der angekündigten Reformen zu überwachen, und Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Landbevölkerung. Nach einem vergeblichen Versuche, sich jede Einmischung zu verbitten, konnte die Pforte nicht umhin, sich dem einstimmigen Begehren der Mächte zu fügen und ihre Forderungen zuzugestehen; aber die Aufständischen auf diese Bedingungen hin zur Niederlegung der Waffen zu bewegen, gelang dem österreichischen Unterhändler, dem kommandierenden General von Dalmatien Roditsch, nicht. Die so oft Betrogenen bestanden auf der Garantie der Großmächte für die Durchführung der verheißenen Reformen, und da diese nicht zu erlangen war, entbraunten die Feindseligkeiten im Frühjahr von neuem.

Die drei Kaiserermächte thaten, was in ihren Kräften stand, um Serbien und Montenegro vom Eintritt in den Kampf abzuhalten. Allein von der anderen Seite drohte ein neuer Ausbruch des muhamedanischen Fanatismus. Wegen eines Bulgarenmädchens, das den Islam annehmen sollte, entstand am 6. Mai 1876 in Salonichi zwischen Griechen und Türken eine blutige Schlägerei; der deutsche und der französische Konsul, welche vermitteln wollten, wurden in eine Moschee gelockt und dort vom Pöbel ermordet. Sofort ging ein deutsches Geschwader unter Gegenadmiral Batsch dahin ab; die meisten übrigen Mächte folgten diesem Beispiele. Ihrer Gewohnheit nach suchte die Pforte die Sache durch Hinrichtung etlicher Schuldiger niedrigen Standes abzumachen; aber der deutsche Botschafter setzte durch, daß die pflichtvergessenen Oberbeamten, der Kommandant und der Gouverneur, zur Rechenschaft gezogen, zu hohen Geldstrafen verurteilt, der Witve des deutschen Konsuls eine Entschädigung ausbezahlt wurde. Fast gleichzeitig brach der Aufstand in Bulgarien aus, schon längere Zeit vorbereitet durch Flüchtlinge von Rumänien aus, zur Reife gebracht durch die Erbitterung über die Räubereien und Gewaltthaten aller Art, mit denen die unter ihnen angesiedelten Tscherkessen die christliche Bevölkerung heimsuchten. Taub gegen die dringenden Warnungen der Botschafter, keine Irregulären gegen die Aufständischen zu verwenden, bot die Pforte Baschi-bozüks und Tscherkessen gegen sie auf, bewaffnete den Landsturm, selbst entlassene Verbrecher, und ließ diese Höllelschar auf die Bulgaren los. In wenigen Tagen waren siebenzig Ortschaften verbrannt, 15 000 Menschen, meist Frauen und Kinder, ermordet, Mädchen zu Hunderten in die Sklaverei verkauft. Die Schilderung dieser bulgarischen Greuel aus der Feder des Spezialkorrespondenten der Daily News rief in England, wo schon der Bankerott die öffentliche Meinung sehr zu ungunsten der Türkei beeinflusst hatte, einen so gewaltigen Entrüstungsturm hervor, daß das Torykabinett nicht umhin konnte,

seine Türkenfreundlichkeit herabzustimmen; es erklärte in Konstantinopel, wenn bei Wiederholung ähnlicher Auftritte Rußland die Pforte mit Krieg überziehen sollte, so würde es außer Stande sein, zu ihrer Verteidigung einzuschreiten.

Wirklich trat nun, da Oesterreich von sich aus weiter zu gehen Bedenken trug, jene Macht in den Vordergrund. Bei seinem Aufenthalte in Berlin vereinbarte Gortschakow mit Bismarck und Andrassy eine neue Note, vom 13. Mai 1876. Frankreich und Italien stimmten ihr zu. England jedoch lehnte wegen der beigefügten Drohung mit wirksameren Maßregeln für den Fall der Erfolglosigkeit den Beitritt ab; es entsendete vielmehr seine Flotte in die Bessikabai, veranlaßte aber gerade durch diese Herausforderung Rußland, seinerseits schärfer aufzutreten. Nachdem Kaiser Alexander II. in Warschau mit dem Abgesandten des deutschen Kaisers, Manteuffel, verhandelt und ebenfalls in Berlin einen Besuch abgestattet hatte, begab er sich in Gortschakows Begleitung nach Reichstadt zu einer Zusammenkunft mit Kaiser Franz Josef und Andrassy, 8. Juli. Beide Herrscher kamen hier überein, zunächst an der Nichteinmischung festzuhalten, im übrigen sich von Fall zu Fall zu verständigen. Komme es zum Kriege, so verpflichtete sich Oesterreich zu einer wohlwollenden Neutralität; als Preis dafür gestand Rußland zu, daß Oesterreich zur Sicherung der Ruhe an seiner Grenze Bosnien und die Herzegowina okkupiere. Abmachungen, die, ohne Teilnahme und selbst ohne Vorwissen der deutschen Regierung getroffen, dann im Jahre 1877 zu Wien die Gestalt eines formellen Vertrags erhielten. Ehe jedoch jenes sogenannte Berliner Memorandum der Pforte übergeben wurde, führte in Konstantinopel der allgemeine Unwille mit der Regierung, vielleicht nicht ohne heimliche Begünstigung durch den englischen Botschafter Elliot, eine plötzliche Katastrophe herbei. Am 10. Mai erzwangen etliche tausend Sofftas durch eine imposante Demonstration die Absetzung des russisch gesinnten Großwesirs Mahmud Pascha sowie des Scheich-ul-Islam und die Ersetzung des ersteren durch Mehemmed-Rudschid-Pascha. Die Führer der Bewegung leitete die Hoffnung, das hinsiechende Reich durch Reformen wieder lebensfähig zu machen; sie kamen aber bald zu der Einsicht, daß dieses Ziel mit dem gegenwärtigen Sultan nicht zu erreichen sei. Unter Zustimmung des neuen Scheich-ul-Islam wurde der unfähige Abdul-Aziz am 30. Mai entthront und sein Nefte, der älteste Sohn des 1861 gestorbenen Abdul Medschid, als Murad V. ausgerufen. Der Entthronte fand am 4. Juni einen gewaltsamen Tod; man erfuhr, er habe sich mit einer Schere die Pulsader geöffnet. Der neue Sultan ernannte Midhad Pascha, das Haupt der Reformpartei, zum Präsidenten des Staatsrats, der nun ohne Verzug die Beratung einer Verfassung begann. Doch hatte diese Palastrevolution noch ein blutiges Nachspiel. Am 15. Juni drang ein tscherkessischer Offizier in den Ministerrat und streckte den Kriegsminister Hussain-Uvni-Pascha, Midhads Gegner, nebst dem Minister des auswärtigen Reschid Pascha durch Pistolenschüsse nieder. Schließlich wurde der infolge des Haremlebens an Leib und Seele gelähmte Murad V. am



31. August ebenfalls abgesetzt und sein Bruder Abdul Hamid II. auf den Thron erhoben.



Abdul-Hamid II. Nach Photographie.

Unterdess hatten Serbien und Montenegro, seitdem die Bosnier den Milan Obrenowitsch, die Herzegowiner den Nikolaus von Montenegro zu ihren

Fürsten ausgerufen, außer Stande, die Kampfbegierde der Bevölkerung länger zu zügeln, den Waffengang begonnen. Am 2. Juli kündigten beide der Pforte förmlich den Krieg an, der ihnen die völlige Unabhängigkeit vom türkischen Joche erwerben sollte. Unter dem Schein von Sanitätszügen langten in Belgrad ganze Kolonnen russischer Soldaten und Offiziere an in einer mit dem Völkerrecht schwer vereinbaren Zahl; es konnten aus ihnen zwei Brigaden gebildet werden. Die Montenegriner fielen in der Herzegowina und dem nördlichen Albanien ein; gleichzeitig überschritten die Serben unter dem Oberbefehl des russischen Generals Tschernajew die türkische Grenze. Aber der tür-



Fürst Nikolaus von Montenegro.

lische Oberbefehlshaber Abdul Kerim zwang ihn sehr bald, wieder den Rückweg zu suchen. In neun-tägigen hartnäckigen Kämpfen, vom 9.—27. August, maß er sich mit ihm an der Morawa und faßte auf ihrem linken Ufer Fuß. Die Offensive der Serben war völlig gescheitert. Auch jetzt noch quälte sich die englische Diplomatie um eine Vermittelung, welche das bewaffnete Eingreifen Rußlands verhindern sollte, aber nach ihren Waffen-erfolgen war die Pforte schwerhöriger

denn je; sie verwarf die dargebotenen Friedensbedingungen, wollte von Zugeständnissen an die insurgierten Provinzen überhaupt nichts wissen, statt ihrer verhieß sie das kaum Glaubliche, eine Verfassung für das ganze Reich mit einem Zentralparlamente. Die Verhandlungen zerschlugen sich und am 19. Oktober begannen die Feindseligkeiten von neuem; für die Serben mit keinem besseren Erfolge. Während die Montenegriner die Festung Medun zur Übergabe zwangen (21. Oktober), durchbrach Abdul Kerim am 30. durch die Erstürmung von Djunis der ersten Linie und besetzte Alexinaß. Das Thal der Morawa lag offen vor dem Sieger; die überall geschlagenen Milizen leisteten keinen ernstlichen Widerstand mehr.

Am nämlichen Tage noch traf in Livadien bei Kaiser Alexander der





Abdul-Kerim. Nach Photographie.

telegraphische Hilferuf Serbiens ein. Bereits am folgenden übergab Ignatiew in Konstantinopel das russische Ultimatum; es kündigte der Pforte, wenn sie

nicht binnen 48 Stunden einen Waffenstillstand von sechs Wochen bis zwei Monaten annehme und unverweilt die militärische Aktion auf allen Punkten einstelle, den Abbruch der diplomatischen Beziehungen an. Zu ihrem Glück hatte die Pforte eben schon dem Drängen der übrigen Mächte nachgegeben und in einen zweimonatlichen Waffenstillstand gewilligt; es blieb ihr also wenigstens die Demütigung erspart, sich Rußlands Machtgebot fügen zu müssen. Serbien war gerettet. So gewann die Diplomatie einigen freien Spielraum, aber sie stieß alsbald auf einen Mangel an Übereinstimmung bei den Nächstbetheiligten, den sie nicht zu überwinden vermochte. In einer Unterredung mit dem englischen Botschafter Lord Loftus zu Livadia am 2. November sprach sich Kaiser Alexander dahin aus: „sei Europa gesonnen, sich die wiederholten Zurückweisungen seitens der Pforte gefallen zu lassen, so könne er das nicht länger mit der Ehre, der Würde und den Interessen Rußlands vereinbaren. Er wünsche sehnlichst, sich nicht von dem europäischen Konzert zu trennen, aber der jetzige Stand der Dinge sei unerträglich und könne nicht länger fort-dauern, und sei Europa nicht bereit, mit Festigkeit und Thatkraft zu handeln, so müsse er es allein thun. Er verpfände sein heiliges Ehrenwort, daß er nicht die Absicht habe, Konstantinopel zu erwerben, und daß, wenn die Umstände ihn zur Besetzung eines Theils von Bulgarien nötigen sollten, das nur vorläufig geschehen solle.“ Dem englischen Premier Lord Beaconsfield klangen aber diese Versicherungen doch nicht beruhigend genug. Auf dem Lord-majorbankett am 9. nahm er den Mund gewaltig voll: es gäbe kein Land, das dank der Uner schöpfslichkeit seiner Hilfsquellen für den Krieg so gut vorbereitet sei wie England, trotz seiner friedlichen Absichten; lasse es sich auf einen Feldzug ein, so werde es ihn nicht eher endigen, als bis Gerechtigkeit geübt sei. Dieses Säbelgerassel machte jedoch statt des beabsichtigten eher den entgegengesetzten Eindruck. Schon tags darauf erteilte der Zar in einer Ansprache an die Vertreter des Adels und der Stadtgemeinde von Moskau die Antwort: „Seien die Garantien, welche die Vollführung dessen, was Rußland mit Recht von der Pforte verlangen könne, nicht zu erlangen, und komme es zu keiner allgemeinen Übereinstimmung zwischen den Mächten, so habe er die feste Absicht, selbständig zu handeln.“ Am 13. erließ er angesichts des Bestrebens der Pforte, den Heerbann des muhamedanischen Asiens und Afrikas aufzubieten und durch diese Masse die christlichen Provinzen zu erdrücken, den Befehl zur Mobilisierung von sechs Armeekorps und ernannte seinen Bruder Nikolaus zum Oberbefehlshaber der aus ihnen gebildeten Süddarmee. Am 18. wurde eine Nationalanleihe von 100 Millionen Rubel ausgeschrieben und Gortschakow erinnerte die englische Regierung an die Notwendigkeit, die Unabhängigkeit und Integrität der Türkei denjenigen Garantien unterzuordnen, welche das Gefühl des christlichen Europas und die allgemeine Ruhe erheische.

Englands Bemühungen richteten sich vornehmlich darauf, eine Gesandtenkonferenz in Konstantinopel zu stande zu bringen, durch welche den Beschwerden der Aufständischen Abhilfe geschafft würde, und nachdem Rußland in die Teil-



nahme der Pforte daran gewilligt, eine Vorkonferenz die Grundlagen für die Verhandlung ausfindig gemacht hatte, konnte die eigentliche Konferenz am 23. Dezember eröffnet werden. Um der Pforte handgreiflich zu zeigen, daß sie nur dann auf Englands Beistand zählen dürfe, wenn sie den Forderungen der Großmächte keinen Widerstand leiste, verließ die englische Flotte die Besikabai und ging nach Athen. Gleichzeitig aber mit der Eröffnung der Konferenz erfolgte die feierliche Verkündung der neuen türkischen Verfassung, deren Haupturheber der am 19. zum Großwesir ernannte Midhat Pascha war. Indem sie ein Füllhorn konstitutioneller Rechte und Freiheiten, wie sie kaum der fortgeschrittenste europäische Staat besaß, über dieses Land der Unkultur ausschüttete, sollte sie die Reformforderungen der Großmächte überbieten und gegenstandslos machen. Das Gaukelspiel war zu plump, um irgend wen zu täuschen. Es



Midhat Pascha. Nach Photographie.

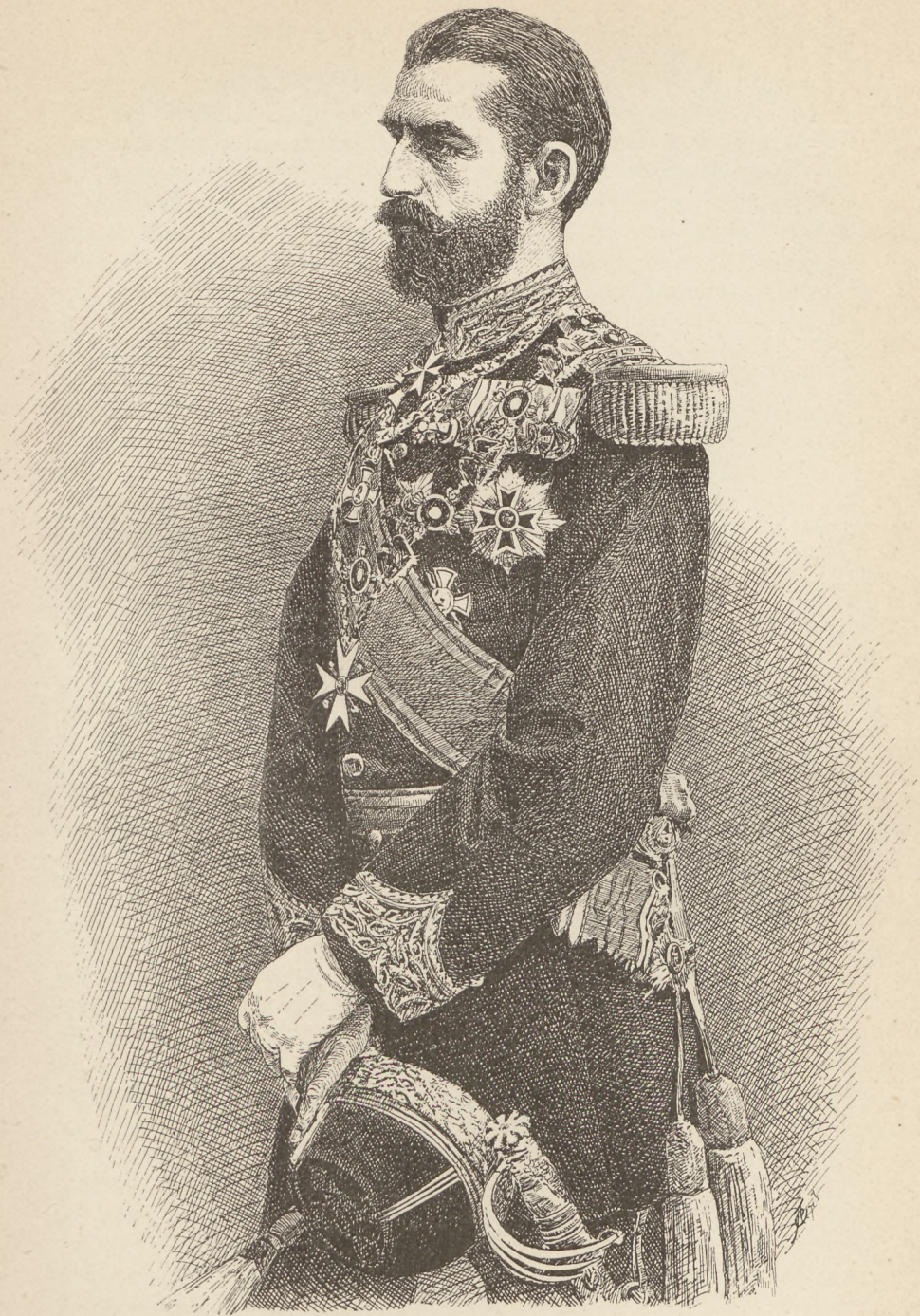
währte auch nicht lange. Midhat war seinem Gebieter bald unbequem geworden; schon am 5. Februar 1877 wurde er abgesetzt und nach Asien verbannt, dann als Mitschuldiger an Abdul Uziz' Ermordung zum Tode verurteilt, aber zu lebenslänglicher Haft in Taif bei Mekka begnadigt, wo er im Mai 1884 starb. Seine Schöpfung, das türkische Parlament, trat zwar vom 19. März bis 28. Juni in Thätigkeit, außer dem Gesetz über die innere Zwangsanleihe, die nach dem Mißlingen einer englischen Anleihe notwendig geworden war, brachte es jedoch nicht das Geringste zu stande. Seine zweite Session, vom 13. Dezember 1877 an, verlief ganz ergebnislos und durch seine Klagen und Vorwürfe über die schlechte Kriegsführung machte es sich der Regierung

so lästig, daß es am 14. Februar 1878 auf Rimmerwiedersehen vertagt wurde, und damit hatte der ganze Verfassungsschwindel ausgespielt.

Das deutsche Reich war an der orientalischen Frage nicht unmittelbar beteiligt, um so einfacher daher die ihm vorgezeichnete Politik. Bismarck versicherte dem Reichstage, er werde zu irgend welcher aktiven Beteiligung Deutschlands nicht raten, solange in dem ganzen Streite für Deutschland kein Interesse in Frage stehe, welches auch nur die gesunden Knochen eines einzigen pommerischen Musketiers wert sei. Insofern es auf die Sicherstellung der christlichen Unterthanen der Pforte ankam gegen eine Behandlung, die sich mit den heutigen Rechtszuständen in Europa nicht vertrug, hatte er mit Rußland denselben Zweck; außerdem wirkte er dahin, daß womöglich die guten Beziehungen, in denen Deutschland zu den drei nächstbeteiligten Mächten stand, ungetrübt oder doch möglichst ungetrübt aus dieser Krisis hervorgehen möchten. „Jedenfalls,“ sagte er, „wird unser Bestreben dahin gerichtet sein, in erster Linie, daß wir uns den Frieden und die Freundschaft mit unseren bisherigen Freunden bewahren, in zweiter Linie werden wir, soweit es durch freundschaftliche, von allen Seiten bereitwillig angenommene Vermittelung möglich ist, aber unter absolutem Ausschluß jeder drohenden Haltung von unserer Seite, uns bestreben, den Frieden unter den europäischen Mächten unter sich nach Möglichkeit zu erhalten, d. h. also den Krieg, wenn er im Orient ausbrechen sollte, nach Möglichkeit zu lokalisieren.“ Dieser vorausgesehene Fall ließ nicht lange auf sich warten. Denn von den der Pforte vorzulegenden Forderungen, über welche sich die Vertreter der Konferenz geeinigt hatten, wurden gerade die beiden wichtigsten, Ernennung von Gouverneuren in den christlichen Provinzen auf fünf Jahre unter Zustimmung der Großmächte und Einsetzung einer internationalen Aufsichtskommission, von dem großen Divan einstimmig unter dem Rufe „lieber Tod als Entehrung!“ abgelehnt. Am 20. Januar 1877 ging die Konferenz ergebnislos auseinander. Nach mehr als einjährigen Anstrengungen war die Diplomatie so weit wie vorher.

Die Pforte war sich des Ernstes der Lage wohl bewußt. Um sich die Hände gegen den Hauptfeind frei zu machen, eilte sie mit Serbien auf den Stand vor dem Kriege Frieden zu schließen (1. März). Mit Montenegro zerschlugen sich die Verhandlungen an dessen übermäßigen Forderungen. Auch Rußland sah den Krieg als unvermeidlich an, gab aber die Hoffnung noch nicht auf, ihn als Mandatar Europas zu führen. Ignatiew begab sich zu diesem Ende nach Paris und London. Das am 31. März von den Mächten unterzeichnete Londoner Protokoll wiederholte in einer besonders durch Englands Einfluß etwas gemilderten Form die früheren Forderungen. Als aber die Pforte auch diese als mit der Würde und Unabhängigkeit des Sultans unvereinbar unbedingt verwarf, beschloß am 13. April ein großer Kriegsrat zu Petersburg ohne weitere Rücksicht auf die übrigen Mächte die Mobilisierung der ganzen russischen Armee. England ließ sich vorderhand durch die Zusage beschwichtigen, daß seine Interessen, soweit sie den Suezkanal, Kon-



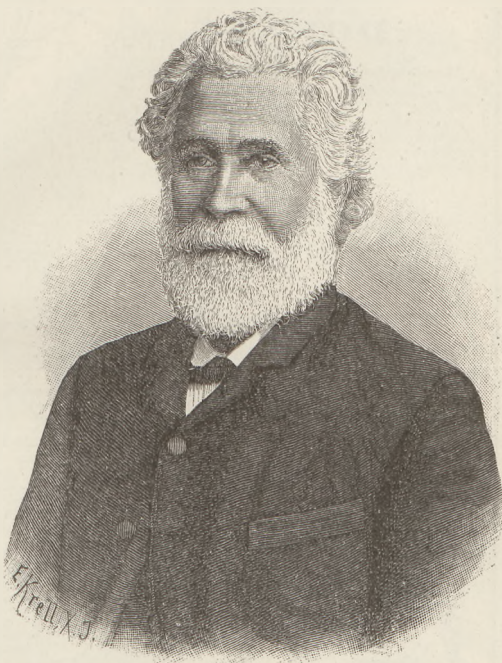


König Karl I. von Rumänien.  
Nach Photographie.





stantinopel, sowie die Schiffahrt auf der Donau und durch die Dardanellen betrafen, unangetastet bleiben sollten. Kaiser Alexander reiste in das Hauptquartier nach Rischenev und kündigte von dort aus der russischen Nation die Notwendigkeit des Krieges an. Am 24. wurde die russische Kriegserklärung in Konstantinopel übergeben; an demselben Tage überschritten die Russen die Grenze Rumäniens. Die türkische Streitmacht mochte sich anfangs alles in allem und die Irregulären eingerechnet, auf 310 000 Mann belaufen; davon blieben nach Abzug der gegen Montenegro, zur Beobachtung Serbiens und Griechenlands notwendigen Truppen, sowie der Festungsbesatzungen zur Verwendung im freien Felde nur 110 000, die jedoch rasch vermehrt wurden. Doch aber traf sie der Krieg infolge des vorjährigen Feldzuges gegen Serbien und Montenegro besser vorbereitet als die Russen, deren 1863 begonnene Reorganisation noch nicht vollendet war. Auf russischer Seite sprach für eine Operation auf zwei getrennten Kriegstheatern, in Europa und in Asien, nicht bloß die Aussicht, den Feind dadurch zur Teilung seiner Kräfte zu zwingen, sondern auch die Unthunlichkeit, bei der Gefinnung der Kaukasusvölker die dortige Gegend von Truppen zu entblößen. Um in Europa den Krieg mit der Türkei zu führen, war es für Rußland unerlässlich, sich mit Rumänien zu verständigen, denn durch dieses ging der Weg nach der Donau. Fürst von Rumänien war seit 1866 Karl von Hohenzollern, der seiner ganzen Kraft und Einsicht bedurfte, um sich gegen die Anfeindungen der extremen Partei zu behaupten und das Land vorwärts zu bringen. Zwischen beide kriegsführenden Mächte eingeklemmt, befand sich das Fürstentum in schlimmer Lage. Je näher der Krieg rückte, desto energischer hatte Bratianu, der im August 1876 als Führer der Liberalen die Ministerpräsidentenschaft übernommen hatte, die Rüstungen betrieben. Da die Pforte die auf Anerkennung der Unabhängigkeit hinauslaufenden Forderungen des Fürsten zurückwies, wandte er sich, ohne weiter auf seine Vasallenpflicht Rücksicht zu nehmen, an Rußland



Bratianu. Nach Photographie.



und schloß am 16. April 1877 mit diesem einen Vertrag, durch welchen der russischen Armee freier Durchzug durch Rumänien gestattet wurde. Es mußte seine gesamten Verkehrsmittel zur unbeschränkten Verfügung der russischen Militärbehörden stellen und die Auslagen für den Unterhalt der russischen Truppen übernehmen. Es war ein kleiner Vorgeschmack davon, was russische



Freundschaft für einen Schwächeren bedeute. Das rumänische Heer wurde auf Kriegsfuß gesetzt und in Konstantinopel die Erklärung abgegeben, einem etwaigen Einmarsche türkischer Truppen werde mit bewaffneter Hand entgegengetreten werden. Am 21. Mai sprachen die Kammern die Unabhängigkeit des Fürstentums aus.

Nachdem ein russisches Korps bereits am 22. Juni bei Galatz über die Donau gegangen war, von wo aus es sich der Dobrudscha bemächtigte, führte

die Hauptarmee ihren Übergang am 27. bei Sinniza unterhalb Nikopolis aus und nahm Siftowa, von den Bulgaren als Befreier begrüßt. Die türkische Donauflotte sah sich durch die feindlichen Uferbatterien und durch eine Doppelreihe von Torpedos, welche ohne Rücksicht auf die Proteste der internationalen

KARTE DER UMGEGEND VON PLEWNA.



C. Opitz, Geogr.-artist. Anstalt, Leipzig-Neust.

Maßstab 1:200 000.  
Kilometer

G. Grote'sche Verlagsbuchhandlung, Berlin.

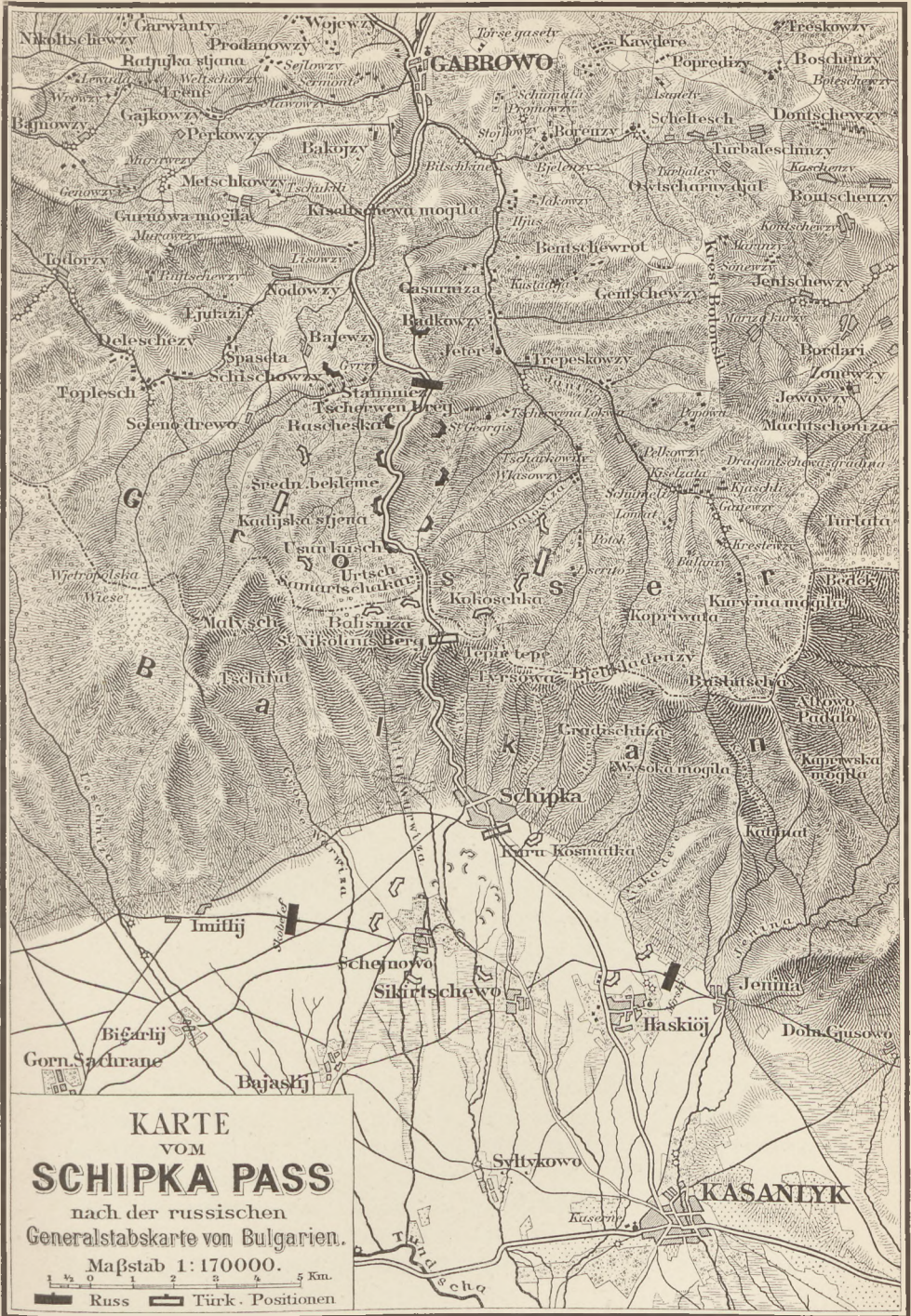
Donaukommission bei Ismail den Strom sperrete, außer Verwendung gesetzt. Auf diese Weise begann ein Feldzug, in welchem die Strategie beider Teile bei gleicher Tapferkeit der Truppen zu wetteifern schien, welche von ihnen die größten Fehler zu begehen vermöge. Während die Russen ein Korps zur Belagerung von Nikopolis zurückließen, das am 16. Juli kapitulierte, setzten sich zwei andere gegen die türkische Hauptmacht in Bewegung, welche unter



dem Serdar Abdul Kerim auf einer 400 Kilometer langen, der Donau parallel laufenden Linie verzettelt stand und darum nirgends wirksamen Widerstand leisten konnte. Ein viertes unter General Gurko bemächtigte sich am 18.—19. Juli nach kurzem Kampfe und mit geringem Verluste des Schipkapasses, der, eine breite flache Einsenkung in den Gebirgskamm bildend, nach Rasanlik führt. Vier Wochen nach Eröffnung des Feldzugs waren die zwei Hauptverteidigungslinien der Türken, Donau und Balkan, genommen. Gurkos Vortruppen verbreiteten Schrecken und Flucht bis nach Adrianopel.

Da aber erfolgte ein ganz plötzlicher, von niemandem geahnter Umschlag. Aus Montenegro zurückberufen, war Suleiman Pascha von Antivari auf dem Seewege angelangt, hatte sich mit der bei Adrianopel in Bildung begriffenen Reservearmee vereinigt und legte sich mit vierzig Bataillonen quer vor den Ausgang des Schipkapasses. Mit knapper Not entging Gurko einer Katastrophe; er wich schleunigst zurück, ließ in dem Dorfe Schipka nur drei Bataillone stehen, mit den übrigen zog er sich hinter die Kammhöhe zurück, die er besetzte. Noch viel Schlimmeres drohte den Russen in Bulgarien. Wie vom Himmel gefallen stand plötzlich Osman Pascha am 19. Juli mit 25 000 Mann in Plewna. Eine unbegreifliche Unvorsichtigkeit des russischen Oberkommandos hatte es ihm ermöglicht, diesen nur drei Tagemärsche von der russischen Donaubrücke entfernten Punkt unbemerkt zu erreichen und sich dort festzusetzen. In höchster Bestürzung suchten die Russen ihn zu vertreiben, aber die Division Schilder=Schuldner holte sich dabei, 20. Juli, nur blutige Köpfe, ein zweiter Angriff, den am 30. General Krüdener mit verstärkten Kräften unternahm, wurde bei Bulgarenî ebenfalls zurückgeschlagen, nur der Mangel an Kavallerie und Artillerie hinderte den Sieger an kräftiger Ausnutzung seiner Erfolge. Scharen von Flüchtlingen setzten, da die Brücke gesperrt war, auf Rähnen über den Strom und verbreiteten Angst und Schrecken auf dem linken Ufer. Der muhamedanischen Bevölkerung bemächtigte sich eine tiefgehende Bewegung, ihre fatalistische Apathie schlug zu fanatischer Opferfreudigkeit um. Die öffentliche Meinung äußerte sich so stürmisch, daß sowohl der Serdar als auch der bisher allmächtige Seraskier Redif Pascha entsetzt werden mußten. An des ersteren Stelle berief der Sultan den bisherigen Befehlshaber der Truppen in Albanien Mehemed=Ali=Pascha, einen Renegaten (Karl Detroit aus Preußen). Anfang August waren die Türken ihren Gegnern an Zahl mindestens gleich, wenn nicht überlegen. Warum jetzt Suleiman, statt über den offenstehenden Iwardiskapaf nach Bulgarien zu marschieren, sich dort mit Mehemed Ali und Osman zu vereinigen und die bedrängten, von ihrer einzigen Rückzugslinie schon halb abgeschnittenen Russen in die Donau zu werfen, sich darauf versteifte, den Übergang über den Schipkapaf zu erzwingen, bleibt ein ungelöstes Rätsel. Mit doppelter Übermacht griff er dort Gurkos Vorhut unter General Kadeky an; vom 19. bis 25. August wurde von beiden Seiten mit Aufbietung







der letzten Kräfte gestritten, bis nach fünfmaligem Austurm die Erschöpfung den Pascha abzustehen zwang. Er beschränkte sich darauf, die Russen am Vordringen nach Rumelien zu verhindern. Dieser Eigensinn Suleimans kostete den Türken den Feldzug.



Osman Pascha. Nach Photographie.

Zu spät erkannten die Russen, daß sie die Widerstandskraft des kranken Mannes unterschätzt hatten. Neue Armeekorps wurden mit möglichster Beschleunigung aus dem Inneren des Landes herbeigerufen, ja die Bedrängnis zwang, auch dem Wunsche der bisher absichtlich ferngehaltenen Rumänen nach aktiver Teilnahme an den Operationen zu entsprechen. Sie wurden über die Donau gezogen, Fürst Karl übernahm den Oberbefehl über die Belagerungsarmee vor Plewna. Nachdem die Russen am 3. September Lovtische erstürmt hatten, beteiligten sich seine jungen Truppen vom 6.—11. an dem Angriff

mit einem Ungeßüm und einer Energie, welche sie ihren Bundesgenossen vollkommen ebenbürtig machten; aber durch einen Gegenstoß der Türken gingen tags darauf die vom General Sköbelew gewonnenen Vorteile wieder verloren. Der sechstägige Kampf hatte den Angreifern beinahe 13 000 Mann gekostet; ein Glück für sie, daß sich Osman unbeweglich in der Defensiv hielt. Es stellte sich die Unmöglichkeit heraus, Plewna mittelst Gewaltangriffs zu nehmen, selbst zu einer wirksamen Zernierung war die russisch-rumänische Armee zu schwach; man mußte sich auf Beobachtung beschränken. Es trat damit vor Plewna eine Pause ein, welche erst unterbrochen wurde, als Anfang November ein Teil der Garden und des Geniecorps eintraf und nunmehr die Zernierung ausgeführt werden konnte. Auch Mehemed Ali operierte von Schumla aus zwischen Tom und Jantra anfangs nicht ohne Glück gegen die Armee des Großfürsten-Thronfolger, als er aber dessen Stellung bei Tscherkowa angriff, erlitt er eine empfindliche Schlappe. Nachdem an seiner Statt Suleiman den Oberbefehl über die bulgarische Armee übernommen hatte, zog sich hier der Krieg mit wechselndem Glück bis zu Ende des Jahres hin. Die von den Türken an eine Offensive Osmans, Suleimans und Mehemed Alis geknüpften Hoffnungen waren zwar, weil sie nicht gehörig in-einmündung gegangen, aber auf einen Winterfeldzug mußten die Russen sich doch einrichten. Zur Sicherung der Donaubrüden wurden umfassende Maßregeln getroffen.

Eine entscheidende Wendung zu gunsten der Russen trat zuerst auf dem armenischen Schauplatz ein, jedoch auch hier erst nach mancherlei Wechselfällen. Den Oberbefehl führte hier des Kaisers Bruder Großfürst Michael, unter welchem General Boris Melikow, ein Armenier von Geburt, mit der speziellen Leitung der Operationen betraut war. Nach Erstürmung der Festung Ardahan und Überschreitung des Soghanlugebirges schickten sich die Russen zur Belagerung von Kars an, aber auch hier stellte sich heraus, daß sie den Feldzug mit unzureichenden Kräften unternommen hatten. Ein fehlgeschlagener Angriff auf Mukhtar Paschas verschanztes Lager bei Zewin nötigte sie, die Belagerung aufzugeben und den Rückzug anzutreten. Schon erhob sich in Abchasien und Daghestan die muhamedanische Bevölkerung, sie wurde aber bald unterdrückt und nach dem Eintreffen ihrer Verstärkungen gingen die Russen von neuem zum Angriff über. Nachdem sie am 15. Oktober bei Wisinkioi durch Umgehung von Mukhtars rechtem Flügel 8000 Türken zur Waffenstreckung gezwungen hatten, konnten sie die Belagerung von Kars erneuern. Nach fünftägiger Beschießung wurde es am 18. November mit Sturm genommen und dadurch den Russen der Weg nach Erzerum geöffnet. Diese Nachrichten wirkten ermutigend auf das Belagerungsheer von Plewna, das mittlerweile auf 110 000 Mann mit 500 Geschützen gebracht worden war. Auch der ruhmreiche Verteidiger von Sebastopol war auf den Kriegsschauplatz berufen worden, um das Kommando über die Russen, nachher auch das über die Rumänen vor Plewna zu übernehmen; auf seinen Rat wurde



das System des Stürmens aufgegeben und eine regelrechte Blockade eingeleitet. Durch die glücklichen Gefechte der unter Gurko neugebildeten Westarmee



Großfürst Michael Nikolajewitsch in Tschertsejemuniform.

gegen die bei Gornje Dubnjak und bei Delisch verschanzten Türken am 24. und 28. Oktober wurde Osmana's letzte Verbindung nach außen, die mit Sofia, durchschnitten. Um wenigstens etwas zur Rettung der Ein-

geschlossenen zu thun, machte Suleiman am 4. Dezember einen Vorstoß gegen den rechten Flügel der Russen bei Elena und warf ihn mit seiner vierfachen Übermacht zurück, etwas Weiteres wagte er aber nicht, und Keuf Pascha, der nach dessen Abberufung nach Bulgarien die Armee südlich vom Balkan befehligte, suchte so wenig wie jener die Vereinigung mit den in Bulgarien kämpfenden Armeen durch Überschreitung des Gebirges auf einem der östlichen oder westlichen Pässe, sondern ebenfalls durch einen reinen Frontalangriff mittelst Durchbruch durch die mittlerweile noch bedeutend verstärkten Stellungen Radežky's im Schiplapaß, und mit ebensowenig Erfolg. Obgleich anfs Äußerste gebracht, wies der ‚Löwe von Plewna‘ die Aufforderung zur Übergabe standhaft zurück; nachdem sein letzter Bissen Brot verzehrt war, versuchte er am 10. Dezember sich durchzuschlagen; nach einem mörderischen Kampfe, in welchem er selbst verwundet wurde, mußte er sich nach 143tägiger Belagerung mit 40 000 Mann bedingungslos ergeben. Unmittelbar darauf, am 14. Dezember, erließ auch Serbien seine Kriegserklärung an die Pforte. Unter Fürst Milans persönlichem Oberbefehl überschritten die Serben die Grenze und wendeten sich zur Belagerung von Widdin. Fürst Nikolaus von Montenegro hatte unterdes die Abberufung Suleimans benützt, um die Festung Nikšić zu bezwingen, hatte dann den nördlichen Küstenstrich Albaniens, den Hafen Spizza und die Festung Antivari besetzt, Dulcigno erstürmt und die Bojane überschritten, um auch Skutari zu nehmen.

Nun erst, nach dem Falle von Plewna, konnte Gurko wieder an den Angriff auf den Balkan denken. Diesmal wählte er als Übergangspunkt den westlichen oder Tropopol-Balkan. Sein Plan, die feindliche Stellung von zwei Seiten zu umgehen und durch Vereinigung der beiden Umgehungscolonnen am Südfuße des Gebirges den umzingelten Feind zur Waffenstreckung zu nötigen, gelang auf das Vollständigste. Auf die Nachricht von Gurkos gelungenem Übergange setzte sich auch Radežky gegen den Schiplapaß in Bewegung und erzwang dessen Öffnung; eine zweite Kolonne seines Korps unter Fürst Mirski führte den Übergang etwas östlicher, von Trawna auf Selzi und Sjuszewo aus und reichte der ersteren bei Scheinowa und dem Dorfe Schipka die Hand. Unbeschreibliche Drangsale hatten die Truppen auf diesen Märschen zu erdulden bei grimmiger Kälte, bis zu 30°, und heftigem Schneesturm, auf bald spiegelglatt gefrorenen, bald zwei Meter tief verschneiten Steilwegen, die erst gangbar gemacht werden mußten, so daß zur Zurücklegung von sechzehn Kilometern sechs Tage gebraucht wurden. In einer Nacht erfroren 53 Mann, 830 erhielten erfrorene Gliedmaßen. Die auf dem Schiplapaß stehende 24. Division wurde durch die Kälte fast ganz aufgerieben. Dafür war aber auch das Ergebnis dieser vom 5. bis 9. Januar durchgeführten Operation ein entscheidendes. Die Türken, welche die Saumpfade auf ihren beiden Flanken in dieser Jahreszeit für ganz undurchschreitbar gehalten hatten, sahen sich umgangen. Nach neunstündigem Kampfe waren 15 000 von ihnen gefangen, 15 000 streckten die Waffen; die Gesamtzahl der von Radežky ge-





Kaiser Alexander II. von Rußland mit seinem Stabe vor Plewna während der Belagerung.

Nach dem Gemälde von A. W. Wersichitschagin.





machten Gefangenen erreichte 32 000 mit 103 Geschützen. Der andere Teil von Suleimans Armee unter Fuad Pascha wurde in das unwegsame Despotogebirge gedrängt. Am 19. besetzten die Russen Adrianopel; der Weg nach Konstantinopel lag offen vor ihnen. Am 29. erreichten ihre Spitzen Tschorlu und Rodosto am Schwarzen Meere. Ein panischer Schrecken besiel die Hauptstadt; der Sultan bereitete sich zur Flucht nach Brussa. Für die Türkenherrschaft auf der Balkanhalbinsel schien die letzte Stunde geschlagen zu haben; die Pforte hatte keine nennenswerte Armee mehr.

In dieser äußersten Bedrängnis wendete sie sich an die Großmächte, deren Vorschläge sie vor Jahresfrist so schroff zurückgewiesen hatte. Die Antworten fielen ablehnend aus; nur bei England fand sie Gehör, das schon während des Kriegs auf eine schnelle Beendigung desselben und auf Mäßigung der



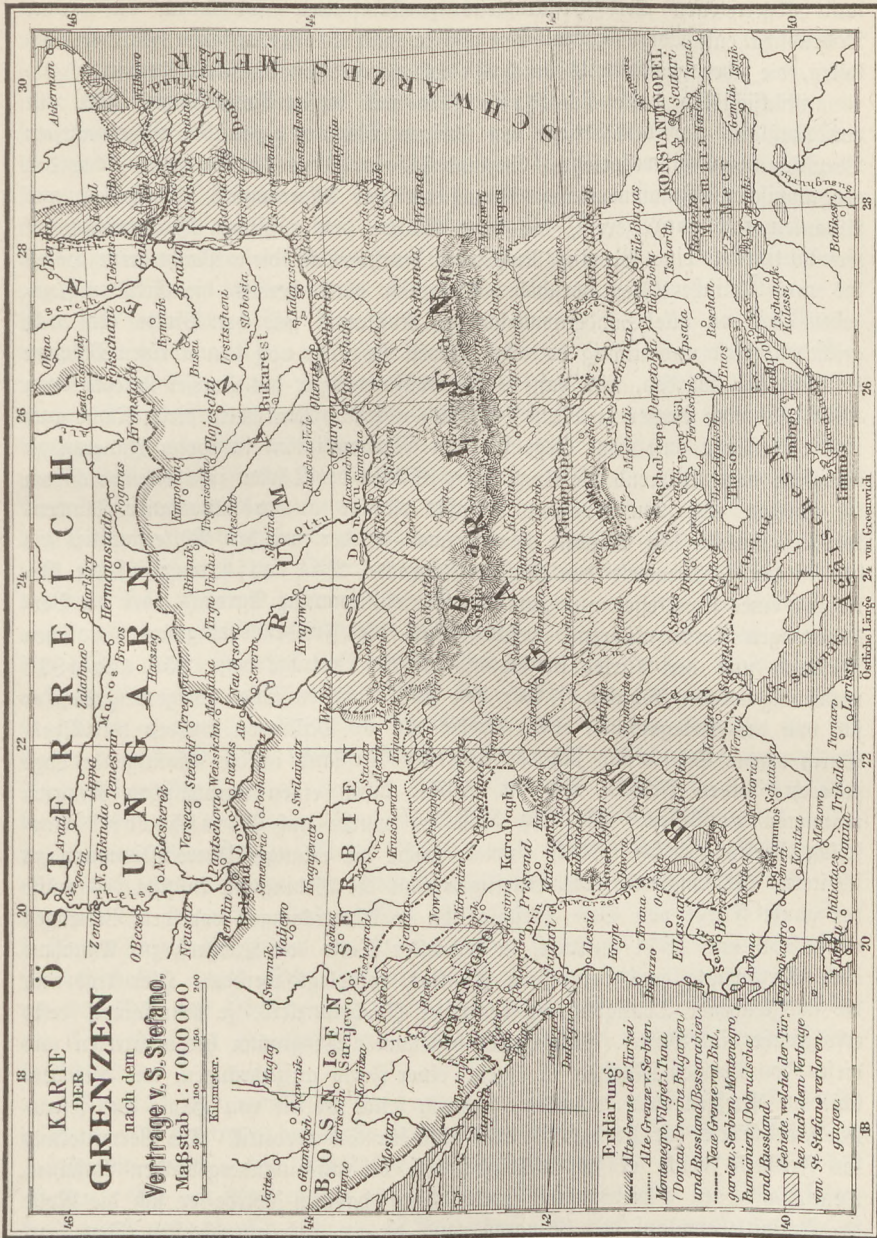
Suleiman Pascha. Nach Photographie.

Friedensbedingungen hinzuwirken gesucht hatte. Die Königin Viktoria verwendete sich bei dem Zaren für beschleunigten Abschluß eines Waffenstillstandes und Friedens, und erhielt eine zusagende Antwort, vorausgesetzt, daß die Pforte sich direkt an Rußland wende. Am 31. Januar wurde im Hauptquartier des Großfürsten Nikolaus zu Adrianopel ein Waffenstillstand und Vorfriede unterzeichnet, welche den ganzen Norden der Türkei bis zur Linie Derfoss-Tschekmedsche in den Händen der Russen ließen. Die übrigen Feinde der Türkei blieben unter den Waffen. Die Rumänen nötigten am 24. Februar Wididin zur Übergabe; die Serben nahmen Nisch und andere Städte, die



Montenegriner bedrohten Skutari, in Macedonien und Thessalien ausbrechende Aufstände riefen verspätet auch Griechenland auf den Schauplatz. Die vorsichtige Zurückhaltung, welche in Athen das Ministerium Komunduros beim Ausbruch der orientalischen Krisis beobachtete, hatte die Pforte selbst, indem sie in Thessalien zur Niederhaltung der dortigen Hellenen 800 tscherkessische Familien ansiedelte, auf eine allzuharte Probe gestellt. Mißhandlungen und Grenzüberschreitungen kamen vor. Das Ministerium protestierte und verwahrte in einer Denkschrift an die Großmächte das Recht der hellenischen Nation auf Vereinigung der griechischen Gebietsteile der Türkei mit dem Königreiche; nur Lord Beaconsfields Drohung mit einer englischen Landung im Piräeus hemmte die Versuchung zum Einmarsch in Thessalien. Aber ein nengebildetes Koalitionsministerium führte ihn, obgleich mittlerweile der Waffenstillstand geschlossen worden war, dennoch aus. Am 7. Februar drang General Suvo mit 12 000 Mann in Thessalien und Epirus ein. Allein die Großmächte hatten keine Lust, von diesem Kleinstaate ihre Zirkel stören zu lassen; auf ihr energisches Gebot mußten sie am 7. wieder umkehren.

Inzwischen hatten die Russen dem Waffenstillstande zum Troß ihre Truppen mehr und mehr gegen Konstantinopel vorgeschoben. Da aber raffte sich jetzt England auf, nicht mehr um mit Fürsprache und Verwendung den Sieger milder zu stimmen, sondern um durch Drohung und Verbot ihm in den Arm zu fallen. Das Parlament wurde schleunigst einberufen, um sechs Millionen Pfund zu außerordentlichen Rüstungen zu bewilligen, die englische Flotte fuhr trotz des wohl nicht ernst gemeinten Protestes der Pforte durch die Dardanellen mit der Weisung, Truppen zu landen, falls die Russen Konstantinopel besetzen sollten, die Reserven wurden einberufen, indische Truppen nach dem Mittelmeer eingeschifft, Lord Napier of Magdala zum Oberbefehlshaber eines Expeditionskorps ernannt. Lord Derby, mit diesen Maßregeln nicht einverstanden, trat aus dem Ministerium und erhielt Lord Salisbury zum Nachfolger. Wohl hätte Rußland nach den ungeheuern Opfern, welche der Krieg ihm gekostet hatte, beanspruchen können, seine Friedensrechnung mit der Türkei ebenso ausschließlich abzumachen wie Deutschland 1871 mit Frankreich. Kurzsichtig beging aber sein mit fast unumschränkter Vollmacht versehener Unterhändler, General Ignatiew, den Fehler, der Pforte einen Frieden aufzuerlegen, der nur durch einen neuen Krieg mit anderen europäischen Mächten, namentlich mit England und Oesterreich, durchzuführen gewesen wäre, durch einen Krieg, zu dem sich Rußland nach den eben überstandenen Anstrengungen zu schwach fühlte. Der am 3. März 1878 zu San Stefano unterzeichnete Friede schuf ein von der Donau bis zum Ägäischen Meere auf 3000 Quadratmeilen mit fünf Millionen Einwohnern erweitertes autonomes aber tributpflichtiges Fürstentum Bulgarien mit christlicher Regierung und nationaler Miliz; es umfaßte also außer dem eigentlichen Bulgarien nicht bloß Ostromelien, sondern auch einen großen, von 400 000 Bulgaren bewohnten Teil Macedoniens. Zwei Jahre lang würde Bulgarien von den Russen be-



C. Grote'sche Verlagsbuchhandlung, Berlin.

C. Opitz, Geogr. anst. d. Stadt. Leipzig. Neustadt.

jetzt bleiben. Serbien, Montenegro und Rumänien sollten unabhängige Staaten, die beiden ersten ebenfalls vergrößert werden, Rumänien den 1856 von Ruß-



land abgetretenen Teil Bessarabiens zurückerstatten und durch die untere Dobrudscha entschädigt werden. Die Pforte zahlte 1410 Millionen Frank Kriegskosten, die aber größtenteils durch Gebietsabtretungen beglichen werden.

Rücksichtslos hatte sich Ignatiew mit diesen Bedingungen über alle von Rußland vor dem Kriege den übrigen Mächten gegenüber eingegangenen Verpflichtungen hinweggesetzt. England sah in diesem Großbulgarien, das den geographischen Zusammenhang Rumeliens mit Mazedonien, Thessalien und Albanien fast ganz zerriß, die letzte Etappe des russischen Vormarsches auf Konstantinopel, eine Provinz Rußlands, durch welche diese Macht seine Häfen bis ans Ägäische Meer vorschob. Oesterreich hatte bereits die Erklärung gegeben, daß es alle Sonderabmachungen Rußlands mit der Pforte als nicht geschehen, null und nichtig betrachte, soweit sie nicht von den übrigen Mächten bestätigt sein würden, und daß es die Bestimmungen des Pariser Friedens von 1856 als noch immer zu Recht bestehend ansehe. Nur hatte diese Macht auch in dieser Frage mit dem Gegensatz der Nationalitäten in ihrem Inneren zu kämpfen; denn während die Ungarn den Siegen der Türken zujubelten, richteten die Tschechen eine von Kieger verfaßte Adresse an das Moskauer Slawenkomitee, welche den Slaven den Primat in der arischen Völkerfamilie und den in der Slawenwelt den Russen zusprach. Andrássy trug auf die Berufung eines Kongresses an, „um die Übereinstimmung Europas über die Veränderungen herbeizuführen, welche durch die Friedensbedingungen zwischen Rußland und der Türkei in Bezug auf die Verträge von 1856 und 1871 notwendig werden könnten.“ Für den Fall einer russischen Weigerung ließ er sich von den Delegationen einen Kredit von 60 Millionen Gulden bewilligen. Durch eigene Schuld sah sich das siegreiche Rußland in die demütigende Lage gebracht, seinen Frieden mit der Türkei durch einen europäischen Kongreß revidieren zu lassen. Als Sitz desselben wurde auf Gortschakows Vorschlag Berlin gewählt. Noch einmal drohte die erlangte Übereinstimmung zu scheitern, als England seine Beteiligung an die Bedingung knüpfte, es müsse der ganze Friede von San Stefano, da er Abweichungen von den Verträgen von 1856 und 1871 enthalte, in formeller Weise dem Kongreß zur Annahme oder Verwerfung jedes einzelnen Punktes vorgelegt werden. Hier trat nun die ausgleichende Thätigkeit des deutschen Reichskanzlers, je behutsamer, desto erfolgreicher ins Mittel. Mit einem bestimmten Programm hervorzutreten und dieses den übrigen Mächten in irgend einer Form aufzudrängen, wie dies verschiedene Preßstimmen forderten, dadurch seine Politik von Hause aus festzulegen, erklärte er für Preßpolitik, aber nicht für Staatspolitik. Die Vermittelung des Friedens denke er sich nicht so, daß bei auseinandergehenden Ansichten Deutschland den Schiedsrichter spiele, denn dadurch würde er sich die Rolle der Vermittelung auf dem Kongreß, auf die er den allerhöchsten Wert lege, fast unmöglich machen, sondern bescheidener so, daß er die eines ehrlichen Maklers spiele, der das Geschäft wirklich zu stande bringen will. „Ich bin nicht der Meinung, daß wir den napoleonischen Weg zu gehen hätten, um,

wenn nicht der Schiedsrichter, auch nur der Schulmeister in Europa sein zu wollen.“ Die Beziehungen Deutschlands zu Oesterreich seien die der Gegenseitigkeit, der vollen Offenheit und des gegenseitigen Vertrauens, und zwar nicht bloß von Regierung zu Regierung, sondern auch vermöge des freundschaftlichen Verhältnisses, das zwischen ihm und Andraffy bestehe. Den größten Nachdruck legte er auf die Nothwendigkeit, die seit hundert Jahren bestehende Freundschaft mit Rußland zu erhalten. „Während des Kongresses“, bekannte er mehrere Jahre später, „habe ich meine Rolle, soweit ich es irgend konnte, ohne Landesinteressen und befreundete Interessen zu verletzen, ungefähr so aufgefaßt, als wenn ich der vierte russische Bevollmächtigte gewesen wäre, ja ich kann fast sagen der dritte, denn den Fürsten Gortschakow kann ich als Bevollmächtigten der damaligen russischen Politik, wie sie durch den wirklichen Vertreter Grafen Schuwalow vertreten war, kaum annehmen. Es ist während der ganzen Kongreßverhandlungen kein russischer Wunsch zu meiner Kenntniß gekommen, den ich nicht befürwortet, ja, den ich nicht durchgeföhrt hätte.“ Aber gerade daß er die Rolle des Schiedsrichters so bestimmt ablebnte, mußte in Petersburg jede Hoffnung benehmen, daß die deutsche Politik durch gewisse in den Hofkreisen vorhandene Sympathien zu einer aktiven Teilnahme für Rußland gegen England und Oesterreich gedrängt werden könne. Die Begründung der von Bennigsen eingebrachten Interpellation und jede der Reden, die an die Antwort des Reichskanzlers anknüpften, ließen erkennen, daß nach der Auffassung aller Parteien die deutsche Konnivenz zu gunsten Rußlands die äußerste Grenze erreicht habe. Selbst der Redner der Konservativen, Graf Bethusy-Suc, der die alten Sympathien der deutschen Dynastie für den Kaiser von Rußland zu teilen erklärte, fügte hinzu: „Wohl aber finden diese Sympathien ihre Grenzen in dem eigenen Interesse unseres deutschen Vaterlandes und in den Sympathien zu anderen befreundeten Stämmen.“ Den fortgesetzten Bemühungen Kaiser Wilhelms und seines Kanzlers gelang es endlich, den Boden für Separatverhandlungen zwischen Rußland und England zu ebenen. Der russische Botschafter am britischen Hofe, Graf Schuwalow, der schon im Vorjahre die Unterhandlungen mit England geführt hatte, begab sich abermals nach London und unterzeichnete dort am 30. Mai eine Übereinkunft, welche sowohl diejenigen Punkte, über welche ein Einverständniß hergestellt war, als auch die dem Kongreß vorzulegenden bezeichnete.

Am 13. Juni wurde der Kongreß zu Berlin unter Bismarcks Vorsitz eröffnet. Die Vertreter der Balkanstaaten erhielten nur zu denjenigen Sitzungen Zutritt, in welchen die besonderen Angelegenheiten ihrer Staaten verhandelt wurden. Die am schwierigsten zu regelnden Punkte betrafen die Organisation Bulgariens und die Abtretungen in Armenien. Um das unannehmbare Großbulgarien aus dem Wege zu schaffen, verfiel man, für so unzweckmäßig dies auch Bismarck erklärte, auf Englands bestimmtes Andringen auf den Verlegenheitsausweg, es in zwei Stücke zu zer schlagen, in ein der Pforte tribut-



pflichtiges, im übrigen aber selbständiges Fürstentum Bulgarien mit der Hauptstadt Sofia unter einem von der Bevölkerung freigewählten, nicht erblichen Fürsten, dessen Wahl sowohl von der Pforte als von den Mächten zu bestätigen sei, und in eine Provinz Ostrumelien mit eigener Lokalmiliz und selbständiger Verwaltung unter einem mit Zustimmung der Großmächte auf fünf Jahre zu ernennenden Gouverneur. Die russische Okkupation Bulgariens wurde auf neun Monate beschränkt, bis wohin die Russen auch die ganze europäische Türkei zu räumen hatten. Von Armenien trat die Pforte Karz, Ardahan, Bajasid und den wichtigen Hafen Batum ab, an Persien Stadt und Gebiet von Rhotur; sie verpflichtete sich, in Armenien unverzüglich Reformen einzuführen und diese Provinz gegen die Feindseligkeiten der Kurden und Tscherkessen sicher zu stellen. Österreich wurde das bereits zu Reichstadt verabredete Mandat zur Okkupation Bosniens und der Herzegovina erteilt. Nach ziemlich lebhaftem Kampfe zwischen Rußland und Österreich wurde die freie Schifffahrt auf der Donau als Prinzip festgestellt und zu diesem Zwecke die Schleifung aller Befestigungen vom Eisernen Thor bis zur Mündung beschloffen, die Errichtung neuer und die Befahrung des Stromes mit Kriegsfahrzeugen verboten. Aufrecht blieben die Bestimmungen des Pariser Vertrags von 1856 und des Londoner von 1871 über die Meerengen. Ferner verpflichtete sich die Türkei, in allen Teilen des Reichs den Grundsatz der Religionsfreiheit durchzuführen, aus dem Unterschiede der Religion kein Hindernis für die Ausübung der bürgerlichen und politischen Rechte herzuleiten und jedermann ohne Unterschied der Religion als Zeugen vor Gericht zuzulassen. Rumänien, Serbien und Montenegro wurden unter Übernahme eines entsprechenden Anteils an der türkischen Staatsschuld unabhängig; der den beiden letzteren zu San Stefano ausbedungene Gebietszuwachs wurde erheblich herabgemindert; Serbien erhielt 210 Quadratmeilen mit Nisch, Montenegro 82 Quadratmeilen mit Niksch, Podgorizza, Spuz und Antivari. Österreich wurde der albanesische Höhenort Spizza zugewiesen. Griechenlands nahm sich besonders Frankreich an, begierig, bei dieser Gelegenheit seiner Stimme im Räte der Mächte wieder Gehör zu schaffen; es schlug die Hinausrückung seiner Nordgrenze bis zu den Flüssen Salambria und Kalamos vor. Der Kongreß verwies die Griechen auf direkte Verhandlung mit der Pforte und verhiess im Fall der Nichtverständigung die Vermittelung der Großmächte.

Am 13. Juli 1878 konnte der Kongreß nach Unterzeichnung des Vertrags geschlossen werden. Zuvor bereitete England seinen Mitkontrahenten die Überraschung, daß es ihnen eine bereits am 4. Juni mit der Pforte abgeschlossene Konvention vorlegte, nicht zur Inbetrachtziehung, sondern als vollendete Thatsache lediglich zur Kenntniznahme. Gemäß derselben übernahm es den Schutz sämtlicher asiatischer Provinzen der Türkei, besetzte zu diesem Zwecke Cypern und nahm die Insel gegen einen nach Konstantinopel zu entrichtenden Jahrestribut von 92 000 Pfund in Verwaltung; der Sultan versprach in seinen asiatischen Gebieten Reformen einzuführen. Mit dieser Beschlagnahme

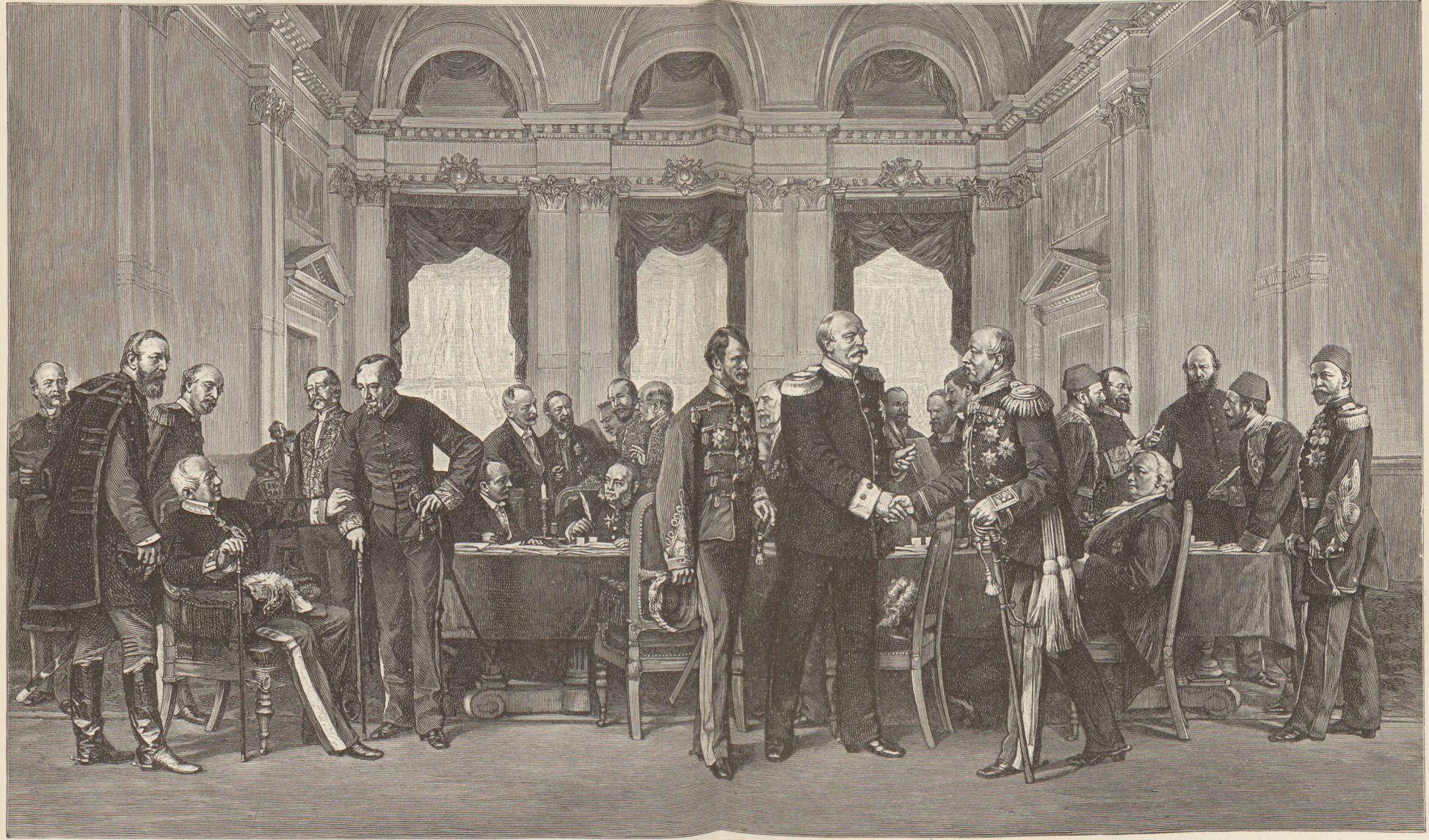


Der Vater des Bildes

Graf Mouy  
Graf Gortz Graf Et. Waller Desprez

Dr. Buch  
v. Holstein Graf v. Bismarck

Lord Otto Russell Lord Salisbury



Baron Haymerle Graf Kaimay Waddington Fürst Hohenlobe  
 Graf Carolin Fürst Gortschakoff Lord Beaconsfield v. Gladstone Baron Dabril  
 Leotar Buch Graf Andrassy Fürst Bismarck  
 Graf Schuwaloff Sadulah Bey v. Bilow Karatheodori Pascha  
 Mehemed Ali Pascha

Der Kongress zu Berlin im Jahre 1878.  
Gemälde von Anton v. Werner. Berlin, Rathaus.



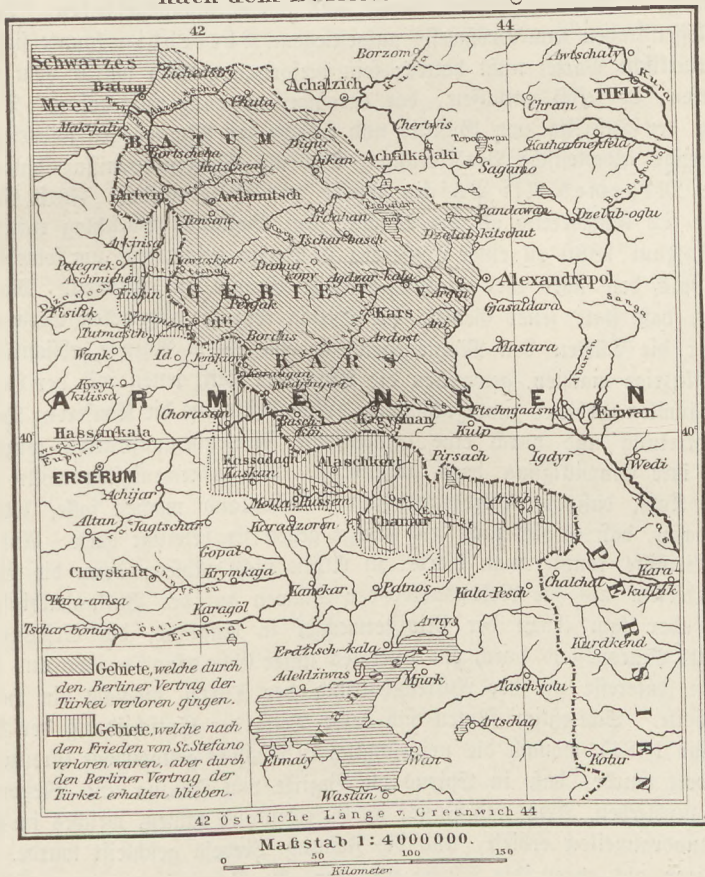




des herrlichen Eilands schuf sich nicht nur England eine feste Stellung in der Levante, Lord Beaconsfield verwirklichte damit zugleich eine Phantasie seiner schriftstellernden Jugend.

Der Berliner Kongreß hatte die orientalische Frage zwar nicht endgültig gelöst, aber doch vorläufig zur Ruhe gebracht und die Gefahr, daß sich aus

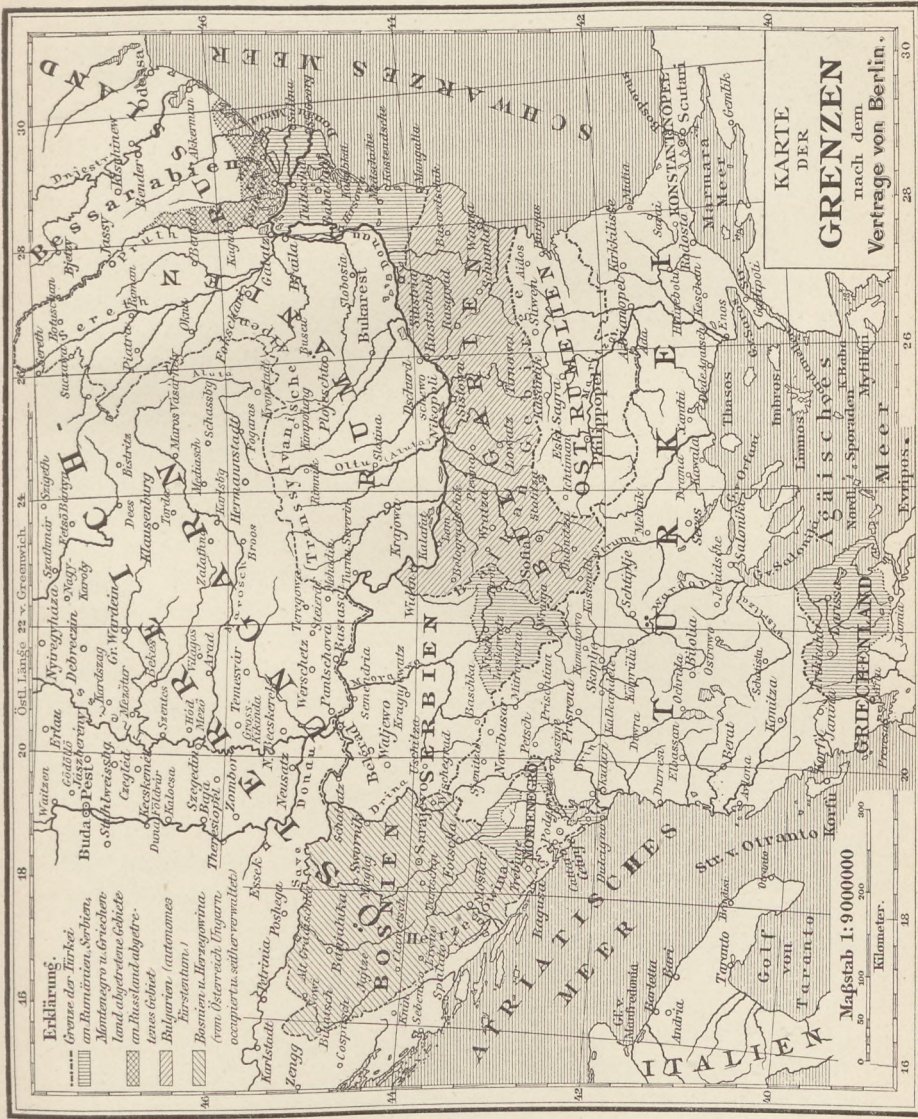
### DIE GRENZEN DER ASIATISCHEN TÜRKEI nach dem Berliner Verträge.



ihr ein allgemeiner Krieg entwickeln möchte, beseitigt. Er besiegelte das unabwendbare Schicksal der Türkei, durch die allmähliche Abbröckelung ihrer vorwiegend christlichen Bestandteile mehr und mehr aus Europa hinausgedrängt zu werden, aber er hatte auch Rußland den Beweis geliefert, daß Europa ihm nicht gestatte, den Herrn auf der Balkanhalbinsel zu spielen. Selbständige,



lebensfähige Staaten sollten sich dort entwickeln und dem weiteren Umfichgreifen der nordischen Macht einen Kiegel vorschieben. Es fiel Rußland nicht leicht, sich in diese veränderte Sachlage hineinzufinden. Es verzögerte die Zurückziehung seiner Truppen, und die in dem Frieden vom 8. Februar 1879 bedungene Zahlung von 802 $\frac{1}{2}$  Millionen Frank innerhalb sieben Jahren war bei der notorischen Zahlungsunfähigkeit der Türkei nichts als eine Handhabe, um geeigneten Falls einen Druck auf sie auszuüben. Noch viel weniger Eifer in Erfüllung der Friedensbedingungen zeigte die Pforte. Die verheißenen Reformen im Inneren wurden immer und immer hinauszgeschoben. Der vom Tischerkessensklaven zum Großwesir aufgestiegene Rhereddin konnte sich gegen die alttürkische Partei nicht halten; sein Reformprogramm wurde vom Sultan verworfen, er selbst entlassen, das Großwesirat ganz aufgehoben. Der Abtretung der Distrikte von Gusinje und Plawa an Montenegro widersetzte sich die dortige albanesische Bevölkerung. Der als Pfortenkommissar dahin entsendete Mehemed Ali Pascha wurde von ihr ermordet. Fürst Nikolaus wendete sich beschwerend an die Mächte; auf Englands Vorschlag traten diese am 16. Juni 1880 zu einer Konferenz in Berlin zusammen, um sowohl diesen Streit als den über die griechisch-türkische Grenze zu schlichten. Man kam überein, daß statt jener Gebiete die Rutschki Kraina abgetreten werden solle; da aber die Türken den Montenegrinern von ihrem Abzuge absichtlich verspätet Anzeige machten, gewannen die Albanesen Zeit, jenen mit der Besetzung des geräumten Gebietes zuvorzukommen. Nun bestimmte die Konferenz Dulcigno zur Abtretung und durch eine gemeinsame Flottendemonstration wurde der Pforte ihre Einwilligung dazu abgenötigt. Am allerwenigsten wollte es ihr in den Kopf, daß sie Abtretungen an Griechenland machen solle, bloß zum Dank dafür, daß es sich nicht am Kriege gegen sie beteiligt hatte. Auf Rußlands Beihilfe konnte man hierbei in Athen nicht zählen; denn die Griechen galten diesem als die Nebenbuhler der Slawen auf der Balkanhalbinsel, zu staten aber kam ihnen der Ministerwechsel in England, die Ersetzung des Kabinetts Beaconsfield durch ein liberales unter Gladstone, der aus seinem geringen Interesse an der Aufrechthaltung der Türkei niemals ein Hehl gemacht hatte. Schließlich fügten sich beide Teile der Entscheidung der Mächte (22. Mai 1881), wonach die ursprünglich in Aussicht genommene Grenze dahin abgeändert wurde, daß in Epirus die Bezirke von Janina und Meşowo der Türkei verblieben, Arta und Punta an Griechenland kamen, welches im ganzen 600 Quadratmeilen erhielt, und die Festung Prevesa geschleift wurde. Noch feindseliger als gegen die Türkei war der alte Gladstone gegen Osterreich gesinnt; er hatte ihm in einer Rede während der Wahlkampagne von 1880 mit Bezug auf die Balkanhalbinsel ein drohendes hands off! zugerufen. Er hinderte damit die Okkupation Bosniens und der Herzegowina durch die Osterreich nicht, aber auch diese kostete Blutvergießen. Die Muhamedaner, denen sich die Griechisch-Katholischen größtenteils angeschlossen, setzten sich unter ihrem Führer Hadjschi Roja überall zur Wehr; Feldzeugmeister Philippowich



Verlag Buchhandlung, Berlin.

C. Oppitz, Geogr. artist. Anstalt, Leipzig, Neustadt.

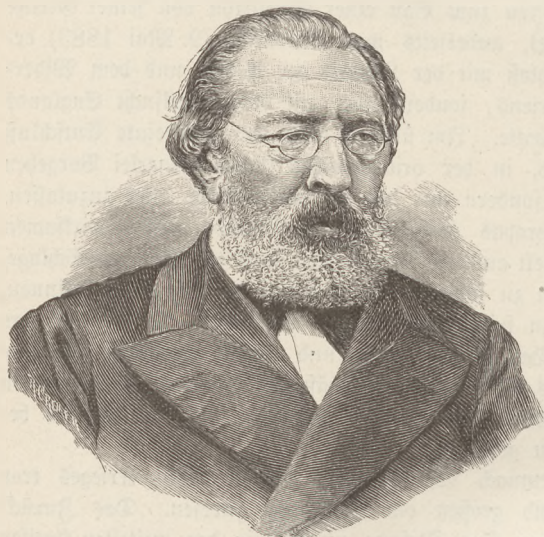




mußte das Land förmlich erobern, bevor man an die Einrichtung einer geordneten Verwaltung gehen konnte. Dann aber hob sich das Land, ohne von seinem Zwitterzustand als Provinz des Sultans unter österreichischer Verwaltung viel zu merken, aus seiner Barbarei rasch empor. Das provisorische Wehrgesetz von 1881 verpflichtete in beiden Provinzen Christen wie Muhamedaner zum Kriegsdienst. Als nun auch die Bochesen in der Krivossie der Rekrutierung unterworfen werden sollten, widersetzten sie sich, der Aufstand breitete sich aus und schien sich zu einer Auflehnung der südslawischen Volksstämme gegen die österreichische Herrschaft zu gestalten, wurde aber 1882 bewältigt. Die Bosnien und die Herzegowina betreffende Konvention mit der Pforte kam erst am 21. April 1879 zum Abschluß. Noch längerer Verhandlungen bedurfte es, ehe Österreich die Konzession zum Bau einer Eisenbahn von seiner Grenze einerseits nach Konstantinopel, anderseits nach Salonichi (9. Mai 1883) erreichte, da es hierbei nicht bloß mit der Laubeit der Pforte und dem Widerstande Serbiens und Bulgariens, sondern auch mit der Scheelsucht Englands und Rußlands zu kämpfen hatte. Im übrigen setzte der festgeeinte Entschluß Deutschlands und Österreichs, in der orientalischen Frage keinerlei Vorgehen einer einzelnen Großmacht, sondern nur das gemeinschaftliche aller zuzulassen, dem in der Südostecke Europas fortglimmenden Brande einen wirksamen Dämpfer auf. Dadurch erhielt auch die Pforte Zeit, nach dem schweren Schlage, den sie erlitten, wieder Atem zu schöpfen und sich auf die Mittel zu befinnen, die allein ihre Fortexistenz zu fristen vermochten. Sie schickte türkische Offiziere zu ihrer Ausbildung nach Deutschland, erbat und erhielt preußische Offiziere und Finanzbeamte, und was seitdem an zweckmäßigen Reformen im Heerwesen und der Verwaltung des osmanischen Reiches geschehen, ist den von ihr berufenen Deutschen zu danken gewesen.

Für Rußland war demnach der Ausgang des türkischen Krieges trotz seiner Siege im ganzen und großen ein Mißerfolg gewesen. Das Zurückweichen von dem Vertrag von San Stefano erzeugte in den weitesten Kreisen der dortigen Gesellschaft ein Gefühl der Enttäuschung und des Mißmutes. Bitter grollten die Panflawisten, daß ihnen die schon als sicher angesehene Beute entgangen war. Aksakow nannte den Berliner Kongreß geradezu eine freche Beschimpfung Rußlands, er habe Rußland eine Narrenkappe mit Schellen aufgesetzt. Diese Stimmung war der günstigste Boden für das Emporschließen revolutionärer Ideen. Solange die seit 1858 von außen her, durch die Schriften Herzens, Bakunins, Dolgorukows u. a. ins Land getragenen Lehren sich mit der Beherrschung der national-russischen Staatsidee verquickten, ließ ihnen die Regierung ziemlichen Spielraum, verwendete sie sogar ganz gern zu Zwecken der Russifizierung gegen Polen, die Ostseeprovinzen und Finnland. Aber seit dem letzten Kriege nahm die Bewegung einen sehr gefährlichen Charakter an. Die Niederlagen vor Plewna, die Unfähigkeit der Heerführer, die unermesslichen in der Armeeverwaltung zu Tage gekommenen Unterschleife, die Bestechlichkeit und Unzuverlässigkeit der Beamten steigerten

den Haß gegen ein Regierungssystem, dessen höchste Leistung in dem barbarischen Inquisitionsverfahren der geheimen Polizei und in den endlosen Verschickungen nach Sibirien — ihre Zahl belief sich von 1870—1877 auf mehr als 60 000 — bestand. Wußte doch Alexajew sogar dem Zaren eine Denkschrift in die Hand zu spielen, enthaltend den Antrag auf Einberufung eines Zentral- und Landschaftskomitees, welches die Geschäfte in die Hand nehmen und fähigere als die bisherigen Heerführer ausfindig machen sollte. Es faßte die Partei der Nihilisten Wurzel, welche der Anschauung huldigten, daß es in Rußland nicht eher besser werden würde, als bis das herrschende System durch jedes irgendwie zweckdienliche Mittel mit Stumpf und Stiel ausgerottet sei.



Alexajew. Nach Photographie.

Was dann an dessen Stelle zu setzen, darüber hatten sie keine oder höchstens sehr unklare Vorstellungen; sie meinten etwa nur, nach dem Rumänien und Bulgarien eine Verfassung erhalten hätten, könne auch den Russen die ihrige nicht vorenthalten bleiben. Die sozialen Zustände leisteten der Ausbreitung dieser Partei einen verhängnisvollen Vorschub. Den Sozialdemokraten anderer Länder durchaus unvergleichbar, rekrutierte sie sich, wie Bismarck sie schilderte, aus dem Ab-

turientenproletariate, aus dem Überschusse, welchen die gelehrte Bildung der Gymnasien dem bürgerlichen Leben zuführte, ohne daß dieses die Verdauungskraft für diesen Überschuß hätte, aus der Überproduktion an halbgelbten Leuten, verdorbenen Studenten, unzufriedenen Offizieren, aber keinen Arbeitern. Sehr bald lenkte diese nihilistische Bewegung in die Bahnen des Terrorismus ein, welchem der Mord als das geeignetste Mittel für den herbeizuführenden Umsturz erschien. Furchtbar sah sich die Regierung aus ihrer Sicherheit aufgeschreckt, als die Wera Cassulitsch, welche am 5. Februar 1878 ein Attentat gegen den Petersburger Stadthauptmann Trepow verübt und ihn verwundet hatte, nicht nur freigesprochen, sondern auch diese Freisprechung einer offenkundigen Mörderin von der den höheren Gesellschaftskreisen angehörenden Zuhörerschaft mit Beifallklatschen aufgenommen wurde, als diesem



Mordanschlag am 16. August die Ermordung des Generals Mesenzow, Chef der verhassten dritten Abteilung, durch unbekannt Hand folgte. Das slavische Wohltätigkeitskomitee in Moskau wurde aufgelöst, Aksakow von dort ausgewiesen, ein kaiserlicher Ulas entzog die politischen Verbrechen den Geschworenen und überwies sie den Militärgerichten. Aber dem Nihilismus kamen diese Maßregeln nicht bei. Seine Ausläufer erstreckten sich nach wie vor durch alle Kreise der Bevölkerung bis hinauf in die des Adels, ja in die Organe der geheimen Polizei selbst; die ganze Beamtenwelt war verdächtig.

Die nihilistische Partei gewann nur immer größere Furchtbarkeit. Sie gab sich eine strengere Organisation, ein unsichtbares Exekutivkomitee trat an ihre Spitze und damit gesellte sich zu dem Schrecken vor der Willkür der Polizei der vor der geheimen Fehde der Nihilisten, die ihr Netz über ganz Rußland, besonders über alle großen Städte ausgebreitet hielt, Todesurteile gegen mißliebige Beamte fällte, deren Vollstreckung ausführte, jeden Verrat mit dem Tode bestrafte, aus ihren Geheimdruckereien das Land mit Flugschriften und Pro-



General Gurko. Nach Photographie.

klamationen voll blutigen Hasses gegen den Kaiser und seine Regierung übersäete. Der Ermordung des Fürsten Krapotkin, Gouverneurs von Charkow, am 21. Februar 1879, und dem Mordanschlag auf den nunmehrigen Chef der dritten Abteilung, General Drentelen, am 25. März, folgten die Attentate auf die Person des Kaisers selbst. Das erste, vom 14. April, mißlang und der Thäter Solowjew wurde ergriffen. Nun beschloßen die Nihilistenkongresse zu Lipezk und Woronesch, den Kaiser in seinem Eisenbahnzuge in die Luft zu sprengen; aber einer der zur That Bestimmten fiel, als er das Dynamit nach Moskau brachte, der Polizei in die Hände. Die Regierung griff jetzt zu außerordentlichen Maßregeln; die Generale Gurko, Loris Melikow und Totleben wurden mit diktatorischer Vollmacht an die Spitze der Gouverne-

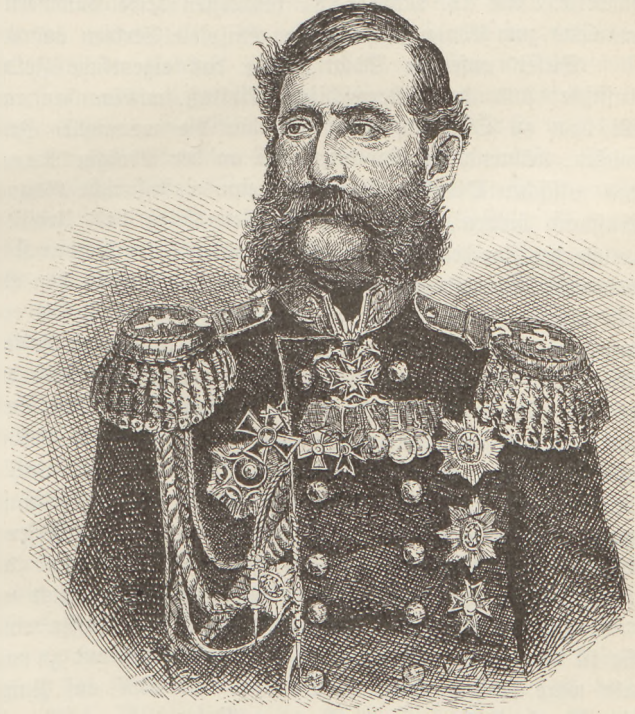
ments Petersburg, Charkow und Odessa gestellt. Infolge der strengeren Aufsicht nahmen zwar in den nächsten Monaten die Attentate ab, sie hinderten aber das Exekutivkomitee nicht, neue Proklamationen an die Armee zu verbreiten, einer Anzahl der höchsten Beamten Todesurteile zuzuschicken und mehrere in verschiedenen Städten ausbrechende große Feuersbrünste wurden, und wohl mit Recht, ebenfalls den Nihilisten zugeschrieben. Und trotz der peinlichsten Bewachung der vom Kaiser benutzten Eisenbahnen konnte es geschehen, daß am 1. Dezember 1879 eine halbe Stunde nach seiner Ankunft von Livadia in Moskau der kaiserliche Bagagezug vermittelst unter den Bahnkörper gelegter Minen umgestürzt wurde, der Kaiser nur durch einen Zufall dem ihm zugebachten Tode entging. Von den Thätern war keine Spur aufzufinden; der Hauptschuldige, namens Hartmann, entkam nach Frankreich; der russischen Forderung seiner Auslieferung wagte die dortige Regierung aus Furcht vor den Rabifalen nicht zu entsprechen, sondern ließ ihn unter nichtigen Vorwänden frei und beförderte ihn nach England. Den Kaiser verfolgten die Drohungen des Exekutivkomitees, wenn er seine Herrschaft nicht aufgab, bis nach Petersburg. Am 17. Februar 1880 entlud sich im Winterpalais eine Dynamitexplosion, welche ihn mitsamt seiner Familie in die Luft sprengen sollte. Auch diesmal war der Thäter nicht aufzufinden, obgleich er wochenlang als Tischler verkleidet im Erdgeschoße des Palastes hantiert hatte. Nun sollte Boris Melikow, an der Spitze einer obersten Exekutivkommission mit unbeschränkter Vollmacht ausgestattet, sehen, ob er besser als das Generalgouvernement dem furchtbaren unsichtbaren Feinde beizukommen vermöge; allein Melikow, obgleich er schon am 3. März selbst der Gegenstand eines neuen Attentates wurde, hatte die Überzeugung gewonnen, daß durch bloße Gewaltmittel der Nihilismus nicht zu besiegen sei, und hoffte, wenigstens einen Teil der Unzufriedenen durch Reformen in der Verwaltung, dem Gefängniswesen und der Presse zu versöhnen. Die verhasste dritte Abteilung wurde als selbständiges Regierungsorgan samt der obersten Exekutivkommission aufgehoben, dem Ministerium des Inneren eingefügt und Melikow zum Vorstande dieses Departements ernannt. Er gewann sogar den Kaiser für die Berufung einer aus gewählten Vertretern der Provinzial- und Gemeinderäte zu bildenden beratenden Versammlung. Schon lag, wie es heißt, der Ukas mit der allerhöchsten Unterschrift versehen, zur Veröffentlichung bereit, als den Zaren doch endlich das Verhängnis ereilte, dem er fünfmal glücklich entgangen war. Am 13. März 1881 wurden auf dem Vorüberfahrenden zwei Sprengbomben geschleudert, die ihm beide Beine zerschmetterten und den Leib aufrißen. Eine Stunde danach gab er den Geist auf. Da sein ältester Sohn vor ihm gestorben war, folgte der zweite als Alexander III. auf dem Throne.

Diese Vorgänge, Symptome schwerer innerer Erkrankung des Staatskörpers, lähmten in Verbindung mit der durch den Krieg erzeugten Erschöpfung notwendigerweise auch die Kraft des Reiches nach außen; sie nötigten ihn namentlich gegenüber dem, was auf der Balkanhalbinsel geschah, eine Zurück-



haltung auf, die es im Vollbesitz seiner Kräfte schwerlich über sich gewonnen haben würde. Zudem Rußland den Balkanstaaten durch seine Waffen zur Unabhängigkeit verhalf, hatte es als selbstverständlich vorausgesetzt, diese Staaten würden zum Dank dafür seine willigen Vasallen werden. Daß sie dazu nicht die geringste Neigung zeigten, sondern nach wirklicher nationaler Selbständigkeit strebten, erschien daher in den Augen der Russen als schwarzer Undank, und um so mehr fühlte sich die panslawistische Partei aufgefordert, durch das ihr geläufige Känke-

spinnen hier zu erreichen, was durch offene Mittel nicht hatte erreicht werden können. Mit Ausnahme des entfernten Montenegro, das sich freiwillig zum Trabanten Rußlands machte, blieben die Balkanstaaten das bevorzugte Feld für die panslawistischen Intrigen, die meistens an der russischen Diplomatie einen sehr wirksamen Rückhalt fanden. Von allen die schönste Behandlung hatte sich Rumänien gefallen lassen müssen. Zum Dank für die den be-



General Loris Melikow. Nach Photographie.

drängten Russen vor Plewna geleistete Waffenhilfe sah es sich den unvorteilhaften Tausch der Dobrudscha gegen Bessarabien aufgezwungen; selbst das bei Silistria gelegene, für die Verbindung mit der Dobrudscha wichtige Arababia machte ihm Rußland streitig und beanspruchte es für Bulgarien, aber die internationale Kommission entschied zu gunsten Rumäniens. An solchen, die von einem Großrumänien träumten, welches auch die österreichischen Stammesgenossen begreifen sollte, fehlte es auch hier nicht; als aber der Minister Bratianu zur Zeit des Kongresses nach Berlin kam, sagte ihm Bismarck: „Wenn ihr den Frieden wollt, könnt ihr eine Aulehnung bei uns finden, wenn

ihr aber den Krieg wollt, müßt ihr euch an andere wenden.“ Der Rat wurde beherzigt und unter allen Balkanstaaten hat sich Rumänien der verhältnismäßig ruhigsten und gedeiblichsten Entwicklung erfreut. Bedenklich wurde für das Land die durch den Berliner Vertrag vorgeschriebene Gleichberechtigung aller Religionsbekenntnisse, denn diese bedeutete hier die Judenemanzipation, die es, da ein großer Teil des adeligen Grundbesitzes den Juden verschuldet war, mit der wirtschaftlichen Gefahr der Judenüberflutung bedrohte; sie wurde abgewendet durch ein Gesetz, welches die Naturalisation von Ausländern erschwerte. Am 26. März 1881 beschloßen beide Kammern die Erhebung Rumäniens zum Königreiche, welchem Beispiele Serbien am 6. März 1882 folgte.

Dieser unfertige Staat wurde das eigentliche Feld, auf welchem der russische und der österreichische Einfluß miteinander rangen. Daß König Milan zu Oesterreich neigte, wohin die materiellen Interessen des Landes wiesen, während die Radikalen, die an der Königin Natalie, einer Tochter des russischen Obersten Keschko, eine einflußreiche Gönnerin hatten, es mit Rußland hielten, sprach ihm in Petersburg das Urteil. Die Jahresrente, welche der Zar dem serbischen Thronprätendenten Peter Karageorgewitsch bei dessen Vermählung mit der Tochter des Fürsten von Montenegro zur Mitgift gab, mußte ihm ein Fingerzeig sein, wie wenig fest er und seine Dynastie auf dem neuen Königsthron saßen, zumal in seinem Volke eine unverföhnliche Abneigung gegen Oesterreich herrschte, hervorgerufen teils durch die Unduldsamkeit der Magyaren, welche die in Ungarn wohnenden Serben ebenso, wie es mit den dortigen Rumänen geschah, den feierlichsten Verbriefungen zum Trotz aller nationalen Rechte zu herabzuwerfen trachteten, teils durch die wucherische Ausbeutung des Landes von seiten der großen Wiener Geldinstitute. Durch beide geriet die Politik Oesterreichs in jenen unlöslichen Widerspruch, daß sie bei den Balkanvölkern Vertrauen zu erringen suchte, während die stammverwandten Zweige dieser Völker in Ungarn systematisch unterdrückt wurden.

Die Befreiung Bulgariens faßten die Russen einfach dahin auf, daß sie in dem Lande ganz nach Willkür zu schalten und zu walten berechtigt seien, als wäre es eine eroberte Provinz. Als der auf Rußlands Vorschlag am 29. April 1879 zum Fürsten von Bulgarien gewählte Prinz Alexander von Battenberg den Fürsten Bismarck fragte, ob er den Thron annehmen solle, erhielt er die Antwort: „Nehmen Sie an, es wird immerhin eine angenehme Erinnerung für Sie sein.“ Raum hatte auch der neue Fürst am 13. Juli seinen Einzug in die Hauptstadt Sofia gehalten, als er sich überzeugen mußte, daß weder mit der ebenfalls unter russischem Einfluß von der Notabelnversammlung zu Tiruowa festgesetzten radikalen Verfassung, noch auch mit dem brutalen Hochmut der russischen Panflawisten, welche sich der höchsten Militär- und Zivilämter bemächtigt hatten, eine geordnete Regierung möglich sei. Doch erst durch zweimalige persönliche Vorstellungen in Petersburg erwirkte er vom Zaren die Genehmigung zu einer Suspension der Verfassung. Hierauf stellte er im Mai 1881 das bulgarische Volk vor die Wahl



zwischen seiner Abdankung oder einer siebenjährigen Diktatur zur Schaffung der nötigen Einrichtungen und Revision der Verfassung, und mit der nötigen Nachhilfe von oben bei den Wahlen kam eine große Sobranje zu stande, welche diese Bedingungen ohne Debatte annahm. War aber damit das eine Übel gehoben, so blieb doch das andere, der russische Druck, in fortwährendem Steigen. Die russischen Generale Sobolew und Kaulbars, jener Minister des Innern, dieser des Krieges, verfahren im Bunde mit dem russischen Geschäftsträger Jonin, als seien der Fürst und ihre bulgarischen Kollegen nur dazu da, sich ihren Geboten willenlos zu unterwerfen. Kaulbars verfügte u. a., daß kein Offizier ernannt werden dürfe, der nicht zwei Jahre in der russischen Armee gedient habe. Als der Konflikt zwischen den russischen und den bulgarischen Ministern offen ausbrach, erhielt der Fürst auf eine Anfrage in Petersburg die trockene Antwort, die Mission der beiden Generale sei noch nicht beendet, und die Gegner derselben mußten Gefügigern den Platz räumen. Allein die brutale Willkür, zu welcher die russischen Machthaber ihre Stellungen mißbrauchten, hatte eine von ihnen selbst nichts weniger als beabsichtigte Wirkung, sie führte zu einer Verständigung zwischen den bisher feindlichen Parteien der Konservativen, welche die türkische Herrschaft nicht durch eine russische ersetzt zu sehen wünschten, und der Liberalen, der es vor allem um die Wiederherstellung der Verfassung zu thun war. Im Vertrauen auf diese Koalition kündigte Fürst Alexander am 10. September den russischen Ministern ihre Entlassung an, aber kaltblütig wiesen diese ihm den Befehl des Zaren vor, auch gegen den Willen des Fürsten auf ihren Posten zu bleiben, und noch an dem nämlichen Tage überreichte Jonin eine Note, worin neben dem Verbleiben der beiden Generale die Niedersetzung einer Kommission zur Ausarbeitung einer neuen Verfassung und Verzicht des Fürsten auf seine außerordentlichen Vollmachten gefordert wurde. Damit wendeten sich die Russen den Liberalen zu, die jeden Bundesgenossen anzunehmen bereit waren, der ihnen wieder zur Verfassung von Tirnowa verhalf. Mit Zankow, ihrem Führer, hatte Sobolew bereits abgekartet, daß beim Zusammentritt der kleinen Sobranje die Absetzung des Fürsten beantragt werden solle. Aber auch diesmal verfehlte das „russische Triumvirat“ sein Ziel. Noch in letzter Stunde erkannten die Zankowisten, daß sie, statt die Freiheit und Unabhängigkeit Bulgariens zu begründen, im Begriff stünden, bei der Aufrichtung einer russischen Diktatur Handlangerdienste zu leisten. Statt der Absetzung des Fürsten sprach die kleine Sobranje ihm nur in einer Adresse den einstimmigen Wunsch der Nation nach Wiederherstellung der Verfassung unter Angabe der einer Abänderung bedürftenden Punkte aus, und diese wurde ihr bereitwillig zugesagt. Zornig verließen die beiden russischen Minister Sofia. „Das war Ihr letzter Triumph, Hoheit,“ sagte Sobolew beim Abschied zum Fürsten, „und zugleich die letzte Unart, die der Kaiser ungestraft lassen wird.“ In der That herrschte in Petersburg über diese unerwartete Wendung tiefe Entrüstung, zumal ohnehin der neue Zar seinem battenberger Vetter ebensoviel persönliche

Abneigung widmete als sein Vater demselben Wohlwollen geschenkt hatte. Als der Fürst einem anderen russischen General, Ljessowoy, das Kriegsministerium übertragen wollte, erhielt dieser sowie ein russischer Adjutant des Fürsten statt der gehofften Genehmigung aus Petersburg Befehl, binnen 48 Stunden Sofia zu verlassen. Würdig beantwortete der Fürst die Beleidigung damit, daß er auch die übrigen russischen Offiziere, die in seinem persönlichen Dienste standen, entließ und die 35 bulgarischen Offiziere, die in der russischen Armee dienten, telegraphisch zurückberief. Das Volk stellte sich einmütig auf seine Seite; wollte Rußland nicht an Einfluß verlieren, so durfte es den Bogen nicht überspannen. Diese Erwägung war es wohl, die den Zaren bewog, die von dem Fürsten gebotenen Zugeständnisse nicht von der Hand zu weisen. Durch den nach Sofia gesendeten jüngeren Kaulbars wurde eine Übereinkunft auf drei Jahre geschlossen, kraft welcher das Kriegsministerium auch künftighin einem russischen General übertragen wurde, der aber dem Fürsten, der Verfassung und den Gesetzen Gehorsam zu leisten und sich aller Einmischung in die inneren Angelegenheiten zu enthalten hatte. Inzwischen hatte auch die kleine Sobranje die Revision der Verfassung beendet; die wichtigste daran vorgenommene Änderung bestand in der Einführung des Zweikammersystems. Die neue Verfassung sollte zunächst auf drei Jahre erprobt und dann einer großen Sobranje zur endgültigen Genehmigung vorgelegt werden. Der Fürst legte hierauf im Januar 1884 die ihm erteilten außerordentlichen Vollmachten nieder.

Dem mühsam gewonnenen Ausgleich mit Rußland war jedoch nur eine kurze Dauer beschieden. Eine Hauptquelle der Unzufriedenheit war für die radikale Partei, daß der Berliner Kongreß die Schöpfung eines Großbulgariens rückgängig gemacht, Ostrumelien in Aleko Pascha oder Fürst Alexander Bogorides einen eigenen Generalgouverneur erhalten hatte. Raslos arbeitete sie seitdem insgeheim an der Vereinigung beider Bulgarien; verschworene Offiziere gewannen die Garnison von Philippopel. Am 18. September 1885 vollzog sich dort die Revolution ohne Blutvergießen. Alekos schwacher Nachfolger, Gavril Pascha (Kristewitsch) wurde verhaftet, die Vereinigung Ostrumeliens mit Bulgarien proklamiert und Fürst Alexander eingeladen, nach Philippopel zu kommen. Dieser zögerte nicht, dem Rufe zu folgen, aber sein Erstes nach seiner Ankunft in Philippopel war, daß er die entfernten Abzeichen der türkischen Oberhoheit wieder anbringen und in Konstantinopel ausdrücklich erklären ließ, daß er diese Oberhoheit in keiner Weise anzutasten gesonnen sei. Auf Deutschlands und Oesterreichs Rat verzichtete auch die Pforte, um Blutvergießen zu vermeiden, auf den beabsichtigten Einmarsch ihrer Truppen. Dagegen gab Kaiser Alexander seiner Mißbilligung dieser Eigenmächtigkeit den denkbar schärfsten Ausdruck. Nicht genug, daß er diese der zu ihm nach Kopenhagen geschickten bulgarischen Deputation unter dem Metropolitenelement unverhohlen ansprach, daß er sämtliche noch im bulgarischen Heere dienende Russen sofort abberief; als der Fürst sich, falls diese Maßregel gegen ihn gerichtet sei, zum Rücktritt erbot, wenn dagegen Rußland für die Union eintreten wolle,



ließ er ihn, ohne ihn einer Antwort zu würdigen, aus den Listen der russischen Armee streichen. In der seltsamsten Weise hatte sich die frühere Stellung der an der bulgarischen Frage nächstbetheiligten Mächte in ihr Gegenteil verkehrt. Daselbe Rußland, welches ehemals die Befreiung der Bulgaren auf seine Fahne geschrieben hatte, war jetzt voll Eifersucht auf die Unabhängigkeit, welche diese Bulgaren unter Führung ihres Fürsten in Anspruch nahmen, und widersetzte sich der Vereinigung der beiden Bulgarien, deren Trennung ihm auf dem Berliner Kongreß mühsam hatte abgerungen werden müssen, während umgekehrt denen, die dort auf die Trennung Bulgariens gedrungen hatten, der Pforte, England und Oesterreich, dies Großbulgarien jetzt als Schutzmauer gegen Rußland gar nicht ungelegen kam. Kein Wunder daher, daß die auf Vorschlag der Pforte in Konstantinopel zusammengetretene Botschafterkonferenz die Lösung der bulgarischen Frage um keinen Schritt vorwärts brachte, diese verwickelte sich vielmehr dadurch noch weiter, daß Griechenland und Serbien in der Vergrößerung Bulgariens eine Vorwegnahme von Stücken aus der türkischen Erbschaft sahen, auf welche auch sie sich Rechnung gemacht hatten, und um diese zu hindern, Rüstungen unternahmen, die ihre finanziellen Kräfte weit überstiegen. Vergebens waren alle Bemühungen der Diplomatie, den Brand in dieser feuergefährlichsten Ecke Europas nicht abermals zum Ausbruch kommen zu lassen. König Milan benutzte eine Grenzüberschreitung durch bulgarische Truppen, um am 13. November 1885 in Sofia den Krieg zu erklären.

Schon am folgenden Tage rückten die Serben unter dem Oberbefehl ihres Königs in Bulgarien ein. Die eine Abteilung marschierte gegen Widdin, die Hauptmacht nahm über Zaribrod, Trin und Küstendil die Richtung auf Sofia. Bei der Überzahl und besseren Ausrüstung der Serben schien der Kampf für die Bulgaren, deren Armee durch die Abberufung der Russen fast sämtlicher Oberoffiziere beraubt war, hoffnungslos und dies schien auch der Anfang der Operationen zu bestätigen. In raschem Anlaufe nahmen die Serben die von den Gegnern mangelhaft besetzten Stellungen bei Zaribrod, Trin und Adlje (bei Widdin) und drängten sie über den Dragomanpaß bis nach Slivniza zurück. Noch ein paar kräftige Stöße, und sie standen vor Sofia. Da aber wendete sich wider alles Vermuten das Blatt. Fürst Alexander hatte sofort nach der serbischen Kriegserklärung geeilt, sich nach der türkischen Seite dadurch zu decken, daß er der Forderung der Pforte, seine Truppen aus Ost-rumelien zurückzuziehen, ohne weiteres entsprach, auch in Konstantinopel die Erklärung abgab, mit der bulgarischen Grenze verteidige er zugleich die türkische, und außerdem die Vermittelung der Großmächte anrief. Dann raffte er 15 000 Mann zusammen und erschien mit diesen auf dem Schauplatz des Kampfes bei Slivniza. Am 17. schlug er einen Angriff der Serben zurück, am 18. ergriff er selbst die Offensive, am 19., während er selbst nach der Hauptstadt zurückgeeilt war, nahm Major Gudschew die Stellungen der Serben und drängte sie bis in den Dragomanpaß zurück, am 23. wurde Zaribrod von den Bulgaren besetzt. Diese so ganz unerwartete Niederlage heilte

den König Mailan gänzlich von seiner Kriegslust. Er erbot sich der Pforte telegraphisch zur Einstellung der Feindseligkeiten, worauf diese, damit auch der Aufforderung der Berliner Vertragsmächte entsprechend, den Sieger zum Abschluß eines Waffenstillstandes aufforderte. Allein Fürst Alexander berief sich auf die Waffenehre, welche ihm verbiete, davon anderswo, als auf serbischem Boden zu hören; auch verbat er sich die Entsendung eines Pfortenkommissars nach Ostrumelien vor beendetem Kriege. Am 26. November überschritt er die serbische Grenze und erstürmte am 27. und 28. in heißem Kampfe Piroth und die dahinter liegenden Höhen. Schon rüstete er sich zum Eindringen in das innere Serbien, als der österreichische Gesandte in Belgrad, Graf Rhevenhüller, im Auftrage des Grafen Kalnoki bei ihm erschien; er überbrachte die Kollektivnote der Großmächte, welche die Einstellung der Feindseligkeiten verlangte, mit dem hinzugesügten Bedeuten: wenn der Fürst weiter vorrücke, werde er auf die österreichischen Weißröcke stoßen. Da konnte der Fürst freilich nicht umhin, in den Waffenstillstand zu willigen; nach längeren vergeblichen Unterhandlungen diktierte ihn am 22. Dezember eine internationale Militärkommission in der Weise, daß beide Teile das feindliche Gebiet zu räumen hätten, der Friede bis zum 1. März 1886 hergestellt sein müsse.

Bezeichnend war bei den Friedensunterhandlungen die Unnachgiebigkeit Serbiens, hinter der wohl Rußland stand. Denn jenes Eingreifen Rhevenhüllers in eine Machtssphäre, die jene Macht dem österreichischen Einflusse fortwährend streitig machte, hatte in Petersburg gewaltig verstimmt. Man mußte sich schließlich, am 3. März, mit der einfachen Wiederherstellung des Friedens begnügen, ohne daß über die Einzelpunkte eine Verständigung erzielt worden wäre. Die Zwischenzeit hatte Fürst Alexander benutzt, um in Ostrumelien möglichst viel vollendete Thatfachen zu schaffen und mit der Pforte am 2. Februar 1886 einen Vertrag abzuschließen, durch welchen ihm das Generalgouvernement über diese Provinz, vorläufig auf fünf Jahre, übertragen wurde und beide Teile sich im Bedarfsfalle zu gegenseitiger Waffenhilfe verpflichteten; zum großen Verdruß Rußlands, welches denn auch durch seine Einwendungen erreichte, daß die Botschafterkonferenz in Konstantinopel an dem Vertrage verschiedene Abänderungen vornahm. Der Name Alexander wurde daraus gestrichen, für die Erneuerung seiner Wahl nach je fünf Jahren die Bestätigung durch die Großmächte vorbehalten. Die Vereinigung beider Bulgarien aber blieb eine vollendete Thatfache. Der Friede von San Stefano hatte sich von selber wieder eingefunden. Mit der Herstellung des Friedens zwischen Bulgarien und Serbien schwand auch den Griechen die Aussicht, mit ihren recht anmaßlichen Forderungen auf Gebietserweiterung durchzudringen. Wie trotzig sie sich auch geberdeten, die Großmächte waren darüber einig, diesem Kleinstaate zuliebe den europäischen Frieden keiner neuen Gefährdung auszusetzen. Sie erklärten in Athen, daß sie einen Angriff Griechenlands zur See auf die Türkei nicht zulassen würden und verlangten Abrüstung. Da das nichts half, auch ein Versuch des Kabinetts Freycinet, die Hellenen unter die schützenden Flügel





König Milan von Serbien. Nach Photographie.

Frankreichs zu nehmen, fehlschlug, so überreichten am 26. April die fünf übrigen Großmächte in Athen ein Ultimatum mit der Forderung, binnen acht Tagen abzurufen; gleichzeitig liefen ihre vereinigten Geschwader in die Phaleronbucht ein. Da die Antwort der griechischen Regierung unannehmbar befunden

wurde, verließen die Gesandten am 7. Mai Athen und über die griechischen Küsten wurde die Blockade verhängt. Volle vier Wochen trotzten die Griechen auch dieser, dann trat das kampflustige Ministerium Delhannis zurück und das neue von Trikupis gebildete beugte sich unter das Gebot der Mächte.

Raum aber war dieser Friedensstörer zur Ruhe gewiesen, als russische Bettelungen in Bulgarien neue Verwirrung stifteten. Dort hatte man allgemein von der Abschüttelung des Türkenjochs so fest den Anbruch eines goldenen Zeitalters erwartet, daß die Enttäuschung so manchen solchen Einwirkungen zugänglich machte. Im Einverständnis mit dem russischen Militärattaché stifteten Zankow, Major Grujew und Kapitän Benderew eine Verschwörung zum Sturze des Fürsten. Sofia war absichtlich fast ganz von Truppen entblößt. Am 21. August wurde Alexander des Nachts von meuterischen Offizieren, Kadetten und Soldaten überfallen, unter Bedrohung des Lebens gezwungen, eine Art Abdankung zu unterschreiben, nach der russischen Grenzstadt Reni entführt und von dort auf Befehl aus Petersburg an die österreichische Grenze gebracht. In Sofia hielt der Metropolit Klement ein Hochamt, zu dem jeder Eintretende ein bis zwei Rubel bekam, und verkündete, daß Gott das bulgarische Volk von dem Prinzen Wattenberg erlöst und wieder dem Schutze des mächtigen Zaren zugeführt habe. Darauf wurde die Menge zum russischen Konsulate getrieben, von dessen Balkon aus er, zwischen dem Konsulatsverweser Bogdanow und Zankow stehend, das kniende Volk segnete. Er selbst trat an die Spitze einer neuen Regierung, Zankow wurde Minister des Innern. Allein bald wurde es klar, daß weder Volk noch Heer die gewissenlose That billigten. Von allen Seiten kamen Proteste. Die Milizen von Ostrumelien rückten unter Oberst Nutkurow gegen Sofia vor, die Verschworenen, soweit sie sich nicht durch die Flucht gerettet hatten, wurden gefangen genommen und schon am 24. bildete Nutkurow mit Karavelow und Stambulow eine provisorische Regierung im Namen des Fürsten. Diesen aufzusuchen und dringend zur Rückkehr einzuladen, machte sich eine Deputation auf den Weg. Sie fand ihn in Lemberg, und obgleich durch den erlittenen Undank tief gekränkt, entschloß er sich doch zur Rückkehr. Überall wurde er wie im Triumph empfangen. Aber er mußte sich sagen, daß er sich gegen den andauernden Haß Rußlands doch nicht behaupten könne, ohne Bulgarien in unabsehbare Wirren zu stürzen. Von Nustschuk aus richtete er an den Zaren ein demütiges Telegramm, das mit den Worten schloß: „Da Rußland mir meine Krone gegeben hat, so bin ich bereit, sie in die Hände seines Souveräns zurückzugeben.“ So würdelos dieses Erbieten war, so verfehlte es dennoch vollständig seinen Zweck. Schroff zurückweisend lautete die Antwort des Zaren: „Ich kann Ihre Rückkehr nach Bulgarien nicht gutheißen, da ich verhängnisvolle Konsequenzen für das Land voraussehe, das schon so sehr geprüft ist. Ich werde mich jeder Einmischung in den traurigen Zustand der Dinge enthalten, welchem Bulgarien wieder überliefert ist, solange Sie dort bleiben werden.“ Sie war der prägnanteste Ausdruck der in Petersburg beliebten Fiktion, daß die Regierung





General Kantbars. Nach Photographie.

des Fürsten die Anarchie sei, von der die Brutalität und Korruption des Russenregiments das Land erlösen müsse. Diese Ankündigung unverföhnlicher Feindschaft gegen seine Person entschied den Entschluß des Fürsten. Nachdem

er seinen feierlichen Einzug in Sofia gehalten, ernannte er die provisorische Regierung wieder, dankte am 7. September ab und verließ das Land.

Mit verdoppeltem Nachdruck erneuerten sich nunmehr die Versuche, Bulgarien unter die Vasallenschaft Rußlands zu beugen. Gebieterisch wie ein römischer Prokonsul stellte der neue Vertreter der slawischen Vormacht, General Kaulbars, die dreifache Forderung: Aufhebung des Belagerungszustandes, Freilassung der verhafteten Verschwörer und Aufschub der auf den 10. Oktober festgesetzten Wahlen zur großen Sobranje. Aber sowohl die Regentenschaft als auch das Volk setzten diesen aufdringlichen Versuchen einen ebenso festen als maßvollen Widerstand entgegen. Die Wahlen zur Sobranje ergaben eine vollständige Niederlage der russischen Partei. Die Urheber eines verrätherischen Handstreichs gegen die kleine Küstenfestung Burgas wurden rasch überwältigt und aller Proteste Kaulbars ungeachtet vor Gericht gestellt, worauf der General nebst sämtlichen russischen Konsulu das Land verließ. Eine neue Verschwörung stiftete eine Anzahl bulgarischer Offiziere, die wegen Beteiligung an dem Sturze Alexanders flüchtig waren, mit Unterstützung des russischen Konsuls in Bukarest Hitrowo an; aber der Aufstand brach in Rußischuk verfrüht aus und wurde mit Hilfe treugebliebener Soldaten niedergeschlagen, diesmal auch, da im Vorjahre die Milde so wenig gefruchtet hatte, am 9. März 1887 die Todesstrafe an den Rädelshörnern rücksichtslos vollstreckt. Zur Unterstützung der Regentenschaft bildete sich eine große patriotische Liga und forderte, um der Ungewißheit ein Ende zu machen, vor allem die Wahl eines neuen Fürsten; es fehlte selbst nicht an Stimmen, welche Rußland zum Troß die Wiederwahl Alexanders verlangten, der aber lehnte unbedingt ab. Ebenso that der von der Sobranje einstimmig gewählte Prinz Waldemar von Dänemark, worauf eine Abordnung an die Signatärmächte abging mit der Bitte um Bezeichnung eines andern Kandidaten. Sie erhielt aber überall nur den Bescheid, Bulgarien solle, da die Erhaltung des Friedens ein europäisches Bedürfnis sei, ihn durch direkte Verständigung mit Rußland aufrecht zu erhalten suchen. Das aber war schwer; denn der von dieser Seite in Vorschlag gebrachte mingrelische Prinz Nikolaus wurde von den Bulgaren als eine offenbare Verhöhnung angesehen und im übrigen verharrete Rußland dabei, weder die Regentenschaft noch die Sobranje anzuerkennen, der letzteren das Recht der Fürstenwahl zu bestreiten, den Empfang der Deputation abzulehnen und die strenge Durchführung des Berliner Vertrags zu verlangen. Troß alledem blieben die Bulgaren fest. Am 7. Juli 1887 wählte die große Sobranje einstimmig den Prinzen Ferdinand von Sachsen-Coburg, einen Enkel Ludwig Philipps durch seine Mutter Clementine, und obgleich es diesem nicht gelang, die zur Gültigkeit seiner Wahl erforderliche Bestätigung von seiten der Pforte und der Großmächte zu erlangen, hat er sich seitdem doch thatsächlich in seiner Stellung behauptet. — In Serbien bekam der Streit der Parteien einen besonders häßlichen Beigeschmack durch den ehelichen Zwist des Königspaares, der zur Scheidung führte. König Milan versuchte



die Radikalen durch eine Verfassungsänderung vom 22. Dezember 1888 für sich zu gewinnen; als ihm dies nicht gelang, entsagte er am 6. März 1889 der Krone zu gunsten seines zehnjährigen Sohnes Alexander I., für welchen eine Regentschaft unter Nistitsch eintrat.

Hatte demnach Rußlands Politik auf der Balkanhalbinsel durchgängig schlechte Geschäfte gemacht, so durfte sie mit desto größerer Befriedigung auf das in Asien Erreichte blicken. Dort war das Riesenreich in stetig fortschreitender Vorschübung seiner Grenzen begriffen. Wegen Kaschgars,

mit dem es dank einem 1872 abgeschlossenen Handelsvertrage lebhaften Verkehr unterhielt, entstand ein Konflikt mit China, der unter englischer Vermittelung beigelegt wurde. Einen weiteren Streit verursachte das Kuldscha-Gebiet in Turkestan, welches die Russen, da die chinesische Regierung die Raubeinfälle der dortigen Stämme nicht zu hindern vermochte, im Jahre 1871 zum Zwecke des Grenzschutzes besetzt hatten; um sich aber nicht neben dem türkischen Kriege noch einen chinesischen aufzuladen, gaben sie es bis auf einen kleinen Distrikt wieder heraus.

Vor allem jedoch benutzten sie die Zeit seit dem Krimkriege dazu, in Mittelasien aufzuräumen und die turkestanischen Khanate eins nach dem andern teils geradezu einzuverleiben, teils wenigstens abhängig zu machen und so Schritt vor Schritt gegen die Grenze Afghanißtans vorzurücken. Schon 1869 hatten sie im Osten das Kaspißees Krasnowodsk gegründet, ihre Eisenbahnen streckten sich immer weiter vor. Da der Khan von Khiva russische Untertanen in Kerkerhaft hielt oder als Sklaven verkaufte, rückte General Kaufmann 1873 mit Heeresmacht ein, zwang die Stadt Khiva zur Übergabe und den Khan zu einem Vertrage, der ihm die Abtretung alles Gebietes auf dem rechten Ufer des Amu-Darja mit des



General Kaufmann. Nach Photographie.

Flußdeltas sowie die Abschaffung der Sklaverei auferlegte und ihn zum willenslosen Vasallen Rußlands machte. Hiernach kam die Reihe an den Khan von Khokand, dessen Unterthanen ebenfalls Raubeinfälle in das russische Gebiet gemacht hatten. Auch ihn zwang Kaufmann 1875 zu Unterwerfung und bedeutender Gebietsabtretung. Ein Versuch, sich des Verlorenen wieder zu bemächtigen, kostete ihm den Thron und im März 1876 wurde ganz Khokand als Provinz Ferghana dem russischen Reiche einverleibt.

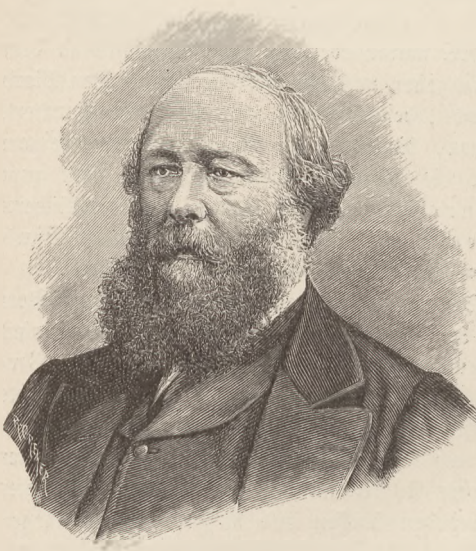
Sorgenvoll und doch schüchtern sah England diesem Vordringen der russischen Macht zu, das diese dem Hochlande von Afghanistan, dem nördlichen Außenwerke Indiens, langsam aber stetig näher brachte, wie ein Belagerungsheer, das seine Parallelen gegen eine Festung eröffnet. Das Ministerium Gladstone bildete im wesentlichen einen müßigen Zuschauer dieses Schauspiels. Es begnügte sich, 1873 Unterhandlungen anzuknüpfen behufs Festsetzung einer Art Demarkationslinie zwischen der russischen und der englischen Machtosphäre. Ausdrücklich bezeichnete Rußland damals Afghanistan als außerhalb seiner Machtosphäre liegend, wodurch es sich freilich nicht abhalten ließ, mit Schir Ali, dem Emir von Kabul, vertraute Beziehungen anzuknüpfen, den seine Erfahrungen gelehrt hatten, die Freundschaft der Engländer mehr zu fürchten als ihre Feindschaft. Größere Regsamkeit zur Bekämpfung des russischen Einflusses in Zentralasien entwickelten die am 16. Februar 1874 ans Ruder gekommenen Konservativen. Disraeli glaubte die Stellung Englands in Indien stärken zu können, wenn er die Phantasie der Eingeborenen durch möglichst glanzvolle Schaustellung der britischen Macht beschäftigte. Darum mußte 1875 der Prinz von Wales auf einer achtmonatlichen Reise das Land mit gewaltigem Pomp durchziehen; darum nahm die Königin Viktoria den Titel einer Kaiserin von Indien an, wobei freilich Disraeli die Opposition dagegen durch das etwas beschämende Versprechen beschwichtigen mußte, daß derselbe nur in rein indischen Angelegenheiten geführt werden solle, trotzdem aber zum Dank dafür zum Grafen Beaconsfield erhoben wurde. Auch wurde an der Befestigung der Nordgrenze gearbeitet und der Vizekönig von Indien fand es an der Zeit, die den eingebornen Vasallenfürsten gestattete Truppenzahl, die sich zusammengenommen auf volle 300 000 Mann belief, auf ein unschädliches Maß zu beschränken. Dagegen lehnte Schir Ali das angetragene Schutz- und Trutzbündnis und die Zulassung von englischen Residenten in den drei Hauptstädten Kabul, Herat und Kandahar ab, empfing aber eine russische Gesandtschaft und schickte seinerseits eine solche zu General Kaufmann nach Taschkend. Darin sah England eine Beleidigung, die es nicht dulden dürfe. Es forderte von Rußland die Abberufung seiner Gesandtschaft, von dem Emir die Zulassung einer englischen, die, einem Heere ähnlicher als einer Gesandtschaft, schon am Chaiberpasse wartete. Als ihr die Erlaubnis zur Weiterreise verweigert wurde, sandte Beaconsfield dem Emir ein Ultimatum und, ohne die Antwort abzuwarten, begann die englische Armee in der Stärke von 34 000 Mann unter General Browne November 1878 den



Vormarsch. Unerwarteterweise gab Rußland nach, berief seine Gesandtschaft aus Kabul ab und der von seinen Beschützern im Stich gelassene Schir Ali floh nach dem Norden, wo er kurz darauf, 21. Februar 1879, starb. Sein Sohn und Nachfolger Jakob Khan fand sich im britischen Lager zu Gandamak ein und schloß hier am 5. Mai 1879 einen Vertrag, durch welchen er gegen ein Jahrgeld von 60 000 Pfund und die Zusage des Schutzes gegen jeden Feind in die Aufnahme eines englischen Residenten in Kabul willigte und das, was Beaconsfield „die wissenschaftliche Grenze“ nannte, d. h. die östlichen Gebirgspässe abtrat. Kaum aber hatte der britische Resident, Major Cavagnari, seinen Posten eingenommen, so wiederholte sich die schreckliche Katastrophe von 1841: er selbst und fast sein ganzes Gefolge wurden in einem Volksaufstande ermordet. Im ganzen Lande brach die Anarchie aus. Jakob flüchtete ins englische Lager, wurde aber, da seine Mitschuld an dem Morde als erwiesen galt, als Gefangener nach Indien abgeführt. Den Mord zu rächen erschien General Roberts, besetzte Kabul und ließ etliche Hundert, die an dem Blutbad teilgenommen, hängen. Er mußte zwar vor einem Angriffe der erbitterten Afghanen die Stadt räumen, nahm sie aber zum zweitemale. Es gelang in Abdurrhaman einen neuen, den Engländern befreundeten Emir zu finden, der sich auch gegen den Prätendenten Ejub Khan behauptete, und damit war der Friede in Afghanistan hergestellt.

Das auf solche Weise zum Schutze Indiens mit Afghanistan aufgerichtete Vertragsverhältnis litt nur an dem Übelstande, daß jede Grenzstreitigkeit zwischen Russen und Afghanen auch England unausbleiblich in neue Verwickelungen mit Rußland brachte. Und jene blieben nicht aus. Denn mochte auch die Züchtigung der räuberischen Grenzstämme für die Russen eine Nothwendigkeit sein, so ließen sie sich doch keineswegs ungern dadurch immer weiter vorwärts ziehen. Nachdem ein erster Angriff auf die Tekke-Turkmenen unter General Lomakin, wie dies bei den Russen fast Regel, zurückgeschlagen worden war, drang General Skobelew, als kühner Truppenführer am Schipkapas bekannt geworden, von neuem vor, erstürmte 24. Januar 1881 Göktepe und Dengiltepe, die beiden stärksten Bollwerke der Turkmenen, nach neunstündigem Kampfe, begnügte sich aber aus Rücksicht auf England damit, den Weg nach Merv, dem Schlüssel der Straßen nach Meshed und Herat, gebahnt zu haben. Allein bereits 1884 unterwarfen sich die Tekke-Turkmenen freiwillig dem weißen Zaren, etwa 1500 damit nicht einverständene Familien siedelten nach Afghanistan über. So standen jetzt die russischen Vorposten nur den dritten Teil so weit von Herat entfernt wie die englischen. Inzwischen hörte Rußland nicht auf, die englische Regierung mit schönen Worten abzupeifen. Am 16. März 1884 ließ sie sich zu einem Abkommen herbei, wonach weder die russischen noch die afghanischen Truppen innerhalb des streitigen Gebiets vorrücken, Rußland und England eine gemischte Kommission entsenden sollten, um die Grenze an Ort und Stelle festzusetzen. Während aber der englische Kommissar, General Lumsden, bereits im Herbst dort

eintraf, verzögerte Rußland die Entsendung des seinigen unter den wichtigsten Vorwänden von Monat zu Monat, schob aber, unbekümmert um die geschlossene Übereinkunft, seine Truppen unverdrossen von einer Steppe zur andern vor. So kam es am 30. März 1885 bei Pendscheh, dem eigentlichen Streitobjekt, zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen Russen und Afghanen. Darüber geriet denn doch die öffentliche Meinung in England in Aufregung. Das Kabinett Gladstone, das sich so kläglich hatte nachführen lassen, sah sich zum Rücktritt genötigt. Kräftiger trat das folgende konservative Kabinett auf. Rußland willigte in einen Vertrag (am 10. September 1885), kraft dessen es Merutschak und den Zulfikarpaß um so eher in den Händen der



Lord Salisbury. Nach Photographie.

Afghanen lassen konnte, als es selbst im Besitze des wichtigen Pendscheh blieb und damit das behauptete, auf dessen Behauptung es ihm ankam. Wenigstens ein Ersatz für diese Niederlage der englischen Politik in Zentralasien gelang dem Lord Salisbury durch die binnen vierzehn Tagen vollbrachte Eroberung und Einverleibung des Königreichs Oberbirma, wodurch den östlichen Provinzen Indiens neue günstige Handelswege nach dem chinesischen Reiche eröffnet wurden.

Mit dem Pendschehvertrage trat auf dem zentralasiatischen Ringplatze der beiden Nebenhühler eine Ruhepause ein. Nur bereitete Rußland der

Welt die Überraschung, daß ein Ukas vom 23. Juni 1886 in offener Verletzung von Art 59 des Berliner Vertrags Batum in einen Kriegshafen umwandelte, an dessen Befestigung sofort aus allen Kräften gearbeitet wurde. Englands Protest blieb unbeachtet; sei ja jener Vertrag bereits auch durch die Vereinigung Ostrumeliens mit Bulgarien verletzt. Im folgenden Jahre wurde die transkaukasische Bahn bis Merw verlängert. Für England handelte es sich aber um die Sicherung seines kostbaren indischen Besitzes auch noch von einer andern Seite: Ägypten, die Durchgangsstelle dahin, beanspruchte seit der Eröffnung des Suezkanals im Jahre 1869 größere Aufmerksamkeit und Wachsamkeit als je zuvor. Der Aethiobe Ismail Pascha hatte sich, zwar nicht formell aber thatsächlich zum unabhängigen Herrscher dieses Landes gemacht, indem er der Hohen Pforte durch reiche Geschenke den Ferman vom



8. Juni 1873 entlokte, welcher die Thronfolge dahin abänderte, daß statt des ältesten Bruders der älteste Sohn der nächste Erbe wurde; das einzige Zeichen der Vasallenschaft blieb der dem Sultan zu zahlende jährliche Tribut im Betrage von neun Millionen Mark. Außerdem erwirkte er den Verzicht der Großmächte auf ihre Konsulargerichtsbarkeit zu gunsten des 1875 eröffneten internationalen Gerichtshofes. Nach außen vergrößerte er 1874 seine Macht durch die Eroberung von Darfur, wogegen der Angriff auf Abessinien im folgenden Jahre unglücklich abließ. Ein ins Innere dieses Landes vorgebrungenes Heer wurde von König Johann überfallen und fast gänzlich aufgerieben, ein zweites geriet, März 1876, samt einem Sohne des Khedive in Gefangenschaft, in einer dritten Niederlage verloren die Agypter ihr sämtliches Geschütz. Zu diesem äußeren Mißerfolge gesellte sich die Finanzzerrüttung im Inneren, die notwendige Folge von Ismails Verschwendung und dem neuerlangten, vom Bucher ausgebeteten Rechte, Anleihen zu machen. Diese Geldverlegenheit des Khedive benutzte England, um in Voraussicht des damals unvermeidlich scheinenden Zusammenbruchs der Türkei ihm seine 177 000 Suezkanalaktien für vier Millionen Pfund abzukaufen, schickte ihm auch, um in die bodenlose Finanzverwaltung Ordnung zu bringen, auf seine Bitte den Generalzahlmeister Cave nebst anderen Beamten, aber ohne dadurch eine Besserung zu erreichen. Zuletzt half sich der Khedive, indem er die Zahlung der Zinsen der Staatsschuld sowie der Daira, d. h. seines Privatbesitzes, suspendierte, beide in eine siebenprozentige Staatsschuld verschmolz und für diese eine Tilgungskasse errichtete, der als Garantie für die Gläubiger europäische Kommissare beigegeben waren. Allein die Gläubiger klagten und der neue internationale Gerichtshof verurteilte die Daira zur Zahlung der vollen Zinsen und verhing, als der Khedive protestierte und die Vollstreckung des Urteils zu hindern suchte, die Sequestration über den vizeköniglichen Palast zu Kamleh. Die auf die Forderung Englands und Frankreichs unter Lesseps Vorsitz niedergesezte Kommission, welche Mittel zur dauernden Besserung der ägyptischen Finanzlage aufsuchen sollte, erklärte dieses Ziel nur dann für erreichbar, wenn der Khedive, der Besitzer und Bewirtschafter des größten Teiles vom nutzbaren Boden, diesen seinen gesamten Grundbesitz an den Staat abtrete und keine Steuer ohne Gesetz aufzulegen sich verpflichtete. Beides ging der bedrängte Ismail ein, er überwand sich sogar, in das neue von Nubar Pascha, August 1878, gebildete Ministerium als Finanzminister den Engländer Wilson und für die öffentlichen Arbeiten den Franzosen Blignières aufzunehmen. Nur war mit dieser Neuerung weder dem Lande gedient, denn die fremden Minister dachten mehr an die Befriedigung der europäischen Gläubiger als an das Wohl der Bevölkerung, noch auch dem Khedive, der es unerträglich fand, nicht mehr nach Belieben in die Verwaltung eingreifen zu dürfen, sondern nur Vollstrecker der Beschlüsse des Ministerrates zu sein, den er früher ganz willkürlich behandelt hatte. Er versuchte sich durch einen Soldatenaufstand und, da dieser mißlang, durch die eigenmächtige Aufhebung der internationalen

Finanzkontrolle (Dekret vom 22. April 1879) der lästigen Fessel zu entledigen. Allein sofort erließ der deutsche Reichskanzler gegen diese offene und direkte Verletzung der übernommenen internationalen Verpflichtungen einen energischen Protest, sprach dem Dekret jede rechtsverbindliche Kraft ab und machte den Khedive für alle Folgen seines rechtswidrigen Verfahrens verantwortlich. So klein die Zahl der deutschen Staatsgläubiger Ägyptens war, so sollte doch die Note daran erinnern, daß die Zeiten vorüber seien, wo der Deutsche im Auslande fremder Willkür schutzlos preisgegeben war. In London und Paris, wo man sich gewöhnt hatte, Ägypten ganz als eigene Domäne anzusehen, erregte sie große Betroffenheit, doch schlossen sich sämtliche Großmächte dem deutschen Proteste an, und da der Khedive den Rat, freiwillig abzutanken, nicht befolgte, entsetzte ihn der Sultan auf Verlangen derselben. Sein Nachfolger wurde unter Zurücknahme mehrerer der 1873 gemachten Zugeständnisse sein ältester Sohn Tewfik, ein indolenter Charakter, der sich die Bevormundung durch die Vertreter der Westmächte willenlos gefallen ließ. An die Stelle der Ausfugung durch den einheimischen Despoten trat damit die durch einen Schwarm auswärtiger Beamter, meist Leuten zweifelhafter Vergangenheit; sie erregte in der Bevölkerung einen erbitterten Fremdenhaß, der durch die auf Betrieb der Generalkontrollen beschlossene Herabsetzung des Heeres von 50 000 auf 15 000 Mann seinen Gipfel erreichte. Um den Obersten Arabi bildete sich eine Nationalpartei, welche den Satz „Ägypten für die Ägypter“ auf ihre Fahne schrieb und September 1881 durch einen Soldatenaufstand die Entlassung des Ministeriums, die Vermehrung der Armee und die Gewährung einer Verfassung mit einer Notabeln- (später Delegierten-) Versammlung extrokte. Arabi wurde trotz des Protestes der Generalkonsuln Kriegsminister und der Khedive unterzeichnete ein organisches Gesetz, nach welchem neue Steuern nur unter Genehmigung der Notabelnversammlung erhoben werden dürfen.

Dieses Erwachen der eingebornen Opposition kam den Westmächten sehr ungelegen. Durch eine Note vom 6. Januar 1882 versicherten sie den Khedive ihrer Unterstützung gegen innere Bedrohungen, vermehrten aber dadurch nur die Erbitterung gegen ihren Schützling, zumal auch der Sultan sich jetzt regte und in London und Paris eine Note überreichen ließ, in welcher er daran erinnerte, daß Ägypten ein integrierender Teil des osmanischen Reiches sei, daher die Westmächte nur durch seine Vermittelung mit Ägypten verkehren könnten. Arabi arbeitete bereits ganz offen an Tewfiks Sturze. Aber auch zwischen den Westmächten bestand keine Übereinstimmung. Gambetta, damals Ministerpräsident, drängte auf eine bewaffnete Intervention Frankreichs und Englands, aus der, wie er hoffte, sich ein Revanchekrieg gegen Deutschland entwickeln sollte; gerade dieser wünschte eben deshalb Lord Granville auszuweichen und an ihre Stelle eine europäische Aktion zu setzen, falls aber ein militärisches Einschreiten nötig sei, den Sultan damit zu beauftragen, was Bismarck von vornherein als das einzig Korrekte bezeichnet hatte,



um zu verhindern, daß Agypten für die Westmächte ein Schleswig-Holstein werde und daraus eine Gefährdung des Weltfriedens entstehe. Auch Freycinet, Gambettas Nachfolger, dachte nicht viel anders als dieser, er war nur vorsichtiger. Während noch die Unterhandlungen mit den übrigen Mächten schwebten, brachte er Granville zur Einwilligung in die Abfindung eines englisch-französischen Geschwaders nach Alexandria zum Schutz des Khedives und der Europäer; der Protest des Sultans, seine Forderung, das Geschwader zurückziehen, blieben unberücksichtigt. Die beiden Generalkonsuln überreichten ein Ultimatum: Entfernung Arabis aus Agypten und Entlassung des Ministeriums; wo nicht, würden sie ihre Forderungen durch Gewaltmaßregeln erzwingen. Tewfik, froh seine nationalen Dränger los zu werden, gab ohne weiteres nach. Die Nationalpartei dagegen, unterstützt von dem erwachenden religiösen Fanatismus, ließ sich nicht einschüchtern; sie glaubte nicht, daß die beiden Mächte Ernst brauchen würden. Sie ertrug von dem Khedive durch die Androhung seiner Verhaftung und Absetzung die Wiedereinsetzung Arabis als Kriegsminister. Damit war Arabi thatsächlich Herr im Lande.

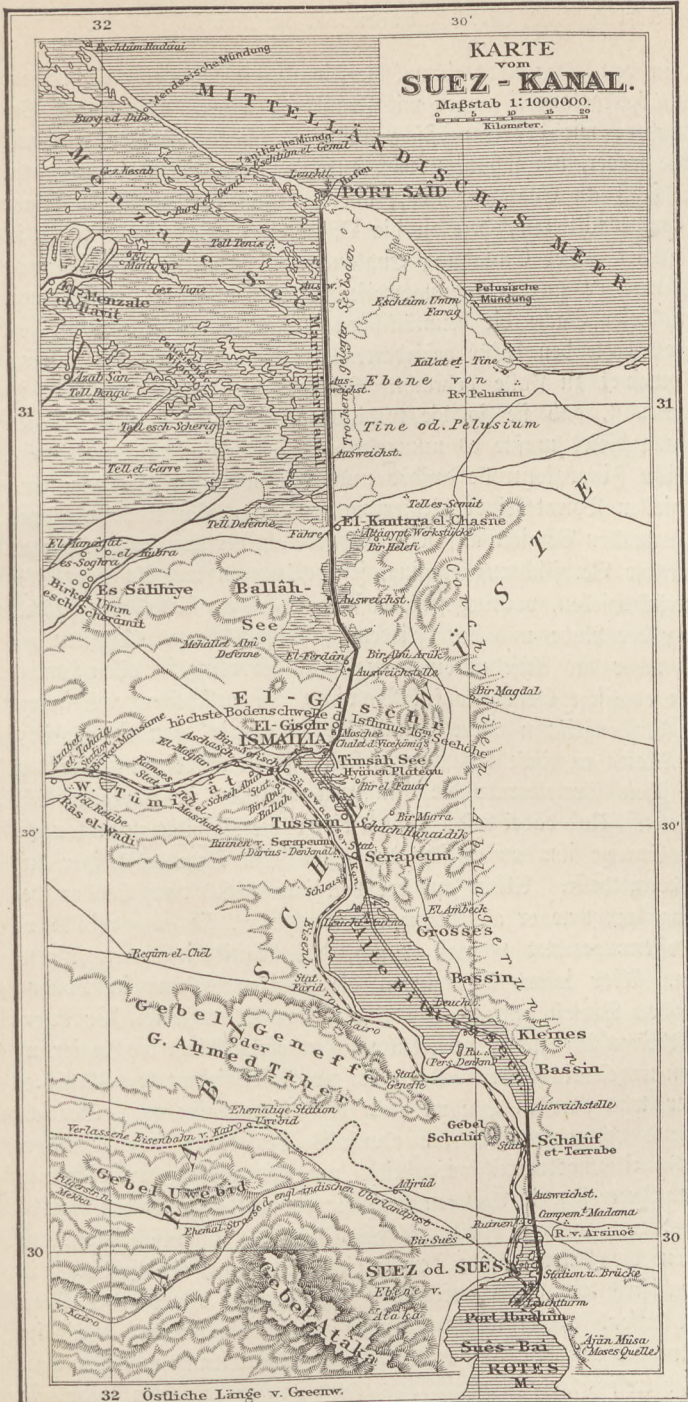


Lord Granville. Nach Photographie.

In dieser Verwirrung machte Frankreich den Vorschlag zu einer Botschafterkonferenz in Konstantinopel. Alle waren hier bereit, die Pforte mit der Intervention in Agypten zu betrauen; allein der Sultan lehnte es ab, für eine Regierungshandlung auf seinem eigenen Territorium ein Mandat des Auslandes anzunehmen; lieber erfüllte er die Bitte um Abfindung eines Kommissars, welche sowohl der Khedive als auch die Nationalpartei an ihn richteten. Er bestimmte dazu den Marschall Derwisch Pascha, denselben, der 1880 gegen die aufständischen Albanesen Energie und Takt bewiesen hatte. Da aber geschah es, daß in Alexandria die Volkswut alle Bemühungen der Diplomatie gewaltfam durchbrach. Ein Streit, in welchem ein Europäer einen Araber getödet haben sollte, artete, 11. Juni, zum Aufruhr aus. Zu-

grimmig stürzte sich der eingeborene Pöbel auf das Fremdenquartier, plünderte und mordete dort, unter Beihilfe der Polizei selbst, fünf Stunden lang, bis das Militär dem Blutbade ein Ende machte. 49 Europäer sollen getötet, 86 verwundet worden sein. Die Flotte, die erst durch ihr Erscheinen den nationalen Fanatismus aufgestachelt hatte, that nicht das Geringste, um die Schlachtopfer desselben zu schützen. Eine allgemeine Panik ergriff die Europäer; was konnte, flüchtete auf die Schiffe, über 40 000 verließen Agypten. Die Entfernung so vieler wohlhabenden Familien machte Tausende von Eingeborenen brotlos, Handel und Wandel stockten, Anarchie überall; ein Ministerium gab es nicht mehr, thatsächlicher Diktator war Arabi. Ihn berief jetzt der Sultan nach Konstantinopel, und als er nicht gehorchte, verlieh er ihm, ein echtes Beispiel orientalischen Känkespiels, seinen höchsten Orden. Je länger und zweideutiger aber die Pforte zauderte, die Wiederherstellung der Ordnung selbst in die Hand zu nehmen, um so energischer ging die britische Regierung vor. Handelte es sich doch um das Ansehen Englands in der Welt des Islam, das unheilbar geschädigt war, wenn das Mordfest vom 11. Juni ungerächt blieb, um den Schutz der englischen Interessen, bei dem Gladstone sicher war, die Stimme des ganzen Landes für sich zu haben. Vor dem Parlament kleidete er diese Politik in die besser klingenden Worte: „Agypten ist das große Thor zwischen der westlichen und der östlichen Hemisphäre. Der Welthandel hängt von dem Durchgang durch dieses Thor ab, mehr noch als von irgend einem andern einzelnen Fleck, den man auf der Oberfläche der Erde bezeichnen könnte. Es ist für die Industrie und den Verkehr der Menschheit notwendig, daß dieses Thor offen ist, und damit es das bleibt, ist es nicht minder notwendig, daß das Land, in welchem es liegt, ein friedliches und unter einer gesetzlichen Regierung befindliches ist.“ Als Frankreich, wo die öffentliche Meinung gegen jedes entfernte Abenteuer war, um alle Kraft für den Revanchekrieg beisammenzuhalten, ein gemeinschaftliches Einschreiten ablehnte, sein Geschwader den Hafen von Alexandria verließ und die Kriegsschiffe der übrigen Nationen diesem Beispiel folgten, erklärte er, England habe infolge dieser Ablehnung seine volle Aktionsfreiheit wiedergewonnen. Da Arabi der Aufforderung, die zur Befestigung von Alexandria unternommenen Arbeiten einzustellen, nicht nachkam, eröffnete Admiral Seymour am 11. Juli das Feuer gegen die Forts, welches zugleich einen großen Teil der Stadt selbst in Asche legte. Die abziehenden Truppen und der Pöbel halfen das Werk der Zerstörung vervollständigen. Arabi, obgleich nunmehr vom Sultan als Rebell erklärt und vom Ahehive seines Postens entsetzt, schaltete im Lande als unumschränkter Gebieter und verkündigte den Krieg bis aufs Messer gegen die Ungläubigen. Aber den großen Worten entsprachen die Thaten wenig. Von General Wolseley, der seinen Namen schon 1873 durch den glücklichen Feldzug gegen die Ashantis bekannt gemacht und jetzt mit seinem auf 28 000 Mann verstärkten Expeditionskorps rasch den ganzen Suezkanal in seinen Besitz gebracht hatte, ließ er sich, am 13. September, in den Verschanzungen





C. Opitz, Geogr.-artist. Anstalt, Leipzig-Neust.

G. Grote'sche Verlagsbuchhandlung, Berlin.

von Tel-el-Kebir über-raschen und sein Heer nach kurzem Kampfe zerspren-gen. Arabi ergab sich in Kairo. Die über ihn ver-hängte Todes-strafe wurde in lebensläng-liche Verban-nung verwan-delt, die er in Ceylon verbüßte.

Schwieri-ger war je-doch die Be-antwortung der Frage, was nun? Der ein-fachen Lösung, dem Sultan, als Ober-lehns Herrn die Wiederher-stellung der Ordnung zu überlassen, legte Eng-land, das sich aus der ein-mal gewon-nenen Stel-lung am Nil verdrängen zu lassen nicht die geringste Lust hatte, alle erdenklichen

Schwierigkeiten in den Weg; nicht einmal die Finanzkontrolle wollte es, einmal in Besitz des Landes gelangt, länger mit Frankreich teilen. Nicht ohne Behagen sah es daher, wie der französische Ministerpräsident Freycinet mit seiner Politik, die weder, um sich nicht vom europäischen Konzert zu entfernen, unbedingten Anschluß an England, noch, um sich nicht in den Augen seiner Landsleute zu kompromittieren, den an die Ostmächte wagte, immer tiefer in eine Sackgasse geriet. Der Einladung Englands zu gemeinsamer Besetzung des Suezkanals war er nur bedingungsweise beigetreten, aber die Kammer, die auch hinter dieser Sache die heimtückischen Anschläge des bösen deutschen Kanzlers witterte, hatte den dafür geforderten Kredit verweigert und dadurch das Kabinett Freycinet zu Falle gebracht. Immer nur „nach dem Loche in den Vogesen stierend“, gab sie so die traditionelle Stellung Frankreichs im Mittelmeer preis und dieses mußte es nunmehr geschehen lassen, daß der Khedive die gemeinschaftliche Finanzkontrolle aufhob und den Engländer Colvin zum alleinigen finanziellen Beirat seiner Regierung ernannte. Frankreich verstand sich sogar zum formellen Verzicht auf seinen Anteil an der Kontrolle, wogegen England die wertlose Verpflichtung einging, seine Truppen mit Anfang 1888 aus Ägypten zurückzuziehen, vorausgesetzt, daß es nach dem Urteil der Mächte ohne Gefährdung der Ruhe und des Friedens geschehen könne. Ägypten gewann mehr und mehr das Ansehen einer englischen Provinz; in allen Hauptfragen führte der englische Generalkonsul Baring die entscheidende Stimme; an der Spitze der englischen Armee und Gensdarmen standen englische Offiziere, 6000 Mann englische Truppen hielten das Land besetzt. Nur daß unter dem englischen Protektorate die Finanzen vollends in unergründliche Verwirrung gerieten. Und dabei besaß Gladstone die Naivität zu verlangen, daß das übrige Europa ihm auf Kosten der ägyptischen Staatsgläubiger aus diesem Wirrsal heraushelfe. Allein auf der von ihm 1884 nach London berufenen Konferenz begegnete er allgemeinem Widerstande, sie ging resultatlos auseinander. Dessenungeachtet vermaß er sich, das Liquidationsgesetz suspendieren zu lassen. Aber sofort überreichten die übrigen Mächte in London einen gleichlautenden Protest gegen diesen finanziellen Staatsstreich, der internationale Gerichtshof zu Alexandria verurteilte auf erhobene Klage die Regierung des Khedive wegen ungesetzlicher Verwendung der zur Befriedigung der Gläubiger bestimmten Gelder, was aber in London mehr als dies alles verdroß, Deutschland und Rußland verlangten für sich ebenfalls Vertretung in der internationalen Schuldentilgungskommission. Nicht um den Schutz der doch nur geringen deutschen Interessen in Ägypten handelte es sich dabei für den Reichskanzler in erster Reihe, sondern darum, England für die Unwillfährigkeit, mit der es sich gegen die Anerkennung der Gleichberechtigung Deutschlands in kolonialen Fragen sträubte, das Gewicht von Deutschlands Wohl- oder Übeln fühlen zu lassen. „Wir würden,“ sagte er am 10. Januar 1885 im Reichstage, „wenn die englische Regierung sich die Beurteilung mancher ihrer Untertanen in betreff unserer Kolonialpolitik vollständig aneignen sollte, in



anderen Fragen, die England nahe interessieren, kaum im Stande sein, ohne Mißbilligung von Seiten der deutschen Bevölkerung die englische Politik zu unterstützen. Wir würden vielleicht genötigt sein, diejenigen, die ohne es zu wollen, Gegner von England sind, zu unterstützen und irgend ein *do ut des* herzustellen.“ Am Nil verteidigte Fürst Bismarck die deutschen Interessen in Kamerun und Zanzibar. Das Mittel schlug vortrefflich an. Sobald die Verständigung wegen der Kolonien zwischen Deutschland und England angebahnt war, gelangte die Finanzkonvention, 17. März, zum Abschluß, wonach die neu aufzunehmende ägyptische Anleihe nicht unter die Bürgschaft Englands, sondern unter die sämtlicher Großmächte gestellt wurde. Zwar wurde Gladstone noch einmal rückfällig, indem er die in der Konvention Ägypten gewährten finanziellen Erleichterungen eigenmächtig vorweg zu nehmen versuchte; aber sofort fuhr Bismarck mit seinem Proteste dazwischen, Frankreich, Oesterreich und Rußland schlossen sich an und beschämt mußte die englische Regierung den voreiligen Schritt rückgängig machen. Erst nachdem Salisbury die Leitung des auswärtigen Amtes übernommen und befriedigende Erklärungen über die Kolonialfrage abgegeben hatte, schwanden die Schwierigkeiten, welche Deutschland bezüglich der Konvention vom 17. März erhoben hatte, und willigte die Reichsregierung in die Ausgabe der ägyptischen Anleihe.

Die Herrüttung, der Ägypten verfallen war, benutzten die Provinzen Darfur und Kordofan, um die Herrschaft des Khedive ganz abzuwerfen. Der Haß gegen diese, neuerdings noch verstärkt durch das Verbot des Sklavenhandels, verschaffte dort dem Muhamed Achmed, der als Mahdi, d. h. als Abgesandter Allahs, um das Werk des Propheten zu vollenden, auftrat, großen Anhang, der nach seinen ersten Erfolgen gegen die Ägypter reißend wuchs. El Obeid in Kordofan bezwang er durch siebenmonatliche Aushungerung. Der vom Khedive zum Oberbefehlshaber gegen ihn ernannte Hicks Pascha fand bei dem Versuche in Kordofan einzubringen nach dreitägigem Kampfe, 3.—5. November 1883, mit seiner ganzen Armee den Untergang. Gleichzeitig wurde eine andere ägyptische Abteilung bei Suakim am Roten Meere von Beduinen angegriffen und geschlagen. Ganz Sennaar schloß sich dem Aufstand an. Bestürzung herrschte in Kairo; besonders fürchtete man für die in Chartum befindlichen Europäer. Baker Pascha, früher Gouverneur des Sudan, erhielt den Auftrag, zu ihrem Schutze dahin vorzudringen, aber es fehlte ihm an Truppen, um die Straße von Suakim aus auch nur bis Berber frei zu machen. Bei dem Versuche, das von Osman Digma, dem unermüdblichen Parteigänger des Mahdi, belagerte Sinkat und Tokat zu entsetzen, holte er sich, 4. Februar 1884, beim Brunnen El-Teb eine Schlappe; erst bei Tamanieh wurden Osman Digma's fanatisierte Scharen am 12. März nach heißem Kampfe zurückschlagen. Unstreitig fiel England, nachdem es sich einmal zum Herrn Ägyptens gemacht hatte, die Pflicht zu, nicht bloß dieses Land selbst zu schützen, sondern auch den Sudan zu behaupten. Aber mit einer so schwierigen Aufgabe sich zu

beladen, hatte Gladstone nicht die mindeste Lust. Mit einer Leichtfertigkeit, von der die Geschichte wenige Beispiele kennt, riet er dem Rhedive einfach, den Sudan aufzugeben; der aber mochte nicht „die Hintertür seines Hauses, das große Portal, durch welches in Zukunft der Reichtum des äquatorialen Afrikas hereinströmen“, ebensogut aber jetzt die mahdistische Bewegung sich über Agypten ergießen konnte, preisgeben. Nun wurde General Gordon, auch früher Gouverneur des Sudans und jetzt eben im Begriff, im Auftrage des Belgierkönigs die Führung einer Kongoexpedition zu übernehmen, zum Retter des Sudans ausersehen. Das persönliche Ansehen, welches der tapfere und fromme



General Gordon. Nach Photographie.

Mann sich dort erworben, galt für so groß, daß man es für ausreichend hielt, um den Mahdi unschädlich zu machen. Er begab sich nach Chartum, aber weder daß er den Mahdi als Herrn von Kordofan anerkannte, noch daß er die in dem englisch-ägyptischen Vertrage von 1877 auf 1889 festgesetzte Frist für Abschaffung des Sklavenhandels ins Unbestimmte verlängerte, machte den erhofften Eindruck. Er sah sich in Chartum bald von feindlichen Scharen eingeschlossen und von jeder Verbindung mit Agypten

abgeschnitten, ohne daß die englische Regierung irgend etwas zu seiner Unterstützung that. Dennoch wehrte er sich tapfer, eroberte selbst Berber wieder und endlich entschloß sich die Regierung doch, unter Wolseley eine Expedition zu seiner Befreiung abgehen zu lassen. Aber ehe diese sich durch die von Derwischen fanatisirten Scharen der Eingeborenen den Weg zu ihm gebahnt hatten, war Gordon seinem Verhängnis erlegen. Zwei Tage, bevor Wolseleys Vorhut in die Nähe von Chartum kam, war die Stadt durch Verrat in die Hände des Mahdi gefallen und in dem allgemeinen Gemetzel auch Gordon getötet worden, und da inzwischen die Verwickelungen mit Rußland in Afghanistan eingetreten waren, gab Gladstone den Vormarsch nach Chartum gänzlich auf. An beiden Stellen hatte seine Politik kläglich Bankerott



gemacht. Ein Glück für die Engländer, daß der Mahdi gerade in dem Augenblicke, wo er sich rüstete, den Aufstand nach Ägypten hineinzutragen, vom Tode weggerafft wurde. Die Anarchie, der der Sudan unter dem neuen Mahdi Abdullah verfiel, schützte Ägypten vorläufig von dieser Seite, aber von einer Räumung des Landes durch die Engländer war nicht mehr die Rede. Nur Emin Pascha (Ed. Schnitzler aus Schlesien) behauptete sich tapfer in Wadelai als Gouverneur der ägyptischen Äquatorialprovinz, bis Stanley 1889 vom Kongo aus bis zu ihm durchdrang und ihn wider seinen Willen mit sich nach Banzibar führte.

War somit den Engländern der Sudan unerreichbar geblieben, so hatte doch der natürliche Trieb ihres Handelsinteresses, sich an Stelle der mit Konkurrenz überfüllten Märkte neue zu eröffnen, sie schon seit geraumer Zeit dazu geführt, ihren übrigen afrikanischen Besitzungen eine möglichst große Ausdehnung zu geben.



Dr. Schnitzler-Emin Pascha. Nach Photographie.

Die Regierung verfuhr dabei nach dem Programm des 1866 gegründeten Cobdenklubs: „Unser einziger Zweck ist das Interesse Englands ohne Rücksicht auf die Ziele anderer Nationen.“ Im Jahre 1873 zog der Vertrag mit den Niederlanden, durch welchen diese ihre Besitzung an der Goldküste Elmina abtraten, wogegen England auf das Protektorat in Sumatra verzichtete, einen Krieg mit dem tapferen Negervolke der Aschantis nach sich, deren König sich dadurch in seinen Rechten gekränkt fühlte. General Wolseley erreichte trotz aller Schwierigkeiten, die sich seinem Vormarsche entgegenstellten, Februar 1874 die feindliche Hauptstadt Kumasi und erzwang durch deren Zerstörung den Frieden, in welchem der König die Abschaffung der greulichen

Menschenopfer zusagte. Die sämtlichen britischen Besitzungen in dieser Gegend wurden zu einer „Goldküstenkolonie“ vereinigt. Den Sultan von Zanzibar nötigte 1873 eine Flottendemonstration, dem von ihm schwunghaftest betriebenen Sklavenhandel zu entsagen. Kaum irgendwo anders jedoch ist die britische Selbstsucht und Brutalität unverhüllter hervorgetreten, als in dem Verfahren gegen die Transvaalrepublik, welche 1848 von den aus dem Kaplande ausgewanderten Boeren gegründet worden war. Sobald Transvaal mit Portugal wegen des Baues einer Eisenbahn nach der Delagoabai in Unterhandlung trat, durch welchen die Ausfuhr des Freistaates von ihrem bisherigen Wege nach Natal abgelenkt worden wäre, ergriff England den ersten besten Vorwand, um ihn 1877 einzuverleiben und das Kapland, Natal, Transvaal und die Oranjerepublik zu einer „Südafrikanischen Konföderation“ zu vereinigen. Der Gouverneur Sir Bartle Frère, welcher der neuen Erwerbung durch Unterwerfung der Zululaffern die Verbindung mit der Küste eröffnen wollte, stieß bei diesem Volksstamm auf einen unerwartet hartnäckigen Widerstand. Eine Kolonne unter Lord Chelmsford geriet 22. Januar 1879 in einen Hinterhalt bei Isandula und wurde fast vollständig aufgerieben. In diesen Kämpfen war es, wo bei einer Rekognoszierung Prinz Napoleon am 1. Juni unter den Speeren der Zulus sein junges Leben verlor. Erst nachdem General Buller mit Verstärkungen eingetroffen, wurden die Zulus am 4. Juli bei Ulundi geschlagen, worauf sich ihr König Cetewayo ergab. 1882 wurde Cetewayo über einen Teil seines Gebietes wieder eingeseßt, bald aber von einem Nebenbuhler vertrieben, starb er als Flüchtling bei den Engländern. Diesen Kaffernkrieg benutzten die Boers in Transvaal, um das verhasste englische Joch abzuschütteln. Sie wählten Krüger zum Präsidenten der Republik, schlugen die Engländer mehrmals zurück, erstürmten am 27. Februar 1881 den von diesen besetzten Majubaberg, wobei General Colley fiel, und erkämpften sich heldenmütig ihre Unabhängigkeit zurück. In dem am 4. August geschlossenen Vertrage verblieb der Krone Englands nur eine gewisse Suzeränität über die Republik. Präsident Krüger kam 1883 nach England, um noch einige Einschränkungen derselben zu erreichen, besuchte auch Berlin, wo er mit besonderer Auszeichnung empfangen wurde und mit Deutschland einen Handelsvertrag schloß. 1884 verzichtete England ganz auf die Suzeränität über Transvaal, welches nun den Namen „Südafrikanische Republik“ annahm. Aus dem von Dinizulu, Cetewayos Sohn, abgetretenen Gebiete wurde ein neuer Boerenstaat, die „Nieuwe Republik“, gebildet, wogegen die Engländer das ganze Gebiet zwischen der Südafrikanischen Republik und dem Molopoflusse als „Britisch-Betschuanaland“ unter ihre Botmäßigkeit brachten.

Die orientalische Frage hatte sich mehr und mehr zu einer Aufteilung zweier großer Erdteile, Asiens und Afrikas, erweitert. Von dieser nicht ausgeschlossen zu bleiben, fühlte sich Frankreich um so stärker aufgefordert, als die Erweiterung des Kolonialbesitzes als ein wenn auch schwacher Ersatz für den nie zu verschmerzenden Verlust von Elsaß-Lothringen gelten konnte. Die Er-



werbungen am Senegal und Guineabufen genügten dazu nicht. Um so besser aber eignete sich dazu Tunis, auf das die Franzosen schon längst ein begehrliches Auge geworfen hatten. Kein anderes Gebiet schmeichelte so sehr ihrem Traum von einem großen nordafrikanischen Kolonialreiche, von der Ver-



Lord Wolseley. Nach Photographie.

wandelung des Mittelmeeres in eine französische See. Daß die Pforte Tunis als einen Teil ihres Reiches betrachtete, erschien so wenig als Hindernis wie das gleiche bei der Besitznahme von Algier im Jahre 1830; vielmehr spornte die wohlbekanntete Sehnsucht Italiens nach derselben Beute, die italienische Konkurrenz, welche dort die französische zu überflügeln drohte, zur Eile. Ge-

schickt hatte auf dem Berliner Kongreß der Vertreter Frankreichs, Waddington, die allgemeine Verblüffung über die Besitznahme Cyperus durch England benutzt, um sich im voraus die Einwilligung der übrigen Mächte mit Ausnahme Italiens zur Annexion von Tunis durch Frankreich zu sichern. Ein schießlicher Anlaß fand sich leicht in den Einfällen des dem Bei von Tunis dem Namen nach unterworfenen Beduinenstammes der Krumir in das algierische Grenzgebiet. General Bréard nötigte den schwachen Bei zu dem Vertrag von Bardo am 12. Mai 1881, wonach er die Verwaltung der Regentschaft ebenso wie alle wichtigen Plätze den Franzosen einräumte und den Verkehr mit fremden Mächten ausschließlich dem französischen Ministerpräsidenten überwies, was der Einverleibung in Frankreich fast gleichkam. England, mit den ägyptischen und afghanischen Schwierigkeiten beladen, mußte wohl oder übel diese Besitzergreifung geschehen lassen, Bismarck sah diese Ablenkung des französischen Thätigkeitsdranges gar nicht ungern und bewog selbst die Pforte, von der beabsichtigten Flottensendung nach Tunis abzusehen. Wohl aber mußten die Franzosen einen Aufstand der durch das Geschehene fanatisch aufgeregten Berbernstämme, der sich unter dem Scheich Bu-Amema bis in die Provinz Dran verpflanzte, niederwerfen und selbst die heilige Stadt Kairwan erobern, ehe sie sich ganz als Herren in Tunis fühlen konnten.

Zweifelhafteren Erfolges war die Expedition gegen Madagaskar im Jahre 1882, wo die Franzosen schon seit den Zeiten Ludwigs XIV. her gewisse, thatsächlich allerdings niemals geübte Herrschaftsrechte zu besitzen behaupteten. Anlaß, diese alten, durch einen Vertrag von 1841 aufgefrischten Ansprüche gegenüber dem den größten Teil der Insel begreifenden Reiche der Howas zu erneuern, boten verschiedene Beschwerden französischer Untertanen sowie die Zurückweisung der Forderung, die Erwerbung von Grundbesitz durch Fremde zu gestatten. Es wurden mit den wilden, der Howaherrschaft abgeneigten Sakalavastämmen Verbindungen angeknüpft, und als die Howaregierung die Auerkennung des französischen Protektorats über einen Teil der Küste verweigerte, schritt Admiral Pierre zur Beschließung mehrerer Küstenorte, zuletzt auch der zweitgrößten Stadt der Insel Tamatave. Daß er dabei den englischen Missionär und Konsul Shaw gefangen auf ein Kriegsschiff bringen ließ, erregte in England große Entrüstung; sie zu beschwichtigen, konnte Frankreich nicht umhin, den Gefangenen schleunigst in Freiheit zu setzen und mit tausend Pfund Sterling zu entschädigen. Ins Innere von Madagaskar vorzudringen vermochten die Franzosen nicht und darum auch nicht etwas Entscheidendes gegen die Howas auszuführen. Des opferreichen Abenteurers müde, waren sie froh, Dezember 1885 mit der Königin Ranavalona III. einen Frieden schließen zu können, der ihnen außer einer Kriegskostenentschädigung wenigstens den Schein einer Schutzherrschaft zugestand.

Schwerlich würde sich Frankreich in Madagaskar mit einem so bescheidenen Erfolge begnügt haben, wenn es nicht gleichzeitig an einer anderen Stelle, in Hinterindien, in ein wichtigeres, aber auch weit schwierigeres Kolonialunter-



nehmen verstrickt gewesen wäre. Seine Festsetzung in diesem fernen Erdwinkel datierte aus den Tagen des zweiten Kaiserreiches. Durch den fast vier Jahre lang im Bunde mit Spanien gegen Anam geführten Krieg hatte Napoleon III. die Provinzen Cochinchina und Cambodscha oder Saigon erworben. Vom neuem geriet die Republik in Krieg mit Anam, als sie, um sich durch den Besitz des Roten Flusses den Weg nach dem Innern Chinas zu öffnen, 1873 Hanoi besetzte. Hier lernten die Franzosen zum erstenmale die „Schwarzflaggen“ kennen, die Reste der aufständischen Taiping, die im Delta dieses Flusses eine Art selbständigen Räuberstaates gegründet hatten und jetzt im Dienste des Königs Tuduc von Anam kämpften. Durch den Vertrag vom 15. März 1874 unterwarf sich der König dem französischen Protektorat. Allein gegen diese Abmachung erhob China unter Berufung auf seine Oberhoheitsrechte über Anam Protest, und dadurch sah sich Frankreich in eine Verwicklung hineingezogen, von deren Tragweite man in Paris schwerlich eine richtige Vorstellung hatte: sonst würde die Regierung nicht den von Bourrée, ihrem Gesandten in Peking, abgeschlossenen Vertrag, dessen Grundlage die Anerkennung von Chinas Oberhoheit und die Beschränkung des französischen Protektorats auf einen Teil von Tonkin war, verworfen haben. Ebensovienig führten die mit dem Gesandten des Kaisers von China in Paris, dem Marquis Tseng, geführten Unterhandlungen zum Ziele; denn der neue dem Nachfolger Tuducs Hiep Hoa durch die Erstürmung seiner Hauptstadt Hué aufgenötigte Vertrag, der das Vasallenverhältnis Anams zu Frankreich noch schärfer faßte als der erste, wurde chinesischerseits ganz unannehmbar befunden. Ohne daß eine förmliche Kriegserklärung erfolgt war, hatten die Franzosen bereits zu spüren bekommen, daß hinter Lin=Huen=Fu, dem Führer der Schwarzflaggen, China stand. Kommandant Rivière wurde in Hanoi, das er das Jahr zuvor genommen, eingeschlossen und bei einem Ausfall getötet, seine Abtheilung geschlagen, am 15. August erlitt General Bouet bei einer Reconnozirung eine neue Niederlage. Verstärkungen wurden nötig, um die verpfändete Ehre der französischen Fahne einzulösen; auch wurde, um den fortwährenden Zwistigkeiten zwischen den einzelnen Befehlshabern ein Ende zu machen, Admiral Courbet mit dem alleinigen Oberbefehl bekleidet. Dieser erstürmte 16. Dezember 1883 Sontai, am 12. März 1884 der unterdes mit Verstärkungen angelangte General MilLOT Baceninh. Beide Städte waren von Chinesen besetzt, aber obgleich Tseng den Angriff auf sie für Kriegsfall erklärt hatte, erfolgte doch keine Kriegserklärung, sondern, nachdem sich die Franzosen durch die Einnahme von Hanghoi zu Herren des ganzen Roten-Fluß-Deltas gemacht hatten, verstand sich China zu dem für Frankreich außerordentlich günstigen Vertrag von Tientsin (11. Mai 1884), in welchem es sich verpflichtete, seine drei Grenzprovinzen dem französischen Handel zu öffnen und binnen drei Monaten einen Handelsvertrag mit Frankreich zu schließen. Dieser Vertrag in Verbindung mit einem neuen, den Yutuk, der Nachfolger des ermordeten Hiep Hoa, am 6. Juni zu Hué unterzeichnete, und einem dritten,

am 17. Juni mit dem König Norodom von Kambodscha abgeschlossenen berechtigten zu der Annahme, daß damit die Ruhe in der Kolonie wiederhergestellt sei.

Allein diese Hoffnung trog. Denn entrüstet über die Nachgiebigkeit des Unterhändlers, des Prinzen Kung, hatte die altchinesische Partei diesen gestürzt und die Bestätigung des Vertrages hintertrieben, und als General MilLOT ohne Ahnung von diesem Umschlag vorrückte, um Langson zu besetzen, wurde er von der chinesischen Übermacht mit Verlust zurückgeschlagen. Die Chinesen sprachen von einem Mißverständnis, die Franzosen von Verrat und Vertragsbruch und forderten dafür 250 Millionen Frank Entschädigung. Da diese verweigert wurde, erhielt Admiral Courbet Befehl, die Feindseligkeiten zur See zu eröffnen. Er bombardierte den Hafen Kelong auf Formosa, zerstörte das Arsenal von Futschu und die dort liegenden zehn Kriegsschiffe, alles ohne daß der Krieg erklärt gewesen, aber auch ohne daß trotz der wiederholten Kredite, welche die Expedition verschlang, ein entscheidender Erfolg erzielt worden wäre. Da der Kriegsminister Campenon, der von einem noch weiteren Vertiefen in den Krieg gegen China nichts wissen wollte, um nicht etwa dadurch die Mobilmachung für einen europäischen Krieg zu gefährden, deshalb zurücktrat, erhielt die Partei der energischen Kriegsführung im Kabinett das Übergewicht. Die Einnahme Kelongs sowie die von Langson und Hanoi durch General Négrier machte auch wirklich die Chinesen mürrisch. In Paris gepflogene Unterhandlungen führten zur Unterzeichnung eines Vorfriedens, der in der Hauptsache den von Tientsin erneuerte. Aber ehe aus Peking die Bestätigung desselben eintraf, kam aus Tonkin die Nachricht von einem schweren Unfall der französischen Waffen. General Négrier war beim weiteren Vordringen von Langson aus am 23. März von den Chinesen geschlagen und selbst schwer verwundet worden, sein Stellvertreter Oberst Herbinger hatte Langson aufgeben und unter Zurücklassung seines Geschützes den Rückzug nach dem Delta antreten müssen. Diese Hiobspost im dem Augenblicke, wo man eben des lästigen Kriegs ledig zu sein gehofft hatte, versetzte die Kammer in grenzenlose Aufregung. In blinder Wut stürzte sie das Ministerium Ferry; ganz ohne Not, denn am 4. April traf die Bestätigung des Vorfriedens aus Peking ein und am 9. Juni gelangte der Definitivfriede zum Abschluß. China erkannte darin Frankreich als Besitzer von Tonkin an, wogegen dieses auf jede Kriegsentschädigung verzichtete und die früher stets bestrittene Oberhoheit Chinas über Anam anerkannte; außerdem erhielt es gewisse Handelsvorteile eingeräumt, die auf Grund des Frankfurter Friedens auch Deutschland zu gute kamen. In Tonkin erneuerten sich jedoch die Kämpfe mit den Schwarzflaggen noch mehrmals, auch in Anam und Kambodscha kam es zu wiederholten Ausbrüchen des Christen- und Fremdenhasses, die ernste Züchtigungen erforderten.



## Siebentes Kapitel.

### Die auswärtigen Beziehungen des deutschen Reiches seit dem Berliner Kongreß und das Ende Kaiser Wilhelm's I.

Die tiefe Verstimmung, welche alle, am stärksten aber die höchsten Schichten des russischen Volkes erfaßt hatte über die im Vergleich zu den gebrachten Opfern so geringen Ergebnisse des letzten Krieges übte auf das Verhältnis Rußlands zu seinen Nachbarreichen, insbesondere aber zum deutschen, starke und lang andauernde Wirkungen aus. Vorliebe für Deutschland und deutsches Wesen hatte es dort niemals gegeben. Wäre es nach der Mehrheit der Russen gegangen, so würden sie 1870 den Deutschen in den Rücken gefallen sein; nur die Freundschaft Kaiser Alexanders II. gegen den König Wilhelm hatte damals das russische Schwert in der Scheide gehalten. Aber erst durch den Berliner Kongreß kam den Russen die veränderte Weltstellung, welche Deutschland 1871 gewonnen, zum vollen Bewußtsein und mit einer Art sittlicher Entrüstung wurden sie gewahr, daß das deutsche Reich nicht mehr jenes Preußen sei, das sich einst dem Zaren Nikolaus zu Füßen geworfen hatte. Seitdem widmete der Panславismus dem neuen Deutschland unverföhlichen Groll. Wie sich im Inneren das Moskowitertum leidenschaftlich gegen die deutschen Beamten, die deutschen Gelehrten, die deutschen Ideen erhob, welche seit anderthalb Jahrhunderten an der Europäisierung Rußlands gearbeitet hatten, so machte auch die russische Diplomatie die deutsche Reichsregierung für den durch ihren eigenen Fehler verschuldeten Mißerfolg in der orientalischen Frage verantwortlich und glaubte sich durch den ehrlichen Makler betrogen. Laut und leidenschaftlich ergoß die panslawistische Presse ihren Deutschenhaß in wüsten Kriegsbegehren. Fürst Gortschakow verfolgte zwar die vom Kaiser anbefohlene Politik des Friedens, aber widerwillig und in der Überzeugung, daß Rußland einen schweren Fehler begangen habe, als es die Niederwerfung Frankreichs zuließ. Ebenso wie der Kriegsminister Miljutin machte er aus seiner Vorliebe für Frankreich gar kein Geheimnis; er schickte sogar Agenten nach Paris, um ein russisch-französisches Bündnis anzubahnen. Allerdings bildete gegen diese Treibereien das dynastische Interesse des Kaisers ein starkes Gegengewicht, denn ein Krieg im Bunde mit dem revolutionären Frankreich gegen den stärksten Hort der Monarchie in Europa wäre für den

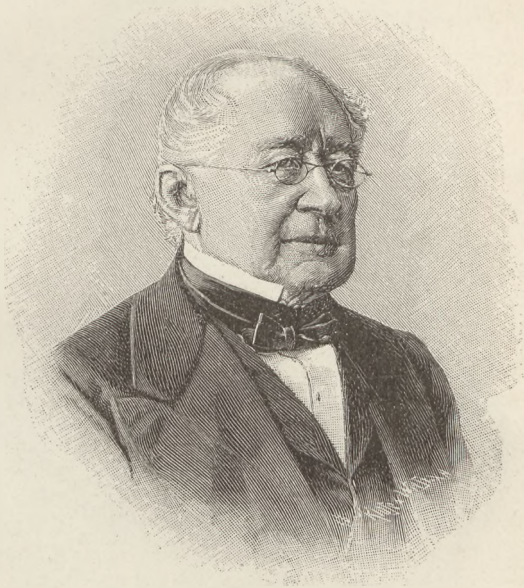
zarischen Absolutismus Selbstmord gewesen, aber die immer dichter werdenden Truppenansammlungen an der russischen Westgrenze legten die Erwägung nahe, wie lange wohl dieses Gegengewicht dem nationalen Drange werde Widerstand leisten.

Mit tiefer Betrübnis nahm Kaiser Wilhelm diese Abkehr eines alten Bundesgenossen wahr, mit dem er sich durch enge, ihm heilige Traditionen verknüpft fühlte; er begriff zugleich die Gefahr, die damit über dem deutschen Reiche heranzog. Sie zu beschwören, schickte er den Feldmarschall von Man-  
teuffel nach Warschau, um eine persönliche Zusammenkunft mit seinem Neffen verabreden zu lassen. Er trieb das Entgegenkommen so weit, daß er, auf der Reise zu den Manövern in Ostpreußen begriffen, sich zu ihm nach der russischen Grenzstation Alexandrowo begab. Die Zusammenkunft, am 3. und 4. September 1879, legte Zeugnis ab von den Beziehungen persönlicher Freundschaft, welche zwischen den beiden Herrschern bestanden, die Stellung und Stimmung der beiden Regierungen gegeneinander blieben die bisherigen und nach kurzer Pause fiel die russische Presse in den alten feindlichen Ton gegen Deutschland zurück. Bismarck aber hatte bereits weiter vorgebaut. „Im Jahre 1879,“ äußerte er später zu einem Mitarbeiter der Nowoje Wremja, „habe ich ein Dokument in Händen gehabt, an dessen Existenz ich niemals geglaubt hätte, wenn ich es nicht mit eigenen Augen gesehen hätte. Zu diesem Dokument war zweimal die Kriegsdrohung Rußlands wiederholt. Dieses Dokument entschied über meine Reise zu meinem Freunde Andraffy.“ Es zwang ihn zu der seit Jahrzehnten von ihm vermiedenen Option zwischen den beiden bisherigen Freunden zu schreiten. Von Gastein, wo er das Bad brauchte, begab er sich nach Wien. Er fand einen ausgezeichneten Empfang. Daß der Geist der Versöhnung hier dauernd Wurzel geschlagen hatte, bewies Österreichs am 11. Oktober 1878 gegebene Zustimmung zur Aufhebung des die Rezeption Nordschleswigs betreffenden Artikels des Prager Friedens, damit nicht etwa durch längeres Offenhalten dieser Frage die Einmischungslust dritter gereizt werde. Mit Andraffy und dessen bereits ernanntem Nachfolger Baron Haymerle verhandelte er ein Verteidigungsabündnis, welches, am 15. Oktober auf fünf Jahre abgeschlossen, für den Fall, daß eines der beiden Reiche von zwei Seiten zugleich angegriffen würde, das andere zur Hilfsleistung verpflichtete, ohne damit auszuschließen, daß die Hilfe auch bei einseitigem Angriffe stattfinden könne. Eigentlich hatte Bismarck, wie Andraffy fünf Jahre später den Delegierten mitteilte, die Absicht gehabt, dem Bündnis die Form eines Verfassungsgesetzes zu geben, das nur durch die Genehmigung der beiderseitigen Parlamente Gültigkeit hätte und nur mit deren Einverständnis aufgelöst werden könnte, ließ jedoch den Vorschlag fallen, als Andraffy ihn als unzweckmäßig bezeichnete, der sich von einem Parlament mit slawischer und klerikaler Mehrheit keine günstige Beurteilung des Bündnisses versprach. Große Mühe kostete es aber, den Kaiser Wilhelm zur Unterzeichnung eines Vertrags zu bewegen, der den Dreikaiserbund in einen



Zweikaiserbund verwandelte und möglicherweise gegen Rußland in Anwendung kommen konnte. Graf Stolberg, der Stellvertreter des Reichskanzlers, der im Auftrag des Ministeriums nach Baden-Baden ging, erreichte zwar seine Unterschrift, jedoch nur unter der Bedingung, daß nach Petersburg Mitteilung von dem Vertrage zugleich mit Betonung seines ausschließlich friedlichen Zweckes gemacht werde.

Der feste Zusammenschluß der beiden großen Militärmächte Mitteleuropas schuf innerhalb der schwankenden und unsicheren Beziehungen zwischen den entscheidenden Großstaaten ein Schwergewicht, welches Rußland für den Augenblick gänzlich isolierte, Österreich einen mächtigen Rückhalt gegen die Zettelungen des Panславismus gab und dem französischen Chauvinismus einen Dämpfer aufsetzte. So fand Kaiser Alexander III. die politische Lage vor, als ihn die Ermordung seines Vaters plötzlich auf einen Thron berief, den zu besteigen er keinen Ehrgeiz fühlte, und dessen Pflichten mit erdrückender Schwere auf ihm lasteten. Von geheimen Mörderbanden umlanert, die ihm nach wenigen Wochen das nämliche Schicksal wie seinem Vater ankündigten, von den Panславisten aufs neue nach der Balkanhalbinsel gezogen, von den einen zur Milde und Nachgiebigkeit, zu konstitutionellen Konzessionen beredet, von den anderen auf die Bahn der selbstherrlichen Gewalt, des starren Absolutismus zurückgedrängt, war er in seiner inneren Politik ebenso unsicher wie isoliert in der äußeren. Obgleich Gortschakow infolge zunehmender Altersschwäche sich mehr und mehr von der Politik zurückgezogen hatte, war doch der Tod des fünfundachtzigjährigen Staatsmannes, am 11. März 1881, ein Gewinn für den Frieden; denn in diesem Sinne fiel des Kaisers Entscheidung über seinen Nachfolger. Der neue Minister des Auswärtigen von Giers trat sein Amt mit der Erklärung an, die auswärtige Politik des Kaisers werde eine vollkommen friedliche sein, Rußland werde seinen Freunden treu bleiben, es werde seine durch die Traditionen geweihten Sympathieen unverändert behalten und gleichzeitig die freundschaftliche Haltung sämtlicher Staaten durch



Fürst Gortschakow. Nach Photographie.

Gegenseitigkeit erwidern. Dieser Ankündigung entsprach es, daß Kaiser Alexander am 9. September 1881 eine aus Furcht vor den Anschlägen der Nihilisten im tiefsten Geheimnis vorbereitete Zusammenkunft mit seinem Großsohn in Danzig veranstaltete. Es gelang dem Kaiser Wilhelm und dem Fürsten Bismarck hier vollkommen, ihn zu überzeugen, daß die Ausstrennungen der Panlawisten von feindlichen Absichten Deutschlands gegen Rußland nichts als böswillige Verleumdung seien. Der Zar verließ Danzig sehr befriedigt. In Wien war man über die Zusammenkunft anfangs etwas verdukt; man fürchtete in ihr ein Symptom zu sehen, daß das Bündnis mit



Minister von Giers. Nach Photographie.

Österreich für Deutschland im Werte gesunken sei, und mutmaßte als Grund bald das Scheitern der Zollverhandlungen, die schließlich in eine sechsjährige Verlängerung des verstümmelten Meißbegünstigtenvertrags ausgelaufen waren, bald das Mißtrauen, welches der wachsende Einfluß der Slaven auf die österreichische Regierung dem Kanzler eingeben müsse; indes die Besuche, die von Giers darauf nicht bloß in Warschau und Berlin, sondern auch in Wien abstattete, lieferten den Beweis,

daß es Bismarck gelungen war, eine Erneuerung vertrauensvoller Beziehungen auch zwischen Rußland und Österreich anzubahnen.

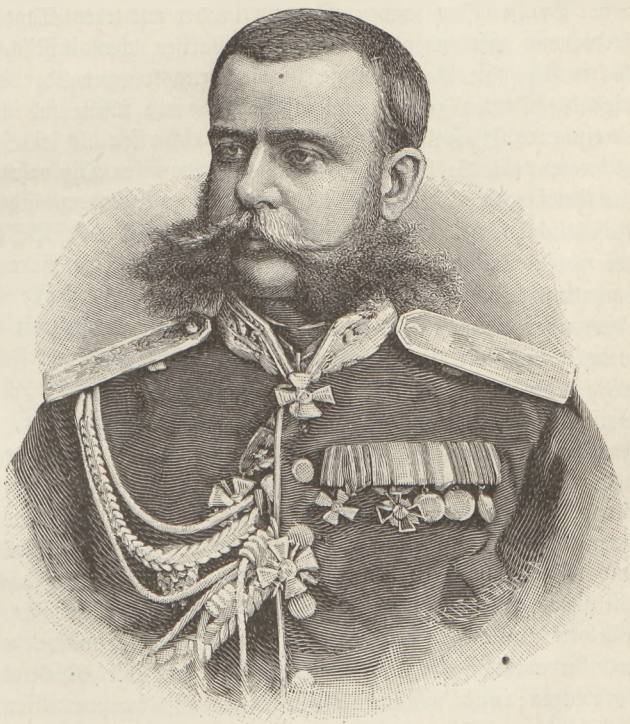
Das infolge dieser Wendung sich wieder befestigende Vertrauen erhielt jedoch alsbald wieder einen Stoß durch die Erfahrung, daß der Wille des Selbstherrschers keineswegs die einzige maßgebende Macht in Rußland sei. Jenen Kundgebungen zum Trotz vermaß sich Skobelew, einer der glänzendsten Führer des letzten Krieges, obgleich kaiserlicher Generaladjutant und kommandierender General, bei einem Gastmahle zu Petersburg in einem heftigen, leidenschaftlichen Trinkspruche Österreich die slawische Revanche für die Okkupation Bosniens anzukündigen und seinen Zorn an Deutschland und dem deutschen Heere auszulassen, und als er als scheinbare Strafe einen Urlaub nach Paris erhielt, den er benutzte, um eine Verständigung mit Gambetta



über die gemeinsame Aktion gegen den gemeinsamen Feind zu suchen, setzte er, der Unterthan einer aus deutschem Blute stammenden Dynastie, den dort studierenden Serben auseinander: der Grund, daß Rußland nicht immer auf der Höhe seiner patriotischen Pflichten in der slawischen Rolle sich befinde, liege darin, daß es mit fremden Einflüssen von außen und im Inneren zu ringen habe. „Der Fremde ist in Rußland überall, Rußland ist der Genarrte seiner Politik, das Opfer seiner Ränke, der Sklave seiner Stärke. Wir sind durch die Einflüsse dieses

Fremden so beherrscht und gelähmt, daß wir uns nur mit dem Säbel in der Hand davon befreien können. Ich will euch den Namen dieses fremden gefährlichen Feindes nennen. Der Urheber des Drängens nach Osten ist der Deutsche. Wiederholt bitte ich euch, niemals zu vergessen: unser Feind ist der Deutsche. Der Kampf zwischen Slawen und Teutonen ist unvermeidlich.“ Er wurde deshalb nach Petersburg zurückberufen, der Kaiser ließ in

Berlin sein Bedauern über diese Äußerungen ausdrücken; allein der abenteuerliche Wortführer des Panflawismus ließ sich dadurch nicht abhalten, in Warschau und anderwärts neue Brandreden zu halten. Statt dafür seines Kommandos entsetzt zu werden, erhielt er nur den Befehl, sich zu seinem Armeekorps nach Minsk zu begeben; allein ehe er demselben nachkommen konnte, ereilte ihn, am 7. Juli, ein plötzlicher und unrühmlicher Tod während einer Orgie in einem schlechten Hause, worauf ein kaiserlicher Ukas allen Militärs öffentliche Reden und öffentliche Kritik politischer Ereignisse aufs strengste untersagte. Um die nämliche Zeit erhielt Graf Tognatiem, seit



General Skobelew. Nach Photographie.

langem der böse Dämon der russischen Regierung, seine Entlassung als Minister des Innern, ohne daß seine Sehnsucht nach der Stelle des Ministers des Auswärtigen, als welcher er zur Befreiung der Slaven in der Türkei und Oesterreich einen neuen Brand zu entzünden hoffte, befriedigt worden wäre.

Unsicher, wie diese Äußerungen im russischen Heer und Volke weit verbreiteter Stimmungen die Freundschaft mit dem offiziellen Rußland machten, übten sie außerdem noch die verderbliche Wirkung, die französische Revancheleidenschaft mit neuen Hoffnungen zu erfüllen. Die süßen Locktöne der Moskauer Panlawisten fanden ihr Echo in der mit jedem Tage frecher und herausfordernder werdenden Sprache der Pariser chauvinistischen Presse. Immer lauter stieß die Patriotenliga in die Kriegstrompete, der in Metz zum Reichstagsabgeordneten gewählte Tierarzt Antoine fühlte sich berufen, die Wiedervereinigung Elsaß-Lothringens mit Frankreich offen als sein Ziel zu proklamieren. Schwerer als die Bravaden eines überspannten Hitzkopfes fielen die Worte ins Gewicht, die Gambetta als derzeitiger Kammerpräsident mit bedeutamer Absichtlichkeit bei einem Bankett in Cherbourg zum Besten gab. Da sprach der große Tribun, der mehr als jeder andere die Revancheidee verkörperte, von den großen Reparationen, welche aus dem Rechte hervorgehen: „Wir oder unsere Kinder können sie erhoffen, denn die Zukunft ist niemandem verwehrt,“ und mit Bezug auf den bei der Verteilung der Fahnen am Nationalfesttage des 14. Juli mit der Armee getriebenen Kultus: „Nicht ein kriegerischer Geist flößt uns diesen ein, sondern die Notwendigkeit, das tief gefallene Frankreich wieder aufzurichten, damit es seine Stelle in der Welt wieder einnehme. Wenn unsere Herzen schlagen, so schlagen sie für dieses Ziel, nicht für die Verfolgung eines blutigen Ideals, sondern dafür, daß das, was von Frankreich bleibt, uns ganz bleibe, damit wir auf die Zukunft zählen können und wissen, ob es in den Dingen hienieden eine innere (immanente) Gerechtigkeit giebt, die an ihrem Tage und zu ihrer Stunde kommt.“ Ihrer geschraubten Rhetorik entkleidet, besagten diese Worte nichts anderes als die Gerechtigkeit des Revanchekrieges und die Zuversicht auf die Rückeroberung von Elsaß-Lothringen; aus solchem Munde kommend, kompromittierten sie schwer eine Regierung, welche notgedrungen mit dem von ihnen betroffenen Nachbar in Frieden leben wollte. Der Präsident Grevy ergriff daher sogleich (am 19. August 1880) die nächste Gelegenheit, um sich im entgegengesetzten Sinne vernehmen zu lassen. „Wir lassen uns,“ sagte er in Dijon, „weder zur Ungebild noch zur Übertreibung oder zu Gewaltthätigkeiten hinreißen,“ und Freycinet als Ministerpräsident ergänzte diese Versicherung in Montauban dahin: „Frankreich hat zwar seine Stelle in der allgemeinen Politik wieder eingenommen, aber von da bis zur Abenteuerpolitik ist es sehr weit und diesen Zwischenraum wird das Ministerium niemals überschreiten.“

War in jenen Demonstrationen neben wirklicher patriotischer Leidenschaft doch auch viel geschäftsmäßige Maché, so trugen dafür einen desto ernsteren Charakter die an der Ostgrenze mit Ostentation getroffenen militärischen Vor-



bereitungen, z. B. die von dem Kriegsminister Thibaudin dahin unternommenen Inspektionsreisen. Als dieser jedoch die Dreistigkeit so weit trieb, die Probemobilisierung eines Armeekorps an der deutschen Grenze anzuordnen, mußte er freilich auf ein sehr ernstliches Bedenken aus Berlin sich dazu verstehen, diese Maßregel rückgängig zu machen und ein ungewöhnlich scharfer Artikel der offiziellen Norddeutschen Allgemeinen Zeitung ergoß einen kalten Wasserstrahl auf die erhitzten Köpfe. Davon ausgehend, daß die Schmähungen und Hebereien, welche in der Presse sämtlicher Parteien Frankreichs gegen Deutschland sich kundgaben, bei der nüchternen Weltanschauung des Deutschen und dem bisher geringen Grade seiner nationalen Empfindlichkeit weniger Beachtung fänden, fuhr er fort: „Von Zeit zu Zeit möchte es aber als ein Gebot der eigenen Friedensliebe erscheinen, den Eindruck zusammenzufassen, welchen diese Angriffe in ihrer stetig zunehmenden Lebhaftigkeit hervorzubringen geeignet sind und der bei allen ruhigen Beobachtern, selbst bei solchen, die etwa noch in Frankreich selbst zu finden wären, nur darin gipfeln kann, daß Frankreich durch die maßlose Hestigkeit seiner Revancheprediger und durch das Echo, welches dieselben beim eigenen Volke und darüber hinaus bis in die Kreise gesinnungsverwandter Agitatoren in Elsaß-Lothringen finden, als der einzige Staat sich darstellt, welcher den Frieden Europas dauernd bedroht. Zugleich mit dieser Erkenntnis wird die Überzeugung sich aufnötigen, daß ein solcher Zustand nicht andauern kann, ohne das Ziel aller ernsthaften Politiker, den Frieden, schwer zu gefährden. Denn je höher die Flut der Leidenschaften anschwillt, welche eine gewissenlose Agitation für ihre verschiedenen Zwecke anzufachen nicht ermüdet, um so weniger läßt sich vorhersehen, ob und wie lange dieselbe noch innerhalb der Dämme des äußerlichen Friedens zurückgehalten werden kann.“ Die Eventualität eines neuen Krieges mit Frankreich, eines dem deutschen Volke ebenso freventlich aufgedrungenen, wie der letzte gewesen war, diesmal aber noch viel schwereren und gefährlicheren, wurde in Berlin sehr ernstlich ins Auge gefaßt.

Die riesenhafte Vermehrung der militärischen Streitkräfte in dem östlichen und dem westlichen Nachbarreiche, ihre Anhäufung in nächster Nähe der deutschen Grenze hatte es schon vor Ablauf des Septennats von 1874 für die deutsche Reichsregierung zu einem Gebot der Notwendigkeit gemacht, auch ihrerseits auf eine Vermehrung der Zahl und eine Erhöhung der inneren Kraft des Reichsheeres Bedacht zu nehmen, „um den Anstrengungen der Friedensausbildung auch für künftige Eventualitäten den verdienten Erfolg zu sichern, dieselben nicht an einer zu erheblichen numerischen und organisatorischen Überlegenheit der entgegentretenden Streitkräfte scheitern zu lassen.“ Dies war der Zweck der dem Reichstage von 1880 gemachten neuen Militärvorlage. Wiederum, wie für die von 1874, warf sich die höchste militärische Autorität in militärischen Dingen, die es zur Zeit nicht in Deutschland allein, sondern in der ganzen Welt gab, dafür in die Waagschale. „Als Reich,“ sprach Moltke im Reichstage, „sind wir ein Neuling in der europäischen Staaten-

familie und den Eindringling betrachtet man immer mit Mißtrauen, so lange wenigstens, bis man ihn besser kennen lernt. Was dann unsere geographische Lage betrifft, alle unsere Nachbarn haben mehr oder weniger Rückenfreiheit; sie haben Pyrenäen und Alpen hinter sich oder halbbarbarische Völkerschaften, die sie nicht zu fürchten brauchen. Wir stehen unter den großen Mächten mitten inne. Unsere Nachbarn im Westen und Osten haben nur nach einer Seite Front zu machen, wir nach allen.“ Ziffermäßig wies er nach, wie weit Deutschlands Wehrkraft hinter der Rußlands und Frankreichs zurückgeblieben sei. Bennigsen erklärte hierauf im Namen des größten Teils seiner Partei, daß sie die Verantwortung ablehnten, diese Verhältnisse besser beurteilen zu können, als die Leitung der auswärtigen Politik und die vorzügliche Heeresverwaltung, und die Vorlage wurde, am 16. April, mit 186 gegen 128 Stimmen angenommen. Die Friedenspräsenzstärke wurde durch das Gesetz vom 6. Mai 1880 für die nächsten sieben Jahre auf ein Prozent der Bevölkerung nach der Zählung von 1875 festgestellt und dadurch von 401 659 auf 427 250 Mann erhöht; die Ersatzreserve erster Klasse, die bisher von den jährlichen Übungen ganz verschont geblieben war, wurde von jetzt ab jährlich zu vier Übungen von zusammen zwanzig Wochen einberufen. Durch die erstere Maßregel wurde das Heer im Kriege um 80—90 000 Mann vermehrt, durch die andere die Möglichkeit gegeben, gleich bei Beginn eines Feldzuges weit zahlreichere ausgebildete Mannschaften ins Feld zu stellen, ohne daß auf ältere Jahrgänge zurückgegriffen zu werden brauchte. Die Infanterie wurde in 503 Bataillone, die Feldartillerie in 340 Batterien, die Fußartillerie in 31 Bataillone, die Pioniere in 19 Bataillone formiert.

Auch späterhin fehlte es nicht an Versuchen der Opposition, aus Sparsamkeitsgründen die Ausgaben für das Heer herabzumindern, diesen aber trat Fürst Bismarck mit allem Nachdruck entgegen. „Glauben Sie denn,“ sprach er am 16. Juni 1882, „daß es uns Vergnügen macht, eine so große Armee zu halten? Ich weiß nicht, ob es unseren beiden größten Nachbarn, Frankreich und Rußland, von denen jeder mehr Truppen unterhält als das deutsche Reich, eine besondere Freude macht, oder was sie sonst für Zwecke damit verbinden. Ich habe nur die Thatsache zu untersuchen, daß diese Millionen Bajonette ihre polare Richtung im ganzen nach dem Centrum Europas haben, daß wir im Centrum Europas stehen und schon insfolgedessen wie auch der ganzen Geschichte den Koalitionen anderer Mächte vorzugsweise ausgesetzt sind. Unsere Schwäche hat früher diese Koalitionen gefühlt. Warum kann dergleichen sich nicht wieder ereignen? Wenn ich mir in der auswärtigen Politik irgend ein Verdienst beilegen kann, so ist es die Verhinderung einer übermächtigen Koalition gegen Deutschland seit dem Jahre 1871. Meine ganze politische Kraft aber wäre gescheitert ohne den Hinblick auf die deutsche Militärorganisation, ohne den Respekt, den wir einflößen, und ohne die Abneigung, die man hat, mit unsern wohlgeschulften, intelligenten und wohlgeführten Truppen anzubinden. Vernichten Sie diesen Respekt und Sie sind genau in der ohnmächtigen



Lage von früher, daß Deutschland für die anderen Mächte eine Art von Polen für die Teilung sein wird. Bei dem wenig ausgebildeten Vaterlandssinn der deutschen Nation giebt keine fremde Nation die Hoffnung auf, daß es gerade so gut gelingen werde, wie es Frankreich mit Elsaß gelungen ist, sich deutsch sprechende Leute von deutscher Abstammung zu assimilieren, daß sie lieber die Livree Frankreichs tragen wollen, als den Rock des freien deutschen Bauern. Also an der Armee rühren Sie nicht! Das ist nicht bloß meine Meinung, sondern die der Majorität der Nation, da hört die Gemütlichkeit auf."

Ungefragt erhielt die mitteleuropäische Friedensliga eine weitere Verstärkung durch den Beitritt Italiens. Formell zwar unter die Zahl der Großmächte aufgenommen, sah sich Italien doch gerade in den seine Interessen am nächsten berührenden Fragen von England sowohl wie von Frankreich sehr rücksichtslos behandelt und wie ein Staat zweiten oder dritten Ranges beiseite geschoben. War schon die Besetzung Ägyptens durch die Engländer für seine Stellung als Mittelmeermacht ein schwerer Schlag, so ein noch viel schwererer die Aufrichtung des französischen Protektorats über Tunis, das man sich schon seit Jahren als eine Italien naturgemäß zukommende Erwerbung anzusehen gewöhnt hatte. Begreiflicherweise drängten diese Erfahrungen es dazu, Anlehnung bei denjenigen Mächten zu suchen, die nicht nur seinen Interessen nicht im Wege standen, sondern von denen es Schutz derselben erwarten konnte. Das Verhältnis Italiens zu Deutschland war in den letzten Jahren trotz der Versöhnungsreise von 1873 ein ziemlich schwankendes geblieben. Jüngere Befreundung hinderte die Rassenverwandtschaft mit Frankreich, die traditionelle Abneigung gegen Oesterreich. Daran hatte sich nur wenig geändert, als die langjährige Herrschaft der Rechten 1876 endete und das Staatsruder in die Hand der Deutschland freundlicher gesinnten Linken übergieng. Gerade das Überhandnehmen der Demokratie in Italien war ein Hauptgrund, weshalb Bismarck auch jetzt sich der Annäherung des römischen Kabinetts gegenüber sehr kühl verhielt. „In Italien“, äußerte er im Reichstage, „ist der Schwerpunkt von Ministerium zu Ministerium immer mehr nach links geglitten, so daß es, ohne ins Republikanische zu fallen, nicht weiter nach links gehen kann.“ Ein zweiter Grund lag für ihn in dem Wunsche, die eben jetzt Erfolg versprechenden Verhandlungen mit der Kurie nicht durch Befreundung mit dem von jener tödlich gehaßten Königreiche zu gefährden, endlich schienen die feindseligen Kundgebungen der Italia irredenta gegen Oesterreich für sich allein schon Hindernis genug gegen den Anschluß des Staates an das Dreikaiserbündnis, der dieselben auf seinem Gebiete duldet oder zu verbieten nicht die Macht hatte. Bismarck bedeutete daher das italienische Kabinett, daß der Weg von Rom nach Berlin über Wien gehe, und dies wurde dort begriffen. Mancini, der Minister des Auswärtigen, ermannte sich, das unehrliche Treiben der Irredentisten, die aus dem Haß gegen Oesterreich ein Gewerbe machten, im Parlamente zu brandmarken. „Darum“, sagte er, „weil einige Gebietsteile in Oesterreich italienisch sind, sollen wir sie Oesterreich abverlangen? Dann

müßten wir mit Frankreich und England wegen Nizza, Corsika, Malta ebenso thun . . . An die Möglichkeit einer solchen Absurdität glauben die irredentistischen Bannerträger selber nicht. Nein, ich will die harte Wahrheit aussprechen: was sie wollen, ist nicht Triest und Trient, sondern der Untergang der Monarchie, an der die Nation mit ihrem Herzblute hängt.“ Die Bedrängnis durch die Demokraten im eigenen Lande war es, die den Ausschlag gab. Ein Besuch des Königs Humbert in Wien, Oktober 1881, der seinem Vater Viktor Emanuel am 9. Januar 1878 auf dem Throne gefolgt war, bildete die Einleitung zu dem engeren vertragsmäßigen Verhältnis, in welches Italien zu Österreich und Deutschland trat.

Der Beitritt Italiens vollendete die Isolierung Frankreichs. Die Unverkennbarkeit dieser Thatsache reizte und erbitterte die französische Eitelkeit in demselben Maße, als die Anziehungskraft des mitteleuropäischen Bundes auf die kleineren schutzbedürftigen Staaten hervortrat. Mit ohnmächtigem Grimm sahen die Chauvinisten die glänzende Versammlung, die bei den Manövern in Nassau, Herbst 1883, sich um Kaiser Wilhelm zusammenfand, außer den deutschen Fürstlichkeiten der Prinz von Wales, die Könige Milan von Serbien und Alfons von Spanien. Die spanischen Republikaner fanden diesen Besuch ihres Königs bei dem mächtigen Oberhaupte des deutschen Reiches um so verwerflicher, als er kurz vorher einen republikanischen Putsch in Badajoz kräftig niedergeschlagen hatte. Aber ganz und gar verloren die französischen Chauvinisten die Fassung, als König Alfons vom Kaiser zum Chef des in Straßburg garnisonierenden Alanenregiments ernannt wurde. Ihre Presse sah in diesem Akt der Höflichkeit, wie er auch dem König Milan zu teil geworden war, die empörendste Beleidigung Frankreichs. Sie drohte mit einer spanischen Revolution, und da bekannt war, daß der junge König auf der Rückreise auch dem Präsidenten Grevy seinen Besuch zu machen beabsichtige, verlangte sie kurzweg, der Präsident und die Minister dürften sich nicht zum Empfang des Roi-Milan auf dem Bahnhofe einfänden; wo nicht, kündigten sie einen Skandal an. Trotzdem verbürgte sich der Ministerpräsident Ferry dem spanischen Botschafter für einen würdigen Empfang seines Souveräns; er war es auch, der den widerwilligen Grevy vermochte, sich auf dem Bahnhofe einzufinden (29. September). Kaum aber wurde der ankommende König sichtbar, als ihn die tausendköpfige Menge mit Geheul und Wutgeschrei begrüßte. Die Fahrt zur spanischen Gesandtschaft wurde unter den größten Beschimpfungen und fortwährender Bedrohung mit Thätlichkeiten zurückgelegt. König Alfons benahm sich in dieser kritischen Lage mit einer über seine Jahre gehenden Fassung und Würde. Er entfloh nicht aus der ungasstlichen Stadt, sondern kürzte nur seinen Aufenthalt ab, nachdem er dem Präsidenten seinen Besuch abgestattet, dessen Gegenbesuch empfangen, auch einem ihm zu Ehren im Elysée gegebenen Bankett beigewohnt hatte. Das spanische Volk fühlte sich in der Person seines Königs aufs tiefste beleidigt. Seine Rückreise glich von den Pyrenäen an einem Triumph. In Madrid wartete seiner ein begeisteter Empfang; die Pforten





König Humbert von Italien.  
Nach dem Carton von A. Piccini.



des Königsschlosses mußten stundenlang geöffnet werden, damit jedermann ohne Unterschied des Standes und Ranges ihm seine Huldigung darbringen könne. Kaiser Wilhelm aber telegraphierte ihm: „Ich beklage die Ihnen in Paris zugefügte Beleidigung. Ich weiß übrigens, daß sie weit mehr mir als Ihnen gilt.“

Auch die thatsächliche Antwort Deutschlands auf die Pariser Ungezogenheit ließ nicht auf sich warten; sie erfolgte in Gestalt eines unverweilten Gegenbesuchs des deutschen Kronprinzen, der sich von Genua zu Schiff nach Spanien begab. Die ritterliche und gewinnende Erscheinung des mit kriegerischem Vorbeer geschmückten Fürsten machte auf die Spanier einen überwältigenden Eindruck, der nachhaltiger und für die Sache der Monarchie in diesem Lande wirksamer gewesen sein würde, wäre er nicht durch den leidigen Streit um „die Lumperei“ der Philippinen ausgelöscht worden. In Madrid empfing der Kronprinz die ganz unvorhergesehene Weisung, die Rückreise über Rom zu nehmen. Noch hatte dort weder der jetzige König von Italien noch sein Vater einen Gegenbesuch für den in Wien und Berlin abgestatteten empfangen; dies verbot die Rücksicht auf den Papst, während die Rücksicht auf die Ehre seines Landes dem Könige verbot, einen Gegenbesuch anderswo als in seiner Hauptstadt zu empfangen. Jetzt versprach sich Bismarck von diesem Besuche einen doppelten Vorteil, eine Förderung der mit der Kurie schwebenden Unterhandlungen und eine Befestigung der Freundschaft mit Italien. Nur erheischte die Steifheit der päpstlichen Etikette die Beobachtung ganz besonderer Formen. Der Kronprinz mußte zugestehen, daß er sich nicht direkt vom Quirinal, von der Aufwartung beim Könige, in den Vatikan begeben, sondern von der deutschen Gesandtschaft aus. Der Papst fühlte sich freilich getäuscht, als er auf die Frage, ob sein Besucher ihm keine Eröffnungen zu machen habe, die Antwort erhielt, es sei ihm keinerlei Mission übertragen worden. Es war ein bloßer Höflichkeitsbesuch gewesen. Seine Bedeutung lag darin, daß durch ihn Rom offen und rückhaltslos als Hauptstadt Italiens anerkannt worden war.

Mit jenen schmachvollen Austritten in Paris schien die Übergeschwapptheit des französischen Patriotenzornes doch ihren Höhepunkt erreicht zu haben. Es trat danach eine verhältnismäßige Beruhigung ein, aber doch nur auf der Oberfläche und ohne Änderung der inneren Gesinnung. Das lehrte schon das ununterbrochene Anwachsen des Militärbudgets, das von 462 $\frac{1}{4}$  Millionen im Jahre 1872 bis 1882 auf 639,7 Millionen gestiegen war, und das ohne Rücksicht auf das neben einer schwebenden Schuld von drei Milliarden bis eben dahin auf 769 Millionen angewachsene Defizit jederzeit von den Kammern anstandslos bewilligt wurde. Nichts lag unter diesen Umständen dem Reichskanzler mehr am Herzen als die Hinwegräumung alles dessen, was von Osten her den Frieden Europas gefährden konnte. Ganz leicht war das nicht; denn zwischen Oesterreich und Rußland erzeugten ihre auf der Balkanhalbinsel sich entgegenstehenden Interessen eine fortdauernde Spannung, die auch auf Deutschland zurückwirkte. Es war daher eine neue und wertvolle Verbürgung des Weltfriedens, als im September 1884, unmittelbar nachdem das im Herbst



ablaufende deutsch-österreichische Bündnis verlängert worden war, die drei Kaiser, begleitet von ihren leitenden Ministern, sich in dem Lustschloß Skiernewice bei Warschau begegneten. Als daher im folgenden Jahre Windthorst in der Debatte über die Kolonialpolitik die Lage Europas in den dunkelsten Farben malte und in den Satz zusammenfaßte „Wir sind von Feinden umgeben“, durfte Bismarck ihm entgegenhalten: „Wo sind denn die Feinde, von denen wir umgeben sind? Ich sehe rundum nur befreundete Regierungen, mit denen wir in den engsten vertrauensvollen Beziehungen stehen. Vielleicht können Sie mir eine nennen, die Sie besonders fürchten? Ich würde für diese Belehrung in meinem Fache und auf diesem Gebiete sehr dankbar sein: vielleicht ist mir irgend eine Ecke der europäischen Politik, aus der ein Ungewitter über uns losbrechen könnte, vollständig entgangen. Daß wir mit den beiden östlichen Kaiserreichen in intimen und sicheren Verhältnissen leben, dürfte auch von dem Herrn Vorredner nicht in Zweifel gezogen werden, und diese Verbindung an sich bildet ein starkes Dach und eine starke Wölbung, von der gestützt jedes von den drei Kaiserreichen schon manches aushalten kann, was ihm von anderer Seite kommen könnte. Wir sind von Freunden umgeben in Europa, d. h. deshalb will ich den Spruch meines verehrten Freundes, des Grafen Moltke, nicht bekämpfen. Wir sind von Regierungen umgeben, die mit uns das gleiche Interesse haben, den Frieden zu erhalten; es giebt keine einzige Regierung, die einen Krieg besser vertragen könnte als die deutsche ihn vertragen kann, und wenn eine andere glaubte, ohne Schädigung ihrer sonstigen Interessen den Frieden Europas brechen zu können, so würde Deutschland immer sagen: wir können das noch eher, wir sind nur gewissenhafter und nehmen mehr Rücksicht.“ Eine sehr erhebliche Verstärkung der deutschen Wehrkraft versprach, freilich erst für eine fernere Zukunft, der Bau des Nordostsekanals, welchen der Reichstag von 1885 bewilligte; von den dafür veranschlagten Kosten an 156 Millionen Mark übernahm Preußen vorweg 50 für sich allein. Wie richtig der Instinkt des deutschen Volkes die Verdienste seines großen Kanzlers würdigte, das bewies die begeisterte Teilnahme, mit der es die Feier seines 70. Geburtstags beging.

Was Frankreich betraf, so hatte dort freilich die Besserung nur kurze Zeit widergehalten; sie machte sogar einem heftigen Rückfall Platz. In dem General Boulanger, der am 7. Januar 1886 das Kriegsministerium in dem Kabinett Freycinet übernahm, hatte die französische Revanchepartei endlich den Mann gefunden, von dem sie die Erfüllung ihrer Wünsche erwartete. Durch Außerlichkeiten sich bemerkbar machend und als Kriegsminister der Republik ohnehin mit größeren Befugnissen ausgestattet, als dies in irgend einem monarchischen Staate der Fall ist, wurde dieser eitle und, wie die Folge lehrte, innerlich durchaus hohle Mann für einige Zeit der mächtigste in Frankreich. Aus allen Kräften arbeitete er daran, dem französischen Heere durch Vermehrung seiner Zahl, Kriegsbereitschaft und Schlagfertigkeit eine Überlegenheit zu verschaffen, welche den Sieg unzweifelhaft machte, und abermals wurden die

zu diesem Zwecke von ihm geforderten 360 Millionen trotz der ungeheuern Höhe der Staatsschuld, trotz des fühlbaren Niedergangs von Handel und Industrie von den Kammern widerspruchslos bewilligt. Die Ostgrenze des Landes starnte von Befestigungen und starken Garnisonen, zu deren Unterbringung Holzbaracken errichtet wurden, große Kavalleriemassen wurden in ihrer Nähe angehäuft in der offenbaren Absicht, überrennend nach Deutschland hervorzubrechen. Wie Boulanger sich später selbst berühmte, unterhielt er durch ein eigenes vom Oberst Vincent geleitetes Bureau einen umfassenden Rundschaffterdienst in Deutschland, auf welchen bedeutende Summen aus den geheimen Fonds verwendet wurden. Landesverräter im Solde desselben wurden entdeckt, ergriffen, verurteilt. Die Heßstimmen der Moskauer Panslawistenpresse ließen die Bundesgenossenschaft Rußlands als gewiß erscheinen und Boulanger vermaß sich bereits, an den Kaiser von Rußland zu schreiben und würde den Brief durch den französischen Militärattaché direkt an seine Adresse befördert haben, wenn nicht der Minister des Auswärtigen, Florens, dazwischengetreten wäre. Gleichzeitig machte der kriegslustige General Aoust zu einer probeweisen Mobilmachung der an der Grenze stehenden Armeekorps, die in einer Stärke von 100 000 Mann in einem Lager bei Verdun zusammengezogen werden sollten. Da aber wurde ihm doch das Handwerk gelegt. Hatte bereits die Verstärkung der französischen Truppen an der Grenze Ausgleichsmaßregeln von deutscher Seite nach sich gezogen, so wurde der letztere Versuch unverzüglich mit den Vorbereitungen zu einer deutschen Mobilmachung beantwortet, und als das französische Ministerium den Ernst der Lage erkannte, untersagte es dem leichtsinnigen Kollegen das Spielen mit dem Feuer.



General Boulanger. Nach Photographie.



Für den Augenblick trat damit Ruhe ein, aber Boulanger blieb der Held des Tages und die Vermehrung des französischen Heerbestandes blieb ebenfalls und damit zugleich die Zwangslage, in welcher das deutsche Reich sich befand. Handelte es sich auch nicht um eine augenblickliche drohende Kriegsgefahr, so schien doch eine so gewaltige Mehrbelastung des französischen Militärbudgets zweifellos auf eine schnelle Entscheidung berechnet zu sein und für diese mußte Deutschland eine stärkere Rüstung anlegen als die bisherige, gleichviel, ob das ärmere Deutschland an den 9,52 Mark, welche an Heeresausgaben auf den Kopf der Bevölkerung kamen, schwerer trug als das reichere Frankreich an den entsprechenden 21,57 Mark. Ohnehin bedurfte die Stärke des Reichsheeres, da das Septennat mit dem 31. März 1888 ablief, einer Erneuerung ihrer gesetzlichen Grundlage. In schlichten, aber in ihrer Schlichtheit für jeden Vorurteilslosen um so überzeugenderen Worten legte die Thronrede bei Eröffnung des Reichstags von 1886 die Unvermeidlichkeit der Maßregel dar: „In der Armee liegt die Gewähr für den dauernden Schutz der Güter des Friedens, und wenn auch die Politik des Reiches fortgesetzt eine friedliche ist, so darf Deutschland doch im Hinblick auf die Entwicklung der Heereseinrichtungen unserer Nachbarstaaten auf eine Erhöhung seiner Wehrkraft und insbesondere der gegenwärtigen Friedenspräsenzstärke nicht länger verzichten. Allerdings legt die erforderliche Vermehrung unserer Streitkräfte dem Reiche neue Opfer auf; aber nachdem unsere Nachbarn sich zu gleichen und größeren Opfern entschlossen haben, um ihre Aggressivkraft uns gegenüber zu verstärken, haben wir nur die Wahl, ob wir diese neuen Opfer auf uns nehmen oder den Grad der Sicherheit Deutschlands vermindert sehen wollen, welcher auf den bisherigen Verhältnissen beruht.“ Die in der Vorlage für ein neues Septennat bis 31. März 1888 geforderte Truppenzahl von 468 409 Mann entsprach einem Prozent der Bevölkerung nach der Zählung von 1885. Die neu zu errichtenden Truppenteile sollten von Preußen, Bayern, Sachsen und Württemberg aufgestellt, das XII. (sächsische) und das XV. (elsaß-lothringische) Armeekorps je um eine Division vermehrt, fünfzehn der neu zu formierenden Infanteriebataillone im Interesse möglicher Kostenverminderung nicht in Regimentern zusammengefaßt, sondern als vierte Bataillone bereits bestehenden zugeteilt werden. Die dadurch verursachten dauernden Mehrkosten betragen 23, die einmaligen 24,2 Millionen.

Drei Punkte hoben sich aus der Motivierung hervor: die Vergleichung mit den stetig wachsenden Heereskräften Frankreichs und Rußlands, die scharfe Betonung des aggressiven Charakters der Heeresentwicklung dieser Staaten und der nachdrückliche Hinweis auf die Notwendigkeit, sich auf einen Krieg mit doppelter Front gefaßt zu machen. Auch diesmal war es wieder Moltke, der in einer meisterhaften Rede den Abgeordneten die Notwendigkeit der Vorlage vor Augen führte. Den Rat, sich lieber mit Frankreich zu verständigen, wies er als unausführbar zurück, ebensowenig ließ er den Einwand des Bündnisses mit Österreich gelten: „Dieses Bündnis ist ein sehr wertvolles; aber es

ist schon im gewöhnlichen Leben nicht gut, sich auf fremde Hilfe zu verlassen: ein großer Staat existiert nur durch seine eigene Kraft.“ Die vorgeschlagene zweijährige Dienstzeit verwarf er als ein ganz bedenkliches Experiment, nicht minder die finanziellen Einwände: „Ich verkenne gewiß nicht die große Wichtigkeit einer guten Finanzlage; aber da, wo nach dem Ausspruch eines deutschen Landsknechtes Patronenhülsen die gangbarsten Papiere sein werden, da hört die Rücksicht auf die Finanzlage auf. Ein unglücklicher Krieg zerstört auch die beste Finanzwirtschaft. Die Finanzen müssen eben durch die Armee gesichert sein.“ Die Vorlage sei auch wesentlich aus Rücksichten der Sparsamkeit bestimmt, nicht das militärisch absolut Wünschenswerteste, sondern das finanziell Erreichbare dabei ins Auge gefaßt worden. Allein so widersinnig es war, wenn auf dem Gebiete der Militärtechnik Abgeordnete, denen jedes tiefere Verständnis dafür abging, den Fachmännern gegenüber sich als die Besserwissenden aufspielten, so blieb doch die regierungsfeindliche Mehrheit des Reichstags seinen Ausführungen unzugänglich. Während in Frankreich und selbst in Italien, sobald es sich um militärische Rüstungen handelte, alle Parteien mit geschlossenen Augen die Mittel bewilligten, zog sie unter der Führung von Windthorst und Richter die Debatten absichtlich in die Länge, bis sich Zentrum und Deutschfreisinn zu dem gemeinschaftlichen, von Stauffenberg eingebrachten Antrage vereinigten, wonach 15 Bataillone als neue Kadres nebst 24 Batterien zu dauernder Formation, die fünfzehn vierten Bataillone und das sächsische Jägerbataillon dagegen nur auf die Dauer eines Jahres bewilligt werden sollten. Dem entsprechend sollte die Erhöhung der Friedenspräsenzstärke um 13 000 Mann auf drei Jahre und um weitere 9000 auf ein Jahr, zusammen also auf 22 000 bewilligt werden, während die Vorlage an Kadres zwar auch nicht mehr, aber sämtliche zu dauernder Formation und eine Erhöhung der Friedensstärke des Heeres um 41 000 Mann, und zwar auf sieben Jahre forderte. Da aber der Reichstag am 13. Dezember nicht mehr in beschlußfähiger Zahl beisammen war, vertagte er sich bis zum 4. Januar 1887.

Das in der Zwischenzeit, am 1. Januar, gefeierte achtzigjährige Dienstjubiläum des Kaisers war recht geeignet, den Unterschied zwischen 1807 und 1887 und damit den Wert einer tüchtigen Wehrkraft jedermann vor Augen zu stellen. Aber auf die Opposition machte das keinen Eindruck. Ihr Antrag hatte nur den Sinn, den Wählern sagen zu können, sie sei der Regierung so weit entgegengekommen, wie es die Rücksicht auf die Finanzen erlaube. In Wahrheit handelte es sich für sie lediglich um eine Machtfrage; das statt des Septennats geforderte Triennat sollte nur den Übergang bilden zu der von Anfang an erstrebten jährlichen Beratung des Militäretats und der jährlichen Festsetzung der Friedenspräsenzstärke durch den Reichstag. Es waren daher drei Punkte, um die sich der Streit bei der am 11. Januar beginnenden zweiten Lesung drehte: um die von der Regierung geforderte Verstärkung des Heeres, um die dadurch bedingten Mehrkosten und um die Zeit, auf welche die Friedenspräsenz zu bewilligen sei. Fürst Bismarck, der dazu aus Fried-



richsrn herbeigekommen war und auf dem Wege zum Reichstage mit stürmischen Hochs begrüßt wurde, entrollte ebensosehr für die Versammlung wie für das Ausland in mehrstündiger Rede das Bild der politischen Lage, welche die Vorlage zur Notwendigkeit gemacht habe. Er verwahrte sich, daß man aus denselben auf kriegerische Gelüste schliesse: „Wir haben keine kriegerischen Bedürfnisse, wir gehören zu den, was der alte Fürst Metternich nannte, saturierten Staaten, wir haben keine Bedürfnisse, die wir durch das Schwert erkämpfen könnten, und außerdem, wenn dies der Fall wäre, so blicken Sie doch auf die friedliebende Thätigkeit der kaiserlichen Politik in den letzten sechzehn Jahren“. Diese beruhe auf der vollständigen Ausöhnung mit Österreich und der Freundschaft mit Rußland. Scharf geißelte er die unehrliche, heuchlerische Hezerei der oppositionellen Presse, welche unter dem Schein, als ob sie für das durch das Attentat gegen den Fürsten Alexander verletzte monarchische Prinzip eintrete, ihn beschuldigte, daß er, wie schon 1863, so auch jetzt dem Zarentum Basallendienste leiste und im Widerspruch mit der Stimmung des deutschen Volkes Bulgariens der russischen Herrschsucht preisgebe: „Was sollen diese Deklamationen heißen? Was ist uns denn Bulgarien? Es ist uns vollständig gleichgültig, wer in Bulgarien regiert und was aus Bulgarien überhaupt wird. Die ganze orientalische Frage ist für uns keine Kriegsfrage. Wir werden uns wegen dieser Frage von niemandem das Leitseil um den Hals werfen lassen, um uns mit Rußland zu brouillieren. Die Freundschaft Rußlands ist uns viel wichtiger als die von Bulgarien und die von allen Bulgarenfreunden, die wir hier bei uns im Lande haben . . . Die Schwierigkeit liegt nicht darin, unsern Frieden mit Österreich oder Rußland zu erhalten, sondern den Frieden zwischen Österreich und Rußland.“ Was Frankreich betreffe, so versicherte er, daß wir dieses nicht angreifen würden, unter keinen Umständen, aber die Entschließungen Frankreichs in schweren Momenten seien immer nur durch energische Minoritäten bewirkt worden: „Diejenigen, die den Krieg mit uns wollen, die suchen einstweilen nur die Möglichkeit, ihn mit möglichster Kraft zu beginnen. Ihre Aufgabe ist, le feu sacré de la revanche zu unterhalten, die Aufgabe, die Gambetta dahin definierte: Ne parlez jamais de la guerre, mais pensez-y toujours! und das ist auch heute noch die Signatur der französischen Situation. Wie die Sachen liegen, kann mich das Vertrauen auf die friedlichen Gesinnungen der französischen Regierung und eines großen Teils der französischen Bevölkerung nicht bis zu dem Grade von Sicherheit einwiegen, daß ich sagen könnte: Wir haben einen französischen Krieg gar nicht mehr zu fürchten. Nach meiner Überzeugung haben wir ihn zu fürchten durch den Angriff Frankreichs, ob in zehn Tagen oder in zehn Jahren, das ist eine Frage, die ich nicht entscheiden kann. Ich bin also der Meinung, daß der historische Prozeß, der seit drei Jahrhunderten zwischen uns und Frankreich schwebt, nicht beendet ist und daß wir darauf vorbereitet sein müssen, ihn von französischer Seite aus fortgesetzt zu sehen. Je stärker wir sind, desto unwahrscheinlicher ist der Krieg. Die Wahrscheinlichkeit eines französischen An-

griffs auf uns tritt ein, wenn Frankreich irgend einen Grund hat zu glauben, daß es uns überlegen sei. Dann, glaube ich, ist der Krieg ganz sicher.“ Er erinnerte daran, wie die Franzosen von 1807 bis 1813 uns ausgepreßt hätten bis aufs Blut, was sie *saigner à blanc* nannten, und was sie im Fall eines für Deutschland unglücklichen Krieges zweifellos abermals thun würden. „Aber“, fuhr er fort, und diese Worte waren an die Franzosen gerichtet, „wenn wir jetzt von neuem von Frankreich angegriffen würden und uns überzeugen müßten, daß wir nie und unter keinen Umständen Ruhe haben, würden wir ähnlich verfahren, wenn wir wieder als Sieger in Paris sind. Wir würden uns bemühen, Frankreich auf dreißig Jahre außer Stand zu setzen, uns anzugreifen. Der Krieg von 1870 würde ein Kinderspiel sein gegen den von 1890 — ich weiß nicht, wann — in seinen Wirkungen für Frankreich.“ Dann auf den eigentlichen Streitpunkt übergehend, rief er der Opposition zu: „Sie haben die Verfassung nicht gelesen, wenn Sie glauben können, daß es Ihnen möglich ist, in jedem Jahre durch das Budget die Heeresstärke festzustellen, ohne Rücksicht auf den Kaiser und auf sein Recht, welches auf Artikel 5 der Verfassung beruht und demzufolge er befugt ist, in Sachen der Militärgesetze jederzeit an denselben Einrichtungen, wie sie bisher bestehen, festzuhalten . . . Das deutsche Heer ist eine Einrichtung, die von den wechselnden Majoritäten des Reichstages nicht abhängig sein kann.“ Er kündigte eventuell die Berufung an die Wähler an.

Dem Abgeordneten Windthorst, dem „durch das dreifache Erz des Welfen, des Führers im Kulturkampfe und seiner fortschrittlichen Sympathieen Gepanzerten“, erwiderte er auf die Betheuerung, seine Partei bewillige jeden Mann und jeden Groschen, nur nicht auf sieben, sondern auf drei Jahre: „Wenn wir auflösen, so ist es nicht wegen der Zeitfrage, sondern wegen der Prinzipfrage, ob das deutsche Reich durch ein kaiserliches Heer oder durch ein Parlamentsheer geschützt werden soll.“ „Die Nörgelei des Parlaments“, setzte er hinzu, „gegenüber Forderungen der Regierung, die der Sicherheit des Landes gelten, ist nur eine echt deutsche Eigentümlichkeit. Sie sind damit auf einen falschen Strang geraten überhaupt; ich rate Ihnen, bremsen Sie so früh wie möglich. Die politischen Wege sind nicht so, wie wenn man sich auf freiem Felde zu Fuß begegnet. Da ist das Ausweichen unter Umständen nicht mehr möglich, und namentlich nicht mehr möglich, wo es sich um unsere Sicherheit handelt . . . Wir haben auf eine ganz andere Haltung des Reichstages gerechnet, auf eine ganz andere Wirkung der erhebenden, begeisternden Thatsache, daß die deutsche Nation nach Jahrhunderten des Leidens endlich einmal einig ist, sicher in ihrer politischen Existenz, sicher in ihrer Unabhängigkeit gegen das Ausland, sicher, in Gemeinschaft mit den Vertretern des ganzen deutschen Volkes ihre eigenen Angelegenheiten beraten zu können. Wir haben geglaubt, daß das so erhebend wirken werde auf Leute, die die Entbehrung von allen diesen Dingen auf sich haben lasten gefühlt, daß wir zu so elenden Streitigkeiten, wie sie hier vorliegen, nie gelangen würden. Darin haben wir uns geirrt. Auch das Volk hat sich geirrt, wenn es Sie hierher geschickt hat, um



die Rolle zu spielen, die Sie jetzt spielen. — Also die Verfassung, ich wiederhole es, ist auf unserer Seite, das Volksrecht, der Volksschutz ist auf unserer Seite. Wir wollen das Volk schützen, wir wollen den Frieden schützen; Sie wollen es darauf ankommen lassen, Sie sagen: I wo, vielleicht wird es doch nicht Krieg, und wenn es Krieg giebt, so werden wir siegen, ganz gewiß siegen; — das hat der Herr Vorredner (Windthorst) gesagt; dabei spielt er doch immer wieder den Zivil-Moltke.“

Mit der Fortschrittspartei hielt er am 24. Januar Abrechnung, indem er ihr ihr Sündenregister seit den letzten 25 Jahren vorhielt: „Ich erinnere mich“, sagte er, „daß jeder Fortschritt der preussischen Monarchie und des deutschen Reiches von der Fortschrittspartei auf das Bitterste und Schärffte bekämpft worden ist . . . Kurz und gut, alles, was Deutschland groß, reich und einig gemacht hat, ist immer von der Fortschrittspartei bekämpft worden und ist doch immer zu stande gekommen. Deshalb gebe ich auch die Hoffnung nicht auf, daß, weil die Fortschrittspartei unser Gegner ist, doch die Militärvorlage zu stande kommen wird.“

Ganz von dem Wunsche beseelt, die Pshalang zu durchbrechen, die sich der wenn auch unerwünschten aber doch als schlechtthin unumgänglich erkannten Maßregel entgegenstellte, griff der Reichskanzler zu einem höchst außergewöhnlichen Mittel: er wendete sich an Papst Leo XIII. mit dem Ersuchen, für das Septennat einzutreten. Wirklich gab auch der Kardinalsekretär Jacobini durch ein Schreiben an den Nuntius in München, di Pietro, vom 3. Januar den Führern des Zentrums den Wunsch des Heiligen Vaters zu erkennen, daß ihre Partei im Hinblick auf die nahe bevorstehende Revision der preussischen Kirchengesetze die Septennatsvorlage in jeder ihr möglichen Weise begünstige; sollte es insolge dessen gelingen, die Gefahr eines nahen Krieges zu beseitigen, so würde das Zentrum sich um das Vaterland, um die Humanität, um Europa sehr verdient gemacht haben, im entgegengesetzten Falle würde man nicht verfehlen, ein feindseliges Verhalten des Zentrums als unpatriotisch zu betrachten, durch Zustimmung dagegen würde die Regierung den Katholiken wie auch dem Heiligen Stuhle immer geneigter werden. „Indem ich vorstehende Betrachtungen Ihrem Takte und Ihrer Umsicht anvertraue, bin ich überzeugt, daß Sie den in Betracht zu ziehenden Personen und Verhältnissen gegenüber davon Gebrauch machen werden.“ Was aber thaten die Herren von Franckenstein und Windthorst, dieselben, die sich so gern als Vorkämpfer der Kirche und des Heiligen Stuhles geberdeten? Sie unterschlugen das Schreiben und begnügten sich, es nur wenigen zuverlässigen Parteigenossen unter dem Siegel des Geheimnisses mitzuteilen. Die Mahnung des Papstes, für das Septennat stimmen, heiße für die Sache des inneren und äußeren Friedens eintreten, ließ sie kalt, denn das, wovon ihre Partei lebte, war nicht der Friede, sondern der Kampf. Damit war das Schicksal der Vorlage entschieden. Am 14. Januar nahm der Reichstag mit 186 gegen 154 Stimmen den Antrag an, nach welchem die Friedenspräsenzstärke des Heeres nur für die Zeit bis zum 31. März 1890

festgesetzt wurde. Sofort erhob sich der Reichskanzler und verlas eine kaiserliche Botschaft, durch welche der Reichstag aufgelöst wurde. Die Neuwahlen wurden unverzüglich auf den 21. Februar ausgeschrieben.

Da der Brief des Kardinalsekretärs gegen den Willen der Zentrumsführer doch den Weg in die Öffentlichkeit gefunden und ein ebenso großes wie peinliches Aufsehen gemacht hatte, so nahm von Franckenstein davon Veranlassung zu einem Schreiben an den Papst, in welchem er neben der Bezeugung, daß das Zentrum, soweit es sich um kirchliche Angelegenheiten handle, den Weisungen des Heiligen Stuhles immer nachkommen werde, daß es ihm aber schlechtthin unmöglich sei, Direktiven Folge zu leisten, die bei nichtkirchlichen Gesetzen gegeben würden, die Frage stellte, ob nach der Ansicht des Heiligen Stuhles der fernere Bestand des Zentrums im Reichstage nicht mehr nötig sei, in welchem Falle die Mehrzahl seiner Mitglieder auf ihre Mandate verzichten würde. Die Antwort Jacobinis vom 21. Januar, die, damit sie nicht ebenfalls unterschlagen werde, auf Befehl des Papstes durch die Zeitungen veröffentlicht und sämtlichen deutschen Bischöfen mitgeteilt wurde, erkannte die Verdienste, die sich das Zentrum bei der Verteidigung der katholischen Sache erworben und die es ihr noch zu leisten berufen sei, an, erklärte auch seine Fortexistenz für nötig, wiederholte aber ebenso bestimmt, daß die Zustimmung des Zentrums zur Septennatsvorlage auch im Interesse der katholischen Kirche und des Heiligen Stuhles liege. Ist den Enthüllungen des Abgeordneten Toscanelli, eines Eingeweihten, Glauben zu schenken, so wäre jedoch die Kurie auch in diesem Falle mit ihrer gewohnten Zweideutigkeit verfahren. Während sie in Deutschland, um eine Milde rung der Maigesetze zu erlangen, die Fürsprecherin des Friedens spielte, erließ sie diesem Gewährsmann zufolge an die Nuntiatoren geheime Instruktionen, um die Loslösung Italiens vom Dreibunde zu begünstigen, und hintertrieb Kardinal Lavignerie die bereits angebahnte Ausöhnung zwischen dem Papst und dem Königreiche Italien durch die Vor Spiegelung, daß der nahe bevorstehende Krieg Frankreichs gegen den Dreibund die Wiederherstellung der weltlichen Macht des Papstes zur Folge haben werde. Der Papst, versichert er, hatte mit dem französischen Botschafter bereits seine Abreise nach Frankreich verabredet und diese wurde nur durch die Erklärung des Ministerpräsidenten Crispi vereitelt, daß in solchem Falle der Vatikan besetzt und zum Staatseigentum erklärt werden würde. Jedenfalls war von diesen Dingen nichts bekannt. Wer hätte also nach der erneuten Rundgebung zweifeln mögen, daß die Partei, welche sich von jeher mit ihrem Gehorsam gegen Rom brüstete, nunmehr ihren Widerstand aufgeben würde? Aber die ultramontane Demagogie erwies sich stärker als der unfehlbare Papst. Die wenigsten von den deutschen Bischöfen wagten es, wie Bischof Klein von Limburg, von dem Schreiben Jacobinis den gewünschten Gebrauch zu machen und ihren Klerus zur Enthaltung von jeder Agitation gegen das Septennat aufzufordern, und Windthorst wußte auf dem Parteitage des Zentrums am 6. Februar sich mit der ihm eigenen Verschlagenheit so geschickt aus der



Verlegenheit herauszuwinden, daß die Versammlung den bisherigen Vertretern die vollste Zustimmung zu ihrer in der letzten Session beobachteten Haltung aussprach. Für die katholischen Wähler wurde die Lösung ausgegeben: in Fragen der Religion müsse man sich dem Papst unterwerfen, in Fragen der Politik könne er für sie keine Autorität sein; ja man scheute sich nicht zu sagen, daß er als schlechtberatener Ausländer die Sachen, um die es sich handle, gar nicht verstehe, und heißspornige Kaplane und Vikare sprachen von ihm in den unehrerbietigsten Ausdrücken.

Die Lösung, welche Eug. Richter an seine Partei für den Wahlkampf ausgab, lautete kurz und bündig: „Fort mit Bismarck!“ Allein die große Mehrzahl der Wähler war sich doch ihrer diesmal besonders schweren Verantwortung bewußt. Es lag auf der Hand, daß ein ungünstiger Ausfall der Wahlen leicht das Sandkorn werden konnte, welches in Frankreich die Schale des Krieges zum Sinken brachte. Die Konservativen, die Reichspartei und die Nationalliberalen schlossen ein Kartell, wonach sie übereinkamen, nur solche Kandidaten aufzustellen, welche bereit seien, für das Septennat zu stimmen. In denjenigen Wahlkreisen, in denen bisher ein Abgeordneter dieser drei Parteien ein Mandat besaßen, solle dieser wieder oder ein Ersatzmann für ihn gewählt werden, in den bisher durch Gegner des Septennats vertretenen Wahlbezirken zur Vermeidung von Stimmenzerpflitterung eine Vereinbarung über einen gemeinsamen Kandidaten stattfinden. So war „Für das Septennat“ und „Gegen das Septennat“ der Schlachtruf in diesem Wahlkampfe. Und der Sieg gehörte den nationalen, den Kartellparteien. Das Zentrum allerdings behauptete seinen Bestand mit 104 Sitzen. Der Deutschfreisinn aber schrumpfte von 67 auf 32 zusammen und von diesen hatte er mehrere nur der Unterstützung des Zentrums zu danken. Die Sozialdemokraten verloren ihre sechs sächsischen Mandate, die süddeutsche Volkspartei verschwand gänzlich. Der Löwenanteil fiel den Nationalliberalen zu, die sich wieder auf 101 hoben. So gab es endlich wieder eine reichstrene Mehrheit im Reichstage. Freudig gestand der Kaiser, er fühle sich durch den Ausfall der Wahlen um zwanzig Jahre verjüngt. Am 11. März wurde die Militärvorlage ohne Debatte mit 227 gegen 31 Stimmen angenommen. Das Zentrum hatte sich der Abstimmung enthalten bis auf Reichensperger und sechs andere, welche dafür stimmten. Schon folgenden Tags wurde das Gesetz veröffentlicht; vier neue Infanterieregimenter, die Nummern 135—138, wurden errichtet, die vierten Bataillone formiert; auch die seit 1881 in jeder Session von der Regierung verlangte und von der Mehrheit abgelehnte Unteroffizierschule zu Breisach wurde diesmal bewilligt. Sobald das Septennat angenommen war, brachte die Reichsregierung zu Herstellung strategischer Bahnen und Verstärkung der Festungen einen Nachtragsetat ein. Die fortdauernden Ausgaben für das Reichsheer bezifferten sich auf 364 117 281, die einmaligen auf 215 279 982 Mark.

Parallel mit diesen gewaltigen Wehranstalten ging ein publizistischer Feldzug, wie ihn Bismarck schon einigemal geführt hatte. Gab es noch eine

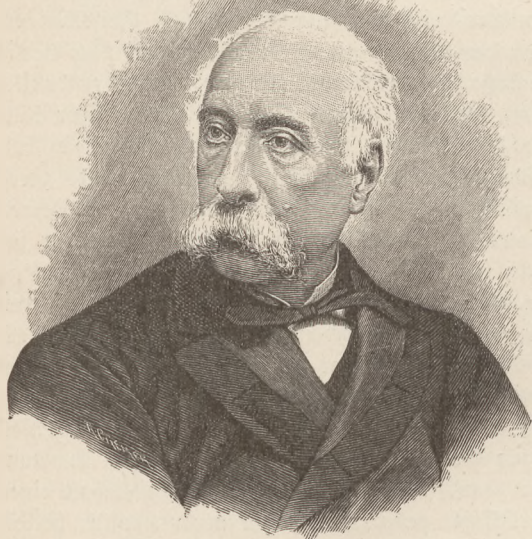
Möglichkeit, die Friedensfreunde in Frankreich zu einem Aufrufen ihrer Kräfte zu treiben, so war es die, ihnen in der allerstärksten Weise zu Gemüte zu führen, daß nunmehr die Gefahr brennend werde. Nachdem schon seine Reichstagsrede vom 11. Januar diesen Zweck verfolgt hatte, wies jetzt ein Artikel der Post „Auf des Messers Schneide“ nach, daß das Gebahren Boulangers mit notwendiger innerer Konsequenz zum Kriege führe, da dieser Mann seine Herrschaft nur durch unausgesetzte Fortführung und Steigerung des einmal gegebenen Impulses behaupten könne. Gerade da spielte der Zufall den französischen Chauvinisten einen passenden Vorwand zum Losschlagen in die Hände. Verkleidete deutsche Polizisten lockten den französischen Grenzbeamten Schnäbele, den Hauptleiter der Spionage in den Reichslanden, über die Grenze und machten ihn dingfest. Mit den nötigen Entstellungen versehen, erzeugte dieser an sich geringfügige Vorfall in Paris eine ungeheuere Aufregung. Im Ministerrate wurde von Boulanger der Antrag gestellt, ein Ultimatum nach Berlin zu richten, und nur dem Einflusse des Präsidenten Grévy war es zu danken, daß er mit sechs gegen fünf Stimmen abgelehnt wurde. Schon aber hatte der Reichskanzler den Stein des Anstoßes beiseite geräumt und diese Entscheidung dem französischen Botschafter in einer Note mitgeteilt, welche zuerst feststellte, daß Schnäbele wirklich auf deutschem Gebiete und formell korrekt verhaftet worden sei und sodann die Feststellung der Verbrechen, deren er sich schuldig gemacht habe, benutzte, um das ganze französische Spionagesystem an den Pranger zu stellen; dennoch aber sei die Freilassung verfügt worden, weil Schnäbele zum Zweck einer amtlichen Besprechung an die Grenze bestellt worden sei und darin eine Art freien Geleites gesehen werden müsse. Vier Wochen darauf bekam die Friedenspartei in Paris die Oberhand und Boulanger schied aus dem Ministerium. Zwar drohte im Herbst ein neuer Zwischenfall an der Grenze, indem ein zur Grenzbewachung gegen Wildddieberei kommandierter Soldat (Kaufmann) aus einer französischen Jagdgesellschaft einen Waldhüter erschoss und einen Offizier verwundete, einen neuen Konflikt herbeizuführen; aber auch da war der große Hüter des europäischen Friedens sofort zur Stelle. Der deutsche Botschafter überreichte dem französischen Minister des Auswärtigen Florens eine Note, in welcher seine Regierung ihrem lebhaften Bedauern über den Vorfall Ausdruck gab, und händigte ihm zugleich als Entschädigung für die Familie des Getöteten 50 000 Mark aus.

Eine recht bittere aber doch abkühlend wirkende Enttäuschung erlebten die Franzosen, als der neue italienische Ministerpräsident Crispi, der alte Radikale, auf den sie die Hoffnung gesetzt hatten, Italien wieder auf ihre Seite zu ziehen, in derselben Weise wie vorher Graf Kalouki in Friedrichsrub zum Besuch erschien und dann in seiner Programmrede zu Turin seiner Bewunderung des großen deutschen Staatsmannes den lautesten Ausdruck gab (s. o. S. 503). „Man hat gesagt“, setzte er hinzu, „daß wir in Friedrichsrub eine Verschwörung angezettelt hätten. Sei es denn! Ich alter Verschwörer erschrecke nicht vor diesem Worte; ja, wenn man will, wir haben uns ver-



schworen; aber wir haben uns verschworen für den Frieden, und unsere Verschwörung ist von der Art, daß allen denen, welche im Frieden ein höchstes Gut erblicken, gestattet ist, daran teilzunehmen. Die Diskretion gestattet mir, von allen den denkwürdigen Äußerungen, die gesprochen worden sind, nur eine einzige anzuführen, ein Wort, das im Augenblick der Abfahrt gesprochen worden ist und das die Zusammenfassung unserer Unterhaltung bildet, es lautet: „Wir haben Europa einen Dienst erwiesen!“ Dieses Wort, ich wiederhole es mit Stolz für mein Land, denn niemals ist unsere Würde in einer so vollständigen und so herzlichen Vereinigung wie die Italiens und seiner Verbündeten, niemals ist

unsere Würde mit so viel Hochachtung umgeben worden. Aber wir verfolgen unser Friedensziel nicht allein durch Bündnisse; wir verfolgen es auch durch die Förderung der Gerechtigkeit.“



Ministerpräsident Crispi. Nach Photographie.

Unausgesetzt feindlich blieb dagegen die Sprache der russischen Presse gegen Deutschland. Es war ganz umsonst, daß Bismarck durch Veröffentlichung der Aktenstücke über den Berliner Kongreß den Beweis lieferte, wie unbegründet der Vorwurf sei, als habe Deutschland damals Rußland entgegen gearbeitet; es mehrten sich vielmehr die Anzeichen, daß dieselbe Stimmung

auch in den maßgebenden Kreisen immer mehr um sich griff. Ein Ukas vom 25. Mai verfügte, daß in den westlichen Gouvernements Grundeigentum nur noch an Russen vererbt und verkauft werden dürfe; ausländische Erben sollten gehalten sein, ihren Besitz binnen drei Jahren an Russen zu verkaufen. Eine Maßregel, die für die zahlreichen deutschen Grundbesitzer in Rußland der Konfiskation ihres Besitzes ziemlich nahe kam. Das war doch selbst für die deutsche Geduld zu viel. Die Reichsbank und die preußische Seehandlung eröffneten den wirtschaftlichen Kampf gegen Rußland, indem sie die fernere Lombardierung russischer Werte ablehnten. Die dem Kanzler nahestehende Presse führte den Nachweis, daß die russische Regierung, ebensogut wie sie den deutschen Grundbesitz im Inlande gesetzlich entwerte, auch den deutschen Besitz von russischen

Papieren — man schätzte ihn auf zwei Milliarden — konfiszieren könne und drückte dadurch den Kurs dieser Papiere in einem Tage um zehn Prozent; der Kurs des Rubels, der in Berlin normal 320 stehen mußte, sank auf 175. Es war ein deutliches Zeichen von der Stärke der eingetretenen Spannung, daß Kaiser Alexander III. von seinem längeren Aufenthalt in Kopenhagen direkt zu Schiff nach Petersburg zurückzukehren beabsichtigte, ohne dem Kaiser Wilhelm in dem nahen Stettin oder Swinemünde einen Besuch abzustatten. Da aber trat ein Zwischenfall ein, der ganz unermutet und vielen ganz unerwünscht eine Wendung zum Besseren herbeiführte. Die Erkrankung der kaiserlichen Kinder an den Masern verzögerte die Rückreise so, daß sie bei dem frühen Eintritt des Winters zu Schiff nicht mehr möglich war. Sie zu Lande durch preussisches Gebiet zu nehmen, ohne den Kaiser Wilhelm aufzusuchen, wäre eine grobe Beleidigung gewesen, und so konnte der Zar nicht umhin, den Weg über Berlin zu wählen und dort einige Stunden zu verweilen. Am 18. November traf er dort ein und hatte eine längere Unterredung mit Kaiser Wilhelm. Auch Fürst Bismarck, den derselbe von Friedrichsruh herbeschieden hatte, erhielt eine Audienz bei ihm und diese eine Stunde genügte, um eine Fälschung von beispielloser Frechheit aufzudecken. Der Zar empfing den Reichskanzler mit dem Vorwurf, er habe im Widerspruch mit seinen offiziellen nach Petersburg bestimmten Depeschen in amtlichen Notizen an andere deutsche Gesandte russenfeindliche Politik getrieben. „Majestät“, entgegnete der Fürst, „wenn man Ihnen solche Notizen als von mir herrührend vorgelegt hat, so hat man Sie betrogen; ich habe dergleichen nie geschrieben und ähnliches hat mir auch mein Botschafter nie berichtet.“ Der Zar, wie überrascht er auch war, konnte nicht umhin, dem Staatsmann, der noch nie eine Unwahrheit gesagt hatte, Glauben zu schenken. Er versicherte, wie eine gut unterrichtete Quelle berichtet, nach dieser Aufklärung sehr bestimmt, daß ihm weder ein Angriff auf Deutschland noch die Teilnahme an einer gegen Deutschland gerichteten Koalition in den Sinn komme. Auf Bismarcks Bitte, auch Deutschlands Verbündeter zu gedenken, denn wer mit Deutschland in Frieden leben wolle, dürfe auch dessen Verbündete nicht angreifen, gab er die weitere Versicherung, daß ihm auch gegen Österreich jede feindselige Absicht fremd sei. Während der darauffolgenden Tafel zeichnete Kaiser Alexander den Fürsten ganz besonders aus. Am letzten Tage des Jahres brachte der Reichsanzeiger die versprochenenmaßen aus Petersburg überlieferten Fälschungen zur öffentlichen Kenntnis mit dem ausdrücklichen Hinzufügen: wenn die Aktenstücke echt gewesen wären, würde Rußland wirklich Anlaß gehabt haben, die deutsche Politik für doppelzünftig zu halten.

Den Fälschern — man glaubte sie im orleanistischen Lager suchen zu müssen — hatte die ihnen ganz unerwartet gekommene Berliner Begegnung das Spiel verdorben. Sie hatte die Wirkung, daß die russische Presse auf Befehl von oben ihre Heßkampagne gegen Deutschland einstellte. Daß aber das drohende Gewitter damit noch keineswegs zerstreut sei, das lehrten zur Genüge die russischen Truppen-, besonders Kavallerievorschiebungen nach der



deutschen Grenze, die unausgesetzt ihren Fortgang nahmen. Es wurde sehr bemerkt, daß die vom Staatssekretär von Bötticher verlesene Thronrede bei Eröffnung des Reichstages des nur sechs Tage vorher stattgefundenen zariſchen Besuchs mit keiner Silbe Erwähnung that. „Die auswärtige Politik Sr. Majestät des Kaisers“, lautete ihr Schluß, „ist mit Erfolg bemüht, den Frieden Europas, dessen Erhaltung ihre Aufgabe ist, durch Pflege der freundschaftlichen Beziehungen zu allen Mächten, durch Verträge und Bündnisse zu befestigen, welche den Zweck haben, den Kriegsgefahren vorzubeugen und ungerechten Angriffen gemeinsam entgegenzutreten. Das deutsche Reich hat keine aggressiven Tendenzen und keine Bedürfnisse, die durch siegreiche Kriege befriedigt werden könnten. Die unchristliche Neigung zu Überfällen benachbarter Völker ist dem deutschen Charakter fremd und die Verfassung sowohl wie die Heeres-einrichtungen des Reiches sind nicht darauf berechnet, den Frieden unserer Nachbarn durch willkürliche Angriffe zu stören. Aber in der Abwehr solcher und in der Verteidigung unserer Unabhängigkeit sind wir stark und wollen wir mit Gottes Hilfe so stark werden, daß wir jeder Gefahr ruhig entgegensehen können.“

„So stark zu werden“, das war also der Zweck des Wehrpflichtgesetzes, dessen Entwurf dem Reichstage am 9. Dezember vom Kriegsminister Bronsard v. Schellendorf vorgelegt wurde. Das deutsche Heer, führte die demselben beigegebene Begründung aus, setze sich bisher aus zwölf Jahrgängen zusammen, während in Rußland deren fünfzehn, in Frankreich zwanzig verfügbar seien. Im Hinblick auf die auswärtigen Verhältnisse könne man sich der Überzeugung nicht verschließen, daß die Kriegsmacht des Reiches seiner Größe und der Zahl seiner Bevölkerung nicht mehr entspreche; es müsse auf einen Angriff von zwei Seiten gefaßt sein. Dies solle erreicht werden durch die Wiederherstellung der Landwehr zweiten Aufgebots und die Verlängerung der Dienstpflicht bis zum 39. Lebensjahre, so daß das deutsche Heer künftig zu bestehen habe aus den aktiven Soldaten mit dreijähriger Dienstzeit, den Reservisten mit vierjähriger, der Landwehr ersten und zweiten Aufgebotes mit je fünf- und siebenjähriger, und seine Ergänzung erhalte durch den Landsturm ersten und zweiten Aufgebotes, der alle nicht gedienten Mannschaften vom 17. bis zum 39. und von da bis zum 45. Lebensjahre umfaßte. Einrichtungen, durch die sich die Stärke des Heeres um rund eine halbe Million Streiter vermehrte ohne nennenswerte Vermehrung der Anstrengung für die Wehrpflichtigen im Frieden und ohne erhebliche Mehrbelastung des Militäretats in seinen laufenden Ausgaben, was dadurch erreicht wurde, daß die sieben Jahrgänge vom 32. bis 39. Lebensjahre künftig zur Bildung der Truppenkörper der mobilen Armee im Kriege sofort herangezogen werden sollten.

„Dieser Entwurf zur außerordentlichen Verstärkung der deutschen Wehrkraft“ — mit diesen Worten begrüßte Bennigsen die Vorlage — „ist gewissermaßen die äußerste Aufforderung an die Vernunft und Einsicht der Regierenden in den anderen Ländern, den eigenen Leidenschaften und den wahnwitzigen Aufregungen einflußreicher Demagogen und der Masse Wider-

stand zu leisten. Müssen wir aber noch einmal die größten Opfer bringen, so dürfen wir doch nicht vergessen, daß all die schmerzlichen Verluste, die durch die Annahme dieser Gesetzesvorlage vielleicht uns treffen werden, federleicht sind gegen das Übermaß von wirtschaftlichem und politischem Unheil und gegen die nationale Schmach, die uns treffen würde, wenn Deutschland in dem gewaltigen Kampfe, wahrscheinlich in dem Entscheidungskampfe um seine Existenz und um die Erhaltung aller neu erworbenener Güter, in seinem Widerstande erlahmt und besiegt am Boden liegen sollte. Lassen Sie uns unsere alten politischen bitteren Kämpfe einmal vollständig vergessen und hier einmütig zustimmen, wo die Notwendigkeit vorliegt! Das wird auch im Auslande seine Wirkung nicht verfehlen.“

War es diese Mahnung oder die Erfahrung bei den letzten Wahlen, diesmal verhielten auch Deutschfreisinn und Zentrum sich zustimmend. Windthorst erklärte die Bereitwilligkeit seiner Partei, zur Verteidigung des Vaterlandes alles zu bewilligen. Das Ausland solle wissen, daß es keinen Deutschen gebe, der nicht hergebe, was das Vaterland fordere. Wer in solchen Dingen auf die Uneinigkeit Deutschlands spekuliere, der spekuliere falsch. Erhöht



Kriegsminister Brouard von Schellendorf. Nach Photographie.

wurde der Eindruck dieser Einmütigkeit durch die in Berlin sowohl als in Wien gehaltenen Beratungen der höchsten militärischen Autoritäten, und am 3. Februar 1888 erfolgte die Veröffentlichung des deutsch-österreichischen Bündnisses vom 7. Oktober 1879, für alle Welt zum augenscheinlichen Beweis seines rein defensiven Charakters, aber auch seiner unerschütterlichen Festigkeit.

Auch diese Vorlage benutzte Fürst Bismarck, um (6. Februar) in einer großen Rede die politische Gesamtlage, soweit sie das deutsche Reich berührte, mehr vor Europa als vor dem Reichstage darzulegen. Hatte er am 11. Januar des Vorjahres seine Worte vornehmlich nach Frankreich zu gerichtet, so galten sie diesmal der entgegengesetzten Seite. Die im Laufe des Jahres aufgetauchten Befürchtungen hätten sich viel mehr an Rußland als an Frankreich geknüpft, hauptsächlich wohl infolge eines Austausch von Aufregungen, Drohungen, Beschimpfungen und Herausforderungen in der russischen



und französischen Presse; allein erstere sei nicht der Ausdruck der öffentlichen Meinung, höchstens das Barometer dafür, was nach der russischen Pressegesetzgebung zugelassen werde. Erst vor wenigen Monaten habe er sich überzeugt, daß Kaiser Alexander keine Absicht des Angriffs hege. „Der russischen Presse glaube ich nicht, dem Worte des Kaisers glaube ich und vertraue ich absolut. Wenn ich beides auf die Waagschale lege, so schnellt das Zeugnis der russischen Presse von ihrem Haß gegen Deutschland federleicht in die Höhe.“ In Bezug auf die russischen Truppenaufstellungen nahm er an, das russische Kabinett habe die Überzeugung, daß in der nächsten europäischen Krisis, etwa einer neuen orientalischen, das Gewicht der russischen Stimme im diplomatischen Areopag Europas um so schwerer wiegen werde, je weiter westlich die russische Armee stehe. Einer geschichtlichen Übersicht über das Verhältnis Preußens zu Rußland seit 1848, die in dem Satze gipfelte, daß das Saldo, welches Rußland im preussischen Konto hatte, durch die Freundschaft, ja Dienstbarkeit Preußens während der ganzen Regierungszeit des Kaisers Nikolaus ausgenutzt und in Olmütz getilgt worden sei, schloß er in Bezug auf die Wehrvorlage die Bemerkung ein: „Wenn ich sage, wir müssen dauernd bestrebt sein, allen Eventualitäten gewachsen zu sein, so erhebe ich damit den Anspruch, daß wir noch größere Anstrengungen machen müssen als andere Mächte zu gleichem Zwecke wegen unserer geographischen Lage. Wir haben mindestens drei Angriffsfronten... Gott hat uns in eine Situation gesetzt, in welcher wir durch unsere Nachbarn daran verhindert werden, irgendwie in Trägheit oder Versumpfung zu geraten. Er hat uns die kriegerischste und unruhigste Nation, die Franzosen, an die Seite gesetzt und er hat in Rußland kriegerische Neigungen groß werden lassen, die in früheren Jahrhunderten nicht in dem Maße vorhanden waren. So bekommen wir gewissermaßen von beiden Seiten die Sporen und werden zu einer Anstrengung gezwungen, die wir vielleicht sonst nicht machen würden. Die Hechte im europäischen Karpfenteich hindern uns Karpfen zu werden, indem sie uns ihre Stacheln in beiden Flanken fühlen lassen; sie zwingen uns zu einer Anstrengung, die wir freiwillig vielleicht nicht leisten würden, sie zwingen uns auch zu einem Zusammenhalten unter uns Deutschen, das unserer innersten Natur widerstrebt: sonst streben wir lieber auseinander. Aber die französisch-russische Presse, zwischen die wir genommen werden, zwingt uns zum Zusammenhalten und wird unsere Kohäsionsfähigkeit auch durch Zusammendrücken erheblich steigern, so daß wir in dieselbe Lage der Unzerreißbarkeit kommen, die fast allen anderen Nationen eigentümlich ist und die uns bis jetzt noch fehlt. Wir müssen dieser Bestimmung der Vorsehung aber auch entsprechen, indem wir uns so stark machen, daß die Hechte uns nichts mehr thun als uns ermuntern.“

„Ich hoffe“, fuhr er fort, „es wird unsere Mitbürger beruhigen, wenn sie sich nun wirklich den Fall denken, an den ich nicht glaube, daß wir von zwei Seiten gleichzeitig überfallen würden — die Möglichkeit ist ja doch immer vorhanden — wenn das eintritt, so können wir an jeder unserer Grenzen eine Million guter Soldaten in Defensiv haben. Man hat mir gesagt: das

wird nur die Folge haben, daß die anderen auch noch höher steigen. Das können sie nicht. In der Ziffer sind sie ebenso hoch wie wir, aber in der Qualität können sie es uns nicht nachmachen. Und was uns kein Volk in der Welt nachmachen kann: wir haben das Material an Offizieren und Unteroffizieren, um diese ungeheure Armee zu kommandieren. Das ist, was man nicht nachmachen kann. Dazu gehört das ganz eigentümliche Maß der Verbreitung der Volksbildung in Deutschland, wie es in keinem anderen Lande wieder vorkommt . . . Außerdem ist aber noch ein Vorteil der Annahme dieses Gesetzes: gerade die Stärke, die wir erstreben, stimmt uns selbst notwendig friedfertig. Das klingt paradox, es ist aber doch so. Mit der gewaltigen Maschine, zu der wir das deutsche Heerwesen ausbilden, unternimmt man keinen Angriff . . . Wenn wir in Deutschland einen Krieg mit der vollen Wirkung unserer Nationalkraft führen wollen, so muß es ein Krieg sein, mit dem alle, die ihn mitmachen, alle, die ihm Opfer bringen, mit dem die ganze Nation einverstanden ist; es muß ein Volkskrieg sein, ein Krieg, der mit Enthusiasmus geführt wird, wie der von 1870, wo wir ruchlos angegriffen wurden . . . Also, es ist nicht die Furcht, die uns friedfertig stimmt, sondern gerade das Bewußtsein unserer Stärke.“

„Ich glaube nicht“, schloß er, „an eine unmittelbar bevorstehende Friedensstörung; ich bitte Sie, daß Sie das vorliegende Gesetz unabhängig von diesem Gedanken behandeln, lediglich als eine volle Herstellung der Verwendbarkeit der gewaltigen Kraft, die Gott in die deutsche Nation gelegt hat für den Fall, daß wir sie brauchen; brauchen wir sie nicht, dann werden wir sie nicht rufen, wir suchen den Fall zu vermeiden, daß wir sie brauchen. Dieses Bestreben wird uns noch immer einigermaßen erschwert durch drohende Zeitungsartikel vom Auslande und ich möchte die Mahnung an das Auslande richten, doch diese Drohungen zu unterlassen. Sie führen zu nichts. Die Drohung, die wir in der Presse erfahren, ist eigentlich eine unglaubliche Dummheit, wenn man bedenkt, daß man eine große und stolze Macht, wie es das deutsche Reich ist, durch eine gewisse drohende Gestaltung der Druckerchwärze glaubt einschüchtern zu können. Wir können durch Liebe und Wohlwollen leicht bestochen werden, vielleicht zu leicht, aber durch Drohungen ganz gewiß nicht! Wir Deutsche fürchten Gott und sonst nichts in der Welt; und die Gottesfurcht ist es schon, die uns den Frieden lieben und pflegen läßt. Wer ihn aber trotzdem bricht, der wird sich überzeugen, daß die kampfesfreudige Vaterlandsliebe, welche 1813 die ganze Bevölkerung des damals schwachen und ausgefogenen Preußen unter die Fahnen rief, heutzutage ein Gemeingut der ganzen deutschen Nation ist, und daß derjenige, welcher die deutsche Nation irgendwie angreift, sie einheitlich gewaffnet finden wird, und jeden Wehrmann mit dem festen Glauben im Herzen: Gott wird mit uns sein!“

Die Annahme der Wehrvorlage sowie der damit zusammenhängenden Anleihevorlage, welche am 8. Februar auf v. Frankensteins Antrag einstimmig erfolgte, war einer der letzten lichten Strahlen, welche den durch



schweres häusliches Leid umdüsterten Lebensabend Kaiser Wilhelms erhellten. Mit wunderbarer Frische des Geistes und des Körpers hatte Kaiser Wilhelm bis ins höchste Greifenalter der Erfüllung seiner Herrscherpflichten obgelegen. Als im August 1885 sein Leibarzt ihn bat, der ungünstigen Witterung wegen der Enthüllungsfeyer von König Friedrich Wilhelms I. Denkmal im Potsdamer Lustgarten fern zu bleiben, schrieb er ihm zurück: „Dann sterbe ich wenigstens im Dienst“; und als hierauf der Arzt seine Bitte mündlich wiederholte, erhielt er die Antwort: „Ein König von Preußen, der nicht mehr zu seinen Soldaten gehen und der Verpflichtungen seines Amtes walten kann, der ist kein König mehr und müßte die Regierung niederlegen.“ Am 22. März 1887 feierte das deutsche Volk, feierten alle Deutsche auf dem Erdenrund den neunzigsten Geburtstag des Kaisers mit einem Hochgefühl, in welchem die patriotische Begeisterung mit der Ehrfurcht und Liebe gegen die Person des Gefeierten untrennbar verschmolzen, in der kaiserlichen Familie selbst erhielt der seltene Tag noch einen besondern Glanz durch die Verlobung des zweiten Enkels, des Prinzen Heinrich, mit der Prinzess Irene von Hessen. Am 3. Juni vollzog der Kaiser in Person die Grundsteinlegung des Nordostseekanals und trotz öfter wiederkehrender Erkrankungen nahm er im September bei den Kaisermanövern des pommerschen Korps die Parade ab, reiste dann nach Baden-Baden und nahm selbst noch an einer Jagd bei Wernigerode teil. Aber bereits war der schwerste Kummer über den greisen Herrscher herein gebrochen. Anfang des Jahres hatte seinen einzigen Sohn, den Kronprinzen Friedrich Wilhelm, ein tödtliches Halsleiden befallen. Weder eine durch Professor Gerhardt vorgenommene Operation noch eine Kur in Ems hatten den erwünschten Erfolg. Eine neue Untersuchung durch die ersten Berliner Ärzte ergab das einstimmige Urtheil, daß eine Krebskrankung vorliege und daß man zur Spaltung des Kehlkopfes schreiten müsse. Unglücklicherweise wurde die weitere Behandlung dem englischen Arzt Mackenzie, einem Spezialisten von Ruf, der sich aber in diesem Falle als ein Charlatan von niedriger Gesinnung enthüllte, anvertraut. Seine Behauptung, daß man es nicht mit böartigem Krebs zu thun habe, fand scheinbar durch Birchows Untersuchung der durch den Mund des Kranken entfernten kleinen Wucherungen Bestätigung, so daß der Kronprinz kein Bedenken trug, dem fünfzigjährigen Regierungsjubiläum seiner Schwiegermutter, der Königin Viktoria, persönlich beizuwohnen. Von da an bis zum 6. November war er ausschließlich in den Händen Mackenzies und seines Assistenten Howell. Ersterer ließ in den Blättern die beruhigendsten Nachrichten verbreiten. Er schickte seinen hohen Patienten, kein deutscher Arzt begriff, zu welchem Zwecke, nach Toblach in Tirol; ein dort eingetretener Erstickungsanfall veranlaßte die Übersiedelung nach Venedig, dann nach Baveno, zuletzt nach San Remo. Trotz alledem verschlimmerte sich der Zustand des Kranken immer mehr. Auf telegraphische Berufung traf Mackenzie am 6. November in San Remo ein; nach dem nunmehrigen Befunde mochte er die Behandlung und Verantwortung doch nicht mehr allein auf sich nehmen,

sondern beantragte selbst die Herbeiziehung weiterer Spezialisten. Von diesen bestand Schrötter aus Wien auf sofortiger Vornahme des Kehlkopfschnittes, aber der Kronprinz, der das Urteil mit ruhiger Fassung entgegengenommen hatte, versagte seine Einwilligung. Am 7. Februar 1888 mußte, um die mit Erstickung drohende Atemnot zu heben, durch den für diesen Fall dort zurückgelassenen Dr. Bramann, ersten Assistenten des Geheimrats Bergmann, der Luftröhrenschnitt vorgenommen werden. Die Operation gelang, aber die Tage des Kronprinzen blieben gezählt. Zu all diesem Herzleid gesellte sich der Schmerz über den Tod eines Enkels, des Prinzen Ludwig von Baden, den am 16. Februar eine Lungenentzündung plötzlich in der Blüte der Jugend hinwegraffte.

Diese Gemüthserschütterungen rieben den schwachen Rest der Lebenskräfte Kaiser Wilhelms auf. Eine Erkältung, die er sich am 4. März zugezogen, warf ihn vollends darnieder. Schon am 17. November hatte er für den jetzt eingetretenen Fall den Prinzen Wilhelm mit seiner Vertretung in den laufenden Regierungsgeschäften beauftragt. Die Seinigen waren mit Ausnahme der kronprinzlichen Familie um den Sterbenden versammelt. Als seine Tochter, die Großherzogin von Baden, ihn bat, sich nicht durch vieles Sprechen zu ermüden, erwiderte er: „Ich habe jetzt nicht mehr Zeit, müde zu sein.“ Unter dem vom Oberhofprediger Kögel gesprochenen Gebete hauchte der erste deutsche Kaiser am 9. März früh 8½ Uhr seine Seele aus.

Mit von Thränen stockender Stimme kündigte Fürst Bismarck dem Reichstage das Ereignis an. „Mir liegt“, sprach er, „die traurige Pflicht ob, Ihnen die amtliche Mitteilung von dem zu machen, was Sie bereits thatsächlich wissen: daß S. Majestät Kaiser Wilhelm heute Vormittag zu seinen Vätern entschlafen ist. Infolge dieses Ereignisses ist die preussische Krone und damit die deutsche Kaiserwürde auf S. Majestät Friedrich III. übergegangen. Nach den mir zugegangenen telegraphischen Nachrichten darf ich annehmen, daß S. Majestät morgen von San Remo abreisen und in der gegebenen Zeit hier eintreffen wird. Ich hatte von dem hochseligen Herrn in seinen letzten Tagen in Bethätigung der Arbeitskraft, die ihn nur mit dem Leben verlassen hat, noch die Unterschrift erhalten, welche mich ermächtigt, den Reichstag heute oder morgen zu schließen. Ich hatte die Bitte an S. Majestät gerichtet, nur den Anfangsbuchstaben des Namens noch zu unterzeichnen. S. Majestät aber haben mir darauf erwidert, daß Sie glaubten, den vollen Namen noch unterschreiben zu können. Infolgedessen liegt dieses historische Aktenstück der letzten Unterschrift Sr. Majestät vor mir. Unter den obwaltenden Umständen nehme ich an, daß es den Wünschen des Reichstages ebenso wie denen der verbündeten Regierungen entsprechen wird, daß der Reichstag noch nicht auseinandergeht, sondern zusammenbleibt bis zum Eintreffen Sr. Majestät und ich mache deshalb von dieser Allerhöchsten Ermächtigung weiter keinen Gebrauch, als daß ich dieselbe als historisches Denkmal zu den Akten gebe. Es steht mir nicht zu, von dieser Stelle aus den per-



sönlichen Gefühlen Ausdruck zu geben, mit welchen mich das Hinscheiden meines Herrn erfüllt. Aber das Eine glaube ich Ihnen doch nicht vorenthalten zu dürfen, daß inmitten der schweren Schickungen, welche der von uns geschiedene Herr in seinem Hause noch erlebt hat, es zwei Thatfachen waren, welche ihn mit Befriedigung und Trost erfüllten. Die eine war die, daß die Leiden seines einzigen Sohnes und Nachfolgers die ganze Welt mit einer Theilnahme erfüllt haben, die beweist, welches Vertrauen sich die Dynastie des deutschen Kaiserhauses bei allen Nationen erworben hat. Es ist dies ein Erbteil, welches des Kaisers lange Regierung dem deutschen Volke hinterläßt. Die zweite Thatfache war die, daß der Kaiser auf die Entwicklung seiner Hauptlebensaufgabe, der Herstellung und Konsolidierung der Nationalität des Volkes, mit einer Befriedigung zurückblickte, welche den Abend seines Lebens verschönt und be-

Letzte Unterschrift von Kaiser Wilhelm I.  
Faksimile in Originalgröße.

leuchtet hat. Es trug dazu namentlich in den letzten Wochen die Thatfache bei, daß mit einer seltenen Einstimmigkeit aller verbündeten Regierungen, aller Stämme, aller Abteilungen des Reichstages dasjenige beschlossen wurde, was für die Sicherstellung der Zukunft des deutschen Reichs als Bedürfnis empfunden wurde. Diese Wahrnehmung hat S. Majestät mit großem Troste erfüllt und noch in der letzten Beziehung,

die ich zu meinem dahingeshiedenen Herrn gehabt habe, — es war gestern — hat er darauf Bezug genommen, wie ihn dieser Beweis der Einheit der gesamten deutschen Nation gestärkt und erfreut hat. M. H., die heldenmütige Tapferkeit, das nationale hochgespannte Ehrgefühl und vor allem die treue, arbeitsame Pflichterfüllung im Dienste des Vaterlandes und die Liebe zum Vaterlande, die in unserem dahingeshiedenen Herrn verkörpert waren, mögen sie ein unzerreißbares Erbteil unserer Nation sein, welches der aus unserer Mitte geschiedene Kaiser uns hinterlassen hat! Das hoffe ich zu Gott, daß dieses Erbteil von allen, die wir an den Geschäften unseres Vaterlandes mitzuwirken haben, in Krieg und in Frieden, in Heldenmut, in Hingebung, in Arbeitsamkeit, in Pflichttreue treu bewahrt bleibe.“

Es war der schönste Nachruf, der dem dahingegangenen Herrscher gewidmet werden konnte. Seine sterbliche Hülle ruht bei der seiner Eltern im Mausoleum zu Charlottenburg, ihm zur Seite die seiner Gemahlin Augusta, die ihm am 7. Januar 1890 in den Tod folgte.



Kaiser Friedrich III.

Nach dem Gemälde von H. von Angeli. Breslau, Schlesiſches Muſeum.



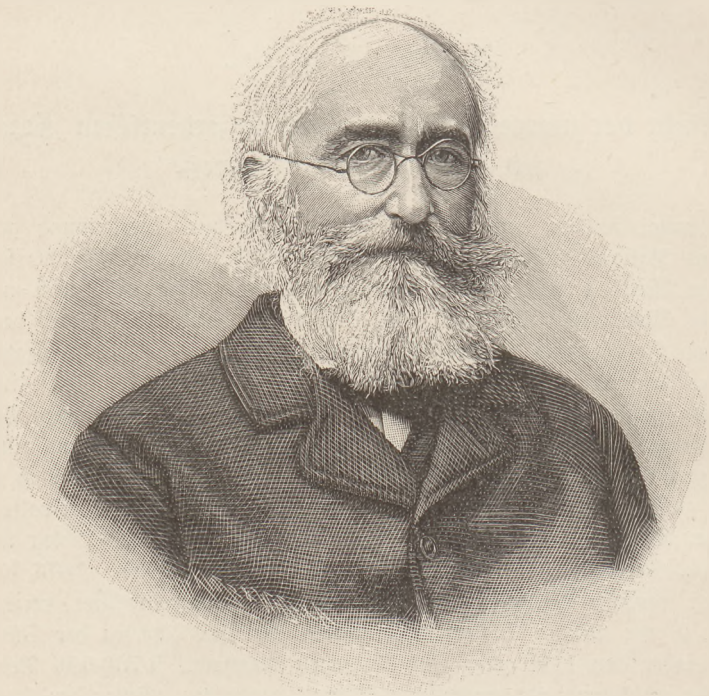


## Achtes Kapitel.

### Übersicht der inneren Geschichte der außerdeutschen Staaten seit dem Berliner Kongress.

Einmal in der europäischen Staatenfamilie zur Anerkennung gelangt, übte das Nationalitätsprinzip nirgend anderwärts nach wie vor eine so aufwühlende Wirkung wie auf das Völkergemenge der österreichisch-ungarischen Monarchie. Diesseits wie jenseits der Leitha war keiner der verschiedenen Volksstämme so überwiegend vertreten, daß er der Kopfzahl nach die Herrschaft über die anderen hätte beanspruchen können. Denn in Cisleithanien standen nach der Zählung von 1880 den fast neun Millionen Deutschösterreichern, die bisher wie den herrschenden Stamm so auch das einigende Band gebildet hatten,  $12\frac{1}{3}$  Millionen Slaven gegenüber, nicht bloß in der Kultur zurückgeblieben, sondern auch in zahlreiche Völkerschaften gespalten, die aber den Deutschen gegenüber sich mehr und mehr als eins fühlen lernten, als Mitglieder der großen slawischen Völkerfamilie, der, wie 1877 die von Rieger verfaßte Czechenadresse dem Moskauer Slawenkomitee zurief, der Primat in der arischen Völkerfamilie zukam. In den Ländern der Stephanskrone standen den nicht ganz sechs Millionen Magyaren 9 700 000 Bewohner slawischer, deutscher und rumänischer Abkunft gegenüber. Unter der Herrschaft dieser magyarischen Minderheit drohte sich die östliche Hälfte der Monarchie trotz des überwiegenden Einflusses, den sie auf die Leitung der gemeinsamen Angelegenheiten ausübte, der westlichen immer mehr zu entfremden, seitdem sie sich an diese nur noch durch die lästigsten materiellen Pflichten, für die Staatsschuld und das Heer, geknüpft fühlte. Es war daher eine bedeutungsreiche Wendung, als im Jahre 1875 das linke Zentrum des Pester Reichstages unter Führung Koloman Tiszas, gedrängt durch die Finanznot des Landes, den Widerstand gegen den Ausgleich von 1867 aufgab und sich mit den Deakisten zu einer großen liberalen Partei vereinigte, welche dadurch die maßgebende wurde. Tisza selbst trat in das Kabinett und übernahm, 21. Oktober, die Präsidentschaft desselben. In seiner Hand lagen demnach die Unterhandlungen wegen Erneuerung des Ende 1877 ablaufenden Ausgleichs mit Oester-

reich. Schmerzlich wurde bei diesen der Tod des gefeierten Staatsmannes Franz Déak (28. Januar 1876) empfunden, der die Leidenschaftlichkeit seiner Landsleute zu zügeln pflegte. Die Ungarn zeigten nicht übel Lust, ihr bis auf 35 Millionen Gulden gestiegenes Defizit durch den neuen Ausgleich auf Kosten der anderen Reichshälfte zu decken, ohne darum auf nur den geringsten Vorteil ihrer politischen Stellung innerhalb der Gesamtmonarchie verzichten zu wollen. Tisza begann zu diesem Zwecke damit, das Zollbündnis



Soloman Tisza. Nach Photographie.

mit Oesterreich zu kündigen, um dadurch für Ungarn einen größeren Anteil an dem Erträgnis der gemeinsamen Konsumtionssteuern zu erzwingen, und verwickelte dadurch die gleichzeitigen Unterhandlungen mit Deutschland über einen Handelsvertrag noch mehr, als sie es ohnehin schon waren. Außerdem verlangten die Ungarn eine eigene selbständige Bank. Da der Kaiser diese abschlug, reichte Tisza, Februar 1877, seine Entlassung ein, und da sich niemand fand, der bereit gewesen wäre, seinen Platz einzunehmen, mußte der Kaiser sich doch wieder an ihn wenden. Unerquicklich schleppten sich die Verhandlungen hin, bis endlich am 27. Juni 1878 ein neuer Ausgleich erreicht



wurde, der aber keinem von beiden Teilen genügte. Den Widerstand der Verfassungspartei dagegen konnte Auersperg nur durch die Drohung mit seinem Rücktritt überwinden, während in Pest die Rücksicht auf die im Orient sich immer bedrohlicher gestaltende Lage nachgiebiger stimmte. Bei seinem Ablauf, Ende 1887, wurde der Ausgleich unverändert auf weitere zehn Jahre verlängert.

Mit noch größerer Heftigkeit trat die Verfassungspartei unter Führung von Herbst und Giskra gegen die Orientpolitik der Regierung auf. In der Okkupation Bosniens und der Herzegowina sah sie, hierin gleicher Meinung mit den Magyaren, die aber klüglich an sich hielten, nur eine unerwünschte Verstärkung des slawischen Elements innerhalb der Monarchie. Diese Opposition, die um so unangebrachter war, als ihr jede Aussicht auf Erfolg abging, hatte jedoch eine für die Partei selbst verhängnisvolle Folge. Verlassen von der Partei, auf die allein er sich gegen den Andrang der übrigen Nationalitäten stützen konnte, trat Fürst Auersperg am 15. Februar 1879 zurück. An seiner Statt übernahm Stremayr den Vorsitz, Graf Taaffe, der besondere Vertrauensmann des Kaisers, das Ministerium des Inneren. Die Liberalen hüfteten ihren Fehler durch die Niederlage, die sie bei den Reichsratswahlen im Mai 1879 erlitten. „Durch die Maßlosigkeit doktrinärer Forderungen der extremen Parteigenossen“, urteilte Fürst Bismarck über diese Vorgänge, „ist die deutsche Partei in Oisleithanien schließlich in die bedauerliche Lage gekommen, daß sie die Dynastie nötigt, sich mehr an andere Parteien und Elemente anzulehnen im Interesse ihrer Erhaltung, eine Dynastie, die nach ihren ganzen Traditionen, ohne irgend eine Nationalität zu bevorzugen, ursprünglich doch in den Deutschen das ihr zunächst zur Hand liegende Instrument zur Regierung des gesamten Reiches sehen muß. Ich bitte Sie, meine Herren, sich das Beispiel der Herbstischen Partei in Österreich — die ‚Herbstzeitlosen‘ nenne ich sie, weil sie nie etwas zur rechten Zeit gethan — sich doch einigermaßen zu Herzen zu nehmen, wohin eine Parteitaktik führt, in der jeder Führer von morgen den Führer von heute überbietet, nachdem der Führer von heute den Führer von gestern durch Übergebot schon ruiniert hat.“ Das verfassungstreue Ministerium löste sich nunmehr ganz auf und Graf Taaffe bildete am 13. August ein neues, aus sehr disparaten Elementen zusammengesetztes, das sich als „Versöhnungsministerium“ einführte. Allein nur zu bald sah er sich zu immer neuen Zugeständnissen an die föderalistische Mehrheit gedrängt, so daß statt der verheißenen Versöhnung der nationale Hader heftiger als je zuvor und zum großen Schaden für den Fortgang der Gesetzgebung aufloderte. Die Tschechen, die ihrer Abstinenzpolitik überdrüssig waren und wohl einsahen, daß sie damit nichts ausrichteten, ließen sich durch sein Entgegenkommen nicht ungerne zum Wiedereintritt in den Reichsrat bewegen. Seit Jahren zum erstenmale trat das Abgeordnetenhaus am 7. Oktober vollzählig zusammen. Wochte auch die Rechtsverwahrung, unter der die Tschechen ihren Wiedereintritt vollzogen, wie Schmerling im Herrenhause erklärte, weder praktisch noch rechtlich

wirksam sein, die Thatsache blieb doch bestehen, daß die Verfassungspartei sich dadurch in die Minderheit versetzt sah. Aber unbelehrt durch die in der bosnischen Frage gemachte Erfahrung, wiederholte sie den damals begangenen Fehler bei dem von der Regierung vorgelegten Wehrgesetz, durch welches, entsprechend der Vermehrung der Streitkräfte in den übrigen Staaten, in Osterreich für die nächsten zehn Jahre die Friedensstärke auf 255 000, die Kriegsstärke auf 800 000 Mann festgesetzt wurde. So durchaus gerechtfertigt, ja notwendig die Maßregel war, machte sie ihr die heftigste Opposition. Erst im letzten



Graf Taafé. Nach Photographie.

Augenblick besann sich ihr rechter Flügel, daß die Verwerfung der Vorlage die Auflösung des Abgeordnetenhauses, eine neue Wahlniederlage der Verfassungstreuen und dann ein ausgesprochenes czechisch-klerikales Ministerium unausbleiblich nach sich ziehen müsse, und so wurde am 20. Dezember das Wehrgesetz mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit angenommen. Der linke Flügel dagegen blieb geschlossen bei seinem Nein und kündigte sogar den Abgefallenen die Parteigenossenschaft auf. Damit war der Zerfall der Verfassungspartei besiegelt.

Es dauerte nicht lange, bis das Versöhnungsprogramm Taafés sich als ein Hirngespinnst herausstellte. Einmal zur Mehrheit gelangt, beuteten die Klerikal-Nationalen ihren Sieg rücksichtslos aus. Sie ruheten nicht eher, als bis



alle liberalen und verfassungstreuen Mitglieder aus dem Kabinett entfernt waren. Am 26. Juni 1880 traten diese aus. Von den neu ernannten war der Pole Dunajewski entschiedener Föderalist; damit hatte das Kabinett eine ausgesprochen antideutsche Färbung angenommen. Als im Herrenhause Schmerling den ernstesten Besorgnissen der Mehrheit über die eingeschlagene Richtung Ausdruck gab unter Hinweis auf die Gefahren, die daraus für die Einheit des Staates, für die friedliche Eintracht der Volksstämme, für das feste Gefüge der Verfassung und für diese selbst erwachsen müßten, griff Taaffe zu einem Pairsschub, durch welchen auch in diesem Hause die Verfassungspartei in die Minderheit versetzt wurde. Zwei seiner Kollegen, die damit nicht einverstanden waren, schieden aus; an ihrer Statt wurde der Czeche Pracač Justiz-, Baron Pino Handelsminister. Nachdem Graf Coronini das Präsidium des Herrenhauses niedergelegt hatte, wurde der Pole Smolka Präsident desselben, der fendale Czeche Lohkowitz erster Vizepräsident.

So entstand der höchst seltsame Widerspruch, daß derselbe Staat, dessen äußere Politik, wie sie Andrássy bis zu seinem Rücktritt, 14. August 1879, dann Baron Haymerle und nach dessen frühem Tode, November 1881, Graf Kalnoki übereinstimmend leiteten, auf dem engsten Anschluß an das deutsche Reich beruhte, im Inneren die Zurückdrängung und Beseindung des Deutschtums zum System erhob. Jetzt waren es die Czechen, die den Ton angaben. Eine Verordnung vom 19. April 1880 schrieb den Beamten in Böhmen und Mähren vor, im Verkehr mit den Parteien sich derselben Sprache wie diese zu bedienen. Viele derselben mußten infolge davon, weil des Czechischen nicht mächtig, ihre Stellen aufgeben und, was eben beabsichtigt war, durch Czechen ersetzt werden. Das Prager Oberlandgericht entschied konsequent für die Annahme czechischer Eingaben seitens der deutschen Gerichte in Böhmen und verfügte die Erledigung der Klagen in czechischer Sprache selbst in rein deutschen Städten, wo sich vielleicht nur ein paar Czechen aufhielten, gleichviel, ob dadurch Störungen der Rechtspflege eintraten, und ohne Rücksicht auf die entgegengesetzten Entscheidungen des höchsten Reichsgerichts. Das früher vorwiegend deutsche Prag verwandelte sich mehr und mehr in ein slawisches. Immer bitterer wurde der Zwiespalt zwischen beiden Nationalitäten. Die Deutschen sahen sich unter den Augen der Behörden den rohesten Gewaltthätigkeiten preisgegeben, zu denen die czechische Presse unaufhörlich hegte. Ungekündigtermassen überfiel am 28. Juni 1880 eine Rote czechischer Studenten und sonstigen Gefindels friedliche deutsche Studenten, die im Kuchelbad ein Fest feierten, und der Prager Stadtrat war schamlos genug, den Deutschen die Schuld an den schändlichen Auftritten in die Schuhe zu schieben. Mehrere Tage dauerten die Pöbelerzesse gegen das deutsche Theater und das deutsche Kasino fort. Vorgänge so empörender Art, daß die Regierung doch nicht umhin konnte, den Statthalter von Weber, der sie geduldet hatte, abzurufen. Mit diesen Brutalitäten war es offenbar darauf abgesehen, den Deutschen das

Leben in Prag zu verleiden und den Fortbestand der deutschen Universität unmöglich zu machen, die den Tschechen schon längst ein Dorn im Auge war. Da sie ihre Verwandlung in eine rein tschechische Anstalt jetzt doch noch nicht durchsetzen konnten, verlangten sie ihre Teilung in eine deutsche und eine tschechische mit dem stillen Vorbehalt, daß die tschechische sich so lange an die stärkere Schwester anlehnen solle, bis sie hinreichend erstarkt sei, um jene ganz zu verdrängen. Eben darum verlangten die Deutschen, daß die tschechische Universität ganz von der alten Karolina-Ferdinanda abgetrennt werde, aber die Tschechen setzten ihren Willen durch. Auch bei der Nachwahl im böhmischen Großgrundbesitz im Jahre 1882, der bisher deutschliberal gewählt hatte, brachten die Tschechen ihren Kandidaten, den feudalklerikalen Fürsten Lobkowitz, durch unter Anwendung des stärksten Druckes auf die dazugehörigen dreizehn klerikalen Stimmen von seiten des Kardinalerzbischofs Schwarzenberg und unter Bedrohung der verfassungstreuen Großgrundbesitzer mit Niederbreunung ihrer Feldfrüchte. Seitdem ging der böhmische Großgrundbesitz seiner Mehrheit nach ins tschechische Lager über. Die auf Antrag des Abgeordneten Lienbacher beschlossene Ausdehnung des Wahlrechts auf alle, die fünf Gulden direkte Steuern zahlten, war darauf berechnet, mit Hilfe dieser der klerikalen Beeinflussung zugänglicheren „Fünfguldenmänner“ die 23 Stimmen, durch welche der böhmische Grundbesitz im Reichsrat vertreten ist, den Deutschliberalen zu entreißen und dadurch in dieser Versammlung die Zweidrittelmehrheit zu erlangen, die erforderlich war, um die Verfassung in föderativem Sinne abzuändern. So weit reichte der Sieg der Partei aber doch nicht. Auch der Antrag desselben Abgeordneten auf Verkürzung der Schulzeit von acht auf sechs Jahre wurde zwar im Mai 1881 vom Abgeordnetenhause angenommen, vom Herrenhause jedoch abgelehnt. Dagegen errang im folgenden Jahre die slawischklerikale Koalition zum erstenmale die Mehrheit in der österreichischen Delegation; Männer wie Schmerling und Herbst, die vorher eine hervorragende Rolle darin gespielt hatten, wurden beseitigt. Einen neuen Erfolg brachte das Jahr 1883 dieser Koalition durch eine Novelle zum Schulgesetz, welche die Herabsetzung der Schulpflicht von acht auf sechs Jahr in das Belieben der Gemeinden stellte und die Leitung der Volksschulen der katholischen Kirche auslieferte. Wie heftig auch die Deutschliberalen dagegen ankämpften, nachdem den Polen und den Dalmatinern gemäß dem von der Regierung geübten Tauschsystem die Nichtanwendung des Gesetzes auf ihre Provinzen, den letzteren auch die dalmatinische Amtssprache als Lohn für ihre Zustimmung zugesagt worden war, ging es mit einem Mehr von drei Stimmen durch. In Böhmen wurde der Landtag aufgelöst, um bei den Neuwahlen die Deutschen so weit in die Minderheit herabzudrücken, daß dann die Mehrheit die Landtagswahlordnung ganz nach ihrem Gutbefinden abändern könne. Unter einem Wahlterrorismus ohnegleichen schrumpfte die bisherige deutschliberale Majorität in eine Minorität von 75 gegen 167 Tschechischfeudale zusammen, zu den erforderlichen Dreivierteln fehlten diesen aber doch immer noch sechzehn Stimmen. Dann kam



mit der Handelskammer in Prag das letzte Bollwerk des Deutschtums an die Reihe. Sie wurde vom Handelsminister Pino aufgelöst und ihr, wie bereits vorher denen von Budweis und Pilsen, trotz allen Sträubens eine neue Wahlordnung aufgezwungen, die auch in dieser Körperschaft den Tschechen die Mehrheit sicherte, und da die Handelskammern eine bestimmte Anzahl von Abgeordneten in den Landtag und den Reichsrat schickten, so bedeutete dies auch in diesen einen Verlust für die Deutschen. Im böhmischen Landeskulturrate brachte es die czechische Mehrheit schließlich so weit, daß die sämtlichen 26 deutschen Mitglieder ihren Austritt erklärten. Auch in Brünn dachte Pino im Verein mit dem Statthalter Grafen Schönborn durch eine ganz perfide Änderung des Wahlmodus die Handelskammer den Slawen in die Hände zu spielen; da aber die ganze vereinigte Linke des Abgeordnetenhauses mit Austritt drohte, auch die ungarische Presse sich gegen die Tschechisierung Mährens, d. h. gegen die Errichtung eines autonomen Slawenstaates an der Grenze Ungarns erhob, mußte die Regierung hier zurückweichen.

Wie in Böhmen und Mähren, so erging es auch in allen übrigen Kronländern, wo Deutsche und Slawen gemischt wohnten. Im Landtage von Krain gewannen die Slowenen die Mehrheit. Selbst die rein deutschen Länder wie Ober- und Niederösterreich begannen sich mit slawischen Bestandteilen zu durchsetzen. Der Deutschösterreicher bemächtigte sich eine düstere, verbitterte Stimmung. Doch rafften sie sich auch zur Gegenwehr auf. Da ihre Feinde es ganz besonders auf die deutschen Schulen abgesehen hatten, so gründeten sie 1880 den Deutschen Schulverein zu dem Zweck, die weitverstreuten deutschen Sprachinseln ihrer Nationalität zu erhalten und dem weiteren Rückgange des Deutschtums durch Gründung und Erhaltung deutscher Schulen in den gefährdeten Gemeinden entgegenzuwirken. Aus dem deutschen Reiche mit ansehnlichen Geldmitteln unterstützt, gelang es dem Verein an zahlreichen Orten, dem weiteren Niedergange des Deutschtums Einhalt zu thun, trotz der erdenklichen Hindernisse, welche die Slawen, meist unter Beistand der Behörden, ihm in den Weg zu legen suchten. Auch in den Parlamenten rührten sich die Deutschösterreicher. Die beiden Klubs der Verfassungspartei, der der Liberalen und der Fortschrittclub, ließen ihre Fraktionsunterschiede fallen, konstituierten sich, 150 Köpfe stark, als „Vereinigte Linke“ und erklärten es als ihre Aufgabe, sich um das Banner des Deutschtums und des österreichischen Staatsgedankens zu scharen und in der gesetzmäßigen Bekämpfung des Ministeriums Taase anzuharren. Denn daß in Österreich die Bildung von Parteien lediglich nach politischen Gesichtspunkten unmöglich sei, die ganze Parteigruppierung nur nach nationalen Tendenzen erfolgen könne, lehrte der wenig erfolgreiche Versuch des Grafen Coronini, einen Klub des linken Zentrums zu gründen, der sich zum Wohlwollen gegen alle Nationalitäten und Unabhängigkeit von der Regierung mit Ausschluß grundsätzlicher Opposition bekannte. Einen Damm gegen die steigende slawische Flut aufzuwerfen, war der Zweck des im Januar 1884 von Graf

Wurmbrand im Abgeordnetenhanse eingebrachten Antrags, die Regierung zur Vorlegung eines Gesetzes anzufobern, durch welchen unter Festhaltung der deutschen Sprache als Staatsprache der Gebrauch der landesüblichen Sprachen in Amt, Schule und öffentlichem Leben geregelt werde. Er veranlaßte eine fünf-tägige höchst erregte Debatte und wurde schließlich mit 186 gegen 155 Stimmen abgelehnt. Die ganze Rechte einschließlich der fünf Minister stimmte dagegen. Das nämliche Schicksal hatte der Antrag Herbsts auf Zurücknahme der Sprachenverordnung vom 19. April 1880. Infolge dieser beiden Ablehnungen erwog die Vereinigte Linke ihren Austritt aus dem Abgeordnetenhanse. Was sie zuletzt doch bestimmte, den Kampfplatz nicht zu verlassen, war der infolge der anarchistischen Verbrechen über Wien und Umgebung verhängte Ausnahmezustand; denn so tief war ihr Mißtrauen gegen das Ministerium Taaffe, daß sie fürchtete, derselbe möchte nicht bloß gegen Anarchisten, sondern auch gegen mißliebige politische Richtungen in Anwendung gebracht werden, die dann nur noch auf der Tribüne dieses Hauses für das freie Wort eine Freistatt gehabt hätten.

Doch dauerte die Eintracht der Deutschen nicht lange. Sie spalteten sich wieder in einen deutsch-österreichischen Klub und einen die „schärfere Tonart“ vertretenden deutschen Klub, dessen Hauptvorkührer der Abgeordnete K u o z war; von diesem trennten sich dann wieder, der Judenfrage wegen, fünfzehn unter S t e i n w e n d e r als Deutsch-nationale Vereinigung und erst 1888 fanden sie sich wieder sämtlich als Vereinigte deutsche Linke zusammen. In Böhmen erzeugte die Unerträglichkeit des nationalen Haders, der sich neuerdings bald in der sogenannten Lex Kvičala, dem Antrag auf Verbot des Besuchs deutscher Schulen durch czechische Kinder, bald in einer neuen Sprachenverordnung des Justizministers Pracař vom 23. September 1886, wonach das Oberlandgericht in Prag angewiesen wurde, alle czechisch eingereichten Sachen ohne Übersetzung czechisch zu erledigen, bald in dem rohen Überfall deutscher Turuer zu Königinhof (24. August 1884) kund gab, bei den Deutschen den Gedanken, daß der einzige Ausweg die administrative Zweiteilung Böhmens nach den Nationalitäten sei. Darauf ging der von Plener im Prager Landtage gestellte Antrag auf Bildung deutscher Verwaltungs- und Gerichtsbezirke, so abgegrenzt, daß darin gegenüber 1 370 000 Deutschen nur 34 000 Tschechen verblieben. „Ich gebrauche“, sagte der Antragsteller, „absichtlich nicht das Wort Versöhnung, welches wahrlich schon kindisch ist. Was wir alle brauchen, sowohl die Tschechen als die Deutschen und der österreichische Staat, ist Ruhe und Ordnung.“ Allein die Mehrheit unter Führung des Fürsten Karl Schwarzenberg begnügte sich nicht einmal den Antrag zu verwerfen, sie nahm wie zum Hohu einen anderen des Abgeordneten Facek an, nach welchem die czechische Sprache auch in den Ämtern Deutschböhmens gleichberechtigt mit der deutschen sein sollte. Die deutschen Abgeordneten verließen hierauf, am 22. Dezember, den Saal unter der Erklärung, daß sie sich unter solchen Umständen fernerrhin nicht mehr an den Landtagsverhandlungen beteiligen würden.



Sie wurden deswegen ihrer Mandate verlustig erklärt, aber in sämtlichen Bezirken wiedergewählt. Seitdem saßen die Alt- und die Jungtschechen mit dem abtrünnigen deutschen Hochadel allein im böhmischen Landtage. Wie hier dem Plenerschen Antrag, so erging es im Wiener Herrenhause dem Schmerlings, die Praca'sche Sprachenverordnung durch eine Kommission hinsichtlich ihrer rechtlichen Seite und ihrer politischen Tragweite prüfen zu lassen: durch einen neuen Bair'schub verstärkt, erklärte das Haus auf Falkenhayns Gegenantrag, obgleich sich das höchste Reichsgericht bereits im entgegengesetzten Sinne ausgesprochen hatte, die Verordnung sei weder nach ihrer rechtlichen noch ihrer politischen Seite zu beanstanden. Im Abgeordnetenhause machte die Minderheit durch den Freiherrn von Scharfshmid noch einmal den Versuch, die Anerkennung des Deutschen als Staatsprache, und zwar unter rückblicksvollster Schonung der Landessprachen, herbeizuführen, aber die Mehrheit wußte ihn durch Verschleppung zu vereiteln.

Es war bereits so weit, daß die Antwortadresse des Abgeordnetenhauses auf die Thronrede von 1885 als das wünschenswerte Ziel „die organische Entwicklung der Autonomie der Kronländer“ bezeichnete. Greggr, der Führer der Jungtschechen, scheute sich sogar nicht, unumwunden zu erklären: „die Zukunft der Tschechen liege an der Wolga“. Am stärksten äußerten sich aber diese zentrifugalen Tendenzen doch an den beiden entgegengesetzten Polen, in Galizien und bei den Italienern. Seit 1848 hatten die österreichischen Polen daran gearbeitet, aus Galizien den Kern zu machen, an den sich einmal in irgend einer Form das preußische und russische Polen anschließen, von dem aus der Aufstand nach Posen und Warschau hineingetragen werden könnte, und die Gunst, deren sie sich von oben her erfreuten, erleichterte ihnen ihr Streben, schon jetzt einen förmlichen polnischen Staat im Staate zu bilden, aus welchem selbst die deutsche Dienstsprache beseitigt war und in welchem die drei Millionen nichtpolnischer Ruthenen für nichts zählten. Selbst durch materielle Vorteile ließen sie sich die Unterstützung, die sie dem Ministerium Taaffe gewährten, bezahlen, indem sie sich bei der Neuregulierung der Grundsteuer auf Kosten der deutschen Provinzen mit einer Bevorzugung bedachten. Weniger als je fühlten sich die Polen Galiziens als Österreicher. Auf der entgegengesetzten Seite, im Süden, erhielt die Italia irredenta durch die Brutalität, mit der die Slawen an der Vergewaltigung des italienischen Elementes arbeiteten, täglich neue Nahrung und einen Schein von Berechtigung. Am 16. September 1882, dem Tag vor dem Einzuge des Kaisers in Triest, wurde ein gewisser Oberdank verhaftet, der ein Dynamitattentat auszuführen im Begriff stand. Er endete am Galgen, wurde aber von seinen Landsleuten als politischer Märtyrer gefeiert.

Das Streben der Slawen nach Dezentralisation und Föderalisierung stieß nachgerade auf den Lebensnerv des Kaiserstaates. Von den Polen wurde immer lauter die Verlegung der Direktion der galizischen Bahnen nach Lemberg betrieben, der nach der Meinung der Tschechen die der böhmischen Bahnen nach

Prag folgen sollte. Wien drohte immer mehr zur Provinzialhauptstadt herabzusinken und, was noch weit schlimmer, selbst die Einheit der Armee verloren zu gehen. Im Jahre 1885 konnte der Kriegsminister Graf Bylandt in den Delegationen seine patriotische Besorgnis nicht unterdrücken, daß durch die in vielen Kronländern betriebene Entdeutschung der Schulen die Armee Schaden leiden werde, denn die Kenntnis der deutschen Sprache sei im Kriegsfall für die Unteroffiziere eine unbedingte Notwendigkeit, die Einheit der Armee hänge wesentlich mit der Einheit des deutschen Kommandos zusammen. Eine Schrift des Abgeordneten von Dumreicher wies nach, daß von den Einjährig-Freiwilligen gegen 60 Prozent meist wegen Mangels an sprachlichen Kenntnissen den Offiziersgrad nicht erreichten und daß selbst unter den 40 Prozent Bestandenen viele der Dienstsprache nicht so weit mächtig seien, um eine einfache Meldung zu verstehen und zu erstatten. Angesichts solcher Zustände konnten die Tschechen freilich nicht umhin, bei Beratung des Wehrgesetzes von 1888 den Bestimmungen zuzustimmen, welche dem Offiziersstande die Kenntnis des Deutschen zur Pflicht machten.

Hatten demnach die Deutschösterreicher Cisleithaniens einen schweren, an Niederlagen und Verlusten reichen Kampf um ihre Nationalität zu bestehen, so sahen sich die Deutschen jenseits der Leitha dem fanatischen Hass der Magyaren wehrlos preisgegeben. Unbarmherzig wurde in Ungarn das gesamte Schulwesen magyarisiert, dem deutschen Schulverein ein magyarischer entgegengestellt, nicht mit erhaltender, sondern mit erobernder Tendenz. Im Jahre 1869 gab es in Ungarn nach einer Mitteilung des Unterrichtsministers Trefort 5819 Volksschulen mit magyarischer Schulsprache, 1232 mit deutscher; jene hatten sich 1884 auf 7983 vermehrt, von diesen waren noch 676 übrig. Die Blüte der deutschen Mittelschulen Siebenbürgens wurde auf jede Weise verkümmert und unterdrückt, das Sachsenland seiner vielhundertjährigen Rechte und seiner Selbstverwaltung beraubt, die Rechtsakademie zu Hermannstadt erst gebliffentlich heruntergebracht, dann 1887 gänzlich aufgehoben. Selbst der magyarische Hochadel sagte sich von Wien los und nahm seinen ständigen Aufenthalt in Pest. Den Deutschen Ungarns blieb nur der leidige Trost, daß ebenso wie sie auch die Rumänen und Slaven es sich gutwillig oder gezwungen gefallen lassen mußten, in der herrschenden Klasse aufzugehen. Als 1875 im Pesther Unterhause der Führer der Serben Miletič sich dagegen verwahrte, daß die von der Regierung für das ungarische Nationaltheater geforderten 300 000 Gulden den übrigen Nationalitäten mit aufgebürdet würden, da Ungarn kein magyarischer Nationalstaat, sondern ein Nationalitätenstaat sei, in welchem die Nichtmagyaren die Mehrzahl bildeten, erhob sich Tizza zornsprühend: es sei ein Glück für den Redner, daß er hier im Hause durch seine Unberücksichtigung geschützt werde, außerhalb des Hauses würde er erfahren, daß der magyarische Staat Kraft genug habe, um seine Feinde zu zermalmen, worauf Serben, Kroaten, Rumänen und Sachsen in wildem Tumult den Saal verließen. Wie tief dieser magyarische Staat noch in der Barbarei stecke, ließ sich u. a.



dem Prozeß gegen die Juden von Tisza-Eszlar entnehmen, welche des rituellen Mordes an einem verschwundenen Mädchen, Esther Solimoffy, angeklagt waren. Es stellte sich dabei heraus, daß der Untersuchungsrichter gegen Angeklagte und Zeugen die schändlichsten Mittel der Tortur angewandt hatte. Einen Fortschritt bedeutete die Reform des Oberhauses, der Magnatentafel, im Jahre 1885, welche die Zahl desselben erheblich verminderte durch die Bestimmung, daß niemand kraft seiner adeligen Abkunft darin sitzen dürfe, der nicht mindestens 3000 Gulden jährliche Grundsteuer entrichtete. Dem Könige wurde das Recht verliehen, ein Drittel der Oberhausmitglieder aus dem bürgerlichen Stande nach Maßgabe von Verdienst und Befähigung zu ernennen. Mit Kroatien wurde an Stelle des 1879 ablaufenden Ausgleiches von 1873 ein neuer vereinbart, 1881 auch die Einverleibung der ehemaligen kroatisch-slawischen Militärgrenze in das Königreich Kroatien zum Abschluß gebracht. Da die Einwohnerzahl desselben dadurch fast verdoppelt wurde, verlangten die Kroaten auch eine entsprechende Vermehrung ihrer Vertretung im Reichstag, allein die Magyaren, jeder Verstärkung des slawischen Elementes in diesem abgeneigt, nötigten ihnen einen für jene höchst ungünstigen Kompromiß auf, durch welchen die Zahl der kroatischen Vertreter im Unterhause nur von 34 auf 40, im Oberhause von zwei auf drei vermehrt wurde. Dadurch erhielt der Haß der Kroaten nur neue Nahrung. In der Zagorje veranlaßte der Druck der magyarischen Beamten eine bewaffnete Bauernerhebung, und als die Finanzdeputation in Agram ihre Wappenschilder neben den kroatischen Umschriften auch noch mit magyarischen versah, riß die erbitterte Menge sie herunter. Der äußerste Flügel der kroatischen Nationalpartei unter Starcewitsch strebte offen die Losreißung von Ungarn an; fünfzehn von ihnen führten im Agramer Landtage solche Exzesse auf, daß ihre Ausschließung beschlossen und sie, da sie sich nicht fügten, mit Gewalt entfernt wurden.

Daß auch sonst in dem durch den Haß der Nationalitäten zerklüfteten Reiche manches faul sei, lehrten die Anzeichen einer in den weitesten Schichten verbreiteten und hoch hinaufreichenden Korruption, lehrte in erschütternder Weise der gewaltsame Tod des seit 1881 mit Stephanie von Belgien vermählten Kronprinzen Rudolf; er fand ihn am 30. Januar 1889 während einer Orgie im Jagdschloß Meherling bei Wien zugleich mit der schönen Baronessa Marie Vetsera. Noch immer aber bewährt der Kaiserstaat die zähe Lebenskraft, die ihn schon so viele Fährlichkeiten glücklich hat überstehen lassen.

---

Mit kaum geringeren inneren Schwierigkeiten hatte Deutschlands anderer Verbündeter, Italien, zu kämpfen. Dem jungen Einheitsstaate fehlte vor allem der Untergrund für sein öffentliches Leben, die ausreichende Volksbildung. Zählte man doch 17 Millionen Italiener, die weder lesen noch schreiben konnten;

von diesen kamen auf 1000 männliche Einwohner in Oberitalien 461, in Mittelitalien 641, in Unteritalien 835. Die Einführung des Schulzwanges vom sechsten bis neunten Lebensalter durch das Ministerium Depretis war daher schon ein großer Fortschritt. Begreiflich aber auch, daß dasselbe Ministerium von dem allgemeinen Stimmrecht, in welchem auch hier die Radikalen die Panacee für alle staatlichen Gebrechen zu sehen liebten, nichts wissen wollte, sondern als Grundlage für das Wahlrecht bei der Reform von 1882 die Intelligenz und den Besitz verlangte, zumal beide Anforderungen in dem vorgelegten Gesetze auf ein so niedriges Maß gestellt waren, daß man sagen konnte, es hätten alle das Stimmrecht, die es wollten. In ersterer Beziehung wurde nur die Fähigkeit zu lesen und zu schreiben gefordert, in letzterer war der Zensus so niedrig gestellt, daß sich der Kreis der Wähler von 650 000 auf 2 600 000 erweiterte. Weitere Verdienste erwarb sich das Ministerium Depretis durch Abschaffung der verhassten Wahlsteuer und durch die Ordnung der arg zerrütteten Finanzen, wenigstens insoweit, daß der Zwangskurs der Noten 1883 abgeschafft werden konnte; nur nagte auch hier die Erhöhung der Wehrkraft, die notwendige Vorbedingung für die Behauptung der neuen Großmachtsstellung, an dem Mark des Staatshaushaltes. Demokraten und Anarchisten machten der Regierung das Leben sauer; dem Attentate Passanantes am 17. November 1878 entging König Humbert, während der Minister Cairoli ernstlich verwundet wurde. Der gehängte Bombenheld Oberdanf wurde als nationaler Märtyrer gefeiert und seinen auf italienischen Boden geflüchteten Spießgesellen wagte die Regierung nicht an Österreich auszuliefern. Unveröhnlich blieb das Papsttum, das auf der Wiederherstellung seiner weltlichen Herrschaft bestand, unzugänglich dem Nachweise, den 1884 der Jesuit Curci in seiner Schrift *Il Vaticano regio* aus der Geschichte führte, daß die weltliche Herrschaft von jeher der „verzehrende Wurmfraß“ der Kirche gewesen. Der Verfasser wurde gemahregelt und leistete, wie so viele in ähnlichem Falle, Widerruf. Als die Regierung auf Grund der vom römischen Kassationshofe gefällten Entscheidung das Gesetz über die Einziehung der Güter der toten Hand auch gegen die der *Congregatio de propaganda fide* in Anwendung brachte und sie in Staatsrente konvertierte, suchte die Kurie sogar die auswärtigen Mächte zum Einschreiten dagegen zu bewegen, richtete aber damit gar nichts aus. Selbst die Natur verhing schwere Heimsuchungen über das Land. Das furchtbare Erdbeben auf Ischia vom 28. Juli 1883 vernichtete in wenigen Sekunden über 2000 Menschenleben. Die aus Südfrankreich eingeschleppte Cholera schlug dem Wohlstande schwere Wunden. König Humbert ließ sich durch keine Vorstellungen seiner Minister abhalten, nach Neapel zu eilen, wo sie besonders heftig wütete. Er besuchte wiederholt die Spitäler für die Schwerkranken, stieg in die Höhlen des Elendes hinab, richtete durch sein Beispiel die Mutlosigkeit der Bevölkerung und der Behörden auf und trug das Bewußtsein heim, nicht bloß eine menschlich edle That vollbracht, sondern damit zugleich die Monarchie befestigt zu haben.



Je mehr das geeinte Italien sich durch seine geographische Lage wie durch seine wirtschaftlichen Interessen zur eigentlichen Mittelmeermacht berufen fühlte, um so peinlicher empfand es die Einschnürung, mit der es durch die Festsetzung der Franzosen in Tunis sowie die der Engländer in Agypten bedroht wurde. Jene erbitterte das Nationalgefühl der Italiener so, daß das Kabinett *Cairoli*, welches sich von Frankreich hatte hinters Licht führen lassen, darüber zu Falle kam. Das ihm folgende *Depretis-Mancini* suchte an der Westküste des Roten Meeres ein Feld für den Thätigkeitsdraug der Nation: es kaufte der Rhederei *Rubattino* die *Affabbai* ab, welche diese 1869 von einem eingebornen Häuptling erworben hatte, und legte dort einen Hafen an. So entstand die erste italienische Kolonie. Um sie weiter auszudehnen, näherte sich Italien England; auf Grund eines Abkommens mit der zur Zeit am Nil gebietenden Macht besetzte es Anfang 1885 Weiln nördlich von *Affab* und *Massana*, ohne Rücksicht auf die unzweifelhaften Besitzrechte des *Rhedive*. Wert hatten diese Orte mit ihrem mörderischen Klima nur als Ausgangspunkte für koloniale Ausbreitung nach dem Binnenlande zu; die Aussicht auf diese wurde aber durch die unerwartete Preisgabe des *Sudan* von seiten der Engländer vernichtet. Vollends bedenklich wurde die Lage der Italiener, als *Negus Johannes* von *Abyssynien* Anstalt traf, sie aus *Massana*, dem natürlichen Hafenplatz seines Landes, mit Gewalt zu vertreiben. Bei *Saati* wurde zwar sein Feldherr *Ras Alula* am 25. Januar 1887 zurückgeschlagen, überfiel aber tags darauf eine ausgesandte Kolonne von 500 Mann in einem Hohlwege bei *Dogali* und vernichtete sie fast vollständig. In Rom war die Bestürzung über diese Schlappe ungeheuer. Die Kammer bewilligte zwar fast einstimmig den geforderten Kredit von fünf Millionen Lire, aber der Minister des Auswärtigen, der unmittelbar vor der Hiobspost die Lage in *Massana* ganz rosig geschildert hatte, mußte zurücktreten. Der italienische Oberbefehlshaber *General Gené*, der sich auch als Unterhändler ungeschickt benommen hatte, wurde abberufen und durch *San Marzano* ersetzt. Zum Glück sah sich der *Negus* durch die feindselige Haltung seines den Italienern gewogenen Vasallen und Eidams, des Königs *Meneik* von *Schoa*, bewogen, seinen siegreichen Feldherrn zurückzurufen. Dies ermöglichte es den Italienern, ihre Schutzherrschaft über einen weiteren Küstenstrich auszudehnen, und als *Negus Johann* am 8. März 1889 in der unglücklichen Schlacht bei *Metemma* gefallen war, benutzten sie den zwischen seinem Neffen *Debeb* und *Meneik* ausgebrochenen Thronstreit, um nicht nur etliche Punkte des gesünderen Hochlandes zu besetzen, sondern auch mit *Meneik*, der seinen Nebenbuhler überwunden hatte, einen Friedens- und Freundschaftsvertrag abzuschließen.

Das russische Reich stand bei dem plötzlichen Thronwechsel am 13. März 1881 vor einer verhängnisvollen Entscheidung. Jedermann war aufs Höchste gespannt, ob der neue Zar Alexander III., er, der früher selbst Beziehungen zu den demokratisch-panslawistischen Führern unterhalten hatte, die von seinem Vater beabsichtigten liberalen Reformen zur Ausführung bringen oder durch die Frevelthaten der Nihilisten sich zu dem entgegengesetzten Verfahren werde bestimmen lassen. Die Einberufung eines städtischen Beirates, der am 31. März aus der Bevölkerung Petersburgs gewählt, Mittel und Wege zur Bekämpfung der Umsturzpartei beraten sollte, und die Veröffentlichung des letzten Reskripts Alexanders II., das eine Verstärkung des Reichsrats durch Abgeordnete der Stände aus dem Adel, der ständischen und der Gemeindeverwaltung befürwortete, somit die Einführung parlamentarischer Einrichtungen in Aussicht stellte, ließen das erstere erwarten. Schließlich siegte aber doch die entgegengesetzte Ansicht. Die liberalen Ideen hatten Verbrechen und Verwirrung nicht vorzubeugen vermocht; so mußte auf die Selbstherrschaft zurückgegriffen werden. Der modernen Bildung wurde die Schuld an der nihilistischen Verwilderung aufgebürdet; helfen sollte gegen sie allein das reine, mit der rechtgläubigen Kirche eng verbundene, von allen westeuropäischen Einflüssen grundfänglich abgekehrte Russentum. In einem Manifest vom 11. Mai 1881, als dessen Verfasser der frühere Erzieher des Kaisers Pobedonozzew, ein kirchlicher Fanatiker, bezeichnet wurde, appellierte der Kaiser an die ihm von Gott verliehene selbstherrliche Gewalt, die zu befestigen und zu bewahren seine Pflicht sei, erklärte seinen Entschluß, die Zügel der Regierung fest anzuziehen, und forderte alle Unterthanen auf, ihm zur Ausrottung der nichtswürdigen anfrühdreckerischen Bestrebungen behilflich zu sein. Infolge dieser Entscheidung gab Boris Melikow seine Entlassung als Minister des Inneren und erhielt Ignatiew zum Nachfolger. Katkow, der fanatische Deutschenfeind, wurde zum Geheimrat und zum Erzieher des Zarewitsch ernannt.

Abkehr von allem westeuropäischen Wesen war demnach die Lösung des neuen Regierungssystems. Auch das Heer erhielt nationale Uniform, mit Schaffelmützen, weiten Hosen und langen Stiefeln. Die ersten Kraftäußerungen des reinen Russentums bestanden in abscheulichen Exzessen, die in der podolischen Stadt Balta und andernwärts an den Juden verübt wurden und viele Tausende der Verfolgten zur Auswanderung trieben. Die wohlwollende Nachsicht, die Ignatiew diesen Ausschreitungen bewies, die Vergeltlichkeit seiner Maßregeln zur Unterdrückung des Nihilismus, endlich sein abenteuerlicher Plan, im ganzen Reiche sogenannte Semski-Sobor, Provinzialversammlungen nach altrussischem Muster, führten seine baldige Entlassung herbei. Sein Nachfolger, Graf Tolstoi, wendete sich der sozialen Reform zu. Er bewirkte die vollständige Lösung des Pflichtverhältnisses der Bauern gegen die früheren Grundherren, zu welchem Zwecke die Krone jährlich zwölf Millionen Rubel Vorschüsse gewähren sollte, die allmähliche Aufhebung der Kopfsteuer und dadurch die Ermäßigung der Steuerlast für die Bauern und eine gerechtere





Kaiser Alexander III. von Rußland.  
Nach Photographie.







Steuerverteilung. Dabei nahmen aber die nihilistischen Attentate ihren ungestörten Fortgang. Schon am Tage nach der Ermordung Kaiser Alexanders II. hatte das nihilistische Exekutivkomitee eine Proklamation erlassen, in der es seine Freude über das gelungene Attentat bezeugte und den neuen Kaiser warnte, dem Beispiele seines Vaters zu folgen und ein Tyrann wie er zu werden. Von der Außenwelt abgesperrt, bewacht von einem Heer von Polizisten, verschloß sich Kaiser Alexander III. mit seiner Familie in das einsame Schloß Gatschina. Unzweifelhafte Thatsachen lieferten den Beweis, daß der Nihilismus in der Armee, selbst im Offizierskorps Fortschritte mache.

Ein Marineoffizier Suchanow war, wie die Untersuchung ergab, seitdem er die Betrügereien eines Schiffskommandanten angegeben, von den Behörden systematisch verfolgt und den Nihilisten in die Arme getrieben worden. Eine junge schöne Frau, Wjera Filipow, wurde überwiesen, ihre Reize preisgegeben zu haben, um Offiziere für den Nihilismus zu gewinnen. Selbst der Polizeioberst Sudeikin, der speziell über die Sicherheit des Kaisers zu wachen hatte, wurde das Opfer der Nihilisten. Erst allmählich trat zwar kein Erlöschen aber doch ein Ermatten der nihilistischen

Epidemie ein. Diese trübseligen Zustände waren es, welche zum Aufschub der Kaiserkrönung in Moskau bis zum 27. Mai 1885 nötigten. Aber selbst bei dieser Gelegenheit hielt sich die herrschende Mißstimmung nicht zurück. Da das Krönungsmanifest, der gehegten Hoffnung entgegen, von einer Beschränkung der Selbstherrlichkeit kein Wort enthielt, so gab das Stadthaupt von Moskau Tschitscherin beim Festbankett der Überzeugung von der unbedingten Notwendigkeit zeitgemäßer Reformen offenen Ausdruck. Er wurde sofort bedeuget, seine Entlassung zu nehmen, aber der Stadtrat ernannte ihn zum Ehrenbürger.

Zu den Hauptartikeln des zur Herrschaft gelangten nationalrussischen Systems gehörte die Austilgung aller nichtrussischen Elemente in den westlichen Theilen des Reiches. Am schwersten wurden die schon vorlängst bedrängten



Minister Graf Tolstoi. Nach Photographie.

Ostseeprovinzen heimgesucht. Die wüthlerische Thätigkeit des revidierenden Senators Manassein ließ dort ihre Spuren zurück in den Mordanfällen und Brandstiftungen, welche die lettischen Bauern gegen ihre deutschen Gutsherrn verübten. Alles Deutsche war geächtet und wie vogelfrei; die deutsche Sprache wurde aus der Schule verdrängt und durch die der Bevölkerung völlig fremde russische ersetzt, die Universität Dorpat mehr und mehr russifiziert und ihrer früheren Selbstverwaltung entkleidet. Der gleichen systematischen Verfolgung unterlag die evangelische Kirche dieser Provinzen. Die Erlaubnis zur Erbauung neuer Kirchen der „fremden Konfessionen“ wurde von einer vom Oberprokurator des heiligen Synods zu erstattenen,



Katkov. Nach Photographie.

langenden Befürwortung abhängig gemacht. Lutherische Geistliche büßten das Verbrechen, gegenüber der fieberhaften Proselytenmacherei ihre Gemeindeglieder zur Treue gegen ihre Kirche ermahnt und vom Abfall zurückgehalten zu haben, mit Absetzung, Verbannung und anderen Strafen, aber zur Errichtung von orthodoxen Kirchen, Friedhöfen, Pfarrhäusern und Schulen wurden auf drei Jahre je 100 000 Rubel aus Reichsmitteln ausgeworfen. Um nicht selbst bei der Umwandlung der von der livländischen Ritterschaft unterhaltenen

höheren Lehranstalten aus deutschen in russische mithelfen zu müssen, zog es der Landtag vor, sie ganz eingehen zu lassen. Der Niedergang der geistigen Bildung, der die notwendige Folge dieser Maßregeln war, beschränkte sich jedoch keineswegs auf diese Provinzen. Denn um den Nihilismus, der sich ja größtenteils aus den Kreisen der Studierenden rekrutierte, zu bekämpfen, verfiel man darauf, durch Erhöhung des Schulgeldes, Beschränkung der Schülerzahl und Ausschluß der Söhne unbemittelter Eltern und niederer Stände dem Zubräng zu den Gymnasien und Universitäten zu steuern, und machte dadurch die wissenschaftliche Bildung zum Privilegium nicht der Befähigung, sondern der Geburt. Die Universitäten wurden wieder durch Einsetzung von Inspektoren unter Polizeiaufsicht gestellt und dadurch Professoren und Studenten gleichmäßig erbittert. Kein Wunder, daß unter solchen Umständen das Eisenbahnunglück,



welches am 29. Oktober 1888 den kaiserlichen Zug bei der Station Borki zwischen Mskow und Charkow traf und bei welchem mitten unter 21 Toten und 37 Verwundeten die kaiserliche Familie wie durch ein Wunder fast unverfehrt blieb, anfangs als das Werk der Nihilisten galt, während es nur eine Folge russischer Lotterwirtschaft war. Gleichzeitig schlug die Zollabspernung gegen das Ausland, zu der noch die deutschen Getreidezölle hinzukamen, auch dem materiellen Wohlstande der russischen Kornkammern schwere Wunden. Der Grundbesitz verarmte dort. Für die Panslawisten ein Grund mehr zum Haß gegen Deutschland, das als den eigentlichen Friedensbedroher zu denunzieren ihre Presse nicht müde wurde. Dem Dementi, welches der Regierungsanzeiger den wütenden Ausfällen der Moskauer Zeitung gegen den offiziell befreundeten Nachbar gab, setzte Katkow keck die Behauptung entgegen, die Politik des Zaren sei keineswegs die des auswärtigen Amtes. Er wurde deshalb nach Petersburg vorgeladen, aber der Kaiser wagte nicht, zwischen Giers und ihm bestimmt zu wählen: er versicherte jenen seines vollen Vertrauens, ohne diesem seine Gunst zu entziehen. Als Katkow am 1. August 1887 starb, eilte sofort Deroulède aus Paris herbei, um einen Kranz auf seinem Grabe niederzulegen. Die Propaganda, die der Phrasenheld der Revanche für die Verbrüderung zwischen Frankreich und Rußland machte, war wohl nicht nach jedermanns Geschmack; unleugbar blieb aber doch die Thatsache, daß der gemeinsame Haß gegen Deutschland beide Nationen immer näher zu einander führte.

Zu Frankreich hatte der Sturz Mac Mahons (S. 620) die demokratische Republik besiegelt. Ihrer Befestigung kam der oft erprobte Zug des französischen Volkscharakters zu statten, einer einmal zur Herrschaft gelangten Strömung sich, ob auch anfangs widerwillig, dann doch gefügig und schließlich beistimmend zu überlassen. Der, der die republikanischen Parteien in der Hand hatte, war Gambetta, aber noch hielt er die Zeit nicht für gekommen, um selbst das Staatsruder zu ergreifen. Am 1. November 1879 wurden die Kammern nach Paris zurückverlegt. Der immer stärker wiederholten Forderung der Radikalen nach voller und unbedingter Amnestie für die Kommunarden hatten sie bereits in Übereinstimmung mit dem am 4. Februar ins Amt getretenen Ministerium Waddington zunächst insoweit genügt, als nur die wegen gemeiner Verbrechen verurteilten davon ausgeschlossen wurden. Präsident Grévy machte in 3464 Fällen Gebrauch von der ihm erteilten Ermächtigung, bis zum 5. Juni Begnadigungen zu vollziehen. Im folgenden Jahre sprach sich die Kammer für die volle und unbedingte Amnestie, für die Gambetta, um seine ins Wanken geratende Popularität aufs neue zu befestigen, persönlich eintrat, aus; der Senat schloß zwar mit einem Mehr von fünf Stimmen die Mörder und Brandstifter aus, gab aber schließlich doch nach, daß auch diese, soweit ihnen bis zum 9. Juli eine Strafmilderung zu teil geworden, amnestiert würden,

und so konnte der Nationalfesttag des 14. als ein Versöhnungsfest begangen werden. Dank ernteten die Gemäßigten von den heimgeskehrten Kommunalorden nicht. Rochefort eröffnete sofort in seinem Journal „*Tu trançaisant*“ einen unversöhnlichen Feldzug gegen Gambetta und dessen Opportunismus und die Versammlungen dieser Mörder und Brandstifter, in denen besonders die Petrolsenje Louise Michel als Rednerin glänzte, ertönten von Rachegeschrei gegen die Bourgeoisie.

Zur zweiten Hauptaufgabe setzte sich die herrschende Partei die Befreiung des Unterrichtswezens aus den klerikalen Fesseln, in welche das Gesetz von 1875 es geschlagen hatte. Das von dem Unterrichtsminister Ferry vorgelegte Gesetz mit seinen drei wichtigen Bestimmungen: Entfernung der Geistlichen aus dem obersten Unterrichtsrate, Zurückführung der sogenannten kirchlichen Universitäten auf reine Privatanstalten und Verbot, an alle nicht gesetzlich anerkannten Orden Unterricht zu erteilen, wurde von der Kammer mit großer Majorität angenommen, der Senat aber, wo J. Simon von der Linken unter doktrinärem Berufung auf die Gewissensfreiheit im Bunde mit der Rechten für die Lehrberechtigung der Orden eintrat, verschleppte es, nahm dann in der folgenden Session die beiden ersten Punkte an, verwarf aber den den dritten enthaltenden § 7. Freycinet, seit 29. Dezember 1879 Ministerpräsident, erklärte hierauf, auch die bestehenden, nur außer Übung gekommenen Gesetze gäben Mittel genug an die Hand, um den beabsichtigten Zweck zu erreichen. Die Statistik ergab, daß in Frankreich 500 vom Staate nicht ermächtigte Kongregationen mit 22 000 Mitgliedern bestanden; die Jesuiten hatten 74 Lehranstalten, gegen 20 000 Schüler wurden von Ordensleuten, etwa die Hälfte von Jesuiten unterrichtet. Um jedoch einem Kulturkampfe auszuweichen, in welchem voraussichtlich der gesamte Episkopat sich auf die Seite der Kongregationen stellen würde, verfuhr die Regierung möglichst gelinde. Am 30. März 1880 erließ Präsident Grévy zwei Dekrete: das eine befahl „der nicht anerkannten sogenannten Gesellschaft Jesu“, binnen drei Monaten sich aufzulösen und ihre Anstalten in Frankreich zu räumen; das andere forderte alle nicht anerkannten Kongregationen auf, in derselben Frist bei der Regierung um Genehmigung ihrer Statuten und um die gesetzliche Anerkennung jeder einzelnen ihrer Anstalten nachzusuchen. Aber die Jesuiten wichen nicht; sie warteten ab, daß ihre Häuser erbrochen und sie gewaltsam herausgeführt und ausgewiesen wurden. Die anderen widerspenstigen Kongregationen hoffte Freycinet durch Vermittelung der Kurie zu irgend einer annehmbaren Erklärung zu vermögen. Eine Erklärung erfolgte zwar, aber eine durchaus ungenügende. Daß die Regierung sich trotzdem damit zufrieden gab, bot Gambetta die erwünschte Handhabe, um sich an Freycinet dafür, daß er ihm wegen seiner Cherbourger Rede Abenteuerpolitik vorgeworfen hatte (S. 698), durch dessen Sturz zu rächen. Das ihm folgende Ministerium Ferry ging mit der Ausführung der Märzdekrete energischer vor. Nicht weniger als 300 Klöster wurden geschlossen, an manchen Orten unter Aufbietung militärischer Hilfe; nur die



Frauenorden ließ die Regierung vorläufig unbehelligt. Um aber den geistlichen Lehrorden die Konkurrenz zu erschweren, hob das von P. Bert ausgearbeitete Gesetz vom 16. Juni 1881 das Schulgeld auf, führte den Schulzwang ein und verbot die Erteilung von Religionsunterricht in der Elementarschule, selbst alle religiösen Abzeichen mußten aus ihr entfernt werden; zum Bau neuer Schulhäuser bewilligte der Staat den Gemeinden 120 Millionen Frank. Ihren Abschluß erreichte die Verweltlichung der Volksschule durch das Gesetz von 1886, welches jede Gemeinde verpflichtete, wenigstens eine Volksschule zu halten, nur Laien den Unterricht darin gestattete, das Aufsichtsrecht des Pfarrers aufhob, den geistlichen Orden jedoch die Errichtung von „freien“ Schulen gestattete, aber nur unter der Bedingung, daß die Lehrer derselben die Staatsprüfung bestanden hätten. Als im Jahre 1883 etliche Bischöfe sich erlaubten, die Einführung gewisser Lehrbücher für den Zivilunterricht anzuordnen, wurde dieser Einmischungsversuch vom Ministerium Ferry mit Nachdruck zurückgewiesen.

Seitdem Gambetta den Marschall Mac Mahon zur Unterwerfung unter die Kammermajorität genötigt, hatte er ein Ministerium nach dem andern erhoben und sobald es sich nicht fügsam genug benahm, wieder gestürzt. Aber diese Rolle hinter den Kulissen genügte auf die Länge seinem Ehrgeize nicht. Dessen Ziel war die Präsidentschaft der Republik; aber nicht eine wie bisher von den Kammern abhängige, sondern eine mit unumschränkter Machtfülle über die Kammern gebietende, die ihn in stand setzen sollte, sein glühendes Verlangen nach dem Revanchekrieg zu befriedigen. Den Weg zu diesem Ziele sollte die Abschaffung der Arrondissementswahlen und die Wiedereinführung der bereits nach 1848 in Übung gewesenen Listenwahl, wonach jedes Departement seine sämtlichen Abgeordneten zusammen nach einer aufgestellten Liste zu wählen hatte, bahnen. Von dem Pariser Komitee angefertigt, sollten diese Listen nicht nur der gambettistischen Partei eine überwältigende Mehrheit verschaffen, sondern auch, eine jede den Namen des „großen Bürgers“ an der Spitze tragend, diesen durch eine Art von Plebiszit zum Erwählten der ganzen Nation und damit zu ihrem Diktator machen. Ferner sollte die aller drei Jahre zur Hälfte oder zu einem Drittel stattfindende Erneuerung der Kammer als Damoklesschwert über dem Haupte jedes Abgeordneten schweben, als einfachstes Mittel, um jeden nicht unbedingt folgamen durch Streichung von der neuen Liste auszumerzen. Der Plan entsprach ganz der seit 90 Jahren in Frankreich herrschenden Anschauung, nach welcher eine Verfassung eben nichts war als ein wächsernes Gebilde. Wirklich genehmigte auch die Kammer, wenngleich offenbar nicht eben mit großer Begeisterung, die von Bardoux beantragte Einführung der Listenwahl. Um diese auch dem Senat schmackhaft zu machen, setzte Gambetta die Ablehnung der von den Radikalen beantragten Reform des Oberhauses durch. Er hielt sich seines Erfolges für sicher. In seiner Geburtsstadt Cahors, wohin er gereist war, ließ er sich bereits als den künftigen Alleinherrscher feiern. Allein wider Erwarten verwarf der Senat am 9. Juni 1881 die Listenwahl und bewirkte dadurch, daß die nächsten Wahlen

noch nach dem alten Modus vorgenommen werden mußten. Die Lösung des Wahlkampfes war „Für oder gegen die Listenwahl“. Gambetta hatte darauf gerechnet, zwanzig- bis dreißigmal gewählt zu werden; er siegte aber nur ein einziges Mal, in seinem bisherigen Bezirk Belleville, und auch da nur mit knapper Not; denn mit den Radikalen hatte er es gründlich dadurch verdorben, daß er in dem Wahlfeldzuge, um die Stimmen der Gemäßigten zu gewinnen, sich selbst zu unerwartet gemäßigten Ansichten bekannte, natürlich nicht unter grundsätzlicher Verleugnung seiner früheren Forderungen, sondern weil deren Verfolgung zur Zeit nicht opportun sei. Der Vorwurf des Opportunismus wurde seitdem ein besonders beliebtes Schlagwort, mit dem sie ihn heimsuchten.

Im ganzen war aber doch das Wahlergebnis ein entschiedener Sieg der Republikaner und damit war für Gambetta der Augenblick gekommen, um aus seiner unverantwortlichen Stellung herauszutreten und selbst die Verantwortlichkeit für die Politik der Republik zu übernehmen. Eine geheimnisvolle Reise, die er nach Hamburg, Lübeck, Stettin, angeblich auch nach Varezin machte, wurde als unmittelbare Vorbereitung darauf angesehen. Am 14. November 1881 trat er an die Spitze eines neuen Ministeriums, das schon längst von den Blättern seiner Partei als das „große Ministerium“ ausposaunt worden war. Aber merkwürdiger Weise bestand es aus lauter recht kleinen, untergeordneten Leuten; denn Männer von selbständigem Willen konnte Gambetta nicht als Kollegen brauchen. Um so gefährlicher drohte es der auswärtigen Politik zu werden. „Herr Gambetta in der Regierung“, äußerte Bismarck, „bringt auf die Nerven Europas den nämlichen Effekt hervor, wie ein Mann, der die Trommel in einem Krankenzimmer schlägt.“ Nichts anderes war es ja, als die Sehnsucht nach dem Revanchekrieg, als die Hoffnung, aus dem Funken der ägyptischen Wirren werde sich ein allgemeiner Kriegsbrand entfachen lassen, was den neuen Leiter der französischen Politik mit der kurz-sichtigen Leidenschaftlichkeit des Dilettanten trotz Lord Granvilles nicht mißverständlicher Zurückhaltung in dem Wahn befangen hielt, er könne England am Leitseil zu einem gemeinsamen Einschreiten am Nil nach sich ziehen (S. 680). Aber auch im Innern unterschätzte er die Schwierigkeiten des unternommenen Feldzugs und die Stärke seiner Gegner. Die hohe Finanz betrachtete das neue Ministerium, das sich mit allerhand finanziellen Plänen, Konvertierung der fünfprozentigen Rente, Verstaatlichung der Eisenbahnen u. s. w., trug, mit feindseligen Augen; ein großer Börsenkrach, in dessen Verfolg die Bankiers *Bontoux* und *Feder* zu fünfjährigem Gefängnis verurteilt wurden, verbreitete allgemeine Unbehaglichkeit. Die Radikalen ließen sich durch die Ernennung ihres Führers *Floquet* zum Seinepräfekten nicht abhalten, Gambetta die Beschuldigung an den Hals zu werfen, er habe in Verbindung mit dem General-konful *Koustan* die tunesische Expedition nur zum Zweck einer Geldspekulation betrieben, wie denn allerdings der vorher mittellose Mann jetzt auf 27 Millionen geschätzt wurde, und die Freisprechung *Rocheforts* in dem deshalb von *Koustan* gegen ihn angestrengten Verleumdungsprozesse schien die Richtigkeit



ihrer Anklage zu bestätigen. Selbst die republikanischen Abgeordneten waren wenig erbaut von der Aussicht, zu willenslosen, von Gambettas Gnade abhängigen Abstimmungswerkzeugen herabgesetzt zu werden, vor allem aber kam ihnen zum Bewußtsein, daß die Listenwahl der erste Schritt sei, um Frankreich in die Abenteuerpolitik der Revanche hineinzureißen, mit der wohl jeder Franzose gern spielte, die aber ernstlich anzufassen doch sein Bedenken hatte.

Trotz alledem beharrte Gambetta auf seinem Entschluß. Eröffnete ihm doch der den Republikanern günstige Ausfall der Senatorenwahlen die Hoffnung, daß er diesmal nicht wieder an der Opposition des Senats scheitern werde. Am 14. Januar 1882 legte er der Kammer den Entwurf zu einer Verfassungsrevision vor, der er, entgegen der von den Radikalen geforderten unbeschränkten, die Form einer beschränkten gegeben hatte: er verlangte für den Senat Änderung des Wahlmodus, Beschränkung seiner finanziellen Befugnisse und Ersetzung der Lebenslänglichkeit seiner Mitglieder durch ein Mandat auf neun Jahr, für die Kammer die Listenwahl. Allein schon im vorberatenden Ausschusse stieß er auf eine heftige Opposition und am 26. Januar erklärte sich die Kammer in der entscheidenden Abstimmung mit einem Mehr von 282 gegen 227 gegen das Ministerium. Sofort trat Gambetta zurück, nicht ohne starke Einbuße an Vertrauen zu seiner staatsmännischen Befähigung, aber in der stillen Hoffnung, daß bei der nächsten größeren Verwicklung sein Stern aufs neue und glänzender als je aufgehen werde.

Am die Spitze des neuen Kabinetts trat wiederum Freycinet. Die Verfassungsrevision wurde vorläufig beiseite gelegt. Näher lagen andere Sorgen. Denn obgleich der Volkswohlstand, wie die überraschende Steigerung des indirekten Steuerertrags bewies, in steter Zunahme war, stellte sich doch heraus, daß die dritte Republik teurer gewirtschaftet habe, als irgend eine der vorhergegangenen Regierungen. Die schwebende Schuld war, wie der Finanzminister Léon Say der Kammer offen darlegte, in den letzten Jahren von 700 Mill. auf drei Milliarden gestiegen, das ordentliche Budget größer als je zuvor, die Steuerlast eine fast erdrückende. Einer neuen Anleihe wollte er durch eine Manipulation mit den sechs großen Eisenbahnen entgegen, die gegen gewisse ansehnliche Zugeständnisse bereit waren, dem Staat aus seiner Verlegenheit zu helfen und die Ausführung von Freycinets großem Bahnbauplan zu ermöglichen. Den Radikalen erwies sich das Kabinett gefällig durch Vorlegung einer neuen Gemeindeordnung, welche auch den großen Städten, jedoch mit Ausnahme von Paris, die Selbstwahl ihrer Maires einräumte. Aber auch ihm war nur eine kurze Dauer beschieden. Gambetta lauerte auf Rache für das Gelbbuch, welches ihn durch die Veröffentlichung seiner kläglich verfehlten ägyptischen Politik arg bloßstellte. Er benutzte die Forderung eines Kredits für die mit England gemeinschaftlich vorzunehmende Befestigung des Suezkanals, um seinem Nachfolger ein Bein zu stellen. Die Kammer verweigerte den Kredit und Freycinet trat schon am 29. Juli zurück. Nicht ohne Mühe brachte der Senator Duclerc ein neues Kabinett zusammen, aber diese Un-

stetigkeit der Regierung, bei welcher die Lebensdauer eines Ministeriums nur nach Monaten zählte, drohte zur inneren Auflösung zu führen. In den Kohlendistrikten der Departements Saône-Loire und Allier, besonders in Monceau-les-Mines brachen heftige Unruhen anarchischen Charakters aus; es wurde ein Geheimbund, die revolutionäre Föderation von Lyon, entdeckt, der sich die Abschaffung des Vaterlandes, des Eigentums, der Familie und Religion zum Ziel steckte, und einer seiner Leiter, der russische Nihilist Fürst Krapotkin, zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Die von dem Dichter Deroulède gegründete Patriotenliga bereitete durch ihre lärmenden Demonstrationen jeder Regierung Verlegenheiten. Ein Major Labordère fühlte sich gedrungen, die Aufhebung des passiven Gehorsams für die Armee zu beantragen. Einige Veruhigung gewährte wenigstens der Tod Gambettas; er starb am 31. Dezember an einer bei einer Eiferfuchtszscene mit seiner Mätresse erhaltenen Schußwunde. Die Börse begrüßte seinen Tod mit einer Hauffe; das französische Volk aber ehrte den einstigen Diktator von Tours, den eigentlichen Vertreter der Revanche, durch ein prunkhaftes Denkmal, das ihm im Angesicht der zerstörten Tuilerien errichtet wurde.

Aus dieser Zerfahrenheit schöpften die monarchischen Parteien, die sich noch immer nicht gewöhnen konnten, die Republik als etwas Endgültiges anzusehen, neue Hoffnungen. Der rote Prinz Jerome Napoleon, der sich seit dem Tode des jungen Louis Napoleon (1. Juni 1879) als den nächsten Erben der napoleonischen Ansprüche ansah, ließ in der Nacht vom 16. Januar 1883 in allen Gemeinden des Landes ein Manifest anschlagen, welches für das französische Volk das Recht in Anspruch nahm, sich sein Oberhaupt selbst zu wählen und demselben die beruhigende Versicherung gab, daß er bereit sei, die ihm durch Plebiszit auferlegte Mission zu erfüllen. Er wurde deshalb verhaftet, vor Gericht gestellt, aber freigesprochen. Weit gefährlicher jedoch als dieser bei seiner eigenen Partei so wenig beliebte Prätendent, daß die Mehrzahl derselben sich von ihm los sagte und seinen Sohn Ludwig Viktor als ihr Haupt anerkannte, schienen der Republik die Prinzen von Orleans zu sein, denen in der Armee und der hohen Finanz weitverzweigte Verbindungen zu Gebote standen. Galt doch der Herzog von Umale, der durch seine militärische Vergangenheit imponierte, vielen schon längst als der künftige Präsidentschaftskandidat, der den Übergang von der Republik zur Monarchie vermitteln würde. So geschah es, daß das Manifest des Prinzen Napoleon den dabei ganz unbeteiligten Orleans verderblich wurde. Floquet stellte den Antrag auf Ausweisung aller Mitglieder der Familien, die in Frankreich regiert hatten; aber über die Art und Weise, wie diese vorzunehmen sei, entstand eine solche Verwirrung, daß das Ministerium Duclerc darüber zu Falle kam (28. Januar 1883). Nicht besser erging es dem von Fallières nur als Notbehelf rekonstruierten, in welchem die auffallendste Persönlichkeit der Kriegsminister Thibaudin war, derselbe General, der, 1870 in Metz gefangen, sein Ehrenwort gebrochen und unter falschem Namen in der Voirearmee wieder gegen die



Deutschen gekämpft hatte. Auch Ferry nahm ihn in sein am 21. Februar gebildetes Kabinett herüber, aus dem einfachen Grunde, weil kein anderer General bereit war, das Dekret zu unterzeichnen, durch welches die Herzöge von Numale, Chartres und Mençon in Nichtaktivität versetzt wurden; bald aber machte er sich als Mann der äußersten Linken so unbequem, daß er durch General Campenon ersetzt wurde.

Das Ministerium Ferry war das erste, welches sich eine längere Zeit, bis zum 5. April 1885, behauptete. Es that auch dringend not. Denn diese unablässigen, von unfrucht-  
baren parlamentarischen  
Bänkereien verursachten  
und begleiteten Minister-  
wechsel und die Benurhu-  
gung, in der sie das Land  
erhielten, machten sich dem  
Handel und der Industrie  
sehr empfindlich fühlbar,  
die ohnehin mit der steigen-  
den Konkurrenz des Aus-  
landes schwer zu kämpfen  
hatten. In den wein-  
bauenden Distrikten richtete  
die Reblaus solche Ver-  
wüstungen an, daß in  
dem weinreichsten Lande  
Europas die Einfuhr des  
Weines auf das Vierfache  
der Ausfuhr stieg. Der  
wirtschaftliche Rückgang und  
die Arbeitslosigkeit führte  
den Reihen der Anarchisten  
immer neue Rekruten zu.



Jules Ferry. Nach Photographie.

Der Staat wirtschaftete mit einem Defizit, das von einem Jahr zum anderen stieg und die Forderungen für den Krieg in Ostasien wurden immer höher. Aus dieser finanziellen Notlage suchte Ferry dem Staate hauptsächlich durch zwei Maßregeln herauszuhelfen, durch eine Konvertierung der 5prozentigen Rente in eine  $4\frac{1}{2}$ prozentige und durch ein Abkommen mit den großen Eisenbahngesellschaften, durch welches der Staat gegen den zwar nicht formellen aber doch thatsächlichen Verzicht auf die Verstaatlichung der Bahnen einen größeren Anteil an ihren Erträgen erhielt. Die größere Festigkeit seines Ministeriums brachte nun auch die stockende Gesetzgebung wieder etwas in Fluß. Den übereilten Beschluß von 1882, an Stelle der Unabsehbarkeit der Richter deren Erwählung durch das allgemeine Stimmrecht einzuführen,

hatte die Kammer im folgenden Jahre selbst zurückgenommen. Um jedoch die Säuberung des Richterstandes von den monarchischen Elementen zu erreichen, wurde die Zahl der Richter um 680 herabgesetzt und der Justizminister ermächtigt, binnen drei Monaten die mißliebigen durch Pensionierung zu beseitigen. Auf Maquets Antrag wurde die Ehescheidung wieder eingeführt. geraume Zeit hatte die Kammer von 1884 sich mit dem vorgelegten Rekrutierungs-gesetz zu beschäftigen, welches durch die bei der tunesischen Expedition gemachte peinliche Wahrnehmung hervorgernsen wurde, daß selbst eine so kleine Mobilmachung sich nicht ohne große Konfusion bewerkstelligen ließ, überhaupt die kostspielige Armeearganisation sich in der Praxis als noch sehr mangelhaft herausstellte. Es verfolgte den doppelten Zweck einer erheblichen Vermehrung der Streitkräfte und einer weiteren Demokratisierung des Landes, indem es an Stelle der fünfjährigen Dienstzeit die dreijährige setzte und ohne das geringste Zugeständnis an die höhere Bildung das Institut der Einjährig-Freiwilligen aufhob, Befreiung nur den Gebrechlichen und gewissen Familienstüben gewährend. Zum Abschluß kam jedoch die Heeresreform erst durch das Gesetz vom 15. Juli 1889, welches die Stärke des Heeres jährlich um 60 000 Mann vermehrte und für eine Mobilmachung drei Millionen Mann zur Verfügung stellte. Die Verfassungsrevision dagegen, auf die die Radikalen immer von neuem drangen, wurde diesmal, wenngleich nicht ohne große Schwierigkeiten erledigt, freilich nicht im Sinne der Radikalen, welche Einberufung einer Konstituante, Abschaffung des Senats u. s. w. verlangten; vielmehr beschränkte sie sich auf wenige Punkte, über welche Kammer und Senat, zum Kongreß zusammentretend, sich einigten. Der Artikel, welcher die republikanische Staatsform für unantastbar erklärte, erhielt auf Andrieuxs Antrag den Zusatz, daß kein Mitglied der ehemaligen Regentenhäuser als Präsident wählbar sei. Die Senatswahlordnung wurde aus der Verfassung ausgeschieden und in ein besonderes Gesetz verwiesen. Nach diesem waren nunmehr sämtliche 300 Senatoren unter Beseitigung der Lebenslänglichlichkeit nach einerlei Wahlmodus zu wählen, und während bisher jede Gemeinde ohne Rücksicht auf ihre Bevölkerungszahl zu den Senatswahlen einen Wahlmann stellte, wurde nunmehr die Zahl dieser der der Einwohner proportional. Auch die Listenwahl gelangte nunmehr zur Einführung.

Jrgend welche Verbesserung der inneren Verhältnisse wurde durch diese Verfassungsänderung nicht erzielt, es hätten denn die Republikaner als solche ansehen müssen, daß die monarchischen Parteien eine große Zahl ihrer Sitze im Senat verloren. Dagegen war die ganz verblüffende Wirkung der Listenwahl für die Abgeordnetenkammer die Niederlage der Opportunisten und ein Sieg der Monarchisten und der Radikalen. Erst bei den Stichwahlen brachten die Geschlagenen durch Kompromisse ihre Verluste einigermaßen wieder ein. Ihre Erklärung fand diese Thatfache in der herrschenden Unzufriedenheit, der Mißliebigkeit des Krieges gegen Tonkin, der Notlage der Industrie und den gegen die Kirche feindlichen Beschlüssen der letzten Kammern. Daß außerdem



der staatskluge Ferry angeichts des erneuten Zusammenschlusses der drei Kaiserreiche und der Opfer, welche Tonkin und Madagaskar erbeischten, ein gutes Einvernehmen mit dem Deutschen Reiche erstrebte, gereichte ihm in den Augen vieler seiner Landsleute zum unverzeihlichen Vorwurf. Die Hiobsposten aus Tonkin brachten das Gefäß zum Überlaufen. Die Presse begleitete seinen Rücktritt mit Wutausbrüchen gegen den Preussien, den Tonkinesen. Das nächstfolgende Ministerium Brisson verschwand schon nach neun Monaten wieder und am 7. Januar 1886 bildete Freycinet, Ferrys politischer Antagonist, ein neues. Der Ausfall der letzten Wahlen, welche die Opportunisten in die Minderheit versetzt hatten, nötigte es, seine Anlehnung links, bei den Radikalen, der Partei Clémenceaus, zu suchen, deren Unterstützung sich nur durch bedenkliche Zugeständnisse erkaufen ließ. Ihnen zu Gefallen mußte Freycinet das Kriegsministerium dem General Boulanger übertragen, der sich, getragen von seinen Hintermännern, bald als der eigentliche Gebieter des Kabinetts aufspielte. Das nächste Zugeständnis an sie war die Ausweisung der Prinzen. Der letzte Wahlerfolg der Royalisten hatte die Republikaner alarmiert und der Graf von Paris, der durch den Tod des Grafen Chambord (24. August 1883) das Haupt des ganzen französischen Königshauses geworden war, steigerte unvorsichtigerweise den erwachten Argwohn, indem er bei der Verlobung seiner Tochter mit dem Kronprinzen von Portugal wie ein Souverän großen Empfang hielt und die Verbindung seines Hauses mit auswärtigen Fürstenhäusern demonstrativ zur Schau trug. Durch das Gesetz vom 23. Juni 1886 wurde das Gebiet der Republik den Häuptern der ehemaligen französischen Regentenfamilien sowie ihren nächstberechtigten Erben unter sagt, die Regierung ermächtigt, auch die übrigen Mitglieder dieser Familien auszuweisen; außerdem belegte es auch die Prinzen, denen vorübergehend der Aufenthalt in Frankreich erlaubt war, mit Ausschluß von allen öffentlichen Ämtern. Der Herzog von Numale rächte sich für seine Ausweisung, indem er sein Schloß Chantilly samt seinen reichen Kunstschatzen der Akademie zum Geschenk machte, an Boulanger persönlich durch Veröffentlichung von Briefen, die dessen Charakter in das übelste Licht stellten.

Auch das sonstige Gebaren eines Mannes, der die streikenden und von den Sozialisten zu wüsten Ausschreitungen aufgereizten Arbeiter von Decazeville und Biezou als die Brüder der Soldaten begrüßte und mehr und mehr die Mäuren eines Demagogen annahm, hätte Aufstoß erregen müssen; aber dem General, der mit immer wachsender Offenheit den Krieg gegen Deutschland vorbereitete, bewilligten die Kammern widerspruchslos, was er nur verlangte, und als dieselben in ihrer unberechenbaren Launenhaftigkeit das Ministerium Freycinet stürzten, wurde er von Goblet, 10. Dezember, in das neue übernommen, das er noch vollständiger beherrschte als das vorhergehende. Es schwirrten selbst Gerüchte von einem Staatsstreich umher, den dieser „St. Arnaud der Tingeltangel“, wie Ferry ihn nannte, vorbereite. Nachgerade wurde aber den Gemäßigten dieses Treiben doch unheimlich. Als Goblet schon im

folgenden Mai über einem Konflikt mit dem Budgetauschuß, welcher endlich Ersparnisse forderte, zu Fall kam, lag die Entscheidung in der Frage, ob das neue mit oder ohne Boulanger gebildet werden sollte. Rouvier wagte das letztere. Der eitle und unruhige General wurde durch seine Ernennung zum Kommandierenden des XIII. Armeekorps nach Clermont Ferrand entfernt. Lärmende Demonstrationen drohten seine Abreise zu hindern, bis er sich ihnen auf einer Lokomotive davonfahrend entzog. Die „Intransigenten“ benutzten darauf die Feier des 14. Juli zu Demonstrationen für Boulanger und gegen den Dezember 1885 wiederum zum Präsidenten gewählten Grévy, den ihre Presse mit den niedrigsten Schmähungen überschüttete. Bald fand sich auch die Stelle, um ihn tödlich zu treffen. Ein ursprünglich gegen die Generale Caffarel und Graf Audlan wegen höchst unsauberen Handels mit dem Orden der Ehrenlegion angestrebter Skandalprozeß nahm in seinem weiteren Verlaufe eine Wendung, durch welchen Grévys Schwiegersohn Wilson aufs schwerste kompromittiert wurde, und nicht dieser allein, sondern auch der Präsident selbst. Auf Grévy, bei dem die Eigenschaft des Erverbsinnes in hohem Maße ausgebildet war, lastete die passive Mitschuld an den schmutzigen Manipulationen, durch welche Wilsons Habucht seine Stellung auf Kosten des Staates ausbeutet hatte. Zuerst stürzte Clémenceau, 19. November, durch eine Interpellation das Ministerium Rouvier, und da sich niemand fand, der unter diesem Präsidenten ein neues zu bilden bereit gewesen wäre, so war damit auch dessen Rücktritt erzwungen. Aber mit unmännlicher Zähigkeit klammerte sich der greise Grévy an seine Stellung, bis er endlich doch nach mehrmaligem Schwanken am 2. Dezember seine Entlassung gab.

An der Frage, welche Partei den erledigten Präsidentenstuhl besetzen werde, hing die Entscheidung über Krieg oder Frieden im Innern wie nach außen. Den Radikalen wie den Monarchisten war der verhaßteste von allen in Frage kommenden Kandidaten Ferry. Boulanger, der sich auf seinem neuen Posten so unbotmäßig geberdet hatte wie auf dem alten und jetzt den Augenblick gekommen wähnte, um sich selbst an das ersehnte Ziel zu bringen, trug kein Bedenken, hinter dem Rücken seiner Freunde heimlich mit den Führern der Konservativen zu unterhandeln. Jeder von beiden Theilen suchte sich des anderen als Werkzeuges zu bedienen. In der Nacht vom 29. November wurde die Verabredung getroffen: die Rechte verpflichtete sich, Boulangers Kandidatur für die Präsidentschaft durchzubringen, wogegen dieser dann durch ein Plebiszit die Aufrichtung der Monarchie herbeiführen und deren Kriegsminister werden sollte. Das nötige Geld schossen die Herzogin von Uzès und andere Royalisten vor, was jedoch den General nicht abhielt, auch mit dem Prinzen Napoleon anzuknüpfen. Die Wahl fand am 3. Dezember statt. Im Stadthause hielt Rochefort den Kommunegeneral Eudes in Bereitschaft, um, im Fall Ferry gewählt würde, sofort den Aufstand zu beginnen. Die beiden ersten Wahlgänge ergaben keine absolute Mehrheit. Als Ferry und Freycinet erkannten, daß die Rechte niemals für sie stimmen würde,





Präsident Grévy.

Nach dem Gemälde von Léon Bonnat.

traten sie zurück und nun vereinigten sämtliche Republikaner ihre Stimmen auf Sadi Carnot, den seine Abstammung als Enkel des großen Carnot und der Ruf eines ehrlichen Mannes empfahlen. Aber diese Eintracht wich sofort wieder dem hergebrachten Gezänk der Fraktionen, als es sich um die Austeilung der Portefeuilles in dem neu zu bildenden Ministerium handelte. Der eigentliche Mann der Situation wäre der Kammerpräsident Floquet gewesen; aber abgesehen davon, daß Carnot den Radikalen nicht mochte, stand ihm in einem Zeitpunkt, wo Frankreich zudringlicher als je um die Gunst Rußlands buhste, die Erinnerung an jenen Zuruf Vive la Pologne, Monsieur! mit dem er 1867 den Zaren bei dessen Besuch in Paris begrüßt hatte, im Wege und es bedurfte einer besonderen Kniebeugung bei dem russischen Botschafter Mohrenheim, um ihn für das nächste Mal möglich zu machen. So trat zunächst Tirard an die Spitze der Regierung.

Bou langer gab um dieses Fehlschlags willen sein Spiel noch keineswegs verloren. Die Mißachtung, in welche die „parlamentarische Republik“ gefallen, die tiefe und allgemeine Unzufriedenheit mit dem herrschenden System, welche durch den das Vermögen vieler Tausende schädigenden Zusammenbruch der Panamagesellschaft neue Nahrung erhielt, führten ihm Anhänger in solcher Zahl zu, wie sie ihm sein Charakter und seine Fähigkeiten niemals erworben haben würden. In seiner Sehnsucht nach einer starken Hand, die dem widerlichen, selbstsüchtigen Hader der Parteien ein Ende mache, nahm das Land den Phrasenhelden für einen wirklichen Helden. Um die Massen zu gewinnen, warf er in sie die Schlagwörter: Auflösung der Kammer, Konstituante, Verfassungsdurchsicht mit Beseitigung des Senats und der Präsidentschaft. Obgleich als aktiver Offizier nicht wählbar, erhielt er bei den nächsten Ergänzungswahlen Demonstrations halber 54 000 Stimmen. Mehrmals begab er sich ohne Urlaub und selbst gegen das ausdrückliche Verbot des Kriegsministers heimlich und verkleidet nach Paris, um mit seinen Vertrauten zu konferieren. Da er sich, deshalb außer Dienst gestellt, neuer Disziplinarvergehen schuldig machte, wurde er zur Versetzung in den Ruhestand verurteilt. Nun durfte er eine Wahl annehmen und dank den Stimmen und dem Gelde der Monarchisten wurde er im Norddepartement gewählt. In der Kammer stellte einer seiner eifrigsten Trabanten Laguerre den Antrag auf Verfassungsdurchsicht; da das Haus sich gegen Tirards Ansicht für die Dringlichkeit aussprach, so war eine neue Ministerkrisis da und Carnot konnte nicht mehr umhin, Floquet zu berufen (3. April). Nun konnte Bou langer seine Gegner auf ihrem eigenen Boden, in der Kammer angreifen, er machte sich aber auf der Tribune mehr lächerlich als fürchtbar. Wütend über sein parlamentarisches Fiasco legte er sein Mandat nieder mit der Erklärung, er appelliere an das Land. Da in Frankreich Paris das Land ist, so war das Ziel seiner Sehnsucht, der Erwählte von Paris zu werden. Auch dazu verhalfen ihm am 27. Januar 1889 die Stimmen der Monarchisten. Floquet, der selbst im Bann der radikalen Phrase lag, war nicht der Mann, dem katilinarischen Abenteuer den

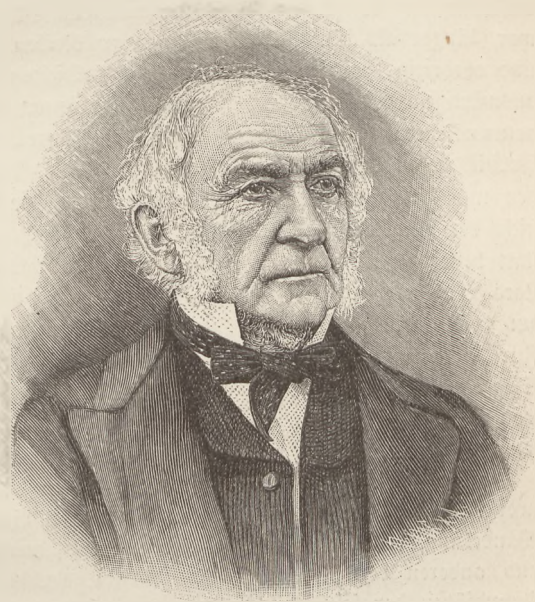


Weg zu vertreten. Zum Glück stürzte ihn die Kammer schon am 14. Februar und nun kehrte Tirard an die Spitze der Regierung zurück mit dem Entschluß, alle Maßregeln zu ergreifen, welche die Aufrechthaltung der gesetzmäßigen Ordnung und die Achtung vor der Republik sichern würden, aufrührerische Unternehmungen zu vereiteln und nötigenfalls zu unterdrücken. Diese Ankündigung machte der Minister des Innern Constant unverweilt zur That. Die Patriotenliga wurde aufgelöst, mehrere Abgeordnete unter der Anklage wegen Teilnahme an einer behördlich nicht genehmigten Gesellschaft unter Anklage gestellt, von der Kammer die beantragte Ermächtigung zur gerichtlichen Verfolgung Boulangers selbst erteilt. Diese aber wartete „der tapfere General“ nicht ab, sondern entfloh am 1. April nach Brüssel. Am 13. August sprach ihn der Senat als Staatsgerichtshof des Komplotts, des Attentats und der Unterschlagung öffentlicher Gelder für schuldig und verurteilte ihn nebst seinen beiden Begleitern, dem „Grafen“ Dillon und Rochefort, zur Deportation nach einem befestigten Orte. Damit war die Seifenblase des Boulangismus zerplatzt und es trat eine Zeit verhältnismäßiger Beruhigung ein.

England hatte durch seine zweideutige Haltung im amerikanischen Sezessions- und im deutsch-französischen Kriege, durch sein kleinmütiges Zurückweichen vor Rußland und seine Brutalität gegen Schwächere nach außen weder an Achtung noch an Ansehen gewonnen. Je stärker das Mißverhältnis zwischen Englands militärischen Streitkräften und den Massenheeren der Festlandsmächte hervortrat, desto leichter wurde das Gewicht seiner Stimme in den Fragen der großen Politik, desto mehr zog es sich in dem Gefühle dieser seiner Inferiorität auf die rücksichtslose Pflege seiner Handelsinteressen und auf die Beschäftigung mit seinen inneren Zuständen zurück. Und in diesen fand sich des der Verbesserung Bedürftigen übergenug, namentlich in denen Irlands. Gladstone, der am 9. Dezember 1868 an die Spitze des großen liberalen Reformministeriums trat, welches sich bis 20. Februar 1874 behauptete, erklärte in einer Wahlrede, der irische Gistbaum habe drei große Äste, die Staatskirche, das Landpachtssystem und das Unterrichtswesen, und er sei entschlossen, sie alle drei abzuhaufen. Seine erste Maßregel, die Entstaatlichung und Entpfründung der irischen Hochkirche, gelangte noch 1869 zur Ausführung. Die Bodenbesitzverhältnisse der Insel waren seit Jahrhunderten die denkbar ungesundesten. In einem Lande mit nicht ganz 23 Millionen Morgen bebauten Landes besaßen 10 000 Personen 20 $\frac{1}{2}$  Millionen und 72 000 Personen die übrigen 2 $\frac{1}{2}$  Millionen. Die Zahl der Pachtstellen betrug 600 000; es hing ganz von der Willkür des Grundherrn ab, wenn er den Inhaber einer solchen auf die Straße setzen wollte. Diesen Zuständen ging die irische Landbill von 1870 zu Leibe: sie brach mit dem Grundsatz von dem unbegrenzten Recht des Grundherrn; sie anerkannte ein gewisses Besitzrecht des Pächters an das von ihm bestellte Land, insofern als er, solange er

seinen Pacht bezahlte, nicht ausgewiesen werden durfte, und wenn dies, Anspruch auf Ersatz für die in das Grundstück verwendeten Kosten hatte. Das Unterrichtswesen lag nicht bloß in Irland, sondern ebenso sehr in Großbritannien darnieder. Da ein Staatsschulwesen für etwas Unenglisches galt, wuchsen zwei Drittel der Armentinder ohne allen und jeden Unterricht auf. Dieser auf England lastenden Schmach half das Unterrichtsgesetz von 1870 trotz der heftigen Opposition, der es von kirchlicher Seite begegnete, durch Einsetzung von Schulaufsichtsbehörden und andere zweckmäßige Anordnungen wenigstens einigermaßen ab. Wenig Glück hatte das liberale Ministerium mit der Heeresreform. Nicht einmal die Beseitigung des Offizierstellenkaufs war gegen das aristokratische Vorurteil des Oberhauses durchzubringen. Aber Gladstone wußte sich zu helfen. Da der Stellenkauf nicht auf Gesetz, sondern nur auf königlicher Verordnung beruhte, so ließ er ihn auch durch königliche Verordnung wieder aufheben. Eine wirkliche Wohlthat war die Einführung des Ballot, der geheimen Abstimmung, die dem bei den Parlamentswahlen herkömmlichen Anzuge ein Ende machte.

In Irland jedoch wollte die Herstellung geordneter Zustände nicht gelingen. Gegen das Unwesen der Ribbonmen, eines Geheimbundes nach Art der früheren, mußte eine neue Zwangsbill erlassen werden. Bedenklicher noch war seit 1872 die Bildung einer neuen Partei, der Homeuler, welche von der Überzeugung ausgingen, daß die alte Verfeindung zwischen England und Irland nur dann gehoben werden könne, wenn Irland seine eigene nationale Regierung und sein eigenes Parlament erhielte, und, von den katholischen Bischöfen der Insel unterstützt, in raschem Anwachsen waren. Gladstone suchte ihnen durch eine Bill entgegenzukommen, welche die Universität Dublin von der anglikanischen Kirche unabhängig machen sollte; er befriedigte sie aber damit nicht und stieß nur auf der entgegengesetzten Seite an.



Gladstone. Nach Photographie.



Die Flut begann rückläufig zu werden. Gladstone hatte sich durch seine Reformen viele Feinde gemacht; dazu hatte die Nation den Eindruck, daß unter ihm Englands Ansehen nach außen gesunken sei. Als er bei der Abstimmung über die Universitätsbill mit drei Stimmen in der Minderheit blieb, reichte er 12. März 1873 der Königin seine Entlassung ein. Da jedoch d'Israeli kein konservatives Kabinett zu stande brachte, blieb er im Amte, hielt es aber doch für nötig, durch Auflösung des Parlaments an das Land zu appellieren. Die Neuwahlen, die ersten, welche geheim vorgenommen wurden, entschieden gegen ihn; es gingen aus ihnen 351 Konservative und 302 Liberale hervor. Am 20. Februar 1874 übernahm d'Israeli die Geschäfte an der Spitze eines konservativen Ministeriums, welchem bestimmt war, länger als fünf Jahre im Amte zu bleiben. Da der neue Premier, eitel und ehrgeizig, wie er war, sein ganzes Dichten und Trachten auf blendende auswärtige Erfolge richtete, so machte die innere Gesetzgebung unter ihm keine nennenswerten Fortschritte. Allein diese etwas ins Romanhafte spielende Politik, deren Rehrseite den gefährlichen Stand der Dinge in Afghanistan und den unrühmlichen Krieg in Südafrika gegen die Zulus zeigte, fand durchaus nicht den ungetheilten Beifall der Nation, zumal auch in Irland die Zustände, statt besser zu werden, sich immer mehr verschlimmerten. d'Israeli, jetzt Lord Beaconsfield, glaubte der immer heftiger auftretenden Opposition am besten durch eine Auflösung des Parlaments Herr werden zu können. Zur allgemeinen Überraschung ergaben aber die Wahlen einen glänzenden Sieg der Liberalen. Nach diesem Ausfall konnte die Königin nicht umhin, trotz ihrer persönlichen Abneigung gegen diesen Staatsmann, Gladstone mit der Bildung eines neuen Kabinetts zu beauftragen (28. April 1884).

Es war ein bedeutames Zeichen von der in den inneren Zuständen des vor zwei Menschenaltern noch ganz aristokratischen Englands vor sich gegangenen Wandelung, daß der neue Premier durch Aufnahme von Dilke, Chamberlain und anderen den Radikalen, der Partei, welche sich im wesentlichen zu den Grundsätzen der festländischen Demokratie bekannte, Sitze in seinem Ministerium glaubte einräumen zu müssen. Bald sah er sich auch darauf angewiesen, die Stimmen der Iren durch große Zugeständnisse zu erkaufen, ohne doch damit ihre Anhänglichkeit zu gewinnen. Seitdem der fähige aber gewissenlose Parnell 1879 an die Spitze der Homeruler getreten, war die höchste Autorität in Irland nicht mehr die Regierung, sondern die Landliga. Sie verbot den Pächtern, ihren Pacht an die englischen Grundherren zu zahlen und bedrohte die Ungehorsamen mit dem Tode, sie that den Kapitain Boycott, einen Gutsbesitzer in der Grafschaft Mayo, in Acht und Bann und machte das „Boycotten“ zu einer furchtbaren Waffe gegen die Grundherren, sie vermochte die Stammesgenossen in Nordamerika zu reichlich fließenden Geldunterstützungen. Agrarische Verbrechen waren wieder an der Tagesordnung und ihre Verüßer wurden nie entdeckt. Selbst die radikalen Mitglieder des Ministeriums überzeugten sich, daß hier ohne Strenge und Ausnahmemaßregeln

nicht durchzukommen sei. Die Anfang 1885 vorgelegte Zwangsbill ermächtigte den Vizekönig von Irland, jeden, den er des Hochverrats für schuldig oder eines Vergehens gegen die Gesetze und die Ordnung des Landes für verdächtig hielt, zu verhaften und in Gewahrsam zu halten. Um die Annahme dieser



Disraeli, Lord Beaconsfield. Nach Photographie.

Bill zu vereiteln, griffen die Homeruler zu dem bereits mehrmals angewendeten Mittel der „Obstruktion“, d. h. sie zogen die Debatten unter fortgesetzten Skandalen ins Endlose hin, denn das parlamentarische Herkommen in England kannte keinen Schluß der Debatte. Endlich, nach einer 41 stündigen Sitzung, erklärte der Sprecher am 2. Februar auf eigene Verantwortlichkeit die Debatte für geschlossen und eine rasch vorgenommene Änderung der Geschäftsordnung



ermöglichte die Annahme. Eine zweite Bill verbot in Irland den Besitz von Feuerwaffen. Nun erst folgte auch eine Maßregel der Versöhnung, die irische Landbill, die jedoch erst nach heftigem Widerstande sowohl von seiten der Konservativen als der Fren durchging. Auf Grund derselben wurde eine königliche Kommission eingesetzt mit diskretionärer Vollmacht zu Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Grundbesitzern und Pächtern sowie zur Feststellung der Höhe des Pachtzinses in streitigen Fällen auf je fünfzehn Jahre; außerdem wurden ihr Mittel zur Verfügung gestellt, um den Pächtern den Kauf ihrer Pachtgüter durch Vorschüsse zu erleichtern.

Die Hoffnung, auf diesem Wege zur Herstellung geordneter Zustände in Irland zu gelangen, erwies sich sehr bald als ganz eitel. Ein von der Landliga nach Dublin berufener Nationalkonvent verwarf alle Mildeberungen und verlangte gänzliche Beseitigung des verruchten Systems der Fremdherrschaft, in einem einzigen Monat kamen 520 agrarische Verbrechen vor, und während Parnell und andere Führer verhaftet, die Landliga vom Bizekönig für aufgelöst erklärt wurde, lief von den Grundbesitzern Protest auf Protest ein gegen die fast stets zu gunsten der Pächter ausfallenden Entscheidungen der königlichen Kommission. Von New York aus aber kündigte der Führer der Fenier D' Donovan Rossa den Engländern einen Vernichtungskrieg mit Mord, Feuer und Dynamit an, und daß dies keine leere Drohung sei, bewiesen die Versuche, die Liverpooler Docks in Brand zu stecken, Dynamitexplosionen und Feuersbrünste in verschiedenen englischen Städten. Es wurde festgestellt, daß ein Geheimbund der „Unbesieglichen“ die Ermordung aller höheren englischen Beamten in England plane. Nun versuchte es Gladstone auf eine andere Weise: er ließ durch Chamberlain mit dem im Gefängnis von Kilmainham sitzenden „ungekrönten Könige von Irland“ Parnell und seinen drei Genossen über einen förmlichen Pakt verhandeln. Sie wurden gegen das Versprechen, ihren Einfluß zur Herstellung der Ordnung in Irland verwenden und Gladstones Versöhnungspolitik unterstützen zu wollen, in Freiheit gesetzt. Was diese Demütigung wert sei, sollte er sofort mit Schrecken erfahren. Am 6. Mai 1882 wurden der neuernannte Staatssekretär für Irland, Lord Cavendish, und der Unterstaatssekretär Bourke, kaum in Dublin angekommen, im Phönixpark ermordet. Erst im folgenden Jahre gelang es mit Hilfe eines sich zum Kronzeugen hergebenden Mitwissers (Carey) die Mörder zu entdecken. Der Tag ihrer Hinrichtung wurde in Dublin als ein Tag der Trauer begangen, der Obmann der Geschworenen, die das Schuldig gesprochen, sah sich zur Flucht aus Irland genötigt; der Verräter wurde von dem Bluträcher D' Donnell bis zur Delagoabai in Südafrika verfolgt und dort niedergeschossen. Eine neue Zwangsbill war die Folge dieser Bluttat, daneben wurden aber doch auch durch die Pachtrückstandsbill 13 000 Pächtern mehr als 13 Millionen Mark an Pachtrückständen erlassen. So tief fühlte jedoch Gladstone seine Hilflosigkeit, daß er den Beistand des Papstes anrief, damit er den Geistlichen jede Beteiligung an der politischen Agitation, besonders

auch an den Sammlungen für das Parnell bestimmte Ehrengeschenk verbiete. Aber die Nationalpartei erwiderte, sie werde ihre Religion, nicht aber ihre Politik aus Rom holen, der Papst sei das Haupt der katholischen Kirche, Parnell aber das der irischen Kirche, dem sie folgen werde, bis Irlands Unabhängigkeit erreicht sei; und die irische Wunde eiterte ungeheilt weiter.

Diese erfolglos sich hinschleppende Beschäftigung mit der irischen Frage lähmte notwendigerweise die übrige Gesetzgebung. Das Cloturegesetz von 1882 führte den Debattenschluß endgültig in die parlamentarische Praxis ein. Das Gesetz, welches dem Witwer die Ehe mit der Schwester seiner verstorbenen Frau gestatten sollte, wurde mehrmals vom Unterhause angenommen, aber ebenso oft vom Oberhause verworfen. Der Streit um die Weigerung des atheïstischen Parlamentsmitglieds Bradlaugh, den vorgeschriebenen Eid zu leisten, wiederholte sich in jeder Session. Seine ganze Kraft konzentrierte Gladstone auf die Fortführung der Wahlreform. Die 1884 vorgelegte Bill dehnte das Wahlrecht der Mieter auf das platte Land aus, wo bisher nur die Hausbesitzer stimmberechtigt waren. Die Lords wären wohl auch bereit gewesen dieser Neuerung zuzustimmen, wie dies das Unterhaus bereits gethan hatte, sie forderten aber die gleichzeitige Vorlegung einer Bill über die Neueinteilung der Wahlbezirke, damit nicht bei dieser ihr Einfluß auf das platte Land allzusehr verkürzt werde. Gladstone brachte mit Lord Salisbury, dem Führer der Konservativen, einen Kompromiß zu stande, durch welchen die Annahme der Reformbill und damit die Vermehrung der Wähler um zwei Millionen erreicht wurde. Städte und Flecken mit weniger als 15 000 Einwohnern gingen danach in den ländlichen Wahlbezirken auf; die mit 15 000 bis 50 000 erhielten einen, die mit 50 000 bis 165 000 zwei, London 37 Vertreter. Die Mitgliederzahl des Unterhauses wurde von 652 auf 670 vermehrt.

Das liberale Ministerium hatte sich abgenutzt, seine schwächliche auswärtige Politik wurde allgemein verurteilt. Als es, 9. Juni 1885, bei einer Steuerfrage in der Minderheit blieb, gab es seine Entlassung. In der Hand seines konservativen Nachfolgers Lord Salisbury gewann die auswärtige Politik eine selbstbewußtere Haltung. Allein bei den nächsten Wahlen zeigte sich die den Konservativen ungünstige Wirkung der Wahlreform: den gewählten 253 Konservativen standen 331 Liberale oder Radikale und 86 Parnelliten gegenüber. Dadurch wurde es Gladstone möglich, seinen Gegner, 26. Januar 1886, zu stürzen und an die Spitze der Geschäfte zurückzukehren. Aus der neuen Zusammensetzung des Unterhauses ergab sich, daß die Parnelliten es waren, welche die Entscheidung in der Hand hielten, und dies bestimmte Gladstones Entschluß, auf die Seite der Homeruler überzutreten. Als das beste Heilmittel, um aus den bestehenden trostlosen Zuständen herauszukommen, empfahl er nun selbst die Errichtung eines irischen Parlaments und eines von diesen abhängigen Ministeriums in Dublin; außerdem verlangte er durch die Landankaufsbill für 1887—1890 fünfzig Millionen Pfund zum Ankauf großer



Güter in Irland, die allmählich in den Besitz der Pächter übergehen sollten. So weit mochte aber selbst ein Teil seiner eigenen Anhänger ihm nicht folgen; sie hielten an der Union Irlands mit Großbritannien fest und bildeten unter Hartingtons und Chamberlains Führung eine besondere Partei der liberalen Unionisten. Die Folge davon war, daß Gladstones Vorlagen verworfen wurden, und da ihm nach Auflösung des Unterhauses auch das Land bei den Neuwahlen Unrecht gab, so räumte er 20. Juli 1886 abermals seinem Gegner Salisbury den Platz. In Irland waren die Verhältnisse durch die von Gladstone erregten und durch seinen Rücktritt vereitelten Hoffnungen noch schwieriger als zuvor geworden. Im J. 1887 unternahm die Nationalliga, die trotz ihrer Auflösung im geheimen fortbestand, einen neuen Feldzug, indem sie den Pächtern befahl, streitige Pachtgelder nicht an die Gutsherren, sondern an sie abzuführen. Die Regierung schritt aber energisch ein, ließ durch das Parlament die Zwangsbill verschärfen, zugleich aber den Pächtern neue Erleichterungen zu teil werden. Eine abermalige päpstliche Abmahnung blieb bei Klerus und Laien so erfolglos wie die erste.

Unverkennbar machte die Demokratisierung Englands unaufhaltsame Fortschritte. Eine Stütze des alten aristokratischen Regiments brach nach der andern. So setzte z. B. die Einrichtung der Lokalverwaltung durch Grafschafts- und Bezirksräte dem überlieferten Einflusse der adeligen Großgrundbesitzer engere Schranken als je zuvor. Schon forderten die Radikalen bei Gelegenheit des Kampfes um die Wahlreform in Massenkundgebungen die Abschaffung des jeder bürgerlichen und religiösen Freiheit feindlichen Oberhauses, das Unterhaus lehnte 1886 einen ebendarauf gerichteten Antrag des Radikalen La bouchère mit nur 36 Stimmen mehr ab, und selbst Lord Salisbury ließ sich 1888 zu einer Reform dieser altehrwürdigen Körperschaft herbei, durch welche die Königin ermächtigt wurde, solche Peers, die sich ihrer Stellung unwürdig gemacht hatten, auszustoßen, dagegen jährlich fünf Peers aus den höchsten Rangstufen der Zivil- und Militärbeamten bis zur Höchstzahl fünfzig auf Lebenszeit zu ernennen. Von sozialdemokratischen Agitationen war England lange verschont geblieben. Die Gewerksvereine, Trades-Unions, lehnten ausdrücklich jede Verbindung wie mit der Internationalen oder anderen auswärtigen Arbeitervereinen, so überhaupt mit der Politik ab; jedoch boten auch die sozialen Verhältnisse des Landes, der unvermittelte Gegensatz zwischen Reichtum und Armut, Blüten für Angriffe genug. „Im Laufe der letzten zwanzig Jahre,“ so schilderte Chamberlain dieselben, „ist das nationale Einkommen um 600 Millionen Pfund gestiegen, trotzdem ist mehr als eine Million unserer Mitbürger auf die Armenhäuser angewiesen, und einige Millionen mehr stehen an der Schwelle derselben. Ein Fluch klebt an den sozialen Zuständen der Gegenwart und das ist die Gebundenheit des Grundbesitzes, die Herrschaft der Wenigen über den Grund und Boden“. Die aller Beschreibung spottenden Wohnungsverhältnisse der Armen, namentlich in den Großstädten veranlaßten die Niedersetzung eines Untersuchungsausschusses

und ein greulicher, von Plünderung und Verwüstung begleiteter Pöbelaufstand in London am 8. Februar 1886, dem ähnliche Ausschreitungen in Birmingham und Manchester folgten, erinnerten daran, daß auch in England, der gepriesenen Hochburg der gesetzlichen Ordnung, dieselben unheimlichen Kräfte an der Unterwühlung der bürgerlichen Gesellschaft arbeiteten wie auf dem Festlande. —

Unter den kleineren Staaten Europas wurde keiner von den sozialen und kirchlichen Strömungen der Gegenwart so heftig erschüttert wie Belgien mit seiner unverhältnismäßig starken Industriebevölkerung und seiner vom Staate unabhängigen Kirche. Der konstitutionelle Musterstaat war das Eldorado der Ultramontanen geworden. Nur mit der Unterbrechung von 1878—1884, während deren das liberale Ministerium Frère-Orban im Amte war, behaupteten sich die Klerikalen im Besitz der Regierungsgewalt und benutzten sie, um die Schule ganz in die Hand des Klerus zu bringen. Verschärft wurde der Gegensatz zwischen diesen beiden Parteien durch den nationalen zwischen Wallonen und Flämen, von denen die ersteren meist zu den Liberalen, letztere zu den Klerikalen hielten. Daneben äußerte sich das Überhandnehmen des Sozialismus in wiederholten Gewaltthätigkeiten der Arbeiterbevölkerung und es ließ sich nicht verkennen, daß in diesen Schichten wie der Sinn für Gesetzmäßigkeit so auch das monarchische Gefühl mehr und mehr im Abnehmen begriffen war. — Die Niederlande hatten mit den seeräuberischen Atchinesen auf Sumatra einen höchst beschwerlichen und kostspieligen Krieg zu führen, den General van Swieten 1874 mit nur mäßigem Erfolge beendigte. Außer der Verfassungsrevision, welche nach sechsjährigen Beratungen am 30. November 1887 ihren Abschluß erreichte, beschäftigte vorzugsweise die Thronfolgefrage die öffentliche Aufmerksamkeit. Da die beiden Söhne des Königs Wilhelm III., die Prinzen Wilhelm und Alexander, ohne Nachkommen vor dem Vater starben, auch des Königs Bruder, Prinz Heinrich, Statthalter von Luxemburg, nach kurzer Ehe mit Marie, der Tochter des Prinzen Friedrich Karl von Preußen, bei seinem Tode 13. Januar 1880, keine Kinder hinterließ, so wurde als nächstberechtigter anerkannt die am 31. August 1880 geborene Tochter König Wilhelms aus seiner zweiten Ehe mit Emma von Waldeck, Wilhelmine, nach dieser eine Schwester des Königs, die Großherzogin Sophie von Sachsen-Weimar und deren Kinder, dann die Nachkommen seiner verstorbenen zweiten Schwester Marianne aus ihrer Ehe mit Prinz Albrecht von Preußen, endlich die Nachkommen seines verstorbenen Bruders, des Prinzen Friedrich. Als am 23. November 1890 mit König Wilhelm III. der Mannesstamm des Hauses Oranien erlosch, folgte ihm auf Grund dieser Ordnung seine Tochter Wilhelmine unter Vormundschaft ihrer Mutter auf dem Throne. —

Die Geschichte Dänemarks in den beiden letzten Jahrzehnten stellt einen einzigen ununterbrochenen Konflikt zwischen der Regierung und dem Folkething dar. Während die ehemalige eiderdänische, jetzt konservative Partei, voll alten Grolls gegen Deutschland, auf möglichste Stärkung der Wehrkraft



drang und in ihrem Sinne Regierung und Landthing über eine großartige Befestigung von Kopenhagen einverstanden waren, widersezte sich die im Folkething zur Mehrheit gelangte Bauernpartei hartnädig den dafür geforderten übermäßigen und im Kriegsfall doch unnützen Ausgaben und suchte bei dieser Gelegenheit unter Führung des Lehrers Berg die Regierung der Herrschaft des Parlaments zu unterwerfen. Nach mehrmaligen Ministerwechseln und erfolglosen Kammerauflösungen berief König Christian IX. der demokratischen Folkethingsmehrheit zum Troz das konservative Ministerium Estrup.



König Christian IX. von Dänemark.  
Nach Photographie.

Jahr für Jahr verging seitdem, ohne daß eine verfassungsmäßige Einigung über den Staatshaushalt zu stande kam; das Ministerium wirtschaftete unter dem Widerspruch des Folkething nach dem nur vom Landthing genehmigten Budget; die Gesetzgebung stockte über diesem Zwiespalte gänzlich. Im Jahre 1884 beschloß sogar das Folkething, über keine Regierungsvorlage mehr in eine Verhandlung einzutreten, bis sich der überwiegende Teil der Opposition doch endlich durch Einbringung einer Anzahl wirtschaftlicher und sozialer Reformgesetze von seiten der Regierung zur Mitwirkung an deren Zustandekommen bewegen

ließe. Dagegen lehnte auch der gemäßigste Teil der Opposition grundsätzlich alle Forderungen für die Ausführung des Landesverteidigungsplanes ab, was jedoch die Regierung nicht abhielt, die Befestigungsarbeiten von Kopenhagen ruhig fortzusetzen. — Auch in Schweden zeigte sich die Landmanns-, d. h. Bauernpartei, welche durch die Verfassungsänderung von 1866 in der zweiten Kammer die Mehrheit erhalten hatte, aus Ersparungsrücksichten allen Erhöhungen der Ausgaben für das Heerwesen abhold. Norwegen, das sich auf Grund der Verfassung von 1814 ganz demokratisch entwickelt hatte, sträubte sich standhaft gegen jeden Versuch, die Personalunion mit Schweden zu einer engeren Verbindung zu gestalten, ja die Führer der radikalen, thatsächlich der Republik zustrebenden Opposition erhoben selbst den Ruf nach Auflösung der Union,

seitdem 1872 zwischen Storting und Regierung ein heftiger Verfassungskstreit entbrannt war über die Frage, ob die Staatsräte auf Erfordern des Stortings dessen Sitzungen beizuwohnen hätten. Nachdem der König dem dreimal wiederholten Beschlusse des Stortings sein Veto entgegengesetzt hatte, entwickelte sich daraus der weitere Streitpunkt, ob der König auch in Verfassungsfragen wie in Gesetzgebungsfragen nur ein suspensives oder in ersteren ein absolutes Veto habe. Schließlich erhob der Storting auf Betrieb seines Präsidenten Sverdrup im Jahre 1883 gegen den Staatsrat Selmer und dessen Kollegen wegen ihres Nichterscheinens Anklage auf Hochverrat bei dem Reichsgericht; dieselben wurden nach einem langwierigen Prozesse verurteilt, König Oskar II. lehnte zwar die Bestätigung des Urtheils ab, genehmigte aber die Entlassung der Verurtheilten, und die Berufung Sverdrups zur Bildung eines neuen Ministeriums vollendete den Sieg der Radikalen. —

In der Schweiz kam, dem allgemeinen Zuge der Zeit folgend und gesteigert durch die mit dem ultramontanen Klerus gemachten Erfahrungen, das Streben nach Stärkung der Bundesgewalt und Beschränkung der Kantonal-souveränität mehr und mehr zur Geltung. Zwar wurde der Bundesverfassungsentwurf von 1872 bei der Volksabstimmung verworfen, aber die geringe Mehrheit von 5500 Stimmen, mit welcher die Partikularisten gesiegt hatten, ermutigte die Revisionsfreunde 1874, den Kampf unter einigen Zugeständnissen an den Kantönligeist von neuem aufzunehmen, und diesmal drangen sie durch. Die Militärhoheit des Bundes wurde dadurch verstärkt, ein oberstes Bundesgericht mit dem Sitz in Lausanne geschaffen, die Errichtung von Bistümern von der Genehmigung des Bundes abhängig gemacht, die von Klöstern verboten, die Zivilehe eingeführt. Das sich höchst demokratisch ausnehmende Referendum dagegen, d. h. die Bestimmung, daß nicht bloß wie bisher alle Verfassungs-gesetze, sondern, sobald 30 000 Bürger oder acht Kantone es verlangten, alle Bundesgesetze und Beschlüsse allgemeiner Natur der Volksabstimmung zu unterwerfen seien, erwies sich in der Praxis als ein Hemmschuh des Fortschrittes, da gerade die Massen der Einwirkung der Partikularisten und Ultramontanen am leichtesten zugänglich waren. Mit ihrer Hilfe wurden das Schulgesetz, das Epidemiegesetz und der Zmpfzwang, das Patentschutzgesetz, die Anstellung eines eidgenössischen Justizsekretärs, eines nach dem anderen verworfen. Wenigstens sah sich aber der Bundesrat nunmehr in Stand gesetzt, gegen die fremden Anarchisten, welche das Asylrecht zur Vorbereitung ihrer ruchlosen Anschläge mißbrauchten, nachdrücklicher einzuschreiten. Eines der großartigsten Friedens-bauwerke der Neuzeit kam auf schweizer Boden mit der Durchstreichung des St. Gotthard von Göschenen bis Airolo zur Ausführung. Da für das deutsche Reich wie für Italien die direkte Bahnverbindung nicht bloß von hoher merkantiler, sondern auch von politischer Bedeutung war, verpflichtete sich ersteres, gleich der Schweiz einen Beitrag von zwanzig, letzteres von 45 Millionen Frank zu leisten, gewährten auch, da die Baukosten anfangs zu niedrig veranschlagt worden waren, noch einen Zuschuß von



je zehn Millionen. Am 24. Mai 1882 konnte die Gotthardbahn eröffnet werden.

Die Staaten der Pyrenäenhalbinsel erfrenten sich nach zwei Menschenaltern voll der wildesten inneren Erschütterungen und Kämpfe verhältnismäßiger Ruhe. In Spanien, das noch leztlin durch den Karlistenkrieg im Norden, die republikanische Erhebung im Süden, die Selbstsucht der Parteien überall schwer heimgesucht worden war, verstand es der junge König Alfons XII. (S. 702), unterstützt von dem Ministerium Canovas del Castillo, mit einer über seine Jahre gehenden Energie und Umsicht die monarchische Ordnung wiederaufzurichten und selbst der Armee die Neigung zu Pronunciamentos abzugewöhnen. Eine neue Verfassung wurde genehmigt. Auch die Kurie, die es bisher mit den Karlisten gehalten, schwenkte zu Alfons hinüber, und wenn sie auch nicht den dafür gehofften Preis, die Wiederherstellung des Konkordats von 1851, erreichte, so ließen doch die ihr in der Praxis gemachten Zugeständnisse ihr wenig zu wünschen übrig. Der Aufstand auf Kuba wurde nach zehnjähriger Dauer von Martinez Campos durch die Wiederunterwerfung der Insel beendet. Einen Beweis hochherzigen Mutes gab der König, als er seinen Ministern, die in diesem Falle mit ihrem Rücktritt drohten, heimlich entschlüpfte, um zu den Cholerafranken nach Murcia zu eilen. Leider starb Alfons XII. schon am 25. November 1885 an der Schwindsucht. Er war in erster Ehe mit seiner Kousine Mercedes, der Tochter des Herzogs von Montpensier, vermählt gewesen; seine zweite Gemahlin, Erzherzogin Marie Christine von Österreich, gebar nach seinem Tode, am 17. Mai 1886, einen Sohn, den als Alfons XIII. die Krone Spaniens in der Wiege erwartete. Für ihn führte sie seitdem die Regentschaft, als eine weise und tugendhafte Herrscherin von dem spanischen Volke verehrt. Der eine Zeitlang von spanischen und portugiesischen Politikern gepflegte Gedanke einer Iberischen Union hatte niemals Wurzel zu schlagen vermocht. — Portugal blieb seit dem Pronunciamento des greisen Saldanha im Mai 1870 von inneren Wirren verschont, doch mußte sich die Krone unter der Herrschaft der Liberalen eine bedenkliche Einschränkung ihrer Macht gefallen lassen. König Ludwig I. (1861 bis 19. Oktober 1889) suchte das gesunkene Ansehen seines Staates durch Wiederbelebung der afrikanischen Kolonialpolitik zu heben, stieß aber dabei auf die immer wachsame Handelseifersucht Englands. Auf dem Throne folgte ihm sein Sohn Karl.

Unter den außereuropäischen Staaten sind in dieser Zeit die Vereinigten Staaten von Amerika der einzige, der ein historisches Leben aufzuweisen hat. Daß die Republik sich von den Wunden, die der große Bürgerkrieg ihr geschlagen, wunderbar schnell erholt, verdankte sie den unerlöschlichen Schätzen, mit denen die Natur ihren Boden ausgestattet hat. Zu den Edelmetallen der westlichen Cordilleren gesellte sich das Petroleum der Alleghanies, von dem 1859 erst einige hundert Barrels, zwanzig Jahre später 710<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Millionen Gallonen gewonnen wurden. Die bis 100 Millionen Dollars

und darüber betragenden Jahresüberschüsse gestatteten die während des Krieges von  $64\frac{2}{3}$  auf  $2756\frac{1}{2}$  Millionen gestiegenen Bundessschulden, soweit sie bereits kündbar waren, spielend abzutragen. Allein während die europäischen Staaten fast ohne Ausnahme mit Geldverlegenheiten zu kämpfen hatten, litten die Vereinigten Staaten an dem entgegengesetzten Übel, einem allzu blühenden Finanzzustande; denn er wurde der Boden, in welchem die Korruption mit beispiel-



Präsident Grant. Nach Photographie.



Karl Schurz. Nach Photographie.

loser Üppigkeit wucherte. Unter der zweimaligen Präsidentschaft Grants 1869 bis 1877 schaltete die siegreiche republikanische Partei, namentlich in dem unterworfenen Süden, mit solcher Schamlosigkeit, daß sich selbst ein Teil derselben, die Reformrepublikaner, zu deren Führern der Deutsche Karl Schurz gehörte, gegen eine dritte Wahl Grants aussprach. Der Vorbeer des Feldherrn war auf dem Haupte des Staatsmanns verdorrt. Auch die beiden folgenden Präsidenten gehörten noch der republikanischen Partei an, Hayes





Präsident Hayes. Nach Photographie.

Reform des Zivildienstes, welche der eingerissenen Korruption steuern sollte, sowie durch eine auf Minderung der Einnahmeüberschüsse berechnete Herabsetzung der Zölle am Ruder zu behaupten. Infolge der unter ihnen eingerissenen Spaltung unterlag bei der Wahl von 1884 ihr Kandidat Blaine, unter Garfield Staatssekretär des Auswärtigen, dem Demokraten Cleveland. Was beide Parteien trennte, war jetzt nicht sowohl der politische als der wirtschaftliche Standpunkt, besonders die Frage, ob Schutz Zoll oder Freihandel. Um der Entstehung einer Latifundienwirtschaft in den Händen englischer Kapitalisten einen Niegel vorzuschieben, wurde 1885 Fremden die Erwerbung von Ländereien im Gebiete der Republik verboten. Selbst dem reichsten Staate der Welt blieb der Kampf mit der Arbeiternot nicht erspart. Der erdrückenden Konkurrenz der chinesischen Arbeiter im Westen sollte 1882 das Verbot der Chineseneinwanderung auf zehn Jahre steuern. Die „Ritter der

(1877—1881) und Garfield, der aber schon am 19. September 1881 an einer Wunde starb, die ihm am 2. Juli ein abgewiesener Stellenjäger namens Guiteau beigebracht hatte. Seine Stelle nahm daher der Vizepräsident Arthur ein. Erst die Kongresswahlen von 1882 machten der Herrschaft der Republikaner ein Ende, indem sie den 1861 gestürzten Demokraten die Mehrheit im Repräsentantenhause gaben. Vergebens suchten die Republikaner sich durch eine



Präsident Chester A. Arthur. Nach Photographie.

Arbeit“, deren Haupt Bom-  
berly war, suchten den  
Arbeiterstand als Partei zu  
organisieren. In Chicago  
kam es Mai 1886 zwischen  
der Polizei und den von  
den Anarchisten aufgewie-  
gelten Arbeitern zu einem  
blutigen Kampf. Sieben  
Anarchisten wurden infolge  
davon zum Tode verurteilt  
und vier von ihnen trotz der  
Drohungen ihrer Genossen,  
trotz der von den Führern  
der deutschen Sozialdemo-  
kratie im Namen der Mensch-  
lichkeit für diese Mord-  
gesellen eingelegten Fürbitte  
gehängt. Auch den deutschen  
Anarchisten Most erreichte



Präsident Cleveland. Nach Photographie.



Präsident Garrison. Nach Photographie.

dabei sein Ver-  
hängnis: er wurde  
zu einem Jahr  
Zuchthaus verur-  
teilt, wobei der  
Richter sein Be-  
dauern ausdrückte,  
daß das Gesetz ihm  
nicht gestatte, über  
einen so vollende-  
ten Schurken eine  
härtere Strafe zu  
verhängen. Prä-  
sident Cleveland  
erreichte die Wie-  
derwahl, um die  
er sich bewarb,  
nicht. Daß der  
englische Gesandte  
Sackville auf  
eine von republi-  
kanischer Seite an



ihn gerichtete Anfrage thörichterweise geantwortet hatte, seine Wiederwahl würde dem britischen Interesse am meisten entsprechen, schädigte ihn unheilbar. Er suchte zwar, nach einem bei amerikanischen Staatsmännern nicht ungewöhnlichen Verfahren, sein Ansehen durch barsches Auftreten nach außen zu heben. England, das in der Alabamafrage eine so schwere Demütigung erlitten, dem in dem Streit über die San Juangruppe der Schiedsspruch Kaiser Wilhelms Unrecht gegen die Vereinigten Staaten gegeben hatte, über dessen Haupte fortwährend die Drohung mit der Annexion Canadas schwebte, mußte jetzt die Beleidigung einstecken, daß seinem Gesandten, dessen Abberufung es verweigert hatte, von der Regierung in Washington seine Pässe zugesandt wurden. Doch nützte auch das der demokratischen Partei nichts mehr. 1888 wurde der Republikaner Harrison zum Präsidenten gewählt.

---

## Schl u ß w o r t.

Es ist ein Zeitraum von mehr als sechstausend Jahren, auf welchen die Weltgeschichte zurückblickt. Seit dem Siege des Christentums unter Konstantin d. Gr. gewöhnte man sich, die geschichtliche Zeit auf Grund der Weissagung des Propheten Daniel (VII, 3—24) nach den vier Weltmonarchien, der assyrisch-babylonischen, der medisch-persischen, der griechisch-macedonischen und der römischen einzuteilen; die letzte, die römische, sollte bis an das Ende der Dinge dauern. Der erste, der das Altertum von der folgenden Zeit scheidet, ist Macchiavelli, indem er mit der Völkerwanderung einen Abschnitt macht, worauf dann im siebzehnten Jahrhundert die noch heute im wesentlichen allgemein übliche Einteilung der Weltgeschichte in Altertum, Mittelalter und Neuzeit in Aufnahme gekommen ist.

Diese Einteilung hat ihre volle innere Berechtigung, gleichviel, ob spätere Geschlechter sie möglichenfalls durch eine andere ersetzen werden. Lassen wir zum Schluß den Gang, welchen die Weltgeschichte durch diese drei Hauptabschnitte hindurch bis auf die Gegenwart genommen, vor unserem Auge vorüberziehen.

Der Anfang der Geschichte fällt keineswegs mit den Anfängen der menschlichen Kultur zusammen; diese liegen weit jenseits der äußersten Grenze des historisch Erkennbaren. Die Menschheit hat ungezählte Jahrtausende durchlebt, bevor sie an dem Punkte angelangt ist, von welchem an der erste Dämmererschein der Geschichte anhebt, nämlich der Gründung staatlicher Gemeinschaften, die zugleich die größte aller ihrer Kulturleistungen ist.

Die von der Natur mit unerschöpflicher Fruchtbarkeit ausgestatteten Flußthäler hier des Euphrat und Tigris, dort des Nils sind sicheren Spuren zufolge diejenigen Erdstellen, wo der Mensch am frühesten zur Sesshaftigkeit und damit zur Vorbedingung jeder höheren Entwicklung gelangte. Hier hat er bereits in unvordenklicher Zeit die Gewinnung und Benutzung der Metalle, den Steinbau, die Anfänge der bildenden Kunst durch Nachbildung lebender Gestalten in Stein und Erz, das Zahlensystem und aus der Beobachtung des gestirnten Himmels die Zeitrechnung erfunden, hier sind auch die ältesten Staaten entstanden. Wohl mögen auch im Thale des Ganges und in Ostasien gleich alte Kulturstätten vorhanden gewesen sein; aber außerhalb der Berührung



mit anderen Völkern gelegen, sind sie ohne Einfluß auf den Gang der Weltgeschichte geblieben. Von dem Doppelstrom Euphrat-Tigris und dem Nil dagegen hat sich das historische Leben über ganz Vorderasien bis an und über die Küsten des Mittelmeeres weiter verbreitet. Auf diesem Raume erhoben sich, je nachdem das eine Volk nach erschöpfter Kraft von einem jugendkräftigeren in der Herrschaft abgelöst wurde, nacheinander die großen Despoten der Assyrer, Babylonier, Meder und Perser, von hier ward aber auch der Flugsame der Kultur hinüber nach der Insel- und Halbinselwelt des südöstlichen Europas getragen, um daselbst, begünstigt durch die glücklichsten Naturverhältnisse, in dem Volke der Hellenen sich nicht bloß eigenartig und selbständig weiterzuentwickeln, sondern auch zu einer solchen Durchgeistigung zu gelangen, daß dieses begnadete Volk durch seine unvergleichlichen und unvergänglichen Schöpfungen auf allen Gebieten höherer menschlicher Thätigkeit zum Lehrmeister aller künftigen Geschlechter geworden ist. Die Hellenen veredelten die Naturgottheiten des Orients zu den herrlichen Idealgestalten ihres Olymps, zu Wahrern der sittlichen Weltordnung; sie bildeten in engen Gebieten eine Mannigfaltigkeit von Staatsformen aus, welche ihre Angehörigen zu selbstthätigen Mitgliedern bürgerlicher Gemeinden erzogen und zum Nachdenken über das Wesen des Staates anleiteten, durch sie that sich, namentlich seitdem die glorreiche Abwehr der Perser die Volkseele mit Schwung und Begeisterung erfüllt hatte, das Reich der Künste, der Poesie, der übersinnlichen Ideen in kaum je wieder erreichter Herrlichkeit der kommenden Menschheit auf.

Nur eines verstanden die Hellenen, phantasiereich und durchaus individuell angelegt, wie sie waren, nicht: sich zu einem nationalen Ganzen zusammenzuschließen. Sie, die ihre Kraft in inneren Kämpfen erschöpften, aus ihrer Zerfahrenheit zu erlösen, bedurfte es der kräftigen Hand des Macedoniers Philipp, der durch die Unterwerfung Griechenlands seinem Sohne Alexander die Vorstufe erbaute für die Aufrichtung eines neuen Weltreiches. Indem der junge und geniale Eroberer seine siegreichen Waffen bis an den Saum der libyschen Wüste, an den Zagartes und das Fabelland Indien trug, entriß er den Orient seiner Abgeschlossenheit und durchtränkte ihn mit hellenischer Kultur, hellenischer Sitte und Sprache, wie durch eine Veranstaltung der Vorsehung, um der Heilslehre des Christentums, die zuerst unter dem Volke Israel, dem einzigen inmitten der Heidenwelt zum Monotheismus durchgedrungenen, verkündigt werden sollte, Mittel und Wege zu ihrer Ausbreitung zu schaffen.

Was den Griechen trotz oder wegen des Reichthums ihrer natürlichen Beanlage versagt geblieben, die Gabe selbstloser Unterordnung des Einzelnen unter die straffe Zucht der Gesamtheit, den nüchternen Sinn für das Praktische, das besaßen in höchstem, bis zur Einseitigkeit gehenden Maße die ihnen unverwandten Römer; Eigenschaften, die sie befähigten, ihre ursprünglich kleine Stadtgemeinde zum italischen Nationalstaate zu erweitern, diesen in heldenmütigen Kämpfen gegen die Angriffe auswärtiger Feinde, selbst, dem Unter-

gange nahe, gegen den großen Punier Hannibal zu verteidigen, sich zu Beherrschern der Mittelmeerküsten aufzuschwingen, darauf, seitdem die Republik sich einem einzigen Oberhaupte untergeordnet hatte, den ganzen bekannten Erdkreis sich unterthan zu machen, selbst durch die Eroberung Galliens, Britanniens, der Rhein- und Donauländer den bis dahin den Norden Europas verhüllenden Schleier zu lüften und durch diese große Völkervereinigung die Schranken niederzureißen, welche die hochgebildeten, die „klassischen“ Völker des Altertums von den Barbaren geschieden hatten, endlich auch der Rechtswissenschaft ihre für alle Zeiten unverrückbaren Grundlagen zu schaffen. Auf anderen geistigen Gebieten ohne eigene schöpferische Kraft, wurde das Römertum doch seit seiner Berührung mit der griechischen Kulturwelt das Gefäß, welches die Ergebnisse derselben in sich aufnahm und den von dort überkommenen Schatz zu den folgenden Zeiten und Völkern überleitete. Unter diesen, seinem innersten Wesen fremden und selbst entgegengesetzten Einwirkungen verzehrte es sich jedoch selbst.

Zwei Thatfachen trafen zusammen, um einen neuen Abschnitt in der Geschichte der Menschheit herbeizuführen: das Hervortreten neuer jugendkräftiger Völker auf den Schauplatz der Weltgeschichte an Stelle der überlebten antiken, im Norden der Germanen und der Slawen, im Osten der Araber, zweitens die Ausbreitung zweier mit dem Anspruche auf Offenbarung auftretender Weltreligionen, des Christentums und des Islam, an Stelle der das Bedürfnis der Herzen nach dem Göttlichen nicht mehr befriedigenden heidnischen Volksreligionen. Einer Verjüngung durch das Christentum nicht mehr fähig, brach die antike Welt unter dem Ansturm der Germanen, fortan der eigentlichen Träger der neuen Heilslehre, zusammen. Auf ihren Trümmern erhoben sich neue germanische Reiche, in denen aber doch die verkümmerten Reste der antiken Bildung fortlebten und wirkten. Aber durch die Wanderung von ihrem heimischen Boden losgerissen, brachten sie es in der Fremde nicht über ein kurzlebiges Dasein hinaus. Nur das Reich der Franken, die ohne ihre nieder-rheinische Heimat aufzugeben sich erobernd über Gallien ausbreiteten und durch die Annahme des Christentums in der Gestalt des Athanasianismus den kirchlichen Gegensatz ihrer anfangs arianischen Stammesgenossen gegen die römische Bevölkerung vermieden, gewann Dauer und hinreichende Stärke, um auch die Burgunder, Thüringer und Bayern in sich aufzunehmen und unter der Leitung der kraftvollen Majordome aus dem Hause der Pippiniden der Wall der abend-ländischen Christenheit gegen die nach Unterwerfung Nordafrikas und der Pyrenäenhalbinsel eindringenden, unter dem Zeichen des Halbmondes kämpfenden Araber zu werden. Durch die Unterwerfung und Bekehrung der Sachsen, sowie eine Reihe anderer glücklicher Kriege erweiterte Karl der Große das Frankenreich zu einer ganz Mitteleuropa umspannenden Universalmonarchie, in der die Mitwelt die Wiederaufrichtung des alten römischen, nunmehr aber auf christlicher Grundlage ruhenden Imperatorenreiches, das irdische Abbild des himmlischen Gottesreiches sah. In ihm trachtete der große Herrscher alles, was von der antiken



Kultur die Stürme der Völkerwanderung überlebt hatte, mit der volkstümlichen Kraft der germanischen Stämme zu vermählen. Aber der Drang der Nationalitäten zerfiel es schon nach wenigen Menschenaltern in seine Bestandteile, Westfranken, Ostfranken oder Deutschland, Italien, und damit beginnt die Entwicklung der modernen Nationalstaaten, während gleichzeitig der nördlichste Zweig der Germanen, die Nordmannen, aus kühnen Seeräubern zu Staatsgründern in entlegenen Ländern, in Britannien, Rußland, Unteritalien wurden. Die ausschließliche innere Form der westeuropäischen Staaten wurde, die altgermanische Gemeinfreiheit allmählich vollständig auffangend, die Lehensmonarchie mit ihren zahllosen Abstufungen von Lehensherren und Lehensträgern.

So tief wurzelte jedoch die Vorstellung von dem zu ewiger Fortdauer bestimmten römischen Kaiserreiche, daß die Erneuerung der römischen Kaiserwürde durch Otto den Großen und ihre bleibende Verbindung mit der deutsch-italienischen Krone ihr die Bedeutung einer wenn auch nur ideellen Vorherrschaft über alle anderen abendländischen Reiche verlieh. Was dagegen der weltlichen Macht nicht gelungen, die Begründung des Gottesreiches auf Erden, das erfaßte das zu univiersellem Ansehen emporgestiegene und von der kirchlichen Begeisterung des Zeitalters getragene Papsttum als seinen Beruf, namentlich seitdem die ganze Christenheit zur Befreiung des heiligen Grabes aus den Händen der Ungläubigen sich unter das Banner der Kirche geschart hatte. Aus dem doppelten Anspruch auf die höchste Gewalt entsprang notwendigerweise der grundsätzliche und darum erbitterte Kampf zwischen Kaisertum und Papsttum. Während es den übrigen Nationen vergönt blieb, sich ohne Störung von außen ihrer inneren Ausbildung zu widmen, verzehrte das deutsche Königtum seine beste Kraft in dem immer von neuem entbrennenden Kampfe gegen das Papsttum und das mit demselben verbündete Nationalgefühl der Italiener, während jene sich zu nationalen Monarchien zusammenschlossen, erlag dieses mehr und mehr der steigenden Macht der Vasallen, bis mit dem Untergange des glänzenden Herrschergeschlechtes der Staufer sich die Auflösung der Reichseinheit, der Verfall seiner Macht entschied. Nur gedieh auch dem Papsttum sein Sieg nicht zum Segen. Wie es selbst, das sich doch göttlicher Einsetzung vermaß, verfiel auch die Kirche einer so tiefen Entartung, daß selbst die ernstesten Bemühungen derselben zu steuern nur die Gebrechen an ihrem Leibe bloßzulegen, nicht mehr sie zu heilen vermochten. Und dies geschah zu derselben Zeit, wo in den Geistern der Menschen sich ein mächtiger Umschwung vollzog, der sie von den hergebrachten Vorstellungen, von dem kindlichen Vertrauen auf die Unfehlbarkeit der Tradition losriß und sie mit neuen Anschauungen erfüllte. Eine Reihe großer Erfindungen, kühner Entdeckungen öffneten den Blick in ungeahnte Bereiche menschlichen Wissens und lehrten vieles von dem, was bisher als unumstößliche Wahrheit gegolten, als Irrtum verachten, das Einströmen überseeischer Reichthümer verminderte den Wert des Grundbesitzes zu gunsten des beweglichen Vermögens und ersetzte die bisherige Naturalwirtschaft mehr und mehr durch die des Kapitals, das neubeflebte Studium

des klassischen Altertums weckte im Gegensatz zu der lediglich auf die Bewahrung des Dogmas gerichteten Scholastik den Begriff echter, voraussetzungsloser Wissenschaft, im Gegensatz zu der von der Kirche geforderten Askese den Sinn für das rein Menschliche und das wahrhaft Schöne, neben den Wissenschaften feierten die bildenden Künste ein Zeitalter herrlichster Blüte, selbst der Staat änderte seine Form, nur daß anderwärts aus dem Verfall des Lebenswesens die Königsgewalt gestärkt hervorging, im deutschen Reiche dagegen die großen Vasallen selbst zu einer fast völlig selbständigen Fürstenmacht gelangten.

So wandelte sich das Bestehende aber Veraltete auf allen Gebieten und es sanken damit die Stützen, welche den stolzen Bau der mittelalterlichen Kirche getragen hatten. Sie, die längst aufgehört hatte, das religiöse Bedürfnis des Menschenherzens zu befriedigen, die sich unfähig erwiesen hatte, sich aus sich selbst heraus zu läutern, mußte sich gefallen lassen, daß die von Millionen bewußt oder unbewußt ersehnte Reformation nunmehr gegen sie ins Werk gesetzt wurde. Deutschland ward ihre Wiege, in Luther erstand der rechte Mann, der, der Göttlichkeit seiner Sache gewiß, den von ihm nicht gewollten, ihm von der Gegenseite aufgedrungenen Kampf wider „den römischen Antichrist“ furchtlos aufnahm und, begünstigt durch die Zeitverhältnisse, das Ringen Franz' I. gegen die habsburgische Übermacht, die Türkengefahr, die lediglich auf weltliche Machterweiterung gerichtete Politik der Päpste, siegreich durchführte und damit der Welt das unschätzbare Gut der Geistesfreiheit zurückeroberte. Da aber war es das Verhängnis des deutschen Volkes, daß es in diesem Zeitpunkte seiner höchsten geistigen und sittlichen Erhebung in dem Ausländer Karl V. ein Oberhaupt hatte, das, ohne jedes Verständnis für diese Erhebung, nur in den Ideen und den Interessen seiner ungeheuren Weltmacht lebte und sich mit dem Papste zur Unterdrückung der Ketzerei verband. Mißlang auch dieser Versuch, so ging doch darüber dem deutschen Volke die Möglichkeit seiner nationalen Verjüngung verloren. Meist unter heftigen inneren Erschütterungen riß im ganzen und großen der germanische Teil Europas sich von der Herrschaft des päpstlichen Stuhles los, während die Romanen an der ihrer Phantasie besser zusagenden alten Kirche festhielten. Fortan blieb der Protestantismus der Boden für die Weiterentwicklung des menschlichen Geistes.

Allein obgleich sich die Reformation behauptete, kam sie doch weder innerlich noch nach außen vollständig zum Durchbruch. Die Glaubensfreudigkeit und -Zunigkeit, aus der sie entsprungen, wichen dem erbitterten Gezänk der Theologen, welches die Protestanten tiefer unter sich selbst als von den Altgläubigen spaltete. Zugleich aber erhob sich die römische Kirche, die schon gänzlichem Untergange verfallen geschienen, unter Leitung des Jesuitenordens und des von ihm mit monarchischer Machtfülle bekleideten aber auch von ihm beherrschten Papsttums zu neuem Leben, so daß sie unternehmen konnte, nicht nur die Fortschritte des Protestantismus zu hemmen, sondern selbst das verlorene Gebiet zurückzuerobern. Der finstere Philipp II. von Spanien ließ ihr sein



Schwert, aber in heldenmütigem Widerstande behaupteten die Niederländer ihre bürgerliche und religiöse Freiheit, wiesen die Engländer den Angriff seiner unüberwindlichen Armada zurück. Die eigentliche Wahlstatt jedoch für den großen Entscheidungskampf zwischen Geistesfreiheit und Geistesknechtschaft wurde wiederum Deutschland. Dank dem Eingreifen des edlen Schwedenkönigs, den die Pflicht der Selbsterhaltung zum Vorkämpfer seiner Glaubensgenossen machte, ging daraus der Protestantismus, wenn schon durch eigenes Verschulden nicht ohne schwere Einbuße, gerettet hervor; aber das deutsche Volk bezahlte diese Rettung mit dem Verluste seiner politischen Existenz. In eine Anzahl nur lose verbundener Territorien zersplittert, in zwei konfessionelle Lager gespalten, verarmt, verwildert, der Selbstachtung entwöhnt, sah es seine Grenzlande im Westen den Franzosen, im Norden den Schweden zur Beute werden und selbst den Träger der Kaiserkrone sich dem Reiche mehr und mehr entfremden. Von dem gesunkenen Reiche, der alternden spanisch-habsburgischen Macht ging das Übergewicht über auf das unter dem königlichen Absolutismus festgeeinte Frankreich, dessen glänzender, aber tief unfittlicher Herrscher Ludwig XIV. seinem Volke die eigene Selbstüberhebung einimpfte und es an den Mißbrauch seiner größeren Stärke gegen die schwächeren Nachbarn bis zur Erschöpfung der eigenen Kraft gewöhnte, während, selbst die Erfolge der französischen Waffen überdauernd, französische Sitte, französische Litteratur und Kunst die Welt eroberten. Hingegen schlug der Versuch der Stuarts, es mit Aufrichtung einer unumschränkten Monarchie den Bourbons nachzutun, in England, wo seit Jahrhunderten sich Volksvertretung und Selbstverwaltung eingewurzelt hatten und wo zuerst die reformatorische Lehre von der Freiheit vom kirchlichen auf das politische Gebiet übertragen worden war, in das gerade Gegenteil, in die bleibende Abhängigkeit der Krone vom Parlamente um. Von hier und zwar von den englischen Deisten ging auch die tiefgreifende Wandelung aus, die sich im achtzehnten Jahrhundert in den Geistern vollzog, die Verwerfung alles dem menschlichen Verstande Unfaßbaren, die, namentlich von geistreichen französischen Schriftstellern in bestechender Form vorgetragen, die Theologie vom Throne stieß, um die Philosophie darauf zu setzen, und damit das Zeitalter der Aufklärung begründete. Dieser faßte der deutsche Geist die neuen Probleme. Aus trauriger Verkommenheit sich emporarbeitend schuf er eine Litteratur von solcher Schönheit, sittlicher Höheit und Gedankenfülle, daß sie ihren französischen und englischen Lehrmeistern mehr als ebenbürtig zur Seite trat, während das Aufsteigen des brandenburgisch-hohenzollernischen Staates zwar die morschen Formen des alten Reichsverbandes vollends sprengte, aber auch der Ausgangspunkt für die künftige politische Genesung der Nation wurde. Die Thaten Friedrichs II. entflamten wieder das erloschene Selbstgefühl der Deutschen; nach dem Vorgange des großen Königs, der sich rühmte, der erste Diener seines Volkes zu sein, huldigten in allen Staaten geistreiche und feste Machthaber dem „aufgeklärten Absolutismus“ mit oft rücksichtsloser Beseitigung überlebter Zustände und Einführung von Neuerungen, bis nach Rußland

hinein, das zuerst durch Peter den Großen zur europäischen Macht geworden war und seit der Vernichtung des Zwischenstaates Polen mit dem Bleigewicht seines Kolosses immer schwerer auf das übrige Europa drückte. Was Wunder, daß diesem zum politischen Denken angeregten Geschlechte die Errichtung der Republik der Vereinigten Staaten von Amerika als die Verwirklichung seines Staatsideals erschien?

In Frankreich verwandelten der Charakter des Volkes und die Unvereinbarkeit der in Staat und Gesellschaft eingerissenen Mißstände mit den als unfehlbares Dogma auftretenden Ideen den Versuch der Reform alsbald in einen allgemeinen Zusammensturz des Bestehenden. Mit gleich elementarer Gewalt stürzte sich das revolutionäre Frankreich nach außen in einen Krieg der dreiundzwanzig Jahre lang Europa mit Blut überströmen und aus dem das politische Nutzlitz des Erdteils verwandelt hervorgehen sollte. Dieser Krieg ermöglichte es, daß ein jugendlicher und genialer Feldherr, der Sohn seiner eigenen Thaten, ausgestattet mit einer wunderbaren Gabe, die Menschen zu beherrschen, sich zum Gebieter Frankreichs aufschwang, das, längst der revolutionären Greuel müde, sich willig das Joch der Militärdespotie auflegen ließ, um aus seiner Hand für die erträumte aber nie erlangte Freiheit Ordnung und Sicherheit im Innern, Ruhm, Herrschaft und Beute nach außen einzutauschen. Sein Faustschlag zertrümmerte vollends das deutsche Reich, eine Festlandsmacht nach der andern mußte sich in den Staub beugen vor dem Unbesiegblichen, dem Weltgebieter, bis die Unerfättlichkeit seiner Herrschsucht ihn dem Gottesgerichte auf den Eisfeldern Rußlands entgegenführte und der durch seine menschenverachtende Tyrannei gereizte Ingrimme der Völker ihn den Untergang bereitete.

Auf dem Kongreß zu Wien ordneten die Mächthaber den zerrütteten Zustand Europas aufs neue, aber mit so wenig Rücksichtnahme und Verständnis für die berechtigten Forderungen und Bedürfnisse ihrer Völker, daß die herrschende Unzufriedenheit wiederholte Auflehnungen und Unruhen herbeiführte. An dem heroischen Freiheitskampfe der Griechen gegen ihre türkischen Zwingherren richtete sich der gesunkene Mut der gedrückten Nationen auf, die französische Julirevolution schlug wie eine Freiheitsverkünderin an ihr Ohr. Und was die Hauptsache: der gehobene Bildungsstand sowie die durch eine Reihe tief eingreifender Erfindungen völlig veränderten Bedingungen des wirtschaftlichen Lebens gerieten in Widerstreit mit den politischen Zuständen. Der Sturz der unfähigen Julidynastie entfesselte in dem deutschen wie in dem italienischen Volke mit Ungestim den Drang nach der ihnen so lange versagt gebliebenen nationalen Gestaltung. Wurde diese damals noch nicht erreicht, so hat es dafür das Schicksal gefügt, daß der Wiederhersteller des napoleonischen Kaiserthums wider Wunsch und Willen die Verwirklichung derselben bewirken mußte, daß er das Unterfangen, den durch die gewaltsame Loslösung von Oesterreich begründeten Zusammenschluß der deutschen Stämme unter Preußens wohl-erworbenen Hegemonie wieder zu zerstören, mit seinem Untergange und der



Demütigung der französischen Hoffahrt hüßte, daß endlich unser Volk, durch vieles und kostbares Blut zusammengekittet, den Traum seiner Väter, ein einiges und starkes Reich, unter dem edelsten Herrscher, der je einen Thron geziert hat, in Erfüllung gehen sah. —

Ist nun die Menschheit im Laufe dieser Jahrtausende fortgeschritten, hat sie sich vom Unvollkommenen zum Vollkommeneren erhoben? Es hat nicht an solchen gefehlt, welche diese Frage verneinten; aber eine unsoefangene Betrachtung der Geschichte zwingt sie zu bejahen. Daß die Menschheit fortgeschritten ist und weiter fortschreitet, ist so zweifellos wie die andere Thatsache, daß der geschichtliche Prozeß nicht durch blinde Naturgesetze, sondern wesentlich durch sittliche Kräfte bedingt wird. Nur daß ihr Fortschritt nach Goethes Ausspruch nicht geradlinig sondern spiralförmig geht, nur daß die Errungenschaften jedes Zeitalters stets neue Aufgaben erzeugen. Es ist der Fortschritt nach einem unendlichen Ziele.

Stammenswertes hat die Gegenwart erreicht. Ihr hervorstechendes Merkmal ist die Dienstbarmachung der Naturkräfte, die dem Menschengeniste, ihrem Gebieter, unzählbare Arbeiten verrichten müssen. Ein rastloser Drang nach Wahrheit, nach Erweiterung des Wissens beherrscht alle Gebiete geistiger Thätigkeit, ein großartiger Weltverkehr umspannt den ganzen Erdenrund, gefallen sind eine nach der andern die Schranken, die früher den Einzelnen oder einzelne Stände beschränkten, in allen zivilisierten Staaten ist die Teilnahme des Volkes an seinen öffentlichen Angelegenheiten verfassungsmäßig gesichert, eine hochgesteigerte nationale Empfindung belebt jedes Volk, alle humanen Bestrebungen für Linderung von Not und Elend, alle Werke der Nächstenliebe haben eine Ausdehnung und Kraft erlangt wie nie zuvor, auch der Schandfleck der Negerlaverei unter den Weißen ist ausgerottet. Aber gleichzeitig gären unheimliche Kräfte in den zum Bewußtsein ihrer Macht gekommenen, sie aber auch überschätzenden Massen und arbeiten mittelst Aufstachelung der niedrigen Leidenschaften an dem Umsturz der bürgerlichen Gesellschaft, noch ist die soziale Frage von ihrer Lösung fern, Millionen vertritt finsterner Aberglaube die echte christliche Frömmigkeit und das edle Kleinod der Gewissens- und Glaubensfreiheit findet seinen wirksamsten Schutz gegen hierarchische Unduldsamkeit nur in deren Machtlosigkeit, die Jagd nach materiellem Erwerb und Genuß lähmt und ertötet in zahllosen Herzen den Sinn für das Höhere, und von dem Traum des ewigen Friedens ist die Welt so fern, daß die großen Nationen mit der Hand am Schwerte, gefaßt auf das Würfelspiel des blutigsten aller Kriege einander gegenüberstehen. Und dennoch bleibt es wahr, daß keine frühere Zeit den Stempel des Idealen so ausgeprägt an sich trägt wie die Gegenwart. Auch von ihr gilt Ulrich von Hutten's Ausruf: *Juvat vivere!* Es ist eine Lust zu leben!



## Verzeichnis der Illustrationen.

Seite	Am Text.	Seite
9.	Otto von Bismarck = Schönhausen.	203. Scene aus der Schlacht vor New-Orleans.
13.	Freiherr von Brud.	204. Desgleichen.
19.	Vicomte de Persigny.	205. Desgleichen.
28.	Das heilige Grab unter der Kuppel der Grabeskirche zu Jerusalem.	211. Faksimile von General Grants Brief mit der Forderung „bedingungsloser Übergabe“.
30.	Drouyn de L'Huys.	212. R. G. Lee.
31.	Sir Georg Hamilton = Seymour.	213. General W. G. Sheridan.
33.	Fürst Mentchikow.	216. Präsident Benito Juarez.
35.	Mehemet Ali Pascha.	221. Kaiser Maximilian von Mexiko.
36.	Fuad Pascha.	223. Kaiserin Charlotte von Mexiko.
38.	Marmor-Steinbild des Lord Stratford de Redcliffe.	235. Graf Duol = Schauenstein.
41.	Mesjid Pascha.	239. von Roon.
43.	Omer Pascha.	253. König Maximilian II. von Bayern.
49.	Lord Raglan.	257. Kaiser Franz Josef I. von Oesterreich.
51.	Marschall St. Arnaud.	259. Minister von Schmerling.
53.	Admiral Charles Napier.	271. General von Wrangel.
55.	General Vosquet.	277. Prinz Friedrich Karl von Preußen.
57.	General Canrobert.	283. Minister von der Pforden.
63.	Fürst Paskevitch.	289. General von Wanteuffel.
65.	General Totleben.	303. Generalfeldmarschall Graf Moltke.
69.	Marschall Békiffier.	309. Feldzeugmeister von Benedel.
77.	Fürst Alexander Gortschakow.	312. General von Gablenz.
86.	Sultan Abdul Mejid.	313. General von Steinmetz.
103.	Montauban Graf von Paltkao.	319. General von Fransecky.
106.	Eugène Rouber.	325. Boischäfter Graf von der Goly.
108.	Graf von Chambord.	339. Reichstanzler Graf von Beust.
109.	Seinepräsekt Hausmann.	347. Jules Simon.
115.	Maffino d'Azeglio.	349. General Niel.
123.	Graf Balowski.	356. R. von Bennigsen.
125.	Victor Hugo.	365. Gambetta.
127.	Prinz Napoleon.	367. Emil Ollivier.
131.	Lord Cowley.	369. Abgeordneter Birchow.
135.	General Gialdini.	371. General Menabrea.
143.	General Lamarmora.	373. Leboeuf.
145.	General Lamoricrière.	375. General Prin.
159.	Ricasoli.	377. Leopold, Erbsprinz von Hohenzollern-Sigmaringen.
161.	Minghetti.	381. Herzog von Gramont.
165.	Richard Cobden.	387. Fürst Metternich.
167.	Finanzminister Foulx.	393. Kriegsminister von Brankh.
177.	J. D. Adams.	396. Prinz August von Württemberg.
179.	J. C. Calhoun.	398. Marschall Mac Mahon.
183.	Winfield Scott.	400. Generalleutnant von Blumenthal.
185.	Jachary Taylor.	401. General von Hartmann.
187.	Henry Clay.	402. General von Dose.
191.	James Buchanan.	403. General von Kirchbach.
193.	Jefferson Davis.	405. General Frossard.
195.	Lincoln.	411. General von Rapp.
197.	Mac Clellan.	417. Kronprinz Albert von Sachsen.
199.	U. S. Grant.	419. General de Failly.
201.	Stonewall Jackson.	429. General Ducrot.
		433. Freycinet.



## Seite

435. General von der Tann.  
 441. Aurelles de Palabine.  
 443. Friedrich Franz II., Großherzog von Mecklenburg.  
 447. Mollke in seinem Arbeitszimmer in Versailles.  
 449. General Fathberbe.  
 451. General Chanzy.  
 453. General von Goeben.  
 455. Staatsminister Delbrück.  
 457. Freiherr von Friesen.  
 459. Die Kaiserproklamation in Versailles.  
 461. Bismard mit Jules Favre verhandelnd.  
 463. General von Werder.  
 467. Bourbaki.  
 491. Bischof von Ketteler.  
 493. Jgnaz Döllinger.  
 494. Bischof Dupanloup.  
 499. Erzbischof Darbois.  
 500. Professor Dr. von Schulte.  
 501. Professor Hubert Reinkens.  
 504. Heinrich von Treitschke.  
 510. Dr. Rudolf Gneist.  
 514. Staatssekretär Dr. Stephan.  
 515. Minister der öffentlichen Arbeiten Albert Maybach.  
 516. Abgeordneter Miquel.  
 518. Reichstags-Präsident Dr. Simson.  
 525. Minister Graf Culenburg.  
 527. Finanzminister Otto Camphausen.  
 529. Graf Harry von Arnim.  
 533. Prinz Wilhelm von Preußen und Prinzessin Augusta Victoria von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg.  
 537. Abgeordneter Peter Reichensperger.  
 538. Abgeordneter von Mallindrodt.  
 540. Kultusminister von Mühlner.  
 541. Staatsminister Johann von Lutz.  
 543. Kultusminister Dr. Falk.  
 548. Windthorst.  
 550. Kardinal Ledochowski.  
 552. Abgeordneter Voerg.  
 563. König Ludwig II. von Bayern.  
 567. Karl Marx.  
 569. Herbrand Raffalle.  
 571. Abgeordneter Liebknecht.  
 573. Abgeordneter Vebel.  
 583. Abgeordneter Eugen Richter.  
 586. Freiherr von Barnbiller.  
 590. Abgeordneter Dr. Vanberger.  
 593. Eduard Lasker.  
 600. Livingstone.  
 601. Stanley.  
 603. Dr. Karl Peters.  
 605. Leopold II., König der Belgier.  
 611. Herzog von Broglie.  
 623. Graf Andrassy.  
 628. Don Carlos.  
 629. Castellar.  
 630. König Alfons XII. von Spanien.  
 631. Serrano.  
 634. Graf Ignatiem  
 635. Sultan Abdul-Mitj.  
 639. Abdul-Hamid II.  
 640. Fürst Nikolaus von Montenegro.  
 641. Abdul-Kerim.  
 643. Widhat Pascha.  
 645. Brattianu.  
 649. Osman Pascha.  
 651. Großfürst Michael Nikolajewitsch.

## Seite

653. Suleiman Pascha.  
 662. Aftom.  
 663. General Gurlo.  
 665. General Boris Melikow.  
 671. König Milan von Serbien.  
 673. General Kaulbars.  
 675. General Kaufmann.  
 678. Lord Salisbury.  
 681. Lord Granville.  
 686. General Gordon.  
 687. Dr. Schnitzler = Emin Pascha.  
 689. Lord Wolseley.  
 695. Fürst Gortschakow.  
 696. Minister von Giers.  
 697. General Stobelen.  
 705. General Boulanger.  
 714. Ministerpräsident Crispi.  
 717. Kriegsminister Bronsard von Schellenborn.  
 722. Letzte Unterschrift von Kaiser Wilhelm I.  
 724. Koloman Tisza.  
 726. Graf Taase.  
 737. Minister Graf Tolstoi.  
 738. Rattow.  
 745. Jules Ferry.  
 751. Gladstone.  
 753. Disraeli, Lord Beaconsfield.  
 758. König Christian IX. von Dänemark.  
 761. Präsident Grant.  
 761. Karl Schurz.  
 762. Präsident Hayes.  
 762. Präsident Chester A. Arthur.  
 763. Präsident Cleveland.  
 763. Präsident Harrison.

## Dollbilder.

22. Kaiser Napoleon III.  
 24. Kaiserin Eugenie.  
 44. Kaiser Nikolaus I. von Rußland.  
 80. Kaiser Alexander II. von Rußland.  
 116. Cavour.  
 128. König Victor Emanuel von Italien.  
 138. General Mac Mahon.  
 152. Garibaldi.  
 214. Kaiser Napoleon III. von Frankreich.  
 240. König Wilhelm I. von Preußen.  
 294. Bundeskanzler Graf von Bismard.  
 320. Kronprinz Friedrich Wilhelm von Preußen.  
 496. Pius IX.  
 508. Graf Moltke.  
 554. Papst Leo XIII.  
 564. Prinz-Regent Luitpold von Bayern.  
 574. Kaiser Wilhelm I.  
 596. Fürst Bismard.  
 614. Louis Napolhe Thiers.  
 626. König Oscar II. von Schweden.  
 644. König Karl I. von Rumänien.  
 652. Kaiser Alexander II. von Plewna.  
 702. König Humbert von Italien.  
 722. Kaiser Friedrich III.  
 736. Kaiser Alexander III. von Rußland.  
 748. Präsident Gröwy.

## Doppeldollbilder.

72. Der Pariser Kongreß; 1856.  
 110. Kaiserin Eugenie mit den Damen ihres Hofstaates.  
 162. König Victor Emanuels erster Einzug in Florenz.

- Seite  
 334. Eröffnung des Reichstages des norddeutschen Bundes am 24. Februar 1867 durch König Wilhelm I. im weißen Saale des königlichen Schlosses zu Berlin.  
 658. Der Berliner Kongreß; 1878.

**Weflagen.**

54. Aufschiffung der vereinigten Heere in der Krim; 14. September 1854.  
 412. Faksimile der Original-Nieberfchrift der an die Königin in Berlin gerichteten Siegesdepefche von Gravelotte.  
 Marmor-Relief von Johannes Pfuhl im Fries des Feldmarschall-Saales der Haupt-Kadettenanstalt zu Lichterfelde:  
 394. Erstes Blatt: Im Feldlager.  
 406. Zweites Blatt: Marm-Signal. — Artillerie- und Vorpostenkampf.  
 420. Drittes Blatt: Infanterie-Kampf. — Ausgang einer Schlacht.  
 452. Viertes Blatt: Kavalleriegefecht. — Nach der Schlacht.  
 468. Fünftes Blatt: Des Kaisers Siegesritt über das Schlachtfeld.  
 480. Faksimile des eigenhändig geschriebenen Denkbattes von Kaiser Wilhelm I. im „Gedenkbuch des Krieges 1870/71 und der Aufrichtung des deutschen Reiches“, aufbewahrt im Germanischen National-Museum zu Nürnberg.  
 608. Faksimile eines Autogramms des Generalfeldmarschalls Grafen Moltke „Die Quintessenz der Strategie“, niedergeschrieben am 4. Dez. 1890.

Seite

**Karten.**

60. Karte der Halbinsel Krim.  
 278. Schlachtfeld von Düppel.  
 316. Schlachtfeld von Königgrätz.  
 408. Die Schlachtfelder um Mey 1870.  
 422. Schlachtfeld von Seban.  
 446. Paris und Umgegend 1870/71.  
 606. Karte von Afrika.  
 648. Karte vom Schimta-Paß.  
 660. Karte der Grenzen nach dem Berliner Vertrage.

**Kärtchen im Text.**

59. Karte des Schlachtfeldes von Balakawa.  
 133. Karte von Oberitalien.  
 137. Karte des Kriegsschauplatzes zwischen Abba und Sefa.  
 139. Karte des Kriegsschauplatzes zwischen Mincio und Oglio.  
 151. Karte von Sizilien und Neapel.  
 157. Karte des Kirchenstaates.  
 171. Das territoriale Wachsthum der Vereinigten Staaten von Amerika.  
 198. Kentucky und Tennessee im Bundeskriege.  
 208. Plan der Schlacht bei Gettysburg.  
 209. Karte der Schlachten um Vicksburg.  
 646. Karte des Kriegsschauplatzes an der Donau.  
 647. Karte der Umgegend von Kiewna.  
 655. Karte der Grenzen nach dem Vertrage von San Stefano.  
 659. Die Grenzen der asiatischen Türkei nach dem Berliner Vertrage.  
 683. Karte vom Suez-Kanal.

**Druckfehler:**

Seite	45	Reife	15	von unten	statt	welches	lies: welchen;
"	102	"	7	"	"	des Daimios	lies: der Daimios;
"	181	"	14	"	"	Feuerwaffen	lies: Feuerwasser;
"	229	"	1	"	oben	und	lies: nur;
"	234	"	6	"	"	ist „bloß“	zu streichen.
"	247	"	16	"	unten	statt	Gewerbvereine
"	330	"	13	"	oben	für diese	lies: für dieses;
"	333	"	13	"	unten	Windhorst	lies: Windthorst;
"	445	"	7	"	"	völkerrächtlicher	lies: völkerrächtlichen.



# Inhalts-Verzeichnis.

## Siebentes Buch.

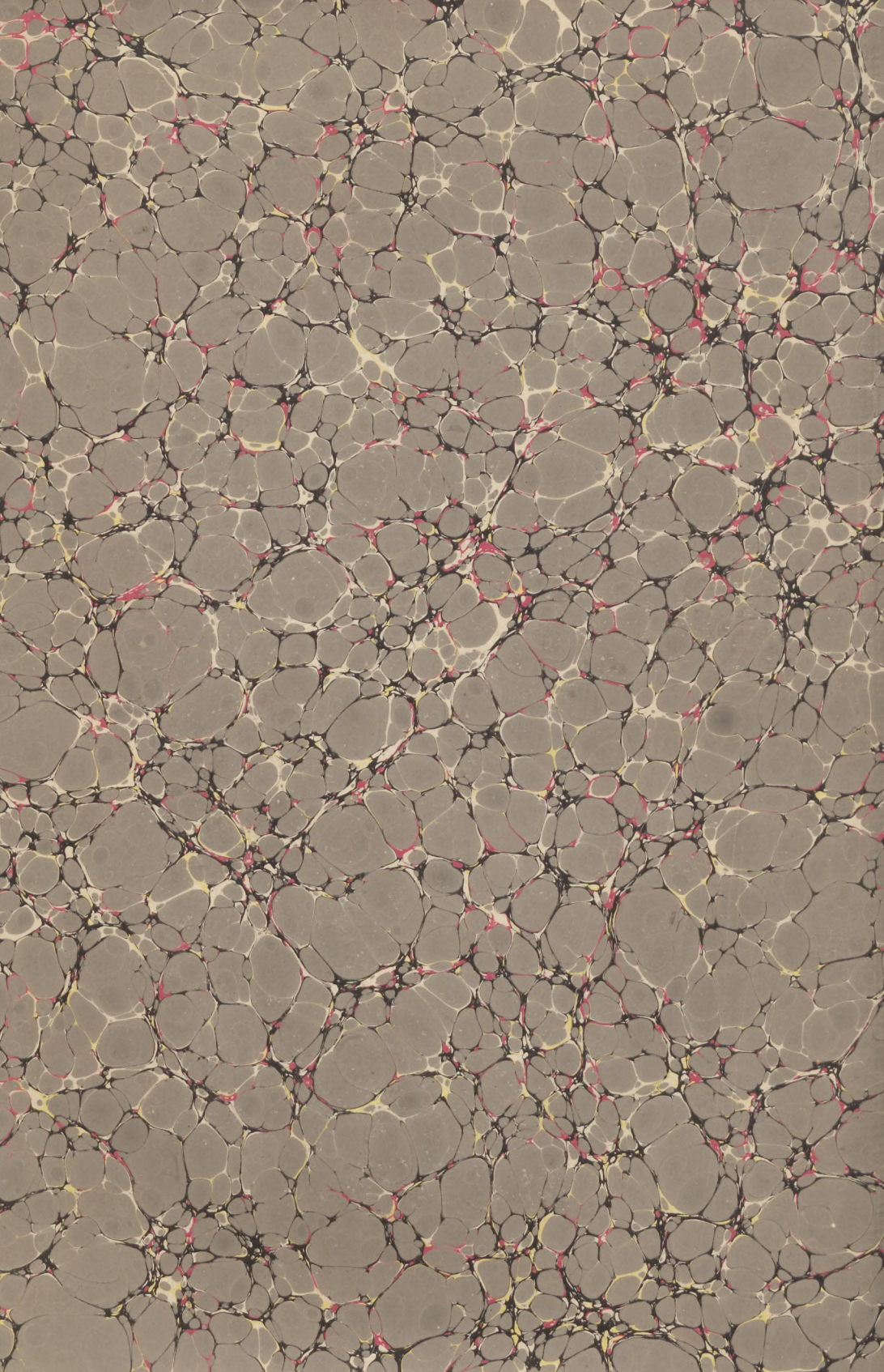
### Das zweite Kaiserreich.

	Seite
Erstes Kapitel. Die Blütezeit der Reaktion in Deutschland seit 1851 . . . . .	3
Zweites Kapitel. Die Errichtung des zweiten Kaiserreiches und der Krimkrieg . . . . .	17
Drittes Kapitel. Rußland, England und der Orient . . . . .	76
Viertes Kapitel. Napoleon III. und die Begründung der Einheit Italiens . . . . .	105
Fünftes Kapitel. Die wachsenden Verlegenheiten des zweiten Kaiserreichs. Amerika . . . . .	163
Sechstes Kapitel. Die Vorspiele der deutschen Einheit . . . . .	226
Siebentes Kapitel. Die Grundlegung der deutschen Einheit . . . . .	281
Achstes Kapitel. Das zweite Kaiserreich vor dem Sturze . . . . .	343
Neuntes Kapitel. Der deutsch-französische Krieg 1870—1871 . . . . .	391

## Achtes Buch.

### Die Zeit Kaiser Wilhelms I. 1871—1888.

Erstes Kapitel. Das Vatikanische Konzil . . . . .	483
Zweites Kapitel. Der innere Ausbau des deutschen Reiches . . . . .	503
Drittes Kapitel. Der Kulturkampf . . . . .	535
Viertes Kapitel. Sozialdemokratie und Wirtschaftspolitik . . . . .	566
Fünftes Kapitel. Die politische Gesamtlage bis zum Ausbruche des russisch-türkischen Krieges von 1876 . . . . .	608
Sechstes Kapitel. Die orientalische Krise . . . . .	633
Siebentes Kapitel. Die auswärtigen Beziehungen des deutschen Reiches seit dem Berliner Kongreß und das Ende Kaiser Wilhelms I. . . . .	693
Achstes Kapitel. Übersicht der inneren Geschichte der außerdeutschen Staaten seit dem Berliner Kongreß . . . . .	723
Schlußwort . . . . .	765
Verzeichnis der Illustrationen . . . . .	773





BIBLIOTEKA  
UNIwersytecka  
Gdańsk

137637

12